



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Das Berliner Schulwesen

Nydahl, Jens

Berlin, 1928

urn:nbn:de:hbz:466:1-30981

DAS BERLINER SCHULWESEN

Herausgegeben von Stadtschulrat JENS NYDAHL

Bearbeitet unter Mitwirkung Berliner Schulmänner von Dr. E. KALISCHER



1 9 2 8

WIEGANDT & GRIEBEN, VERLAG

(GEGRÜNDET 1848) BERLIN

Copyright by Wiegandt & Grieben, Berlin

Alle Rechte vorbehalten

Druck von Max Stadthagen, Berlin SO 36

Vorwort.

Acht Jahre sind jetzt verflossen, seitdem durch das Gesetz vom 27. April 1920 die Stadtgemeinde Berlin geschaffen wurde und damit seit Gründung eines der größten kommunalen Schulwesen, das es überhaupt in der Welt gibt.

Wie ist dieses Schulwesen von rund 1000 Schulen, 16000 Lehrenden und über einer halben Million Schüler organisiert, und wie hat sich die Organisation in den politischen und wirtschaftlichen Stürmen der ersten Jahre ihres Bestehens bewährt? Wie weit haben Forderungen der modernen Pädagogik, der Jugendwohlfahrt, sozialen Fürsorge in ihm erfüllt werden können? Welche Vorzüge und vielleicht auch welche Mängel brachte die Schöpfung eines so riesigen Schulwesens mit sich? Auf alle derartigen Fragen die Antwort wenigstens zu suchen, erschien der Mühe wert, ja ich möchte hoffen, daß das Ergebnis dieser Untersuchungen nicht nur einem oft geäußerten Bedürfnis der Berliner Lehrerschaft und aller derer, die in wachsendem Maße unserer Schule ihre Teilnahme schenken, entgegenkommt, sondern ich möchte glauben, daß auch über Berlin hinaus die Darlegungen auf Interesse rechnen können.

Auf den folgenden Seiten wird des öfteren von Schwierigkeiten aller Art die Rede sein, die unserem Schulwesen in seinen ersten sieben Jahren durch die Not der Zeit entstanden sind. Es ist verständlich, daß in solchen Jahren für Reformarbeit großen Stiles nicht allzu viel Raum übrig bleibt. Und dennoch kann man vielleicht sagen, daß es im Berliner Schulwesen kaum je Zeiten frischeren und reformfreudigeren Lebens gegeben hat, als eben gerade diese Jahre äußerer und innerer Not. Was in ihnen auf Grund der Anregungen führender Pädagogen, durch die zielbewußte Arbeit der Lehrerschaft jeder Schulart und durch die opferwillige Einstellung der Gemeindekörperschaften geleistet worden ist, das zu zeigen, soll nicht die letzte Aufgabe dieses Buches sein.

Daß der vorliegende Bericht das Resultat langwieriger Arbeit ist, braucht dem Kundigen nicht gesagt zu werden. Er war überhaupt nur möglich durch die gemeinsame Arbeit vieler. Ihnen allen Dank

Vorwort

zu sagen, ist mir eine gern erfüllte Pflicht. Ich danke den Beamten meiner Verwaltung ebenso wie denen der Bezirke, die in oft mühseliger Kleinarbeit Statistiken und anderes Material zusammengebracht, den Damen und Herren aus den Kreisen der Lehrenden, die über ihr Spezialgebiet berichtet haben. Es ist nicht möglich, ihrer aller Namen aufzuzählen und jedem persönlich den Dank abzustatten. Sie alle werden das von ihnen Beigesteuerte in irgendeiner Form auf den folgenden Seiten wiederfinden, und damit — hoffentlich zu ihrer Freude, selbst beurteilen können, wie weit sie das Erscheinen dieses Werkes gefördert haben.

Ich darf an dieser Stelle aber Herrn Direktor Dr. Otto Schwéers meinen aufrichtigen Dank abstatten für den wertvollen Beitrag über die „Schulgesundheitspflege“, also über ein Gebiet, das aus dem Rahmen der Schulverwaltung herausfallend, doch sich nicht mehr aus unseren Schulen wegdenken läßt, und das darum auch in diesem Bericht nicht fehlen dürfte.

Meinen besonderen Dank schulde ich Herrn Dr. Erwin Kalischer, der sich der großen Mühe der Verarbeitung des ungeheuren Materials unterzogen hat, und dem es in erster Linie zu danken ist, daß das Buch in der vorliegenden Form hat herausgebracht werden können.

Ein Werk, wie diese Darstellung des Berliner Schulwesens es ist, wird immer lückenhaft sein müssen. Denn einmal muß es einen festen Zeitpunkt für den Abschluß seiner Angaben wählen und ist damit besonders in seinen Statistiken im Augenblick des Erscheinens bereits überholt. Zum anderen aber ist das Berliner Schulwesen so vielseitig und differenziert, daß selbst ein umfangreicher Bericht nicht annähernd alles bringen kann, was dieser oder jener Leser in seinem besonderen Interesse vielleicht zu finden erwartet hätte. Aber ich glaube doch, in diesem Buche eine objektive Darstellung des gegenwärtigen Standes des Berliner Schulwesens zu geben. In dieser Absicht möge das Buch hinausgehen, nicht um zu zeigen wie herrlich weit wir es bereits gebracht, sondern um Rechenschaft darüber abzulegen, wie wir in Berlin an unseren Schulen arbeiten und nach welcher Richtung hin wir wünschen, daß sie sich entwickeln sollen.

Nydahl.

Inhaltsverzeichnis.

Vorwort.

I. Die Schulverwaltung.

1. Organisation der Schulverwaltung 1
2. Schulhaushalt 8
3. Schulgeld, Wirtschaftsbeihilfen 15
4. Lehrerkammer 19

II. Volksschulen und Mittelschulen.

1. Die Grundschule 29
2. Die weiterführenden Klassen 39
3. Sammelschulen 46
4. Versuchsschulen — Lebensgemeinschaftsschulen 52
5. Werkunterricht 61
6. Hauswirtschafts-, Nadelarbeits- und Säuglingspflege-Unterricht 70
7. Verkehrsunterricht 76
8. Mittelschulen 81
9. Übergangsmöglichkeiten zur höheren Schule und Ausbau der Volksschule 97

III. Höhere Schulen.

1. Das höhere Schulwesen nach dem Kriege. — Planwirtschaft 109
2. Realschulen 114
3. Aufbauschulen 116
4. Reformpläne und Versuche
 - a) Das Grunewald-Gymnasium 122
 - b) Kantschule in Karlshorst 128
 - c) Kaiser-Friedrich-Realgymnasium 132
 - d) Schulfarm Insel Scharfenberg 135
5. Frauenschulen 186
6. Privatschulen 188
7. Fortbildungsmöglichkeiten f. Erwachsene 193
 - a) Abendgymnasium 194
 - b) Abend-Realschule 197
 - c) Arbeiter - Abiturienten-Kurse 199

IV. Berufs- und Fachschulen.

1. Das gewerbliche Schulwesen
 - a) Berufsschulen
 1. Die gesetzlichen Grundlagen des Berufs- und Fachschulwesens Berlins 204
 2. Berufsschulen für Jünglinge 210
 3. Berufsschulen für Mädchen 219
 4. Hauswirtschaftlicher Unterricht 225
 - b) Die gewerblichen höheren Fachschulen 235
2. Das kaufmännische Unterrichtswesen Berlins
 - a) Die kaufmännischen Berufsschulen
 1. Äußerer Aufbau 242
 2. Innerer Aufbau 250
 - b) Die Handels- und Höheren Handelsschulen 252

V. Sonderschulwesen. 261

1. Entwicklung des Sonderschulwesens nach dem Kriege 263
 - a) Sonderschulen für kranke Kinder 264
 - b) Sonderschulen für körperlich und geistig schwach veranlagte Kinder 269
 - c) Sonderschulen für geistig schwache Kinder 278
 - d) Sonderschulen f. Seh- und Hörschwache und mit Sprachstörungen 286
 - e) Sonderschulen für schwer erziehbare Kinder 292
2. Die einheitl. Durchführung des Sonderschulwesens 294
3. Aus- und Fortbildung der Sonderschullehrer 300
4. Verbreitung der heilpädagogischen Bestrebungen und ihre Rechtfertigung vor der Öffentlichkeit 312

Inhaltsverzeichnis

VI. Waldschulen und Schul- landheime.

1. Höhere Waldschule 316
2. Gemeinde-Waldschule 326
3. Schullandheime 338

VII. Schulgärten.

1. Der Zentralschulgarten in
Blankenfelde 347
2. Gartenarbeitsschulen u. Schul-
gärten 353

VIII. Leibesübungen. 363

IX. Kunst und Schule.

1. Der moderne Zeichenunter-
richt 376
2. Museumsbesuche und Kunst-
ausstellungen 381
3. Schulumusikpflege 389
4. Künstlerische Darbietungen
in den Schulen 400
5. Theatervorstellungen u. Kon-
zerte der Abteilung für
Schülervorstellung 416

X. Lehrerfortbildung. 432

1. Lehrerarbeitsgemeinschaften 433
2. Diesterweg-Hochschule 436
3. Werklehrerseminar 442
4. Städtische Veranstaltungen . 447
5. Studienfahrten 451

XI. Lichtbild und Film. 457

XII. Schulgesundheitspflege.

1. Entwicklung der Schulgesund-
heitspflege in Berlin 469
2. Neuorganisierung der Schul-
gesundheitspflege 473
3. Sonderturnen für schwächliche
Kinder 480
4. Verschickungswesen 482
5. Schulzahnpflege 484

XIII. Schulbauten.

1. Verwaltung der Schulgebäude 489
 - a) Reinigung und Ölen 490
 - b) Heizung, Beleuchtung und
Lüftung 493
 - c) Dienstverhältnisse der
Schulhausmeister 496
 - d) Dienstverhältnisse der
Schulheizer 497
 - e) Verwendung der Schulen
außerhalb der Schulzeit . 498
2. Neubauten
 - a) Schulbaupflicht der Stadt 501
 - b) Normalbauprogramme
neuer Schulen 509
 - c) Die einzelnen Schulneu-
bauten 522

XIV. Statistik des Berliner Schulwesens. 585

Stichwörterverzeichnis 599

Tafeln.

1. Königstädtisches Oberlyzeum
in der Greifswalder Str. 24-25
(zu Seite 529)
2. u. 3. Neubau des Westend-
Lyzeums an der Preußenallee
(zu Seite 530)
4. Neubau der I. Hilfsschule in
Spandau (zu Seite 533)

Die Schulverwaltung.

Die Organisation der Berliner Schulverwaltung.

Das neue Berlin ist aus 94 einzelnen Gemeinwesen entstanden, unter denen sich Großstädte mit mehreren 100 000 Einwohnern, aber auch Dorfgemeinden und Gutsbezirke befanden. Dieser Verschiedenheit entsprach das Schulwesen: Städtische Schulgebilde auf der einen, einklassige Dorfschulen auf der anderen Seite. Die Bildung der Einheitsgemeinde machte daher eine durchgreifende Neuorganisation des gesamten Schulwesens erforderlich. Es galt nunmehr eine Regelung zu treffen, die bei tunlichster Berücksichtigung der örtlichen Bedürfnisse jedes der 20 Verwaltungsbezirke des neuen Berlin eine möglichst günstige Entwicklung nach einheitlichen Gesichtspunkten gewährleistete.

Die rechtliche Grundlage dafür war durch das Gesetz vom 27. 4. 1920 über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin gegeben. Nach § 42 dieses Gesetzes haben über die Angelegenheiten des Volks-, Mittel- und höheren Schulwesens, soweit sie nach den gesetzlichen Bestimmungen sonst in Preußen von den Gemeindebehörden zu verwalten sind, die Behörden der Bezirke im Rahmen der von den städtischen Körperschaften aufgestellten Grundsätze zu beschließen. Im Gegensatz zu dieser Dezentralisation ist für die Berufs- und Fachschulen wegen deren geringerer Anzahl, größerer Differenzierung und ungleichmäßiger Verteilung auf das Stadtgebiet die zentrale Verwaltung durch die städtischen Körperschaften vorbehalten, der von ihnen zu regelnden Beteiligung der Bezirksbehörden vorgesehen. Näheres darüber enthält der Abschnitt über die rechtliche Grundlage des Berufs- und Fachschulwesens.

Für die örtliche Verwaltung der Volks- und Mittelschulen war gemäß § 43 des Gesetzes in jedem der 14 Außenbezirke eine Bezirksschuldeputation, für die der höheren Lehranstalten ein Bezirksschulausschuß zu bilden. Demgegenüber wurde für die Bezirke 1—6 (Alt-Berlin) die Bildung einer einheitlichen Bezirksschuldeputation und eines einheitlichen Bezirksschulausschusses vorgeschrieben, weil man das hochentwickelte Schulwesen der Innenstadt vor der Aufteilung bewahren wollte.

Die *Bezirksschuldeputationen* handeln in Angelegenheiten der staatlichen Zuständigkeiten als Organe der Schulaufsichtsbehörde. Ihre Befugnisse regeln sich nach den allgemein für die städtischen Schuldeputationen in Preußen erlassenen Vorschriften (insbesondere Abschnitt III der 3. Ausführungsanweisung zum Volksschulunterhaltungsgesetz). Zu ihrer Zuständigkeit gehören danach:

1. In Gemeindeangelegenheiten:
 - a) Die Vorbereitung der Wahl der Lehrpersonen.
 - b) Die Bewirtschaftung der durch den Schulhaushalt des betreffenden Bezirks bereitgestellten Mittel.
 - c) Die Verwaltung der äußeren Angelegenheiten des Volks- und Mittelschulwesens, insbesondere der Schulgrundstücke und Gebäude.
2. In ihrer Eigenschaft als Organe der staatlichen Schulaufsicht in Gemeinschaft mit dem zuständigen Schulrat.
 - a) Die Zurückstellung schulpflichtig gewordener und die vorzeitige Entlassung noch schulpflichtiger Kinder.
 - b) Die Beurlaubung von Lehrkräften über die Zeit von zwei Wochen hinaus bis zu sechs Monaten und die Regelung der Vertretung.
 - c) Die Errichtung neuer Schulen, Klassen und Lehrerstellen im Rahmen des Haushalts.
 - d) Die Erteilung der Erlaubnis zur Übernahme von Nebenämtern an die Lehrkräfte.
 - e) Die Feststellung der Schulbezirke.
 - f) Die Verteilung der Lehrkräfte auf die Schulen.
 - g) Die vorzeitige Aufnahme noch nicht schulpflichtiger Kinder und die Zurückhaltung von Kindern über die Beendigung des gesetzlichen schulpflichtigen Alters hinaus.

Auf die Zusammensetzung der Bezirksschuldeputationen finden gleichfalls die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen über die Bildung städtischer Schuldeputationen (§ 44 des Volksschulunterhaltungsgesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 7. 10. 1920) mit einigen durch das Gesetz betreffend Groß-Berlin bedingten Änderungen Anwendung. Sie bestehen daher in der Regel aus folgenden stimmberechtigten Mitgliedern:

1. 3 Mitgliedern des Bezirksamts, darunter der vom Vorsitzenden des Bezirksamts erwählte Vorsitzende.
2. 3 Mitgliedern der Bezirksversammlung.
3. 3 Vertretern der Lehrerschaft.
4. 3 des Erziehungs- und Volksschulwesens kundigen Personen.
5. je einem Vertreter der evangelischen und katholischen Landeskirche.
6. gegebenenfalls einen Vertreter der jüdischen Religionsgemeinschaft.

Hierzu treten die gemäß § 14 VUG. zugelassenen beratenden Mitglieder (Schulräte, ärztliche Berater usw.).

Einige Bezirke mit besonders großer Einwohnerzahl haben von der in § 44 Abschnitt I Abs. 4 VUG. enthaltenen Möglichkeit Ge-

brauch gemacht und mit Zustimmung der Gemeindegörperschaften und Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde die Zahl der Mitglieder in den ersten 4 Gruppen auf je 4, teilweise sogar auf je 5 erhöht.

Für Alt-Berlin ist wegen der ihm durch § 58 Ziffer 13 des Gesetzes betreffend Groß-Berlin zugewiesenen Ausnahmestellung eine Sonderregelung durch Gemeindebeschluss vom 29. 3. 1922 getroffen. Danach besteht die einheitliche Bezirksschuldeputation 1—6 aus:

- a) 7 Mitgliedern aus dem Magistrat und den Bezirksämtern, von denen ein Mitglied aus dem Magistrat vom Oberbürgermeister und je ein Mitglied aus jedem der 6 Bezirksämter vom Oberbürgermeister ernannt wird.
- b) einem Mitglied der Stadtverordnetenversammlung und je einem Mitgliede jeder der 6 Bezirksversammlungen, die von der Stadtverordnetenversammlung nach Vorschlag der beteiligten Bezirksversammlung zu wählen sind.
- c) 7 Lehrern und Lehrerinnen, welche gemäß den gesetzlichen Bestimmungen von den zum Schulverbände gehörenden Lehrern und Lehrerinnen nach den Grundsätzen der Verhältnisswahl zu wählen sind.
- d) 7 gleichfalls von der Stadtverordnetenversammlung zu wählenden sonstigen des Erziehungs- und Volksschulwesens kundigen Personen.
- e) Hierzu treten der dem Dienstrange nach vorgehende oder sonst dem Dienstalder älteste Ortspfarrrer der evangelischen Landeskirche und der katholischen Kirche sowie der dem Dienstrange nach vorgehende oder sonst dem Dienstalder älteste Oberrabbiner in den 6 Bezirken.

Schulkommissionen im Sinne der §§ 44a und 45 VUG. und des § 44 des Gesetzes betreffend Groß-Berlin sind im neuen Berlin nicht gebildet worden. Dagegen sind in den meisten Verwaltungsbezirken als Organe der Schuldeputation Magistratsschulräte als Gemeindebeamte bestellt, denen vom Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung die staatliche Schulaufsicht im Nebenamte übertragen ist. (Zur Zeit in den 20 Bezirken Berlins insgesamt 26 Magistratsschulräte.) Damit ist eine enge Verbindung zwischen staatlicher und städtischer Schulverwaltung geschaffen, die sich bisher bestens bewährt hat, zumal sie vor allem eine wesentliche Vereinfachung des Geschäftsganges mit sich bringt. Es besteht daher die Absicht, beim Freiwerden der noch vorhandenen sechs staatlichen Schulratsstellen diese ebenfalls durch Magistratsschulratsstellen zu ersetzen.

Die Zuständigkeit der *Bezirksschulausschüsse* ist durch die Verwaltungsordnung der städtischen Lehranstalten vom 10. Oktober 1924 festgelegt. Danach ist der Bezirksschulausschuss als Bezirksdeputation zur Verwaltung der laufenden städtischen Angelegenheiten der höheren Lehranstalten des Bezirks berufen. In Angelegenheiten der staatlichen Zuständigkeiten handelt er kraft Auftrags der staatlichen Schulbehörde.

Zu seinem Aufgabenkreis gehören folgende Angelegenheiten:

- a) Vorbereitung der Wahl der Lehrpersonen.
- b) Beaufsichtigung und Erhaltung von Schulgebäuden und der Anstaltseinrichtung.
- c) Vorbereitung der Haushaltspläne.
- d) Bewirtschaftung der durch den Schulhaushalt bereit gestellten Mittel.
- e) Beschlußfassung auf Anträge für Verleihung von Freistellen und Schulgeldermäßigung.
- f) Entlassung von Schülern wegen nicht einziehbaren Schulgeldes.

Die Zusammensetzung der Bezirksschulausschüsse ergibt sich aus den Vorschriften der Ministerialerlasse vom 1. 10. 18, 21. 7. 21, 11. und 25. 2. 1922, die für Berlin für verbindlich erklärt worden sind. Ein Bezirksschulausschuß wird demgemäß gebildet aus

- dem Bezirksamtsvorsitzenden oder dessen Stellvertreter,
- 3 weiteren Bezirksamtsmitgliedern,
- 3—4 Mitgliedern der Bezirksversammlung,
- 3—4 Bürgerdeputierten und
- 3—4 Vertretern der Lehrerschaft.

Für die Innenbezirke ist ebenso wie bei der Volksschulverwaltung durch den vorerwähnten Gemeindebeschluß vom 9. 3. 1922 eine Sonderregelung getroffen. Der einheitliche Bezirksschulausschuß für die Bezirke 1—6 besteht aus:

- a) 7 Mitgliedern des Magistrats und der Bezirksamter. Mitglied aus dem Magistrat ist der Oberbürgermeister, der sich durch ein anderes Magistratsmitglied oder den Dezernenten für das höhere Schulwesen vertreten lassen kann, die Mitglieder aus den Bezirksamtern werden, und zwar je ein Mitglied aus jedem der 6 Bezirksamter, von dem Oberbürgermeister ernannt,
- b) einem Mitglied der Stadtverordnetenversammlung und je einem Mitglied jeder der 6 Bezirksversammlungen, die von der Stadtverordnetenversammlung nach Vorschlag der beteiligten Bezirksversammlungen zu wählen sind,
- c) 7 gleichfalls von der Stadtverordnetenversammlung zu wählenden Bürgerdeputierten,
- d) 7 Lehrkräften, unter denen 2 Direktoren sein müssen.

In jeder Bezirksschulverwaltung sind 1 oder 2 Bezirksamtsmitglieder als Schulfachdezernenten tätig, die meist auch den Vorsitz in der Bezirksschuldeputation oder den Bezirksschulausschuß führen.

Bezirksschuldeputation und Bezirksschulausschuß haben in allen wichtigen Fragen der örtlichen Schulverwaltung nur eine vorbereitende Tätigkeit. Die endgültige Beschlußfassung liegt in den Händen der Bezirkskörperschaften, d. h. des Bezirksamts und der Bezirksversammlung. Dies gilt zum Beispiel für die Wahlen der Lehrpersonen, die vorbehaltlich der Rechte der Schulaufsichtsbehörde nach Vorbereitung durch die Bezirksschuldeputation bzw. den Bezirksschulausschuß durch die Bezirksamter getätigt werden.

Die über den Rahmen der Bezirksgrenze hinaus reichenden Angelegenheiten sowie alle Fragen grundsätzlicher Art bedürfen der

Entscheidung der Gemeindekörperschaften. Zur Vorbereitung dieser Entscheidung erwies sich alsbald die Bildung einer zentralen Verwaltungsstelle als notwendig, die Anfang März 1921 in der „Deputation für das Schulwesen“ geschaffen wurde. Zunächst umfaßte diese Deputation das gesamte Schulwesen und gliederte sich in die drei Abteilungen

- I. für das höhere Schulwesen,
- II. für das Volksschulwesen,
- III. für das Berufs- und Fachschulwesen.

Gegen Ende des Jahres 1924 beschlossen jedoch die städtischen Körperschaften aus inneren Verwaltungsgründen die Schaffung einer besonderen Deputation für das Berufs- und Fachschulwesen, so daß der Deputation für Schulwesen nunmehr ausschließlich das höhere sowie das Volks- und Mittelschulwesen verblieb. In beiden Deputationen führt aber auch jetzt der Stadtschulrat den Vorsitz, so daß im Falle etwaiger Interessenkollision ein Ausgleich jederzeit möglich ist. Über die Zusammensetzung und die Befugnisse der Deputation für das Fach- und Berufsschulwesen ist näheres in dem betreffenden Abschnitt dieses Werkes enthalten.

Die Deputation für das Schulwesen besteht aus:

- 5 Magistratsmitgliedern, darunter dem Stadtschulrat,
- 17 Stadtverordneten,
- 5 Bürgerdeputierten.

Ihr Arbeitsgebiet ist in der Satzung für das Schulwesen vom 15. 5. — 13. 9. 24 näher umschrieben. Es umfaßt alle allgemeinen Angelegenheiten des Volks-, Mittel- und höheren Schulwesens, soweit diese nicht der Deputation für Leibesübungen vorbehalten sind. Insbesondere gehören dazu:

1. Organisationsfragen des Schulwesens und der Schulverwaltung.
2. Richtlinien für die Aufstellung von Schulhaushaltsplänen.
3. Grundsätze für die Verteilung der planmäßigen Lehrerstellen und der Hilfslehrkräfte auf die Bezirke.
4. Regelung der Pflichtstunden.
5. Grundsätze für die Annahme, Beschäftigung und Anstellung der Hilfslehrkräfte.
6. Lehrerfortbildungswesen.
7. Richtlinien für die Aufstellung von Schulbauplänen u. a. m.

Neben diesen Arbeiten mehr vorbereitender Art übt die Deputation für Schulwesen, zum Teil im Benehmen mit den Bezirksschuldeputationen und -Ausschüssen, auch eine selbständige Verwaltungstätigkeit aus, und zwar hinsichtlich folgender Angelegenheiten:

1. Aufstellung des zentralen Schulhaushaltsplans und Berücksichtigung der darin bereitgestellten Mittel (s. den Abschnitt Schulhaushalt).
2. Verwaltung der Schullandheime.
3. Bewilligung von Beihilfen für Schülerwanderfahrten und für Studienreisen der Lehrpersonen.

4. Veranstaltung von Studienfahrten der Lehrenden aller Schularten und Einrichtung von Kursen und Einzelvorträgen zur Förderung einzelner Unterrichtszweige.
5. Lösung von Aufgaben der künstlerischen Erziehung durch die Veranstaltung von städtischen Schülervorstellungen und -Konzerten.
6. Ausgestaltung des Lehrmittelwesens, insbesondere Nutzbarmachung des Lichtbilds und Films für den Schulunterricht.
7. Förderung von Schulversuchen durch Zuwendungen aus dem zentralen Versuchsschulfonds.

Eine wertvolle Unterstützung findet die Arbeit der Deputation für Schulwesen durch die Vorberatung wichtiger grundsätzlicher Fragen in der *Konferenz der Schuldezernenten* der Bezirke, die nach Bedarf, in der Regel monatlich einmal, zusammentritt. Diese Konferenz stellt, obwohl ihre Beschlüsse keine verbindliche Wirkung, sondern nur den Charakter von gutachtlichen Äußerungen haben, einen wesentlichen Faktor für die Durchführung der Schulverwaltung nach einheitlichen Grundsätzen in allen Bezirken dar.

Der an der Spitze des gesamten städtischen Schulwesens stehende *Stadtschulrat* vertritt als Magistratsmitglied die Belange seines Ressorts in den Gemeindekörperschaften. Er führt den Vorsitz nicht nur in den beiden zentralen Schuldeputationen und der Konferenz der Bezirksschuldezernenten (s. oben), sondern auch in der einheitlichen Bezirksschuldeputation und dem einheitlichen Schulausschuß der Bezirke 1–6.

Zu seiner Unterstützung sind ihm je ein Magistratsoberschulrat für das Volks- und Mittelschulwesen, für das höhere Schulwesen und für das Berufs- und Fachschulwesen, ferner 4 Schulfachdezernenten, 3 juristische und 2 Verwaltungsdezernenten zugewiesen.

In der Geschäftsstelle der Deputation für Schulwesen sind im übrigen 21, in den Geschäftsstellen der Bezirksschuldeputationen und -Ausschüsse insgesamt 262 Beamte und Angestellte tätig. Schon aus diesen Personalzahlen erhellt der Umfang und die Bedeutung der auf dem Gebiete des Berliner Schulwesens zu leistenden Verwaltungsarbeit.

Staatliche Schulaufsichtsbehörde für alle öffentlichen und privaten Schulen der Stadt Berlin ist das Provinzial-Schulkollegium, Berlin-Lichterfelde. Für das Berufsschulwesen wurde bei dieser Behörde neben den bereits vorhandenen Abteilungen I für höhere Schulen und II für die Volks- und Mittelschulen auf Grund des Gesetzes betreffend Groß-Berlin eine besondere dem Minister für Handel und Gewerbe unterstellte Abteilung III gebildet.

Vor der Entscheidung über Anträge und Anregungen der Bezirksschulverwaltungen hat das Provinzial-Schulkollegium den Magistrat in allen Fragen zu hören, die in ihrer Bedeutung über die Interessen eines einzelnen Verwaltungsbezirkes hinausgehen.

*

Soviel sei an dieser Stelle in kurzem Umriß vom gegenwärtigen Aufbau der Berliner Schulverwaltung gesagt. Es erscheint nicht am

Platze, ihn kritisch zu beleuchten; zumal es wohl vor allem darauf ankommt, ob mit Hilfe dieses Verwaltungsapparates ersprießliche Arbeit geleistet werden kann. Und darüber wird sich der Leser der künftigen Kapitel dieses Werkes selbst ein Urteil bilden können. Er wird jedoch, um zu einer gerechten Würdigung dieser Arbeit zu kommen, bedenken müssen, welch schwere Jahre das neue Schulwesen zu überwinden hatte. Auch auf der Schule lastete die Not der Zeit. Nachwirkungen des Krieges machten sich im Gesundheitszustand der Lehrenden und der Schüler erschreckend bemerkbar. Das durch den Verfall der Währung bedingte ständige Steigen der Lebensmittelpreise führte dazu, daß den Kindern bis weit hinein in den Mittelstand keine ausreichende Ernährung mehr gewährt werden konnte. Wenn auch die Schule mit Unterstützung von in- und ausländischen Wohlfahrtsverbänden (Quäker) hier nach Kräften helfend eingriff, so hat sie selbst die größte Not nicht annähernd lindern können. Untersuchungen durch die Schulärzte stellten oft neben einem kaum für möglich gehaltenen körperlichen Verfall auch den Mangel an der notwendigsten Wäsche fest. Von der Größe dieser Not und den mannigfachen Versuchen, sie zu überwinden, wird in den folgenden Seiten des öfteren zu reden sein.

Auch die politischen Wirren konnten an den Berliner Schulen nicht spurlos vorüber gehen. Schul- und Turnhallen wurden mit Vorliebe als Notkasernen beansprucht und damit ihrem eigentlichen Zweck entzogen. Streiks der Kohlenarbeiter, das Stillliegen der Eisenbahnen, der Ausfall Oberschlesiens als Versorgungsgebiet ließen den Kohlenvorrat der Stadt so zusammenschmelzen, daß in den ersten Jahren des Bestehens der neuen Stadt schon viele Wochen lange Kohlenferien nicht vermeidbar waren. Die Geldnot beeinflusste dabei auch in Berlin den Schulhaushalt derart, daß selbst Beträge für notwendige Instandsetzungen oft nicht zu beschaffen waren. Auch diese Not wird ihren Schatten über die Darstellungen in dem vorliegenden Bericht des öfteren werfen.

Endlich sei noch auf eine Schwierigkeit organisatorischer Art hingewiesen, die sich dadurch ergibt, daß dem Provinzial-Schulkollegium gegenüber der städtischen Schulverwaltung einer 4-Millionen-Stadt die gleiche Stellung eingeräumt ist, wie sonst einer provinziellen Regierungsabteilung für Schulwesen gegenüber der kleinsten Dorfgemeinde. Dieser Zustand erscheint auf die Dauer für ein Schulwesen untragbar, dessen Umfang etwa dem der beiden Volksstaaten Württemberg und Baden zusammen entspricht. Die Bestrebungen der Stadt auf Schaffung eines Stadtschulamtes unter Hinzuziehung staatlicher Kommissare und unmittelbare Unterstellung des Berliner Schulwesens unter die Schulaufsicht des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung sind daher aus diesem Gesichtspunkt zu verstehen.

Seit dem Oktober 1920 besteht die neue Stadtgemeinde Berlin, zu demselben Termin beginnt auch die neue Schulverwaltung ihre Arbeit. Sie hat sich dabei nicht gleich vom ersten Tage an der eben geschilderten Organisation bedienen können, der Aufbau derselben

vollzog sich vielmehr ganz allmählich, schritten doch z. B. einzelne Bezirke erst im Jahre 1922 zur Bildung der gesetzlich vorgesehenen Bezirksschuldeputationen und -schulausschüsse. Daher war die Schulverwaltung für die Übergangszeit auf die Mitarbeit der bisherigen Deputationen usw. angewiesen. Selbst die Zentrale Deputation für Schulwesen trat erstmalig im März 1921 zusammen.

Daher bedeutete es eine nicht zu unterschätzende Erleichterung der ersten Arbeiten der Schulverwaltung, daß Stadtschulrat Geheimrat Dr. Fischer bis zur Wahl des Stadtschulrates für das Volksschulwesen ebenso im Amte verblieb wie Stadtschulrat Dr. Reimann für das höhere Schulwesen. Das Dezernat für das Fach- und Fortbildungsschulwesen übernahm Stadtrat Dr. Dominicus. Die ersten Monate der Tätigkeit der Deputation für das Schulwesen waren ausgefüllt durch die politischen Kämpfe um die Wahl des ersten Stadtschulrats. Erst im Januar 1921 einigte sich die Mehrheit des Stadtparlaments auf Wilhelm Paulsen aus Hamburg. Die Wahl der drei Magistratsoberschulräte erfolgte im Juli 1921.

Als Paulsen gegen Ende des Jahres 1924 aus dem Amt schied, übernahm Stadtrat Benecke vertretungsweise das Amt des Stadtschulrats zugleich mit dem des Magistratsoberschulrats für höhere Schulen. Er führte die Geschäfte bis zur Wahl des neuen Stadtschulrats im November 1926. Zum Stadtschulrat wurde der bisherige Dezernent für das Volksschulwesen, Magistratsoberschulrat Jens Nydahl, gewählt, und kurz darauf wurden auch die Stellen der Magistratsoberschulräte neu besetzt. Es erhielt das Dezernat für das höhere Schulwesen der Oberstudiendirektor des Weißenseer Realgymnasiums Heyn und das Dezernat für das Volks- und Mittelschulwesen Dr. Fischer, bisher Magistratsschulrat im Bezirk Lichtenberg.

Schulhaushalt.

Einen Überblick über die finanzielle Seite der Entwicklung des Berliner Schulwesens seit Bildung der Einheitsgemeinde gewinnt man am ehesten durch eine vergleichende Betrachtung der ihm zugewiesenen Kapitel und Abteilungen des städtischen Haushaltsplans. Dabei kann man sich, weil es sich überwiegend um einen Bedarfsetat handelt, (die Einnahmen decken nur etwa 20 % des Gesamtbedarfs), auf die Vergleichung der Ausgabekosten in den einzelnen Jahren beschränken, zumal auch über die Schulgeldeinnahmen an anderer Stelle dieses Buches ausführlich berichtet wird.

Einige Bemerkungen über den Aufbau des Berliner Schulhaushalts seien vorausgeschickt. Entsprechend der an anderer Stelle geschilderten Organisation der Schulverwaltung ist auch der Schulhaushalt bezirksweise gegliedert. Es enthalten demgemäß sämtliche Bezirksetats ein Kapitel über Schulwesen, und innerhalb dessen Abteilungen für Volksschulen, Mittelschulen, höhere Lehranstalten und selbständige Turnhallen. Darin sind die laufenden und einmaligen

Mittel für den persönlichen und sächlichen Bedarf der verschiedenen Schulgattungen vorgesehen. Die persönlichen Aufwendungen sind im wesentlichen durch die gesetzlichen Vorschriften und die im Anschluß daran ergangenen Gemeindebeschlüsse für das gesamte Stadtgebiet einheitlich abgegrenzt. Für die Höhe der Ansätze für sächliche Aufwendungen in den Bezirksschulhaushalten bestimmt der Magistrat im Benehmen mit der zentralen Schulverwaltung alljährlich Einheitssätze, die eine gleichmäßige Verteilung der Mittel nach einem bestimmten Schlüssel (Klassenzahl, Schülerzahl) auf die Bezirke ermöglichen sollen.

Allmählich hat sich jedoch das Bedürfnis fühlbar gemacht, neben den bezirksweise zu bewirtschaftenden Beträgen auch im zentralen Haushaltsplan der Stadt Mittel für Schulzwecke bereit zu stellen, insbesondere für solche Angelegenheiten, die nur von zentraler Stelle aus verwaltet werden können, und für neu an die Verwaltung heran-tretende Aufgaben, bei denen noch nicht feststeht, ob und in welchem Umfange die Bezirke an ihrer Lösung teilnehmen werden. Aus kleinen Anfängen ist so im Laufe der letzten Jahre ein besonderer Zentralhaushalt entstanden, der für 1928 in Einnahme mit 60 000 RM. und in Ausgabe mit $4\frac{3}{4}$ Millionen schließt. Er umfaßt unter anderem Posten für Versuchsschulzwecke, Lehrerfortbildung, Studienreisen, Schullandheime, daneben aber aus verwaltungstechnischen Gründen auch Beträge, die an sich in den Bezirksschulhaushalt gehören, und nur deswegen im Zentralhaushalt erscheinen, weil der tatsächliche Bedarf der einzelnen Bezirke erst zu Beginn des Haushaltsjahres oder in dessen Verlauf ermittelt werden kann. Die Bewirtschaftung der im Zentralhaushalt vorgesehenen Ansätze liegt der Deputation für Schulwesen ob, der es auf diesem Wege möglich ist, in gewissen Grenzen auch nach erfolgter Annahme des Gesamthaushaltsplans noch den verschiedenen Bedürfnissen der einzelnen Bezirke durch Sonderzuwendungen Rechnung zu tragen und so ausgleichend zu wirken.

Überblicken wir nun die Gesamtheit der Aufwendungen für das Schulwesen, wie sie sich sowohl aus den Bezirksschulhaushalten als auch dem Zentralhaushalt für die einzelnen Jahre ergibt, so stellt sich heraus, daß die Rechnungsjahre 1921—23 mit ihrem falschen Millionen- und Milliardenklang bei einem Vergleich außer Betracht bleiben müssen. Ungeachtet der vielstelligen Haushaltszahlen herrschte damals auch in den Schulen bitterste Not; oft konnte nicht einmal das Allernotwendigste für die Erhaltung der Gebäude, Geräte und Unterrichtsmittel bereitgestellt werden.

Der erste Haushalt in fester Währung für das Jahr 1924 bringt an Ausgaben für:

Volksschulen	32 103 010 RM.
Mittelschulen	1 602 150 RM.
Höhere Lehranstalten	17 630 130 RM.
Selbständige Turnhallen	218 200 RM.
Insgesamt:	51 553 490 RM.

bei einer Gesamtausgabe des städtischen Haushalts von 412 882 010 RM. Immerhin betragen also die Ausgaben für Schulzwecke in diesem

Schulhaushalt¹

ersten Jahre einer festen Währung fast 12,5 % der Gesamtausgaben der Stadt.

Die Ausgaben der Schulen wachsen dann,

und zwar für persönliche für sächliche Zwecke

1924 mit	51 353 490 RM.	40 957 169 RM.	10 396 321 RM.
1925 auf	76 465 350 RM.	58 869 830 RM.	17 595 520 RM.
1926 auf	94 332 350 RM.	73 677 440 RM.	20 654 910 RM.
1927 auf	98 861 170 RM.	79 401 510 RM.	19 459 660 RM.

und erscheinen für 1928 mit 150 000 000 RM. im Etat.

Sie betragen für den Kopf des Schülers:

1924 bei	402 479 Kindern	127,60 RM.
1925 bei	379 107 Kindern	201,70 RM.
1926 bei	383 293 Kindern	246,10 RM.
1927 bei	380 409 Kindern	281,14 RM.
1928 bei	372 204 Kindern	403,00 RM.

Die persönlichen Kosten sind also gegen 1924 um 94 %, die sächlichen nur um 87,8 % gestiegen.

Da eine wesentliche Vermehrung des Lehrpersonals nicht eingetreten ist (Gesamtzahl der Lehrpersonen nach dem Stande vom 1. Mai 1924 14 962, vom 1. Mai 1927 15 523) ist die Steigerung der persönlichen Aufwendungen hauptsächlich auf die inzwischen stattgefundenen Besoldungserhöhungen zurückzuführen.

Besonderes Interesse dürften die persönlichen Volksschullasten wegen der Beteiligung des Staates an ihrer Aufbringung beanspruchen. An Beiträgen zur Landesschulkasse waren aufzubringen:

		Das staatliche Besulungsgeld betrug	Mithin Nettogleistung der Stadt
1924	33 448 943,30 RM.	9 937 062,40 RM.	23 811 881 RM.
1925	37 502 213,90 RM.	10 294 164,00 RM.	27 208 050 RM.
1926	38 382 877,00 RM.	9 229 404,00 RM.	29 153 473 RM.
1927	39 938 570,65 RM.	9 029 428,80 RM.	30 909 142 RM.

An Dienstbezügen einschließlich der Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge wurden an die Volksschullehrpersonen gezahlt:

1924	43 703 284,74 RM.	<div style="display: inline-block; vertical-align: middle;"> Davon ab Nettogleistung der Stadt (s.o.) ergibt den staatlichen Anteil von: </div>	19 891 403,74 = 45,5 %
1925	49 545 321,29 RM.		22 337 271,29 = 45,0 %
1926	50 785 110,10 RM.		21 631 637,10 = 40,6 %
1927 rund	51 000 000,00 RM. *)		20 090 858,00 = 40,0 %

Berücksichtigt man noch den zugunsten der Landesschulkasse gekürzten Anteil Berlins an dem Aufkommen an Einkommens- und Körperschaftssteuern mit rund 4 700 000 RM., so verringert sich der Staatsanteil für 1927 auf 30 %.

Die allmähliche Verringerung des staatlichen Anteils ist auf das Sinken der Kinderzahl und der Durchschnittsklassenbesuchsziffer von 305 585 bzw. 34,28 am 1. Mai 1924 auf 289 165 bzw. 33,34 am 1. Mai 1927 bei ziemlich gleichbleibender Stellenzahl zurückzuführen.

Die Besoldungskosten der Hilfslehrkräfte, deren Dienstbezüge

*) Die zum 1. 10. 1927 eingetretenen Gehaltserhöhungen sind in dieser Zahl noch nicht enthalten.

Schulhaushalt

nach den Vorschriften des Volksschullehrer-Besoldungsgesetzes bemessen werden, sind dabei noch nicht berücksichtigt, sie betragen:

1924	3 087 064 RM.
1925	2 872 278 RM.
1926	3 935 430 RM.
1927	5 149 860 RM.

Die persönlichen Aufwendungen für die an 30 Mittelschulen Groß-Berlins tätigen Lehrkräfte fallen gegenüber den hohen Zahlen der Volksschulen nicht ins Gewicht. An den Beiträgen zur Landesmittelschulkasse hatte die Stadt aufzubringen z. B. 1927 nur rund 3 400 000 RM.

Die Dienstbezüge der an höheren Lehranstalten tätigen Lehrkräfte betragen in diesen Jahren:

	Festangestellte	Hilfskräfte
1924	12 854 250 RM.	1 476 800 RM.
1925	21 261 520 RM.	2 125 360 RM.
1926	25 419 020 RM.	3 195 900 RM.
1927	26 350 470 RM.	3 491 370 RM.

Bei den sächlichen Aufwendungen nehmen die Kosten der Unterhaltung der Schulgebäude einschließlich Reinigung, Beleuchtung, Wasser, Heizung einen besonders großen Umfang ein. Sie betragen:

für 1924	8 162 774 RM.
für 1925	10 023 455 RM.
für 1926	11 628 430 RM.
für 1927	11 088 370 RM.

der gesamten sächlichen Kosten. Wegen der Kosten von Schulneue- und größeren Umbauten wird auf den betreffenden Abschnitt dieses Buches verwiesen. Von Interesse dürfte indessen auch an dieser Stelle sein, daß in den Jahren 1920—1927 rund 5 000 000 M. für Schulbauzwecke verwendet worden sind.

Für die übrigen Sachaufwendungen waren im wesentlichen die oben erwähnten vom Magistrat festgesetzten Einheitssätze maßgebend. Für das Haushaltsjahr 1924 hatte man für deren Festsetzung nach beendeter Inflation zunächst keinen näheren Anhalt. Es blieb daher nur übrig, auf die Ansätze des letzten Vorkriegsschulhaushalts für Alt-Berlin (von 1914) zurückzugreifen, die indessen ungeachtet der geringen Kaufkraft der Rentenmark wegen der schwierigen Finanzlage der Stadt noch nicht einmal in vollem Nennwertbetrage übernommen werden konnten. So kann es nicht in Erstaunen setzen, daß die für 1924 im Haushalt bereitgestellten Mittel für die während der Kriegs- und Nachkriegszeit zum Teil völlig heruntergewirtschafteten Schulen sich als gänzlich unzulänglich erwiesen.

Die Schulverwaltung hat deshalb von Jahr zu Jahr versucht, eine den tatsächlichen Bedürfnissen der Schule gerecht werdende Erhöhung der Einheitssätze zu erwirken, allerdings vielfach nur zum Teil mit Erfolg, weil die Rücksicht auf die gespannte Finanzlage der Stadt den Gemeindebehörden tunlichste Beschränkung der Ausgaben auferlegte. Immerhin haben, wie nachstehende Übersicht ergibt, die wesentlichsten Ansätze in den Jahren von 1924—1927 Erhöhungen von 100% und mehr erfahren.

Die wichtigsten Einheitssätze für die Aufstellung der Schulhaushaltspläne in den Rechnungsjahren 1924—1927

(Abkürzungen: V = Volksschulen, M = Mittelschulen, H = höhere Schulen)

Bez. d. Ansatzes	1924	1925	1926	1927	1928
1. Freie Lernmittel f. bedürft. Kinder	V. } 33 RM. je Kl. M. } H. }	} 33 RM. je Klasse	} 50 RM. je Kl.	} 75 RM. je Kl.	} wie 1927
2. Lehrmittel	V. } 12 RM. je Kl. und M. } 12 RM. je Schule H. }	} wie 1924	} 20 RM. je Kl und 100 RM. je Schule	} wie 1926	} 25 RM. je Kl. und 100 RM. je Schule
	Ferner bei Physik-, Chemie- und Biologie-Unterricht je Kl. u. Fach 18 RM. a. d. Oberstufe, 6 RM. a. d. Mittelstufe. Bei M entspr. 6 RM.		Ferner bei V. einmalig 150 RM. z. Beschaffung d. durch Min.-Erl. vorgesch. Lernmittel. Ferner für jede Kl. i. d. Chemie-, Physik- od. Biologie-Unterr. erteilt wird, sind für diese Fächer auf die Oberstufe 30 RM., auf die Mittelstufe 15 RM. Bei M. entsprechend plus 15 RM.		Ferner bei V. einm. 150 RM. je Schule. Außerdem bei H. jed. Klasse, in der Physik-, Chemie- od. Biologie-Unterricht erteilt wird, f. jed. d. Fächer a. d. Oberstufe 60 RM., a. d. Mittelstufe 30 RM. Bei M. entspr. 30 RM. je Kl. u. Fach
3. Lehrer- u. Schülerbüchereien	V. } 75 RM. je Schule M. } H. 200 RM. je Schule	} wie 1924	V. } 150 RM. je Sch. M. } H. 200 + 150 = 350 RM. je Schule	} wie 1926	V. } 225 RM. je Schule M. } H. 450 RM. je Schule
4. a) Schul- u. Hausgeräte		a) V. } 30 RM. je ben. M. } Klassenraum H. 40—50 RM.	a) V. } 38 RM. je ben. M. } Klassenraum H. 50 RM. je ben. Klassenraum		a) V. } 40 RM. je ben. M. } Klassenraum H. 50 RM. je Kl.
b) Turngeräte		b) V. } 10 RM. je Kl. M. } H. 20 RM. je Kl.	b) V. } 20 RM. je Kl. M. } H. 28 RM. je Kl.	} wie 1926	b) V. } 25 RM. je Kl. M. } H. 35 RM. je Kl.
c) Schwimm- und Spielgeräte		c) V. } 5 RM. je Kl. M. } H. 10 RM. je Kl.	c) V. } 12 RM. je Kl. M. } H. 14 RM. je Kl.		c) V. } 15 RM. je Kl. M. } H. 17 RM. je Kl.
5. Arbeitsunterricht an der 8. u. 7. Kl. der Volksschule	V. 10 RM.; an Hilfsschulen 20 RM. je Kl.	} wie 1924	V. 25 RM. je Kl. an Normal-, 40 RM. je Kl. an Hilfsschulen	} wie 1926	Für alle Grundschulkl. an Normalschulen 25 RM. je Kl. an Hilfsschulen 40 RM. je Kl.
6. Werkstätten-Unterricht	V. } 20 RM. je Werks-M. klasse bzw. Kur-H. }	} wie 1924	} 30 RM. je Werkskl. bzw. Kursus + 20 RM. für Instandhaltung	} wie 1926	} 45 RM. je Kl. oder Kursus + 30 RM. je Werkst. f. Instandhaltung. d. Werkzeuge
7. Kleine Schulbedürfnisse	V. } 7,50 RM. je Kl. u. M. } 4 Pf. je Schüler H. }	} wie 1924	} 10 RM. je Klasse + 5 Pf. f. j. Schüler	} wie 1926	} 15 RM. je Kl. + 5 Pf. je Schüler
8. Schülerwandrg.	72 RM. je Schule	72 RM. je Schule	40 Pf. je Schüler	wie 1926	80 Pf. je Schüler

Wie sich die Einheitssätze für die Gesamtheit der Schulen auswirken, zeigt folgendes Beispiel:

Es betrugen die Aufwendungen für Unterrichtsmittel im Jahre

1924	946 462 RM.
1925	1 421 426 RM.
1926	1 580 000 RM.
1927	1 411 960 RM. (Rückgang d. Schülerzahl.)

Die Steigerung ist zum großen Teil auch auf die Anforderungen der neuen Lehrpläne für die höheren Schulen und die Durchführung des Arbeitsschulprinzips in der Volksschule zurückzuführen.

Die Kosten für kleine Schulbedürfnisse, umfassend die Beschaffung von Tinte, Kreide, Tafelschwämmen, Violinsaiten, Streichhölzer, Stempelkasten, sowie der gewöhnlichen Instandhaltung von Violinen betrugen insgesamt:

1924	66 900 RM.
1925	64 400 RM.
1926	85 500 RM.
1927	86 800 RM.

Recht stattliche Beträge erforderte auch die Fürsorge der Stadt für bedürftige Kinder sowohl in der Volks- als auch in den Mittel- und höheren Schulen. Nach Art. 145 Satz 3 der Reichsverfassung sind zwar die Lernmittel an den Volksschulen unentgeltlich. Diese Bestimmung kann aber erst dann praktische Bedeutung erlangen, wenn die Beteiligung des Reichs an den dadurch entstehenden Kosten festgelegt ist. Einstweilen gilt daher trotz der Reichsverfassung noch der Rechtssatz, daß die Beschaffung der notwendigen Lernmittel in erster Linie den Eltern und bei deren Unvermögen den Unterhaltspflichtigen obliegt. (Ministerialerlaß vom 7. Mai 1921.) Die Stadt hat aber in der Erkenntnis ihrer besonderen sozialen und kulturellen Aufgaben gegenüber den Kindern der minderbemittelten Volksschichten ohne Rücksicht auf die Rechtslage schon seit Jahren namhafte Beträge bereitgestellt.

1924	ergeben sich aus den Einheitssätzen für die Gesamtheit der Schulen	401 860 RM.
1925	etwa der gleiche Betrag.	
1926	bereits	1 031 900 RM.
1927		1 126 160 RM.

Aus ähnlichen Erwägungen heraus sind die Haushaltsposten für Schülerwanderungen mehr und mehr verstärkt worden, so daß heute kein Schüler diesen Veranstaltungen wegen der wirtschaftlichen Notlage der Eltern fernzubleiben braucht. Der Gesamtansatz für 1924 und 1925 betrug je 46 500 RM., für 1926 und 1927 je 115 700 RM.

Im Zusammenhang damit mag noch Erwähnung finden, daß seit 1926 für die Beschaffung von Turn- und Schwimmkleidung für bedürftige Schulkinder angemessene Beträge in den Bezirksschulhaushalten vorgesehen sind.

In das Gebiet der sozialen Fürsorge fällt letzten Endes auch der Abschluß eines Kollektiv-Unfallversicherungsvertrages für die Schüler aller Schulgattungen durch die Stadt. An Prämien waren für diesen Zweck im Jahre 1926 103 000 RM., in den Jahren 1927 und 1928 je 160 000 RM. aus städtischen Mitteln zu entrichten.

Von den übrigen Posten des Zentralhaushalts fallen besonders die Aufwendungen für die modernen pädagogischen Aufgaben ins Auge. Hierher gehört zunächst der sogenannte Versuchsschulfonds, der in den letzten Jahren mit 50 000 RM. ausgestattet war. Aus ihm werden die Kosten neuzeitlicher Schulversuche für alle Schulgattungen vor allem auf dem Gebiet des Arbeitsunterrichts bestritten.

Die für Aufgaben der Schulgesundheitspflege einschließlich der Schulzahnklinik notwendigen Summen sind im Haushalt der Gesundheitsverwaltung enthalten. Näheres darüber findet sich im vorletzten Abschnitt dieses Buches.

Im weiteren Sinne darf man hierzu auch die Kosten zur Erhaltung der städtischen Schullandheime rechnen, die sowohl der gesundheitlichen Förderung ihrer Insassen, als auch der Pflege des Gemeinschaftsgedankens unter ihnen dienen soll. 1924 und 1925 standen für diesen Zweck noch keine Mittel zur Verfügung. 1926 erstmalig 41 000 RM., 1927 80 000 RM. Für 1928 mußten infolge Inbetriebnahme 394 000 RM. in den Zentralhaushaltsplan eingestellt werden.

Ferner gehört hierher die für künstlerische Erziehung der Schuljugend bereitgestellte Summe.

Die Stadt veranstaltet seit dem Herbst 1926 mit Hilfe der Staatstheater und der Künstlerorganisationen hochwertige Schüler-vorstellungen und -Konzerte zu Mindest-Eintrittspreisen, deren Besuch ständig im Zunehmen begriffen ist. Die Haushaltsmittel für diesen Zweck mußten daher von 30 000 RM. im Jahre 1926 auf 50 000 RM. im Jahre 1927 und auf 100 000 RM. im Jahre 1928 erhöht werden, wozu noch bei dem letzten Posten 10 000 RM. für Vorstellungen in englischer Sprache kommen.

Einem immer mehr als unentbehrlich anerkannten Hilfsmittel des neuzeitlichen Unterrichts, dem Lichtbild und dem Lehrfilm, wendet die Stadt seit einigen Jahren gleichfalls ein besonderes Interesse zu, was sich aus den dafür in Betracht kommenden Haushaltszahlen ergibt.

1924	waren dafür vorgesehen	23 500 RM.
1925		10 000 RM.
1926		23 500 RM.
1927		38 500 RM.

Für 1928 ist im Hinblick auf die erfolgte Einrichtung eines städtischen Filmseminars zur Ausbildung von Lehrkräften in der unterrichtlichen Verwendung des Lichtbildes und Films eine wesentliche Erhöhung auf 98 000 RM. eingetreten.

Aber alle Aufwendungen für das Schulwesen können nur dann die erhofften Früchte bringen, wenn die Lehrerschaft zur Lösung der

Schulgeld

ständig auftauchenden neuen Erziehungsaufgaben wohl vorbereitet ist. Von dieser Erkenntnis ausgehend, hat die Stadt, ungeachtet der in Berlin vorhandenen zahlreichen staatlichen Bildungsinstitute, von sich aus seit Jahren erhebliche Mittel für die Aus- und Fortbildung ihrer Lehrer bereitgestellt. Insbesondere wendet sie der von der Lehrerschaft gegründeten Diesterweg-Hochschule und dem ihr angegliederten Werklehrerseminar seit Jahren stattliche Beträge zu. Insgesamt betrugen die Ausgaben für Lehrerfortbildung

1924	10 000 RM.
1925	78 400 RM.
1926	111 000 RM.
1927	135 000 RM.
1928	201 000 RM.

Ihnen stehen verhältnismäßig nur geringe Einnahmen an Teilnehmergebühren gegenüber.

Zur Lehrerfortbildung im weiteren Sinne gehört auch die Veranstaltung von Studienreisen für Lehrpersonen, der in den letzten Jahren von der Schulverwaltung eine steigende Aufmerksamkeit gewidmet wird, wie sich aus folgenden Haushaltszahlen ergibt.

Aufwendungen für	1924	28 500 RM.
	1925	99 000 RM.
	1926	114 000 RM.
	1927	137 000 RM.

Die angeführten Zahlen sollen nichts anderes sein, als einige besonders bemerkenswerte Stichproben aus dem in Wirklichkeit um vieles differenzierteren Schuletat. Sie werden aber genügen, dem Leser eine Vorstellung vom Aufbau dieses Etats zu geben und ihn zu überzeugen, daß die finanziellen Leistungen der Stadt auf dem Gebiete des Schulwesens, ungeachtet der seit Jahren bestehenden Finanzschwierigkeiten, im Verhältnis zu den Gesamtaufwendungen doch einen recht stattlichen Umfang einnehmen. Man darf daraus wohl mit Recht auf den entschiedenen Kulturwillen der Berliner Gemeindekörperschaften schließen, die bei den Haushaltsberatungen stets von der Überzeugung ausgehen, daß gerade auf kulturellem Gebiete Sparpolitik am wenigsten angebracht ist.

Schulgeld

(mit Wirtschaftsbeihilfen und Stipendien für Studierende).

I. Als Groß-Berlin entstand, gab es in den Bezirken 1—6 und 7—20 viele, ganz verschiedenartige Schulgeldsätze für den Besuch der höheren und mittleren Schulen. Selbst innerhalb eines Bezirks herrschte bei Bemessung des Schulgeldes bunteste Mannigfaltigkeit, falls er mehrere größere Gemeinden umschloß.

Auch in dieser Hinsicht mußte die Schulverwaltung des neuen Berlin einheitliche Sätze aufstellen. Damit begnügte sich die Verwaltung jedoch nicht, sondern sie schuf schon im Jahre 1922 für einheimische Kinder eine Staffelung des Schulgeldsatzes einmal nach der Höhe des Einkommens des Erziehungspflichtigen und ferner nach der Zahl seiner eine höhere Schule besuchenden Kinder. Damit hatte ein bedeutungsvoller sozialer Gedanke zum ersten Male in Preußen Gestalt gewonnen, daß nämlich die über die Volksschule hinausführenden Lehranstalten keineswegs nur den Kindern der Begüterten offen stehen dürften, sondern unterschiedslos den bildungsfähigen Kindern aller Volksschichten. Gerade dem Bildungsdrang und der geistigen Veranlagung der Kinder ärmerer und kinderreicher Volkskreise sollte durch die Staffelung des Schulgeldes nach dem Einkommen und der Kinderzahl des Unterhaltspflichtigen Rechnung getragen werden.

Die Sätze aus der Zeit des Währungsverfalls seien hier übergangen. Nur als kleiner Beitrag zur Zeitgeschichte sei vermerkt, daß Anfang November 1923 das Schulgeld an höheren Schulen monatlich 9 Milliarden Papiermark betrug, daß aber einzelne Kinder in der Lage waren, diese Summe aus ihrem Taschengeld zu bezahlen.

Im September 1923 hatte auch der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung einen eingehenden Erlaß über die Gestaltung des Schulgeldes veröffentlicht, der zum ersten Male für ganz Preußen Ermäßigungen für weitere eine höhere Schule (einschließlich Hochschule) besuchende Kinder des gleichen Erziehungsberechtigten vorsah, und zwar sollte die Ermäßigung für das zweite Kind 10 %, für das dritte Kind 50 %, jedes weitere Kind 100 % betragen.

Nach den schon seit geraumer Zeit in Berlin geltenden Grundsätzen gestaltete sich die Ermäßigung nach dem Einkommen und nach der Kinderzahl für Einheimische beispielsweise vom 1. Mai 1924 ab wie folgt:

	1. Kind	2. Kind	3. Kind	4. Kind	5. Kind
Unter 1 500 RM.	$\frac{1}{1}$	$\frac{1}{1}$	$\frac{1}{1}$	$\frac{1}{1}$	$\frac{1}{1}$
1 500—3 000 „	$\frac{1}{4}$	$\frac{3}{4}$	$\frac{1}{1}$	$\frac{1}{1}$	$\frac{1}{1}$
3 000—4 500 „	—	$\frac{1}{4}$	$\frac{1}{2}$	$\frac{1}{1}$	$\frac{1}{1}$
4 500—6 000 „	—	—	$\frac{1}{4}$	$\frac{1}{2}$	$\frac{3}{4}$
6 000 u. mehr „	—	—	—	—	—

Damals betrug das Schulgeld für Schüler höherer Lehranstalten 12,50 RM., für solche der Mittelschulen 5 RM. monatlich.

Inzwischen ist die Staffelung durch Verschiebung der Staffeln Grenzen in mancher Hinsicht verfeinert worden; das Schulgeld an höheren Schulen beträgt zur Zeit 15 RM., an Mittelschulen 5 RM. monatlich, und die Ermäßigung ist — wie folgt — geregelt:

	1. Kind	2. Kind	3. Kind	4. Kind	5. Kind
Unter 2 500 RM.	$\frac{1}{1}$	$\frac{1}{1}$	$\frac{1}{1}$	$\frac{1}{1}$	$\frac{1}{1}$
2 500 — 3 300 „	$\frac{1}{2}$	$\frac{3}{4}$	$\frac{1}{1}$	$\frac{1}{1}$	$\frac{1}{1}$
3 300 — 5 000 „	$\frac{1}{4}$	$\frac{1}{2}$	$\frac{1}{1}$	$\frac{1}{1}$	$\frac{1}{1}$
5 000 bis Endgehalt der Gruppe XIII	—	$\frac{1}{4}$	$\frac{1}{2}$	$\frac{1}{1}$	$\frac{1}{1}$

Eine weitere durchgreifende Neuregelung beschäftigt zur Zeit die städtischen Körperschaften.

Durch die Schulgeldstaffelung fallen aus dem Schulgeldsoll der Stadt Berlin rund 35 % für Freistellen und Ermäßigungen aus, während der Staat, der übrigens zur Zeit bereits 200 RM. jährliches Schulgeld (gegen 180 RM. in der Stadt Berlin) ohne Staffelung des Schulgeldes nach dem Einkommen erhebt, von dem Schulgeldaufkommen nur 20 % für Freistellen und Schulgeldermäßigungen zur Verfügung stellt. Für Gewährung der Geschwisterermäßigung sind in Berlin Kinder, die städtische höhere Fachschulen besuchen, seit 1923 als höhere Schulen besuchende Geschwister mitgerechnet worden, seit 1927 auch solche, die staatliche Fachschulen besuchen.

Beachtung verdient auch die Regelung des Schulgeldes für Kinder von Ausländern. Als für Kinder von Einheimischen die Staffelung nach dem Einkommen und der Kinderzahl eingeführt wurde, erhöhte man für die Kinder von Ausländern den Schulgeldsatz ohne Staffelung nach dem Einkommen — jedoch mit der Geschwisterermäßigung — auf das Fünffache.

Zunächst (1923) wurden dann Deutsch-Österreicher, Deutsch-Balten, Ausländer deutscher Abstammung und längere Zeit im Inland ansässige Ausländer mit den Inländern gleichgestellt. 1925 wurde den Kindern solcher Ausländer, die im diplomatischen Dienst ihrer Regierungen in Preußen tätig waren, der Inländerschulgeldsatz mit der Geschwisterermäßigung — doch ohne Staffelung nach dem Einkommen — bewilligt, sofern für Kinder deutscher Diplomaten im betreffenden Auslande Gegenseitigkeit verbürgt war.

1927 endlich wurden die Kinder von Ausländern aller Staaten, die Gegenseitigkeit verbürgen — das sind fast alle Kulturstaaen —, den Einheimischen unter Anwendung der Staffelung gleichgestellt; ebenso die Kinder aller Nichtdeutschen, die seit drei Jahren ohne größere Unterbrechung im Deutschen Reich ansässig sind und ihr Einkommen wesentlich im Deutschen Reich beziehen.

Zur Zeit zahlen also nur die wenigen Ausländer für ihre Kinder ein erhöhtes — doppeltes — Schulgeld, ohne Staffelung nach dem Einkommen, jedoch mit Geschwisterermäßigung, deren Heimatstaat keine Gegenseitigkeit verbürgt, und die auch noch nicht drei Jahre ohne größere Unterbrechung im Deutschen Reich ansässig sind oder ihr Einkommen nicht wesentlich im Deutschen Reich beziehen. Auch diese letzte Schranke dürfte in Kürze fallen.

Eltern, die nicht in Berlin wohnen, ihre Kinder aber in Berlin auf eine höhere oder mittlere Schule schicken, zahlen — ohne Unterschied, ob sie Deutsche sind oder nicht — ein um 25% erhöhtes Schulgeld ohne Staffelung nach dem Einkommen, jedoch mit Geschwisterermäßigung.

An den Volksschulen zahlten die Kinder von Auswärtigen das einfache, Kinder von Ausländern zunächst das dreifache Fremdenschulgeld gemäß § 6 V.U.G. Nach einer kürzlich getroffenen Regelung zahlen vom 1. April 1928 ab die Kinder von Ausländern und von Auswärtigen einheitlich den einfachen Betrag des Fremdenschulgeldes.

Das Schulgeldaufkommen betrug seit 1924 bis jetzt stets fast 9 Millionen Reichsmark.

II. Die gleiche Erwägung, die seinerzeit zur Einführung eines nach dem Einkommen gestaffelten Schulgeldes Anlaß gab, führte bei Beginn der wirtschaftlichen Gesundung der städtischen Wirtschaft auch dazu, sogenannte Wirtschaftsbeihilfen zu schaffen.

Nach Art. 146, Abs. 3 RV. sind für den Zugang Minderbemittelter zu den mittleren und höheren Schulen durch Reich, Länder und Gemeinden öffentliche Mittel bereitzustellen, insbesondere Erziehungsbeihilfen für die Eltern von Kindern, die zur Ausbildung auf mittleren und höheren Schulen für geeignet erachtet werden, bis zur Beendigung der Ausbildung.

Berlin setzte das erstmalig im Jahre 1925 für solche Wirtschaftsbeihilfen den Betrag von 450 000 RM. in den Haushalt ein.

1926 wurden für Mittelschulen noch 25 000 RM. und für das Köllnische Gymnasium und die mit ihm verbundene Kämpf-Realschule als Begabten-Aufbauschule noch weitere 50 000 RM. bereitgestellt, so daß in diesem Jahre 525 000 RM. für Wirtschaftsbeihilfen zur Verfügung standen.

Für 1927 sind 712 500 RM. für die höheren Lehranstalten und Mittelschulen, sowie 50 000 RM. für das Köllnische Gymnasium und Kämpf-Realschule vorgesehen.

Die Verteilung der Wirtschaftsbeihilfen auf die einzelnen Lehranstalten erfolgt unter Berücksichtigung der Schülerzahl und der Wirtschaftslage der Eltern nach dem Umfange der in den einzelnen Schulen gewährten Schulgeldbefreiungen und Schulgeldermäßigungen. Die einzelne Beihilfe beträgt im Regelfalle 300 RM. jährlich und wird monatlich im voraus gezahlt. Die Vergebung der Wirtschaftsbeihilfen geschieht durch den Direktor nach Anhörung der Gesamtkonferenz und Genehmigung durch die zuständige Bezirksschulverwaltung. Die Wirtschaftsbeihilfen sind nur besonders begabten, bedürftigen Schülern, und zwar unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs zu gewähren. In ganz besonderen Einzelfällen kann auch über den Betrag von 300 RM. hinausgegangen werden.

In diesem Zusammenhange darf auch noch darauf hingewiesen werden, daß die Fürsorge der Schulverwaltung für die bedürftigen Schüler keineswegs mit der Reifeprüfung und Schulentlassung endet. Aus früheren Zeiten stehen ihr noch einige Mittel zur Unterstützung von Studierenden zur Verfügung, die allerdings durch den Währungsverfall nur noch 10 000 RM. betragen; auch die Stiftungsverwaltung des Magistrats kann jährlich etwa 12 000 RM. für Stipendien an Studierende in höheren Semestern vergeben.

Durch den Haushaltsplan 1927 sind erstmalig noch 10 000 RM. für Studienbeihilfen an Abiturienten von Aufbauschulen bereitgestellt worden. Diese Beihilfen sollen besonders bedürftigen Studierenden aus den Aufbauschulen auf die Dauer eines Jahres unter Vorbehalt des Widerrufs im Betrage von 500 RM. jährlich gewährt werden. Weiterbewilligung für mehrere Jahre soll die Regel sein.

Die Lehrerkammer der Stadt Berlin.

Die Entwicklung zum Volksstaat bahnte den Weg für die alte Forderung der Lehrerschaft, sie an der inneren und äußeren Gestaltung des Schulwesens mitwirkend zu beteiligen. Bereits am 17. November 1918, also fast unmittelbar nach der Staatsumwälzung, fand unter Führung des Berliner Lehrervereins eine allgemeine Versammlung der gesamten Berliner Lehrerschaft statt, die sowohl die Entsendung von Vertretern in den Berliner Arbeiter- und Soldatenrat, wie die Bildung einer Lehrerkammer beschloß, die „bis zur Errichtung einer Lehrerkammer durch Gesetz die einer Berufskammer zustehenden Aufgaben“ übernehmen sollte. Es lag in dem großen Zuge der Zeit, daß diese Kammer von allen Berufsvereinen der Berliner Lehrerschaft anerkannt wurde und demgemäß Vertreter aller Berufsgruppen von der Volksschule bis zur höheren Schule vereinigte, daß sogar, wie es in Breslau und Halle bereits geschehen war, Aussicht auf einen Anschluß der Hochschullehrer bestand. Die Kammer setzte es sich zur Aufgabe, „als Vertrauens- und Vermittlungsstelle der Lehrerschaft gegenüber den Behörden und der Öffentlichkeit“ zu dienen, „die als gemeinsam anerkannten beruflichen und wirtschaftlichen Anliegen der Lehrerschaft wahrzunehmen und bei allen Maßnahmen mitzuwirken, die das Erziehungs- und Bildungswesen betreffen.“ Der große Gedanke einer einheitlichen Standesvertretung aller Berufserzieher fand bedauerlicherweise nicht die Zustimmung des Ministeriums. Für die zunächst aus dem freien Willen der Lehrerschaft entstandenen Vertretungen waren inzwischen auf dem Verordnungswege gewisse Grundlinien gegeben worden, und das Ministerium forderte „im Interesse der gleichartigen Behandlung“ eine Vertretung, die nur die den Regierungen unterstellten Schulen und Lehrer umfaßte. Die endgültige Regelung wird dem Beamtenvertretungs-Gesetz verbleiben.

Bald wurde auch an einer anderen Stelle auf dem Wege der Gesetzgebung der Lehrerschaft ein Mitbestimmungsrecht gesichert. Durch die Novelle zum Schulunterhaltungsgesetz vom 7. Oktober 1920 wurde die Zusammensetzung der Schuldeputationen abgeändert. Die Lehrerschaft erhielt das Recht, in der gleichen Zahl wie der Gemeindevorstand und die Stadtverordnetenversammlung Vertreter dorthin zu entsenden. Sie werden nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt und nehmen dort an allen Aufgaben im Rahmen der gemeindlichen Befugnisse mitberatend und mitbestimmend teil, wozu namentlich die Verwendung der für die Schule erforderlichen Geldmittel und die Personalfragen gehören.

Die nach der Auflösung der ersten, eingangs dargestellten Kammer gebildete und jetzt noch bestehende Lehrerkammer ist ein Bezirkslehrerrat im Sinne der ministeriellen Bestimmungen. Nach den grundlegenden Erlassen vom 5. und 10. April 1919 ist es ihre Aufgabe, „ein gedeihliches Verhältnis zwischen den Schulbehörden des Bezirks und der Lehrerschaft zu erhalten und zu fördern.“ Sie ist deshalb

befugt, in allen allgemeinen Fragen des Schulwesens, insbesondere bei der allgemeinen Regelung der Dienst- und Rechtsverhältnisse der Lehrkräfte durch Stellung von Anträgen, Erstattung von Gutachten und tatsächlichen Mitteilungen zu beraten, Wünsche und Beschwerden allgemeiner Art aus den Kreisen der Lehrerschaft entgegenzunehmen, zu prüfen und weiter zu leiten und auf etwaige Mängel im Schulwesen hinzuweisen. Aus diesen allgemeinen Befugnissen sind bestimmte Einzelaufgaben entstanden und zum Teil bereits gesetzlich festgelegt. Die Berufung eines Lehrers oder Schulleiters in den Schulaufsichtsdienst soll nur dann erfolgen, wenn der zuständigen Lehrervertretung vorher Gelegenheit gegeben war, sich über die Eignung des Lehrers zur Verwendung im Schulaufsichtsdienst zu äußern. Falls die Regierung abweichend von der Stellungnahme des Bezirkslehrerrats einen Lehrer für den Schulaufsichtsdienst als besonders geeignet ansieht, ist die Entscheidung des Ministers einzuholen. Durch das Volksschullehrer-Diensteinkommen-Gesetz ist die Mitwirkung der Lehrervertretung bei der Festsetzung des Anrechnungswertes der Dienstwohnungen vorgesehen. Die preußische Personal-Abbau-Verordnung gab dem Beamten (und Lehrer) das Recht, vor seiner Versetzung in den einstweiligen Ruhestand eine gutachtliche Stellungnahme der Beamtenvertretung (also der Lehrerkammer) zu fordern. Den Bezirkslehrerräten ist das Recht zugestanden, geeignete Anfragen an die Lehrer des Bezirks zu richten, wenn auch eine Amtspflicht zur Beantwortung solcher Anfragen nicht besteht. Bei der Eigenart der Berliner Schulverhältnisse kann sich diese Tätigkeit nur in der Zusammenarbeit mit den staatlichen und mit den städtischen Schulbehörden vollziehen. An den Sitzungen der Lehrerkammer nehmen deshalb sowohl Vertreter des Provinzial-Schulkollegiums, als auch Vertreter der städtischen Schulverwaltung teil.

Die derzeitige Lehrerkammer der Stadt Berlin ist demnach die amtliche Vertretung der Lehrerschaft an den Volks-, Mittel- und Sonder-schulen gegenüber den städtischen und staatlichen Behörden im Sinne der ministeriellen Bestimmungen über die Bezirkslehrerräte. Sie hat die Aufgabe, die Interessen von rund 670 Volks-, Mittel- und Sonder-schulen mit etwa 11000 Lehrern und Lehrerinnen, einschließlich der Schulamtsbewerber und -bewerberinnen, zu vertreten.

Die 40 Mitglieder und 40 Stellvertreter werden von den betreffenden Lehrern und Lehrerinnen in unmittelbarer und geheimer Wahl auf die Dauer von drei Jahren nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Die jetzige Lehrerkammer setzt sich aus vier Gruppen zusammen: Der Lehrerverband Berlin hat 20 Plätze inne, die christlich-nationale Vereinigung 11 Plätze, die Lehrerinnengruppe 8 Plätze, die Gewerkschaft deutscher Volksschullehrer und Volksschullehrerinnen 1 Platz. Die letzte Wahl erfolgte am 30. Mai 1927.

Ihre Leitung liegt in der Hand eines Vorstandes von 9 Mitgliedern, der nach dem Stärkeverhältnis der einzelnen Kammergruppen zusammengesetzt ist. Die laufenden Geschäfte werden von dem Vorsitzenden und in der Hauptsache von einem Geschäftsführer erledigt.

Letzterer ist für diese Arbeit auf Kosten der Stadt vom Dienst beurlaubt. Durch das Entgegenkommen der städtischen Behörden wurden im Stadthaus drei Räume mit der notwendigen Ausstattung für eine Geschäftsstelle zur Verfügung gestellt, in denen mehrere Bureaukräfte zur Erledigung der schriftlichen Arbeiten beschäftigt werden. Die Kosten für diese persönlichen Lasten trägt die Lehrerschaft. Sie werden durch Umlagen und Beiträge aufgebracht, die auf Beschluß der Kammer von Zeit zu Zeit nach dem Bedürfnis erhoben werden, wie auch die Kammer durch eine besondere Satzung und eine Geschäftsordnung ihre Arbeit selbständig geregelt hat. Wenn auch für die Teilnahme an den Sitzungen eine Unkostenvergütung gezahlt wird, so erfolgt die Arbeit sonst ehrenamtlich. Nur für den Geschäftsführer ist im Hinblick auf seine überaus starke Belastung eine besondere Aufwandsentschädigung vorgesehen. In der Regel findet in jedem Vierteljahr eine Vollsitzung der Kammer statt. Die vorbereitende Arbeit wird in den Ausschüssen geleitet, die teils als ständige Ausschüsse für den Geschäftsabschnitt mit besonderen Arbeitsgebieten betraut, teils für besondere Aufgaben von Fall zu Fall gebildet werden. Für die Vollsitzungen hat das Bezirksamt Charlottenburg stets den dortigen Bezirksverordneten-Sitzungssaal unentgeltlich zur Verfügung gestellt, während in den ersten Jahren der Arbeit ein Wechsel des Raumes bevorzugt wurde, um durch die Arbeit in den verschiedenen Bezirken Berlins das Interesse für die Arbeit der Kammer zu beleben und zu stärken. Die Sitzungen der Ausschüsse finden dagegen gewöhnlich in der Geschäftsstelle der Kammer oder ausnahmsweise in anderen Räumen des Rat- oder Stadthauses statt.

Aus der Arbeit der Lehrerkammer sei auf folgendes hingewiesen: Es ist wohl kaum eine Sitzung zu verzeichnen, in der nicht ein Gutachten über die Eignung zum Schulaufsichtsdienst zu beschließen war. Die Verhandlung erfolgt für diese Aufgaben vertraulich; Gäste sind außer den Vertretern der Behörde nicht zugelassen.

Ebenso bildet die Sorge für die Junglehrerschaft einen ständigen Beratungsgegenstand, in dem je nach den Verhältnissen bald ihre Beschäftigung überhaupt, dann wieder ihre Ausbildung für den Berliner Schuldienst oder ihre Fortbildung und schließlich ihre Anstellung in den Vordergrund traten. Die Durchführung der einmaligen Einschulung brachte es mit sich, daß zu Oktober mehrere Hundert Klassen eingingen und dadurch in gleicher Zahl Lehrkräfte entbehrlich wurden, die zum großen Teil Ostern bei der verstärkten Aufnahme wieder benötigt wurden. Damit drohte einem großen Teil der Hilfslehrkräfte die Gefahr, während des Winters entlassen zu werden, ohne daß sie doch eine andere lohnende Dauerbeschäftigung übernehmen konnten, weil man im April wieder auf sie zurückgreifen mußte. In anerkennenswerter Zusammenarbeit mit der städtischen Schulbehörde und dank der Opferwilligkeit der Stadt ist es in den letzten Jahren gelungen, den größeren Teil der Betroffenen vor diesem Schicksal zu bewahren und Entlassungen in größerem Ausmaße zu vermeiden. Durch Teilung von Klassen und Einrichtungen von Kursen wurden die bereitgestellten

Mittel für die fortschrittliche Entwicklung des Berliner Schulwesens verwendet. Wenn eine Beschäftigung im öffentlichen Schuldienst nicht mehr möglich war, sah es die Kammer als ihre Aufgabe an, eine andere Beschäftigung zu vermitteln oder beim Provinzial-Schulkollegium für einen Fortbildungszuschuß einzutreten. Die Richtlinien für die Gewährung von solchen Zuschüssen wurden halbjährlich mit dem Dezerenten des Provinzial-Schulkollegiums besprochen. Wenn die Höhe gerade für Berlin noch unbefriedigend ist, so haben sich die Vertreter der Kammer davon überzeugen müssen, daß der Ausgleich der unbeschäftigten Schulamtsbewerber und -bewerberinnen sehr stark zuungunsten Berlins vollzogen worden ist und daß bei den vorhandenen Mitteln eine gerechtere Zuteilung sich nicht ermöglichen ließ. Es darf aber auch hier anerkannt werden, daß sowohl bei der Feststellung der Grundsätze wie im Einzelfalle die Vorschläge der Kammer bereitwilliges Entgegenkommen fanden. In schwierigen Fällen unterstützte die Kammer selbst durch Mittel, die von der Lehrerschaft durch besondere Sammlungen bereitgestellt waren.

Nach der Milderung der Anstellungssperre gelang es den ständigen Bemühungen der Kammer, auch in dieser Frage einen Schritt vorwärtszukommen. Auch hier erwies sich die enge Zusammenarbeit zwischen der Kammer und der städtischen Schulbehörde als segensreich. Auch hier ist es der städtischen Schulverwaltung gelungen, unter dankenswerter Mitarbeit der Lehrerkammer, alle Widerstände zu überwinden, so daß im Augenblick wenigstens die Anstellung aller Lehrer und Lehrerinnen, die 10 Jahre im städtischen Schuldienst sind, als vollzogen angesehen werden kann. Wenn damit das Ziel als noch nicht erreicht bezeichnet werden darf — das Diätariat der Lehrer dafür betrug nach dem bisher geltenden Gesetz nur 7 Jahre und wurde inzwischen durch neue Bestimmungen auf 5 Jahre verkürzt —, so ist doch ein erster Schritt vollzogen, dessen Bedeutung bei den Aufwendungen der Stadt Berlin für ihre Schulen nicht unterschätzt werden soll.

Eine schwierige Aufgabe erwuchs der Kammer bei der Durchführung der Personal-Abbau-Verordnung. Obgleich die Kammermitglieder mit der gesamten Lehrerschaft einen Abbau im Schulwesen überhaupt nicht als gerechtfertigt ansahen, mußten sie sich bei den bestehenden gesetzlichen Bindungen auf die Vermeidung von Ungerechtigkeiten und Härten beschränken. Angesichts der Tatsache, daß abgebaut werden mußte, konnten sie da Bedenken und Einspruch nicht geltend machen, wo sie sich dem Gewicht der sachlichen Gründe nicht entziehen konnten und die Folgen des Abbaues wirtschaftlich erträglich erschienen. Auch hier wurden die Entscheidungen in mündlicher Verhandlung, für die angestellten Lehrer und Lehrerinnen mit dem Provinzial-Schulkollegium, für die Hilfslehrkräfte mit der städtischen Schulbehörde, vorbereitet und im wesentlichen im Einvernehmen getroffen.

In gleicher Weise hat die Kammer bei der neuen Dienst-anweisung und bei einzelnen Verfügungen der Schulaufsichtsbehörde

mitgewirkt. In anderen Fällen, wie über die körperliche Züchtigung, die Einrichtung von Schulsparkassen, die Einführung der Sütterlinschrift, begnügte sie sich mit einem ausführlichen schriftlichen Gutachten.

Von starker Bedeutung war die grundsätzliche Stellungnahme der Kammer zur Besetzung der Beförderungsstellen, obgleich sich die praktische Hauptarbeit durch die Vertreter der Lehrerschaft in den Bezirksschuldeputationen vollzieht. Nachdem sich die Mehrheit der Lehrerschaft grundsätzlich für die Wahl des Schulleiters durch das Kollegium entschieden hat, konnte sich die praktische Arbeit in dieser Beziehung, solange die gesetzlichen Bestimmungen noch anderes vorsahen, nur darauf einstellen, den Vorschlag der betreffenden Kollegien zu unterstützen. Bei der Besetzung der Konrektorstellen trat sie mit Erfolg dafür ein, daß durch Alter gewonnene Berufserfahrung als Bewertungsfaktor herangezogen wurde.

In besonders umfangreicher und zeitraubender Tätigkeit haben Vertreter der Kammer bei der Abschätzung der Anrechnungswerte für die Rektor-Dienstwohnungen mitgewirkt. In der Zeit der Inflation, als die sich häufenden Gehaltszahlungen von den verfügbaren Kräften nicht mehr bewältigt werden konnten, hat die Kammer, namentlich für die Ruhegehaltsempfänger, die Arbeit unmittelbar übernommen. Mit ihrer Hilfe besteht noch zur Zeit ein Zahlungsverfahren, das einen erheblichen Teil der Rechnungsarbeit und der Auszahlung in die Hand von Beauftragten der einzelnen Kollegien legt und erst seit April 1928 zum Teil beseitigt ist. Daß neben solchen Erfolgen manche Arbeit der Kammer Sysiphus-Arbeit blieb, darf nicht verhehlt werden. Leider konnten die Wünsche der Lehrerschaft hinsichtlich der Herabsetzung der Pflichtstundenzahl aus finanziellen Gründen noch keine Berücksichtigung finden.

Die Zuteilung der Räume in unmittelbarer Nähe der Deputation für das Schulwesen ermöglicht eine besonders enge Zusammenarbeit mit der städtischen Schulverwaltung. Das gestattet den städtischen Schulsachwaltern, sich jederzeit schnell über die Auffassung der Lehrerschaft zu unterrichten und erleichtert es der Geschäftsführung der Kammer, für ihre Arbeiten die Unterstützung der städtischen Schulbehörde zu erwirken. Bei wichtigen Entscheidungen hat die Verwaltung Wert daraufgelegt, vorher die Stellungnahme der Lehrerschaft kennenzulernen.

Der Lehrerkammer ist vom Magistrat die Leitung des Versorgungsausschusses des Zentralstellennachweises bei der Deputation für das Schulwesen übertragen. Das Landesarbeitsamt Berlin hat den Nachweis als Arbeitsvermittlungsstelle anerkannt. Allmonatlich erfolgt nach einem bestimmten Formular ein Bericht über die Vermittlungstätigkeit. Von Januar bis Dezember 1926 lagen nach diesem Bericht 355 Arbeitsgesuche von Schulamtsbewerbern und 122 von Schulamtsbewerberinnen vor. Da jeder Arbeitssuchende mehrmals die Geschäftsstelle in Anspruch nimmt, ehe eine Vermittlung tatsächlich erfolgen

kann, so deuten die angegebenen Zahlen auf einen erheblich stärkeren Besuch von Stellungsuchenden hin. Ebenso verhält es sich mit den 165 Meldungen offener Stellen im Jahre 1926, die für Junglehrer in Betracht kamen und den 39 für Junglehrerinnen. Ehe eine angebotene Stelle in die Statistik aufgenommen werden konnte, ist in der Regel eine Beratung des Anbietenden vorausgegangen. Arbeitgeber mußten für Einstellung solcher beschäftigungslosen Lehrer und Lehrerinnen gewonnen, Eltern, die ihre Kinder unterrichten lassen wollten, eingehend beraten werden.

Hand in Hand mit dieser Vermittlungstätigkeit geht eine Beratung aller Schulamtsbewerber(-innen), die in Berlin wohnen, ohne Rücksicht darauf, ob sie im Zentralstellennachweis aufgenommen sind oder anderen Regierungen angehören. Dazu kommt noch eine Zahl von Durchreisenden, die an ihren Wohnorten sehr häufig auf die beratende Tätigkeit der Lehrerkammer hingewiesen werden. Die Lehrerkammer hält es für ihre Pflicht, jeden Junglehrer, der stellungslos ist, allein auf sich angewiesen und in Not erscheint, zu unterstützen, ihn in seine Heimat zurückzuschicken oder ihm sachgemäße Beschäftigung zu überweisen. Junglehrer werden infolgedessen einige Tage, ja selbst Wochen in der Lehrerkammer beschäftigt, bis die Verhältnisse geklärt sind. Die Lehrerkammer steht mit städtischen und freien Wohlfahrtsstellen in Beziehung, überweist katholische Junglehrer dem Johanneshaus, evangelische Junglehrer der inneren Mission (Hospizien). Sie ist in der Lage, jeden Junglehrer für die Nacht unterzubringen und ihn so vor dem Asyl für Obdachlose zu bewahren. Der Berliner Lehrerverein hat ebenfalls seine Herberge für Junglehrer zur Verfügung gestellt. Die Kosten trägt dann die Lehrerkammer.

1927 haben 962 stellungslose Junglehrer und -lehrerinnen den Stellennachweis aufgesucht. 432 haben sich für die Vermittlung fest einschreiben lassen, und 150 haben Stellen erhalten. 146 sind außerdem zum Teil in der Geschäftsstelle der Lehrerkammer, zum Teil an anderen Stellen zu vorübergehenden Arbeiten herangezogen worden.

Neben dieser Tätigkeit für die stellungslosen Junglehrer und -lehrerinnen steht die Beratung aller anderen Lehrer und Lehrerinnen in ihren persönlichen Sorgen und Nöten. Ob Unterstützung, ob Notstandsbeihilfe, Krankheit oder Beurlaubung, Versetzung oder Vertretung, verspätete Zahlungen oder irrtümliche Berechnungen, dienstliche oder außerdienstliche Unannehmlichkeiten, aber auch Mängel in der Ausstattung der Schulen und Klassen, Einführung von Neuheiten, alles findet seinen Weg zum Geschäftsführer der Lehrerkammer, sei es, um beraten zu werden, sei es, um die Erfüllung eines Wunsches gefördert zu sehen.

Neben der Lehrerkammer sind in den einzelnen Schulkreisen Kreislehrerräte gebildet. Sie haben die Vertretung der zum Schulkreis gehörenden Lehrerschaft gegenüber den Behörden und der Öffentlichkeit des Kreises. Ihre Arbeit vollzieht sich dementsprechend

in Fühlungnahme mit dem zuständigen Schulrat. Da zu einem Berliner Verwaltungsbezirk häufig mehrere Schulkreise gehören, ist von den Kreislehrerräten eines Bezirks ein Bezirkslehrrerausschuß gebildet, der bei den dem Bezirksamt übertragenen Aufgaben die Lehrerschaft vertritt. Soweit ein Schriftverkehr der Kreislehrerräte mit den übergeordneten Schulbehörden notwendig wird, geht er durch die Lehrerkammer, wie auch umgekehrt die Lehrerkammer die Kreislehrerräte zu ihrer Arbeit heranzieht.

Die Kammer hält bewußt in ihrer Mehrheit einen grundlegenden Unterschied zwischen ihrer Arbeit und der Arbeit der Lehrerorganisation für geboten. Sie beschränkt sich darauf, praktische Arbeit im Rahmen des geltenden Rechts zu leisten, innerhalb der bestehenden Gesetze die Auffassung der Lehrerschaft zu vertreten und durchzuführen. Es bleibt den Organisationen vorbehalten, für neues Recht zu kämpfen und die Abänderung der Gesetze nach den von der Lehrerschaft aufgestellten Zielen zu erstreben. Diese klare Scheidungslinie hat die reibungslose Zusammenarbeit zwischen der Lehrerkammer und den durch sie vertretenen Organisationen gewährleistet und ermöglicht es gleichzeitig den Organisationen, ohne einen Verzicht auf ihre grundsätzlichen Ziele doch innerhalb des geltenden Rechtes praktisch mitzuarbeiten.

Volksschule.

In dem riesigen Schulwesen der neuen Stadtgemeinde Berlin nimmt die Volksschule mit rund 76 % der Gesamtschülerzahl den weit- aus größten Platz ein. Als am 1. 10. 1920, am Tage der Eingemeindung der bisherigen Vororte, auch das Schulwesen aller dieser Gemeinden zusammengefaßt wurde, da haben rund 380 000 Kinder in 652 Schulen und 10 130 Klassen zum Bereich der Volksschule gehört. Die erste Zählung der Volksschulkinder im neuen Berlin fand am 1. 11. 1921 statt. An diesem Tage besuchten 376 955 Kinder die Volksschulen. Als Folgeerscheinung des Krieges ist diese Zahl ständig zurückgegangen. Wie die Tabellen im Anhang zeigen, ist der Rückgang bis einschließlich Ostern 1923 ziemlich gleichmäßig, da in fast allen Ortsteilen die jährlich zweimalige Einschulung der schulpflichtigen Kinder durchgeführt wurde. Nach Ostern 1923 zeigt die Statistik ein stärkeres Schwanken in der Zahl der Schüler. Einmal sogar ein scheinbares Ansteigen zum Ostertermin, da nunmehr nach den gesetzlichen Bestimmungen jährlich nur einmal eingeschult wurde, während bis auf weiteres die seinerzeit zu Michaelis eingeschulten Kinder nach Erfüllung ihrer Schulpflicht im Herbst zur Entlassung kamen. Bis zum 1. 11. 1927 ist die Zahl der die Volks- und Sonderschulen besuchenden Kinder um 104 197 zurückgegangen. Sie wird auch bis ungefähr 1930 noch weiter zurückgehen.

Dieser starke Verlust an Schülern hätte einen starken Abbau von Schulen zur Folge haben müssen, bei einer Durchschnittsbesetzung von 600 Schülern ungefähr 170 Schulen.

Wenn aber tatsächlich nur 20 von 652 Volksschulen eingegangen sind, so liegt das einmal daran, daß die städtische Schulverwaltung der neuen Auffassung von Anforderungen an Schulräumen folgte und zum andern, daß die Klassenfrequenz zurückgesetzt wurde. Es ist in dem Abschnitt über die Bauten der Stadt der Wandel eingehend geschildert, den das Berliner Schulgebäude in den letzten 50 Jahren erfahren hat und dabei erörtert, wie die Zahl der Nebenräume ständig im Verhältnis zu den Gesamträumen des Schulgebäudes zunimmt.

Gerade das Eingehen von Klassen gab daher der Schulverwaltung die erwünschte Gelegenheit, einigen Unterrichtsfächern, vor allem der Erdkunde, den Naturwissenschaften, dem Hauswirtschaftsunterricht u. a. m. eigene Räume zur Verfügung zu stellen, Werkräume einzurichten und dem Schularzt und der Schulschwester Zimmer einzuräumen, die ihnen dann ständig zur Verfügung stehen konnten.

Das Freiwerden von Schulräumen konnte außerdem dazu benutzt werden, noch vorhandene unzulängliche Schulgebäude aufzugeben und die in ihnen befindlichen Klassen in modernere Schulhäuser unterzubringen. So konnten endlich eine Anzahl von Miethäusern geräumt und ihrem eigentlichen Wohnzweck zurückgegeben werden, was bei der herrschenden Wohnungsnot nicht zu unterschätzen war. Einige Volksschulen wurden dem höheren Schulwesen zur Verfügung gestellt, das bei steigender Schülerzahl Rummangel hatte, andere der Berufs- und Fachschulabteilung, andere schließlich zu Sonderschulen ausgebaut.

Was die Klassenfrequenz anbetrifft, so war die Durchschnittsfrequenz der Klassen beim Inkrafttreten des Gesetzes vom 27. April in den einzelnen Bezirken und Ortsteilen der Stadt sehr verschieden. In einzelnen Vororten ging sie sogar auf 50, so daß eine einheitliche Regelung notwendig wurde. Von der Schulaufsichtsbehörde war vor dem Krieg die Herabsetzung der Durchschnittsfrequenz auf 40 gefordert worden, eine Zahl, die etwa zur Zeit der Eingemeindung erreicht war. Wollte man aber bei dieser Zahl stehen bleiben, so wäre es bei dem jetzt einsetzenden Rückgang der Schülerzahl zu einem sehr bedenklichen Abbau von Schulen und Klassen gekommen; es wäre sogar teilweise eine Zerreißung des geschlossenen Aufbaues einzelner Schulen nicht zu vermeiden gewesen. Die Schulverwaltung hat daher bezüglich des Abbaues von Schulen und Klassen mit dem Kinderrückgang nicht gleichen Schritt gehalten, sondern mit Zustimmung der Gemeindebehörden die Durchschnittsbesetzung allmählich weiter gesenkt. Die dahingehenden Beschlüsse des Magistrats lauten:

Beschluß

aus der außerordentlichen Magistratssitzung vom 8. März 1924.

Der Magistrat beschließt, das Schulwesen auf der gleichen Höhe und in dem bestehenden Umfange zu erhalten. Eine Erhöhung der Klassenfrequenz findet nicht statt. Die Klassenbesuchsziffer darf im Einzelfalle 40 nicht übersteigen.

Beschluß

aus der Sitzung vom 12. März 1924.

Der Beschluß des Magistrats vom 8. März 1924, die Klassenbesuchsziffer von 40 im Einzelfalle nicht zu überschreiten, wird auf die Klassen der Anfänger beschränkt. Die hierdurch vermehrte Zahl an Klassen soll durch Zusammenlegung von Klassen auf anderen Stufen womöglich vermindert werden. Ein trotzdem nötiger Mehrbedarf an Stellen soll dem Magistrat zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Beschluß

aus der Sitzung vom 19. März 1924.

In Ergänzung des Beschlusses vom 8. März 1924 bestimmt der Magistrat, daß die durchschnittliche Klassenfrequenz für Berlin 1—20 = 35—36 betragen soll. Es ist nachdrücklichst darauf hinzuwirken, daß diese Ziffer unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse in allen Bezirken gleichmäßig nach und nach erreicht wird.

Die Klassenbesuchsziffer von 40 in Aufnahmeklassen bildet die Regel. Eine Teilung der Klassen bei mäßiger Überschreitung dieser Höchstziffer bedarf der Zustimmung der zuständigen Deputation.

gez. Böß. gez. Paulsen.

Im weiteren Verlauf haben sich die zuständigen Stellen damit einverstanden erklärt, daß die Durchschnittsbesetzung von 35 in Ortsteilen mit ländlichem Charakter unterschritten werden darf.

Mittlere Klassenbesetzung.

Zeitpunkt	Volksschule	Sonderschule	überhaupt
1. 11. 21	38,10	18,21	37,21
1. 5. 22	37,67	18,38	36,69
1. 11. 22	37,30	17,95	36,30
1. 5. 23	36,23	18,16	35,24
1. 11. 23	35,80	17,22	34,72
1. 5. 24	35,33	17,74	34,28
1. 11. 24	34,67	17,24	33,50
1. 5. 25	33,97	17,80	32,95
1. 11. 25	33,76	16,93	32,64
1. 5. 26	35,03	17,26	33,88
1. 11. 26	34,10	16,24	32,89
1. 5. 27	34,45	17,06	33,34
1. 11. 27	33,45	15,92	32,29

Soviel in Kürze an Zahlenmaterial über die Volksschulen des neuen Berlin. Wir können uns hier weitere statistische Angaben ersparen, weil solche einmal an anderer Stelle — besonders im Kapitel über den Schuletat — mehrfach gegeben sind, und weil zum anderen auf ein Buch hingewiesen werden kann, das in diesem Jahre (1928) mit wesentlicher Unterstützung der Städtischen Schulverwaltung erschienen ist, und das reichliches Material über unsere Volksschulen nach der finanziellen und wirtschaftlichen Seite hin bringt, das aber darüber hinaus auch Statistiken über das Schülermaterial der Volksschule bringt*).

Zahlen geben eine ungefähre Vorstellung von der Größe und der äußeren Entwicklung der Berliner Volksschulen. Will man jedoch eine Vorstellung von der Arbeit dieser Schulen erhalten, so wird es nötig

*) Dr. Erna Treykorn: Wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung der Berliner Volksschulen seit 1870. Comenius-Verlag Berlin C.

sein, zu untersuchen, welche Umgestaltungen diese Schulen in den letzten Jahren erfahren haben, welche Bestrebungen ihre Entwicklung bestimmt und welches die tieferen Ursachen waren, die diese oder jene Forderung der modernen Pädagogik hier zur besonderen Entwicklung, dort vielleicht zur Ablehnung gebracht haben. Gerade die Volksschule hat in den letzten acht Jahren allenthalben eine starke Fortentwicklung erfahren, und die Volksschule einer Weltstadt wie Berlin wird diese Forderungen anders haben entwickeln müssen, als es vielleicht die Volksschule einer kleineren oder mittelgroßen Stadt hätte tun können. Wie hat sich, so ist die Frage, unter den besonderen Bedingungen der Großstadt das Berliner Volksschulwesen in den Jahren des Berichtes entwickeln können?

A. Die Grundschule.

Die Berliner Lehrerschaft kann mit Stolz von sich sagen, daß sie manches, was erst in den Richtlinien für die Grundschule gefordert wurde, bereits vorher, wenigstens teilweise durchgeführt hat, und daß diese Richtlinien selbst nicht ohne wesentlichen Anteil ihrer Arbeit entstanden sind.

Bereits im Jahre 1917 wurde aus den Kreisen der Lehrerschaft heraus in einer „Arbeitsgemeinschaft für praktische Pädagogik“ die *Fibelfrage* ausführlich erörtert, eine Arbeit, die schon am 20. Juli 1919 zur Herausgabe von Forderungen für eine kommende moderne Berliner Fibel führte. Es ist vielleicht von historischem Interesse, diese jetzt so selbstverständlich erscheinenden, damals aber fast revolutionär klingenden Forderungen zu lesen; sie seien daher hier abgedruckt:

„Die kommende Berliner Fibel soll kein reines Leselernbuch im bisherigen Sinne sein. Sie soll vielmehr als kinderfrohes Jugend- und erstes Lesebuch der gesamten sprachlichen Entwicklung des Kindes im ersten Schuljahre dienen. Das eigentliche Lesenlernen geschieht, dem Gang der Fibel folgend, im Unterricht an Wandtafel, Lesekasten, Lesemaschine und dergleichen. Die Fibel dient also nicht der Darbietung des Neuen, sondern der Übung und Anwendung des schon Gelernten.

2. Nach der neuen Fibel ist mit dem Lesenlernen zu beginnen. Das Schreibenlernen wird gleichzeitig durch grundlegende Übungen im Stäbchenlegen und im malenden Zeichnen vorbereitet. Erst auf späterer Stufe werden Schreiben und Lesen nebeneinander geübt.

Als einfachste und darum erste Leselernschrift sind die Großbuchstaben der lateinischen Druckschrift zu verwenden.

3. Rein lesetechnische Übungsreihen mit zusammenhangslosem Inhalt oder gar sinnlose Silben gehören nicht in die Fibel. Damit sollen Wortreihen, die inhaltlich zusammenhängen und an das Fibelbild sich anschließen, nicht gänzlich abgelehnt werden.

4. Die Fibel muß in der Einführung der Laute einen auf die Gesetze der Lautlehre aufgebauten Gang vom Leichten zum Schweren

A black and white illustration of a steam locomotive pulling a train of children. The locomotive is on the left, moving towards the right. It has a large cylindrical boiler, a tall smokestack, and large wheels. A train of children is being pulled behind it. The children are dressed in simple clothing, and the locomotive is emitting a large plume of smoke or steam from its smokestack.



gibst du, gibst du, gibst du, gibst du!
 fühlst du, fühlst du, nimmst du ein!
 so fühlst du dich nun nicht so
 ganz allein! nicht ganz allein so
 im Meer mit dir ein -
 fühlst du, so fühlst du nicht so ein!
 aber nun fühlst du nicht so ein.

30

dann bei der Gründung der Diesterweg-Hochschule von dieser übernommen wurden, und die einen wesentlichen Teil der Vorlesungen derselben in Anspruch nahmen. Wie differenziert die Grundschularbeit ist, erhellt am besten ein Abdruck aus dem letzten Vorlesungsverzeichnis der Diesterweg-Hochschule (So. 1928) über diesen Gegenstand, der auch am besten zeigt, wie stark das Interesse der Berliner Lehrerschaft noch gegenwärtig für diese Frage ist:

2. Grundschulunterricht.

A. Rektor Paul Müller: Methodik des evangelischen Religionsunterrichts in der Grundschule. — Historisch-psychologische Grundlegung. Auffassungen der Kinderpsychologie. Wert der vorbereitenden Unterredung, Verwendung der religiösen Anschauungstoffe, Aufbau des Lehrgesprächs, praktische Versuche in der Schule. — Freitag 16 $\frac{1}{4}$ —17 $\frac{3}{4}$, Georgenstraße 30/31. — 14 Doppelstunden. Gebühr 7 RM.

B. Konrektor Werth: Neuzeitlicher Anfangs- und weiterführender Grundschulunterricht mit praktischen Übungen. — Grundlagen des neuzeitlichen Anfangsunterrichts. Die Ausdruckstechniken, Kritik, Auswahl, Bedeutung für Körper- und Geistesbildung. Logik der Dinge. Auf Wunsch Übung im Stäbchenlegen und Formen. Lesenlernen und Lesehilfsmittel mit Übungen. Gang des Schreibenlernens. Rechnen nach der Systemmethode. Märchen und Dichtung in der Grundschule. Rätselstunden. Bildbetrachtung. Arbeit am Lesestück. Gelegenheitsunterricht. Gesamtunterrichtseinheiten. Nach Möglichkeit Klassenbesuch, Lehrproben. — Mittwoch 16 $\frac{1}{4}$ —17 $\frac{3}{4}$, Georgenstraße 30 bis 31. — 14 Doppelstunden. Gebühr 7 RM.

C. Rektor Ernst: Deutschunterricht im 2. und 4. Schuljahr (Fortsetzung der Winter-Vorlesung, Neueintritt möglich). — Sachunterricht und Sprachunterricht. Unsere Muttersprache als Vermittlerin deutscher Kultur. Streifzüge durch die Gebiete der Laut-, Wort- und Schriftkunde. Vom Leben und von der Aufgabe der Vor- und Nachsilben. Wortfamilien und Wortgeschichten. Behandlung des Dingwortes und des Zeitwortes in der Grundschule. Lehrproben. — Mittwoch 18—19 $\frac{1}{2}$, Georgenstr. 30/31. — 14 Doppelstunden. Gebühr 7 RM.

D. Rektor W. Schultze: Deutschunterricht im 3. und 4. Schuljahr. — Donnerstag 17—18 $\frac{1}{2}$, Wilmersdorf, 5. Volksschule, Coblenzer Straße 22/24, Zeichensaal. — 14 Doppelstunden. Gebühr 7 RM.

E. Lehrer Malbranc: Methodik des heimatkundlichen Unterrichts im 1. bis 4. Schuljahr. — Grundlagen des heimatkundlichen Unterrichts nach den Richtlinien. Heimatkundlicher Gesamtunterricht. Die Stoffkreise der Heimatkunde. Vom Heimatbezirk zur Heimatprovinz. Heimatkunde als Vorbereitung auf den späteren erdkundlichen, naturkundlichen und geschichtlichen Unterricht. Einführung in das Kartenverständnis. Arbeitsweisen, Hilfsmittel. Auf Wunsch Lehrübungen. — Dienstag 18—19 $\frac{1}{2}$, Georgenstr. 30/31. — 14 Doppelstunden. Gebühr 7 RM.

Lehrer Schmidtbauer: Zur unterrichtlichen Behandlung der Heimatkunde des Bezirks Neukölln. Einführung in den Plan und in die Darstellung der Höhenverhältnisse. Betrachtung der Ortsverhältnisse: Siedlung, Dorftyp, Wegenetz, Siedlungsgrund, Entwicklung von Neukölln, Veränderung der Bodenform durch die Siedlung, Bevölkerung. — Donnerstag 17—18¹/₂, Neukölln, 45./46. Volksschule, Kaiser-Friedrich-Str. 4, Zimmer 6, 1 Treppe. — 6 Doppelstunden. Gebühr 3 RM.

F. Rektor Karselt: Rechnen in der Grundschule. Beziehungen zwischen Psychologie, Pädagogik und Rechenunterricht. Ziel und Methode des neuzeitlichen Rechenunterrichts. Die Zahl als Bewußtseins-tatsache. Zahlenerlebnis und Veranschaulichungsgrundsatz; verschiedene Strömungen. Die Berliner Lehrplanbestimmungen und die Lehrstoff-behandlung in den Klassen 8—5. Besprechung von Rechenbüchern. Lehrproben. — Dienstag 16¹/₄—17³/₄, Georgenstr. 30/31. — 10 Doppel-stunden. Gebühr 5 RM.

H. Oberschullehrer Vorwerk: Das Sachzeichnen (begriff-bildende Zeichnen) im 1. bis 4. Schuljahr. — Verbindung mit andern Ausdruckstechniken (Stäbchenlegen, Formen, Falten, Ausschneiden). Illustrieren von Märchen, Fabeln, Gedichten. Technik des Wandtafel-zeichnens. (Für Anfänger.) — Freitag 18—19¹/₂, Georgenstr. 30/31. — 14 Doppelstunden. Gebühr 7 RM.

Musikpflege in der Grundschule.

B. Ergänzungskurse. I. Lehrerin Marie Mantius: Lehrgang für Gehörbildung, Gesang und Spiel in der Grundschule. — Dienstag 16¹/₄—17³/₄, Dorotheenstr. 12 (nicht Georgenstr.), Aula, 2 Treppen. — 14 Doppelstunden. Gebühr 7 RM.

Leibesübungen in der Grundschule durch das Amt für Leibes-übungen.

* *
 *

Neben diesen theoretischen Arbeiten versuchte sich die Berliner Lehrerschaft auch bereits vor der offiziellen Einführung der Grund-schule in der praktischen Arbeit, um sich und andere zu überzeugen, daß neuzeitlicher Unterricht auch zu zufriedenstellenden Ergebnissen führen könne. Damals wurden aus diesem Wunsche heraus etwa 50 Versuchsklassen über Berlin verteilt.

So fand die Einführung der offiziellen Grundschule in Berlin den Boden gut vorbereitet, hat doch einer der hauptsächlichsten Väter dieser Richtlinien, Herr Reg.-Direktor Pretzel, an diesen Arbeiten einen starken Anteil gehabt.

Um hier gleich ein anderes Gebiet der Selbsttätigkeit der Berliner Lehrerschaft zu erwähnen, sei darauf hingewiesen, daß nach Erscheinen des neuen Grundlehrplanes eine Lehrplan-Kommission sich

bildete, deren Arbeiten schließlich zur Herausgabe einer „Einführung in den Lehrplan für die Volksschule der Stadt Berlin“*) durch den Lehrerverband führte. Dieses stattliche Buch bringt soviel über die pädagogische Arbeit an unseren Berliner Volksschulen, daß der Hinweis auf dieses Buch dem Interessierten genügen kann und wir an dieser Stelle in der glücklichen Lage sind, uns so kurz wie möglich fassen zu können.

Die Arbeit an der Grundschule in der Großstadt hat es mit der Forderung, daß aller Grundschulunterricht aus der Umwelt des Kindes erwachsen müsse, schwieriger als es die Grundschule der kleineren Stadt oder gar des Landes hat. Ist doch diese Umwelt einerseits so außerordentlich vielgestaltig, daß die Sinne der Kinder frühzeitig stumpf geworden sind, und ist zum anderen die Differenziertheit der Erlebnisse unter den einzelnen Kindern um vieles stärker als es bei den Kindern einer ländlichen Lebensgemeinschaft der Fall zu sein pflegt. Hier gilt es erst einmal wieder gemeinschaftliches Erleben entweder ausfindig zu machen oder hervorzurufen. Damit erfüllt der Lehrer gleichzeitig eine soziale und letzten Endes staatsbürgerliche Pflicht. Die vielfach so heimatlos und wenig bodenständig in die Schule eintretenden Kinder erhalten recht häufig erst durch die Eroberung der Umwelt durch die Schule ein Heimatgefühl, das sich bei dem engeren Zusammenhang, den wir gerade für die Grundschule zwischen Elternhaus und Schule erstreben, schon mehrfach segensreich auf das Elternhaus ausgedehnt hat.

Wie sich auch bei der Vielgestaltigkeit des Lebens einer Berliner Straße zwanglos, ja spielend ein Bildungserwerb aus der Beobachtungs- und Erfahrungswelt des Berliner Grundschulkindes finden läßt, sei nur an einem Beispiel erläutert, das auf der Ausstellung „Die neuzeitliche Deutsche Volksschule“ während des Kongresses Ostern 1928 in Berlin zu sehen war, das zugleich einen trefflichen Einblick in die Art des Gesamtunterrichtes gibt, wie er für die Grundschule, zum mindesten in den ersten drei Jahrgängen, zum Prinzip geworden ist.

Zu den dort ausgestellten Kinderarbeiten bemerkt Herr Konrektor Werth in dem Führer für diese Ausstellung folgendes:

„Da erzählt ein Kleiner von seinem neuen Trittroller. Am nächsten Tage bringt er ihn mit in die Schule, rollt auch einmal im Zimmer entlang. Die Klasse hört und sieht, untersucht und beschreibt, was vor ihren Augen und ihren Ohren sich zutrug! Dann erzählt der Lehrer eine Geschichte vom kleinen Jungen, der nicht hören wollte und dem an der Ecke ein Rad seines auf das Pflaster geratenen Rollers zerstört wurde. Aus der Nachahmung des Rollens kommen wir zum Laut rrr, den wir kindlich als „Roller“ benennen.

Zu der Geschichte ist eine Lehrerzeichnung entstanden, die zeigt, wie Heini vergeblich aus seinen beiden Brettern und dem vom Roller übrig gebliebenen Rad einen Roller zu bauen versucht. Nun legt er die Teile so: R, und wir haben den Buchstaben R, der durch die Lautgeschichte fest mit seinem Laut (rrr) verknüpft ist.

*) Erschienen im Comenius-Verlag, Berlin.

Aus Plastilin, drei Stäbchen und vier Scheiben werden Tritttroller geformt, mit Stäbchen und Pappbogen wird der neue Buchstabe R „gelegt“. Die Bewegungen zur schriftlichen Darstellung des R werden den Großmuskeln, nicht den noch nicht fähigen Fingermuskeln, übertragen. Mit faustgefaßter Kreide wird aus Arm- und Ellbogengelenk der Buchstabe „geschrieben“. Allerdings eine Hausaufgabe zum Schreiben mit festgelegter Hand wäre noch verfrüht, ist auch nicht nötig. Erst später wird die Hand festgelegt, wenn durch Formauffassung und Darstellung die Kraft gewachsen ist, kleine Entfernungen richtig zu schätzen und kleine Bewegungen richtig auszuführen.

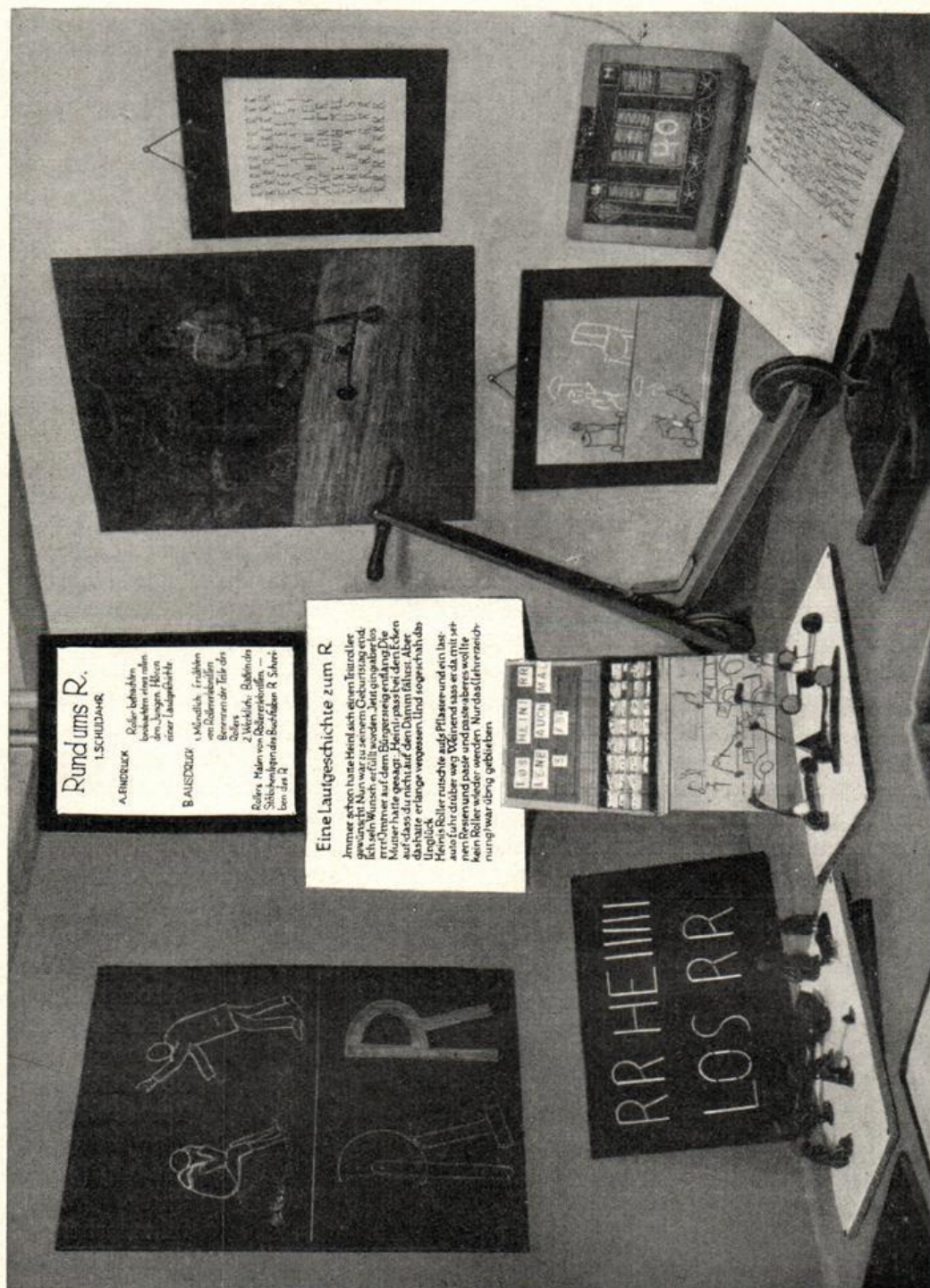
Der neuerworbene Buchstabe wird in den Lesekasten eingeordnet und mit den andern vorhandenen Buchstaben zu Silben und Wörtern, ja vielleicht schon zu einem kleinen Lesestück benutzt, das sich jedes Kind mit seinem Setzkasten selbst baut. Dies alles ist, da es den sehr starken Bewegungstrieb dieses Alters befriedigt, überaus lustbetont. Hier liegt eine Wurzel für die Tatsache, daß der neue Unterricht viel mehr Freude in die Grundklasse bringt, als es je ein Unterricht tat. Das ganze nennen wir Gesamtunterricht. Das ist ein Unterricht, in dem nicht nach dem Stundenplan jedes Fach eine Stunde dran kommt, sondern in dem alle Fächer zu ihrem Rechte kommen, aber zwanglos abwechseln; denn eine Stunde können kleine Kinder ihr Interesse einem Fach nicht zuwenden.

Wir werden noch eine Rechengeschichte erzählen, in der z. B. 10 Jungen zum Wettrollen sich versammeln, dann lassen wir Jungen fortrollen und stellen den Rest fest, lassen unterwegs einige stürzen, einige „Pannen“ erleiden usw. Fast bei jeder Einheit bietet sich Gelegenheit, auch Aufgaben zu rechnen, die der Stufe angemessen sind.“

Ein andermal muß ein allen Kindern bekannter Kaufmannsladen erhalten, um mit seiner Hilfe den Wortschatz der Kinder zu erweitern, Gelegenheit durch Verkauf und Einkauf zum Rechnen zu geben, kurz um an seinem Stoff all das zu üben, was Gegenstand der Grundschularbeit ist. Zwar stellen wir nicht allen Schulen einen vollständig eingerichteten Kaufmannsladen zur Verfügung, wie er in der Hilfsschule in Spandau tatsächlich eingerichtet worden ist (siehe Seite 281), wohl aber sind die Kleinen dabei, mit Hilfe von Plastilin und allen anderen Hilfsmitteln sich das selbst herzustellen, was ihrer Ansicht nach in einen ordentlichen Kaufmannsladen hineingehört.

Dann wieder wird die Werkstatt des Vaters eines Mitschülers besucht, und wenn die Klasse dort neugierig den Arbeiten des Schuhmachers oder des Tischlers zugesehen, dann wird in den nächsten Tagen, vielleicht Wochen, diese Werkstatt wieder mit kindlichen Händen in der Grundschule aufgebaut, und sei es auch nur, daß der Schusterhammer jetzt aus Plastilin geformt ist.

So bietet auch die Großstadt den Kindern eine Fülle von Gelegenheit, aus dem Leben heraus Stoff für die Schularbeit zu gewinnen. Es ist selbstverständlich, daß der Kreis der Betrachtungen sich allmählich erweitert, daß z. B. der Schrebergarten, die Umwelt für nicht wenige unserer Volksschüler, schon früh den Stoff für die Schularbeit hergeben muß. Vom 2. Schuljahr ab erfährt die Straße





Grundschulklasse am Modelliertisch: Arbeiten mit buntfarbigem Plastilin.

erweitert und zu einer Heimatkunde der Stadt Berlin und der nächsten Umgebung ausgebaut. Die Spree mit ihren Brücken ist jetzt ebenso Gegenstand der Unterhaltung wie die Parkanlagen. Hierbei kommt auch der Sandkasten, das unentbehrliche Requisit jedes Grundschul-Arbeitsunterrichtes, ganz besonders zu seinem Recht. In ihm werden besser als auf der glatten Tischplatte die Häuser der Umgebung des Schulgrundstückes aufgebaut mit Straßen und Bäumen, Wagen und Menschen, wobei das im Freien wiederholt Beobachtete im Klassenzimmer nachgebildet wird. Öffentliche Einrichtungen, wie Krankenhaus, Unfallstation, Feuerwache, Feuermelder, Polizeiwache,

eine eingehende Behandlung: Wie ist die Straße gepflastert, wie wird sie gereinigt, was für Wagen fahren auf ihr, wie muß ich mich auf der Straße benehmen und was dererlei Fragen mehr sind. Im 3. und 4. Schuljahr wird der Gesichtskreis über die Straße und den eigenen Bezirk hinaus

sowie Einrichtung der Kanalisation u. a. m. werden besprochen. Den Kindern aus eigener Lebenserfahrung her bekannte Einrichtungen, wie das Jugend- und Wohlfahrtsamt, das dieses oder jenes Kind in den Ferien verschickt, oder der Arbeits-



Heimatkunde am Sandkasten.

5. Volksschule Berlin-Pankow.

nachweis, auf dem der stellungslose Vater sich vielleicht lange vergeblich um neue Arbeit bemüht, geben Anlaß zu ersten Besprechungen über soziale Einrichtungen.

Da der Unterricht gerade in der Grundschule nicht mehr daraus bestehen soll, daß der Lehrer fragt, und zwar fragt, was in seinem Plane liegt, sondern daß die Schüler die Frage stellen und der Lehrer sie mit den Klassenkameraden zu beantworten sucht, ist auch die Zeit vorüber, in denen harte Bänke die so beweglichen Kleinen zum so peinlichen Stillsitzen zwang. Noch sind nicht alle über 1000 Berliner Grundschulklassen so eingerichtet, wie die moderne Grundschul-Pädagogik es wohl wünscht, aber nicht nur alle neugebauten Schulen, sondern auch da, wo es nach Lage der Finanzen der Stadt irgendwo



Grundschulklasse in Berlin-Charlottenburg, 31. Volksschule.

möglich war, wurde bei gegebenem Anlaß — Renovierung der Schule usw. — die Grundschulklasse so eingerichtet, wie die Schulverwaltung sie allmählich alle gestaltet zu sehen wünscht.

Wie ein solches Zimmer beschaffen sein muß, läßt sich im Schema nicht angeben, darum sei das *Grundschulzimmer* geschildert, das auf der schon erwähnten Ausstellung Ostern 1928 zu sehen war und das dann von der Stadt für eine Schule übernommen wurde, denn in ihm sind im großen und ganzen alle die Forderungen erfüllt, die die Erfahrungen der letzten Jahre herausgearbeitet haben.

„Die Bänke mit ihrer Zwangshaltung sind bequemen Rundstühlen gewichen. Der Rücken findet in der gebogenen Lehne eine bequeme Stütze, und ohne Lärm und Zeitverlust kann das Kind sich dem zuwenden, der der Klasse etwas zu sagen hat. Störendes Poltern, das beim Aufstehen entstehen könnte, wird durch die unter den Beinen der Sitze angebrachten Gummischeiben verhindert. Ist es nötig, dann

bringt jedes Kind seinen Sitz an die Seite, und ein freier Platz für dramatisierendes Gestalten ist geschaffen.

Denn auch die dreisitzigen Tische sind leicht von kleinen Kindern zu verschieben, da die Beine mit Gleitern ausgestattet sind. All das zeitraubende, nervenzerreibende Austeilen und Einsammeln der Arbeitsmittel (Lese- und Stäbchenkasten, Rechentafel, Kreide und Lappen, Formmasse und Unterlage usw.) fällt bei Benutzung dieses Tisches mit einem Schlage weg. Jedes Kind hat an seinem Platz einen Raum für den geleerten Ranzen, ein offenes Fach zur Unterbringung von Fibel, Lesekasten, Schreibheft und Schreibkasten und ein Schubfach für Formmasse und Werkzeug, für Stäbchen, Kreide, Lappen usw. Die Normallage der Tischplatte ist wagerecht. So wird sie verwandt für Stäbchenlegen, Formen, Rechnen mit Gegenständen, Lesekastenarbeit und Basteln. Zum Lesen und Schreiben wird die Platte in eine leicht geneigte Lage gebracht. Die wagerechte Lage der hinreichend breiten Tischplatte verhindert das Herunterrollen des Arbeitsmaterials, wie wir es so häufig beim üblichen Schultisch erfahren mußten. — Sind die Tische auch wegen des einseitig einfallenden Lichtes gewöhnlich nur an einer Seite besetzt, so kann, wo die Arbeit es erfordert, durch einfaches Herumdrehen der benachbarten drei Kinder eine Arbeitsgruppe von sechs Kindern gebildet werden. Überall abgerundete Kanten verhindern, daß sich die Kinder verletzen.

Die Anordnung der Tische will das Licht besser ausnutzen und gestatten, daß die Kinder, die im Unterrichtsgespräch miteinander sprechen, sich ins Gesicht sehen. Die Frage der schnellen Arbeitsbereitschaft scheint uns durch diese Tische und Stühle gelöst zu sein.

Die Nischen unter den Fensterbrettern dienen zum Abstellen der in einer Stunde nicht vollendeten Arbeiten und zur Aufbewahrung von sichtbaren Ergebnissen des Unterrichts.

Aus der Not, daß von der Tafel gelöscht werden muß, was noch stehen bleiben sollte, erlöst uns die Sechsfächertafel. Sie besteht aus einer Masse, die durchweg schwarz ist und bleibt und niemals blank wird. Ein Anstrich ist nicht vorhanden und braucht darum auch nie erneuert zu werden. Die Tafel ist noch etwas billiger als die übliche, stets klappernde Schiebetafel.

Die Wissenschaft lehrt, daß beim sechsjährigen Kinde die Nerven kleiner Glieder noch nicht ausgereift sind und z. B. der Fingermuskelapparat noch nicht so weit beherrscht wird, daß kleinste Bewegungen richtig ausgeführt werden können. Aber Großmuskelbewegungen sind auch den Schulneulingen schon angemessen. Darum gibt eine an zwei Wänden verlaufende Wandschreibfläche der ganzen Klasse die Möglichkeit, sich gleichzeitig schreibend, malend und rechnend zu betätigen. Linoleumbelege werden im Gebrauch glatt und unbrauchbar. Hier ist die gleiche Masse auf die Wand gepreßt worden, aus der die Wandtafel besteht. Der Holzrahmen schließt die Tafel gefällig von der Wand ab und verhindert das Unsauberwerden dieser beim Reinigen. Das obere Abschlußbrett dient zur Aufnahme gelungener plastischer Schülerarbeiten oder schöner Vasen und Töpfe, während die untere Leiste zum Ablegen der Kreide bestimmt ist. Die Wand-

schreibfläche reicht weit über Schülergröße nach oben, um auch hier dem Lehrer eine große Schreibfläche zur Verfügung zu stellen.

Der Lichtmangel, unter dem die meisten Großstadtbewohner leiden, wird noch dadurch vergrößert, daß unser Fensterglas für sämtliche in die Tiefe wirkenden ultravioletten Strahlen undurchlässig ist. Da einem neuen Glas nachgerühmt wird, fast alle diese Strahlen durchzulassen, sind die Fenster mit dem neuen Ultraviolettglas verglast worden. Beobachtungen und vergleichende Messungen durch den Schularzt müssen ergeben, ob es zutrifft, daß die Kinder dieses Klassenraumes nicht nur gebräunt aussehen, sondern daß auch die Zahl der roten Blutkörper und das Wachstum größer ist als bei den Kindern der Parallelklasse, die hinter gewöhnlichem Glas arbeitet.

In der Abstimmung der Farben aufeinander ließen wir uns vom Künstler beraten. Der ganze Raum sollte einen heiteren Eindruck machen, darum ersetzten wir auch das Katheder durch einen Schreibtisch mit Schreibsessel. Blumen auf den Fensterbrettern und Bildschmuck an den Wänden wollen die Kinder mit Schönheit umgeben.“

So erweist sich die Grundschule als eine Einrichtung, die besser als der frühere Anfangsunterricht die im Kinde liegenden Anlagen und schöpferischen Kräfte zur Entfaltung zu bringen imstande ist. Wie schnell sie auch in der Großstadt festen Fuß gefaßt, zeigt nichts besser als die Tatsache, daß Privatschulen und Schulzirkel für den Anfangsunterricht, die in den ersten Jahren der Grundschule in Berlin wie Pilze aus der Erde schossen, weil weite Elternkreise Mißtrauen gegen die „neumodische Spielschule“ hegten, zum allergrößten Teile wieder eingegangen sind. Man hat doch eingesehen, daß die Befürchtungen gegen die „Einheitsschule“, die von der sozialen Seite her kamen, unnötig waren, und daß die neue Form des Anfangsunterrichts in unseren Volksschulen nicht nur dem Kinde naturgemäßer, sondern auch in seinen Ergebnissen reicher ist, als es früher der Fall gewesen.

Die weiterführenden Klassen.

Auch über den Unterricht in den 4 oberen Jahrgängen der Volksschule können wir uns kurz fassen, indem erneut auf die „Einführung in den Lehrplan für die Volksschulen der Stadt Berlin“ hingewiesen sein mag. Auch in diesen Klassen ist die Heimat das Band, das, soweit es nur irgend geht, der Ausgangspunkt für viele Betrachtungen und vor allen Dingen die Verbindung der Unterrichtsfächer, die sich ja vom 5. Schuljahre ab mit dem Aufhören des Gesamtunterrichts herausgebildet haben, herstellt. Bei aller Vielseitigkeit war es doch nur ein relativ kleiner Kreis des vielgestaltigen Lebens der Großstadt, der den Kindern der Grundschule zugänglich gemacht werden konnte und dann auch nur in oberflächlichster Weise, fehlte doch den Kindern dieses Alters die Möglichkeit, in die Erscheinungen ihrer Umwelt auch nur annähernd einzudringen. So ist es dem Unterricht aller Fächer der 4 oberen Jahrgänge vorbehalten, die Berliner Verhältnisse zu berücksichtigen. Nach dem Lehrplan



Erdkunde-Unterricht in der Volksschule.

finden sich besonders im 7. Schuljahre Möglichkeiten, das in der Grundschule Angedeutete vertieft aufzunehmen. Schon im 2. Schuljahr war von der Kanalisation die Rede, der Naturkundeunterricht des 7. Schuljahres kann sich jetzt mit den technischen, biologischen und chemischen Fragen

dieses Gebietes beschäftigen. Der Rechnen- und Raumlehreunterricht stellt dieses weite Sachgebiet graphisch dar und lehrt seine volkswirtschaftliche Bedeutung für unsere Heimatstadt erkennen.

Von der Gasanstalt sprach schon die Grundschule, aber erst im 7. Schuljahr können die Kinder den chemischen Prozeß der Gasentwicklung verstehen und durch die Besichtigung einer derartigen Anlage das theoretisch Erkannte am Objekt gewissermaßen kontrollieren. Dem letzten Schuljahr bleibt es dann vorbehalten, die Gasanstalt im Erdkundeunterricht noch einmal zum Gegenstand des Unterrichts zu machen und dabei von höherer Warte bei einer Übersicht der Kohlenvorräte Deutschlands diese in die Weltwirtschaft einzureihen.

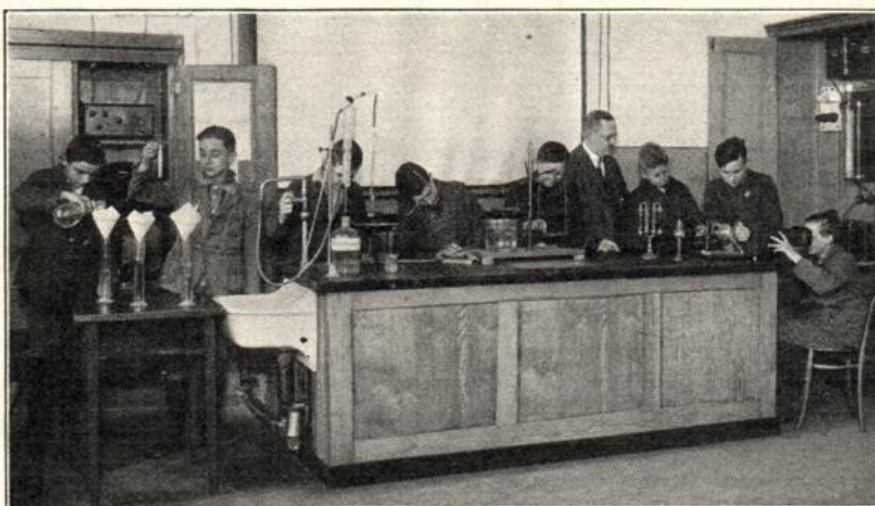
Es bedarf weniger Worte, um darauf hinzuweisen, daß eine Stadt wie Berlin eine solche Fülle von Anschauungsmaterial aller Art dem Unterricht bietet, daß jedes Fach davon seinen Nutzen haben kann. Auf der schon mehrfach erwähnten Ausstellung des Berliner Kongresses 1928 war ein treffliches Beispiel dafür zu sehen, welche Arbeitsmittel gerade eine Berliner Schule hat, um die Fremde kennen zu lernen. Der betreffende Lehrer hat sich das tropische West- und Mittelafrika erwählt, also ein Gebiet, das dem Verkehrs- und Wirtschaftsleben der Welt verhältnismäßig entfernt liegt. Da hatten Reisebüros ihre Prospekte ebenso hergeben müssen wie einzelne große Exportfirmen, die von den fleißigen Knaben um die Hergabe ihrer Preislisten usw. gebeten worden waren. Das Adreßbuch gab eine erstaunliche Fülle von Firmen, die mit diesen Teilen der Welt in Verbindung stehen, während Zeitungsannoncen die Verknüpfung des Berliner Handels mit jenen Gegenden erhellten. Der Zoologische und Botanische Garten gab lebende Proben der Flora und Fauna jener Gebiete, Waren aus Kolonialgeschäften zeigten Beispiele von deren Produkten und eine mit vielem Fleiß zusammengetragene Briefmarkensammlung gab lebendigste Beziehungen von Berlin nach West- und Mittelafrika. Es ist klar, daß dieses hübsche Beispiel sich beliebig vermehren ließe, und daß es nicht schwer wäre, zu zeigen, wie der

Unterricht an einer Volksschule Berlins Bildungsmöglichkeiten hat, die den Schulen kleiner Städte eben verschlossen sein müssen. Das wichtigste aber ist, daß die Berliner Lehrerschaft diese Möglichkeiten in steigendem Maße erkannt, und daß der Arbeitsunterricht erwünschte Gelegenheit einer intensiven Ausnutzung dieser Möglichkeit gibt.

Die steigende Bedeutung, deren sich gerade Heimatkunde und Erdkunde in den letzten 8 Jahren erfreuen konnte, erklärt auch das starke Interesse, das die Schulverwaltung diesem früher so arg vernachlässigten Lehrfach angedeihen ließ. Sie veranlaßte die Schaffung einer großen Heimatkarte im Maßstabe 1:25000, aus Meßtischblättern der Landesaufnahme zusammengestellt, sowie die Herstellung einer Karte 1:5000, die das alte Berlin — Bezirke 1—6 — darstellt und auf der das allmähliche Wachsen der Stadt durch eingetragene Linien des alten Festungsgürtels u. a. m. anschaulich gemacht ist. Beide Karten wurden aus Zentral-Mitteln angeschafft und allen Schulen überwiesen. Die Städtische Schulverwaltung ging aber noch weiter. Sie stellte allen ihren Schulen — höheren, Mittel- und Volksschulen — je 6 Reliefs typischer deutscher Landschaften, aus Meßtischblättern nach dem Wenschow-Verfahren hergestellt, zur Verfügung, von denen sie sich nicht nur eine intensivere und ertragreichere Benutzung des Meßtischblattes versprach, sondern die ihrer Meinung nach geeignet waren, die Anschaulichkeit des geographischen Sehens fremder Landschaften bei den Berliner Schülern zu erhöhen und somit den erdkundlichen Unterricht fruchtbringend zu beleben. Die Auswahl der zu reliefierenden Meßtischblätter übertrug sie dem Studienrat Dr. Kalischer, der auch auf Veranlassung der Schulverwaltung neben einführenden Vorträgen vor der Lehrerschaft ein methodisch und geographisch den Gebrauch der Reliefs erläuterndes Büchlein schrieb (s. auch Seite 452). Die Berliner Wenschow-Typenreliefs enthalten die Landschaften:

Caub — gehobene Rumpffläche

Gillensfeld (Eifel) — vulkanisches Gebiet, Maare



Physik in der Volksschule.

25. Volksschule, Berlin-Lichtenberg.

Altenstadt (Württemberg) — Albrand mit Zeugenbergen, Stufenlandschaft
Gemünden (am Main) — Buntsandsteinlandschaft, zum Studium der
Flußkunde

Chorin-Oderberg (Brandenburg) — Erscheinungsformen der Eiszeit
Freiburg-Süd (1:100000) — Gebirgsübersicht und Rheintal*).

Diese Serie der Typenreliefs wurde auf Wunsch der Lehrerschaft
durch 2 Heimatreliefs erweitert, die im Maßstab 1:5000 die Müggelberge und
eine Landschaft des Grunewalds (Gegend des Karlsberges) darstellen.

Wie hier an Hand der Erdkunde die Vorteile und Schwierig-
keiten des großstädtischen Volksschulunterrichts angedeutet wurden,
so ließe sich Gleiches bei jedem anderen Unterrichtsfach zeigen. Bei
einer Reihe von ihnen — Werkunterricht, Haushaltsunterricht,
Zeichen- und Musikunterricht — ist das in späteren Abschnitten ge-
schehen. Hier darf vielleicht in Kürze noch auf den Geschichts-
unterricht hingewiesen werden, der als Bestandteil der Heimat-
kunde bis in den ersten Grundschulunterricht hineinreicht.

Berlin mit seinem nur mit amerikanischen Verhältnissen zu
messenden Wachstum, von dem der Fernerstehende nur weiß, wie
rücksichtslos die rastlos vorwärtseilende Stadt alles Hemmende an
alten Häusern und Straßenzügen niederreißt, und das daher so oft
als geschichtslos geschildert wird, dieses Berlin birgt doch für den
Suchenden eine Fülle historischer Erinnerungen, die der heran-
wachsenden Jugend zur Belebung und Stärkung ihres Heimatsgefühles
nahegebracht werden müssen. Wie die Berliner Lehrerschaft auch diese
Aufgabe sich zu eigen gemacht hat, beweisen die Heimatbücher,
die bezirksweise herausgegeben werden, und in denen alles zusammen-
getragen ist, was für diesen Ausschnitt der Stadt an Historischem
irgendwie aufzutreiben war an Bildern, Plänen, Sagen, Anekdoten,
und die es unternehmen, den Werdegang des betreffenden Stadtteiles
zu schildern. Bisher sind drei solcher Heimatbücher bereits erschienen,
und zwar von der Luisenstadt, von Moabit und vom Wedding. Ein
Heimatbuch des Prenzlauer Bezirks steht unmittelbar vor der Herausgabe.

Nicht unerwähnt darf in diesem Zusammenhang die starke Pflege
bleiben, die die Vorgeschichte an den Berliner Volksschulen ge-
funden hat. Es ist das große Verdienst Dr. Kiekebuschs, des Di-
rektors der vorgeschichtlichen Abteilung des Märkischen Museums,
hier in Wort und Schrift bahnbrechend gewirkt zu haben. Nicht zum
wenigsten auf sein Betreiben hin ist seit 1924 „Märkische Vor-
geschichte“ Lehrgegenstand der Berliner Volksschule. Wie schnell
sich dieser neue Lehrgegenstand dank dem verständnisvollen Inter-
esse der Lehrerschaft einen festen Platz in der Arbeit der Volksschule
erobert hat, sollen nur ein paar Zahlen beweisen:

Die von Dr. Kiekebusch aus Beständen des Märkischen
Museums in den einzelnen Stadtteilen bis jetzt veranstalteten 19 Wander-
ausstellungen vorgeschichtlicher Funde wurden vom 1. 1. 1924 bis zum
März 1928 von 5000 Klassen mit etwa 150 000 Schülern besucht; die
Kulturschutzstelle auf den Müggelbergen mit Ausgrabungsergebnissen

*) Näheres darüber s. auch: Dr. E. Fels „Neue Kartenreliefs“ i. Geogr. Anzeiger 1926, Heft 9/10.



Reliefbild Caub (1:25000)



Heimatrelief der Müggelberge (1:5000)

dieser vorgeschichtlich wichtigen Landschaft haben seit Mai 1926 800 Klassen mit rund 24 000 Kindern aufgesucht.

Daß der Geschichtsunterricht in den weiterführenden Klassen in der Hauptstadt Berlin eine Fülle von Bildungsmöglichkeiten bietet, ist selbstverständlich: Museen, Schlösser und Denkmäler bieten Anknüpfungspunkte im Unterricht und die Möglichkeit eines Besuches



Blick in die Kulturschutzstelle des Märkischen Museums auf den Müggelbergen. — Im Vordergrund Rekonstruktion der großen Halle. / An der Wand Karl Blechens „Semnonenlager auf den Müggelbergen“).

des Reichstages oder des Landtages gibt der Staatsbürgerkunde wertvollste Anregung.

Dieser kurze Bericht wäre zu unvollständig, wenn nicht auf eins hingewiesen würde, was für den gesamten Unterricht, vor allem selbstverständlich für die Heimat- und Erdkunde in den letzten Jahren unentbehrlich geworden ist — die Schulwanderung.

Die Schulwanderungen.

Durch ministeriellen Erlaß sollen alle Schulen einen Tag im Monat der Schulwanderung widmen, aber man kann behaupten, daß ganz besonders für Berlin diese Anordnung von höchster Wichtigkeit gewesen ist. Das Großstadtkind ist ja in der großen Gefahr, bodenfremd und naturfremd zu werden. Der jedem Landkinde geläufige, ja selbstverständliche Zusammenhang zwischen Mensch und Boden muß ihm erst künstlich gezeigt werden, wie das Erlebnis des Früh-

*) Das Bild ist dem Buch „Heimatismuseen, Wesen und Gestaltung“ herausgegeben von der Staatl. Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen von Prof. Dr. W. Schwoenichen (Verlag H. Bermühler, Berlin-Lichterfelde) entnommen.

lings oder eines echten Wintertages ihm in freier Natur gezeigt werden muß, ganz zu schweigen von den tiefen Gemütswerten, die der Wald, der stille See oder das wogende Kornfeld der deutschen Seele je und je gegeben und von denen die Kinder der Großstadt ausgeschlossen wären, würden sie nicht unter verständnisvoller Führung ihnen wieder nahegebracht. So sind diese Wandertage eine von der Berliner Lehrerschaft trotz der nicht zu verkennenden Mühe, die für sie mit diesen Wanderungen verknüpft ist, nicht mehr zu entbehrende Einrichtung geworden. Sie stehen längst nicht mehr bloß im Dienst der körperlichen Ertüchtigung, sondern sind ein notwendiges Mittel der Erweiterung geistiger Bildung geworden. Deshalb haben sie auch fast durchweg den Charakter des früher üblichen Klassenausfluges verloren, bei dem doch das Freisein vom Unterricht oder das Gefühl des Festtages als Belohnung für fleißige Arbeit das Entscheidende war. Sie sind hineingestellt mitten in den Unterricht, erfahren gründliche Vorbereitung und geben dann für Wochen nach dem Ausflug das Material für unterrichtliche Besprechungen, wobei es natürlich kaum gesagt zu werden braucht, daß es keinem Lehrer einfällt, nun draußen in der herrlichen Natur andauernd zu dozieren, davor schützt einmal pädagogische Einsicht und zum andern der gottseidank nicht aussterbende Frohsinn unserer Jugend. Aber wer einmal eine Klasse beobachtet hat, wie sie mit ihrem Lehrer um eine Pflanze oder um eine Kiesgrube lebhaft debattierend gestanden und sich bemüht hat, hinter die Geheimnisse der Natur zu kommen, oder wer einmal draußen im Walde eine Lehrerin hat sitzen sehen, um sich herum im Waldesgrün die Klasse gelagert, und da hat zuhören dürfen, wie sie ihnen vom deutschen Wald und von den Sagen und Märchen erzählt hat und dabei beobachtet hat, wie die sonst so nüchternen Berliner Kinder mit großen Augen gelauscht, der wird nicht mehr an den großen Wert dieser Wandertage für Großstadtschulen zweifeln. So ist es dann auch selbstverständlich, daß die Schulverwaltung diesen Wandertagen ihre Aufmerksamkeit zugewandt hat. Sie hat dafür gesorgt, daß alle Verkehrsmittel Schulklassen zu halben Preisen, die Hoch- und Untergrundbahn sogar für 5 Pfge. befördern, sie hat namhafte Geldmittel zur Verfügung gestellt, aus denen jede Klasse einen in den letzten Jahren ständig wachsenden Kostenzuschuß für ihre Wandertage erhält, so daß bedürftige Kinder völlig frei auf Kosten der Stadt an diesen Ausflügen teilnehmen können*). Das Jugendherbergswesen ist in der Mark Brandenburg von Berlin aus vorbildlich organisiert und wird immer weiter ausgebaut, und neben der städtischen Unterstützung haben sich private Vereine gebildet, die die Durchführung der Wanderungen nach ihren Kräften erleichtern wollen. Hier sei vor allem der zentrale Verein für Schülerwanderungen erwähnt, in dem Bürger, Lehrerschaft und Stadt zusammen wirken, um bedürftigen Kindern durch Geld und Ausrüstung auch mehrtägige Wanderungen zu ermöglichen.

*) In den Jahren 1924-25 wurden in den Etat an Mitteln für Wanderbeihilfen an bedürftige Schüler und für Erstattung der Fahrtkosten der Lehrpersonen 72 RM für jede Schule eingesetzt. Im Jahre 1926 wurden je Schüler 40 Rpf., 1927 80 Rpf. bewilligt, was im Jahre 1927 zu der stattlichen Summe von 115700 RM. führte.

Die Sammelschulen.

Unter den Berliner Volksschulen nehmen die Sammelschulen eine besondere Stellung ein, sie zeigen ursprünglich keinen Unterschied im Lehrplan außer dem einzigen, daß der Religionsunterricht bei ihnen fehlt, aber die Struktur, die diese Schule im Laufe der Jahre angenommen hat, weicht doch so stark von der der üblichen Volksschulen ab, daß eine gesonderte Betrachtung uns hier am Platze erscheinen will. Die Sammelschulen, im Volksmund „weltliche Schulen“ genannt, sind entstanden in der revolutionären Nachkriegszeit. Die Reichsverfassung sieht die Errichtung weltlicher Schulen, als deren Vorläufer die Sammelschulen zu betrachten sind, vor, doch kann erst das immer noch ausstehende Reichsschulgesetz die gesetzliche Grundlage für die weltliche Schule bringen. Schultechnische Schwierigkeiten, die für eine geordnete Erteilung des gesamten Unterrichts zu befürchten waren, als eine große Zahl von Erziehungsberechtigten von dem ihnen nach der Staatsumwälzung zugebilligten Recht der Abmeldung der Kinder von religiösen Unterrichtsfächern und Übungen Gebrauch machte, veranlaßte das Preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, der Errichtung von Sammelschulen zuzustimmen. Es handelt sich um eine „Notlösung im Rahmen des Preußischen Volksschulunterhaltungsgesetzes“. Die amtliche Bezeichnung lautet „Sammelklassen, in denen die am Religionsunterricht nicht teilnehmenden Kinder zusammengefaßt sind“, kurz „Sammelklassen“ und „Sammelschulen“. (Ministerialerlaß vom 1. Dezember 1922 — U III A 2545 —.) Die Einrichtung von Sammelschulen ist in erster Linie „Selbstverwaltungssache“ der Schulverbände und setzt einen entsprechenden Beschluß des „Schulvorstandes“ (in Berlin: der Bezirksschuldeputation) voraus (Ministerialerlaß vom 5. August 1924 — U III A 1439 U III C 24 —) und bedarf als Neueinrichtung der Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde (Provinzial-Schulkollegium). „Der Lehrplan bleibt bei dieser Neueinrichtung unverändert. (Ministerialerlaß vom 6. Dezember 1921 — U III A 2139 —.) Unterricht in anderen Fächern statt des Religionsunterrichts ist nicht gestattet, nur die Erteilung von Moralunterricht (Unterricht in sittlicher Lebenskunde, allgemeine Religionskunde) ist zugelassen. (Ministerialerlaß vom 22. Dezember 1921 — U III A 1897 —.) Der Besuch dieser Schulen ist für Schüler (auch für vom Religionsunterricht befreite) freiwillig. Laut Ministerialerlaß vom 23. März 1921 — U III A 605 — werden grundsätzlich nur Leiter und Lehrer zum Unterricht in den betreffenden Schulsystemen herangezogen, die sich freiwillig dazu melden. Die Lehrkräfte können nicht gegen ihren Willen dorthin versetzt werden.

Schon in den ersten Wochen der Revolution setzte in Berlin eine Bewegung unter den Erziehungsberechtigten und auch Lehrern ein, die sich gegen die Erziehung der Kinder im Geist der konfessionellen Volksschule wandte. Der Erlaß des Ministeriums für Wissenschaft,

Kunst und Volksbildung, betreffend „Aufhebung des Religionszwanges in der Schule“ vom 29. November 1918 und später der Artikel 149, Abs. 2 der Reichsverfassung, schufen die Möglichkeit der Abmeldung der Kinder vom Religionsunterricht, die nur in einzelnen Bezirken größeren Umfang annahm. Mit dieser Bewegung verbanden sich revolutionäre Schulforderungen, Wünsche und Forderungen nach einer umfassenden Erziehungsreform und Schaffung der neuen freien Schule überhaupt. Besonders in den überwiegend proletarischen Bezirken drängten die Arbeiterschaft und freiheitlich gesinnte Eltern und Lehrer auf Errichtung dieser Schulen. Die in der Öffentlichkeit geführten Kämpfe schlugen ihre Wellen oft bis in die Schulen selbst, beeinflussten ungünstig das Schulleben, die Abmeldung vom Religionsunterricht schuf ferner besondere schultechnische Schwierigkeiten, so daß eine Notlage entstand, die nur durch Errichtung von Sammelschulen zu beheben war.

Am 15. Mai 1920 wurde in Adlershof die erste Sammelschule Groß-Berlins, die zugleich die erste Preußens war, eröffnet. Am 1. Oktober 1920 folgten: Neukölln mit 6 Schulen, Oberschöneweide mit 1 Schule, 20. Mai 1921 Reinickendorf 3 Schulen, 1. Oktober 1921 Lichtenberg 6 Schulen, 1. April 1922 Spandau 2 Schulen, Weißensee 1 Schule, 1. April 1923 Wedding 8 Schulen, Tiergarten 2 Schulen, 1. Juli 1923 Oberschöneweide 1 Schule, 1. Oktober 1923 Niederschönhausen 1 Schule, 1. April 1926 Charlottenburg 1 Schule, 23. April 1927 Prenzlauer Berg 2 Schulen, Friedrichshain 2 Schulen, Kreuzberg 1 Schule, Schöneberg 1 Grundschule, 1. Oktober 1927 Köpenick 1 Schule.

Am 1. Januar 1928 sind in Berlin vorhanden: 42 Sammelschulen und 3 Filialen mit 556 Klassen, die sich auf die Verwaltungsbezirke verteilen, wie folgt:

Verwaltungsbezirk	Zahl der Schulen	Zahl der Klassen
I	—	—
II	2	27
III	8	126
IV	2	27
V	2	27
VI	1 Schule + 1 Filiale	20
VII	1	15
VIII	2	20
IX u. X	—	—
XI	1	4
	der 10. Schule angegliedert	
XII u. XIII	—	—
XIV	10	119
XV	3	30
XVI	1	8
XVII	6	76
XVIII	1	15
XIX	1	9
XX	3	33

Von diesen Schulen haben 10 die Genehmigung als „Lebensgemeinschaftsschule“ erhalten: 20. und 21. Schule in Spandau;

31., 32., 45. in Neukölln; 8. Schule in Oberschöneweide; 34., 35., 37. Schule in Lichtenberg; 11. Schule in Niederschönhausen. Über sie wird im Abschnitt über die „Versuchsschulen“ näheres gesagt werden.

Die Besetzung der Sammelschulen war folgende nach dem Stande vom

	Zahl d. Schulen	Zahl d. Klassen	Kinder		Gesamtzahl d. Kinder	Durchschnitts- besetzung
1. Nov. 1926	35	458	Knaben	Mädchen	15 099	32,97
1. Mai. 1927	41 + 2 Filialen	565	9765	9093	18 858	33,38
1. Nov. 1927*)	42 + 3 Filialen	556	9367	8754	18 121	32,59

Die Bewegung zur Errichtung weiterer Sammelschulen, die getragen wird von der in den „Freien Schulgemeinden“ organisierten Elternschaft, kann noch nicht als abgeschlossen gelten.

Die städtische Schulverwaltung war oft vor eine schwierige Aufgabe gestellt. Der Errichtung jeder Schule gingen bisher stets langwierige Verhandlungen mit der Elternschaft, dem Provinzial-Schulkollegium, dem Ministerium usw. voraus. Heftige Kämpfe in der Presse und der Öffentlichkeit (in Spandau 1921 lange positiv geführter Schulstreik), Auseinandersetzungen in der Schuldeputation erschwerten die Aufgabe noch. Auch Stadtverordneten-Versammlung und Magistrat beschäftigte die Frage wiederholt. Ein großer Teil der Lehrerschaft Berlins steht den Sammelschulen ablehnend gegenüber; ein Teil hält sich zurück, da die gesetzliche Grundlage, die nur das Reichsschulgesetz bringen kann, und somit die rechtliche Sicherung der Lehrkräfte noch als zu unsicher angesehen wird, ein Umstand, der bei der Errichtung neuer Schulen hier und da Schwierigkeiten gemacht hat, die aber von der Schulverwaltung bisher immer überwunden werden konnten.

Die Sammelschulen sind im Berliner Schulwesen ein Faktor von besonderer Bedeutung geworden, die eine Sonderbetrachtung erforderlich macht. Da die sozialistische Arbeiterschaft und freiheitlich gesinnte Lehrkräfte von Anfang an mit diesen Schulen besondere Hoffnungen und Förderungen auf eine Umgestaltung der Schule und der Erziehung überhaupt verbanden, sind die Schulen über ihren Rahmen hinausgewachsen. Sie sind nicht bloße „Subtraktionsschulen“ (Schulen minus Religionsunterricht), wenn sie auch sonst an Lehr- und Stundenplan und Bestimmungen, die für alle Berliner Volksschulen gelten, gebunden sind.

An Stelle des Religionsunterrichts ist Lebenskunde getreten. Die Lehrerschaft lehnt Lebenskunde als gesondertes Fach ab. Der Wunsch der Lehrer und Eltern nach Aufteilung der Stunden auf Deutsch, Geschichte und Naturkunde konnte nicht erfüllt werden. Der Berliner Lehrplan vom Jahre 1924, der für die 4 Grundschulklassen

*) Die niedrigeren Zahlen erklären sich daraus, daß in Berlin nur noch einmal im Jahre zu Ostern die Einschulungen, dagegen noch zu Michaelis Schulentlassungen und damit Auflösungen vorhandener M-Klassen erfolgen. Der Ausgleich kann erst wieder am nächsten Einschulungstermin, Ostern 1928, eintreten.

Lebenskunde im Rahmen des Gesamtunterrichts vorsieht, gibt aber die Möglichkeit einer freieren Gestaltung des Lebenskundeunterrichts.

Die Elternschaft und Lehrerschaft wollte ernstlich eine neue Schule, eine neue Erziehung „fort von der Lernschule, fort von der alten Autoritätserziehung — hin zur Arbeitsschule, Erziehungsschule, Lebensschule“. Dieser Wille zur Neugestaltung ist für diese Schulen charakteristisch geworden. Sie versuchen im Rahmen der bestehenden Bestimmungen, die eine mehr, die andere weniger, den Weg ins neue Land zu gehen. Die Schulen sind vielfach der Hort und die Stützpunkte der Schulreform geworden. „Im Zeichen des Kampfes um die weltliche Schule“ haben sich in Berlin die Träger neuer Schulideen zu praktischer Arbeit zusammengefunden. Fortschrittliche Eltern und Lehrkräfte, darunter viele jüngere mit dem Erlebnis der Kriegszeit und der Revolution, arbeiten am Bau der neuen Schule. Nicht wenige Lehrer sind durch die Jugendbewegung gegangen, und bei der engen Verbindung, die zwischen dem Geist der neuen Schulbewegung und der Jugendbewegung besteht, hat das nicht unwesentlichen Einfluß auf die pädagogische Entwicklung der Schulen gehabt. In einem Teil der Lehrerschaft sind die Ideen des Bundes entschiedener Schulreformer, der in Berlin erarbeitete „Produktionschulgedanke“, lebendig. Ein weiterer Teil der Lehrerschaft ist fest verwurzelt in der Arbeiterbewegung. Gemeinsamer Kampf und gemeinsame Arbeit haben oft Eltern und Lehrer und Kinder zusammengeschweißt; durch diese verschiedenen hier dargelegten Beziehungen wird schon wesentlich die geistige Haltung dieser Schulen bestimmt.

Einen starken Impuls hat die Bewegung erhalten durch die Auseinandersetzungen über den Aufruf des Stadtschulrats Wilhelm Paulsen: „Leitsätze zum inneren und äußeren Aufbau unseres Schulwesens“. Zur praktischen Durchführung haben sich nur Sammelschulen bereitgefunden, wie denn auch bezeichnenderweise alle „Lebensgemeinschaftsschulen“ aus ihnen hervorgegangen sind. Die einzige Lebensgemeinschaftsschule, die nicht aus einer sogenannten „weltlichen“

Schule entstanden ist, ist die Schule in Niederschönhausen.

Doch auch sie kann den Sammelschulen zugeordnet werden, da bei ihrer Entstehung, wie jetzt noch der Charakter der Sammelschule insofern vorhanden ist, als der größte Teil der Kinder vom Reli-



Chemische Schülerübungen an einer Volksschule.

gionsunterricht befreit ist. Diese Schulen haben sich auf Grund der Genehmigung eine andere Lehrverfassung, Befreiung vom Stoffplan und Stundenplan sichern können. In den 5 Jahren des Bestehens der Lebensgemeinschaftsschule haben sich aber die sogenannten „weltlichen Schulen“, innerlich bereichert durch die Bestrebungen der „Lebensgemeinschaftsschule“, so kräftig innerlich weiter entwickelt, daß vielfach heute kaum noch ein Unterschied besteht und die „Lebensgemeinschaftsschulen“ sich in die weltliche Schulbewegung einordnen, ein Prozeß, der wohl vor dem Abschluß steht.

Die Lehrkörper der Sammelschulen sind vielfach Wahlkollegien, oder zum mindesten ist ein Stamm von Lehrkräften mit einem bestimmten Arbeitsprogramm vorhanden. Mehr und mehr sind die Reformer in diese Schulen gegangen, weil sie hier eine reformfreudige und reformwillige Elternschaft fanden.

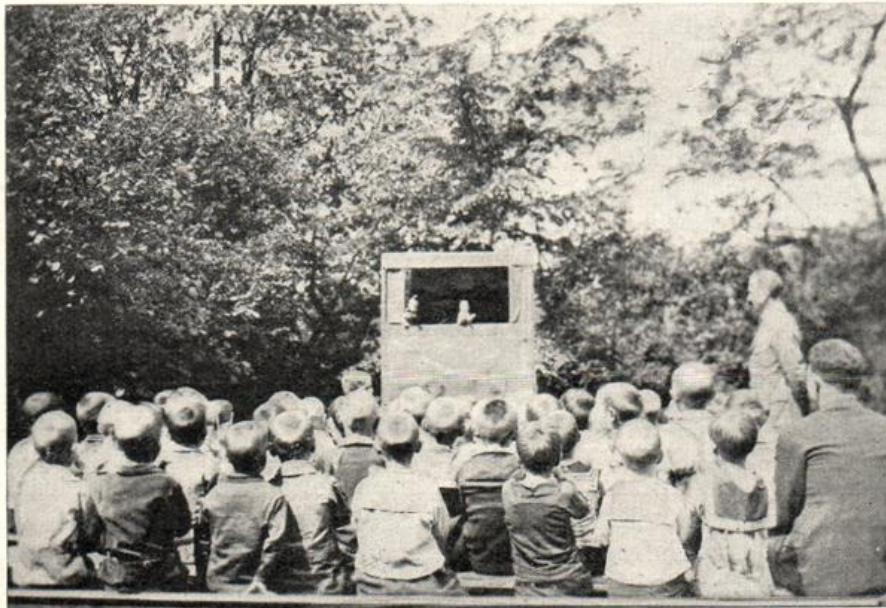
Die erste Aufbauarbeit in den Sammelschulen ist eine sehr schwierige und stellt an die Lehrkräfte große Anforderungen, da sich naturgemäß anfangs auch ein Teil sehr schwieriger Schüler und ebensolcher Eltern einfanden, die äußere Gründe, keine innerliche Verbundenheit mit der Schulidee, in die Schule führten. Die Umstellung aller Beteiligten, der Lehrer, Schüler, Eltern, geht nicht immer reibungslos vor sich. Daß sich beim Aufbau, ehe alle Kräfte aufeinander eingespielt sind, hier und da Krisen ergeben haben, ist ein ganz natürlicher Vorgang, wie die Entwicklung der Schulen bewiesen hat.

Ein hervorstechendes Merkmal aller Sammelschulen ist die dort hergestellte enge Verbindung zwischen Schule und Haus. Die verantwortliche Mitarbeit der Eltern als Gleichberechtigte ist hier durchgeführt. Auf diesem Gebiete haben diese Schulen „geradezu Mustergültiges“ geleistet, wie wiederholt öffentlich und von Schulaufsichtsbeamten festgestellt worden ist. Der Leiter der Volksschulabteilung im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Herr Ministerialdirektor Kaestner, hat die Berliner Sammelschulen wiederholt besucht und sich anerkennend über die hier geleistete

Arbeit, im besonderen über die Arbeit mit der Elternschaft geäußert. Nicht nur Mit-Reden, Mit-tun sollen die Eltern. So ist an den Schulen die Öffentlichkeit des Unterrichts, d. h. das Besuchsrecht der Eltern, mit gutem Erfolge durchgeführt (Ministerialerlaß



Praktischer Geschichtsunterricht: Reichstagswahl.



Puppentheater der Großen für die Kleinen an einer Sammelschule.

vom 8. November 1920). Monatliche Klassenelternversammlungen, Gesamt-Elternversammlungen sind Mittel, die Elternschaft für die Arbeit der Schule zu interessieren und zur Mitarbeit zu gewinnen. Die Elternausschüsse (in denen der Elternbeirat aufgeht) und Lehrer halten ständige gemeinsame Besprechungen (an manchen Schulen achttägig, an manchen vierzehntägig) in den Abendstunden ab. Die Mitwirkung der Elternschaft bei allen Schulveranstaltungen (Feste, Feiern usw.) ist erreicht. An einigen Schulen bestehen Elternchöre, Sprechchöre und Musikgruppen unter Beteiligung von Eltern, pädagogische Arbeitsgemeinschaften der Eltern und anderes. Es ist verständlich, daß wie an den anderen Schulen auch gerade bei den Sammelschulen die opferwillige Mitarbeit der Eltern sich besonders in der Zeit der Schulnot während der Inflation in rührender und bewunderungswürdiger Weise gezeigt hat, was um so mehr anzuerkennen ist, weil es sich vorwiegend um arme Arbeitereltern handelt. Die Schulen besitzen meist Werkstätten für Holz- und Papparbeit, Bühnen, Nähzimmer, Musikinstrumente (Flügel), ein Teil Schulgärten, einige modern eingerichtete Grundschulklassen — nicht wenig davon geschaffen aus den Mitteln und mit Hilfe der Elternschaft — für „ihre Schule“.

Der neuzeitliche Grundschulunterricht, Arbeitsunterricht, der neuzeitliche Zeichen- und Gesangsunterricht hat an diesen Schulen eine Pflegstätte. Das Lesebuch ist zugunsten der Ganzschriften grundsätzlich abgeschafft, und die Grundschule benutzt entsprechend der ministeriellen Verfügung ein Lesebuch mit ausgesprochenem Großstadtcharakter, für dessen Gebrauch aber gleichfalls das Lesen von Ganzschriften Bedingung ist. Schülerorchester bestehen an vielen Schulen, der Volkstanz hat hier

eine besondere Pflege gefunden. Bahnbrechend gelten die Schulen für den Unterricht in rhythmischer Gymnastik und für den Schwimmunterricht. Das erste Schwimmfest der Volksschulen in Berlin war ein Schwimmfest der Sammelschulen auf dem Wedding. Die Sammelschulen stehen mit den Leistungen im Schwimmen auch heute noch an der Spitze. Wanderungen, Unterrichtsgänge, Besichtigungen finden an diesen Schulen ausgiebige Verwendung. Die Pflege des Sprechchors und der Jugendbühnenspiele hat hier ihre festesten Stützpunkte.

Anerkannt muß die hingebende Arbeit der Lehrerschaft werden, die zum großen Teil weit über ihre Dienststunden hinaus sich in den Dienst der Schule stellt. Ferienwanderungen sind eine ständige Einrichtung und führen durch ganz Deutschland, einige bis in die Alpen. Die Schullandheimbewegung hat an den Sammelschulen eine feste Stütze. Jugendherbergen, Heime von Arbeiterorganisationen, Eigenheime, und neuerdings die Schulheime der Stadt Berlin werden zu mehrwöchigem Aufenthalt benutzt. Die Sammelschulen haben stets starken Gebrauch von den von der Stadt geschaffenen Schullandheimen gemacht.

Nicht unerwähnt darf die weit über den Rahmen der Schularbeit hinausgehende Kulturarbeit bleiben, die auch an den Eltern geleistet wird. Einige Schulen haben eine beachtliche Festkultur entwickelt, wie ihre Schulfeste und Schulfeiern, auch manche Abendveranstaltungen bewiesen haben.

Charakteristisch für die meisten Sammelschulen ist die umfassende soziale Fürsorgetätigkeit, der Dienst am Kinde. Selbstgeschaffene Wascheinrichtungen, Schulspeisung (an einigen Schulen aus erziehlichen Gründen in eigener Regie durchgeführt), Speiseräume u. a. legen Zeugnis von der hier geleisteten Erziehungsarbeit ab, in deren Dienst alle diese Einrichtungen gestellt werden.

Erziehung zur Selbstverwaltung, Autonomie, Einordnung in sachliche Notwendigkeit, Erziehung zum kritischen Denken, Erziehung zur Solidarität — das sind die Leitsterne der Erziehung an diesen Schulen.

Grundsätzlich wird von der Prügelstrafe abgesehen. Die Selbstverwaltung der Schüler ist in den Dienst der Erziehung gestellt. Die Koedukation besteht an fast allen Schulen.

Gewiß sind die Sammelschulen Berlins unter sich sehr verschieden, aber allen gemeinsam ist ihr Wille zur Neugestaltung, der anerkannt werden muß, auch wenn man die Leistungen und Wege kritisch beurteilt. Bei der Mehrzahl zeichnet sich deutlich das Neue, in die Zukunft Weisende ab.

Die Versuchsschulen.

Wie aus den Ausführungen über die Sammelschulen hervorging, haben sie sich mehr und mehr dem Typ der Versuchsschulen anzugleichen bemüht. Diese Versuchsschulen stellen nun tatsächlich eine Schulform dar, die in Lehrplan und Unterrichtsmethode so stark von

den übrigen Volksschulen abweicht, sie sind zugleich eine Berliner Eigentümlichkeit in so starkem Maße, daß sich eine besondere Darstellung dieses Schultyps als notwendig erweist.

I. Entstehung.

Die heut' in Berlin bestehenden Versuchsvolksschulen verdanken ihre Entstehung innerlich den Gedanken, die sich durch den Aufstieg der Arbeiterklasse in der Revolution von 1918 durchgesetzt haben. Sie traten, wie in dem Bericht über die weltlichen Schulen besonders dargelegt ist, bis auf eine Schule in Niederschönhausen zunächst als weltliche Schulen in Erscheinung. Die Formulierung ihrer Aufgabe und ihre rechtliche Grundlage, durch die sie als pädagogische Versuchsschulen auch äußerlich bestehen, danken sie dem früheren Stadtschulrat Wilhelm Paulsen. Er war im Januar 1921 von der damaligen Mehrheit der Berliner Stadtverordneten gewählt worden, weil er als ein langjähriger Führer der Hamburger Lehrerschaft und als Organisator der weit über Hamburgs, ja Deutschlands Grenzen hinaus bekanntgewordenen Gemeinschaftsschulen die Gewähr für die Durchführung neuer Schulgedanken zu geben schien. Erst nach zweijährigen, oft geradezu dramatischen Auseinandersetzungen in den städtischen Körperschaften und Deputationen, sowie mit den verschiedenen Behörden, der Regierung in Potsdam, dem Provinzial-Schulkollegium, dem Ministerium, und nach vielen Versuchen, die Berliner Lehrerschaft zur Mitarbeit zu gewinnen, glückte es schließlich 1923, die ersten Gemeinschaftsschulen zu eröffnen. Die amtliche Verfügung trägt das Datum vom 12. April. Sie lautet:

„Nachdem uns der Herr Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung die beantragte Ermächtigung durch Erlaß vom 28. März 1923 — U III A 466.1 — erteilt hat, haben wir unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs genehmigt, daß in den Bezirken Neukölln, Spandau, Treptow und Lichtenberg entsprechend den von den Bezirksschulbehörden gestellten Anträgen Versuchsschulen (Lebensgemeinschaftsschulen) im Sinne des von Ihnen aufgestellten Planes eingerichtet werden. Über die innezuhaltenden Richtlinien ergeht demnächst besondere Verfügung.“

Diese erfolgte dann auch unter dem 8. Juni. Die Richtlinien bedeuten gewissermaßen das Grundgesetz der Berliner Gemeinschaftsschulen und seien deshalb wörtlich wiedergegeben:

Anlage zur Verfügung des Provinzial-Schulkollegiums vom 8. 6. 1923 — II Nr. 2183/23 —.

Richtlinien und Grundsätze, nach denen die Versuchsschulen (Lebensgemeinschaftsschulen) einzurichten sind.

I. Allgemeine Vorschriften.

1. Die Versuchsschulen (Lebensgemeinschaftsschulen) umfassen, wie die übrigen Volksschulen, 8 Schuljahre.

2. Soweit die Erziehungsberechtigten nicht die Erklärung abgegeben haben, daß sie den Kindern, über deren religiöse Erziehung sie zu bestimmen haben, Religionsunterricht nicht erteilen lassen wollen, ist auch in Versuchsschulen Religionsunterricht im Sinne des Artikels 149 der Reichsverfassung ordentliches Lehrfach.
3. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen an eine Lebensgemeinschaftsschule versetzt oder an einer solchen beschäftigt, kein Kind darf gegen den Willen der Erziehungsberechtigten in eine Lebensgemeinschaftsschule aufgenommen werden.

II. Von der Arbeit der Lebensgemeinschaftsschule.

1. Der Gesamtunterricht wird eingestellt auf die schöpferische Arbeit der Hand und des Geistes. Mit dem Grundsatz materieller Bildung wird rücksichtslos gebrochen. Kenntnisse und Fertigkeiten sind natürliche Ergebnisse schaffen der Arbeit, nicht Selbstzweck des Unterrichts.
2. Verbindliche Stoffpläne werden nicht aufgestellt. Der ordnende Grundsatz aller Schularbeit ist die Entfesselung schöpferischer Kräfte im Kinde.
3. An Stelle der Lehrpläne tritt der Arbeitsplan der Lebens- und Arbeitsgemeinschaften. Die allgemeinen Bildungsziele, die die amtlichen Richtlinien festlegen, werden auf der Unterstufe nach 4 Jahren, auf der oberen Stufe nach 6 und 8 Jahren erfüllt.
4. Stundenpläne fallen fort. Für den Fortgang der Arbeit ist das wechselnde Bedürfnis der Gemeinschaft und der natürliche Ablauf der Arbeit selbst, d. h. der aller wissenschaftlichen, künstlerischen und technischen Arbeit innewohnende gesetzmäßige Zwang zur Vollendung entscheidend.
5. Die für die Volksschule vorgeschriebene Stundenzahl wird auf allen Stufen innegehalten und auf die Arbeits- und Lebensgemeinschaften verteilt. Lebensgemeinschaften sind die Stätten des gemeinschaftlichen Lebens und der gemeinschaftlichen Arbeit, Stätten der Allgemeinbildung. In den Arbeitsgemeinschaften weitet und vertieft sich die Allgemeinbildung zur Fachbildung, den besonderen Begabungen und Neigungen der Schüler entsprechend. Arbeitsgemeinschaften können außer für die in der öffentlichen Volksschule lehrplanmäßig vorgeschriebenen Gebiete des Wissens, der Kunst, der Handarbeit und der Leibesübungen auch für fremde Sprachen eingerichtet werden. Eine Übersicht über die an jeder Schule bestehenden Lebens- und Arbeitsgemeinschaften ist zu Beginn jedes Schulhalbjahres von jeder Schule einzureichen.

III. Von der Verfassung
der Lebensgemeinschaftsschule.

1. Die Lehrer bilden den Lehrkörper, die Elternvertreter der Klassen den Elternausschuß, die Schülervertreter der oberen Stufen den Schülerausschuß, alle zusammen den Schulausschuß der Schulgemeinde.
2. Der Lehrkörper entscheidet über alle Schulangelegenheiten, soweit sie nicht ausdrücklich der Beschlußfassung besonderer Organe der Schulgemeinde vorbehalten sind.
3. Der Schulleiter hat kein Aufsichtsrecht über die unterrichtliche und erziehlische Tätigkeit der Lehrer. Klassenbesuche macht der Schulleiter als Vorsitzender der Konferenz und in Ausübung der kollegialen Überwachung ihrer Beschlüsse. Wie jeder Schulleiter, so ist er in besonderem Maße den Behörden für die Durchführung ihrer Anweisungen verantwortlich. Gegenüber Beschlüssen, die gegen behördliche Anordnungen verstoßen, hat er das Einspruchsrecht.
4. Die Lehrer sind in ihrer Arbeit der Konferenz und den Behörden unmittelbar verantwortlich. Sie führen kurze Entwicklungsberichte über ihre Schüler und erstatten der Konferenz, in besonderen Fällen dem Schulausschuß einen Arbeits- und Lebensbericht ihrer Klasse.
5. Der Elternausschuß ist die Vertretung der Elternschaft, er nimmt an allen Fragen des Schullebens beratend und mitarbeitend teil. In eigenen oder mit Lehrern gemeinsamen Ausschüssen widmet er sich vornehmlich der Jugendwohlfahrtspflege und den Fürsorgebestrebungen. Der stellvertretende Vorsitzende des Elternausschusses muß ein Elternvertreter sein.
6. Der Schülerausschuß wird in allen Angelegenheiten, in denen die Meinung und die Auffassung der Jugend selbst gehört werden muß, insbesondere in Sachen der Schulordnung und der Schulzucht befragt. Er setzt sich aus Vertretern der oberen Klassen zusammen.
7. Der Schulausschuß ist das Bindeglied zwischen Schule und Elternschaft. Er wird in allen wichtigen und bedeutenden Fragen des Schullebens von dem Schulleiter einberufen.
8. Die Schülergemeinde (Mittel- und Oberstufe) tritt monatlich einmal zur Unterhaltung und zur gemeinsamen Aussprache zusammen.
9. Die Gesamtheit der Lehrer, Eltern und Schüler bilden die Schulgemeinde. Diese ist der bewußte Träger des Schullebens und ein Bildungs- und Kulturmittelpunkt des örtlichen öffentlichen Lebens.

Damit die einheitliche Arbeit dieser neuen Schulen gesichert wurde, mußten sie auch, soweit sich das unbeschadet der Rechte der

einzelnen Berliner Bezirke und des Provinzial-Schulkollegiums ermöglichen ließ, der Aufsicht des Stadtschulrats unterstellt werden, der für ihre Einrichtung verantwortlich war. Die nach langen Beratungen ergangene Entscheidung des Ministers vom 11. November 1922 hat folgenden Wortlaut:

„Es wird davon abgesehen, aus den Versuchsschulen („Gemeinschaftsschulen“) einen eigenen Schulaufsichtskreis zu bilden. Es wird Ihnen jedoch die Befugnis zugesprochen, die Versuchsschulen jederzeit allein oder in Begleitung des zuständigen Kreisschulrats zu besuchen und die Lehrenden sowohl einzeln wie in Zusammenkünften an den einzelnen Schulen oder in allgemeinen Konferenzen zu beraten. Die Kreisschulräte sind von uns dahin verständigt, daß sie den Versuchsschulen zur Auswirkung des Versuchs den erforderlichen freien Spielraum lassen und in ihren inneren Betrieb nicht ohne vorheriges Benehmen mit Ihnen eingreifen. Die Berichte der Kreisschulräte werden in der Regel durch Ihre Hand geleitet, oder, soweit dies der Eile halber oder aus besonderen Gründen nicht angeht, abschriftlich zu Ihrer Kenntnis gebracht werden. Der Herr Minister und wir dürfen andererseits erwarten, daß auch Sie über wesentliche innere Angelegenheiten der Versuchsschulen mit dem jeweiligen Kreisschulrat sich in Verbindung setzen, insbesondere bei der Auswahl der Lehrenden und ihrer Verteilung auf die einzelnen Versuchsschulen, wofür im übrigen unsere Genehmigung nachzusuchen ist, mit den Kreisschulräten zusammenwirken. Zu Konferenzen einzelner oder aller Versuchsschulen wollen Sie die jeweils zuständigen Kreisschulräte rechtzeitig einladen.

Die Zuständigkeit der Bezirksämter und der Bezirksschuldeputationen bleiben durch diese Regelung unberührt. Sie wollen sich bei allen Maßnahmen, bei denen dies nach den gesetzlichen Bestimmungen erforderlich ist, der Zustimmung der genannten Körperschaften rechtzeitig versichern“.

Die Durchführung der Gemeinschaftsschulen war nun formal gesichert.

Diese sehr wichtige Verfügung ist durch den Abbau Paulsens hinfällig geworden.

II. Allgemeiner Charakter der Versuchsschulen.

Die Schulen sind in proletarischen Bezirken entstanden, und zwar aus dem entscheidenden Willen der Elternschaft und der mit ihr zusammenarbeitenden Lehrer. Damit ist eine bestimmte geistige Haltung für sie gegeben. Die Grundgesetze des Lebens und der Ethik der klassenbewußten Arbeiterschaft lauten Arbeit und Solidarität. Dieser Elternkreis empfand die Volksschulen des autoritativen Staates als seinen Interessen fremde Klassenschulen, an denen

er äußerlich und innerlich keinen Anteil hatte. Er sieht dagegen diese Schulen als die seinen an, in denen er mitzuarbeiten hat, an die er Rechte hat, deren Einrichtungen er innerlich mitbestimmen darf, von deren Lehrerschaft er Eingehen auf seine Wünsche fordern darf. Daher findet man überall nicht nur Elternvereine, gemeinsame Konferenzen von Eltern und Lehrern, gemeinsame Veranstaltungen von Eltern, Lehrern und Schülern, sondern positive Mitarbeit von Eltern in Werkstätten, Schulgärten, ja auch im Unterricht, wo ihre Erfahrung zur Bereicherung beitragen kann.

Der Unterricht ist bestimmt durch die Bedürfnisse der jugendlichen Gesellschaft, die in diesen Schulen unter den Anregungen des geschilderten Elternkreises und des gesamten großstädtisch proletarischen Hintergrundes lebt. Diese Bedürfnisse widerstreben einem gleichmäßig für die einzelnen Jahrgänge festgelegten Lehrplan und verlangen Anpassung ebenso an individuelle wie an die für alle Kinder gleichmäßig bestehenden Nöte, Anpassung also vor allem an die aus der Gegenwart entspringenden besonderen Aufgaben gerade dieser Jugend. Daher hat der Stoff der Schularbeit die Richtung auf die Gegenwart, auf die soziale Aktion, auf die praktische Arbeit, auf die lebensgemäße Gestaltung; abgelehnt wird aller bloße Stoff, der aus herkömmlichen Gründen gedächtnismäßig angeeignet werden soll, aber zu diesen Kindern keine Beziehungen hat. Das gilt ebenso für das Erlernen der Kulturtechniken wie für die eigentlichen Sachfächer. Alle sollen bezogen werden auf den Gesamtzusammenhang des Lebens dieser Kinder. Daher die Abneigung gegen Lehrplan und Stundenplan, die in den Richtlinien zum Ausdruck kommt. Daher das als Kampfruf oft mißverstandene Wort: „Vom Kinde aus!“ Nimmt man es wörtlich, so führt es geradezu ab von der Gemeinschaft dieser soziologisch so scharf bestimmten Jugend und hin zur Duldung asozialer Triebe des einzelnen Kindes. Gemeint ist aber, daß an die Stelle eines von außen gegebenen Lehrplans der Aufbau eines beweglichen Arbeitsplanes aus dem Geiste und der heutigen Aufgabe dieser soziologisch anders bestimmten Schülerschaft zu treten hat.

Die Form des Unterrichtes entspringt nicht aus dem Gegenüber des lernenden Schülers und des allein wissenden, vom Staate beauftragten Lehres, sondern als Werkstattarbeit der an der Ausführung des Werkes gemeinsam in Arbeitsteilung arbeitenden Gruppe, die der Meister, was Werkzeug und Werkstück anlangt, zu bestem Zusammenwirken organisiert. Die Klasse wird zum Werkraum, und die Lehrerfrage wird abgelöst durch eine Unterhaltung, die niemals leeres Geschwätz werden darf, sondern durch gegenseitige Hilfe der Kameraden, zu denen der zurückhaltende Lehrer auch gehört, zur Lösung der vorliegenden Aufgabe führt. Jenseits der Beherrschung derjenigen Techniken und desjenigen „Stoffes“, den jeder lernen muß, der sich in dem Leben der Gegenwart behaupten will, bleibt Raum für eine berechnete Individualisierung, bleibt die Möglichkeit, in Arbeitsgruppen, die durch besondere augenblicklich aktuelle oder fachlich begrenzte Aufgaben bestimmt werden, den besonderen Beruf zu finden. Das ist der Sinn jener besonderen Kurse für Sprechchor und Theater-

spiel, für Englisch, Esperanto, für Radiotechnik oder für Physik, Chemie überhaupt, für Werkstattarbeit und Gartenbau.

Auch die Schulzucht tritt aus dem Element des Gegensatzes zwischen Erzieher und zu erziehendem Schüler in die Sphäre der Gemeinschaft. Die Jugend ist mitverantwortlich an der Lebensform der Schule und der einzelnen Klasse wie an der geschilderten Arbeitsform. Klassengemeinden, seltener auch Schulgemeinden, Schülerausschüsse aus Vertretern der einzelnen Klassen regeln das Leben und versuchen durch Zusammenwirken von Lehrern und Schülern die Einordnung asozialer Elemente oder wenigstens der Ordnungsstörer. Denn diese werden hier nicht als Helden einer gegen die Schule gerichteten Schüleropposition, sondern als Verletzer einer selbst gegebenen Ordnung empfunden, über der jeder zu wachen hat.

Die Gemeinschaftsschulen sind also aus einer neu emporkommenden Gesellschaftsschicht und ihrer Anschauungsweise begründet, sind daher selber Stätten jugendlichen Arbeits- und Gemeinschaftslebens mit Lehrern und Eltern und haben die Aufgabe, besser das Ergebnis, junge Menschen aus der Schule zu entlassen, die fähig sind, mit ruhigem Urteil, ohne lebensfremde Phrase und mit entschiedenem Willen die gegenwärtige Gesellschaft im Sinne der sozialeren Ausgestaltung vorwärtzutreiben.

III. Die bestehenden Gemeinschaftsschulen.

Heute bestehen in Berlin folgende Gemeinschaftsschulen:

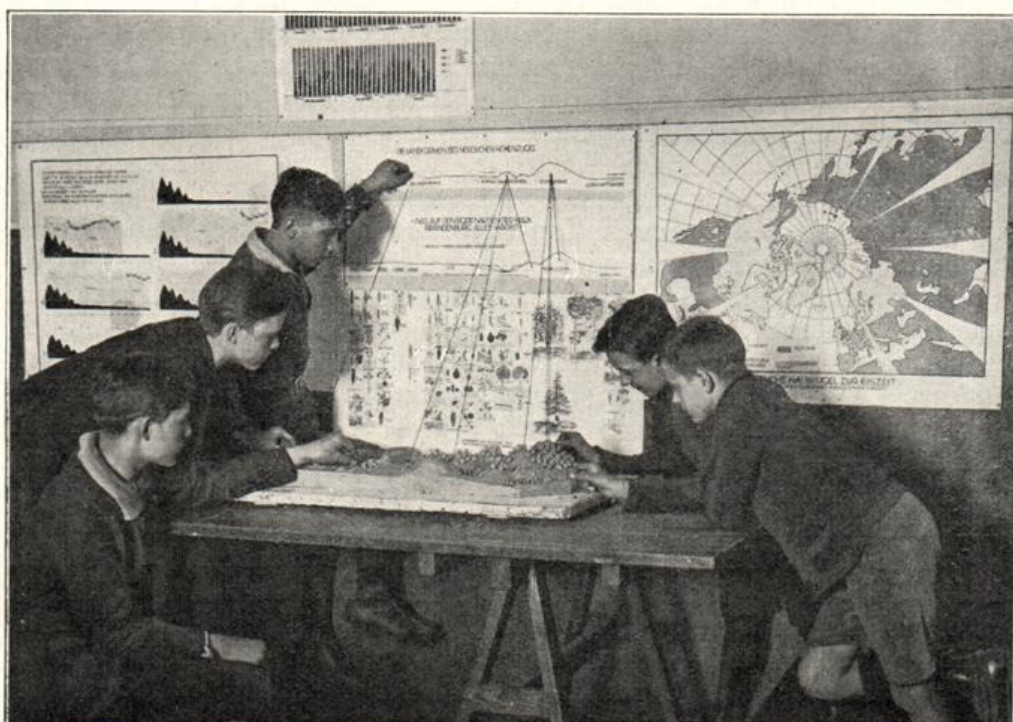
1. Neukölln, Rütlistraße — Rektor Adolf Jensen.
2. Neukölln, Rütlistraße — Rektor Wittbrodt.
3. Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 4 — Rektor Casparius.
4. Lichtenberg, Scharnweberstraße 19 — Rektor Lenz.
5. Lichtenberg, Pfarrstraße 7-8 — Rektor Schlicker.
6. Lichtenberg, Marktstraße 12 — Rektor Priebe.
7. Spandau-W., Adamstraße — Rektor Schultze.
8. Spandau-Neust., Mittelstraße — Rektor Fechner.
9. Niederschönhausen, Bismarckstraße 11 — Rektor Ziechert.
10. Oberschöneweide, Rottmeier Straße — Rektor Domdey.

Dazu kommt noch — wie oben ausgeführt — die Mehrzahl der Sammelschulen, die zwar nicht offiziell als Gemeinschaftsschulen anerkannt sind, aber in ähnlichem Sinne gearbeitet haben, wie — um nur zwei Beispiele anzuführen — die Schule am Leopoldplatz — Rektor Kreuziger, und die 244. Gemeindeschule, Pankstraße 20 — Rektor Hädicke.

Jede dieser Schulen hat wieder im Laufe der Zeit einen besonderen Charakter ausgebildet, je nach den Eltern und Schülern und Lehrern, je nach den Mitteln, mit denen sie zu arbeiten hat.

Eine interessante und typische Entwicklung haben die Schulen in Neukölln genommen. Über sie berichtet Herr Oberstudiendirektor Dr. Karsen wie folgt:

„Dort wirkte schon seit 1920 der bekannte Hamburger Lehrer Adolf Jensen an der weltlichen, sogenannten Rütlschule. Sein Evangelium von der Produktivität des Kindes, die der Lehrer zu entbinden hat, anstatt sie in der üblichen Weise zu verstopfen oder zu verbilden, seine Klassenarbeit in Hamburg, seine Bücher, hatten ihm bereits weit über Hamburgs Grenzen Anhänger geworben, die in seinem Wirken eine Befreiung der Volksschule sahen. Die jungen Lehrer der Rütlschule jubelten ihm zu, und so bildete sich schon vor Paulsens Erscheinen in Berlin diese Schule, unterstützt durch eine sehr aktive Elternschaft, als eine Gemeinschaftsschule aus. Die Schule be-



Zwei Arbeitsgruppen der 45/46. Lebensgemeinschaftsschule beim Erdkundeunterricht. Darstellung von Landschaftsformen in zeichnerischen Ausschnitten und im Relief, daraus das Erkennen der Beziehungen von Landschaft und Bebauung.

kam ein eigenes Leben und das heißt, sie bekam ein eigenes Schicksal. So etwas hatte es bisher noch an keiner Volksschule gegeben. Die hier zusammengeschlossenen Geister begannen sich zu bekämpfen. Parteileidenschaften standen gegeneinander, pädagogische Grundeinstellungen trennten sich. Und so wurden aus der einen Doppelschule mit der Zeit 4 Schulen mit ganz verschiedenem Charakter, von denen heute 3 als Gemeinschaftsschulen bestehen. Die Jensenschule trägt die Züge ihres Leiters. Sie sucht die Produktivität des Kindes durch seine künstlerische Betätigung zu entfesseln. Die Idee ist, daß jedes Kind seinen persönlichen Ausdruck in der musikalischen, dichterisch-deklamatorischen, zeichnerischen Gestaltung seines Erlebens finden kann, daß seine Ausdrucksform sich mit seiner natürlichen Entwicklung und durch die gegenseitige Kritik und Hilfe der Kame-

raden ständig verbessert. Dem entspricht die typische Arbeitsform der verschiedenen, stark durch die Persönlichkeiten ihrer führenden Lehrer bestimmten Gemeinschaften in dieser Schule. Es ist der literarische und allgemein künstlerisch interessierte Kreis. Aus dieser Richtung der Schule erklärt es sich, daß man in ihr auch Kinder von Eltern findet, die nicht der Arbeiterklasse angehören.

Die heute von Herrn Wittbrodt geleitete zweite Rütli-Schule befindet sich in Arbeit und Feier, die ja die Sammlung des Schullebens bedeutet, am stärksten die proletarische Seite im Charakter der Gemeinschaftsschule. Im Unterricht machen etwa die Kinder selber eine ungemein wertvolle Statistik des sozialen Hintergrundes der Schule. Sie stellen die Einkommensverhältnisse der Eltern, den Grad der Beschäftigung von Vater und Mutter, die Wohnungs-, Schlaf- und Kleidungsverhältnisse der Kinder graphisch genau dar und kommen von da zu dem Verständnis der Gegenwart. Auch die Feiern dienen der Steigerung der sozialen Aktivität. Eine Revue mit dem Namen: „So oder So!“, in der alte und neue Ansichten über alte und neue Schule, über alten und neuen Kunstunterricht, über Krieg und Völkerversöhnung, über alte und neue Hauserziehung bildhaft gegenübergestellt werden, erhöht nicht bloß die Freude an dem schon Erreichten, sondern gibt auch den Impuls, es weiter und reicher auszubauen. Und wenn am Schluß die Gemeinschaft von Eltern, Lehrern und Kindern die alten und neuen Kampflieder des Proletariats singt, von Herweghs: „Frisch auf, mein Volk!“ bis zu Claudius: „Wann wir schreiten — —“, so wird in den Versammelten ein Stück neuer, weit über den engen Kreis der Schule hinausreichender Gemeinschaft einer ersehnten kommenden Gesellschaft lebendig.

Eine dritte Seite, die ebenfalls in dem Gedanken der Gemeinschaftsschule liegt, findet eingehende Pflege und Betonung in der 3., heute von Herrn Casparius geleiteten Neuköllner Gemeinschaftsschule in der Kaiser-Friedrich-Straße 4. Das Leben, in das die Kinder dieser Schulen später eintreten, stellt sehr sachliche Aufgaben. Sie alle werden die Beherrschung der heute gegebenen Arbeits- und Erkenntnismittel brauchen. Frühe Gewöhnung an induktive, von nüchtern einfacher Beobachtung zu zusammengesetzten Erkenntnissen aufsteigende Arbeitsweise, die allein zu einem wirklich aktiven Verstehen und Bewältigen der näheren und weiteren Umwelt führt, die bezeichnenderweise unter besonderer Berücksichtigung des geographischen Fachgebietes gepflegt wird, gibt dieser Schule den Stempel.

Diese drei verschiedenen Schulen sind gleich notwendige, einander ergänzende Ausprägungen des Bildes der Gemeinschaftsschule.

Sie kehren in verschiedener Abwandlung an den anderen Schulen wieder. Die künstlerische Betontheit der unter der Leitung Fechners stehenden Spandauer Gemeinschaftsschule oder derjenigen in Niederschönhausen (Ziechert und Hahn) ist schon wieder ganz anders als die der Jensen-Schule. In Spandau der mehr proletarische Charakter der Feste, die als Feste der Arbeit, als Feste der Sonnenwende gestaltet werden, wenn auch lange nicht ausschließlich — dafür zeugen etwa Aufführungen von Hauptmanns „Versunkener Glocke“ oder eine Beet-

hovenfeier, in Niederschönhausen der von Hahn aus jetzigen und ehemaligen Schülern gebildete Sprechchor, der so stark aus dem proletarischen Gemeinschaftsempfinden geboren ist!

Wie verschieden ist Kreuzigers Schule am Leopoldplatz von der nach mancher Richtung mit ihr verwandten Wittbrodt-Schule! Auch sie betont die sozialen Aufgaben einer proletarischen Schule, aber in einer mehr praktischen Form. Sie leistet in weitem Umfange Schulpflege unter eifrigster Mitarbeit der Eltern und der älteren Schüler (-innen). Sie hat in ihren Baracken sich selbst eine Küche geschaffen, sie hat eine Art Kindergarten eingerichtet, in dem die Schülerinnen der Oberklassen ihre noch nicht schulpflichtigen Kameraden betreuen.

Heute sind alle diese Schulen auf dem großen Idealismus ihrer Lehrer und Elternschaften aufgebaut. Je gesicherter die finanziellen Verhältnisse in Deutschland und in der Reichshauptstadt werden, auf um so mehr Pflege müssen die Pionierschulen rechnen. Sie werden eine bessere Ausstattung an Lehrmitteln und Räumen erhalten, sie bedürfen der verständnisvollen Betreuung durch eine Schulaufsicht, die ihren besonderen Bedingungen gerecht wird und im Sinne der Paulsen'schen Richtlinien Freiheit von materiell festgelegten Bildungszielen gewährleistet. Der hoffnungsvolle Anfang liegt in dem zentralen Berliner Fonds für Versuchsschulzwecke, ferner in der besonders freundlichen Haltung des preußischen Ministeriums, durch die bisher immer Schaden von den Schulen abgewehrt wurde. Die Schulen fordern, daß man von ihnen nicht nur besondere Leistungen verlangt, sondern ihnen auch in bedeutend erhöhtem Umfang die materiellen und geistigen Möglichkeiten gibt, damit sie wirkliche Versuchsschulen, d. h. in ihrem Sinne Pionierschulen einer werdenden Gesellschaft sein können.“

Werkunterricht.

A. Volksschule.

Die großen Zeit- und Kulturepochen haben immer auf die Ausgestaltung der Schule und die in ihr betriebenen Methoden starken Einfluß ausgeübt. Es ist somit verständlich, daß heute im Zeitalter der Technik die werktätige Arbeit sich der geistigen als gleichberechtigt an die Seite stellt. In der Schule will sie daher nicht nur in dem Sinne des Ministerialerlasses vom 25. März 1911 „Vorstellungen des Kindes noch wirksamer beleben, klären, ergänzen und befestigen“, sondern die werktätige Arbeit tritt nunmehr als selbständiges Fach auf, um durch Schulung und Übung von Auge und Hand die Jugend fürs praktische Leben fähig zu machen und durch den erziehlichen Wert der Arbeit die sittlichen Kräfte zur Entfaltung und Kräftigung zu bringen, — unter Berufung auf Artikel 148 der Reichsverfassung (Arbeitsunterricht) —.

Dementsprechend stellten die Richtlinien des Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung für die Lehrpläne der Volksschule unter dem 15. Oktober 1922 Arbeitsgebiete für den

Werkunterricht auf, die erstmalig im Lehrplan für die Volksschulen der Stadt Berlin vom Jahre 1924 ausgewertet wurden.

Berlin besaß bereits seit Ausgang der 80er Jahre Schülerwerkstätten, und zwar sieben in Alt-Berlin und eine in Charlottenburg, die gegründet vom Verein für Knaben-Handarbeit auch noch nach dem Kriege dem Verein unterstanden. Im Jahre 1919 wurden sie zunächst, da es sich nicht um schulische Einrichtungen handelte, vom Jugendamt der Stadt Berlin übernommen, das noch weitere vier Werkstätten einrichtete, so daß hier elf Werkstätten mit je zwei Werkräumen der männlichen Jugend zur Erlernung von Handfertigkeiten zur Verfügung standen. Schüler aller Schulgattungen vom 10. Lebensjahre ab fanden Aufnahme. In diesen Schülerwerkstätten in Berlin und Charlottenburg wurden die Knaben in der Papparbeit, der leichten Holzarbeit und der Hobelbankarbeit unterwiesen. Der Arbeit lagen systematisch aufgebaute Lehrgänge zugrunde, die jedoch in keinerlei Beziehungen zum Unterricht der Volksschule oder höheren Schule standen.

Ein Versuch, die Hobelbankarbeit mit dem Linearzeichnen in Verbindung zu bringen, wurde in Berlin vom Kultusministerium bereits im Jahre 1902 unternommen. Der jetzige Leiter des Städtischen Werklehrer-Seminars, Herr Frenkel, führte mit den ersten und zweiten Klassen der 167. Volksschule den Versuch durch, der als durchaus geglückt bezeichnet werden mußte. Bei der damaligen Einstellung der Behörden und der Lehrerschaft zum Werkunterricht war jedoch eine Ausdehnung des Versuchs, noch eine der Allgemeinheit zugute kommende Auswertung des Erprobten nicht möglich. Erst durch die unmittelbaren Einwirkungen des Krieges auf unser gesamtes Volks- und Wirtschaftsleben rang sich die Erkenntnis von der erziehlichen Bedeutung der werktätigen Arbeit für unsere Jugend durch. Es weist ein Ministerialerlaß aus dem Jahre 1915 darauf hin, „wie wichtig es ist, die in der Jugend vorhandene Neigung für die Handarbeit auszunutzen, um willenskräftige Frauen und Männer heranzubilden, die imstande sind, praktische Aufgaben rasch zu erfassen und auf dem einfachsten Wege gut zu lösen“.

Der Erlaß fordert von den unterstellten Behörden Förderung der Handarbeit für die männliche Jugend in der schulfreien Zeit. Eine Förderung, der nur in geringem Maße stattgegeben werden konnte, da es infolge des Krieges an Lehrkräften sowohl, als auch an den erforderlichen Mitteln zur Durchführung des Gedankens fehlte. Auch die Berliner Schülerwerkstätten waren zum Teil verwaist. Um so größer war der Erfolg des Erlasses vom 9. April 1921, in dem sich das Ministerium an Behörden, Gemeinden, Eltern und Lehrerschaft sowie an alle Freunde der Schule wendet, den Gedanken der werktätigen Erziehung in den Schulen zu verwirklichen. Die Gründungen der ersten Schülerwerkstätten in den Bezirken 8–20, die in den Jahren 1921–24 erfolgten, sind wohl mit auf diesen Erlaß zurückzuführen. Da die Finanzlage der Stadt Berlin für die Durchführung dieser Förderung recht ungünstig war, so war die Schule und die mit ihr verbundene Eltern- und Lehrerschaft zumeist auf Selbsthilfe angewiesen. Tatsächlich sind die Berliner Werkstätten, die in

diesen Jahren eingerichtet wurden, fast ausschließlich aus privaten Mitteln geschaffen worden. Waren es auch durchaus keine Idealeinrichtungen, so genügten sie doch fürs erste, um einen behelfsmäßigen Werkunterricht durchzuführen. Auch jetzt noch waren die Werkstätten dem Jugendamt unterstellt. Der Unterricht erfolgte außerhalb der Schulzeit in freiwilligen Kursen. Die Lehrer wurden als Leiter der Werkstätten besonders entschädigt. Der Hinweis in dem oben erwähnten Ministerialerlaß vom 9. April 1921, die Forderung werktätiger Arbeit in der Schule selbst zu verwirklichen, veranlaßte die Berliner Lehrerschaft, vom Magistrat die Verfügung zu erwirken, die Werkstätten der Schuldeputation zu unterstellen. Dem Antrage wurde am 1. April 1922 entsprochen. War es bis dahin die Regel, in der Werkstatt Schüler benachbarter Schulen und auch fremder Schulgattungen (mittlere und höhere Schulen) zum Unterricht zuzulassen, so wurde jetzt angestrebt, nur noch Kinder der eigenen Schule aufzunehmen. Auch jetzt handelte es sich um freiwillige Kurse, in denen Schüler verschiedener Klassen zusammenarbeiteten.

Ein weiterer Schritt auf dem Wege der Verbindung von Schule und Werkstatt war die Verfügung der Schulverwaltung, vom 1. Oktober 1923 ab die Unterrichtsstunden in der Werkstatt in die Pflichtstundenzahl des Lehrers miteinzubeziehen. Die Verfügung ist seit Oktober 1926 auch in sämtlichen Außenbezirken durchgeführt. Mit dem Inkrafttreten des Lehrplanes für die Volksschulen der Stadt Berlin vom Jahre 1924 wurde in den Knabenschulen der Werkunterricht Pflichtfach, wo eine Werkstatt vorhanden war und Lehrer den Unterricht zu erteilen vermochten. Die Einbeziehung des Werkunterrichts in die Stundentafel geschieht auf Kosten des Rechen- und Raumlehreunterrichts und zum Teil des Naturkunde- und Deutsch-Unterrichts. Eine recht ungünstige Lösung, die wesentlich dazu beigetragen hat, daß der Werkunterricht nicht in allen Schulen und in allen Klassen Aufnahme gefunden hat. Acht Außenbezirke haben sich dem Vorgehen Alt-Berlin angeschlossen, in den übrigen sechs wird Werkunterricht zum Teil pflichtmäßig, zum Teil noch in freiwilligen Kursen erteilt.

Die preußischen Richtlinien sowohl, als auch der Lehrplan für Berlin, sehen Werkunterricht für Mädchen nicht vor. Bereits vor dem Inkrafttreten des Lehrplanes waren aber in einzelnen Mädchenschulen freiwillige Werkkurse eingerichtet worden, in denen Mädchen in der Papparbeit, dem Buchbinden und in der Bastelarbeit unterwiesen wurden. Da auch hier gute Erfolge erzielt worden sind, wurde in Alt-Berlin die Abhaltung des Werkunterrichts in Mädchenschulen in geringem Umfange zugebilligt, doch sollten in jedem Schulkreis nur acht Stunden für Werkunterricht in Mädchenschulen angesetzt werden, die noch dazu in der schulfreien Zeit liegen müssen. Das bedeutet, daß auf etwa 12—14 Mädchenschulen (80—100 Klassen der oberen Jahrgänge) nur acht Werkstunden entfallen dürfen. Im Bezirk Neukölln dagegen sind für alle Mädchenschulen je zwei Werkstunden für Pappunterricht angesetzt. In vier Bezirken wird in Mädchenschulen kein Werkunterricht erteilt; in den übrigen Bezirken werden in einigen freiwilligen Kursen die Mädchen in Papp- und Bastelarbeit unter-

wiesen. Einzelne Bezirke erstreben auch für Mädchen den Werkunterricht in Papp- und Bastelarbeit pflichtmäßig für alle Schülerinnen einzuführen.

In Knabenschulen erstreckt sich der Werkunterricht auf Bastel-, Papp-, Holz- und Metallarbeit. In der Papparbeit wird — außer der



Pappwerkstatt einer Volksschule.

üblichen Papparbeit — der einfache Bucheinband (Broschur) gelehrt. Bei der Holzarbeit wird die strenge Teilung zwischen leichter Holzarbeit und Hobelbankarbeit, wie es früher üblich war, nicht mehr gemacht. Begonnen wird in der Regel mit leichten Holzarbeiten: Bretter- und Leistenarbeit, einfache Kästen,

bei denen die Verbindung der einzelnen Stücke durch Nägel und Schrauben hergestellt wird. Die schwerere Hobelbankarbeit tritt nicht vor dem 12. Lebensjahr auf. Ausgeführt werden nur die einfachsten Holzverbindungen, soweit sie in diesem Alter von den Schülern selbst



Werkunterricht an der VII. Hilfsschule.

ständig ausgeführt und angewandt werden können. Die Oberflächenbehandlung des Holzes beschränkt sich in der Regel auf Beizen und Wachsen. Gefordert wird, daß vor Beginn der Arbeit ein Entwurf (Werkskizze) angefertigt wird.

Die Metallarbeit sieht zunächst einfache Draht- und Blecharbeiten vor, bei denen die Techniken des Biegens, Bördelns, Nietens und Lötens erlernt werden. Verarbeitet wird ferner Band- und Stabeisen zu

leichten Schmiedearbeiten. Abschließend wird auch die Verarbeitung von Stahl bei Herstellung kleiner Werkzeuge gelehrt und ausgeführt. Desgleichen werden auch leichte Treibarbeiten unter Verwendung von Kupfer und Messing ausgeführt. — Bei den Bastelarbeiten wird vorwiegend kostenloses Material: Garnrollen, Paketknebel, Streichholzschachteln, Zigarrenkistenholz, Buntpapier und Abfälle aus der Nähstube, auch harte Früchte verwendet, aus denen allerlei Spielzeug hergestellt wird. Das allereinfachste Werkzeug wird dabei verwandt: Messer, Schere, Laubsäge, Feile. Vorwiegend in Mädchenschulen werden außerdem noch Bast- und Rohrflechtarbeiten ausgeführt.

Die Einrichtung der Werkräume für die einzelnen Werkabteilungen richtet sich ganz nach der Eigenart der einzelnen Schule, den zur Verfügung stehenden Geldmitteln und den Fähigkeiten und Fachkenntnissen der an der Schule tätigen Lehrkräfte. Die Werkstätten sind infolgedessen keineswegs einheitlich eingerichtet, sondern geben in bezug auf Raumgröße, Lage im Schulhaus, Verschiedenartigkeit, Menge und Güte des Werkzeuges ein buntgewürfeltes Bild.

In den letzten acht Jahren hat sich die Zahl verachtfacht, so daß nahezu 300 Werkstätten (176 im alten Berlin) im Jahre 1927 bestanden.

Fast 20 000 Kinder können dadurch am Werkunterricht teilnehmen. Die größten Aufwendungen sind in den östlichen und nördlichen Bezirken mit starker Arbeiterbevölkerung gemacht worden. Die Raumfrage machte bei der Einrichtung der Werkstätten oft erhebliche Schwierigkeiten. Mit Ausnahme des Bezirks Charlottenburg, in dem seit 1905 bei Schulneubauten auch Werkräume vorgesehen wurden, fehlten genügende Werkräume. Erst bei Schulbauten der allerletzten Zeit sind Werkräume eingebaut worden (Schlachtensee, Mahlsdorf, Schmargendorf). Die geringsten Mittel verursachen die Bastelwerkstätten. Ein paar Arbeitstische, Scheren, Messer, Laubsägen genügen, um die Bastelarbeiten ausführen zu können. Dennoch nehmen diese Werkstätten in der Gesamtzahl nur einen geringen Prozentsatz ein (12 %). Am größten ist die Zahl der Pappwerkstätten (55 %). Auch hier sind die Anschaffungskosten noch immerhin gering. Häufig dient die Pappwerkstatt auch als Arbeitsraum für leichte Holzarbeiten, wenn keine Hobelwerkstatt vorhanden ist. Mit Hilfe von Schraubzwingen, einfachen Spannvorrichtungen können sich die Schüler selbst einen Arbeitsplatz für Holzarbeit herrichten. Wesentlich geringer ist die Zahl der Holzwerkstätten (28 %), da die Anschaffung der Hobelbänke und des Werkzeuges größere Ausgaben verursacht. Die Neueinrichtung einer Hobelwerkstatt mit 12 Hobelbänken (mehr können in den normalen Klassenräumen nicht aufgestellt werden) und dem dazu gehörigen Werkzeug wird auf etwa 2500 RM veranschlagt. Metallwerkstätten sind in recht geringer Zahl vorhanden (5 %), das liegt einmal daran, daß die normalen Schulräume, die in den alten Schulgebäuden zur Verfügung stehen, für eine Metallwerkstatt recht ungeeignet sind und stets kostspielige Umbauten und Einbauten erforderlich machen, außerdem fehlt es zur Zeit noch an ausgebildeten Lehrkräften, die den Unterricht in Metallarbeit übernehmen können. Da aber das Metall im Mittelpunkt des gesamten Wirtschaftslebens steht, ein hoher Prozent-

satz unserer Volksschüler in der Metallindustrie Stellung findet, so muß unbedingt darauf hingewirkt werden, die Zahl der Metallwerkstätten denen für Pappe und Holz baldmöglichst anzugleichen.

Von den 292 Volksschulen der Bezirke 1—6 wird in 121 Schulen Werkunterricht getrieben, darunter sind:

- 71 Schulen mit 1 Werkstatt,
- 46 Schulen mit 2 Werkstätten,
- 4 Schulen mit 3 Werkstätten ausgestattet.

Am Unterricht sind insgesamt 420 Klassen beteiligt. Bei der Verteilung der Werkstätten auf die Schulen in den Bezirken 8—20 liegen fast die gleichen Verhältniszahlen zugrunde.

Die Zahl der Arbeitsplätze beträgt je nach der Größe des Werkraumes 15—20, in der Hobelbankwerkstatt jedoch nur 12.

Eine Teilung der Klassen ist daher unbedingt erforderlich, um so mehr, als auch im wesentlichen nur Einzelunterricht erteilt wird. Übersteigt die Schülerzahl einer Klasse 40, erfolgt seit 1925 eine Drittelung der Klasse. Wo mehrere Werkräume vorhanden, zwei oder mehr Werklehrer an derselben Schule tätig sind, werden in der Regel die Abteilungen einer Klasse gleichzeitig in verschiedenen Werkfächern unterrichtet.

Dem Werkunterricht liegt in allen Bezirken ein systematisch und methodisch aufgebauter Lehrplan zugrunde, der von den einzelnen Schülern durchgearbeitet werden muß. Die Technik wird an dem zu arbeitenden Gegenstand erlernt. Besonders schwierige Techniken werden an besonderen Übungsstücken zuvor geübt. Der Gegenstand kann in bezug auf Form und Farbe der Eigenart des Schülers entsprechend gearbeitet werden. Da der Werkunterricht sein eigenes Ziel und eigenen Lehrgang hat, ist er von den anderen Unterrichtsfächern zunächst unabhängig. Bedürfnisse von Schule und Haus bedingen die Stoffauswahl. Dabei lernt der Schüler vor allen Dingen, seinen täglichen Aufenthaltsraum mit guter Arbeit zu schmücken und die Gebrauchsgegenstände für den Haushalt und die Schularbeit in gediegener Weise herzurichten. Durch gleiche und ähnliche Arbeitsgebiete steht er andererseits auch in recht enger Beziehung zum Zeichen-, Raumlehre- und Naturkunde-Unterricht. Einzelne Schulen stellen den Werkunterricht sogar völlig in den Dienst dieser Fächer, während eine 3. Gruppe von Schulen beiden Richtungen gerecht wird.

Entsprechend der Einrichtung von Werkräumen wird in den Schulen etwa nach folgendem Plan Werkunterricht erteilt.

K n a b e n :

5. Schuljahr:

Papier- und Kartonarbeiten: z. B. Lesezeichen, Faltschachtel, Mappe, Kästchen, Christbaumschmuck.

Schmücken der Flächen durch Buntpapier. Anwendung der geometrischen Grundformen (Quadrat, Dreieck, Kreis, Sechs- und Achteck). Zentral- und Symmetrieschnitt.

Bastel- und leichte Holzarbeiten: Herstellung von Spielgerät, Spielzeug und kleinen Gebrauchsgegenständen mit Hilfe von

einfachstem Werkzeug. Als Material wird verwandt: Streichholzschachtel, Garnrolle, Paketknebel und ähnliches, ferner Dübelholz, Leisten und 4 mm starkes Holz.

6. Schuljahr:

Papparbeiten:

Schneiden, Beziehen, Rändeln einer Fläche, Grundformen, Quadrat, Rechteck, Kreis.

Zusammenfügen zweier Flächen durch Bänder.

Umgestaltung der Fläche zu einem körperlichen Gebilde durch Ritzen der Fläche.

Holzarbeiten:

Es werden Gegenstände in einfacher Form hergestellt. Verarbeitet wird behobelltes Holz von 6—12 mm Stärke. Die Verbindung erfolgt durch Nägel und Schrauben. Durch Wachsen, Beizen und Bemalen können die fertigen Gegenstände geschmückt werden.

7. Schuljahr:

Papparbeiten:

Verbindung zweier Flächen durch Rücken und Leimen: z. B. Mappe mit Tasche, Schreibunterlage.

Umgestaltung der Flächen zu grad- und schrägwandigen Körpern durch Ritzen der Pappe.

Herstellung rundwandiger Körper.

Herstellung von Schmuckpapieren.

Holzarbeiten:

Fortsetzung der leichten Holzarbeiten.

Metallarbeiten:

Ausführung einfacher Draht- und Blecharbeiten; angewandt wird das Schneiden, Biegen, Bördeln und Löten.

8. Schuljahr:

Papparbeiten:

Herstellung gradliniger und runder Körper durch Zerschneiden der Pappe und Zusammenleimen der Teile. (Kästen mit verschiedenartigem Verschuß.)

Für besonders befähigte Schüler: Der einfache Bucheinband (Brochure).

Aufziehen von Wanderkarten.

Holzarbeiten:

Gebrauchsgegenstände werden unter Anwendung einfacher Holzverbindungen hergestellt (z. B. Dübel, Einplatten, Überblatten, Schlitz und Zapfen, Zinken, Grat). Die Oberfläche der fertigen Arbeit kann anpoliert werden.

Metallarbeiten:

Bearbeitung von Metall in Bank- und Flachform, angewandt wird das Nieten. Einfache Schmiedearbeiten. (Kleiner Werkzeugbau.)

Kleine Treibarbeiten in Messing und Kupfer.

Die Oberfläche kann gebeizt und abgebrannt werden.

Mädchen:

Werkunterricht in Mädchenschulen:

Entsprechend dem Bedürfnis der einzelnen Schule beziehungsweise des einzelnen Kursus werden folgende Aufgabengebiete durchgearbeitet.

1. Bastelarbeiten.

a) Anfertigung von Spielzeug mit Hilfe von einfachstem Werkzeug. Als Material werden Abfälle aus der Nähstube, Papier, Karton und 4 mm starkes Holz verwandt.

b) Herstellen von Fensterbildern und Laternen (siehe auch Werkunterricht für Knaben 5. Schuljahr).

2. Einfache Papparbeiten

(siehe Werkunterricht für Knaben 6. und 7. Schuljahr).

3. Bast- und Rohrflechtarbeiten.

4. Einfache Handweberei.

Material: Wolle und Bast.

Im Etatsjahre 1927 wurden für jede Klasse 30 RM. zur Beschaffung von Materialien ausgesetzt und 20 RM. für die Werkstatt zur Instandsetzung und Neubeschaffung von Werkzeugen. Jahr um Jahr werden beträchtliche Mittel zur Einrichtung neuer Werkstätten zur Verfügung gestellt.

B. Höhere Schulen.

Im Lehrplan der höheren Schulen ist Werkunterricht nicht vorgesehen. Ein Teil der Anstalten haben behelfsmäßig Werkstätten eingerichtet, in denen Schüler bzw. Schülerinnen außerhalb der Pflichtstunden vorwiegend in Papparbeit und Buchbinden unterwiesen werden. Die Teilnahme ist freiwillig. Die Schüler mehrerer Jahrgänge werden zu Kursen zusammengefaßt. Es beteiligen sich überwiegend die Jahrgänge der mittleren Klassen am Unterricht. Der Werkunterricht wird zum Teil vom Zeichenlehrer der eigenen Anstalt oder von einem Werklehrer erteilt, der nicht dem Kollegium angehört.

Im letzten Fall wird der Lehrer nach den geltenden Sätzen für Nebenunterricht entschädigt. Die von der Stadt geleistete finanzielle Unterstützung für Werkzeug und Material entspricht den Sätzen der Volksschule.

C. Mittelschulen.

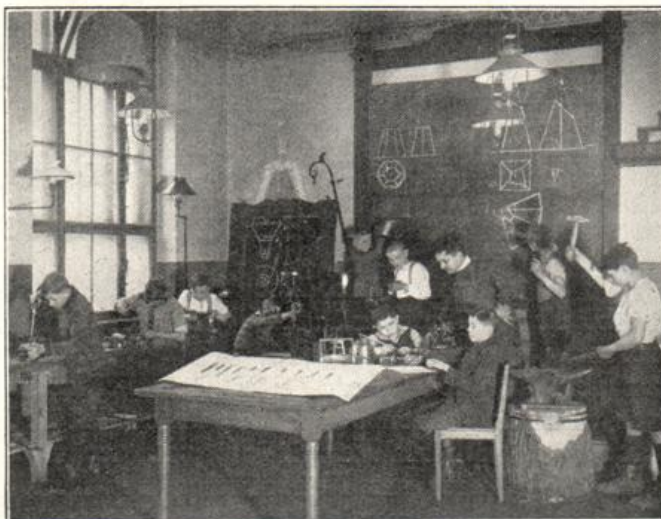
Durch Bestimmungen über die Mittelschulen in Preußen vom 1. Juni 1925 ist Werkunterricht für die einzelne Schule unverbindliches Lehrfach. Bei dem Mangel an ordnungsmäßig eingerichteten Werkstätten ist bisher Werkunterricht nur an wenigen Mittelschulen eingeführt worden. Wo er erteilt wird, ist er für Schüler und Schülerinnen der betreffenden Schule bzw. Klasse verbindlich. Auch hier beschränkt sich der Unterricht im wesentlichen auf Papp- und leichte Holzarbeit. Näheres siehe in der Tabelle für den Abschnitt „Mittelschule“.

Sonderschulen.

In allen Sonderschulen, mit Ausnahme der Freiluftschule für Tuberkulose, ist Werkunterricht seit dem Bestehen der einzelnen Schularten ordentliches Lehrfach und verbindlich für alle Knaben der Schulen.

Im Kindergarten werden die üblichen Fröbelarbeiten getrieben: Malen, Ausschneiden, Reißen, Modellieren, Bauen, Falten, Legen, Flechten treten in den Dienst der überlegten Betätigung und fördern zugleich die Handgeschicklichkeit, die Beobachtungsgabe, die Phantasie und befriedigen den Tätigkeitsdrang. Mit dieser planmäßigen Beschäftigung verbinden sich Farb-, Zahl-, Form- auffassungs- und Sinnesübungen.

Nach dem gleichen Lehrplan und mit derselben Stundenzahl wie in der Normalschule, wird in der Sprachheilschule Werkunterricht getrieben.



Metallararbeit im Werkunterricht.

Besonderes Gewicht wird auf die Ausübung der Handgeschicklichkeit in der Schule für Sehschwache gelegt.

Im Werkunterricht wird zur Unterstützung und zum Ersatz für das geschwächte Sehvermögen die Entwicklung und Ausbildung des Tastsinnes besonders gepflegt. Knaben und Mädchen werden im zweiten Schuljahr in wöchentlich vier, im dritten Schuljahr in zwei Stunden in den Fröbelarbeiten unterwiesen. Bereits im dritten Schuljahr setzt für Knaben der Werkunterricht ein, und zwar in diesem Jahre mit zwei, im vierten Schuljahr mit drei Wochenstunden. Vom fünften Schuljahr ab werden wöchentlich vier Stunden erteilt.

Der Lehrplan gleicht sich ebenfalls dem der Normalschule an. Ausgenommen sind vom Unterricht die Metallarbeiten.

In den Schwerhörigenschulen dient Werkunterricht „auch der Übung des Gleichgewichtssinnes und den Bewegungsregulierungen“. Er wird in den oberen Jahrgängen in wöchentlich zwei Stunden erteilt und beschränkt sich auf leichte Bastel-, Papp- und Holzarbeiten, im günstigen Fall werden auch einfache Hobelbankarbeiten ausgeführt.

Größeren Umfang nimmt der Werkunterricht in der Hilfschule ein; in allen sechs Klassen sind wöchentlich vier Werkstunden angesetzt. Der Eigenart des Kindes entsprechend werden in den beiden untersten Klassen Fröbelarbeiten, Bastwickeln und Rohr-

flechten gelehrt. Kartonarbeit, Leisten- und Bretterarbeiten sind den beiden mittleren Klassen zugewiesen. Die beiden Klassen der Oberstufe betätigen sich in Papp- und Hobelbankarbeit.

Da in den Sonderschulen gemischte Klassen sind, erhalten in der gleichen Zeit, da für Knaben Werkunterricht angesetzt ist, die Mädchen Unterricht in den weiblichen Handarbeiten: (Knopf-, Henkel- und Bandannähen), desgleichen werden die Mädchen mit den einfachsten und wichtigsten Werkzeugen vertraut gemacht, die in jedem Haushalt erforderlich sind.

Hauswirtschafts-, Nadelarbeits- und Säuglingspflege-Unterricht.

A. In den Bezirken 1 bis 6.

Sucht man rückblickend sich die Entwicklung der sogenannten weiblichen Fächer in der Volksschule zu vergegenwärtigen, so fällt sofort die starke Wandlung auf, die diese Fächer in ihrer Stellung zu den Aufgaben und Zielen der Volksschule erfahren haben. Noch vor wenigen Jahren wurde der Unterricht in Hauswirtschaft und Nadelarbeit lediglich als Vermittlung rein technischer Fertigkeiten betrachtet und die Fächer als Nebenfächer bewertet, die aus wirtschaftlichen Gründen erteilt werden mußten. Wenn für diese Einschätzung auch mancherlei Gründe sich anführen ließen, so ist doch nicht zu verkennen, daß den entscheidendsten Einfluß auf die Verflachung des Unterrichts zum Nurtechnischen die Jahre der Geldentwertung gehabt haben.

Die Kriegs- und Inflationszeit mit ihrer Warenknappheit erschwerte den Nadelarbeits- und Hauswirtschaftsunterricht so stark, daß ein völliges Eingehen notwendig zu werden schien. Nur unter schwersten Opfern und Mühen gelang es, das Notwendigste für die Weiterführung des Unterrichts heranzuschaffen. Daß die Unterweisung der Mädchen in diesem Fache überhaupt möglich war, ist neben der Treue und Hingebung der Lehrerinnen, der Beharrlichkeit der damaligen, September 1923 verstorbenen Inspizientin, Fräulein Brenske, zu verdanken. Ihr gelang es dann auch wirklich, wenn auch mit mancherlei Einschränkungen, den Unterricht aufrecht zu erhalten. Im Nadelarbeitsunterricht wurde versucht, aus alten Stoffen und Resten noch etwas Brauchbares herzustellen. Das Ausbessern trat in den Mittelpunkt des Unterrichtes, waren doch neue Stoffe und Garne unerschwinglich. Ganz besonders schwer war die Krise für den Hauswirtschaftsunterricht, der als wahlfreies Fach am ehesten der Gefahr der Einstellung unterlag. Die Zahl der Kurse, die 1914/15 175 betrug, war 1922/23 trotz aller Gegenbemühungen auf 146 gesunken. Im Winter 1923 war es nur möglich, den hauswirtschaftlichen Unterricht durch Übernahme von Notstandsspeisungen weiterzuführen. Frühstücks- und Mittagsmahlzeiten wurden von den Schülerinnen hergestellt und gelangten an bedürftige und unterernährte Kinder zur Verteilung.

Durch alle diese, durch die wirtschaftliche Not bedingten Maßnahmen wurde notwendigerweise der Unterricht in beiden Fächern

mehr und mehr mechanisiert. Die Mittel wurden zum Zweck. Es kam jetzt nur noch darauf an, das Mittagsmahl rechtzeitig herzustellen oder aber die von der Mutter mitgegebenen Strümpfe möglichst rasch auszubessern. Der unterrichtliche Gewinn trat weit zurück, Vermittlung der Technik wurde Sinn der Unterweisung. Die Entwicklung war in ein kritisches Stadium gelangt und drängte mit dem Eintreten geordneter wirtschaftlicher Verhältnisse zu einer Entscheidung. Entweder war zuzugeben, daß der Unterricht in den weiblichen Fächern lediglich technische Fertigkeiten lehrte, dann konnte er in der allgemein bildenden Schule keinen Platz beanspruchen. Gelang es aber, nachzuweisen, daß der Unterricht auch andere Aufgaben erfüllen könnte, dann galt es, ihn in den Dienst der Volksschularbeit zu stellen. Der Streit entbrannte zunächst um den fakultativen Hauswirtschaftsunterricht, der die besten Angriffsmöglichkeiten bot. Vor allem wurde darauf hingewiesen, daß auch in den Berufsschulen „Kochen“ gelehrt, und daß in dem doppelten Auftreten des hauswirtschaftlichen Unterrichts eine nicht zu rechtfertigende finanzielle Belastung entstehen würde. Die Forderung wurde gestellt, die vorhandenen Schulküchen der Berufsschulverwaltung zu übergeben und den Hauswirtschaftsunterricht an Volksschulen ganz eingehen zu lassen. Mit zwei Schulküchen wurde der Anfang gemacht. Die 4. Schulküche in der 24. Gemeindeschule und die 18. Küche in der 139. Schule wurden geschlossen und für Berufsschulzwecke umgebaut. Das Bestreben ging dahin, zu Ostern 1924 sämtliche Schulküchen zu schließen und den Hauswirtschaftsunterricht aus der Volksschule zu entfernen. Gegen diese Bestrebungen machte sich aber eine starke Gegnerschaft geltend, die sich auf die Forderung neuzeitlicher Pädagogik stützte und nachwies, daß der Hauswirtschaftsunterricht in der Volksschule wesentlich andere Aufgaben zu erfüllen hätte, als in der Berufsschule, und daß das hauswirtschaftliche Arbeitsgebiet, mit seinen, dem Leben der Mädchen so nahen Stoffen, für die Volksschule unentbehrlich sei. Es wurde dargelegt, wodurch die Arbeit der Berufsschule von der der Volksschule wohl zu unterscheiden sei. In der Volksschule erhalten Hauswirtschaftsunterricht 13—14jährige Mädchen, deren Leben sich im wesentlichen zwischen Schule und Haus abspielt. In dieser Schulgattung ist der hauswirtschaftliche Unterricht hervorragend geeignet, in den allgemeinbildenden Unterricht, vor allem in den naturwissenschaftlichen, eingebaut zu werden. Die Schülerinnen bringen für den Unterricht Freude an häuslicher Betätigung und allerlei selbstgemachte Erfahrung mit. Davon ausgehend, ist es leicht möglich, Verständnis für den Wert sinnvoller Hausfrauenarbeit anzubahnen. Unter Bezugnahme auf verwandte Unterrichtsfächer werden Nahrungsmittellehre und Materialkunde in der Schulküche verarbeitet und praktisch beim Kochen und in der Hausarbeit angewendet. Dabei wird der größte Wert auf Schulung der Urteilsfähigkeit und Erziehung zur Selbständigkeit gelegt.

Die Schulverwaltung erkannte diese Gründe an und ließ den Hauswirtschaftsunterricht an den Volksschulen zunächst weiter als wahlfreies Fach zu. Die Entwicklung schritt nun schnell

Einführung des Kochunterrichts an der Volksschule



Hauswirtschaftsunterricht an einer Volksschule.

weiter. Schon am 22. Januar 1925 beschloß die Schuldeputation, den Hauswirtschaftsunterricht für die Schülerinnen der ersten Volksschulklasse verbindlich zu machen. Damit war ein entscheidender Schritt vorwärts getan. Wenn es auch noch nicht möglich war, den

Beschluß gleich in vollem Umfange durchzuführen, so war doch das Ziel gesteckt. Den Weg zu ihm zu suchen, war die Aufgabe der nächsten Jahre. Zunächst galt es, weitere Schulküchen einzurichten, da die vorhandenen 33 Küchen bei weitem nicht ausreichen. Schon Ostern 1925 konnte eine Küche neu in Betrieb genommen werden,



Nebenraum einer Volksschulküche.

weitere dann Januar 1926, Oktober 1926 und Ostern 1927. Zur Zeit — Herbst 1928 — sind noch drei Schulküchen im Bau. Hand in Hand mit der Errichtung neuer Küchen ging die Instandsetzung der bestehenden. Da in den Kriegsjahren und ersten Nachkriegsjahren



Hauswirtschaftsunterricht an einer Hilfsschule.

keinerlei Anschaffungen gemacht werden konnten und die Inanspruchnahme der Küchen durch Notstandsspeisungen eine besonders starke Abnutzung mit sich gebracht hatte, waren recht umfangreiche Inventarergänzungen vorzunehmen, um einen geregelten Unterrichtsbetrieb zu ermöglichen.

Um den Lehrerinnen Gelegenheit zu geben, neue Unterrichtsformen zu erproben, erhielten einige Schulküchen versuchsweise Geräte für Schülerversuche. Der Nachweis der Nährstoffe wurde in einfachster Weise gruppenweise von den Schülerinnen selbst vorgenommen. Diese Methode hat sich so gut bewährt, daß sie nach



Nadelarbeit an einer Volksschule

und nach auf andere Küchen ausgedehnt werden konnte. Seit Oktober 1927 besitzen sämtliche Schulküchen in den Bezirken 1—6 die Geräte zum Nährstoffnachweis für vier Schülergruppen.

Im Sommerhalbjahr 1925 wurde der Versuch gemacht, auch Sonderschülerinnen Hauswirtschaftsunterricht zu erteilen. Es wurden 20 Kurse eingerichtet und zumeist in den Küchen der Volksschulen untergebracht. Vereinzelt haben Mädchen aus Sprachheil- und Schwerhörigenschulen gemeinsam mit Normalschülerinnen Unterricht erhalten. Der Unterricht umfaßte drei Wochenstunden und war verbindlich für die im letzten Schuljahr stehenden Mädchen. Die Schülerinnenzahl bewegte sich zwischen 8 und 15. Die Lehrkräfte, welche sich bereit erklärt hatten, die Stunden zu geben, waren teils Hauswirtschaftslehrerinnen ohne heilpädagogische Vorbildung, teils Hilfsschullehrerinnen ohne hauswirtschaftliche Vorbildung und eine Hilfsschullehrerin mit hauswirtschaftlicher Vorbildung.

Ein fester Lehrplan bestand nicht. Der Unterricht wurde erteilt unter Benutzung des Planes für den Hauswirtschaftsunterricht an Volksschulen und in Anlehnung an die im Lehrplan für die Hilfsschulen Groß-Berlins enthaltenen Richtlinien.

Der Versuch, die Schülerinnen der Sonderschulen mit hauswirtschaftlichen Arbeiten vertraut zu machen, glückte so gut, daß der Unterricht ab Oktober 1925 auch für diese Schülerinnen verbindlich erklärt wurde. Sämtliche Mädchen, die im letzten Schuljahr stehen, nehmen daran teil. Es wird angestrebt, die Sonderschulen mit eigenen kleinen Küchen auszustatten. Zur Zeit haben sechs Sonderschulen eigene Räume für den hauswirtschaftlichen Unterricht.

Um ein Bild von der Entwicklung des hauswirtschaftlichen Unterrichts zu geben, seien die Zahlen von 1923/24, dem Jahr, in dem die wirtschaftlichen Verhältnisse sich wieder zu ordnen begannen, denen von 1927/28 gegenübergestellt.

1923/24 erhielten in 35 Schulküchen 145 Hauswirtschaftsabteilungen Unterricht, insgesamt etwa 2900 Schülerinnen.

1927/28 erhalten in 50 Schulküchen 380 Hauswirtschaftsabteilungen Unterricht, insgesamt etwa 6400 Schülerinnen.

Aber nicht nur für den Hauswirtschaftsunterricht sind in den letzten Jahren Neuerungen durchgeführt worden, auch der Nadelarbeitsunterricht wurde stark gefördert. So erhielten die meisten Schulen Nähmaschinen. Stets wurden gleich vier Maschinen geliefert, um ein klassenweises Arbeiten zu ermöglichen. Bis jetzt haben rund 140 Schulen Nähmaschinen im Gebrauch. Als sehr wichtig ergab sich die Herrichtung eines besonderen Raumes für den Nadelarbeitsunterricht. Leider schritt die Einrichtung von Nähzimmern aus Mangel an Mitteln nur sehr langsam vorwärts. Es haben erst 24 Schulen die für den neuzeitlichen Nadelarbeitsunterricht erforderliche Raumausstattung, breite, gerade Tische, Stühle und Schränke, erhalten können.

Sehr wertvoll für die Entwicklung des Nadelarbeitsunterrichts war die Durchführung der Klassenteilung bei mehr als 30 Schülerinnen und die Bereitstellung ausreichender Mittel für die Beschaffung von Handarbeitsmaterial für bedürftige Kinder. Es konnte nun damit begonnen werden, den Nadelarbeitsunterricht nach neueren pädagogischen und methodischen Gesichtspunkten umzugestalten. Wenn die Entwicklung auch nur langsam vorwärtsschreitet, so ist doch kein Zweifel mehr, daß es überhaupt vorangeht. Die Erkenntnis bricht sich Bahn, daß der Nadelarbeitsunterricht nicht nur Strick- und Nähfertigkeit lehrt, daß vielmehr auch im Nadelarbeitsunterricht die Technik nicht Selbstzweck, sondern ein Mittel geistiger Schulung ist.

Kann man zusammenfassend feststellen, daß in den letzten Jahren erfolgreich begonnen wurde, die Fächer Nadelarbeit und Hauswirtschaft fest einzugliedern in die Volksschule, so läßt sich das von dem dritten der sogenannten weiblichen Fächer, dem Säuglingspflegeunterricht, noch nicht behaupten. Der Unterricht in der Säuglingspflege, der nach den ministeriellen Richtlinien seit 1924 dem naturkundlichen Unterricht einzufügen ist, beginnt erst ganz allmählich in den Berliner Schulen Raum zu gewinnen. Zum größten Teil liegt das daran, daß es an ausreichend vorgebildeten Lehrerinnen fehlt. Es darf aber nicht übersehen werden, daß sich in der Lehrerschaft gewisse Widerstände gegen diesen Unterricht geltend machen. Man glaubt, daß die Mädchen in der Volksschule zu jung seien, um dem Unterrichtsstoff das richtige Verständnis entgegenzubringen. Ein endgültiges Urteil darüber wird sich erst abgeben lassen, wenn längere und umfassendere Erfahrungen gemacht worden sind. Da wo der Unterricht jetzt schon erteilt wird, zeigt sich fast immer ein lebhaftes Interesse bei den Mädchen. Durch die Eigenart des Unterrichts entsteht schnell ein Vertrauensverhältnis zwischen Lehrerin und Schülerinnen, das der Lehrerin in sehr hohem Maße die Möglichkeit bietet, die Mädchen erzieherisch zu beeinflussen und sie gegen sittliche Gefahren zu festigen. Die für den Unterricht erforderlichen Lehrmittel sind den Schulen, die den Unterricht einzuführen wünschten, zur Verfügung gestellt bzw. von dem Schulleiter aus dem Lehrmittelfonds beschafft worden. Es ist damit zu rechnen, daß der Unterricht sich allmählich weiter ausdehnen und in Verbindung mit Hauswirtschaft und Nadelarbeit dazu beitragen wird, in unseren Mädchen die hausmütterlichen Anlagen zu pflegen und Kräfte fraulichen Schaffens in ihnen zu wecken und zu bilden.

B. In den Außenbezirken.

Diese Schilderung des Hauswirtschafts-, Nadelarbeits- und Säuglingspflegeunterrichts in den Bezirken 1—6 entspricht im großen und ganzen auch den Zuständen in den Außenbezirken.

In Lichtenberg bestanden — um nur einige Zahlen anzugeben — am 30. September 1927 sechs Schulküchen mit 44 Kursen und 954 Schülerinnen.

Neukölln hat seit Oktober 1920 in drei Volksschulen Haushaltsküchen, in denen im Jahre 1927 34 Kurse erteilt wurden, die sich auf 19 Schulen verteilten.

Wilmerdorf ist in der glücklichen Lage, an allen Mädchenschulen Haushaltskurse für die Schülerinnen der ersten Klassen und für solche aus anderen Klassen, die sich im letzten Schuljahre befinden, aber die erste Klasse nicht erreicht haben, einrichten zu können.

Steglitz hält an acht Schulen für die vor der Schulentlassung stehenden Mädchen Haushaltsunterricht ab. Im Jahre 1927 bestanden hier 19 Kurse mit je durchschnittlich 20 Schülerinnen. Die gleichen Schülerinnen erhielten auch theoretischen Unterricht in der Säuglingspflege.

Diesen Unterricht läßt auch Lichtenberg 4—6 Wochen lehrplanmäßig an allen Mädchenschulen erteilen, an denen eine in der Säuglingspflege ausgebildete Lehrkraft vorhanden ist, und trägt Sorge, diese wichtigen Unterweisungen möglichst auch allen Mädchen vor der Schulentlassung zuteil werden zu lassen.

Der Unterricht im Verkehrswesen.

Das Anschwellen des Verkehrs der Riesenstadt bringt es mit sich, daß gegenwärtig Verkehrsfragen vielfach im Vordergrund öffentlicher Erörterungen stehen. Die besten Fahrer, die besten Verkehrsfahrzeuge, -wege, -bestimmungen, -beamten und -einrichtungen können die Verkehrsgefahren nicht erheblich vermindern, wenn nicht die breite Masse der Fußgänger zur Verkehrsdisziplin erzogen wird.

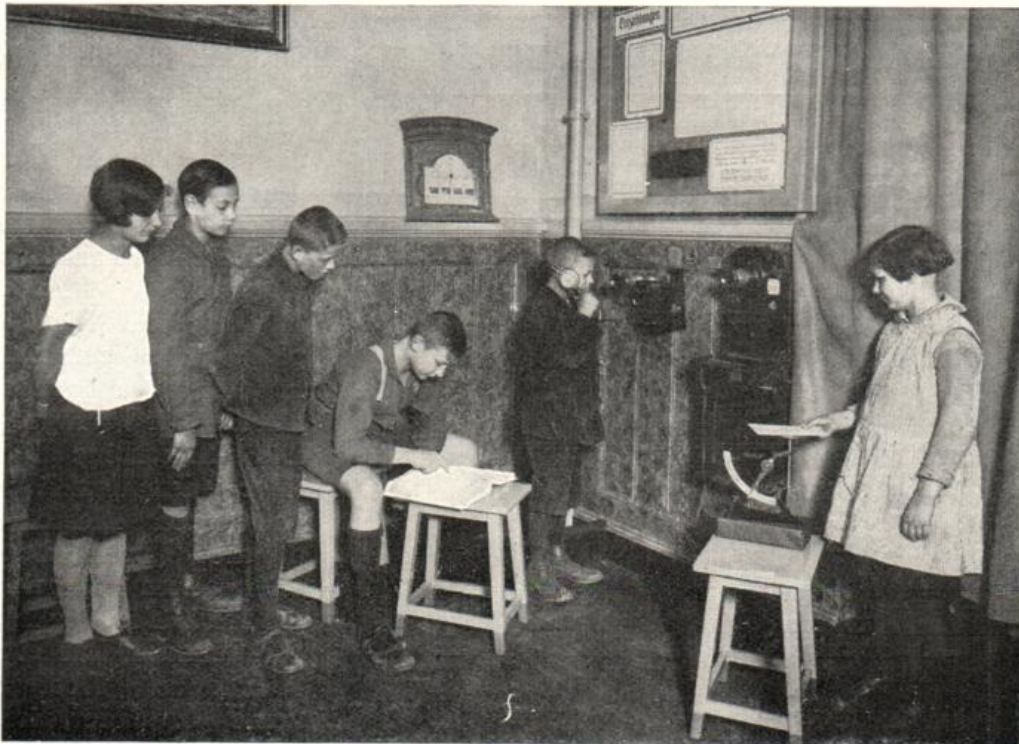
Die Lösung der gesamten Verkehrsfragen ist ohne Einschluß des Erziehungsproblems nicht möglich! Die breite Masse aller Straßenbenutzer bildet zur Zeit den wichtigsten Faktor innerhalb der Verkehrsfragen. Ihn in den Rahmen des Verkehrslebens so einzufügen, daß das Verkehrsleben unter gleichzeitiger Verringerung seiner Gefahren eine Förderung erfährt, die im Interesse aller Kreise liegt, muß die Hauptaufgabe der Verkehrserziehung bilden.

Die Schulen belehrten die Kinder gelegentlich der Ausflüge und Wanderungen über das richtige Verhalten im Strome des Verkehrs usw. Daß das alles noch nicht genügt, beweisen die Unfallzahlen aus dem Verkehrsleben. Entfallen doch von den tödlichen Unfällen rund 40 % auf Kinder, von denen insgesamt jährlich eine Zahl verunglückt, die 160 Schulklassen oder 8 große Schulhäuser füllen würden. Gelegentliche Hinweise genügen eben nicht, um die tieferliegenden Keimzellen, die so häufig zu Verkehrsunfällen führen, wirksam zu vernichten, z. B. die Rücksichtslosigkeit, Unsauberkeit und vor allem die Schwerfälligkeit. Hier kann nur planmäßige Arbeit Wandel zum Guten schaffen.

Aus dieser Erkenntnis heraus begann Rektor Hauer im Mai 1925 an seiner Schule mit einem regelmäßigen, freiwilligen Verkehrs-

unterricht. Dieser fand bei den Eltern solchen Anklang, daß sie baten, auch andere Kinder, die nicht die 18. Volksschule besuchten, schicken zu dürfen. Die „Deutsche Verkehrswacht e. V.“ (1. Vorsitzender Herr Generaldirektor Kaufmann — Aboag — Berlin), eine Vereinigung aller am Verkehr unmittelbar interessierten Fahrerverbände, förderten den Verkehrsunterricht stark. Die Behörden, die Öffentlichkeit und die Lehrerkreise interessierten sich in steigendem Maße ebenfalls für diesen neuen Zweig praktischer Schularbeit.

Im März 1926 kam unter Hauers Leitung der Zusammenschluß von Lehrkräften zu einer Arbeitsgemeinschaft, der „Berliner



„Der Postverkehr“.

Schulverkehrswacht“, zustande. Die Mitglieder versuchen, teils in freiwilligen Sonderstunden, teils in Anlehnung an die anderen Unterrichtsfächer, die Jugend verkehrserzieherisch zu beeinflussen.

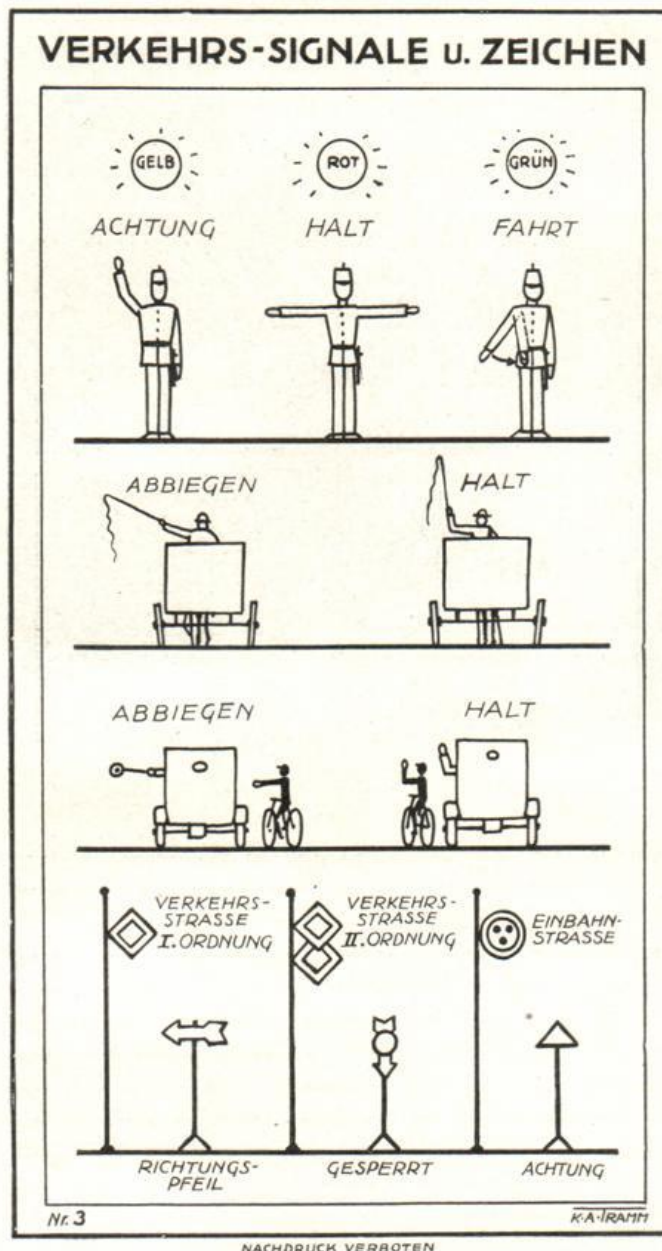
Am 5. Oktober 1927 wurde das erste Musterzimmer für Verkehrsunterricht in der 18. Volksschule eröffnet. Es soll allen Schulen des Bezirks Friedrichshain zugute kommen. Lehrkräfte und Schüler des Bezirks, die ein Interesse für die Verkehrsbelehrungen bekunden, können es nach Belieben benutzen. Abends öffnet es seine Pforte der schulentlassenen Jugend, und es ist eine Freude, wie dieser neue Zweig einer wirklich praktischen Jugendpflege immer größere Anziehungskraft ausübt. Endlich sollen hier die Eltern der einzelnen Schulklassen mit dem Gedanken der Verkehrserziehung vertraut gemacht werden. Das Band zwischen Elternhaus und Schule wird

hier auf einem Gebiete praktischer Lebensauswirkungen enger geknüpft zum Segen für die gesamte Schularbeit und nicht zuletzt für die Jugend.

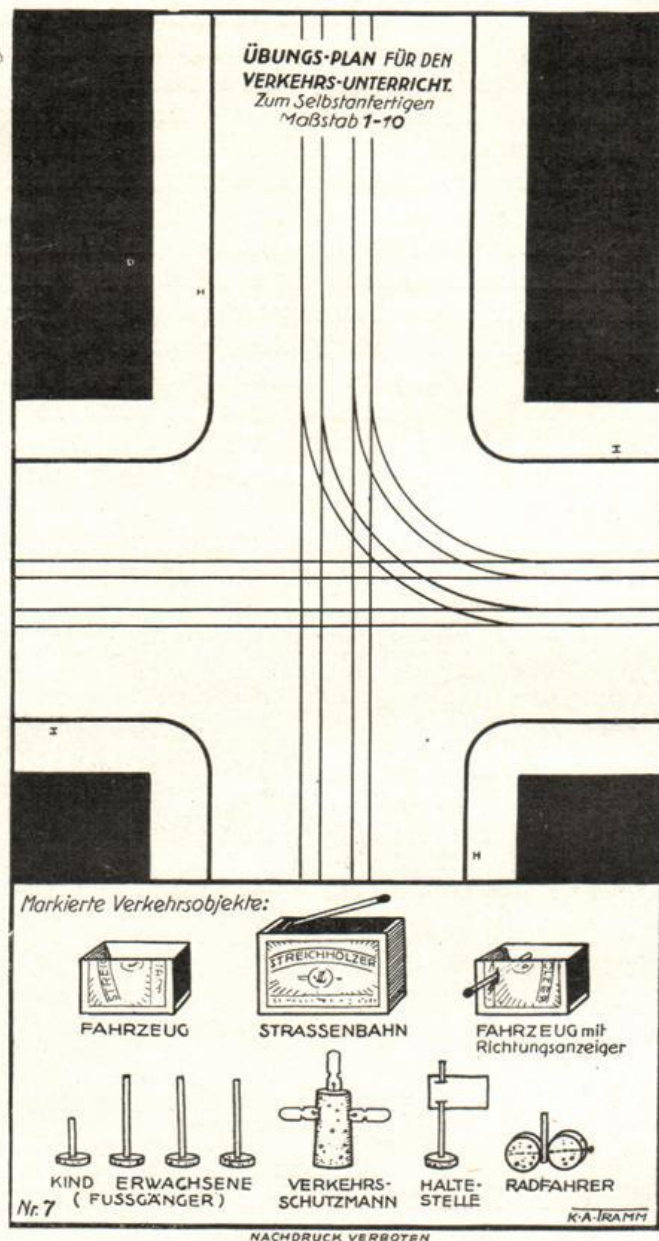
Die Einrichtung des Musterzimmers für Verkehrsunterricht.

21 neue Tische mit je zwei Hockern sind für die Lernenden vorhanden. So kann jede Wand des Zimmers für den Unterricht ausgenutzt werden. Die Tische ermöglichen ein vorzügliches Ausbreiten

der Verkehrskarten und -pläne. Eine Bücherei für die Hand der Schüler und eine für die Hand der Lehrer sind in dem Musterzimmer untergebracht. Die allgemeinen Verkehrswegweiser, Adreßbücher und Pharuspläne stehen den Lernenden in genügender Anzahl zur Verfügung. Die Allgemeine Berliner Omnibus-A.-G. hat einen Lichtbildapparat (Epidiaskop) mit allem Zubehör gestiftet. Die Berliner Straßenbahn hat eine leuchtende Absteckkarte gespendet, die in verschiedenen bunten Lämpchen die Verbindung des heimischen Wohnbezirkes mit den Verkehrszentren der näheren Umgebung, nach den einzelnen Verkehrsmitteln geordnet, deutlich veranschaulicht. Die Reichspost hat eine Telephonanlage eingebaut, damit das praktische Telephonieren geübt werden kann. Auch ein Apparat aus einer öffentlichen



Fernsprechzelle ist zu finden, desgleichen ein Selbstanschlußapparat, der in Verbindung mit dem Telegraphenschulamt steht, so daß also die Kinder Gelegenheit haben, wirklich die Anschlußnummern sich selbst zu suchen und zum andern von den Beamten auf die Fehler in der Aussprache und dergleichen aufmerksam gemacht werden können. Überhaupt ist alles aus der Umgebung der Schule sorgfältig zusammengetragen, was der Jugend Aufschluß gibt über die Verkehrswegweiser der einzelnen Verkehrszweige, worunter alles verstanden wird, was über die Verkehrswege, -zeiten und -preise unterrichtet. Aus der Fülle des Vorhandenen seien erwähnt: Die Fahrpläne der Eisenbahnen, der Straßen- und Hochbahnen und der Omnibusse, die Ausschnitte aus den Hastragsäulen der Umgebung der Schule, ein richtiger Briefkastenkopf, die Ausgänge in und an den Wagen, die durch das Schulgebiet führen usw. Telephonadreibücher, Kursbücher der Eisenbahn, Schifflinien und der Luftansa, Karten, Pläne und Plakate der Verkehrsunternehmungen dienen der Erziehung zur Verkehrssicherheit und -gewandtheit. Auf 28 Sperrholztäfelchen ist zweiseitig das gesamte Unterrichtsmaterial an Karten, Bildern, Plänen und dergleichen befestigt. Flugzeugmodelle lassen die Jugend, besonders an dem neuesten Verkehrszweig, dem Flugzeugverkehr, einen äußerst regen Anteil nehmen. Schriften über die Geschichte der einzelnen Verkehrsanstalten liegen zahlreich aus. Sie werden der Heimatgeschichte wichtige



Dienste leisten. Photos und Diapositive geben der Jugend einen Einblick in das Entstehen und Werden so mancher Verkehrseinrichtung.

Für den Straßenverkehr sind die Bilder der Deutschen Verkehrswacht und der „Deutschen Jugendverkehrswacht“, einer kleinen Zeitschrift, die für die Verkehrsbelebung der Jugend von der Deutschen Verkehrswacht herausgegeben wird, vorhanden; im Vordergrund des Ganzen steht die Unfallverhütung. Deshalb sind alle diesbezüglichen Bilder, Plakate und Schriften an Ort und Stelle, so z. B. die Bilder der Reichsbahn, der Reichsarbeitsverwaltung, der Straßenbahn, Omnibusse usw. Die Bilder und Schriften der Reichszentrale für deutsche Verkehrswerbung offenbaren die Schönheiten der deutschen Verkehrsziele und werden die Heimatkunde und -geschichte wesentlich beleben helfen. Wohlgeordnet sind dann die für das Publikum bestimmten Hinweise der einzelnen Verkehrseinrichtungen anzutreffen. (Straßen-, Hoch- und Untergrund- und Eisenbahn, Omnibus, Post, Lufthansa, Norddeutscher Lloyd und Hamburg-Amerika-Linie usw.) Verkehrszeichen für den Straßenverkehr stehen als Modelle auf den Tischen, und Schülerzeichnungen legen Zeugnis davon ab, wie die Kinder zum rechten Beobachten draußen im Verkehrstrubel erzogen werden. Der Unterricht findet jeden Donnerstag nachmittag um 4 Uhr statt, und es ist jedem Interessierten möglich, sich hier ein Bild zu verschaffen von der Arbeit, die geleistet wird.

Der Verkehrsunterricht an der 18. Volksschule ist heute keineswegs der einzige an Berliner Schulen, es gibt vielmehr eine ganze Anzahl Anstalten, die die Wichtigkeit der hier angeschnittenen Frage nicht nur anerkennt, sondern sich auch bemüht, sie praktisch an die Kinder heranzubringen.

Das geschieht einmal in der oben geschilderten Weise, also neben dem eigentlichen Unterricht, zum andern wird an einigen



Verkehrsunterricht an der 149. Volksschule.

Schulen versucht, eine Berücksichtigung des Verkehrs und der Verkehrsgefahren in allen Unterrichtsfächern zu erreichen. Diese Bestrebungen haben ihren Ausdruck in einem kleinen Büchlein von Rektor Grapentin (149. Volksschule): „Verkehrserziehung in der Schule“ gefunden, das von der Berliner Straßenbahn-Betriebs-Gesellschaft den Berliner Schulen

zur Verfügung gestellt wurde und dem wir 2 Abbildungen entnommen haben (s. Seite 78 und 79).

Die Verkehrsentwicklung ist nicht abgeschlossen, sie geht vielmehr in schnellstem Tempo weiter. Damit ist auch leider eine Steigerung der Verkehrsunfälle verbunden. Sie nach Möglichkeit zu verhindern, muß eine brennende Aufgabe der Schule bleiben. Die geschilderten Wege hierzu sind zweifellos erst Anfänge, die des Ausbaus harren. Wie der zu gestalten ist, ist eine zweite Frage. Man hat in Berlin versucht, nach amerikanischem Muster einen wöchentlichen Sicherheitstag einzuführen, an dem die Kinder gemeinsam irgendeine praktische Verkehrsregel eingeprägt bekommen, die sie dann auf dem Nachhausewege beobachten sollen. Gleichviel, ob sich eine derartige Maßnahme bewährt, oder durch eine bessere zu ersetzen ist, ob wir vom Auslande lernen oder aus eigenen Verhältnissen heraus eine Methode finden, — die Großstadtschule kann und wird nicht mehr an der Forderung des Verkehrsunterrichtes vorbeigehen, sie hat damit nicht nur eine erziehliche Pflicht zu erfüllen, sondern sie hat an ihrem Teil dazu beizutragen, den Verlust an Menschenleben durch die Gefahren des Verkehrs, soweit es irgend geht, zu vermeiden.

Die Mittelschule.

Die Eigenart der Mittelschule kommt besonders klar in der Denkschrift zum Ausdruck, die der Berliner Stadtschulrat Dr. Hofmann im Jahre 1869 dem Magistrat vorlegte, und die dann Ausgang und Grundlage einer Konferenz wurde, in der unter dem Vorsitz des Kultusministers Dr. Falk im Jahre 1872 die Mittelschule geschaffen wurde. Hier heißt es: Wir brauchen eine Schulart, die in ihren Lehrzielen über die Volksschule hinausgeht und die rechte Mitte zwischen ihr und der höheren Schule hält. Wir brauchen diese Schulart, um den gesteigerten Anforderungen des praktischen Lebens in „politischer, geistiger, wirtschaftlicher und sozialer Beziehung“ gerecht zu werden. Nicht nur in den Allgemeinen Bestimmungen vom 15. Oktober 1872, sondern auch in den Bestimmungen über die Neuordnung des Mittelschulwesens vom 3. Februar 1910 und 1. Juni 1925 sind es diese beiden Gedanken, die für die Notwendigkeit der Errichtung von Mittelschulen klar und scharf herausgearbeitet werden.

Bis auf 2 Mittelschulen, der Elisabethschule in Charlottenburg aus dem Jahre 1827 und der Mädchen-Mittelschule in Spandau mit dem Gründungsjahr 1862, sind alle 31 Berliner Mittelschulen neueren Datums, wie die nachstehende Übersicht, nach den Zeiten ihrer Errichtung gerechnet, zeigt. Älteren Datums sind noch die beiden jüdischen Mittelschulen, die aber Privatanstalten der Synagoge sind und der städtischen Verwaltung nicht unterstehen. Die jüdische Knaben-Mittelschule wurde 1826, die Mädchen-Mittelschule 1835 gegründet.

Verzeichnis der Mittelschulen

Lfd. Nr.	Knaben (K) oder Mädch. (M)	N a m e der Schule	Ver- waltungs- bezirk	Lage der Schule	Aus welcher Schule entstanden?	Grün- dungs- jahr	Bemer- kungen
1	M	Elisabeth- schule	Charlotten- burg	Scharren- straße 23	Städt. Bürger- Töchterschule	1. 4. 1827	
2	M	8. Mittelschule	Prenzlauer Berg	Schwedter Straße 266	Priv. Höhere Mädchensch.	1854/1. 4. 1924	
3	M	Mädchen- Mittelschule	Spandau	Moritzstr. 17	—	1.10.1862	
4	K u. M	Mittelschule	Schöneberg	Raetherstr. 2	—	1. 4. 1880	
5	M	Karoline von Humboldt- Schule	Tiergarten	Winterfeldt- straße 16	—	1903/1920	
6	K	Knaben- Mittelschule	Lichtenberg	Markt- str. 10/11	—	1. 4. 1905	
7	K u. M	Wilh. Conrad- Schule	Zehlendorf	Wannsee, Schulstr. 4	—	1. 4. 1907	
8	M	1. Mädchen- Mittelschule	Neukölln	Donau- straße 120	—	1.10.1907	
9	M	2. Mittelschule	Wilmersdorf	Uhland- str. 91/93	Uebgs.-Schule der Viktoria- Luise-Schule	1.4.1911/1. 4. 1912	
10	K	Knaben- Mittelschule	Neukölln	Donau- straße 120	—	1. 4. 1912	
11	M	2. Mädchen- Mittelschule	Neukölln	Richard- straße 47	—	1. 4. 1913	
12	K u. M	Mittelschule	Pankow	Neue Schönholzer Straße 10	Knab.- Mittel- schule, Uebg.- schule des Oberlyzeums	1. 4. 1913	
13	K u. M	Mittelschule	Weißensee	Parkstr. 15	Mädch. aus d. Uebg.-Schule des Oberlyz.	1913 (1918)	
14	K	Knaben- Mittelschule	Spandau	Joachims- platz 5	—	1. 4. 1914	
15	K u. M	1. Mittelschule	Steglitz	Sachsen- waldstr. 20	—	1. 4. 1914	
16	K u. M	2. Mittelschule	Steglitz	Lankwitz, Seydlitz- str. 30/4 u. Dillge- str. 30/34	—	1. 4. 1914	
17	M	Mädchen- Mittelschule	Lichtenberg	Prinz-Al- brechtstr. 44	—	15.4.1914	
18	M	Luise Otto Peters-Schule	Friedrichs- hain	Gubener Straße 53	Eupelsche Privatschule	1.10.1916	
19	M	Mittelschule	Tempelhof	Mariendorf, Kurfürsten- straße 53/54	Uebg.-Schule des Ober- lyzeums	1917/1924	
20	M	Helene Lange-Schule	Mitte	Neue Königstr. 35	Knauersches Privatlyzeum	1. 4. 1918	
21	M	Auguste Schmidt-Sch.	Wedding	Grünthaler Straße 21	—	1. 4. 1919	

Verzeichnis der Mittelschulen

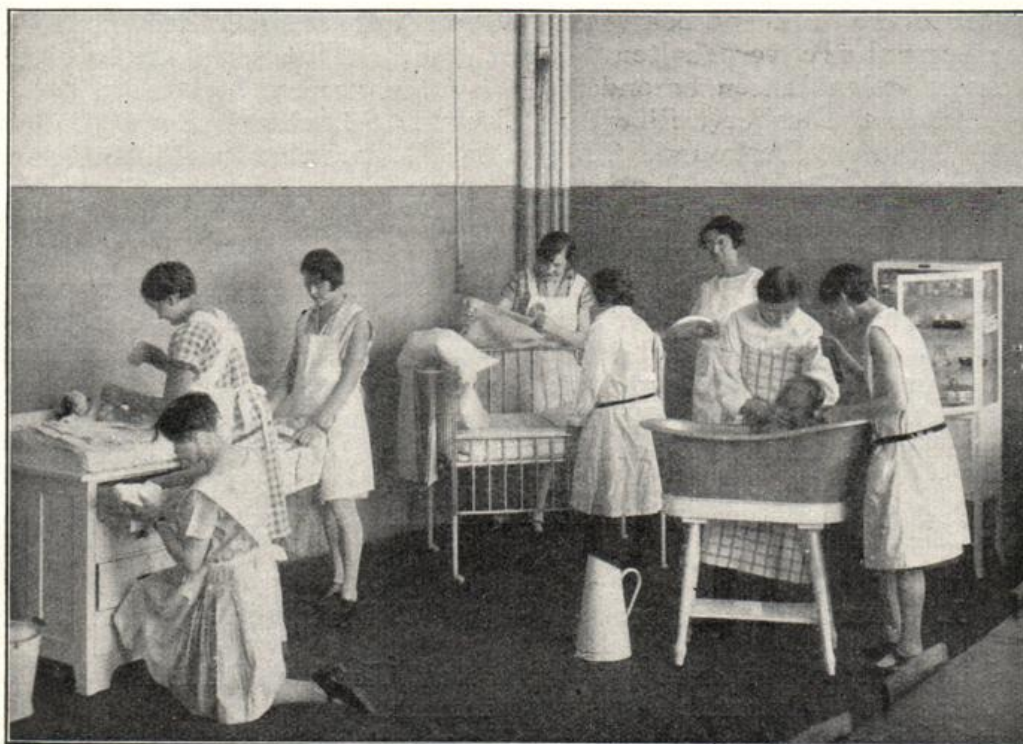
Lfd. Nr.	Knaben (K) oder Mädch. (M)	Name der Schule	Verwaltungsbezirk	Lage der Schule	Aus welcher Schule entstanden?	Gründungsjahr	Bemerkungen
22	K u. M	Mittelschule	Reinickendorf	Wittenau, Conradstr.	—	1. 4. 1919	
23	M	Hedwig Dohm-Schule	Tiergarten	Bremer-Str. 38 40	—	1919	
24	M	Henriette Schrader-Schule	Kreuzberg	Tempelhofer Ufer 2	Abzweigung des Luther-Lyzeums	1. 4. 1920	
25	M	Minna-Cauer-Schule	Kreuzberg	Ritterstr. 4/5	Vogelersche Höhere Mädchen-Schule	1. 4. 1920	
26	K u. M	Mittelschule	Köpenick	Grünau, Köpenicker Str. 112/113	Priv. Höhere Knaben- und Mädchensch.	1. 4. 1920	im Ab-bau
27	K u. M	3. Mittelschule	Wilmerdorf	Halensee, Joachim-Friedrichstr. 35/36	—	1. 4. 1922	
28	K u. M	1. Mittelschule	Wilmerdorf	Gieseler Straße 1/7	—	1. 4. 1922	
29	M	9. Mittelschule	Wedding	Müller-str. 158, 159	Sauerhering-sche Höhere Mädchensch.	12.8.1924	im Ab-bau
30	M	3. Mittelschule	Steglitz	Lichterfelde, Berliner Straße 166	Uebg.-Schule des Goethe-lyzeums	1. 4. 1925	
31	M	3. Mädchen-Mittelschule	Neukölln	Britz, Kirchstr. 7	—		

Die amtlichen Bestimmungen über die Neuordnung des Mittelschulwesens in Preußen vom 3. Februar 1910 zeigen eine große Beweglichkeit in den zur Erreichung der Lehrziele getroffenen Einrichtungen. Es sind allein fünf verschiedene Stundenpläne vorgesehen, 1—3 für selbständige Mittelschulen und 4 und 5 für solche, die auf höhere Schulen vorbereiten. Betreffs der Stundenpläne 4 und 5 ordnet ein Ministerial-Erlaß vom 25. November 1912 — U. III. D. 3096 — unter Nr. 3 an: „Diese Pläne können aber nur in Gebrauch treten, wenn der Ort die höheren Schulen, für die die Mittelschule vorbereiten will, nicht selbst besitzt.“ Da Berlin alle Arten von höheren Schulen aufweist, gibt es in Alt-Berlin wie auch in den Außenbezirken fast nur selbständige Mittelschulen. Nur zwei Mittelschulen, die eine in Wannsee, die andere in Grünau unterrichten nach Plan 5. Die Grünauer Mittelschule, die aus einer höheren Privatschule entstanden ist, wird abgebaut und hat seit dem 1. April 1926 keine Aufnahme-klasse mehr. Neben dem allgemeinen Unterrichtsplan war außerdem ein Sonderplan in den Bestimmungen enthalten, nach dem sich die Oberstufe in zwei Zweige gabelte. Nach den vorhandenen örtlichen Bedürfnissen konnten die Kinder für Handel und Verkehr oder für das Gewerbe vorbereitet werden. Dieser Plan betonte die mathe-

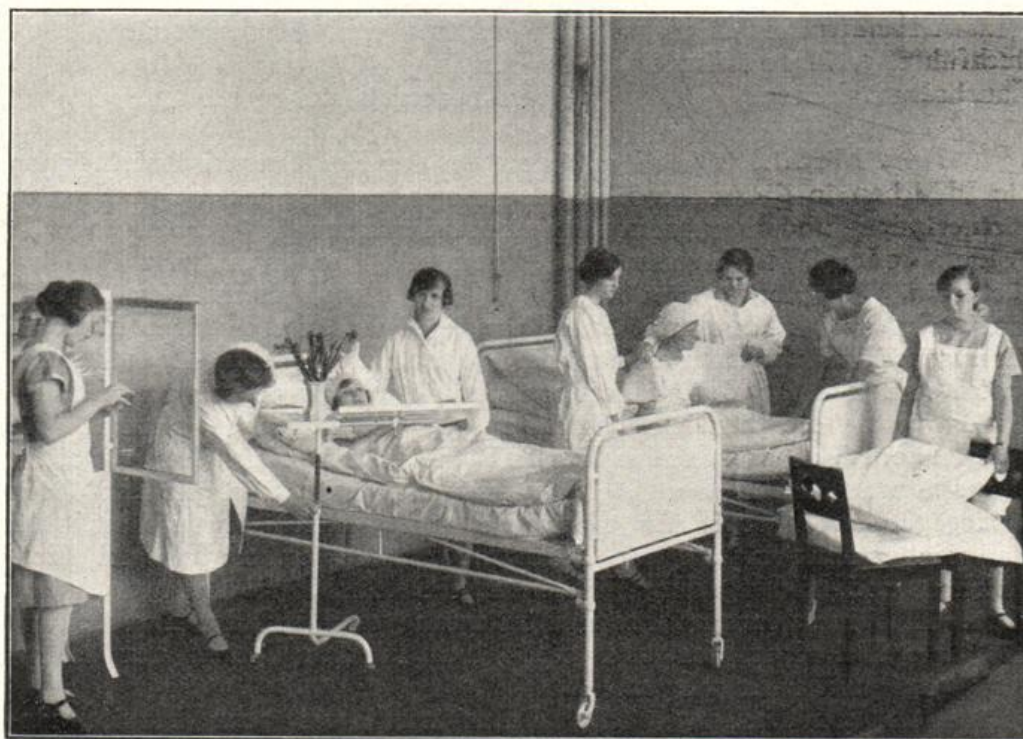
mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer und das Zeichnen stärker, jener die fremdsprachlichen. Durch Festsetzung einer Mindest- und Höchststundenzahl in einer ganzen Reihe von Unterrichtsfächern konnte auch den besonderen örtlichen Verhältnissen und Bedürfnissen Rechnung getragen werden. Dazu kam der äußere Umstand, daß sich durch die Erhebung von Schulgeld die Errichtung einer Mittelschule erheblich billiger stellte als die einer höheren Schule, ja bei größerer Schülerzahl sogar wohlfeiler war als die einer Volksschule. Es war darum zu verstehen, daß bald nach dem Erlaß dieser Bestimmungen eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Mittelschulen in Berlin und seinen damaligen Vororten neu gegründet wurden, was aus der vorstehenden Aufstellung zu ersehen ist.

Bei aller Anerkennung des Fortschrittes, den die Februarbestimmungen den Mittelschulen brachten, stellten sich doch im Laufe des nächsten Jahrzehntes gewisse Lücken heraus, besonders auf dem Gebiete des Mädchen-Mittelschulwesens. Viele Mädchen traten in die Mittelschule ein, um später im Kaufmannsberuf, in Geschäftszimmern und Schreibstuben aller Art Anstellung zu finden. Dafür mußten sie alle Nachteile einer sitzenden Lebensweise in den Kauf nehmen. Das war für den weiblichen Körper in vielen Fällen recht ungesund, und manche spätere Blutarmut, Verkrümmung und Verkümmern des Körpers dieser Mädchen dürfte auf diese Art ihrer Beschäftigung zurückzuführen sein. Aber auch in geistiger Beziehung zeigten die Februarbestimmungen mit ihrer überwiegend intellektualistischen Einstellung für die Ausbildung der Mädchen gewisse Mängel. Die Mädchen, die für soziale, hauswirtschaftliche und andere speziell weibliche Berufe hervorragend befähigt waren, konnten eine ihrer Sonderbegabung entsprechende Ausbildung nicht in genügendem Maße erhalten. Dieser Mangel wurde bei der Neuordnung des Mittelschulwesens am 1. Juni 1925 durch die Einrichtung einer hausmütterlichen Klasse an Mittelschulen behoben. Auf Kosten des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts, der Fremdsprachen und der Erdkunde werden die Mädchen in dieser Klasse mit den Grundlehren der Hauswirtschaft, der Gesundheitslehre, Säuglingspflege und Kinderpflege und im Werkunterricht mit der Anfertigung von Kinderspielzeug bekannt und vertraut gemacht. An der Freude und Hingebung, mit der die Mädchen in diesen Unterrichtsfächern arbeiten, läßt sich ermessen, wie sehr ein solcher Unterricht der seelischen Einstellung der Mädchen entspricht, ganz abgesehen davon, wie gut sie die hier erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten in ihrem späteren Leben als Hausfrau und Mutter gebrauchen können. Am 1. April 1926 richtete Berlin an der 1. Mittelschule im Bezirk Steglitz eine solche hausmütterliche Klasse ein, Ostern 1927 folgte eine zweite im Bezirk Friedrichshain (Luise-Otto-Peters-Schule).

Nun ist die Mittelschule aber eine allgemein bildende Lehranstalt wie die Volks- und höhere Schule und darf bei aller schätzenswerten Vielgestaltigkeit diesen Charakter unter keinen Umständen verlieren. Darum können die oben angegebenen Unterrichtsgegenstände nur in ihren grundsätzlichen Richtlinien betrieben werden. Die



Säuglingspflegeunterricht in der Hausfrauenschule Berlin-Steglitz, Sachsenwaldstr. 20.



Unterricht in der Krankenpflege, in der Hausfrauenschule Berlin-Steglitz, Sachsenwaldstr. 20.

eingehendere Frauenarbeit muß einer Aufbauklasse der Hausfrauenschule vorbehalten bleiben. Solche Hausfrauenschulen, wie sie seit vielen Jahren besonders im Westen unseres Staates, z. B. in Saarbrücken, Duisburg, Elberfeld, Crefeld, Düsseldorf, Essen, Bielefeld, Münster, Dortmund, Celle u. a. O. bestehen, entfalten eine segensreiche Tätigkeit. Trotz ihrer spezielleren Einstellung auf die weibliche Eigenart sind sie nicht als Berufs- oder Fachschulen anzusprechen, sondern dienen allgemein weiblichen Belangen, bereiten aber die Berufswahl für viele Mädchen in bestimmter Richtung vor. Nach dem Durchlaufen der Hausfrauenschule entscheiden sie sich, welchem ausgesprochen weiblichen Lebensberufe sie sich widmen wollen.

Am 1. April 1927 errichtete der Magistrat Berlin an den beiden Mittelschulen, die hausmütterliche Klassen hatten, vorbehaltlich der generellen ministeriellen Genehmigung, solche Hausfrauenschulen. Die Ausbildung dauert ein Jahr. Das Schulgeld beträgt wie an der Mittelschule monatlich 5 RM. Die Schülerinnen werden in folgenden Fächern unterrichtet:

A. Theoretische Fächer:

Religion mit Lebenskunde
Deutsch mit Volkskunde
Erziehungs- und Kindergartenlehre
Bürgerkunde und Volkswirtschaftslehre
Gesundheitslehre
Hauswirtschaftliches Rechnen mit
Buchführung, Materialkunde,
Haushaltungskunde

B. Praktische Fächer:

Kochen, Waschen, Plätten
Hausarbeit
Gartenbau
Nadelarbeit
Säuglingspflege und Kindergartenarbeit
Zeichnen und Werkunterricht
Musik
Körpererziehung

Nach Abschluß ihrer Ausbildung in der Hausfrauenschule können die Mädchen in die weiterführenden Anstalten übertreten: in Kindergärtnerinnen- und Hortnerinnenseminare, Krankenpflegeschulen, soziale Frauen- oder Wohlfahrtsschulen, technische Seminare, um Kindergärtnerin, Hortnerin, Säuglingsschwester, Krankenschwester, Wohlfahrtspflegerin, -fürsorgerin, Sozialfürsorgerin oder technische Lehrerin für Hauswirtschaft, Handarbeit und Turnen zu werden. Alle Bildungsanstalten für diese Berufe fordern, daß die aufzunehmenden Schülerinnen zuvor ein hauswirtschaftliches Jahr durchlaufen haben. Die Hausfrauenschule schafft also für ihre Schülerinnen die Grundlage für den späteren Erwerbsberuf. Außerdem werden sie in ihr für ihren naturgegebenen Beruf der Hausfrau und Mutter vorbereitet. Ihr Hauptaugenmerk richtet die Hausfrauenschule dabei auf die Entwicklung und Bildung der Willens- und Gefühlskräfte der werdenden Frau. In ihrer ganzen inneren Einrichtung und äußeren Ausstattung trägt sie Heimcharakter und stellt sich in den Dienst der Heimgestaltung und Heimpflege.

Von den Berliner Mittelschulen wird, wie oben bereits ausgeführt, nur in zweien nach Plan 5 unterrichtet, nach den allgemeinen

Plänen Nr. 1 für Knaben in neun Lehrgängen und Nr. 3 für Mädchen in 21, nach den Plänen mit besonderer Berücksichtigung des späteren Berufs, Nr. 2 für Knaben in 3 und Nr. 4 für Mädchen ebenfalls in 3 Lehrgängen. Diese arbeiten fast alle nach dem Sonderlehrplan für Handel und Verkehr. Nur an der Schöneberger Mittelschule wird ein Lehrgang nach dem Plan für Gewerbe unterrichtet. Nach den Bestimmungen vom 1. Juni 1925 „ist die Stundenzahl einschließlich des unverbindlichen Unterrichts — für Schüler und Schülerinnen der zu bemessen. Die ungeteilte Unterrichtszeit bildet die Regel. Um jede Ueberlastung der Schüler und Schülerinnen zu vermeiden, wird die Höchstzahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden — einschließlich des unverbindlichen Unterrichts auf höchstens 6 Kurzstunden täglich Klassen VI und V auf 32, der Klassen IV und III auf 34, der Klassen II und I auf 36 Stunden festgesetzt.

Von dem Recht der Einführung einer unverbindlichen zweiten Fremdsprache für Schüler und Schülerinnen, deren Gesamtverhalten und Leistungen die Gewähr glatten



Kochunterricht an einer Mittelschule.

Fortschreitens bieten, haben alle Berliner Mittelschulen Gebrauch gemacht. Schon die Bestimmungen vom 3. Februar 1910 forderten für die Mittelschulen Englisch als verbindliche erste Fremdsprache, und so wird an mehr als zwei Dritteln aller Berliner Mittelschulen Englisch als verbindliche erste Fremdsprache betrieben und nur an weniger als einem Drittel Französisch. Nebenkurse in Latein haben nur die Wilhelm-Conrad-Mittelschule in Wannsee und die Knaben-Mittelschule in Neukölln. Nach den Bestimmungen vom 3. Februar 1910 sollte die unterste Klasse der Mittelstufe, also Klasse VI, dazu dienen, Verschiedenheiten in der Vorbereitung der Kinder auszugleichen. Erst in der V. Klasse sollte mit dem fremdsprachlichen Unterricht begonnen werden. Von dieser Vorschrift wurde auch in Berliner Mittelschulen mit Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde vielfach abgewichen und bereits in der VI. Klasse mit dem fremdsprachlichen Unterricht angefangen gemäß der auch durch neuere Forschungen bestätigten Ansicht, daß für die Erlernung der lebenden Sprachen das frühe Jugendalter die

Lehrpläne der Mittelschulen

Lfd. Nr. der Schule (vergleiche vorige Uebersicht)	Nach welchem Plan	(Wenn Plan II oder IV): Oberstufe f. Handel und Verkehr od. f. Gewerbe?	Ist haus- mütter- liche Klasse vorhand.?	Besondere		Erste Fremdsprache
				Ist Hausfrauenschule vor- handen?	be- antragt?	
1	IV	—	ja	ja	—	Englisch
2	III	—	nein	nein	—	„
3	III	—	nein	nein	—	„
4	III	—	nein	—	für 1929	„
5	III	—	nein	nein	—	„
6	III	—	nein	nein	soll be- antragt werden	„
7	III	—	nein	nein	—	„
8	III	—	nein	nein	—	„
9	III	—	nein	nein	—	Französisch
10	III, ab 1928 IV	Handel und Verkehr	ab 1930	nein	—	2 Züge: Franzö- sisch 2 Züge: Englisch
11	I	—	—	—	—	Englisch
12	III	—	ja	nein	ja	„
13	Klassen- zug A: I Klassen- zug B: II	Handel und Verkehr	—	—	—	A. Französisch B. Englisch
14	III	—	nein	nein	ja	A. Französisch * B. Englisch
15	I u. III	—	nein	nein	—	Französisch
16	V	—	nein	nein	—	„
17	Kn: II M: III	Handel und Gewerbe	nein	nein	—	Englisch
18	II u. IV	Handel und Gewerbe	ja	ja	—	Kn: Französisch M: 1 Zug: Englisch 1 Zug: Französisch
19	Kn: I M: III	—	nein	nein	—	1 Zug Kn u. M: Fran- zösisch, 1 Zug Kn u. M: Englisch
20	III	—	nein	nein	—	Französisch
21	III	—	nein	nein	—	Englisch
22	I	—	—	—	—	„
23	III	—	nein	nein	—	„
24	III	—	nein	nein	—	„
25	III	—	nein	—	—	„
26	V	—	nein	nein	—	„
27	I	—	—	—	—	„
28	III	—	nein	nein	—	„
29	Kn: I M: III	—	nein	nein	—	Kn: Französisch M: Englisch
30	I u. III	—	nein	nein	—	Englisch
31	I u. III	—	nein	nein	—	„

Lehrpläne der Mittelschulen

Unterrichtsfächer

Zweite Fremdsprache	Andere Fremdsprachen	Wird Buch- führung gelehrt?	Wieviel Kurse in									Schwim- men	Rudern
			Haus- wirtschaft	Holzarbeit	Papparbeit	Metall- arbeit	Kurz- schrift	Maschine- schreiben	Gartenbau				
Französisch	—	—	7	—	7	—	2	—	3	1	—		
„	—	—	—	1	1	—	3	—	—	—	—		
„	—	ja	—	—	—	—	2	—	—	2	—		
„	—	ja	3	—	1	—	2	—	3	—	—		
„	—	ja	—	—	1	—	2	—	—	1	—		
„	—	ja	1	—	—	—	1	—	—	2	—		
„	—	ja	3	—	—	—	1	—	—	—	—		
„	—	nein	—	—	—	—	4	—	1	2	—		
Englisch	—	nein	1	—	—	—	—	—	—	1	—		
2 Züge: Englisch	—	ja	3	5	—	—	3	—	5	1	—		
2 Züge: Franzö- sisch	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Französisch	—	—	—	4	—	—	2	—	—	1	—		
„	—	ja	—	—	3	—	3	—	ab 1928 1	1	—		
A. Englisch	—	ja	—	20	—	—	4	2	—	1	—		
B. Französisch	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
A. Englisch	—	ja	6	—	—	—	2	—	—	—	—		
B. Französisch	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Englisch	—	ja	1	5	—	—	1	—	—	1	—		
„	Latein	—	—	—	—	—	1	—	—	2	—		
Französisch	—	ja	2	2	2	—	2	—	2	—	—		
Kn: Englisch	—	ja	6	4	2	—	0	5	4	8	—		
M: 1 Zug Französ., 1 Zug Englisch	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
1 Zug Kn u. M: Eng- lisch, 1 Zug Kn u. M: Französisch	—	ja	—	1	—	—	2	2	—	—	—		
Englisch	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—		
Französisch	—	ja	—	—	4	—	4	—	—	2	—		
„	Latein	—	—	—	9	—	3	—	2	4	—		
„	—	ja	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
„	—	ja	4	—	7	—	5	—	3	2	—		
„	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
„	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1	—		
„	früh. Esperanto	—	—	—	—	—	2	—	—	4	—		
„	—	ja	—	—	1	—	6	—	—	11	—		
Englisch	—	ja	—	3	3	—	4	—	—	4	—		
Französisch	—	—	4	5	5	—	4	—	—	—	—		
Französisch	—	ja	1	2	5	1	4	—	—	2	—		

geeignetste Zeit sei. Durch Ministerial-Erlaß vom 8. März 1924 — U. III. D. 733. U. III. A. I. — Centralblatt 1924 Seite 88/89 wurde die Aufnahme des fremdsprachlichen Unterrichts in der VI. Klasse angeordnet, was dann in die Bestimmungen vom 1. Juni 1925 übernommen wurde.

Die nach Plan 2 und 4 unterrichtenden Mittelschulen sind gehalten, für die Buchführung besondere Stunden anzusetzen, wenn sie für Handel und Verkehr vorbereiten. Wie die vorstehende Uebersicht zeigt, haben auch die meisten nach Plan 1 und 3 unterrichtenden die Buchführung in ihren Unterrichtsbetrieb im Rechnen aufgenommen. „Um ihre Schüler und Schülerinnen für das praktische Leben vorzubereiten, ist weiter in allen Mittelschulen hauswirtschaftlicher Unterricht für Mädchen und Werkunterricht sowie möglichst auch Unterricht in Gartenbau für Knaben und Mädchen einzurichten.“



Schreibmaschinenklasse einer Knabenmittelschule.

Eine nicht unbeträchtliche Anzahl der Berliner Mittelschulen betreibt den Werkunterricht in leichter Holzarbeit und Papparbeit; viele unterrichten die Kinder auch im Gartenbau. „Unverbindlich ist die Teilnahme am Unterricht in der Kurzschrift, für die in den Stunden-

plänen aller Mittelschulen Raum zu geben ist. Unterricht im Maschinenschreiben ist unverbindlich für die Abschlußklassen der Schulen zugelassen, die nach Plan 2 oder 4 arbeiten.“ (Bestimmungen vom 1. Juni 1925.) Der Kurzschriftunterricht ist in allen Berliner Mittelschulen eingeführt. Wo Unterricht im Schreibmaschinenschreiben betrieben wird, erfreut er sich großer Beliebtheit. Nur in äußerst seltenen Ausnahmefällen nimmt ein Knabe oder Mädchen an diesem Unterricht nicht teil. Für alle Schüler und Schülerinnen, die ihren Lebensunterhalt in kaufmännischen Bureaus erwerben wollen, ist er unerläßlich. Wie die einzelnen Mittelschulen bestrebt sind, ihren Aufgaben dem praktischen Leben gegenüber gerecht zu werden, geht aus der Zusammenstellung S. 88 und 89 hervor.

Gemäß dem Artikel 146, 1 der Reichsverfassung und dem daraus hervorgegangenen Grundschulgesetz vom 28. April 1920 nebst Ministerial-Erlaß vom 15. November 1920 — U. II. W. 2133 — wurde die Unterstufe der Mittelschulen bis zum 1. April 1924 abgebaut. Diese war dreijährig gewesen, die Grundschule umfaßt die ersten vier Schuljahre. Die Kinder treten jetzt also erst nach vier Jahren in die VI. Klasse der Mittelschulen ein. Dadurch entstand ein Leerjahr,

das durch entsprechende Erlasse und Bestimmungen wohl überbrückt, aber nicht beseitigt wurde. Erwägt man ferner, daß die Mittelschulen gerade die besuchtesten drei untersten Klassen verloren, also mehr als ein Drittel ihres Bestandes, und zieht man den allgemeinen Geburtenrückgang infolge des Krieges, der sich unmittelbar darauf für die Klassen VI—I bemerkbar machte, in Betracht, so war in den Klassen- und Schulbesuchszahlen ein Rückgang von 50 % und mehr zu erwarten, der erfreulicherweise in diesem Umfange nicht eingetreten ist.

Wenn es auch die Aufgabe der Mittelschule ist, ihre Schüler und Schülerinnen für gehobene Stellungen im praktischen Leben, und nicht für Gelehrtenberufe vorzubereiten, so ist damit doch nicht gänzlich ausgeschlossen, daß von ihr aus auch Schüler und Schülerinnen zur höheren Schule übergehen können, sei es auf Antrag der Eltern, sei es aus Gründen besonderer Begabung. Finden sich Schüler und Schülerinnen, die hervorragend theoretisch begabt sind, so ist es Pflicht der Klassen- und Schulleiter, diese nach höheren Schulen überzuführen. Doch sollte hierbei ein möglichst strenger Maßstab angelegt werden. Von den meisten Mittelschulen sind statistische Aufnahmen nach dieser Richtung nicht oder nur in unvollkommener Weise gemacht worden. Wo sie aber vorhanden sind, zeigen sie, daß der Übergang nach höheren Schulen ein viel zu starker ist. Es darf wohl angenommen werden, daß alle während der Schulzeit eingetretenen Übergänge von der Mittelschule zur höheren Schule von den Eltern der Schüler beantragt wurden, daß hingegen die nach dem erfolgreichen, abschließenden Besuch der Mittelschule erfolgten Übergänge überwiegend auf Empfehlung des Lehrerkollegiums hin erfolgten. Die Gründe für den Übergang sind mannigfacher Art und nicht zuletzt darin zu suchen, daß die Berechtigungen, die das Schlußzeugnis der Mittelschule gewährt, von vielen Kreisen nicht als ausreichend betrachtet werden. Das veranlaßt auch viele befähigte Knaben, die nicht die Absicht haben, in eine höhere Schule überzugehen, sich der Reifeprüfung für O II einer Oberrealschule zu unterziehen, wenn sie das Schlußzeugnis der Mittelschule erworben haben. Sie hoffen, sich dadurch das Fortkommen im Leben zu erleichtern. Das Bestehen der Prüfung für O II einer höheren Lehranstalt und der Eintritt in diese Klasse ohne Zeitverlust legen aber auch beredtes Zeugnis von dem Ernst der Arbeit ab, die in den Mittelschulen geleistet wird; denn diese Prüfungen und Übergänge nach O II erfolgen unmittelbar im Anschluß an die Erlangung des Schlußzeugnisses der Mittelschule ohne Sondervorbereitung durch etwa dafür an den Mittelschulen selbst eingerichtete Lehrgänge. Die an einzelnen Mittelschulen verhältnismäßig hohe Zahl von solchen Schülern und Schülerinnen, die vor Erlangung des Schlußzeugnisses die Schule verlassen, erklärt sich nicht nur aus der mangelnden Begabung der betreffenden Kinder, sondern in viel höherem Maße aus der wirtschaftlichen Not, in der sich namentlich die minder bemittelten Bevölkerungsschichten infolge des verlorenen Krieges befinden. Nach vollendeter achtjähriger Schulpflicht melden die Eltern häufig ihre Kinder gegen den ein-

dringlichen Rat der Lehrenden nur aus dem Grunde aus der Mittelschule ab, daß sie möglichst bald durch Gelderwerb zum Lebensunterhalt der Familie beitragen. Die folgende, wenn auch unzulängliche Übersicht vermag immerhin ein Bild des vorstehend Ausgeführten zu geben.

Jahr (Stichtag 1. Mai)	a	b	c	d	e	f	Bemerkungen
	Besuchsziffer	Abgang mit Schlußzeugnis	Abgang ohne Schlußzeugnis	Übergang nach O II	Übergang nach anderen Klassen höh. Lehranstalten	Prüfung für O II bestanden (einschl. der nach O II Übergegangenen)	
1. Luise-Otto-Peters-Schule (Friedrichshain)							
1920	605	25	—	—	—	—	
1921	706	34	2	2	1	—	
1922	683	33	—	—	—	—	
1923	690	35	—	—	—	—	
1924	677	38	—	—	—	—	
1925	652	43	4	—	2	—	
1926	540	45	2	—	2	—	
1927	501	38	—	—	—	—	

2. Helene-Lange-Schule (Mitte)							
1920	410	26	7	5	13	1	
1921	436	68	23	6	11	2	
1922	475	128	49	9	4	—	
1923	476	114	38	—	15	—	
1924	533	139	35	1	11	—	
1925	485	115	19	2	15	1	
1926	466	124	18	2	18	3	
1927	407	126	9	1	18	4	

3. Auguste-Schmidt-Schule (Wedding)							
1920	497	—	—	—	—	—	
1921	564	—	etwa 50	Schüler	—	—	
1922	586	59	—	—	—	—	
1923	582	75	—	—	—	—	
1924	593	111	1	—	—	—	
1925	561	109	5	—	—	—	
1926	546	105	1	—	—	—	
1927	473	100	—	—	—	—	

4. Hedwig-Dohm-Schule (Tiergarten)							
1920	542	12	2	—	2	—	
1921	575	12	—	—	4	—	
1922	580	35	3	—	—	—	
1923	570	51	2	—	5	—	
1924	549	57	—	—	5	—	
1925	480	73	3	—	2	—	
1926	416	50	—	—	4	—	
1927	332	71	—	—	1*	—	

Jahr (Stichtag 1. Mai)	a	b	c	d	e	f	Bemerkungen
	Besuchsziffer	Abgang mit Schlußzeugnis	Abgang ohne Schlußzeugnis	Übergang nach O II	Übergang nach anderen Klassen höh. Lehranstalten	Prüfung für O II bestanden (einschl. der nach O II Übergegangenen)	
5. Karl-v.-Humboldt-Schule (Tiergarten)							
1920	—	—	—	—	—	—	
1921	—	—	—	—	—	—	
1922	—	—	—	—	1	—	
1923	279	34	29	—	2	—	
1924	296	27	26	—	7	—	
1925	301	13	15	—	4	—	
1926	337	42	22	1	6	1	
1927	311	41	22	—	1	—	

6. Henriette-Schrader-Schule (Kreuzberg)							
1920	94	—	—	—	—	—	
1921	200	—	—	—	—	—	
1922	329	—	—	—	—	—	
1923	399	25	—	—	5	—	
1924	407	26	4	—	1	—	
1925	380	44	4	—	5	—	
1926	339	55	6	—	7	—	
1927	334	40	1	—	3	—	

7. Minna-Cauer-Schule (Kreuzberg)							
1920	—	—	—	—	—	—	
1921	—	10	—	—	—	—	
1922	—	24	—	—	—	—	
1923	—	39	—	—	—	—	
1924	—	32	—	—	—	—	
1925	382	60	—	—	—	—	
1926	402	40	2	—	2	—	
1927	382	57	—	—	—	—	

8. Mittelschule (Prenzlauer Berg)							
1920	1018	26	3	1	—	—	
1921	1042	42	2	—	—	—	
1922	920	34	4	1	—	—	
1923	840	21	2	—	—	—	
1924	782	21	3	2	—	—	
1925	762	20	—	1	—	—	
1926	660	12	—	—	—	—	
1927	599	15	1	—	—	—	

Vom 1. 4. 24 an gel-
ten d. Ziffern f. d.
höh. Mädchensch. u.
d. Mittelsch. zusam.

Mittelschule und höhere Schule

Jahr (Stichtag 1. Mai)	a	b	c	d	e	f	Bemerkungen
	Besuchsziffer	Abgang mit Schlußzeugnis	Abgang ohne Schlußzeugnis	Übergang nach O II	Übergang nach anderen Klassen höh. Lehranstalten	Prüfung für O II bestanden (einschl. der nach O II Übergegangenen)	
9. 9. Mittelschule (Wedding)							
1920	—	—	—	—	—	—	Die 9. Mittelsch. ist erst am 12.8.24 entst.
1921	—	—	—	—	—	—	
1922	—	—	—	—	—	—	
1923	—	—	—	—	—	—	
1924	—	—	—	—	—	—	
1925	297	—	—	—	—	—	
1926	185	11	17	—	—	—	
1927	111	20	32	2	—	—	
10. Elisabethschule (Charlottenburg)							
1920	776	87	34	—	—	—	
1921	770	53	35	—	7	—	
1922	740	52	32	—	7	—	
1923	771	56	41	—	6	—	
1924	824	65	41	—	7	—	
1925	842	132	32	—	6	—	
1926	814	128	46	—	9	—	
1927	737	136	24	—	7	—	
11. Knaben-Mittelschule Spandau							
1920	414	13	27	1	3	1	
1921	533	15	37	—	1	—	
1922	496	16	34	—	3	—	
1923	477	49	33	1	3	1	
1924	438	42	34	1	6	1	
1925	455	57	30	1	5	1	
1926	442	43	32	—	4	—	
1927	418	40	34	—	12	—	
12. Mädchen-Mittelschule Spandau							
1920	649	20	36	—	4	—	
1921	578	22	38	—	5	—	
1922	581	36	30	—	3	—	
1923	639	43	34	—	4	—	
1924	640	60	28	—	2	—	
1925	617	51	68	—	1	—	
1926	522	78	61	—	2	—	
1927	484	78	28	—	—	—	
13. 1. Mittelschule Wilmersdorf							
1920	—	—	—	—	—	—	
1921	—	—	—	—	—	—	
1922	97	—	—	—	—	—	
1923	174	—	—	—	—	—	
1924	285	—	—	—	—	—	
1925	325	—	—	—	—	—	
1926	388	20	1	1	9	1	1922 begründet
1927	411	46	5	3	18	3	

Jahr (Stichtag 1. Mai)	a	b	c	d	e	f	Bemerkungen
	Besuchsziffer	Abgang mit Schlußzeugnis	Abgang ohne Schlußzeugnis	Übergang nach O II	Übergang nach anderen Klassen höh. Lehranstalten	Prüfung für O II bestanden (einschl. der nach O II Übergegangenen)	
14. 2. Mittelschule Wilmersdorf							
1920	332	21	—	—	9	—	
1921	385	21	—	—	1	—	
1922	367	26	—	—	1	—	
1923	429	26	—	—	6	—	
1924	429	24	—	—	10	—	
1925	454	14	7	—	4	—	
1926	414	45	7	—	5	—	
1927	387	38	15	—	2	—	
15. 3. Mittelschule Wilmersdorf (Halensee)							
1920	—	—	—	—	—	—	
1921	—	—	—	—	—	—	
1922	43	—	—	—	—	—	
1923	112	—	—	—	2	—	
1924	177	—	—	—	1	—	
1925	234	—	11	—	5	—	
1926	263	—	21	—	5	—	
1927	223	24	25	—	1	—	
16. Wilhelm-Conrad-Schule Wannsee							
1920	140	—	—	—	—	—	
1921	170	3	—	3	—	3	
1922	156	4	—	4	2	4	
1923	149	10	—	—	3	—	
1924	143	11	1	—	—	—	
1925	134	12	2	—	4	—	
1926	136	14	—	—	7	—	
1927	147	13	—	4	4	4	
17. Mittelschule Schöneberg							
1920	687	99	28	—	—	22	
1921	766	72	41	—	—	13	
1922	907	53	37	—	—	—	
1923	1033	82	21	—	—	—	
1924	1072	89	27	—	—	—	
1925	1006	113	54	—	—	—	
1926	848	119	67	—	—	—	
1927	638	129	32	—	—	—	Unter d. u. e. nur vereinz. Fälle, d. nicht u. Mitw. unse- rerseits erfolgt sind.
18. 1. Mittelschule Steglitz							
1920	861	45	41	—	27	2	
1921	781	36	33	—	22	7	
1922	712	42	62	—	39	11	
1923	741	54	25	—	19	17	
1924	707	49	52	—	42	9	
1925	657	65	41	2	17	7	
1926	621	64	45	3	18	18	
1927	586	86	62	7	10	7	

Mittelschule und höhere Schule

Jahr (Stichtag 1. Mai)	a	b	c	d	e	f	Bemerkungen
	Besuchsziffer	Abgang mit Schlußzeugnis	Abgang ohne Schlußzeugnis	Übergang nach O II	Übergang nach anderen Klassen höh. Lehranstalten	Prüfung für O II bestanden (einschl. der nach O II Übergegangenen)	
19. 2. Mittelschule Steglitz (Lankwitz)							
1920	569	—	—	—	21	—	
1921	570	—	—	—	20	—	
1922	530	—	—	—	28	—	
1923	493	24	—	—	27	—	
1924	488	25	28	—	28	5	
1925	450	50	32	—	10	1	
1926	408	64	13	3	14	3	
1927	365	50	21	3	7	3	

20. 3. Mittelschule Steglitz (Lichterfelde)

1920	—	—	—	—	—	—	
1921	—	—	—	—	—	—	
1922	—	—	—	—	—	—	
1923	—	—	—	—	—	—	
1924	—	—	—	—	—	—	
1925	196	—	—	—	—	—	
1926	190	27	12	—	—	—	
1927	191	26	17	—	—	—	

21. Mittelschule Mariendorf

1920	—	—	—	—	—	—	
1921	—	—	—	—	—	—	
1922	208	—	—	—	—	—	
1923	215	—	—	—	—	—	
1924	231	—	—	—	—	—	
1925	262	20	14	—	1	—	
1926	280	26	25	—	—	—	
1927	281	37	15	—	—	—	

War b. 1924 Übungs-Schule des Ob.-Lyz.

22. Knaben-Mittelschule Neukölln

1920	781	53	—	2	12	2	
1921	794	44	3	2	17	2	
1922	808	39	10	2	10	2	
1923	743	76	3	5	26	5	
1924	706	51	2	6	7	6	
1925	693	117	1	7	6	7	
1926	622	88	6	3	10	3	
1927	521	83	7	6	5	6	

23. 1. Mädchen-Mittelschule Neukölln

1926	652	93	—	—	—	—	
1925	743	97	—	—	—	—	
1924	789	45	—	—	—	—	
1923	668	60	—	—	—	—	
1922	650	54	—	—	—	—	
1921	691	49	—	—	—	—	
1920	765	57	5	2	—	—	
1927	565	89	25	2	—	—	

durchschn. etwa 25 Schüler
o. Prüfung genom.

Jahr (Stichtag 1. Mai)	a	b	c	d	e	f	Bemerkungen
	Besuchsziffer	Abgang mit Schlußzeugnis	Abgang ohne Schlußzeugnis	Übergang nach O II	Übergang nach anderen Klassen höh. Lehranstalten	Prüfung für O II bestanden (einschl. der nach O II Übergegangenen)	
24. 2. Mädchen-Mittelschule Neukölln							
1920	771	53	36	—	7	—	
1921	743	57	38	—	6	—	
1922	621	59	42	—	12	—	
1923	631	58	51	—	12	—	
1924	630	81	62	—	5	—	
1925	627	86	40	2	3	2	
1926	594	52	32	—	3	—	
1927	555	60	24	2	6	2	

25. 3. Mittelschule Neukölln (Britz)

Angaben fehlen.

26. Mittelschule Grünau

1920	120	—	—	—	6	—	
1921	86	—	—	—	30	—	
1922	53	—	—	—	33	—	
1923	82	—	—	—	6	—	
1924	92	—	—	—	15	—	
1925	110	—	—	—	10	—	
1926	74	—	—	—	18	—	
1927	39	—	—	—	9	—	

27. Knaben-Mittelschule Lichtenberg

1920	942	41	31	—	—	—	
1921	921	48	44	—	—	—	
1922	825	62	50	—	—	—	
1923	912	55	41	4	1	—	
1924	823	60	26	—	9	3	
1925	787	61	64	2	10	4	
1926	712	72	64	—	22	—	
1927	594	96	60	2	10	—	

28. Mädchen-Mittelschule Lichtenberg

1920	373	20	15	—	—	—	
1921	367	25	16	—	1	—	
1922	389	28	24	—	1	—	
1923	449	28	11	—	1	—	
1924	473	29	12	—	—	—	
1925	538	26	12	—	1	—	
1926	574	29	17	—	4	—	
1927	559	58	24	—	2	—	

29. Mittelschule Weißensee

1920	210	13	6	—	2	—	
1921	224	10	10	—	1	—	
1922	273	10	11	—	5	—	
1923	370	25	25	—	1	—	
1924	366	53	46	—	4	—	
1925	360	36	15	—	4	—	
1926	392	52	21	—	4	—	
1927	394	30	15	—	3	—	

Mittlere Reife

Jahr (Stichtag 1. Mai)	a	b	c	d	e	f	Bemerkungen
	Besuchsziffer	Abgang mit Schlußzeugnis	Abgang ohne Schlußzeugnis	Übergang nach O II	Übergang nach anderen Klassen höh. Lehranstalten	Prüfung für O II bestanden (einschl. der nach O II Übergegangenen)	
30. Mittelschule Pankow							
1920	887	41	2	—	—	—	
1921	851	42	—	—	—	—	
1922	791	53	4	—	—	—	
1923	827	74	15	—	—	—	
1924	800	72	9	—	—	—	
1925	778	91	10	—	3	—	
1926	853	93	5	—	—	—	
1927	807	138	5	6	1	6	

Jahr (Stichtag 1. Mai)	a	b	c	d	e	f	Bemerkungen
	Besuchsziffer	Abgang mit Schlußzeugnis	Abgang ohne Schlußzeugnis	Übergang nach O II	Übergang nach anderen Klassen höh. Lehranstalten	Prüfung für O II bestanden (einschl. der nach O II Übergegangenen)	
31. Mittelschule Wittenau							
1920	46	—	—	—	—	—	
1921	78	—	—	—	—	—	
1922	155	—	—	—	—	—	
1923	240	—	—	—	—	—	
1924	296	18	—	—	—	—	
1925	351	25	1	—	8	—	
1926	357	25	—	1	10	1	
1927	319	39	2	1	13	1	

Um auch den minderbemittelten Schichten unseres Volkes die Möglichkeit zu geben, ihre Kinder die Mittelschule besuchen zu lassen, werden vom Magistrat Mittel zur unentgeltlichen Beschaffung von Lehrmitteln in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt. Für solche Kinder, die hervorragend befähigt sind und besonders ärmlichen Familienverhältnissen entstammen, werden außerdem vom Staate Erziehungsbeihilfen gewährt. Das Schulgeld ist niedrig gehalten. Es beträgt jährlich 60 RM. und ist in Teilzahlungen von monatlich 5 RM. zu entrichten; an anderer Stelle (Abschnitt: Schulgeld) ist des näheren ausgeführt, wie selbst dieses niedrig gemessene Schulgeld noch nach dem Einkommen der Eltern gestaffelt ist, so daß nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Elternschaft diese ganze Summe aufzubringen hat.

Den Schülern und Schülerinnen, die eine neunklassige Mittelschule erfolgreich bis zum Schluß besuchten, waren durch Ministerial-Erlaß vom 10. April 1911 eine Reihe von Berechtigungen zuerkannt worden. So wurden die Knaben zur Ablegung der Prüfung für Einjährig-Freiwillige vor Vollendung des 17. Lebensjahres zugelassen, wenn sie sich am Unterricht in einer zweiten Fremdsprache beteiligt hatten. Als nach dem Kriege mit der allgemeinen Wehrpflicht auch der einjährig-freiwillige Militärdienst aufhörte, wurde dieser Ministerial-Erlaß durch einen neuen vom 21. Januar 1920 ersetzt und am 12. März 1921 abgeändert, durch Runderlaß vom 18. Februar 1925 auch auf Mädchen ausgedehnt. Das war möglich, weil durch den neuen Ministerial-Erlaß auf dem Schlußzeugnis bescheinigt wurde, daß der (die) Inhaber(in) „die wissenschaftliche Ausbildung erworben habe, die früher in der infolge Aufhörens der allgemeinen Wehrpflicht fortgefallenen Kommissionsprüfung für den einjährig-freiwilligen Militärdienst nachgewiesen werden mußte“. An die Stelle des früheren Berechtigungsscheines zum einjährig-freiwilligen Militärdienst trat die sogenannte „mittlere Reife“. Im Einvernehmen mit den Unter-

richtsverwaltungen der Länder hat der Reichsminister des Innern Richtlinien für die Erteilung des Zeugnisses der mittleren Reife aufgestellt. Auf Grund dieser Richtlinien wurde durch Ministerial-Erlaß vom 22. März 1927 — U. III. D. 1293, U. II., U. III. A. 1 — Zentralblatt 1927 Seite 115 — den staatlich anerkannten neunstufigen Mittelschulen das Recht verliehen, auf ihre Schlußzeugnisse unter die Überschrift: Schlußzeugnis — die Worte: „Zeugnis der mittleren Reife“ zu setzen. — Die übrigen der Mittelschule zuerkannten Berechtigungen vom 10. April 1911 haben sich zum großen Teil überlebt; darum haben Anfang dieses Jahres (1928) mit allen Ministerien Verhandlungen stattgefunden, das Berechtigungswesen für die Mittelschulen neu zu regeln. Das Ergebnis dieser Beratungen liegt jetzt in dem Ministerial-Erlaß vom 12. März 1928 unter U. III. D. 20350, U. III. A., U. II. 1 vor, abgedruckt im Zentralblatt Jahrgang 1928, Heft 6.

Nach dem Gesetz über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin vom 27. April 1920, § 43: „In jedem Verwaltungsbezirk werden für die höheren Lehranstalten ein Bezirksschulausschuß (§ 26), für die mittleren und Volksschulen eine Bezirksschuldeputation gebildet“, wurde die Bearbeitung der Mittelschulangelegenheiten den Schuldeputationen überwiesen. Daher hat Berlin auch die nach dem Erlaß vom Februar 1910 und vom 12. Juni 1922 den Städten gestatteten Verwaltungsräte für Mittelschulen nicht geschaffen.

Was die Schulaufsicht betrifft, so ist ein Teil der preußischen Mittelschulen den Bezirksregierungen oder Provinzialschulkollegien unmittelbar unterstellt, ein anderer Teil den Kreisschulräten. In Alt-Berlin unterstanden sie bis zum 1. November 1921 dem Provinzialschulkollegium unmittelbar, und die Verwaltungsarbeiten wurden dementsprechend vom Bureau für das höhere Schulwesen mit erledigt. Mit diesem Zeitpunkt ging auf Grund des Gesetzes vom 27. April 1920 die Verwaltung der Alt-Berliner Mittelschulen an die Bezirksschuldeputationen über, und die staatliche Schulaufsicht wurde den Magistratsschulräten (Schulräten) übertragen. In den Verwaltungsbezirken 7—20 wurden Verwaltung und staatliche Schulaufsicht für die Mittelschulen von ihrer Gründung an durch die Schuldeputationen und Schulräte ausgeübt.

In den meisten Mittelschulen fand nur eine einmalige Einschulung zum Ostertermin statt. Mit dem 1. April 1923 wurden auch die wenigen Mittelschulen, bei denen außerdem eine zweite Einschulung zum Oktober erfolgte, wie die Volks- und höheren Schulen zu einer einmaligen Aufnahme, und zwar zu Ostern, veranlaßt.

Es mag nicht uninteressant sein, zu untersuchen, welche Kreise ihre Kinder der Mittelschule zuführen. Leider läßt sich eine Zusammenstellung der Berufe der Eltern für Berliner Mittelschüler nicht erbringen. Als Beispiel sei aber diese Berufsaufnahme für den Bezirk 12 (Steglitz) nachstehend aufgeführt; daraus wird ersichtlich, daß die Eltern der Kinder, die die Mittelschule besuchen, hauptsächlich den minderbemittelten Schichten unseres Volkes angehören.

Übergang von der Volksschule zu anderen Schulen

Das ist keine Besonderheit der westlichen Bezirke, sondern dürfte an den Mittelschulen der östlichen und nördlichen Bezirke vielleicht noch stärker in Erscheinung treten. Für die Jahre 1920—24 einschließlich beziehen sich die nachstehenden Zahlen nur auf die Mittelschule I in Steglitz, für 1925—27 auf alle drei Mittelschulen des Bezirks.

Jahr	Beamte			Freie	Angestellte		Gewer- betrei- bende	Hand- werker	Ar- beiter	Son- stige	Summe
	obere	mittlere	untere	Berufe	kaufm.	techn.					
Mittelschule 1 Berlin-Steglitz											
1920	—	85	83	50	258	87	87	132	32	47	861
1921	1	69	79	42	230	72	80	131	32	45	781
1922	2	67	78	36	208	58	70	115	37	41	712
1923	2	72	86	39	213	55	62	136	34	42	741
1924	1	59	87	40	198	47	60	135	34	46	707
Mittelschule 1—3, Verwaltungsbezirk 12 (Steglitz)											
1925	22	157	141	84	299	97	138	192	62	113	1305
1926	16	151	133	73	258	82	128	198	67	117	1223
1927	16	146	106	75	259	82	110	176	59	103	1132

Übergangsmöglichkeiten zur höheren Schule und Ausbau der Volksschule.

Es ist bekannt, daß wir in Preußen zur Schaffung einer Einheitsschule nicht gekommen sind, sondern daß die dahin zielenden Bestrebungen bei der Einrichtung der allgemein verbindlichen vierjährigen Grundschule stehen geblieben sind, daher findet nach Beendigung des 4. Schuljahres der große Übergang von der Volksschule zur höheren Schule statt, zumal die höheren Lehranstalten bereits mit dem 5. Schuljahr die Fremdsprache aufnehmen. Die Erfahrung hat nun aber gezeigt, daß in diesem Lebensalter des Kindes recht häufig noch kein abschließendes Urteil über dessen geistige Entwicklung möglich ist, daher hat die Deputation für Schulwesen in Berlin im Sinne der Einheitsschulbewegung versucht, zwischen der Volksschule und den weitergehenden Lehranstalten auch noch späterhin Brücken zu schlagen. An den Mädchen-Mittelschulen Alt-Berlins wurden Förderklassen eingerichtet, die Volksschülerinnen nach dem 6. Schuljahr aufnehmen, um sie dann ohne Zeitverlust dem Ziel der Mittelschulreife zuzuführen. Ebenso sind einigen Realschulen Förderklassen angegliedert, die nach dem 5. Schuljahr eine Übergangsmöglichkeit zu diesem Schultyp ermöglichen. Auch von der durch ministerielle Verfügung geschaffenen Möglichkeit des Aufstiegs begabter Volksschüler in den Aufbauschulen hat Berlin Gebrauch gemacht, indem die Stadt 5 derartige Aufbauschulen einrichtet, die den be-

gabten Knaben und Mädchen nach dem 7. Schuljahr einen Übertritt zur höheren Lehranstalt gestattet und sie dann auf Grund des Lehrplanes der deutschen Oberschule unter Verstärkung des Sprachunterrichts in sechs Jahren zur Universitätsreife zuführen. So gibt es eine ganze Reihe von Einrichtungen, die den Berliner Volksschülern und Schülerinnen, die die Kraft zur Weiterarbeit besitzen, den Aufstieg ermöglichen.

Eine Übersicht über die Statistik der Berliner Schüler und Schülerinnen aller Schularten läßt erkennen, daß im Jahre 1926 von den nicht mehr schulpflichtigen Kindern sich

3 000 in der Mittelschule,

36 000 in der höheren Schule

befinden, während die große Masse, nämlich

167 000 in den Berufs- und Fachschulen

bis zum Ende ihres berufsschulpflichtigen Alters ihre Weiterbildung genießen; mit anderen Worten: Nur ein Sechstel aller Berliner Schüler bereitet sich auf den höheren Schulen auf die Universitätsreife oder sonstige Berufe der Kopfarbeit vor, fünf Sechstel unserer Schüler gehen durch die Berufs- und Fachschulen in die Arbeit hinein. Das beweist, daß die Einrichtung von Förderklassen an den Mittel- und Realschulen nur eine recht behelfsmäßige Lösung des Problems der Einheitsschule darstellt, ganz abgesehen von den Aufbauschulen, für die ja lediglich solche Volksschüler und Schülerinnen in Frage kommen, die auf Grund ihrer Begabung für die Ausübung eines Berufes mit ausgesprochener akademischer Vorbildung geeignet erscheinen. So befindet sich die Volksschule bisher — trotz der an sie sich anschließenden Fach- und Berufsschulen — noch immer in einer gewissen Isolierung. Man entläßt den größten Teil der Volksschüler in einem Lebensalter, das für die Entwicklung der geistigen, sittlichen, ästhetischen und sonstigen Fähigkeiten von größter Bedeutung ist.

Nun zeigt die Besuchs-Statistik unserer Volksschulen in den letzten Jahren, daß immer mehr Kinder auf besonderen Wunsch der Eltern mit Zustimmung der Bezirksschuldeputation noch nach erfolgter Schulpflicht die Volksschule weiter besuchen. Es waren im:

Sommer 1920	341 Kinder	Sommer 1924	416 Kinder
Winter 1920/21	310 Kinder	Winter 1924/25	442 Kinder
Sommer 1921	392 Kinder	Sommer 1925	461 Kinder
Winter 1921/22	425 Kinder	Winter 1925/26	510 Kinder
Sommer 1922	335 Kinder	Sommer 1926	589 Kinder
Winter 1922/23	343 Kinder	Winter 1926/27	654 Kinder
Sommer 1923	304 Kinder	Sommer 1927	604 Kinder
Winter 1923/24	448 Kinder	Winter 1927/28	775 Kinder

Dieses ununterbrochene Ansteigen der Zahl der die Schule weiter besuchenden Kinder mag vor allem darauf zurückzuführen sein, daß die Anforderungen von Handel und Gewerbe in bezug auf die Schulbildung der Volksschulkinder ständig höher werden. Viele Kinder, die beim Beginn der Schulpflicht zurückgestellt wurden oder die

während der Schulpflichtzeit aus den verschiedensten Gründen im Aufstieg gehemmt wurden, versuchen durch den Weiterbesuch der Schule die Reife für die 1. Klasse zu erreichen. Es mag aber auch der Umstand mitsprechen, daß die Unterbringung der Schulentlassenen in Lehrstellen usw. in der Nachkriegszeit teilweise schwieriger geworden ist als früher, er liegt aber doch auch darin, daß der Bildungsdrang der Kinder, welche aus Mangel an Mitteln keine höhere Schule besuchen können, vielfach mitbestimmend für die Stellung von Anträgen auf Genehmigung des Weiterbesuches der Volksschule ist.

Dazu kommt ein Weiteres; es ist an anderer Stelle dieses Buches gelegentlich der Besprechung der Alt-Berliner Realschulen von den Absichten die Rede, die Stadtschulrat Bertram mit der Gründung dieses Realschultyps hatte, die, kurz gesagt, darin bestanden, eine weiterführende Schule zu schaffen, deren Ziel nicht das Abiturium und die Zuführung zu gelehrten Berufen sein sollte, sondern die lediglich das Ziel hatte, dem Handwerkerstand geistig mehr durchgebildete Kräfte zuzuführen. Diese wirtschaftlich und sozial in gleicher Weise zu begrüßende Einrichtung Bertrams ist, wie unten des Näheren ausgeführt, mit der Umwandlung dieser Alt-Berliner Realschulen in den preußischen Typ hinfällig geworden, und doch braucht gerade unsere Zeit des qualifizierten Handwerkes Menschen, die ihrer Veranlagung nach für den akademischen Beruf nicht in Frage kommen, denen jedoch eine gründlichere geistige Durchbildung durchaus möglich und wünschenswert ist, damit sie an der Stelle des Wirtschaftslebens, auf die sie ihrer Befähigung und Vorbildung nach gestellt werden — gelernte Arbeiter, Handwerker usw. — zu höheren Leistungen befähigt werden, einem Gedankengang, dem Vertreter des Handels und der Industrie, Arbeitgeber und -nehmer unbedingt zustimmen, als er ihnen in einer Sitzung im Frühjahr 1928 von der Schulverwaltung vorgetragen wurde.

Aus allen diesen Erwägungen heraus entstand daher bei der Deputation für Schulwesen der Wunsch, die Volksschule für sich auszubauen, und zwar dadurch, daß der bisher bestehenden achtklassigen Volksschule ein 9. und 10. Schuljahr zugefügt wird, das begabten Kindern der Volksschule zugute kommt.

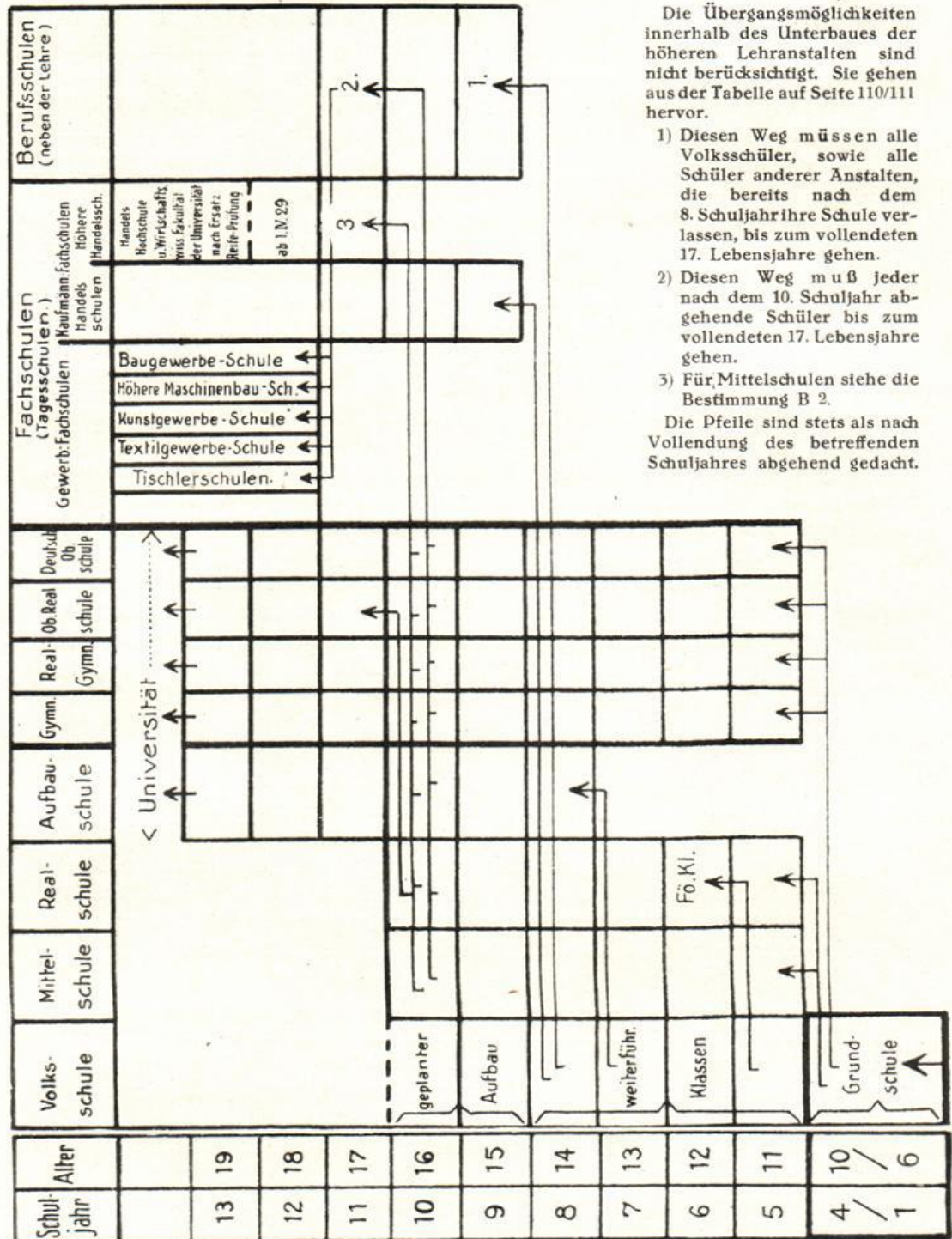
Das Ziel dieser Aufbauklassen soll ungefähr der mittleren Reife entsprechen. Wie dieser Ausbau sich im einzelnen gestalten soll, braucht hier des Näheren nicht angegeben zu werden, zumal die Schuldeputation ihre Pläne in einer kleinen Denkschrift niedergelegt hat.

Ein kurzes Wort noch über den Übergang von der vierklassigen Grundschule zur Sexta der höheren Lehranstalten. Er ist trotz aller anderen Aufstiegsmöglichkeiten der meist begangene, aber auch er bietet den zehnjährigen Knaben und Mädchen eine ganze Reihe von Schwierigkeiten äußerer und innerer Art, die nicht zuletzt in dem besonderen Verhältnisse des Berliner Schulwesens ihre Ursache haben.

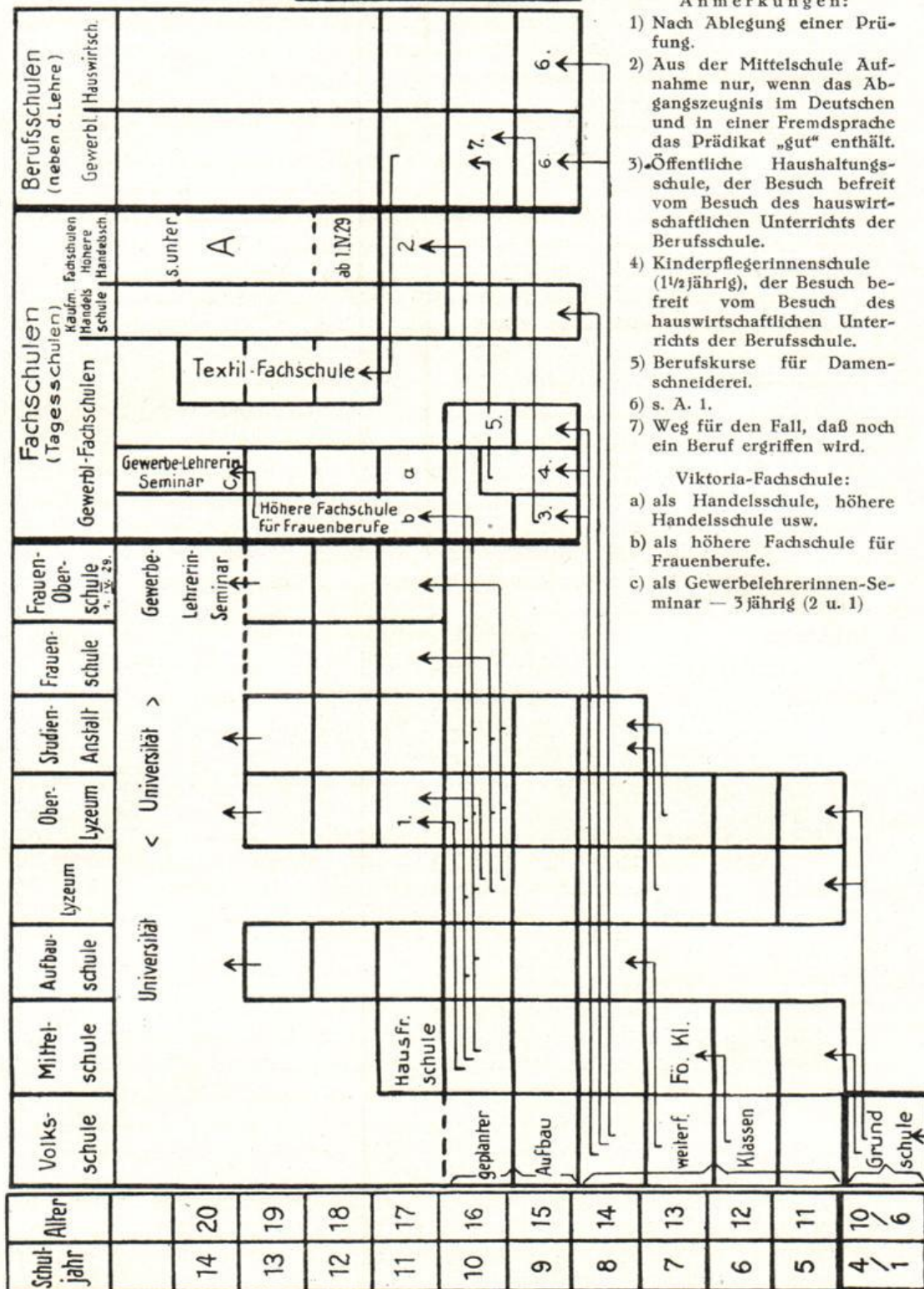
Infolge der Bevölkerungszahl und -dichte Berlins ist es in einigen Bezirken nicht selten, daß bis zu 10 Grundschulen Zubringer-

Aufbau des Berliner Schulwesens

A: Knaben



B: Mädchen



schulen für eine höhere Lehranstalt sind, während andererseits eine Grundschule ihre Übergangsschüler an mehrere höhere Schulen der verschiedensten Art abgibt; es ist klar, welche Fülle von Ungleichheiten hierdurch entstehen können. Dazu kommt, daß bei der Differenziertheit des Berliner höheren Schulwesens die Kenntnis desselben bei den Lehrenden der Volksschule nicht eingehend genug sein kann, während wiederum die Lehrenden der höheren Schule oft nicht hinreichend mit der Methode und den Zielen der Grundschule vertraut sind. Dieses gegenseitige Fremdsein der Lehrerschaft beider Schulgattungen ist durchaus verständlich, die Schwierigkeiten, die aus ihm herkommen, treffen aber in erster Linie die Kinder, und so muß alles versucht werden, die noch bestehenden Hemmungen zu beseitigen. Das ist die Aufgabe, die sich seit einigen Jahren die „Arbeitsgemeinschaften zur Förderung der Zusammenarbeit von Volks-, Mittel- und höheren Schulen“ (seit Mai 1927 zur Groß-Berliner Arbeitsgemeinschaft zusammengefaßt) gestellt hat.

Ihre Tätigkeit hat bisher eine Reihe von wichtigen, zum Teil grundsätzlichen Ergebnissen gezeitigt.

Die Grundschule muß in der Frage des Überganges eng mit der Elternschaft zusammenarbeiten. Zu diesem Zwecke sind in einigen Bezirken Merkblätter für die Elternschaft von der Arbeitsgemeinschaft erarbeitet worden, die durch die Grundschullehrer an die Eltern verteilt werden, wobei in der Regel versucht wird, in einem Klassen-Elternabend die Eltern auf die Bedeutung dieses Fragebogens hinzuweisen.

Der Übergang selbst muß in persönlicher Zusammenarbeit der beteiligten Schulen erfolgen. Dabei dürfen diese sich nicht auf die Arbeit der Mitglieder der Prüfungskommission beschränken. Sie werden vielmehr schon vor der Zeit des Überganges durch gegenseitigen Klassenbesuch sich von den Leistungen in der Grundschulklasse und den Anforderungen der weiterführenden Anstalt überzeugen müssen. Die Organisation dieser gegenseitigen Klassenbesuche war eine weitere Aufgabe der Arbeitsgemeinschaften. Ebenso darf die Handhabung der Aufnahmeprüfung und die Ergebnisse derselben nicht lediglich denjenigen Lehrern bekannt sein, die zufällig Mitglieder einer Prüfungskommission sind, sondern beides muß sämtlichen Lehrenden sowohl der Grundschule als auch der Sexten der höheren Lehranstalten zugänglich gemacht werden.

Bei den Besprechungen innerhalb der Arbeitsgemeinschaft hat sich immer mehr herausgestellt, daß das Schwergewicht bei der Beurteilung der Übergangsschüler sich besonders stark auf das Gutachten konzentriert, dessen Ausstellung vom Provinzial-Schulkollegium unter II. B. Nr. 3525/26 vom 5. November 1926 gefordert wurde. Daher haben sich die Arbeitsgemeinschaften in den einzelnen Bezirken diesem Gutachten besonders gewidmet und sind dabei in gemeinsamen Besprechungen mit den Schulräten zur Aufstellung von Richtlinien für seine Abfassung gekommen. Danach hat das Berliner Gutachten folgende Form angenommen:

Gutachten

für den Übergang eines Kindes zu einer weiterführenden Schule.

Bezeichnung der abgehenden Schule: Klasse:

in Berlin
(Verwaltungsbezirk)

Des Kindes	Des Erziehungspflichtigen
Name:	Name:
Vorname:	Beruf:
Geburtsdatum:	Wohnung:

Bemerkungen:	
<p>Erste Einschulung; wann?</p> <p>Wo?</p> <p>In gegenwärtiger Schule seit.....</p> <p>Dem Gutachter bekannt seit.....</p> <p>Zahl der Schuljahre Ostern d. J.</p>	<p>Unregelmäßigkeiten in der Verfassung u. ihre Gründe:</p>
<p>Hat das Kind für die Aufnahmeprüfung besonderen Privatunterricht erhalten?</p> <p>Von wem?</p> <p>In welchem Umfange?</p>	<p>Ist das Kind schon einmal einer Aufnahmeprüfung unterzogen worden?</p> <p>Wann?</p> <p>An welcher Schule?</p>
<p>Für welche Schule soll das Kind angemeldet werden?</p> <p style="text-align: center;">(Genaue Bezeichnung der Anstalt mit Angabe der Straße und Hausnummer.)</p>	

Gutachten
(vgl. „Anhaltspunkte“)

Gesundheitszustand (Besonderheiten, gegebenenfalls Äußerung des Schularztes):

Schw. II. 200. Dinf. A. 3/4.
Nat. 10932.

Schulleistungen (in Entwicklungslinien):

Außerdem: Schulzeugnis des laufenden Winterhalbjahres als Anlage.

Gegenstände	1. Schuljahr		2. Schuljahr		3. Schuljahr		4. Schuljahr		Bemerkungen (z. B. was über- wiegt, Fleiß od. Begabung?)
	S	W	S	W	S	W	S	W	
*) mündlich Deutsch	1								
	2								
	3								
	4								
	5								
schriftlich	1								
	2								
	3								
	4								
	5								
Heimatkunde	1								
	2								
	3								
	4								
	5								
Schreiben	1								
	2								
	3								
	4								
	5								
Rechnen	1								
	2								
	3								
	4								
	5								
Zeichnen	1								
	2								
	3								
	4								
	5								
Singen	1								
	2								
	3								
	4								
	5								
Turnen	1								
	2								
	3								
	4								
	5								

*) Linie 1 = sehr gut, 2 = gut, 3 = genügend, 4 = mangelhaft, 5 = nicht genügend.
Die Zensuren sind als Punkte oder Kreise auf die Linien zu setzen.

Freies Gesamtbild (körperlich-seelische Grundverfassung; Besonderheiten in geistigen Anlagen und Fähigkeiten, in Erlebnis- und Ausdrucksweise):

Schlußurteil des Klassenlehrers:

bei Schülern mit erfüllter Grundschulpflicht
(mindestens vierjährigem Grundschulbesuch):

Auf Grund des vorstehenden Gutachtens
wird der Uebergang des Kindes in eine
weiterführende Schule

besonders empfohlen

empfohlen

nicht empfohlen

vom Uebergang abgeraten

bei vorzeitigem Uebergang
(dreijährigem Grundschulbesuch):

Auf Grund des vorstehenden Gutachtens
wird das vorbezeichnete Kind als

besonders leistungsfähig

nicht besonders leistungsfähig

im Sinne des Min.-Erlasses vom 7. Februar 1926 —
U III D Nr. 235, U III A, U II — beurteilt und damit
die Voraussetzung für den vorzeitigen Uebergang als
gegeben — nicht gegeben erachtet.

(Nichtzutreffendes durchstreichen.)

Der Klassenlehrer:

Berlin=....., den 192.....

Vorstehendem Urteil schließe ich mich an.

Der Rektor:

Berlin=....., den 192.....

**Gutachtliche Äußerung des Schulrates bei Anträgen auf vorzeitigen Uebergang
auf Grund von Beobachtungen bei Schulbesuchen — einer besonderen Prüfung:**
(Nichtzutreffendes durchstreichen.)

Nach meinem Urteile ist also die Voraussetzung für den vorzeitigen Uebergang des vorbezeichneten Kindes nach den vom Reich erlassenen Richtlinien gemäß Erlaß vom 7. Februar 1926 U III D Nr. 235, U III A, U II gegeben — nicht gegeben.

Der Schulrat:

Berlin=....., den 192.....

Der Schulrat des Kreises
Lgb.-Nr.

Berlin=....., den 192.....

..... Anlagen:

..... Zulassungsantrag
..... amtsärztl. Gutachten.

Urschriftlich

dem Provinzialschulkollegium in Berlin-Richterfelde

dem Herrn Direktor der.....

in Berlin

weitergereicht.

Berlin=....., den 192.....

Nach { Beschluß des Prüfungsausschusses (ohne Prüfung) vom.....
 { Ausfall der Aufnahmeprüfung am

ist d..... vorbezeichnete Schüler..... zur Aufnahme in eine weiterführende Schule
geeignet — nicht geeignet.
(Nichtzutreffendes durchstreichen.)

Der Prüfungsausschuß an
(Schule)

Um eine möglichst gleichartige Beantwortung dieser Gutachten zu erzielen, haben die Arbeitsgemeinschaften noch „Anhaltspunkte“ für seine Erstattung herausgegeben, die folgenden Wortlaut haben:

Durch das Gutachten soll die Eigenart des Kindes erfaßt und dargestellt werden. Deswegen werden durchaus nicht immer alle angeführten Punkte, sondern nur diejenigen zu berücksichtigen sein, über die zuverlässige Beobachtungen und Feststellungen vorliegen. Doch wird sich aus seelenkundlichen Gründen empfehlen, die angeführte Reihenfolge innezuhalten. Eine fortlaufende Darstellung ist einer Stichwort-Charakteristik vorzuziehen. In zweifelhaften und schwierigen Fällen ist besondere Gründlichkeit und Ausführlichkeit notwendig.

Für die Beurteilung des Gesundheitszustandes ist bei „Vierjährigen“ in Zweifelsfällen, bei „Dreijährigen“ immer das Gutachten des Schularztes einzutragen. Ins Gewicht fallen hier hemmende Mängel in den Sinneswerkzeugen des Kindes: Sprachgebrechen, Kurzsichtigkeit und Schwerhörigkeit; auch Störungen im Nervenleben, dauernde oder vorübergehende, wären zu berücksichtigen, ebenso Krankheiten, die Entwicklung und Leistungen des Kindes beeinflusst haben.

Treten im körperlich-seelischen Gesamtbilde schon bestimmte Grundzüge auf (freitätig oder mehr abwartend und aufnehmend)? Sind schon Einzelrichtungen in seinem Seelenleben ausgeprägt (Neigung zu Denken, Grübeln, Kritik — Vorliebe für Basteln — Sinn für Schönheit — Verhältnis zu: Befehlen, Gehorchen, Einordnen — Kameradschaft, Gemeinschaftssinn — starkes oder schwaches Geltungsbedürfnis)?

Wie ist insbesondere der Bildungs- und Arbeitswille des Kindes, seine Lernfreudigkeit, sein Fleiß, seine Ausdauer, seine Zähigkeit im Erreichen geistiger Ziele, wie sie die höhere Schule erstreben muß? Arbeitet es freiwillig oder auf Antrieb, aus Ehrgeiz oder innerem Drange?

Wie ist seine allgemeine Verstandes- und Urteils-schärfe, sein Verhalten in neuen geistigen Lagen, gegenüber neuen, selbständig zu lösenden Aufgaben?

Wie arbeitet das Kind? Verfügt es über eigene Beobachtungsgabe? Stellt es sich schon selber Aufgaben und löst sie für sich? Ist es ein langsamer oder schneller, ein oberflächlicher oder gründlicher, ein flüchtiger oder sorgfältiger Arbeiter? Ermüdet es leicht?

Wie faßt das Kind auf? (Leicht oder schwer — oberflächlich oder gründlich — nur Einzelheiten oder auch Zusammenhänge — Äußerliches oder das Wesentliche.)

Welche Besonderheiten zeigen Denken und Phantasie? (Gesammelt oder träumerisch — geringe, reiche, schöpferische oder überwuchernde Phantasie — kritisches oder nur verarbeitendes Verhalten bei der Unterrichtsarbeit — anschauliches, praktisches oder begriffliches Denken — am Einzelnen haftend oder mehr aufs Ganze gerichtet — selbständige Erkenntnis von Zusammenhängen.)

Wie arbeitet sein Gedächtnis? (Mechanisch oder auf Grund von Urteilen — leicht, schwer — treu, unsicher — auf lange oder kurze Zeit — zuverlässig — Umfang — Sonderarten.)

Besonderheiten in dem Gefühls- und Willensleben des Kindes (mehr nach innen oder mehr nach außen lebend — ernst oder heiter — ängstlich oder sicher — Verhalten bei Prüfungen — Verhalten beim Spiel — Lieblingsbeschäftigungen — Abneigungen.)

Ausdrucks- und Darstellungsfähigkeit? (Sprachgewandtheit, Wortreichtum — gesprächig oder zurückhaltend — zeichnerische, mimische, musikalische Darstellungsgabe.)

Zeigt das Kind schon Zeichen von Sonderbegabungen? (Allgemeine, sprachliche, rechnerische, praktische, zeichnerische, musikalische Intelligenz.)

Aus dem Bestreben der Arbeitsgemeinschaft, den Übergang möglichst reibungslos zu gestalten und dabei möglichst nur die wirklich geeigneten Schüler in die weiterführende Schule zu bringen, hat sich ferner die Notwendigkeit ergeben, auch den weiteren Verlauf der Schullaufbahn der Übergangsschüler gemeinsam zu verfolgen, um daraus der Schulverwaltung wertvolles Material für künftige Arbeit zu sammeln. Zu diesem Zwecke werden sorgfältig aufgestellte Umfragen über die weitere Entwicklung der zur höheren Schule übergegangenen Schüler und über die Gründe, aus welchen sie eventuell versagt haben, angestellt. Auch mit dieser Arbeit hat die Groß-Berliner Arbeitsgemeinschaft bereits begonnen, wobei es sich herausgestellt hat, daß gerade der gewaltige Umfang des Berliner Schulwesens eine Beobachtungsbreite unter verhältnismäßig gleichartigen Bedingungen zur Verfügung stellt, wie sie sonst nicht leicht gefunden werden kann. Kommt hierzu noch eine Beobachtungstiefe, die sich periodisch über eine Reihe von Jahren erstreckt, so können wertvolle Ergebnisse gewonnen werden, die dem Berliner Schulwesen zweifellos großen Nutzen bringen können, die aber gerade durch die Ausdehnung dieser Untersuchungen auch über Berlin hinaus allgemein gültige Resultate zeitigen werden.

Es erscheint selbstverständlich, daß bei der Bedeutung dieser Arbeiten die Städtische Schulverwaltung die Groß-Berliner Arbeitsgemeinschaft nach Kräften unterstützt. Sie hat ihr nicht nur außer Zuwendungen in finanzieller Hinsicht alles Material, das ihr irgendwie dienlich sein konnte, zur Verfügung gestellt, sondern sie ist bereits insofern darüber hinausgegangen, als sie deren zukunftsreiche Arbeit zu einem wichtigen Faktor ihrer eigenen Tätigkeit gemacht hat.

Seit dem Juni dieses Jahres (1928) ist die „Groß-Berliner Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Zusammenarbeit von Volks-, Mittel- und höheren Schulen“ eine besondere Gruppe der Diesterweg-Hochschule und zweifellos dazu berufen, innerhalb der pädagogischen Forschungsarbeit, die sich diese Hochschule — wie unten ausgeführt — als Neuland ihrer Arbeit neben den Fortbildungskursen ausersehen, einen hervorragenden Platz einzunehmen.

Höhere Schulen.

Das höhere Schulwesen nach dem Kriege.

Das höhere Schulwesen der Gemeinde Berlin umfaßt gegenwärtig (November 1927) 152 Anstalten, 98 männliche, 54 weibliche mit einer Schülerzahl von 75 270.

Bei einer Durchsicht der im Anhang wiedergegebenen statistischen Übersicht fällt es auf, daß diese Schülerzahl, von Schwankungen abgesehen, im Gegensatz zu den Erscheinungen, die wir bei der Volksschule beobachtet haben, während der ganzen Berichtsjahre eine auffallende Stetigkeit mit geringen Abweichungen aufweist. Das hat seine Gründe zweifellos einmal darin, daß gerade nach der Kriegszeit bei einem Überangebot auf dem Wirtschaftsmarkt ein Steigen des Wertes der Berechtigungen zu beobachten ist, dem zwangsläufig ein stärkerer Zudrang zu den höheren Lehranstalten folgte.

Dazu kam, daß gerade nach den Kriegsjahren in sozialer Hinsicht von der Stadtgemeinde Berlin eine Fülle von Erleichterungen bedürftigeren Schülern geboten wurden, die es heute wohl jedem nur irgendwie befähigten Schüler ermöglicht, die höheren Lehranstalten zu besuchen. Über diese sozialen Erleichterungen, (Schulgeldstaffelung, Wirtschaftsbeihilfen u. a. m.) ist an anderer Stelle ausführlicher berichtet worden.

Das Groß-Berliner Schulwesen gibt gleichsam ein Spiegelbild des preußischen höheren Schulwesens, und wenn bei diesem über eine verwirrende Vielgestaltigkeit des öfteren schon bittere Klage geführt worden ist, so findet sich diese Buntscheckigkeit auch im Groß-Berliner Schulwesen vielleicht sogar in verstärktem Maße vor.

Eine Übersicht über die in Berlin vertretenen Schultypen zeigt, daß bei den Knabenanstalten 22 und bei den Mädchenanstalten mit den Frauenschulen 18 verschiedene Schularten vorhanden sind. Bei den Knabenanstalten ist die Deutsche Oberschule zweimal, die Aufbauschule dreimal vertreten, ein Viertel aller Schularten sind Real-schulen. Es ist vielleicht bemerkenswert, daß den 45 Schulen (28 %) mit Lateinunterbau 114 (72 %) mit neusprachlichem Unterricht gegenüberstehen.

Uebersicht über die höheren

Stand vom 1. Mai 1928. (Die schrägen

Bezirk	Gymnasien						Gymnasien mit Ersatzunterr.						Realgymnasien						Reformgymnasien						Reformreal-									
	L	F	G	L	E	G	L	F	E	L	E	F	L	F	E	L	E	F	F	L	G	E	L	G	FL	U	III	E	F	EL	U	III	E	
	voll ausgebaut	in Entwickl.	im Abbau	voll ausgebaut	in Entwickl.	im Abbau	voll ausgebaut	in Entwickl.	im Abbau	voll ausgebaut	in Entwickl.	im Abbau	voll ausgebaut	in Entwickl.	im Abbau	voll ausgebaut	in Entwickl.	im Abbau	voll ausgebaut	in Entwickl.	im Abbau	voll ausgebaut	in Entwickl.	im Abbau	voll ausgebaut	in Entwickl.	im Abbau	voll ausgebaut	in Entwickl.	im Abbau	voll ausgebaut	in Entwickl.	im Abbau	voll ausgebaut
1. Mitte	1	—	1	1	1	—	—	—	1	—	1	—	1	—	3	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
2. Tiergarten	1	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
3. Wedding	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
4. Prenzlauer Berg . .	—	—	1	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
5. Friedrichshain . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
6. Kreuzberg	2	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—		
7. Charlottenburg . . .	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—		
8. Spandau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—		
9. Wilmersdorf	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	—	—	—	—	1	1	—	1	—	—	2	—	1	—	—	—	—		
10. Zehlendorf	1	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—		
11. Schöneberg	1	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	1	—	—	—	—	—	1	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	2		
12. Steglitz	—	—	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—		
13. Tempelhof	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1	—	—		
14. Neukölln	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1		
15. Treptow	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—		
16. Cöpenick	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1		
17. Lichtenberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
18. Weissensee	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
19. Pankow	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—		
20. Reinickendorf . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	1	—	—	—	—		
Zusammen	7	—	6	3	5	1	—	—	1	—	1	—	6	1	10	5	3	—	—	1	3	—	2	—	10	1	3	5	4	5	2	—		
städtische Schulen	3	—	7	2	—	—	—	—	—	1	—	—	2	2	—	7	7	—	7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
staatliche Schulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		

Bezirk	Lyzeen					Oberlyzeen					Oberlyzeen d. ORSch-Richtg.					Deutsche Oberschulen				
	F	E	E	F		F	E	E	F		F	E	E	F		FL u. FE	E	L	E	F
	voll ausgebaut	in Entwickl.	im Abbau	voll ausgebaut	in Entwickl.	voll ausgebaut	in Entwickl.	im Abbau	voll ausgebaut	in Entwickl.	voll ausgebaut	in Entwickl.	im Abbau	voll ausgebaut	in Entwickl.	voll ausgebaut	in Entwickl.	im Abbau	voll ausgebaut	in Entwickl.
1. Mitte	1	—	1	1	—	1	—	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—
2. Tiergarten	—	—	2	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
3. Wedding	—	—	—	1	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4. Prenzlauer Berg . .	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5. Friedrichshain . . .	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
6. Kreuzberg	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—
7. Charlottenburg . . .	4	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
8. Spandau	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
9. Wilmersdorf	2	—	2	—	2	—	—	1	—	1	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—
10. Zehlendorf	—	—	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	—
11. Schöneberg	1	—	2	—	2	1	—	2	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
12. Steglitz	4	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
13. Tempelhof	2	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
14. Neukölln	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
15. Treptow	1	—	1	—	1	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
16. Cöpenick	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
17. Lichtenberg	2	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—
18. Weissensee	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
19. Pankow	—	—	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
20. Reinickendorf . . .	—	—	3	—	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	18	—	16	1	18	1	7	2	5	—	6	—	2	1	2	—	1	—	—	—
städtische Schulen	—	—	—	1	—	—	7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
staatliche Schulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Lehranstalten in Berlin.

Zahlen bedeuten die staatl. Anstalten.)

gymnasien					Oberrealschulen					Realschulen					Dtsch. b.-Sch.		Aufbauschulen										Summe der Knaben-schulzweige						
FLU		ELU		F	F		E	I	E	F	F		E	Bertr.-Syst.		EL u. EF		Dt.Osch.		(Gsm.)			(Rgsm.)			(O.R.S.)		voll ausgebaut		in Entwickl.		im Abbau	
in Entwickl.	im Abbau	voll ausgebaut	in Entwickl.	im Abbau	voll ausgebaut	in Entwickl.	im Abbau	voll ausgebaut	in Entwickl.	im Abbau	voll ausgebaut	in Entwickl.	im Abbau	voll ausgebaut	in Entwickl.	im Abbau	voll ausgebaut	in Entwickl.	im Abbau	voll ausgebaut	in Entwickl.	im Abbau	voll ausgebaut	in Entwickl.	im Abbau	voll ausgebaut	in Entwickl.	im Abbau	voll ausgebaut	in Entwickl.	im Abbau		
2					3			1			2			2									1				8	9	7				
					1		1	1			2			2												4	4	4					
					1		1	2			1			1												2	4	3					
					1			1			2			3												1	7	7					
											2			2												1	2	2					
											2			4												3	6	7					
					2		1	1		5	1															11	2	3					
1							1	1																		1	7	2					
1		1			1	1	1	1	1								1									5	7	6					
					1																					2	2	1					
3							1	3			2		1													1	10	8					
1					1		2	2		1																4	5	5					
					1	1		1		2																4	1	1					
						1				1							1									5	2	1					
										1		1														3	2	1					
					1			1		1																4							
					1					1																2							
1						1		1											1							1	2	2					
					1	1		1			1		1													3	2	3					
																										5*)							
9			1		14	5	10	2	16	1	11	11	8		6	1				2						1							
					1															2								69	74	63			
																											12	3	1				

*) Schulfarm Scharfenberg.

Realgymnasiale Stud.-Anstalt						Gymnasiale Stud.-Anstalt						Oberreale Stud.-Anst.		Frauen- schulen		Aufbauschulen m. d. Ziel d. Dtsch. Obersch.						Summe der Mädchen- schulzweige			
F	L	E	I	E	L	F	L	G	I	E	L	G	F	E	F	E	I	E	F	I	E	L	voll ausgebaut	in Entwickl.	im Abbau
im Abbau	voll ausgebaut	in Entwickl.	im Abbau	voll ausgebaut	in Entwickl.	im Abbau	voll ausgebaut	in Entwickl.	im Abbau	voll ausgebaut	in Entwickl.	im Abbau	voll ausgebaut	in Entwickl.	im Abbau	voll ausgebaut	in Entwickl.	im Abbau	voll ausgebaut	in Entwickl.	im Abbau	voll ausgebaut	in Entwickl.	im Abbau	
—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	3	2	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 ₃	3	2	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	3	3	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 ₂	1	1	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8	1	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	5	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	5	2	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 ₂	3 ₁	1	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	4	5	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	2	2	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	1	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	1	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	3	3	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
6	—	1	4	—	4	—	—	—	1	1	1	—	—	—	1	—	—	—	1	—	—	50	36	31	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	1	6	—	—	—	—	—	—	—	7	1	—	

Zusammenstellung.

Bezirk	Anzahl der												Gesamtzahl der					
	Knabenschulen mit						Mädchenschulen mit						Knabenschulen	Mädchenschulen	Knabenschulzweige	Mädchenschulzweige	Schulen	Schulzweige
	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6						
	Schulzweigen						Schulzweigen											
1. Mitte	5 ₁	4 ^{1*)}	2	1	—	—	1	2	1	—	—	—	13 ₁	4	24 ₁	9 ^{*)}	17 ₁	33 ₁
2. Tiergarten	2	2 ₁	2	—	—	—	1	1	1 ₁	—	—	—	6 ₁	3 ₁	12 ₂	6 ₃	9 ₂	18 ₅
3. Wedding	—	3	1	—	—	—	1	1	—	—	—	—	4	2	9	3	6	12
4. Prenzlauer Berg . .	—	4	1	1	—	—	1	—	—	—	—	—	6	1	15	1	7	16
5. Friedrichshain . . .	1	2	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1	3	2	5	8	5	13
6. Kreuzberg	1	3 ₁	3	—	—	—	—	1	1	—	—	—	7 ₁	1 ₁	16 ₂	3 ₂	8 ₂	19 ₄
7. Charlottenburg . . .	5	4 ₁	1	—	—	—	3	3	—	—	—	—	10 ₁	6	16 ₂	9	16 ₁	25 ₂
8. Spandau	1	—	—	1	—	—	—	—	—	1	—	—	1 ₁	1	4 ₁	4	2 ₁	8 ₁
9. Wilmersdorf	1	4	1	—	—	1	—	5	—	1	—	—	7	6	18	14	13	32
10. Zehlendorf	—	1 ₁	1	—	—	—	—	—	1	—	1	—	2 ₁	1 ₁	5 ₂	5 ₃	3 ₂	10 ₅
11. Schöneberg	—	4 ₁	1	2	—	—	—	3	2	—	—	—	7 ₁	5	19 ₂	12	12 ₁	31 ₂
12. Steglitz	4	3 ₁	—	1	—	—	4	2	—	—	—	—	8 ₁	6	14 ₂	8	14 ₁	22 ₂
13. Tempelhof	2	2	—	—	—	—	1	—	—	2	—	—	4	3	6	9	7	15
14. Neukölln	1	2 ₁	1	—	—	—	1	—	1	—	—	—	4 ₁	2	8 ₂	4	6 ₁	12 ₂
15. Treptow	—	3	—	—	—	—	2	1	—	—	—	—	3	3	6	4	6	10
16. Cöpenick	—	2	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	2	2	4	3	4	7
17. Lichtenberg	1	2	—	—	—	—	2	1	—	—	—	—	3	3	5	4	6	9
18. Weissensee	—	1	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1	1	2	1	2	3
19. Pankow	1	2	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	3	2	5	3	5	8
20. Reinickendorf . . .	—	1	2	—	—	—	—	2	1	—	—	—	3	3	8	7	6	15
						1**)							1**)		5**)		1**)	5**)
Zusammen																		
städtische Schulen	24	50	16	6	1	1	20	24	7	4	1	1	98	57	206	117	155	323
staatliche Schulen	2	7	—	—	—	—	—	1	2	—	—	—	9	3	16	8	12	24

*) Berlinisches Gymnasium, verbunden mit gsl. Stud. A.

**) Schulfarm Scharfenberg.

Es bedarf keines Beweises, daß diese Zerrissenheit der Schulformen nicht nur für die Stadt eine unnötige finanzielle Belastung — verlangt doch jede Klasse einer höheren Schule einen städtischen Zuschuß von etwa 12000 RM. jährlich —, sondern auch für die Eltern und Schüler einen unerträglichen Zustand bedeutet. Der Übergang eines Schülers zu einer anderen Anstalt begegnet bei der gegenwärtigen Lage des Berliner höheren Schulwesens in vielen Fällen den größten Schwierigkeiten. Eltern, die ihre Wohnung wechseln, sind häufig nicht imstande, in der neuen Gegend eine Schule zu finden, in die ihr Sohn ohne weiteres hineinpaßt. So müssen sie die Kinder auf der alten Schule lassen und stundenlange Schulwege in Kauf nehmen, oder sie müssen durch Nachhilfestunden auszugleichen suchen, was die neue Schule der alten gegenüber an Lehrstoffen voraus oder andersartig hat, oder gar den Verlust eines Schuljahres auf sich nehmen. Jeder Direktor kennt diese Schwierigkeiten aus der Praxis, und selbst die

zentrale Schulverwaltung wird aus diesem Grunde mit Anfragen und Beschwerden überhäuft. Das Prinzip der Freiheit mag im allgemeinen noch so erstrebenswert sein, ein derartiger Zustand muß aber doch als Folge eines Mißbrauches der Freiheit angesehen werden. Denn eine Übersicht über das Berliner Schulwesen zeigt nun, daß diese Mannigfaltigkeit keineswegs innerlich begründet ist. Sie ist einmal dadurch entstanden, daß bei der Schaffung der neuen Stadtgemeinde Berlin eine Reihe von Gemeinden mit hochentwickeltem höherem Schulwesen zusammengekoppelt wurden, die jede für sich, ihren Bedürfnissen entsprechend, ihr Schulwesen ausgebildet haben, ohne auf die Nachbargemeinde irgendwie Rücksicht zu nehmen. Es verdankt zum andern seine Überorganisation aber auch den vielen Schulformmöglichkeiten, die die pädagogischen Ideen der letzten ein bis zwei Jahrzehnte gezeitigt haben und die Schulreform von 1924 sanktioniert und vermehrt hat. Eine an sich begrüßenswerte Reformfreudigkeit hat von allen diesen Möglichkeiten ergiebigen Gebrauch gemacht, ohne dabei immer den Blick auf die Bedürfnisse der Gesamtgemeinde gerichtet zu haben. Soziale Schichtungen, in den einzelnen Bezirken verschieden, haben gleichfalls ihren Einfluß ausgeübt, denn nur so ist es zu verstehen, daß in den wohlhabenderen westlichen und südwestlichen Vororten allein 65 von 158 Schulen entstanden sind, während die als Arbeiterviertel geltenden östlichen und nördlichen Vororte der Stadt die geringste Zahl an höheren Schulen aufweisen können und bezeichnenderweise nicht ein einziges humanistisches Gymnasium unter ihnen. Hier eine Reform durchzuführen, war die dringendste Aufgabe des letzten Jahres, die dem seit Februar 1927 amtierenden Magistratsoberschulrat Heyn in Angriff zu nehmen vorbehalten war. Es war klar, daß eine derartige Reform lediglich eine Verwaltungsreform sein konnte, die in das entstandene Chaos planwirtschaftlich Ordnung zu bringen hatte, daß es sich aber um eine Schulreform im pädagogischen Sinne dabei nicht handeln konnte.

Die Planwirtschaft, die er im Oktober 1927 begann, hatte als erstes Ziel die in den letzten Jahren so zahlreich entstandenen Doppelanstalten auf ihre Lebensfähigkeit hin zu untersuchen, wobei zum Grundsatz aufgestellt wurde, daß der Ausbau als Doppelanstalt nur dort geduldet werden könnte, wo die Frequenz der Unterstufe ausreichend ist, um eine doppelte Oberstufe mit nicht zu kleinen Klassen zu garantieren. Wenn z. B. eine Anstalt, offenbar in der Hoffnung, das absterbende Gymnasium durch die Angliederung der Realschule lebensfähig zu machen, nun statt einer kranken Anstalt deren zwei gewonnen hatte, d. h. wenn nun keiner der beiden Zweige normale, in finanzieller Hinsicht tragbare Klassenfrequenzen erhielt, so ist es selbstverständlich, daß die städtische Schulverwaltung nach der Lage der Dinge sich für den einen oder den anderen Zweig entscheiden muß.

Es würde zu weit führen, die einzelnen Schulen Berlins nach dieser Richtung hier zu untersuchen, zumal Herr Magistratsoberschulrat Heyn in einer Denkschrift: „Vorschläge zu einer Verwaltungsreform des höheren Schulwesens Groß-Berlins“ die Grundzüge seiner Planwirtschaft an den einzelnen Anstalten ausführlich dargelegt hat.

Nur sei mit wenigen Worten auf das höhere Mädchenschulwesen eingegangen. Bei ihm sind die Mißstände einer Überorganisation, wie sie im Knabenschulwesen bestehen, kaum vorhanden. Denn von einigen Doppelanstalten, bestehend aus Lyzeum und irgendeiner Oberstufe, abgesehen, sind die meisten Anstalten als Lyzeum und Oberlyzeum aufgebaut, d. h. der Unterbau ist bis U II einschließlich gemeinsam. Die wenigen Anstalten, die als Lyzeum und Oberlyzeum mathematischer Richtung gebildet sind, bilden einen gemeinsamen Oberbau bis O III einschließlich. Die Anstalten, die als Lyzeum und reform-realgymnasiale Studienanstalt geformt sind, haben wenigstens alle einen gemeinsamen Unterbau von der VI.—IV. Es ist hier höchstens eine Gefahr zu vermeiden, die darin besteht, daß einige Schulen von VI. an Parallelzweige mit Englisch oder Französisch als Anfangssprache nebeneinander herlaufen lassen. Dagegen stellt das Mädchenschulwesen Berlins die Schulverwaltung dringlich vor eine andere Aufgabe: das Verlangen nach Anstalten, die die Mädchen gleichwertig den Knaben für das Berufsleben vorbereiten, ist erst in moderner Zeit, besonders erst nach dem Kriege, in Erscheinung getreten. Ist dadurch das Hauptübel der Knabenanstalten, die Überorganisation, vermieden, so ergibt sich aber auf der anderen Seite die Forderung eines gründlichen und möglichst schnellen Ausbaues dieses Zweiges der städtischen Schulverwaltung. So stellen die nächsten Jahre Berlin vor die Aufgabe, eine Reihe von Lyzeen neu zu errichten und gibt dabei der Schulverwaltung Gelegenheit, die Häufung von Schulformen von Lyzeen, Deutscher Oberschule und Frauenschule an einer Anstalt zu vermeiden und die verschiedenen Typen bei den Neubauten zu berücksichtigen.

Altberliner Realschulen.

Eine besondere Erwähnung verdienen die Altberliner Realschulen, die im Jahre 1924 mit ihrem besonderen Stundenplan und ihrer besonderen Aufgabe verschwunden und jetzt Realschulen des allgemeinen preußischen Types darstellen.

Diese Realschulen waren im Jahre 1882 vom Stadtschulrat Bertram begründet, der mit ihnen den Schülern der damals sechsklassigen Berliner Volksschule die Möglichkeit geben wollte, noch nach vollendetem 12. Lebensjahre eine weitergehendere Lehranstalt zu besuchen. Er hatte deshalb folgerichtig auch nur eine vierklassige Schule geplant, die aber nicht die Genehmigung der Aufsichtsbehörde fand, indessen wurde Bertrams Ziel insofern erreicht, als die von der Behörde geforderten 2 Vorklassen (VI. und V.) ohne Sprachen bleiben durften. Von diesem Schultyp bestanden bis zum Jahre 1924 16 Realschulen in Berlin, die sich fast durchweg eines starken Schulbesuches erfreuen konnten. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß die Absichten, die Bertram zu der Schöpfung der Altberliner Realschule veranlaßten, wahrhaft soziale gewesen waren, war doch in ihnen ein Aufstieg begabter Volksschüler ermöglicht, den die anderen Schultypen nicht gewähren konnten. Auch das verdient unsere Anerkennung, daß er

mit der Berliner Realschule dem Mittelstand eine Gelegenheit geben wollte, seinen Kindern eine erweiterte Allgemeinbildung zu geben, die zwar nicht zur Universitätsreife führte, vielmehr nicht führen sollte, die aber gerade dem Handwerkerstand eine geistige Elite zuzuführen imstande war. Es muß aber rückblickend zugegeben werden, daß diese Pläne sich mit der Zeit nicht halten konnten. In steigendem Maße gingen die Absolventen dieser Realschulen auf die Oberrealschulen über, und die Realschulen mußten insofern darauf Rücksicht nehmen, daß ihre Lehrpläne den Anforderungen der Oberstufe der Oberrealschule entsprachen. Da zeigte es sich, daß der späte Anfang der Sprachen (in IV.) nur mit großer Anstrengung von wenigen Begabten ausgeglichen werden konnte, denn während der preußische Normallehrplan für das Französische insgesamt 40 Wochenstunden vorsah, hatten die Berliner Realschulen nur 26 Wochenstunden, im Englischen waren es anstatt 13 nur 10 Wochenstunden. Außerdem zeigte es sich, daß der Übergang von der Volksschule in die IV. der Realschule ständig zurückging, weil die Eltern mehr und mehr ihre Kinder bereits von VI. an für diese Schulen anmeldeten. In den Jahren 1923 und 1924 wurden z. B. in VI. 706 bzw. 1210 Schüler aufgenommen, während die Aufnahmezahlen für die IV. in denselben Jahren von 291 auf 236 sanken.

Damit war der Sinn der Bertramschen Realschule verloren gegangen, und es war nur eine notwendige Konsequenz, daß auf Antrag des damaligen vertretungsweisen Leiters des Berliner Schulwesens, Herrn Stadtrat Benecke, die städtischen Körperschaften den Beschluß faßten, von Ostern 1925 ab diese Altberliner Realschulen in Realschulen des preußischen Types umzuwandeln, also mit dem Lehrplan der Oberrealschulen bis U II.

Um aber die Bertramsche Idee, den abgehenden Volksschülern eine Möglichkeit des Übergangs zur höheren Schule zu ermöglichen, nicht ganz aufzugeben, schuf er gleichzeitig besondere Förderquinten, um auf diese Weise den Anschluß der Volksschule und der neuen Realschule zu geben.

Damit haben wir in der neuen Stadtgemeinde nur noch Realschulen, die im Grunde nichts anderes sind als Pro-Oberrealschulen und die vom Standpunkt der Volkswirtschaft aus immer mehr als überholter Schultyp sich darstellen, denn in demselben Maße wie das früher für viele Berufe ausreichende Einjährigen-Zeugnis (Abschluß der Realschule) nicht mehr ausreicht, weil diese Berufe das Abiturientenexamen, zum mindesten aber die Primanerreife fordern, werden Schulen überflüssig, die lediglich diese geringere Berechtigung geben.

Es gehörte daher zu der Aufgabe der Planwirtschaft, das Schicksal dieser 37 Realschulen Großberlins in Erwägung zu ziehen. Aus Eltern- und Fachkreisen ist zwar der Vorschlag gekommen, jeder Realschule eine O II aufzusetzen, eine Lösung, die einfach erscheint, aber nicht durchführbar ist, weil häufig der Ausbau zur Oberrealschule eine bauliche Erweiterung verlangt, die bei dem betreffenden Gebäude unmöglich ist, und weil vor allen Dingen durch die Schaffung einer neuen Oberrealschule eine vielleicht in der Nachbarschaft bestehende gefährdet würde. Bei einigen Berliner Realschulen liegen die Verhältnisse aller-

dings so, daß ihr Ausbau bereits für Ostern 1928 oder 1929 vorgeschlagen werden konnte, und die sich jetzt bereits in dem Stadium Oberrealschule i. E. befinden. Über das Schicksal der übrigen wird sich erst entscheiden lassen, wenn die Entwicklung weiter fortgeschritten ist.

War bisher nur von Verwaltungsdingen auf dem Gebiet des höheren Schulwesens die Rede, so soll im folgenden in Kürze auf die *innere Umgestaltung des Berliner höheren Schulwesens* in den letzten Jahren eingegangen werden.

Die Aufbauschulen.

In der Denkschrift, die das Ministerium über die Aufbauschulen herausgegeben hat (Ministerialerlaß vom 18. Februar 1922 — U II N 11 II — Zentralbeilage zu Heft 6) wird der Typ der Aufbauschule als besonders für die kleinere Stadt geeignet hingestellt, und ihr die Aufgabe zugewiesen, den in Dorf und Kleinstadt verborgenen unverbrauchten latenten Kräften, die „grundsätzlich entgegengesetzter Art, als in der vorherrschenden Großstadtkultur und dem von ihr geformten Großstadtmenschen aller Schichten“, den Aufstieg zu ermöglichen, weil er „für das Volksganze gerade in unserer Gegenwart von zwingender kulturpolitischer Notwendigkeit sei“. Es mag daher nicht uninteressant sein, festzustellen, wie diese Aufbauschule sich in der Großstadt entwickelt und welche Form sie aus den Bedingungen der Großstadt heraus angenommen hat.

Im Gemeindeblatt vom Juni 1917 heißt es über die Stadtverordneten-Sitzung vom 21. Juni 1917:

„Die Versammlung stimmt dem Antrage des Magistrats: Nach Maßgabe der Vorschläge des Magistrats in seiner Vorlage vom 18. Mai 1917 — Drucksache 284 — wird — die Zustimmung der Königlichen Aufsichtsbehörde vorausgesetzt —

1. . . .
2. . . .

3. Das Köllnische Gymnasium in eine Schule für besonders befähigte Gemeindeschüler umgewandelt,
4. Das Friedrichs-Gymnasium in eine einzötige Anstalt umgewandelt und in seinen Räumen eine verkürzte Realschule errichtet — zu.“

Am 5. Oktober 1917 gab das Ministerium seine Zustimmung, am 10. Oktober 1917 konnte die erste „Aufbau“-Klasse am Köllnischen Gymnasium eröffnet werden. Gleichzeitig wurde die verkürzte Realschule, die den Namen „Kaempfschule“ erhielt, am Friedrichs-Gymnasium eröffnet. Hand in Hand damit ging der Abbau des Köllnischen Gymnasiums alten Stils. Ostern 1923 wurde die Kaempfschule vom Friedrichs-Gymnasium fortverlegt und mit dem Köllnischen Gymnasium verbunden; im Herbst 1923 fand die erste Reifeprüfung am Köllnischen Gymnasium als einer durchgeführten Aufbauschule statt,

und seitdem bestehen in diesem Hause Inselstr. 2—5 zwei Aufbauschulen in freundnachbarlicher Zusammenarbeit mit einem Leiter und einem Kollegium. Bis zum 1. Oktober 1927 hat das Köllnische Gymnasium 60 Abiturienten der Aufbauschule entlassen, die Kaempfschule etwa 300 Schüler mit dem Zeugnis der Reife für Obersekunda.

Die Gründung dieser beiden Schulen, die den Namen „Begabten“schulen tragen, ist das Werk des damaligen Stadtschulrats Reimann, des derzeitigen Leiters des Gymnasiums zum Grauen Kloster, er konnte sich dabei besonders der tatkräftigen Unterstützung des bekannten Berliner Politikers Geheimrat Cassel erfreuen. Die Möglichkeit einer psychologischen Begabtenauslese glaubte man in den Forschungen und Vorschlägen von Moede und Piorkowski gewährleistet, und so ging man an die Arbeit. Doch schon nach zwei Jahren äußerte Geheimrat Gilow, der damalige Leiter des Köllnischen Gymnasiums, schwere Bedenken gegen den Wert der Aufnahmeprüfung, schon ihm schien eine praktische Erprobung wertvoller zu sein.

Dieser erste Versuch einer „Aufbauschule“, die damals auf die vollendete Volksschule aufbaute, heute an das zurückgelegte siebente Schuljahr anschließt, suchte im Rahmen der alten Schulformen zu bleiben und sie mit neuer Energie zu erfüllen. Cassel charakterisierte die Schulform am 7. Juni 1917 als „Realgymnasium mit einem davon abzweigenden humanistischen Gymnasium“, die staatliche Aufsichtsbehörde als „Gymnasium nebst Realgymnasium“. Es verdient der Erwähnung, daß das Köllnische Gymnasium schon in den Jahren 1824—1868 Realgymnasium gewesen ist, also die älteste Anstalt dieses Typs; sein bekanntester Direktor, Professor August, wird immer als Direktor des Köllnischen Realgymnasiums bezeichnet.

In seiner neuen Form nahm das „Köllnische Gymnasium“ folgenden Aufbau an: Gymnasium und Realgymnasium haben einen gemeinsamen Unterbau, der im ersten Jahre (Untertertia) mit zehn Stunden Latein einsetzt, im zweiten Jahre (Obertertia) bei acht Stunden Latein sechs Stunden Französisch hinzufügt. Dann setzt die Gabelung ein: im Gymnasium bringt die Untersekunda Griechisch mit acht Stunden (Latein sieben, Französisch drei), im Realgymnasium Englisch mit sechs Stunden (Latein vier, Französisch vier). Die Gesamtstundenzahl für die Hauptfächer betragen:

	Deutsch	Latein	Griechisch	Französisch	Englisch
im Gymnasium	26	46	29	18	—
im Realgymnasium	26	34	—	22	18
	Mathematik		Naturwissenschaft		
im Gymnasium		21		12	
im Realgymnasium		25		20	

Als organisatorisch selbständiges Gebilde steht daneben die Kaempfschule, die mit 8 Stunden Französisch in Untertertia beginnt, mit 6 Stunden Englisch in Obertertia fortführt. Die Gesamtstundenzahlen lauten hier für Deutsch 13, Französisch 16, Englisch 10, Mathe-

matik 17, Naturwissenschaft 11 und Handelskunde 5. Dieses Fach ist eine Besonderheit der Kaempfschule und gibt eine anerkannt gute Vorbereitung fürs kaufmännische Leben.

Ostern 1928 wurde mit dem Ausbau der Kaempfschule zur Oberrealschule begonnen und eine organisatorische Verbindung mit dem Realgymnasium vorbereitet. Damit würden diese beiden Formen einen gemeinsamen Unterbau mit Englisch und Französisch erhalten, der sich in Untersekunda dann nach Reformrealgymnasium mit Latein und nach Oberrealschule gabeln soll. Das Gymnasium bestände dann als geschlossener selbständiger Aufbau daneben.

Beide Anstalten gelten als Zentralaufbauschulen für Groß-Berlin, während die späteren Aufbauschulen im wesentlichen nur Bezirksrekrutierung haben. Das Köllnische Gymnasium begann als Aufbauschule mit einer Herbst-Untertertia mit 34 Schülern, zur Zeit des ersten Abiturientenexamens (Herbst 1923) zählte „Kölln“ 216 Schüler, im Herbst 1927 waren es 237 Schüler. Am „Kölln“ konnte — bis auf 4 Ausnahmen — zu Ostern und im Herbst stets nur je eine Untertertia aufgemacht werden, an der Kaempfschule fast immer je zwei Untertertien. So übertrifft die Gesamtschülerzahl der Realschule seit der Vereinigung stets die Gesamtschülerzahl des ganzen alten „Kölln“. Zur Zeit sind es 227 und 242 Schüler.

„Kölln“ und „Kaempf“ haben Bahn gebrochen für den Aufbauschul-Gedanken; zunächst schien der Gedanke einer Hochbegabtenauslese der Bewegung den Stempel aufzudrücken. Langsam wandelte er sich zum Gedanken des Aufstiegs geeigneter junger Menschen ausschließlich nach dem Gesichtspunkt der Befähigung unter Überwindung aller wirtschaftlichen Hemmungen mit Hilfe öffentlicher Mittel. An zwei Stellen entstanden gleichzeitig Ostern 1922 Aufbauschulen in Verbindung mit Schulsystemen alter Art: in Verbindung mit dem Kaiser-Friedrich-Realgymnasium in Neukölln und in Verbindung mit dem Lessing-Gymnasium in Altberlin. Schließlich tat sich Ostern 1923 jetzt im Bezirk Friedrichshain an der I. städtischen Studienanstalt und am XII. Lyzeum (die miteinander verbunden sind) eine weitere Aufbauschule auf. Alle diese später entstandenen Aufbauschulen haben die Form der Deutschen Oberschule angenommen.

Die Aufbauschulen am Lessing-Gymnasium und am Kaiser-Friedrich-Realgymnasium beginnen mit Englisch (7 Stunden) und fügen nach zwei Jahren in Untersekunda Französisch (5 Stunden) hinzu. Die Gesamtstundenzahlen sind für die Hauptfächer: Deutsch 30, Französisch 17, Englisch 27, Mathematik 26, Naturwissenschaft 27.

Die Aufbauschule am II. Lyzeum-Neukölln beginnt mit Französisch und kommt auf 31 Stunden, fügt in Untersekunda Englisch hinzu und kommt in diesem Fach auf 16 Stunden. Die anderen Zahlen entsprechen den obigen.

Die Aufbauschule am XII. Lyzeum-Friedrichshain beginnt mit Englisch und kommt auf 25 Stunden; in Untersekunda besteht Wahlfreiheit zwischen Latein und Französisch, in jedem Fach werden 17 Stunden erteilt. Im übrigen entsprechen die anderen Fächer den genannten Zahlen.

Das Verfahren bei der Aufnahme ist verschieden: während sich bei „Köln“ und „Kaempff“ eine Praxis herausgebildet hat, die eine Mischung von Prüfung und Erprobung darstellt, wird am Lessing-Gymnasium eine mehrtägige Kenntnis- und Intelligenzprüfung (Testprüfung) abgehalten. Auch hier wird ein Teil nur probeweise aufgenommen; die Schüler, die nicht mitkommen, gehen an die Volksschule zurück. Am Kaiser-Friedrich-Realgymnasium hat man zunächst auch geprüft, ist aber ganz davon abgekommen; hier und bei den übrigen Schulen tritt an Stelle der Prüfung die Probezeit von verschiedener Dauer. Überall werden die Gutachten der bisherigen Volksschule stark beachtet.

Am Kaiser-Friedrich-Realgymnasium waren von 354 Aufbauschülern 227 Schüler wegen der wirtschaftlichen Lage der Eltern schulgeldfrei, am Lyzeum II von 204 Schülerinnen 125.

Am Lessing-Gymnasium von 218 Schülern 60 %, am XII. Lyzeum von 186 Schülerinnen 91; 53 sind ermäßigt.

Am Kölnischen-Gymnasium schwankt die Zahl der Freischüler zwischen 40 und 60 %, an der Kaempfschule zwischen 44 und 62 %. Da außerdem bei vielen Schülern das Schulgeld infolge der Staffelung ermäßigt ist, schwankt die Zahl der Vollzahlenden zwischen 25 und 10 %.

Die Elternschaft der Aufbauschule am Lessing-Gymnasium (Wedding) setzt sich folgendermaßen zusammen:

1. Arbeiter, angestellte Handwerker	63 = 29 %	} 63,2 %
2. Unterbeamte und mittlere Beamte	44 = 20 %	
3. Witwen	31 = 14,2 %	
4. Selbständige Handwerker	25 = 11,5 %	
5. Nichtselbständige Kaufleute	23 = 10,5 %	
6. Selbständige Kaufleute	15 = 7 %	
7. Volksschullehrer	9 = 3,7 %	
8. Höhere Beamte, Akademiker	8 = 3,7 %	
	218 = 100 %	

Ähnlich ist die Struktur an der Aufbauschule am XII. Lyzeum Friedrichshain und II. Lyzeum Neukölln. Noch stärker proletarischen Charakters sind die übrigen drei Schulen (Köln, Kaempff und Kaiser-Friedrich-Realgymnasium).

Die beiden Neuköllner Schulen haben je 30 Wirtschaftsbeihilfen à 300 RM. Das Lessing-Gymnasium hat für sämtliche 525 Schüler 20 Beihilfen à 300 RM., von denen 8 auf die Aufbauschule fielen; ähnlich liegt es bei der I. Studienanstalt, verbunden mit XII. Lyzeum und Aufbauschule. Diese beiden zuletzt genannten Anstalten erhalten ab 1928 erst hinsichtlich der Sonderbeihilfen einen eigenen Etat als Aufbauschulen.

Besonders ausgestattet sind die beiden zentralen Aufbauschulen:

Wirtschaftsbeihilfen	50 000 RM.
Fahrtkosten	10 000 RM.
für die Waldschule in Cablow	3 000 RM.
dazu kommen freie Lernmittel.	

Es ist im Etat 1927 erstmalig gelungen, für Abiturienten von Aufbauschulen 10 000 RM. als Studien-Stipendien einzustellen; da Ostern 1928 drei weitere Aufbauschulen erstmalig Reifeprüfung abhalten, bedarf dieser Fonds dringend der Erhöhung.

Benutzen die beiden zentralen Aufbauschulen zunächst das private Landheim in Cablow, das dem Verein ehemaliger Schüler des Köllnischen Gymnasiums gehört, so hat die Aufbauschule am XII. Lyzeum — Friedrichshain — ihre Waldschule in Eichkamp, so benutzt die am II. Lyzeum das städtische Landschulheim in Zossen. Auch das Kaiser-Friedrich-Realgymnasium hat für seine Kinder ein kleines Landheim; nur das Lessing-Gymnasium hat bisher keine derartige Gelegenheit gefunden.

An besonderen Einrichtungen in Handfertigkeit und eigenem sozialen Leben zeigt das Lessing-Gymnasium nichts Bemerkenswerthes, hier muß dem Verlangen der Schule nach Pflege des naturwissenschaftlichen Unterrichts stärker Rechnung getragen werden. An der Aufbauschule am XII. Lyzeum — Friedrichshain — bestehen besondere Arbeitsgemeinschaften an der Waldschule; es wird hauswirtschaftlicher Unterricht und Werkunterricht erteilt; es besteht eine Zusammenarbeit mit Kinderhorten und Kinderheimen; ein besonderes Lesezimmer ist vorhanden. Hier wie an anderen Aufbauschulen herrscht reges Leben in der Schulgemeinde und im Schülerausschuß; eigene, von den Schülern geschriebene und gesetzte Zeitschriften entwickeln sich am Kaiser-Friedrich-Realgymnasium und an den Aufbauschulen Kölln und Kaempf. Der Arbeitsunterricht ist besonders in Neukölln und vor allem am Kaiser-Friedrich-Realgymnasium durchgebildet. Werkunterricht ist überall vorhanden, das Lessing-Gymnasium muß vorläufig seinen Werkunterricht wegen Mangels an Raum und Werkzeugen behelfsmäßig in einer benachbarten Volksschule erteilen lassen.

Eigene Lesezimmer stehen außer am XII. Lyzeum auch im Kaiser-Friedrich-Realgymnasium zur Verfügung, an den zentralen Aufbauschulen soll durch den im Gang befindlichen Umbau gleichfalls eine solche Möglichkeit geschaffen werden.

Überall wird die intensivere Beteiligung der Kinder an der Schularbeit — verglichen mit den sonstigen Schulen — hervorgehoben, ebenso das erhöhte Interesse der Elternschaft.

Gewisse Schwierigkeiten im Sprachunterricht sind nicht zu verkennen, da das elterliche Haus keinerlei Unterstützung bietet. Das gilt auch für den fremdsprachlichen Unterricht.

Die Selbstverwaltung der Schülerschaft ist am stärksten ausgeprägt am Kaiser-Friedrich-Realgymnasium in Neukölln, wo auch die größte Homogenität des Kollegiums zu finden ist.

Am Kaiser-Friedrich-Realgymnasium ist Koedukation für die Kinder gestattet, die bereits von der Volksschule her daran gewöhnt sind. Für diese Schule ist ja ein besonderer Neubau und unter organischer Verbindung mit der Volksschule geplant.

Abiturienten sind bisher allein vom Köllnischen Gymnasium ins Studium übergetreten. Es ist festgestellt, daß alle, die es wünschten,



Schülerübungen am Mikroskop.

Reform-Realgymnasium in Berlin-Lichtenberg.

ein akademisches Studium und eine ihrer Vorbildung entsprechende Berufswahl ergreifen konnten.

So hat, entgegen der oben geäußerten Ansicht, die Aufbauschule sei in erster Linie eine Form für ländliche Verhältnisse, die bisherige Entwicklung der Berliner Aufbauschulen nicht nur die Lebensmöglichkeit, sondern auch die Notwendigkeit gerade für die Großstadt bewiesen.



Chemische Schülerübungen am Reform-Realgymnasium in Berlin-Lichtenberg.

Reformpläne und Versuche.

Es war bereits von der starken Differenzierung des Berliner höheren Schulwesens die Rede, und es war dabei nachgewiesen, daß das Entstehen der 40 Typen neben zweifellos vorhandenen schul-reformerischen Plänen aus wirtschaftlichen und kommunalen Gründen zu erklären war. Das Aufnehmen von einem oder mehreren Nebenzweigen an einer Hauptanstalt war nicht immer geboren aus der Absicht, die in den Richtlinien geforderte freie Entwicklung des Individuums zu ermöglichen, sondern sollte in den meisten Fällen ein mehr oder weniger krampfhafter Versuch sein, den nicht mehr lebensfähigen Haupttyp zu stützen.

Aber es hat in Berlin auch nicht an Versuchen gefehlt, den Gedanken der fortschreitenden Differenzierung mit fortschreitender Persönlichkeitsentwicklung praktisch durchzuführen. Durch freiere Gestaltung des Unterrichts auf der Oberstufe glaubte man der stofflichen Überlastung ebenso zu begegnen, wie dadurch eine methodische Umstellung des Unterrichts auf das Prinzip der Selbsttätigkeit des Schülers zu ermöglichen.

Der Versuch der Gabelung einer Oberstufe, die dem Schüler gestattet, noch auf dieser späten Klassenstufe von einer Schulform auf die andere überzugehen, weil kursusartig bestimmte Fächer in sehr verstärktem Maße, andere in sehr vermindertem Maße betrieben werden, ist in Berlin an zwei Anstalten durchzuführen versucht worden: im Grunewald-Gymnasium im Grunewald und in der Kantschule in Karlshorst.

Weil beide Versuche u. E. über den Rahmen des Schulwesens der Stadtgemeinde Berlin hinaus allgemeines Interesse in Anspruch nehmen können, sollen sie im folgenden etwas eingehender dargestellt werden.

A. Der Aufbau des Grunewald-Gymnasiums als Kernstück einheitlicher Schulorganisation.

Das Grunewald-Gymnasium in Berlin-Grunewald, Herbertstr. 2, besteht aus 22 Klassen und zählt 570—580 Schüler; Gymnasium, Realgymnasium und Oberrealschule, die beiden ersten als Reformanstalten, sind unter einheitlicher Leitung — Oberstudiendirektor Dr. W. Vilmar — und mit einem geschlossenen Lehrerkollegium vereint. Auf der Unterstufe, d. h. in den Klassen Sexta bis Quarta einschließlich, erhalten alle Schüler den normalen Unterricht mit Englisch als erster Fremdsprache. Bei der Versetzung nach Untertertia beginnt die erste Gabelung; der eine Schulzweig, nach dem Lehrplan der Oberrealschule weiter unterrichtet, setzt auf dieser Stufe mit Französisch, der andere, in dem Gymnasium und Realgymnasium noch ungetrennt sind, mit dem Lateinischen ein. Diese Schüler werden bei der Versetzung nach Untersekunda vor die Wahl gestellt, ob sie in dem nunmehr rein gymnasialen Anstaltszweig mit Griechisch beginnen

oder auf der realgymnasialen Seite Französisch lernen wollen. Das Grunewald-Gymnasium hat also von Untersekunda aufwärts jede Klasse dreifach, d. h. je eine Untersekunda (Obersekunda usw.) des Gymnasiums, des Realgymnasiums und der Oberrealschule. Von Prima ab beginnt für alle drei Schularten die sogenannte Bewegungsfreiheit in der Form von Kern und Kursen. Jeder Schüler hat etwa 20 wissenschaftliche Stunden pflichtmäßig, 10 weitere kann er sich wählen. Die Eigenart der einzelnen Schultypen ist dabei gewahrt; neben Religion, Deutsch, Geschichte, Mathematik, Musik und Turnen müssen alle Gymnasiasten Lateinisch und Griechisch, alle Realgymnasiasten Französisch und Englisch, alle Oberrealschüler verstärkte Mathematik und Naturwissenschaften treiben. Trotzdem ist die Wahlfreiheit groß. Die Gymnasiasten haben die Möglichkeit, sich noch intensiver als auf dem alten Gymnasium mit den klassischen Sprachen zu beschäftigen, sie können — ebenso auch die Realgymnasiasten — mit den Oberrealschülern mathematischen und physikalischen Unterricht haben und dadurch die beste Vorbildung für die Technische Hochschule erwerben, sie können am fünfstündigen französischen Unterricht teilnehmen, daneben Englisch, Spanisch oder Italienisch lernen und somit wertvolle Kenntnisse des modernen Lebens gewinnen. Die Realgymnasiasten wie die Oberrealschüler können sich mehr nach der neusprachlichen oder nach der mathematisch-naturwissenschaftlichen Seite einstellen, vierstündiger Unterricht in Biologie wie in Chemie wird aufs glücklichste ergänzt durch vierstündige Erdkunde (Morphologie, Länder- und Wirtschaftskunde); Philosophie und Kunstgeschichte werden in besonderen Unterrichtsstunden gepflegt. Der Nichtfachmann wird an einigen wenigen Beispielen besser erkennen, wie reichhaltig die Auswahl ist, die sich bietet:

Die Bewegungsfreiheit der Primen des Grunewald-Gymnasiums an einigen Beispielen.

I. Gymnasium.

- a) Für alle Primaner (auch für Realgymnasiasten und Oberrealschüler) gültige Pflichtstunden.

1. Religion*)	2 Std.
2. Deutsch	5 „
3. Geschichte	3 „

- b) Pflichtstunden für alle Gymnasiasten.

1. Latein	4 Std. (mindestens)
2. Griechisch	8 „
3. Mathematik	2 „ (mindestens)

Außerdem sind 3 Turnstunden und 2 Musikstunden für alle Schüler Pflichtfach; sie werden, der Vereinfachung wegen, in den Beispielen nicht mitgerechnet.

*) Befreiung zulässig nach den bekannten Ministerialverfügungen.

A. *Altsprachlich Interessierte.*

A 1 1. Pflichtstunden	
vgl. Ia	10 Std.
2. Latein	7 „
3. Griechisch	11 „
4. Mathematik	2 „
5. Französisch	2 „
	<hr/>
	32 Std.

A 2 wie A 1, nur	
5. Philosophie	1 Std.
6. Kunstgeschichte	1 „
A 3 wie A 1, doch	
5. Spanisch	2 Std.
oder Englisch oder Erdkunde.	

B. *Neigung zu neueren Sprachen.*

B 1 1. Pflichtstunden Ia	
(ohne Religion)	8 Std.
2. Latein	7 „
3. Griechisch	8 „
4. Mathematik	2 „
5. Französisch	2 „
6. Englisch	2 „
7. Spanisch	2 „
	<hr/>
	31 Std.

B 2 1.—4. wie B 1, doch	
5. Französisch	5 Std.
7. Kunstgeschichte	1 „
8. Philosophie	1 „
B 3 1.—4. wie B 1.	
5. Französisch	5 Std.
6. Englisch	2 „
oder Spanisch.	

C. *Mathematisch-naturwissenschaftliches Interesse.*

C 1 1. Pflichtstunden Ia	
(ohne Religion)	8 Std.
2. Latein	4 „
3. Griechisch	8 „
4. Mathematik	5 „
5. Physik	3 „
6. Chemie	4 „
	<hr/>
	32 Std.

C 2 1.—5. wie C 1.	
6. Biologie	4 Std.
oder Erdkunde.	
C 3 1.—5. wie C 1.	
6. Spanisch	2 Std.
oder Französisch	
7. Erdkunde	2 „
C 4 1.—4. wie C 1.	
5. Chemie	4 Std.
6. Biologie	4 „

II. Realgymnasium.

a) Für alle Primaner (auch für Gymnasiasten und Oberrealschüler) gültige Pflichtstunden.

1. Religion*)	2 Std.
2. Deutsch	5 „
3. Geschichte	3 „

b) Pflichtstunden für alle Realgymnasiasten.

1. Französisch	5 (2) Std.
2. Englisch	4 (6) „
3. Mathematik	2 „ (mindestens).

Wegen Turnen und Musik vgl. I. Mindestens eins der beiden neu sprachlichen Fächer muß mit verstärkter Stundenzahl gewählt werden.

*) Befreiung zulässig nach den bekannten Ministerialverfügungen.

Oberstufe des Grunewald-Gymnasiums

A. Neusprachlich Interessierte.

A1 1. Pflichtstunden vgl. II a	10 Std.
2. Latein	4 „
3. Französisch	2 „
4. Englisch	6 „
5. Mathematik	2 „
6. Erdkunde	4 „
7. Spanisch	2 „
	<hr/> 30 Std.

A2 Neusprachlich verstärkt.	
1. Pflichtstunden vgl. II a (ohne Religion)	8 Std.
2. Latein	2 „
3. Französisch	5 „
4. Englisch	6 „
5. Mathematik	2 „
6. Erdkunde	4 „
7. Spanisch	2 „
8. Kunstgeschichte	1 „
9. Philosophie	1 „
	<hr/> 31 Std.

A3 statt 2., 8. und 9.
Biologie 4 Std.

B. Mathematisch-naturwissenschaftlich Interessierte.

B1 1. Pflichtstunden vgl. II a (ohne Religion)	8 Std.
2. Französisch	2 „
3. Englisch	6 „
4. Mathematik	5 „
5. Physik	3 „
6. Chemie	4 „
7. Erdkunde	2 „
	<hr/> 30 Std.

B2 wie B1, statt 6. und 7.	
6. Biologie	4 Std.
7. Spanisch	2 „
B3 wie B1, statt 2. und 3.	
2. Französisch	5 Std.
3. Englisch	4 „
B4 1.—6. wie B1.	
7. Biologie	4 Std.
(dann also 32 Std.).	

III. Oberrealschule.

a) Für alle Primaner (auch für Gymnasiasten und Realgymnasiasten) gültige Pflichtstunden.

1. Religion*)	2 Std.
2. Deutsch	5 „
3. Geschichte	3 „

b) Pflichtstunden für alle Oberrealschüler.

1. Mathematik	4 Std. (mindestens)
2. Physik	3 „
3. Chemie	4 „
(oder Biologie oder Erdkunde).	

Über Turnen und Musik vgl. I. Freiwilliges Latein (2 Std.), von O II ab, sichert nach bestandener Reifeprüfung ein dem Realgymnasialen gleichwertiges Reifezeugnis.

*) Befreiung zulässig nach den bekannten Ministerialverfügungen.

A. Mathematisch-naturwissenschaftlich Interessierte.

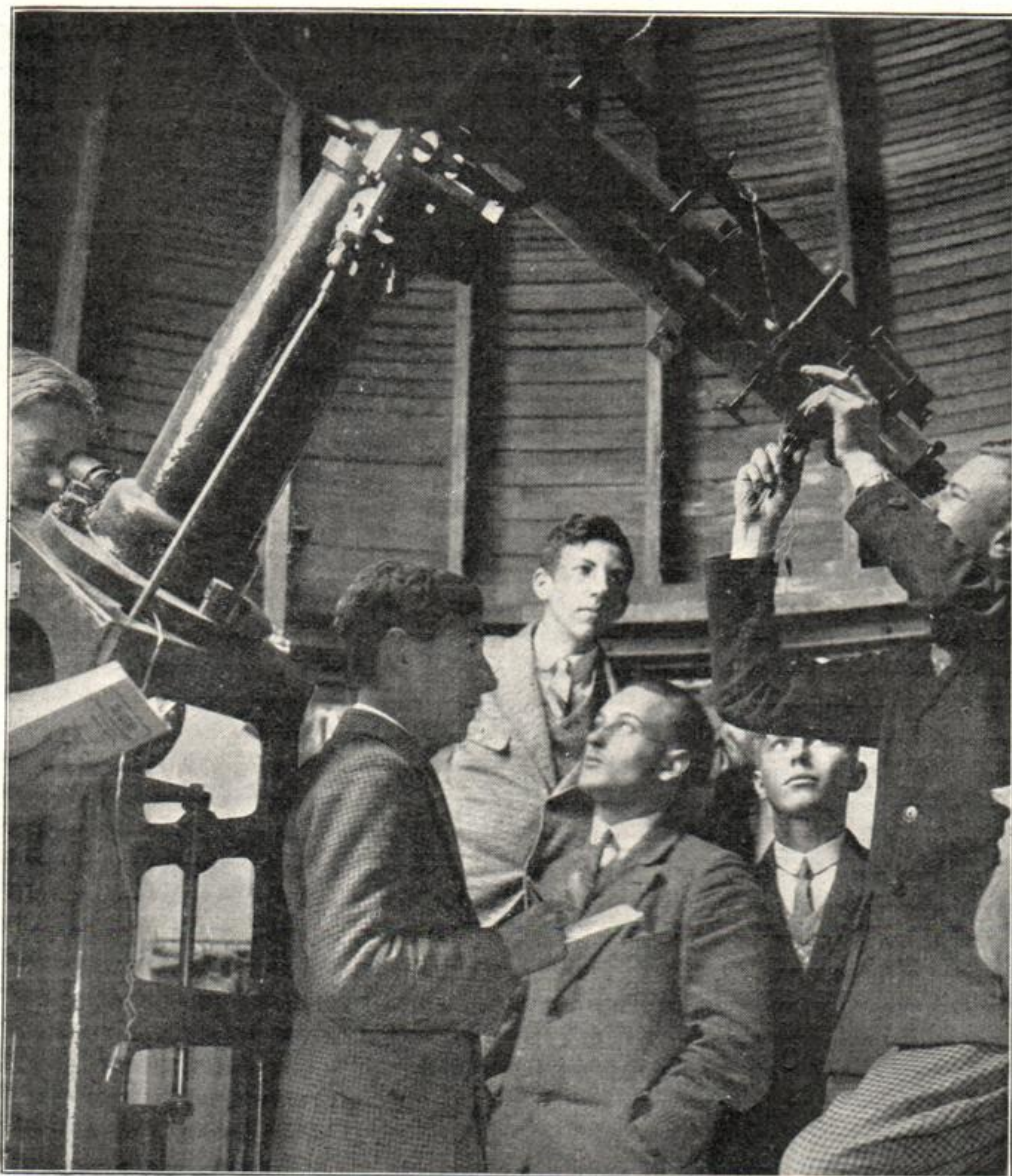
A1 1. Pflichtstunden		A2 1—6 wie A1	
vgl. IIIa	10 Std.	7. Erdkunde	4 Std.
2. Französisch	2 „	A3 1, 3—7 wie A1	
3. Englisch	4 „	2. Spanisch	2 Std.
4. Mathematik	5 „		
5. Physik	3 „		
6. Chemie	4 „		
7. Biologie	4 „		
	<hr/> 32 Std.		

B. Neusprachlich Interessierte.

B1 1. Pflichtstunden		B2 1—5 wie B1	
vgl. IIIa (ohne		6. Biologie	4 Std.
Religion)	8 Std.	(oder Erdkunde).	
2. Französisch	5 „	B3 1—2, 4—6 wie B1	
3. Englisch	6 „	3. Englisch	4 Std.
4. Mathematik	4 „	7. Spanisch	2 „
5. Physik	3 „		
6. Chemie	4 „		
	<hr/> 30 Std.		

Um die Schüler vor Zersplitterung zu bewahren, das Niveau des Unterrichts mindestens zu erhalten, möglichst zu heben, sind folgende Bestimmungen getroffen. Die Gymnasiasten müssen in Lateinisch, Griechisch oder Mathematik am verstärkten Unterricht teilnehmen, das gleiche gilt im Realgymnasium für Französisch oder Englisch, in der Oberrealschule für Mathematik oder Naturwissenschaften. Der deutsche Unterricht hat in den Primen in jeder der drei Schularten fünf Wochenstunden, die Geschichte drei. Man pflegt dem entgegenzuhalten: das Verfahren sei stundenplanmäßig unmöglich — unsere nunmehr achtjährige Erfahrung — schreibt Herr Oberstudiendirektor Dr. Vilmar, dem wir auch diese Mitteilungen über den Aufbau seiner Anstalt verdanken, hat das stets aufs neue widerlegt; für die unvermeidlichen Freistunden ist ein besonderes Zimmer eingerichtet, wo die Primaner arbeiten können. Man hat behauptet, die Kosten seien zu hoch, während wir wiederholt den rechnerischen Beweis lieferten, daß eine große Doppelanstalt, bei bescheidenen Ausmaßen der Bewegungsfreiheit, ohne einen Pfennig Mehrkosten auskommt. Aber selbst wenn die Ausgaben sich um ein geringes erhöhen sollten: ein gewaltiger Vorteil ist erkaufte. Die Primaner können Fächer, denen ihr Interesse gilt, für die sie mehr Veranlagung fühlen, nachhaltiger betreiben, andere zurücktreten lassen, die Lehrer arbeiten in den Kursen mit Schülern, die sich freiwillig meldeten; der Ballast, d. h. die weniger Begabten und Uninteressierten, sind verschwunden.

Die Verschiedenheiten oder auch Gegensätze der drei Schularten werden stark ausgeglichen. An der fünfstündigen Mathematik, an Physik, Chemie, Biologie und Erdkunde, auch an Kunstgeschichte



Astronomische Arbeitsgemeinschaft an der Herderschule (Ref.-Realgymn.) in Berl.-Charlottenburg.

und Philosophie nehmen Gymnasiasten, Realgymnasiasten und Oberrealschüler gemeinsam teil. So finden sich diejenigen wieder zusammen, die von Sexta bis Quarta vielleicht auf derselben Bank saßen und durch die Gabelung vorübergehend getrennt wurden. Die verschiedenen interessierten Gruppen haben doch mehrere Fächer gemeinsam, das fördert gegenseitiges Verständnis, verhindert hochmütige Überhebung des einen oder andern Anstaltstyps. Lehrer und Schüler des Grunewald-Gymnasiums stehen mit Begeisterung zu ihrer Schulorganisation, und man kann nur wünschen, daß der große Plan der Denkschrift des Berliner Magistrats sich verwirklichen läßt, wodurch allen höheren Schulen in Groß-Berlin das Recht gegeben wird, sich die Bewegungsfreiheit, innerhalb der Grenzen, welche die vorhandenen Schulformen stecken, aber aus dem Geist und Sinn der eigenen Schule heraus zu schaffen.

B. Die Kantschule zu Karlshorst.

Auf anderem Wege hat Herr Oberstudiendirektor Dr. Bolle von der Kantschule (Realgymnasium und Oberrealschule) in Karlshorst die Einrichtung einer wahlfreien Gestaltung der Oberstufe versucht.

Die Kantschule zu Karlshorst war ursprünglich ein Reform-Realgymnasium mit einer angegliederten Realschule. Der Gedanke der Reformschule, die Anordnung und den Aufbau der Lehrfächer nach der Veranlagung und den Fähigkeiten des Schülers vorzunehmen, kam in dieser Schulform jedoch noch nicht voll zur Auswirkung. Schon auf der Mittelstufe wurde die freie Entscheidung des Schülers zwischen Realgymnasial- und Oberrealschulbildung äußerlich dadurch beeinträchtigt, daß nur die Realgymnasialabteilung an der eigenen Schule zur Reifeprüfung führte und deshalb die Realschule nur von solchen Schülern besucht wurde, die nicht die Absicht hatten über die Untersekunda hinauszugehen. Auf der Oberstufe aber zeigte die Vielheit der Fächer das Nebeneinander von drei Fremdsprachen mit ungefähr gleicher Stundenzahl und der gleichgewichteten Fachgruppe von Mathematik und Naturwissenschaften, daß hier der Gedanke der Anpassung der Schulform an die Schülerindividualität noch gar nicht zur organisatorischen Auswirkung gekommen war. Nur eine wahlfreie Ausgestaltung der Oberstufe bot Abhilfe von der Überlast der Fächer und die Möglichkeit einer Übereinstimmung von Schulform und Schülerindividualität.

Von den beiden Wegen einer wahlfreien Ausgestaltung, dem der völligen Freiheit der Schüler in der Wahl von beliebigen Zusatzstunden zu einem Kernunterricht und dem der Gabelung in Sonderzüge entschied sich das Kollegium für den letzteren Weg. Diese festere Form der Gabelung ermöglichte es nicht nur, ihren Beginn nach Obersekunda zu verlegen und damit die bisherige Realschule mit in den Gesamtbau der Oberstufe einzugliedern, so daß auch den Realschülern der Weg bis zur Reifeprüfung offen stand; sie bot auch die Gewähr, in jedem Sonderzug dem Schüler einen in sich geschlossenen Bildungs-

weg zu bieten und ihn damit vor der Gefahr einer völligen Auflösung des Bildungsganges zu bewahren; auch ließ sie lehrplanmäßig den dreijährigen Kursus der Oberstufe undurchbrochen bestehen. An Stelle der bisherigen Einteilung nach Realgymnasium und Oberrealschule trat damit eine Gliederung nach den Fachgruppen und den in ihnen gegebenen Bildungsgütern.

Als Kernunterricht verblieben die kulturkundlichen Fächer allen gemeinsam: Deutsch, Geschichte, Erdkunde und Religionskunde. Dabei wurde Deutsch von vornherein für alle Schüler auf vier Wochenstunden angesetzt. Zu diesen kulturkundlichen Fächern wurde noch eine Fremdsprache für alle gemeinsam, auch mit denselben Anforderungen für alle Gruppen als Kernunterricht bestimmt, und zwar wurde hierfür das Englische ausgewählt.

Auf diesem gemeinsamen Kernunterricht, für den aus der Verschiedenheit der Interessen der einzelnen Schüler sogar eine gegenseitige Befruchtung im Unterricht zu erwarten war, bauten sich die einzelnen Sonderzüge auf. In ihnen sollten die den Neigungen und Fähigkeiten des Schülers entsprechenden Wahlfächer im Vordergrund stehen, aber die übrigen doch eine gewisse Berücksichtigung finden. Auf der sprachlichen Seite wurden zur Beseitigung der drei gleichwertig nebeneinander stehenden Fremdsprachen zwei sprachliche Züge gebildet, so daß immer nur zwei Fremdsprachen als Hauptsprachen betrachtet wurden und die dritte diesen gegenüber zurücktrat. Somit ergab sich ein altsprachlicher Zug mit Latein und ein neusprachlicher Zug mit Französisch neben dem gemeinsamen Englisch. Die dritte Sprache Latein für die Neusprachlergruppe und Französisch für die Altsprachlergruppe, wurde nur mit zwei Wochenstunden angesetzt und zugleich bestimmt, daß sie nur als Nebenfächer zu gelten hätten und z. B. schriftliche Arbeiten in ihnen überhaupt nicht angefertigt werden sollten. (Dieser sprachliche Zug hätte auch ohne weiteres die Angliederung eines deutschkundlichen Zuges im Sinne der deutschen Oberschule zugelassen, jedoch wurde von seiner Einführung damals Abstand genommen: statt fünf Latein oder fünf Französisch auch fünf Deutschkunde.)

Zuerst war neben der mathematisch-physikalischen Gabel noch eine besondere naturwissenschaftliche, d. h. chemisch-biologische Abteilung gebildet worden; später, in der Inflationszeit, erfolgte eine Zusammenlegung der beiden Abteilungen zu einer mathematisch-naturwissenschaftlichen Gabel, einmal aus finanziellen Gründen, andererseits aber auch aus dem Wunsch, den Naturwissenschaftlern doch eine tiefere mathematische Ausbildung zu geben.

Da die Gesamtzahl der wissenschaftlichen Stunden in dem Kernunterricht und in den Sonderzügen nicht über 27 Wochenstunden für jeden einzelnen Schüler hinausging, verblieben noch einige Stunden für wahlfreie Arbeitsgemeinschaften: Sie ermöglichten die Teilnahme der aus dem Realgymnasium aufgestiegenen Schüler des mathematischen Sonderzuges an dem lateinischen Nebenkurs und andererseits den aus der Realschule aufgestiegenen Mitgliedern des neusprachlichen Zweiges für das ihnen fehlende Latein die Teilnahme an der spani-

schen Arbeitsgemeinschaft. Fernerhin konnten noch, je nach dem Wunsch der Schüler, bei entsprechender Beteiligung weitere Arbeitsgemeinschaften eingerichtet werden. Mit gutem Erfolge führte einmal eine altsprachliche Abteilung auch Griechisch in einem dreijährigen Kursus als wahlfrei bis zur Reifeprüfung durch.

Für den Ausbau der wahlfreien Oberstufe nach Kern und Zügen ergab sich mithin folgendes Bild:

A. Kernunterricht.

2 Religionskunde
4 Deutsch
3 Geschichte
1 Erdkunde
4 Englisch

14

B. Sonderzüge.

Altsprachlich	Neusprachlich	Mathematisch	Naturwissenschaft
5 Lat.	5 Franz.	5 Math.	8 Nw.
2 Franz.	2 Lat. 2 Span.	3 Phys.	3 Math.
	3 Math.	3 Nw.	2 Franz.
	3 Nw.	2 Franz.	(besteht nicht mehr)
13	13	13	13

C. Wahlfreier Unterricht.

In dieser Aufstellung sind alle Fächer mit gleicher Stundenzahl kombiniert. Da das Ministerium die Aufrechterhaltung eines der Kernfächer Mathematik oder Naturwissenschaften auch für die neusprachliche Abteilung der Oberrealschule forderte, nahmen diese Schüler, denen eigentlich Spanisch statt Latein angerechnet werden sollte, an den sechs naturwissenschaftlichen Stunden der mathematischen Abteilung teil. Diese Forderung, die vor der Reform gestellt wurde, dürfte jetzt wohl nicht mehr aufrecht erhalten werden, da das neusprachliche Gymnasium als Schulform anerkannt ist, so daß der ursprüngliche Plan wohl wieder aufgenommen werden dürfte.

Nach der Einführung der Schulreform waren nur wenige Änderungen notwendig, da schon die Herabsetzung der Stundenzahl in der Gabelung erfolgt war, die Heraufsetzung der Wochenstundenzahl für das Deutsche, die Durchführung der Erdkunde bis Oberprima und die Ansetzung von drei Wochenstunden Naturwissenschaften für die Oberstufe. Es verblieben in den sprachlichen Abteilungen drei Stunden Mathematik statt der vier Stunden auf dem neusprachlichen Gymnasium und die Verteilung der Sprachen von vier Englisch und zwei Französisch im Gegensatz zu drei Englisch und drei Französisch auf der Oberrealschule. In der Obersekunda wurde entsprechend den allgemeinen Lehrplänen eine sechste Stunde Mathematik hinzugesetzt und entsprechend eine dritte Stunde Latein in den sprachlichen Sonderzügen. Der Stundenplan der mathematisch-naturwissenschaftlichen

Gabel entspricht, abgesehen von der anderen Verteilung der Stunden für die beiden Fremdsprachen, genau dem Plan der Oberrealschule.

Es ergeben sich aber jetzt noch nach der Reform die folgenden Vorteile:

1. Den Schülern ist beim Übergang in die Obersekunda noch einmal eine Neuorientierung nach Maßgabe ihrer Fähigkeiten und Neigungen in bezug auf die Bildungsfächer gegeben; der Realgymnasiast kann noch in die mathematisch-naturwissenschaftliche Abteilung eintreten und der Oberrealschüler in die sprachliche.
2. Die sprachliche Abteilung hat das Nebeneinander der drei Fremdsprachen (4 Latein plus 4 Französisch plus 4 Englisch) aufgelöst in zwei Gruppen, in denen der Schüler nur zwei Fremdsprachen als Hauptfächer hat.
3. Der Beginn des Lateinischen in U III ermöglicht in der lateinischen Abteilung der Oberstufe die Behandlung dieser Sprache als Kultur- und Bildungssprache, was bei dem Beginn in Untersekunda nicht möglich ist.
4. Die Oberrealschule ist ihres einseitigen Charakters entkleidet und läßt auch den zweiten Weg einer neusprachlich-humanistischen Bildung neben dem der mathematisch-naturwissenschaftlichen offen.
5. Die Schüler finden sich in den Abteilungen zusammen nach Neigungen und Fähigkeiten und nicht nach den Zufälligkeiten der Schulform.
6. Eine große finanzielle Mehrbelastung tritt nicht ein; sie hat meist nur eine halbe Lehrkraft betragen. Zur Zeit befinden sich sogar in der Obersekunda 19 Realgymnasiasten und 43 Oberrealschüler; diese Zahl würde in normalen Verhältnissen drei Klassen verlangen. Bei der Gabelung ist die Unterbringung in den drei Zügen möglichst mit geringen Teilungen in den Nebenfächern (z. B. 2 Stunden Französisch für alle Nichtneusprachler).

Zu diesen beiden Versuchen bemerkt Herr Magistratsoberschulrat Heyn in seiner schon einmal zitierten Denkschrift: „Vorschläge zu einer Verwaltungsreform des höheren Schulwesens Groß-Berlins“:

„Über die Vorteile dieses oder jenes Aufbaues zu sprechen, ist zu früh. Wichtig ist das Prinzip. Und dazu ist zu sagen, daß dieses Prinzip erst als die Krönung der modernen pädagogischen Erkenntnisse und Forderungen erscheint. Die Grundidee der Reformanstalt überhaupt (Rfrg. usw.) ist die Möglichkeit, die individuellen Anlagen des Schülers hervortreten zu lassen und zu berücksichtigen. Erst nach dreijährigem Besuch der Schule soll und kann er die Wahl der Schulart treffen. Das bedeutet einen sehr großen Schritt vorwärts auf dem Wege der Schulerziehung. Und daß die Schulreform von 1924 die Reformanstalten in den Vordergrund rückt, ist wohl ihr größtes Verdienst. Aber als

notwendige Ergänzung ist die Gabelung auf der Oberstufe zu fordern. Hier müssen alle die, die den falschen Weg gewählt haben (und ihre Zahl bleibt noch recht groß) die Möglichkeit zur Rückkehr finden. Noch wichtiger ist, daß bei dieser Gabelung der Oberstufe gleichzeitig eine Forderung erfüllt werden kann oder sich vielmehr von selbst erfüllt, die die letzten Mißstände unserer Schulerziehung berührt. Bis jetzt verlangt die Schule auch noch von dem Schüler der Oberstufe, daß er für eine ganze Reihe von Fächern und Unterrichtsdisziplinen dasselbe Interesse, dieselbe Begabung, dieselbe Leistungsfähigkeit mitbringt. Auch die Reform von 1924 bringt nach dieser Richtung trotz ihrer Hervorhebung von charakteristischen Fächern für jede Schulgattung und trotz der sechs wahlfreien Stunden für die Oberstufe in der Praxis keine Erleichterung. Der Realgymnasiast, der keine ausreichende Begabung für Mathematik und für die Naturwissenschaften besitzt, muß auch jetzt noch durch das Reife-Examen fallen usw. Die Gabelung der Oberstufe mit ihrer Möglichkeit, wenn natürlich auch in einem bestimmten Rahmen, so doch viel entscheidender die individuellen Anlagen auszunutzen, bedeutet erst den letzten Schritt vorwärts zu dem Ziel moderner Schulerziehung. Daraus ergibt sich die Forderung, an der Durchsetzung dieser Schulform mitzuarbeiten. Die Umstellung des Berliner höheren Schulwesens auf diese Form wäre in weitem Umfange ohne Schwierigkeiten möglich, nämlich überall da, wo eine lebensfähige Doppelanstalt besteht.“

Kaiser-Friedrich-Realgymnasium in Neukölln.

Die hier von dem Leiter des Berliner höheren Schulwesens als dringend notwendig so nachdrücklich betonte Gabelung der Oberstufe ist nun aber an einer Versuchsschule Berlin bereits in gewissem Sinne überholt, und zwar an der Versuchsschule, die Karsen in Neukölln leitet. Es ist bereits gelegentlich der Auseinandersetzungen über die Volksschulen von den Versuchs-Volksschulen in Berlin die Rede gewesen und deren Struktur aufgezeichnet worden. Aus den dort geäußerten Gedanken der Gemeinschaftsschule heraus wird von den Berliner Pädagogen dieser Schulen, in erster Linie von Karsen, ein organischer Weiterbau, der zu einem nach individuellen und sozialen Berufsnotwendigkeiten gegliederten Oberbau führt, gefordert. Nach der Meinung Karsens können die neunjährigen starren Typen der höheren Schulen im organisatorischen Sinne niemals den Gedanken der Gemeinschaftsschule fortsetzen, und so aner kennenswert ihm die Versuche Vilmars und Bolles erscheinen, so ist er auch mit der von diesen Schulmännern gebotenen Freiheit nicht zufrieden. Schon nach Vilmars Meinung gibt es nicht den Gymnasiasten, noch den Realgymnasiasten usw., da die Begabungen so differenziert seien, daß in jedem Schultypus einzelne Fächer zurücktreten, ja ganz ausfallen können — wie das Lateinische auf dem Realgymnasium —, andere,

die normalerweise nicht erteilt werden, wie Biologie auf dem Realgymnasium — stark betont werden dürfen. So kommen entsprechend der Verschiedenheit der Begabungen und der ihnen gemäßen Berufsnéigungen, wie wir oben sahen, doch etwa fünf verschiedene Ausbildungsgänge der Schüler des Realgymnasiums, der Oberrealschule und des Gymnasiums zustande. Die starren Typen werden mithin schon durch die lebensgemäße Gliederung in Vilmars System stark durchbrochen.

Karsen aber will noch weitergehen. In der von ihm geplanten Schule bedeutet die Oberstufe der höheren Schule nicht mehr den Abschluß einer von ihm für illusorisch gehaltenen Allgemeinbildung in den Formen der bestehenden Typen, sondern einen nach individuellen und sozialen Berufsnotwendigkeiten gegliederten Oberbau, eine Vorberufsschule der akademischen Berufe. Daher gliedern sich bei ihm um den deutschkundlichen Kern vier Abteilungen für die philologisch-sprachlich, für die mathematisch-naturwissenschaftlich-technisch, für die sozialwissenschaftlich und endlich für die künstlerisch (musikalisch-zeichnerisch-darstellerisch) betonten Schüler, Abteilungen, die sich auch in dem von Taut eigens für Karsens Schule entworfenen Bau in Neukölln, über den im Kapitel über die Neubauten des Näheren berichtet wird, rein räumlich voneinander abheben.

Die organische Weiterbildung der Arbeitsformen der Gemeinschaftsschulen, also des inneren Betriebes, versucht die von Karsen geleitete Aufbauschule in Neukölln. Er selbst berichtet darüber folgendes:

Die preußische Reform der höheren Schulen und die entsprechenden neuen Prüfungsbestimmungen haben uns in diesen Bestrebungen weitgehend gefördert. Wir haben allgemeine Arbeitsformen entwickelt. Die kooperative Arbeit der Schule beginnt in jedem Jahr mit der Gesamtkonferenz, an der die Vertreter der Schüler teilnehmen. Auf Grund der bisher vorliegenden Erfahrungen über die Stoffgebiete, die gerade unsere dem Proletariat entstammenden Schüler in den verschiedenen Jahrgängen interessiert haben, werden die großen Arbeitsthemen den einzelnen Klassen zugeteilt. Die weitere Beratung erfolgt in den Klassen in Anwesenheit sämtlicher Lehrer und sämtlicher Schüler. Hier kann das zugeteilte Arbeitsthema angenommen oder in sachlich begründeter Weise abgelehnt werden, weil ja jede neue Klasse doch wieder anders als die vorige zusammengesetzt ist. Das Jahresthema in den oberen Klassen, das auf kürzere Zeit festgelegte Thema in den unteren Klassen wird dann nach der sachlichen und nach der individuellen Seite unter die einzelnen Arbeiter, zu denen auch der Lehrer gehört, aufgeteilt. Jeder einzelne Arbeiter erhält in individueller Beratung die Arbeitsmittel und Hilfe zu ihrem Gebrauch, damit er die ihm wegen seiner besonderen Eignung zugewiesene Teilaufgabe sachlich einwandfrei erledigen kann. Der Lehrer hat hier die Rolle des organisierenden Werkmeisters. In der Klasse selber tritt er dann nicht stärker in Erscheinung als jeder andere Arbeiter. Der Prozeß spielt sich so ab, daß der parlamentarische Leiter, meist ein Schüler, das Wort erteilt, daß der Referent an der Hand des allen zugänglichen Beobachtungs-, Experimentier- oder Quellenmaterials seine Gesichtspunkte und die

gefundenen Tatsachen entwickelt, daß die anderen sich helfend, ergänzend oder kritisch verhalten, weil sie ja das Material und die Spezialkenntnis einer von dem Referenten nicht bearbeiteten, ihnen zugefallenen anderen Seite der zu lösenden Aufgabe besitzen. So kommt es zur Lösung von Unteraufgaben und schließlich des Gesamtthemas durch Arbeitsteilung in den einzelnen Fachgebieten, die wieder in genau geplanter Weise ergänzend zusammenarbeiten. Die Kontinuität wird gewahrt durch die genauen Protokolle und die schriftlichen Arbeiten, die niemals in gleicher Weise für alle gelten, sondern Teile behandeln, die sich erst mit den Arbeiten der anderen Kameraden zu einem Ganzen zusammenschließen.

Die kurz geschilderte allgemeine Arbeitsform differenziert sich natürlich in den einzelnen Fachgebieten, da diese verschiedene Werkzeuge gebrauchen. Die Schule wird zur Werkstatt, in der jedes Werk in persönlich und sachlich differenzierter Arbeit mit differenzierten lebensgemäßen Werkzeugen kooperativ hergestellt wird.

Von solcher Praxis aus sind wir zu dem Plan der neuen, hoffentlich bald gebauten Schule gekommen, die in der Anordnung, Aufteilung und Ausstattung der einzelnen Werkräume einen unter dem psychologischen Gesichtspunkt des sich entwickelnden und bildenden Menschen völlig rationalisierten Schulbetrieb ermöglicht.

Um den Gedanken der Lebensgemeinschaftsschulen auf den höheren Stufen der weiterführenden Schule zu verwirklichen, muß diese den Anteil der Schüler an der Gestaltung des Schullebens entsprechend der größeren Reife der älteren reiferen Jugend wesentlich steigern. Über die Klassengemeinden hinaus, die alle Ordnungs-, ja auch bis zu einem gewissen Grade die Unterrichtsangelegenheiten bestimmen, hat sich daher bei uns in ganz bestimmten Lebensformen eine Schulgemeinde aufgebaut, die schlechterdings alle Angelegenheiten des Schullebens regelt, sie durch ihre Ausschüsse erst genau vorbereitet und schließlich auch auf ihren Sitzungen zur Entscheidung bringt. Die Fülle der sozialen Aufgaben wird gelöst auf Grund der in langer Arbeit hergestellten Sozialstatistik, man wirkt positiv für Verbesserung der Arbeitsräume, der Arbeitsmittel, für die Organisation von Festen der verschiedensten Art, tritt von hier aus an öffentliche Körperschaften heran, macht auf Schäden aufmerksam, macht Vorschläge für ihre Beseitigung. Wenn jetzt der neue Schulbau kommt, so hat auch die Schulgemeinde daran Teil. Erst dort wird sich unsere Schule im Sinne der Gemeinschaftsschule zum sozialen Lebensraum weiten, mit Sportplätzen, Arbeitsstellen jeder Art, die außerhalb der Schulzeit zur Benutzung freigegeben sind, und Eßräumen, all den Einrichtungen, die für die Kinder des proletarischen Ostens so unbedingt nötig sind. Sie wird dann innerhalb der Bedingungen der Großstadt die Aufgabe erfüllen, die die Schulfarm Scharfenberg durch Herausnahme der Jugend aus ihrem Milieu und durch das Internat leistet.“

Auf dem Gebiete der inneren Reformen sei schließlich noch eines Schulversuches gedacht, der schon deswegen eine eingehende Schilderung verdient, weil von ihm sicherlich behauptet werden darf,

daß er in seiner Art seinesgleichen in Deutschland nicht aufzuweisen hat: *die Schulfarm Scharfenberg*. Über sie sei ein Bericht, den wir dem Gründer und Leiter dieser Schule, Herrn Studienrat Blume, verdanken, im folgenden unverkürzt, um ihm nichts von seiner Ursprünglichkeit zu nehmen, zum Abdruck gebracht.

Die Schulfarm Insel Scharfenberg.

I. Scharfenberg als Not- und Glücksgründung.

Die Schulfarm auf der städtischen Insel Scharfenberg im Tegeler See ist eine Keimzelle der Nachkriegszeit, eine ausgesprochene Inflationsgründung, geboren eigentlich nur aus dem selbstverständlichen Drang einiger Lehrer und Schüler, sich durch gemeinsamen Aufenthalt in der um Kriegswehen unbekümmerten Natur und durch freiere Entbindung selbständiger Kräfte im Unterricht das damals für alt und jung so trübe, magere Leben gesunder, freudiger und damit schöner zu machen. Erst in der praktischen Arbeit daran sind sie sich bewußt geworden, Pioniere für die theoretische Forderung zu sein, daß die Schule statt einer peripherischen Halbtagsveranstaltung von Erwachsenen, einer Stuben- und Stubengelehrtenangelegenheit, statt einer künstlichen Institution eine wirkliche Lebensstätte der Jugend sein und damit zum natürlichen Zentrum ihrer Interessen werden müsse.

Es war im ungesundesten Norden Berlins, in einem städtischen Gymnasium aus jenen Zeiten, als man Schulen noch ohne Rücksicht auf Sonne und Luft baute; zwei Höfe im Geviert hintereinander, von allen Seiten lichtschachtartig ummauert; seine Schüler Söhne aus dem verarmten Mittelstand, aus dem wirtschaftlich damals schlecht gestellten kleinen Beamtentum, im besten Wachstumsalter der vollen Ladung der Schäden der Kriegs- und Nachkriegszeit in solcher Umgebung ausgesetzt! Unabhängig von dem segensreichen Eingreifen der Jugend- und Wohlfahrtspflege und den Angeboten ausländischer Gastfreundschaft für einzelne, die dann für Monate der Schule entfremdet wurden und sie nachher um so mehr nur als Plage empfanden, suchten drei Lehrer und eine Anzahl Schüler aus verschiedenen Klassen von sich aus den bitter notwendigen Ausgleich zu finden im Rahmen der Schule selbst und zur Erhöhung ihres Prestiges, aus eigener Kraft geschaffen und auszubauen, für alle erreichbar. Er tat sich ihnen — seltsam genug — aus einer zweiten Not heraus auf, die in ganz anderen Tiefen wurzelte. Unter dem Antrieb derselben kleinen Gruppe war an der Anstalt nach dem 27. November 1918 gegen den Widerstand der überwiegenden Mehrheit des Kollegiums die „Schulgemeinde“ eingeführt; diese drohte in Pausenaufsicht und ähnlichen Selbstverwaltungssurrogaten zu versanden, wenn sie sich nicht selbständige Betätigungsmöglichkeiten — fürs erste tunlichst auf neutralem Boden — eröffnete: Eine Mittagsversammlung der Schüler von Obertertia bis Prima in dem kahlen, grauen Gesangssaal des alten Gymnasiums in der Gartenstraße beschloß wenige Wochen nach

Ostern die Gründung eines „Schulgemeindeheims“ in eigener, von der Schule unabhängiger Verwaltung. „Und wenn's zunächst bloß ein alter Eisenbahnwagen wäre, den wir irgendwo in den märkischen Wald stellten!“ Aus dem dritten Faktor, der Elternschaft, kam unvermutet schnell eine viel glücklichere Lösung. Nach wenigen Tagen konnte die wieder aus Schülern und Lehrern bestehende Kommission in Vorfrühlingsahnung durch die Stolper Feldmark fahren zu deren Besitzer, der, nach Fürsprache eines Tertianervaters, seines Försters, bereit war, ein altes Waldarbeiterhaus, nicht weit von den Resten der Stolper Ziegelei einsam gelegen, zu dem gewünschten Zweck zu überlassen, und ein Stück Acker dazu, auf dem die Kartoffeln für den Sonntagsbedarf der Heim Gäste da draußen gezogen wurden. „Ein Stückchen Heimateerde für unsere Kinder!“ — Eine Forderung der Stein-Fichteschen Nationalerziehung nach Preußens erstem großen Niederbruch. Eine Schulfarm en miniature. Verschwommen, doch lockend tauchte in den hier glücklich-kameradschaftlich verlebten Stunden die Idealschilderung von Sassaja Poljana, der wirtschaftenden Kindergemeinde auf dem Gut des Grafen Tolstoj aus der Erinnerung gemeinsamer Lektüre auf. Meist schon war der Mond an den Sonntagabenden heraufgezogen, bis der „Aufsicht führende Kamerad“ die eigen gefertigten Fensterläden verriegelte; gab es doch hier in den 1½ Tagen nie Langeweile; selbst ein Aufsatz schrieb sich unter dem Holunderbusch am selbstgezimmerten Tisch fließender ein; auf den Flößen, die im Havelarm davor langsam dahintrieben, ließ sich laut und leise, gemeinsam und allein viel schöner Lektüre treiben, heimische und auch fremdsprachige . . . Der Horror vor dem grauen Montagmorgen wurde der Geburtshelfer für den Plan, die Schule mit in den Forst hinauszunehmen, das hieß für den Sommer wenigstens vorerst mit einer Klasse dort ganz zu wohnen. In einer Quäkersitzung in der Neuen Friedrichstraße war es, wo sich der in den Stolper „Verwaltungsausschuß“ gewählte Lehrer an die vorsitzende Frau Stadträtin Weyl heranpirschte. „Ausgeschlossen, in ein fremdes Haus können wir doch keine größere Küche und keine besseren Schlafräume bauen; aber wie wäre es mit dem Landhaus auf der Insel Scharfenberg? Es ist nach zwölfjährigem Leerstehen im Gemeindeblatt oft vergeblich ausgebaut worden; der Zustand wird Sie und Ihre Jungen nach dem Stolper Wildwest-Abenteuer nicht schrecken.“ Fingerglück! Am 30. März 1921 stand eine Stolper Feriensturmkolonne an der Fähre des Tegeler Sees. — „Und da lag unsere Insel“, so heißt es im Tagebuch eines Mitkämpfers, der später das erste Scharfenberger Abiturium abgelegt hat, „der See warf uns die Mittags-sonne ins Gesicht, und seine Wellen spiegelten Teile und Teilchen der Insel. Die Fähre zog einen schwarzbraunen Schlußstrich unter das Bild. Dann waren wir drauf und schlossen unser Schloß mit großem eisernen Schlüssel. Jetzt läuft man wohl gedankenlos über die Marmorstufen der Vorhalle; unser Erstaunen nach Stolper Ziegeln ist schwer zu beschreiben. Doch der Staub war vor allem. Es gab Arbeit! Eine Woche lang. Wolkenweise verließ der Feind seine Stellungen, die er mit Legionen Spinnen und Schwadronen

Ratten hartnäckig verteidigt hatte. Wir lagen allabendlich zerschlagen vom Kampf im Strohlager im blauen Zimmer, ohne Unterschied — Professor, Student, Gymnasiast; die Halme dehnten sich und raschelten im Schein des langsam verglimmenden Ofens.“ Aus solchen Notzuständen, in denen zuerst ausgehängte Türen als Bänke und Tische dienten, entsprang die erste Scharfenberger Arbeitsgemeinschaft, die zum großen Teil für andere in Schmutz und Schweiß sich mühte; denn nicht alle waren gerade Schüler der Untersekunda, die dann von Mai bis Oktober, über vier Schulmonate also, auf der Insel bei Sport und Spiel und unverkürztem wissenschaftlichen Unterricht in enger Gemeinschaft mit den drei Lehrern gelebt hat. Was den Beteiligten an ihrem Tagesprogramm ganz selbstverständlich schien, zog bald die Aufmerksamkeit auf sich. Der „Nieuwe Courant“ beschrieb seinen Haager Lesern den Unterricht im Freien: „In een bijzonder beschut gedeelte van het park zijn een aantal banken en tafels geplaatst en hier ontfangen jongens onderwijs van drie leeraren, die hier heel huiselijk met de jongelui wohnen.“ Die „Vossische Zeitung“ freute sich besonders über „die innere Gemeinschaft, in der die äußeren Formen der Disziplin nichts und die Zuneigung von Mensch zu Mensch alles bedeute.“ Das „Philologenblatt“ sprach von der „Gemeinschaftsschule der Insulaner“, und der „Discipulus“ wies seine radikalen Leser auf die Abendberatungen hin, in denen unter anderem gegen zwei Stimmen das Rauchen auf der Insel für unmöglich erklärt wurde oder ein Schülervortrag über die Lüge dazu aufgefordert hatte, aus dem engen Verhältnis zu den Lehrern die moralisch gebotenen Konsequenzen zu ziehen und vor allem auch später aus dem städtischen Schulleben den Geist der Unehrllichkeit zu verbannen. „Die Jugendbühne“ brachte einen Bericht über die Darstellung des Kayßlerschen Fünkfaktors „Simplizius“ als Muster einer Schüleraufführung im Freien, wobei der Wechsel der Szenerien durch Bewegung des Publikums zu den für die Handlung am meisten geeigneten Plätzen der Insel erreicht war; und der „Lokalanzeiger“ stellte dies Sommerschulunternehmen den Schülererholungsheimen und den Waldschulen als einen neuen Typus gegenüber. Walter Rathenau bezahlte das Defizit, das bei den sehr gering bemessenen Elternbeiträgen trotz Quäkermilch und Quäkermehl nicht ganz zu vermeiden gewesen war; die Stadt selbst hatte nicht einmal Vertretungskosten zu leisten gehabt; sie sollte — das war etwas Grundsätzliches an diesem Versuch — bei dem damaligen finanziellen Ruin nicht in Mitleidenschaft gezogen, das Sonderziel durch Selbsthilfe erreicht werden. Als Vertreter der staatlichen Schulbehörden ließ Minister Boelitz „den drei Studienräten Cohn, Schmidt und Blume für ihre weitschauende, selbstlose und erfolgreiche Tätigkeit seine Anerkennung aussprechen.“ Der Winter in der Stadt brachte die Ernüchterung. Die auf einen natürlich-frischen, kameradschaftlich-freimütigen Ton gestimmte Art der Erziehung, die sich draußen von selbst herausgebildet hatte, stieß hier an die Wände der Klassenzimmer; die Lehrer und die Aufrechten unter den Jungen, die die Schülermaske zu tragen verlernt hatten, wurden in äußere und innere Konflikte geworfen. Das Kollegium frondierte, die Elternschaft der

nächsten Sekundanergeneration wollte nicht geschlossen mitgehen, die unbedingte Voraussetzung für die Wiederholung des Sommerschulunternehmens auf Scharfenberg. Der Kampf ist der Vater aller Dinge. So ward aus der Sommerschule eine Dauerschule. Trennung von der Mutterschule! Ein Lehrer und zehn Schüler melden sich von ihr ab. *Secessio in insulam sacram!* Aus anderen Schulen gesellen sich elf Schüler dazu, Sekundaner und Primaner, entschlossen, sich ihre eigene Schule zu gründen, unbekümmert um Berechtigungen. November-Elan! Der gerade eingerichtete städtische Versuchsschulausschuß unter Vorsitz des Stadtschulrats Paulsen bewilligte für die allernotwendigsten Reparaturen an und in der Inselvilla eine Summe, die infolge des praktischen Zupackens der Schüler sich in ganz bescheidenen Grenzen halten konnte. Ein in zwölfter Stunde auftauchender Antrag des Bezirks Reinickendorf, die von ihm jahrelang unbeachtet gebliebene Insel ihm jetzt zu Volkserholungszwecken zu überlassen, wurde durch Magistratsbeschluß vom 12. April 1922 abgelehnt. „Magistrat ist damit einverstanden, daß mit der Schulverwaltung bzw. dem Jugendamt ein Pachtvertrag wegen Benutzung des Landhauses auf der Insel Scharfenberg und eines größeren Stückes Land abgeschlossen wird. Gezeichnet Boeß, Benecke, Paulsen.“ Wieder war aus der Vereinigung von Not und Glück etwas Neues geboren, eine Versuchsschule der Stadt Berlin!

W. Paulsen, der den Plan von seinem ersten Auftauchen an in heller Begeisterung gefördert hatte, meinte nach der Sitzung halb erfreut, halb resigniert, wenn doch alle Schulfragen in Berlin mit solcher Einmütigkeit behandelt würden! Jene schmerzlich-glückhaften Geburtswehen bei der Loslösung von der Mutteranstalt aber waren eigentlich nur, worauf schon die dem Magistrat und dem Versuchsschulausschuß eingereichte Denkschrift versöhnend hatte hindeuten können, der Anlaß zu einer Scheidung vom Alten gewesen, die sich längst innerlich angebahnt hatte und weit tiefer begründet war. Schon in der zweiten Hälfte der Sommerschulzeit hatte man's in Scharfenberg selbst mehr und mehr empfunden, daß der Ausgangspunkt, die gesundheitlichen und ethischen Schäden der Kriegszeit auszugleichen, gar nicht mehr das Treibende war, sondern das Pädagogische. Auch einige Eltern sprachen den Wunsch aus, ihre Söhne, „die nicht bloß körperlich 14 Pfund zugenommen hätten“, weiter draußen lassen zu können. Hermann Lietz' Lebensbuch und sein „Heim der Hoffnung“ waren in den letzten Wochen dort als begehrte Abendlektüre vorgelesen worden. Die Anteilnahme der Großstadt-Untersekundaner an solchen von „Dr. Fuchs und seiner Tertia“ weit abstehenden, nicht pennälerhaften Schilderungen einer neuen Jugend, die Anfänge ungezwungener Mitarbeit im Unterricht, das zeitweise Bestreiten seiner Kosten schon durch die Jungen, die von ihnen selbst eingerichtete und geleitete Rezitations-Stunde, das selbstverständliche Sich-Finden von Literatur und Musik oder gar die Ansätze zu größerer Selbständigkeit und Offenheit, die Hinwendung zu einem natürlichen Leben ohne Blasiertheit, voll Einfachheit, Ehrlichkeit und abhärtender Selbstzucht — all das konnte sich naturgemäß nur entwickeln, wenn Lehrer und

Schüler nicht bloß einen Sommer lang, sondern auf Jahre hinaus so zusammenblieben. Und weiter noch: In der Kriegszeit hatte der Gründer an seinem früheren Gymnasium Obersekunda, Unterprima, Oberprima, in Deutsch, Geschichte, Erdkunde kombinieren müssen; auch hier war aus der Not eine Tugend geworden. Denn an Stelle des Klassenunterrichts war sich gegenseitig befruchtende Gruppenarbeit getreten, durch die Vereinigung verschiedener Altersstufen und durch die Konzentration der Fächer ergaben sich ganz von selbst ermutigende Etappen zu einem „Gesamtunterricht“ hin, und das Problem der Bewegungsfreiheit auf der Oberstufe hatte sich hierbei den Hauptbeteiligten aufs neue als eine zweifelloose Lebensforderung der höheren Schule, als positivstes Gegenmittel gegen Schulverdrossenheit aufgedrängt; daß ein ständiges Zusammenleben dafür viel mehr Erfüllungsmöglichkeiten aufzeigen würde, lag auf der Hand. Und von diesen kleinen mehr persönlichen Sondererfahrungen abgesehen, — die deutsche Jugendbewegung gab gerade damals durch die wenigen wahren Führer, die ihr der Weltkrieg gelassen hatte, in der Stuttgarter Tatgemeinschaft oder in Büchern wie etwa denen des Greifen-Verlags über „die Dreiheit eines neuen Schullebens — Wandervogel, Werktat, Dramatik —“ ihren Willen zu erkennen, nicht in der fragmentarischen Zersplitterung und der Zupfgeigen-Passivität zu verharren —, mußte man da nicht versuchen, die Brücke zu schlagen zwischen echter Jugendbewegung und wahrer Schule? War es nicht Zeit, den Hebel anzusetzen, damit die Jugend allmählich loskomme aus dem Wirrwarr sie hin- und herzerrender verfrühter parteilicher und überparteilicher Organisationen, damit die Schulgemeinschaft „der Bund“ werde, in dem sie ihren ganzen und einzigen Ausdruck findet? In dem Riesensatzband der Reichsschulkonferenzverhandlungen las man damals Leitsätze über die Schule der Zukunft als einer „erziehlichen Arbeitsgemeinschaft“, über „die neue Schulform als Ausdruck der freien Regungen der Jugendlichkeit“, „auch als staatliche Organisation eingebettet in ein soziologisch ganz anders geartetes Gesamtleben“; von den verschiedensten Seiten — Anhängern und Gegnern — war hier bezeugt, daß sich Erfahrungen und Ergebnisse in dieser Richtung am besten zunächst in öffentlichen Internaten würden gewinnen lassen, aus denen dann die anderen Unterrichtsanstalten Schritt vor Schritt nach längerer Bewährung das Gute übernehmen könnten. Sollte Berlin, das schon vor dem Kriege im Schulwesen an Weite der Ideen und Rührigkeit des Experimentierens von München, Mannheim, Frankfurt überflügelt war, auch jetzt noch vor Hamburg wieder im Hintergrund bleiben? Wenn der Elan der pädagogischen Revolution sich nicht in papierernen Verbesserungsvorschlägen für die Fassade des alten Gebäudes der höheren Schule oder in noch längst nicht durchführbaren Entwürfen einer fundamental anders aufgebauten Schule, utopisch gleich für Tausende gedacht, nutzlos erschöpfen sollte, mußte jetzt gehandelt werden, und sei es auch nur — den traurigen finanziellen Verhältnissen entsprechend — in ganz bescheidenem Ausmaße. Nicht mehr als den einen Schritt getan zu haben, mit dem bekanntlich auch ein Weg von 1000 Meilen anfängt, waren sich die 3 Lehrer und 21 Schüler wohl bewußt, die

am 4. Mai 1922 auf dem Schulplatz der Insel Scharfenberg fast den ganzen Tag berieten, wie nun das Verhältnis der Kern- und Kursfächer sein solle, welche Verbindungen bei der Wahl der Neigungsfächer gewagt werden könnten, wie weit ein Stundenplan nötig sei und wie er aussehen solle, oder wenn sie einige Tage später die ihnen von den Wasserwerken als unmittelbarem Verwalter der städtischen Insel widerwillig überlassenen drei Morgen Queckenland in Gartenparzellen, Spielplätze und ein botanisches Versuchsfeld aufteilten. „Nach dem Gesetz, nach dem du angetreten . . .“ Es war eine Notgründung, und so rissen auch die Nöte noch jahrelang nicht ab. Was nützte es z. B., wenn etwa ein Gymnasiast sich seiner Neigung folgend für die letzten Jahre Mathematik und Physik als Kurs-, d. h. Hauptfächer, gewählt hatte, in diesen wöchentlich mindestens zwölf Stunden Unterricht bei stärkster eigener Weiterarbeit mitmachte und dann später doch in der Reifeprüfung von ihm seine Hauptleistung in den antiken Sprachen verlangt würde, man ihn vielleicht sogar dazu an eine fremde Anstalt in der Stadt schicken wollte? Wie im Fluge waren die 1½ Jahre vergangen, nach deren Ablauf die ersten Primaner, die zu Anfang so begeistert wie unbekümmert mit ausgewandert waren, zu Hause das Abiturium hätten ablegen müssen. Wir durften uns damals sagen, daß in dem ersten Scharfenberger Winter, trotzdem in dem einen geheizten Saal gegessen, unterrichtet und bei Petroleumlampen gemeinsam gearbeitet werden mußte, wissenschaftlich tüchtig geschafft worden war, — (mehr vielleicht, als später in den räumlich und hygienisch ungleich günstigeren Verhältnissen). Das Niveau der kleinen Oberstufe im Unterricht war gut; an den Abenden hatte es oft, etwa nach der Lektüre von Strindbergs Gespenstersonate, die der Deutschkurs besorgt hatte, oder nach dem Referat eines Naturkurses über Haeckels Monismus oder nach mehreren Vorträgen über das Sektenwesen in und neben der Kirche, gehalten von einem Schüler, der selber Baptist war, die anregendsten Debatten gegeben; zuweilen waren sie — so bei Behandlung des Problems der Willensfreiheit, — erst nach Mitternacht bei heißen Köpfen zu Ende gegangen. Es war damals ein wahrer furor philosophicus und -pädagogicus ausgebrochen. Hatte doch ein Abituriumskandidat in mehreren Heften seine Ansichten „Über Jugendleben und Jugenderziehung“ in Form einer Utopie niedergelegt, wie Scharfenberg in 10 Jahren aussehen mußte, mit genauen Bauplänen der Einzelhäuser, mit technischen Zeichnungen für eine Motorfähre, mit Lehrplanvorschlägen für eine auch zum Abiturium führende spezifisch landwirtschaftliche Abteilung. Sein Mitexaminand war der Vorsitzende einer „Pädagogischen Woche“ gewesen, in der man sich durch Lektüre und Referate Abend für Abend mit Pestalozzi, Fichte, den einschlägigen Wilhelm-Meister-Kapiteln, mit Lietz' Persönlichkeit und Wyneckens Jugendkultur vertraut gemacht hatte. Und in den großen Ferien hatten die interessiertesten Schüler dem Leiter geholfen bei der Abfassung einer Denkschrift, die am Schluß die Bitte aussprechen sollte, daß die Abiturienten unter Vorsitz eines staatlichen Kommissars an der Schule selbst geprüft werden dürften. Wenn man heute rückwärts sieht, — in der Tat etwas viel verlangt, weil zu

exzeptionell; damals hielten es die Verfasser für eine Selbstverständlichkeit. Auf riesigen Tableaus wurden die Kern- und Kursstunden, ihr Verhältnis zueinander, ihre Zahl, die Kombinationsmöglichkeiten durch Farben und Karos graphisch dargestellt, um die Besonderheiten der Scharfenberger Oberstufengestaltung im Vergleich zu der, die Vilmar im Grunewaldgymnasium und Bolle in Karlshorst durchgesetzt hatten, zu veranschaulichen. Jeder Kurs erstattete einen Rechenschaftsbericht, und sein Leiter entwickelte jedesmal die weiteren Ausichten. Halbjahrsarbeiten der Schüler über selbst gesetzte Themata aus ihren Lieblingsgebieten, die Vorläufer der jetzt nach den neuen Abituriumsbestimmungen überall zugelassenen sogenannten großen Arbeiten, wurden beigelegt; sie handelten von der besten Möglichkeit, elektrisches Licht nach Scharfenberg zu bekommen (mit Messungen, Lotungen, Kostenanschlägen) oder vom modernen Flußhafen — seiner Lage und seinem Bau, oder es waren Beiträge zum Verständnis des geologischen Aufbaus der Insel oder Abhandlungen über das Wasser als wichtigem Faktor im Leben der Erde (mit Inselbeobachtungen) oder über den Bau der Geschlechtsorgane nach Sezierungen an Tieren (mit Zeichnungen), Aufsätze über die bäuerlichen Zustände Westfalens nach den Schriften von Justus Moeser oder über den Ursprung der Sprache nach der Lektüre von Hamann. Aber der entscheidende Geheimrat im Ministerium sagte: Zu eigenem Abiturium fehlten die formellen Vorbedingungen, der feste Lehrkörper, der neunjährige Aufbau, die vorgeschriebenen Lehrmittel. Es bedeute ein großes Entgegenkommen, wenn die Abiturienten an einem Berliner Gymnasium unter dem Beisein ihres bisherigen Hauptlehrers geprüft werden könnten. Sie erinnerten sich in diesen Tagen an Hermann Lietz' Schilderung, wie er nachts auf der Landstraße die Rückkehr seiner Prüflinge aus einer fremden Stadt voll Spannung erwartet hatte. Zufällig tagten an dem folgenden Sonntag die Führer der Wandervogelbünde auf einer Landzunge der in ihren Zeitschriften jetzt öfter beschriebenen Insel. Nach der hier von ihnen vollzogenen Vereinigung von Altwandervogel, Wehrbund und Jugendbund wollten sie Näheres über die Schule hören; sie möchten Ähnliches auf irgendeiner Burg anfangen; die Resignation der Scharfenberger an diesem Abend war groß. Man warnte die Gäste, wenn schon hier bei städtischem Fundament, geprüften Lehrkräften, teilnehmendem Interesse einiger Schulräte St. Bürokratius alle Zukunftshoffnungen knickte. Es ging hier ja nicht nur um die paar Abiturienten, sondern um die Existenz der Schule! Denn ist es nicht wertlos, jahrelang dem Ideal einer möglichst freien Entfaltung des Unterrichts unter starker Mitbestimmung der Schüler zuzustreben und zum Schluß, wenn die Jahre sich in Selbstständigkeit krönen müßten, den ganzen vorgeschriebenen Stoff für eine Zufallsprüfung zu drillen? Einer der Bundesführer, Gründer der Märkischen Sing- und Spielgemeinde, erzählte dem Staatssekretär Becker von der lähmenden Enttäuschung, unter der Lebensfähiges zugrunde zu gehen scheine. Der Staatssekretär läßt sich die Denkschrift vorlegen und hospitiert am 5. September mit einigen Ministerialräten in Scharfenberg. Im Kulturunterricht der Oberstufe steht

Japan im Mittelpunkt; man wiederholt die Beziehungen von Orient zu Okzident, deklamiert aus Goethes westöstlichem Diwan, stellt an der Tafel mit bunten Kreiden Stöße und Gegenstöße 622—1868 dar, dem Eintrittsjahr Japans in die moderne Geschichte; es folgen Schülervorträge über Japan als Land; man liest Proben aus dem Teebuch von Okakura Kakuzo; der Zeichenlehrer greift ein, sucht die Schüler nach Abbildungen und Kunstgegenständen das Charakteristische der japanischen Kunst herausfinden zu lassen . . . und so geht es weiter in allen Fächern 5 Stunden lang. Man bleibt den ganzen Tag; man macht alles mit. Am 10. September wird ein Erlaß vom Minister ausgefertigt: „Nachdem durch eine örtliche Besichtigung festgestellt worden ist, daß die Inselfschule Scharfenberg bei Tegel als pädagogisch wertvolle Versuchsschule angesehen werden darf, will ich in Würdigung der dort vorliegenden besonderen Verhältnisse ausnahmsweise zulassen, daß die dort vorgebildeten Abiturienten vor einer besonderen Kommission (auf der Insel) die Reifeprüfung ablegen. Zum staatlichen Kommissar habe ich den Referenten in meinem Ministerium Herrn Ministerialrat Prof. Dr. Metzner bestellt, der sich unmittelbar mit Herrn Studienrat W. Blume in Verbindung setzen wird, um alles Erforderliche schnellstens zu veranlassen. Alle weiteren Entscheidungen bezüglich der Insel Scharfenberg bei Tegel behalte ich mir vor.“ *Per aspera ad astra!*

Wenn nur auch die Sorge um das Leibliche, man könnte sagen um das Existenz-Minimum so mit einem Federstrich zu beheben gewesen wäre! Da man aber in Scharfenberg von dem Anfangs-Grundsatz nicht weichen mochte, das Gros der Schüler aus minderbemittelten Schichten zu wählen, und von der Stadt aus sozialem Verantwortungsgefühl für die sowieso schon Bevorzugten in Zeiten, in denen alles daniederlag, nicht mehr als die Lehrkräfte bezahlt haben wollte, so gab es ein ständiges Ringen ums tägliche Brot. Es war bei dem sprunghaften Klettern der Indexziffer eine Sisypusarbeit, das Finanzielle zu balancieren. Es ist vorgekommen, daß die Eltern schon Zimmer in Berlin bereit hielten, um wenigstens den Fortgang des Unterrichts zu sichern, da sie an ein wirtschaftliches Durchhalten da draußen im Winter nicht glaubten. In Berliner Lehrerzimmern erzählte man sich, wenn die Heringstonne leer sei, müßten die kühnen Reformer reumütig in die alten Mauern zurückkehren. Doch holländische Ärzte und Pädagogen, die uns von Fräulein Dr. Rotten, unserer ersten Englisch-Lehrerin, zum Hospitieren zugeführt waren, sandten für die hungrigen Insulaner einen Waggon Kartoffeln, Roggen und Bohnen frachtfrei bis Tegel, eine wahre Augenweide im Vergleich zu der Ware, die uns der deutsche Landsmann aus Mecklenburg vorher verkauft hatte. „Hundemüde setzten wir uns,“ so schrieb einer, der beim Abladen geholfen hatte in die Chronik, „um 10 Uhr abends an den Küchentisch. Es war eine schier übermenschliche Anstrengung gewesen, das alles allein über die Fähre und in den Keller zu bringen, der in den Scharfenberg eingebaut ist; zuletzt bei Sternenschein.“ Diese harte Notwendigkeit schwingt mit in dem Ton der sogenannten Novemberpunkte, die damals von einer Eltern- und



Überfahrt auf der Fähr mit Bauernwagen zur Schulfarm.

Schülerversammlung gegen eine Lehrer- und eine Schülerstimme aufgestellt und unter Erheben von den Sitzen angenommen worden sind:

1. Pflege, nicht Verminderung der Gemeinschaftsarbeit zum selbständigen Gedeihen des Ganzen;
2. Beibehalten der Einfachheit, des Primitiven nicht als eines Notbehelfs, sondern aus Prinzip — Luxus, Komfort kann sich der Deutsche nicht mehr leisten; die Erziehung muß Freude am Schlichten einimpfen;
3. Gesunde Abhärtung in Nahrung, Kleidung, Aufenthalt im Freien, Bestehen von Gefahren — wo nicht Jünglinge gewagt werden, können nicht Männer werden, Scharfenberg will ein hartes Geschlecht erziehen;
4. Offene Aussprache untereinander, in allgemein-wichtigen Angelegenheiten am besten öffentlich vor allen, nur kein Ge-flüster im kleinen Kreis, kein überkritisches Schwatzen, aber unbedingte Ehrlichkeit der freien Meinungsäußerung;
5. Freiwilligkeit der Grundsatz für alle wissenschaftliche Arbeit; Fortfahren in der Erziehung dazu, auch wenn einzelne Fälle die volle Reife dazu vermissen lassen;
6. Engeres Zusammengehen mit den Eltern.

Die Inselbewohner bissen in diesem ersten Winter die Zähne zusammen, den Zweiflern in Berlin zu zeigen, daß bei einer tüchtigen Portion praktischen Idealismus auch in Inflationszeiten ohne große öffentliche Unkosten aufbauende Arbeit geleistet werden könnte. Durch die Gesinnung, die aus der Tat des Holländischen Hilfskomitees sprach, über die Winternot moralisch hinausgehoben, brachten sie es

fertig, unter Dransetzung des Letzten, was sie äußerlich und innerlich noch herauszugeben vermochten, zu Weihnachten Eduard Stuckens Gawan, dies Mysterium von der Tod und Sünde überwindenden Liebe in ihrem von oben bis unten ganz in Artus-Atmosphäre getauchten „Schlößchen“ aufzuführen. „Gesang soll erschallen. Nachdem wir gebetet zusammen vor Göttin und Gott, soll strahlen in Jul-Blockflammen Schloß Camelot. Unser Herz schmolz, während auf Weihern das Wasser gefror. Drum laßt uns Christnacht feiern, wie nie zuvor.“ Nie wieder hat sich die gemeinschaftsbildende Wirkung eines solchen Festes so deutlich gezeigt, nie haben seitdem alle ohne Ausnahme mit solcher Hingabe der Kunst demütig gedient, mit so reinem Glücksempfinden wie an diesem Tage. Die Stärke dieses Erlebnisses verdankte man wiederum der Not, „der ungestümen Presserin, die die Tat will, nicht das Zeichen“. Und der Funke war übergesprungen. Die Gäste, darunter die Vertreter der Wohlfahrtspflege, vor allem auch der Quäker, der staatlichen und städtischen Schulbehörden, glaubten seitdem an die Sache. Das half im neuen Jahre weiter, in dem man wiederholt am Scheidewege stand.

Wenn die Entwicklung nicht stagnieren sollte, mußten in jedem Jahr zu Ostern neue Schüler hinzugenommen werden. Sollte man jetzt 1923 beim erstenmal Söhne reicherer Eltern wählen, damit die finanziellen Schwierigkeiten leichter zu überwinden wären? Oder konnte man der ursprünglichen Absicht getreu die nächste Generation in den Berliner Gemeindeschulen suchen, um einen Aufbaujahrgang mit den Gründern, die ihre Sekunden und Primen freiwillig und mit einem gewissen inneren Protest verlassen hatten, unter einem Dach zu vereinigen? Als die wichtigste Voraussetzung dafür stellte sich mit der Zeit deutlicher und deutlicher die Kündigung des auf der Insel gegen ganz geringes Entgelt wohnenden Pächters heraus, der die Scheune, den Stall, den Hof, das zweite Wohngebäude und 84 Morgen von der Insel zum Betrieb seiner Milchwirtschaft benutzte. Die Schule brauchte seine Häuser, seine Wiesen, sein Land! Denn schon aus dem kleinen Ertrag der Schülergärten und dem, was Ziegen und Hühner, die von den Gawanstiftungen gekauft waren, beigesteuert hatten, war zu beweisen, daß die Eigenproduktion die Schule halten und auf der eingeschlagenen Bahn weiterbringen könne. Aus einem unabweisbaren Lebensbedürfnis, aus einer Notlage, nicht aus einer vorgefaßten pädagogischen Idee oder methodischen Überlegungen ist die Verbindung von Schule und Landwirtschaft entstanden, aus der die Folgezeit so besonders glückliche Ergebnisse über das Reinwirtschaftliche hinaus zeitigen sollte. Ein neuer Magistratsbeschluß erkannte an, daß hier — noch dazu auf städtischem Grund und Boden — das private Interesse dem allgemeineren, noch dazu sozial bestimmten weichen müßte; die ganze Insel sollte „in gegenseitigem Einvernehmen mit den Wasserwerken“, die die Insel verwaltungstechnisch zu betreuen haben, „zum nächsten zulässigen Termin der Schulverwaltung pachtweise überlassen werden“. Monatelang währte der Exekutionsfeldzug, bis diese parlamentarische magna charta einer neuen Schulart Wirklichkeit geworden war. Mit der Wasserwerksdirektion, die den

freilich abenteuerlich genug anmutenden Anfängen zunächst recht skeptisch gegenüberstand, gab es Mißverständnisse, Reibungen, in denen Frau Stadträtin Weyl eine im Tiefsten verstehende und tatbereite Helferin war; dem Rattenkönig von Wohnungsaffären, die sich an die Kündigung des Pächters vom Mieterschutzgesetz aus in tragikomischer Weise anhängten, ward schließlich durch das energische Zupacken des damaligen Obermagistratsschulrats Nydahl der Garaus gemacht. Manch unvorhergesehener Glücksumstand milderte die Qual dieser Wochen, die in ihren romanhaften Spannungen, in dem wechselnden Auf und Ab der Hoffnungen, in dem nervenzerreibenden Nebeneinander beiderseitig berechtigter Interessen sonst wohl doch unertragbar



Der Wirtschaftshof.

geworden wäre. Die vor den städtischen Aktenwagen pflastermüde gewordenen Pferde, die auf Vermittlung des Stadtrats Wege ein Weißenseer Großfuhrunternehmer zum freien Weidegang auf die Insel geschickt hatte, ermöglichten es den Schülern, die vielen Wohnungsumzüge zu beschleunigen, die nötig waren, bis der Pächter seine Ersatzmolkerei in Reinickendorf beziehen konnte. Und kaum war die Fähre mit seinem Vieh, seinem ganzen Hausrat von den Jungen in schwer zurückzuhaltendem Triumphgefühl glücklich hinübergebracht, setzten sofort außenpolitische Nöte mit verstärkter Heftigkeit ein.

Es war keine Kleinigkeit gewesen, im Frühjahr, als der junge Fachmann, ein ehemaliger Schüler des Gründers, außer ein paar Gartengerätschaften kaum Inventar, keine Betriebsmittel, nicht einmal Entlohnung vorgefunden hatte, die Anerbietung eines ausländischen Kommerzienrats zurückzuweisen, der die Landwirtschaft auf die Beine und durch jährliche Zuschüsse hatte sicher stellen wollen. Aber die

Verpflegung der Schüler in fremder Regie, Stiftungsplakate an den Stegen hinten und vorn mit dem Namen des Gönners, Freistellen nur von ihm zu besetzen! Man hatte dieser Versuchung glücklich widerstanden und sich lieber mit der viel geringeren Schenkung eines deutschen Großindustriellen, des nächsten Nachbarn im Tegeler See, begnügt, freilich einer nur einmaligen Gabe, aber unter viel vornehmeren Formen gewährt, ohne jede Bindung in wirtschaftlichen und pädagogischen Dingen; den Söhnen der Arbeiter und Beamten der Firma Borsig bei der Aufnahme nur dann ein Vorzugsrecht garantiert, wenn sie den andern Gemeldeten an Eignung nicht nachstünden; die Vertretung im Elternausschuß nur als beratende Stimme gedacht und auch als solche in praxi nie ausgeübt.

Und jetzt, als der hemmende Dualismus endlich von der Insel gewichen war, erhob sich in der Stadtverordnetenversammlung lauter Widerspruch gegen diese Stiftung, hinter der man politische Motive vermutete. Die Tageszeitungen beschäftigten sich spaltenlang damit; der Spender, seit Knabenzeit an den botanischen Merkwürdigkeiten der Humboldt- und Bolleinsel stark interessiert und um sie besorgt, wollte jetzt verschnupft den von Neuhaus, Böß und Paulsen gezeichneten Kontrakt annullieren. Was sollte dann werden? Die gestiftete Kuh hatte bereits ein Kalb, der neue Pflug war über die Felder gegangen, das Saatgut längst im Reifen. Sollten die Schüler im Winter wieder ohne Nahrung sein? War es nicht richtig, was namentlich von demokratischer Seite geltend gemacht wurde, daß man sich der privaten Unterstützung freuen sollte, solange die Stadt noch nicht wieder in der Lage sei, Schulexperimente allein zu fundieren? Glücklicherweise stimmte die Mehrheit dem in zwölfter Stunde zu, und die letzte solange noch einbehaltene Rate der Geschenksumme kam nun grade für die nach dem Abzug des Pächters nötigen einmaligen größeren Ausgaben zu paß. Das erste Erntefest konnte gefeiert werden; man aß im Winter eigene Kartoffeln, trank eigene Milch, war in mannigfachem Wechsel von Not und Glück eine Schulfarm geworden.

Prof. Paul Hildebrandt überschrieb einen Aufsatz in der Vossischen Zeitung — damals noch etwas zu optimistisch — „Berliner Schüler als Selbstversorger“. Um für die zweite Aufnahme die richtigen Jungen aus Groß-Berlin herauszufinden, denen das Aufwachsen in einer solchen Schulfarm wirkliches Lebensbedürfnis ist, wiesen Pressenotizen die Elternschaft auf diese Möglichkeit nach Entlassung der ersten Abiturienten hin. Zwar mußte die Schule jedes Jahr neu das Ministerium um die Abhaltung des Abituriums auf der Insel bitten, aber wieder ward aus der Not eine Tugend; denn die gewisse Unverbürgtheit erwies sich als ein guter Riegel für solche Eltern und Schüler, denen der Berechtigungsschein Haupterziehungsziel ist. Zwar konnte die Stadt jederzeit die Zahlung der noch nicht etatisierten Lehrergehälter zurückziehen und damit das Fortbestehen der Schule unmöglich machen; aber solche Unsicherheit bewahrt vor dem „Verliegen“, läßt den Lehrer nicht so früh zum Beamten, den Schüler nicht zum saturierten Pennäler werden, schmiedet Lehrer und Schüler in den eruptiven Zuständen noch enger zusammen, erhält auch bei den

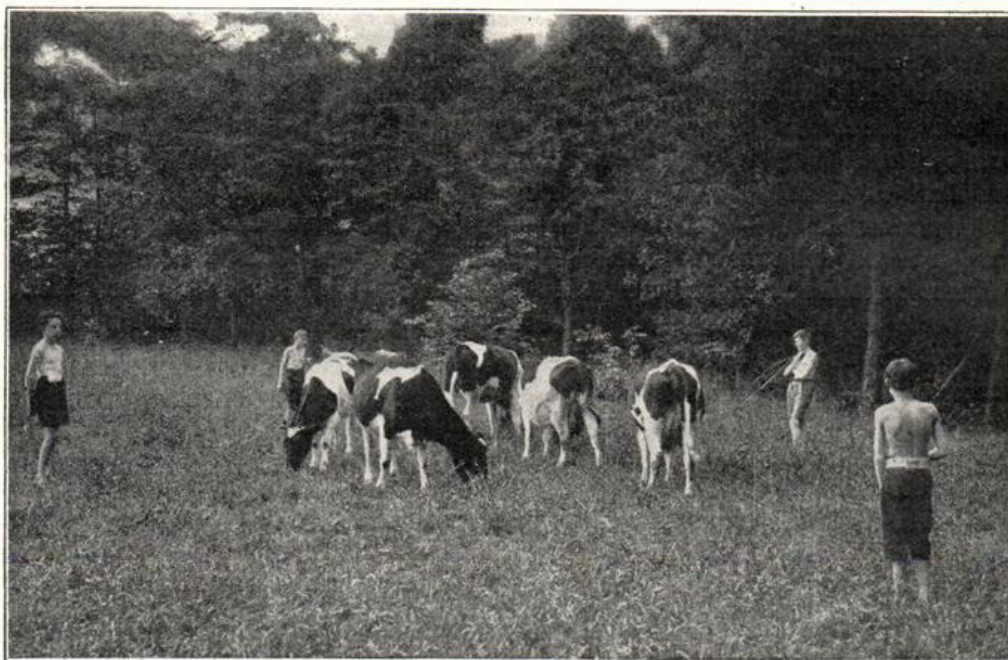
Eltern das Empfinden wach, daß es ihre Schule sei, für die sie selbst mindestens ebenso zu sorgen haben wie die Kommune. Daraus schrieb sich wohl auch ihr Gedanke her, das von ihnen, einigen Gönnern und durch die Arbeit der Inselbewohner mitgeschaffene Gemeinschaftsgut juristisch sicher zu stellen, „damit es im Notfall auch an anderem Ort dem Dienst der ursprünglichen Absicht erhalten bleibe“; so ist auch wieder aus einem „Notstand“ der Verein der Freunde der Scharfbergshulidee e. V. erwachsen. Nur das Zusammenwirken von persönlicher Initiative, privater Hilfsbereitschaft und kommunaler Sicherung kann derartige neue Schulen einerseits vor schematisch-bürokratischer Erstarrung bewahren, ihnen ihren Charakter als Not- und Kampfgründung belassen, andererseits sie vor winkelhafter Vereinzelung und wissenschaftlichen Behelfszuständen behüten.

Nur unter solchen durch Not und Glück organisch gewordenen Vorbedingungen konnte die Schulfarm Insel Scharfberg beginnen, sich im Laufe der nächsten Jahre nach ihren immanenten Gesetzen zu entfalten.

II. Die Entfaltung der Schulfarm.

a) Im Landwirtschaftlichen:

In Einzelparzellen aufgeteilte Schülergärten, in denen man Radieschen, Gurken, Kürbisse und Blumen zog, waren die schüchternen privatwirtschaftlichen Anfänge, leberechthühnchenhaft betrieben, wie Heinrich Seidel seinen „Helden“ auf der berühmten Hochzeitsreise



Beim Kühehüten.

nach Tegel auch die Bekanntschaft eines Grasmückenpaares machen läßt, das auf der Insel des Ornithologen Bolle nistete. Nach und nach sind 15 Morgen Ackerland unter Leitung und Vorarbeit eines Landwirts bestellt bzw. urbar gemacht; Hafer, Futtergemenge und Roggen sowie Kartoffeln, Rüben, Mais wechseln darauf in Sommerung, Winterung und Hackfrucht. Drei Morgen werden gartenmäßig bewirtschaftet, wozu einige Mistbeete die Pflanzen liefern. Dazu kommen vier Morgen Mähwiese, die Nutznießung der Gras- und Schilfflächen auf der Nachbarinsel Baumwerder, die schon in einer Urkunde Friedrichs des Großen einem Kolonisten zugleich mit dem „Scharfen Berge“ verliehen worden ist. Außerdem können 20 Morgen des dicht mit Bäumen bestandenen Areals zur Weide und Hütung ausgenutzt werden. Der Viehbestand, der mit zwei Ziegen, zwei Kaninchen, drei Hühnern begann, konnte in Inflationszeiten nur langsam vergrößert werden; die Ziegen vermehrten sich auf zehn; für Gewährung des Weidegangs von Pensionsvieh aus der Umgegend erhielt man als naturalwirtschaftliche Gegenleistung einige Milchschafe. Im Frühjahr 1926 konnte dies Kleinvieh bis auf eine Pietätsziege abgeschafft werden; hatte man doch zur Borsig-Kuh aus Beihilfsmitteln des Ministeriums für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung eine zweite hinzukaufen können; vom Erlös der Kirschenernte wurden Kälber angeschafft. Jetzt haben schon drei Kühe eigener Aufzucht gekalbt; im Stall stehen fünf Kühe, zwei Stärken, zwei Kälber, der Milchertrag brachte vom 1. August 1927 bis 1. August 1928 15 803 kg mit 524,33 kg Fett, während auf dem Schweinehofe bei der letzten Viehzählung 30 Stück gezählt wurden, ein Zuchteber, den die Bauern der umliegenden Dörfer sich ausborgen, Säue und Ferkel. Ganz in Freiheit wie diese wachsen auch die Enten auf, für die ja die Insellage mitten in dem großen See besonders günstig sein muß. Es ist daher auch nicht zu verwundern, daß fast alle Enten brüten, und zwar im Schilf, unter Baumwurzeln in selbstgebauten Nestern; ab und zu vorgekommene Begattung mit einem wilden Erpel mag diese bei der gewöhnlichen Landente verminderte Brutlust neu belebt haben. Der eigene Kajugaerpel holte sich auf der vorjährigen Geflügelausstellung einen Ehrenpreis. Die Hühner — etwa 150 an der Zahl — leben in einer richtigen Farm mitten im Walde, von grünen Wiesen umgeben; ihre Häuser sind mit allem modernen Hühnerkomfort ausgestattet, sie haben Legekästen, die eine Eierkontrolle ermöglichen, nach neuesten Erfahrungen gebaute Futtervorrichtungen, Kohlbehälter, Gluckenentwöhnungskäfige; das Jubarglas der Fenster, das die ultravioletten Sonnenstrahlen durchläßt, soll das Wachstum der von Hennen oder im 250 Eier fassenden Apparat ausgebrüteten Rhodeländer- und Plymouth-Küken befördern. Der südliche Teil der Insel, der am wenigsten betreten wird, bietet mit seinen Sümpfen und Angern den Gänsen den allerschönsten Auslauf. Diese drei Zweige der Geflügel- und die Schweinezucht nicht minder ersparen vielfach die Ausgabe baren Geldes, sondern bringen auch durch Verkäufe klingende Münzen in die Verpflegungskasse, die meist nicht Überfluß daran leidet. Damit der Landwirt in den ersten Zeiten wenigstens etwas Betriebskapital in die Hand bekam, hatte die Ver-

pflegungskasse, in die alle Inselbewohner, Lehrer und Schüler nach dem Grundsatz der Höherbelastung der wirtschaftlich Stärkeren einzahlen, die an die Küche gelieferten Produkte mit Dreiviertel des Marktpreises an die Landwirtschaftskasse bezahlt. Aber sie konnte oft auch diese ermäßigten Preise nicht aufbringen, so daß am 1. Mai 1926 der Elternausschuß den Landwirt um Tilgung des über acht Monate hindurch angewachsenen Schuldbetrages bitten mußte; die Landwirtschaftskasse verzichtete daraufhin endgültig auf die Bezahlung der an die Küche zu liefernden Waren. Es war ein Glück, daß die eigene Landwirtschaft der Hauptgläubiger war! Hieraus ergibt sich aber klar, daß es auf diese Verbindung zwischen Schule und Farm zurückzuführen ist, wenn die Verpflegungssätze dauernd niedrig gehalten werden können. Augenblicklich zahlen von den 83 Schülern 28 90 Pf., 12 1,10 RM., 19 1,25 RM., 10 1,50 RM., 8 1,75 RM., 2 2,20 RM., 2 2,80 RM., 2 3,50 RM. pro Tag, so daß sich unter Hinzurechnung auch der Lehrerverpflegungsbeiträge ein Tagesdurchschnitt von 1,34 RM. ergibt. In der 90-Pfennig-Gruppe sind alle die Eltern, die nach der Staffelliste der Stadt Berlin kein Schulgeld zu entrichten brauchen; in die übrigen Stufen rangiert man sich durch Selbsteinschätzung ein. Die alljährlich gestiegene Schülerzahl machte es notwendig, alle Maßnahmen zu treffen, die Ertragsfähigkeit des an sich mageren Sandbodens möglichst zu steigern. Der letzte Fortschritt in dieser Hinsicht ist die Einrichtung einer künstlichen Feld- und Gartenberegnungsanlage mit motorischem Antrieb; zu ihrer Anschaffung hat die Wasserversorgungsdirektion, die, seit Stadtrat Benecke unser Schuldezernent war, dem Unternehmen freundlich gegenübersteht, wesentliche Zuschüsse geleistet. Nach dem Gutachten des Herausgebers der „Technik in der Landwirtschaft“, E. Zander, kann man nach drei Jahren Weidekultur mit Kunstdüngerstreuen und unmittelbar darauffolgendem künstlichen Regen unter Verspritzung auch der menschlichen Fäkalien in wässriger Lösung mit einer Milchproduktion von 100 Litern pro Tag rechnen, sicher eine schöne Ernährungsgrundlage für eine Belegschaft von 100 Köpfen.

Die wirtschaftlichen Vorteile würden natürlich wesentlich geringer sein, wenn auf dem verhältnismäßig kleinen Areal Personal gehalten werden müßte. Außer dem jungen Landwirt, dem zeitweise ein Melk- und Futterknecht zur Seite steht, einer Hausdame, die in der Küche drei Mädchen unter sich hat, sind bezahlte Helfer nicht vorhanden. Alles übrige ist Sache der „Gemeinschaftsarbeit“, die in Scharfenberg am ersten Tage, seit Schüler die Insel betreten haben, begann und festgewurzelter Brauch geworden ist. „In der sich selbst verwaltenden Siedlungsgemeinschaft“, heißt es in den „Voraussetzungen für den Eintritt in die Schulfarm“, „verrichten alle für alle die zur Führung gemeinsamen Lebens notwendigen Dinge und Dienste. Normale körperliche Gesundheit ist Vorbedingung, da das Leben hier ein ziemliches Maß stählender Anspannung erfordert, denn die Mithilfe in Garten und Feld und sonstiger Gemeinschaftsarbeit nimmt einen Teil der Mußestunden in Anspruch.“ Wie sehr die körperliche Arbeit ein Wesenszug des Scharfenberger Lebens ist, kann man am besten

kennenlernen, wenn man an der Hand der Chronikbände ihre „Geschichte“ verfolgt.

b) Die Entfaltung der Gemeinschaftsarbeit.

In den ersten Monaten nach der Gründung hatte sich alle Arbeit von selbst geregelt, unmittelbar aus den drängendsten Bedürfnissen heraus. Wenn man erwartete, daß die eine Hausmutter am anderen Tage wieder etwas zu essen kochen sollte, mußte am Nachmittag Holz gesammelt, wenn die Eltern am Sonntag in einem sauberen Haus empfangen werden sollten, mußten die Treppen gescheuert werden — die natürlichsten Willensübungen, für manchen heilsam geworden im Sinne Fr. W. Försters. Wenn man Ziegenmilch trinken mochte, mußte der Stall, die Raufe, der kleine Heuboden erst gezimmert, Laub als Streu in Säcken gesammelt werden. Falls ein Extra-Eßraum eingerichtet werden sollte, mußten zuvor alte wacklige Tafeltische standfest gemacht, die Wände in dem bis dahin von Ratten bewohnten Raum ausgemalt, die Bänke angefertigt werden. Und woher die Bretter nehmen? In dem viel zu dicht verwachsenen Park wurden Bäume gefällt, von 10 Mann unter Führung des Zeichenlehrers nach Spandau geflößt und die in der Schneidemühle eingetauschten Bretter auf einem erbettelten Prahm heimwärts gestakt. „Die Nacht überfiel uns“, schreibt einer der von Schweiß und Nebel durchnässten Teilnehmer, „auf dem Holzstoß glusterte gespenstisch eine Laterne; der Lichtkegel riß die Gestalten der die langen Stangen auf dem Seegrund Einsetzenden bei ihrem jedesmaligen Vorbeipendeln aus dem Dunkel.“ Zum Essen zunächst zu übermüdet, streckten sie sich auf die Eßsaal-Bänke. „Arbeit, schwerste Arbeit. Aber sie war für uns und — hat Spaß gemacht!“

Doch der Alltag war nicht immer so romantisch; man konnte nicht auf die Dauer jeden Augenblick zur Verfügung stehen, mitten aus der Schularbeit sich herausreißen, wenn jemand übergesetzt werden wollte oder Materialien auf dem Rad plötzlich aus Berlin zu holen waren. Das Moment der praktischen Zeiteinteilung mußte schließlich in Betracht gezogen werden. Es sollten nicht immer dieselben vor die Front, auch die in dieser Hinsicht weniger Aktiven sich rühren. Küchen-, Fähr- und Waschkdienst gingen schon länger wochenweis reihum; ein Beschluß, daß, wer sie öfter vergißt oder dauernd vernachlässigt, auf bestimmte Zeit von der Gemeinschaft von ihnen dispensiert werden kann, legte ein für allemal fest, daß diese täglichen Dienste eine Ehre sind. Die anderen Arbeiten ließ man sich fortan aufsammeln, um sie am Mittwoch Nachmittag an alle zu verteilen. Es gibt der Arbeit, auch der des von vornherein weniger Begeisterten, einen gewissen Schwung, in den besten Stunden fast so etwas wie ein rhythmisches Gefühl — zu wissen, daß in dieser Zeit niemand auf der ganzen Insel müßig ist. Als nach einem Jahr in einer Abendversammlung die Frage aufgeworfen wurde, wodurch und worin man das, was man so oft „Gemeinschaft“ nenne, am stärksten verwirklicht empfinde, antworteten die meisten: „in der Gemeinschaftsarbeit“.

Diese Enquete, es ist nicht zu leugnen, man kann's im Protokoll lesen, hat den Gründer selbst damals beinahe etwas enttäuscht; er hatte im stillen gehofft, man würde die zündende Wirkung der freien gemeinsamen Tätigkeit am stärksten im frisch gelösten Unterricht gefühlt haben. Die Schüler wiederum sind es gewesen, die den noch schulmeisterlicheren Antrag eines anderen Lehrers, die Gemeinschaftsarbeit zu beschränken, glatt ablehnten; einer von ihnen schleuderte den Satz in die Debatte: „Nicht Gefühl oder Geist, Arbeit bringt Gemeinschaft!“ Als die Küche über Holzmangel klagte und ein bezahlter Arbeiter gestellt werden sollte, erklärte ein anderer Schüler, käme der Mann auf die Insel, nie wieder eine Axt anzufassen. „Wenn so nicht genug gesägt und gehackt wird, beschränken wir das Spielen von drei auf einen Nachmittag und führen an den andren beiden Holzdienst ein.“ Gewiß hat die Chronik später auch anders geartete Einzelfälle zu verzeichnen gehabt, so etwa, daß ein jüngerer Schüler einem anderen ein Taschenmesser zum Geschenk anbot, wenn er für ihn einen Gemeinschaftsdienst übernehme, gewiß haben sich noch ab und zu egozentrische Gegenstöße gemeldet, aber der Einfluß dieser Triarier aus den Gründungszeiten ist für die ganze weitere Entwicklung bestimmend geblieben. Das hat im dritten Jahr des Bestehens ein Hamburger Gast schon nach flüchtigem Besuch herausgeföhlt, wenn er in seiner wohlthuend freimütigen Kritik äußerte, man ginge hier mit der gleichen Feierlichkeit zum Heuen wie zum Homerunterricht.

Die Feierlichkeit ist geringer geworden, die Gleichwertigkeit hat sich stabilisiert wie ein rocher de bronze. Manchem hat es seine Natur versagt, in dieser Beziehung Gutes zu machen; wer aber zu dieser Art Arbeit, — die Güte des Arbeitsergebnisses steht durchaus in zweiter Linie — kein inneres Verhältnis zu gewinnen vermag, ist hier nicht ganz an seinem Platze, kommt auch selbst zu keiner rechten Befriedigung; mag er vielleicht auf intellektuellem Gebiete Hervorragendes leisten, ohne dies — wird er die volle bürgerliche Schätzung nicht erreichen, nicht einmal für seine geistige Entwicklung das mitnehmen, was sonst ein sechsjähriger Aufenthalt auf der Insel in ihm hätte entfalten oder doch an geistiger Triebkraft in ihm anlegen und aufspeichern können. Die Erfahrung hat gezeigt, daß Schüler, deren Charakter oder deren Lebensplan eine ganz andere Richtung nimmt, als sie der hiesigen Gewöhnung entspricht, doch immer in einem gewissen inneren Konnex mit der Insel bleiben, Verständnis für alles behalten, was auf ihr vorgeht, was sie im Grunde will, wenn sie in diesem einen Punkte mit ihr sich haben konform fühlen können. Und das hat ja auch seine tiefe Begründung. Als der Schule das ganze Inselland und die Stallungen zugesprochen waren, ihr Farmcharakter also stärker sich auswirken mußte, entsprang die Arbeit zum zweitenmal organisch dem sachlichen Bedürfnis. Personal anzunehmen, war kein Geld vorhanden. Wenn wir als Schule weiter bestehen wollten, mußten wir wieder selbst Hand anlegen. So trat neben die Gemeinschaftsarbeit am Mittwoch der landwirtschaftliche Hilfsdienst, zu dem jeder noch für einen Nachmittag seine Kräfte dem Landwirt zur Verfügung stellte, so daß diesem jedes Mal



Heuernte.

acht jugendliche Helfer zur Seite standen. Damit konnte das Größte geschafft werden, den jahrelang vernachlässigten Acker und die verquekten Wiesen für eine bessere Kultur vorzubereiten. Als die Schüler diese festliegenden Nachmittagslisten als zu starr in unseren sonst so beweglichen Zuständen zu empfinden begannen, begegnete sich dieses Gefühl mit den allmählich variabler werdenden Wünschen des verbesserten landwirtschaftlichen Betriebes. Dieser sollte von jetzt ab jeden Mittag so viel Hilfskräfte anfordern, wie er brauchte, bald mehr, bald weniger, bald gar keine; die Art der zu leistenden Arbeit ward bezeichnet, dann meldeten sich die, die gerade Lust dazu oder an diesem Tage am besten Zeit hatten. War nicht dieser neu beschlossene Bereitschaftsdienst außerdem dazu angetan, jene rechnende Gesinnung hintanzuhalten, nach der man nur dann etwas tut, wenn's der andere auch tut?

Aber die Arbeit muß in der Tat in Scharfenberg etwas sehr Lebendiges sein; sie sucht sich immer neue Formen. Bei den mit täglichen Ankündigungen tauchten die nicht spezifisch ländlichen und gärtnerischen Wünsche häufiger auf; da war ein Stall zu weißen, ein Wagenschild zu malen; Harken und Hürden waren zu reparieren; wer bei Schlosserarbeit am Kahn oder an der Häckselmaschine zu helfen sich zutraue, ward angefragt. Taten die, die sich öfter zu der gleichen Tätigkeit gemeldet hatten, nicht gut, sich zu einer Fachgruppe zusammenzuschließen? Könnte man nicht den ganzen Bereitschaftsdienst

neben der allgemeinen Gemeinschaftsarbeit am Mittwoch in Gruppendienst von Malern, Tischlern, Schlossern, Gärtnern, Landwirten auflösen? Im Winter 1925 vertiefte man sich mit der gleichen Gründlichkeit, mit der man 1923 über das Dasein Gottes oder die „Menschheitsdämmerung“ gestritten hatte, in dies neue Arbeitsproblem. Es gab Freiheitsapostel, die aller Verfälschung entgegentraten, Hedonisten, die bald dieses, bald jenes zu ihrer delectatio sich auszusuchen Spielraum behalten wollten; es gab Idealisten der Arbeit, die in dieser Wendung den krassen Utilitarismus heraufziehen sahen, daß man den Bereitschaftsdienst dazu erniedrigen wolle, sich persönlich in einem Handwerk auszubilden; es gab Asketen der Arbeit, die Kant gelesen



Der Freskomaler im Bibliothekszimmer.

haben mochten, sie stellten den Satz auf, nur das sei echter Bereitschaftsdienst, in dem man das tue, was einem am wenigsten Spaß mache; Dienst an der Gemeinschaft bedeute Opfer. Demgegenüber standen die Realisten, die aus der Wechselarbeit nur blutigen Dilettantismus herauspringen sahen, die Systematiker, die in den Fachgruppen die genaue Parallele zu den wissenschaftlichen Neigungskursen begrüßten, die gesunden fröhlichen Optimisten, die meinten, ob nicht der der Gemeinschaft schließlich am schönsten diene, der zum Besten aller brauchbare und stilgerechte Qualitätsarbeit liefere. Die letzte Dreiheit siegte. Das Anwachsen der Schülerzahl ermöglichte es, daß die Handwerksgruppen aus den Dienerinnen der Landwirtschaft sich zu selbständigen Innungen in eigenen Werkstätten entwickelten. Die Asketen aber, gehorsam gegen den Majoritätsbeschluß, doch auch ihrem Bereitschaftsdienstideal getreu, gründeten die noch heute blühende Gruppe „All-Zeit bereit“.

Je mehr die „Innungsarbeit“ an Ernsthaftigkeit zunahm, namentlich unter dem Vorangehen von älteren Schülern, die schon als Gesellen im Beruf gestanden hatten und nun die gegebenen Gruppenführer waren, je deutlicher ein gewisser „Handwerksstolz“ unter dem anfeuernden Beispiel eines Berliner Gewerbelehrers sich anbahnte, der als freiwilliger Helfer oft herauskam, um so häufiger wurde der Wunsch laut, statt der paar verstreuten Nachmittage eine zusammenhängende Arbeitszeit zu haben. Wie im Schulunterricht ein Drama monatelang häppchenweise genossen Überdruß erzeugt, so wollten die Tischler gern eher ein Werk ihrer Hände fertig vor sich sehen — zur Stärkung der „Arbeitsfreude“! Werkstattengespräche verdichteten sich zu „Interessentensitzungen“, und im Oktober 1926 führte man bei leisem Widerstreben der Landwirtschaft die Arbeitswoche ein. Sie kehrt in vier- bis sechswöchentlichem Turnus wieder, je nachdem sich in einer Gruppe so viel aufgehäuft hat, daß es am Mittwoch Nachmittag in der Gemeinschaftsarbeit nicht erledigt werden kann. Ihr Normalverlauf ist in einem Schüleraufsatz richtig geschildert: „Wir stehen wie sonst um 6 Uhr auf, machen auch unseren Insellauf, gehen in den Unterricht. Nach dem Frühstück jedoch verteilen wir uns nicht wieder zum zweiten Stundenpaar auf die einzelnen Plätze und Räume, sondern versammeln uns auf dem Wirtschaftshofe. Ein Ausschußmitglied hat nach Fühlungnahme mit den Gruppenführern, die sich ab und zu auch am Abend vorher zu einer „Arbeitssitzung“ treffen, und unter Berücksichtigung der Einzel-Wünsche, die bei ihm abgegeben sind, in aller Morgenfrühe die Aufgaben für den heutigen Tag angesetzt. Nachdem er seine Liste von einer Außentreppe herab „dem versammelten Volke“ verkündigt hat, sagen die Gruppenführer jetzt in ihrem kleineren Kreise dem einzelnen, ob er zunächst Tomaten pflücken oder Kohl schüffeln, ob er eine Stalltür reparieren, die Sprungständer vollenden oder Axtstiele anfertigen, ob er Häcksel schneiden oder bei der Dreschmaschine helfen, ob er im neuen Physiksaal eine Decke weißer, die Fenster lackieren oder den Kahnrost karbolinieren soll. Geht man eine halbe Stunde später über die Insel, so sieht man, wie hier Schlosser die Fährklappe mit Eisenbändern

versehen, hier Gruppenführer an der Drehbank Stäbe für einen physikalischen Apparat abschleifen, die Landwirte Rüben einmieten, wie dort der neugesäte Rasen festgewalzt, die Hecke verputzt und etwas weiter am roh gezimmerten Holzrahmen eine Schilfmatte geflochten wird. Man hört das Hallo von „All-Zeit bereit“, die mit Pferd und Wagen die Müllkästen abfahren; vom Hofe her kreischt in regelmäßigen Zwischenräumen die Kreissäge. Und so wird, die 1½stündige Mittagspause abgerechnet, bis zum Baden, kurz vor dem Abendessen weitergearbeitet. Doch es wird nicht Tag für Tag im Gleichmaß dasselbe getan; kann man sich doch auch dazu melden, in Berlin Bibliotheksbücher, Farben oder Spielgeräte abzuholen, wie mathematische Modelle anzufertigen, Noten für unser kleines Orchester abzuschreiben oder Kulissen zu malen. Dabei behält sie aber doch ihren Charakter als Arbeitswoche. „Sie bedeutet eben“, wie ein nachdenkender Kamerad in seinem Aufsatz geschrieben hat, „eine Umwälzung im Menschen; er stellt sich von der geistigen auf die körperliche Arbeit ein, und diese ist es, die man nach längerer, mehrwöchentlicher Unterrichtsperiode als angenehm empfindet, und die Freude und Energie verdoppelt aufleben läßt.“ Man hält darauf, daß in Wochen, in denen uns die Arbeit nicht allzusehr über den Kopf wächst, einige entspannende Abwechslungen eingelegt werden. So fährt z. B. eine Gruppe nach Berlin ins Theater, um sich nach Behandlung des schlesischen Volkstums Hauptmanns „Weber“ anzusehen, oder eine andere, die Fische gezeichnet hat, geht ins Aquarium oder eine dritte sieht sich nach Besprechung des Getreides die Wittlersche Brotfabrik an. Die Oberstüfler können in der Regel, soweit sie nicht unbedingt zu notwendigen Arbeiten gebraucht werden und sie sich eine größere wissenschaftliche Aufgabe gestellt haben, an zwei, manchmal drei vollen Studientagen sich ungestört in ihr Gebiet vertiefen. An trüben Regentagen haben auch die Zwischenstüfler einmal Freizeit. Es gibt ein hübsches Bild, wenn sie, von selbst sich zusammenfindend, gruppenweise Bücher lesen, Mappen und Alben kleben, buchbindern oder basteln, oder es sitzt einer allein in der Ecke und schreibt einen Brief, wozu er bis jetzt noch nicht gekommen ist. Oft wird an solchen Arbeitstagen zu Spielabenden im großen Saal aufgefordert, oder es lädt einer der Schüler zwischendurch zu einem Vortrag ein, wie neulich ein Mitglied der Tischlergruppe, das über seine Ferientätigkeit in den Tischlerwerkstätten von Gildenhall bei Neu-Ruppin berichtete. Am stärksten wird es begrüßt, wenn eine Arbeitswoche am Sonntag feierlich ausklingt, sei es, daß man sich wohligh zu einer Kaffeetafel zusammensetzt und Lieder singt, sei es, daß ehemalige Schüler uns ein Bachkonzert vorspielen, oder, wie vor längerer Zeit aus Wilhelm Meister der Überfall auf die Theatertruppe vorgelesen wird und danach die Mozartfantasie in C-Moll erklingt.“ Oder ein Blick in das Innungsbuch der Tischlergruppe zeigt, was sie in solchen „Arbeitswochen“ zu tun gehabt hat. „Die Hauptarbeit in der letzten Zeit war die Herstellung von Wäschetruhen, wie wir sie früher sogar mit Schiebetüren für den Scheunenschlafraum geliefert hatten. Jetzt aber für die großen Säle im Neubau mußten es gleich 20 auf einmal

sein. Trotzdem unser Gruppenführer jedem eine Spezialität zum Fertigmachen engros übergeben hatte, fürchteten wir dann doch, mit dem Zusammensetzen bis zum Einzug der neuen Schüler nicht fertig zu werden; deshalb beschafften wir uns eine Bandsäge und nahmen zu ihrem Antrieb den von Siemens gestifteten Drehbankmotor aus der nebenanliegenden Schlosserwerkstatt zu uns herüber. Als die Möbel fein lackiert in dem Neubau standen, waren wir stolz, wenn wir die „Grünen“ vor dem Schlafengehen gemütlich darauf sitzen sahen. Da aber die Wandschränke für ihre Anzüge, Koffer und die schmutzige Wäsche bis unter die Decke reichen, war unsere nächste Aufgabe, für die kleinen Kerls Stehleitern zu bauen. Auch die Malerinnung, die in dieser Zeit ebenso viel zu tun hatte wie wir, brauchte zum leichteren Gerüstbau Bänke und für ihre Farben Kästen. Nachdem wir für die ebenfalls jetzt neu entstandene Kückenfarm das Dach gezimmert hatten, ging es an Türen, Fenster und an die Klappen, durch welche die Jungtiere ins Freie gelangen. Die Kücken würden sich auch nicht so wohl fühlen, wenn wir ihnen nicht um den Kachelofen herum eine Schirmglucke gebaut hätten. Auch die Schule stellte Anforderungen an unsere Gruppe. So halfen wir einem unserer Tischler, der zum Tintenwart gewählt war, beim Anfertigen neuer Tintenfässer, machten den Tafelständer am Kaffernkral, wie bei uns ein schilfgedeckter Unterrichtsplatz genannt wird, schleunigst heil und zimmerten einen ganz neuen für einen anderen Schulplatz. Für die Gärtner bauten wir zu zwei alten Wagenachsen ein Gestell aus Hartholz. Die Bewohner einer der renovierten Buden im Bollehaus hatten ausdrücklich auf gekaufte Wertheimmöbel verzichtet; ein achteckiger Tisch ist schon an sie abgeliefert, die dazugehörige Eckbank wird in der nächsten Arbeitswoche vollendet. An uns selbst können wir am wenigsten denken; immerhin haben wir unsere Werkstatteinrichtung durch drei Böcke zum Leimen großer Platten und durch Gestelle und einer Rollvorrichtung für das Durchschieben der Hölzer durch die Bandsäge ergänzt, ferner ist zum Aufstapeln der geschnittenen Bretter im benachbarten Lagerraum ein Sortierungsregal errichtet worden.“ —

Dieser ganze Arbeitskomplex vom täglichen Küchen- und Stubendienst angefangen bis zu den Werkstättenerzeugnissen einer Arbeitswoche erspart zunächst viele bezahlte Arbeitskräfte, die Unkosten für stundenweit herkommende Handwerker, von der entscheidenden Beihilfe aus der landwirtschaftlichen Eigenproduktion hier zu schweigen. Sehr viele unserer Schüler könnten ja bei den geringen finanziellen Mitteln ihrer Eltern hier nicht aufwachsen, wenn wir nicht alle uns dieser Arbeit widmeten. Oder sie müßten um Freistellen bitten. Man braucht und soll sich hier, von Einzelfällen ganz besonders schlimmen momentanen wirtschaftlichen Elends der Eltern abgesehen, nicht als Almosenempfänger fühlen; was man nicht bezahlen kann, schafft man sich und anderen durch seiner Hände Arbeit. Es ist unsozial gedacht, immer alles vom Staat, von der Gesellschaft zu erwarten. Hier geht das Wirtschaftliche ins Ethische über. Die wirtschaftliche Notwendigkeit ist der Ursprung unserer Gemeinschaftsarbeit gewesen, jetzt sehen wir nachträglich auch die mitgeborene rein menschliche Wirkung;

ein Faktor, der seit dem Überwiegen der aus Volksschulkreisen stammenden Schüler fast wichtiger zu werden scheint als der erste. Es geht nicht an, die Jungen aus ihrem Milieu herauszunehmen und sie, wie es in manchen staatlichen Internaten geschieht, den Dingen fern, nur der Wissenschaft und dem Sport grandseigneurhaft leben zu lassen, als ob das nur so sein müßte oder überhaupt das Erstrebenswerte wäre. Schlimm für ihre Charakterentwicklung, wenn sie die Handarbeit, die ihre Eltern ernährt, wegen ihrer bißchen geistigen Begabung verachten, auf ihre einstigen Schulkameraden, die jetzt schon im Handwerk oder in der Fabrik stehen, herabschauen lernen, wenn sie dann nach den Moden und Bräuchen der sogenannten höheren Schichten spielen oder nur sich möglichst schnell und vorteilhaft „den Errungenschaften der modernen Zivilisation“ einzuordnen streben. Eine Aufbauschule darf nicht auf bloß intellektuelle Hochzucht ausgehen; sie muß etwas anderes werden als eine vierte höhere Schule. Ihre Jünger müssen dazu erzogen werden, den Stolz, aber auch die Kraft aufzubringen, ihre eigene neue Kultur zu schaffen, so geschlossen, so stark, so unabhängig und doch so objektiv, wie das in seinen besten Zeiten das alte Gymnasium auf seine Weise versucht hat, nur wieder ganz, ganz anders fundiert und gerichtet als dieses. Und dazu darf sie zunächst einmal den Zusammenhang mit dem Mutterboden der Arbeit nicht verlieren; mit ihr muß sie als gesunder Voraussetzung für alles „Kommende“, noch nicht Entwickelte körperlich handgemein bleiben und von ihr aus — in ihrem wirklich kulturellen, ewig menschheitlichen Verstande, nicht in der entseelenden augenblicklichen Form — auch ihre geistige Ausbildung in Themenwahl und Arbeitsweise bestimmen lassen.

c) Die Entfaltung im Schulorganisatorischen und Unterrichtlichen.

Daß die Gemeinschaftsarbeit am Mittwochnachmittag wie auch eine ganze Arbeitswoche ohne „Aufsicht“ läuft, indem die Lehrer wohl hier und da mit Hand anlegen wie jeder andere auch, in der Regel aber die Freizeit zum Auffüllen durch Lektüre der neu erschienenen Fachliteratur oder sonst zur Vorbereitung auf ihren Unterricht in den anderen Wochen brauchen, ist eine der wenigen Tatsachen, auf die man in Scharfenberg ein ganz klein wenig stolz ist. Diese Selbständigkeit und Selbsttätigkeit, dieses Arbeiten um der Sache willen ist das selbstverständliche Ziel auch im Unterrichtlichen. Gewiß kann der Jüngere bei Unklarheiten den Älteren fragen, er kann und soll mit Kameraden zusammen arbeiten, aber sogenannte „Arbeitsstunden“ oder gar Privatstunden gibt es nicht; jeder soll seine Zeit selbst einteilen lernen durch eigene Erfahrung und, wenn nötig, durch Beirat des Erfahreneren, nicht aber durch künstliche Veranstaltungen dieser schwierigsten und wichtigsten Aufgabe überhoben sein, um sie nachher, wenn jene wegfallen, doch nicht lösen zu können.

Wie die Gemeinschaftsarbeit keine Ent- oder Belohnung kennt, kennt der Unterricht keine Zensuren; im September 1922, als die Frage zum Oktober zum ersten Male akut wurde, hat schon die Elternversammlung auf sie verzichtet; was den Lehrern damals eine selbstverständliche Äußerlichkeit hatte scheinen wollen, erwies sich später jedesmal nach dem Zutreten einer neuen aus der Stadt kommenden Generation als sehr bedeutungsvoll, sowohl für die Entfaltung des Verhältnisses zwischen Lehrern und Schülern, als auch für deren Gesinnungsbildung. Als die Oberstufe vor einem Jahr etwa bei Behandlung der geistigen und sozialen Strömungen des 19. Jahrhunderts Louis Blancs „Organisation der Arbeit“ las, diese große Anklage gegen „die Konkurrenz, die alle Quellen der Ehrlichkeit, der gegenseitigen Hingabe, der Poesie austrocknet“, erkannte man, wie sehr jener Beschluß zusammengeht mit der Auffassung des Lebens überhaupt, wie sie sich hier inzwischen herausgebildet hatte.

Dabei ist selbstverständlich ein gewisses Maß geistiger Regsamkeit, eine natürliche Auffassungsgabe, eine Freude am Erkennen und Anwenden des Erkannten, Lust am Produzieren, ganz gleich auf welchem Gebiete — Voraussetzung; sie festzustellen, nicht so sehr etwa den Stand des präsenten Fächerwissens zu messen oder Höchstbegabungen auszulesen, dient die Aufnahmeprüfung, die gegen die ursprüngliche Absicht von Ostern 1926 ab bei fünf- bis siebenfacher Überzeichnung der vorhandenen Plätze sich nicht mehr vermeiden ließ; die Fühlungnahme mit den Eltern, das Urteil der bisherigen Lehrer, die Charakteristiken der Rektoren sind daneben auch heute noch in Geltung. Nachdem die Versuche mit schon länger in der Schule weilenden Jungen die Ungeeignetheit des bekannten 75er Zentralinstituts-Bogens für hiesige Verhältnisse festgestellt hatte, da er nur die fixen, für den späteren Konkurrenzkampf besonders geeigneten Intelligenzen begünstigt, die tiefer veranlagten Naturen aber zurücksetzt, ist man zu einer Art gemischten Prüfung übergegangen, die sich ungefähr auf der gleichen Linie bewegt, die in den österreichischen Bundeserziehungsanstalten laut einem Briefwechsel mit Direktor Tesar in Wiener-Neustadt angestrebt wird. Man mischt die üblichen Tests zur Erprobung des Gedächtnisses, der logischen Ordnungs- und Schlußfähigkeit, die eingekleideten, wie Rätselfragen anmutenden Rechenaufgaben mit Themen, die die Produktivität und Eigenart im Stilistischen, Dichterischen, Zeichnerischen hervorlocken; bringt, ohne Diktat zu schreiben, den Stand der Orthographie, wie er sich in allen schriftlichen Äußerungen automatisch kundtut, in Anrechnung; stellt Fragen zum Aussuchen, die verraten müssen, ob der Junge mit offenem Sinn seine Umwelt und das Gegenwärtiges geschehen beachtet (etwa: Wie kommt es, daß es regnet? Warum läuft die Dampfmaschine? Nenne die drei lebenden Deutschen, die du besonders hochstellst, und begründe deine Entscheidung! usw.). Man versucht, die Gäste möglichst vergessen zu lassen, daß sie zu einer Prüfung gekommen sind; setzt sie vor den Lichtbildschirm, zeigt ihnen Bilder, die entweder schnell vorüberhuschen und dann stimmungsmäßig erraten sein wollen, oder länger sichtbar bleiben,

um sachlich genau beschrieben zu werden; man führt sie auf der Insel spazieren und läßt den zurückgelegten Weg auf einer Inselkarte eintragen; oder nach Besuch des Kuhstalls und der Scheune die gemachten Beobachtungen aufzeichnen, haftengebliebene Motive malen; in der Schlosserei zeigt man dem Prüfling ein Vorhängeschloß, um das herum zwölf Schlüssel verschiedener Größe liegen; dabei wird notiert, mit welchem Maß praktischen Verstandes der einzelne die Aufgabe, das Schloß zu öffnen, anfäßt; auf dem Spielplatz spielt man mit ihnen, um Zimmerlichkeit, Unverträglichkeit oder Fußballplatzhordenton zu erkennen. Man läßt die Bewerber trüppchenweise hospitieren, einen ganzen Scharfenberger Tag mitmachen; dann schwinden falsche Illusionen, manche Bewerber tauchen von selbst nicht wieder auf, oder man hört von den Hiesigen unbefangene Urteile: „Das war heute ein feiner Kerl!“ Oder: „Der hat auch schon manches hinter sich.“ Die Eltern der auf Grund dieses weit-schichtigen Materials Aufgenommenen werden zu einer Versammlung eingeladen, in der alle Einzelheiten des Insellebens geschildert, die bisher befolgten Grundsätze so schroff wie möglich herausgestellt werden; jeder wird danach nochmals aufgefordert, wenn ihm irgendwelche seiner Bedenken nicht zerstreut worden sind, das Kind lieber in Berlin zu lassen.

Die Altersgrenze bei der Aufnahme hat sich im Laufe der Jahre nach unten verschoben; man begann, von den ersten „Gründungsprimanern“ abgesehen, mit Knaben im Untersekunda-Alter, in dem sie einerseits groß genug sind, um sich auch ohne die mütterliche Fürsorge zu behelfen und bei der Arbeit im Haus sowie draußen tüchtig mit Hand anzulegen, andererseits noch nicht zu erwachsen sind, noch nicht zu sehr mit großstädtischen Interessen liiert, für engen Verkehr mit dem Lehrer noch durchaus empfänglich und gleichzeitig auch schon fähig, da draußen Eigenes zu erleben, die Natur zu empfinden, ernstere Freundschaften zu schließen, sich allmählich des tieferen Sinns solchen Gemeinschaftslebens bewußt zu werden und sich nachhaltiger von seinen Wirkungen beeinflussen zu lassen. Zu dem zweiten, dem Aufbaujahrgang, nahm man, als dieser zwei Jahre draußen gewesen war, auf Grund solcher Erfahrungen wieder Untersekundaner hinzu; suchte sich 1926 zu den neuen Aufbauschülern, die ja offiziell als Untertertianer gerechnet werden, von vornherein gleich nach Untertertia versetzte Quartaner, da die Zustände auf der Insel inzwischen etwas wohnlicher, weniger strapaziös geworden waren. Gegen die stets sehr zahlreichen Meldungen von Primanern verhielt man sich mit der Zeit immer skeptischer, nimmt heute gar keine mehr in diesem Alter zu den hier aufgewachsenen hinzu; die wenigen Fälle ausgenommen, in denen aus dem praktischen Leben Kommenden bei berechtigtem Drang nach geistiger Weiterbildung die Rückkehr zur Schulbank erspart werden kann, ist das Zeugnis für Untertertia einer höheren Schule, für die dritte Klasse der Mittelschule oder für die zweite bzw. erste der Gemeindeschule unbedingte Voraussetzung. Ob sich reine Aufbaujahrgänge (Versuch von 1927) oder aus beiden Schichten gemischte (1928) hier besser bewähren werden,

kann erst die Folgezeit lehren; soviel ist schon jetzt sicher, daß für ein wirkliches Verwachsen mit der Sache, das die Vorbedingung für das volle erziehlische Auswirken des Inselaufenthaltes ist, der Anfang nicht früh genug gemacht werden kann; sollte man erst das neunte Lebensjahr als Grenze setzen können, würden auch gegen die gleichzeitige Aufnahme von Knaben und Mädchen keine Bedenken vorliegen. Im Gegenteil — würde doch dann der Vorwurf des Klostermäßigen, den man solchen Schulen des öfteren gemacht hat, auch den letzten Rest von Berechtigung verlieren.

Im fremdsprachlichen Unterricht können die von höheren Schulen stammenden Tertianer entweder in ihrem bisherigen Typus weiter gefördert werden in kleinen Sonderabteilungen oder aber, wenn ihre Begabung nach dieser Seite geringer, der bisher vielleicht mehr durch Zufall eingeschlagene Schulweg schon als Irrtum für diese Individualität erkannt ist, zunächst eine Sprache mit den Aufbauschülern neu beginnen, entweder die lateinische oder die englische. In Mathematik werden im Unterschied zu den Anfangsjahren jetzt nach längerem oder kürzerem Förderunterricht der Gemeindeschüler alle vereinigt, was in den anderen — ethischen und naturkundlichen — Fächern vom ersten Tag ab selbstverständlich stattgefunden hat. Sollte es nicht ein erstrebenswertes Ziel sein, wenigstens auf diesen doch wohl für jeden deutschen Jungen gleich wichtigen und gleiche Wirkungen auslösenden Bildungsgebieten die Gemeinsamkeit und nicht die Zerklüftung zu betonen? Man sieht deshalb für sie sogar von jeder Fächertrennung ab und faßt Geschichte, Erdkunde, Deutsch, Religion und neuerdings auch Biologie zu einem Gesamtunterricht zusammen, in dem zeitweise, je nach dem Stoff, bald der historische, bald der literarische, bald der geographische, bald der religionsgeschichtliche oder biologische Gesichtspunkt überwiegt und alles andere sich ein- und unterordnet. In den ersten Zeiten blieb dabei das Klassenpensum noch einigermaßen Richtschnur; man behandelte etwa im ersten Jahr unter anderem das Rittertum, las dazu Auszüge aus den mittelalterlichen Epikern, erweiterte das Verfolgen der Wege der Kreuzritter auf dem Atlas zu einer Geographie Palästinas und des Balkans, las Strindbergs Miniatur Peter von Amiens, kam dabei auf die religiösen Strömungen der Zeit, auf das Mönchtum, machte sich im zweiten Jahr, vielleicht von Molos Schillerroman ausgehend über die Friderizianische Zeit an der Hand der Schillerschen Jugendpoesie in entsprechenden Kombinationen die französische Revolution klar, und verfolgte im dritten von der Geographie des Ostens aus den Weltkrieg in seinen Wurzeln, seinem Ursprung, seinen wirtschaftlichen Folgen, seinem literarischen Niederschlag. Die sechs Wochen umfassende Expedition im Sommer 1926 nach dem Waldgrundstück des Sunderhofs bei Hamburg, auf das eine Hospitantin, eine Freundin Alfred Lichtwarks und Emil Milans dreißig Schüler eingeladen hatte, lockerte den Gesamtunterricht noch bedeutend mehr auf. Hier teilte man sich das erste Mal in Gruppen, die unter Führung von Studenten, ehemaligen Schülern, die Lehrer werden wollten, in die verschiedenen umliegenden Dörfer wanderten

und von dort reiche Ausbeute an Karten, Hauszeichnungen, Kirchenbeschreibungen, Dialektproben, Kinderreimen, Grabinschriften, Notizen von Vorsteherbesuchen und Missionsfesten mitbrachten. Dann nahm man die Landschaft der Lüneburger Heide in volkskundlicher, geschichtlicher und wirtschaftlicher Beziehung oder die Stadt Hamburg als Welthafen zum Thema, schwärmte dazu wieder gruppenweise aus, sprach die Ergebnisse dann gemeinsam durch, las Quellenhefte und Lloydberichte, arbeitete die von den Forschungsreisen mitgebrachten Notizen an Regentagen aus, entschied durch Abstimmung, welche Stimmungsbilder, Zusammenstellungen, Zeichnungen die besten seien, und wählte eine Kommission, die diese in Sammelmappen klebte oder heftete, für künstlerische Umschläge sorgte, die Schriftkünstler zum Malen der Titel heranholte. So gab es jetzt keine privaten Skizzenblöcke, keine Aufsatzhefte mehr, die man mit mehr oder weniger Stolz vorzeigt; an Stelle des persönlichen Ehrgeizes war der Gruppengeist getreten. Das Allerschönste war ja gerade Allgemeingut geworden. Und auf Antrag eines Jungen entstanden auch Trostmappen, in denen das abgelehnte Mittelgut gesammelt wurde, und zwar nach der Devise, durch Anordnung, Aufmachung, Nachbesserung die Auswahl der Minoritäten in möglichst gutem Licht erscheinen zu lassen. Die Wertung durch die Lehrerzensur war durch genossenschaftliche Einstufung ersetzt! Nach Scharfenberg zurückgekehrt, führte man nicht nur als Krönung dieser Periode ein unter den Hamburger Eindrücken gedichtetes Störtebeckerdrama auf, sondern übertrug nun auch „die Sunderhofmethode“ auf die tägliche Umgegend: Man machte „Dorflehrgänge“ nach Heiligensee, Tegel, besuchte in Gruppen, deren jede mit einem Sonderthema betraut und mit speziellen Beobachtungsaufträgen versehen war, das Volkskundemuseum in der Klosterstraße, fuhr unter Beteiligung des nächsten inzwischen nachgewachsenen Jahrgangs in den Spreewald, um durch Anschauung das Interesse an den alten Bauernsitten zu beleben, zog auf diese Weise die Neuen mit in das sich immer deutlicher herauschälende Thema „Das Bauerntum“ hinein, zumal den frisch aus Berlin gekommenen das Farmmäßige auf der Insel das Neue, Ungewohnte sein mußte. Man gründete mit ihnen gemeinsam ein Bauerntheater, das Hans Sachs und Gryphius' Geliebte Dornrose aufführte, wetteiferte mit ihnen in der Abfassung von Aufsätzen über fränkisches und schlesisches Bauerntum, die nun vor beiden Jahrgängen vorgelesen und von ihnen beurteilt wurden. Dialektproben von beiden Stämmen wurden gelesen, ihre Abweichungen vom Hochdeutschen durch je eine Abteilung gebucht, ihre Kollektaneen ergaben zwanglos den Vergleich der zwei Mundarten untereinander. Von hier war der Weg nicht weit zu des schlesischen Dichters Frankendrama „Florian Geyer“; man sah es sich gemeinsam im Staatstheater an — 55 Mann. Einer hat ihren nächtlichen Heimmarsch durch den Tegeler Wald für die Bauernmappe beschrieben: „Untereinandergeschlungen gehen sie in vielen Gruppen an dir vorbei. Von wem sprechen diese? Von wem sprechen jene? „Florian Geyer“ trägt der Wind an dein Ohr. Du horchst: Mir gefiel die Stelle am besten,

als Löffelholz wütend sein Messer in die Tür der Kapitelstube des Neumünsters zu Würzburg stößt mit dem Fluche: Allen Fuggern und Welsern mitten ins Herz!“ Und nun war kein Halten mehr; man verteilte Quellen zur Geschichte des Bauernkrieges, interpretierte die zwölf Artikel, suchte nach, was es mit dem Heilbronner Kaiserplan auf sich habe, der ins Drama hineinspielte, veranstaltete nach der Anregung eines hospitierenden Ministerialrats aus dem Handelsministerium eine Diskussionsstunde über die Frage: Wer hat Recht — die Ritter oder die Bauern? — Wieder ein Anlaß von außen stößt weiter; man muß die Geflügelausstellung in Lichtenrade besuchen, wo unsere Plumouth-Hühner eine Belobigung erhalten haben. Am anderen Morgen liest man: „Gockel, Hinckel und Gackeleia“ im Gesamtunterricht. Während die eine Hälfte, die Lust dazu hat, Hühnerrassenbilder, nach der Natur in unserer Hühnerfarm hergestellt, genau koloriert, hält die andere im Anschluß an Brentano und an eigene Beobachtungen „Preisreden auf den Hahn“, und an den folgenden Nachmittagen zeigt der Hühnerwart seinen Mitschülern die Ergebnisse seiner Kreuzungen, wobei der Begriff der Zuchtwahl und der Vererbung, die Elemente des Mendelschen Gesetzes, sowie die Aereboeschen termini technici aus der Futterlehre klar gemacht werden. Jetzt greift der Landwirt mit in den Gesamtunterricht ein; die „Grüne Woche“ ist in Sicht. Da die Jungen nun soweit ins Agrarische hineingekommen sind, muß der Besuch der Schau gehörig vorbereitet werden: Man hört oder hält Vorträge über die Kartoffelpflanz-Maschine, wie man sie sich auf der Insel noch nicht hat leisten können, über die Verwertung der Kartoffel, der in den Hallen am Kaiserdamm eine Sonderausstellung gewidmet ist, schreibt danach an ein Mitglied des Elternausschusses, das im Reichsmonopol beschäftigt ist, um authentisches Material über Branntweinbrennereien und Stärkefabriken zu erhalten, setzt dieses in eine graphische Darstellung um, sie mit der in der „Grünen Woche“ ausgehängten zu vergleichen. Nach ihrem Besuch erwacht das Interesse an der Zusammensetzung unseres Viehfutters, man fragt nach dem Einfluß der Melassemischung auf die Milchproduktion, trägt auf einer Weltkarte die Milchausfuhrländer ein, teilt die Inselkarte in Beregnungssektoren auf, nachdem man die Phönixanlage dort in Betrieb gesehen und mit darum gehandelt hat. Man holt Proben der verschiedenen künstlichen Düngemittel vom Boden herunter; eine Abteilung berichtet über die Mineral- und chemischen Werke, die sie in den anschaulich aufgebauten Querschnitten des Landwirtschaftlichen Museums in der Invalidenstraße sich angesehen hat; die jüngeren kleben ein Album der landwirtschaftlichen Maschinen aus den mitgeschleppten Geschäftsdrucksachen und Katalogen, die größeren orientieren sich über Damaschkes Bodenreform; man liest Max Eyths „Hinter Pflug und Schraubstock“ und erkennt in dem vielseitigen Ingenieur den Begründer der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft. Damit tauchen die Standes- und Organisationsfragen auf; aus den Satzungen, Zeitungen, Flugblättern, die man sich hat schicken lassen, lernt man die D.L.-G. von der Kampforganisation des Deutschen Bauernbundes und von

den Landwirtschaftskammern unterscheiden, umschreibt den Amtsbereich des Landwirtschaftsministeriums und den Sinn seiner neuen Siedlungspolitik; Kleinpächterbund und Laubenkolonisten-Bewegung wollen beurteilt sein. Ein staatsbürgerkundlich Interessierter bringt die Reichsverfassung mit, aus der er die Paragraphen herausgesucht hat, die von der Landwirtschaft handeln; man bemüht sich, die tiefe Bedeutung des so unjuristisch klingenden Satzes der Reichsverfassung zu verstehen: Eigentum verpflichtet! Als der Landwirt eines Morgens Kellernerde vom Bau auf die feuchte Seewiese fährt, klärt man den Begriff Melioration; Sohnreys Dorfgeschichten haben auf den der Amortisation geführt; selbst erfundene Bank- und Gerichtsszenen in der Bauernmappe verraten ein anschauliches Verständnis solcher Wirtschaftsvokabeln. Der Lehrer, der sich ein landwirtschaftliches Lexikon kaufen mußte, um alle Wünsche zu befriedigen, lernt dabei ebenso viel wie der Schüler; er kann hier nicht dozieren, nur helfen, horchen, wohin es gehen soll, wehren, leise lenken, wenn es zu abwegig zu werden droht. Der Gefahr der Zersplitterung und Verwirrung in den Köpfen der Schüler begegnet einmal die offizielle Sammelmappe, in der ja jeder nachlesen kann, jetzt und später, wann und was er will; zweitens werden von dazu gewählten Kameraden offiziöse Längsschnitthefte geführt: Einer trägt alles Historische, ein anderer alles Erdkundliche, der dritte alles Sprachgeschichtliche, der vierte alles Kunstgeschichtliche, dieser am besten es als Bilderbuch aufziehend (Dürers tanzende Bauern, Brueghel, Thoma, Leibl!), der fünfte alles Technische, der sechste alles Naturkundliche zusammen, was in den einzelnen Stunden in verschiedenen Verbindungen davon vorgekommen ist; drittens hat jeder sein privates Sammelheft, in das er entweder selbst Resumés aus seinen Notizblocks einträgt oder dazu von Zeit zu Zeit durch Sammelfragen des Lehrers ermuntert wird. Außerdem ist nicht genug in Anrechnung zu bringen, daß Stoff, an dem die Jungen selbst mitgearbeitet, dessen Behandlung sie zum Teil durch ihre Fragen, ihre Ausflüge, durch Zeitungsausschnitte selbst bestimmt haben, weit besser und klarer sich einprägt, als der vom Lehrbuch künstlich, wenn auch systematischer herangezogene.

Der Gesamtunterricht hat sich in Scharfenberg entfaltet vom Buche weg zu den Dingen hin, eine Entwicklung, der sich auch der fremdsprachliche Unterricht anschließt. So hört man etwa im englischen Anfangsunterricht die „Landwirte“ den anderen im Stalle ihre Fachdinge auf Englisch erklären, die A.-Z.-Bisten führen ihre Müllkastentätigkeit am lebenden Objekt vor und vermitteln dabei sozusagen auf pantomimischem Wege die englischen Ausdrücke dafür; man kann dem Neuphilologen im Reisemantel und mit dem Koffer in der Hand auf der Insel begegnen — Monsieur le professeur aus Paris, dem die Jungen die Schule zeigen!

Der Gesamtunterricht in Scharfenberg ist im Laufe der Jahre unfachgemäßer und dadurch jugendnäher geworden, eben durch die Mitwirkung der Jugend auch an der Stoffauswahl und an deren Vermittlung. Man kann in den privaten Sammelheften die lustigsten

und doch dem Zwecke dienenden Dinge finden, etwa Geschichtstabellen in bunt gemalten Bildern festgehalten, aber wohlgeordnet, spaltenlang: Eine Wiege mit dem Kindchen drin, ein römischer Kommandeur, sich das Schwert durch die Brust stoßend, eine Reichskarte, durch einen dicken Strich in zwei Hälften geschieden, und dazu eine 395, eine Schatzkiste, in die ein reichgeschmückter Herr zwei Prinzlein hineinschauen läßt, um dann den Deckel listig herabfallen zu lassen — der Arrondierungs- und Realpolitiker Chlodwich! . . . So sehr der Lehrer auf der Oberstufe sein Fach beherrschen muß, in der Mittelstufe muß er es vergessen können!

Der Gesamtunterricht in Scharfenberg überspringt nicht nur Fächerschränken, sondern auch die Klassengrenzen, wie das obige Beispiel gezeigt hat. Auch sonst macht sich diese Labilität geltend — Realgymnasiasten, die in Berlin drei Jahre Latein gehabt haben, lesen ihr *Gallia est divisa in partes tres* zusammen mit Aufbauuntersekundanern, die auf der Insel zwei Jahre mit verstärkter Stundenzahl Latein getrieben haben. Man vermeidet hier gern diese Klassennamen, bezeichnet die Jahrgänge lieber nach den Farben des Stundenplans als Rote, Blaue und die Jüngsten als Grüne; Klassenmützen wären ein Unding. Es sieht ja jeder im Gesamtunterricht täglich bei Debatten und Abstimmungen, daß oft der jüngere Bessere leistet als der ältere, der ihm vielleicht am nächsten Tag auf anderem Gebiete überlegen ist. Nicht die Klasseneinteilung verleiht dem Menschen seinen Wert, sondern sein Können und seine Persönlichkeit!

Der Gesamtunterricht ist variabel, nicht festlegbar, man kann nie wissen, wie und wo er in Gang kommt, ob und wie er sich weiterentwickelt. Wieder ganz anders z. B. als 1926/27 in der Bauernperiode hat er jetzt 1928 sich angesponnen und auch zu anderen Kombinationen geführt. Im „Grünen Buch“, so nennen die Grünen ihre diesmal äußerlich anders eingerichtete Sammelmappe, kann man's in einem Schülerprotokoll lesen. Da hat sich aus der Warnung der Neulinge vor den Kettenhunden, die die Insel bewachen müssen, das Thema „Hund“ entfaltet. „Der Lehrer holte schnell die Chronik herbei und las aus ihr vor, wie die Hunde nach Scharfenberg gekommen sind. Daraufhin erzählten einige von uns ihre eigenen Erlebnisse mit Tieren. Im Zeichenunterricht modellierten wir Tiere und Tiermasken. In der nächsten Gesamtunterrichtsstunde brachte einer Bücher des Tierdichters Ernest Seton Thompson mit auf den Schulplatz. Es bildete sich eine Gruppe, die diese Bücher nachmittags las und nachher darüber Bericht erstattete. Andere trugen aus alten Schulbüchern Tierfabeln von Aesop, Lafontaine oder Gellert vor. Wir hörten Vorträge über das Leben der Autoren. Wir dichteten sogar selber Fabeln und übersetzten die fremdsprachlichen aus dem Original. Zum Schluß stellten wir eine Statistik auf: Welches Tier in unseren Fabeln und Aufsätzen am meisten vertreten sei. Und wer blieb Sieger? Der Hund! Ein ehemaliger Schüler, jetzt Student der Biologie, erklärte uns das Skelett. Alle zeichneten Hundeskelette, manche sogar modellartig, so daß man beim Aufklappen die Muskeln und Eingeweide sehen konnte. Wir fuhren auch in den Zoo und besuchten die Vor-

fahren des Hundes, den Wolf und den Schakal. Daran anknüpfend erzählte uns einer von Hagenbeck und seinem Tierpark. Brehms Buch über die Hunde regte uns dazu an, Gliederungen, Stammtafeln und Aufsätze über die Entwicklung des Hundes vom Schakal zum Torfspitz und vom Torfspitz zum Bronzehund zu schreiben. Die „Historiker“ unter uns stürzten sich auf die Prähistorie und hielten uns Referate mit Lichtbildern und Zeichnungen über Steinzeit, Pfahlbau und das Seddiner Königsgrab. Unsere „Naturforscher“ aber setzten mit gleichem Eifer einen anderen Exkurs durch, in dessen Mittelpunkt Darwin und seine Lehre rückte. Hundebesitzer unter uns holten ihre echten Exemplare aus Berlin, so daß der Unterrichtssaal einmal von Hundegekläff erfüllt war. Eines Tages hatte jemand im



Unterrichtsplatz im Freien.

neusprachlichen Zimmer in einer englischen Zeitung Abbildungen von Parforce-Hunden entdeckt. Jetzt wurde ein Vortrag über diese Jagd, ihren Verlauf, ihre Ausdrücke, ihren Wert und Unwert eingelegt.“ Um sich eine Repetition des Stoffes schmackhafter zu machen, luden die Grünen die Roten ein und zeigten ihnen in vier Programmstunden, was sie bisher im Gesamtunterricht gemacht hätten. Um die Vorführungen zu beleben, dramatisierte man die Tiernovelle „die Spitzin“ von Marie von Ebener-Eschenbach, studierte den Koyotengesang aus Seton Thompson als Sprechchor ein und ließ dazu selbstgezeichnete Illustrationen im Lichtbildapparat erscheinen. Gedichte von Dehmel und Liliencron, in denen der Hund der Held war, wurden deklamiert, Kapitel aus Thomas Mann „Herr und Hund“ vorgelesen. „Wie es nach den Ferien weitergehen soll“, schließt der Protokollant, „weiß ich nicht. Wenn wir der Anregung eines Kameraden, der Hundebilder von Ludwig Richter und Albrecht Dürer gesammelt hat, folgen wollen, könnten die Roten ruhig noch eine Weile bei uns bleiben,

da sie sicher im Kunstgeschichtlichen zu helfen vermöchten.“ Die Blauen, die den entrepreneurs im Alter ja eigentlich näher gestanden hätten, hatten über das kindliche Tierthema die Nase gerümpft, jetzt aber möchten sie auch dabei sein, da jede Stunde das Epidiaskop in Tätigkeit tritt. So können bald alle drei Jahrgänge der „Zwischenstufe“ im Gesamtunterricht zusammensitzen, was keineswegs ausschließt, daß die Grünen gleichzeitig daneben ihre Interpunktionsstunden allein haben, die Blauen im Anschluß an die Dialektstudien der Bauernzeit sich der Lektüre und Würdigung von Reuters „Ut mine Stromtid“ widmen, aus den Roten die Aufbauer sich zu Extrastunden abgesondert haben, in denen sie die älteste deutsche Bauernnovelle von Meier Helmbrecht, dem Bauernsohn, der so gern Ritter werden wollte, aus dem mittelhochdeutschen Urtext übersetzen und die reizende kleine Schöpfung kulturgeschichtlich und sprachgeschichtlich einzuordnen versuchen in den Gesamtverlauf der deutschen Geistes-, Standes- und Volksentwicklung, soweit sie ihnen schon vertraut geworden ist.

Aus solchem Gesamtunterricht kann man kein „Lehrgebäude“ machen, wie das Dr. Ziegelmayr (Verlag Beltz, Langensalza) vom naturkundlichen Ausgangspunkt her jüngst versucht hat; „System“ und „Gesamtunterricht“ sind eine *contradictio in adiecto*. In solchem Lehrgebäude des Gesamtunterrichts bleibt der Stoff auf seinem Herrscherthron, und damit stellt es sich von selbst außerhalb jeder heute noch ernsthaft zu nehmenden Unterrichtsreform.

Dem Gesamtunterricht, wie er augenblicklich in Scharfenberg geworden ist — hoffentlich wird er bald durch Zuführung neuen Schülerbluts wieder ein anderer sein —, hat man in Seminarsitzungen, deren Referendare in ihm hospitiert hatten, seinen Platz angewiesen zwischen dem Berthold-Ottoschen Gesamtunterricht, welcher eine Nachahmung und Fortsetzung des Familiengesprächs bei Tisch oder auf der Rast bei einem Spaziergang sich ganz frei und fessellos entfaltet, dafür aber auch leicht vom Hundertsten ins Tausendste geraten kann, und dem von Schulrat Niemann von Saarbrücken aus propagierten, der zwar auch von einem Fach ins andere übergreift, aber den Stoff ordnet wieder nach ganz bestimmten Schematen (von der Postkutsche zum Automobil, von der Ampel zum Gasometer!), aufgestellt und genau eingeteilt von Lehrerkonferenzen, nicht gewachsen in der lebendigen Unterrichtsgemeinschaft, in der die Gunst des Augenblicks bestimmt, und wobei man doch innerhalb eines Kreises zu bleiben vermag, den man sich selber gezogen hat.

Trotzdem es keine Klassenpensa gibt, ist es doch in praxi so, daß nach drei Jahren, innerhalb deren die weiteste Freiheit der Anordnung geherrscht hat, das Wichtigste von dem, was sie offiziell vorschreiben, so oder so, manches davon sogar mehrmals in verschiedenen Assoziationen verarbeitet worden ist. Dasselbe mutatis mutandis bezeugen die Abituriumserfahrungen für die ebenfalls in der Regel drei Jahre umfassende Oberstufe. In ihr ist die Klasseneinteilung noch radikaler als in der Zwischenstufe geschwunden; während in ihr Mathematik und Sprachen für die überwiegende

Mehrzahl getrennt nach Jahrgängen betrieben werden, sind die Oberstüfler nicht nur im Kultur- und Naturunterricht als dem für alle gemeinsamen Kern vereinigt, sondern auch die Fachkurse sammeln ihre Teilnehmer nicht nach dem Klassenalter, sondern nach ihren Neigungen und Begabungen. Eine Schule, die ihren Existenzbedingungen nach ihr außerunterrichtliches Leben auf Selbsttätigkeit und Selbstverantwortung stellen mußte, wird den Schülern auch im Unterricht die Möglichkeit gewähren müssen, ihre Anlagen zu prüfen und danach ihren Hauptbildungsgang selbst zu wählen — genau so, wie die abgehenden, die ja auch — nur in meist noch entscheidenderer Weise sich jetzt mit dem Zeugnis der mittleren Reife auf einen Beruf spezialisieren.

Für seine Spezialisierung steht dem Scharfenberger Oberstüfler bis jetzt zur Wahl: der Lateinkurs mit acht Wochenstunden, der Griechischkurs mit deren sieben, der Englischkurs und Französischkurs mit je sechs, der Deutschkurs, der mathematisch-physikalische und der biologisch-chemische ebenfalls mit je sechs Wochenstunden. Teilnehmer an einem der drei letzten — nichtsprachlichen — Kurse müssen sich aus den möglichen Sprachenverbindungen (Lateinisch plus Griechisch, Lateinisch plus Englisch, Englisch plus Französisch usw.) eine ihrer Vorbildung angemessene aussuchen, in der die eine zwar als Hauptsprache gilt, aber in beiden von ihnen weniger als normaliter zu erwarten ist, wie umgekehrt die Mathematik und die Naturwissenschaften an die Sprachkursler geringere Anforderungen stellen werden. Alle Nichtmathematikursler haben nur einen vierstündigen Mathematik- und Physikunterricht; muß doch jeder Kraft und Zeit behalten, seinen Kurs (Lateinischkurs und Griechischkurs, Französischkurs und Englischkurs kann man kombinieren, sonst ist nur einer erlaubt) mit besonderer Intensität zu treiben, soll und muß er doch in ihm bei erhöhter Stundenzahl, bei besonderer Begabung, die ihn dazu getrieben hat, Wertvolles schaffen. So besteht hier in Scharfenberg die Wahlfreiheit nicht in der Möglichkeit einer recht großen Auswahl unter mehreren zwei- oder gar einstündigen fakultativen Zusatzdisziplinen oder mehr als erfreuliche Zugabe empfundenen Arbeitsgemeinschaften, sondern in der Gelegenheit, sein Neigungsfach energisch in den Mittelpunkt zu rücken. In diesem seinem Kurs bleibt jeder Oberstüfler drei Jahre hindurch, es sei denn, daß man ihn schon nach zwei Jahren zum Abiturium präsentiert, sei es, daß eine unüberwindliche Abneigung gegen die ursprüngliche Wahl sich einstellt, beides Fälle, die in ganz verschwindend geringer Zahl bisher vorgekommen sind. Ob aus dieser Wahl der spätere Beruf folgt, ist von sekundärer Bedeutung. Mathematik- und Physikursler werden vielfach zur Technischen Hochschule übergehen, die Naturkursler sind bis jetzt Chemiker, Biologen oder Mediziner geworden, aber kein Altsprachler Altphilologe oder gar die Deutschkursler sämtlich Germanisten. Wichtiger ist, daß in dieser zum zweiten Male um ein Triennium verlängerten Schulzeit von den jungen Menschen nicht in allen Fächern die gleiche Anspannung gefordert wird, daß in der Unrast dieser Jahre ihnen ein Zentrum,

das sie lieb haben, die Beruhigung beschert, wenigstens irgendwo schon etwas zu können, den festen Ausgangspunkt bietet, auf den sie die verwirrende Fülle der Eindrücke und Probleme, die grade jetzt, wenn sie überhaupt lebendig sind, auf sie einströmen, beziehen und von hier aus deuten können. Vor brotgelehrtenartig verfrühter Verengung bewahrt sie die Teilnahme an dem für alle Kursler verbindlichen Kultur- und Naturunterricht, der Fortsetzung des Gesamtunterrichts der Zwischenstufe mit ausgeweitetem Horizont und erhöhtem Niveau.

Diese Stundenorganisation ergibt eine starke Vereinfachung. Z. B. kennt ein Teilnehmer am antiken Kurs nur folgende Rubriken: Kernunterricht, Mathematik/Physik (vierstündig) und das Studium seiner Antike. Oder ein anderer hat Kultur, verstärkt um den Deutschkurs, Natur, Mathematik/Physik (wie oben) und zwei Sprachen oder Kultur, Natur, verstärkt um den Naturkurs, Mathematik und zwei Sprachen. Was an Philosophie, Kunstgeschichte, Staatsbürgerkunde, Geopolitik und ähnlichem geboten werden soll, steckt an seiner Stelle im Kultur- und Naturunterricht, kommt je nach dem jeweiligen Hauptthema stärker oder schwächer zur Geltung. Nur ja kein Nach- oder Nebeneinander so vieler Sonderzyklen, den Übersichtsanhängseln im alten Geschichtsleitfaden vergleichbar.

Trotz Kursbetonung, Fächerverminderung und schon von der Zwischenstufe her üblicher Doppelstunden-Ablösung (immer erst nach 90 Minuten ist Pause) klagten die Oberstufler im ersten Winter über Arbeitszersplitterung; es kam zu förmlichen Stundenplan-konferenzen der Schüler unter sich und mit den Lehrern gemeinsam, aus denen sich schließlich der Wochenplan entfaltet hat. Seitdem sind in einer Woche immer nur die Kulturfächer dran, in der nächsten in der Hauptsache Mathematik und Naturwissenschaften, in der dritten stehen die Sprachen im Vordergrund. „Dieser neue Plan beruhte auf dem psychologischen Gesetz, daß jeder Reiz einer gewissen Dauer bedarf, ehe seine Wirkung überhaupt zu verspüren ist. Daß er dann aber bis zu einem gewissen Grad zunimmt, auch wenn er nicht von außen verstärkt wird. In einer Unterrichtsstunde, in der etwas anderes als in der vorangehenden durchgenommen wird, müssen die Vorstellungsmassen, mit Hilfe welcher neue Vorstellungen aufgenommen werden, erst in das Bewußtsein gerufen werden.“ Dann hat aber der Schüler das Verlangen, sich eine Zeitlang mit diesem Gegenstand zu beschäftigen, und zwar um so länger, je älter er ist. Eine fünfmalige Umstellung an einem Vormittag bedeutet daher eine Vergeudung von Energie. Nach dem Wochenplan können ein Lehrer oder zwei nun acht Tage hintereinander in ganz aus der Sache sich ergebender Stundenanordnung mit der Oberstufe allein arbeiten. Ein großer Zeitgewinn fürs „Pensum“ und eine ungeahnte Vertiefung sind die unbestrittenen Erfolge dieser Konzentration gewesen. Die zeitliche Kontinuität brachte auch andere methodische Möglichkeiten mit sich. Nach zwei Stunden Lehrgesprächs löst sich etwa die Mitarbeiterschar in kleine Gruppen auf, die für sich die aus dem behandelten Stoff entsprungenen Teilaufgaben vornehmen: Quellen-

stellen, auch fremdsprachliche, Bücherabschnitte, Zusammenfassungen, Szenen mit verteilten Rollen, Tafelübersichten, mit verschiedenen Kreiden zu entwerfen, Statistiken, Zeichnungen, Modelle, mikroskopische Beobachtungen, Präparate; der Lehrer bleibt für Ratsuchende zur Verfügung. Nach angemessener Zeit, es kann bei größer gezogenem Radius auch am Nachmittag oder erst am nächsten Morgen sein, treffen sich wieder alle, jeder legt sein Ergebnis vor, oder man fährt im Unterricht fort, in den dann der einzelne an passender Stelle als Spezialist eingreift oder die Gruppen nach selbst aufgestelltem Programm abwechselnd die Führung übernehmen. Die Gruppen sind oft mit den Kurslern identisch, die auch ohne vorherige Präparationszeit, durch ihren sonstigen Unterricht hierin besser vorgebildet, aktiv werden können, oder, falls sie noch nicht den Überblick besitzen, aus dem Stegreif das grade Nötige klar zu stellen, holen sie ihren Kursleiter herbei —; so kann man im Kernunterricht von einem „fluktuierenden Helfersystem“ sprechen, dessen Möglichkeit zugleich den Vorwurf entkräftet, daß ein Lehrer einen so umfassend abgesteckten Konzentrationsunterricht in allen seinen Teilen fachmäßig nicht beherrschen könne, wie es freilich für eine Oberstufe notwendig ist. Wenn der Philologe etwa bei Besprechung der Dunkelmänner-Briefe oder der Naturwissenschaftler bei der kopernikanischen Umwälzung oder der Kunstlehrer bei Behandlung der Renaissance oder der Musiklehrer etwa bei der Durchnahme des Barockzeitalters mit seinen Musikanten eingreift durch Vorführen Bachscher Musik, setzt sich der für den Kulturunterricht verantwortliche Lehrer unter die Schüler, beteiligt sich am Fragen und Debattieren. Wie im modernen Wirtschaftsleben Arbeitsteilung und Arbeitsvereinigung gleichzeitige Erscheinungen gewesen sind, so greifen hier in dem Oberstufenunterricht Konzentration und Spezialisierung ineinander, sich nicht etwa ausschließend, sondern sich gegenseitig bedingend. Die Wahl des Neigungskurses bestimmt, ohne daß man sich dessen immer zunächst bewußt zu sein braucht, im wesentlichen auch den Typus des Abituriats: Der Deutschkursler fährt am besten, wenn er sich nach der Form der Deutschen Oberschule geprüft zu werden wünscht. Die besten Zeiten des Deutschkurses waren allerdings die, als ein Examen in Form der Deutschen Oberschule noch nicht möglich war; da war die Arbeit im Deutschkurs nur Zutat, die äußerlich nicht das Geringste einbrachte; die Freudigkeit und Reinheit des Strebens in ihm ist seitdem nie wieder erreicht worden! Der Naturkursler wird sich in der Meldungsliste zum Abiturium als Oberrealschüler eintragen, ebenso der Mathematiker; einer zwar, dessen Sprachen die antiken gewesen waren, erhielt das Zeugnis des Gymnasiums, aber mit dem Zusatz, daß seine mathematischen Leistungen den Anforderungen einer Realanstalt entsprochen hätten. Daß man andererseits auch das Konzentrationsprinzip im Abitur zur Geltung bringen kann, zeigt der Schlußsatz einer Deutschkursler-Meldung: „Da ich mir mit meinem Gespan eine kurze Strecke der geschichtlichen Entwicklung genauer erfahren, ihren Inhalt in verbindender Ordnung mitzunehmen mich bemüht habe, möchte ich in Geschichte über die

Zeit von 1600 bis 1800 in besonderer Hinsicht auf die Entwicklung der Staatstheorien sprechen, sodann Lessing als Vollender des Alten und Beginner des Neuen in dieser Epoche zum Spezialthema nehmen, im Anschluß an seine Hamburgische Dramaturgie aus Shakespeare übersetzen, bei Fragen nach ihrer Weltanschauung die Meditationen Descartes, Leibniz Philosophie und Spinozas Ethik streifen, an einem Abschnitt daraus zeigen, wie weit ich einen lateinischen Text verstehen kann, zur Abrundung des Zeitabschnitts die Bilder von Rubens und Rembrandt gegenüberstellen, von dem letzten aus, der selbst das Kolleg des Physikers Huyghens besucht hat, einen Blick auf die Wandlung der Lichttheorien tun.“

Nachteilige Folgen wegen der periodisch wiederkehrenden längeren Zwischenpausen, die der Konzentrationsplan mit sich bringt, sind nicht bemerkt worden; nach wenigen Ankurbelungsstunden ist die Brücke wieder geschlagen, und das Plus, das die darauf einsetzende Kontinuität mit dem Eintauchen des ganzen Menschen in eine Zeit oder seinem Versenken in ein Thema oder den Totaleindrücken in kurzer Zeit hintereinander zu beendigender Lektüre im Gefolge hat, überwiegt den kleinen Schaden bei weitem.

Die Zwischenstüfler sind schon etwas darauf vorbereitet, wenn sie in die Oberstufe übertreten; ergibt sich doch ganz von selbst, daß der Lehrer, dessen Woche läuft, in der Zwischenstufe nur wenig unterrichten kann und dadurch auch hier eine freilich mit Recht mäßigere Verminderung der Fächer eintritt. An sich haben sie mehr Stunden als die Oberstüfler; ihre Zahl nach oben abnehmen zu lassen, dient dem Bestreben, Raum zu schaffen für immer selbständiger werdende Arbeit. Die Studenttage, die zwei oder drei nacheinander in die Arbeitswoche fallen, sollen ebenfalls dazu hinleiten. Der feste Stundenplan dürfte für die Oberstufe zum mindesten im Kursfach nur ein Übergangszustand sein zu einem ganz freien Arbeiten mit dem Lehrer. Man freut sich über jede Möglichkeit, wenn ein Stoffgebiet aus dem Stundenplan ausscheidet, weil es sich ohne ihn von selbst sozusagen aus dem täglichen Leben heraus Geltung verschafft. So lernt jeder Meteorologie durch den Wetterdienst, der im dreimaligen Ablesen aller Apparate pro Tag und dem Aufstellen und Berechnen der zahlenreichen Monatstabellen besteht; Sachkenntnis und Akribie sind Voraussetzung dabei, denn die Wetterstation ist staatlich eingerichtet, die Berichte müssen an das meteorologische Institut eingesandt werden und haben bei Prozessen der Tegeler Gastwirte mit der Regenversicherung schon öfter auch juristische Bedeutung gewonnen. Bei ihrer Einrichtung wurde mit dem Theodoliten durch Höhenwinkel-Messung die Turmhöhe des Bollehauses bestimmt; Messungen auf Meßtischblättern ergaben die geographische Lage des Wetterhäuschens. Messen und Zeichnen kann man in Scharfenberg in unerschöpflichem Ausmaß. Die Mathematikursler haben unter Zuhilfenahme von Stahlbandmaß, Holzwinkelmesser, Winkelspiegel und Theodolit in einigen Monaten die ganze Insel ausgemessen. Wie schön ist es, wenn die Sprechfertigkeit nicht in Schulstunden, sondern bei den englischen Tees

der auf der Insel wohnenden Miß oder beim Gärtnern mit ihr geübt wird, wenn den Landwirten oder Gärtnern durch ihre Tätigkeit chemische, ernährungsbiologische und naturkundliche Kenntnisse in Fleisch und Blut übergehen, oder wenn manche Grundbegriffe und die Ereignisse der modernen Politik hängen bleiben durch die beim Abendbrot von den Schülern gehaltenen Zeitungsberichte; die Feuilleton-Berichterstatter über Naturwissenschaft, Technik, Kunst und Sport, die abwechselnd beim Mittagessen das Wort nehmen, eignen sich durch ihre Vorbereitungen aus den Zeitungen eine große Sachkenntnis an, die manchen schon bei der mündlichen Abituriumsprüfung als grade in allermodernsten Dingen gut orientiert hat erscheinen lassen. Die Führungen der Schülerschaft durch einen Naturkursler über die Insel, die ja in ihren Bäumen und Sträuchern die seltensten Exemplare bis hin zur Eibe, dem Bambus, der Tigerschwanzfichte, der ostasiatischen Goldlärche aufweist, ersetzen manche Naturgeschichtslektion. Auch die Halbjahrsarbeiten, die hier seit Gründung der Schule über selbstgewählte Themata geliefert worden sind, die Vorläufer der heute allgemein zugelassenen „Großen Arbeiten“ bewegen sich meist in derselben Richtung, Leben und Wissenschaft möglichst miteinander zu verbinden. So hat ein Naturkursler den dendrologischen Wert der Insel Scharfenberg dargestellt, während ein anderer Biologe sich „Die Ernährung auf der Insel Scharfenberg“ zum Thema nahm, wobei er nach Wägungen und Messungen der Kameraden und der verarbeiteten Lebensmittel sich auf ein weitschichtiges Material stützte und es auf die neuesten Vitamintheorien zu beziehen versuchte. Einer der politischen Zeitungsberichterstatter schrieb über das Wesen der Kartelle und Trusts auf Grund selbstgesammelten Zeitungsmaterials aus der Frankfurter und der Deutschen Allgemeinen Zeitung 1925/26. Nach einer Rheinfahrt der Oberstufe verfertigte ein Schüler ein Relief der Moselschlinge bei Zell mit methodischem und wissenschaftlichem Begleittext. Ein geographisch interessierter Mathematikursler reichte eine gedruckte Karte der Insel Scharfenberg, hergestellt auf Grund eigener Messungen und Berechnungen, ein. Volksliederabende, Orchesterproben, sonntägliche Hausmusiken machen es Gott sei Dank unnötig, dieses Kunstgebiet regelmäßig auf dem Stundenplan erscheinen zu lassen. Der tägliche Dauerlauf um 6 Uhr 10 Minuten um die Insel, die Freiübungspause zwischen dem zweiten und dritten Stundenpaar, die Sportpause, in der alle außer dem Tischdienst eine halbe Stunde im Springen, Laufen, Kugelstoßen, Gerwerfen, Reckturnen, gruppenweis wechselnd trainieren, ergeben zusammen die tägliche Turnstunde, ohne daß sie als solche belastet. Ebenso ergibt sich das tägliche Schwimmen aus der Umgebung; über den See ans Land schwimmen zu können, gilt als das von allen geforderte Probestück. Man spielt auf dem Spielplatz, wenn man Genossen dazu findet, die Lust und Zeit haben; der Sportbetrieb als solcher hat auf der Insel keinen Boden gefunden, nimmt doch die Zeit, die in anderen Schulheimen wohl sonst ihm gewidmet wird, größtenteils die Gemeinschaftsarbeit in Anspruch, die als sozial fruchtbarer und schöpferischer

noch dazu traditionell in höherer Achtung steht als jener; vielleicht wird einmal die Gymnastik im eigentlichen Sinne hier dafür zu sorgen haben, daß neben der Anspannung der Muskeln eine schöne Körperhaltung und Anmut der Bewegungen gepflegt werden, der beste Ersatz des Wassersports im Winter.

Was sich in den sechs Jahren des Bestehens der Schule im Unterrichtlichen entfaltet hat und was sich daraus bei stetiger Weiterentwicklung noch entfalten soll, geht weithin zusammen mit dem, was ihr Gründer vor kurzem in einem Buch des Schweizers Leonhard Ragaz ausgesprochen fand: „Wir werden viel weniger Schule im heutigen Sinne haben, aber dafür wird die Kultur viel mehr von selbst „Schule“ sein. Möglichst wenig Bildung für sich in Form einer besonderen Organisation der Bildung und dafür alles Leben ungleich mehr von Bildungswert und Bildungsstil durchdrungen als heute. Möglichst wenig Kunst für sich, als seitabstehender Betrieb und dafür möglichst viel Kunst als ein Grundelement des Lebens. Möglichst wenig Religion für sich als besondere Sache, die für sich selbst Wert zu haben glaubt und sich selbst pflegt, und dafür möglichst viel Gemeinschaft im Höchsten durch das Organ aller anderen menschlichen Gemeinschaft. Das ist Lebenseinheit des Reiches Gottes, der wir zustreben müssen.“

d. Die Entfaltung in den Selbstverwaltungsprovinzen.

Verglichen mit der Gemeinschaftsarbeit und dem Unterricht erscheint die Entfaltung auf diesem Gebiete geringer. Die Selbstverwaltungsinstitutionen sind mehr oder weniger so geblieben, wie sie sich im ersten Jahr konsolidiert haben; die größere Starrheit darin mag sich erklären einmal aus dem praktischen Sinn, der in Scharfenberg mit der Zeit immer mehr an Schätzung zugenommen hat, aus einer von Besuchern sehr oft stark gefühlten Sachlichkeit, der es mehr auf das Tun, als auf das Bereden und Problematisieren ankommt, und zweitens daraus, daß eben die Sache, die Selbstverwaltung selbst zur Selbstverständlichkeit geworden ist und nie Schranken gekannt hat. Nach dem Wyneckenerlaß 1918 gediehen „die Schulgemeinden“ da am besten, wo Direktor und Kollegium dagegen waren; auf der Insel, wo der Leiter der stärkste Verfechter der Selbstverwaltung ist, fällt dieser funkenentzündende Widerstand weg.

Vom Gründungstag bis heute ist die einzige Instanz des Ge- und Verbieters auf der Insel die Versammlung ihrer Bewohner, die sogenannte Abendaussprache. Musik und Gesang eröffnen und schließen sie; zwischendurch wird Obst herumgereicht von Tisch zu Tisch, an denen man verteilt sitzt, wie beim Essen, ganz familiär; sind doch diese Abendaussprachen nicht so sehr als Parlamentsversammlungen, sondern aus verlängerten Tischunterhaltungen entstanden. Jetzt leitet sie etwas formeller ein Mitglied des von der Zweidrittel-Mehrheit gewählten Ausschusses, der aus einem Lehrer und drei Schülern bestehen soll; bei Beschlußfassungen haben Erwachsene und Schüler

das gleiche Stimmrecht. Jeder kann Fragen aufwerfen oder vorher dem Ausschuß Anträge einreichen, die dieser ohne Vorzensur, wie sie etwa in Wickersdorf üblich ist, auf die Tagesordnung setzt. Wenn sie dem Ausschuß als gewichtig genug erscheint, lädt er zu einer Abendausprache durch Anschlag an der Saaltür ein. In ihrem Mittelpunkt hat beispielsweise einmal die Frage gestanden: Was gefällt uns nicht an unseren Lehrern? Was den Lehrern nicht an ihren Schülern? Da machte ein Mitglied des antiken Kurses seinem Lehrer den Vorwurf, daß er seine Fächer dem Kulturunterricht gegenüber nicht stark genug durchsetze; einem Deutschkursler mißfielen die ironischen Seitenhiebe seines Kursleiters; mehrere hatten den Eindruck, daß der junge Musiklehrer sich zu sehr unter vier Augen mit einzelnen beschäftige anstatt mit allen Scharfenbergern; umgekehrt warnte der Leiter die Schüler vor dem allzu rustikalen Absehen von der Konvention; der Zeichenlehrer bat um mehr Takt bei Vertraulichkeitsbeweisen der Schüler gegen die Lehrer. Oder eine andere Abendausprache beriet die beim Baden so vieler Jungen im freien See notwendigen Vorsichtsmaßregeln, bestimmte einige starke Schwimmer zu „Wapoleuten“, über deren Reihe niemand hinausschwimmen darf, verlangte, daß immer ein Boot mit Rettungsring zur Stelle sei. Oder ein andermal machte ein Hauptpraktiker den Vorschlag, durch Mutwillen oder Fahrlässigkeit verdorbenes Gemeinschaftsgut nicht mit dem Geld der Eltern, sondern durch Werte zu ersetzen, die aus dem Verkauf von Handfertigkeitserzeugnissen erworben seien. Die verschiedensten Ansichten darüber wurden laut, bis die Mehrheit die Stellungnahme bis zur nächsten Abendausprache vertagte, damit erst die Elternversammlung um ihre Ansicht befragt werden könne. Nach dem Beschluß der 56. muß jeder Fremde zehn Pfennig in die Fährkasse entrichten, aus der Handwerkszeug und Apothekerwaren gekauft werden; ein anderer verwehrt Besuchern und Einheimischen im Interesse des Pflanzenschutzes das Mitnehmen von Blumen und Zweigen. Die Abendausprache kann dem ihrer Mitglieder, das sich — etwa durch allzu gröbliches Abweichen von ungeschriebenen Gesetzen — außerhalb der Gemeinschaft gestellt hat, ihre Mißbilligung aussprechen, die einzige auf der Insel mögliche Strafe. Sie kann auch den von ihr gewählten Beamten ihr Vertrauen entziehen; und schon manchem ist, wenn er am anderen Morgen statt des Kameraden, den er bislang an exponierter Stelle zu sehen gewohnt war, plötzlich den Neugewählten erblickte, die Unerbittlichkeit des Majoritätsbeschlusses in einer Demokratie anschaulich geworden. Ein Beschluß von diesem Jahr hat den Verfassungstag zum Wahltag bestimmt. Sein Verlauf 1928 läßt den Geist der Selbstverwaltung, wie er in Scharfenberg herrscht, charakteristisch erkennen.

Der gemeinsame Dauerlauf eröffnete wie alle Tage um 6 $\frac{1}{4}$ auch den 11. August. Um 7 Uhr läutete es sogar zum Unterricht! Der Neuphilologe setzte sich mit den Oberstülfern zusammen, und man zog unter Zuhilfenahme der Zeitungen Vergleiche zwischen der deutschen Verfassung und der englischen und französischen. Der Altphilologe besprach mit seinen Lateinern das klassische römische Beamtentum

und die Organisation der deutschen Reichsbehörden. Der Historiker führte seine Zwischenstüfler zuerst auf das Schwarzburger Schloß, wo Friedrich Ebert vor neun Jahren die in Weimar beschlossene Verfassung unterzeichnete, und dann unter die Linde auf dem Hersfelder Schloßhof, wo genau tausend Jahre vorher ein sterbender König die Reichsinsignien dem Bruder übergab, sie in eiligem Ritt quer durch Deutschland dem tüchtigsten seiner Gegner zu überbringen. „Wer schlägt den Löwen, wer schlägt den Riesen, — der sich selbst bezwingt!“ Man suchte in mittelalterlichen Quellen weiter nach Wahlberichten und Reichstagsbeschreibungen und nahm sich vor, in den kommenden Wochen mehr darin zu lesen und aus den Funden eine kleine Verfassungsgeschichte dieser tausend Jahre zusammen zu setzen, jeder seine eigene. Vom anderen Schulplatz hatte man schon öfter erregtes Sprechen herübertönen hören; jetzt klatschte man dort sogar Beifall. Unsere Jüngsten hielten da eine Reichstagssitzung ab; der Außenminister hatte eine Rede geschwungen, man hatte über den Beitritt zum Völkerbund debattiert; der Präsident hatte Ordnungsrufe ausgeteilt; man hatte den „Hammelsprung“ agiert; Ministerien waren ab- und aufgetreten. Beim Frühstück noch wollten sich die Wogen der parlamentarischen Erregung nicht legen. Darum versammelten wir uns um unser Festkleinod, den einst von Ibach gestifteten Flügel, und hörten die Es-Dur-Fuge aus dem wohltemperierten Klavier; Oboe, Violine und Flügel feierten wetteifernd den Tag im Bachschen C-Moll-Konzert. Nach diesem stimmenden Akkord konnte man sich unter die grünen Bäume an die blauen Tische setzen, um „mit Kraft und Würde“, wie es Frau Regula Amrain vom Staatsbürger fordert, das Wahlrecht auszuüben. Eine Abendaussprache bei hellem Sonnenschein! Mehr als 30 Ämter waren zu besetzen — der „Läutnant“, der Hauswart, der die Besen, Schrubber, Scheuertücher unter sich hat und das Möbelinventar führt, die Saaldienste, die schon eine halbe Stunde früher aufstehen müssen, um die Gemeinschaftsräume zu säubern und im Winter zu heizen; der Musikwart tut's gleich mit im Flügelsaal; der Bibliothekar, der Entenwart; der Apotheker wird einstimmig gewählt, er war der einzige noch von denen, die vor zwei Jahren am Arbeitersamariterkurs in Tegel teilgenommen hatten. Aber auch Stichwahlen wurden nötig; während die Stimmen ausgezählt wurden, las jemand eine von den Quellenstellen vor, die man vorher im Verfassungsunterricht aufgestöbert hatte. Die berühmte Schilderung von dem Großmutsstreit der Konrade auf der Wahlebene bei Kamba war's Anno 1024. Und wie hatte der redselige Mönch sie eingeleitet? „Vergeblich erwartest du von einem anderen Beistand; in schwierigen Dingen führen immer stilles Überlegen und schnelles Wagen am besten zu einem guten Ausgang. Es unterlag keinem Zweifel, daß es nicht einer unwichtigen Angelegenheit galt, sondern einer solchen, die, wenn sie nicht mit dem ganzen warmen Herzen und mit dem höchsten Eifer ergriffen wurde, dem Reiche unermesslichen Schaden bringen mußte. So wandten alle Wähler ihr ganzes Sinnen und Trachten darauf, daß der Staat nicht länger ohne Herrscher sei.“ Lauter Jubel erhob sich plötzlich. Die Spannung war gelöst. Ein



Verfassungstag.

Schüler der Zwischenstufe hatte über zwei Drittel aller Stimmen bei der Ausschlußwahl auf sich vereinigt, jeder der beiden Ostern zu uns gekommenen Lehrer eine hohe Zahl erreicht, nur die Spaltung hatte hier das positive Ergebnis verhindert; nachdem einer von ihnen verzichtet hatte, fiel dem anderen im zweiten Wahlgang die Vertrauensmajorität zu. Wir hatten also nach dreivierteljähriger Zwischenpause wieder einen Ausschuß! Die älteren Scharfenberger — auch ehemalige waren zugegen, — sahen sich bedeutungsvoll an. War nicht der Ausschuß immer ein Barometer für das Höhenniveau des Ganzen gewesen? Ein bitterböser Winter lag hinter uns. Nicht daß das Fehlen des Ausschusses daran schuld gewesen wäre; aber daß er nicht zustande gekommen war, hatte angezeigt, daß etwas nicht stimmte, daß ein latenter Widerspruch vorhanden sein mußte zwischen der mitgeborenen Richtung und der augenblicklichen Zusammensetzung, daß keiner der Lehrer von Natur oder Wollen grade die Eigenschaften hatte, die sein Wirken in diesem Kreise zu einer Notwendigkeit, zu einer beiderseitigen Freude gemacht hätte, daß die Oberstüfler zu schwach oder zu abseitig, und die älteren Zwischenstüfler noch zu unbeschrieben gewesen waren. Andererseits hatte dies Interregnum den immanenten Willen der Gemeinschaft, auf der ursprünglichen Bahn fortzuschreiten, offenbart. Man hatte nicht Repräsentanten herausstellen mögen, die im Format zu den früheren Ausschußmitgliedern nicht gepaßt hätten. Die Idee war in den beiden Wahlversammlungen, aus denen kein Ausschuß hatte hervorgehen können, bewußt oder unbewußt respektiert worden.

Der neugewählte Ausschuß hat in der letzten (86.) Abendaussprache die Gemeinschaft gefragt, was sie vom Ausschuß erwarte und danach selbst zu entwickeln versucht, wie die beiden augenblicklichen Mitglieder ihre Wirksamkeit ansähen. Es ergab sich, daß noch

zu Recht bestand, was in der 5. Abendaussprache bei Einsetzung des Ausschusses gesagt worden war; er sei dazu da, unmerklich Reibungen zu verhindern, durch gütlichen Zuspruch Unstimmigkeiten zu beseitigen; seine Mitglieder sollten sich nicht als Aufsichtführende fühlen, sondern als Berater, als doppelt und dreifach Verantwortliche. Deshalb sei es auch schwer, ihren Amtskreis genau zu umzirken; sie würden bald hier, bald dort aus dem Einzelfall heraus einzugreifen haben, mehr noch verhütend, vorbeugend, als verbietend, korrigierend. Der neugewählte Ausschuß will entsprechend der gewachsenen Zahl den Rahmen weiterstrecken und neben der persönlichen Einwirkung von Anlaß zu Anlaß auch durch öffentliche Besprechung wesentlicher Probleme auf die Bildung oder das Bewußtwerden einer Tradition hinwirken. Er bittet, sich nicht über Zurückhaltung zu wundern, da er zunächst immer zur Selbstregelung der Schwierigkeiten aus eigener Verantwortung heraus Raum lassen wolle.

Von Zeit zu Zeit, mindestens in einem Quartal einmal, vereinigen sich die Inselbewohner mit den Eltern zu einer Sonntagschulgemeinde, in der bei Abstimmungen Vater, Mutter, Sohn je eine Stimme haben, von finanziellen Fragen abgesehen, welche die Eltern allein entscheiden. Da fast alle Eltern im nahen Berlin wohnen, können sie regelmäßig an diesen Tagen teilnehmen. Über eine solche Schulgemeinde hat sich ein Protokoll von fremder Hand in die Vossische Zeitung verirrt, in der es heißt: „Die neue Druckschrift des Ministeriums wird hier zum großen Teil freudig begrüßt; hat man doch auf der Insel schon seit Bestehen der Schule den Gedanken der Konzentration des Unterrichts bejaht, der dort gefordert wird. Schon immer hat man hier statt 36 Wochenstunden höchstens 26, um den Schülern mehr Zeit zur selbständigen Arbeit zu lassen. Nach Abschluß dieses Fragenkomplexes sprechen und fragen Mitglieder der Elternschaft, Schüler ergänzen den Bericht des Leiters. Ein Mitglied des Schülerausschusses berichtet von seinen Erziehungsnöten: Da kann sich dieser und jener nicht in die Gemeinschaft eingliedern, da kommt es vor, daß jemand sich nicht freiwillig zur Gemeinschaftsarbeit, die der Gutsbetrieb der Schule fordert, melden mag. Ein anderer berichtet über die von den Schülern neu eingeführte Gesellenprüfung in der Buchbinderei und lädt zum Besuch ihrer Ausstellung ein; ein dritter beklagt sich darüber, daß die Eltern nicht alle zur letzten Theateraufführung kamen, die die Schule für ein größeres Publikum in Tegel veranstaltet hat, aus deren Reingewinn man ein Pferd kaufen will. Die Lehrer bitten die Eltern der in der neuen Aufbauabteilung vereinigten Volksschüler zu einer intimeren Sonderbesprechung auf den Schulplatz; man will die Meinung der Eltern hören, ob in den Fächern Latein und Mathematik für eine Gruppe von Schülern, die die volle Freiheit in der Arbeitseinteilung nicht anzuwenden verstehen, eine etwas gebundenere Marschroute eingehalten werden soll, ein pädagogischer Umweg, der freilich bald wieder in die frühere Bahn ganz freiwilliger Mitarbeit einmünden müsse. So innig ist hier die Arbeitsgemeinschaft zwischen Eltern und Lehrern, daß jede Gruppe sich nicht scheute, die andere in aller Öffentlichkeit unter selbstverständlichem

Dabeisein auch der Schüler auf Mängel und Fehler in der Erziehung aufmerksam zu machen.“

Die Abendaussprachenbeschlüsse werden in der Schulgemeinde bekannt gegeben, nicht daß diese sie aufheben könnte, aber man legt Wert darauf, die Meinung der Eltern darüber zu hören. In besonders wichtigen Fällen hat auch die Abendaussprache die endgültige Entscheidung gemeinsamer Beschlußfassung vorbehalten. So war es bei der Aufhebung der Zensuren und bei Annahme der Voraussetzungen für den Eintritt in die Schulfarm, deren letzter Satz lautet: „Sollte der Aufgenommene sich dem hier erstrebten Lebensstil nicht anzuschließen vermögen und das Stimmrecht innerhalb eines Jahres von der Zweidrittel-Mehrheit der Abendaussprache nicht erhalten, muß er abgehen.“ Damit ist der Schüler-Selbstverwaltung eine sehr schwerwiegende Entscheidung zugesprochen; greift sie doch über den Inselbereich hinaus und veranlaßt einen Kameraden, seine Laufbahn da draußen fortzusetzen, wo ihm allerdings die Vielgestaltigkeit des Berliner Schulwesens zur Verfügung steht, wenn er nur einigermaßen für geistige Weiterbildung geeignet ist, zumal sie ihm durch persönliche Fühlungnahme mit den Direktoren von Scharfenberg aus erleichtert wird; enthält doch die Abstimmung weder eine Einschätzung des Intellekts, noch ein allgemein menschliches Werturteil, sondern konstatiert nur, wer gut und wer weniger gut in diese ganz besonders gearteten Milieuverhältnisse paßt. Das Abstimmungsergebnis über den einzelnen ist in der Regel dem Grad des Sichwohlfühlers proportional. Die Einrichtung erwies sich als notwendig, damit die verhältnismäßig wenigen Plätze wirklich den Jungen zugute kämen, die grade ihre besonderen Charakteranlagen in solcher Umgebung und in einer solchen besonders entfalten können. Und ferner war sie notwendig, wenn die junge Schule zu einer wirklichen stileinheitlichen Tradition gelangen wollte. Ist es doch eine Versuchsschule nicht nach intellektuellem Gesichtspunkt, sondern eine Schule der Gesinnungsgemeinschaft, einer Gesinnungsgemeinschaft solcher, die nach ihrer seelischen Eigenart fähig erscheinen und — bestärkt werden können, durch ihr Beispiel verantwortlich zu sein, nicht nur für ihr eigenes Tun innerhalb der größeren Gemeinschaft, sondern sich mitverantwortlich zu fühlen für die Neubildung menschlicher Beziehungen und Werte rundumher. Und solche Gesinnung, die den üblichen Zeitströmungen in manchem entgegengesetzt ist, kann sich zunächst nur in Gemeinschaft Gleichgesinnter so befestigen und entwickeln, daß sie schließlich Allgemeingut zu werden vermag. Und das im Einzelfall zu beurteilen, werden entschieden wohl die am besten fähig sein, die ein bis zwei Jahre in solcher Gesinnungsgemeinschaft sich glücklich gefühlt haben, und gerade die jugendlichen Mitglieder dieses Kreises besser als die erwachsenen, die schon viel zu sehr an der Zeiten Last zu tragen haben und von den Alltagsströmungen ihrer Zeit zu lang umgeben waren, um zukunftsicher unbewußt die Wege jener Neubildung zu treffen. Und selbst wenn einmal ein Fehlbeschuß vorkäme, es geht nicht an, auf dem Gebiete der Selbstverwaltung Kompromisse zu schließen, das heißt, wenn es ernster wird, doch letzten Endes dem Lehrer die Entscheidung

zu überlassen; eine Selbstverwaltung, die man nur über Festprogramme und ähnliches beschließen läßt, wird zur Parlamentsspielerei und verliert ihren staatsbürgerlichen Erziehungssinn. In Autonomiesachen muß man's mit dem preußischen Bauernbefreier und Schöpfer der Städtesebstverwaltung halten: Nur durch volles Hineinstellen in die Freiheit, nur durch Gewöhnung an sie und in ihr kann die volle Reife in ihrer Anwendung erreicht werden! Die Eltern haben durch ihre Abstimmung die Mitverantwortung für solche und ähnliche Dinge übernommen. Mancher Vater hat bekannt, daß er im Laufe verschiedener Schulgemeinden noch habe zulernen müssen; z. B. haben viele erst in solchen Versammlungen eingesehen, daß frische Luft, das bißchen Wasser und die grünen Bäume, so schön sie auch als Zugabe sein mögen, für den Geist der Schule unwichtig sind und daß die entscheidenderen Stilmerkmale ganz wo anders liegen. Vier Mütter oder Väter, die hierfür besonderes Verständnis an den Tag gelegt haben, werden von den Eltern in der Schulgemeinde in den Elternarbeitsausschuß gewählt. In ihm bereitet man unter Beisein des Leiters, des Kassenführers, der augenblicklich mit dem Zeichenlehrer identisch ist, der Haushaltsvorsteherin, des Landwirts und des ältesten Mitgliedes des Schülerausschusses die Schulgemeinden im einzelnen vor und nimmt sich vor allen der Angelegenheiten an, die eine diskretere Behandlung erfordern. Sei es, daß es sich darum handelt, arbeitslos gewordenen Vätern den Verpflegungsbeitrag zu stunden oder zu ersetzen, sei es, daß er entscheidend mitwirkt bei der Lösung der Schwierigkeiten, die sich ab und zu aus dem Charakter oder dem Verhalten des einzelnen zur Auffassung und Haltung der Gesamtheit ergeben. So hat der letzte Winter zwei Ausschußsitzungen gebracht, in denen man sich mit klarer Erkenntnis sachlicher Notwendigkeiten und einfühelndem Verständnis über die Zukunft einiger Oberstüfler klar wurde, die bei guten Schulleistungen ihren individuellen Neigungen nicht so viel Zwang anzutun bereit waren, daß sie den nachwachsenden Generationen ein mitreißendes Vorbild hätten sein können. Die Objektivität, mit der solche Dinge im Elternausschuß behandelt werden, ist neben der „Aufsichtslosigkeit“ der Arbeitswoche das zweite Moment, auf das man in Scharfenberg ein ganz klein wenig stolz ist.

Als charakteristisch für die ernsthafte Sorgfalt der Schulgemeinden mag noch ein Beschluß der letzten Abendaussprache angeführt werden, die Ergänzungswahlen zum Elternausschuß ausgesetzt hat, da man die neuen Eltern noch nicht genügend kennengelernt habe; es zeigt, daß hier nicht nach Listen, sondern nur nach der persönlichen Eignung gewählt wird.

Über den Elternkreis hinaus greift der Verein der Freunde der Scharfenbergsschulidee, der die Freunde solcher Pionierschulen sammeln möchte, wenn sie auch als Eltern nicht unmittelbar beteiligt sind. Seine Mitglieder stehen auf dem Standpunkte, nicht alles den Behörden abfordern zu sollen, was zur selbständigen freien Auswirkung des Gemeinschaftslebens notwendig ist. Die eingehenden Gelder werden verwandt zur Versicherung des Viehs, zu Inventargeränzungen in der Küche, zu vorteilhaften Engroseinkäufen von

Futtermitteln oder von Materialien, die die Schülerinnungen zur Ausführung selbstbeschlossener Arbeiten brauchen, zu Beihilfen für die künstlerischere Ausgestaltung von Festen. Der Monatsmindestbeitrag beträgt 50 Pf. Die Mitglieder sollen an den Festen der Jugend auf der Insel mit ihr zu einer Gemeinde zusammenwachsen, die Weiterentwicklung der Schule moralisch und finanziell stützen und mit der Zeit die Schulfarmidee in ähnlichen Gründungen einem größeren Kreise nutzbar machen.

Neben diesen von Anfang an bestehenden sozusagen offiziellen



Alarm der Schulfewerwehr

„Selbstverwaltungsinstanzen“ hat sich neuerdings manches geregelt, unabhängig von ihnen; Kräfte melden sich an, die vielleicht auch auf diesem Gebiete zu neuen Entwicklungen führen können. So haben in der ausschlußlosen Zeit die Führer der Innungen von sich aus manches geregelt. Ferner ist die Schülerfeuerwehr, die als ein Zweig der Tegelorter freiwilligen Wehr die Beziehungen zur Nachbarschaft vertieft, ein sich ganz selbständig verwaltender Körper, an dessen Spitze der Landwirt als geprüfter Oberfeuerwehrmann steht; seine Mitglieder wählen, wenn Mannschaftsergänzungen notwendig werden, die neuen von sich aus zu und stellen sie dann nur der Abendaussprache vor. Zwei Schüler, die öfters den Milchkübel vom Stall zur Küche trugen, haben ebenfalls von sich aus, ohne von der Abendaussprache beauftragt zu sein, daraus einen freiwilligen Milch-

dienst entwickelt, in den sie das Zentrifugieren, das Buttern, die Milchuntersuchung auf ihren Fettgehalt hineinbezogen haben. Ein anderes Paar verwaltet ganz selbständig dank seines fachlichen Könnens die Hühnerfarm, die es sogar von der Landwirtschaft ganz unabhängig gemacht hat, und sie auch im Tegeler Geflügelverein vertritt. Oder man könnte in diesem Zusammenhang denken an die Redaktion der „Ernte“, der Scharfenberger Schülerzeitung, die sich auch ganz von selbst zusammengefunden und ihr Unternehmen allein verwaltet und fördert. Sie ist stolz darauf, eine freie Druckerzunft zu sein, die ihre Arbeit außerhalb des Gemeinschaftsdienstes tut. Für den unter der Schülerschaft waltenden Geist ist es übrigens bezeichnend, daß diese Zeitung nicht literarischem Ehrgeiz entsprungen ist, sondern aus der Freude am Selbsterstellen, am Technischen des Druckens. Man kann, richtig verstanden, hierher auch rechnen die Mitarbeit der ehemaligen Schüler am Unterricht, entstanden aus der Absicht, auch nach ihrem Abgang durch freiwilliges Wiedermittun mit Scharfenberg Zusammenhang zu halten, und schon längst praktisch wirksam, ehe der ministerielle Erlaß das Mitwirken der Studenten zu ihrer eigenen Selbstprüfung in tiefem Verständnis der Bedürfnisse der Jugend einführte.

Freiwilligkeit und Selbstverantwortung sind ja die Hauptmittel der neuen Erziehung, aufrechte Individualitäten heranreifen zu lassen, die das öffentliche Leben vor allem braucht. Die Mittel haben angeschlagen, wie sie sollten, wenn die meisten der die Schule Verlassenden ohne „Tätigkeit, die nie ermattet“, nicht sein können. Wenn durch die Gewöhnung an Aktivität im Unterricht, in der Arbeit, in der Schülerselbstverwaltung soviel Vitalität sich in ihnen zu sammeln und auszubreiten begonnen hat, daß sie nachher zu mehr ausreicht, als bloß schlecht und recht die Berufspflichten zu erfüllen, daß sie nicht mit dem Staatsexamen oder der Heirat erschöpft ist. Es mag doch kein Zufall gewesen sein, daß das Scharfenberger Schülertheater, das in den Ferien 1924 im Zigeunerwagen durch Mitteldeutschland fuhr, am liebsten in Stadt und Land das Lienhard-sche Schelmenspiel vom Eulenspiegel aufgeführt hat, in dem Till in seinem Philisterhaß die Schicksalsfrage ausstößt: „Getan, getan! Nichts haben sie mir getan, das ist ja das Schlimme an dieser Sippe, daß sie eben nichts tun! Beruf lernen, Geld zusammenscharren, reiche Heirat, Kinder kriegen und wieder Staub zu Staub — ei, pfui, Geier, sind wir dazu auf dieser Erde?“

e) Die Entfaltung im Baulichen.

Im ersten Jahre stand der Schule nur die 1884 im Ankerbaukastenstil erbaute Villa des Vorbesitzers Dr. Bolle zur Verfügung, jenes merkwürdigen Dendrologen, der aus seiner Insel einen botanischen Garten von seltenem Reiz gemacht hatte. Ein Privathaus, das aber einen großen Gesellschaftssaal und eine besonders große

Küche enthielt, sonst neun Einzelzimmer, in denen Lehrer und Schüler notdürftig wohnen und schlafen konnten. Als deren mehr wurden, mußten in ihnen alte Militärbetten übereinander gestellt werden.

Im November 1923, als der Pächter die Insel räumte, kam außer Scheune und Stallung dessen bisheriges Wohnhaus hinzu, das uns einen richtigen Unterrichtsraum, den sogenannten Kultursaal, und fünf Schlaf- und Wohnräume bescherte; man nennt es in Erinnerung an den Pächter das Braunhaus.

Um von den ständig zunehmenden Schülermeldungen wenigstens einige mehr berücksichtigen zu können, wurde unter der Ägide des Stadtrats Benecke unter stärkster Mitbeteiligung der Schüler auf einer wundervollen Kirschwiese des weniger betretenen südlichen Teiles der Insel unter Ausgabe von 9000 RM. städtischen Geldes ein Holzhaus gebaut, von Übelwollenden Unterrichtsbaracke genannt, die sich aber, von den Schülern buntfarbig gestrichen, beim Erntefest 1925 vor den Einweihungsgästen prächtig präsentierte. Sie enthält einen großen Hörsaal, der mit seinen vielen Fenstern und Schränken namentlich der Biologie dient, ein Gastzimmerchen und zwei Wohn- und Schlafräume für etwa zehn Schüler; dort eröffnete man damals auch die Tischlerwerkstatt; auf der Veranda unterrichtete es sich gut, bis Überfüllung neun besonders wetterfeste Jünglinge zwang, auf der Veranda ihr Nachtquartier aufzuschlagen.

Im Holzhaus hat man nicht erst Petroleumlampen zu brennen brauchen, denn nach gemeinsamen Petitionen der Tegelorter Grundbesitzer und Scharfenbergs wurde grade damals der Lichtstrang von Tegel nach Tegelort weitergeführt; das Reichsministerium des Innern, die Stadt und die Elektrizitätswerke teilten sich in die Kosten für das Hindurchlegen des Kabels durch den See. Die Bewag wunderte sich, daß das Ausheben des Kabelgrabens die Insel entlang statt in 8 bis 14 Tagen, worauf sie gerechnet hatte, von den Schülern bei stündlich frischer Ablösung in zwei Tagen erledigt war. Bald mußte nun das Lampenputzeramt in das des Lichtwarts umgewandelt werden, der Drähte, Ersatzbirnen und ähnliches in Bereitschaft hält und bei Unstimmigkeiten in der Beleuchtung als besonders bewanderter Physiker die erste Abhilfe leistet.

Das Jahr 1926 ist in baulicher Hinsicht entscheidend geworden. Auf dem Sunderhof bei Hamburg, dem Grundstück einer Gönnerin, errichtete sich die Schulfarm mit Hilfe ihrer Studenten und Schüler ein Holzhaus, das sogenannte Scharfenberghaus in der Heide, unweit der früheren Sommervilla Lichtwarks als Standquartier für Unterrichtsausflüge an die Waterkante, und gleichzeitig verwandelten die Daheimgebliebenen unter Leitung eines Schülervaters, der Maurer ist, einen Teil der Scheunentenne in einen großen Speise- und Unterrichtssaal und die rechte Hälfte des Scheunenbodens in einen holzverschalteten Schlafräum für 20 Insassen. Die Balken, die buntbemalte Säule in der Mitte, das als Kronleuchter dienende Wagenrad, die Freskogemälde an den Wänden waren alles eigenes Gewächs oder Fabrikat; das Geld zu beiden Bauten war privaten Quellen entnommen.



Werkstättenhaus mit Feuerweherschuppen.

Der Scheunennotausbau, der den Einzug eines neuen Jahrgangs allein ermöglicht hatte, zeigte den städtischen Behörden, daß die Insulaner alle Schwierigkeiten, die sich einer weiteren Entwicklung entgegenstellten, zu überwinden willens und fähig waren. Daraufhin ersetzten sie die 3000 RM., die der

Scheunenumbau infolge der privaten Regie nur gekostet hatte, und bewilligten 144 000 RM. für massive Neubauten auf Scharfenberg.

Nach längerem Pläneent- und verwerfen fand sich in der zentralen Hochbaudeputation der Architekt, der die Aufgabe zu lösen verstand. Es kam darauf an, die neuen Gebäude dem Charakter der Insel anzupassen, ohne ins Antiquarische, ins romantisierende Bauernhaus oder künstlich Landhausmäßige zu verfallen, und gleichzeitig den individuellen pädagogischen Bedürfnissen einer modernen Schulgründung gerecht zu werden. Magistratsbaurat Ermisch stellte einen modernen Zweckbau, unten zufällig unausgeglichen buntgebrannte Ziegelsteine, oben weiß getüncht in das Grün der Landschaft, der ganz zur Scharfenberger Sachlichkeit paßt, und dessen stark ausgeprägte Horizontale sich der Vertikalen der höherstrebenden und hier bodenständigen, seit alters das Bild der Insel bestimmenden Bäume unterordnet. In dem in die Nord-Südrichtung gesetzten Gebäude sind oben das Schönste die zwei Schlafsäle, die, von beiden Seiten Luft und Licht empfangend, mit ihren sogar an die Schmalseite herumgreifenden Fensterreihen, ihrer Buntfarbigkeit, dem Ausblick nach links und rechts auf den in seinen Stimmungen lebhaft wechselnden See eine reine Heiterkeit und lebendige Frische ausstrahlen, die die Insassen, wenn sie überhaupt verdienen, in solcher Umgebung zu leben, in gleichem Sinne beeinflussen müssen; die Erfahrungen im Bollehaus mit seinen kleinen Privatstuben und dem Scheunenschlafsaal hatten ergeben, daß bei jüngeren Schülern zumal der Schlafsaal die Herausbildung eines Gemeinschaftsgeistes entschieden mehr begünstigt, wobei freilich die unbedingte Voraussetzung ist, daß in ihm jemand mitschläft, dessen persönliches Vorhandensein, ohne daß er selbst als Aufsichtsbeamter sich wichtig macht oder angesehen werden darf, den guten Geist in Scherz und Ernst verbürgt. Und im Stockwerk zur ebenen Erde ist das Besondere der große

Die neuen Gebäude



Werkstättehaus und Fährwarte.



Der neue Unterrichtssaal.

Unterrichtsraum, der ganz aus den Bedürfnissen des Gesamtunterrichts heraus entstanden ist; durch die Türen rechts und links tritt man in überbaute Umlaufhallen, in denen Gruppen für sich arbeiten können, ohne den Zusammenhang mit dem im Saal verbliebenen Kern zu verlieren; ebenso können die hufeisenförmig alle zusammenschließenden Tische nach Bedarf zu gesondertem Arbeiten umgruppiert werden; eine kleine Bühne bestärkt die sowieso sich meldende Lust zum Dramatisieren; die Bühnenöffnung kann aber auch durch einen Lichtbildschirm oder von einer zweiteiligen, in der Mitte zusammen zu koppelnden Wandtafel ausgefüllt werden. Drei große Flügelglastüren lösen die Wand zum Vestibül auf, gleichsam andeutend, daß der Unterricht hier nichts für sich Bestehendes, nicht hinter geschlossenen vier Wänden sich Abspielendes ist, daß ruhig jeder von außen zuschauen, sich, wenn er Lust hat, beteiligen kann; haben doch auch Hospiväter und Hospimütter unangemeldet Zutritt. In äußerlich fast noch reizvollerer Weise ist der zweite — kleinere — Bau zur Ausführung gekommen, in dem der Architekt an sich sehr verschiedenartige Dinge vereinigen mußte: Es sollte in ihm enthalten sein das Wartezimmer für den Fährdienst, den zwei wochenweis wechselnde Schüler versehen, der Unterbringungsraum für die Feuerspritze, die Schlosserei, die Tischlerwerkstätte nebst Holzraum, der Zeichensaal mit Druckerei und Buchbinderei, die Wohnung für den Zeichen- und Handfertigungslehrer. Das Haus springt in bastionsartiger Rundung dicht an den See vor; das flache, im Halbkreis fächerartig weit vorgreifende Dach verstärkt noch den Eindruck des seewärts gerichteten Luginsland; es sieht fast so aus, als ob es selbst tankartig auf ihn hinauszufahren im Begriff sei. Das Fährzimmer selbst ist rings von Glas umschlossen; ein schmaler Umgang erleichtert das Ausschauhalten zum gegenüberliegenden Gestade, wenn von dort „Hol über“ gerufen wird; er bietet auch Platz für die Aufstellung eines Scheinwerfers zur Erleuchtung der Fahrbahn an Wintermittagen und -abenden, wenn die Fährleute durch die Eisschollen ihr Fahrzeug im Zickzack hindurchwinden und -zwängen müssen; darunter wohnt der Zeichenlehrer; der dem Wirtschaftshof zugewandte, das Viereckige betonende Spritzenraum bildet oben ohne weiteres eine Zeichenterrasse, auf die man vom Zeichensaal heraustritt. Während diese beiden Schmalseiten, für sich betrachtet, die eine rund, die andere kubisch abgesetzt, fast disparat wirken müßten, ist durch die Längsseiten die Geschlossenheit der Bauform einheitlich gewahrt. Beide Gebäude sind innen so eingerichtet, daß die Scharfenberger den entscheidenden Schritt von der Primitivität zur stilvollen Einfachheit getan haben.

Ausblick.

Der Unterrichtssaal des Neubaus verwandelte sich am 25. September in einen Sitzungssaal, in dem die Schuldeputation, unter Vorsitz des Stadtschulrats Nydahl, eine regelrechte Tagesordnung

durchberiet. Es wurde die neue Ferienordnung für 1929 festgesetzt, über die Pflichtstundenzahl der Mittelschullehrerinnen debattiert, und vor allem für die Zukunft der Insel Wichtiges einstimmig beschlossen. Es soll noch ein dritter Neubau entstehen, ein Lehrerwohnhaus, dessen Errichtung sich als notwendig erwiesen hat, um die Schwierigkeiten, die geeigneten Lehrkräfte zu finden und festzuhalten, wenigstens in etwas zu verringern. Zweitens soll von Ostern ab die Schulfarm aus dem juristischen Schwebezustand, in dem sie sich bisher entfaltet hat, in den städtischen Haushaltsplan fest übernommen werden. Man will sie mit Rücksicht auf die Ausnahmeverhältnisse ihrer Entstehung und die Freiheit ihrer Entwicklungsmöglichkeiten direkt unter die zentrale Magistratsverwaltung stellen mit einem ganz auf sie zugeschnittenen Etat, der ihr nicht den Charakter einer so und sovielten höheren Schule, sondern den eines Landerziehungsheims der Stadt Berlin verleiht.

Diese formelle städtische Anerkennung dürfte vielleicht die Realisierung eines langgehegten, sich ebenfalls aus den Verhältnissen ergebenden Wunsches im Gefolge haben. Eine derartige Schule braucht zur Entlastung der ständigen Lehrkräfte und zur Befruchtung des Gemeinschaftslebens stets Helfer, am besten selbst noch jugendliche Miterzieher, wie die ehemaligen Schüler als Studenten oft freiwillig sich zur Verfügung halten und an ihre Schlafsaalgemeinschaften die beste Tradition weitergeben. Wenn das Provinzialschulkollegium offiziell Referendare, die Neigung für ein solches Jugendleben im Herzen tragen, zu ihrer Ausbildung herausschicken würde, könnte die Schule ihre Pionieraufgaben in weit größerem Umfang bewähren.

Es ist doch unbestreitbar, was Schweizer Pädagogen schon lange gefordert haben, daß die erste Vorbedingung für den Lehrerberuf der Ausweis sein müßte, an solchen freien Siedlungsschulen tätig gewesen zu sein. Unfehlbar geben sich da die erzieherischen Anlagen in kurzem zu erkennen; die Anfänger sehen hier die Jugend von Angesicht zu Angesicht, ohne die Tarnkappe der Schülermienen. Hier werden sie bald den kameradschaftlichen Ton finden, der das Vertrauen der Jugend gewinnt, und offeneren Einblick in ihre tausend Nöte bekommen, der sie später das Stück Seelenarzt zu werden befähigt, das doch wohl jeder Lehrer sein sollte. Für Berlin entwickelt sich dazu auf der Schulfarm eine Gelegenheit, unmittelbar vor seinen Toren.

Sollte ihre Entwicklung in dem bisherigen Tempo weitergehen, erhebt sich die zweite Zukunftsforderung: Mehr Land! Denn eine noch größere Zahl kann die Insel nicht ernähren; und das Selbstsäen und Selbsternten darf unter keinen Umständen zur Spielerei werden, sondern muß stets ein Haupterziehungs- und Lebensfaktor bleiben. Noch einige Jahre — und es gibt auf der Insel für die vielen Hände nicht mehr Beschäftigung genug, die sich als produktiv in doppeltem Sinn erwiesen hat.

Bis es so weit ist, das ist der dritte Zukunftswunsch, braucht die junge Schule mehr Ruhe, Ruhe auch vor dem anstürmenden Interesse pädagogischer Massenbesuche, damit sie vor Verflachung

und Veräußerlichung bewahrt bleibe und die Erwartungen, die die städtischen Behörden nach den letzten Aufwendungen mit Recht in sie setzen, von ihr wirklich erfüllt werden können.

Literatur über Scharfenberg.

- W. Blume und Fr. Hilker, Deutsche Schulversuche, Berlin, Schwetschke 1924.
- W. Lehmann, Die Schulfarm Insel Scharfenberg, Heft 4 des V. Jahrgangs des Pädagogischen Zentralblatts.
- G. Metz, Schulfarm Scharfenberg im Werdenden Zeitalter 1926, S. 172 ff.
- E. Witte, Der wechselnde Stundenplan in Neue Erziehung, 1925
- W. Saupe, Gedanken über Scharfenberg, Neue Erziehung, 1927, S. 771 ff.
- C. Cohn, Noch einmal die Schulfarm Scharfenberg, Neue Erziehung, 1928, S. 30 ff.
- E. Rotten, Das Janusgesicht der Schule, Das werdende Zeitalter, 1928, S. 1 ff. — Enthält dieser Aufsatz die tiefste Würdigung, findet man die kürzeste Zusammenfassung bei W. Landé und W. Günther, Schülerheime, Weidmannsche Buchhandlung 1927 und die anschauliche Darstellung im Deuligfilm „Eine Schulfarm der Stadt Berlin“.
- W. Blume, Aus dem Leben der Schulfarm Insel Scharfenberg. Bilder, Dokumente, Selbstzeugnisse. Sonderheft des Werdenden Zeitalters, Oktober 1928, 80 S.

Frauenschulen.

Ein verhältnismäßig neues Problem ist die Einrichtung von einjährigen Frauenschulen, und ein ganz neues, das der dreijährigen Frauenoberschulen.

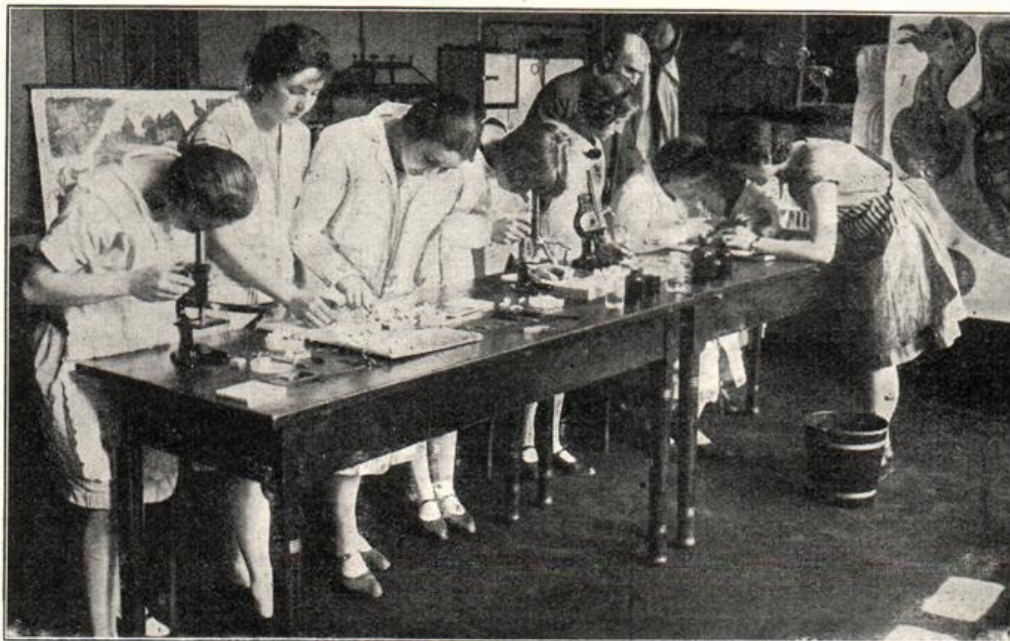
Beiden Schulen gemeinsam ist der Grundgedanke, die Mädchen nach der Absolvierung des Lyzeums von dem Eintreten in eine wissenschaftliche Oberstufe abzuhalten und ihnen eine Ausbildung zu bieten, die das Praktische, der späteren Hausfrau Angemessene, in den Vordergrund rückt. Die Ausbildung ist daher sowohl Ersatz für ein Pensionsjahr als auch Vorbereitung für bestimmte soziale Berufe (Kindergärtnerin, Sozialbeamtin u. ä.).

Berlin besitzt neben den 3 staatlichen (Augustaschule, Elisabethschule und Gertraudenschule) und 2 Privatanstalten bisher 7 Frauenschulen, und der Ruf nach Errichtung weiterer derartiger Anstalten wird von vielen Seiten erhoben. Eine Feststellung bei den jetzigen Besucherinnen der Frauenschulen zeigt nun, daß ein sehr erheblicher

Teil erwartet hat, durch den Besuch dieser Frauenschulen den Weg zur Gewerbelehrerin zu finden bzw. abzukürzen. Durch die allerneueste Entschließung des Kultus- und Handelsministeriums steht nun aber fest, daß der Weg zur Ausbildung als Gewerbelehrerin entweder durch die dreijährige Frauenoberschule oder durch die dreijährige höhere Fachschule führen muß.

Nachdem das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung jetzt seine Absicht, die Frauenoberschulen erst durch einige Versuchsjahre laufen zu lassen, aufgegeben, und sich nunmehr entschlossen hat, von Ostern 1929 ab eine derartige Schule in Berlin einzurichten, besteht auch für die Städtische Schulverwaltung kein Hindernis mehr, eine Frauenoberschule zu eröffnen. Daher wird das Berliner Schulsystem sicherlich vom gleichen Termin ab gleichfalls um eine dreijährige Frauenoberschule erweitert werden und damit auch stdtischerseits den Mädchen eine Bildungsmglichkeit geben, auf die sie seit langem gewartet haben.

Der Ruf nach der Frauenschule ist stark, man sucht damit aber vielfach die Anstalt, die Gewerbelehrerinnen ausbildet, meint also eigentlich die Frauenoberschule. Da diese nicht vorhanden ist, würde die Frequenz neuer Frauenschulen in den nächsten Jahren zwar noch befriedigend sein. Wenn aber in absehbarer Zeit die Frauenoberschule im weiteren Umfange erscheint, wird der Andrang zur Frauenschule stark nachlassen. Daraus ergibt sich, daß man schon jetzt mit der Errichtung neuer Frauenschulen trotz scheinbaren Bedürfnisses vorsichtig sein muß; so erscheint es nicht möglich, in jedem Bezirk eine solche Frauenschule zu errichten. Notwendig wird es aber sein, die jetzige Zahl noch um einige zu vermehren.



Biologische Arbeitsgemeinschaft am Oberlyzeum in Berlin-Pankow.

Privatschulen.

Gewährung von Zuschüssen an Privatlyzeen und private Mädchen-Mittelschulen.

Neben den öffentlichen Schulen gibt es in Berlin noch eine nicht unbedeutende Anzahl von Privatschulen. Soweit diese Anstalten ein Unterrichtsziel verfolgen, das von dem der öffentlichen Schulen abweicht, bilden sie eine durchaus wünschenswerte Ergänzung des öffentlichen Schulwesens; eine Notwendigkeit zur Errichtung von Privatschulen liegt aber zweifellos nur dann vor, wenn die städtischen oder staatlichen Einrichtungen nicht ausreichen, um das Bildungsbedürfnis der Jugend zu befriedigen.

Das städtische Knabenschulwesen ist so ausgebaut, daß allen berechtigten Wünschen der Elternschaft in weitestem Umfange entsprochen werden kann. Anders liegen die Verhältnisse auf dem Gebiete des mittleren und höheren Mädchenschulwesens: die städtischen Mädchenmittelschulen und Lyzeen sind augenblicklich noch nicht in der Lage, alle Schülerinnen, die eine über das Ziel der Volksschule hinausgehende Bildung erstreben, aufzunehmen. Es muß daher ein öffentliches Interesse für das Bestehen einiger privater Mädchenmittelschulen und Lyzeen zur Zeit noch anerkannt werden.

Vor der Bildung der neuen Stadtgemeinde Berlin haben sich einzelne Berliner Gemeinden um die Privatschulen überhaupt nicht gekümmert, andere haben den Privatschullehrkräften Teuerungszulagen als Zuschüsse zu den Gehältern gezahlt, wieder andere haben die Privatschulen als solche unterstützt. Es ergab sich daher für die Schulverwaltung der neuen Stadtgemeinde Berlin die Aufgabe, eine Einheitlichkeit in allen Bezirken herbeizuführen.

Durch den Ministerialerlaß vom 19. April 1921 — U II W 385 II — Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen 1921, S. 218 — erklärte sich der Staat bereit, Staatsbeihilfen an private höhere Lehranstalten für die weibliche Jugend zu bewilligen, sofern sich die Gemeinde mindestens in Höhe der Staatszuschüsse beteiligte. In Frage kamen jedoch nur solche Anstalten, für deren Weiterbestehen ein öffentliches Bedürfnis vorlag. Dies wurde von den städtischen Körperschaften für folgende Berliner Privatlyzeen anerkannt:

1. Lyzeum der Ursulinen, Berlin, Lindenstr. 39,
2. Lyzeum de Mugica, Berlin, Wilsnacker Str. 3,
3. Lyzeum Fleck, Berlin, Burggrafenstr. 17,
4. Lyzeum Ulrich, Berlin, Schönhauser Allee 175,
5. Theresien-Lyzeum, Berlin, Schönhauser Allee 182,
6. Lyzeum Dr. Richter, Berlin, Großbeeren-Str. 54,
7. Lyzeum am Mariannenplatz, Berlin, Mariannenplatz 14,
8. Lyzeum Apel, Charlottenburg, Windscheidtstr. 36,
9. Lyzeum Boretius, Charlottenburg, Nürnberger Str. 7,

10. Lyzeum Kirstein, Charlottenburg, Passauer Str. 3,
11. Lyzeum Klockow, Charlottenburg, Berliner Str. 39,
12. Lyzeum Mittelstädt, Charlottenburg, Schlüter-Str. 57-59,
13. Lyzeum Muche, Charlottenburg, Schlüter-Str. 72,
14. Lyzeum der Franziskanerinnen, Schöneberg, Hohenstaufenstr. 2,
15. Lyzeum Lorenz, Friedenau, Schmargendorfer Str. 24,
16. Lyzeum Schönborn, Friedenau, Moselstr. 5, (jetzt Auguste-Sprengel-Lyzeum),
17. Elisabeth-Lyzeum, Lichterfelde, Drakestr. 80,
18. Marien-Lyzeum (Ursulinen), Steglitz, Breitestr. 7,
19. Lyzeum Franke, Hermsdorf-Frohnau.

Zur Aufrechterhaltung ihres Schulbetriebes wurden diesen Anstalten vom Staat und von der Stadt im Rechnungsjahr 1921 Zuschüsse nach den Bestimmungen des erwähnten Ministerialerlasses gewährt. Nach den gleichen Grundsätzen wurden auch folgenden privaten Mädchenmittelschulen städtische Beihilfen bewilligt:

1. Mädchenmittelschule Wagner, Berlin, Köpenicker Str. 105-106,
2. Mädchenmittelschule Sauerhering, Berlin, Seller-Str. 34.
3. Mädchenmittelschule Manteuffel, Charlottenburg, Goethestr. 43,
4. Mädchenmittelschule Prowe, Schöneberg, Frankenstr. 16.

Der Staat beteiligte sich jedoch an der Unterstützung dieser Schulen zunächst nicht; deshalb zahlte die Stadt an die Mittelschulen auch den auf den Staat eigentlich entfallenden Betrag.

Die Weitergewährung der städtischen Zuschüsse für das Rechnungsjahr 1922 wurde durch die Stadt von der Anerkennung folgender Bedingungen abhängig gemacht:

1. Die Aufnahme der Schülerinnen muß unabhängig von der Zugehörigkeit der Eltern zu einer religiösen oder Weltanschauungsgemeinschaft oder zu einer politischen Partei erfolgen. Entsprechendes soll für die Zusammensetzung des Lehrkörpers gelten.
2. Die Zahl der Freistellen muß unbegrenzt sein. Die Freischulstellen sollen von der städtischen Schulverwaltung gewährt werden.
3. Mit dem Abbau der unteren Klassen im Sinne des Grundschulgesetzes muß sofort begonnen werden; soweit bereits Klassen abgebaut sind, soll ohne Unterbrechung weiter abgebaut werden. Die freiwerdenden Lehrkräfte sollen, wenn sie für den städtischen Schuldienst geeignet sind, nach Möglichkeit von der Stadt Berlin übernommen werden. Die Auswahl der freiwerdenden Lehrpersonen aus dem Lehrkörper der Privatschule steht der städtischen Schulverwaltung zu. Eine Verpflichtung der Stadt zur Uebernahme wird nicht anerkannt.

Kündigungen von Lehrpersonen können nur mit Zustimmung der städtischen Verwaltung vorgenommen werden.

4. Vertreter und Vertreterinnen müssen durch den städtischen Zentralnachweis angefordert werden; die zur Zeit bestehenden Vertretungen sollen einer Nachprüfung durch die städtische Schulverwaltung unterzogen werden.
5. Den Lehrkörpern der Privatschulen ist von den Schulvorstehern ein Mitbestimmungsrecht einzuräumen; die genauere Fassung dieser Bedingung soll durch einen Ausschuß der Deputation für das Schulwesen festgestellt werden.
6. Die Schulhausmeister und Heizer, soweit sie im Hauptberuf vollbeschäftigt sind und dieselbe Arbeit leisten, wie die Schulkarte und Heizer an städtischen Schulen, und das Reinigungspersonal, sollen nach den Grundsätzen, die bei der Stadt üblich sind, entlohnt werden.
7. Der Zuschuß wird nur dann gewährt, wenn die zu unterstützenden Privatanstalten ausdrücklich auf etwaige Regreßansprüche, die sich aus der Erfüllung dieser Bedingungen, namentlich des Abbaues der Vorschulklassen, ergeben konnten, verzichten.

Da die Privatlyzeen Fleck und Kirstein die in Ziffer 7 geforderte Erklärung nicht abgaben, schieden sie für das Rechnungsjahr 1922 aus der Zahl der unterstützten Privatschulen aus. Durch

Beschluß der Gemeindekörperschaften vom $\frac{13. 9. 22/21. 3. 22}{19. 1. 22/22. 3. 22}$ wurde

die Bedingung über den Abbau der Vorschulen aufgehoben und lediglich als Verwaltungsgrundsatz bestimmt, daß nur solche Privatlyzeen und privaten Mädchen-Mittelschulen unterstützt werden sollen, die entweder die Vorschulen abgebaut oder den Abbau eingeleitet haben und ihn ohne Unterbrechung durchführen.

Vom 1. April 1923 beteiligte sich der Staat nach dem Ministerialerlaß vom 11. September 1923 — U III D 3123 II 1 — Zentralblatt 23, S. 333 — auch an der Unterstützung der privaten Mädchen-Mittelschulen.

Im Rechnungsjahre 1923 erhielten außer den bisher unterstützten Schulen auch die Privatlyzeen Fleck und Kirstein wieder städtische Zuschüsse. Ferner kamen das Privatlyzeum Zemke in Berlin, Fruchtstraße 55, und das Lyzeum Dr. Droop (jetzt Luisen-Lyzeum) in Steglitz, Lindenstr. 31, hinzu, so daß die Zahl der vom 1. April 1923 ab unterstützten Privatschulen gegen das Vorjahr von 21 auf 25 stieg. Am 1. Oktober 1923 ging das Marien-Lyzeum in Steglitz ein. Hiermit sank wieder die Zahl der unterstützten Schulen auf 24.

Vom 1. April 1924 ab verzichtete das Privatlyzeum Zemke auf die Weitergewährung städtischer und staatlicher Zuschüsse. Die Leiterin der Mädchen-Mittelschule Sauerhering trat am 1. August 1924 in den Ruhestand; ihre Schule ging zu diesem Zeitpunkt ein. Die Schülerinnen wurden in der gleichzeitig von der Stadt gegründeten 9. Mädchen-Mittelschule aufgenommen.

Die Zahl der unterstützten Privatschulen, die am Ende des Rechnungsjahres 1924 22 betrug, änderte sich 1925 und 1926 nicht. Für die Weitergewährung der städtischen Zuschüsse im Rechnungsjahre 1927 wurden aber durch Beschluß der Gemeindekörperschaften vom 16. 3. 1927 folgende Richtlinien aufgestellt:

„Die allmähliche Ueberführung der Privatschulen in städtische Verwaltung ist anzustreben. Bis zur Erreichung dieses Zieles gelten für die Gewährung von Unterstützungen an Privatschulen folgende Richtlinien:

- I. Eine Erweiterung der Zahl der bisher unterstützten Schulen erfolgt grundsätzlich nicht. Durch Auflösung kleiner Schulen und Ueberführung anderer in städtische Verwaltung nach einem noch festzulegenden Plane muß eine allmähliche Verringerung der Zahl erstrebt werden.
- II. Schulen, für die ein öffentliches Bedürfnis nicht anerkannt werden kann, scheiden aus der Liste der zu unterstützenden Anstalt aus, und zwar
 - a) sofort diejenigen, deren Schülerzahl zur Zeit so gering ist, daß sie ohne Schwierigkeiten auf städtische Anstalten übernommen werden können;
 - b) später, wenn eine Uebernahme der Schüler nicht sofort durchführbar, die Errichtung neuer Klassen an der Privatschule aber nicht notwendig ist, weil städtische Anstalten sämtliche Neuansmeldungen im Bezirk berücksichtigen können.
- III. Unterstützungen werden grundsätzlich nur an Anstalten gewährt, für deren Weiterbestehen ein öffentliches Bedürfnis anzuerkennen ist, deren Bedürftigkeit nachgewiesen ist, die nicht durch andere Körperschaften Beihilfen erhalten und deren Lehrkräfte auch mindestens 80 % der staatlichen Sätze erhalten.
- IV. Eine Unterstützung der Privatschulen durch die Stadt Berlin kann nur dann in Frage kommen, wenn die drei in der Reichsverfassung Artikel 147, Absatz I, geforderten Bedingungen tatsächlich erfüllt sind. Ergibt die Nachprüfung die Nichterfüllung der verfassungsmäßigen Bedingungen, so ist die Unterstützung abzulehnen.
- V. Den weiter zu unterstützenden Privatschulen ist zur Bedingung zu machen, daß die im Eigentum des Schulleiters stehenden oder von ihnen gemieteten Schulräume nicht Schulunternehmungen zur Verfügung gestellt werden, die als Ersatz für die Grundschule anzusehen sind.

Auf Grund dieses Beschlusses wurde die Zahlung von Zuschüssen an die Privatschulen Fleck, Apel, Boretius, Kirstein und Muche mit dem 31. März 1927 eingestellt. Außerdem wurde bestimmt, daß die privaten Mädchen-Mittelschulen zu Ostern 1927 keine Aufnahme-

klassen einrichten durften und nur noch bis zum Ablauf des Rechnungsjahres 1927 — also bis zum 31. März 1928 — Zuschüsse erhalten sollen. Das Privatlyzeum Klockow wurde vom 1. April 1927 ab in städtische Verwaltung übernommen, ihm folgten zum 1. April 1928 das Privatlyzeum Franke in Hermsdorf-Frohnau und das Elisabeth-Lyzeum in Lichterfelde.

Die Höhe der Zuschüsse richtet sich nach dem Bedarf der Privatschule, der sich aus dem nach den Richtlinien des Staates aufgestellten Haushaltsplan ergibt. Von der Stadt Berlin sind in den Jahren 1924 bis 1926 folgende Beträge gezahlt worden:

Bezirk	Rechnungsjahr		
	1924	1925	1926
Berlin 1—6	82 770	152 770	133 230
Charlottenburg	73 710	162 720	151 620
Schöneberg	48 250	74 940	68 920
Steglitz	26 580	40 820	35 060
Reinickendorf	17 620	30 000	25 180
	248 930	461 250	414 010

Gewährung von Ruhegeld an Privatschullehrkräfte.

Nach den Ministerialerlassen vom 19. April 1921 — U II W 385 II — Zentralblatt 1921 S. 218 — und vom 11. September 1923 — U III D 3123 II 1 — Zentralblatt 1923, S. 333 — erhalten die an unterstützten Privatlyzeen und privaten Mädchen-Mittelschulen beschäftigten Lehrkräfte im allgemeinen 80 % des Gehalts einer entsprechenden Lehrkraft an einer öffentlichen Schule. Für die Dauer ihrer Tätigkeit an einer unterstützten Anstalt ist also Privatschullehrkräften durch die Zahlung staatlicher und städtischer Zuschüsse ein Einkommen gesichert worden, das sich stets den wirtschaftlichen Verhältnissen anpaßt. In schwere Not gerieten aber die meisten Lehrkräfte nach ihrem Übertritt in den Ruhestand: ihre Ersparnisse waren durch die Kriegs- und Nachkriegszeit vollständig entwertet, die privaten Pensionskassen, bei denen sie sich versichert hatten, aufgelöst.

Um diesen Lehrkräften auch nach ihrem Ausscheiden aus ihrer Lehrtätigkeit zu helfen, haben die städtischen Körperschaften durch den Beschluß vom 21. 6./1. 11. 1922 12. 9. allgemeine Grundsätze über die Gewährung von Ruhegeld aufgestellt. Hiernach wird den Leitern, Leiterinnen und vollbeschäftigten Lehrkräften der unterstützten Privatlyzeen und privaten Mädchen-Mittelschulen in analoger Anwendung der Pensionsbestimmungen für Lehrkräfte an den öffentlichen Schulen ein Ruhegeld bewilligt. Da die Privatschullehrkräfte aber weder unmittelbar noch mittelbar in einem Dienstverhältnis zur Stadt stehen, mußten einige Sondervorschriften getroffen werden. So wurde festgelegt, daß ein klagbarer Anspruch auf das Ruhegeld den Privatschullehrkräften

nicht zusteht. Ferner wurde bestimmt, welche Zeiten als ruhegeldfähig angerechnet werden. Eine der wichtigsten Vorschriften war jedoch, daß von der Stadt nur die Hälfte des errechneten Ruhegeldes gezahlt werden sollte. Es wurde erwartet, daß sich der Staat an der Regelung der Versorgungsbezüge der Privatschullehrkräfte beteiligen würde, wie es bei der Gewährung von Zuschüssen an die Privatschulen geschah. Trotz wiederholter Anträge hat aber der Staat die Beteiligung abgelehnt. Infolgedessen beschlossen die städtischen Körperschaften

am $\frac{16. 2. 1927}{10. 3.}$ das Ruhegeld an die Privatschullehrkräfte vom 1. April 1927 ab in voller Höhe zu zahlen.

Die für die Privatschulleiter, -leiterinnen und Lehrkräfte geltenden Grundsätze über Gewährung von Ruhegeld wurden von der Stadt auch auf die an unterstützten Privatschulen beschäftigten Schulhausmeister und Heizer ausgedehnt.

Außerdem wurden die Ruhegeldbeträge, die einer Anzahl von Privatschullehrkräften vor der Bildung der Einheitsgemeinde Berlin bewilligt worden waren, den Zeitverhältnissen angepaßt. In einzelnen Fällen wurden, wenn nicht alle Voraussetzungen für die Gewährung eines Ruhegeldes gegeben waren, laufende Unterstützungen gewährt.

Eine Erweiterung der Ruhegeldbestimmungen wurde notwendig, als einige Privatschulen in städtische Verwaltungen übernommen wurden, andere infolge der Einstellung der Zahlung städtischer Zuschüsse eingingen. Durch Gemeindebeschluß vom $\frac{16. 2. 1927}{10. 3.}$ wurde daher bestimmt, daß die Privatschullehrkräfte durch die Übernahme oder Auflösung der Privatschule nicht ihre Anwartschaft auf ein Ruhegeld verlieren sollten. Außerdem wurde beschlossen, den Lehrkräften, die nach der Übernahme oder Auflösung unterstützter Privatschulen im Schuldienst nicht weiter beschäftigt werden können, eine laufende Entschädigung in Höhe des verdienten Ruhegeldes zu gewähren.

Fortbildungsmöglichkeiten für Erwachsene.

Obwohl sie nur in losem Zusammenhang mit dem offiziellen Schulapparat stehen, seien hier noch drei Fortbildungsmöglichkeiten erwähnt, die in den letzten Jahren in Berlin entstanden sind und denen das eine gemeinsam ist, daß sie im Berufsleben tätigen Erwachsenen Gelegenheit geben wollen, die in der Jugend aus irgendwelchen Gründen versäumte höhere Schulbildung in späteren Lebensjahren nachzuholen:

Das Berliner Abend-Gymnasium,
die Abend-Realschule,
die Arbeiter-Abiturientenkurse.

Sie sind alle drei aus privater Initiative entstanden, aber sie sind doch vor allem aus finanziellen Gründen in engeren Zusammenhang mit der städtischen Schulverwaltung getreten, die ihnen Räume, Lehrmittel und darüber hinaus namhafte Summen zur Verfügung stellte.

Der feste Platz, den sich diese Einrichtungen überraschend schnell im Bildungswesen der Weltstadt erobert haben, hat nicht nur ihre Notwendigkeit erwiesen, sondern läßt auch Lücken erkennen, die im offiziellen Schulwesen der Stadt vorhanden waren. Daher ist der Gedanke bereits ernsthaft erwogen worden, diese Erwachsenenschulen noch enger mit dem städtischen Schulwesen zu verbinden, als es z. B. bei der Abend-Realschule bereits geschehen ist. Wann und in welcher Form der Einbau sich vollziehen wird, läßt sich heute noch nicht sagen, die Bedeutung dieses neuen Zweiges des großstädtischen Bildungswesens geht aber zweifellos aus diesen Erwägungen schon hervor. Sie rechtfertigt es auch, in diesem Bericht über das Berliner Schulwesen auf ihn einzugehen, und darum sei den Leitern der einzelnen Bildungsanstalten das Wort gegeben.

Das Berliner Abendgymnasium.

Das Berliner Abendgymnasium (BAG) ist am 1. September 1927 in den Räumen des Luisen-Oberlyzeums, Ziegelstraße 12, eröffnet worden. Es ist eine höhere Lehranstalt, die in den Abendstunden arbeitet, da sie ausschließlich für erwachsene Männer und Frauen bestimmt ist, die tagsüber ihrem Beruf und Broterwerb nachgehen.

Die neue Bildungsanstalt soll in fünf Jahren bis zur Reifeprüfung führen, die zum Studium an allen deutschen Hochschulen berechtigt. Unterrichtsfächer sind vorläufig: Deutsch, Geschichte, philosophisch-wissenschaftliche Lektüre, Erdkunde, Mathematik, Physik, Chemie, Biologie, Englisch als erste Fremdsprache, in der untersten Klasse, der Obertertia, beginnend und als zweite Fremdsprache, mehr nebenfachlich, Französisch oder Latein, von Untersekunda ab. Für Kunst- und Musikgeschichte sind eine Reihe besonderer Vortragsabende festgesetzt.

Unterrichtet wird an den ersten fünf Wochentagen von 7—10 Uhr abends. In diesen drei Zeitstunden werden vier Unterrichtsstunden erteilt, so daß auf jede Klasse 20 Wochenstunden entfallen. Abgesehen von einer Semestergebühr von 10 RM., ist der Unterricht unentgeltlich. Bedürftigen werden auch die Lehrbücher kostenlos gestellt. Aus bloß wirtschaftlichen Gründen soll niemand mehr verhindert sein, sich eine höhere Schulbildung anzueignen. Wer Intelligenz und Willenskraft besitzt, dem soll in Zukunft der Aufstieg freistehen. Denn im demokratischen Volksstaat können Bildung und Führerschaft nicht mehr bestimmten Klassen vorbehalten bleiben. Jeder Tüchtige muß die Möglichkeit haben, die soziale Stufenleiter emporzusteigen. Jede Begabung, jede Kraft muß der Gemeinschaft nutzbar gemacht werden können, so

daß für den Führernachwuchs wirklich der frische, unerschöpfliche Born des sich ewig verjüngenden Volksganzen zur Verfügung steht.

Aber selbst bei starker Begabung wird Führerschaft ohne gründliche enzyklopädische Allgemeinbildung, ohne harte intellektuelle Schulung immer etwas Halbes bleiben. Und so viel Gutes auch Fachschulen und Volkshochschulen im einzelnen leisten mögen, als Vorbereitung der Tüchtigen zu Führern des Volkes kommt ernsthaft nur unsere höhere Schule in Frage. Aus diesem Grunde brauchen wir höhere Lehranstalten und Universitäten für Erwachsene, für Männer und Frauen, die im Berufsleben stehen, brauchen wir Abendgymnasien und Abenduniversitäten. Den ersten Schritt auf diesem Wege stellt das BAG dar,



Eine Unterrichtsstunde der O III des Abendgymnasiums.

mit dessen Eröffnung ein neuer Schultypus in Deutschland eingeführt worden ist. Denn bei uns galt es bisher als außergewöhnlich, daß erwachsene, berufstätige Menschen studieren. Wer einmal die Schule verlassen hatte und ins Erwerbsleben eingetreten war, für den war es so gut wie ausgeschlossen, in späteren Jahren neben der Berufsarbeit den regelrechten Bildungsgang wieder aufzunehmen.

Der Lehrplan der BAG schließt sich unmittelbar an den der Volksschule an und entspricht im großen und ganzen dem der „Deutschen Oberschule“. Wenn die neue Bildungsstätte sich trotzdem „Gymnasium“ nennt, so hat das eine gewisse programmatische Bedeutung. Es ist zwar späterhin die Einführung des Griechischen als wahlfreies Lehrfach geplant. Aber auch ohne besonderes Studium der griechischen Sprache sollen die Schüler des BAG in den Geist der Antike, in die Werke Platos, Homers und der griechischen Tragiker eingeführt und mit der Kunst und Literatur Altgriechenlands und Roms vertraut gemacht werden. Das BAG ist keine „Presse“, die ihren Schülern nur trockene Realia und bloßes Examenswissen vermittelt. Es will in ihnen den Geist der Humanität wecken und sie zu jener Totalität der Bildung hinführen, ohne die ein tieferes Verständnis unserer klassischen Poesie und Philosophie nicht denkbar ist.

In den Vereinigten Staaten von Amerika hat sich das Abendgymnasium bereits seit mehr als einem Jahrzehnt bewährt. Als ich mich im Winter 1926/27 in New York aufhielt, gab es dort 17 Evening High Schools, die von insgesamt 35 000 Männern und Frauen besucht wurden. Diese hohe Besuchsziffer erklärt sich daraus, daß man in Amerika unterschiedslos jeden aufnimmt, der sich meldet, also von jeder Art Aufnahmeprüfung absieht.

Das verarmte Deutschland kann sich solchen Luxus vorläufig nicht leisten. Wir müssen zufrieden sein, wenn wir erst einmal den Tüchtigen weiterhelfen können. Das BAG ist daher als Begabten-schule geplant, und von den vielen, die sich um den Eintritt bewerben, kann immer nur ein geringer Prozentsatz aufgenommen werden. Sämtliche Bewerber müssen sich einer Eignungsprüfung unterziehen, die weniger ihre wissenschaftlichen Vorkenntnisse als die Schnelligkeit, Exaktheit und Tiefe ihres Auffassungsvermögens feststellen soll.

In die unterste Klasse, die Obertertia, werden berufstätige Männer und Frauen aufgenommen, die über 18 Jahre alt sind und nur Volksschulbildung besitzen. Für die Aufnahme in eine höhere Klasse ist das Zeugnis einer öffentlichen höheren Lehranstalt für diese Klasse erforderlich.

Wie stark das Bedürfnis nach einer Bildungsstätte, wie das BAG sie darstellt, in Berlin ist, zeigt die Tatsache, daß sich im ersten Jahre gegen 3000 Männer und Frauen zur Aufnahme gemeldet hatten. Eine sorgfältige, mit allen erdenkbaren Mitteln der Auslese vorgenommene Sichtung hat rund 120 (2 Obertertien und 1 Obersekunda mit je 40 Schülern) von ihnen die Aufnahme gewähren können. Nach dem ersten Schuljahr überschritt die Zahl der sich Meldenden wiederum 1000, wieder konnten rund 120 zugelassen werden, so daß das BAG jetzt bereits aus 2 O III, 2 U II, 1 O II und 1 U I mit rund 220 Männern und Frauen besteht, da der auf 50 % veranschlagte Ausfall durch vorzeitigen Abgang von Schülern, denen die nötige Spannkraft zu der außergewöhnlichen Leistung fehlt, sich überraschenderweise auf ungefähr 20 % beschränkte. Er bestand aus einigen Damen und Herren, die entweder körperlich die Überanstrengung nicht auszuhalten vermochten oder denen die Leitung den Rat geben mußte, auf den weiteren Besuch der BAG zu verzichten, da ihre Leistungen weit hinter denen der anderen Hörer zurückblieben.

Das BAG ist vorläufig eine Privatschule, deren eigentlicher Träger das „Kuratorium des Berliner Abendgymnasiums“ ist, in dem die Stadt Berlin, das Unterrichtsministerium, das Provinzial-Schulkollegium, sowie eine Reihe größerer wirtschaftlicher Verbände vertreten sind. An maßgebender Stelle besteht jedoch die Absicht, die neue Bildungsstätte in die Reihe der übrigen Berliner höheren Lehranstalten einzugliedern, sobald die Erfahrungen der ersten Jahre ihre Daseinsnotwendigkeit auch praktisch erwiesen haben.*)

Peter A. Silbermann.

*) Näheres über das Berliner Abendgymnasium bringt eine von Prof. Dr. Silbermann geschriebene, im Verlag von Quelle & Meyer herausgekommene Schrift: „Das Abendgymnasium“.

Abend-Realschule.

Älter als das Abend-Gymnasium, ihm in mancher Beziehung ähnlich, nur nicht mit so weiter Zielsetzung als dieses, ist die Abend-Realschule.

Sie ist hervorgegangen aus der Autodidakten-Vereinigung, die im Jahre 1924 sich unter der Geschäftsführung des Herrn Stadtinspektor Frenzel und des Herrn Fabrikanten Dr. Otto Scherler zusammenfand, um ehemaligen Volksschülern und -schülerinnen neben der Förderung der Allgemeinbildung die Möglichkeit der Realschul-Schlußprüfung zu verschaffen. Sie gab sich am 26. Mai 1924 folgende Satzungen:

Satzungen.

1. Die Autodidakten-Vereinigung ist gemeinnützig. Die Mitglieder sollen Förderer sein. Ein Beitrag wird nicht erhoben.
2. Die Autodidakten-Vereinigung hat die Aufgabe Autodidakten zur Erreichung ihrer Ziele behilflich zu sein, besonders sich ehemaliger Volksschüler anzunehmen, die weniger bemittelt sind.
3. Die Geschäfte führt ein geschäftsführender Vorsitzender ehrenamtlich als „Geschäftsführer“. Über gerichtliche Eintragung soll nach Erfolg und Lebensfähigkeit der Vereinigung beschlossen werden.
4. Es sind Kurse einzurichten, die für einen angemessenen Beitrag Unterricht vermitteln.
5. Der Unterricht muß besonders belebend erteilt werden, da die Teilnehmer bereits Tagesarbeit geleistet haben. Die Teilnahme soll ihnen geistige Erholung bieten und auch besonders ihrer sittlichen Förderung nützlich sein.
6. Kursus-Teilnehmer, die zahlungsunfähig werden, sind nicht auszuschließen; eine gerichtliche Beitreibung hat zu unterbleiben.

Berlin, den 26. Mai 1924.

gez.: Unterschriften.

Wie sehr sie einem Bedürfnis entgegenkam, zeigt die stetig steigende Besucherzahl. Am 1. Januar 1928 bestanden sieben Abteilungen mit etwa 220 Teilnehmern, zu denen im April 1928 noch zwei weitere hinzukamen, so daß augenblicklich etwa 300 Teilnehmer vorhanden sind.

Jeder Teilnehmer zahlt monatlich 6 RM. Honorar, wobei Unbemittelten und Erwerbslosen das Schulgeld erlassen und freie Lehrmittel gewährt werden.

Es erhellt ohne weiteres, daß bei diesen geringen Abgaben die Schule sich nicht aus eigenen Mitteln hat erhalten können. Es haben daher auch Staat und Stadt mehrfach größere Summen der Autodidakten-Vereinigung zur Verfügung gestellt. Um aber das verdienst-

volle Unternehmen nicht von Zufälligkeit derartiger Zuwendungen abhängig zu machen, hat die Deputation für Schulwesen am 3. Februar 1928 beschlossen, regelmäßige Zuschüsse zu bewilligen unter der Bedingung, daß zur Wahrung eines größeren Einflusses auf Entwicklung und Ausbau dieser Schule ein Vertreter des Magistrats in den Vorstand der Vereinigung aufgenommen werde. Bei dieser Gelegenheit erklärte sich die Deputation auch mit der Beilegung des Namens „Abend-Realschule“ einverstanden.

Das Arbeitsgebiet der AR umfaßt die lehrplanmäßigen Realschulfächer. Der Lehrplan entspricht in Umfang und Inhalt denjenigen der Klassen VI—U2 einer Oberrealschule mit Englisch als erster neueren Fremdsprache; er erstreckt sich auf die Prüfungsfächer:

Deutsch,	Geschichte,
Englisch,	Staatsbürgerkunde,
Französisch,	Physik, Chemie, Biologie.
Mathematik,	

Da den sechs Realschulklassen sechs Unterrichtssemester entsprechen, so wird tunlichst in jedem Semester das Pensum einer Realschulklasse gemäß den Richtlinien zu erledigen sein. Der Lehrplan gestaltet sich demnach folgendermaßen:

Lehrplan.

	1. Sem.	2. Sem.	3. Sem.	4. Sem.	5. Sem.	6. Sem.	Zus.
Deutsch	2	2	2	2	2	2	12
Englisch	2	2	2	2	2	3	13
Französisch	2	2	2	2	2	3	13
Mathematik	2	2	2	2	2	3	13
Geschichte	1	1	1	1	2	2	8
Physik, Chemie	—	—	—	2	2	2	6
	9	9	9	11	12	15	65

Die Art des Unterrichts an der AR wird naturgemäß durch das Ziel, die Vorbildung, Alter und Berufe der Teilnehmer bestimmt. Er wird grundsätzlich im Sinne von Arbeitsgemeinschaften erteilt. Bei der zur Verfügung stehenden relativ kurzen Zeit wird in den Unterrichtsstunden der gesamte Stoff der Examensfächer geboten, während die Aneignung und Befestigung den jungen Autodidakten überlassen bleiben muß, nachdem diese durch Hinweis auf zweckmäßige Arbeitsmethoden zu dieser Arbeit angeleitet worden sind. Die Schule kann dann höchstens noch in regelmäßigen Wiederholungsstunden den Erfolg der häuslichen Arbeit feststellen.

Die Lehrkräfte sind Studienräte.

Es ist vielleicht nicht uninteressant, die Teilnehmer an den Lehrgängen der Abend-Realschule auf Alter und Beruf hin näher zu betrachten.

Arbeiter-Abiturientenkurse

Von den 250 Teilnehmern im Januar 1928 waren alt:

14 Jahre	6%,	18 Jahre	5%,
15 „	50%,	19 „	9%,
16 „	8%,	20 „	5%,
17 „	8%,	21 „	10%.

Ihrem Beruf nach:

Lehrlinge	42%,	Bäcker	} 1%,
Arbeitsburschen	23%,	Handlungsgehilfen	
kaufm. Hilfsarbeiter	10%,	Schneidergesellen	} 0,5%.
Kontoristen u. Stenotypisten	9%,	Arbeiterinnen	
Arbeiter	6%,	Kinderpflegerinnen	
Registrieratoren	3%,	Krankenschwestern	
Lehrmädchen	2%,	Uhrmacher	

Die Arbeiter-Abiturientenkurse in Neukölln.

1. Der Sinn der Kurse.

Der ursprüngliche Anlaß für die Einrichtung eines Lehrganges zur Vorbereitung ehemaliger Volksschüler auf die Reifeprüfung lag in dem Wunsch der republikanischen Parteien des Reichstages, in erhöhtem Maße denjenigen jungen Leuten den Zugang zu den Hochschulen zu ermöglichen, die durch ihre Herkunft sichere Träger des neuen Staatsgedankens sein würden. Das bedeutete nicht eine politische Haltung des Kurses im Sinne einer oder mehrerer Parteien oder einer bestimmten Weltanschauung. Unter keinen Umständen darf die wissenschaftliche Erziehung einem Dogma geopfert werden. Selbstverständlich war aber, und ist bis heute geblieben die Erziehung im Sinne der Reichsverfassung, also Pflege des Gedankens der demokratischen Republik und der Völkerversöhnung.

Die Bedeutung der Kurse ist heute über den ursprünglichen Anlaß hinausgewachsen. Sie will eine Lücke in unserem nationalen Bildungswesen ausfüllen. Sie will in weiterem Umfange als bisher das demokratische Grundrecht eines jeden sichern, das die gleiche Lernmöglichkeit für alle Staatsbürger gewährleistet. Sie machen in einem gewissen Umfange geschehenes Unrecht wieder gut, indem sie solchen jungen Leuten, die sich im Leben irgendwie auszeichnen, noch im reiferen Alter die Gelegenheit zur Erreichung der Universitätsreife geben. Sie sind nicht mit den Begabtschulen zu vergleichen, die von dem Bürgertum 1917 in Berlin für einige begabte Kinder des Proletariats geschaffen wurden. Damals handelte es sich um ein Geschenk an die Angehörigen einer Klasse, die aus eigener Kraft solche Schulen nicht aufbauen konnte, jetzt handelt es sich um ein Recht, für dessen Durchführung das im Staat organisierte Volk eintreten muß.

Aus dieser Stellung der Kurse im öffentlichen Schulsystem ergibt sich für jeden Teilnehmer auch eine Art Verpflichtung: er darf das

Recht auf diese Ausbildung und die dafür aufgewandten Mittel nicht mehr in Anspruch nehmen, wenn er fühlt, daß sein weiterer Besuch der Kurse nicht im öffentlichen Interesse liegt. Die Lehrer haben darüber zu wachen, daß nicht das Privatinteresse des Einzelnen, der Wunsch, persönlich ein besseres Leben zu haben, vor das Interesse der Allgemeinheit gestellt wird.

Aus diesem Sinn der Kurse, für den Dienst der Allgemeinheit Menschen auszubilden, die ein Recht darauf haben, erklären sich alle Einrichtungen.

II. Zulassung.

Der Lehrgang steht allen jungen Leuten beiderlei Geschlechts etwa zwischen 18 und 25 Jahren offen, die eine nicht über die Volksschule hinausgehende Vorbildung haben. Wir lassen diejenigen nicht zu, die schon auf einer höheren Schule eine gewisse Vorbildung erhalten haben, weil es sich nach unserer Erfahrung meistens um solche handelt, die nur ihre Stellung verbessern wollen, also öffentliche Mittel im allgemeinen nicht in Anspruch nehmen dürfen. Vor allem wirkt es niederdrückend auf diejenigen, die nur eine gewisse praktische Lebensbildung mitbringen, wenn sie mit solchen in Wettbewerb treten sollen, die eine gewisse formale Schulung und gewisse Kenntnisse vor ihnen voraus haben. Eine entsprechende Gliederung könnte diese pädagogischen Mängel überwinden, aber wir sehen für diese kein Bedürfnis.

Die jungen Leute werden auf Grund der eingereichten Zeugnisse und Lebensläufe einberufen. Schon hier scheiden wir eine ganze Anzahl aus. Bei dem ersten und zweiten Kurs haben wir dann auf eine Prüfung ganz verzichtet. Bei dem dritten waren wir schon aus äußeren Gründen zu einer weiteren Auslese gezwungen. Zu diesem Zwecke teilten wir dann die Prüflinge in kleine Gruppen, die sich entweder für wirtschaftliche, für soziale, für technische oder politische Fragen besonders interessierten. In jede der Gruppen sandten wir mehrere Lehrer, die mit jedem einzelnen Schüler Fühlung zu nehmen versuchten und ihn dann über ein Thema berieten, das er am besten bearbeiten könnte. Dieses Verfahren hat sich insofern bewährt, als ganz ungeeignete Elemente von vornherein ferngehalten wurden und der Abgang aus dem Kurs nach dessen Eröffnung nicht mehr so erheblich war. Als Nachteil stellte sich heraus, daß diese so stark individualisierte Arbeit so wenig Vergleichsmöglichkeit für die Leistung des Einzelnen bot. Darum haben wir bei der letzten Prüfung sechs Themen zur Auswahl für alle gestellt. Es handelte sich um Aufgaben, bei denen die Prüflinge aus gegebenen Tatsachen Folgerungen ziehen und so ihre selbständige Intelligenz beweisen konnten. Z. B. wurde den wirtschaftlich interessierten der bekannte Schmalenbachsche Aufsatz „Wirtschaft am Scheidewege“ zur Darstellung und Kritik aufgegeben, den politisch gerichteten das Ergebnis der letzten Reichstagswahl in einem Diagramm vorgeführt und mutmaßliche Folgerungen von ihnen verlangt. Die im Rechtsleben besonders interessierten jungen Leute be-

kamen einen Kriminalfall zur prinzipiellen Entscheidung als Laienrichter usw.

Wir hoffen, daß die auf dieser Basis getroffene Auswahl den Anforderungen des Kurses entspricht.

III. Die Organisation und die innere Gestaltung des Unterrichts

müssen sich einstellen auf die wirtschaftliche Lage, die Herkunft, das Alter und die Vorbildung der Teilnehmer.

Zuerst waren alle unsere Schüler gezwungen, sich ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Wir begannen also mit Abendunterricht. Diesen gaben wir nach drei Monaten auf, denn es stellte sich heraus, daß die Schüler nach achtstündiger Arbeit, noch dazu bei der schlechten Ernährung der Inflationszeit, den gestellten Anforderungen am Abend entweder nicht gewachsen waren oder mindestens überanstrengt wurden. Darum legten wir die Kurse mit Einwilligung sämtlicher Teilnehmer auf die frühen Morgenstunden, wo sie geistig frisch waren.

Das Interesse der Kursisten liegt natürlich vor allem auf dem politischen und sozialen, nicht so sehr, wie wir annahmen, auf technischem Gebiet. Im Zentrum müssen also die deutschkundlichen Fächer, unter besonderer Berücksichtigung ihres sozialen Gehaltes, stehen. Wir mußten daher die Form der Deutschen Oberschule wählen. Eine schulmäßige Behandlung des gesamten, auf höheren Schulen sonst durchgenommenen Stoffes kommt aus inneren und äußeren Gründen nicht in Frage.

Der Gesichtspunkt für die Verkürzung ist die Absicht der jungen Leute, einmal aktiv in das Leben der Gesellschaft einzugreifen und sie im sozialen Sinne umzugestalten. Darum müssen alle behandelten Themen zunächst einen Gegenwartssinn haben. Die Geschichtsbetrachtung wird dann nur dazu dienen, die Bedeutung und die Notwendigkeit des Gewordenen verständlich zu machen und den Weg zu seiner aktiven Umgestaltung zu zeigen.

Wie der Inhalt des Unterrichts, so entsteht auch seine Form unter der entscheidenden Mitwirkung der Gemeinschaft, die hier zusammenkommt. Der Arbeitsplan wird unter Berücksichtigung der bisher gemachten Erfahrungen, unter Berücksichtigung der objektiven Forderungen unserer Zeit und vor allem unter Berücksichtigung der verschiedenen Individualitäten, die hier in der Gruppe zusammen sind, jedesmal neu aufgestellt und dann von der Gemeinschaft arbeitsteilig durchgeführt. Dazu ist der fortschreitende Erwerb einer Arbeitstechnik der verschiedenen wissenschaftlichen Gebiete, die Handhabung der verschiedenen Arbeitsmittel absolute Vorbedingung. Unter gegenseitiger Kontrolle der Mitarbeiter, von denen keiner ausfallen darf, wächst jede Leistung als Gesamtleistung.

Die größte Schwierigkeit machen die neueren Fremdsprachen. Sie setzen eine gewisse Bildungsfähigkeit der Sprechorgane, eine gewisse Fähigkeit zur Nachahmung voraus, die in diesem Alter im allgemeinen sehr gering ist. Auch das hat uns zur Wahl des Typs der

Deutschen Oberschule bestimmt, wo ja nur eine Fremdsprache wirklich aktiv zu bewältigen ist und trotz großer Mühe auch bewältigt worden ist, bei einigen sogar in ganz hervorragender Weise.

Die zentrale Fremdsprache ist Englisch, und das wird auch so bleiben. Als zweite Sprache nahmen wir im ersten Kursus Französisch, im zweiten Russisch und im dritten Latein, weil uns scheint, als ob die tote Sprache der intellektuellen Veranlagung der jungen Leute stärker entgegenkommt.

Die Lehrverfassung weist im ersten Schuljahr ca. 24 bis 26 Stunden auf, nach dem Hinzutreten der zweiten Fremdsprache, also im zweiten Schuljahre ca. 30 Stunden, und zwar: Deutsch 4, erste Fremdsprache 6, zweite Fremdsprache 4, Geschichte und Erdkunde 5, Mathematik 4, Chemie und Biologie 3, Zeichnen und Turnen 2. Der Unterricht wird von denjenigen Lehrern des Kaiser-Friedrich-Realgymnasiums in Neukölln erteilt, die für diese Arbeit mit Erwachsenen besondere Vorbedingungen mitbringen. Sie sind in ihren Pflichtstunden mit Genehmigung der Behörde entlastet; Überstunden erteilen sie nicht.

IV. Erziehung.

Wir betonen stark, daß der Kursus auch nach der Seite der Erziehung noch Aufgaben zu erfüllen hat. Die geschilderte Unterrichtsorganisation, die ganz auf der Gemeinschaftsverpflichtung der Schüler beruht, leistet vieles von dem, was an Erziehung geleistet werden kann. Die Unzulänglichkeit der räumlichen Unterbringung hindert uns, ein wirklich starkes Gemeinschaftsleben außerhalb des Unterrichts auszubilden, etwa durch besondere Zusammenkünfte und durch Feste. Selbstverständlich haben die Schüler ihre Vertreterorganisation, selbstverständlich stehen die Lehrer mit ihnen kameradschaftlich und besuchen sie in ihren Internaten.

Das genügt aber nach unserer Meinung für die äußere Erziehung nicht. Und gerade in äußeren Formen werden, wie wir wohl wissen, unsere Arbeiter-Abiturienten im späteren Leben benachteiligt sein. Es muß ihnen die Gelegenheit geboten werden, diese in einem reichen Gemeinschaftsleben zu erwerben. Je reichlicher unsere Mittel fließen, um so mehr werden wir in der Lage sein, diese Aufgaben zu erfüllen.

V. Die wirtschaftliche Grundlage.

Wir erhielten die ersten Mittel aus dem Fond zum Schutze der Republik, später aus dem Titel für Erziehungsbeihilfen durch das Reichsministerium des Innern, Räume und Lehrmittel stellte das Bezirksamt Neukölln kostenlos zur Verfügung.

Einer großen Anzahl von Teilnehmern besorgte das Bezirksamt Neukölln eine Halbtagsbeschäftigung als Fensterputzer, Hilfshausmeister usw.

Nach und nach erhielten wir mehr Unterstützung. Heute bezieht der größte Teil unserer Schüler eine Beihilfe von seinem Heimatland, der Heimatstadt, dem Regierungsbezirk usw.

Am großzügigsten ist Sachsen, das jedem Schüler die ausreichende Beihilfe von 100 Mark monatlich gibt. Die größte Leistung für den Kurs bringt seit Ostern die Stadt Berlin auf, die den Unterricht bezahlt. Einen relativ kleinen Teil der Kosten trägt das Reich, obwohl der Kurs Teilnehmer aus ganz Deutschland enthält. Der wirtschaftliche Träger ist also heute die Stadt Berlin.

Unser Streben geht dahin, durch zentrale Beschaffung der Erziehungsbeihilfen von den verschiedenen in Frage kommenden Stellen die jungen Leute von der Berufsarbeit frei zu machen. Nur dann kann nach unserer Meinung die erziehlische Arbeit ihre volle Wirkung haben.

Die Unterbringung regelt das Bezirksamt Neukölln, das die jungen Leute bisher kostenlos in Wohnbaracken untergebracht hat, soweit sie nicht andere Wohnung haben.

VI. Verwaltung.

Der Kursus ist von dem Reichstagsabgeordneten Dr. Löwenstein, der in Neukölln Stadtrat ist, ins Leben gerufen; um den öffentlichen, gemeinnützigen Zweck deutlich zu zeigen, ist auf sein Betreiben Ende 1926 ein Kuratorium aus Vertretern der beteiligten staatlichen und städtischen Stellen zusammengesetzt worden. Vorsitzender ist Herr Ministerialrat Dr. Richert aus dem Kultusministerium, stellvertretender Vorsitzender Herr Stadtrat Dr. Löwenstein. Nach der Satzung hat das Kuratorium unbeschadet der staatlichen Schulaufsicht die gesamten inneren und äußeren Angelegenheiten des Lehrganges zu verwalten. Es ist ihm in der kurzen Zeit geglückt, die Kurse finanziell sicherzustellen, so daß jedes Jahr zu Ostern ein auf drei Jahre berechneter Kursus eröffnet werden kann.

VII. Die Zukunft der Kurse.

Am 1. Juni 1923 wurde der erste Kursus am Kaiser-Friedrich-Realgymnasium im Verwaltungsbezirk Neukölln eröffnet. Zu Oktober 1925 der zweite, Ostern 1927 der dritte, Ostern 1928 der vierte. Die über Erwarten gut ausgefallene 1. Prüfung hat die Möglichkeit einer solchen Vorbereitung von Volksschülern in der kurzen Zeit von drei Jahren bewiesen. Die ersten sehr begabten Schüler brauchten sogar nur $2\frac{1}{2}$ Jahre.

Unser Bestreben geht dahin, den Kurs aus seiner Sonderstellung zu befreien und ihn in das System unseres Schulwesens überhaupt einzubauen.

Es ist unser Wunsch, daß er allen berufstätigen jungen Menschen zugute kommt, denen im Interesse der Gesamtheit der Zugang zu den Hochschulen eröffnet werden soll. Dazu ist außer der erhöhten wirtschaftlichen Sicherstellung eine stete Verbindung mit den Berufsschulen denkbar, durch die ja alle diese jungen Arbeiter gehen müssen.

Oberstudiendirektor Dr. Karsen.

Berufs- und Fachschulen.

Das gewerbliche Schulwesen.

Berufsschulen.

Die gesetzlichen und rechtlichen Grundlagen

für das Berufs- und Fachschulwesen der Stadt Berlin.

Die rechtliche Unterlage für die Einführung der Berufsschulpflicht in der Reichshauptstadt ist in den grundlegenden Gesetzen des Reiches und des Landes Preußen gegeben. Die Reichsgewerbeordnung enthält in den §§ 81 b, 83, 103 e, 120, 127, 127 b, 139 i, 142, 150 Bestimmungen, auf Grund deren die Berufsschulpflicht durchgeführt werden kann. Ergänzt werden diese Bestimmungen durch den § 76, Absatz 4, des Handelsgesetzbuches, der für kaufmännische Lehrherren die gleiche Verpflichtung enthält, wie sie der § 120, Absatz 1, der Gewerbeordnung vorsieht. Ausdrücklich zu bemerken ist aber, daß die angeführten reichsgesetzlichen Bestimmungen die Einführung der Berufsschulpflicht dem Ermessen der Gemeinden und weiteren Kommunalverbände überlassen. Erst wenn diese die Berufsschulpflicht eingeführt haben, stellt das Reich für die Durchführung der Schulpflicht seine Machtmittel zur Verfügung.

Die zweite reichsgesetzliche Bestimmung über das Berufsschulwesen ist in Artikel 145 der Reichsverfassung enthalten. Sie sieht die Berufsschulpflicht bis zum vollendeten 18. Lebensjahre als Teil der allgemeinen Schulpflicht vor, doch gehört diese Vorschrift nur zu den programmatischen Bestimmungen der Reichsverfassung, deren Durchführung erst durch den Erlass von Sondergesetzen gewährleistet ist. Das Reichsministerium des Innern hatte auf Grund des angeführten Artikels der Reichsverfassung im Jahre 1920 ein Reichsberufsschulgesetz ausgearbeitet, doch ist dieses Gesetz aus finanziellen Gründen nie dem Reichstag vorgelegt worden. Die Verordnung des Reichsministeriums für die wirtschaftliche Demobilmachung vom 28. März 1919, die den Gemeinden und weiteren Kommunalverbänden das Recht gab, Jugendliche beiderlei Geschlechts berufsschulpflichtig zu machen, ist inzwischen außer Kraft gesetzt; sie war zudem schon vor ihrer Aufhebung durch eine Entscheidung des Kammergerichts vom 22. Februar 1922 in ihrem Werte stark eingeschränkt.

Für Preußen sind die gesetzlichen Grundlagen über die Berufsschulpflicht durch das Gesetz betreffend die Erweiterung

der Berufsschulpflicht vom 31. Juli 1923 geschaffen, nachdem ein Versuch der Preußischen Staatsregierung vom Jahre 1911 für die Gemeinden mit 10000 und mehr Einwohnern die statutarische durch die gesetzliche Schulpflicht zu ersetzen und die Gemeinden zur Errichtung und Unterhaltung von Berufsschulen zu verpflichten, gescheitert war. Das Gesetz vom 31. Juli 1923 bringt also auch keine Verpflichtung für die Gemeinden zur Errichtung von Berufsschulen, wohl aber gibt es den Regierungspräsidenten die Befugnis, mit Zustimmung des Bezirksausschusses, für bestimmte Ortschaften oder Kreise eine Satzung zu erlassen, durch welche die Berufsschulpflicht für alle im Bezirk beschäftigten oder wohnhaften unverheirateten Jugendlichen beiderlei Geschlechts unter 18 Jahren eingeführt werden kann.

Auf Grund der angeführten Gesetze haben die städtischen Körperschaften das Ortsgesetz betreffend die Berufsschulen in Berlin vom 22. April 1925 geschaffen, das vom Oberpräsidenten unter dem 9. März 1926 genehmigt, am 30. März 1926 vom Magistrat bekannt gemacht und mit Wirkung vom 1. April 1926 in Kraft gesetzt wurde. Es weicht insofern von den Ortsstatuten betreffend die gewerblichen und kaufmännischen Pflichtfortbildungsschulen für Jünglinge und Mädchen aus der Vorkriegszeit ab, als es nicht nur die beschäftigten Jugendlichen schulpflichtig macht, sondern sämtliche im Schulbezirk wohnhaften oder beschäftigten unverheirateten Jugendlichen beiderlei Geschlechts unter 18 Jahren, soweit sie nicht mehr volksschulpflichtig sind, für berufsschulpflichtig erklärt. Das Ortsgesetz, das im Dienstblatt 1926, VIII, Nr. 44, abgedruckt ist, enthält unter anderem nähere Bestimmungen über Dauer und Ruhen der Schulpflicht, die Befreiung vom Schulbesuch, die Schulkontrolle, die Unterrichtszeit, die Durchführung des Schulzwanges (An- und Abmeldung, Versäumnisse, Beurlaubungen), ferner Ordnungsvorschriften und Strafbestimmungen.

Grundlegende gesetzliche Bestimmungen über das Berufsschulwesen der Stadtgemeinde Berlin sind enthalten im Gesetz über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin vom 27. April 1920. § 42, Absatz 3 des Gesetzes bestimmt: „Über die Angelegenheiten des Fach- und Fortbildungsschulwesens beschließen die städtischen Körperschaften vorbehaltlich der von ihnen zu regelnden Beteiligung der Bezirksbehörden.“ In § 45 heißt es: „Staatliche Aufsichtsbehörde für sämtliche öffentlichen und privaten Schulen der neuen Stadtgemeinde Berlin ist das Provinzial-Schulkollegium in Berlin. Für das Fach- und Fortbildungsschulwesen ist beim Provinzial-Schulkollegium eine besondere Abteilung zu bilden, die dem Minister für Handel und Gewerbe untersteht.“ Die Befugnisse zwischen der staatlichen Aufsichtsbehörde und der städtischen Selbstverwaltung sind durch das Gesetz auf dem Gebiete der Wahlen gegeneinander abgegrenzt. Darüber sagt § 46: „Die Wahlen der Lehrer und Lehrerinnen einschließlich der Direktoren werden für die Fach- und Fortbildungsschulen vorbereitet durch den Magistrat, gegebenenfalls nach Anhörung der für sie zuständigen Kuratorien und Fachausschüsse. Die Wahlen

selbst erfolgen vorbehaltlich der Rechte der Schulaufsichtsbehörde, durch den Magistrat der Stadtgemeinde Berlin.“ § 52 bestimmt: „Die Bestätigung der Wahl der Lehrer an Fach- und Fortbildungsschulen steht dem Provinzial-Schulkollegium, der Direktoren an Fach- und Fortbildungsschulen dem Minister für Handel und Gewerbe zu.“

Über die Organisation der städtischen Verwaltung des Berufsschulwesens sind in dem Gesetz betreffend die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin keine bindenden Vorschriften enthalten. Die städtischen Körperschaften haben diese Lücke von sich aus ausgefüllt durch die Satzung für das Berufs- und Fachschulwesen vom 15. Mai und 13. September 1924, Dienstblatt 1924, I, Nr. 584. In der Satzung werden die Aufgaben der Zentralverwaltung und die Aufgaben der Bezirksämter gegeneinander abgegrenzt. Aufgabe der Zentralverwaltung ist die einheitliche Ordnung des Berufs- und Fachschulwesens. Dazu gehören insbesondere: Richtlinien für die Verwaltung der Schulen, Aufstellung der Haushaltspläne, Geschäftsordnung für Kuratorien und Beiräte, Genehmigung der Lehr- und Lernmittel, Vorbereitung der Wahl der Schulleiter, der stellvertretenden Leiter und Fachvorstände, sowie der hauptamtlich anzustellenden und nebenamtlich zu beschäftigenden Lehrer und Lehrerinnen, Dienstanweisung für die Leiter, Stellvertreter, Fachvorstände und Lehrer, Veranstaltungen zur Fortbildung der Lehrkräfte, Bearbeitung von Angelegenheiten der Schulstiftungen, Bearbeitung der Angelegenheiten des Hilfsschulwesens, Führung der Listen für Bewerber und Bewerberinnen und Hilfslehrkräfte. Zu den Angelegenheiten der Bezirksämter gehören: Beschaffung von Schulräumen, Reinigung und Instandsetzung der Räume, des Hausinventars und der Schulutensilien, Heizung und Beleuchtung, Schulhausmeisterangelegenheiten, Beschaffung des Bureaubedarfs und der kleinen Schulbedürfnisse, Veranstaltungen der Jugendpflege, Durchführung von Strafmaßnahmen nach Maßgabe der von der Deputation erlassenen Bestimmungen, Äußerungen bei der Neu- und Wiederbesetzung der Lehrer- und Lehrerinnenstellen (einschließlich der Stellen für Leiter), auch bei Versetzungen an den Berufs- und Fachschulen. In den Bezirken 1—6 sind die Aufgaben der Bezirksämter der Deputation für das Berufs- und Fachschulwesen überwiesen. Für die Aufgaben der Zentralverwaltung wird eine Deputation für das Berufs- und Fachschulwesen gebildet. Sie besteht aus dem Oberbürgermeister oder einem von ihm mit seiner Stellvertretung beauftragten Mitgliede des Magistrats, 2 weiteren Mitgliedern des Magistrats, 2 Bezirksamtsmitgliedern, 17 Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung, einem Schulleiter, einem von der Lehrerschaft gewählten Berufsschullehrer (-lehrerin), je 2 Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die von der Stadtverordnetenversammlung gewählt werden.

Während für die Lehrerschaft der städtischen höheren Fachschulen die Besoldung nach der Besoldungsordnung für die Beamten der Stadt Berlin erfolgt, gilt für die Besoldung der Lehrkräfte an Berufsschulen das Preußische Gewerbe- und Handelslehrer-Besoldungsgesetz (GBG.). Bis zum Erlaß dieses Gesetzes war die Besoldung der hauptamtlichen Lehrkräfte an Berufsschulen

gleichfalls dem Ermessen der Schulträger überlassen. Die Grundgehälter für die Schulleiter sind denen der Staatsbeamten der Besoldungsgruppe 2b (4400—8400 M.), die der stellvertretenden Direktoren und Fachvorsteher der Besoldungsgruppe 3a (3600—7200 M.) angepaßt. Die Gewerbe- und Handelsoberlehrer und -Lehrerinnen erhalten 5600—5800 M. Grundgehalt. Da dieses Gesetz den Schulträgern eine erhebliche Mehrbelastung auferlegt, so wurden ihnen gleichzeitig Einnahmequellen erschlossen, die die erhöhten Kosten wenigstens teilweise decken. Das ist geschehen einmal dadurch, daß die Erhebung von Schulbeiträgen für die Unterhaltung der Berufsschulen gesetzlich geregelt wurde, dann aber auch dadurch, daß die Zuschüsse des Staates für die Berufsschule gleichfalls gesetzlich festgelegt wurden. Das GBG. in seiner neuen Fassung ist abgedruckt in der Preußischen Gesetzesammlung 1928, Seite 89.

Auf Grund dieser gesetzlichen Bestimmungen ist von den städtischen Körperschaften die Ortssatzung betreffend die Erhebung von Schulbeiträgen für die Berufsschulen in Berlin vom 2. 5. 1925 erlassen worden. Dienstblatt 1925, VIII, Nr. 53. Nachtrag 9./24. 6. 1926, Gemeindeblatt 1926, Nr. 36. Zur Leistung von Berufsschulbeiträgen sind sämtliche Gewerbetreibenden des Bezirkes der Stadt Berlin verpflichtet, ohne Unterschied, ob sie berufsschulpflichtige Jugendliche beschäftigen oder nicht. Der Berufsschulbeitrag wird für das Rechnungsjahr in Hundertsätzen des Steuergrundbetrages der Gewerbesteuer nach dem Ertrage zusammen mit dieser erhoben. Die Höhe des Hundertsatzes wird durch Gemeindebeschluß festgesetzt. Für Gewerbetreibende, die für ihre jugendlichen Arbeiter eigene, vom Staate anerkannte Werkschulen unterhalten, ermäßigt sich der Schulbeitrag für jeden, die Werkschule besuchenden Schüler, um den Kostenanteil, der nach dem Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben auf den einzelnen Schüler der öffentlichen Berufsschulen entfällt.

Ueber die Vergütung für den an Berufs- und Fachschulen zuerteilenden nebenamtlichen Unterricht besteht die Verfügung des Magistrats vom 1. 5. 1928 Dienstblatt 1928, VIII, Nr. 109. Sie beträgt zurzeit für Lehrkräfte, die ein Dienst Einkommen aus öffentlichen Kassen beziehen, für die Einzelstunde 3,50 M., für Lehrkräfte, die kein Einkommen aus öffentlichen Kassen beziehen, für die Einzelstunde 4,40 M. An den höheren Gewerblichen Fachschulen betragen die entsprechenden Sätze 4,40 M. und 5,50 M.

Die höheren Fachschulen der Stadt Berlin können sich nur gedeihlich entwickeln, wenn sie die innige Verbindung mit der Praxis möglichst stark pflegen. Darum ist für jede höhere Fachschule ein Kuratorium geschaffen, das die Beziehungen der Schule zur Praxis und zu den auf den Unterrichtsgebieten der Schule schöpferisch tätigen Fachleuten pflegen und dadurch die fachliche Weiterentwicklung des Unterrichtes fördern soll. Für die Kuratorien an den städtischen höheren Fachschulen gilt die Geschäftsordnung für die Kuratorien an den städtischen höheren Fachschulen vom 26. 10. 1925, Dienstblatt 1925, VIII, Nr. 123. Das Kuratorium berät die

Deputation für das Berufs- und Fachschulwesen in allen die Schule betreffenden Angelegenheiten und äußert sich gutachtlich über die Fragen der Organisation des Haushaltes, des Lehrplanes, der Lehrmittel, der wirtschaftlichen Maßnahmen zugunsten der Schule, Schüler und Absolventen, der Unterstützung von Ausstellungen, Wettbewerben, usw. Das Kuratorium setzt sich zusammen aus dem Vorsitzenden der Deputation für das Berufs- und Fachschulwesen oder seinem Vertreter, dem Direktor der Schule, 2 Vertretern des Lehrkörpers, einem Vertreter des Bezirksamtes und mindestens 7 anerkannten Fachleuten, von denen möglichst 2 frühere Schüler der Anstalt sind oder sonst eine ähnliche Ausbildung auf unseren Schulen genossen haben.

Das Verhältnis der früheren Innungsfachschulen zur städtischen Verwaltung ist geregelt durch die vom Magistrat beschlossenen Grundsätze für die Verwaltung der Fachschulen. Der Zweck der Fachschulen soll eine Ergänzung der Meisterlehre und des Unterrichtes in der Berufsschule sein. Trägerin der Fachschule ist die Stadt Berlin. Die Kosten trägt die Stadt mit Ausnahme der von der Innung zu tragenden sächlichen Kosten des Werkstättenunterrichtes. Zwischen der Fachschule und der Berufsschule soll ein organischer und räumlicher Zusammenhang erzielt werden. Beide Schulen werden durch den Direktor der Berufsschule verwaltet. Für die Fragen des Lehrplanes, der Lehr- und Lernmittel, der Sicherstellung des regelmäßigen Schulbesuches, der Schulzeit, der Einrichtung der Werkstätten wird ein Schulvorstand gebildet, welcher von der Deputation gewählt wird; er setzt sich aus gleich vielen Vertretern der städtischen Verwaltung, der betreffenden Innung und der Gewerkschaften zusammen.

Auch die Berufsschulen müssen, wenn sie ihre Aufgabe im Wirtschaftsleben voll erfüllen sollen, auf eine innige Verbindung mit dem praktischen Leben bedacht sein. Darum sind für sie besondere Beiräte und Fachausschüsse an den Berufsschulen gebildet. Für diese gilt die Ordnung vom 30. 4. 1927, Dienstblatt 1927, VIII, Nr. 51. An jeder Berufsschule werden für die dort vorhandenen Berufsgruppen Beiräte eingesetzt. In die Beiräte jeder Berufsgruppe sind Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Vertreter des Lehrerkollegiums in gleicher Zahl zu wählen. Den Vorsitz im Beirat führt der Leiter der Schule; die Beiratsmitglieder werden von der Deputation für das Berufs- und Fachschulwesen ernannt. Die Vorschläge sind von den in Frage kommenden Vertretungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und den in der Berufsgruppe unterrichtenden Mitgliedern des Lehrerkollegiums zu machen. Die Besprechungen des Beirates, die nach Bedarf stattfinden, erstrecken sich auf Fragen des Schulbetriebes, der Schulzucht, der körperlichen, geistigen, fachlichen und sittlichen Ausbildung der Schüler. Der Leiter der Schule ist berechtigt, den Beiratsmitgliedern den Besuch des Unterrichtes zu gestatten. Eine Befugnis, in den Unterricht durch Anordnung oder Urteil einzugreifen, steht ihnen nicht zu. Für gleiche Berufsgruppen verschiedener Schulen sind Fachausschüsse zu wählen. Die Höchstzahl der Mitglieder beträgt ein-

schließlich der Direktoren 18, die zu gleichen Teilen sich auf Arbeitnehmer und Schulleiter verteilen.

Neben der Stadtgemeinde als Schulträger des Berufsschulwesens wäre unter anderen die Industrie- und Handelskammer zu nennen. Zwischen der städtischen Berufsschulverwaltung und der genannten Körperschaft ist am 13. 11. 1923 ein besonderes Abkommen vereinbart, das die Zustimmung der städtischen Körperschaften gefunden hat, und das der Industrie- und Handelskammer gestattet, für bestimmte Berufsgruppen (Lehrlinge im Bankfach, Versicherungs-, Speditions- und Exportgewerbe usw.) Berufsschulen zu errichten.

In den einzelnen Schulen nehmen die Lehrerkollegien durch die Konferenz an der Erledigung der allgemeinen Schulangelegenheiten teil. Ueber Art und Aufgaben, Verhandlungsform, Zuständigkeit der Konferenz besteht die Konferenzordnung für die Berufsschulen usw. Erlaß des Handelsministers vom 5. 4. 1923, IV, 4914. Verwaltungsbericht über das gewerbliche Schulwesen in Preußen 1926, S. 66. Die bestehende Kammer für die Berliner Berufs- und Fachschullehrer ist keine auf gesetzlicher oder rechtlicher Grundlage beruhende Einrichtung, wenn auch gegebenenfalls die Verwaltung das Urteil der Kammer in Schul- und Standesfragen einholt.

Die Schülerselbstverwaltung wird geregelt durch den Erlaß des Handelsministers vom 5. 4. 1923, IV, 4915. Verwaltungsbericht über das gewerbliche Unterrichtswesen in Preußen, 1926, Seite 56. Die Selbstverwaltung der Schüler soll in den Dienst der Willensbildung und der Erziehung zu staatsbürgerlicher Verantwortlichkeit gestellt werden. Jede Klasse hat in den ersten vier Wochen des Schulhalbjahres ein bis zwei Vertrauensleute nach Anleitung des Klassenlehrers in geheimer Wahl zu wählen. Sie haben die Aufgabe, das kameradschaftliche Verhalten der Schüler zu einander zu fördern und den Geist der Wahrhaftigkeit, Arbeitsfreudigkeit und Hilfsbereitschaft in der Klassengemeinschaft zu pflegen. Sie sind befugt, den Lehrern Wünsche und Anregungen der Klasse zu übermitteln und etwa vorhandene Beschwerden vorzubringen. Aus den Vertrauensleuten ist an jeder Schule ein gemeinsamer Schülerausschuß von 3—7 Mitgliedern unter einem Obmann zu bilden. Er hat die gleiche Aufgabe für die Schule zu erfüllen, wie die Vertrauensleute für die einzelnen Klassen. Er vertritt auch die Schülerschaft beim Direktor und beim Lehrerkollegium. Die Selbstverwaltung der Schüler soll dazu helfen, daß der einzelne Schüler sich bewußt in das Lebensganze von Gesellschaft und Staat einzuordnen lernt, und daß er so zu einer gemeintätigen Persönlichkeit erzogen wird.

Das regelmäßige wöchentliche Arbeitsmaß der Lehrenden an Berufsschulen und Fachschulen ist geregelt durch Erlaß des Handelsministers vom 18. 2. 1924, IV, 3479. Verwaltungsbericht über das gewerbliche Unterrichtswesen in Preußen 1926, Seite 24. Es beträgt für die Lehrkräfte, deren Besoldungseingangsstufe die Gruppe 3a ist, wöchentlich 25. Es ermäßigt sich vom Beginn des Schuljahres ab, das der Vollendung des 45. Lebensjahres folgt, auf 23, vom Beginn des Schuljahres ab, das der Vollendung des 55. Lebens-

jahres folgt, auf 20 Wochenstunden. Für Gewerbe- und Handels-
oberlehrer betragen die entsprechenden regelmäßigen wöchentlichen
Stundenzahlen 28, 26, 24, für Gewerbe- und Handelsoberlehrerinnen 26,
24, 22. Schulleiter geben je nach der Größe der Schule 6–12 Unter-
richtsstunden in der Woche.

Über die Höhe des Schulgeldes an den städtischen Fach- und
Fortbildungsschulen besteht die Verfügung des Magistrats vom 17. 11.
1924, Dienstblatt 1924, VIII, Nr. 131.

Die Richtlinien über die Schulgeldberechnung,
-Einzahlung und -Abrechnung an den städtischen Fach- und
Fortbildungsschulen sind enthalten im Dienstblatt 1925, VIII, Nr. 143
und Dienstblatt 1928, VIII, Nr. 19.

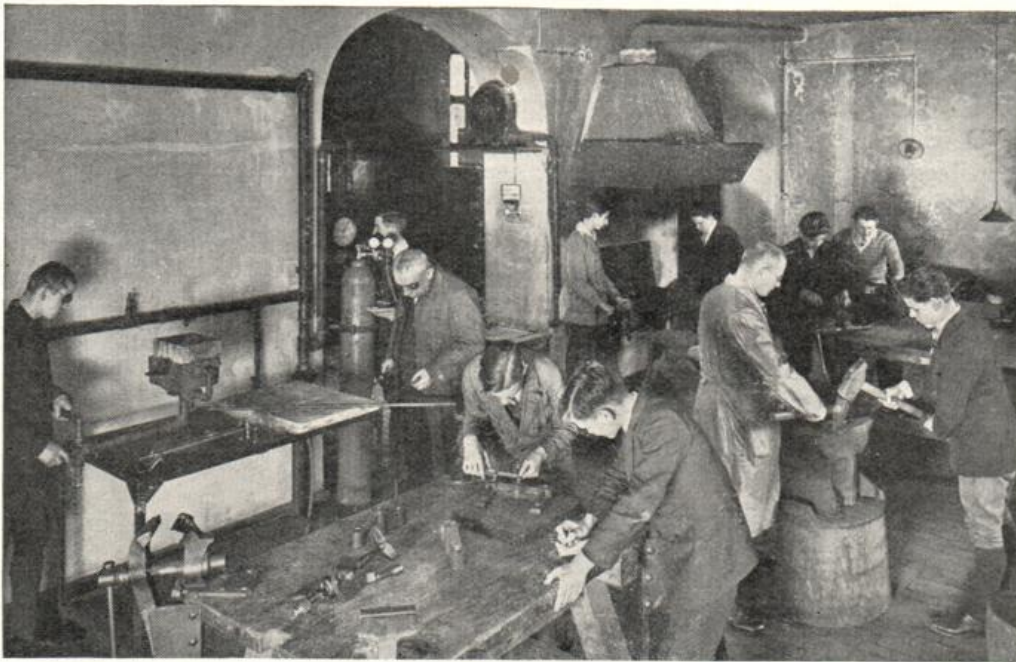
Die gewerbliche Berufsschule für Jünglinge.

Wie andere Zweige des Kulturlebens, so hat auch das gewerb-
liche Berufsschulwesen der Reichshauptstadt durch den Krieg außer-
ordentlich gelitten. Hier trat die schädigende Wirkung des Krieges
ganz besonders deutlich in die Erscheinung, weil es sich um einen
verhältnismäßig jungen Zweig der Berliner Schulverwaltung handelte.
Die Berliner Berufsschule für Jünglinge besteht seit dem 1. Mai 1905;
sie steckte also zu Beginn des Krieges noch in den Kinderschuhen,
besonders wenn man an die ungelöste Raumfrage denkt und erwägt,
daß nur ein Teil des Unterrichtes von hauptamtlichen Lehrern er-
teilt wurde.

Die Lehrplanfrage war bei Kriegsbeginn für die meisten Berufe
auf Grund der ministeriellen Bestimmungen vom 1. Juli 1911 gelöst.
Wenn die Schule auch noch Pflichtfortbildungsschule hieß, so hatte sie
doch in den Jahren 1905–1914 den ersten Schritt von einer Wieder-
holungs- und Ergänzungsschule zur Berufsschule mit ihren selb-
ständigen Aufgaben im Rahmen der Erziehungs- und Bildungsanstalten
getan. In ihren Bildungsplänen stellte sie schon damals bewußt den
Beruf in den Mittelpunkt des Unterrichtes und war bestrebt, vom
Arbeitsvorgang ausgehend, den jungen Leuten das Wissen und Können
zu übermitteln, das zur Ergänzung der praktischen Meisterlehre un-
bedingt erforderlich ist. Bei dem scharfen Hervortreten dieses Ge-
dankens war sie jedoch auf dem Wege, den Charakter einer niederen
Fachschule anzunehmen, denn die staatsbürgerlichen Aufgaben der
heutigen Berufsschule traten in ihren damaligen Lehrplänen noch stark
zurück.

Von besonderer Bedeutung für die Entwicklung unseres Schul-
wesens nach Beendigung des Krieges war die Durchführung des Ge-
setzes über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin vom 27. April
1920. Nach Erlass dieses Gesetzes galt es, zunächst eine Abgrenzung
der Arbeitsgebiete der Zentralverwaltung und der Bezirksverwaltungen
zu schaffen. Das ist geschehen durch die „Satzung für das Berufs-

und Fachschulwesen der Stadt Berlin“ (Gemeindeblatt 1924, Nr. 52, S. 342 und Dienstblatt Teil VIII Nr. 141). Zu Alt-Berlin, in dem die Berufsschulpflicht sowohl für die männliche als auch für die weibliche Jugend durchgeführt war, kamen durch die Neuordnung Ortschaften hinzu, in denen überhaupt noch keine Berufsschulpflicht bestand oder doch nur zum Teil. Andererseits gingen einige der früheren Vorortgemeinden in der Beschulung der Jugendlichen und in ihren Leistungen für das Berufsschulwesen erheblich über das in Alt-Berlin übliche Maß hinaus (höhere wöchentliche Stundenzahl, Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr, Beschulung der Hausangestellten und Haustöchter,



Schmiede-Werkstatt

8. Berufsschule

völlige Lernmittelfreiheit). Die Einheitlichkeit auf dem Gebiete der Beschulung in der ganzen Stadtgemeinde wurde erst durch das „Orts-gesetz betreffend die Berufsschulen in Berlin“ geschaffen (Gemeindeblatt 1926 Nr. 14, S. 109, Nr. 23, S. 183 und Dienstblatt Teil VIII Nr. 44, Nr. 62). Langer und mühevoller Arbeit bedurfte seine Einführung. Erst am 1. April 1926 konnte es in Kraft treten. Während in Alt-Berlin der Berufsschulgedanke bereits feste Wurzel geschlagen hatte, die hier bestehenden Schulen also durchweg beruflich ausgebaut waren und der Beruf des Schülers für seine Zuteilung auf die einzelnen Schulen maßgebend war, fand die neue Einheitsgemeinde in den Außenbezirken Berufsschulen ganz verschiedener Prägung vor. Neben beruflich vor-züglich durchgegliederten Schulen fanden sich noch Fortbildungsschulen alten Stils. Die innere Umgestaltung dieser Schulen, die Neuorgani-sation und die Berufsverteilung erforderte viel Zeit, Kraft und zahl-reiche Verhandlungen mit den beteiligten Behörden und Arbeitgeber-

Die einzelnen Berufsschulen

kreisen. Welcher mühevollen Arbeit es bedurfte, um hier vorwärts zu kommen, möge das nachstehende Beispiel zeigen:

Im 20. Bezirk bestanden bis zum 1. 4. 1922 vier Fortbildungsschulen, nämlich:

in Reinickendorf	1	Schule f. Jg. u. Mädchen	mit 37 Kl. u. 936 Schülern
„ Wittenau	1	„ „ „ „	„ 19 „ „ 296 „
„ Tegel	1	„ „ „ „	„ 7 „ „ 158 „
„ Tegel	1	„ „ „ „	„ 12 „ „ 221 „
75 Kl. 1611 Schülern			

Die Gemeinden Hermsdorf und Tegelort hatten die Schulpflicht noch nicht eingeführt. In den genannten Schulen bewegte sich die wöchentliche Unterrichtsstundenzahl zwischen 4 und 8. In jeder Schule waren alle Berufe vertreten. Die Anfänge einer beruflichen Gruppierung waren nur insofern gereift, als für Kaufleute besondere Klassen eingerichtet waren. Es galt, aus diesen Schulen an einer zentralen Stelle des Bezirkes, in Borsigwalde, eine beruflich gegliederte Schule für die stärker vertretenen Berufe (in diesem Falle Metallgewerbe, Kaufleute, Arbeiter) zu schaffen, während die Splitterberufe den Berliner Schulen überwiesen wurden. Die nebenamtliche Schulleitung und die nebenamtlichen Lehrkräfte wurden durch hauptamtliche ersetzt. Ueber den augenblicklichen Stand des Berufsschulwesens und die Berufsverteilung auf die einzelnen Schulen geben ein im Auftrage des Magistrats herausgegebenes Büchlein und die besonderen Einschulungstabellen Auskunft.

Berufsverteilung.

Die größte Berufsgruppe ist nächst den Arbeitern das Metallgewerbe. Es ist in Alt-Berlin an drei Schulen vereinigt, nämlich in der

2. Berufsschule für Jünglinge, Berlin, Matthieustraße 13 (Maschinenbauer, Bauschlosser, Motorenschlosser, Werkzeugmacher, Schnitt- und Stanzenmacher, Mechaniker, Elektroinstallateure),

5. Berufsschule für Jünglinge, Berlin, Lange Str. 31 (Maschinenbauer, Schlosser, Klempner, Schmiede, Kupferschmiede, Metalldrücker),

8. Berufsschule für Jünglinge, Berlin, Grünthaler Straße 5 (Maschinenbauer, Schlosser, Mechaniker, Chirurgiemechaniker, Elektro-Installateure, Former, Modelltischler).

In den Außenbezirken sind Metallarbeiter in Charlottenburg, Spandau, Schöneberg, Steglitz, Tempelhof, Neukölln, Oberschöne-weide, Cöpenick, Lichtenberg, Weißensee, Reinickendorf eingeschult. Auch hier sind durchweg Splitterberufe (Klempner, Mechaniker, Former usw.) Nachbarschulen zugewiesen.

Das Baugewerbe ist an der 14. Schule in Berlin, Grünthaler Straße 5, zusammengefaßt. Kleinere Abteilungen befinden sich außerdem in Zehlendorf und in Cöpenick.

Das Holzgewerbe ist in der 12. Schule für Jünglinge in Berlin, Lange Str. 31, vereinigt. Ferner befinden sich noch Abteilungen an den Berufsschulen in Spandau, Neukölln und Cöpenick. In Cöpenick sind auch die meisten Bootsbauerlehrlinge Großberlins eingeschult.

Das Kunstgewerbe ist in der 3. Berufsschule für Jünglinge, Berlin, Wrangelstraße 85, in der 10. Berufsschule für Jünglinge, Berlin, Bremer Straße 8—10, und in der 15. Berufsschule für Jünglinge, Berlin, Liniestraße 162, untergebracht, abgesehen von einigen Splitterberufen und den Malern, die in der 5. Berufsschule für Jünglinge in der Langen Straße 31 unterrichtet werden.

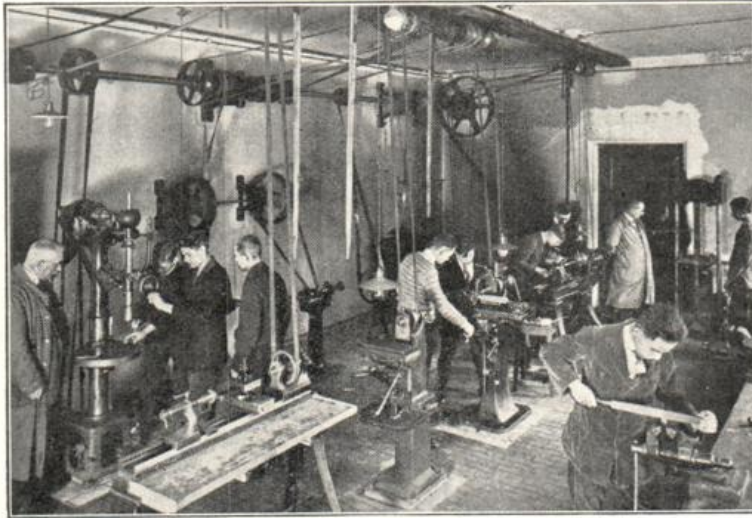
Das Bekleidungsgewerbe ist in der Hauptsache in der 6. Berufsschule für Jünglinge, Berlin, Georgenkirchstr. 11, Schuhmacher und Sattler sind in der 15. Berufsschule, Linienstr. 162, eingeschult.

Das Nahrungsgewerbe ist zum größten Teil in der 9. Berufsschule für Jünglinge, Berlin, Friedrichstr. 126, zusammengefaßt (Bäcker, Konditoren, Fleischer, Kellner, Köche). Bäcker sind zudem in den meisten Außenbezirken eingeschult, Fleischer nur noch in Cöpenick.

Fortbildungsschule — Fachschule — Berufsschule.

Was die innere Entwicklung der gewerblichen Berufsschule für Jünglinge betrifft, so galt es zunächst auf dem Wege zur „Berufsschule“ auch den zweiten Schritt zu tun, den Berufsgedanken im tieferen Sinne des Wortes in die Tat umzusetzen. Der Beruf schließt nicht nur den Begriff eines gewissen Maßes fachlichen Könnens und Wissens in sich, das die Lebensstellung des einzelnen begründet, sondern er ist zugleich eine soziale Funktion im Dienste des Gemeinschaftslebens eines Volkes. Zur Berufsausbildung gehört daher nicht bloß die Fachkunde, sondern als gleichberechtigter Lehrgegenstand auch die Gemeinschaftskunde, deren Aufgabe es ist, den Beruf in seiner wirtschaftlichen und sozialen Bedingtheit zu zeigen. In den alten Lehrplänen kam diese Seite der Berufsausbildung zu kurz. Nur anhangsweise traten einzelne staatsbürgerliche Lehrstoffe auf, ohne inneren Zusammenhang miteinander und ohne Verflechtung mit dem zentralen Gedanken der Berufserziehung und Berufsverantwortung. Dies machte eine Umarbeitung und Neugestaltung der Lehrpläne erforderlich. Während bisher die beiden im Mittelpunkt der gesamten Berufsschularbeit stehenden Gedankenreihen, die fachliche und die staatsbürgerliche, sich im Verlaufe der Schularbeit gegenseitig ablösten, wobei in der Regel die staatsbürgerliche Seite zu kurz kam, galt es nunmehr, diese beiden Gedankenreihen zeitlich nebeneinander herlaufen zu lassen und die Beziehungen zwischen ihnen lehrplanmäßig festzustellen.

Für einzelne Berufsgruppen ist diese Lehrplanarbeit zu einem vorläufigen Abschluß gekommen, bei anderen ist sie in Fluß. Überall aber wird die Lehrerschaft durch diese vertiefte Auffassung des Berufsgedankens vor neue Aufgaben gestellt. Es gilt, die vorwärts-



Maschinenbauer - Werkstatt

8. Berufsschule

strebenden Kräfte zu sammeln und so befruchtend auf den weiteren Ausbau der Schule im Zusammenhang mit den Fortschritten des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens unseres Volkes zu wirken.

Für die Ausgestaltung der fachlichen Seite der Berufsschularbeit ist organisatorisch die

Verschmelzung der niederen Fachschulen mit der Berufsschule von Bedeutung. Die meisten niederen Fachschulen sind älter als die Berufsschule. Sie erfaßten, auf der Freiwilligkeit beruhend, nur einen Teil des gewerblichen Nachwuchses. Als durch die Einführung der Pflichtfortbildungsschule im Jahre 1905 diese Schule für das Gros des gewerblichen Nachwuchses die Aufgaben der bisherigen Fachschulen zum größten Teile übernahm, verloren die Fachschulen zunächst an Bedeutung. Es galt daher, in den Fachschulen die praktische Seite der Berufsbildung als Ergänzung der Meisterlehre besonders zu entwickeln. Eine besondere Bedeutung erhielt deshalb der Ausbau der Schulwerkstätten. Die Berufsschule braucht sie für Demonstrationszwecke. Im Mittelpunkt ihres gesamten Fachunterrichtes steht der Arbeitsvorgang. In der Demonstrationswerkstatt wird er vorgeführt und nach der technischen, physikalischen und unter Umständen auch nach der chemischen Seite zum Verständnis gebracht. Die Fachschule braucht Werkstätten für Übungszwecke. Das Bestreben der Verwaltung ist es daher, beide Schulen in eine innige Verbindung zu bringen. Räumlich ist dies über-



Praktische Übungen für Zimmerer

14. Berufsschule

allgeschehen. Für einzelne Berufe ist diese Verbindung auch lehrplanmäßig bereits durchgeführt. Die Verhandlungen mit den anderen Fachschulen stehen vor dem Abschluß.

Verwaltungsmäßig erfordert die Schaffung und der Ausbau von Demonstrations- und Übungswerkstätten für die Gesamtheit der Schulen noch viel Arbeit und erhebliche Geldmittel. Hierbei handelt es sich nicht bloß um einmalige, sondern um laufende Aufwendungen. Wenn die Demonstrations- und Übungswerkstätten ihren Zweck erfüllen sollen, so müssen sie dem Stande der rastlos vorwärtstrebenden Technik angepaßt sein.



Praktische Übungen für Töpfer

14 Berufsschule

Wahlfreier Unterricht.

Neben der Verschmelzung der niederen Fachschulen mit den Berufsschulen ist die organische Eingliederung der früheren selbständigen Wahlfortbildungsschulen einhergelaufen. Leitender Gedanke bei dieser Verschmelzung war die Befriedigung des über das Maß des Pflichtunterrichts der Berufsschulen hinausgehenden Bildungsbedürfnisses unserer jugendlichen Staatsbürger. Während die alte



Schuhmacher-Werkstatt

15. Berufsschule

Wahlfortbildungsschule jedoch nur freie Kurse kannte, die in jedem Semester auf der Grundlage der zufälligen Meldungen neu aufgebaut wurden, sieht man jetzt das Schwergewicht in den geschlossenen Kursen mit festem einheitlichen Lehrplane für den pflichtmäßigen Berufs-

und für den freiwilligen Wahlschulunterricht. Mit der Einrichtung derartiger Aufbauklassen wurde im Metallgewerbe begonnen. Sie hat inzwischen auf das Baugewerbe und das Holzgewerbe übergegriffen. Neben den geschlossenen Kursen laufen an den meisten Berufsschulen wahlfreie Kurse in solchen Lehrfächern einher, die nicht Gegenstand des Pflichtunterrichtes sind.

Die in Personalfragen liegenden Hemmungen für die Eingliederung der selbständigen Wahlfortbildungsschulen in die Berufsschulen sind restlos beseitigt. Die letzte selbständige Wahlfortbildungsschule wurde am 1. Oktober 1926 geschlossen.

Arbeiterberufsschulen.

Auf dem Gebiete der Berufsausbildung für Arbeiter ist ein wesentlicher Fortschritt zu verzeichnen. Es galt, auch für diese Jugendlichen eigene Berufsschulen zu schaffen. Wo es sich ermöglichen ließ, sind die jugendlichen Arbeiter zu Arbeiterschulen zusammengefaßt. Neu entstanden sind auf diese Weise die Arbeiterschulen in der Wassertorstraße 31, Lange Straße 76, Ackerstraße 67 und in Neukölln. Auch in diesen Schulen sind die Schüler, wenn es möglich ist, wieder nach Berufsgruppen gegliedert, die gleichfalls ihren besonderen Fachunterricht erhalten.

Sonderschulwesen.

Für die aus den Hilfsschulen zur Entlassung gelangenden Schüler und Schülerinnen ist die Hilfsberufsschule, Bergstraße 58, im Jahre 1906 gegründet worden. Diese selbständige Berufsschule für schwach Veranlagte ist eine notwendige Ergänzung der Berufsschule. Die Hilfsberufsschule versucht eine erzieherische Beeinflussung der ihr anvertrauten Jugendlichen und auch die Ausbildung für die Forderungen des praktischen Lebens. Zur Erreichung dieses Zieles ist eine niedrige Klassenfrequenz, eine genaue Differenzierung des Schülermaterials, eine zweckentsprechende Auswahl der Lehrstoffe und eine streng individualisierende Lehrmethode und Erziehung geboten. Die Unterrichtsfächer sind Deutsch, Rechnen, Werkstättenarbeit (für Mädchen Nadelarbeit, Kochen und Säuglingspflege) und Zeichnen. In den Außenbezirken reicht manchmal die Zahl der Hilfsberufsschüler nicht zur Bildung besonderer aufsteigender Klassen aus; darum wird auch hier versucht, eine Organisation zu schaffen, um den besonderen Interessen dieser stark gefährdeten Schüler und Schülerinnen zu dienen.

Für schwerhörige und taube Jugendliche im berufsschulpflichtigen Alter besteht die Berufsschule für Schwerhörige und Taube, Albrechtstraße 27, die mit der Städtischen Taubstummenanstalt verbunden ist. Für sehschwache Schüler sind gleichfalls besondere Klassen gebildet.

Gewerbelehrer.

Unter sämtlichen Schulgattungen nimmt die Berufsschule eine besondere Stellung ein. Sie kann ihre Aufgaben ohne eingehende Fühlungnahme mit dem praktischen Leben nicht erfüllen. Der Gewerbelehrer — und er ganz besonders — hat mit den Fortschritten der Technik mitzugehen, jede Versteinerung ist hier Tod. Es muß leider festgestellt werden, daß die Ausbildung der Gewerbelehrer auf den staatlichen Ausbildungsstätten nicht den Anforderungen genügt, die das hochentwickelte und feinverzweigte gewerbliche Schulwesen der Reichshauptstadt erfordert. Die Stadt ließ es sich angelegen sein, für die Ausbildung von Lehrkräften an gewerblichen Berufsschulen für Jünglinge besonders zu sorgen. So wurden im staatlichen Gewerbelehrerseminar in Charlottenburg besondere Kurse zur Ausbildung von Lehrern für Metallarbeiter-, Arbeiter-, Bekleidungsgewerbe- und Hilfsberufsschulklassen eingerichtet. Die Lehrkräfte wurden zur Teilnahme an diesen Kursen auf Kosten der Stadt beurlaubt. Auch der im Amt stehende Gewerbelehrer ist, losgelöst vom Pulsschlag des Werkstattbetriebes im Wirtschaftsleben, in der Gefahr, stehenzubleiben; darum ist es notwendig, laufend einzelne Lehrer der verschiedenen Berufsgruppen von ihrem Schuldienst zu beurlauben und sie in die Betriebe als praktisch Schaffende hineinzuschicken, um aus diesem Nährboden immer wieder neue Impulse für die Schularbeit zu empfangen. Die Verwaltung wird hier in Zukunft ein reiches Feld der Arbeit zu bewältigen haben.

Zu den Wunden, die der Krieg, die Nachkriegszeit und die Inflationszeit dem Berufsschulwesen geschlagen hatten, kam der Personalabbau auf Grund der Preußischen Personalabbau-Verordnung. Es wurden 31 planmäßig angestellte und 21 auftragsweise voll beschäftigte Handels- und Gewerbelehrer(innen) abgebaut. Der Abbau brachte gleichzeitig eine Erhöhung des regelmäßigen wöchentlichen Arbeitsmaßes der Lehrenden an Berufsschulen und eine Erhöhung der Klassenfrequenz. Beide Maßnahmen sind noch heute klaffende Wunden im Körper der Berufsschule Berlins.

Ausblick.

Die Schülerzahl der gewerblichen Berufsschule für Jünglinge ist von Jahr zu Jahr gewachsen. Die Gesamtschülerzahl betrug am 1. Mai 1924 = 48 641, 1. Mai 1925 = 53 027, 1. Mai 1926 = 55 098, 1. Mai 1927 = 57 659.

Das Anwachsen der Schülerzahlen und das Hineinströmen von Schülermassen aus den Außenbezirken nach Alt-Berlin gab der Verwaltung Veranlassung, bisher bestehende und überlastete Berufsschulen zu teilen und neue zu eröffnen. So sind seit dem Bestehen des Gesetzes betreffend Schaffung der Stadtgemeinde Berlin folgende neue gewerbliche Berufsschulen für Jünglinge entstanden:

Am 1. April 1927: die 11. Berufsschule, Berlin, Wassertorstr. 31,
„ 12. Berufsschule, Berlin, Lange Str. 31,
„ 13. Berufsschule, Berlin, Ackerstr. 67,
„ 14. Berufsschule, Berlin, Grünthaler Str. 5,
„ 15. Berufsschule, Berlin, Linienstr. 162,
„ 16. Berufsschule, Berlin, Lange Straße 76,

ferner die Arbeiterberufsschule in Neukölln. Andererseits konnten durch die Neuorganisation nicht mehr lebensfähige Schulen geschlossen werden (Adlershof, Britz, Friedrichshagen, Hohenschönhausen, Reinickendorf, Treptow, Tegel, Groß-Lichterfelde, Wittenau.

Mit dem Ansteigen der Schülerzahlen ging eine Vermehrung der Zahl der hauptamtlichen Lehrkräfte Hand in Hand. Im Jahre

1924	zählte Berlin	729	hauptamtl. ang. Handels- u. Gewerbeoberlehrer(innen)
1925	„ „	698	„ „ „ „ „ „
1926	„ „	772	„ „ „ „ „ „
1927	„ „	903	„ „ „ „ „ „

Außerdem sind zur Zeit 477 auftragsweise voll beschäftigte Handels- und Gewerbelehrer(innen) tätig.

Recht schwierig gestaltet sich noch immer die Raumfrage an unseren Schulen. In der Vorkriegszeit, in der der Unterricht noch zu einem erheblichen Teil am Nachmittag und Abend erteilt wurde, mußte sich die Berufsschule mit Räumen in den allgemein bildenden Lehranstalten begnügen, die vormittags von diesen Schulen selbst benutzt wurden. Heute stehen den Berufsschulen zwar eigene Räume zur Verfügung; doch ist die Zahl und ihre Ausstattung in vielen Fällen unzulänglich. In erheblichem Maße werden in vielen Fällen Unterrichtsräume von morgens bis abends in Anspruch genommen, so daß kaum Zeit für die Reinigung und Lüftung verbleibt. Zahlreiche Klassen müssen als sogenannte „fliegende Klassen“ geführt werden, ein Zustand, der für eine gedeihliche Schularbeit unerträglich ist. In besonderen Fällen hat man Zuflucht zu Baracken genommen. Daß auch hier bei gutem Willen behagliche Räume geschaffen werden können, zeigt die beigefügte Abbildung einer Berufsschulbaracke für gewerbliche Mädchen in Cöpenick. Immerhin wird es erforderlich sein, der immer dringender werdenden Raumnot durch Neubauten baldigst zu begegnen. Ein umfangreiches Bauprogramm ist von den städtischen Körperschaften genehmigt und harret seiner Durchführung.

An neuen Gebäuden sollen errichtet werden:

- a) In den Bezirken 1—6 zusammen je vier Berufsschulen für Jünglinge und Mädchen.
- b) In Charlottenburg zwei Berufsschulen und eine Gewerbeschule, im Bezirk Spandau eine Berufsschule für Jünglinge und Mädchen, im Bezirk Steglitz eine Berufsschule,

im Bezirk Neukölln eine Berufsschule für Mädchen und eine kaufmännische Berufs-, Handels- und höhere Handelsschule für Jünglinge und Mädchen,
im Bezirk Cöpenick eine Berufsschule,
im Bezirk Lichtenberg je eine Berufsschule für Jünglinge und Mädchen,
im Bezirk Weißensee eine Berufsschule und
im Bezirk Pankow eine Berufsschule.



Nadelarbeitsunterricht in der Berufsschulbaracke Berlin-Cöpenick

Auf dem Gebiete der inneren Ausgestaltung des Unterrichtes in der gewerblichen Berufsschule bleibt noch viel Arbeit zu leisten übrig. Nur wenige Schulen sind mit einer genügenden Zahl von Lichtbildapparaten, Epidiaskopen, einer Kinoanlage usw. ausgerüstet. Auch die Ausgestaltung der Schülerbüchereien wird noch manche Anforderung an die städtischen Finanzen stellen.

Die gewerbliche Mädchenberufsschule.

Die Mädchenberufsschule wurde durch die städtischen Körperschaften für Alt-Berlin am 1. April 1913 eingeführt. Sie hatte also bei Kriegsbeginn noch nicht das 3. Schulhalbjahr aufgebaut. Es ist erklärlich, daß sie der Krieg noch viel härter traf als die Berufs-

schule für Jünglinge. Sie verfügte weder über geeignete Unterrichtsräume, noch über die erforderlichen Lehrmittel. Wenn auch der äußere Aufbau notdürftig während des Krieges durchgeführt wurde, so war es ausgeschlossen in der Kriegszeit und Nachkriegszeit, besonders aber während der Inflation, an einen sachgemäßen Ausbau des gewerblichen Schulwesens zu denken.

Die Schaffung der Einheitsgemeinde und die Einführung des neuen Ortsgesetzes, betreffend die Berufsschulen in Berlin, stellte das Mädchenberufsschulwesen vor neue Schwierigkeiten. In den meisten Außenbezirken bestand die Mädchenberufsschule entweder gar nicht oder doch nur für die kaufmännisch tätigen Mädchen. In diesen Bezirken ist also die Mädchenberufsschule erst seit dem 1. April 1926 im Aufbau begriffen.

Auch sonst ist die Mädchenberufsschule nur ein unvollkommenes Gebilde, da große Massen von Schülerinnen durch sie noch nicht erfaßt sind. Bisher wurden nämlich die Haustöchter und Hausangestellten noch nicht eingeschult. Es wird Aufgabe der nächsten Zukunft sein, auch diesen Schülerinnen die Segnungen der Berufsausbildung zuteil werden zu lassen.

Ziel und Wege der Bildungsarbeit.

Während bei der gewerblichen Berufsschule für Jünglinge die Auseinandersetzungen über Ziel und Wege der Bildungsarbeit zu einem gewissen Abschluß gelangt sind, ist diese Frage auf der Mädchenseite noch stark im Fluß. Das Ziel des Unterrichtes in der Mädchenberufsschule liegt begründet in der Doppelaufgabe der Frau als Mitarbeiterin im Wirtschaftsleben und als Hausfrau und Mutter. Auch bei den Mädchen, die in ungelernter oder angelernter Arbeit stehen, soll darum die Berufsschule das Verständnis für den Arbeitsprozeß erschließen; ein Gegengewicht in bezug auf die Mechanisierung der Arbeit soll dadurch geschaffen werden, daß die Jugendlichen wirtschaftlich denken und handeln lernen und den Blick von der Arbeit des Einzelnen auf die menschliche Gesellschaft richten. Daneben werden sie aber auch für ihren zukünftigen Beruf als Hausfrau vorbereitet. Der Unterricht in den Leibesübungen ist leider nur zum Teil durchgeführt, weil es hier, wie auf der Jünglingsseite, an den nötigen Turnhallen fehlt.

Fachliche Gliederung.

Arbeiterinnen sind in der 3., 5., 7., 9., 10. und 13. Berufsschule für Mädchen eingeschult, ferner in sämtlichen Mädchenberufsschulen der Außenbezirke, ausgenommen Schöneberg. Die Zahl der gelernten Berufsgruppen ist auf der Mädchenseite verhältnismäßig gering. Nachstehende Berufsgruppen sind an folgenden Schulen vereinigt:

Schneiderinnen an der 2., 7. und 10. Berufsschule für Mädchen,
Wäscheherstellerinnen an der 5. u. 9. Berufsschule für Mädchen,
Putzmacherinnen an der 6. Berufsschule für Mädchen,
Friseurinnen an der 9. Berufsschule für Mädchen,
Kürschnerinnen und Pelznäherinnen an der 6. Berufsschule für
Mädchen,
Blumenbinderinnen an der 6. Berufsschule für Mädchen,
Blumen- und Federarbeiterinnen an der 6. Berufsschule für
Mädchen.

In den Außenbezirken war es bisher noch nicht möglich, eine straffe Organisation für gelernte Berufe zu schaffen, da diese Schulen noch im Aufbau begriffen sind. Eine umfangreiche Statistik, die in letzter Zeit von der Verwaltung durchgeführt wurde, hat die Notwendigkeit ergeben, auch andere Berufsgruppen, beispielsweise Stickerinnen, Wäscherinnen, Plätterinnen zu besonderen Fachklassen zusammen zu ziehen.

Die Organisation der Mädchenberufsschule gestaltet sich zum Teil schwieriger als auf der Jünglingsseite, weil hier die wirtschaftliche Entwicklung, die Mode und die allgemeine Geschmacksrichtung stärker und plötzlicher auf den Arbeitsmarkt und damit auf die Zahl der in den einzelnen Berufen beschäftigten jungen Mädchen wirken. Die einschneidende Änderung in der Damenhutmode ließ beispielsweise die Zahl der Schülerinnen in Blumen- und Federarbeiterinnen-Klassen in Alt-Berlin von 270 im Jahre 1923 auf 27 im Jahre 1927 herabsinken. Der Bubikopf brachte folgende Änderung in der Zahl der Schülerinnen in Friseurinnenklassen in Alt-Berlin: 1923: 117 Schülerinnen, 1927: 738 Schülerinnen.

In methodischer Beziehung darf auf die Gestaltung des Zeichenunterrichts in den Berufsklassen für Schneiderinnen hingewiesen werden. Bis vor wenigen Jahren wurde „Fachzeichnen“ in fünf Halbjahren mit 180 Stunden erteilt. Man verstand darunter das Zeichnen von Ornamenten, Garnierungen, Kleidungsstücken, Entwerfen von Kleidern und Schnittmusterzeichnen. Es war eine Anhäufung zusammenhangloser Aufgaben. Aus Zweckmäßigkeitsgründen ist man dazu übergegangen „die Gestaltung des Kleides zur zweckmäßigen und ausdrucksvollen Gewandung des Körpers“ zu üben (anatomische Belehrung über den Bau des Frauen- und Kinderkörpers, Darstellung des Körpers in verschiedenen Stellungen, Farbwirkung der Stoffe, praktische Übungen und zeichnerische Darstellung). Auch in der Bezeichnung dieses Unterrichts hat man die Umstellung zum Ausdruck gebracht, indem man ihn „Gestaltungslehre“ nennt und ihn vom zweiten bis zum vierten Halbjahr in wöchentlich drei Stunden erteilt. Man hofft, auf diesem Wege der beruflichen Ertüchtigung der jungen Schneiderinnen besser zu dienen als früher. Allerdings müssen für diesen Unterricht und seine besonderen Aufgaben in jeder Beziehung durchgebildete Lehrkräfte zur Verfügung stehen.

An allen Mädchenberufsschulen sind in den Abendstunden besondere wahlfreie Kurse für weitergehende Bedürfnisse der

Kinderpflegerinnenschule

jungen Mädchen in allgemeinen Wissensfächern eingerichtet, dazu kommen Kurse in Hauswirtschaft für Frauen und Mädchen — Weißnähen, Schneidern, Kochen.

Berufskurse für Damenschneiderei.

Besondere Erwähnung verdient die Einrichtung der Berufskurse für Damenschneiderei in der 2. und 10. Berufsschule für Mädchen, an der Viktoriaschule und der Mädchenberufsschule (Hedwig-Heyl-Schule) in Charlottenburg. Ihre Aufgabe ist es, in zweijährigen Kursen jungen Mädchen die Ausbildung zuteil werden zu lassen, die sonst die Handwerkslehre in den ersten zwei Jahren der Lehrzeit vermittelt. Das dritte Lehrjahr muß in einer Schneiderwerkstatt abgeleistet werden, von wo aus auch die Gesellenprüfung abgelegt wird.

Kinderpflegerinnenschule.

Eine Kinderpflegerinnen-Schule von 1½ jähriger Dauer und wöchentlich 24 Unterrichtsstunden ist mit der Mädchenberufsschule (Hedwig-Heyl-Schule) in Charlottenburg verbunden. Den Schülerinnen ist neben der theoretischen Ausbildung Gelegenheit gegeben, die Tätigkeit im Säuglingsheim und Kindergarten kennen zu lernen.

Um einen Überblick über das gewerbliche Berufsschulwesen zu erhalten, folge hier eine

**Übersicht über die gewerblichen Berufsschulen
für Jünglinge und Mädchen**
(einschließlich der wahlfreien Kurse und Fachschulen)

Bezeichnung	Lage	Berufe
2. Berufsschule f. Jünl.	S 42, Mathieustr. 13	Metallgewerbe
3. " " "	SO 36, Wrangelstr. 85	Buchgewerbe, Fachschule für Buchbinder
5. " " "	O 17, Langestr. 31	Metallgewerbe, Maler
6. " " "	NO 43, Georgenkirchstr.11	Bekleidungsgewerbe, Friseur, Fachschule f. Kürschner und Friseure
8. " " "	N 20, Grünthaler Str. 5	Metallgewerbe
9. " " "	N 24, Friedrichstr. 126	Nahrungsgewerbe
10. " " "	NW 21, Bremer Str. 18-20	Kunstgewerbe, Arbeiter, Gärtner, Musiker
11. " " "	S 42, Wassertorstr. 31	Arbeiter
12. " " "	O 17, Langestr. 31	Holzgewerbe
13. " " "	N 31, Ackerstr. 67	Arbeiter
14. " " "	N 20, Grünthaler Str. 5	Baugewerbe, Arbeiter, Fachschule für Bauhandwerker, Töpfer
15. " " "	C 54, Linienstr. 162	Kunstgewerbe, Sattler, Schuhmacher, Zahntechniker, Fachschule für Sattler, Wagenbauer, Glaser, Schuhmacher, Tapezierer, Uhrmacher, Zahntechniker, Juweliers
16. " " "	O 17, Langestr. 76	Arbeiter
3. Berufsschule f. Mädch.	S 59, Gräfestr. 85-88	Arbeiterinnen
5. " " "	NO 18, Elbinger Str. 4	Wäscheherstellerinnen, Arbeiterinnen
6. " " "	NO 43, Georgenkirchstr.43	Putzmacherinnen, Kürschnerinnen, Blumen- und Federarbeiterinnen, Blumenbinde- rinnen
7. " " "	N 113, Schönhaus. Allee 103	Schneiderinnen, Arbeiterinnen
9. " " "	NW 6, Hannoversche Str. 20	Wäscheherstellerinnen, Friseurinnen, Arbeiterinnen
10. " " "	NW 87, Turmstr. 75	Schneiderinnen, Arbeiterinnen, Berufskurse für Damenschneiderei
12. " " "	SO 36, Manteuffelstr. 7	Schneiderinnen, Berufskurse für Damenschneiderei
13. " " "	N 20, Hochstr. 46	Arbeiterinnen
Hilfsberufsschule f. Jünglinge und Mädchen	N 4, Bergstr. 58	
Berufsschule für Schwerhörige und Taube	NW 6, Albrechtstr. 27	

Übersicht über die gewerblichen Berufsschulen

Bezeichnung	Lage	Berufe
Gewerbl. Berufsschule für Jünglinge	Charlottenburg, Wilhelmplatz 1a	Metallgewerbe, Tischler
Arbeiter-Berufsschule für Jünglinge	Charlottenburg, Rosinenstr. 14	Bäcker, Schneider, Friseure, Arbeiter
Hedwig-Heylschule	Charlottenburg, Bismarckstr. 21-22	Schneiderinnen, Putzmacherinnen, Arbeiterinnen, Berufskurse für Damenschneiderei, Kinderpflegerinnen-schule
Berufsschule für Jünglinge	Spandau, Kolk 7	Metall- und Holzgewerbe, Nahrungs-, Bekleidungs-gewerbe, Arbeiter
„ „ Mädchen	Spandau, Askaniering	Arbeiterinnen
„ „ Mädchen	Wilmsdorf, Babelsberger Str. 24-25	Schneiderinnen, Friseurinnen, Arbeiterinnen
„ „ Jünglinge und Mädchen	Zehlendorf, Kaiserstr. 9	Baugewerbe, Gärtner, Arbeiter, Arbeiterinnen
Berufsschule für Jünglinge	Schöneberg, Frankenstr. 10	Metallgewerbe, Nahrungs-gewerbe, Bekleidungsgewerbe, Photographen
„ „ Jünglinge und Mädchen	Steglitz, Schloßstr. 43	Metallgewerbe, Nahrungs-gewerbe, Arbeiter, Arbeiterinnen
Berufsschule für Jünglinge und Mädchen	Mariendorf, Königstr. 21-22	Metallgewerbe, Arbeiter, Arbeiterinnen
Gewerbliche Berufsschule für Jünglinge	Neukölln	Metallgewerbe, Tischler, Bäcker, Schneider
Arbeiterberufsschule	Neukölln, Mariendorfer Weg 69-70	Arbeiter
Berufsschule für Mädchen	Neukölln, Kopfstr. 54-55	Arbeiterinnen
„ „ Jünglinge und Mädchen	Oberschöneweide, Wattstr. 69-70	Metallgewerbe, Arbeiter Arbeiterinnen
Berufsschule für Jünglinge und Mädchen	Cöpenick, Luisenstr. 12	Metallgewerbe, Maurer, Tischler, Bootsbauer, Schneider, Färber, Bäcker, Fleischer, Arbeiter, Schneiderinnen, Arbeiterinnen
Berufsschule für Jünglinge	Lichtenberg, Marktstr. Nr. 10-11	Metallgewerbe, Bäcker, Arbeiter
„ „ Mädchen	Lichtenberg, Marktstr. Nr. 10-11	Arbeiterinnen
„ „ Jünglinge und Mädchen	Weißensee, Woelkpromenade 38	Metallgewerbe, Arbeiter Arbeiterinnen
Berufsschule für Jünglinge und Mädchen	Pankow, Görschstr. 40-42	Metallgewerbe, Schneider Arbeiter, Arbeiterinnen
Berufsschule für Jünglinge und Mädchen	Borsigwalde, Tietzstr. Nr. 18-19	Metallgewerbe, Arbeiter Schneiderinnen, Arbeiterinnen

Der hauswirtschaftliche Unterricht in der Berufsschule.

Nach Kampf hat der hauswirtschaftliche Unterricht Eingang in die Berufsschule für Mädchen gefunden. Seine Notwendigkeit für die gelernten Berufe war lange und ernstlich bestritten; und das mit einem gewissen Recht. Man vertrat nämlich die Meinung, daß die weiblichen Lehrlinge bei gleicher Zahl an wöchentlichen Unterrichtsstunden in gleichem Umfang in Berufs- und Fachkunde unterrichtet werden müßten wie die Jünglinge. Die Einfügung des hauswirtschaftlichen Unterrichts konnte also nur auf Kosten der beruflichen Ausbildung geschehen, da eine Vermehrung der Unterrichtsstunden nicht möglich war. Die volkswirtschaftliche und soziale Bedeutung der Frauenarbeit im Haushalt, ihr Einfluß auf Volksvermögen, Volkswohl und Volksgesundheit und die Erkenntnis, daß jedes Mädchen zur Erfüllung seiner Pflichten als Hausfrau erzogen und in den einzelnen Zweigen der Hausarbeit unterrichtet werden müsse, führte zur allgemeinen Einführung des hauswirtschaftlichen Unterrichtes, allerdings für die gelernten Berufe innerhalb der durch die Berufsausbildung gezogenen Grenzen. Völlig gleichwertig mit dem übrigen Unterricht wird ihm in den einzelnen Klassen für Arbeiterinnen die Hälfte der gesamten Schulzeit gewidmet. In den Klassen für Friseurinnen, Putzmacherinnen, Schneiderinnen, Wäscheherstellerinnen, Kontoristinnen und Verkäuferinnen tritt er zurück, wie die Berufsausbildung es erfordert.

Der hauswirtschaftliche Unterricht umfaßt:

1. Nähen und Ausbessern, Stofflehre,
2. Waschen und Plätten,
3. Kochen und Nahrungsmittellehre,
4. Kranken- und Säuglingspflege.

Die Stundenverteilung für den Unterricht der verschiedenen Berufsgruppen geht aus folgender Übersicht hervor:

Berufsgruppe	Nähen						Waschen u. Plätten						Kochen						Kranken- und Säugl.-Pflege					
	Semester						Semester						Semester						Semester					
	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6
Arbeiterinnen	3	3	3							1½					1½	3								3
Friseurinnen	1½	1½	1½							1½					3								1½	
Putzmacherinnen	1½	1½	1½							1½					3									1
Schneiderinnen	3														3									1
Wäscheherstellerinnen															3									1
Kaufm. Berufe	2	2							2						3									

Während der Unterricht für Arbeiterinnen alle genannten Stoffgebiete umfaßt, fehlen einige in dem Unterricht für die gelernten Berufe, weil entweder die Berufsarbeit die Schülerinnen mit diesen Arbeiten vertraut macht, oder weil der größere Umfang der fachkundlichen Unterweisung keine weitere Zeit für diese hauswirtschaftlichen Fächer übrig läßt.

Die Klasse wird in zwei getrennten Abteilungen unterrichtet, die geringere Schülerinnenzahl macht den Unterricht wirksamer.

Nähen und Ausbessern, Stofflehre.

Die Arbeiterinnen fertigen einfache Bekleidungsgegenstände an: Untertaille, Hemd oder Hemdbeinkleid, Beinkleid, Nachthemd oder Unterkleid, Bluse und Rock, Schürze, Kopftuch oder Haube und Topfhandschuhe für den späteren Kochunterricht. Fleißige Schülerinnen schaffen außerdem noch manche Zwischenarbeit für sich oder Familienangehörige. Bei allen Gegenständen wird Wert gelegt auf gutes Material, einfache Form und zweckmäßige Verzierung. Die Schnitte werden durch Abformen hergestellt oder modernen Zeitschriften entnommen.

Für den Nähunterricht stehen den Schülerinnen genügend Nähmaschinen verschiedener Systeme zur Verfügung, in deren sachgemäßer Behandlung und Benutzung sie unterwiesen werden.

Kurze Belehrungen in Stofflehre geben den Schülerinnen Aufschluß über Art, Güte, Preis und Verwendungsmöglichkeiten des Materials, erweitern ihre Urteilsfähigkeit und zeigen ihnen auch hier den engen Zusammenhang der Hausfrauenarbeit mit der Volkswirtschaft.

Durch den Unterricht im Ausbessern und im Umarbeiten mit der Hand und der Maschine wird die Geschicklichkeit der Schülerinnen geübt und sie werden an die wirtschaftlichen Tugenden, an Ordnung, Genauigkeit und Sparsamkeit, gewöhnt.

Die Klassen der gelernten Berufe haben, wie aus der Tabelle ersichtlich, weniger Nähunterricht. Es werden deshalb weniger Gegenstände hergestellt. Die Handhabung des Unterrichts ist sonst die gleiche. Bei den Wäscheherstellerinnen fällt das Nähen in Form des hauswirtschaftlichen Unterrichtes ganz fort.

Minderbemittelten Schülerinnen werden die für den Nähunterricht notwendigen Stoffe ganz oder teilweise von der Schule zur Verfügung gestellt. Die Mittel zur Beschaffung derselben erhält die Schule auf Antrag von der Deputation für das Berufs- und Fachschulwesen. Wie notwendig diese Einrichtung ist, sieht man daraus, daß beispielsweise eine Schule mit 2800 Schülerinnen im Jahre 1927 für 800 RM. Stoff an bedürftige Schülerinnen für Unterrichtszwecke abgegeben hat.

Waschen und Plätten.

Die Anlage von Waschküchen ist nicht in allen Schulhäusern möglich gewesen. Es wird Waschunterricht nur in Arbeiterinnenklassen erteilt, und zwar im 4. Halbjahr 15 Unterrichtsstunden abwechselnd mit 15 Stunden Plätten. Die Beschaffung ausreichender Materialmengen für den Unterricht im Waschen bietet gewisse Schwierigkeiten. Der Schulbetrieb liefert nur gebrauchte Küchenwäsche, Leibwäsche

bringen die Schülerinnen oft nur ungern mit, weil ihr Eigentum eine Woche in der Schule bleiben muß und nicht gegen Diebstahl versichert ist.

In der auf den Washtag folgenden Unterrichtsstunde rollt und plättet die Klasse ihre Wäsche.

In den Schulen, die noch nicht im Besitz einer Waschküche und eines Trockenraumes sind, beschränkt sich der Unterricht auf Plätten, bei der Kürze der Zeit auf das Plätten von Haus- und einfacher Leibwäsche, die die Schülerinnen mitbringen.

Von den gelernten Berufen haben Friseurinnen, Putzmacherinnen, Kontoristinnen und Verkäuferinnen Plättunterricht. Er wird in gleicher Weise erteilt wie in Arbeiterinnenklassen.

Kochen und Nahrungsmittellehre.

Der bei den Schülerinnen beliebteste Zweig des hauswirtschaftlichen Unterrichtes ist der Kochunterricht. Mit selbstgenähter Schürze und Kopfhaut erscheinen sie pünktlich in der Küche und zeigen sich begeistert für den nach ihrer Meinung wohl bedeutungsvollsten Teil ihrer späteren Arbeit als Hausfrau.

Die Arbeiterinnen haben dreiviertel Jahr, die gelernten Berufe ein halbes Jahr lang wöchentlich 3 Stunden Unterricht. Die Zeit ist kurz und Eile tut not, wenn das Tagespensum, zu dem Besprechen und Berechnen des Gerichts, Nahrungsmittellehre, Herstellen des Gerichts, Tischdecken, Mittagessen und sämtliche Aufräumarbeiten in der Küche gehören, geschafft werden soll. — Der Kochunterricht hat nicht nur den Zweck, den Schülerinnen Kenntnisse und Fertigkeiten zu übermitteln, sondern er muß sie auch überzeugen, daß sie als Hausfrauen wesentlichen Einfluß haben auf die Konsumtion der wirtschaftlichen Güter, daß von der Art ihrer Wirtschaftsführung, von ihrer Sparsamkeit oder Verschwendung im eigenen Haushalt das Wohl und Wehe der eigenen Familie und in der letzten Auswirkung das Wohl des ganzen Volkes abhängt.

Im Kochunterricht ist die Klasse geteilt, eine Abteilung umfaßt also nicht mehr als 20 Schülerinnen. Vier, höchstens fünf Schülerinnen arbeiten zusammen an einem Tisch, sie bilden eine Familie. Ihr gehört ein Herd mit 4 Brennstellen, ein Geschirrschrank, eine Abwaschvorrichtung. Die an jedem Unterrichtstage wiederkehrenden Ordnungsarbeiten werden als feststehende Ämter, die regelmäßig wechseln, von den Schülerinnen ausgeführt. Sie sind ein wertvolles Mittel zur Erziehung zu Pflichttreue, Ordnung und Sauberkeit und gewöhnen die Schülerinnen an Zeiteinteilung.

Der Kochunterricht ist Klassenunterricht. Alle (4) Familien stellen dasselbe Gericht her, das dann gemeinsam mit der Lehrerin am gedeckten Tisch eingenommen wird. Auf sorgfältiges Tischdecken, geschicktes Servieren der Speisen, gutes Verhalten bei Tisch wird besonderer Wert gelegt.

Die Schülerinnen tragen das Unterrichtsergebnis jeder Kochstunde in ihre Hefte ein.

Zum Einkauf der für den Kochunterricht notwendigen Lebensmittel werden den Schulen von der städtischen Verwaltung Etatsmittel zur Verfügung gestellt.

Sie betragen im Jahre	1924	45700 RM.
„ „	1925	57720 RM.
„ „	1926	115200 RM.
„ „	1927	173070 RM.

Kranken- und Säuglingspflege.

Die Arbeiterinnenklassen haben in ihrem Lehrplan für Kranken- und Säuglingspflege, verbunden mit Erziehungs- und Beschäftigungslehre, ein halbes Jahr lang 3 Wochenstunden zur Verfügung, während sich die gelernten Berufe mit einer Wochenstunde abfinden müssen. Erziehungs- und Beschäftigungslehre fällt in diesen Klassen aus.

Der Unterricht in Krankenpflege hat den Zweck, in den Schülerinnen ein liebevolles Verständnis für ein leidendes Familienmitglied zu wecken, sie fähig zu machen, die häusliche Krankenpflege nach Anleitung durch den Arzt auszuüben, überhaupt den Arzt bei seinen Anordnungen zu unterstützen. Außerdem soll der Unterricht ihnen übermitteln, wie Ernährung, Kleidung und Wohnung der Familie den Anforderungen der Hygiene entsprechend einzurichten sind.

Mehr noch als der Unterricht in Krankenpflege interessiert die Schülerinnen der Unterricht in Säuglingspflege, der die natürliche Begabung der Mädchen zur weiteren Entwicklung bringt und sie in den größten und wichtigsten Pflichtenkreis ihres späteren Lebens als Mutter, Pflegerin und Erzieherin ihrer Kinder einführt. Vertieft und erweitert werden die theoretischen Unterweisungen durch praktische Übungen, ebenso durch den Besuch sozialer Einrichtungen, Säuglingsfürsorgestellen, Krippen, Waisenhäuser.

Die Berufsschule für Mädchen, ein Jahr vor Ausbruch des Krieges entstanden, bekam ihre innere Ausstattung während des Krieges. Der Ernst der Zeit zwang überall zur größten Sparsamkeit, der Mangel an ausreichenden und zweckmäßigen Räumen machte sich besonders empfindlich bemerkbar bei allen Einrichtungen für den hauswirtschaftlichen Unterricht. Die eingerichteten Küchen waren schlechterdings „Kriegsküchen“. Die Gründung der Stadtgemeinde Berlin brachte eine plötzliche Vermehrung der Schülerinnenzahl um viele Tausende, das Inkrafttreten des neuen Ortsgesetzes eine jährliche Zunahme von rund 15%. Dieser rapiden Entwicklung konnte in der Nachkriegszeit und in der darauffolgenden Inflationszeit durch die Beschaffung neuer, besserer Räume mit zweckmäßigen Einrichtungen nicht Rechnung getragen werden.

Beispiel für die Durchführung des hauswirtschaftlichen Unterrichts in der Berufsschule
Wilmersdorf.

Nach einzelnen, mehr tastenden Versuchen, konnte erst im Jahre 1927 in der Berufsschule für Mädchen in Wilmersdorf ein entschiedener Schritt in der weiteren Entwicklung des hauswirtschaftlichen Unterrichts gemacht werden. Es konnte nicht alles werden, wie es sollte; denn die Räume waren in einem noch verhältnismäßig neuen Volksschulgebäude gegeben und gestatteten nur unbedeutende Änderungen. Das Geschaffene mag erprobt werden und wird hoffentlich eine brauchbare Grundlage sein für die weitere Entwicklung, die nur Neubauten bringen können.

In der Berufsschule in Wilmersdorf sind eingerichtet worden:

- 2 Küchen mit 5 Nebenräumen,
- 1 Eßzimmer,
- 1 Waschküche,
- 1 Hausarbeitszimmer mit Nebenraum,
- 2 Plättzimmer,
- 1 Zimmer für den Unterricht in Kranken- und Säuglingspflege,
- 1 Schülerinnenzimmer.

Bei der Einrichtung und Ausstattung der Räume hat die Verwaltung das Ziel verfolgt, Werkstätten für die hauswirtschaftliche Arbeit zu schaffen, die mit neuzeitlichen Arbeitsgeräten und geschmackvollen Möbeln in schönen Farbenzusammenstellungen ausgestattet, anregend, bildend und erziehend auf die Schülerinnen wirken und Arbeitslust und Arbeitsfreudigkeit erhöhen sollen. Der Wunsch, für jede Küche ein Eßzimmer einzurichten, war leider unerfüllbar.

Die beiden Küchen, die eine in warmen roten, die andere in blauen Farbtönen gehalten, überraschen den Eintretenden durch ihre Geräumigkeit und ihre vorzügliche Beleuchtung. Jede Küche ist rund 80 qm groß. Die Wände sind ringsum 1,60 m hoch mit Kacheln bedeckt, der Fußboden und die gelblasierten Möbel mit Linoleum in der entsprechenden Küchenfarbe belegt. Moderne Beleuchtungskörper an der Decke und an den Wänden sorgen für gutes Licht im Abendunterricht. Da die Schülerinnen in Gruppen zu 4—5 arbeiten, bilden das Arbeitsreich jeder Gruppe: 1 Gasherd mit 4 Kochstellen und einem Backofen, 1 Geschirrschrank, 1 Tisch mit Hockern, 1 Abwaschtisch mit Kalt- und Warmwasserzuführung, 1 Ausguß und im Nebenraum 1 Ständer mit sämtlichen Reinigungsgeräten. Ein Experimentiertisch mit Wasser- und Gasanschluß und Gasmesser dient dem theoretischen Unterricht in Nahrungsmittel- und Ernährungslehre.

Nach der lebhaften Werkstattarbeit in der Küche kommen die Schülerinnen in dem Eßzimmer, einem geschmackvoll und wohnlich



Kochunterricht an der Berufsschule Berlin-Wilmersdorf.

ausgestatteten Raume, der zwischen beiden Küchen liegt, zur Ruhe, Hier finden sie Gelegenheit, sich im Decken der Tafel und im Servieren der Mahlzeit zu üben.

Die Einrichtung der Waschküche und des Zimmers für Hausarbeit zeigt, daß auch raue Arbeit in zweckentsprechenden Arbeitsstätten von unseren Schülerinnen freudig verrichtet wird. Beim Be-



Unterricht im Waschen in der Berufsschule Berlin-Wilmersdorf.



Plättklasse der Berufsschule in Berlin-Wilmersdorf.

treten der Waschküche hört man lustiges Geklapper der Holzpantoffeln der fleißigen Wäscherinnen, die an 5 großen Zinkwannen eifrig waschen oder bei dem Abkochen der Wäsche in den zwei großen eingemauerten Kupferkesseln am roten Backsteinherd tätig sind. Eine andere Gruppe bedient eine mit Gas geheizte Waschmaschine. Ein freistehender, zweiteiliger Spülzuber mit Zuleitungsrohren für kaltes und warmes Wasser wird eben zur Aufnahme der fertig gekochten Wäsche mit Wasser gefüllt. An den Wänden sehen wir heruntergeklappte Wandtische zum Einseifen der Wäsche, damit sie außer Dienst bei der Enge des Raumes die Bewegungsfreiheit der Schülerinnen nicht hemmen.

Ein sorgfältig verschließbarer Trockenboden steht für die ordnungsmäßige Aufnahme der Wäsche zur Verfügung. In der nächsten



Unterricht im Wäschenähen und Schneidern in der Berufsschule Berlin-Wilmersdorf.

Übungsstunde wird sie auf modernen Handdrehrollen gerollt und dann schrankfertig gemacht oder geplättet. Abwechselnd wird, um die Ausbildung der Schülerinnen dem verschiedenen Bedürfnis des Lebens anzupassen, der Plättraum mit elektrischer oder mit Gaseinrichtung benutzt. Beide sind 64 qm groß, hell und so anheimelnd eingerichtet, als wären sie gar nicht in einer Schule. Hier sind Steckkontakte an den Wänden und an Stangen, die von der Decke herabhängen, drüben Gas-erhitzer zu langen Batterien vereinigt mit einer Blechhaube zur Aufnahme und Fortleitung der Brenngase. Geplättet wird vorwiegend an Plättischen, einige Plättbretter auf feststehenden Böcken dienen dem Plätten von Röcken.

Zwanzig moderne elektrische Plätteisen mit Stromregelung stehen vor Staub und Feuchtigkeit geschützt in einem mit Asbest ausgelegten Glasschrank, der außerdem sämtliches Plättmaterial aufnimmt. Die doppelte Zahl von Gasplätten steht für die Arbeit im zweiten Plätt-raum zur Verfügung.

Die sechs Nähzimmer sind für je 18—20 Schülerinnen eingerichtet. Sie sitzen auf Stühlen an breiten Tischen, die durch zweckmäßige Bauart die Arbeit und vorschriftsmäßige Haltung erleichtern. An der Fensterseite stehen 12 Nähmaschinen verschiedener Systeme. Ein großer Schrank an der Wand mit einem Spiegel an der Innenseite der Tür nimmt auch das übrige Klasseninventar auf, 1 Plättbrett, das elektrische Plätteisen, den Apparatkasten für die Nähmaschinen und die Schnittmuster. Für den wahlfreien Nähunterricht am Abend leistet die Beleuchtung durch Tiefstrahler einen sehr guten Ersatz für das Tageslicht.

Bei dem Eintritt in den Unterrichtstraum für Kranken- und Säuglingspflege wird der Schritt des Besuchers unwillkürlich gehemmt. Die Schönheit des Zimmers läßt zunächst jeden verstummen, um dann Begeisterung auszulösen. Helles Licht strahlt aus den reinweiß gehaltenen Wänden und Möbeln und läßt ein farbiges Madonnenbild besonders wirkungsvoll erscheinen. Über die in ihrem Körbchen liegenden Kruse-Puppen „Träumerchen“ spannt sich die Zimmerdecke als blauer Himmel.

In der Mitte des Raumes stehen die Krankenbetten, um die sich die Arbeitstische der Schülerinnen gruppieren. Je 2 Schülerinnen steht ein Tisch zur Verfügung, der in der Säuglingspflege von ihnen als Wickeltisch benutzt wird. Zum ersten Male sind hier eine größere Anzahl Übungspuppen angeschafft, so daß immer zwei Schülerinnen das Wickeln und Baden des Kindes an einer Puppe üben können. Ein schöner geräumiger Glasschrank und eine Wickelkommode nehmen das reichhaltige Anschauungs- und Übungsmaterial und die Kranken- und Säuglingswäsche auf. Badewannen und Körbchen in verschiedener Ausführung vervollständigen die Einrichtung.

Hauswirtschaftliche wahlfreie Kurse.

Junge Mädchen, die dem berufsschulpflichtigen Alter entwachsen sind, und auch Frauen können versäumte Ausbildung in allen haus-

wirtschaftlichen Fächern nachholen. Zu diesem Zweck werden in fast allen Mädchenberufsschulen wahlfreie Lehrgänge im Schneidern, Wäscheanfertigen, Plätten und Kochen abgehalten. Bei dem niedrigen Schulgeld ist die Teilnahme an diesen Lehrgängen in den späten Nachmittagsstunden und abends sehr rege.



Unterricht in der Kranken- und Säuglingspflege in der Berufsschule in Berlin-Wilmersdorf

Öffentliche Haushaltungsschule.

Im Oktober 1924 wurden auf Grund des Ministerialerlasses vom 17. 4. 1924 an der 5., 9. und 13. Berufsschule für Mädchen, an der Hedwig-Heylschule in Charlottenburg und an der Viktoria-Fachschule öffentliche Haushaltungsschulen eingerichtet. Wie sehr diese Schulen einem allgemeinen Bedürfnis entsprechen, geht daraus hervor, daß fortgesetzt neue Haushaltungsschulen errichtet werden, so in Spandau, Oberschöneweide, Zehlendorf, Wilmersdorf. Der Lehrgang ist einjährig mit 32 Wochenstunden im 1. und 36 Wochenstunden im 2. Halbjahr. Das Schulgeld beträgt bei 30% Freistellen 40 RM. für das Halbjahr. Nach ministeriellem Erlaß befreit der Besuch des 1. Halbjahres weibliche Lehrlinge vom Besuch des hauswirtschaftlichen Unterrichts der Berufsschule, der Besuch beider Halbjahre die jungen Mädchen vom Besuch der hauswirtschaftlichen Berufsschule.

Die Haushaltungsschule arbeitet nach folgender Stundentafel:

Unterrichtsfächer	1. Halbjahr	2. Halbjahr
	Wochenstunden	
Rechnen	2	2
Berufs- und Gemein- schaftskunde u. Li- teratur, Schriftverkehr	4	4
Erziehungs- u. Beschäf- tigungslehre	2	2
Gesundheitslehre	1	—
Kranken- u. Säuglings- pflege	—	2
Ernährungs- und Nah- rungsmittellehre	1	1
Kochen	4	8
Waschen, Plätten	4	—
Plätten	—	3
Hausarbeit	3	—
Haushaltungskunde	—	3
Schneidern, Umarbei- ten, Stofflehre	4	4
Wäschenähen, Ausbes- sern, Verzierungs- arbeiten, Stofflehre	5	5
Gesang	1	1
Leibesübungen	1	1
Wochenstunden	32	36

Das Ortsgesetz vom 31. März 1926 hat für die weibliche Jugend die allgemeine Berufspflicht nicht gebracht. Ihre Ausdehnung auf die Haustöchter, Hausangestellten und die landwirtschaftlichen Arbeitnehmerinnen ist einem besonderen Beschluß der städtischen Körperschaften vorbehalten. Es wird zugegeben, daß dieser Zustand unerwünscht und im Interesse der noch von der Berufsschule Befreiten außerordentlich bedauerlich ist. Aber der Mangel an ordnungsmäßig ausgebildeten Gewerbelehrerinnen machte Vorsicht zur unabwendbaren Pflicht. Kurzfristige Ausbildungslehrgänge waren nur ein Notbehelf und konnten die in den Jahren 1917—1921 geschlossenen Seminare nicht ersetzen. In allernächster Zeit wird der Lehrerinnenmangel überwunden und damit der Zeitpunkt gekommen sein, wo die hauswirtschaftliche Ausbildung aller schulentlassenen Mädchen für ihren Beruf als Hausfrau von der Berufsschule übernommen wird.

Die gewerblichen höheren Fachschulen der Stadtgemeinde Berlin.

Bei der Bildung der Stadtgemeinde Berlin bestanden 9 „höhere Fachschulen“: In Alt-Berlin die 1. und 2. Handwerkerschule, Baugewerkschule, Webeschule, Gewerbesaal, Tischlerschule und die Beuthschule, in Charlottenburg die Kunstgewerbe- und Handwerkerschule und die Gewerbeschule. Während die Berliner Anstalten von den Berufsschulen verwaltungstechnisch getrennt geblieben waren, und nur ein organischer Aufbau und reibungsloses Zusammenarbeiten angestrebt worden war, umfaßte die Charlottenburger Gewerbeschule sowohl die Berufsschule für die männliche Jugend als auch die „höhere Fachschule“. Die Arbeitsgebiete der Berliner Anstalten waren nur zum Teil getrennt: Jede der beiden Handwerkerschulen umfaßte die Gesamtheit der Lehrgebiete, die von der gewerblichen Jugend zur Vertiefung der gewerblichen Fertigkeiten erwünscht wurden: Künstlerischer und kunstgewerblicher Unterricht, mathematische und physikalische Fächer, Unterricht im Apparatebau und Maschinenbau bestanden an jeder der beiden Anstalten; während das Arbeitsgebiet der Baugewerkschule und der Beuthschule auf den Tagesunterricht beschränkt blieb, fand an der Webeschule, dem Gewerbesaal und der Tischlerschule sowohl Tages- und Abendunterricht statt.

Durch die Bildung der Stadtgemeinde Berlin war die Notwendigkeit gegeben, durch eine zielbewußte, gradlinige Organisation die durch den Krieg entstandenen Schäden zu beseitigen und die Leistungen der Schulen auf den durch die moderne Wirtschaft gegebenen hohen Stand zu bringen. Hierbei ist es notwendig, das Arbeitsgebiet der „höheren Fachschulen“ gegenüber dem der Berufsschulen und der Innungsfachschulen (niederen Fachschulen) abzugrenzen. Das Bildungsziel der Berufsschule ist für die gewerbliche Jugend eindeutig durch die Aufgabe festgestellt, die gewerbliche, wirtschaftliche, staatsbürgerliche Erziehung des Lehrlings zu übernehmen. Auf dem breiten Fundament dieser Lehrlingsausbildung baut die höhere Fachschule auf. Die Aufgabe der Innungsfachschulen besteht darin, dem Lehrling Gelegenheit zur Erweiterung seiner zeichnerischen Fertigkeit und zur Erlernung gewisser Handfertigkeiten zu geben, die er bei der immer weiter getriebenen Spezialisierung nur unvollkommen in seiner Lehre erlernen konnte.

Die höheren Fachschulen haben jedoch die Aufgabe, eine allgemeine kunstgewerbliche oder technisch wissenschaftliche Ausbildung zu geben, die den Schüler nicht für ein bestimmtes Spezialgewerbe ausbildet, sondern ihm die Möglichkeit schafft, sich in der vielgestalteten Wirtschaft einen seinen Kenntnissen und Fertigkeiten entsprechenden Platz zu erringen.

In der organisatorischen Entwicklung sind nachfolgende Haltepunkte festzustellen:

1. Der Aufbau der beiden Handwerkerschulen entsprach nicht den Anforderungen, die an führende Anstalten zu stellen waren. Weder

die kunstgewerbliche Entwicklung noch auch die technischen Anforderungen konnten so gepflegt werden, wie es die Nachkriegszeit erfordert. Es wurden daher die kunstgewerblichen Abteilungen beider Anstalten zu einer Anstalt vereinigt, die die Bezeichnung Kunstgewerbe- und Handwerkerschule Berlin-Ost nunmehr führt und in dem Gebäude Andreasstraße 1-2 untergebracht ist. Die mathematisch-physikalischen Kurse und der gesamte Apparatebau mit der dazu gehörigen Elektrotechnik wurden in dem Schulgebäude Lindenstraße zu der „Gaußschule“ vereinigt, während die maschinentechnischen Kurse dem Gewerbesaal angegliedert wurden. Die günstige Wirkung dieser Maßnahme zeigte sich bald: Der Betrieb der Kunstgewerbe- und Handwerkerschule wurde durch allmähliche, leider durch die Inflation allzustark gehemmte Schaffung von Werkstätten modernisiert, der Verein „Fachschule für die feinmechanische Technik“ gliederte seine für die Entwicklung dieser Industrie hochbedeutsame Schule der Gaußschule an, so daß durch die gemeinsame Leitung ein reibungsloses Zusammenarbeiten beider Anstalten bisher erreicht worden ist.

2. Gleichzeitig wurde der Ausbau der Tischlerschule eifrigst betrieben. Die Durchführung der straffen Organisation der Tagesklassen in vorbereitende Klassen, Konstruktions- und Entwurfsklassen hat eine starke Zunahme der Schüler mit sich gebracht, so daß die schon vor dem Kriege zu kleinen Räume unerträgliche Verhältnisse entstehen ließen. Durch eine Aufstockung sind die dringendsten Mißstände beseitigt worden. Dadurch daß der Entwurf von Aufgaben der Innen-Architektur in besonderen Klassen gepflegt wird, darf die Stellung der Tischlerschule als kunstgewerbliche Anstalt als gesichert angesehen werden.

3. Das Kunstgewerbe findet daher zur Zeit an den folgenden Anstalten eingehende Pflege: An jeder der beiden Kunstgewerbe- und Handwerkerschulen bestehen je eine Abteilung für Innenarchitektur, Plastik, Flächenkunst und Graphik, an der Tischlerschule eine ausgedehnte Abteilung für Innenarchitektur; aber auch die Höhere Fachschule für Textil- und Bekleidungsindustrie greift durch die Anforderungen, die die moderne Mode an das Gewand stellt, in das Kunstgewerbe über. Da lag es nahe, den Gedanken einer Planwirtschaft eingehend zu erwägen. Der naheliegende Gedanke, jeder Kunstgewerbeschule bestimmte Abteilungen zuzuweisen, erwies sich als ungangbar, wenn nicht das Ziel, für eine allgemeine kunstgewerbliche Ausbildung Gewähr zu leisten, gefährdet werden sollte. Es mußte daher an jeder Anstalt jede der vier Abteilungen weitergeführt werden. Ein aufmerksames Verfolgen des Schulbetriebes zeigte jedoch, daß an der Kunstgewerbe- und Handwerkerschule Berlin-Ost die Graphik, an der Schule Berlin-West die Innenarchitektur überwiegt. Als daher im Oktober 1926 der Handelsminister die Schaffung besonderer Klassen mit geordnetem dreijährigen Lehrgang, der durch eine Schlußprüfung beendet werden sollte, anregte, haben die städtischen Körperschaften die Errichtung solcher Klassen für Innenarchitektur an der Kunstgewerbeschule Berlin-West und der Tischlerschule, dagegen einer Klasse für Graphik an der Kunstgewerbeschule Berlin-Ost beschlossen, deren Einrichtung zur Zeit durchgeführt wird.

4. Die erhöhten Anforderungen, die die Mode in Industrie und Handwerk an die schaffenden Künstler stellt, hatten dazu geführt, daß nicht nur an der Textil- und Konfektionsschule ein umfangreicher Unterricht auf diesem Gebiet geschaffen wurde, auch die beiden Kunstgewerbeschulen übernehmen die Pflege dieses Zweiges des Kunstgewerbes. Als daher die Fachorganisationen mit der Bitte um Errichtung einer höheren Fachschule für die Modeindustrie an die Stadtverwaltung herantraten, wurde nach längeren Erwägungen der Errich-



Städt. Höhere Fachschule für Textil- und Bekleidungsindustrie

tung einer derartigen Anstalt zugestimmt und diese versuchsweise der Kunstgewerbeschule Berlin-West angegliedert. Diese Abteilung ist zur Zeit im Entstehen.

5. Die chemische Abteilung der Höheren Fachschule für Textil- und Bekleidungsindustrie wurde einer Anregung der industriellen Kreise entsprechend durch die Errichtung der Chemotechniker-Kurse ausgebaut. Da die umfangreichen chemischen Laboratorien eine weitere Belastung vertragen, ist zur Zeit der Ausbau dieser Kurse und die staatliche Anerkennung der Abschlußprüfungen in die Wege geleitet. Damit hat die Stadtgemeinde Berlin eine stark beachtete Anregung gegeben, die von einigen Orten nachgeahmt worden ist.

6. Die Umstellung der Metallindustrie infolge der Kriegserfahrungen, die durch die Normalisierung, Typisierung und wirtschaftliche

Fertigung hervorgerufen wurde, übte einen nachhaltigen Einfluß auf die Organisation der Schulen aus.

- a) An der Beuthschule bestanden bis zum Kriege drei Abteilungen: die Abteilungen für Maschinenbau, Technologie und Gewerbebetrieb, Elektrotechnik; alle hatten einen gemeinschaftlichen Unterbau von drei Semestern, auf denen sich die Fachabteilungen aufbauten. Die Erfahrungen zeigten, daß es zweckmäßig war, die Abteilung für Technologie und Gewerbebetrieb nicht wieder zu eröffnen, dafür aber eine Betriebsfachschule mit viersemestrigem Lehrgang und Aufnahmebedingungen, die im wesentlichen denen der Maschinenbauschulen entsprechen, zu eröffnen. Diese Betriebsfachschule wurde anfänglich als Versuchsschule des deutschen Ausschusses für technisches Schulwesen geführt; sie hat die Erwartungen erfüllt.

Dem Drängen der in Berlin besonders wichtigen elektrotechnischen Industrie folgend wurde ein Ausbau der elektrotechnischen Abteilung in die Wege geleitet, so daß die Teilung bereits nach einem Semester erfolgt; es wird dadurch erreicht, daß die Absolventen der Beuthschule die Anforderungen der Praxis nicht nur nach Konstrukteuren, sondern auch nach Fertigungs- und Prüffeldingenieuren noch vollkommener erfüllen können.

- b) Am Gewerbesaal fanden noch entscheidendere Organisationsänderungen statt. Die bis dahin bestehenden geschlossenen Kurse, die eine Ausbildung für bestimmte Berufe, zum Beispiel Maschinenbauer, Kunst- und Bauschlosser usw. bezweckten, wurden grundlegend geändert.

Da die Stellung des Werkmeisters im Betriebe geändert ist, mußte auch die Ausbildung hierauf Rücksicht nehmen. Aber die Industrie verlangte im erhöhten Maße Techniker, die mit einer langen Werkstattspraxis ein bestimmtes Maß technisch-wissenschaftlicher Kenntnisse verbinden. Schon im Oktober 1919 wurden daher geschlossene Kurse eingeführt, die als Werkmeisterkurse sich über fünf Semester, als Technikerkurse über zehn Semester erstrecken. Ein fester Lehrplan, strenge Versetzung und die Ablegung einer Schlußprüfung sind die charakteristischen Merkmale dieser Kurse. Die Wichtigkeit und Zweckmäßigkeit dieser Kurse kann aus der Tatsache entnommen werden, daß sie an anderen Schulen, ja auch im Auslande Nachahmung fanden und zahlreich besucht werden. Durch die starke Ausdehnung des Unterrichts, die Einführung von Laboratoriumsübungen wurden die Räume besonders im Osten Berlins zu klein, so daß besondere Maßnahmen sich als nötig erwiesen.

- c) Eine besondere Entwicklung hat jedoch die Gaußschule mit der „Fachschule für feinmechanische Technik“ genommen. Der anfänglich vier Semester umfassende Lehrgang wurde auf fünf Semester ausgedehnt, die Anstalt vom Reichsgutachterausschuß beim Reichsministerium des Innern als mittlere Anstalt an-

erkannt, auch wurde ihren Absolventen die mittlere Beamtenlaufbahn geöffnet. Der starke Andrang machte die Schaffung umfangreicher Laboratorien notwendig, für die das zur Verfügung stehende Schulgebäude längst zu klein geworden ist. Zu dem bestehenden fünfsemestrigen Aufbau werden Parallelklassen zur Zeit geschaffen, deren Finanzierung die Stadtgemeinde übernommen hat. Hand in Hand mit dem starken Ausbau der Tagesklassen ist der Nachmittagsunterricht gegangen. Auch hier hat sich die Einrichtung geschlossener Lehrgänge von sieben Semestern bestens bewährt.

- d) An der Organisation der Gewerbeschule Charlottenburg sind keine grundlegenden Änderungen vorgenommen worden. Sie gliedert sich in die gewerbliche Berufsschule mit ihren Aufbauklassen als Vorbereitung für die Gewerbeschule, die Gewerbeschule und die Betriebsfachschule, diese mit dem Ziele der Höheren Maschinenbauschule. So knüpft die Gewerbeschule an die Berufsschule an, bildet das Bindeglied für den Aufstieg zu der höheren Stufe und gibt für bestimmte Berufe den notwendigen Abschluß. Vorhanden ist eine Abteilung für Maschinenbau und verwandte Berufszweige und eine Abteilung für Mechaniker usw. Die vollkommen unzulänglichen Schulräume haben die schleunige Abhilfe dringend notwendig gemacht, da die Anerkennung der Betriebsfachschule als höherer Maschinenbauschule von der Schaffung geeigneter Räume abhängig ist.

Auf Antrag des deutschen Autogenverbandes wurden Räumlichkeiten des früheren Straßenbahnhofs Spreestr., Charlottenburg, für eine Werkstätte zur Ausbildung und Prüfung von Schweißern umgebaut. Die von dem Autogenverband geführten Kurse entsprechen einem dringenden Bedürfnis und werden zahlreich besucht. Sie sind der Gewerbeschule Charlottenburg angegliedert.

7. Die Baugewerkschule, bestehend aus einer Hochbau- und Tiefbauabteilung, folgt in Lehrplänen und Organisation den staatlichen Vorschriften. Die starke Schülerzunahme, besonders auch des Abendunterrichtes, hat eine Vermehrung des Lehrkörpers nach sich gezogen.

8. Die Entwicklung aller Schulen ist durch die nach dem Kriege entstandene Raumnot außerordentlich gehemmt worden, da fast in allen Schulgebäuden nicht die Räume zur Verfügung stehen, die zur Entwicklung des Unterrichtes und zur Bildung der Klassen notwendig sind. So wurde die Aufstellung eines umfangreichen Bauprogramms notwendig, das nachfolgende Erweiterungsbauten und Neubauten vorsieht:

1. Erweiterung des Gewerblichen Schulhauses, Straßmannstr. 6, durch Aufstockung zur Aufnahme der neuen Klassen der Tischlerschule.
2. Ausbau des Dachgeschosses der Kunstgewerbe- und Handwerkerschule Berlin-Ost.

3. Neubau für die Gewerbeschule Charlottenburg.
4. Neubau für den Gewerbesaal Ost.
5. Ausbau der Beuthschule.

Eine Sonderstellung nimmt die Victoria-Fachschule, Kurfürstenstraße 160, ein, die am 14. Juni 1928 ihr 50jähriges Bestehen feiern konnte und die im Jahre 1925 als frühere Vereinsschule in die Verwaltung der Stadt Berlin übergegangen ist. Die Schule, die einst als Fortbildungsschule für die weibliche Jugend gegründet wurde und sich die kaufmännische und gewerbliche Ausbildung und Fortbildung junger Mädchen in den Abendkursen zur Aufgabe gemacht hatte, ist heute eine Tageslehranstalt mit Handelsschule, höherer Handelsschule, einer höheren Fachschule für Frauenberufe und verschiedenen Seminaren zur Ausbildung von Handarbeits-, Haushaltungs- und Gewerbelehrerinnen für gewerbliche Fach- und Berufsschulen. Ferner sind mit der Schule Berufskurse für Damenschneiderei und eine Haushaltungsschule verbunden. In zahlreichen Abendkursen können weitergehende Bildungsbedürfnisse der Tagesschülerinnen der Anstalt und sonstiger junger Mädchen und Frauen Befriedigung finden.

So ergibt sich von den höheren gewerblichen Fachschulen das folgende Bild:

I. Kunstgewerbliche Anstalten.

1. *Kunstgewerbe- und Handwerkerschule*, Berlin-Ost, Andreasstr. 1-2.
Abteilungen: Architektur und Raumkunst, Plastik, Keramik, Kunstschmiede, Metalltreiben, farbige Raum- und Flächenkunst, Feinmetall, Mode- und Musterzeichnen.
Geschlossener Lehrgang für Graphik.
Werkstätten: Modellieren und Gipsformen, Keramik, Kunstschmiede, Metalltreiben, Satz- und Buchdruck, Stein-, Zink-, Kupferdruck, Holz- und Linoleumschnitt, Photograph. Reproduktionsverfahren und Retouche, Buchschmuck und dekorative Kleinkunst.
2. *Kunstgewerbe- und Handwerkerschule*, Berlin-West, Charlottenburg, Wilmsdorfer Straße 166-167.
Abteilungen: Fachklassen für Innenarchitekten, Steinbildhauer, Holzbildhauer, Gold- und Silberschmiede, Flächenkunst, Buchgewerbe u. künstlerischer Bucheinband. Geschlossener Lehrgang für Innenarchitektur.
Werkstätten: Architekturplastik in Stein usw., Holzplastik, Edelmetallarbeiten, Bronzegießerei, Gipsbildhauerei, dekorative Malerei, Kunststickerei und Handweberei, Druckerei, Werkstätte für künstlerischen Bucheinband.
Angegliedert die höhere Fachschule für Modeindustrie.

3. *Berliner Tischlerschule*, Berlin O, Straßmannstraße 6.
 1. Geschlossener Lehrgang für Innenarchitektur.
 2. Übungswerkstätten.
 3. Freie Kurse, nach Bedarf Werkmeisterklassen.

II. Metalltechnische Lehranstalten.

1. *Beuthschule*, höhere technische Lehranstalt der Stadt Berlin, N 65, Am Zeppelinplatz.
 1. Abteilung: Maschinenbau.
 2. Abteilung: Elektrotechnik.Angegliedert: Betriebsfachschule.
2. *Gaußschule*, Berlin SW, Lindenstraße 97-98.
 1. Technische Ausbildungskurse für feinmechanische Fabrikationstechnik.
 2. Fachschule für Elektrotechnik (einjähriger Tageslehrgang).
 3. Technische Ausbildungskurse für Starkstromtechnik.
 4. Technische Ausbildungskurse für elektrische Fernmelde-technik.Angegliedert: Fachschule für feinmechanische Technik.
3. *Gewerbesaal*, Berlin O, Straßmannstraße 6.
 1. Max - Eythschule (städt. Maschinenbauschule).
 2. Technikerschule.
 3. Werkmeisterschule.
 4. Übungswerkstätten für Schlosser, Maschinenbau, Mechaniker.
 5. Zeichnerinnenschule.
 6. Freie Kurse.Lokal gegliedert in: Abt. Ost (Straßmannstraße 6, Paul-Singer-
straße 16, Andreasstraße 1-2),
Abt. Nord (Müllerstraße 158-159),
Abt. Süd (Havelberger Straße 41).
4. *Gewerbeschule Charlottenburg*, Wilhelmsplatz 1a.
 1. Betriebsfachschule für Maschinenbau.
 2. Hauptklassen zur Ausbildung von Werkmeistern und Technikern.
 3. Übungswerkstätten für Werkzeugmacher.
 4. Freie Kurse mit Arbeitsgemeinschaften.
 5. Kurse für technische Kaufleute.Angegliedert: Übungswerkstätten zur Ausbildung autogener
Schweißer.

III. Städtische Baugewerkschule.

Kurfürstenstraße 141.

1. Abteilung für Hochbau.
2. Abteilung für Tiefbau.
3. Freie Kurse.

IV. Höhere Fachschule
für Textil- und Bekleidungsindustrie.
Am Warschauer Platz 6.

1. Tagesklassen für Kaufleute, Musterzeichnen, Konfektion, Posamentier- und Besatzkonfektion, Kunsthandarbeiten und Maschinenstickerei, Wirkerei und Strickerei, allgemeine Chemie und chemische Fasertechnologie.
2. Klassen für Kaufleute und Textil bzw. Chemotechniker.
3. Freie Kurse.

V. Viktoria-Fachschule.
Kurfürstenstraße 160.

1. Handelsschule.
2. Höhere Handelsschule.
3. Höhere Fachschule für Frauenberufe.
4. Seminare für Haushaltslehrerinnen, Handarbeitslehrerinnen, Gewerbelehrerinnen.
5. Haushaltsschule.
6. Berufskurse für Damenschneiderei.
7. Wahlfreie Kurse.

Das kaufmännische Unterrichtswesen Berlins.

Die kaufmännischen Berufsschulen.

A. Äußerer Aufbau.

Entwicklung in Alt-Berlin.

Im Augenblicke des Kriegsausbruches wurde die Trennung von gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulen beschlossen, und es gereicht der damaligen Verwaltung zur Ehre, daß sie diesen wichtigen organisatorischen Schritt am 1. Juli 1914 trotz außerordentlicher Schwierigkeiten durchgeführt hat. Die seit diesem Zeitpunkt vorhandenen drei kaufmännischen Jünglingsschulen waren allerdings mit umfangreichen Nebenabteilungen für Ungelernte verbunden.

Von Anfang an war für die Einschulung des jungen Kaufmannes die Lage seiner Lehrstelle maßgebend und dementsprechend für die

Erteilung seines Berufsschulunterrichts in den Gebieten südlich der Spree die erste, nördlich der Spree die siebente Fortbildungsschule zuständig, während die vierte Schule die große Fülle von Lehrlingen aus dem wirtschaftlichen Zentrum, das sich ungefähr mit dem postalischen Zentrum deckt, aufnahm.

Die am 1. April 1913 gegründeten kaufmännischen Fortbildungsschulen für Mädchen gliederten sich von vornherein in rein kaufmännische und gewerbliche Schulen. Die verschiedenartige Betätigung des jungen Mädchens im Handel als Kontoristin oder Verkäuferin war von Anfang an durch die Einrichtung einer besonderen Verkäuferinnen-Schule und mehrerer (drei) Kontoristinnen-Schulen berücksichtigt worden. Die Kontoristinnen besuchten in der den Jünglings-Schulen entsprechenden räumlichen Verteilung je nach Lage ihrer Arbeitsstätte die erste, vierte oder achte Schule.

Gliederung nach Geschäftszweigen.

Diese Gliederung nach den einzelnen Zweigen der kaufmännischen Tätigkeit wurde bei den Jünglings-Schulen nachgeholt und die Schüler zu besonderen Klassen für Lebensmittelhändler, Kontoristen, Bank-Burschen und -Lehrlinge, Eisenwarenhändler, Spediteure, Versicherungsangestellte, Anwaltsangestellte, Dekorateurs u. a. gruppiert.

Da besondere Lehrpläne für die einzelnen Geschäftszweige und dementsprechend ausgebaute Lehrmittelsammlungen noch nirgends bestanden, waren bisher in jeder Anstalt Schüler von jeder Art vorhanden. Lediglich die Eisenwarenhändler, welche als geschlossene Gruppe von einem Fachverein an die Stadt als Schulträger abgegeben worden waren, waren bereits zentralisiert und erfreuten sich einer gewissen Berücksichtigung ihrer besonderen Belange.

Entwicklung in den Außenbezirken.

In den Außenbezirken war die Entwicklung, durch die örtlichen Verhältnisse bedingt, eigene Wege gegangen. In einigen Außenbezirken waren früher kaufmännische Schulen errichtet als in Berlin; in anderen war die kaufmännisch tätige Jugend überhaupt nicht schulpflichtig.

Die neue Stadtgemeinde fand auf dem Gebiete des kaufmännischen Berufsschulwesens als Schulträger vor: die bisherige Stadt Berlin, die Städte Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf, Spandau, Neukölln und Cöpenick, die Landgemeinden Adlershof, Friedrichshagen, Hohenschönhausen, Oberschöneweide, Pankow, Reinickendorf, Steglitz, Tegel, Weißensee, Zehlendorf und die als Rechtsnachfolger auf diesem Gebiete tätige Handelskammer für die Innenstadt und die Handelskammer zu Potsdam, in Lichtenberg und Cöpenick.

Insgesamt waren die Rechte und Pflichten von 20 Schulträgern zu übernehmen. 24 Berufsschulen waren in einer der neuen Stadtgemeinde würdigen Organisation zusammenzufassen und auf einen Einheitsstand zu bringen.

Übersicht über die kaufmännischen Berufsschulen für Jünglinge.

Wenn auch die Notwendigkeit des Organisationsprogramms von Anfang an klar erkannt wurde, so verhinderten jedoch die Erschütterungen politischer Art, noch weit mehr die schweren Stürme der Inflation ein sofortiges Beschreiten des neuen Weges. Erst mit der Schaffung wertbeständigen Geldes war die Voraussetzung zu gedeihlichen Arbeiten gegeben.

An die Stelle der Zersplitterung in viele nicht lebensfähige Schulen mußte die räumliche Zusammenfassung größerer Schülergruppen tunlichst in selbständigen kaufmännischen Schulen treten. Diese Verselbständigung mußte, von der Geldfrage abgesehen, allenthalben solange hinausgeschoben werden, bis die Schülerzahl diesen Schritt rechtfertigte.

Die kaufmännischen Jünglings-Berufsschulen der Innenbezirke (1., 4., 7.) stellten bereits am 1. April 1920 Organismen größten Umfanges dar. Um aber die beruflichen Belange der Jugendlichen noch weitergehend zu fördern, übernahm jede Schule im Laufe der Berichtsperiode besondere Aufgaben.

I. kaufmännische Berufsschule für Jünglinge.

Die 1. Schule wurde die besondere Ausbildungsstätte für den Nachwuchs des Buchhandels, und ihr wurden mit dem Augenblick der Durchführung des neuen Ortsgesetzes auch die Sonderklassen (zur Zeit 5) für Schüler mit der Reife für Obersekunda übertragen. Dagegen gab diese Schule die Versicherungslehrlinge am 1. April 1924, die Lehrlinge im Speditions- und Export-Unternehmen am 1. Oktober 1927 an die kaufmännischen Schulen der Industrie- und Handelskammer ab.

IV. kaufmännische Berufsschule für Jünglinge.

Die Bankburschen bilden die Hauptschülerzahl der 4. Berufsschule. Im Jahre 1923 auf der Höhe der Geldentwertung und zur Zeit des Hochbetriebes in allen Bankgeschäften waren hier nicht weniger als 70 Klassen von Bankburschen vorhanden; am Ende der Berichtszeit ist die Anzahl nach einigem Schwanken auf 28 zurückgegangen.

Auch die bisher von der Berufsorganisation selbst ausgebildeten Angestellten im Anwalts- und Notariatsbüro, deren Beschulung die Stadt Berlin am 1. Oktober 1926 übernahm, wurde dieser Schule angegliedert. Im Interesse eines weit verzweigten Aufbaues werden in diesen Klassen (zur Zeit 22) beide Geschlechter gemeinsam unterrichtet.

Die allmähliche Entwicklung eines Sonderberufes der Schaufenster-Dekorateurs zog auch auf diesem Arbeitsgebiet berufsschulpflichtigen Nachwuchs heran, der sich an der 4. Schule sammelt und dort zur Zeit fünf Klassen füllt.

Dafür wurde diese Schule völlig von den Textilkaufläuten ent-



Kaufmännische Berufsschule für Jünglinge
Warenkunde in der Lebensmittelhändlerklasse nach der Arbeitsschulmethode.

lastet und die Lehrlinge aus Lehrstellen südlich der Spree der 1. Schule überwiesen.

VII. kaufmännische Berufsschule für Jünglinge.

Wessen Textillehrstelle nördlich der Spree gelegen war, hatte jedoch fortan die 7. Berufsschule für Jünglinge zu besuchen, die ihnen am 1. April 1923 Sonderklassen einrichtete.

Außerdem wurde die 7. Berufsschule die Zentrale für sämtliche Lehrlinge des Lebensmittelhandels. Diese Klassen werden jetzt infolge des Anteils, den ihnen die Organisationen des Lebensmittelhandels entgegenbrachten, auch von Schülern der Außenbezirke, selbst von den Lehrlingen auswärts gelegener Zweiggeschäfte Berliner Unternehmungen besucht.

Alle drei Schulen wurden im Laufe der Berichtszeit von den umfangreichen Abteilungen für Ungelernte befreit, die ihrerseits selbständige Schulen bildeten.

Drogistenschule.

Auch der Nachwuchs der Drogisten trat in der Berichtszeit unter die zentrale Verwaltung der kaufmännischen Schulen Berlins. Am 1. Oktober 1923 wurden von der Drogisten-Innung 13 Klassen für Lehrlinge übernommen und der 9. Berufsschule angegliedert, weil dort die für das Nahrungsmittel-Gewerbe bereits vorhandene Laboratoriumseinrichtung mitbenutzt werden konnte. Die Zahl der Klassen ist auf 26, die der Schüler von 418 auf 880 angewachsen. Auch der weibliche Nachwuchs wird in dieser Schule mit unterrichtet.

Wahlfreie Kurse.

Die früher auch mit den kaufmännischen Schulen in Hausgemeinschaft lebenden Wahlfortbildungsschulen sind inzwischen sämtlich den Berufsschulen selbst eingegliedert worden, weil man sich von der einheitlichen Leitung ein erhöhtes Unterrichts- und Erziehungsergebnis für die zuständige Schülerschaft verspricht.

Übersicht über die kaufmännischen Berufsschulen für Mädchen.

Die kaufmännischen Mädchenschulen der Innenbezirke waren von vornherein reine Kontoristinnen-Schulen, weil sämtliche Verkäuferinnen seit Begründung der Mädchenschulpflicht in einer Sonderschule gesammelt waren; deren Riesenausdehnung mit zuletzt 175 Klassen machte die Errichtung von Nebenabteilungen in anderen Stadtteilen notwendig.

Die Kontoristinnenschulen wurden in ihrem kaufmännischen Charakter noch mehr gestärkt durch die Abtrennung aller Klassen für ungelernte Arbeiterinnen, welche an der 1. Schule am 1. Oktober 1922, an der 4. und 8. Schule am 1. April 1927 erfolgte. Dafür erhielt die 8. Schule zu der bereits bestehenden Handelsschule am 1. April 1923 eine höhere Handelsschule. Die außerdem seit 1. Oktober 1924 vorhandene Haushaltungsschule wurde nach dreijährigem Bestehen anderweitig angegliedert. Die 1. und 4. Schule sind reine Kontoristinnenschulen für berufsschulpflichtige Mädchen. Sie enthalten auch Klassen für berufsschulpflichtige Absolventen der Mittelschulen.

Da sich beim Mädchenschulwesen die Trennung in Kontoristinnen- und Verkäuferinnen-Klassen bewährt hatte, war für die

Außenbezirke der Anlaß gegeben, das Jünglingsschulwesen entsprechend der Einteilung nach Berufszweigen, wie sie das wirtschaftliche Bedürfnis und die Erfahrung der Innenstadt herausgebildet hatte, zu übertragen.

Dementsprechend wurden der Charlottenburger Jünglingsschule abgenommen: 1922 die Bankburschen, 1925 die Dekorateure, 1926 die Versicherungslehrlinge und Buchhändler, 1927 die Eisenhändler sowie zum Übergang auf die Schulen der Industrie- und Handelskammer die Banklehrlinge und die Angehörigen von Export und Spedition.

Wilmersdorf und Schöneberg senden nach Abschluß der Umorganisation ihren gesamten kaufmännischen Nachwuchs in die kaufmännische Schule in Schöneberg, welche am 1. Juli 1923 einem besonderen Fachvorsteher unterstellt worden war und am 1. April 1927 ihre volle Selbständigkeit erhielt. Auch diese Schule wurde durch Einrichtung wahlfreier Kurse vervollständigt.

Eine ähnliche Zusammenfassung wurde für Steglitz und Zehlendorf geschaffen. Von Ostern 1927 an besuchen die Schulpflichtigen aus Zehlendorf die Schule in Steglitz. Die Zehlendorfer Handelsschule wurde am 1. Oktober 1927 gleichfalls Steglitz angegliedert.

In Spandau wurde die Gliederung der Mädchen in Kontoristinnen und Verkäuferinnen durchgeführt. Die räumlichen Verhältnisse konnten noch nicht geändert werden, auch der Anschluß an die gewerbliche Schule ist noch vorhanden.

Eine Vereinfachung wurde auch in den nördlichen Außenbezirken durchgeführt. Die vereinigten Berufsschulen von Reinickendorf, Wittenau, Tegel, gaben ihre kaufmännische Abteilung an die Schule in Pankow ab, die ihrerseits von einigen gewerblichen Berufen entlastet wurde. Der nächste Schritt der Organisation wird auch hier die Gliederung nach Berufszweigen sein, wenn auch die Zeit dafür noch nicht gekommen ist.

Im Osten übernahm Weißensee die kaufmännischen Lehrlinge aus Hohenschönhausen mit, und in Cöpenick wurden die Kaufleute aus Friedrichshagen (1. April 1926), aus Adlershof und Oberschöneweide (1. April 1927) übernommen. Dadurch entstand eine Kaufmannsabteilung an der gewerblichen Berufsschule für Jünglinge und Mädchen, welche mit ihren 12 Klassen immerhin die Aufteilung in Kontor- und Verkaufspersonal ermöglichte. Um dieser weitergehenden Organisation willen mußte die Gliederung nach Geschlechtern unterbleiben. Auch die Gründung wahlfreier Kurse wurde in der Berichtsperiode nachgeholt.

Für die Lichtenberger Schule versprach man sich mehr von der Trennung der Geschlechter, weil 11 Klassen für Kontoristinnen und 11 für Verkäuferinnen geschaffen werden konnten. Die ehemalige Handelskammerschule ist heute noch der gewerblichen Schule angegliedert und benutzt andere städtische Räume gastweise.

Die Entwicklung der Neuköllner Schulverhältnisse bietet die Parallele zu denen in Schöneberg. Am 1. Juli 1923 wurde ein

besonderer Fachvorsteher bestellt und am 1. April 1927 die völlige Trennung von der gewerblichen Schule durchgeführt. Zur Zeit ist die selbständige Schule noch Gast in anderen städtischen Schulgebäuden, jedoch bestehen gerade für Neukölln besonders umfangreiche Baupläne für die nächste Zeit.

Die Mädchenklassen sind in üblicher Weise gegliedert, außerdem sind hier Sammelklassen für die Absolventen der Mittelschule eingerichtet. Der Organismus hat sich im Laufe der Berichtsperiode durch Errichtung der Handelsschule (1919) und der höheren Handelsschule (1923) vervollständigt.

Ausblick.

Die sieben Berichtsjahre sind von der Verwaltung zu einer außerordentlichen organisatorischen Arbeit ausgenutzt worden.

Die Innenberliner Schulen (1—6) haben sich zwar an Zahl nicht geändert, sie sind aber zu reinen kaufmännischen Schulen ohne Nebenabteilungen für andere Berufe oder Ungelernte entwickelt worden. In den Außenbezirken sind alle nicht lebensfähigen Organismen verschwunden; dafür sind die entwicklungsfähigsten durch Angliederung benachbarter Schulen oder Schulabteilungen vergrößert worden. In Wilmersdorf, Zehlendorf, Borsigwalde, Adlershof, Oberschöneweide, Hohenschönhausen wird kein kaufmännischer Berufsschulunterricht mehr erteilt, dafür sind Schöneberg, Steglitz, Pankow, Cöpenick, Neukölln und Weißensee herangewachsen.

Die räumliche Zusammenfassung ist allenthalben beendet. Die Abtrennung gewerblicher Schulhälften steht in mehreren Bezirken bevor, in einigen anderen muß sie der weiteren Entwicklung überlassen bleiben.

Die zentrale Verwaltung hat aus einem Durcheinander von Bildungsstätten höchst verschiedenen Umfangs eine Reihe gleichwertiger Schulen geschaffen. Lebensunfähige Zwerggründungen sind völlig verschwunden. Über den selbst für Berliner Verhältnisse normalen Umfang geht lediglich noch die Verkäuferinnen-Schule hinaus, deren Zerlegung in mehrere Schulen aber bereits eingeleitet ist.

Der Lehrkörper.

Am Anfang der Berichtsperiode waren an den kaufmännischen Schulen Berlins als hauptamtliche Lehrer in überwiegender Mehrzahl Berufslehrer tätig, die sich auf autodidaktischem Wege und unter Ausnutzung der verschiedenen in Berlin gebotenen Möglichkeiten eine Fachausbildung erworben hatten. Einige der hauptamt-

lichen Lehrkräfte waren früher praktische Kaufleute mit Lehrbefähigung.

Eine Anzahl der bereits angestellten älteren Lehrer hat später durch Studium an der Handelshochschule die fachliche Ausbildung vervollständigt. In der Berichtsperiode wurden an Stelle von nebenamtlichen Lehrkräften und für neu geschaffene Stellen in steigender Zahl Diplom-Handels-Lehrer beschäftigt. Die abgeschlossene Vorbildung an der Handelshochschule ist Vorbedingung für die Anstellung.

Die Handelslehrerinnen hatten in der großen Mehrheit ihre Vorbildung in den Handelslehrerinnen-Seminaren erworben. Nach der Neuregelung der Ausbildung wurden die Seminare aufgehoben. Seitdem werden nur noch Diplom-Handelslehrerinnen eingestellt.

So bildete sich aus dem nach der Vorbildung sehr verschieden zusammengesetzten Lehrkörper der kaufmännischen Schule allmählich ein einheitlicher Stand mit einheitlicher akademischer Vorbildung heraus. Zu Beginn der Berichtsperiode waren 105 Lehrkräfte hauptamtlich angestellt. Ihre Zahl hat sich bis zum Abschluß der Berichtszeit auf 230 erhöht. Nebenamtlicher Unterricht in den Tagesschulen wird nicht mehr erteilt.

Durch die Einführung des Turnunterrichts in den Berufsschulen wurde die Einstellung von Turnlehrern und -lehrerinnen notwendig. Zur Zeit sind an den kaufmännischen Schulen vier Turnlehrer und zehn Turnlehrerinnen hauptamtlich vollbeschäftigt.

Für die Schreibfächer, zunächst für Kurzschrift und Maschinenschreiben, hatte die Stadt Berlin in früheren Jahren in besonderen Kursen Lehrkräfte ausgebildet. Diese Vorbildung genügte nicht mehr, seitdem auch diesen Fächern wie auch der Kunstschrift und der modernen Bürotechnik im Unterricht der kaufmännischen Schule, hauptsächlich der Fachschule, eine von Jahr zu Jahr steigende Bedeutung zuerkannt wurde. Darum entschloß sich die Stadt Berlin in Gemeinschaft mit der staatlichen Aufsichtsbehörde (Handelsministerium und Provinzial-Schulkollegium) eine Einrichtung zu treffen, die eine sorgfältige und ausreichende Ausbildung von Lehrkräften für diese Unterrichtsfächer gewährleistet. Der erste Seminarkursus für Lehrer der Schreibfächer an Berufs- und Fachschulen fand im Wintersemester 1924/25 statt. Ein zweiter Kursus, der sich bei vermehrter Stundenzahl auf ein volles Jahr ausdehnte, lief von Ostern 1926 bis 1927. Der Erkenntnis, daß der Unterricht in Kurzschrift, Maschinenschreiben, Maschinenrechnen und moderner Bürotechnik am besten von betriebswirtschaftlich vorgebildeten Lehrern erteilt wird, ist die Entwicklung der Ausbildungskurse gefolgt. Im Sommer 1927 ist die Einrichtung von der Handelshochschule in Berlin übernommen worden. Die Diplom-Handelslehrer, die an den beiden Seminarkursen mit Erfolg teilgenommen haben, sind fast alle sofort in den kaufmännischen Schulen voll beschäftigt worden. Für Schreibfachlehrer sind zur Zeit zehn planmäßige Stellen an den kaufmännischen Schulen vorhanden.

B. Innerer Aufbau.

Wenn auch die kaufmännische Berufsschule seit ihrer Gründung das Programm verfolgt, ihre Schüler zu tüchtigen Kaufleuten, Staatsbürgern und Menschen heranzubilden, war doch durch den Neuaufbau des Deutschen Reiches eine wesentlich veränderte Unterrichts- und Erziehungsaufgabe gegeben. Die Reichsverfassung und die Folgegesetze ziehen den jugendlichen Deutschen außerordentlich früh zur Mitarbeit im Staate heran. Der Zwanzigjährige, welcher erst vor drei Jahren der Einwirkung durch die Schule entwachsen ist, ist bereits Wähler zu den politischen Vertretungen, der Achtzehnjährige, sofern er nicht Lehrling ist, darf schon seine Stimme bei der Betriebsratswahl abgeben.

Diese Rechte dürfen aber nicht ohne tiefere wirtschaftliche Einsicht ausgeübt werden, wenn sie zum Heil des Ganzen ausschlagen sollen. Auf dieses Ziel mußte die gesamte Unterrichtsarbeit schon bei der männlichen Jugend der Berufsschule eingestellt werden. Wenn man noch hinzunimmt, daß die Weimarer Verfassung auch die weiblichen Angehörigen des deutschen Volkes politisch mündig gesprochen hat, so läßt es sich ermessen, in welch ungeheurem Umfang das staatsbürgerliche Arbeitsgebiet der Berufsschule erweitert worden ist.

Infolge der schweren wirtschaftlichen Bedrängnis brach sich aber sehr bald die Erkenntnis durch, daß die Berufsausbildung der im Wirtschaftsleben Stehenden nunmehr mit besonderer Sorgfalt erfolgen müsse. Auch die Angehörigen des Handelsstandes mußten imstande und gewillt sein, Qualitätsarbeit zu leisten. Die Eigenart der Berufsschulen als Begleiter der Lehrzeit bringt es mit sich, daß das Wissen überwiegend in der Schule, das Können mehr in der Lehre erworben wird.

Innerhalb der Lehrerschaft haben die beiden Tendenzen der staatsbürgerlichen und der fachkundlichen Ausbildung miteinander gerungen, wenigstens noch im Anfang der Berichtsperiode. Jedoch die Anhänger beider Ideen hatten sich schon längst in dem namentlich von Kerschensteiner verfochtenen Gesichtspunkt getroffen, daß Fachausbildung durchaus alle Werte allgemeiner Bildung enthalten könne. Daher verfiel man niemals in den Anfängerfehler zurück, neben einer Fachausbildung etwa noch sogenannte Allgemeinbildung bieten zu wollen.

In der Frage zeitgemäßer Lehrpläne wurde von der Verwaltung mit Glück die Initiative der Lehrerschaft aufgerufen. In diesen Kommissionen haben die Vertreter überwiegend staatsbürgerlicher Ausbildung mit den Anhängern fachkundlichen Unterrichts lebhafteste Meinungskämpfe ausgefochten, sich jedoch bald zu einer versöhnenden Synthese beider Prinzipien durchgerungen. Infolgedessen wurde auf einen für alle Klassen und Geschäftszweige verbindlichen Lehrplan für Kaufleute verzichtet, vielmehr ihren fachkundlichen Bedürfnissen durch Sonder-Lehrpläne Rechnung getragen.

Damit aber das Bildungsziel allenthalben nach den Notwendigkeiten der Zeit geformt würde, wurden die Sonderlehrpläne auf die Grundsätze eines allgemeinen Bildungsplans der kaufmännischen Berufsschule verpflichtet, der den zu erarbeitenden Stoff in großen Umrissen andeutete. Soweit dieser Plan selbst Bemerkungen über den Stoff enthielt, waren diese nur eine Handhabe dafür, daß bei Umschulungen von einer Schule zur andern oder Versetzungen in eine andere Klasse eine Wiederholung oder ein Wegfall von Lehrstoffen nach Möglichkeit vermieden würde.

Nach dem Wunsche der Lehrerschaft sollten die von den Schulen aufgestellten Pläne lediglich den Charakter eines Beispiels tragen. Dieser Auffassung ist der Preussische Minister für Handel und Gewerbe nicht beigetreten, sondern hat bei der Bestätigung des Rahmenplanes angeordnet, daß sie als verbindliche Richtlinien für die in der Schule zusammengefaßte Arbeitsgemeinschaft zu gelten haben.

Diese Sonderlehrpläne sind im Sommerhalbjahr 1924 aufgestellt und zur Genehmigung eingereicht worden. Seit ihrer versuchsweisen Genehmigung sind innerhalb des Rahmenplanes Lehrpläne für folgende Gruppen in Kraft:

- a) Allgemeine kaufmännische Klassen,
- b) Lebensmittelhändler,
- c) Web- und Wirkwarenhändler,
- d) Bankburschen,
- e) Buchhändler,
- f) Eisenwarenhändler,
- g) Schaufenster-Dekorateure,
- h) Drogisten,
- i) Kontoristinnen,
- k) Verkäuferinnen,
- l) Absolventen von Mittelschulen,
- m) Schüler (-innen) mit Reife für Obersekunda.

Die Verwaltung erkannte seit langem, daß das von den Berufsschulen zu erstrebende dreifache Ziel der Unterrichts- und Erziehungsarbeit zum Staatsbürger, zum Kaufmann und zum körperlich geschickten und leistungsfähigen Menschen in den bisherigen sechs Unterrichtsstunden je Woche nicht erreicht werden konnte.

Wo die Leibesübungen nicht schon von Anfang an Pflichtfach waren — in Schöneberg — ist am 1. April 1926 der pflichtmäßige Unterricht in Leibesübungen in einer Wochenstunde getreten, der grundsätzlich nur akademisch vorgebildeten Turn- und Sportlehrern anvertraut wird.

Der 1. April 1927 brachte die Erhöhung des wissenschaftlichen Unterrichts um zwei weitere Wochenstunden und eine entsprechende Ausgestaltung der Lehrpläne. In allen Kreisen der Berufsschulangehörigen bestand aber Einigkeit darüber, daß man den Zeitgewinn in erster Linie zu vertiefender Behandlung des auch schon früher Dargebotenen benutzen und auf die Erziehung zur Sorgfalt des ordentlichen Kaufmanns erhöhtes Gewicht legen wolle.

Damit war die Zeit gekommen für die Frage nach der besten Methode des Berufsschulunterrichts. Solange im wesentlichen der nebenamtliche Lehrer aus der Volksschule mit seiner pädagogischen Vorbildung und Unterrichtsgewandtheit auf dem Katheder der Berufsschule stand, konnte die Frage nach der besten Methode, wenn auch nicht als gelöst, aber doch als nicht brennend betrachtet werden. Je größer aber die Zahl von Lehrern lediglich hochschulmäßiger Ausbildung wird, die sich erst an der Berufsschule selbst die ersten unterrichtlichen Erfahrungen sammeln, desto mehr macht sich der Unterschied zwischen einwandfreier sachlicher Vorbildung und pädagogischem Können bemerkbar.

Die Verwaltung tat das ihrige, indem sie den Anwärter zu einer längeren Gasthörerschaft in geeigneten Schulen verpflichtete und sich mit der Lehrerschaft zu einem Kuratorium pädagogischer Arbeitsgemeinschaften zusammenschloß.

Schon immer hat der Berufsschulunterricht sich auf die geschäftliche Erfahrung der Schüler gestützt und die dort gewonnenen Vorstellungen gesammelt, berichtet und vertieft.

Daraus leitet der geschickte Lehrer in der zwanglosen Form des Lehrgespräches auf das Schülerreferat über und beschreitet da und dort mit Glück den Weg der Arbeitsschule, obwohl häuslicher Fleiß nur als freiwillige Leistung und Äußerung des Anteils an der Schularbeit, nicht aber als Pflicht, erwartet werden kann. Bei keiner Schulgattung ist die Erteilung des Unterrichts schwieriger als in den Berufsschulen. Der Fluß des Wirtschaftslebens bringt ständig neue Erscheinungen und läßt, was vertraut und üblich war, schnell veralten. Die Schule muß aber stets auf der Höhe der Zeit bleiben und die Lehrerschaft dauernd in Fühlung mit wirtschaftlichen Strömungen und Erscheinungen.

Die Handels- und Höheren Handelsschulen.

Die rechtliche Grundlage.

Die rechtliche Grundlage für die Errichtung von öffentlichen Handels- und Höheren Handelsschulen bildet der Erlaß des Ministers für Handel und Gewerbe vom 8. April 1916. Nach den dem Erlaß beigefügten „Bestimmungen über Einrichtung und Lehrpläne der öffentlichen Handels- und Höheren Handelsschulen“ bedarf die Errichtung solcher Anstalten entsprechend dem Erlaß vom 18. April 1910 der staatlichen Genehmigung.

In die Handelsschulen dürfen nur solche Knaben und Mädchen aufgenommen werden, die das Ziel der obersten Klasse der Volksschule erreicht oder eine andere gleichwertige Schule mit Erfolg besucht haben. Andernfalls ist die Aufnahme von dem Bestehen einer Aufnahmeprüfung abhängig.

Für die Höheren Handelsschulen gelten folgende Aufnahmebedingungen:

1. das Reifezeugnis für Obersekunda, oder
2. die Reife für die 3. Klasse der Studienanstalt, oder
3. das Schlußzeugnis des Lyzeums, oder
4. das Schlußzeugnis einer anerkannten Mittelschule mit dem Prädikat „Gut“ im Deutschen und in einer Fremdsprache, oder
5. der Nachweis einer gleichwertigen Ausbildung.

Das Abschlußzeugnis beider Anstalten befreit vom Besuch der Berufsschule. Die Absolventinnen der Höheren Handelsschule mit dem Zeugnis für Obersekunda und der Gesamtnote „gut“ im Abschlußzeugnis der Höheren Handelsschule sind zum Studium an der Handelshochschule und an den Wirtschaftsfakultäten der Universitäten in Köln und Frankfurt a. M. berechtigt, wenn sie mindestens drei Jahre kaufmännisch tätig gewesen sind und vor Beginn des Studiums oder spätestens vier Semester vor Ablegung der Diplomprüfung eine Ersatz-Reifeprüfung bestanden haben.

Äußerer Aufbau.

Während die Kaufmännische Berufsschule neben der praktischen Lehre hergeht, um diese durch den Unterricht zu ergänzen, suchen die kaufmännischen Fachschulen durch Unterricht und Erziehung vor dem Eintritt in den Beruf dem Handel und der Wirtschaft gute Kräfte zuzuführen. Die ausgesprochene wirtschaftliche Einstellung der Gegenwart und die immer weiter fortschreitende Rationalisierung der Wirtschaft fordern dringend auch von den Hilfskräften nicht nur eine gute Ausbildung nach der bürotechnischen Seite, sondern auch eine planmäßige Schulung des wirtschaftlichen Denkens, ein klares Erkennen und ein tieferes Verstehen der wirtschaftlichen Zusammenhänge. Daß Handelsschulen und Höhere Handelsschulen diese Aufgaben erfüllen, geht aus der dauernd sich steigenden Besuchsziffer und aus der immer größer werdenden Nachfrage der Wirtschaft nach derartig vorgebildeten Hilfskräften hervor.

Zur Befriedigung dieser Nachfrage ging Hand in Hand mit der Eröffnung der Berufsschule für Mädchen im Jahre 1913 die Errichtung von Handels- und Höheren Handelsschulen. Die Stadt übernahm in demselben Jahre die bisher von einem Verein unterhaltene Handelsschule und Selektta in der Alten Jakobstraße und baute sie gemäß den ministeriellen Bestimmungen zu einer öffentlichen Handels- und Höheren Handelsschule aus. 1920 hatte Alt-Berlin bereits vier Handelsschulen, außerdem bestanden in Charlottenburg, Schöneberg, Steglitz, Weißensee, Neukölln und Zehlendorf je eine Handelsschule für Mädchen und in Charlottenburg eine besondere Handelsfachschule für Jünglinge. Hierzu kam durch den Vertrag mit der Viktoria-Fachschule am 1. April 1921 eine Handelsschule für Mädchen. Am 1. April 1923 wurde in Spandau eine neue Handelsschule ein-

gerichtet, dagegen ging die Handelsschule in Zehlendorf gegen Ende der Berichtszeit in der Steglitzer Handelsschule auf.

Von Höheren Handelsschulen bestand 1920 nur die Schule in der Brandenburgstraße (früher Alte Jakobstraße) mit drei Klassen für Mädchen. Durch Übernahme der Viktoria-Fachschule kam 1921 die dort bestehende Höhere Handelsschule hinzu. 1923 wurden in der Ravenéstraße und in den Außenbezirken Neukölln, Charlottenburg und Steglitz Zweiganstalten der Höheren Handelsschule errichtet, die jetzt selbständige Anstalten geworden sind.

Gegenwärtig ergibt sich folgendes Bild der Verteilung dieser Fachschulen über Berlin:

1. Handelsschulen.

A. Jünglinge.

Handelsfachschule für Jünglinge, Charlottenburg, Wallstr. 75.

B. Mädchen.

- a) Handelsschule, S 42, Brandenburgstr. 37,
- b) „ N 58, Gethsemanestr. 4,
- c) „ N 39, Ravenéstr. 12,
- d) „ NW 87, Turmstr. 75,
- e) Viktoria-Fachschule, W 57, Kurfürstenstr. 160,
- f) Hedwig-Heyl-Schule, Charlottenburg, Bismarckstr. 21/22,
- g) Handelsschule Spandau, Hohenzollernring,
- h) „ Steglitz, Schloßstr. 43,
- i) „ Schöneberg, Mühlenstr. 15,
- k) „ Neukölln, Weserstr. 12,
- l) „ Weißensee, Woelckpromenade 38.

2. Höhere Handelsschulen.

- | | |
|---|--|
| a) Höhere Handelsschule, Brandenburgstraße, | } Anschrift wie bei den
Handelsschulen. |
| b) „ „ Ravenéstraße, | |
| c) Viktoria-Fachschule, | |
| d) Höhere Handelsschule Charlottenburg, | |
| e) „ „ Steglitz, | |
| f) „ „ Neukölln. | |

Zur Verhütung allzu weiter Schulwege werden in den Außenbezirken in allen Handelsschulen für Mädchen sowie in den Höheren Handelsschulen auch Jünglinge aufgenommen.

Sämtliche Handels- und Höheren Handelsschulen sind zur Zeit mit kaufmännischen, zum Teil sogar noch mit gewerblichen Berufsschulen, verbunden. Der Leiter der Berufsschule ist gleichzeitig Direktor der kaufmännischen Fachschule. Eine Trennung der kaufmännischen von den gewerblichen Schulen ist als notwendig erkannt

und ihre Durchführung bereits in Angriff genommen worden. Vom 1. April 1928 ab sind die Handels- und Höhere Handelsschule in der Brandenburgstraße und die Handelsschule in der Gethsemanestraße als erste Anstalten rein kaufmännische Fachschulen.

Neben der Stadt unterhält die Industrie- und Handelskammer Berlin zur Zeit

- 1 Handelsschule für Jünglinge,
- 3 Handelsschulen für Mädchen,
- 1 Höhere Handelsschule für Jünglinge (zweijährig),
- 2 Höhere Handelsschulen für Mädchen (einjährig).

a) Handelsschule:

Jahr	Mädchen	Klassen			Schüler(innen)		
		Jüngl.	gemischt	zus.	Mädchen	Jüngl.	zus.
1920	72	3	10	85	2207	216	2423
1923	111	5	18	134	3200	340	3540
1927	75	7	24	106	2569	344	2913

b) Höhere Handelsschule:

1920	9	—	—	9	239	—	239
1923	20	—	6	26	735	30	765
1927	18	—	7	25	659	27	686

Diese Zahlen sind das Spiegelbild der Wirtschaft der Nachkriegszeit. Infolge der Inflation schnellte die Zahl der Schülerinnen und Schüler empor, um dann nach dem Eintritt normaler Verhältnisse den wirklichen wirtschaftlichen Anforderungen entsprechend zu sinken. Die Zahlen des letzten Jahres geben ein genaues Bild der gegenwärtigen wirklichen Verhältnisse.

Es darf wohl mit Recht angenommen werden, daß die immer größere Verwendung von Maschinen in kaufmännischen und amtlichen Büros in Zukunft auch die männliche Jugend mehr als bisher zum Besuch der kaufmännischen Fachschule veranlassen wird, besonders dann, wenn ihnen diese Schule weitere Berechtigungen verleihen würde.

Innerer Aufbau.

Mit der Eingemeindung der Vororte war es erforderlich geworden, die Lehrpläne aller kaufmännischen Fachschulen Groß-Berlins einheitlich zu gestalten. Außerdem waren die bisherigen Pläne zum Teil veraltet und entsprachen nicht mehr den modernen Forschungsergebnissen der Betriebswirtschaft und den neuzeitlichen Forderungen der Handelsschulpädagogik. Es wurden daher im Anschluß an den Rahmenlehrplan für die kaufmännischen Berufsschulen vom 13. Mai 1924 von der Berliner Handelslehrerschaft in

besonderen Kommissionen Lehrpläne für die Handels- und Höheren Handelsschulen erarbeitet und durch Verfügung des Provinzialschulkollegiums vom 24. September 1925 zur Einführung in Berlin genehmigt.

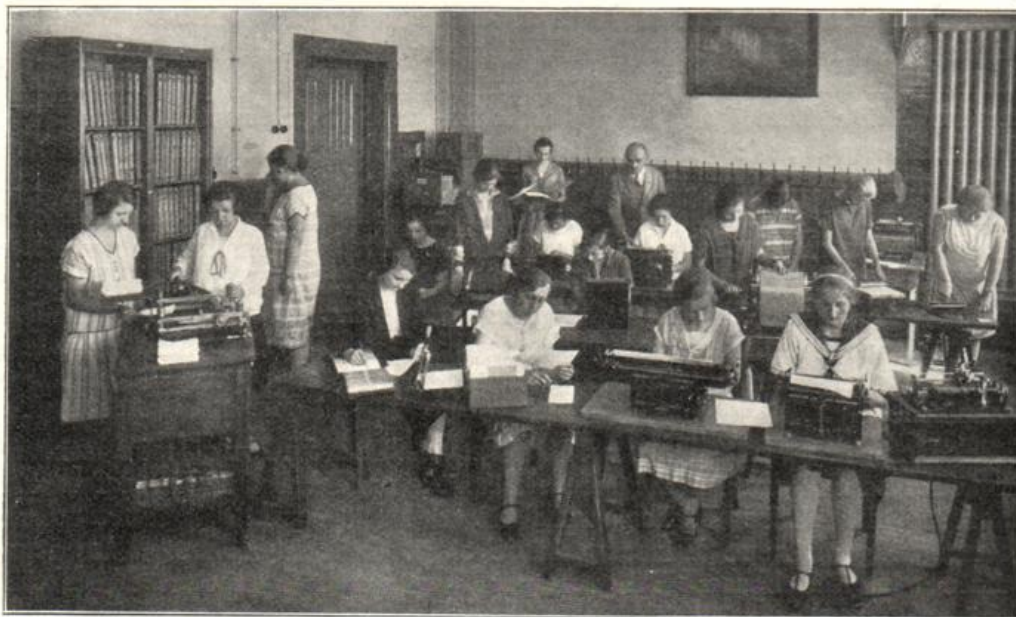
Die rasche Entwicklung auf allen wirtschaftlichen Gebieten machte den Ausbau des 1½jährigen Lehrganges der Handelsschule zu einem 2jährigen und damit eine nochmalige Umgestaltung des Lehrplans notwendig. Seit dem 1. April 1927 ist die Handelsschule zweijährig, während die Höhere Handelsschule unverändert einjährig geblieben ist.

Die neuen Pläne sind Rahmenpläne und enthalten allgemeine Richtlinien. Die einzelnen Schulen haben diese allgemeinen Pläne zu individuellen Anstaltsplänen ausgebaut. Mehr als in den bisherigen wird in den neuen Plänen neben einer gründlichen Ausbildung in den technischen Fertigkeiten (kaufmännische Verkehrsschrift, Kurzschrift, Maschineschreiben) besonderer Wert auf die allgemeine wirtschaftliche Ausbildung der Schüler(-innen) gelegt, die sie für den Eintritt in den kaufmännischen Beruf, aber auch für andere Bürostellungen befähigt.

Nachfolgende Stundentafel zeigt die Verteilung der Unterrichtsfächer.

Stundentafel:

	1. Handelsschule								2. Höhere Handelsschule	
	a) Mädchenklassen				b) Jünglingsklassen				1.	2.
	1.	2.	3.	4.	1.	2.	3.	4.		
	Halbjahr				Halbjahr					
Handelskunde	4	3	3	3	4	4	5	4	4	5
Rechnen	4	3	2	2	4	3	3	2	4	4
Buchhaltung	1	3	4	2	1	4	3	3	3	4
Maschinenrechnen	—	2	—	—	—	2	—	—	—	—
Kontorübungen	—	—	2	4	—	—	2	4	—	—
Deutsch	3	3	3	3	5	4	4	3	2	2
Englisch (Französisch Spanisch)	4	4	4	4	5	5	5	5	8	8
									1. u. 2. Fremdspr.	
Wirtschaftskunde	2	2	2	—	2	2	2	2	2	2
Staatsbürgerkunde	—	—	2	2	—	—	3	3	1	1
Kurzschrift	3	2	1	2	3	2	1	2	2	2
Maschineschreiben	4	4	4	4	4	2	2	2	4	2
Schreiben	2	1	1	—	2	2	—	—	—	—
Hauswirtsch. Lehre	3	3	2	4	—	—	—	—	—	—
	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30
Leibesübungen	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
	32	32	32	32	32	32	32	32	32	32



Eine Handelsklasse bei Übungen an modernen Büromaschinen.
(Vervielfältigen an 4 verschiedenen Apparaten, Übungen mit der Kartei, Registrierübungen, der Diktierapparat, Maschinenrechnen.)

Wahlfreie Fächer.

1. In der Handelsschule: Gesang und Schreiben.
2. In der Höheren Handelsschule: Schreiben, Englische Kurzschrift.
3. Fremdsprache, Kontorübungen.

In gemischten Klassen ist die Stundenverteilung für Mädchenklassen zugrunde zu legen. Für die Jünglinge treten an Stelle des hauswirtschaftlichen Unterrichts Stunden in Leibesübungen und Deutsch oder Warenkunde.

Kernfach des gesamten Unterrichts ist die Handelskunde, die mit dem kaufmännischen Schriftverkehr verbunden ist. Sie führt die Schüler(-innen) in das Wesen der Arbeitsgemeinschaft „Unternehmung“ und in ihren Betrieb ein und soll ihnen die Bedeutung beruflicher Teilarbeit in steter Beziehung zu dem Gesamtarbeitsvorgang in der einzelnen Unternehmung und in der Volkswirtschaft zum Verständnis bringen und sie zur zweckmäßigen und pflichtbewußten Arbeit erziehen. Außerdem gibt sie die sachlichen Grundlagen und den Übungsstoff für die betriebstechnischen Fächer und die Fremdsprachen.

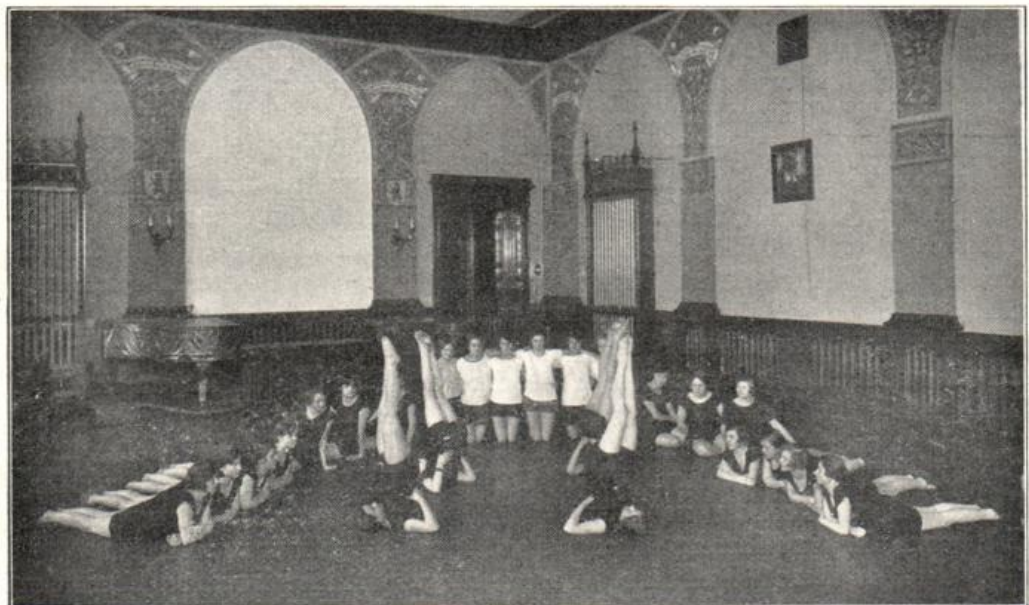
Das kaufmännische Rechnen ist nicht nur mündliches und schriftliches Rechnen in den bisher üblichen Formen, sondern die Arbeiten werden auch mit Hilfe von Rechentabellen, Rechenschiebern und modernen Rechenmaschinen ausgeführt.

In der Buchhaltung kommen neuzeitliche Formen besonders zur Anwendung: Karteibuchhaltung und manuelle und maschinelle Durchschreibebuchführung.

Mit den praktischen Arbeiten eines modernen Büros werden die Schüler(-innen) in den besonderen Kontorübungen vertraut gemacht. Die Übungen erstrecken sich auf die vollständig kontormäßige Erledigung von Verkehrs- und Betriebsvorgängen einer Unternehmung unter Benutzung der Apparate und der Maschinen eines rationalisierten Kontorbetriebes. Für diesen Zweck hat die Stadt den Schulen größere Mittel zur Anschaffung neuzeitlicher Büroeinrichtungen zur Verfügung gestellt. Zur Zeit werden in den Handels- und Höheren Handelsschulen über 600 Schreibmaschinen, 160 Rechenmaschinen, 65 Vervielfältigungsapparate und eine große Anzahl anderer neuzeitlicher Büromaschinen sowie zahlreiche Karteien, Registraturen und Durchschreibeapparaturen verwendet, die eine gründliche bürotechnische Ausbildung ermöglichen.

Der Lehrplan der Höheren Handelsschule stimmt in den Kernfächern im allgemeinen mit dem Plan der Handelsschule überein, da diese Fächer für die Schüler(-innen) beider Schulgattungen ganz neue Wissensgebiete sind. In der Höheren Handelsschule wird die bessere Allgemeinbildung und die größere Reife der Schüler(-innen) berücksichtigt. Besonderer Wert wird auf das Erkennen von Problemen und auf weitgehende Selbsttätigkeit gelegt. Der fremdsprachliche Unterricht baut auf die Vorkenntnisse der Schüler(-innen) auf. Er soll sie in das Wirtschafts- und Kulturleben der fremden Völker einführen, sie mit der fremdsprachigen kaufmännischen Korrespondenz vertraut machen und sie damit auf den Beruf der Auslandskorrespondenten(-innen) vorbereiten.

Die nur einjährige Dauer des Lehrganges zwingt die Schüler(-innen) zum Besuch wahlfreier Kurse, besonders der bürotechnischen (Maschineschreiben, Maschinerechnen, Kontorübungen), damit sie auf



Rhythmische Gymnastik an einer Handelsschule.

diesem Gebiete in ihrer Ausbildung nicht hinter der der Handelsschüler(-innen) zurückstehen.

Da den Schülern(-innen) der Handels- und Höheren Handelsschule im Gegensatz zu den Berufsschülern(-innen) die Anschauung aus der Praxis fehlt, ist der Unterricht besonders lebenswahr zu gestalten. Soweit es die Fächer gestatten, wird der Unterricht in arbeitsschulgemäßer Weise erteilt, unterstützt durch die Verwendung von Lichtbild- und Radioapparaten und durch Besuche von kaufmännischen Betrieben, Ausstellungen und durch Studienfahrten nach Leipzig, Hamburg, Stettin, Staßfurt usw.

Auch die körperliche Ausbildung kommt in den Handels- und Höheren Handelsschulen nicht zu kurz. Turnen ist Pflichtfach mit



Die Ruderriege legt an.

zwei Stunden in der Woche. Entsprechend der höheren Wertschätzung, deren sich Turnen, Spiel und Sport im allgemeinen erfreuen, wurden in fast allen Schulen die nebenamtlichen Turnlehrkräfte, die den Unterricht früher erteilten, durch hauptamtliche, ordentliche Turnlehrer und Turnlehrerinnen ersetzt, die es sich angelegen sein ließen, diesen Unterrichtszweig mit modernem Geist zu erfüllen. Gewaltigen Impuls erhielt das Turnen durch die alljährlich im September veranstalteten Sportfeste der Berliner Berufs- und Fachschulen, auf denen die einzelnen Schulen mit Begeisterung um den Siegespreis kämpften. In den letzten Jahren wurde diesem Eifer weiter dadurch Rechnung getragen, daß auch im Winter ein Hallen-, Turn- und Sportfest in der Turnhalle Prinzenstraße stattfand.

Soweit die Lage der Schulen es gestattete, wurden die Hallenbäder bzw. Fluß- und Seebäder Berlins benutzt, um an Stelle des Turnens zu schwimmen. Regelrechte Schwimmkurse wurden nach Bedarf und Möglichkeit eingerichtet, besonders an den Schulen, die sich im Laufe der Berichtszeit einer Ruderriege angliedern konnten. Vorangegangen in der Einrichtung und Ausgestaltung des Schüler-

ruderns an den Handels- und Höheren Handelsschulen ist die Schule in der Brandenburgstraße. Ihrem Beispiel folgten nacheinander die Ravenéstraße, Neukölln und Charlottenburg.

Selbst der Schneeschuhsport hat Eingang in unsere Schulen gefunden. So hat die Schule in der Ravenéstraße seit Herbst 1926 dank der Unterstützung seitens des Bezirksamtes Wedding eine Skigruppe mit zunächst 20 Paar Schneeschuhen, die im Winter 1926 bereits eine Skifahrt in den Harz und im Winter 1927 eine solche in das Riesengebirge unternommen hat.

Ausblick.

Die Kriegszeit und besonders die Nachkriegszeit haben gezeigt, mit welcher Verständnislosigkeit selbst die Gebildeten oft den einfachsten wirtschaftlichen Vorgängen gegenüberstanden. Diese Unkenntnis in wirtschaftlichen Dingen ist verursacht worden durch die einseitige Bewertung der Allgemeinbildung und durch die Gering-schätzung wirtschaftlicher Bildung. Erst die letzten Jahre haben hierin eine Wandlung gebracht. In immer weitere Kreise dringt die Erkenntnis von der hohen Bedeutung wirtschaftswissenschaftlicher Bildung. Zur Vermittlung dieses Bildungsgutes sind Schulen notwendig, die sich auf dem Grundsatz der Berufsbildung, nicht dem der Allgemeinbildung aufbauen.

Sonderschulen.

Seitdem die Erfahrungen der Schule und die Forschungen der Psychologie und der Medizin, insbesondere der Psychiatrie, eine immer genauere Erkenntnis von dem Wesen des im Schulfortschritt aufgehaltenen und im Verhalten eigenartigen oder abnormen Kindes ermöglicht haben, ist die Schulverwaltung bemüht gewesen, auch den aus irgendwelchen Gründen gehemmten Kindern zu ihrem Recht auf höchstmögliche Ertüchtigung und bestmögliche Erziehung zu verhelfen. Sie erkannte die Notwendigkeit, dem in seiner Entwicklung zurückgehaltenen Kinde, um es nicht später der Öffentlichkeit zur Last fallen zu lassen, die Höchst- und Bestausbildung in besonderen Schuleinrichtungen zu vermitteln und die Normalklassen zugunsten der normal zu fördernden Kinder von der zeit- und kraftraubenden Einzelbehandlung der Aufgehaltenen zu entlasten.

Während sie sich in früheren Jahrzehnten bereits der besonderen pädagogischen Versorgung der Schwer-Abnormen zugewendet, 1875 die Taubstummenschule, 1878 die Blindenschule, 1881 die Idiotenanstalt in Dalldorf, 1893 die Epileptikerschule in Wuhlgarten gegründet und um diese Zeit auch den Einzelunterricht für nicht schulfähige Kinder eingerichtet hatte, trat sie in den 90er Jahren der weitergehenden Differenzierung des Kindermaterials näher, anfangs allerdings, was heute offen zuzugeben ist, im Gegensatz zu anderen Städten, nur zögernd. Vor genau 30 Jahren aber erfolgte ein bedeutungsvoller Umschwung in diesem bisher abwartenden Verhalten; denn im Oktober 1898 wurden die ersten 24 Nebenklassen für geistig zurückgebliebene Kinder eröffnet und damit die Grundlagen geschaffen für eine umfassende und reich gegliederte heilpädagogische Organisation. Zwar entstanden nicht sofort vollständig ausgebaute Neueinrichtungen, die dem Gesamtbedürfnis genügten, sondern auch jetzt wurde unter Ausnutzung der Erfahrungen mit den ersten Versuchen eine schrittweise Entwicklung inne gehalten; aber die Entfaltung vollzog sich gleichmäßig in rasch aufsteigender Linie und

zeitigte in den drei Jahrzehnten bis zur Gegenwart ein fast vollkommen ausgebautes Sonderschulwesen.

Als sich die Zahl der Nebenklassen schon auf 89 erhöht hatte, gebot die Erfahrung anderer Städte, auch in Berlin einige dieser Klassen versuchsweise zu einem Schulorganismus zusammenzulegen. Damit war die erste Berliner Hilfsschule gegründet (1903). Diese erste Entwicklung der Hilfsschulklassen war von zwei anderen wichtigen heilpädagogischen Maßnahmen begleitet: der Errichtung von Stottererheilkursen an den Normalschulen und der Absonderung der Schwerhörigen in besonderen Nebenklassen für Schwerhörige, und ferner von einer regen privaten, aus öffentlichen Mitteln unterstützten Fürsorgetätigkeit des Erziehungs- und Fürsorge-Vereins für geistig zurückgebliebene (schwachsinnige) Kinder, womit von vornherein die Notwendigkeit einer weiter auszubauenden Differenzierung und einer die Schularbeit ergänzenden Fürsorge zum Ausdruck gebracht war. Die von diesem Zeitpunkte an beginnende auffallend rasche Weiterentwicklung bis zum Kriegsausbruch wird durch den Stand des Sonderschulwesens Ostern 1914 gekennzeichnet. Es bestanden zu dieser Zeit:

153 Hilfsschulklassen in 20 organisierten Hilfsschulen mit	2825 Kindern,
38 Vorklassen mit	681 Kindern,
28 Schwerhörigenklassen in drei organisierten Schwer-	
hörigenschulen mit	311 Kindern.

Die allgemeinen „Bestimmungen über den Nebenunterricht an den Berliner Gemeindeschulen“ vom $\frac{30. 12. 1897}{9. 2. 1898}$ waren aufgehoben und

durch die „Bestimmungen über den Unterricht an den Berliner Hilfsschulen“ vom 23. 9., 19. 10., 15. 12. 1911 ersetzt, der Unterricht selbst war durch einen Lehrplan geregelt worden.

Während des Krieges hatten die Sonderschulen, wie alle Schuleinrichtungen, eine Zeit des An- und Hinhaltens ihrer Entwicklung zu überstehen. Sie mußten sich begnügen und behelfen bezüglich der Zahl und der Qualität der aushilfsweise angenommenen Lehrkräfte und bezüglich der Ausstattung mit Lehrmitteln und Lernmaterial; vor übermäßiger Einschränkung und Rückbildung wurden sie aber nicht nur bewahrt, sondern es vollzogen sich während der Kriegsjahre sogar beachtenswerte Vervollkommnungen, so die Einrichtung der Sammelklassen 1917, das Selbständigwerden der Hilfspflichtfortbildungsschule 1915 und die Eröffnung der Heilpädagogischen Sprechstunde 1916 — Neuerungen, die sich erst in den Nachkriegsjahren voll auswirken konnten.

Nach Kriegsende waren in bestimmten Tatsachen besonders günstige Umstände für die weitere Entwicklung, Vertiefung und Verbreitung der heilpädagogischen Ideen und Einrichtungen gegeben, wenn sie auch in dem Wirrwarr der politischen und wirtschaftlichen Umwandlungen und bei der Tieflage der allgemeinen Stimmung nicht immer gleich erkannt und voll gewürdigt wurden. Das Verantwor-

tungsbewußtsein für jedes Kind, auch das schwache und gehemmte, erhielt theoretisch und praktisch einen bestimmteren Ausdruck. Die neue Verfassung, das Jugendwohlfahrtsgesetz, das Jugendgerichtsgesetz und die Einrichtung der Jugendämter boten die Sicherung für eine umfassende Durchführung der heilpädagogischen Bestrebungen, das Gesetz über die Stadtgemeinde Berlin aber erweiterte den Aufgabenbereich der städtischen Schulbehörde nach außen und innen. Da sich die Sonderschullehrerschaft der heilpädagogischen Arbeit an dem einzelnen Kinde und den psychologischen, methodischen und fürsorglichen Aufgaben der Sonderschuleinrichtungen auch jetzt mit voller Hingabe widmete, vollzog sich die Weiterentwicklung der Sonderschulen in der Nachkriegszeit mit gleicher innerer Kraft wie vor dem Kriege und trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage oft in einem für frühere Anschauungen unerwarteten Ausmaß, so daß heute nach jeder Richtung die Grundlagen für eine differenzierte Förderung und Erziehung der gehemmten großstädtischen Jugend geschaffen sind. Diese Weiterentwicklung während der letzten Jahrzehnte bis zur Gegenwart ist im einzelnen genauer zu erkennen:

1. in der Entwicklung der einzelnen Sonderschularten,
2. in der einheitlichen und gleichmäßigen Durchführung des Sonderschulwesens und der heilpädagogischen Bestrebungen,
3. in der Vervollkommnung der Vor- und Fortbildung der Sonderschullehrer und
4. in der Verbreitung und Rechtfertigung der heilpädagogischen Idee vor der Öffentlichkeit.

I.

Die Entwicklung der Sonderschule und der Sonderschuleinrichtungen seit Kriegsende.

Im Schulorganismus der Stadt sind Sondereinrichtungen für solche Kinder geschaffen worden, die infolge bestimmter geistiger oder körperlicher Hemmungen an dem lehrplanmäßigen Unterricht überhaupt nicht oder nicht mit Erfolg teilnehmen können, so für die Kranken, die im Fortschritt gefährdeten Schwächlichen und Schwachbeanlagten, die geistig Schwachen, die durch die Abschwächung des Auges und des Ohres und durch Störungen der Sprache Aufgehaltenen und die Schwer-Erziehbaren. Alle diese Gehemmten werden in Sonderschuleinrichtungen in einer ihren Fähigkeiten angepaßten Art unterrichtet und erzogen und gleichzeitig auch fachärztlich beaufsichtigt,

zum Teil auch behandelt, und verbleiben darin entweder dauernd oder gehen nach der Normalschule zurück, sobald ihre erfolgreiche Förderung daselbst möglich geworden ist. In den Sonderschuleinrichtungen werden nur solche Lehrkräfte beschäftigt, die sich zu diesem Dienst bereiterklärt haben.

A. Die Sonderschuleinrichtungen für kranke Kinder.

1. Der Einzelunterricht.

a) Wie in früheren Jahrzehnten, erhalten auch jetzt die dauernd kranken und darum nicht wegfähigen Kinder an Stelle des öffentlichen Unterrichts wöchentlich 4—6 Stunden Einzelunterricht in der Wohnung. Die Anzahl dieser Kinder hat sich verringert, weil viele von ihnen bei der allmählich durchgeführten Differenzierung des Kindermaterials doch noch einer Form des öffentlichen Sonderschulunterrichts zugewiesen werden konnten.

1924 wurden 131, 1925 wurden 140, 1926 wurden 134, 1927 wurden 166 Kinder (92 Knaben und 74 Mädchen) einzeln unterrichtet.

Über die Eigenart der Fälle gibt eine Feststellung aus dem Jahre 1926 Aufschluß:

Von den 134 Kindern (67 Knaben, 67 Mädchen) standen im Alter von:

7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	Jahren
2	9	15	19	17	15	29	20	7	1	Kinder.

Es erhielten von ihnen bereits:

1	2	3	4	5	6	7	8	Jahre lang Unterricht
57	34	15	13	9	5	—	1	Kinder.

Von den 134 Kindern

leiden an den Folgen der Kinderlähmung, an sonstigen Lähmungen,	
an Muskelschwund, sind Bluter	42
sind Krüppel	18
leiden an Knochen-, Haut-, Drüsentuberkulose	15
„ „ Lungentuberkulose	9
„ „ Folgen von Gehirnhautentzündung, an hochgradigen	
Nervenkrankheiten	23
„ „ Syphilis, Blasen- und Darmleiden	4
„ „ schweren Herzkrankheiten	9
„ „ Augenkrankheiten	3
„ „ Epilepsie und ähnlichen schweren Krankheiten . . .	10
würden die Schule sittlich gefährden	1
zusammen:	134

86 dieser Kinder können sich allein nicht oder nur schwer forthelfen, können nicht sitzen, müssen ständig liegen. 9 Kinder sind hochgradig unruhig, 10 Kinder leiden an ansteckenden Krankheiten. — 80 der Kinder werden nach Klassenplänen der Normalschule, 15 nach Klassen-

plänen der Hilfsschule, 39 nach besonderem Lehrplan unterrichtet, davon 91 mit Erfolg, 43 mit nur geringem Erfolg.

Bei 19 Kindern kommt vielleicht in absehbarer Zeit der Übergang zur Volksschule in Frage, bei 115 nicht.

Der Einzelunterricht kann in 121 Fällen im Elternhause, in 13 Fällen nicht daselbst stattfinden.

Erwerbliche Betätigung im späteren Alter kann bei 52 Kindern angenommen werden, bei 41 ist die Annahme zweifelhaft, bei dem Rest (41) ausgeschlossen. — 1927/28 erhalten 40 Kinder (24 Knaben, 16 Mädchen) 6 Stunden, 126 Kinder 4 Stunden wöchentlich Unterricht.

In Groß-Berlin wird man mit etwa 300 Kindern, die Einzelunterricht erhalten müßten, zu rechnen haben; das entspricht einem Richtprozentsatz von 0,1 Prozent aller Kinder im schulpflichtigen Alter.

Die Aufgabe des Einzelunterrichtes kann für die meisten der kranken Kinder nicht in erster Linie darin bestehen, Wissen zu vermitteln und Fertigkeiten zu erzielen, sondern Gemütswerte zu schaffen, den Willen anzuregen und zu steigern und vor geistigem Verkommen zu bewahren. Er ist kein Pflichtunterricht, sondern eine Fürsorgeeinrichtung, für die die Stadt in den meisten Fällen die vollen Kosten trägt (1927/28 rund 57 500 RM.; die Zuschüsse einzelner bessergestellter Eltern betrugen 700 RM.). Er wurde früher nur besonders für solche Samariterarbeit geeigneten und sich bereitfindenden Lehrkräften gegen Bezahlung übertragen. Während der Geldentwertung aber sah sich die Schulbehörde genötigt, die Einzelunterrichtsstunden in die Pflichtstundenzahl angestellter oder nur beschäftigter Lehrkräfte einzurechnen und auch Junglehrern zu übertragen. In der Gegenwart geht sie allmählich zu dem bewährten früheren Verfahren, der Übertragung des Unterrichts an methodisch geschulte und innerlich darauf eingestellte Lehrkräfte, zurück. Zur Zeit erteilen 72 Lehrkräfte Einzelunterricht.

Der Einzelunterricht hat sich grundsätzlich individuell zu gestalten. Ist die Möglichkeit der Ausbildung einer manuellen Fertigkeit und damit die Anbahnung einer späteren erwerblichen Tätigkeit gegeben, z. B. für Nähen, Schneidern, Sticken, Malen, Zeichnen, Flechten mit Rohr, Weiden oder Stroh, so wird die Stundenzahl auf 6 erhöht, damit 2 Stunden wöchentlich nur auf die Steigerung dieser Fertigkeiten verwendet werden können. Halbjährlich wird vom Lehrer über jedes Kind berichtet und werden Erfolge des Unterrichts von einem dem Kinde benachbart wohnenden Volksschulrektor begutachtet. Das halbjährliche Urteil des Schularztes über das Befinden des Kindes unterrichtet die Behörde darüber, ob die Fortsetzung des Einzelunterrichtes angezeigt ist oder ob zu einer Beendigung oder teilweisen Aussetzung geschritten werden muß. Auf Antrag der Eltern kann in besonderen Fällen der Einzelunterricht über das 14. Lebensjahr hinaus um 1 Jahr verlängert werden.

b) In den großen Krankenhäusern, die eine längere Heilbehandlung kranker und genesender Kinder durchführen, hat sich die unter-

richtliche und erziehliche Versorgung dieser Kinder als zweckmäßig und auch als wertvoller Heilfaktor erwiesen. Hier wird der Unterricht betrieben als Einzelunterricht, z. B. in der Charité, im jüdischen Krankenhaus, im Rudolf-Virchow-Krankenhaus, im Krankenhaus Moabit und im Waisenhaus, oder als Abteilungsunterricht durch besonders eingestellte Lehrkräfte, so in dem großen Kinderkrankenhaus zu Buch, in dem sich etwa 300 Kinder befinden, die von 2 Lehrerinnen unterrichtlich versorgt werden.

c) Aus Anlaß des Krüppelfürsorgegesetzes vom 6. Mai 1920 ist der Einzelunterricht als unentgeltlicher Pflichtunterricht auf alle nicht schulfähigen Krüppelkinder ausgedehnt worden. Bei Bekanntwerden des Gesetzes waren die meisten dieser Krüppelkinder durch den



Freiluftschule für tuberkulöse Kinder.

städtischen Einzelunterricht bereits unterrichtlich versorgt. Für sie besonders ist dann die Vorbereitung auf eine technische Fertigkeit und eine etwaige erwerbliche Beschäftigung als Ergänzung des Einzelunterrichtes hinzugetreten. Die „schulische Versorgung der körperlich behinderten Kinder“ ist durch Verfügung des Magistrats vom 19. Juli 1926 geregelt (Dienstblatt, VII/1926, Nr. 106).

Von dem Plane, nach amerikanischem Vorbilde ambulante Krüppelschulen oder -klassen einzurichten, ist man, da das Bedürfnis danach zur Zeit nicht vorhanden war, zurückgetreten. Die für eine ärztliche Behandlung geeigneten Krüppelkinder werden auf Grund des Gesetzes durch die Eltern oder die städtischen Krüppelfürsorgestellen dem Oskar-Helene-Heim in Dahlem oder der Krüppel-Anstalt in Nowawes zugewiesen.

2. Die Freiluftschule für tuberkulöse Kinder.

Eine neue Form der unterrichtlichen und erziehlichen Versorgung schwerkranker Kinder hat sich nach dem Kriege durch das von der Staatsbehörde eingerichtete Ambulatorium für Kinder mit Knochen-, Haut-, Gelenk- und Drüsen-Tuberkulose als nötig erwiesen. Zur Ent-

Freiluftschule für tuberkulöse Kinder



Im Schulgarten der Freiluftschule für tuberkulöse Kinder.



Freiluftschule für tuberkulöse Kinder.

lastung der Krankenhäuser hatte der Staat inmitten der Stadt, auf dem ehemaligen Exerzierplatz in der Eberswalder Straße, in Kriegsbaracken das Ambulatorium eröffnet, das sehr bald gegen 100 Kinder, die ihres Leidens wegen vom Schulbesuch ausgeschlossen waren, aus allen Stadtteilen zur Heilbehandlung in sich vereinigte. Die Behandlung geschah durch natürliche und künstliche Bestrahlung, durch dauernde Einwirkung der frischen Luft auf den Körper, durch Bäder und Gymnastik. Die Kinder hielten sich tagsüber auf dem freien Gelände auf und kehrten abends ins Elternhaus zurück. Die Heilbehandlung dauerte 2 Monate bis 2 Jahre. Die 4–16 Jahre alten Kinder unterstanden der Aufsicht des Arztes und der Schwestern.

Schon während der Besprechungen, die der Einrichtung des Ambulatoriums vorausgingen, hatte das städtische Hauptgesundheitsamt zu der Errichtung einer Schule innerhalb des Ambulatoriums geraten. Die erste Entwicklung des Ambulatoriums rechtfertigte diesen Rat, und schon 1922 wurde eine dem Zweck und der Art der Heilbehandlung angepaßte Freiluftschule mit dem Ambulatorium verbunden. In dem Gründungsjahre bestand eine Klasse mit 70 Kindern, die einem Lehrer anvertraut waren; 1925 waren für die alsdann vorhandenen 200 Kinder bereits 5 Lehrkräfte angestellt worden, und in diesem Jahre wurde die Schule auch selbständig, indem sie einen eigenen Rektor erhielt.

Die Freiluftschule hat eine Knaben- und eine Mädchenschule. Jede dieser Schulen hat an 3 Tagen der Woche vollen Unterricht; an den übrigen 3 Tagen unterstehen die Kinder ganz der ärztlichen Behandlung. Der Aufbau beider Schulen entspricht dem der Normalschule. Das vorhandene Kindermaterial der 8 Schuljahrgänge ist gegenwärtig zu 5 Klassen zusammengeschlossen, und zwar in folgender Weise:

Klasse V umfaßt die Normalschulklasse					VIII mit 22 Knaben und 29 Mädchen				
"	IV	"	"	"	VII u. VI	"	25	"	29
"	III	"	"	"	V	"	13	"	11
"	II	"	"	"	IV	"	16	"	16
"	I	"	"	"	III, II u. I	"	20	"	33
					96 Knaben und 118 Mädchen				
					214 Kinder				

Der Unterricht erstrebt die Ziele der Normalschulklassen, muß sich aber in der zu behandelnden Stoffmenge wesentlich beschränken. Als seine besondere Aufgabe betrachtet er die Erweiterung und Vertiefung der gesundheitlichen Belehrungen und die Ausnutzung der Gelegenheit einer genauen Naturbeobachtung, der Tier- und Pflanzpflege und der Betätigung im Freien. Der Unterrichtsbetrieb spielt sich bis auf die 1. Stunde, die in den Klassenräumen erteilt wird, im Freien ab. Die erzieherische und pflegerische Beaufsichtigung während des Nachmittags liegt in der Hand der Schwestern; während der Ferien werden damit besonders eingestellte Junglehrer beauftragt.

Eine 2. Freiluftschule für tuberkulöse Kinder hat Steglitz auf dem Fichteberg in schöner Umgebung eingerichtet, und zwar als Filialklasse der 9. Volksschule daselbst. Auch hier fügt sich die pädagogische Behandlung, die einer Lehrerin übertragen worden ist, in die ärztliche ein.

Die Rücküberweisung der Kinder zur Normalschule hängt allein von dem Urteil des Facharztes ab.

B. Die Sonderschuleinrichtungen für körperlich und geistig schwach-beanlagte und darum körperlich und geistig im Fortschritt gefährdete Kinder.

1. Die Vorklasse.

Sie ist eine Förderklasse für normale Kinder, die aus äußeren Veranlassung oder infolge schwacher Beanlagung und damit verbundener langsamer Entwicklung im 1. Schuljahre die Versetzungsreife nicht erlangt haben und dieses Ziel durch einen individualisierenden Unterricht in einem 2. Jahre erreichen sollen. Bei der Gründung der Vorklassen 1912 ist dieser Zweck nicht vorherrschend gewesen, vielmehr knüpfte sich damals an sie die Hoffnung, durch die Vorklasse eine große Zahl von zurückbleibenden Kindern vor der Ueberweisung zur Hilfsschule bewahren zu können. Die Vorklasse war daher zuerst keine reine Förderklasse, sondern eine Mischeinrichtung von Hilfsschulklasse und Förderklasse. Das ihr gestellte Ziel bewirkte, daß manches schwache Kind, das besser in der Hilfsschule gefördert worden wäre, der Normalschule wieder zugeführt und darin behalten wurde; und daß sich andererseits der Lehrer nicht ausschließlich den wirklich förderbaren Kindern widmen konnte. Es erwies sich daher als zweckmäßig, den Vorklassen durch Zuweisung gleichartigen Kindermaterials eine klarere Zweckbestimmung zu geben und ihre Umgestaltung zu reinen Förderklassen der Normalschule zu erstreben. Folgende Maßnahmen sollen zu diesem Ziele führen:

1. Die Normalschulen werden 3 Monate vor Schluß des Schuljahres aufgefordert, sorgfältig begründete Anträge zu stellen auf Überweisung zurückbleibender Kinder in die ihrer Eigenart angepaßte Sondereinrichtung, also sich rechtzeitig über die Differenzierung des zurückbleibenden Kindermaterials Klarheit zu verschaffen und dadurch eine irrtümliche Überweisung möglichst zu vermeiden. Zur Unterstützung dieser Vorarbeiten werden, die Kinder der 8. Klasse betreffend, noch besondere Erhebungen veranlaßt, die im März 1927 und 1928 folgendes Ergebnis hatten:

Die Vorklasse

Bezirke	Wieviele von diesen Nichtversetzten							
	Anzahl der Kinder in den VIII. Klassen im März 1927, bzw. 1928	Wieviele Kinder können Ostern 1927 bzw. 1928 nicht versetzt werden?	sind schon einmal sitzen geblieben?	waren im vergangenen Schuljahre lange Zeit krank oder waren während d. Unterrichtszeit verschickt?	werden Ostern 1927 bzw. 1928 der Vorklasse zugewiesen?	werden Ostern 1927 bzw. 1928 d. Hilfsschule überwiesen?	bleiben in der VIII. Kl. sitzen mit der Aussicht auf Versetzung Ostern 1928 bzw. 1929?	werden nun die VIII. Klasse zum dritten Male durchmachen?
	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
1927:								
1— 6	27 193	2244	135	866	548	214	1398	29
7—20	30 013	1921	189	699	281	250	1409	23
1—20:	57 206	4165	324	1565	829	464	2807	52
1928:								
1— 6	23 851	2056	168	659	555	215	1243	25
7—20	27 511	1923	263	630	266	324	1385	40
1—20:	51 362	3979	431	1289	821	539	2628	65

2. Nach Ablauf einer dreimonatlichen Versuchszeit in der Vorklasse hat der Vorklassenlehrer diejenigen Kinder (Verfügung vom 23. April 1922) zu bezeichnen, die in der Vorklasse voraussichtlich nicht zur Versetzung nach Klasse VII befördert werden können, da ihnen die hierzu nötigen geistigen Kräfte mangeln. Am 1. Juli werden diese Kinder auf Grund nochmaliger Prüfung durch die hierzu eingesetzten Instanzen der Hilfsschule überwiesen.

Daß diese Feststellungen mit dazu beitragen, allmählich eine reinlichere Scheidung der Kinder nach ihrer Förderfähigkeit durchzuführen und den Vorklassen den Charakter reiner Förderklassen zu geben, geht aus den Ergebnissen der Versetzungsprüfungen hervor, die im März jedes Jahres durch den zuständigen Schulrat in den Vorklassen vorgenommen werden.

In den Jahren							
	1914	1915	1916	1925	1926	1927	1928
wurden v.	570	683	635	292	336	411	523 Kind.
354=62%, 393=58%, 327=52%, 184=63%, 229=68%, 300=73%, 362=69,2% nach Klasse VII der Normalschule versetzt;							
35= 6%, 61= 9%, 51= 8%, 28=10%, 23= 7%, 32=7,8%, 32= 6,1% sollten noch ein zweites Jahr in der Vorklasse verbleiben;							
181=32%, 229=33%, 257=40%, 80=27%, 83=24,7%, 77=18,8%, 121=23,2% wurden zur Hilfsschule überwiesen;							
nach anderen Sonderschulen überwiesen: 1= 0,3%, 1= 0,2%, 8= 1,5% nach Klasse VI versetzt: — — 1= 0,2% — —							

Der Umfang der Einrichtung ist aus folgendem zu ersehen: Aus den VIII. Klassen im engeren Berlin wurden nach beendetem 1. Schuljahre der Vorklasse überwiesen:

Die Vorklasse

Ostern 1924	von 17 376 Kindern	294 = 1,7%
„ 1925	„ 14 550	„ 225 = 1,5%
„ 1926	„ 14 525	„ 469 = 3,2%
„ 1927	„ 27 193	„ 553 = 2,0%

Für diese im Aufstieg aufgehaltenen Kinder bestehen im engeren Berlin:

1911: 20	Vorklassen mit 360 Kindern	
1912: 28	„ „ 571	„
1914—1921: 33—39	„ „ 6-800	„
1924: 23	„ „ 327	„
1926: 27	„ „ 469	„
1927: 32	„ „ 535	„ (300 Knab., 235 Mäd.)
1928: 35	„ „ 586	„ (324 „ 262 „)
in Groß-Berlin (Bezirk 1—6, 9 und 14):		
1926: 29	Vorklassen mit 483 Kindern (249 Knab., 236 Mäd.)	
1927: 42	„ „ 716	„ (401 „ 315 „)

Um den Wert der Vorklassen für die Weiterentwicklung der zuerst aufgehaltenen Kinder noch genauer zu ermitteln, wird der spätere Bildungsverlauf der Vorklassenkinder dauernd statistisch verfolgt. In den Kriegsjahren konnte folgendes beobachtet werden:

Aus der Vorklasse werden der Normalschule überw.	Ostern 1914	Ostern 1915	Ostern 1916						
Davon scheiden aus	343 Kinder	264 Kinder	312 Kinder						
im Jahre	14/15	15/16	16/17	15/16	16/17	17/18	16/17	17/18	18/19
durch Tod	2	1	—	—	—	—	3	1	2
Verzug nach außerhalb	10	8	9	16	7	12	12	8	10
Abgabe a. d. Waisenhaus	3	2	8	2	4	1	4	2	—
„ „ „ Fürsorgeerz.	—	—	1	—	—	—	—	—	5
„ „ „ Hilfsschule	1	6	2	1	2	—	6	3	3
Entlassung infolge erfüllter Schulpflicht	—	—	—	—	1	—	—	—	—
Nach Ostern	1915	1916	1917	1916	1917	1918	1917	1918	1919
befinden sich in Kl. 8o	—	—	—	—	1	1	—	—	—
8m	—	—	—	1	—	—	—	—	—
7o	33	3	—	26	2	1	25	7	1
7m	106	22	4	75	14	1	111	28	2
6o	188	46	9	143	48	6	151	64	26
6m	—	124	48	—	81	39	—	92	51
5o	—	115	54	—	85	40	—	82	55
5m	—	—	109	—	—	74	—	—	72
4o	—	—	66	—	—	56	—	—	46
4m	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	343	327	310	264	245	231	312	287	273
	— 16	— 17	— 20	— 19	— 14	— 13	— 25	— 14	— 20
regelm. versetzt wurden	327	310	290	245	231	218	287	273	253
1 Jahr und mehr bleiben zurück	57 %	37 %	23 %	58 %	37 %	25 %	53 %	30 %	18 %
2 Jahre und mehr bleiben zurück	10 %	23 %	37 %	10 %	27 %	38 %	8 %	36 %	49 %
	—	1 %	4 %	—	1 %	3 %	—	2 %	10 %
Zur Hilfsschule werden überwiesen	3 %			1 %			4 %		

Zum Vergleich folge der vollständige Bildungsverlauf des Jahrgangs 1918/26:

Aus den Vorklassen wurden der Normalschule überwiesen:
Ostern 1920 272 Kinder.

Davon schieden aus bis Ostern

	1923	1924	1925	1926	1927	
infolge Tod	—	2	1	—	—	3
Verzug	20	9	4	5	—	38
Hilfsschul-Überweisung	14	2	1	1	—	18
Fürsorge-Erziehung	1	—	—	1	—	2
Waisenhaus	9	2	—	—	—	11
Entlassung	4	8	64	104	20	200
	48	25	70	111	20	272

	1923	1924	1925	1926	1927	
bis Ostern befanden sich						
in Klasse VIIIo	—	—	—	—	—	—
VIIIIm	—	—	—	—	—	—
VIIo	4	2	—	—	—	6
VIIIm	5	—	—	—	—	5
VIo	71	13	1	—	—	85
VIIm	18	4	1	—	—	23
Vo	89	51	18	3	—	161
Vm	56	32	14	3	1	106
IVo	24	75	46	12	—	157
IVIm	3	40	27	17	2	89
IIIo	1	5	56	26	1	89
IIIIm	1	2	34	24	3	64
IIo	—	—	3	31	4	38
IIIm	—	—	1	15	5	21
Io	—	—	—	—	4	4
Im	—	—	—	—	—	—
	272	224	201	131	20*)	—

Aus diesen Feststellungen ist ersichtlich, daß ein starker Bruchteil der ehemaligen Vorklassenkinder tatsächlich in dem unteren und mittleren Aufbau der Normalschulorganisation emporzusteigen vermag, daß aber auch ein nicht unerheblicher Prozentsatz auf der Strecke liegen bleibt und in den aufsteigenden Klassen den Stamm der Zurückbleiber bildet. Dieses für eine so große Zahl nur relativ befriedigende Ergebnis legt den Gedanken nahe, auch für die in den folgenden Klassen aufgehaltenen Kinder Fördereinrichtungen zu schaffen, ein Gedanke, der seit zwei Jahrzehnten bereits eine Verwirklichung fand in den

2. B-Klassen der Charlottenburger Schulen.

Von ihnen bestehen am 1. Mai 1927 an 9 Volksschulen des Bezirks Charlottenburg 19 Klassen, und zwar:

*) Mit verlängertem Schulbesuch.

7	B-Klassen	=	2 mal,
6	„	=	4 mal,
5	„	=	2 mal,
4	„	=	4 mal,
1	„	=	1 mal,

mit zusammen 324 (167 Knaben und 157 Mädchen) Kindern und einer Durchschnittsbesetzung von 17.

Von dem durchgeführten Förderklassensystem, wie es von Sickinger vertreten wurde, ist man also hier zu einem dem augenblicklichen Bedürfnis angepaßten übergegangen.

3. Die Michaelisvorklassen.

Die Tatsache, daß schon am Schlusse des ersten Halbjahres der Aufnahmeklasse diejenigen Kinder deutlich erkannt werden, die im laufenden Schuljahre und in der großen Klasse nicht mehr zur Versetzung gebracht werden können, die unter individueller Führung aber sehr wohl während des Winterhalbjahres diese Reife noch erlangen könnten, und der Umstand, daß durch die gesundheitlichen Verhältnisse auch heute noch viele großstädtische Eltern sich veranlaßt sehen, ihre Kinder im Sommer zu verschicken, auch wenn sie dadurch Einbuße im unterrichtlichen Fortschritt erleiden sollten, hat einmal die Einrichtung von Michaelis-Vorklassen als zweckmäßig erscheinen lassen. Diese Halbjahresklassen sollten nur die bestimmt zur Versetzung zu fördernden Kinder umfassen. Im engeren Berlin befinden sich in den VIII. Klassen:

Michaelis		
1925	1927	
unter 1179	1568	Zurückbleibern
394	726	die infolge von Krankheit und Verschickung zurückgeblieben sind, die aber in einer halbjährlichen Michaelis-Vorklasse ohne Überanstrengung zur Versetzung nach Klasse VII gefördert werden konnten,
228	—	die durch Wiederholung der VIII. Klasse von Ostern an das Versetzungsziel erreichen würden,
360	566	die Ostern der Aufnahme in eine Vorklasse bedürfen,
197	276	die Ostern mit größter Wahrscheinlichkeit für die Hilfsschule vorgeschlagen werden müssen.
1179	1568	

Diese Feststellung läßt erkennen, daß einer verhältnismäßig hohen Zahl von Kindern der Verlust eines vollen Jahres durch die Einrichtung von Michaelis-Vorklassen erspart werden könnte, und eine Bestätigung

dieser Auffassung ist in dem Ergebnis versuchsweise eingerichteter Michaelis-Vorklassen auch zu erkennen. Michaelis 1924 wurden etwa 24 Michaelis-Vorklassen eingerichtet. Bei 12 von diesen Klassen konnten zum darauffolgenden Ostertermin von 179 Kindern 100 nach der VII. Klasse versetzt werden. Der Versuch ist jedoch nicht wiederholt worden; es erscheint aber notwendig, das ihm zugrunde liegende Bedürfnis nicht aus dem Auge zu verlieren.

4. Die Abschlußklasse

Die Feststellungen über die Weiterentwicklung der Vorklassenkinder lassen einen verhältnismäßig hohen Abgang in den mittleren Klassen vermuten. In Wirklichkeit wurden nach erfüllter Schulpflicht entlassen:

aus den Klassen		VI	V	IV	III	überhaupt
Ostern	1924:	27	120	502	1366	10 996
Michaelis	1924:	11	88	476	1259	10 231
Ostern	1925:	6	85	433	1496	11 368
Michaelis	1925:	7	68	379	1196	9 906
Ostern	1926:	6	56	402	1305	11 485
Michaelis	1926:	7	40	326	1081	10 122
Ostern	1927:	6	40	288	1084	11 150
Michaelis	1927:	4	6	211	952	9 511

Aus der III. Klasse kommt also gleichbleibend eine drei- bis vierfach größere Anzahl zur Entlassung als aus Klasse IV. Diese Kinder sind, wenn sie nicht durch äußere Umstände zwei volle Jahre im Aufstieg aufgehalten wurden, infolge schwacher Beanlagung zurückgeblieben, haben aber doch noch die geistige Kraft besessen, die Höhe der Oberstufe zu erreichen. Ihnen bleibt nun der Einblick in bestimmte Wissensgebiete der Oberstufe versagt, und ihr Wissen und Können erhält bei dem Eintritt in die Gesellschaft und den Erwerb nicht den zu wünschenden Abschluß. Das Bedürfnis nach einer Fördereinrichtung an dieser Stelle liegt deutlich zutage. Der Grundlehrplan der Berliner Gemeindeschulen von 1912 sah eine solche auch schon vor und gab Richtlinien für den Lehrplan von „Abschlußklassen“.

Die Zahl der damals eingerichteten Abschlußklassen ging bis 1920 aber ständig, zuletzt bis auf 4 (im IX. Schulkreise), zurück, so daß es den Anschein hatte, als würde sich diese heilpädagogische Einrichtung nicht auf die Dauer halten können. Die günstigen Erfahrungen jedoch, die mit diesen wenigen, von geschickten Lehrkräften geführten Klassen gesammelt werden konnten, ließen den Plan, die Einrichtung wieder allgemein, den Bedürfnissen entsprechend, zu erweitern, neu aufleben, und so hat sich die Zahl der Abschlußklassen, besonders nach dem Bekanntwerden des Erlasses vom 19. Dezember 1926, allmählich wieder erhöht.

Abschlußklasse. Schulkindergarten

Ostern 1920	bestehen im	9. Kreise	4 Abschlußkl. mit	102 Kindern
Mich. 1920	" "	9. "	2 "	58 "
Okt. 1922	" "	9. "	3 "	71 "
Okt. 1923	" "	9. "	4 "	94 "
Okt. 1925	" "	9. u. 10. "	6 "	142 "
Ostern 1926	" "	1., 9. u. 10. "	8 "	189 "
Mich. 1926	" "	"	9 "	320 "
Ostern 1927	" "	1., 5., 6., 9. u. 10. "	14 "	291 "
Mich. 1927	" "	dito	13 "	(167 Kn. 124 Md.) mit 290 Kindern
im Bezirk XVII:			4 "	(140 Kn. 150 Md.) mit 62 Kindern
Mich. 1927	also in Groß-Berlin		17 Abschlußkl. mit	352 Kindern (179 Kn. 173 Md.)

Auf 12—14 Volksschulen wird mit einer Abschlußklasse gerechnet werden können. Demnach würden im engeren Berlin etwa 16—20, in Groß-Berlin etwa 30 dem Bedürfnis genügen.

Von vielen Eltern wird die Überweisung ihrer Kinder zur Abschlußklasse anfangs nicht zustimmend aufgenommen. Der weitere Schulweg, das Entfernen aus der bisherigen Schulgemeinschaft, zum Teil auch die Mißstimmung über die bisherigen geringen Erfolge der Schule sind die Gründe. Nach den bisherigen Erfahrungen handelt es sich bei diesen Kindern fast durchweg um Sorgenkinder des Elternhauses und der Schule. In der letzteren waren sie die Stillen, Zurückhaltenden im Unterricht und auch Eigentümlichkeiten im Verhalten. Die in der Abschlußklasse mögliche Anpassung der zu stellenden Anforderungen an die wirklich vorhandenen Fähigkeiten, das entgegengebrachte psychologische Verständnis und die methodischen Hilfeleistungen, die jedem Kinde gewährt werden, bewirken aber bei den Eltern sehr bald eine Wandlung der ursprünglichen Meinung. In fast jedem Falle zeigten die Eltern am Schlusse des Jahres volles Verständnis für die Einrichtung und dankbare Anerkennung.

Der Lehrplan der Abschlußklassen ist im allgemeinen der der III. Klasse; er nimmt jedoch geeignete Sachgebiete der II. und I. Klasse ergänzend auf und führt dadurch einen ungefähren Abschluß der Schulbildung herbei. Da nach den bisherigen Beobachtungen eine außerordentliche Verschiedenheit in der Qualität der Abschlußklassen besteht, entscheidet der jeweilige Stand über das Maß der zu behandelnden Stoffmenge und die zu steckenden Abschlußziele. In absehbarer Zeit wird es sich aber als notwendig erweisen, Richtlinien über Gestalt und Umfang eines Stoffverteilungsplanes der Abschlußklassen aufzustellen.

5. Der Schulkindergarten.

Von den Schulanfängern im engeren Berlin wurden auf Grund der schulärztlichen Untersuchung vom Schulbesuch zurückgestellt:

Ostern 1924	von 14 170 Kindern	686 = 4,8%
" 1925	" 14 236	" 828 = 5,8%
" 1926	" 27 770	" 1319 = 4,75%
" 1927	" 22 668	" 1291 = 5,7%

Diese in den letzten Jahren aus bekannten Gründen deutlicher in Erscheinung tretende Tatsache hat den Gedanken nahegelegt, für die Bildung und Erziehung der zurückgestellten Kinder eine



Im Schulkindergarten.

besondere Einrichtung zu schaffen, um das erste Schuljahr nicht völlig ungenutzt vergehen zu lassen. Die Kinder sind zurückgestellt worden, weil ihre körperlichen und geistigen Kräfte den mit einem geregelten Unterricht verbundenen An-

strengungen nicht gewachsen sind. Durch belehrendes Spiel, selbständige Betätigung, Erzählung, Betrachtung und Besprechung würde es aber möglich sein, ihre allgemeinen geistigen Fähigkeiten zu entwickeln und auf die spätere in der Schule zu leistende Arbeit vorzubereiten. Diese Aufgabe hat der Schulkindergarten zu erfüllen, der einer Volksschule für den Bedarf der benachbarten Schulen angeschlossen wird. Grundsätzlich hat er keinen geregelten Schulunterricht zu erteilen. Über jedes Kind wird ein Personalbogen geführt. Auf Grund eines genauen Schulberichtes geht das Kind über zur Normalschule oder wird für eine Sonderschule in Vorschlag gebracht. Die Arbeit im Schulkindergarten wird durch eine besondere Dienstanweisung geregelt.

Die Schulpflicht kann nach Auffassung der Aufsichtsbehörde auf die Schulkindergärten nicht ausgedehnt werden. Es könnte dies geschehen, wenn man nicht Schulkindergärten einrichtete, sondern Klassen, und diese nicht Schulkindergärtnerinnen, sondern Lehrkräften übertrüge. Da es zweifelhaft erscheint, ob dann die Schulkindergärten ihren spezifischen Charakter aufrecht erhalten können, ist von der Durchführung dieses Gedankens Abstand genommen worden. Die Einrichtung erfreut sich bei den Eltern



Spiel im Kindergarten.

allgemeiner Beliebtheit, so daß angenommen werden kann, daß sie sich auch ohne pflichtmäßigen Besuch durchsetzen wird.

Über die Qualität der im Schulkindergarten vereinigten Kinder gibt folgende Feststellung Aufschluß:

Die 7 Schulkindergärten im engeren Berlin wurden im Lauf des Jahres besucht:

1925/26 von 137 Kindern (67 Knaben und 70 Mädchen)
1926/27 von 197 Kindern (97 Knaben und 100 Mädchen)
1927/28 von 189 Kindern (79 Knaben und 110 Mädchen)

In ihnen erweisen sich im Spätherbst

	1926	1927
von	187	170 Kindern (die Zahlen haben sich im Laufe des Jahres verändert)
	136	116 als körperlich unentwickelt,
	25	26 als geistig zurückgeblieben,
	1	1 als gehörleidend,
	1	— als augenleidend,
	—	11 als nervös und schwer erziehbar,
	22	16 als mit Sprachleiden behaftet.

Die Schulkindergärten sind simultan. Von

187	Kindern des Jahres 1925/26	waren 155 evgl. 14 kath. 6 jüd. 12 diss.
170	„ „ „ 1926/27	„ 142 „ 13 „ 7 „ 8 „
165	„ „ „ 1927/28	„ 135 „ 19 „ 4 „ 7 „

Über die Weiterentwicklung der Kinder eines Schulkindergartens konnte folgendes festgestellt werden:

Von den nach einjährigem Besuch abgegebenen Kindern wurden (auf Grund einer dreijährigen Beobachtung) 11 % gleich der Hilfsschule, 89 % der Normalschule überwiesen. Von diesen letzteren aber mußten später noch 20 % der Vorklasse oder Hilfsschule zugeführt werden. 80 % behaupteten sich dagegen in der Normalschule gut oder genügend.

In Charlottenburg sind Schulkindergärten bereits 1906 eingerichtet worden, im engeren Berlin erst 1921.

Es bestehen zur Zeit im engeren Berlin 7, in Charlottenburg 10 (mit 126 Knaben, 181 Mädchen, also 307 Kindern; in Schöneberg 2 Schulkindergärten (privat). In Groß-Berlin wäre die Einrichtung von 30 bis 40 Schulkindergärten notwendig.

6. Die Waldschule und das Schullandheim.

Die Absicht, die schwächlichen, blutarmen und nervösen Kinder niederer und höherer Schulen vorübergehend aus der Stadtschule nach einer in der Nähe der Stadt belegenen Waldschule zu überweisen, ist bereits seit 1904 durch die Charlottenburger Waldschule verwirklicht worden. Da diese Einrichtung bei weitem nicht dem tatsäch-

lichen Bedürfnis entspricht, in der Nähe der Stadt Waldschulen auch nicht in hinreichender Anzahl eingerichtet werden konnten, da ferner die Landverschickung, die in den Notjahren unzweifelhaft segensreich auf die Gesundheit vieler Kinder gewirkt hat, in gleichem Maße wie bisher ohne Beeinträchtigung des Bildungsfortschritts und der Erziehung der Kinder nicht durchgeführt werden kann, ist man zur Einrichtung größerer und kleinerer Schullandheime übergegangen, die ganze Klassen, ja ganze Schulen mit ihren Lehrkräften aufnehmen und versorgen können und in sich die Vorteile der Land- oder Waldverschickung und des ununterbrochenen Schul- und Erziehungsbetriebes vereinigen. Näheres über die Schullandheime siehe Seite 338.

7. Der orthopädische Turnunterricht.

In Durchführung der staatlichen Aufforderung und des Magistratsbeschlusses vom 12. August 1925 ist orthopädischer Turnunterricht für solche Kinder, bei denen das Entstehen einer Rückgratverkrümmung zu befürchten ist, oder bei denen bereits eine durch orthopädisches Turnen zu beeinflussende Verkrümmung der Wirbelsäule besteht, eingerichtet worden. Er wurde nur besonders ausgebildeten Lehrkräften als bezahlter Nebenunterricht übertragen und als Ersatz des öffentlichen Turnunterrichtes dem Schulunterricht angegliedert. Der pflichtmäßige Besuch des orthopädischen Turnunterrichtes stößt allerdings auf Schwierigkeiten, da er nachmittags liegen muß und darum einen abermaligen Schulweg erfordert, und weil das Elternhaus der Einrichtung noch nicht das volle Verständnis entgegenbringt. Es bestehen zur Zeit:

in den Bezirken 1—6 (Alt-Berlin) 317 Kurse à 4 Stunden mit 100 vorgebildeten Lehrkräften und 6090 Kindern; in den Bezirken 1—20 (Groß-Berlin) 665 Kurse à 4 Stunden mit 361 vorgebildeten Lehrkräften und 13 800 Kindern höherer, mittlerer und niederer Schulen.

C. Die Sonderschulen für geistig schwache Kinder.

1. Die Hilfsschule.

Ihre Entwicklung im engeren Berlin ist aus nachstehender Tabelle ersichtlich:

Am	Hilfsschul- klassen	Hilfs- schulen	mit Knaben	Mädchen	Kindern	Gesamtkinderzahl der Volksschulen
1. 10. 98	24	—	—	—	300	
1. 5. 99	50	—	—	—	645	
1. 5. 00	58	—	—	—	757	209 080
1. 5. 01	63	—	—	—	791	211 810

Hilfsschulen

Am	Hilfsschul- klassen	Hilfs- schulen	mit Knaben	Mädchen	Kindern	Gesamtkinderzahl der Volksschulen
1. 5. 02	77	—	—	—	1013	212 144
1. 5. 03	89	1	—	—	1258	216 040
1. 5. 04	101	1	—	—	1558	219 673
1. 5. 05	116	1	—	—	1694	223 287
1. 5. 06	127	8	—	—	2065	226 409
1. 5. 07	136	8	—	—	2033	228 362
1. 5. 08	146	8	—	—	2333	228 907
1. 5. 09	145	8	—	—	2425	228 573
1. 5. 10	151	8	—	—	2568	226 307
1. 5. 11	148	8	—	—	2446	224 967
1. 5. 12	148	8	—	—	2465	223 450
1. 5. 13	145	20	—	—	2611	224 348
1. 5. 14	153	20	—	—	2825	224 950
1. 5. 15	153	20	—	—	2868	228 432
1. 5. 16	153	20	—	—	3025	226 340
1. 5. 17	156	20	—	—	3174	215 513
1. 5. 18	160	20	—	—	3263	210 483
1. 5. 19	167	20	—	—	3321	204 737
1. 5. 20	177	20	—	—	3389	199 694
1. 5. 21	189	20	2016	1676	3592	196 795
1. 5. 22	191	20	2070	1608	3678	184 901
1. 5. 23	191	20	2038	1537	3575	169 997
1. 5. 24	189	20	1977	1489	3466	153 292
1. 5. 25	189	20	1968	1498	3466	141 763
1. 11. 25	189	20	1858	1415	3273	132 087
1. 5. 26	188	20	1926	1447	3373	144 132
1. 11. 26	189	20	1804	1339	3143	133 405
1. 5. 27	187	20	1880	1411	3291	141 941
1. 11. 27	188	20	1723	1329	3052	131 860

Großberlin besitzt am

- 1. 5. 27: 49 Hilfsschulen mit 422 Klassen und 7258 Kindern
(4103 Knaben und 3155 Mädchen),
- 1. 11. 27: 49 Hilfsschulen mit 424 Klassen und 6812 Kindern
(3843 Knaben und 2969 Mädchen).

Der äußere Bestand der Hilfsschulen hat sich seit Kriegsbeginn und -ende nicht wesentlich verändert. Ein Vergleich der Anzahl der Hilfsschulkinder mit der Gesamtzahl der Schulkinder im engeren Berlin läßt es aber als auffallend erscheinen, daß sich der Rückgang der Kinderzahl seit 1914, der fast ein Drittel beträgt, nur wenig bei der Hilfsschule bemerkbar gemacht hat. Die Gründe dafür sind in der von Jahr zu Jahr genauer werdenden Auslese und der nachträglichen Zuweisung der in die Hilfsschule gehörenden Kinder zu suchen. Auch hatte der Prozentsatz der Hilfsschulkinder 1914 die allgemein beobachtete Höhe von 2 Prozent noch nicht erreicht. Jetzt hat er sie, wenn man sämtliche im Schulalter stehenden Kinder einbezieht, nur wenig überschritten, da-

mit aber nicht das nach den „Bestimmungen“ angenommene Maß. Um die Normalschule von den für die Hilfsschule bestimmten Kindern sicher zu entlasten, andererseits aber auch der Hilfsschule nur die für sie geeigneten Kinder zu überweisen, sind folgende Maßnahmen getroffen worden:

1. Dem Aufnahmeverfahren wurde durch Umgestaltung des Personalbogens und durch die Festsetzung entsprechender Bestimmungen eine besondere Sorgfalt zugewendet. Öfter als bisher wurde in Einzelfällen die Begutachtung durch den Fachpsychiater oder den Fachpädagogen in Anspruch genommen; in allen Hilfsschulen wurden die allgemeinen Beobachtungen durch psychologische Prüfungen ergänzt und kontrolliert. Sehr häufig wurde die endgültige Überweisung zur Hilfsschule von den Beobachtungen während eines probeweisen Aufenthalts des Kindes in der Hilfsschule abhängig gemacht.
2. Um die versehentlich nicht für die Hilfsschule gemeldeten Kinder in der Normalschule festzustellen, wurden halbjährlich Statistiken über die aus den VI. und V. Klassen (3. und 4. Schuljahr) zur Entlassung gekommenen Kinder und über den Grund ihres Zurückbleibens aufgenommen. Diese Feststellungen hatten folgendes Ergebnis:

Es wurden entlassen im engeren Berlin:

Michaelis	1924	aus Kl. V:	63 K.	(35 Kn. 28 Md.)	Kl. VI:	7 K.	(3 Kn. 4 Md.)
Ostern	1925	„ „	V: 78 „	(39 „ 39 „)	„ VI:	6 „	(2 „ 4 „)
Michaelis	1925	„ „	V: 64 „	(33 „ 31 „)	„ VI:	7 „	(5 „ 2 „)
Ostern	1926	„ „	V: 49 „	(26 „ 23 „)	„ VI:	5 „	(2 „ 3 „)
Michaelis	1926	„ „	V: 38 „	(19 „ 19 „)	„ VI:	4 „	(1 „ 3 „)
Ostern	1927	„ „	V: 32 „	(17 „ 15 „)	„ VI:	5 „	(1 „ 4 „)
Michaelis	1927	„ „	V: 6 „	(3 „ 3 „)	„ VI:	2 „	(1 „ 1 „)

in Großberlin:

Michaelis	1926	„ „	V: 54 „	(26 „ 28 „)	„ VI:	4 „	(1 „ 3 „)
Ostern	1927	„ „	V: 67 „	(38 „ 29 „)	„ VI:	8 „	(3 „ 5 „)
Michaelis	1927	„ „	V: 14 „	(7 „ 7 „)	„ VI:	2 „	(1 „ 1 „)

Als Grund des Zurückbleibens im Aufstieg wurden angegeben:

im engeren Berlin: für die entlassenen Kinder:				Krank- heit	schwache Be- gabung	Ver- schickung und Um- schulung	vom Lande	vom Aus- lande	Ver- wahr- losung	unbe- kannt
Michaelis	1924	70	Kd.	21	18	5	3	7	13	3
Ostern	1925	84	„	24	26	2	8	10	14	—
Michaelis	1925	71	„	25	16	4	3	5	8	10
Ostern	1926	54	„	14	15	—	7	3	13	2
Michaelis	1926	42	„	13	13	7	1	2	4	2
Ostern	1927	37	„	10	11	1	9	2	2	2
Michaelis	1927	8	„	1	3	—	—	1	3	—
in Groß-Berlin:										
Michaelis	1926	58	„	23	15	7	2	2	7	2
Ostern	1927	75	„	18	23	5	15	5	7	2
Michaelis	1927	16	„	4	6	—	1	1	4	—

Diese Feststellungen beweisen, daß die Behauptung, in der Normalschule würden heute noch viele geistig schwache Kinder zurückbehalten, nicht aufrecht erhalten werden kann. Andererseits ist deutlich zu beobachten, daß die Umfragen die Aufmerksamkeit auf die in Betracht kommenden Kinder der unteren Klassen gelenkt und einen Rückgang der Zahlen bewirkt haben.

3. Alljährlich hat die Hilfsschule über diejenigen Kinder zu berichten, die nach der Normalschule zurückversetzt werden können. Wenn auch im allgemeinen angenommen werden kann, daß es sich hierbei nur um seltene Ausnahmen handeln wird, so erscheint es doch zweckmäßig, über diese Ausnahmen regel-



Kaufmannsladen in der Hilfsschule Spandau.

mäßige Feststellungen zu machen. In den Jahren 1916 bis 1924 schwankten die jährlichen Rückversetzungen aus der Hilfs- nach der Normalschule zwischen 4 und 7 Kindern. 1925 wurden aus den 20 Hilfsschulen im engeren Berlin von 3273 Kindern 10, 1926/27 von 3134 Kindern ebenfalls 10 zurückversetzt.

Um eine möglichst genaue Beurteilung der Hilfsschulkinder und damit auch die der Individualität angepaßte Förderung und Erziehung zu bewirken, wurde in dem Lehrplan für die Hilfsschulen grundsätzlich daran festgehalten, daß mit jeder Stufe (Unter-, Mittel- und Oberstufe) ein wichtiger Auffassungs- und Intelligenzgrad ungefähr erfaßt und damit eine gewisse Intelligenzhöhe für jedes Stufenziel bezeichnet wird. Der nach diesen Grundsätzen aufgestellte Lehrplan hat sich als zweckmäßig, der geistigen Befähigung der Hilfsschulkinder und ihrer Förderbarkeit angepaßt erwiesen. Die Reife der Oberstufe

erlangen durchschnittlich 74 Prozent, der Mittelstufe 20 Prozent, der Unterstufe 6 Prozent.

Diese Verteilung, die durch die Erfahrungen der Hilfsfortbildungsschule eine Bestätigung erfährt und darum auch die Grundlage für die pädagogische Gruppierung der Hilfsschulkinder in leichte, mittlere und schwere Fälle bildet, gab Anlaß zu der Überlegung, ob die leichten Fälle unter Umständen noch über das Bildungsmaß der Hilfsschule hinaus gefördert werden und die schweren Fälle überhaupt den Zielen und Arbeitsmethoden der Hilfsschule weiter unterstellt bleiben könnten. Genauere Feststellungen über die Dauer des Schulbesuches der aus der I. Klasse zur Entlassung kommenden Kinder ergaben folgendes:

Am 1. Mai 1926 besuchen im engeren Berlin:

die Hilfs- schulen	die I. Hilfs- schulklasse	Von diesen letzteren						Entlassung und überschreiten dabei das Ziel der Hilfsschule
		$\frac{1}{2}$	1	$1\frac{1}{2}$	2	$2\frac{1}{2}$	3 Jahre	
3373	590 Kinder	95	156	166	108	54	11	
			417			173		14

173 Kinder, das sind 29 Prozent, besuchen demnach die I. Klasse der Hilfsschule zwei Jahre und länger. Von dieser Anzahl sind jedoch die Kinder, denen ein verlängerter Schulbesuch über das 14. Lebensjahr hinaus gestattet worden ist und die in nicht geringer Anzahl vertreten sind, sowie diejenigen, die wohl der I. Klasse angehören, ihrer schwächeren Beanlagung wegen aber am Rechenunterricht einer niedrigeren Klasse teilnehmen, nicht in Abzug gebracht, so daß die Zahl der tatsächlich über das Ziel der Hilfsschule hinaus zu fördernden Kinder sich erheblich verringern dürfte. Für eine Änderung der inneren Organisation der Hilfsschule ist zur Zeit also ein Anlaß nicht gegeben, zumal in den I. Klassen ausreichende Möglichkeiten bestehen, einzelnen Kindern besondere Förderung zuteil werden zu lassen. Die grundlegenden Feststellungen werden jedoch fortgesetzt.

2. Die Sammelklasse.

Die schweren Fälle unter den geistig Schwachen, die in der Hilfsschule mit etwa 6 Prozent vertreten sind, überschreiten die Ziele der Hilfsschul-Unterstufe nicht und sind für den Aufbau der Hilfsschule nicht geeignet. Die elementaren Fertigkeiten des Lesens, Rechnens und Schreibens können sie nie in den Dienst ihrer Person stellen. Bei ihrer Ausbildung ist darum auf die praktische Seite größeres Gewicht zu legen, um eine bescheidene Arbeitsfähigkeit zu erzielen. Am sichersten wären diese Kinder in einer geschlossenen Anstalt zu diesem Ziele zu führen; ihre Überweisung dahin durch das Elternhaus ist jedoch nicht zu erreichen. Um sie nicht ohne die noch mögliche Ausbildung aus der Hilfsschule zu entlassen, sind die Sammelklassen eingerichtet worden. Es sind selbständige, einklassige Hilfsschulen für Schwer-

schwachsinnige. Sie sind der Hilfsschule nur räumlich angegliedert und nehmen die Kinder erst auf, nachdem sich der Besuch der Hilfsschule zwei Jahre lang als erfolglos erwiesen hat. Mehr als die Hälfte der Unterrichtszeit verwendet die Sammelklasse auf die Ausbildung der körperlichen Geschicklichkeit. Um den erzieherischen Einfluß auf die Kinder zu verstärken, bleiben sie nachmittags in einem Hort vereinigt. Die Sammelklasse hat also den Charakter einer Tagesanstalt angenommen. Der Hort war ursprünglich von dem Erziehungs- und Fürsorgeverein eingerichtet worden, ist aber am 1. April 1927 als städtische Einrichtung in die Verwaltung der Schulbehörde übergegangen. Die Eltern sind verpflichtet, ihr Kind in den Hort zu schicken. Das Mittagessen erhalten die Kinder aus der Volksküche, zumeist unentgeltlich.

Die Entwicklung der Sammelklassen ist aus folgendem zu ersehen:

1917 wurden die ersten 3 Sammelkl. eröffnet m.	38	Kd.	(im engeren Berlin)
1926 bestehen	9	"	" 135 " (70 Knaben 65 Mädchen)
1927 "	9	"	" 120 " (73 " 47 ")
i. Gr.-Bln. bestehen 1926	14	"	" 223 " (119 " 104 ")
1927	15	"	" 176 " (105 " 71 ")

Eine Sammelklasse vereinigte eine Zeitlang nur hörstumme schwerschwachsinnige Kinder in sich und war deshalb erst der städtischen Taubstummenschule und dann der I. Sprechheilschule beigegeben. Die geringe Zahl dieser Kinder und die weiten Schulwege nötigten schließlich dazu, die Klasse wie jede andere Sammelklasse zu besetzen und die hörstummen Kinder, entsprechend der Wohnung, auf die übrigen Klassen zu verteilen.

3. Die Hilfsfortbildungsschule.

(Hilfsberufsschule.)

Sie untersteht der Fortbildungsschulbehörde, ist aber in engster Fühlung mit der Hilfsschule (1906) gegründet, organisiert und geleitet worden. Sie setzt sich die Vollendung des Unterrichts und der erzieherischen Bildungsversuche der Hilfsschule unter Anpassung an den inzwischen erfolgten Eintritt des ehemaligen Hilfsschulkindes in die Gesellschaft und die erwerbliche Arbeit zur Aufgabe und sucht dabei festzustellen, ob die bisherigen heilpädagogischen Bemühungen den beabsichtigten Erfolg wirklich zeitigen. 1911 wurde die Hilfsfortbildungsschule Pflichtfortbildungsschule, und 1915 wurde sie selbständig durch ein eigenes Direktorat. Näheres über ihre weitere Entwicklung bis zur Gegenwart siehe 1. Verwaltungsbericht der neuen Stadtgemeinde Berlin über die Jahre 1920—1924. Berlin 1926. 4. Heft Wohlfahrtswesen.

4. Die Anstalten für geistig Schwache und Epileptische.

Beide Anstalten unterstehen dem Hauptgesundheitsamt und werden nur bezüglich ihrer pädagogischen Aufgaben von der Schulverwaltung mitbetreut. Für beide wurden nach dem Kriege den neuzeitlichen methodi-



Anstalt für Epileptische in Wuhlgarten. Lernen im Spiel: Auffüllen der 5.
(Das eine Mädchen trägt eine gepolsterte Kappe zum Schutz
bei plötzlichen Anfällen.)

schen Auffassungen entsprechenden Lehrpläne aufgestellt. In der Wittenauer Heilstättenschule wird ferner die nachgeahmte Familien-erziehung unter Mitwirkung des Lehrerkollegiums erstrebt, in der Wuhlgartener Anstaltsschule für Epileptische der Ausbau des Fortbildungsunterrichts für die Jugendlichen. Die Wittenauer Anstalt zählte:

1904:	180	Kinder	(128	Knaben,	52	Mädchen)	in	12	Klassen
1926:	175	„	(128	„	47	„	„	11	„
1927:	168	„	(111	„	57	„	„	11	„

Die Wuhlgartener Anstaltsschule umfaßte:

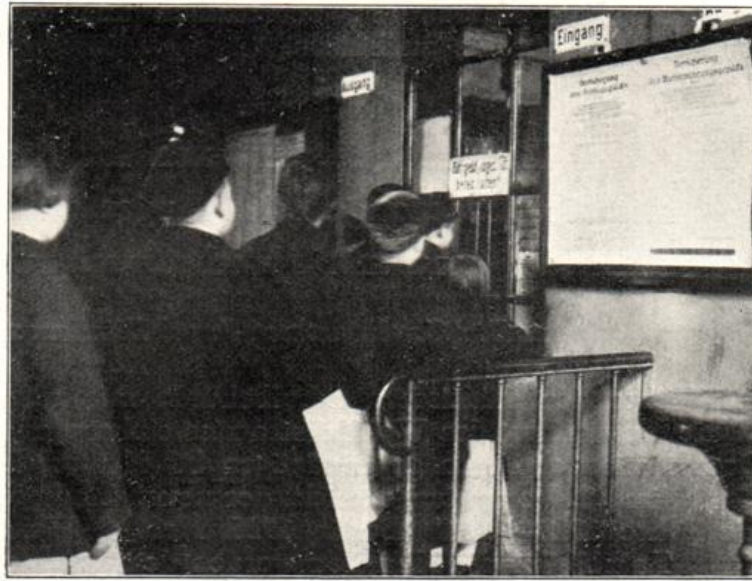
1893:	49	Kinder	(28	Knaben,	21	Mädchen)			
1908:	82	„	(52	„	30	„			
1926:	38	„	(27	„	11	„	in	3	Klassen
1927:	39	„	(26	„	13	„	„	3	„

Während man annehmen kann, daß in den Hilfschulen und der Wittenauer Anstalt sämtliche noch bildungsfähigen geistig schwachen Kinder vereinigt sind, in der letzteren besonders die Waisen und erziehlich und pfleglich unzureichend Versorgten, umfaßt die Wuhlgartener Anstalt keineswegs alle epileptischen Kinder.



Anstalt für Epileptische in Wuhlgarten. Sinnfällige Vorführung:
Übung im Knopfannähen.

Es ist darum erwogen worden, ob es nicht zweckmäßig wäre, die epileptischen Kinder, die sich noch nicht in der Anstaltspflege befinden, in besonderen, der Normal- oder Hilfsschule anzuschließen den Nebenklassen zu vereinigen und ihrem Leiden entsprechend zu fördern und zu erziehen. Die aus diesem Anlaß vorgenommenen Erhebungen ergaben folgendes:



Anstalt f. Epileptische in Wuhlgarten. Verkehrspraxis: Fahrkarten-Fordern.

1918 befanden sich unter den 210 483 Kindern der Normalschule im engeren Berlin 328 Epileptiker (145 Knaben, 183 Mädchen).

Davon waren leicht epileptisch: 258 (103 Knaben, 155 Mädchen), schwer epileptisch: 70 (41 Knaben, 29 Mädchen).

Nur bei 34 Kindern (17 Knaben und 17 Mädchen) wurde der Ausschluß von dem Normalschulunterricht als unbedingt notwendig bezeichnet, doch sträubten sich die Eltern von 23 dieser Kinder gegen die Überweisung in die Anstalt, zum Teil der Kosten wegen, die für den Unterhalt erhoben werden müssen.



Anstalt für Epileptische in Wuhlgarten. Ausscheiden eines Schülers vom Unterricht. Anzeichen der Beklemmung durch den Schüler vorn.

Von der Einrichtung besonderer Klassen für die 54 in den sämtlichen Berliner Schulen vorhandenen epileptischen Kinder sah die Schulbehörde ab. Sie fürchtete, durch die weitem Schulwege und die damit verbundene Aufregung und Anstrengung bei manchen Kindern

häufigere Krampfanfälle zu verursachen und dadurch den Kindern mehr zu schaden als zu nützen.

D. Die Sonderschulen für Kinder mit Abschwächungen des Auges und des Ohres und mit Sprachstörungen.

1. Die Taubstummen- und Blindenschule,

die früher der städtischen Schulbehörde mit unterstellt waren, sind in die Verwaltung des Wohlfahrtsamtes einbezogen worden. Über ihre Organisation und den gegenwärtigen Stand ihrer Entwicklung ist berichtet im „1. Verwaltungsbericht der neuen Stadtgemeinde Berlin über die Jahre 1920—1924“ (Berlin 1926, Heft 4, Wohlfahrtswesen).

Taubblinde Kinder werden dem privaten Taubblindenheim in Nowawes zugeführt.

2. Die Schwerhörigenschulen.

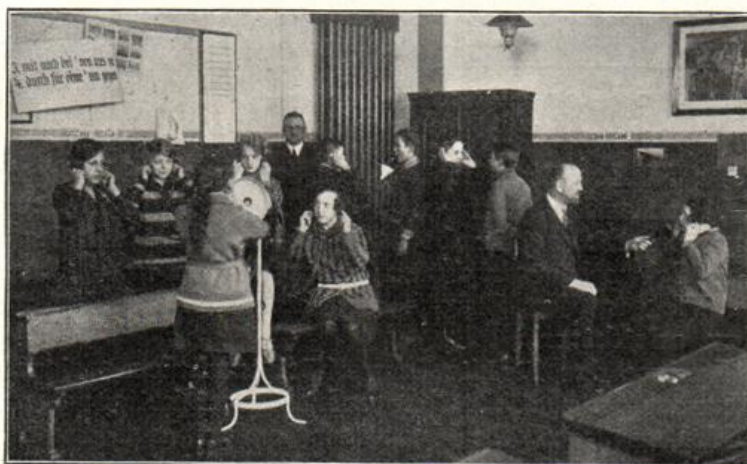
Die Entwicklung der Schwerhörigenschulen im engeren Berlin ist aus folgender Aufstellung ersichtlich:

Am 1. 5. 02	bestanden	1 Schwerh.-Kl. und — organ. Schwerh.-Sch. mit 10 Kd.
„ 1. 5. 03	2	20
„ 1. 5. 04	3	28
„ 1. 5. 05	6	54
„ 1. 5. 06	9	80
„ 1. 5. 07	10	90
„ 1. 5. 08	13	105
„ 1. 5. 09	16	130
„ 1. 5. 10	17	141
„ 1. 5. 11	23	215
„ 1. 5. 12	24	249
„ 1. 5. 13	27	287
„ 1. 5. 14	28	311
„ 1. 5. 15	28	302
„ 1. 5. 16	28	280
„ 1. 5. 17	24	282
„ 1. 5. 18	24	287
„ 1. 5. 19	25	282
„ 1. 5. 20	26	339
„ 1. 5. 21	27	310
„ 1. 5. 22	26	(158 Knaben und 152 Mädchen) 4 organ. Schwerh.-Sch. mit 281 Kd. (139 Knaben und 142 Mädchen)
„ 1. 5. 23	27	4 organ. Schwerh.-Sch. mit 286 Kd. (136 Knaben und 150 Mädchen)
„ 1. 5. 24	26	4 organ. Schwerh.-Sch. mit 284 Kd. (134 Knaben und 150 Mädchen)
„ 1. 5. 25	27	4 organ. Schwerh.-Sch. mit 283 Kd. (138 Knaben und 145 Mädchen)
„ 1. 11. 25	27	4 organ. Schwerh.-Sch. mit 269 Kd. (130 Knaben und 139 Mädchen)

Schwerhörigenschulen

Am 1. 5. 26	bestanden	27	Schwerh.-Kl. und	4	organ. Schwerh.-Sch. mit 297 Kd. (144 Knaben und 153 Mädchen)
„ 1. 11. 26	„	27	„	„	4 organ. Schwerh.-Sch. mit 283 Kd. (137 Knaben und 146 Mädchen)
„ 1. 5. 27	„	28	„	„	4 organ. Schwerh.-Sch. mit 295 Kd. (143 Knaben und 152 Mädchen)
„ 1. 11. 27	„	29	„	„	4 organ. Schwerh.-Sch. mit 291 Kd. (144 Knaben und 147 Mädchen)

Auch in Charlottenburg und Neukölln besteht je eine Schwerhörigenschule, so daß zur Zeit in Groß-Berlin vorhanden sind: 6 Schwerhörigenschulen mit 38 Klassen und 410 Kindern (214 Knaben, 196 Mädchen). Der äußere Bestand der Schwerhörigenschulen hat sich seit Kriegsende nicht erheblich verändert (erweitert nur durch die



Schwerhörigen-Schule: Benutzung des Vielhörers und Einzelhörers

Neuköllner Klassen und Schule), der innere Betrieb aber wesentlich vervollkommnet.

Die Schwerhörigenschule ist für geistig normale Kinder bestimmt und organisiert sich darum wie eine Normalschule. Sie hat die Aufgabe, die Hörreste der Kinder vorsichtig auszunutzen, das Auge durch das Absehen zur Mithilfe bei der Auffassung zu erziehen und der sich naturgemäß ergebenden Vernachlässigung der Sprache entgegenzuarbeiten. Da ihr Unterrichtsverlauf langsamer ist als der der Normalschule, schränkt sie die Stoffmenge, die die letztere bewältigt, ein, sucht deren Ziele aber ungefähr zu erreichen. Durch die Anwendung natürlicher und künstlicher Hilfsmittel, die Pflege der Hörseh-Methode und eine gewisse Unterrichtstechnik, die die Kinder möglichst frühzeitig zur Selbsthilfe und gegenseitigen Unterstützung erzieht, erreicht sie einen zwar langsam, aber stetig fortschreitenden Fluß des Unterrichts.

Die aus ihr zur Entlassung kommenden Kinder fänden in weiterführenden Schulen, falls sie sich dazu eigneten, keinen entsprechenden Unterricht und würden vom Besuch solcher Schulen bald zurückstehen



Schwerhörigen-Schule: Natürliche Schalleitung.

müssen. Die Schulbehörde beabsichtigt darum, sobald die hinreichende Schülerzahl vorhanden sein wird, ein 9. freiwilliges Schuljahr mit weiterführenden Zielen für begabte schwerhörige Kinder einer der bestehenden Schwerhörigenschulen anzuschließen und diesen Kindern damit den Weg in den Erwerb und eine ihren Anlagen angepaßte Tätigkeit zu erleichtern.

Die Auslese der für die Schwerhörigenschulen geeigneten Kinder aus der Normalschule stieß öfter auf Schwierigkeiten; oftmals unterblieb die Meldung, weil die Normalschule den Grad der Schwerhörigkeit zu günstig beurteilte und die mögliche Höchstausbildung selbst zu erreichen glaubte. Daß dem schwerhörigen Kinde dadurch aber die Gelegenheit, das Absehen zu erlernen, vorenthalten wurde, durfte nicht übersehen werden. Um die Lehrkräfte der Normalschule mit den Eigenarten der schwerhörigen Kinder und der Aufgabe der Schwerhörigenschule genauer bekanntzumachen, wurde sämtlichen Schulen ein „Merkblatt über die pädagogische Behandlung schwerhöriger Kinder“ übermittelt.

Zurückversetzt nach der Normalschule wurden 1925/26 aus den 4 Schwerhörigenschulen im engeren Berlin von 269 Kindern 7, 1926/27 von 283 Kindern 4 Kinder.

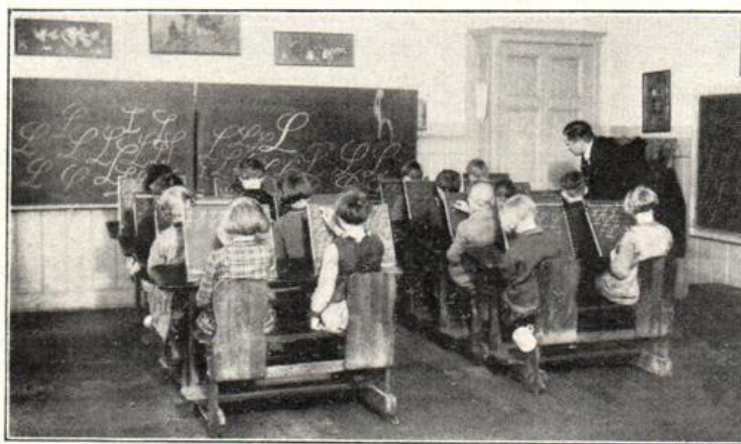


Erdkunde in der Sehschwachen-Schule.

3. Die Sehschwachenschulen.

Nach dem Vorbild der Mülhausener und Straßburger Einrichtungen wurden im engeren Berlin die ersten Sehschwachenklassen 1919 eröffnet. Ihre Entwicklung vollzog sich in folgender Weise:

Am 1. 5. 19	bestehen	3	Sehchw.-Kl. und	—	organ. Sehschw.-Sch. mit	32 Kd.
" 1. 5. 20	"	5	" " "	1	" " " "	90 "
" 1. 5. 21	"	9	" " "	1	" " " "	138 "
					(75 Knaben und 63 Mädchen)	
" 1. 5. 22	"	12	" " "	1	organ. Sehschw.-Sch. mit	165 Kd.
					(88 Knaben und 77 Mädchen)	
Am 1. 5. 23	bestehen	14	Sehchw.-Kl. und	2	organ. Sehschw.-Sch. mit	188 Kd.
					(98 Knaben und 90 Mädchen)	
" 1. 5. 24	"	15	" " "	2	organ. Sehschw.-Sch. mit	222 Kd.
					(116 Knaben und 106 Mädchen)	
" 1. 5. 25	"	16	" " "	2	organ. Sehschw.-Sch. mit	237 Kd.
					(118 Knaben und 119 Mädchen)	
" 1. 11. 25	"	16	" " "	2	organ. Sehschw.-Sch. mit	238 Kd.
					(120 Knaben und 118 Mädchen)	
" 1. 5. 26	"	17	" " "	2	organ. Sehschw.-Sch. mit	246 Kd.
					(120 Knaben und 126 Mädchen)	
" 1. 11. 26	"	18	" " "	2	organ. Sehschw.-Sch. mit	241 Kd.
					(115 Knaben und 126 Mädchen)	
" 1. 5. 27	"	18	" " "	2	organ. Sehschw.-Sch. mit	264 Kd.
					(118 Knaben und 146 Mädchen)	
" 1. 11. 27	"	18	" " "	2	organ. Sehschw.-Sch. mit	267 Kn.
					(122 Knaben und 145 Mädchen)	



Aus der Sehschwachen-Schule: Schreib-Lese-Unterricht.

In der Sehschwachenschule werden die Kinder vereinigt, deren Sehkraft so geschwächt oder herabgesetzt ist, daß sie dem Unterricht in der Normalschule nicht oder nur unter Überanstrengung der Augen folgen können. Einer angepaßten Behandlung gelingt es, sie ohne Schädigung ihrer schwachen Sehkraft zu den Zielen der Normalschule zu führen. Die besondere Aufgabe der Sehschwachenschule besteht

in der vorsichtigen Ausnutzung der verbliebenen Sehkraft unter Benutzung von natürlichen und künstlichen Hilfsmitteln, einer bestimmten Belichtung und Farbenwahl, von Großschrift und -druck und durch Einschränkung aller das Auge anstrengenden Arbeit, ferner in der besonderen Ausbildung des Gehör- und Tastsinnes als Ersatzkräfte. Die Sehschwachenschule baut sich wie eine Normalschule auf; sie legt auf die Pflege der Geschicklichkeit besonderen Nachdruck. 1925/26 gab sie von 238 Kindern 6, 1926/27 von 246 Kindern 3 an die Normalschule zurück.

4. Die Stottererkurse und die Sprachheilschulen.

Stottererkurse bestehen im engeren Berlin seit 1901.

1905/06	sind eingerichtet	23	Kurse mit	289	Kindern (214 Knaben und 75 Mädchen)
1913/14	„	29	„	—	„
1921/22	„	23	„	300	„
1924/25	„	15	„	204	„
1925/26	„	9	„	116	„
1926/27	„	11	„	125	„
1927/28	„	13	„	167	(127 Knaben und 40 Mädchen)

In den Bezirken 7—20 bestehen zur Zeit:

in Schöneberg	1	Kursus mit	35	Kindern (23	Knaben und	12	Mädchen)
„ Charlottenburg	40	Kurse	706	„	(397	„	309	„)
„ Zehlendorf	1	Kursus	9	„	(6	„	3	„)
„ Weißensee	3	Kurse	45	„	(35	„	10	„)
„ Wilmersdorf	1	Kursus	20	„	(15	„	5	„)
„ Tempelhof	3	Kurse	37	„	(23	„	14	„)
„ Reinickendorf	1	Kursus	7	„	(5	„	2	„)
„ Steglitz	1	„	10	„	(9	„	1	„)
„ Spandau	2	Kurse	25	„	(19	„	6	„)
„ Lichtenberg	4	„	64	„	(50	„	14	„)
„ Pankow	1	Kursus	7	„	(6	„	1	„)

in Groß-Berlin also: 71 Kurse mit 1132 Kindern (715 Knaben und 417 Mädchen).

Die Erfolge der Heilbehandlung erwiesen sich in der Regel am Schluß der Kursusarbeit als recht günstig, hielten jedoch, wie die Erfahrung immer wieder lehrte, nicht vor. Sobald das Kind der ständigen Mithilfe des Kursus entbehrte, stellte sich das Leiden wieder ein. Die Schulbehörde folgte darum dem Beispiele Hamburgs, indem sie die sprachgestörten Kinder in eigenen Schulen vereinigte und ständig dem heilpädagogischen Einfluß des Sprachheillehrers unterstellte. Durch eine ruhige Art der Behandlung, systematisch gepflegte Turn-, Atem-, Sprech- und Singübungen sucht diese Schule die Überlegung und Gewöhnung, das Selbstvertrauen und die Selbstbeherrschung der sprachkranken Kinder zu beeinflussen und damit die unterrichtliche und erzieherische Einwirkung zu sichern. Sie gleicht im Aufbau der

Normalschule und fördert somit die Kinder gleichlaufend. Die geheilten Sprachgebrechler gehen baldmöglichst in die Normalschule zurück; die Mehrzahl dieser Zurückversetzten sind meist ehemalige Stammer; die größere Zahl der Stotterer verbleibt während der ganzen Schulzeit in der Sprachheilschule. 1925/26 wurden von 338 Kindern 23, 1926/27 von 369 Kindern 22 (darunter 13 Stammer) zurückversetzt.

Die Entwicklung der Sprachheilschulen hat sich wie folgt vollzogen:

Am 1. 5. 21	bestehen	5 Sprachh.-Kl. und 1 Sprachh.-Sch. mit 98 Kd.
		(71 Knaben und 27 Mädchen)
„ 1. 5. 22	„ 6	„ und 1 Sprachh.-Sch. mit 122 Kd.
		(92 Knaben und 30 Mädchen)
„ 1. 5. 23	„ 10	„ und 1 Sprachh.-Sch. mit 175 Kd.
		(133 Knaben und 42 Mädchen)
„ 1. 5. 24	„ 13	„ und 1 Sprachh.-Sch. mit 206 Kd.
		(164 Knaben und 42 Mädchen)
„ 1. 5. 25	„ 15	„ und 1 Sprachh.-Sch. mit 287 Kd.
		(229 Knaben und 58 Mädchen)
„ 1. 11. 25	„ 20	„ und 2 Sprachh.-Sch. mit 338 Kd.
		(270 Knaben und 68 Mädchen)
„ 1. 5. 26	„ 21	„ und 2 Sprachh.-Sch. mit 358 Kd.
		(284 Knaben und 74 Mädchen)
„ 1. 11. 26	„ 21	„ und 2 Sprachh.-Sch. mit 360 Kd.
		(291 Knaben und 69 Mädchen)
„ 1. 5. 27	„ 21	„ und 2 Sprachh.-Sch. mit 353 Kd.
		(281 Knaben und 72 Mädchen)
„ 1. 11. 27	„ 21	„ und 2 Sprachh.-Sch. mit 353 Kd.
		(279 Knaben und 74 Mädchen)



Artikulations-Übung unter Benutzung eines Spiegels. Sprachheil-Schule in Berlin-Neukölln.

In Groß-Berlin tritt noch die Neuköllner Einrichtung hinzu, die am 1. 11. 27 besteht aus 6 Sprachheil-Klassen mit 69 Kindern (51 Knaben und 18 Mädchen).

Neben den Sprachheilschulen bestehen, wie aus der vorangestellten Übersicht hervorgeht, in einzelnen Stadtgegenden für weit entfernt wohnende Kinder auch jetzt noch Stotterererkurse. Ihre Zahl hat sich, wie aus obiger Tabelle ersichtlich ist, seit Gründung der Schule stark vermindert. Die Abschlußprüfung der Kurse bezeichnete

1924/25:	32%	als	geheilt,	44%	als	gebessert,	24%	als	wenig	oder	nicht	gebessert,
1925/26:	42%	"	"	45%	"	"	13%	"	"	"	"	"
1926/27:	34%	"	"	52%	"	"	14%	"	"	"	"	"
1927/28:	38%	"	"	47%	"	"	15%	"	"	"	"	"

Den Eltern der wenig oder nicht gebesserten Sprachgebrechler wird nach Ablauf des Kursus dringend geraten, ihr Kind trotz des weiten Schulweges einer Sprachheilschule zuzuführen.

E. Sonderschuleinrichtungen für schwer erziehbare Kinder.

Für die erziehlich gefährdeten und kriminell gewordenen Kinder, die ihren natürlichen Erziehern nicht mehr belassen werden können, sind vom Landesjugendamt Maßnahmen für eine angepaßte fürsorgereiche Erziehung und Pflege getroffen. (Näheres über die Unterbringung dieser Kinder und Jugendlichen in fremder Familienpflege, in den städtischen und in privaten Fürsorgeerziehungsanstalten siehe 1. Verwaltungsbericht 1926, 4. Heft.)

Die zuletzt zu diesen Einrichtungen übergehenden Kinder machen sich aber in der Regel schon vorher im Verbande der öffentlichen Schule bemerkbar, indem sie der Schulzucht erhebliche Schwierigkeiten bereiten. Zu ihnen gesellen sich Schwererziehbare, die infolge eines Übermaßes an Kraft, von Verziehung, Aufhetzung und Verwahrlosung ein in der Gesamterziehung der übrigen Kinder auf die Dauer kaum erträgliches Verhalten an den Tag legen. Die wiederholten Klagen verschiedener Schulen veranlaßten darum die Schulbehörde, Maßnahmen zu erwägen, die sowohl geeignet wären, den schwer erziehbaren Kindern in ihrem Kampfe zwischen Eigenart und Entwicklungshemmung, zwischen Schicksal, Schuld und Umwelt ein wirklicher Helfer zu sein, als die Mitschüler und Lehrer vor nutzlosen Zeit- und Kraftverlusten zu bewahren.

Um auch hier den Umfang des praktischen Bedürfnisses genauer zu erfassen, erschien es zunächst notwendig, sich über die Anzahl der Schwererziehbaren innerhalb der Normalschule Klarheit zu verschaffen. Auf Grund der Allgemeinerfahrung nimmt man an, daß sich in jeder größeren Schule ein bis zwei solcher Kinder befinden. Diese Annahme scheint zuzutreffen, denn Anfang 1926 kam die Schuldeputation im engeren Berlin auf Grund einer Umfrage zu folgendem Ergebnis:

Von den zur Zeit bestehenden 300 Volksschulen meldeten 154

Schwer erziehbare Kinder

Schulen keinen Fall, 146 Schulen 370 Fälle, nämlich 209 Knaben, 161 Mädchen (5:4), darunter 33 zurückliegende Fälle (bereits Entlassene), also 337 im schulpflichtigen Alter stehende Kinder. Von diesen 337 Kindern war bei 322 das Alter, bei 328 die Klasse bekannt.

Im Alter von	6	7	8	9	10	11	12	13	14	Jahren
standen	1	13	20	27	37	45	58	53	68	Kinder,
In der	8.	7.	6.	5.	4.	3.	2.	1.		Klasse
saßen	26	24	52	63	70	54	26	13		Kinder,
Davon kamen für die Hilfs-	17	10	4	—	—	—	—	—		Kinder,
schule in Betracht										
waren epileptisch od. geistig	1	—	2	1	3	2	—	1		Kinder;
schwer krank										
als schwer erziehbar an sich	8	14	46	62	67	52	26	12		Kinder,
waren also zu bezeichnen										

also 287 Fälle.

Bei 137 dieser Fälle machten die Schulen bezüglich der weiteren Behandlung der Kinder keine bestimmten Vorschläge, so daß man annehmen konnte, daß sie von der Normalschule zur Zeit noch zu ertragen waren.

Bei 150 Fällen erfolgte aber ein bestimmter Vorschlag, und zwar wurde für notwendig erachtet:

1. (unter ausdrücklicher Ablehnung der Anstalts-
erziehung) Beaufsichtigung und Beschäftigung in
der schulfreien Zeit in 26 Fällen,
2. ein besonderer Pfleger oder besondere Auf-
sicht in 7 „
3. eine andere häusliche Umgebung, möglichst Fa-
milienerziehung, unter Umständen auf dem
Lande, in 28 „
4. Einzelerziehung und -unterricht, also Ausschluß
aus der Normalklasse, in 9 „
5. eine besondere Erziehung und Belehrung in
kleinen Klassen oder „Kursen“ in 9 „
6. Unterbringung in heilpädagogischen Anstalten
oder im Psychopathenheim, da in der Stadt
keine Einrichtungen für solche Kinder vorhanden
seien, in 48 „
7. Unterbringung in Fürsorgeerziehung in 23 „

In fast 50% der Fälle wurde Verziehung durch das Haus oder Verhetzung oder Verführung durch natürliche oder zufällige Mit-
erzieher als Hauptgrund oder mitwirkende Ursache der Schwererzieh-
barkeit angegeben.

Die Fälle der Schwererziehbarkeit in der Normalschule häufen
sich also mit den aufsteigenden Altersstufen, und die Mehrzahl drängt
sich auf die Klassen VI—III zusammen. Mit der Rückständigkeit
einer nicht geringen Zahl der Schwererziehbaren im Schulaufstieg wäre
also zu rechnen.

Eine Rundfrage im Januar 1928, die über den Charakter einer
etwa zu treffenden heilpädagogischen Maßnahme genauen Aufschluß
gab, hatte folgendes Ergebnis: Gemeldet werden von 78 Schulen

Erziehungsklassen (E-Klassen)

(52 Knaben- und 26 Mädchenschulen) 164 Kinder (119 Knaben und 45 Mädchen). Von diesen besuchen die

8.	7.	6.	5.	4.	3.	2.	1.	eine noch nicht fest- gestellte Klasse	
5	12	26	15	18	24	14	1	4	119 Kn.
2	5	16	8	7	4	2	—	1	45 M.
7	17	42	23	25	28	16	1	5	164 K.,

von denen jedoch 14 Knaben und 6 Mädchen ausscheiden, da sie Ostern und Michaelis 1928 schon zur Entlassung kommen, so daß 144 Kinder (105 Knaben und 39 Mädchen) zu berücksichtigen wären. Die Charakteristik dieser Kinder weicht nicht wesentlich ab von der durch die ersten Umfragen festgestellten.

In der Erkenntnis, daß zwischen der Normalschule einerseits und der Fürsorgeerziehungsanstalt und dem Psychopathenheim (für nachweislich im Gemüts- und Willensleben krankhaft Veranlagte) andererseits eine Einrichtung für die Schwererziehbaren fehlt, die im Verband der ersteren nicht länger ertragen werden können und der Fürsorgeerziehung anheimfallen werden, wenn nicht rechtzeitig der Versuch unternommen wird, sie durch eine ihrer Eigenart angepaßte und darum anders geartete Erziehung zu beeinflussen, — beabsichtigt die Schulbehörde, in der Form von besonderen Erziehungsklassen (E-Klassen) eine Zwischeneinrichtung zu schaffen, die sich dem Aufbau günstig gelegener Normalschulen eingliedert, bezüglich ihres inneren Betriebes aber völlig selbständig ausgestaltet. Grundsätzlich sollen diese Klassen nach außen weder unter einer bestimmten Bezeichnung noch einer unterscheidenden Beurteilung, sondern als Parallelklassen der Normalschule in Erscheinung treten, in ihrem inneren Ausbau aber dem Tätigkeits- und Selbstständigkeitsdrange weitgehend Rechnung tragen. Mit der versuchsweisen Eröffnung von 1 bis 3 Klassen dieser Art ist im Schuljahre 1928 zu rechnen.

II.

Die einheitliche und gleichmäßige Durchführung des Sonderschulwesens.

Für dieses Ziel muß bei vielen heilpädagogischen Bestrebungen der pflichtmäßige Schulbesuch als erste Voraussetzung angesehen werden. Die Schulpflicht des Hilfsschulkindes fand zwar Bestätigung durch die Entscheidung des VIII. Senats des Kammergerichtes vom 8. September 1904, über die der übrigen Sonderschulkinder bestanden jedoch längere Zeit Zweifel, wenngleich auch ihre Sonderschuleinrichtungen als pädagogisch notwendige Abteilungen der allgemeinen Volksschule anzusehen sind. Es wurde darum beabsichtigt, den geeigneten

Schulversäumnisfall einer anderen Sonderschule bis zur letzten gerichtlichen Entscheidung durchzuführen. Die ersten Gerichtsentscheidungen in solchen Straffällen bezogen sich jedoch stets auf den obengenannten Kammergerichtsbeschluß, so daß seine rechtliche Geltung auch für alle anderen Schuleinrichtungen angenommen werden konnte. Der Schulbesuch jedes Sonderschulkindes, also des zur Vor-, B- und Abschlußklasse, Hilfs-, Schwerhörigen-, Sehschwachen-, Sprachheil- und Tuberkulösenschule zugewiesenen, wurde daher in der letzten Zeit allgemein als pflichtmäßig angesehen. Die Deputation für Schulwesen brachte diese Auffassung namens der städtischen und staatlichen Schulverwaltung aber noch besonders in einer Erklärung (vom 6. Mai 1927) zum Ausdruck. Nur bezüglich der Schulkindergärten ist die Frage des pflichtmäßigen Besuches noch nicht völlig geklärt.

Die Gründung der neuen Stadtgemeinde drängte zur praktischen Durchführung eines einheitlichen und gleichmäßigen Ausbaues des Sonderschulwesens. Schon 1921 erfolgten auf Grund einer Denkschrift die ersten Schritte; sie waren jedoch nur vorbereitender Art. Die Bestrebungen der Schulverwaltung kamen den Wünschen der beteiligten Lehrerschaft, der in Lehrplan- u. a. Konferenzen Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden war, entgegen. Sie entsprachen auch der Ansicht der Schulaufsichtsbehörde und fanden die ausdrückliche Zustimmung der Schuldezernenten aller Bezirke in der Sitzung am 14. Mai 1926. Sie beziehen sich auf folgende Gesichtspunkte:

1. Um für jede Sonderschule einen ungefähr gleichbleibenden Schulbesuch zu sichern, wurden die Einschulungsbezirke festgelegt, für die nur in wenigen ausgebauten Schulorganismen bestehenden (Schwerhörigen-, Sehschwachen-, Sprachheilschulen, Sammel-, Abschluß-Klassen und Schulkindergärten) ohne Rücksichtnahme auf die Bezirksgrenzen. Da manchem Kinde der weitere und anstrengende Schulweg nicht zugemutet werden kann und die Eltern nicht in der Lage sind, die Fahrtkosten aufzubringen, wird in geeigneten Fällen eine Freikarte gewährt. Im Jahre 1927/28 erhielten

in den Hilfsschulen	36
in den Schwerhörigenschulen	115
in den Sehschwachenschulen	142
in den Sprachheilschulen	122
in der Freiluftschule	66
in Abschlußklassen	17
	<hr/>
	498 Kinder

Freifahrkarten im Gesamtbetrage von 21735 RM.

2. Um die richtige Differenzierung des Kindermaterials durchzuführen, jedes Kind auch tatsächlich der Sonderschule zu überweisen, der es seiner Eigenart nach zugewiesen werden müßte, und eine irrtümliche Zuschulung möglichst zu vermeiden, wurden die Personalbogen jeder Sonderschulart den neuzeitlichen psychologischen, pädagogischen und medizinischen Anschauungen entsprechend neu bearbeitet und mit dem Zweck

eines einheitlichen Aufnahmeverfahrens im ganzen Stadtgebiet gleichmäßig in Gebrauch genommen. Nach wie vor trifft die Schuldeputation die letzte Entscheidung über die Zuweisung eines Kindes auf Grund sehr gründlicher, auf längere Beobachtung, wissenschaftlich-psychologische Prüfung und ärztliche Untersuchung gegründete Gutachten der Normalschule, bzw. des Schul- oder Facharztes und der betr. Sonderschule. Hierbei ist festzustellen, daß sich die Sicherheit in der richtigen Beurteilung der Fälle wesentlich erhöht hat. Im engeren Berlin wurden von den zum Beginn des Schuljahres gemeldeten Kindern der Normalschule

	1925	1926	1927
der Vorklasse		97%	93%
der Hilfsschule		96%	94%
der Schwerhörigenschule . .	70%	74%	71%
der Sehschwachenschule . .	74%	72%	74%
der Sprachheilschule . . .	89%	59%	63%

tatsächlich überwiesen, wobei zu beachten ist, daß bei Überweisungen nach den 3 letztgenannten Schularten die fachärztliche Begutachtung naturgemäß eine stärkere Berücksichtigung erfahren muß als bei Meldungen für die 2 erstgenannten, wenngleich den pädagogischen Gründen jedes Antrages voll Rechnung getragen wird.

3. Um dem Sonderschullehrer eine schnelle und richtige Beurteilung der einzelnen Kindesnatur, sowie die angepaßte und beste Behandlung der Kinder zu ermöglichen, ist eine mäßige Besetzung der Sonderschulklassen vorgesehen:

für Hilfsschulen: Unterstufe	16	
Mittelstufe	18	
Oberstufe	20	
Sammelklasse	16	(Höchstbesetzung)
für Schwerhörigenschulen	12	„
für Sehschwachenschulen	12	„
für Sprachheilschulen	18	„
für die Schule für Tuberkulose	20	„

Die Verwaltung richtet dauernd ihr Augenmerk darauf, daß die tatsächlichen Ziffern von diesen Sätzen nicht, bzw. nicht erheblich abweichen.

Im engeren Berlin

haben am 1. 5. 1926

am 1. 5. 1927

in d. Hilfs-

schulen

die 27 I. Kl. eine Durchschnittsbesetzung von 21,8

die 27 I. Kl. eine solche

von 20,48

30 II. „	„	18,86	„	33 II. „	„	18,52
34 III. „	„	18,56	„	33 III. „	„	18,45
33 IV. „	„	17,88	„	32 IV. „	„	17,47
30 V. „	„	16,40	„	27 V. „	„	16,48
25 VI. „	„	15,08	„	26 VI. „	„	15,15

	9 Sammel-		die 9 Sammel-
	Klassen	von 14,88	Kl. von 13,33
i. d. Schwer-			
hörigensch. in 27 Klassen		„ 11,00	in 28 Kl. „ 10,53
i. d. Sehschw.-			
Schule in 17 „	„	„ 14,47	„ 18 „ „ 14,66
i. d. Sprachh.-			
Schule in 21 „	„	„ 17,38	„ 21 „ „ 16,81
i. d. Tuberk.-			
Schule in 5 „	„	„ 23,00	„ 5 „ „ 23,00

4. Es erwies sich als zweckmäßig, die Normalschulen, aus denen fast alle Sonderschulkinder übernommen werden, über das Bestehen der verschiedenen Sonderschulen, ihre Lage, ihren Zweck, ihre Organisation und Arbeitsweise durch Übermittlung der einschlägigen Drucksachen fortlaufend zu unterrichten, ihnen die Beschäftigung mit heilpädagogischen Fragen in den Konferenzen zu empfehlen und die rechtzeitige Beantragung von Überweisungen geeigneter Kinder durch Vorlage der entsprechenden Formulare zu einem bestimmten Zeitpunkt im Jahre (10. Januar) zu regeln.
5. Um fortlaufend über den Stand der Sonderschulen und auch über leise Veränderungen der äußeren und inneren Organisation genau unterrichtet zu sein und diese zur allgemeinen Orientierung bekanntgeben zu können, um ferner allmählich zu den exakten Verhältniszahlen und Richtprozentsätzen zu kommen, deren einige schon jetzt deutlich werden, wurde besonderer Wert auf bestimmte, regelmäßig wiederkehrende statistische Erhebungen gelegt, so über:
 - a) die Zahl der im schulpflichtigen Alter stehenden Kinder sämtlicher Schulen und Klassen (Klassenbesetzung am 1. April und 1. Oktober jeden Jahres);
 - b) die Zahl der sämtlichen Schulanfänger, also der schulpflichtig gewordenen jeder Normalschule, der Privatschulen und des Privatunterrichtes;
 - c) die Zahl der vom Schularzt zurückgestellten unter den Schulanfängern;
 - d) die Zahl der jährlich für die Vor- und Förderklassen, Abschlußklassen, Hilfsschulen, Sammelklassen, Schwerhörigen-, Sehschwachen-, Sprachheilschulen, Stottererkurse, Schulen für Tuberkulose oder körperlich Kranke und dem Einzelunterricht überwiesenen Kinder;
 - e) die Verhältniszahlen des Aufstiegs in den organisierten Sonderschulen;
 - f) die Prüfungsergebnisse in den Vorklassen und Stottererkursen;
 - g) die Zahl der Kinder an Normalschulen, die aus den V. und VI. Klassen zur Entlassung kommen;
 - h) die Zahl der Kinder, die im Laufe des Schuljahres von den

- Sonderschulen nach den Normalschulen zurückversetzt worden sind;
- i) die Zahl der aus den einzelnen Normalschulen jährlich überwiesenen Sonderschulkinder;
 - k) die Zahl der in der I. Klasse der Sonderschule befindlichen Kinder, die bis zur Beendigung ihrer Schulpflicht diese Klasse länger als 1 Jahr besuchen müssen.
6. Um die auf die bisherige Erfahrung gestützte Erkenntnis über die zweckmäßigste und beste äußere und innere Gestaltung der Sonderschulbestrebungen als zur Zeit erreichten Höhepunkt der Entwicklung festzuhalten, wurden die „Bestimmungen über den Unterricht in den Berliner Hilfsschulen“ von 1911 zu den „Bestimmungen über den Unterricht in den Berliner Sonderschulen“ vom 9. Februar 1924 erweitert und die Lehrpläne aller Sonderschulen: der Hilfsschule, Schwerhörigen-, Sehschwachen-, Sprachheil-, Tuberkulöschule und des Schulkindergartens, neu bearbeitet oder erstmalig festgelegt, und zwar durch Beauftragte der Sonderschulkollegien. Die Pläne fanden die Zustimmung der Gesamtkollegien und dann auch, wie die Bestimmungen, die Genehmigung der städtischen Schul- und der staatlichen Schulaufsichtsbehörde.
7. Um in allen Bezirken die Bestorganisation jeder Sonderschulart zur Durchführung zu bringen, wurde möglichste Gleichartigkeit, besonders der äußeren Organisation, erstrebt, so in der Gestaltung
- der Vor-, Abschluß-, B-Klassen zu Förderklassen,
 - der Schulkindergärten zu Kindergärten für schulpflichtig gewordene Kinder,
 - der Sammelklassen zu selbständigen Hilfsschulklassen für Schwerschwachsinnige,
 - des selbständigen sechsstufigen Hilfsschulaufbaues,
 - der Einbeziehung vereinzelt bleibender Hilfsschulklassen in die nächstbelegene organisierte Hilfsschule und ihre Umgestaltung in Filialklassen der Unter- und Mittelstufe,
 - des Normalaufbaues der Schwerhörigen-, Sehschwachen-, Sprachheilschule und der Tuberkulöschule.
8. Die Mannigfaltigkeit der für gehemmte Kinder eingerichteten Schularten und die Verschiedenartigkeit der in Unterricht und Erziehung Schwierigkeiten bereitenden Einzelnaturen waren die Veranlassung, in der Verwaltung eine amtliche Stelle zu schaffen, die Eltern, Erziehungsverpflichteten und Lehrern unentgeltlich Aufschluß gibt über die richtige pädagogische Beurteilung und die zweckmäßigste Behandlung und Unterbringung eines zurückbleibenden oder eigenartigen Kindes, die in zweifelhaften Fällen auch von der Behörde um eine besondere heilpädagogische Begutachtung angegangen werden kann, und die eine enge Verbindung der Schulbehörde mit den gleichfalls heilpädagogische Ziele verfolgenden fremden

Verwaltungen und Einrichtungen unterhält. Diesem Zweck dient die seit 1916 eingerichtete heilpädagogische Sprechstunde, die wöchentlich einmal — Montags von $\frac{1}{2}$ 10— $\frac{1}{2}$ 12 Uhr im Stadthaus — abzuhalten Herr Magistratschulrat A. Fuchs beauftragt ist, und die von Eltern, Vormündern, Lehrern, Jugendämtern und der Schulverwaltung und anderen Behörden sehr oft um Begutachtung und Raterteilung in Anspruch genommen wird.

9. Nachdrücklich hat die Schulbehörde die erziehliche und pflégliche Seite der Sonderschulpädagogik zu fördern gesucht. Da gerade ihr ein wichtiger Teil der zu leistenden Hilfsarbeit zufällt und sie, wenn das vorschwebende Ziel wirklich erreicht werden soll, der weitgehendsten Unterstützung durch die privaten Vereinigungen, die sich die Fürsorge für bestimmte Gruppen abnormer Kindesnaturen zur Aufgabe stellen, bedarf, hat die Schulbehörde den Erziehungs- und Fürsorge-Verein, den Verein Berliner Kinderhort, den Verein für die Behandlung der Psychopathen, für Ferienkolonien u. a., durch Hergabe von Räumen und Einrichtungsgegenständen, Bewilligung von Geldmitteln, Zuweisung von Lehrkräften usw. oft und reichlich unterstützt. Die von dem Erziehungs- und Fürsorge-Verein ins Leben gerufenen und unterhaltenen Sammelklassenhorte hat sie am 1. April 1927 in ihre Verwaltung übernommen. Besondere Bedeutung legt sie auch den von dem Erziehungs- und Fürsorge-Verein organisierten „Schulausschüssen“ bei, die sich die Fürsorgearbeit an jeder Sonderschule zur Aufgabe setzen, die Beratung der Eltern ausführen, die Frühstücksspeisung, Ferienverschickung und die Hortpflege durch Fühlungnahme mit dem Jugendamt regeln, die Interessen des gehemmten Kindes nach außen, unter Umständen auch vor Gericht, vertreten und die Jugendvereinigungen der Schulentlassenen leiten.
10. Die allgemeine wirtschaftliche Lage gestattete während der Berichtsjahre nicht, allen Sonderschulen eigene Schulhäuser mit einer den zeitgemäßen Anforderungen entsprechenden Ausstattung übergeben zu können, doch war es auch in dieser bedrängten Zeit möglich, die Sonderschulen und -klassen mit den allgemein zweckmäßigen und den ihrer Arbeit dienenden besonderen Lehrmitteln, sowie mit dem notwendigen Arbeitsmaterial zu versorgen, einige auch in eigenen Schulräumen und entbehrlich gewordenen Schulhäusern unterzubringen und ihre Klassen mit elektrischem Licht zu versehen. Ja, der Hilfsschule in Spandau konnte 1927 sogar ein neues Schulhaus übergeben werden, bei dessen Bau der Baumeister, der Pädagoge und der Künstler den Bedürfnissen und Wünschen für zweckmäßige und einfach schöne Gestaltung und Ausstattung eines Hilfsschulhauses verständnisvoll nachgegangen sind und in der Gesamtanlage wie in vielen Einzelheiten etwas Musterhaftes geschaffen haben.

III.

Die Aus- und Fortbildung der Sonderschullehrer.

Der Erfolg aller heilpädagogischen Bemühungen ist nur dann gewährleistet, wenn die praktische Arbeit Lehrern in die Hand gegeben wird, die sich innerlich zu dieser Tätigkeit berufen fühlen, und die das erforderliche Rüstzeug besitzen, nämlich methodisches Geschick, Allgemeinerfahrung im Unterricht und in der Erziehung und besondere Ausbildung. Die Auswahl der geeigneten Lehrkräfte war daher stets die erste und wichtigste Sorge der Schulverwaltung. Sie unterstützte ferner jede Bestrebung, die auf die Verbreitung heilpädagogischer Ideen in Lehrerkreisen und die Behandlung spezialmethodischer Erfahrungen und Forschungen gerichtet war, und begrüßte es, daß jahrelang der „Erziehungs- und Fürsorge-Verein“ es sich angelegen sein ließ, durch Veranstaltung von Vorträgen die Hilfsschulbewegung im Fluß zu erhalten, und daß Ähnliches in der Vereinigung der Schwerhörigenlehrer, des Lehrervereins, des Rektorenverbandes, in den Vereinen für Kinderpsychologie und für die Behandlung jugendlicher Psychopathen geschah. Aber sie hielt sich auch für verpflichtet, von sich aus die besondere Ausbildung und Vorbereitung der Sonderschullehrerschaft zu fördern.

1. Ausbildung der Sonderschullehrer.

Zu Beginn des Jahrhunderts begünstigte sie die Ausbildungskurse Gutzmanns, später Schorsch (für Sprachheillehrer) und die Kurse Pipers (für Nebenklassenlehrer), veranstaltete aber schon 1906 einen ersten Ausbildungskursus für Hilfsschullehrer und übertrug dann die Veranstaltung von Ausbildungskursen für Hilfsschullehrer dem damaligen Rektor, jetzigen Magistratsschulrat Fuchs. 1910, 1911 und 1912 fanden dann Vor- und Fortbildungskurse für Hilfsschullehrer statt. Da diese Kurse auch von Auswärtigen besucht wurden, beabsichtigte die städtische Schulbehörde 1914, im Zusammenwirken mit Vertretern des Ministeriums und benachbarten Regierungen ein „Ausbildungsseminar“ ins Leben zu rufen, mußte aber die Vorbereitungen nach den ersten Ausschußsitzungen, des Kriegsausbruches wegen, abbrechen. 1916 entstand dann der Charlottenburger Ausbildungskursus. Die Berliner Ausbildungsgelegenheit lebte nach Kriegsende wieder auf und paßte sich allmählich dem nun bemerkbar werdenden Bedürfnis nach einer Vorbildung der Lehrer für Schwerhörigen-, Sehschwachen- und Sprachheilschulen an. Die Kurse 1919 bis 1920 und 1922 bereiteten diese Erweiterung vor, der Kursus 1923/24 aber gliederte sich schon in 8 Seminare (5 Hilfsschul- und

3 Sonderschul-Seminare) und war damit die erste Ausbildungsstätte für Sonderschullehrer.

Im Verlauf dieser beiden Jahre trat nun der Wunsch der in dem Hilfsschulverband Berlin-Brandenburg vereinigten Sonderschullehrerschaft nach einer Vereinigung der beiden Groß-Berliner Ausbildungsgelegenheiten an die Schulbehörde heran. Unter Zustimmung der Vertreter des Ministeriums und der Stadt erfolgte dann die Verschmelzung unter der Bezeichnung „Heilpädagogisches Ausbildungs-Seminar Berlin-Brandenburg“. Aus praktischen Gründen wurde es der Diesterweg-Hochschule als selbständige Abteilung angeschlossen. Dieses Seminar war auf 2 Jahre berechnet und nahm den Teilnehmer wöchentlich 15–20 Stunden in Anspruch. Um den Berliner Lehrkräften die neben der beruflichen Tätigkeit zu leistende Ausbildungsarbeit zu erleichtern, bewilligte ihnen die Schulbehörde eine Ermäßigung um 4 Stunden in der Woche. Das Seminar verlegte die wissenschaftliche Ausbildung, soweit einschlägige Vorlesungen in Betracht kamen, in die Universität und ergänzte diese durch besondere Fachvorlesungen in der Diesterweg-Hochschule. Die praktische Ausbildung der Teilnehmer geschah in 7 Einzelseminaren, die 4 Hilfs-, einer Schwerhörigen-, einer Sehschwachen- und einer Sprachheilschule angeschlossen waren. Hier erfolgte die theoretische und praktische Fachausbildung für die betreffende Sonderschule und in der Handarbeit.

Das Seminar zählte 135 Vollteilnehmer. Die Kosten wurden durch einen namhaften Beitrag der Stadt, durch Zuschüsse des Ministeriums und durch die Teilnehmergebühren gedeckt. Die nach Ablauf der 2 Jahre mit den Teilnehmern des Seminars abgehaltene Hilfsschullehrerprüfung (Ostern 1927) ließ deutlich die Gründlichkeit und Vielseitigkeit der theoretischen und praktischen Ausbildung der Prüflinge erkennen. Von den 51 Teilnehmern bestanden 14 mit „Sehr gut“, 15 mit „Gut“ und 20 mit „Genügend“; 31 erwarben damit die Anstellungsbefähigung für Hilfsschulen, 9 für Sprachheilschulen, 5 für Sehschwachenschulen und 4 für Schwerhörigenschulen.

Dem kritischen Beurteiler dieses zweijährigen Ausbildungskursus war nicht entgangen, daß der wesentlichsten Aufgabe, der praktischen Ausbildung, Erprobung und Ertüchtigung im Unterricht, die erforderliche Zeit nicht zur Verfügung gestellt werden konnte; daß ferner mit der Mehrbelastung der im Schuldienst tätigen Teilnehmer durch die Kursusarbeit die wünschenswerte Vertiefung in die wissenschaftliche Arbeit nicht zu vereinigen war und endlich die Verteilung der Kursusarbeit auf zwei Jahre für mehrere Arbeitsgebiete eine mehr zerstreuende als sammelnde Wirkung ausübte. Es wurde darum die Zusammendrängung der Ausbildung auf ein Jahr unter völliger Befreiung der Teilnehmer vom Schuldienst angeregt. Da sich die Verhandlungen über diese Neuorganisation jedoch bis in das Sommerhalbjahr 1927 erstreckten, mußte Ostern 1927 das zweite zweijährige Ausbildungsseminar, das auf die Jahre 1927/29 berechnet war, begonnen werden. Im Sommer 1927 aber beschloß die städtische Schulbehörde auf persönliche Initiative des Stadtschulrats Nydahl, vom

Oktober 1927 an 50 Lehrkräfte zum Zweck der Teilnahme an dem heilpädagogischen Seminar völlig zu beurlauben. Da auch das Ministerium der Umwandlung zustimmte, wurde am 1. Oktober 1927 das erste einjährige heilpädagogische Ausbildungsseminar Berlin-Brandenburg unter Innehaltung schonender Übergangsbestimmungen für die dem laufenden Semester bereits angehörenden Mitglieder eröffnet.

Zur Finanzierung des Heilpädagogischen Seminars wurden in dem Schuletat für 1928 18000 RM. eingesetzt, und die Schulverwaltung erklärte sich bereit, die Vertretungskosten für die aus dem Schuldienst beurlaubten Teilnehmer zu übernehmen, was bei 50 Lehrkräften etwa 165000 RM. ausmacht.

Die Organisation dieses Seminars 1927/28 ist aus dem nachfolgenden Plane ersichtlich:

A. Vorlesungen.

An der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin.

Winter-Semester 1927/28.

I. Verbindliche Vorlesungen:

- a) für alle Teilnehmer:
Universitätsprofessor Siegmund-Schultze:
„Jugendwohlfahrt (Geschichte, Grundsätzliches, wichtigste Arbeitszweige“).
Universitätsprofessor Dr. Wertheimer:
„Experimentell-psychologische Übungen“.
Privatdozent Dr. Kurt Lewin:
„Kinderpsychologische Übungen“.
- b) für Hilfsschullehrer:
Privatdozent Dr. Thiele:
„Allgemeine Psychiatrie, mit Krankendemonstrationen“.
Universitätsprofessor Dr. Stier:
„Psychische und nervöse Störungen im Kindesalter“.
- c) für Schwerhörigenlehrer:
Privatdozent Dr. Döderlein:
„Pathologische Anatomie des Ohres“.
Universitätsprofessor Dr. Brühl:
„Ohrenspiegelkurs, mit rhino-larynkologischen und anatomischen Demonstrationen“.
- d) für Sehschwachenlehrer:
Universitätsprofessor Dr. Levinsohn:
„Auge und Schule. (Ausgewählte Kapitel aus der Anatomie, Pathologie und Hygiene des Auges.)“
Universitätsprofessor Dr. Abelsdorff:
„Die Funktionsprüfung des Auges (Sehschärfe, Farbensinn u. ä.) und Brillenverordnung, mit praktischen Übungen“.
- e) für Sprachheillehrer:
Universitätsprofessor Dr. von Eicken und

Laboratoriumsleiter Wethlo:

„Experimentell-phonetisches Praktikum“.

Privatdozent Dr. Thiele:

„Über Aphasie, Apraxie und Agnosie“.

f) für Anstaltslehrer:

Universitätsprofessor Dr. Siegmund-Schultze:

„Übungen über Psychopathenfürsorge“.

Universitätsprofessor Dr. Stier:

„Psychische und nervöse Störungen im Kindesalter“.

II. Empfohlene Vorlesungen bei freiwilligem Besuch:

Universitätsprofessor Dr. Rupp:

„Einführung in die neuesten Schulbewegungen“.

Privatdozent Dr. Kurt Lewin:

„Kinderpsychologie (frühe Kindheit), mit Filmvorführungen“.

Universitätsprofessor Dr. Kramer:

„Psychopathologie des Kindesalters, mit Krankenvorstellungen“.

Universitätsprofessor Dr. K. L. Schaefer:

„Musikwissenschaftliche Akustik, mit Demonstrationen und Übungen“.

Universitätsprofessor Dr. Birnbaum:

„Psychologie und Psychopathologie des Verbrechers“.

Universitätsprofessor Dr. Schütz:

„Schulhygiene“.

Universitätsprofessor Dr. Möllers:

„Die Tuberkulose und ihre Bekämpfung, für Hörer aller Fakultäten“.

Sommer-Semester 1928.

I. Verbindliche Vorlesungen:

a) für alle Teilnehmer:

Spranger: „Philosophische Grundlegung der Pädagogik.“ —

Rupp: „Psychotechnische Uebungen.“ — Jaensch: „Über körperlich-seelische Zusammenhänge.“

b) für Hilfsschullehrer:

Creuzfeldt: „Klinische Fälle und anatomische Befunde aus dem Gebiete der Psychiatrie und Neurologie, mit Demonstrationen.“ — Kopsch: „Anatomie des Zentralnervensystems.“ — Kramer: „Psychopathologie des Kindesalters, mit Krankenvorstellungen.“

c) für Schwerhörigenlehrer:

Schaefer: „Psychophysiologie des Gehörs und der Stimme, mit Demonstrationen.“ — Kobrak: „Funktionsprüfungen des Ohres.“ — Brühl: „Ohrenspiegelkurs, mit Demonstrationen.“

- d) für Sehschwachenlehrer:
Abelsdorff: „Funktionsprüfung des Auges.“ — Wätzold:
„Die Krankheiten des Auges.“
- e) für Sprachheillehrer:
Gießwein: „Physiologie der Stimme und Sprache.“ —
Eicken-Wethlo: „Experimentell-phonetisches Praktikum.“

II. Wahlvorlesungen:

von Allesch: „Übungen zur Denkpsychologie.“ — Schaefer:
„Psychophysiologie des Gehörs und der Stimme“, mit Demon-
strationen. — Lewandowski: „Ärztliche Jugendfürsorge.“
— Schütz: „Schulhygiene.“ — Levinsohn: „Auge und
Schule.“ — Gottstein: „Die Krankheiten des Schulkindes.“
— Sigm. Schultze: „Die fürsorgliche und erzieherische
Behandlung von gefährdeten und schwererziehbaren Jugend-
lichen.“ — Spitta: „Hygiene im täglichen Leben.“

B. Heilpädagogische Fachvorlesungen in der Diesterweg-Hochschule,

Berlin C, Georgenstraße 30/31.

Magistratsschulrat Fuchs:
„Aufgabe und Umfang der Heilpädagogik“,
Studienrat, Direktor Dr. Rosenkranz:
„Grundlagen und Entwicklung der Heilpädagogik“,
Regierungs- und Schulrat Hylla:
„Biologische Psychologie“,
Rektor Paul Müller:
„Kinderpsychologie“,
Rektor Rebhuhn:
„Differentielle Psychologie“,
Universitätsprofessor Dr. K. L. Schaefer:
„Medizinische Psychologie“,
Lic. Jahn:
„Psychologische Voraussetzungen für die Erziehung Ab-
normer“,
Rektor W. Raatz:
„Hilfsschulpädagogik“,
Berufsschuldirektor Dressler:
„Die Sonderfortbildungsschulen“,
Rektor Gnerlich:
„Sonderschulfürsorge“,
Rektor Reinfelder:
„Die Pädagogik der Schulen für Schwerhörige“,
Rektor Herzog:
„Die Pädagogik der Schulen für Sehschwache“.

Rektor Uhlmann:

„Die Pädagogik der Schulen für Sprachgebrechler“.

Rektor Bauer:

„Die Pädagogik der Freiluftschule für tuberkulöse Kinder“.

Direktor Würtz:

„Krüppelpädagogik“.

Obermagistratsrat Knaut, Direktor Rake, Direktor Adomeit,

Direktor Schüssler und Anstaltshilfsschullehrer Leutke:

„Über Unterricht und Erziehung der normalen und geistig schwachen Kinder und Jugendlichen in den Fürsorgeerziehungsanstalten“.

Rektor Koch:

„Geschichte und Literatur der Hilfsschulpädagogik“.

Dr. Zumstegg:

„Sprachkrankheiten und ihre Behandlung“.

Obermagistratsrat Dr. Schoenberger:

„Die rechtliche Stellung der Sonderschule“.

Dr. med. Erwin Straus:

„Schülerdemonstrationen“.

Magistratsschulrat Dr. Pagel:

„Beiträge zur Psychopathologie Jugendlicher aus der schönen Literatur des 20. Jahrhunderts“.

C. Methodisch-praktische Fachausbildung in den Seminaren.

Teilnahme verbindlich.

I. Seminare für Hilfsschullehrer und Anstaltslehrer:

- a) an der XI. Hilfsschule in Berlin, N 4, Bergstraße 58.

Leiter: Rektor Gnerlich.

Dienstags von 8—11 Uhr

Mittwochs „ 8—12 „

Donnerstags „ 8—11 „

Sonnabends „ 10—1 „

Vorlesungen über Sonderschulpädagogik und -methodik, Hospitationen, Lehrversuche, Schülerbeobachtungen, Schüleranalysen, Probelektionen usw. (Für etwa in diese Zeit fallende Vorlesungen an der Universität sind die betreffenden Teilnehmer beurlaubt.)

- b) an der X. Hilfsschule in Berlin, N 37, Kastanienallee 82.

Leiter: Rektor Zausch.

Arbeitstage und Arbeitsplan wie unter Ia.

- c) an der II. Hilfsschule in Berlin-Schöneberg, W 30, Hohenstaufenstraße 49.

Leiter: Rektor Koch.

Arbeitstage und Arbeitsplan wie unter Ia.

- d) an der III. Hilfsschule in Charlottenburg, Bleibtreustr. 43.
Leiter: Rektor Raatz.
Arbeitstage und Arbeitsplan wie unter Ia.

II. Seminar für Schwerhörigenlehrer

- an der I. Schwerhörigenschule in Berlin, N 58, Pappelallee 41/42.
Leiter: Rektor Reinfelder.
Arbeitstage und Arbeitsplan wie unter Ia.

III. Seminar für Lehrer an Sehschwachenschulen

- an der I. Schule für Sehschwache in Berlin, N 31, Stralsunder
Straße 54.
Leiter: Rektor Herzog.
Arbeitstage und Arbeitsplan wie unter Ia.

IV. Seminar für Sprachheillehrer

- an der I. Sprachheilschule in Berlin, O 27, Krautstraße 49.
Leiter: Rektor Uhlmann.
Arbeitstage und Arbeitsplan wie unter Ia.

Heilpädagogisches Archiv

- in Berlin N 58, Senefelderstraße 6.
Leiter: Konrektor Klein.
Das Archiv ist für alle Seminarteilnehmer an zwei Tagen zu wissen-
schaftlichen Arbeiten geöffnet.

D. Technische Ausbildung.

I. Hobelbankkurse:

- a) Werkstatt der XI. Hilfsschule in Berlin, Bergstraße 58.
Leiter: Hilfsschullehrer Hübner.
b) Werkstatt der III. Hilfsschule in Charlottenburg, Bleibtreu-
straße 43.
Leiter: Rektor Raatz.
c) Werkstatt der X. Hilfsschule in Berlin, Kastanienallee 82.
Leiter: Hilfsschullehrer Zech.
d) Werkstatt der I. Schwerhörigenschule in Berlin, Pappel-
allee 40/41.
Leiter: Schwerhörigenlehrer Dechert.

II. Pappkurse:

- a) Werkstatt der X. Hilfsschule in Berlin, Kastanienallee 82.
Leiter: Rektor Zausch.

Ausbildung der Sonderschullehrer

- b) Werkstatt der III. Hilfsschule in Charlottenburg, Bleibtreustraße 43.
Leiter: Hilfsschullehrer Albrecht und Chmara.
- c) Werkstatt der I. Schwerhörigenschule in Berlin, Pappelallee 40/41.
Leiter: Schwerhörigenlehrer Hiltner.

III. Fröbel- und Modellierkurse:

Werkstatt der II. Hilfsschule in Schöneberg, Hohenstaufenstraße 49.
Leiter: Rektor Koch.

IV. Hauswirtschafts- und Handarbeitskursus

in der I. Mädchenmittelschule in Berlin, Gubener Str. 53.
Leiterin: Fräulein Fangauf, Inspizientin des Nadelarbeits- und Hauswirtschaftsunterrichts.

V. Malendes und Typen-Zeichnen.

Konrektor Schulze.

Zusammenstellung der belegten Stunden:

	Summa der Stunden	Davon werden erteilt im	
		I. Semester	II. Semester
Verbindliche Universitätsvorlesungen für alle . . .	90	45	45
Verbindliche Universitätsvorlesungen f. jede Seminargruppe	90	45	45
Verbindliche Fachvorlesungen für alle Teilnehmer . . .	214	103	111
dazu wahlfreie Vorlesungen .	—	—	—
	394	193	201
Theorie und Praxis in der Sonderschule	360	180	180
Handarbeit u. Hauswirtschaft	90	45	45
	844	418	426

Jeder Teilnehmer wird also durch den Kursus wöchentlich 28—29 Stunden in Anspruch genommen.

Bei der Durchführung dieses Planes werden folgende Bestimmungen beachtet:

1. Die Anmeldungen zu den Universitätsvorlesungen und die Bezahlung der Universitäts-Einschreibe- und Hörgebühren finden

gemeinsam durch den Obmann statt, da den Seminar-
teilnehmern durch Ministerialerlaß besondere Vergünstigungen
gewährleistet sind.

2. Alle Teilnehmer werden im Austausch durch eine sechswöchent-
liche Hospitation (mit 12 Stunden pro Woche) in den Unter-
richtsbetrieb der Nachbarseminarien eingeführt. Außerdem
werden möglichst alle in Berlin vertretenen heilpädagogischen
Einrichtungen besichtigt.
3. Jeder Teilnehmer ist verpflichtet, in jedem Semester eine
wissenschaftliche oder eine pädagogisch-praktische Arbeit über
ein mit den Leitern der Fachseminare zu vereinbarendes Thema
anzufertigen und dem Ausschuß einzureichen.
4. Verbindlich ist für alle Teilnehmer die Ausbildung im Fröbel-
und Modellierkursus, außerdem für die Herren die Teilnahme
am Hobelbank- oder am Pappkursus, für Damen die Beteiligung
am Hauswirtschafts- und Nadelarbeits- oder am Pappkursus.
5. Am Schlusse des Lehrganges wird jedem Teilnehmer auf
Wunsch eine Bescheinigung über die absolvierten Vorlesungen
an der Universität, über die fachwissenschaftlichen Vorlesungen
an der Diesterweg-Hochschule, über die methodisch-praktische
Ausbildung im Fachseminar und über die technische Ausbildung
in den Handfertigkeiten ausgestellt.
6. Der Lehrgang schließt mit der staatlichen Prüfung für Hilfs-
und Sonderschullehrer im September 1929 ab.
7. An Hörgebühren sind von Vollteilnehmern 40 RM. pro Semester
für alle Veranstaltungen des Seminars, von Hospitanten an
den Vorlesungen und Übungen eines Seminars, von Gastteil-
nehmern an den Handfertigungskursen: 20 RM. für einen
Kursus und ein Semester, von Gasthörern einzelner Vortrags-
reihen: 10 RM. für eine Reihe und ein Semester zu zahlen.

Das Seminar umfaßt:

136 eingetragene Teilnehmer;
und zwar: 94 für Hilfsschulen,
9 „ Schwerhörigenschulen,
14 „ Sehschwachenschulen,
19 „ Sprachheilschulen,
ferner 6 Gasthörer.

Unter den Teilnehmern sind:

98 Lehrkräfte der Stadtgemeinde Berlin,
16 „ aus der Provinz Brandenburg,
13 „ aus den sonstigen Provinzen Preußens,
9 „ aus dem übrigen Deutschland.

Ferner:

97 wissenschaftliche Lehrer,
39 „ Lehrerinnen,

ferner:

72 angestellte Lehrkräfte,
53 beschäftigte Junglehrer und -lehrerinnen,
11 unbeschäftigte Hospitanten.

2. Fortbildung der Sonderschullehrer.

a) Tagungen.

Die Schulverwaltung mißt aber auch der Fortbildung der Sonderschullehrer eine besondere Bedeutung für die Weiterentwicklung und den Erfolg der Heilpädagogik und der Sonderschulbewegung bei und hält das Bekanntwerden der im Dienst stehenden Sonderschullehrer mit den Einrichtungen und Unterrichtsweisen anderer Städte und Länder, die Steigerung des Erfahrungswissens und das Beobachten fremden Könnens und fremden Erfolges für notwendig. Aus diesem Grunde ist sie selbst mehreren großen heilpädagogischen Verbänden in Deutschland als Mitglied beigetreten und hat ihre Tagungen beschickt, so die Hilfsschultage in Hannover 1924 und in München 1926, die Konferenz zur Pflege Geistesschwacher 1927 zu Kassel, den II. und III. Heilpädagogischen Kongreß in München 1924 und 1926 und den IV. in Leipzig 1928. Auch entsandte sie 1927 14 Sonderschullehrkräfte nach fremden Städten zur Besichtigung bestimmter heilpädagogischer Einrichtungen und Lehrmethoden, so nach Frankfurt a. M. und Düsseldorf (Lehrwerkstätten und Fürsorgeeinrichtungen für Hilfsschulkinder), nach Essen (Kochsche Fingerlesemethode und Hilfsschulturnen), nach Leipzig (Geistig-orthopädische Übungen in der Hilfsschule, Gesamt-Schulorganisation für Geistesschwache und Zurückgebliebene), nach Halle (Neuzeitlich ausgestalteter Handarbeitsunterricht in der Hilfsschule), nach Köln und Hamburg (Schwerhörigenschulen), nach Kalinborg in Dänemark (Sehschwachen- und Blindenschulen), nach Wien (Sprachheilschule), nach Hannover (Psychologisches Institut), nach Zürich (Heilpädagogisches Seminar).

Die Entsandten berichteten über ihre Eindrücke und Erfahrungen im Januar und Februar 1928 im Bürgersaale des Rathauses vor der Sonderschullehrerschaft Groß-Berlins.

b) Studiengemeinschaften.

Die stetig fortschreitende Entwicklung des Sonderschulwesens veranlaßte die Schulbehörde aber auch dazu, die Aufmerksamkeit der beteiligten Lehrerschaft auf die immer dringender werdende Notwendigkeit einer wissenschaftlichen Begründung der in der Sonderschule geleisteten pädagogischen Arbeit zu lenken und den Zusammenschluß von Studiengemeinschaften anzuregen. Die Mitglieder dieser Studiengemeinschaften sollten sich nach Neigung und völlig freier Entschließung zu bestimmten Arbeitsgruppen zusammenfinden, gemeinsam oder in kleineren Einzelgruppen die durch Unterricht, Erziehung und Fürsorge gestellten heilpädagogischen Probleme oder Teilaufgaben derselben streng wissenschaftlich zu lösen versuchen und die Ergebnisse ihrer Arbeit in Zusammenkünften der gesamten Sonderschullehrerschaft zur allgemeinen Kenntnis bringen. So sollte allmäh-

lich die immer notwendiger werdende psychologische und methodische Beweisführung für das in der Praxis erprobte und als zweckmäßig durchgeführte Verfahren angebahnt und das wünschenswerte wissenschaftliche Zusammenfinden und Hand-in-Hand-Arbeiten aller heilpädagogischen Bestrebungen, auch der bisher abseitsstehenden, und ihre engste Fühlung mit der Allgemeinpädagogik erleichtert oder herbeigeführt werden. Am 23. Januar 1927 fand im Bürgersaale des Rathauses der Zusammenschluß zahlreicher Berliner Heilpädagogen aller Sonderschularten zu sechs großen Studiengemeinschaften statt. Die Aufgabengebiete dieser Studiengemeinschaften wurden wie folgt gekennzeichnet:

1. Psychologische Studiengemeinschaft.

Abwertung der Prüfungsmethoden zur Feststellung der psychischen Fähigkeiten des Sonderschulkindes; Experimental- und Allgemeinbeobachtung über die Eigenart, die unteren und oberen Grenzen der Leistung, der Entwicklungsstufen, über die Erziehbarkeit, die Fehlleistungen, die Berufseignung, über die Differenzierung zwischen den verschiedenen Kindergruppen; neuzeitliche psychische Analysen und Charakteristiken; Abwertung älterer Charakteristiken pathologischer Kindernaturen in der Fach- und schönen Literatur u. v. a.

2. Methodische Studiengemeinschaft.

Feststellung der Hemmungen in den verschiedenen Fächern, der oberen Ziele; Unterschiede und Kritik der Methoden, der Lehr- und Hilfsmittel; Abstand des Sonderschulverfahrens von dem der Normal- schule; Begründung des Unterrichtsaufbaues, der Abweichung von den anderen Schularten, die Gestaltung aller Fächer im Dienste der Haupt- ziele u. v. a.

3. Sozialfürsorgerische Studiengemeinschaft.

Feststellungen über Arbeitsverwendung, tatsächliche Arbeits- leistung, Arbeitspausen, Verdienst, Entwicklung der Arbeitsfähigkeit und -verwendbarkeit, die dabei zu beobachtenden Grade, über die not- wendige Fürsorge und ihre Art; volkswirtschaftliche Rechtfertigung der Sonderschule u. v. a.

4. Statistische Studiengemeinschaft.

Entwicklung des Sonderschulwesens nach der Zahl der Kinder, Klassen, Schulen; Erhebungen über die Grade, die Abgänge, die Ur- sachen, die Übergänge, die Richtprozentsätze, Delikte, Nachkommen-

schaft, Vererbung, Grade der Fürsorgebedürftigkeit, Kosten der Sonderausbildung, der Dauerfürsorge u. v. a. in zahlenmäßiger und graphischer Darstellung.

5. Historische Studiengemeinschaft.

Entwicklung der einzelnen Sonderschularten in Berlin, in Preußen, Deutschland; Durchforschung und dauernde Verfolgung der Presse, der Berichte; Entwicklung einzelner Fächer, der örtlichen Fachliteratur; Abfassung von Jahresberichten über den augenblicklichen Stand, Versorgung der Tagespresse u. v. a.

6. Studiengemeinschaft für das Archiv des Sonderschulwesens.

Zusammenstellung einer Bibliothek der Fachliteratur, der verwandten Wissenschaften und Veröffentlichungen (schöne Literatur, Autobiographien, Dissertationen), einer Autoren- und Sachkartei, der Lehr- und Lernbücher der Sonderschulen, Lehrpläne, Denkschriften, Programme, Bestimmungen, Personalbogen, der Lehrmittel, der Versuchsapparate, Sammlung bezeichnender Briefe, Zeichnungen, Arbeiten usw. einzelner Sonderschüler, Sammlung wichtiger Dokumente über die Entwicklung des Berliner Sonderschulwesens, Veranstaltung psychologisch oder praktisch bestimmt gerichteter Ausstellungen, Fortführung der Kartothek sämtlicher Sonderschüler u. v. a.

Dem Archiv hat die Schulbehörde 1926 und 1927 4500 RM., das Ministerium 1000 RM. zugewiesen, die in der Hauptsache zur Beschaffung der Fachbibliothek Verwendung fanden. Letztere zählt zur Zeit schon über 1000 Bände und umfaßt folgende Gebiete:

Normale und pathologische Anatomie und Psychologie — Biologie, Konstitution, Rasse, Vererbungs-Psychologie, insbesondere Psychologie der Kindheit, Experimentelle Psychologie — Angewandte Psychologie — Intelligenzprüfungen, Individualpsychologie — Psychotherapie — Psychoanalyse, Sexualpsychologie — Kriminalpsychologie — Psychopathologie — Psychiatrie — Pathographien — Dissertationen über Heilpädagogik und verwandte Fragen — Heilpädagogik — Hilfsschulpädagogik, sowie die Literatur sämtlicher Sonderschulen — Erziehung und Fürsorge, insbesondere für schwererziehbare, sittlich gefährdete und verwahrloste Kinder — Fürsorgezöglinge — Anomalen-Fürsorge — Fürsorge für Psychopathen — Gesetzgebung und öffentliche Wohlfahrtspflege — Kindergärten, Kinderhorte, Sammelklassen — Fröbel und Montessori — Lehr- und Stoffpläne — Lernbücher für Sonderschulen — Schöne Literatur mit heilpädagogischem Inhalt — Jugendschriften — Organisation und Schulverwaltung — Berliner Fachliteratur — Sonderschulwesen im Ausland — Die Zeitschriftenabteilung bringt folgende Zeitschriften zur Auslage: Die Hilfsschule, Zeitschrift für die Behandlung Schwachsinniger, Zeitschrift für Kinderforschung, Monatsschrift für Psychiatrie und Neurologie, Zeitschrift für Schulgesundheitspflege und

soziale Hygiene, Zeitschrift für Krüppelfürsorge, Zeitschrift für pädagogische Psychologie. — Für wissenschaftliche Studien gibt die Sachkartei gute Auskunft. Der gesamte Inhalt aller Ganzschriften, Sammlungen, Sonderabdrucke, Zeitungsausschnitte und Zeitschriften des Archivs ist in Schlagworten herausgezogen und zusammengestellt.

(Der Lesesaal befindet sich Senefelderstraße 6, Hof, links, I. Stock, und ist an einem Tage der Woche von 4—7 Uhr — mit Ausnahme der Ferien — für alle Interessenten geöffnet.)

IV.

Die Verbreitung der heilpädagogischen Bestrebungen und ihre Rechtfertigung vor der Öffentlichkeit.

Der Erfolg aller heilpädagogischen Bemühungen ist einerseits bedingt durch die rechtzeitig einsetzende und angepaßte Form des Unterrichts und der Erziehung, andererseits durch das Verständnis und die Rücksichtnahme, die die Bevölkerung dem gehemmten Kinde während seiner Entwicklung und ganz besonders bei seinem Eintreten in die Gesellschaft und ihre Arbeit erweisen muß. Ein solches Entgegenkommen den leichteren, nicht immer sofort richtig einzuschätzenden Abschwächungen der körperlichen und geistigen Kraft gegenüber ist jedoch nicht bei allen Schichten der Bevölkerung ohne weiteres vorauszusetzen, und darum ist die Aufklärung der Eltern, Miterzieher, Arbeitgeber, künftigen Mitarbeiter usw. über die Verschiedenartigkeit und Eigenart der Naturen, über die Förderungsmöglichkeiten, die besonderen Belehrungs-, Erziehungs- und Behandlungsweisen, die Erfolge in der Schule und die Leistungsfähigkeit der Gehemmten im Leben geboten.

Diese Aufklärungsarbeit ist von dem Erziehungs- und Fürsorge-Verein für geistig zurückgebliebene (schwachsinnige) Kinder, dem Hilfsschulverband, dem Schutzverband der Schwerhörigen, dem Verband der körperlich Behinderten u. a. Vereinigungen jahrzehntelang durch Veranstaltung allgemeinverständlicher und wissenschaftlicher Vorträge geleistet worden. Die einzelnen Sonderschulen aber haben es sich fortgesetzt angelegen sein lassen, innerhalb ihres engeren Wirkungskreises Interesse und Verständnis für ihre besondere Aufgabe zu wecken und zu pflegen. So hat z. B. die I. Schwerhörigenschule Elternversammlungen seit 1918 regelmäßig abgehalten und die Besucher über folgende Punkte durch Vortrag und Besprechung aufgeklärt:

Was will die Schwerhörigenschule? — Schwerhörigenschule oder Taubstummenschule? — Wie behandle ich mein schwer-

höriges Kind? — Wie spreche ich mit meinem schwerhörigen Kinde? — Der Schwerhörige in der Familie. — Das schwerhörige Kind im Straßenverkehr. — Jugendamt und Berufsberatung. — Die Behandlung der kranken Ohren. — Berufe für Schwerhörige. — Aufklärung der Lehrherren schwerhöriger Lehrlinge und Lehrmädchen. — Können sich Schwerhörige einen Nutzen von der Homöopathie versprechen? — Über die Scheu des Schwerhörigen. — Wertlose Heilmittel für Schwerhörige. — Forderungen im Interesse der Schwerhörigenbildung. — Zweck der Hörgeräte. — Pflege der Sprache des schwerhörigen Kindes. — Wird die Erwerbsfähigkeit durch die Schwerhörigkeit beeinflusst? — Was müssen die Eltern schwerhöriger Kinder tun und unterlassen? — Freud und Leid in einer Schwerhörigenklasse. — Verkehrsschutzabzeichen der Schwerhörigen u. s. f.

Ähnlich verfahren die übrigen Schwerhörigen-, die Sehschwachen- und Sprachheilschulen, die Schulkindergärten und die Hilfsschulen. Allen diene als weiteres Mittel der Aufklärung die persönliche Rücksprache mit den einzelnen Eltern, besonders den Müttern, die Veranstaltung von Schulausflügen mit den Eltern, von angepaßten Auführungen bei festlichen Anlässen und Ausstellungen der Kinderarbeiten. Die letzteren liefen oft den Elternbesprechungen voraus und gaben dann den Eltern den Beweis für die tatsächliche Leistungsfähigkeit ihrer Kinder. Die Ausstellungen schlossen sich auch des öfteren an größere Unternehmungen ähnlicher Art an, so z. B. an eine Grundschulwoche, an eine größere Ausstellung für Gesundheitspflege u. a. Um dann auch die nächst weiteren Kreise mit den Zielen und Arbeitsweisen der Sonderschule bekanntzumachen, luden die einzelnen Sonderschulen die Kollegien der Nachbarschulen zur Besichtigung und Teilnahme am Unterricht ein, hielten sie vor größerem Kreis Probelektionen ab, suchten sie Kenntnis und Erfahrung über die richtige Behandlung der Sonderschulkinder durch Radiovorträge und durch Veröffentlichungen in der Tages- und Fachpresse*) zu verbreiten.

Die günstige Auswirkung dieser Aufklärungsarbeit kann man natürlich zahlenmäßig nicht nachweisen; auch bleibt die Tatsache bestehen, daß der Eintritt in den Konkurrenzkampf um Arbeit für manches gehemmte Kind oft mit großen Härten verbunden sein wird. Allgemein aber kann man heute doch schon eine verständnisvollere Beurteilung und rücksichtsvollere Behandlung dieser Naturen durch die Bevölkerung beobachten.

Die Kreise der Öffentlichkeit aber, die die Notwendigkeit einer heilpädagogischen Sonderhilfe im Schulorganismus schon frühzeitig erkannt und ihre Verwirklichung durch die Bewilligung der erforderlichen Mittel ermöglicht haben, sind an der Auswirkung der getroffenen Einrichtungen auch insoweit interessiert, als sie neben den menschenfreundlichen Einfluß der Bewegung auch genauere Feststellungen über den Erfolg mit den von der Öffentlichkeit bewältigten Aufwendungen in Vergleich setzen möchten. Nach den dem engeren Berlin zur Last

*) Vergleiche Martini: Berlin und die Berliner in der Literatur der Heilpädagogik; Berlin 1927. Wiegandt & Grieben.

fallenden Beträgen für die angestellten Lehrkräfte und unter Einbeziehung der Kosten für Hilfslehrkräfte, Unterrichtsmittel, Schul-, Haus-, Turn-, Spiel- und Schwimmgeräte, Heizung, Beleuchtung, Wasser, Brausebäder, Reinigung, bauliche Unterhaltung und Abgaben kostete ein Kind (in Reichsmark):

	1924	1925	1926	1927
der Normalschulen	84,90	124,37	151,19	169,43
der Sonderschulen	177,21	266,62	314,95	330,43
der Mittelschulen	87,26	151,69	243,32	266,38
der Vollanstalten	208,21	410,13	470,31	470,33
der Realschulen	146,19	306,66	376,49	395,01
der Lehranstalten für die weibliche Jugend	180,56	292,58	362,05	359,84

Das Verhältnis der Ausgaben in den sechs Schularten hat sich von 1924 auf 1927 wie folgt verändert: 2:4, 4:8, 2:6,5, 5:11,75, 3,5:10, 4,5:9.

Die Ausgaben haben sich mithin in den vier Jahren verdoppelt und verdreifacht, nur bei den Sonderschulen halten sie sich unter 100%. Hier betragen sie aber doch das Doppelte des Normalschulsatzes, was sich aus der um etwa 50% schwächeren Besetzung der Sonderschulklassen erklärt. Diese höheren Ausgaben für ein Sonderschulkind fallen sofort ins Auge und sind leicht einer vorschnellen und unbilligen Beurteilung ausgesetzt. Um sie vor einer solchen schon im voraus zu rechtfertigen, muß betont werden, daß es sich bei der Heilpädagogik um eine Hilfs- und Rettungsaktion handelt, die nicht nur dem einzelnen Kinde zugute kommt, sondern auch der Gesellschaft selbst, und daß das gehemmte Kind nach der Schulzeit an den von der Öffentlichkeit ins Leben gerufenen und oft mit bedeutenden Mitteln unterhaltenen Bildungseinrichtungen für die Jugendlichen und Erwachsenen überhaupt nicht oder in verschwindend geringem Grade teilnimmt. Durch die jetzt vielleicht hoch erscheinenden Aufwendungen wird die Öffentlichkeit vor wesentlich höheren Ausgaben, die die volle Versorgung un- ausgebildeter, sich nicht in die Gesellschaft einfügender, nicht arbeitsfähiger und nicht williger Erwachsener verursachen würde, bewahrt. Die exakte, zahlenmäßig und logisch genaue Beweisführung hierfür kann allerdings heute noch nicht angetreten werden, wie ja überhaupt die Heilpädagogik der wissenschaftlichen Begründung ihrer Gesamt- und Einzelaufgaben und der von ihr beschrittenen Wege noch ermangelt. Das allmähliche Entstehen dieser exakten Beweisführung anzuregen und den Behörden, fremden Städten und der ganzen pädagogischen Welt, der großen Öffentlichkeit und der Wissenschaft den Umfang und das Wesen der Sonderschulbewegung, die mit den einzelnen Sonderschularten verfolgte Absicht und verbundenen Methoden, die Zusammenarbeit zwischen Pädagogik und Medizin, die Bedeutung der Statistik, den zum Teil schon feststellbaren Erfolg der Sonderschularbeit vorzuführen und damit die für die heilpädagogischen Bestrebungen gemachten Aufwendungen vor der Öffentlichkeit in den jetzt möglichen Grenzen einer Beweisführung zu rechtfertigen, ver-

anstaltete die Schulbehörde im Mai 1927, also in dem Pestalozzijahre, eine „Heilpädagogische Woche“, in der sämtliche heilpädagogischen Einrichtungen und Schulen der Stadtgemeinde besichtigt, die gegenwärtig schwebenden Spezialfragen von Philosophen, Juristen, Pädagogen und Medizinern, von Lehrern, Ärzten, Universitätsprofessoren und Verwaltungsbeamten erörtert und Ausstellungen von Schülerleistungen und Lehrmitteln aller Sonderschularten, sowie von graphischen Darstellungen über statistische Forschungen veranstaltet wurden.

Der Zweck, den die Schulbehörde mit dieser „Heilpädagogischen Woche“ verfolgte, wurde äußerlich voll erreicht. Über 1000 Teilnehmer fanden sich in ihr aus Deutschland, Österreich und einigen ausländischen Staaten zusammen. Die Tages- und Fachpresse schenkte der Unternehmung weitgehende Beachtung und schilderte den Verlauf in ausführlichen Berichten. Inwieweit der beabsichtigte Zweck auch bezüglich der inneren Vervollkommnung der Heilpädagogik erreicht wurde, wird sich erst an ihrer Weiterentwicklung in den nächsten Jahren erkennen lassen.

Literatur:

Wer sich näher mit dem Berliner Sonderschulwesen beschäftigen will, sei auf 2 Bücher hingewiesen, die Herr Magistrats-Schulrat A. Fuchs, der verdienstvolle Förderer der Sonderschulbewegung, dem wir auch diesen Beitrag zu unserem Bericht verdanken, geschrieben hat.

1. „Das Sonderschulwesen in Berlin“ von Magistr.-Schulrat A. Fuchs. Comeniusverlag in Berlin 1927.
2. „Die Heilpädagogische Woche in Berlin.“ Bericht, erstattet von Magistrats-Schulrat A. Fuchs. Berlin, Verlag von Wiegandt & Grieben, 1927.

Waldschulen und Schullandheime.

Die höhere Waldschule.

1. Ihre Entwicklung und pädagogische Bedeutung.

Die im Jahre 1910 gegründete höhere Waldschule war ursprünglich für körperlich schwächliche und erholungsbedürftige Knaben und Mädchen gedacht, die sich während des Sommers in der kräftigen Waldluft ohne Unterbrechung des Schulunterrichts stärken sollten. Sicherlich hat sie als solche viel Segen gestiftet; die langjährige Erfahrung hat aber gezeigt, daß eine nur zu diesem Zweck gedachte Einrichtung sich für die höheren Schulen nicht bewährt. Vor allem sprachen schwerwiegende schultechnische Gründe gegen die Einrichtung als Sommerschule. Die notwendige zweimalige Umschulung zu Ostern und Michaelis wurde als ein großer Mangel empfunden; die Gewöhnung der aus allen möglichen Schulen kommenden Kinder an die neue Klasse, an vollständig veränderte Verhältnisse, an die neuen Lehrer, meist auch an ein neues Lehrbuch bereiteten nicht selten große Schwierigkeiten. Die Kinder — namentlich die Knaben — genügten im Winter nach der Rückkehr in ihre Stammschulen den an sie gestellten geistigen Anforderungen nicht und mußten dann den Vorteil der körperlichen Erholung mit einem weiteren Aufenthaltsjahr in derselben Klasse bezahlen. Andere versuchten, durch verstärkte Arbeit oder durch Nachhilfeunterricht die entstandenen Lücken zu beseitigen, so daß auch bei ihnen oft die im Sommer eingetretene körperliche Kräftigung im Winter wieder verloren ging. Die Folge dieses Übels, der sich gerade für die minderbemittelten Kreise besonders fühlbar machte, war ein ständiger Rückgang der Besuchsziffer, namentlich bei den Knaben, und eine Inanspruchnahme der Waldschule von Kindern aus wohlhabenden Familien, für die sie nicht ins Leben gerufen worden war.

Diese Mängel konnten nur durch eine tief greifende Änderung beseitigt werden. Aus der alten Sommerschule wurde im Herbst 1923 eine selbständige, das ganze Jahr geöffnete Tagesschule geschaffen, ein Landerziehungsheim mit Tagesbetrieb. Es entstand ein neuer, bisher in ganz Deutschland einzigartiger Schultyp, der in der kurzen Zeit seines Bestehens große Anerkennung gefunden hat und einen bemerkenswerten Versuch auf dem Gebiete der praktischen Pädagogik

darstellt. Knaben und Mädchen leben vom Morgen bis zum Abend zusammen; sie werden gemeinsam unterrichtet, arbeiten, spielen miteinander und kehren bei Eintritt der Dunkelheit in den Kreis ihrer Familie zurück. Damit ist eine Forderung erfüllt, die umsichtige moderne Pädagogen mit allem Nachdruck für die gegenwärtige Zeit aufgestellt haben. Der Leiter der Bergschule, Hochwaldhausen, schildert im „Landerziehungsheim“ die Nachteile, die für diese Heime infolge ihrer Abgeschlossenheit entstehen, und bedauert, daß sie nur von Kindern begüterter Eltern besucht werden können. „Die ideale Lösung der Frage,“ schreibt er, „liegt wohl also in der Richtung, daß die Erziehungsanstalten nicht so stark wie bisher von der Stadt getrennt würden, sondern daß sie ihre Stätten an der Peripherie größerer Städte hätten, und daß die Kinder im Elternhause wohnen, aber den ganzen Tag der Lebensgemeinschaft der Schule angehören können. Leider ist ja unter den augenblicklichen Verhältnissen nur schwer daran zu denken, dieses Ideal zu verwirklichen.“ Dieses Ideal hat die höhere Waldschule verwirklicht. Sie ist keine bloße Unterrichtsveranstaltung, keine Stätte der Vermittlung einfachen Wissens mehr. Sie ist zur „Lebensstätte“ der Jugend geworden, von der Karsen fordert: „Sie muß das Feld ihrer Betätigung sein, muß zu ihr als solches in innere Beziehung treten, muß von ihr geliebt, muß ihr Heim werden.“ Das Bildungsziel der Waldschule ist die harmonische Entwicklung der vielseitigen Anlagen und Kräfte des jungen Menschen, damit er ein berufstüchtiges und sozial handelndes Glied der Volksgemeinschaft werde.

2. Die äußeren Einrichtungen.

Die Waldschule liegt im Grunewald dicht an der Charlottenburger Grenze, in etwa acht Minuten von der Station Heerstraße zu erreichen, wo die Stadtverwaltung eine 2½ Hektar große Fläche pachtweise zur Verfügung gestellt hat. Für den Unterricht stehen vier große Unterrichtsbaracken mit elf Klassen, Sexta bis Untersekunda, mit den Zimmern für Lehrer und Lehrerinnen und den Sammlungsräumen zur Verfügung. Mitten im Gelände baute man kleine, schmucke Pavillons aus Naturholz zum Gebrauch für die Klassen mit geringer Schülerzahl im Sommer und zum Aufenthalt für die Kinder, die am Nachmittag Handarbeiten machen, zeichnen und lesen. Zwei offene Räume, sogenannte Luftklassen, können zum Unterricht im Freien benutzt werden; außerdem sind an die auf der Westseite des Geländes stehende große Liegehalle auf jeder Seite offene Klassen angebaut worden, in denen während des ganzen Sommers unterrichtet wird. Die Kinder nehmen ihre Mahlzeiten in der warmen Jahreszeit in einer offenen Halle ein, die jetzt so vergrößert worden ist, daß in ihr 300 Kinder Platz finden.

Im Jahre 1924 wurde der große massive Eßsaal geschaffen, der zugleich als Festsaal dient und auf dessen Podium für die Aufführungen leicht die Bühne aufgebaut werden kann.

Hinter der letzten Baracke ist eine 20 Meter lange und 8 Meter breite Badeanlage mit Abteilungen für Schwimmer und Nichtschwimmer angelegt worden. Ihr wird Grundwasser durch eine elektrisch betriebene Pumpe zugeführt, während eine zweite kleinere für die Entleerung sorgt und das verbrauchte Wasser auf das Gelände befördert, wo es für die Bewässerung der gärtnerischen Anlagen wertvolle Dienste leistet. 18 Brausen stehen den Kindern zur Reinigung zur Verfügung, bevor sie in das Schwimmbecken steigen. Waschgelegenheiten mit fließendem Wasser sind in den Abortgebäuden vorhanden, neben denen außerdem im Freien für eine weitere Waschgelegenheit mit 30 Hähnen und einem langen Becken gesorgt ist. Hinten auf dem Gelände befindet sich ein Turnplatz, der mit seinen Barren, Recks, Leitern und Kletterstangen auch am Nachmittag die großen Kinder zu eifriger turnerischer Betätigung anregt, während die kleineren Wippe, Ringe und Rundlauf bevorzugen. Neben dem Turnplatz liegt der umzäunte Schulgarten, in dem Lehrer und Kinder fleißig tätig sind. Wer sich für feine gärtnerische Arbeiten interessiert, findet zu ihrer Ausübung Gelegenheit in den großen Frühbeeten und in dem im Herbst 1927 gebauten Treibhaus.

3. Der Tagesverlauf.

Die Knaben und Mädchen, die die Eisenbahn benutzen, versammeln sich morgens zum Zuge 7.36 Uhr auf dem Bahnhof Charlottenburg. Sie fahren stets in Begleitung zweier Lehrkräfte bis zum Bahnhof Heerstraße, wo sie die Kinder treffen, die mit der Elektrischen oder zu Fuß kommen. Der Unterricht in der Waldschule beginnt um 8 Uhr. Zuerst werden drei Lektionen erteilt, deren Dauer je 40 Minuten beträgt, jede unterbrochen durch eine Pause von 5 Minuten. Dann wird das Frühstück eingenommen: eine kräftig gekochte Suppe und Schnitten. Nach zwei weiteren Unterrichtsstunden beginnt nach einer Pause von 15 Minuten die Arbeitsstunde, in der die Kinder ihre Aufgaben unter Aufsicht des Klassenleiters erledigen. Wer in der vorgeschriebenen Zeit nicht fertig wird, hat am Nachmittag Gelegenheit, sie in einer zu diesem Zweck bestimmten Klasse unter Aufsicht zu beenden. Um $\frac{3}{4}2$ Uhr wird die Mittagsmahlzeit eingenommen, Hausmannskost mit von rohem oder geschmortem Obst oder einer Speise als Nachtisch. Hierauf folgt die allgemeine große Ruhepause. Den Kindern stehen Liegestühle und Decken zur Verfügung, sie ruhen $1\frac{1}{4}$ Stunde bei gutem Wetter im Freien und müssen sich ganz still verhalten. Wer nicht schläft, kann lesen oder sich andere leichte Beschäftigung vornehmen. Nach der Vespermahlzeit um $3\frac{3}{4}$ Uhr — es wird mit Milch zubereiteter Kakao und Zubrot gereicht — betätigen sich die Kinder in der verschiedenartigsten Weise. Sie spielen, turnen, schwimmen, treiben Sport, sind im Garten oder auf dem Gelände tätig oder arbeiten in den neuerdings



Ruhepause nach dem Mittagessen.

engerichteten Werkstätten. Nicht selten bleiben sie auch sich selbst überlassen. Denn es wird dem jugendpsychologischen Grundsatz Rechnung getragen, daß die Kinder zeitweise in Ruhe gelassen sein wollen, daß sie auch Stunden haben müssen, wo sie ohne erziehlche und sonstige Beeinflussung ihr eigenes Leben führen können. Liegt im Winter Schnee, dann ziehen Lehrer und Kinder mit Schneeschuhen und Rodelschlitten in den Grunewald und kehren erst zur Vesperzeit in die Waldschule zurück.

4. Die Kinder.

Daß die Waldschule mit ihrer Arbeit nicht auf falschem Wege ist, beweist vor allem der überaus starke Zustrom in den letzten Jahren. Hat sie doch augenblicklich nicht weniger als 327 Knaben und Mädchen; über 80 haben zu Ostern und im Laufe des Sommers wegen Überfüllung der Klassen abgewiesen werden müssen. Seitdem die Waldschule selbständig geworden ist, hat die Besuchsziffer von Jahr zu Jahr zugenommen und hat eine Höhe erreicht, die im Interesse der Behandlung aller Kinder und der Arbeit der Lehrer, die vom Morgen bis zum Abend mit ihnen leben, ein gebieterisches Halt verlangt. Im Winter war die Besuchsziffer bisher ein wenig niedriger als im Sommer, weil einige Eltern die Waldschule immer noch als zeitliche Erholungsstätte betrachten und ihre Kinder im Winter der Stammschule wieder zuführen. In welchem Maße die Frequenzen gestiegen sind, zeigt eine folgende Übersicht:

Sommerhalbjahr 1924:	182 Kinder;	100 Knaben	82 Mädchen
Winterhalbjahr 1924/25:	151 „	93 „	58 „
Sommerhalbjahr 1925:	213 „	126 „	87 „
Winterhalbjahr 1925/26:	205 „	123 „	82 „
Sommerhalbjahr 1926:	278 „	165 „	113 „
Winterhalbjahr 1926/27:	266 „	155 „	111 „
Sommerhalbjahr 1927:	334 „	189 „	145 „
Winterhalbjahr 1927/28:	327 „	192 „	135 „

Seit der Schaffung der Einheitsgemeinde Berlin besuchen nicht nur Charlottenburger Kinder die Waldschule, viele haben in den angrenzenden Vororten ihren Wohnsitz, nicht wenige scheuen sogar weite Schulwege nicht und kommen aus Berlin-Mitte, Moabit, Siemensstadt, sogar aus Lichtenberg und Neukölln. Die Eltern vertreten den Standpunkt, daß die Kinder die weiten Schulwege mit in den Kauf nehmen können, weil sie dafür den ganzen Tag über in gesunder Luft und in guter Umgebung sind.

Die Berufsarten der Eltern der Kinder, die zur Zeit die Waldschule besuchen, sind sehr verschiedenartig; sie rekrutieren sich aus allen Schichten der Bevölkerung. Auch wohlhabende sind darunter, weil sonst der wirtschaftliche Betrieb gar nicht im jetzigen Umfang möglich wäre. Außerdem erscheint der Grundsatz gerecht und sozial, daß die Väter der bemittelten Schichten für die ärmeren mitzahlen. Denn das Schul- und Verpflegungsgeld ist der Vermögenslage der Eltern entsprechend in vier Stufen gestaffelt. Etwa 65 % aller Kinder zahlen es voll in Höhe von 480 RM jährlich, die weniger Bemittelten entrichten im Jahre 330 RM und 150 RM. 16 Kinder, die in sehr traurigen wirtschaftlichen Verhältnissen leben, genießen zur Zeit ganz freien Aufenthalt. Von den 327 Kindern der Waldschule sind 70 Halb- bzw. Vollwaisen; bei ungefähr 25 sind die Eltern geschieden oder leben getrennt, so daß beinahe 30 % aller Kinder die Vorteile eines normalen häuslichen Lebens entbehren. Dieser immerhin hohe Prozentsatz erhellt zur Genüge die soziale Notwendigkeit der Waldschule, denn sie nimmt den Müttern, die meist berufsmäßig tätig sind, einen erheblichen Teil ihrer schweren Sorgen ab und schafft diesen Kindern, die sonst fremden Leuten oder der Straße überlassen bleiben müßten, eine Aufenthalts- und Entwicklungsmöglichkeit, wie sie schöner nicht gedacht werden kann.

5. Die geistige Ausbildung.

Die Waldschule unterrichtet nach dem Lehrplan der Oberrealschule; sie mußte sich für einen bestimmten Schultyp entscheiden, um den Kindern den Übertritt von den Stadtschulen auf die Waldschule und umgekehrt auch inmitten ihrer Schullaufbahn nicht unmöglich zu machen. Wenn auch die Auswahl und der Umfang des im Unterricht zu behandelnden Stoffes durch die amtlichen Lehrpläne festgelegt ist, so ergeben sich für dessen Behandlung durch den Charakter der Wald-

schule unschätzbare Vorteile. Von diesen ist wohl der bedeutsamste, daß der Unterricht im Sommer, wenn irgendmöglich, im Freien erteilt wird. Gewiß, für das neu eintretende Kind erscheint diese Art der Belehrung anfänglich eigenartig und ungewohnt. Über sich sieht es den blauen Himmel oder einen schattigen Laubwald, unter sich den grünen Rasen und daneben blühende Blumen und Bäume. Es hört den lieblichen Gesang der Vögel, das Hämmern des Spechtes und beobachtet das Eichhörnchen, das von Zweig zu Zweig springt. Fast in jedem Frühjahr baut das Rotschwänzchen das Nest für seine Jungen mitten in eine Luftklasse hinein und füttert zur großen Freude der Kinder seine Jungen, die ihm unter lautem Gezwitz ihr offene Schnäbelchen entgegenstrecken. Das alles könnten vielleicht unzählige Ursachen sein, die Aufmerksamkeit der Kinder im Unterricht abzulenken. Das ist aber nur ganz zu Anfang bei neu eintretenden Kindern der Fall. Gar bald werden sie lebhafter, freier, ermüden nicht so leicht wie in der verbrauchten Luft überfüllter Stadtschulklassen, und sie sind in der fünften Unterrichtsstunde meist noch ebenso frisch und lebendig wie in der ersten.

Der im Freien erteilte Unterricht hat aber neben den gesundheitlichen Vorteilen noch den Vorzug der unmittelbaren Anschauung, denn wo gibt es dazu mehr Gelegenheit als draußen im Wald, in freier Natur? Da erhält das Kind deutliche und klare Vorstellungen von ihren Objekten und Erscheinungen und erkennt klar den Zusammenhang ihrer Wechselbeziehungen. Es wird zum Beobachten, Urteilen und Schließen gedrängt, angeleitet und kann überall selbst tätig sein. Wohl kaum ein Unterrichtsfach gibt es, das nicht durch den Vorzug der Unmittelbarkeit der Anschauungen und durch die Fülle des Selbsterlebten eine fruchtbare Belebung und wertvolle Ergänzung erfahren könnte. Im einzelnen kann dies hier nicht nachgewiesen werden; einige kurze Andeutungen mögen genügen. Die Beobachtung des Tier- und Pflanzenlebens kann auf einige Kinder verteilt werden, die über das ihnen zugewiesene Gebiet ein Tagebuch zu führen haben. Andere werden Aquarien, Terrarien, Insektarien schaffen und verwalten und die meteorologischen Verhältnisse messen, über die sie sorgfältig Eintragungen machen müssen. Im vergangenen Sommer haben Jungen ein Bienenhaus selbst angefertigt und dies mit einem Volk Bienen bevölkert, die sie täglich betreuen. Für die Erdkunde gewinnen Sandhaufen und Sandkästen große Bedeutung, wo plastisch gestaltet wird, was das Auge geschaut und der Geist verarbeitet hat. In welcher lebendigen Beziehung zur Natur der Unterricht in Deutsch, Geschichte und Religion gebracht werden kann, bedarf keiner näheren Erörterung.

6. Die körperliche Ausbildung.

Turnen und Sport dienen in der Waldschule nicht dem Zweck, ein äußerliches Kraftmeiertum großzuzüchten und große Rekordleistungen zu erzielen, die nicht selten einen schädlichen Einfluß auf

die Gesundheit des heranwachsenden Menschen ausüben. Das Turnen bezweckt eine allseitige harmonische Ausbildung aller Teile des Körpers. Deshalb wird auch der neuen Gymnastik ein breiter Raum gewährt und orthopädischer Unterricht erteilt, wenn der Schularzt solchen für notwendig hält. In der Waldschule waren bisher zwei offizielle Turnstunden in der Woche ausreichend, weil am Nachmittag reichliche Gelegenheit und auch eifriges Verlangen vorhanden ist, unter Anleitung der Turnlehrer an den Geräten auf dem Turnplatz Übungen vorzunehmen. Da eine Halle für den Winter fehlt, kann der Unterricht bei schlechtem Wetter leider nur in beschränktem Maße erteilt werden. Auch ein ausreichend großer Spielplatz ist nicht vorhanden, obwohl er dringend nötig ist, wenn auch die großen Laufspiele in den Spielplan aufgenommen werden sollen. Damit Plan und Ziel in den Spiel- und Sportbetrieb kommt, wurde ein Sportverein für die Knaben und ein solcher für die Mädchen gegründet, der der Pflege eines dafür besonders geeigneten Lehrers untersteht.

Das im vergangenen Sommer angelegte Schwimmbecken, zu dem die Ausschachtungsarbeiten von Lehrern und Kindern im Frühjahr selbst ausgeführt wurden, leistet der körperlichen Ausbildung und der hygienischen Pflege ganz hervorragende Dienste. Allen Kindern und Lehrern gibt es bei warmem Wetter am Nachmittag Gelegenheit, den Körper nach der Arbeit zu stärken und zu erfrischen. Vom Turnlehrer und der Turnlehrerin wurde Schwimmunterricht erteilt mit dem Erfolg, daß 41 Knaben und 33 Mädchen schwimmen lernten; und im nächsten Sommer wird es nur wenige Kinder in der Waldschule geben, die diese Fertigkeit nicht besitzen.

Neben Turnen, Gymnastik, Sport und Schwimmen wird in der Waldschule auch auf das Wandern großer Wert gelegt. Obwohl sich die Kinder während eines großen Teils des Tages in der frischen Luft aufhalten, machen sie doch ihre vorgeschriebenen eintägigen Wanderungen, weil diese nicht nur der Kräftigung des Körpers, sondern auch der Pflege des Geistes dienen und so den Unterricht in vorteilhafter Weise ergänzen. Um Plan- und Ziellosigkeit zu verhindern, hat jede Klasse ihr Wanderbuch, das sie durch die ganze Schule begleitet. In dieses werden, meist von den Kindern selbst, Berichte über die Wanderungen und Besichtigungen eingetragen, die zum Teil mit eigenhändigen Zeichnungen und selbst angefertigten Photographien versehen werden und oft überraschend zeigen, wie viel Schönes und Wertvolles die Kinder aus sich heraus zu schaffen imstande sind. Zweimal im Jahre, meist zu Pfingsten und im Herbst, werden mehrtägige Wanderungen unternommen, damit die Kinder auch ihre weitere Heimat kennen lernen und an Ort und Stelle so manche wertvolle Belehrung erfahren.

Wenn an dieser Stelle vom Werkunterricht gesprochen wird, so ist nach dem bisher Gesagten selbstverständlich, daß er an der Waldschule neben der körperlichen Ausbildung in den Dienst der Erziehung gestellt wird. Was die Werkstättenarbeit betrifft, so steht die Waldschule da erst im Anfang ihrer Entwicklung; ihr fehlen leider noch die notwendigen Räumlichkeiten und die erforderlichen

Werkzeuge. Zur Zeit besteht ein Pappkursus, in dem Jungen und Mädchen Mappen, Kästchen, Blocks usw. anfertigen; zur Adventsfeier schmückten sie die große Halle mit selbstgefertigten Adventslampen. In der Tischler-Werkstatt werden alle kleinen Ausbesserungsarbeiten von den Jungen ausgeführt, sie bauen sich Bänke für die Anlagen und Blumenkästen für ihre Klassen, fertigten Spielsachen für ihre Geschwister zum Weihnachtsfest an und die große Krippe für das Krippenspiel. Die Zukunft muß eine bedeutende Erweiterung der Werkstättenarbeit bringen und den Kindern Gelegenheit zum Buch-



Im Schulgarten der Waldschule.

bindern, Schlossern und Weben geben, damit möglichst viele Gegenstände, die die Waldschule braucht, von den Kindern selbst hergestellt werden können und diese immer mehr zu einer wirklichen Produktionsschule werde.

Für Gartenbau und Blumenpflege sind ebenfalls neben den gesundheitlichen Vorteilen auch wichtige erzieherische Gesichtspunkte maßgebend. Das Kind verrichtet hier eine Arbeit, die der Allgemeinheit zugute kommt. Es muß in dem Garten tätig sein, hat ihn zu bestellen und in Ordnung zu halten. Dabei beobachtet es den ganzen Entwicklungsgang der Pflanze, sieht ihre Früchte reifen und hat die wohlverdiente Freude am vollbrachten und erfolgreichen Werk. Der Waldschulgarten besteht aus vier großen Teilen, die von vier Gruppen in gemeinsamer Arbeit unter sachkundiger Leitung der Lehrer bearbeitet werden. Seit einiger Zeit liegt die fachmännische Pflege der Frühbeete, des Treibhauses sowie der gärtnerischen und botanischen

Anlagen in der Hand eines Gärtners, der seine Arbeit unter Mithilfe der beteiligten Kinder verrichtet und auch die Unerfahrenen zu gärtnerischen Arbeiten anleitet. Er wohnt in der Waldschule und hat die Aufsicht und die äußere Verwaltung der gesamten Anlage.

7. Die Erziehung zum Gemeinschaftsleben.

Nur eine Schule, die die Kinder den ganzen Tag über zusammenhält und eine wirkliche Lebensstätte für sie ist, besitzt in Wirklichkeit die notwendigen Möglichkeiten zur Entwicklung und zur Pflege eines gesunden Gemeinschaftsgeistes. Darauf legt die Waldschule großen Wert. Solche Menschen schafft die Schule nicht durch hoffnungslose und wortreiche Belehrungen und Vorträge, auch nicht durch einen obligatorischen staatsbürgerlichen Unterricht und durch eine sogenannte Selbstverwaltung, die einige Aufsichten den Kindern überträgt und damit die Lehrer entlastet. Die Schule der Zukunft will dagegen „eine Lebensstätte sein, in der Sittlichkeit nicht gelehrt, sondern im Gemeinschaftsgefühl getätigt wird“. In der Waldschule wird vor allem in den Kindern die Überzeugung geweckt, daß diese ihnen gehört und für sie geschaffen ist, daß sie deshalb auch für ihre Erhaltung arbeiten, an ihrer weiteren Ausgestaltung tätigen Anteil nehmen und dafür sorgen müssen, sie immer mehr zu einer Stätte echten, wahren jugendlichen Lebens zu machen. So fühlt sich das Waldschulkind bald als Glied einer großen Kette und bekommt allmählich lebhaftes Verständnis dafür, daß es dem einzelnen nur gut gehen kann, wenn das Ganze gedeiht. Diesem wird es dann seine Arbeitskräfte freiwillig gern zur Verfügung stellen, und manches schöne Werk ist dadurch in der Waldschule vollbracht worden. Mit großem Eifer haben Kinder und Lehrer im Frühjahr die ziemlich umfangreichen Ausschachtungsarbeiten für das 20 m lange und 8 m breite Schwimmbecken selbst vorgenommen und viele Kubikmeter Sand von der Stelle bewegt. Kleinere Ausbesserungen von Inventargegenständen werden von den Jungen in den Werkstätten selbst vorgenommen. Die Mädchen stellten zum Teil die erforderlichen Kostüme für die Weihnachtsfeier selbst her und verfertigten Kleider für die Puppen, die anderen Kindern zum Geschenk gemacht wurden. Neben dieser freiwilligen Arbeit ist jedes Waldschulkind an einem Tag jeder Woche zu einer bestimmten Gemeinschaftsarbeit verpflichtet. Das Gelände der Waldschule ist in kleinere Teile geteilt, die den einzelnen Klassen zugewiesen sind und von ihnen bearbeitet werden. Dort müssen die Kinder graben, hacken, gießen, die notwendigen Umpflanzungen vornehmen und überhaupt dafür sorgen, daß sich ihr Gelände in tadellosem Zustande befindet und auf diesem für Blumen, Sträucher und Bäume die richtigen Wachstumsmöglichkeiten geschaffen werden. Die älteren Kinder führen die Aufsicht über das Gelände, die Kleiderablagen und über die Klassen in den Pausen und am Nachmittag. Sie verwalten ganz selbständig die Gerätschaften für den Garten, den Turnschuppen, die Spiel- und Sportgeräte und sind verantwortlich für

die Ordnung im Kartenzimmer. Einige helfen auch bei der Verwaltung der Bibliotheken, während andere darüber wachen, daß im Schulgarten am Nachmittag alles ordnungsgemäß zugeht und keinerlei Schaden für die Allgemeinheit entsteht.

Gemeinschaftsbildend und darum erzieherisch wertvoll sind auch die Feste der Waldschule. „Die Schwärmerei für Theaterbesuch und Theaterspielen“, schreibt Spranger, „ist eine notwendige Erscheinung in der Entwicklung der Jugendlichen. Sie ist geradezu ein Entwicklungshebel, den man auch bewußt pädagogisch verwerten sollte.“ In der Waldschule bieten die beiden alljährlichen Feste — das Sommerfest und die Weihnachtsfeier — den Höhepunkt des gemeinschaftlichen Lebens. Die Vorbereitungen für die Gesänge, Volkstänze und die mimischen Darbietungen vereinigen Lehrer und Kinder am Nachmittag zu einer Arbeit, die für alle Mitwirkenden von großem bildenden, erzieherischen Wert ist und deren Aufwand an Mühe und Zeit durch die Freude am gelungenen Werk belohnt wird.

8. Die Koedukation.

In der Waldschule ist seit ihrem Bestehen die Koedukation prinzipiell im weitesten Maße durchgeführt; sie ist in ganz Deutschland eine der wenigen öffentlichen Erziehungsanstalten, die Knaben und Mädchen (augenblicklich 192 bzw. 135) gemeinsam erzieht. Da sie zu Ostern des vergangenen Jahres erst die Untersekunda neu aufgebaut hat, erstrecken sich ihre Erfahrungen noch über eine verhältnismäßig kurze Zeit. Bisher waren sie überaus günstig und stimmen vollständig mit den in Landerziehungsheimen gewonnenen überein.

Daß in einer wirklichen Lebensgemeinschaft von Knaben und Mädchen keinerlei sexuelle Gefahren bestehen, müßte eigentlich auch sonst ängstlichen Gemütern ohne weiteres einleuchtend sein. Auf Grund einer fast siebenjährigen Tätigkeit an der Waldschule kann behauptet werden, daß das moralische Empfinden gerade infolge der gemeinsamen Erziehung viel reiner, viel feiner, viel natürlicher ist als in den Schulen, die diese nicht kennen. Vieles, was da geschieht, wird schon durch die bloße Anwesenheit des anderen Geschlechts verhindert. Alle Spannungen, die bei der Trennung der Geschlechter zuweilen zu bestimmten Zeiten in so unheilvoller Weise in Erscheinung treten, fallen in den Schulen mit vollständig durchgeführter Koedukation ganz weg. Voraussetzung für ihren Erfolg ist, daß die Knaben und Mädchen möglichst von früher Jugend an zusammen aufwachsen, daß Neuaufnahmen in die Obertertia, ja sogar schon in die Untertertia, nur in ganz geringen Ausnahmefällen erfolgen. Die Erfahrungen, die bisher in der Waldschule gemacht wurden, ermutigen zu weiteren Versuchen; es besteht kein zwingender Grund mehr zur Trennung der Geschlechter, die draußen im Leben überall vereinigt und in der modernen Zeit immer mehr aufeinander angewiesen sind. Die Waldschullehrer unterschreiben das Wort Paulsens: „Die Erziehung ist keine Frage des Geschlechts, sondern des Menschen.“

9. Zukunftsgedanken.

Die höhere Waldschule hat sich aus kleinen Anfängen heraus von Jahr zu Jahr fast ganz aus eigener Kraft zu einem recht stattlichen „Heim der Jugend“ entwickelt. Manches Schöne, vieles Wertvolle ist hier mit unermüdlicher Arbeit zum Leben entstanden. Trotzdem ist ihre Entwicklung längst nicht abgeschlossen, sie ist noch in vollem Werden. Und ihre Arbeit wird erst dann von dem richtigen Erfolg gekrönt sein, wenn sie mit allem ausgestattet ist, was sie zu dieser notwendig braucht. Sie besitzt noch keine Vorführungsräume für die naturwissenschaftlichen Fächer, keinen Zeichen- und keinen richtigen Festsaal, keine Experimentier- und Demonstrationszimmer. Ihr fehlen Werkstätten für Papp-, Metall- und Webarbeiten, Hallen zur Unterbringung von Aquarien, Terrarien, Insektarien und ein geeignetes Bibliotheks- und Lesezimmer. Sie bedarf einer neuzeitlich eingerichteten Liegehalle und muß einen Saal für Turnen und moderne Gymnastik für den Winter haben. Der zur Verfügung stehende Raum für den Sport- und Spielbetrieb und der Platz für den Kindergarten reichen bei weitem längst nicht mehr aus. Zu der Herstellung aller dieser Einrichtungen bedarf es einer dringenden Erweiterung des vorhandenen Waldschulgeländes, denn es handelt sich hier um das köstlichste Gut, das wir auf Erden besitzen, es handelt sich um unsere Jugend. Verschafft man ihr günstige Lebens- und Entwicklungsbedingungen, dann wird aus ihr eine Generation hervorgehen, die gesund, kräftig, lebensfroh und arbeitsfreudig ist.

Die Charlottenburger Gemeinde-Waldschule.

I. Entstehung der Waldschule.

Das außergewöhnlich rasche Wachstum der Stadt Charlottenburg und die bei aller neuzeitlichen Wohnungshygiene unvermeidliche Zusammendrängung großer Menschenmassen in Mietskasernen mit engen Höfen und ungenügenden Spielplätzen ließen in Verbindung mit anderen schädlichen Einflüssen beim jugendlichen Nachwuchs gesundheitliche Schäden entstehen, die für die Organe der städtischen Verwaltung bereits vor dem Kriege zum Gegenstand ernster Besorgnis wurden. Elternpaare, die als durchaus gesunde Menschen vom Lande nach der Großstadt gezogen waren, um hier als Hausangestellte oder Arbeiter oder als Unterbeamte in staatlichen, städtischen oder privaten Betrieben Brot oder Lohn und die Möglichkeit zur Gründung eines eigenen Hausstandes zu finden, hatten oft, trotz Inanspruchnahme der kommunalen Säuglingsfürsorge, Kinder, die im Schulalter nach Überwindung der üblichen Kinderkrankheiten an Blutarmut, Nervosität,

Skrofulose und Resten von Rachitis litten und den Anforderungen des hochentwickelten großstädtischen Volksschulunterrichts nicht gewachsen waren. Da sie bei den Lektionen leicht ermüdeten, oft nur unter starker Anspannung ihrer geistigen Kräfte mitarbeiten konnten, häufig wegen Krankheit in der Schule fehlen mußten und deshalb nicht selten ein- oder mehrmals in dem achtstufigen Schulorganismus „sitzengeblieben“ waren, traten sie mit recht mangelhafter, unabgeschlossener Schulbildung ins Leben und konnten an den mannigfaltigen Fortbildungsgelegenheiten nur mit geringem Nutzen teilnehmen. Derartige Kinder waren durchaus nicht immer geistig zurückgebliebene Schüler, für die „Hilfsschulen“ eingerichtet werden mußten, oft nicht mal Schwachbegabte, die in B-Klassen mit verringertem Lehrstoff



Eingang zur Charlottenburger Waldschule.

unterzubringen waren, sondern es handelte sich immer um kränkliche Kinder aus den N- (Normal-) Klassen des Charlottenburger Schulsystems, die auch durch einen vierwöchigen Ferienkolonie-Aufenthalt keinen ausreichenden gesundheitlichen Vorteil hatten, oft sogar, wenn sie Teilnehmer einer in die Schulzeit gelegten Vor- und Nachkolonie waren, neben der ungenügenden gesundheitlichen Förderung einen auffallenden Unterrichtsnachteil erlitten. Daher faßte Herr Stadtschulrat Neufert gemeinsam mit dem Kinderarzt, Herrn Professor Dr. Bendix, den Plan, für die blutarmen, skrofulösen, nervösen, herzkranken und lungenverdächtigen, aber normal begabten Charlottenburger Schulkinder eine „Schule im Walde“ zu errichten, deren Zöglinge gesundheitlich verpflegt, aber auch unterrichtlich versorgt würden. Durch tatkräftige Förderung des damaligen Stadtverordneten Otto (des derzeitigen Charlottenburger Stadtschulrats) fand die Vorlage „Gründung einer Waldschule für Gemeindeschulkinder“ bei den städtischen Körperschaften allseitige Zustimmung und nach Bewilligung der einmaligen und laufenden Kosten von 32 000 Reichsmark konnte am 1. August 1904 die Waldschule mit 95 Schülern eröffnet werden. Das war damals vor 24 Jahren ein kühner Schritt in pädagogisches Neuland, der im In- und Ausland lebhafteste Beachtung und Nachahmung fand. Inzwischen ist durch die Gründung von Landerziehungsanstalten, Schulfarmen und Schullandheimen, durch Verschickung der Kinder zum Landaufenthalt und Einrichtung von Schülerwanderungen und Jugend-

herbergen usw. die zeitweise Verpflanzung des Großstadtkindes in gesunde ländliche Umgebung zur pädagogischen Tagesforderung geworden, die durch die Zusammenarbeit von Jugendamt und Schuldeputation lebhafteste Förderung erfährt.

Die Charlottenburger Waldvolksschule aber, die durch langfristigen Freiluftaufenthalt, durch Arbeitsunterricht und Gemeinschaftspflege Tausenden von Volksschulkindern eine eindrucksvolle Lebensstätte geworden ist, blieb in dem Groß-Berlin der Nachkriegszeit die einzige ihrer Art. Gemessen an dem, was die letzten Jahre auf dem Gebiete der Jugenderziehung hervorgebracht, kam sie in die Gefahr, baulich rückständig zu werden. Es ist somit zu begrüßen, daß die zentrale Schulverwaltung im Oktober 1928 den Ausbau der Waldschule im zeitgemäßen Pavillonstil beschlossen hat.

II. Die Waldschule in ihrer gegenwärtigen Einrichtung.

Die Anstalt befindet sich heute nicht mehr an ihrem ursprünglichen Orte. Das erste Waldschulgelände in der Nähe des heutigen Sachsen-Platzes erlag der baulichen Erschließung der unaufhörlich wachsenden Riesenstadt. Im Jahre 1910 wurde die Waldschule auf dem gegenwärtigen Gelände im Grunewald zwischen den Bahnhöfen Eichkamp und Heerstraße errichtet.

Das von einem 1,50 m hohen Drahtzaun eingefasste, etwa 2 Hektar große Hochwaldgebiet, in dessen unmittelbarer Nachbarschaft in den letzten drei Jahren eine ausgedehnte Eigenheim-Siedlung entstanden ist, betritt man durch ein aus Kiefernstämmen gebautes Tor und gelangt durch eine kurze Birkenallee zu der großen, allseitig offenen Speisehalle, in der die 260 Knaben und Mädchen die fünf Tagesmahlzeiten an einfach gezimmerten Tischen einnehmen. Dicht dabei erhebt sich ein zweistöckiges Holzgebäude, das in seinem Erdgeschoß eine geräumige Küche nebst Abwaschraum und Speisekammer, einen saalartigen Tagesraum mit großen Fenstern und ein kleineres Klassenzimmer enthält, während das Obergeschoß, das auf drei Seiten von einer geräumigen Veranda umgeben ist, genügend Raum bietet für zwei getrennte Schlafsäle zu je 20 Betten nebst den dazu gehörigen Waschräumen, Toiletten und Aufsichtszimmern. Auf der anderen Seite der Eßhalle liegt eine kleine Baracke älteren Stils, die das Arztzimmer, drei kleine Lagerräume und eine für den Haushaltungsunterricht der Mädchen bereitgestellte kleinere Küche enthält. Dicht dabei steht, von gärtnerischen Anlagen umgeben, eine Doeckersche Baracke, in der sich ein helles, großes und freundliches Schulzimmer, das Amtszimmer und ein Büro befindet.

Im Gelände stehen dann weiter zwei langgestreckte große Baracken, die noch sechs Klassenräume, Lehrer- und Lehrerinnenzimmer und einen Lehrmittelraum enthalten, ihrem Zweck entsprechend eingerichtet sind und vor ihren großen Fenstern Staudenbeete und Blumenbretter als freundlichen Schmuck aufweisen. In der Mitte des Geländes liegen im Schatten hoher Kiefern zwei große, nach Süden

offene Liegehallen, in denen alle Kinder bei schlechtem Wetter zur Liegekur Platz finden. Zwischen den beiden hölzernen Hallen liegt ein kleiner Raum, die Schnitzhalle, die mit allem für den Arbeitsunterricht notwendigem Werkzeug ausgestattet ist. Ein Teil des Waldgeländes, leider nicht genügend entholzt, denn es ist ja nur Pachtgut der staatlichen und städtischen Forstverwaltung, die allein das Verfügungsrecht über die Grunewaldhöfen besitzt, ist als Schulgarten eingerichtet, der in jedem Jahr im naturgeschichtlichen Unterricht von Lehrern und Schülern gedüngt, umgegraben und bestellt wird, in dem



Im Planschbecken.

von der Unter-, Mittel- und Oberstufe im fröhlichen Wettbewerb die gebräuchlichsten Gemüsearten, die gangbarsten Blumen, auch Beerensträucher und Obstbäume, angebaut und gepflegt werden, und in dem auch jedes Kind nach Neigung und Begabung ein kleines Eigenbeet zur besonderen Pflege erhält. Durch einen hohen Bretterzaun abgetrennt liegt an anderer Stelle das Luftbad, in dem die Kinder, nach Geschlecht getrennt, unter Anleitung einer Lehrkraft systematische Atemgymnastik und rhythmische Übungen nach Bode und anderen Systemen treiben und an heißen Tagen dann hinterher ein Bad nehmen in dem im Luftbad eingerichteten 48 qm großen Planschbecken, das sich die Lehrer mit den Schülern und deren Vätern in der schwierigen Nachkriegszeit aus Spendemitteln selbst gebaut haben. An Gebäuden befinden sich dann noch im Gelände eine Wohnbaracke für das Küchenpersonal, eine Abortanlage mit W.-C.-Einrichtung und in demselben

Gebäude ein Brausebad, ein Raum für Wannenbäder und eine Waschküche. Ein Wirtschaftshof mit den notwendigen Räumen für die Unterbringung der Brennstoffe und ein kleiner Keller für Kartoffeln und andere Stapel-Lebensmittel vervollständigen die schlichten Einrichtungen der Anstalt. Alle Einrichtungen haben sich im Wandel der Zeit gut bewährt, trotz mangelnder Pflege in den Kriegsjahren leidlich erhalten und sind in der Nachkriegszeit und Inflationszeit zum Teil sogar verbessert worden. So wurde z. B. die ganze Anstalt durch das freundliche Entgegenkommen der Firma Zwietusch & Co. mit einer elektrischen Lichtanlage ausgestattet, die der Schulverwaltung keinerlei Ausgaben verursachte, und aus Spendemitteln wurden etwa 50 Betten nebst Matratzen und Wäsche zum Übernachten für besonders schwächliche Kinder erworben.

Der übrigbleibende Teil des weiten Waldplatzes ist Tummel-, Spiel- und Buddelplatz; Turngeräte, Wippen und Schaukeln fehlen natürlich nicht.

III. Das Leben in der Waldschulgemeinschaft.

Über das Leben in der Waldschule, ihre Arbeit und ihre Feste berichtet der langjährige Leiter der Schule Herr Rektor Jaesrich:

Ein herrlicher Frühlingsmorgen! Der goldene Sonnenschein entlockt manchem ins Joch gespannten Großstadtmenschen den Seufzer: „Ach, könntest Du doch heute in den Grunewald ausfliegen!“ Mehrere Straßenbahnwagen, mit lachendem, schwatzendem Jungvolk gefüllt, das sie an allen Haltestellen der langen Großstadtzeilen aufgenommen, entladen an der Endstation am Waldrande ihre kribbelige, lustige Last; auch der Vorortzug, der eben in Station Heerstraße einläuft, bringt viele fröhliche Buben und Mädels mit. Alle sehen sie wohl etwas blaß und elend aus, aber die Augen glänzen in Lebenslust: geht's doch nach der geliebten Waldschule, in der Arbeit und Spiel von gestern heute munter fortgesetzt werden soll! Bald ordnet sich unter Aufsicht der mitgekommenen Lehrer und Lehrerinnen, mit denen es ein herzliches Begrüßen und Händeschütteln gibt, das wilde Durcheinander, und im geschlossenen Zuge geht es mit einem frischen Wanderlied zur Waldschule, die in wenigen Minuten erreicht ist. Im Speisezimmer steht das 1. Frühstück bereit: eine gute Milchsuppe und leckere Musstullen. Ein Wink der Aufsicht, lautlose Stille! Es steigt ein feierlich-fröhliches Chorlied, ein Mitglied des Lehrerkollegiums spricht ein paar die Morgenstimmung unterstreichende Verse, oder ein Kind sagt eins der gelernten Gedichte vom Frühling und dann geht's mit gutem Appetit an die kurze Morgenmahlzeit. Auf einen Glockenschlag eilt die ganze Schar hurtig zu den Kleiderablagen, jeder legt der Tages-temperatur entsprechend alle überflüssige Kleidung, namentlich aber Schuhe und Strümpfe, geordnet an seinen Platz, holt den Schulranzen aus seinem Fach und begibt sich nach seiner Klasse. Heute, wo der kontrollierende Schüler der 1. Klasse bereits 8 Uhr 30 im Freien

15^o C registrieren konnte, sitzen natürlich alle 260 Schüler in ihren Luftklassen. Jede Klassengruppe wurde gleich in den ersten Schultagen von einem Blumenbeet umgeben, das die Klasse gemeinsam pflegt. Machen wir einigen Klassen einen kurzen Besuch! Da sitzen Knaben und Mädchen einer Oberklasse mit ihrem Lehrer in glücklicher Beaglichkeit in schnell erreichter Andacht beim Evangelium, und der blaue Himmel, der lachende Sonnenschein, der schmetternde Finkenschlag unterstützen eindringlich die Worte des Lehrers von der uralten Gottesliebe. Kann man sich eine schönere Religionsstunde für Schüler und Lehrer denken? Eine andere Oberklasse sitzt mit der Lehrerin bei der Klassenlektüre einer Erzählung von Gottfried Keller. Wohl stört ein tapferes Eichhörnchen, ein klopfender Specht mehrmals die Konzentration, aber schnell, nach gemeinsamer Betrachtung des interessanten Störenfriedes ist man wieder in gesammelter Aufmerksamkeit bei der spannenden Lektüre. Eine dritte Klasse steht mit ihrem Lehrer, dem Imker des Kollegiums, um das Bienenhaus herum und erhält aus eigener Beobachtung, hilfsbereiter Handreichung und erklärendem Lehrerwort tiefere Einsicht in das wundervolle Gemeinschaftsleben des fleißigen Völkchens. Im Schülergarten treffen wir eine Mittelklasse, die mit mehr Eifer als Geschick ein großes Gemüsebeet in Behandlung genommen hat. Man will das schöne Wetter heute ausnützen und die letzten Salat- und Kohlrabipflanzen in die Erde bringen. Fleißig wird mit Spaten und Hacke, Meßband und Pflanzeisen hantiert, und die weniger geübten schleppen mit der Gießkanne Wasser heran und gießen die jungen Pflänzlein an. Das wird wohl mehr als eine Naturgeschichtsstunde dauern, dafür wird morgen, wenn es regnen sollte, mehrere Stunden gerechnet und Diktat geschrieben. Macht's doch der Waldschulstundenplan, der den Fachunterricht fast ganz vermeidet, möglich, daß jede Lehrkraft den Unterrichtsvormittag nach ihrem Ermessen ausnützen und auf die Witterung, auf die Stimmung der Kinder und auf den im Waldgelände sich anbietenden Lehrstoff Rücksicht nehmen kann. In der offenen Schnitzhalle stoßen wir auf eine Klasse, die scheint nichts übrig zu haben für Sonnenschein und Vogelsang. Der Lehrer bastelt mit ihnen einen Rundfunkapparat, und Mädels und Buben sind eifrig dabei, Rollen zu wickeln, Antennen zu spannen und Schaltungen, die der Lehrer an die Tafel zeichnet, zu ergründen. Ihr sehnlichster Wunsch ist es, daß es die Waldschule auch einmal zu einem Lautsprecher bringen möchte. Eine andere Mittelklasse hat neulich mit ihrer Lehrerin die Geschichte von den sieben Schwaben gelesen. In lebhafter Aussprache hat sich die Handlung zum Dialog verdichtet, und heute wird die selbstgefundene Rede und Gegenrede zur dramatischen Szene: die ausgewählten sieben Helden ziehen am gemeinschaftlich getragenen Speiß auf Abenteuer aus, die anderen helfen bei der phantastischen Kostümierung, spielen den Regisseur oder markieren „Volk“ und üben sachverständige, scharfe Kritik. Auf dem „Buddelplatz“ endlich finden wir eine Unterklasse bei einer „Fröhlichen Rechenstunde“. Mit kleinen Steinchen werden Zahlenbilder im gelben Sand geformt; Kuchen und Klöße werden mit ernstem Eifer gebacken und

im lustigen Austausch addiert und subtrahiert oder im schnell etablierten Kaufladen mit echt Berliner Zungenfertigkeit angepriesen und verkauft. So wird in der Bewegungsfreiheit der Waldschule mehr als in der Stadtschule Lernen zum Spiel und fröhliches Spiel zur ernstesten Lehrarbeit, und alle neuzeitlichen methodischen und didaktischen Anregungen der Fachliteratur drängen hier zur frohversuchten Anwendung, wenn auch pädagogische Gewissenhaftigkeit und peinliches Verantwortungsgefühl das „Üben“ des Lehrstoffes nicht vergißt, wissen doch die Lehrkräfte, daß ihre aus allen 35 Charlottenburger Stadtschulen stammenden Waldschüler nach dem glücklichen, ach so schnell verfliegenden Sommerhalbjahr von ihren Klassenlehrern in der Stammschule bezüglich des Lehrstoffes scharf unter die Lupe genommen werden, und es ist doch der Ehrgeiz jedes Waldschullehrers, daß seine M-Klasse bei allergrößter Rücksichtnahme auf den Gesundheitszustand zur Versetzung gelangt.

Inzwischen sind die ersten drei Lehrstunden — es sind Kurzstunden von 35 Minuten mit dazwischenliegenden 5- und 10-Minuten-Pausen — vergangen, ein längeres Glockenzeichen ruft zum Frühstück, und nach gründlichem Händewaschen läßt man sich den Becher Milch, Kakao oder Kraftbrühe und die (oft belegte) Schmalz- oder Butterstulle köstlich munden, während der Rest der halbstündigen Pause bei einer Partie Völkerball oder an der Schaukel und den Turngeräten verbracht oder zu einem Besuch des Eigenbeets im Schülergarten oder zu einem Volkstanz benutzt wird. Der Frühstückspause folgen nochmals drei Lehrstunden oder Arbeitsstunden, die zur Erledigung schriftlicher Arbeiten, zum Memorieren, auch zur Einzellektüre benutzt werden. Das Mittagbrot vereinigt dann Kinder und Lehrer unterm Speiszelt. Lachend und schwatzend eilen alle herbei, nehmen ihren Platz ein und begrüßen die gefüllten Teller mit freudigem „Ah!“ In einer kurzen Spanne gebändigter Unruhe spricht das Kind das Tischgebet, dann geht's mit den Löffeln und manchmal nachhelfend mit dem Finger zum Sturmangriff auf das leckere, kräftige Mahl. Lehrer und Lehrerinnen helfen beim zwei- oft dreimaligen Nachfüllen der Teller. Unmanierlich Essende werden an den „Katzentisch“ gesetzt und wird das Schwatzen, das unaufhörliche, nervenaufreibende Schwatzen von Dingen, die uns Großen dumm und belanglos, den Kindern aber ungemein wichtig erscheinen, gar zu laut, dann gebietet die Aufsicht im Interesse des sorgfältigen Kauens auf kurze Zeit absolutes Schweigen, bis die letzte Kelle aus den großen Auftragschüsseln verteilt und die Mahlzeit mit einem vom Chor gesungenen „Danket dem Herrn“ beendet ist.

Mittagsglut brütet auf den Kiefernwipfeln. Mit dem vollen Magen ist man unlustig zum Spiel, darum holt jedes Kind Liegestuhl und Decke, die wohlgeordnet an ihrem Platz liegen, herbei und in wenigen Minuten haben alle im wohligen Halbschatten des Kiefernwaldes ein Ruheplätzchen zum Schlafen und Träumen gefunden. Diese im langen Tageslauf sehr notwendige Ruhepause muß gewissenhaft bis 3 Uhr ausgedehnt werden, wenn auch einige Unruhgeister nicht gern schlafen wollen, und die Blasenkranken besonders gelegt werden

müssen. Ist diese für manche recht peinvolle, für die meisten aber sehr erquickliche Schlafstunde vorüber, geht's mit doppelter Geschäftigkeit ans Spiel, die Schaukeln werden gestürmt, um die Fußbälle gibt's ein Raufen, und auf dem Buddelplatz sind alle Spaten im Nu vergriffen. Andere, die mehr zu nutzbringender Arbeit neigen, gießen die Blumenbeete, jäten Unkraut im Gemüsegarten, greifen zur Nadelarbeit, machen sich als Meister Hämmerlein in der Werkstatt und im Gelände nützlich oder suchen sich einen stillen Winkel zu ungestörter Lektüre ihres Lieblingsbuches aus der Schülerbücherei. Nach dem Nachmittagskaffee folgt dann die beliebteste Schularbeit: das Luftbad mit nachfolgendem Planschbeckenbad, das alle Lebensgeister zu kräftigster Betätigung entfesselt und lustiges Kreischen und übermütiges Lachen auslöst. Inzwischen mahnt die sinkende Sonne zum Aufbruch. Fleißige Hände säubern das Gelände, bringen die Gartengeräte an ihren Standort und schaffen in den Klassenräumen Ordnung. Wer sich's schon leisten kann, pflückt von seinem Beet einige Blumen oder einen Salatkopf als Geschenk für die Mutter, und sauber gewaschen und frisch gekämmt kommen alle an den Abendbrotstisch. Nach der Mahlzeit noch ein Weilchen beschaulicher Ruhe, ein schönes mehrstimmiges Abendlied und dann geräuschvoller Aufbruch und geordneter Marsch zum nahen Bahnhof unter treuer Hut der unermüdlichen Lehrerinnen und Lehrer. Während die meisten Kinder nun nach dem herrlichen Tagesaufenthalt in Waldluft und Sonne in oft recht unhygienische überfüllte Elternwohnungen kommen, dürfen etwa 50 Knaben und Mädchen, die besonders weit wohnen oder besonders kränklich sind oder aus besonders ungünstigen häuslichen Verhältnissen stammen, draußen im Walde in den hellen, luftigen Schlafsälen der Schule übernachten. Sie dürfen noch ein Stündchen spielen, erhalten noch ein zweites Abendbrot und gehen dann nach gründlicher Fußwaschung mit Eintritt der Dämmerung zu Bett. Endlich Schweigen im Walde!

Am Mittwochnachmittag ist Besuchstag für die Eltern und Angehörigen der Waldschulkinder. Da geht's besonders lebhaft zu im Waldgelände. Die Mütter, namentlich von den Schlafkindern sehr eifrig erwartet, erscheinen mit den jüngeren Geschwistern, und nun gibt's ein Erzählen und Zeigen ohne Ende! Die Wachstumsfortschritte auf dem Eigenbeet werden bewundert, die fertiggestellte Nadelarbeit wird kritisiert, eine kühne Übung an den Turngeräten oder ein wohlgeunger Bau auf dem Buddelplatz wird bestaunt und die Gewichtszunahme und die Rundung und die Röte der Wangen wird von den erfreuten Müttern mit Genugtuung festgestellt. Nur selten gibt es bei der Unterhaltung mit dem anwesenden Lehrerkollegium Beschwerden und Klagen, und Sonderwünsche besonders zärtlicher und ängstlicher Mütter werden, soweit es angeht, gern berücksichtigt. In Gemeinschaft mit dem Elternbeirat, der für die Waldschule besonders wichtig ist, gilt es doch neben den Erziehungsfragen immer wieder die rationellste Verpflegung der Kinder zu beraten, werden mehrmals im Jahre stürmisch begehrte Elternnachmittage veranstaltet. Dann entwickelt sich unter den Grunewaldbäumen ein regelrechtes, vielleicht vorbildliches,

fröhliches Volksfest. Mit emsigem Fleiß ist am Tage vorher das Gelände besuchsfertig gemacht. Blumenschmuck, Kranzgewinde und bunte Wimpel zieren die große Eßhalle, Erzeugnisse des Werkunterrichts, Strickdecken, Bastkörbchen, gerahmte Bilder u. a. sind auf einem Ausstellungstisch zur Verlosung aufgestellt und wenn die in großer Zahl erschienenen Eltern nebst Onkel und Tante und die „Ehemaligen“ nach alter guter Berliner Sitte ihr „Kaffeekechen“ beendet und ihre Kuchenvorräte verzehrt haben, wickelt sich zwanglos eine Vortragsfolge ab, die immer aus Unterrichtsergebnissen nach einem einheitlichen Gesichtspunkt zusammengestellt, und ohne Beeinträchtigung der Unterrichtsstunden von allen Klassengemeinschaften vorbereitet ist. So erleben die Zuhörer einen „Frühlingstag im Walde“ oder sie hören „Von lustigen kleinen und großen Leuten“ oder ergötzen sich an „Volkshumor im Lied, Spiel und Tanz“ und die von den Kindern dargebotenen Deklamationen, mehrstimmigen Chöre und dramatischen Szenen geben den anwesenden Eltern ein reichhaltiges Bild von der geleisteten Schularbeit und eine klare Einsicht in den Gemeinschaftsgeist, der Lehrer und Kinder in der Lebensstätte der Waldschule umschließt. Das schönste, aber zugleich schmerzlichste Fest ist dann das große Abschiednehmen am letzten Schultage des Sommerhalbjahres, das für die zur Entlassung kommenden Vierzehnjährigen meist ein Scheiden aus dem Kindheitsparadiese bedeutet, während viele der jüngeren Kinder mit dem geheimen Wunsch nach Hause gehen, im nächsten Jahr noch „krank“ genug für die Waldschulaufnahme zu sein.“

IV. Der Wirtschaftsbetrieb in der Waldschule.

In peinlich pünktlicher Regelmäßigkeit täglich für 280 Menschen fünf Mahlzeiten bereit zu halten, die Unterrichts- und Wirtschaftsräume sowie Bäder und Aborte in vorschriftsmäßiger Weise reinigen und neben der Haus- und Küchenwäsche die Bettwäsche für zirka 50 übernachtende Kinder waschen und in Ordnung halten, das ist die umfassende Aufgabe des Waldschul-Wirtschaftsapparates, der nach den vorhandenen Etatsmitteln nicht mehr umfangreich sein darf. Vor dem Kriege lag die Bewirtschaftung der Waldschule in der Hand des Vaterländischen Frauenvereins, der eine leitende Wirtschaftsschwester einsetzte, die eine Küchen- und Hilfsschwester und 6–7 Hausangestellte zur Seite hatte. Bei der Sparnotwendigkeit in der Nachkriegszeit mußte das Personal verringert werden, zur Zeit ist Schul- und Wirtschaftsleitung vereinigt, das Lehrerkollegium hat einige Wirtschaftsaufgaben übernommen, der Rektor erledigt alle Bestellungen und Einkäufe, führt die Verhandlungen mit den Lieferanten, bezahlt die Rechnungen und bestellt und beaufsichtigt das Küchenpersonal, das aus einer Köchin, einer Wäscherin und 6 Hilfsmädchen besteht und durch den Wächter, der am Tage allerlei Handreichungen tut, ergänzt wird.

Die Kinder erhalten als 1. Frühstück gesüßten Milch-Malz-Kaffee

und eine Marmeladenstulle, als 2. Frühstück Milchsuppe und 2 oft belegte Schmalz- oder Butterbrote, als Mittagbrot ein kräftiges Eintopfgericht: Gemüse mit Fleisch, Hülsenfrüchte mit Speck, Kartoffelsuppe mit Würstchen und ein- oder zweimal eine süße Speise als Nachtisch, als Vesper Milchkaffee mit Schrippen, Schnecken oder Kuchen und endlich als Abendbrot Milchsuppe oder Kakao mit belegtem Butterbrot. Die Selbstkosten betrugen vor dem Kriege für das Kind und den Tag 0,50 RM. und sind für den Sommer 1928 unter Berücksichtigung der noch immer herrschenden hohen Lebensmittelpreise auf 0,90 RM. für das Kind und 1,40 RM. für den Erwachsenen festgesetzt. Die Kosten der Verpflegung werden von der Stadt getragen, doch wird von den Eltern der Waldschulkinder die Zahlung eines Verpflegungsbeitrages erwartet. Zu diesem Zwecke werden vor der Eröffnung der Schule alle Kinder von ihren Klassenlehrern in der Häuslichkeit aufgesucht, und die Eltern werden nach ihrer Wirtschaftslage zu einem Verpflegungsbeitrag eingeschätzt, der in der Regel 50% der Selbstkosten nicht übersteigt. Schüler aus ärmlichen Verhältnissen oder aus kinderreichen Familien erhalten Freistellen, im Notfalle auch Fahrpreisvergütung für die Fahrt zur und von der Schule. Die Verpflegungsbeiträge werden von den Kindern wöchentlich vorausbezahlt, von den Klassenlehrern gegen Quittung vereinnahmt und vom Rektor als Einnahme-Soll an die Bezirkshauptkasse abgeführt. Fehltage werden in Abzug gebracht.

V. Die ärztliche Überwachung der Waldschule.

Da die Gemeindewaldschule nur von kränklichen Kindern besucht wird, braucht sie natürlich eine sorgfältige ärztliche Überwachung, die sich auch auf die Auswahl der Kinder, ihre Pflege und Ernährung und auf die Feststellung der Heilerfolge erstrecken muß. Im März jeden Jahres suchen alle Stadtschulärzte des Bezirks VII unter ihren kranken Kindern diejenigen heraus, die sie für den Aufenthalt in der Waldschule als geeignet erachten, worauf die Schulverwaltung aus den Vorschlagslisten 260 Kinder für die Klasse Io bis VIIo und IM bis IIIM (die M-Klassen gehen allmählich ein) zusammenstellt und den Rest als „Ersatzkinder“, die für Ausscheidende eintreten können, vormerkt. Die ausgesuchten 260 Kinder werden, nachdem die Eltern durch Ausfüllung und Unterschrift eines Aufnahmebogens ihre Einwilligung zur Übersiedlung des Kindes in die Waldschule gegeben haben, von dem Waldschularzt in einer zentral gelegenen Schule nochmals untersucht, und es werden die Kinder ausgeschlossen, deren Krankheit keine Aussicht auf Heilung durch einen einmaligen Waldschulaufenthalt bietet: Tuberkulose mit Auswurf, Veitstanz und schwerer Hysterie, mit offener Skrofulose (Tuberkulose), Kinder mit nicht kompensiertem Herzfehler, und ansteckenden Krankheiten können in die Waldschulgemeinschaft nicht aufgenommen werden. Die Ge-

sundheitsscheine der aufgenommenen Kinder kommen in die Waldschule und am Anfang des Sommerjahres wird für jedes Kind nach nochmaliger gründlicher Untersuchung ein Journal angelegt, in das der Waldschularzt bei seinen wöchentlichen Besuchen alle gesundheitlichen Veränderungen während des Waldschulaufenthaltes einträgt. In Gemeinschaft mit dem Lehrerkollegium bespricht der Arzt alle notwendigen Kuranwendungen, Atemübungen, Liegekuren, Luft- und Planschbäder, Diätvorschriften und Lebertrangaben, stellt die Gewichtsveränderungen fest, mißt die Exkursionsweite zwischen tiefster Inspiration und tiefster Expiration und nimmt nötigenfalls Blutuntersuchungen und Impfungen vor. Bei etwaigen leichten Unglücksfällen wie Verrenkungen, Wunden, Quetschungen, Insektenstichen usw. tritt eine im Sanitätsdienst ausgebildete Lehrkraft unter Benutzung des in der Schule vorhandenen Verbandskastens ein. Zum Schluß des Waldschulsummers gibt der Arzt den Bericht über die hygienischen Erfolge. Die Berichterstattung befaßte sich in den vergangenen 23 Jahren immer mit den vier Hauptkrankheiten der Waldschulkinder: Blutarmut, Skrofulose, Herzkrankheit und Lungengefahr und gab den überwachten Kindern nach Abschluß der Krankheitsjournale die Prädikate: verschlimmert, unverändert, gebessert, geheilt. Es ist nicht möglich, in dieser Skizze aufzuführen, auf welche Weise der Arzt durch subjektive Eindrücke und wissenschaftliche, objektive Feststellungen bei den vier Krankheiten zu seinem abschließenden Urteil kam, es sei aber nach dem Studium der vorliegenden Jahresberichte darauf hingewiesen, daß nur in verschwindend wenigen Fällen der Krankheitszustand sich verschlimmert oder unverändert blieb, daß dagegen in jedem Jahr ein großer Prozentsatz der Kinder als gebessert und geheilt entlassen werden konnte. Immer wieder erscheint in den ärztlichen Berichten die Auffassung, daß der gesundheitliche Erfolg des Waldschulsummers ein größerer sein würde, wenn die kränklichen Kinder die weiten Schulwege vermeiden und im Walde übernachten könnten.

Den günstigen ärztlichen Berichten entspricht die Feststellung der erzielten Erfolge in Erziehung und Unterricht. Das ganztägige Zusammenleben mit den Lehrern, die unermüdlich erstrebte Weckung des Gemeinschaftsgeistes, stilles Vorbild und gelegentliche Ermahnungen verbesserten die Umgangsformen und Ausdrucksweise der Kinder. Roheiten kamen trotz oder gerade wegen der Koedukation sehr selten, sittliche Verfehlungen niemals vor, Dumme-Jungenstreiche wurden kameradschaftlich erledigt, die Gassenhauer, die Knaben und Mädchen anfangs trällerten, wurden durch gute Volks- und Wandervogellieder verdrängt, die Schmöker der Schundliteratur gegen wertvolle Erzählungen der Schülerbücherei ausgetauscht, und durch stetige Beobachtung der Wachstumsvorgänge im Wandel der Jahreszeiten, durch die unmittelbare, anschauliche Freude am Werden, Blühen und Reifen wurde bei vielen Kindern die Naturliebe und Gottesverehrung vertieft. Die Kinder der M-Klassen wurden mit wenigen Ausnahmen versetzungsreif und bei den O-Klassen-Kindern wurde die vielleicht hie und da eingetretene Verringerung der „Übung“ durch erhöhte Naturbeobachtung und vermehrten Arbeitsunterricht wettgemacht.

VI. Die Winterwaldschule.

Schon in den ersten ärztlichen Jahresberichten befürwortete Herr Professor Dr. Bendix die Ausdehnung des Waldschulbetriebes auf die für die Gewichtszunahme und Gesundung der Kinder besonders günstigen Herbst- und Wintermonate. Bald wurden auch die ersten Versuche gemacht: 80 der kränklichsten Kinder blieben in den sechs zum Teil kombinierten Klassen bis zum Dezember in der Schule, feierten in besonders poetischer Weise Weihnachten im Winterwalde und wurden in der zweiten, strengen Hälfte des Winters in freien Schulräumen eines Stadtschulhauses bis zum Ende des Schuljahres zusammengehalten. Der Geldmangel und die Ernährungsschwierigkeiten der Nachkriegszeit zwangen zur Einstellung dieser Versuche, die unter verständnisvoller Mitwirkung der Eltern gute gesundheitliche und schulische Erfolge gebracht hatten! Nachdem die Schule 1921 ein festes Holzhaus mit einem größeren Speise- und Tagesraum erhalten und der derzeitige Leiter der Schule eine namhafte Geldsumme unter privaten Förderern des Waldschulgedankens gesammelt hatte, konnte man wieder versuchen, ohne etatsmäßige Mittel die Schule den ganzen Winter hindurch offenzuhalten. Und gerade diese Wintergemeinschaft, anfangs mit 40, jetzt mit 150 Kindern, führte in gesundheitlicher und erziehlicher Hinsicht zu ganz erfreulichen Resultaten. Das Zusammenleben der Kinder mit den Lehrkräften wurde in der Winterenge noch traulicher und inniger, eine Lehrerin wohnte ganz in der Schule, 50 Kinder blieben, außer Sonnabends und Sonntags, über Nacht, denn alle verfügbaren Baracken wurden zu Schlafräumen umgewandelt, die Individualisierung wurde noch eindringlicher möglich, und die Anstalt entwickelte sich in gesundheitlicher Beziehung beinahe zum Waldschulsanatorium, in pädagogischer Hinsicht zu einem Land-erziehungsheim von bescheidenem Ausmaß. Die Ausübung des Wintersports, die Ausnützung des guten Winterwetters zur Bewegung und Arbeit im Freien, gute vollwertige Ernährung und regelmäßige Verabfolgung von warmen Bädern haben den Gesundheitszustand der Kinder merklicher als im Sommer gefördert und die produktive Beschäftigung an den langen Winternachmittagen, die Herstellung von Bastarbeiten, Strickdecken und Bucheinbänden, die Anfertigung von Kleidern und Blusen, der Bau der Bühne zum Weihnachtsfestspiel, die Einübung des Krippen- und Fastnachtsspiels und die Veranstaltung von Lichtbildervorträgen und Elternabenden geben immer wieder Gelegenheit, im Arbeitsunterricht den kindlichen Tätigkeitsdrang zu beschäftigen, die im Unterricht gewonnenen Erkenntnisse zu verwerten und das Gemeinschaftsgefühl zu beleben. Diese Versuche der Winterwaldschule, zunächst nur mit Kindern der drei Oberklassen veranstaltet, sind jetzt mit etatsmäßigen Mitteln für die Klasse I—IV ausgebaut worden, allerdings müßte endlich die behelfsmäßige Unterbringung der übernachtenden Kinder in den zu leicht gebauten Baracken durch die Errichtung eines massiven Übernachtungsgebäudes verbessert werden. Die Gemeindewaldschule ist in der Zeit ihres 23jährigen Bestehens von rund 5000 kränklichen Berliner Kindern auf je sechs

Monate besucht worden und ist auch im Jahre 1927 wieder im Sommerhalbjahr mit 170 Schülern und Schülerinnen belegt. Im Haushalt 1927 steht sie einschließlich aller Schul- und Ökonomieaufwendungen mit einer Ausgabe von 81 000 RM zu Buch, die durch eine Einnahme von 14 000 RM aus den Verpflegungsbeiträgen der Eltern sich auf 67 000 RM ermäßigt und damit die Ausgabe in den Haushaltsjahren der Vorkriegszeit nicht überschreitet. Auf das Einzelkind berechnet gibt das eine Ausgabe von 0,71 RM für den Tag und 198,45 RM für das Schuljahr, einschließlich der Pfingst- und Sommerferien. Diese ungewöhnlich niedrigen Verwaltungskosten sind dadurch erzielt, daß die Schul- und Wirtschaftsleitung in einer Hand liegt. Die Waldschulzulage für die im ganztägigen Schul- und Aufsichtsdienst der Anstalt tätigen städtischen Lehrer und Lehrerinnen beträgt zur Zeit 40 RM monatlich.

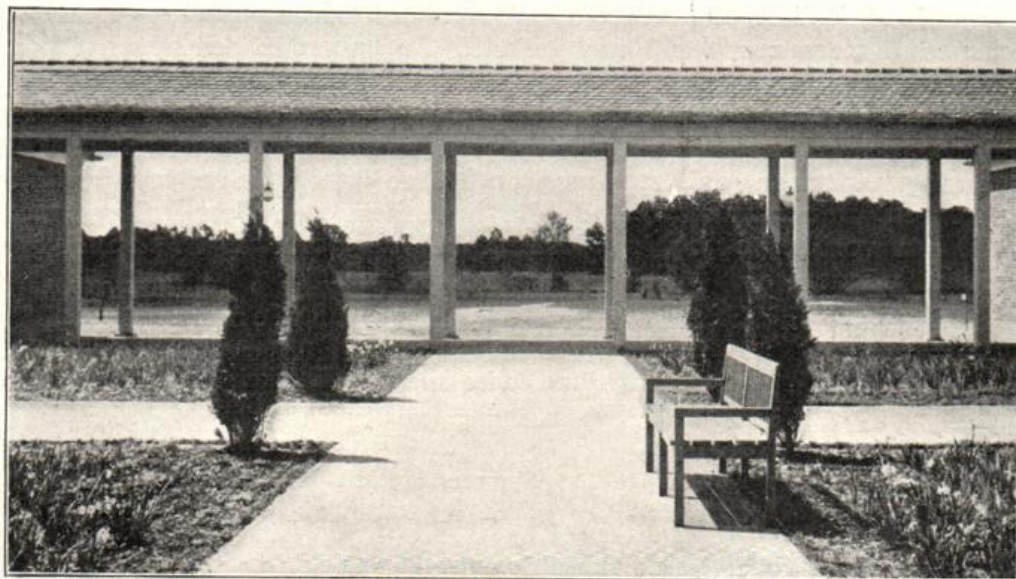
Die unermüdliche Fürsorge der Schuldeputation des Bezirksamtes Charlottenburg, die finanzielle Unterstützung des Berliner Magistrats, die Anerkennung der staatlichen Schulaufsicht, das lebhafteste Interesse der Elternschaft und die Hilfsbereitschaft hochherziger Menschenfreunde haben den Waldschulgedanken in der Zeit des wirtschaftlichen Zusammenbruchs nicht untergehen lassen, und die immer kräftiger einsetzende Wiederaufbauarbeit wird unter den vielen Einrichtungen, die zur körperlichen und sittlichen Ertüchtigung der Jugend beitragen sollen, die stille, segensreiche Arbeit der um kränkliche Großstadtkinder bemühten Gemeinde-Waldschule nicht vermissen wollen. Die zahlreichen Gäste, die als Vertreter deutscher Gemeinden, auswärtiger Staaten und Länder von Übersee die Charlottenburger Waldschule als die erste ihrer Art in jedem Sommer besuchten, haben sich über ihre Einrichtungen und den in ihrer Arbeitsmethode bemerkbaren Pestalozzigeist immer zustimmend und anerkennend geäußert.

Schullandheime.

Das Schullandheim, geboren in der Zeit unmittelbar nach dem Krieg, ist nicht zuletzt ein Kind der Großstadt.

Die nach ärztlichen Gutachten außerordentliche Erholungsbedürftigkeit der schulpflichtigen Großstadtjugend mußte ebenso wie die Notwendigkeit, den Kindern der Arbeiter und Handwerker, aber auch denen des verarmten Mittelstandes, Gelegenheit zu näherer Berührung mit dem ihnen so fremden Lande zu geben, gerade Schulverwaltung und Schulmänner einer Großstadt den Gedanken des Schullandheimes mit Interesse aufnehmen lassen; ganz abgesehen von allen pädagogischen Erwägungen, die diese neue Form des Zusammenlebens von Lehrern und Schülern und von Schülern untereinander begrüßenswert erscheinen lassen.

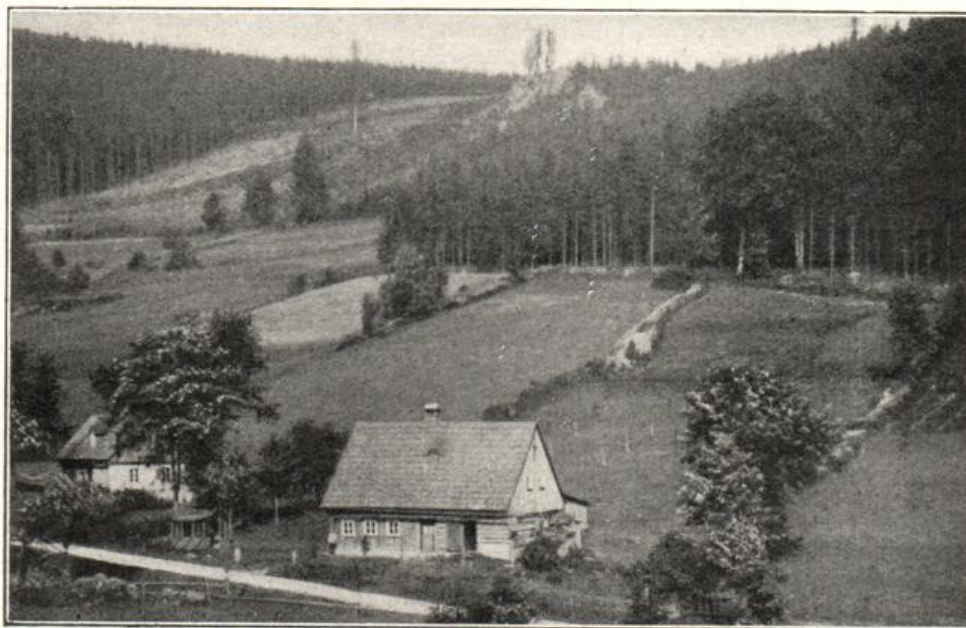
So ist auch das Berliner Schulwesen an der Schullandheimbewegung nicht vorübergegangen, und wenn auch nicht mehr als Anfänge in dieser Beziehung zu verzeichnen sind, so sind doch diese



Städtisches Schullandheim in Hermsdorf.

immerhin erwähnenswert, sie dürfen sich zweifellos sogar mit denen anderer Kommunen getrost messen.

Wie auch sonst im Reich sind in Berlin ein erheblicher Teil der Landheime durch die eigene Initiative der Schulen entstanden. Auch in Berlin haben sich Lehrende und Eltern in Findigkeit, Beharrlichkeit und opferbereiter Selbstlosigkeit zusammengefunden, ihren Kindern und Zöglingen den Segen eines Landheimes zuteil werden zu lassen. Treue Anhänglichkeit an die einstige Schule hat mehrfach Vereinigungen



Schullandheim des Berliner Dorotheenstädtischen Gymnasiums in Arnsberg (Riesengebirge)

Schullandheime der höheren Schulen

ehemaliger Schüler einer Anstalt dieser ein Schullandheim geschenkt, oder wenigstens zur Verfügung gestellt. So haben in der neuen Stadtgemeinde Berlin 14 Anstalten ein Landheim, andere sind dabei, sich eins zu erwerben oder zu erbauen, und wem diese Zahl im Verhältnis zu der Anzahl Berliner Schulen noch bescheiden erscheinen will, der mag bedenken, daß zu ihnen noch eine ganze Reihe von Jugendherbergen hinzuzurechnen sind, die besonders von den Volksschulen nicht nur vorübergehend, sondern wochenlang, oftmals in den Ferien besucht werden.

Schullandheime der höheren Schulen Berlins.

Lfd. Nr.	Name der Anstalt	Das Schullandheim liegt in	Sommer- oder auch Winterheim	Aufnahmefähigkeit Zahl d. Bett.	Bemerkungen
Bezirke 1—6					
1.	Köllnisches Gymnasium	Kablow	Sommer	50 Plätze	Eigentum des Vereins ehem. Schüler
2.	Humboldt-Gymnasium	Stolpe a.d. Havel	Sommer und Winter	17 Schüler u. 2 Lehrer	
3.	Dorotheenstädt. Realgymnasium	Arnsberg bei Oberschmiedeburg i. Riesengb.	Sommer und Winter	24 Plätze	
4.	Friedrichs-Gymnasium	Bork b. Beelitz	Sommer	40 Plätze	
5.	Luisenstädt. Oberrealschule	Kleine Mühle, Post Schlottau, Kreis Trebnitz	Sommer und Winter	20 Plätze	Das Heim ist von d. Elternbund d. Schule gepacht.
6.	Liebig-Realschule	Trebow, Post Heinersdorf, Kr. Ost-Sternberg	Sommer und Winter	60 Plätze	
Charlottenbg.					
7.	Kaiser-Friedrich-Schule	Köthen b. Wendisch-Buchholz	Sommer und Winter	30 Plätze	
8.	Fürstin-Bismarck-Schule	Kemnitzer Heide b. Ferch	Sommer und Winter	30 Schülerinnen u. 4 Lehrer	Hauptsächlich für Wochenende
Wilmerdorf					
9.	Fichte-Gymnasium	Lähn, Kr. Löwenberg	Sommer und Winter	60 Plätze und mehr	Nur gemietet
10.	Grunewald-Gymnasium	Werder a. d. Havel	Sommer	26 Plätze	Eigentum d. Vereins d. Freunde d. Gymnasiums
Zehlendorf					
11.	Oberrealschule	Kagar b. Rheinsberg	Sommer	30 Plätze	Eigentum der Anstalt
Schöneberg					
12.	Gymnasium Friedenau	Glindow bei Werder	Sommer	30 Plätze	
Lichtenberg					
13.	Reform-realgymnasium	Tangersdorf i. d. Uckermark	Sommer und Winter	50 Plätze	
14.	Kantschule Karlshorst	Niederfinow	Sommer und Winter	60 Plätze	

Doch hat sich die städtische Schulverwaltung auch auf diesem Gebiet nicht mit der privaten Selbsthilfe begnügt, sie hat vielmehr geglaubt, auch ihrerseits tätig eingreifen zu müssen.

Dabei hat sie Vorarbeiten des Jugendamtes und der Bezirksjugendämter ausbauen können. In den Nöten der Nachkriegszeit, insbesondere als die früher so zahlreich aus privaten Sammlungen finanzierten Ferienkolonien nicht ausreichten, die Menge der erholungsbedürftigen Kinder zu verschicken, gingen die Jugendämter dazu über, solche Kinder aufs Land zu senden, oder sie in größeren Kolonien, wie sie vom Jugendamt in Nest a. d. Ostsee und in Scheuen eingerichtet wurden, unterzubringen.

In Scheuen, mitten in der Lüneburger Heide gelegen, wurden Baracken eines früheren Militär-Flugplatzes ausgebaut und so ein Heim hergestellt, das von Anfang April bis Anfang Dezember geöffnet, bis zu 460 Kinder auf einmal aufzunehmen imstande ist. Das Jugendamt hatte hier wie in dem Ostseebade Nest, das 800 erholungsbedürftigen Knaben und Mädchen Unterkunft gewähren kann, Sorge getragen, die Aufsicht einem Pädagogen als Oberleiter, dem wiederum Aufsichtspersonen — zumeist Junglehrer — zur Seite stehen, zu übertragen. Im allgemeinen soll auf je 30 Kinder eine Aufsichtsperson kommen. Auf diese Weise glaubt das Jugendamt, den in diesen Anstalten ihrer ganzen Anlage nach fehlenden Unterricht wenigstens durch Gelegenheitsunterricht ersetzen zu können, zu dem ja vor allen Dingen die Natur ungesucht in Hülle und Fülle Anschauungsmaterial liefert. So begrüßenswert diese Bestrebungen des Jugendamtes waren, so hatten sie doch, vom Standpunkt der Schule aus gesehen, den Nachteil zur Folge, daß die Kinder während der Zeit ihres Erholungsaufenthalts nur den eben erwähnten gelegentlichen Unterricht hatten, der noch dazu von der Art des zufälligen Anlasses abhing, und daß sie daher nach ihrer Rückkehr entweder in ihren Leistungen zurückblieben oder durch Nachhilfe und doppelten Fleiß das Versäumte wieder nachholen mußten. Dadurch war die Absicht, nicht nur eine vorübergehende, sondern eine möglichst anhaltende Erholung der Schuljugend zu erreichen, in den meisten Fällen vereitelt, außerdem waren die Kinder aus allen Schulen Berlins bunt zusammengewürfelt, aus ihrer natürlichen Klassengemeinschaft herausgenommen und noch dazu einem ihnen fremden Lehrer zugeteilt.

Es war daher ein Fortschritt, als im Jahre 1924 das städtische Jugendamt an Stelle der verwalteten Häuser der Hofbauer-Stiftung in Hermannswerder bei Potsdam — der Pachtvertrag war abgelaufen — als Ersatz das inmitten ausgedehnter herrlicher Waldungen gelegene ehemalige Truppenlager Zossen mit der Absicht übernahm, die vorhandenen massiven Baracken nach und nach zu Landheimen für die Schuljugend auszubauen. Hier war zum ersten Male der Schulverwaltung die Gelegenheit gegeben, ihrerseits eine gewisse Initiative zu ergreifen und darauf hinzuwirken, daß die Verschickung der Schulkinder zu einem Erholungsaufenthalt ohne Vernachlässigung eines geordneten Unterrichts erfolgen konnte. Es entstand so im Jahre 1925 das erste städtische Schullandheim, dem bei der Größe des Lagers im

Laufe der folgenden Jahre sieben weitere Heime durch Ausbau der vorhandenen Häuser angegliedert werden konnten.

In Zossen ist jedes Haus in zwei für sich abgeschlossene Abteilungen geteilt. In jedem Halbhaus, das ein Eigenheim darstellt, ist eine Unterbringungsmöglichkeit für 50 Kinder gegeben, mit zwei Schlafräumen zu je 25 Betten. Im Schlafrum ist für den aufsichtsführenden Lehrer ein besonderer Raum abgetrennt. Außerdem enthält das Heim zwei Tagesräume, die je 25 Kinder fassen, und zwei besondere Wohnzimmer für Lehrpersonen. Sämtliche Räume sind heizbar, Betten mit Matratzen nebst Bettwäsche, wie auch alle sonst erforderlichen Gegen-

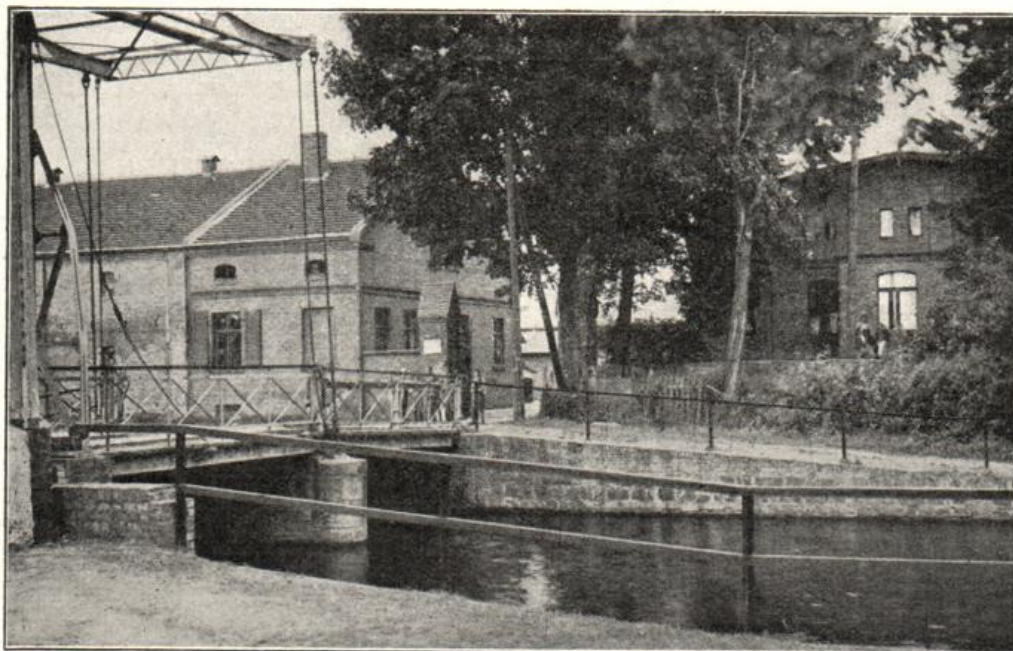


Landheim Zossen: Im Speiseraum.

stände und Einrichtungen, wie Waschräume, Toiletten usw., sind in einem allen modernen Ansprüchen genügenden Zustand vorhanden. Eine große Zentralküche sorgt für die Verpflegung sämtlicher in Zossen untergebrachten Landheime und Anstalten und gestattet gerade dadurch eine verhältnismäßig billige Bewirtschaftung.

Das Landschulheim Zossen ist somit in der Lage, durchschnittlich 800 Kindern auf einmal für die gesamte Dauer des Jahres einen Erholungsaufenthalt zu bieten. Rechnet man den Aufenthalt einer Klasse auf ungefähr 4–6 Wochen, so geht die Zahl der Großstadtkinder, die für eine kurze Zeit wenigstens aus dem Häusermeer herausgenommen werden können, schon in die Tausende. Es besteht zudem die Absicht, die Belegzahl allmählich auf 2000 Schüler und Schülerinnen zu steigern.

Die weiträumige, umfangreiche Anlage des ehemaligen Militärlagers, die außer dem Schullandheim im früheren Offizierskasino ein Kindererholungsheim, im idyllisch gelegenen Generalshaus ein Kinder-



Städtisches Schullandheim Zerpenschleuse am Finowkanal.

heim beherbergt, in deren kleineren Hausanlagen: „Das Spatzennest“, „Der Taubenschlag“ usw., Berliner Kindergärten untergebracht sind, und die schließlich einem Jung-Mädel-Heim als Urlaubsland für berufstätige Mädchen und einer Haushaltungsschule für Kriegerwaisen Platz gewährt, ist auf dem besten Wege, zu einem „Kinderdorf“ zu werden — denn einem solchen ähnelt die Siedlung —, zu einer pädagogischen Provinz, auf die Schulverwaltung und Jugendamt und darüber hinaus Lehrer- und Elternschaft Berlins stolz sein können.

Und doch hat die Schulverwaltung es für richtig gehalten, neben dem riesigen Schullandheim Zossen auch ihrerseits für kleinere Heime, ähnlich den privaten der einzelnen Schulen, zu sorgen.

Die erste Gelegenheit zu einem solchen bot sich in einem Anerbieten des Kreises Niederbarnim, das ihm gehörige Gut Zerpenschleuse der Stadt zu verpachten. Die Schulverwaltung griff zu, pachtete den Gutshof auf zehn Jahre — vom 1. Juli 1926 an — unter der Bedingung, die Gebäude des Hofes für die Bedürfnisse eines Landheimes umbauen zu dürfen. Da das Gut unmittelbar am Finowkanal liegt, der Wald nicht fern ist, bedeutete diese Erwerbung einen glücklichen Griff, und das jetzt umgebaute und wohnlich instand gesetzte Anwesen stellt ein prächtiges Schullandheim dar,

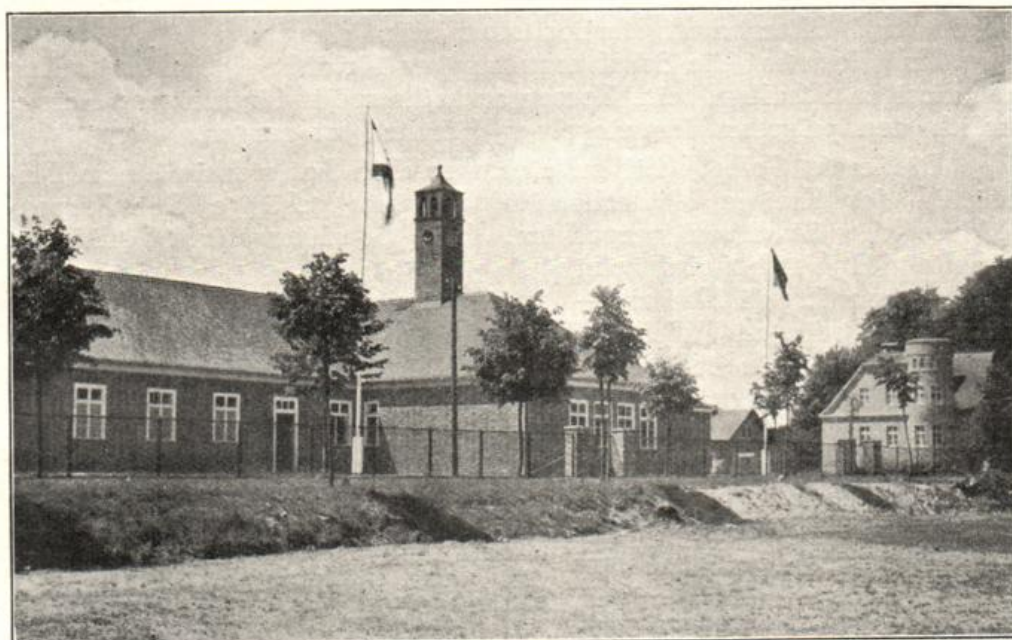


Schullandheim Zerpenschleuse: Schulkinder einer Volksschule helfen beim Ausbau.

das 120 Kindern gleichzeitig Unterkunft bieten kann. Es sind zwei Schlafsäle und zwei Unterrichtsräume vorhanden, außerdem neben einem geräumigen Speiseraum ein Aufenthaltsraum für die Schüler. Ein größerer Garten gibt erwünschten Anlaß zu gartenbaulichen Arbeiten, eine neue, modern ausgebaute Badeanstalt bietet prächtige Gelegenheit zum Baden.

Im ehemaligen Inspektorhaus, das jetzt von dem Ökonom bewohnt wird, sind für die Lehrpersonen besondere Zimmer eingerichtet worden. Hier befindet sich auch ein Krankenzimmer, wie überhaupt bei Gründung dieses Schulheimes für ständige ärztliche Überwachung durch einen Schularzt Sorge getragen worden ist. Zerpenschleuse wurde im Jahre 1926 von 510, im Jahre 1927 von 611 Schülern und Schülerinnen besucht. Im Jahre 1928 wird schätzungsweise die Zahl 750 erreicht werden. Vom Magistrat wurde indessen neuerdings (Frühjahr 1928) eine namhafte Summe zum Ausbau des Schullandheimes zur Verfügung gestellt, die einmal durch Umbau eines früheren Stallgebäudes die Unterbringung von weiteren 50 Kindern gestatten, und die zum anderen dem Einbau einer Zentralheizung dienen soll, so daß auch ein Winteraufenthalt ermöglicht wird. Durch diese Maßnahme wird die Belegzahl dieses schönen Landheims sicherlich weitere Fortschritte machen.

Dem Schullandheim in Zerpenschleuse folgte im nächsten Jahre bereits ein zweites. Aus Anlaß des hundertjährigen Todestages Pestalozzis beschloß der Magistrat am 5. Januar 1927, nicht nur dessen Andenken durch eine Feier im Rathaus zu begehen, sondern er erklärte sich auch grundsätzlich bereit, Mittel zur Errichtung eines Pestalozzi-Schullandheimes zur Verfügung zu stellen, wobei in der Beschlußfassung ausdrücklich betont wurde, daß es nicht nur dazu dienen sollte, der erholungsbedürftigen Berliner Schuljugend einen



Städtisches Schullandheim in Hermsdorf.

kräftigenden Landaufenthalt ohne Vernachlässigung des Schulunterrichts zu verschaffen, sondern auch unter den Kindern durch das Zusammenleben den Gemeinschaftsgedanken zu wecken.

Die Schulverwaltung schlug vor, in Hermsdorfer Mühle bei Wendisch-Buchholz für das Heim ein etwa 11,5 ha großes Grundstück zu erwerben, das mitten im Walde an der Dahme in der sogenannten Dubrow liegt. Am 23. Februar/17. März 1927 stimmten die Gemeindekörperschaften dem Ankauf dieses Grundstückes zu und bewilligten durch Beschluß vom 22./28. Juni 1927 die Mittel für die Errichtung des eigentlichen Heimes und für den Ausbau eines auf dem Grundstück



Küche im Schullandheim Hermsdorf.

bereits vorhandenen, im Rohbau befindlichen Landhauses. Die Entwürfe für das Landheim wurden von Herrn Stadtbaurat Brüning im Auftrage des Magistrats hergestellt, der Bau selbst wurde von der Hochbauverwaltung des Bezirksamts Tempelhof durchgeführt.

Wie Bilder und der Grundriß zeigen, stellt das neue aus bunten Klinkern errichtete Gebäude eine nach Süden offene Anlage dar, deren beide Flügel je einen Schlafsaaß für je 50 Kinder und einen Unterrichtsraum mit nötigen Nebenräumen beherbergen. Der Zentralbau enthält die moderne Küche und den schönen Speisesaal. Der von dem Gebäude eingefasste Ehrenhof ist von einem gedeckten Säulengang umgeben, der auch die offene Seite zum Spielplatz hin wirkungsvoll abschließt. In dem beim Ankauf mitübernommenen Landhaus befinden sich neben der Wohnung für den Ökonom Lesezimmer und Aufenthaltsräume für die Schüler und Schülerinnen, ein Krankenzimmer und Räume für die Lehrenden. Grundriß: Kapitel Schulneubauten. Eine Spargelanlage, ein großer alter Obstgarten, Stallungen für Pferd, Kühe und Hühner vervollständigen das Bild einer wohl ausgestatteten, idyllisch schönen Anlage, zu der wir uns am malerischen Ufer der sie begrenzenden Dahme eine Badeanstalt hinzudenken mögen, deren Bau bei der Einweihungsfeier als nächstes Ziel zugesagt wurde.

Und ein drittes Heim ist im Entstehen. In Birkenwerder, im Norden Berlins, konnte die städtische Schulverwaltung auf Grund einer ihr zuteil gewordenen Stiftung ein Restaurant erwerben, das seiner ganzen Anlage nach sich trefflich zum Ausbau für ein Landheim eignete, für das schon seine herrliche Lage an Wald, Wiese und Wasser es geschaffen zu haben schien.

Das Heim ist vorerst für 70 Kinder eingerichtet. Der frühere Tanzsaal wurde geteilt und gibt zwei Schlafsäle, in dem jedes Kind sein Metallbett mit Stuhl und Schrank hat. Die anschließenden Zimmer sind Waschräume, für die eine Warmwasseranlage den ganzen Tag den Brausen und Waschschüsseln warmes Wasser spendet. Der freundliche Speise- und Tagesraumsaal ist in hellen Farben gehalten, unmittelbar neben ihm liegt die geräumige Küche. Im oberen Stockwerk sind die notwendigen Nebenräume, dazu das Zimmer für die Lehrer. In einem zweiten Gebäude ist die Wohnung des Ökonomen untergebracht.

Das Birkenwerder Schullandheim erhält seine besondere Note dadurch, daß es von der Schulverwaltung den Sonderschulen zugewiesen wurde. Es wird bei seiner leichten Erreichbarkeit, bei seiner landschaftlich herrlichen Lage den ärmsten unter unseren Kindern, den körperlich oder geistig schwachen, viel Segen zu stiften imstande sein.

Die starke Inanspruchnahme der städtischen Schullandheime, die stets die Höchstgrenze der Belegzahlen erreichten, zeigt am besten, wie dringend die Errichtung derartiger Heime ist. Eine Übersicht über die bisherigen Besucher zeigt ein Überwiegen der Volksschulen, deren Anteil in Zossen ungefähr das Doppelte desjenigen der höheren Schulen, in Zerpenschleuse sogar drei Viertel der Gesamtbelegziffer ausmachten. Der Grund dieses Zahlenverhältnisses liegt wohl kaum darin, daß eben 14 höhere Lehranstalten ihre eigenen Heime haben, er muß vielmehr in dem Fachlehrersystem der höheren Schulen gesucht werden, das es schwerer macht, eine ganze Klasse mit einem Lehrer einige Wochen hinauszusenden. Ein Ausweg ist darin gefunden, daß eine Anstalt gleichzeitig mindestens zwei Klassen ins Landheim schickte mit zwei Lehrern, von denen der eine die sprachliche, der andere die mathematisch-naturwissenschaftliche Seite des Unterrichts übernahm. Daß Schwierigkeiten, die der höheren Schule also beim Besuch eines Schullandheimes erwachsen, bei gutem Willen überwunden werden können, zeigt das Beispiel des Luisenstädtischen Gymnasiums (Oberstudiendirektor Prof. Dr. Paul Hildebrandt), das als erstes über die Hälfte seiner Gesamtschülerzahl im Jahre 1926, den Rest 1927 nach Zerpenschleuse hinaussandte und das im Jahre 1928 wiederum über die Hälfte auf Zerpenschleuse und das Pestalozzi-Schullandheim verteilte.

Es gibt kaum einen Zweig der städtischen Schulverwaltung, der bei erster Inangriffnahme so schnell verheißungsvolle Anfänge gezeigt hat wie gerade die städtischen Schullandheime. Die körperliche Erholung, die Tausenden von unseren Schulkindern in ihnen gewährt werden kann, wird sich ebenso fruchtbringend auswirken, wie das gerade den Großstadtkindern so wünschenswerte Erlebnis des kameradschaftlichen Gemeinschaftslebens, das ja, pädagogisch gesehen, die Grundlage dieser ganzen Bewegung ist.

Schulgärten.

Zentral-Schulgarten in Blankenfelde.

Der Zentral-Schulgarten der Stadt Berlin liegt im Norden der Stadt im Gebiete des Bezirksamtes Pankow, nördlich von Nordend, südlich von Blankenfelde.

Seine Größe beträgt rund 30 Hektar. Doch wird etwa ein Drittel der Fläche für andere Zwecke benutzt, zur Heranziehung von gärtnerischem Schmuck für städtische Plätze und für den Verkauf. Der eigentliche Schulgarten umfaßt demnach etwa 20 Hektar oder 80 Morgen.

Der Garten war bei Ausbruch des Krieges in seinen wichtigsten Anlagen fertiggestellt. Während des Krieges mußte die weitere Ausgestaltung ruhen; erst in den letzten Jahren nach dem Kriegsende konnte der Ausbau fortgesetzt werden, der noch jetzt nicht ganz abgeschlossen ist.

Der Garten dient vornehmlich zwei Zwecken, erstens als Liefergarten und zweitens als Lehrgarten.

I. Der Garten als Liefergarten.

Vom Zentralgarten werden etwa 450 Schulen mit Pflanzen für den botanischen Unterricht versorgt, nämlich sämtliche Schulen Alt-Berlins, d. h. der Bezirke 1—6, ferner diejenigen der nördlichen benachbarten Bezirke. Alle Schultypen, Volksschulen, höhere Schulen, Berufsschulen, werden bei der Lieferung berücksichtigt, und auch einige staatliche und Privatschulen haben sich gegen einen bescheidenen Beitrag zu den Unkosten das Recht auf Belieferung gesichert.

Jede Schule erhält wöchentlich zweimal Pflanzen. Die jedesmalige Lieferung enthält im Durchschnitt 4—6 Pflanzenarten, in Bündeln von ansehnlicher Stärke, im Durchschnitt etwa 50 Exemplaren. Zu dem Heranziehen dieser großen Mengen von Einzelpflanzen — für

die einzelne Art 20 000—30 000 Exemplare, in der Woche etwa 200 000 Pflanzen — sind natürlich große Anzuchtflächen nötig.

Der Abtransport erfolgt durch 4 Autos, die vom Städtischen Fuhrpark gestellt werden und für diesen Zweck besonders eingerichtet sind.

Bei der Auswahl der Pflanzenarten ist Wert darauf gelegt, daß vor allem die einheimischen, wild wachsenden und häufigen Pflanzen vertreten sind. Aber auch einige der bekanntesten Zierpflanzen werden geliefert. In letzter Zeit wurden, um dem Arbeitsunterricht in der Pflanzenkunde Material zuzuführen, in verstärktem Maße den Lieferungen Vermehrungsorgane, wie Knollen, Zwiebeln, Samen, Stecklinge beigegeben, aus denen in den Schulen Pflanzen herangezogen werden können, auch lebende Pflanzen in Töpfen.

Auch für den Zeichenunterricht wird durch Lieferung geeigneter Blumen oder charakteristischer Blattpflanzen gesorgt.

Während des Krieges ist die Anzucht der Lieferungsplanzen außerordentlich zurückgedrängt worden. Die Flächen des Schulgartens wurden für die Kriegswirtschaft dadurch nutzbar gemacht, daß auf ihnen Gemüse und Kartoffeln angebaut und geerntet wurden, die der Ernährung der Berliner Bevölkerung zugeführt wurden. Nach dem Kriege, während der Inflation und auch noch in den Jahren der allmählichen Stabilisierung wurde der Garten nur ganz langsam seinem eigentlichen Zweck wieder zugeführt. Der Fremdkörper, der sich im Kriege als notwendiges Übel eingenistet hatte, sollte jetzt finanzielle Erträge liefern, und so ist aus dem Schulgarten möglichst viel herausgewirtschaftet worden. Noch heute ist diese Forderung nicht ganz fallen gelassen, und so muß ein großer Teil der Anzuchtfläche und der Arbeitskräfte dazu dienen, Pflanzen für den Verkauf zu liefern. Erst allmählich ist es in den letzten Jahren gelungen, die Anzuchtflächen für die Schullieferungen wieder auf leidliche Höhe zu bringen, und in dieser Richtung wird auch in den kommenden Jahren weiter fortgeschritten werden.

II. Der Garten als Lehrgarten.

Außer zur Heranzucht der Pflanzen für den Unterricht dient der Schulgarten auch als Lehrgarten für Exkursionen. Für diesen Zweck enthält er umfangreiche wissenschaftliche Abteilungen und eine große pflanzengeographische Anlage.

A. Die wissenschaftlichen Abteilungen zerfallen in folgende Einzelanlagen:

Eine biologische Abteilung, in der Anpassungserscheinungen aller Art zur Darstellung gebracht sind, wie z. B. Einrichtungen zur Bestäubung der Blüten, solche zum Schutze gegen Tierfraß, Schutzmittel gegen Trockenheit usw.

Daneben liegt das System, in dem die Pflanzen gemäß ihrer systematischen Verwandtschaft nach Gattungen und Familien angeordnet zusammengestellt sind. Auf einem besonders großen Quartier

sind die Holzgewächse, Bäume und Sträucher, die bei uns im Freiland oder in gärtnerischen Anlagen häufig vorkommen, zusammengestellt.

In der folgenden Abteilung finden wir die Giftpflanzen unserer Heimat in übersichtlicher Zusammenstellung, daneben die in der Medizin benutzten Heilpflanzen. Weiterhin die bei uns irgendwie technisch gebrauchten Gewächse, die Öle, Farbstoffe, Fasern oder dergleichen liefern.

Daran schließt sich eine morphologische Abteilung, in der die Formen, in denen die einzelnen Glieder des Pflanzenkörpers erscheinen können, in ihrer großen Mannigfaltigkeit nebeneinander gestellt sind.

Ein Gemüse- und Obstgarten zeigt sämtliche bei uns angebaute Gemüsesorten, Gartenfrüchte und Gewürzkräuter.

Die bei uns unter Naturschutz gestellten Pflanzen sind ebenfalls in einer besonderen Abteilung zusammengestellt.

Schließlich gehört zu diesem Teile des Schulgartens ein Warmhaus, in dem die wichtigsten tropischen Nutzpflanzen und einige besonders bezeichnende oder interessante Gewächse der warmen Zonen kultiviert werden, das aber leider erheblich zu klein angelegt ist und dringend der Erweiterung und Erhöhung bedarf.

Bei der Einrichtung dieser wissenschaftlichen Abteilung war oberstes Prinzip, den Garten für den Besuch durch Schulklassen Berliner Schulen nutzbringend und ertragreich auszugestalten. Es wurde also alles berücksichtigt, was in den Schulen in den Bereich des botanischen Unterrichts gezogen werden kann, und es wurde mit Konsequenz alles ausgeschaltet, was lediglich wissenschaftlich-botanisches Interesse besitzt. Hierdurch steht der Blankenfelder Garten in bewußtem Gegensatz zu dem etwa ebenso großen Staatlichen Botanischen Garten in Dahlem. Es soll und will mit diesem keineswegs konkurrieren, soll ihn auch nicht für die nördlichen Stadtteile ersetzen, sondern er dient bewußt anderen Zwecken. Jener ist ein Universitäts-Garten mit ausgesprochen wissenschaftlich-botanischen Fachinteressen, dieser ist ein Schul-Lehrgarten mit didaktisch-elementar-botanischen Lehrzwecken.



Im Warmhaus, Tropische Satzpflanzen.

Aus diesem Grunde ist im Schulgarten auf wissenschaftliche Vollständigkeit, namentlich in bezug auf die Systematik und auf die Pflanzengeographie bewußt verzichtet worden. Nicht auf die seltenen, den Fachbotaniker interessierenden Pflanzen ist das Hauptgewicht gelegt, sondern auf die gemeinsten Arten; nicht die Gewächse ferner Länder sind in möglichster Vollständigkeit angepflanzt, sondern die Gewächse unserer Heimat, speziell Norddeutschlands; ausländische Pflanzen sind mit rücksichtsloser Kritik nur dann zugelassen, wenn sie für den Unterricht in der Schule irgendwie besonders wertvoll sind. So fällt hier aller wissenschaftlicher Ballast weg, der beim Besuch des Botanischen Gartens in Dahlem die Schüler verwirrt.

Auf den Besuch durch Schüler ist auch in der Beschilderung Rücksicht genommen worden. Überall sind die deutschen Namen der Pflanzen auf den Schildern an erste Stelle gesetzt, der lateinische ist nur als Ergänzung hinzugesetzt; eine Ausnahme hiervon macht nur das System, in dem der wissenschaftliche lateinische Name, der für die Systematik maßgebend ist, in den Vordergrund tritt. Überall, wo es angängig oder erwünscht ist, wurden fernerhin auf den Schildern Erläuterungen gegeben, um hinzuweisen auf das an der Pflanze besonders Merkwürdige; bei den Heilpflanzen wurde vermerkt, aus welchen Teilen der heilkräftige Stoff gewonnen wird, bei welchen Krankheiten und in welcher Form er Anwendung findet; bei den Nutzpflanzen ist angegeben, welche Organe die Farbstoffe, die Öle, das Harz, die Fasern liefern, wozu das Nutzholz verarbeitet wird u. s. f. Bei diesen Erläuterungen ist dahin gestrebt worden, sie in leicht verständlichem Deutsch, unter Vermeidung schwer verständlicher wissenschaftlicher Fachausdrücke zu geben, aber natürlich ist darauf gehalten worden, daß sie trotzdem wissenschaftlich einwandfrei sind.

B. Diese selben Gesichtspunkte waren auch maßgebend für die Ausgestaltung der pflanzengeographischen Abteilung des Gartens. Hier trat wiederum eine Beschränkung ein auf die Pflanzengeographie der Heimat. Folgende heimische Pflanzengenossenschaften sind zur Darstellung gebracht worden: Der Wald, und zwar in seinen verschiedenen für Norddeutschland bezeichnenden Abarten, nämlich Kiefernwald und Fichtenwald als Vertreter der immergrünen Nadelwälder, Buchenwald, Birkenwald, Eichenwald, Akazienwald, Mischwald als Vertreter der sommergrünen Laubwälder. Dazu kommt ein Erlenwäldchen und ein Erlenbruch. Diesem benachbart folgt ein Niedermoor, anschließend eine Wiese, dann eine Calluna-Heide mit einem Hochmoor, ein Sandfeld, ein sonniger Hügel mit einer Kiesgrube, ein Bachlauf, schließlich Getreidefelder und eine Schuttstelle.

Bei diesen Anlagen ist Wert darauf gelegt, die Fläche für die einzelnen Pflanzengenossenschaften nicht zu klein zu bemessen, sondern so ansehnlich groß, daß man ein eindrucksvolles, in sich geschlossenes Bild der natürlichen Formationen gewinnt. Die gesamte, für diese Abteilung zur Verfügung stehende Fläche beträgt etwa 20 Morgen, so daß jede Genossenschaft etwa ein bis zwei Morgen umfaßt.

Bei der Anlage dieser Pflanzengemeinschaften waren manche erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden, die sich hauptsächlich aus der Beschaffenheit des Bodens ergaben, der seit langen Jahren alter Rieselboden war und daher für viele der anzupflanzenden Pflanzengemeinschaften viel zu stark mit Nährstoffen gesättigt war und nach seiner physikalischen und chemischen Beschaffenheit den Pflanzen nicht zusagte. Während einige Gemeinschaften sich gleich von Anfang an vortrefflich entwickelten — besonders der Fichtenwald, der guten Boden verlangt, der Buchenwald, der Mischwald, die Wiese — war es schwierig, für andere Pflanzenvereine, die auf armen Boden angewiesen sind, wie die Heide, das Sandfeld, den Kiefernwald, die richtigen



Bachlauf, in den Pflanzengemeinschaften Deutschlands.

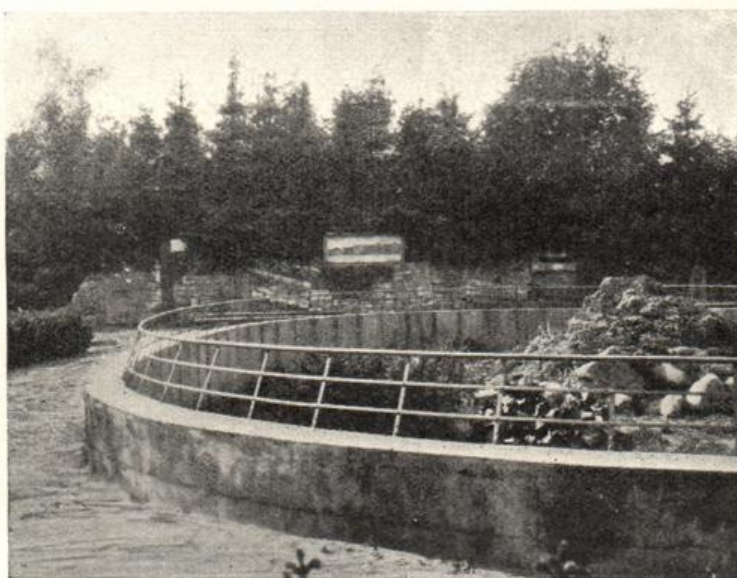
Lebensbedingungen zu schaffen. Hier mußte durch waggonweise Anfuhr von Sand bzw. Heidemull der Boden für die Pflanzen gründlichst und mühevoll vorbereitet und ein fortgesetzter Kampf mit dem Unkraut vorgenommen werden, das im Anfang lange Zeit die Charakterpflanzen jener Formationen zu überwuchern drohte. Infolge der ununterbrochenen Überwachung und Verbesserung zeigen jetzt bereits sämtliche dargestellten Formationen ein natürliches Bild, das den entsprechenden Pflanzengemeinschaften der Heimat weitgehend gleicht.

Zu erwähnen ist hier noch das Alpinum. Dieses besitzt nur einen bescheidenen Umfang und zeigt nur einige der wichtigsten Charakterpflanzen der Alpen, entsprechend der bewußten Beschränkung vor allem auf die in Norddeutschland vorkommenden Pflanzengemeinschaften. Unmittelbar beim Alpinum ist auch die früher im Humboldthain aufgestellte Geologische Wand neu errichtet worden, die eine Übersicht über die Entwicklung der Erdkrinde, über die aufeinander folgenden geologischen Formationen gewährt.

Ebenda findet sich auch ein großes Vivarium, in dem wichtige und häufige deutsche Reptilien und Amphibien, Eidechsen, Schildkröten, Schlangen, Frösche, Salamander in zahlreichen lebenden Exemplaren untergebracht sind.

Die gesamten Pflanzengenossenschaften stellen ein ideales Vogelschutzgebiet dar. Das Vogelleben wird seitens der Verwaltung im Schulgarten sorgfältig gepflegt, überall sind Vogelbrutkästen angebracht, und daher wimmelt es im Schulgarten von unseren heimischen Singvögeln; seit einigen Jahren brüten hier auch mehrere Nachtigallenpärchen.

Bei der Anlage und Ausgestaltung des Gartens ist überall auch



Geologische Wand und Vivarium.

der gartenkünstlerische Gesichtspunkt zur Geltung gekommen. Nicht nur in den Pflanzenformationen ist auf landschaftlich reizvolle Ausgestaltung Wert gelegt, die sich in Lichtungen im Wald, in anziehend gewundenen Bachläufen, in malerischen Ausblicken vom sonnigen Hügel geltend macht, sondern auch in den anderen Teilen des Gartens wird das Auge überall durch farbenfrohe Bilder erfreut, durch geschmackvoll angelegten und wohlgepflegten gärtnerischen Schmuck. Gleich beim Eintritt in den Garten überrascht die lange Hauptallee, an der zu beiden Seiten sämtliche bei uns gangbaren schönblühenden Staudengewächse angepflanzt sind, durch ihre Farbenpracht; und die Querwege des Gartens gewähren mit ihren in herrlichem Blütenschmuck prangenden Obstbäumen, mit ihren reich blühenden Flideralleen, ihren gelbleuchtenden Forsythien- und Goldregensträuchern im Frühsommer einen höchst erfreulichen Anblick.

Der Garten wird fleißig von Lehrern und Schülern besucht. Hunderte von Schulklassen statten im Laufe des Sommers dem Garten

ihren Besuch ab, und an schönen Tagen wimmelt es oft von Besuchern. Einer noch regeren Benutzung des Gartens steht der Umstand entgegen, daß er bisher noch etwas schwierig zu erreichen ist. Vom Endpunkte der Straßenbahn in Nordend hat man noch gut 20 Minuten zu Fuß zu gehen, ehe man den Garten erreicht. Die von der Leitung des Gartens und der Schulverwaltung angestrebte Verlängerung der Straßenbahnlinie bis nach Blankenfelde oder wenigstens zum nördlichen Ende von Nordend hat sich bisher noch nicht erreichen lassen; sie ist nach wie vor ein zu erstrebendes Ziel.

Dem Publikum den so wertvollen, an Belehrungsmöglichkeiten so reichen Garten an bestimmten Tagen allgemein zugänglich zu machen,



Lichtung im Mischwald, in den Pflanzengenossenschaften Deutschlands.

war noch nicht angängig, da das zur Beaufsichtigung hierbei notwendige Wächterpersonal nicht verfügbar ist. Überhaupt leidet der Garten nach wie vor unter einem fühlbaren Mangel an Arbeiterpersonal.

Zusammenfassend darf der Schulgarten in Blankenfelde wohl als eine in ihrer Art mustergültige Anlage bezeichnet werden, der in Deutschland nichts vollkommen Gleichwertiges an die Seite gestellt werden kann.

Gartenarbeitsschulen und Schulgärten der Volks- und Mittelschulen.

Der Schulgarten ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die innere Umbildung unserer Schule zur Arbeits-, Heimat- und Lebensgemeinschaftsschule.

Die Schulgartenidee ist zwar nicht erst, wie es scheinen könnte, ein Kind der Kriegs- oder Nachkriegsnöte. Doch waren Ernährungsorgen in der Kriegs- und Nachkriegszeit vielfach die unmittelbaren Urheber für Gründung von Schulgärten oder Gartenarbeitsschulen, wie u. a. Neukölln beweist, wo August Heyn Ödland durch Kinder kultivierte und seine Kriegskolonien schuf, aus denen die Neuköllner Gartenarbeitsschule hervorging. —

Zu diesen volkswirtschaftlichen Erwägungen kamen sozialpolitische Ziele: Erziehung zum Arbeitswillen, zur Arbeitsfreude und Ordnung, Bewahrung vor Müßiggang, außerdem Kriegshinterbliebenen-Fürsorge und dergleichen. Sozialpolitische Ziele verfolgen die Erziehungsheime für schwache und verwahrloste Kinder. Gartenarbeit ist in allen das Haupterziehungsmittel. Sozialpolitische Schöpfungen sind die Schülergärten gemeinnütziger Vereine, die den Zweck verfolgen, Kindern, die daheim keine richtige Betätigung finden, kindertümliche Arbeit zu verschaffen, um sie den Gefahren der Straße zu entziehen. Sozialpolitischen Ursprungs ist die Gartenarbeitsschule im Bezirk Wilmersdorf. Nachdem im Jahre 1918/19 der Plan, auf der aufzuteilenden Domäne Dahlem eine große Kriegsbeschädigten-Siedlung zu schaffen, an der Preisforderung der staatlichen Behörden scheiterte, folgte die Gründung der Wilmersdorfer Gartenarbeitsschule. Sie wurde am 19. April 1921 eröffnet.

Treibende Kräfte waren nun und in der Folgezeit nicht mehr nur volkswirtschaftliche und sozialpolitische Gedankengänge, sondern mit starker Betonung auch unterrichtliche und erziehliche Gründe. Die Großstadtschule steht vor dem großen Problem: Wie finden wir den Weg zur Natur? Wie erteilen wir lebensvollen Naturkunde-Unterricht? Wie schaffen wir die notwendigen Beobachtungsgelegenheiten? Denn den Großstadtschulen fehlt die ständige Berührung mit der lebendigen Natur. Die am Rande einzelner Schulgrundstücke geschaffenen Gärten begnügten sich damit, Liefergärten zu sein. Erst allmählich entschloß man sich, Klassen besuchsweise hinzuführen und so den Liefergarten zum Schaugarten zu machen, vereinzelt auch Kinder zur Bearbeitung und Pflege heranzuziehen. Im September 1926 bestanden 39 Schulgärten dieser Art, die, in der Innenstadt gelegen, infolge der Enge der Großstadt kaum entwicklungsfähig sind.

Liefer- und Schaugärten sind auch die „Zentralschulgärten“ der Großstädte, wie Berlin einen solchen in vorzüglicher Gestaltung in Blankenfelde besitzt, über ihn ist an anderer Stelle ausführlich berichtet.

Das aber muß höchstes Ziel aller schulreformerischen Bestrebungen sein, Erziehung durch Arbeit. Aus dem Liefer-, Schau- und Beobachtungsgarten muß der Arbeitsschulgarten werden.

Vorgeschrieben durch die Verfassung (Artikel 148), gefordert durch ministerielle Verfügungen, gefördert durch diesbezügliche Bestimmungen in den Richtlinien für die neuen Lehrpläne entstanden in den letzten Jahren mehrere Arbeitsschulgärten in Berlin.

Tausende von Kindern — zum weitaus größten Teile den Volksschulen angehörig — erhalten durch sie Unterricht und Erziehung.

Kleine Arbeitsschulgärten von nur wenigen hundert Quadratmetern, nur für einzelne Klassen gedacht, stehen neben größeren und großen für mehrere Schulen und fast ganze Bezirke ausreichend (Friedrichshain, Prenzlauer Berg, Tempelhof, Schöneberg, Neukölln, Wilmersdorf). Einige befinden sich im ersten Entwicklungsstadium, andere sind schon erfreulich ausgebaut. Der Besuch ist teils obligatorisch, teils fakultativ. Bisher steht die Gartenarbeitsschule überwiegend im Dienste der Volksschule; nur ganz vereinzelt sind höhere, mittlere, Berufs- und Sonderschulen beteiligt. Das Streben der Schulgartenfreunde geht aber dahin, alle Schulgattungen der Segnungen der neuen Schule teilhaftig werden zu lassen.

In der Großstadtbevölkerung lebt ein gewaltiger Gartenwille, der in der kraftvollen Kleingartenbewegung, in den Grüngürtelbestrebungen des Städtebaues und in der Gartenschulbewegung der Gegenwart zum Ausdruck kommt. Es ist der Kampf gegen die Unnatur des städtischen Lebens, ein gut Stück Selbsterhaltungstrieb.

Bisher hat das Turnen in den verschiedensten Formen der Leibesübungen die Körperpflege übernommen, und die Stadt hat Plätze in dankenswerter Großzügigkeit zur Verfügung gestellt. Die Gartenschulbewegung will keineswegs in Gegensatz, wohl aber in gleicher Linie mit den Zweigen der bisherigen Körperübungen treten und betrachtet Gartenarbeitsstunden als Leibesübungen, als Körperpflagestunden von besonderem Charakter. Freiluftarbeit und Freiluftunterricht in staubfreier Luft bringen eine Entspannung, deren das Schulleben des Großstadtkindes dringend bedarf. Zu ihr



Schöneberger Schulgärten: Anzucht von 35000 Blumenpflanzen für die Schüler. — Unterrichts-Baracke.

gesellt sich die Anregung zu sinniger Beobachtung, zur Freude am Schönen und Lebenden, zu frohem Schaffen. „Das Leben ist zu ernst, als daß allein Turnen, Spiel und Sport die Körperausbildung pflegen dürften. Zum Spiel muß die Arbeit treten.“ (Hepp, Schöpfer der schweizerischen Schulgärten.) So gehen Gartenschulbewegung und Leibesübung einander ergänzend Hand in Hand. Sie erfassen in ihrer Verbindung gleichmäßig Seele und Körper unserer Jugend zu positiver Schulhygiene und stehen damit im Dienste einer hygienischen Volkserziehung.



Schöneberger Schulgärten.

Gießen ist die Lieblingsbeschäftigung der Schüler.

Die Gartenschule ist zweitens von großem unterrichtlichen Werte für das mehr und mehr von der Natur abrückende Großstadteschlecht. Der Garten ist dem Schüler ein Erfahrungs- und Erlebnisland. Der Umgang mit der lebendigen Natur bewirkt heute nicht nur eine Vertiefung des naturkundlichen Unterrichts, sondern wir stellen den Garten jetzt in den Mittelpunkt des gesamten Unterrichts. Er gibt Anknüpfungsmöglichkeiten, Sachgebiete für das Rechnen auf allen Stufen, besonders für das volkswirtschaftliche Rechnen; er ermöglicht einen lebensvollen, praktischen Raumlehre-Unterricht. Im Deutsch-Unterricht bildet das Erleben im Garten die Grundlage der Sprachentwicklung und Stilbildung. Dem Erdkunde-Unterricht bietet er die Möglichkeit der Gewinnung erdkundlicher Grundbegriffe und Formen, vermittelt die Auffassung geologischer Vorgänge, ermöglicht wetterkundliche Beobachtungen, schafft den Ausgangspunkt für pflanzengeographische Erörterungen und für heimat- und erdkundliches Zeichnen. Dem Geschichts-Unterricht

erleichtert die Gartenarbeit durch Schaffung von Grunderlebnissen das Verständnis kultureller Vorgänge und Tatsachen und gibt den Siedlungsbestrebungen der Gegenwart starken Nachdruck. Ästhetisches Empfinden, künstlerisches, zeichnerisches Gestalten, alle Formen des Werkunterrichts finden im Garten natürliche sorgsame Pflege und Förderung.

Ebenbürtig an die hygienische und unterrichtliche Bedeutung der Gartenschule reiht sich ihre erzieherische Wertung. Naturerkenntnis schafft Natur- und Heimatsliebe, bringt die jungen Menschen wieder in die notwendige Naturnähe, macht sie bodenständig im Sinne der Heimatschule, bodenständig auch im Sinne der Bodenreformbestrebungen. Der innige Verkehr mit der Natur, die sorgsame Pflege von Pflanze und Tier, die Beobachtung und Erkenntnis gesetzmäßiger Entwicklung führen zu Achtung und Ehrfurcht vor dem großen Naturgeschehen. Nur aus dieser engen Erdberührung kann der deutsche Antäos neue Kraft zu neuem Aufstieg empfangen.

Durch das enge, auch selbstgestaltende Zusammenleben mit einem Stück Natur lernen die Schüler einen ganzen Stand aus seinen Lebensbedingungen heraus verstehen, für den der Städter im allgemeinen ein gerechtes Urteil sich nicht ohne weiteres zu bilden vermag. Bei der Tätigkeit in der Gartenarbeitsschule lernt der Schüler in gemeinsamer Arbeit und gegenseitiger Hilfe die Bedeutung des Gemeinnes verstehen, ohne den keine Familie, kein Wirtschaftsbetrieb, keine Gemeinde, kein Staat bestehen kann. Es werden die Grundlagen für ein pflichtbewußtes Staatsbürgertum geschaffen, die Voraussetzungen für jeden Unterrichtserfolg in der Staatsbürgerkunde (Artikel 148 der R.-V.: Arbeitsunterricht und Staatsbürgerkunde sind Lehrfächer der Schule).

In dieser Einstellung steckt eine Würdigung der volkswirtschaftlichen Bedeutung unserer Schulgärten.

Die Schöneberger Schülergärten, Leiter Oberschullehrer Haak, werden auf der Grundlage von Schüler- oder Eigenbeeten bewirtschaftet¹⁾.

Diese Methode erscheint dort gerechtfertigt, da der Besuch meist fakultativ ist und die Eigenwirtschaft das wirksamste Zugmittel



Arbeitsunterricht im Schulgarten: Beobachtungen am Mikroskop.

¹⁾ Näheres über die Arbeit in den Haakschen Gärten bringen die beiden Schriften Haaks: „Schülergärten für unsere Jugend“ und „Der Arbeitsunterricht in den Schöneberger Schulgärten“. (Beide bei Weidmann, Berlin, erschienen.)

ist. Die Schulgärten mit obligatorischem Betrieb sind in letzter Zeit zum weitaus größten Teil zur Gemeinwirtschaft übergegangen.

Der Leiter der Wilmersdorfer Gartenarbeitsschule, Rektor Mehlan, schreibt dazu:

„Unsere Gartenarbeitsschule wurde in den ersten fünf Jahren ihres Bestehens auf der Grundlage von Eigen- oder Schülerbeeten bewirtschaftet. Daß diese das höchste persönliche Interesse erregen, ist außer allem Zweifel, ebenso, daß die mitzunehmende Ernte in der Zeit wirtschaftlicher Not eine schätzenswerte Hilfe für die elterliche Küche darstellte. Nach der Festigung unserer Währung und der danach eingetretenen Besserung unserer Ernährungsverhältnisse zeigte sich jedoch, daß ein erheblicher Teil der Kinder nicht mehr die Wertschätzung gegenüber den gärtnerischen Erzeugnissen aufbringt, die sie verdienen, und die im Interesse unserer Volkswirtschaft und auch im Interesse der Erziehung gefordert werden muß.

Die weitere Beobachtung, daß die Kinder wohl mit größtem Eifer für ihre eigenen Beete sorgen, aber teilweise ungern an Gemeinschaftsarbeiten gehen, führte zu der Erkenntnis, daß bei der bisherigen Art der Bewirtschaftung der Gedanke der Gemeinschaftserziehung, der doch ein wesentliches Charakteristikum einer neuzeitlichen Schule darstellen muß, durch die stark persönlich wirkenden Schülerbeete mit ihrer egoistischen Note zu sehr zurückgedrängt wird. Schon aus diesen rein pädagogischen Erfahrungen ergab sich die Notwendigkeit, von der Eigenwirtschaft zur Gemeinwirtschaft überzugehen.

Entscheidend beeinflußt wurde in diesen Überlegungen durch gartentechnische Gründe. Bei einer Aufteilung des Geländes in kleine Schülerbeete von nur 8 qm Größe, wie wir sie bisher hatten, ist es unmöglich, eine vorschriftsmäßige Düngungsweise und Wechselwirtschaft durchzuführen. Die Kinder können also nicht in die Grundlagen einer rationellen Gartenwirtschaft eingeführt werden. Zum andern wird der Boden verdorben und die Ernte infolge unsachgemäßer Bodenbearbeitung in ihrem Wert beeinträchtigt oder wohl gar in Frage gestellt.

Aus diesen Gründen wurde mit Beginn des Arbeitsjahres 1926 zur Gemeinwirtschaft übergegangen, jedoch nicht in dem Sinne, wie sie Rektor Steinmeyer in Düsseldorf betreibt, der das ganze große Gelände als einen einzigen Gemeinschaftsgarten in Betrieb nimmt, wobei zweifellos die Produktivität aufs höchste gesteigert wird und die größten Einnahmen erzielt werden, sondern in einer Form, die die Arbeitsgemeinschaft etwas enger erscheinen läßt, also etwas mehr Rücksicht auf das persönliche Interesse nimmt, die Kinder nicht als billige Arbeitskräfte erscheinen läßt: in der Form von Klassengärten. Steinmeyer durfte den Schritt zum großen Gemeinschaftsgarten mit geringeren Bedenken tun, als das bei uns möglich wäre, da nur seine Schule diesen Garten bearbeitet, während bei uns 14 Volksschulen beteiligt sind.

Jeder Klassengemeinschaft (zur Zeit sind's deren 30) wird ein Ackerstück von etwa 250 bis 375 qm Größe zugewiesen, das von der



Der Teich im Schülgarten der Hohenzollernschule-Schöneberg.



Schülgarten in Schöneberg.

Die Erdbeerrabatten werden in gemeinsamer Arbeit gejätet.

Klasse als Arbeitsgemeinschaft gemeinsam bestellt und wie ein Laubengarten nach den Grundsätzen der Dreifelderwirtschaft bearbeitet wird.“

Die Vertreter der Schulgartenbewegung fordern nachdrücklichst eine alle Unterrichtsfächer berücksichtigende Auswertung der praktischen Gartenarbeit, die nicht Hauptzweck, sondern Mittel zum Zweck sein soll.

Haak hat in seinem Lehr- und Arbeitsplan bereits die verschiedensten Möglichkeiten gezeigt. Einige Beispiele — wahllos aneinander gereiht — mögen Weg und Ziel noch unterstreichen:

Über unsere Arbeiten, Beobachtungen und unterrichtlichen Auswertungen geben die Kinder in einem kleinen Heftchen Wochenberichte.

Zwei Beispiele mögen die Art der unterrichtlichen Auswertung zeigen.

A. am 16. Mai:

1. Arbeit: Gurken und Kürbis wurden gelegt, Porree und Sellerie gepflanzt.
2. Beobachtung: Die aufgegangenen Aussaaten kommen nur langsam vorwärts. („Drei gestrenge Herren.“)
3. Unterricht: Einführung in die Wetterkunde. Niederschrift: Was uns unsere Wetterbeobachtungsapparate erzählen. —

B. am 25. August 1927 ergab die Ablesung am Regenmesser 62 mm Regen, eine außergewöhnliche Höhe. Es ergibt sich folgende Rechenstunde:

1. Rechnet diese Menge in Gießkannen (je 8 l) um
 - a) für euren Klassengarten (300 qm),
 - b) für die Gartenarbeitsschule (28 800 qm),
 - c) für Groß-Berlin (875 qkm)!

Es ergibt sich folgende Berechnung:

1 mm im Regenmesser = 1 l auf 1 qm,

62 mm im Regenmesser = 62 l auf 1 qm = $7\frac{3}{4}$ Gießkannen.

Da die Gießkannen nie ganz gefüllt werden können, runden wir $7\frac{3}{4}$ auf 8 Kannen auf. Demnach hat an Wasser erhalten:

- a) Der Klassengarten $300 \times 8 = 2400$ Kannen.
- b) Die Gartenarbeitsschule $28\,800 \times 8 = 230\,400$ Kannen.
- c) Die Stadt Berlin bei 875 qkm = $875\,000\,000$ qm = $875\,000\,000 \times 8 = 7\,000\,000\,000$ (7 Milliarden) Kannen.

2. Rechne um in cbm.
Auf 1 qm = 62 mm = 62 l.
Auf 875 000 000 qm = $875\,000\,000 \times 62\,l = 54\,250\,000\,000\,l = 54\,250\,000\,cbm$.
3. Berechne das Wassergeld, wenn 1 cbm bei mittlerem Verbrauch 19 Pf. kostet (Tarif der Charlottenburger Wasserwerke)!
1 cbm kostet 19 Pf.
 $54\,250\,000\,cbm$ kosten $54\,250\,000 \times 19\,Pf. = 10\,307\,500\,RM$.
4. Verteile die Kosten auf den Kopf der Bevölkerung! Ich runde ab: 10 000 000 RM — 4 000 000 Einwohner. Ergebnis: 10 000 000 durch 4 000 000 = 2,50 RM sind je Einwohner für diesen Regentag an die himmlischen Wasserwerke zu entrichten.
(Selbstverständlich kann man mit geübten Schülern ohne Ab-
rundungen rechnen!)

Was zu einer gut eingerichteten Gartenarbeitsschule gehört, sei an der Wilmersdorfer Einrichtung gezeigt. Sie enthält 30 Klassengärten, mehrere Lehr- und Gemeinschaftsabteilungen, eine biologische Abteilung, mehrere Standortgemeinschaften (Nadel- und Laubwald, Wiese, Teich) einen Bienenstand mit Bienengarten und Vogelschutzgehölz, einen Raum für Aquarien, Terrarien, Insektarien (insbesondere Seidenraupenzucht), eine kleine Wetterbeobachtungsstation (Maximum-, Minimum-Thermometer, Barometer, Polymeter mit Hygrometer, Wetterfahne, Regenmesser, Wittertafel), eine Schülerwerkstatt für Hobelbankarbeit, eine Küche mit Küchengarten, 84 Fenster Frühbeete, ein Gewächshaus, erbaut aus den Überschüssen zweier Erntefeste, eine Baumschule und verschiedene Schmuckanlagen. Der Schöneberger Schulgarten hat noch einen hervorragend schönen Sand- und



Schulgarten Wilmersdorf.

Bei der Arbeit!

Steingarten. An Baulichkeiten besitzt der Wilmersdorfer Schulgarten sechs ehemalige Militärbaracken für Amts-, Lehrer- und Sammlungszimmer, Werkstatt, Küche, Geräteschuppen und Klassenräume. Letztere sind zu offenen Hallen umgebaut worden.

Mit Befriedigung können wir einen für die Millionenstadt zwar kleinen, aber guten Anfang feststellen, wenn auch die Anlagen rein äußerlich sich mit den hervorragend ausgestatteten Arbeitsschulgärten in Düsseldorf und Hannover, die auch bereits feste Baulichkeiten enthalten, nicht vergleichen können.

Eine zu einer Arbeitsgemeinschaft für Arbeitsschulgärten zusammengeschlossene rührige und arbeitsfreudige Lehrerschaft hat in einer Denkschrift Wege und Ziele dieser kraftvollen Bewegung für alle Schulgattungen gezeigt. Hoffen wir, daß es gelingt, die große Idee der Verwirklichung näherzubringen: bei jeder Schule ein blühender Garten, in dem sich frohgesunde Jugend tummelt in Sonne, Licht und Blütenduft.

Leibesübungen.



Die Leibesübungen an den Schulen der Reichshauptstadt haben in den Nachkriegsjahren eine Umwertung erfahren. Im Mittelpunkt des Turnbetriebes steht nicht mehr „Die Übung“, sie ist nur Mittel zu dem Zweck, vom Körperlichen aus auf die Gesamterziehung zu wirken.

In der Stunde Leibesübungen kommt es heute weniger darauf an, daß die Schüler Kunststücke erlernen, als darauf, die bewegungshungrigen Körper unserer Jungen und Mädchen nach physiologischen Gesichtspunkten durchzuarbeiten. Die Wachstumsenergien der Organe, Muskeln und Knochen sollen unter Berücksichtigung der Gesetze der Blutverschiebung und der Ermüdung gelöst werden, in einer Form, die dem Alter und der Psyche der Schüler entspricht. Die notwendigen Gewohnheiten und Kenntnisse werden durch Unterweisung in Übungen, die dem natürlichen Übungsbedürfnis und der Veranlagung der Schüler entsprechen, vermittelt. Hierdurch und durch Belehrung über Hygiene des Leibes, der Wohnung, der Nahrung wird die Jugend zu gesunder Lebensführung erzogen und für den Beruf vorbereitet.

Die im Häusermeer heranwachsende Jugend zu gesunden Menschen zu machen, die zu frohem Erleben fähig sind, sie durch Selbsttätigkeit zur Schaffensfreude zu führen und für Bejahung des Gemeinschaftslebens zu begeistern, das sind Erziehungsziele, die bei der Einheit von Körper, Geist und Seele ohne Leibesübungen nicht erreicht werden können.

Volks- und höhere Schulen.

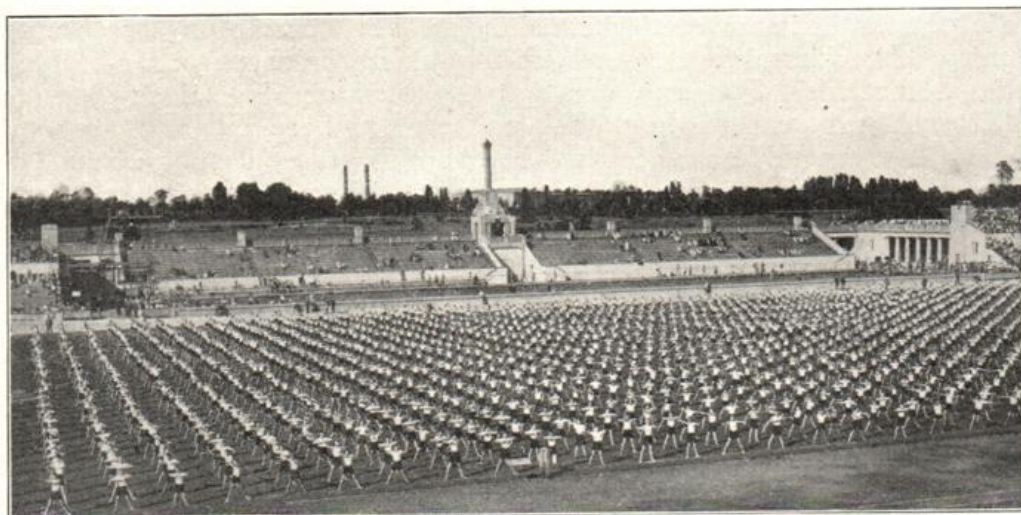
Die Nachkriegsjahre, die Zeit der Inflation sind noch zu frisch in Erinnerung. Es ist darum nicht nötig, auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, die sich jeder Aufbauarbeit entgegenstellten. Es

fehlte an Spielgeräten, so daß die Schulen vielfach in ihrem Werkunterricht vor allem Holzgeräte selbst herstellen mußten. Heute ist die Belieferung der Schulen mit einwandfreiem Spiel- und Sportgerät sichergestellt.

Die Turnhallen waren verwahrlost und teilweise jahrelang nach dem Kriege in den Händen anderer Verwaltungsstellen (Militärverwaltung, Erwerbslosenfürsorge). Erst allmählich gelang es, die Hallen ihrer eigentlichen Zweckbestimmung zuzuführen und mit den geringen Mitteln durch sorgfältigste Planwirtschaft instandzusetzen. Die selbstlose Arbeit der Lehrerschaft unter den damaligen schwierigen Verhältnissen muß anerkennend hervorgehoben werden. Nur auf dem Wege der Selbstverwaltung konnte der Wiederaufbau erfolgen. Bereitwillig übernahmen Lehrer und Lehrerinnen die Verwaltung der Turnhallen und stellten sich als Obleute der Spielplätze, der Badeanstalten ehrenamtlich in den Dienst der Sache.

Die Zahl der Unterrichtsstunden für Leibesübungen an den Volksschulen dürfte in Berlin günstiger sein als in den meisten Städten Deutschlands. Seit dem Jahre 1924 wird eine vierte Stunde Leibesübungen auch im Winter erteilt, und seit 1925 erhalten die Volksschüler vom vierten Schuljahre ab aufwärts Sommer und Winter hindurch fünf Turnstunden, genauer zwei Spiel- und drei Turnstunden. Im Hinblick darauf, daß der weitaus größte Teil der Jugend die Volksschule besucht, verdient diese Tatsache besondere Anerkennung.

Die vier Stunden Leibesübungen für die höheren Schulen sind durch die Denkschrift des Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 24. Juni 1924 festgelegt worden. Auch hier darf sich Berlin rühmen, für Verbesserung des Turnbetriebes an den höheren Schulen erfolgreich eingetreten zu sein.



Herbstfest der höheren Schulen im Stadion.

Nach der Reform hatten die höheren Schulen nur zwei Turnstunden und zwei Spielstunden gegenüber drei Turnstunden und zwei Spielstunden im Sommerhalbjahr und drei Turnstunden im Winterhalbjahr vorher. Diese neue Regelung wäre an sich also keine Verschlechterung gewesen, wenn die Denkschrift nicht verlangt hätte, daß Schülerabteilungen einzurichten sind und der Stundenbedarf an neunklassigen Vollanstalten 24, an sechsklassigen Realschulen 16 Stunden nicht überschreiten darf. Durch eine solche Regelung wären die Spielabteilungen im Sommer überfüllt gewesen, bei schlechtem Wetter oder im Winter aber wäre ein Unterricht bei den oft 80 bis 110 Schüler starken Turnabteilungen gänzlich in Frage gestellt. Die Deputation für Schulwesen hat aus dieser Situation heraus eine solche durch die Denkschrift geforderte Regelung abgelehnt und an Stelle der seit 1. April 1925 $2\frac{2}{3}$ Wochenstunden pro Klasse 4 Wochenstunden pro Klasse eingeführt.

Der Unterricht in den Leibesübungen an den höheren Schulen wird seit Jahrzehnten von hauptamtlichen Turn- und Sportlehrern erteilt, die neuerdings auch die staatliche Schwimm- und Ruderlehrerprüfung abgelegt haben müssen.

Auf die große hygienische Bedeutung der Bewegung in Licht und Luft für die heranwachsende Jugend hat der Geh. Medizinalrat Herr Prof. Dr. Bier wiederholt und eindringlich hingewiesen. Seine Erfolge im Ambulatorium Eberswalder Straße mit tuberkulösen Kindern sind überraschend. Gerade die Großstadtjugend entbehrt Licht, Luft und Wasser. Die Bestrebungen der Schulverwaltung für Erneuerung des Schulturnens gingen dahin, die natürlichen Bewegungsformen des Laufs, des Sprungs, des Wurfs in Sonne und frischer Luft in den Vordergrund zu stellen und durch Förderung des Spiels, des Schwimmens, des Wanderns, des Wintersports mehr für die Entwicklung der Organkraft als der Muskeln Sorge zu tragen.

Der Ausbau der Spielorganisation hat ihrer Bedeutung in gesundheitlicher und erziehlicher Hinsicht entsprechend größte Beachtung gefunden. Einige Zahlen aus den Innenbezirken dürften die Entwicklung auch für Groß-Berlin kennzeichnen.

1922 waren an den Volksschulen obligatorische Spiele nicht durchgeführt, an den höheren Schulen nur lückenhaft. Pläne, die eine reibungslose Benutzung der Spielflächen sicherten, gab es in den meisten Fällen nicht.

1923. Auf Grund der Verfügung vom 24. Juli 1923 wurde mit dem Aufbau der Spielorganisation begonnen. Zum ersten Male erfolgte die Aufstellung von Benutzungsplänen für eine größere Anzahl von Spielplätzen. Im Hinblick auf den Mangel an Spielplätzen konnten außer den höheren Schulen nur Volksschulen berücksichtigt werden, die in einem Umkreise von etwa einer Viertelstunde um die städtischen Spielplätze lagen.

Erfolg: Von 339 Schulen mit 169 997 Kindern begannen 122 Schulen mit 22 750 Kindern mit der Durchführung des obligatorischen Spiels. Das sind 13,4%, d. h. jedes siebente bis achte schulpflichtige Kind wurde zu geordnetem Spiel geführt.

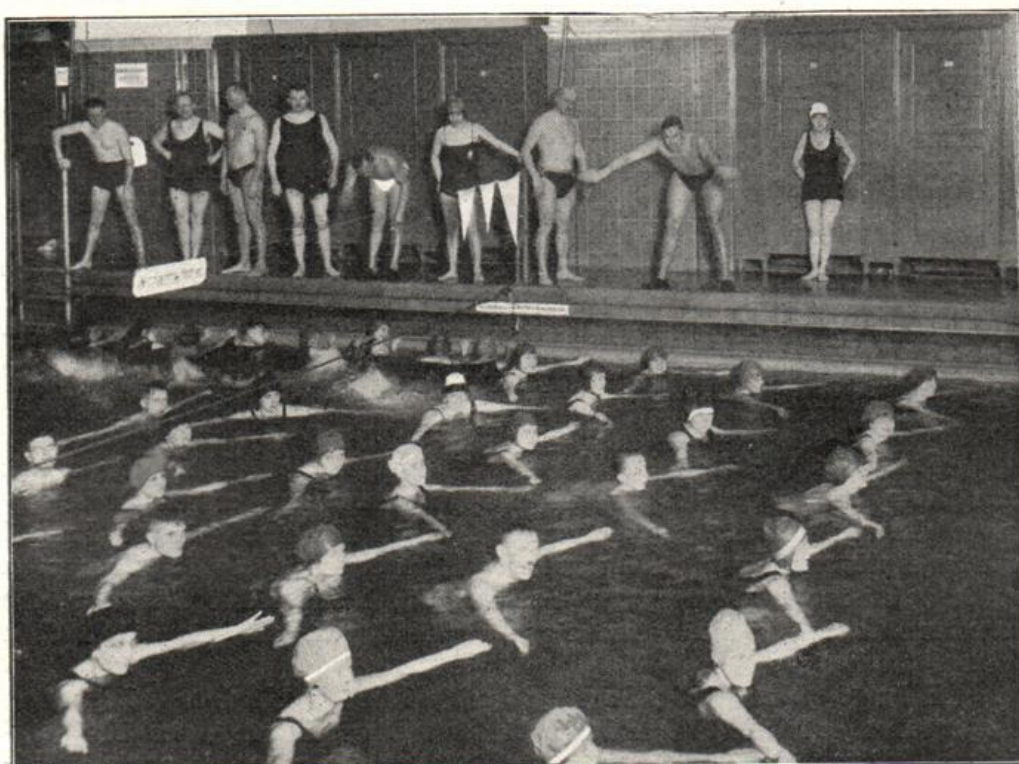
1924. An den Pflichtspielen in Alt-Berlin nehmen teil: 1430 Abteilungen mit 91210 Kindern, d. h. jedes zweite schulpflichtige Kind, bei $4\frac{1}{4}\%$ Befreiung vom Spiel. Damit waren in Alt-Berlin die obligatorischen Spiele zum ersten Male allgemein durchgeführt.

1925. Es wird nicht mehr in Abteilungen, jede durchschnittlich 75 Kinder stark, gespielt, sondern klassenweise vom vierten Schuljahr ab.

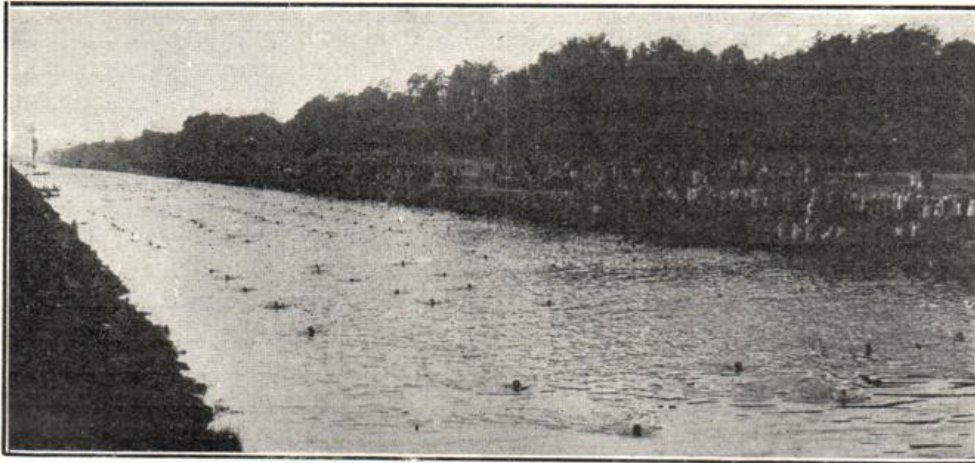
Die Regelung der Pflichtspiele ist in den nächsten Jahren die gleiche geblieben. Es wird Aufgabe des Stadtamts für Leibesübungen sein, für Vermehrung und Verbesserung der Spielplätze, für Schaffung von Umkleide- und Waschegelegenheiten und für Ausstattung der Spielplätze mit Geräten Sorge zu tragen.

In Anlehnung an die Spielorganisation wird in den letzten Jahren auf allen Plätzen die für Schulpflichtspiele bereitgestellt sind, der „Tag der Schulen“ nach einheitlichen Richtlinien durchgeführt.

Besonders zu beachten sind die Fortschritte auf dem Gebiete des Schulschwimmens. Die Organisation des Schulschwimmunterrichts ist in den einzelnen Bezirken verschieden und abhängig von den Schwimmgelegenheiten und von der Zweckbestimmung, die man dem Schwimmen gibt. In einzelnen Bezirken wird als Ziel des Schwimmunterrichts das möglichst schnelle Erlernen einer gewissen Schwimmfertigkeit angesehen. Die Form der Organisation ist in diesem Falle die Einrichtung kurzfristiger Kurse unter Leitung eines Nur-



Ausbildung von Lehrern und Lehrerinnen im Schulschwimmen.



Kanalschwimmen.

schwimmlehrers. In anderen Bezirken legt man auf den Schwimmunterricht als wertvollstem Zweig der Leibesübungen nicht nur als Brauchkunst großen Wert, sondern man fördert ihn besonders aus erziehlichen und gesundheitlichen Gründen. Die Kinder erhalten darum längere Zeit Schwimmunterricht, ein Jahr in der dritten Klasse in der Schwimmhalle und zwei Sommer (zweite und erste Klasse) in den offenen Badeanstalten. Schwimmlehrer ist ein Lehrer der Schule, möglichst der Klassenlehrer. Für die Durchführung des Schwimmunterrichts hat sich die Berliner Lehrerschaft mit der größten Begeisterung eingesetzt. Etwa 1200 Lehrer und Lehrerinnen nahmen an den von der Diesterweg-Hochschule bzw. vom Stadtamt für Leibesübungen eingerichteten Schwimmlehrgängen teil.

Die Durchführung des Schulschwimmens wird in den Verfügungen vom 24. Juli 1923, vom 9. April 1924 grundlegend geregelt.

Im allgemeinen wird an den Berliner Schulen der gerätelose Schwimmunterricht bevorzugt. Auf Trockenübungen wird in der Regel nicht verzichtet, auch hat die überwiegende Mehrzahl der Lehrer und Lehrerinnen das Brustschwimmen als erste Schwimmart beibehalten. Die durch ministerielle Verfügung in Preußen eingeführten Frei-, Fahrten- und Rettungsschwimmerzeugnisse werden in Berlin bereits seit 1924 von den Schulen ausgestellt, sie haben sich bestens bewährt. Ein Vermerk über die erworbene Schwimmfertigkeit wird ins Schulzeugnis eingetragen.

Als Abschluß der Winterarbeit finden seit 1925 in den Hallenbädern der verschiedenen Bezirke nach einheitlichen Richtlinien durchgeführte Veranstaltungen statt. Außer den verschiedensten Vorführungen und scherzhaften Darbietungen werden nur Mannschaftskämpfe ausgeschrieben. Die Hauptprüfung ist für Volksschulen das Stilschwimmen in Gruppen von 10–12 Schüler(innen). An dem Endschwimmfest, an dem sich nur die besten Schulen der einzelnen Bäder beteiligen dürfen, kommen die künstlerisch wertvollen Wanderpreise der Stadt Berlin zur Verteilung. Im Sommer ruft der Verein für Leibesübungen der Berliner Lehrerschaft die schwimmbegeisterte Jugend zu einer wohl einzig

dastehenden Veranstaltung, zu dem Kanalschwimmen. Hunderte von Jungen und Mädchen tummeln sich in den schnurgeraden rechts und links von Grün eingefassten breiten Silberband des Kanals und zeigen ihren Eltern ihre Schwimmfertigkeit.

In den Jahren 1926 und 1927 wurden Ferienschwimmkurse eingerichtet, die in erster Linie für Knaben und Mädchen solcher Schulen bestimmt sind, an denen kein Schwimmlehrer ist. Die Anzahl der eingerichteten Kurse war 250 bzw. 300.

Die überaus günstige Lage Berlins in unmittelbarer Nähe der prächtigen Gewässer der Spree und der Havel bieten die Möglichkeit zu jeglichem Wassersport. Das Rudern wird an den höheren Knabenschulen seit 1892 gepflegt. Von 115 in Berlin vorhandenen höheren Knabenschulen bestehen an 108 Schulen 106 Ruderriegen mit 430 Booten. Die Leitung dieser Riegen liegt in den Händen selbstgewählter Protektoren. Zur Erhaltung und zum Ausbau des Bootsmaterials bewilligt die Stadt Berlin jährlich einen Betrag von 62 000 RM.

An den höheren Mädchenschulen ist in den Jahren nach dem Kriege ein reger Ruderbetrieb eingerichtet worden. 1917 wurde die erste Ruderriege an einem Lyzeum eingerichtet. 1926 waren 30 Ruderriegen vorhanden.

Die Zeiten sind wohl endgültig vorüber, in denen die Jugend während der Wintermonate ängstlich von den Eltern im Zimmer gehütet wurde. Für Erholung und Abhärtung bietet die klare aber auch scharfe Winterluft die beste Gelegenheit. Die Gefahr der Verweichlichung ist gerade für die Großstadtjugend groß, der Wintersport verdient darum in Berlin jede Förderung. Wo Gelegenheit vorhanden ist, wird im Rahmen der Stunde Leibesübungen gerodelt, Schlittschuh oder Ski gelaufen. Der Schneelauf kann in unmittelbarer Nähe der Reichshauptstadt nur selten ausgeübt werden. In Verbindung mit Wanderungen in den Harz, in das Erz- oder Riesengebirge ist die Ausbildung einer größeren Anzahl Jugendlicher unter Ausnutzung der



Schüler-Ruderregatta in Grünau.

Jugendherbergen in dem Winter 1927/28 erfolgreich durchgeführt worden.

Die stärkere Beachtung, die der Wintersport in einer stattlichen Anzahl Berliner Schulen findet, ist eine Folge der in den drei letzten Jahren eingerichteten Ausbildungslehrgänge für Lehrer und Lehrerinnen im Eis- und Schneelauf. Die Ski-



Übungen im Grätenschritt.

kurse wurden fern von jedem Fremdenverkehr im Glatzer Schneegebirge abgehalten. Während an der ersten Fahrt, die die größte Unterstützung der Schulverwaltung fand, 35 Lehrer und Lehrerinnen teilnahmen, waren es 1926/1927 90 und 1927/28 bereits 200 Teilnehmer. Für die Durchführung der Ausbildungskurse der Jugendskileiter galten folgende Richtlinien:

- a) Ablegung einer kurzen Lehrprobe über eine Schneelaufübung evtl. auch aus dem Trockenlehrgange.
- b) Kenntnis des Aufbaues eines Schneelauflehrganges mit Trockenkursus. (Luthersche Schneelaufausbildung, Bergverlag München.)
- c) Beherrschung folgender Übungen: Schneepflug, Schneepflugbogen und -halt, Stemmfahren, Stemmbogen, Querschwünge, Umsprung.
- d) Kenntnisse der Ausrüstung und der Gerätschaften, Kartenlesen, Orientierung im Gelände, Handhabung des Bézardkompasses, Verhalten bei Lawinengefahr.
- e) Kenntnisse der gesundheitlichen Grundregeln beim Schneelauf, der Unfallverhütung, der ersten Hilfe.
- f) Erfahrung in der Leitung von Tagesfahrten in größeren Gruppen, Verhalten in den Herbergen.
- g) Kenntnis und Kritik der wichtigsten Schriften über den Schneelauf.

Zu erwähnen wäre noch, daß die für den Skisport begeisterte Lehrerschaft des Vereins für Leibesübungen der Berliner Lehrerschaft ihr Wintersportheim im herrlichen Klessengrund auch den Schulen zur Verfügung stellt.

Besondere Förderung findet an den Berliner Schulen das Wandern auch durch Überweisung von Beträgen an die Anstaltsleiter, diese Summen sollen dazu Verwendung finden, bedürftigen Kindern die Teilnahme an den Schulwanderungen zu ermöglichen.

Nachdem das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung sich für Förderung des Segelfluges ausgesprochen hat, wurden an einzelnen höheren Schulen Fluggruppen gegründet. Mit Unterstützung der Stadt ist es gelungen, 3 Flugzeuge für Schulzwecke zu erwerben.

Das Schulsonderturnen für schwächliche Kinder ist erst nach dem Kriege im größeren Umfange eingerichtet worden. 1927 wurden 12 500 Kinder erfaßt. Der Unterricht wird in enger Zusammenarbeit mit den Schul- bzw. Fachärzten von Lehrer und Lehrerinnen erteilt, die an der Deutschen oder Preußischen Hochschule oder in der Universitätsklinik ausgebildet wurden.

Vielseitige Fortbildungsgelegenheit auf dem Gebiete der Leibesübungen wurde den Berliner Lehrern und Lehrerinnen von 1923 ab im Rahmen der Diesterweg-Hochschule geboten. Die Durchführung der Lehrgänge und Vorträge übernahm von 1927 ab das Stadtamt für Leibesübungen. Starken Besuch hatten die Kurse im Schulschwimmen, dann aber auch die Lehrgänge für Hallenturnen, volkstümliche Übungen, Spiele, Rudern, rhythmische Gymnastik, Eis- und Schneelauf. Besonderen Anklang fand der für Schulleiter eingerichtete Informationslehrgang.

Berufsschulen.

Gerade in den Jahren der Entwicklung vom Knaben zum Jüngling sind die Leibesübungen als Erziehungsmittel von außerordentlicher Bedeutung, und auch für die im Berufsleben der Großstadt lebende weibliche Jugend ist Körpererziehung eine unbedingte Notwendigkeit. In Berlin war in dieser Hinsicht bis nach dem Kriege von einigen Bezirken abgesehen, nichts Durchgreifendes getan. Allgemein anerkannt wurde die Notwendigkeit von Turnen und Sport für Berufsschüler in den Nachkriegsjahren; gaben doch in einzelnen Bezirken vorgenommene Untersuchungen ein erschreckendes Bild von dem Gesundheitszustand der Schulentlassenen. So wurde in Pankow festgestellt, daß annähernd $\frac{1}{3}$ der zur Entlassung Gelangenden nicht berufsfähig waren. („Die Not in Berlin“. Tatsachen und Zahlen. Zusammengestellt vom Oberbürgermeister Böß.)

Die Deputation für Schulwesen, Abteilung Berufs- und Fachschulen, war stets bemüht, die Leibesübungen an ihren Schulen zu fördern. So stiftete sie für das seit 1923 alljährlich veranstaltete Spiel- und Sportfest der Berufsschulen, wertvolle Wanderpreise. Durch dieses Fest, dem jedesmal ein Schwimmfest vorausgeht, wird das Interesse für die körperliche Ertüchtigung unserer er-



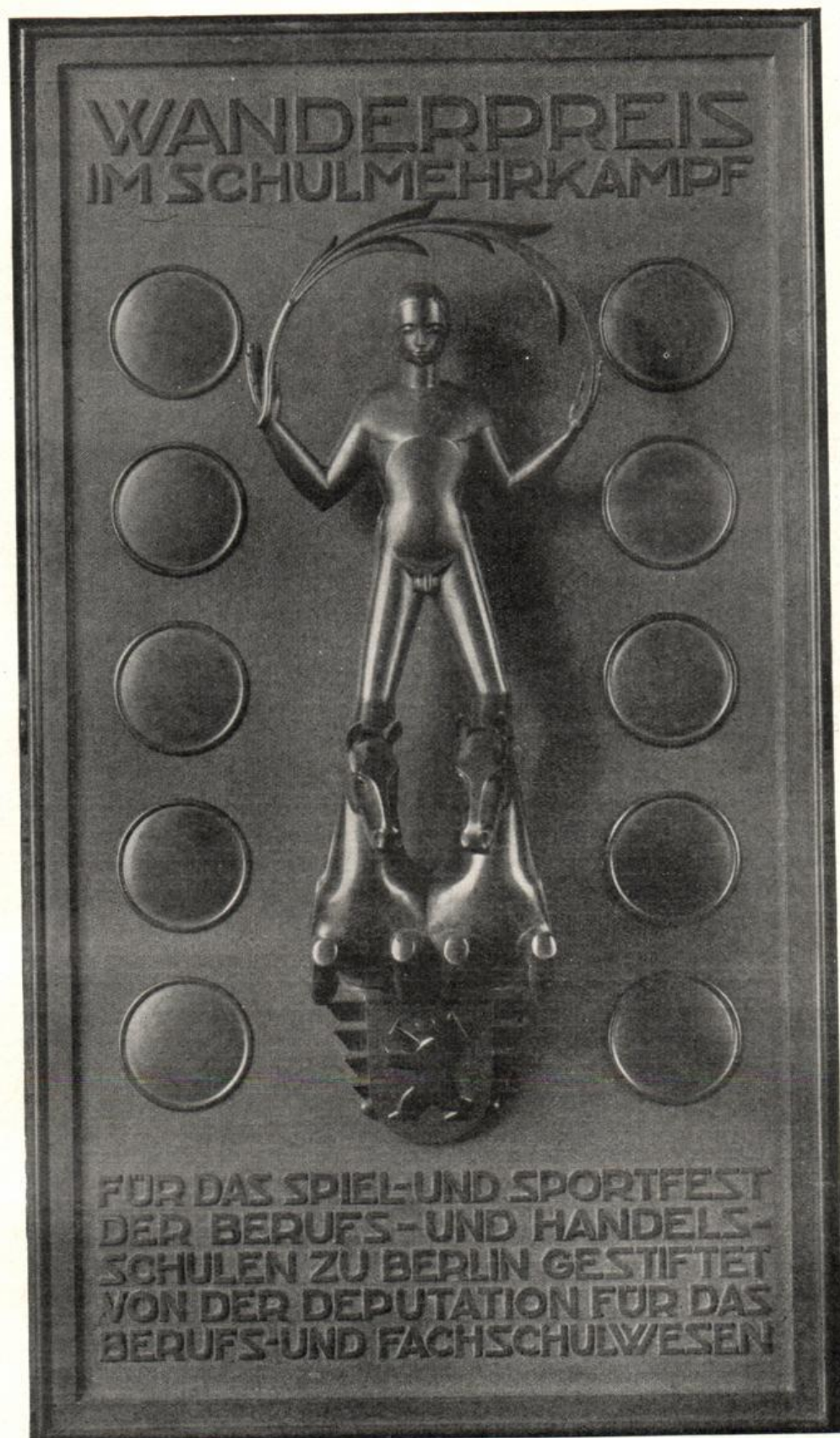
Spiel- und Sportfest der Berufsschulen.

werbstätigen Jugend in den Kreisen der Lehrerschaft, der Elternschaft und bei den Vertretern der einzelnen Berufsgruppen geweckt. Die Gründung von Turn- und Sportabteilungen vor Annahme des Ortsstatuts an einer Anzahl Schulen war die Folge der durch diese Veranstaltungen gegebenen Anregungen.

Ernste Ausgestaltung erfuhr der Betrieb der Leibesübungen erst nach Annahme des Ortsgesetzes vom 1. April 1926, nach dem mindestens in 1 Stunde wöchentlich die körperliche Ausbildung durch Turnen, Wandern, Schwimmen, Rudern, Gartenbau usw. zu pflegen ist. Die dem Magistrat bereits im Oktober 1922 unterbreiteten Vorschläge konnten sich daher erst vom Frühjahr 1926 ab auswirken.

Für die Organisation der Leibesübungen an den Berufs- und Handelsschulen Berlins waren folgende Überlegungen bestimmend.

Die Möglichkeit der Mitbenutzung der Turnhallen der Volks- und höheren Schulen war gering, da die Zahl der obligatorischen Turnstunden an diesen Schulen vermehrt wurden. Selbst in den wenigen Fällen, in denen eine Durchführung in der gekennzeichneten Weise möglich war, hätten Schwierigkeiten des Stundenplanes und Mangel an Lehrkräften für diese unregelmäßig liegenden Stunden nur eine lückenhafte Durchführung gestattet. Vor allem wäre der Nutzen der Turnstunde durch zu weite Wege oft ganz in Frage gestellt.



WANDERPREIS
IM SCHULMEHRKAMPF

FÜR DAS SPIEL-UND SPORTFEST
DER BERUFS-UND HANDELS-
SCHULEN ZU BERLIN GESTIFTET
VON DER DEPUTATION FÜR DAS
BERUFS-UND FACHSCHULWESEN

Auch der Gedanke, durch Heranziehung der Vereine die körperliche Ausbildung in den Berufsschulen sicherzustellen, mußte nach sorgfältiger Prüfung verworfen werden. Im besten Falle wäre auf diesem Wege an einzelnen Schulen ein gewisser Ersatz für die Turnstunde geleistet worden. Außerdem wurde die Unmöglichkeit einer einwandfreien Kontrolle und die Tatsache, daß der erzieherische Einfluß der Schule während des Turnunterrichts ausgeschaltet wäre, beanstandet. Für Berufsschulen der Mädchen mußte eine Regelung auf dieser Grundlage von vornherein abgelehnt werden, da gesetzliche Bestimmungen Schulveranstaltungen für Schülerinnen nach 19 Uhr verbieten. Auch Konflikte zwischen Schulen und politischen Verbänden, die in ihrer Rückwirkung nicht ohne Einfluß auf die gesamte Schularbeit geblieben wären, waren zu befürchten. Grundsätzlich erwies sich also auch dieser Weg als nicht gangbar, zumal die vollbelegten Hallen eine Mehrbelastung von rund 80 000 Übenden nicht gestatteten.

Das Ergebnis dieser Gedankengänge war, daß die Möglichkeit zur Einordnung der Stunde Leibesübungen in den Unterrichtsplan aller Berufs- und Handelsschulen nur durch planmäßigen Bau von Turnhallen gegeben würde.

Für den Ausbau der Leibesübungen ergaben sich auf Grund des Gesagten folgende Richtlinien:

1. Mit der Einführung der wöchentlichen Stunde Leibesübungen wird zunächst an allen Schulen begonnen, die eine Turnhalle besitzen.
2. Können nicht alle Klassen Turnunterricht erhalten, so werden die jüngeren Jahrgänge bevorzugt.
3. Befreiung erfolgt nur auf Grund eines schulärztlichen Zeugnisses.
4. Der Unterricht in den Leibesübungen wird in der Regel durch hauptamtlich tätige Turnlehrkräfte mit Lehrbefähigung für Schwimmen und Rudern erteilt. Aufgabe dieser Persönlichkeiten ist es, die Schülervereine zu leiten. Womöglich sind Gewerbeoberlehrer mit Turnfakultas heranzuziehen.
5. Schulen, denen keine Turnhallen zur Verfügung stehen, soll bis zur Fertigstellung der Hallen die Möglichkeit zur Pflege der Leibesübungen (gedacht wird in der Hauptsache an Spiel, Schwimmen, volkstümliches Turnen) gegeben werden. Leitern und Leiterinnen von Spiel-, Sport- oder Schwimmabteilungen werden die Stunden als Pflichtstunden angerechnet.

Die Entwicklung der Leibesübungen an den Berufsschulen ist aus folgender Übersicht zu ersehen.

Vom 1. April 1925 hatten rund 200 Klassen die wöchentliche Turnstunde, vom 1. April 1926 ab 625 Klassen, vom 1. April 1927 ab 1300 Klassen.

Als Ergänzung für den Turn- und Sportbetrieb in den Turnhallen und auf den Spielplätzen wurden erstmalig 1927 Ruder- und

Schwimmkurse für Berufsschüler(innen) eingerichtet, die Teilnahme war kostenlos. Ein weiterer Ausbau wird auch hier möglich sein und ist vorbereitet.

Über die Leibesübungen an den Höheren Handelsschulen siehe den Abschnitt in dem diese betreffenden Kapitel.



Fußwaschraum an der Turnhalle.

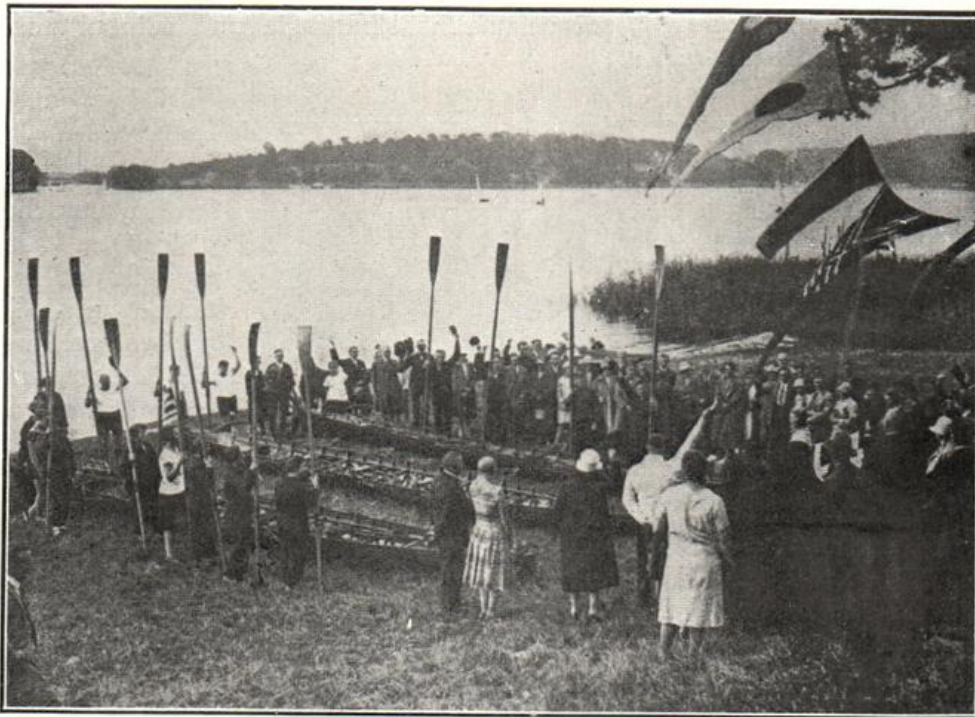
Volksschule in Schlachtensee.

Umfassende Maßnahmen zur Schaffung einwandfreier Übungsstätten sind getroffen worden. Turnhallen sind durch Aufstockung oder Neubau geschaffen. Bei dem Mangel an Freiflächen auf den Schulgrundstücken wurde versucht, durch Anlage von Freiturnflächen auf dem Dach die Möglichkeit zu turnerischer Betätigung in Licht und frischer Luft zu geben. Turnhallen ohne ausreichende Nebenräume sind in Zukunft nicht möglich zu bauen, da besondere Richtlinien die Mindestforderungen festlegen. Ein einfacher, zweckmäßiger Waschraum ist bei jeder neugebauten Turnhalle vorhanden. Ausführliches darüber ist in dem Abschnitt über die Schulneubauten gesagt. Die Umgestaltung

der Schulhöfe ist in größerem Umfange vorbereitet und bereits im Rahmen der Notstandsaktion in Angriff genommen. Volkskulturstätten sollen die großen Schulneubauten werden, die in verschiedenen Bezirken geplant sind. Sie werden nach Möglichkeit enthalten: weite Spielflächen im Innern des Gebäudekomplexes, Dächer, die Freilichtunterricht ermöglichen, ein Bezirkshaus mit Schwimmhalle, mit Räumen für Volksbibliothek, Gesundheitspflege usw.

Der vorstehende Bericht mag Zeugnis von den Bemühungen der Schulverwaltungen geben, trotz der schweren Nachkriegsjahre aufzubauen und die Grundlage zu legen für einen Betrieb der Leibesübungen, der zu gesunden, schaffensfrohen, von Gemeinschaftswillen beseelten Menschen erzieht. Als Fachberater stand der Schulverwaltung von 1922 bis 1927 an Stelle des verstorbenen Turnwarts Hallwachs und des 1924 pensionierten Oberturnwarts Dr. Luckow der Oberschullehrer Andersson zur Verfügung.

Er hat 3 Jahre lang nicht nur die gesamte Leitung des Schulturnwesens innegehabt, sondern auch die gerade in diesen Jahren so wichtigen Neuerungen auf diesem Gebiete in Angriff genommen. Erst im Jahre 1927 wurden die erledigten Dezernentenstellen neubesetzt und bei dieser Gelegenheit entsprechend der steigenden Bedeutung des Schulturnens um 2 Stellen erweitert. Zum Stadtoberturnrat wurde Herr Preuß und neben ihm zu Stadturnräten für Alt-Berlin die Herren Andersson, Harte und Thamm gewählt. Für 7 Außenbezirke sind im Etat des Jahres 1928 weitere 7 Stadturnratsstellen eingesetzt worden.



Boofstaufe beim Verein für Leibesübungen der Berliner Lehrerschaft.

Kunst und Schule.

Der moderne Zeichenunterricht.

Der Zeichenunterricht in den Berliner Schulen hat in den letzten Jahren eine völlige Umgestaltung erfahren. Er sieht heute in der Entwicklung der gestaltenden Kräfte des Kindes, in der Bildung des Geschmackes und in seiner stärker betonten Erziehung zu künstlerischem Empfinden und Denken seine Aufgabe. Er ist also nicht mehr nur Zeichenunterricht. Bestimmend für die Umgestaltung waren die Richtlinien und die neuen Lehrpläne, zum andern aber die Ergebnisse der Kinderkunstforschung und die nach dem Kriege besonders stark einsetzende Kunstbewegung.

Im Mittelpunkt des neuzeitlichen Zeichenunterrichts steht das Kind mit seinem Erleben, seiner reichen Phantasie und seinem unbegrenzten Gestaltungswillen.

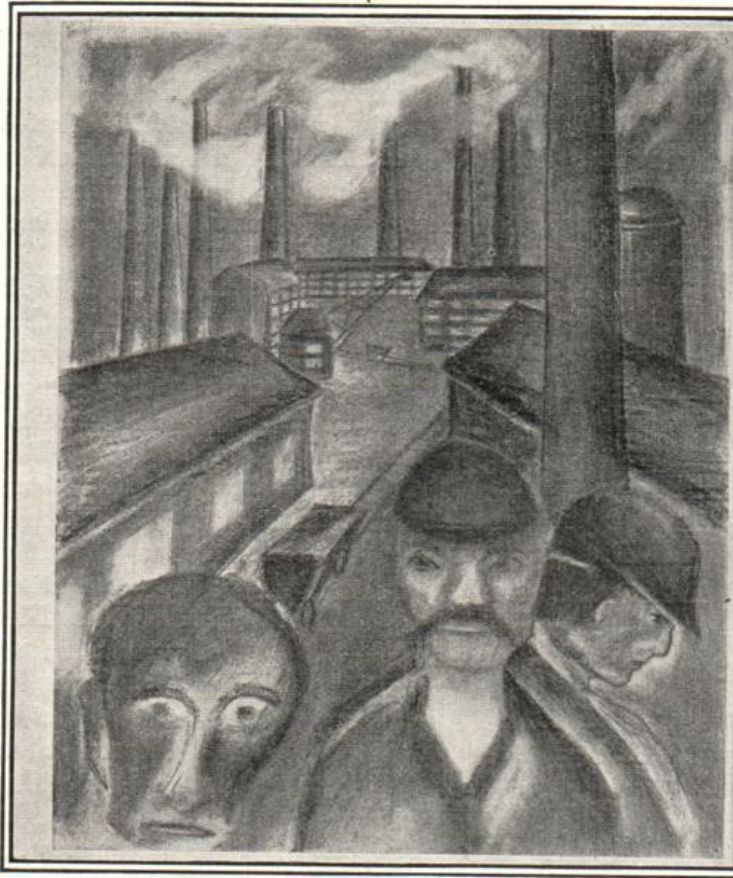


Schüler einer Volksschule beim Linoleum-Schnitt.

Die Grundschule knüpft an das spielende Malen im vorschulpflichtigen Alter an, läßt im Phantasie- und Gedächtniszeichnen alle Erlebniskräfte des Kindes wach werden und verhilft ihm so zu einer persönlichen bildhaften Ausdrucksweise. Dieses freie Schaffen aus der Vorstellung und aus dem Gedächtnis wird auch in

den oberen Schuljahren fortgesetzt und führt die Schüler allmählich zum Gestalten nach dem Gegenstand und nach der Natur.

Daneben wird auf allen Stufen das schmückende Zeichnen betrieben. Mit einfachen Reihungen, Flächenaufteilungen und Flächenfüllungen angefangen, gelangen die Schüler über Papierschneide-, -reiß- und Klebearbeiten, über Buchschmuck, Schmuckschrift und Plakatversuche zu eigenen Entwürfen auf den Gebieten der Handfertigkeit und Handarbeit und somit zu einem Verständnis für das Kunsthandwerk.



Fabrikarbeiter. Gedächtniszeichnung einer 14jährigen Schülerin.

Um Fühlung mit anderen Unterrichtsgegenständen zu nehmen, wird das Zeichnen in Berliner Schulen so oft als möglich in den Dienst, z. B. des naturkundlichen und geographischen Unterrichts gestellt. Die Berliner Kinder sollen bei passender Gelegenheit auf Wanderungen oder aus freiem Antrieb während der Ferien gelegentlich zeichnen und malen. Hierzu gibt alljährlich eine Verfügung der Schulverwaltung erneut Anregung. Die besten der freiwillig entstandenen Arbeiten sind in einer sogenannten Ferienzeichenmappe aufzubewahren. Diese Blätter mit den verschiedenartigsten Motiven: im Hause des Onkels, das Leben auf dem Lande, Landschaften mit Bergen und Tälern, Flüssen und Seen, sind in ihrer unbefangenen, ursprünglichen, durch keine ratio gehemmten Darstellungsweise für jeden Beschauer interessant, für den Lehrer insbesondere wertvoll und anregend. Sie zeigen ihm, wie sich sein eigener Unterricht auswirkt und vermögen sogar, diesen zu beeinflussen, indem sie erkennen lassen, wohin die Neigungen und unausgesprochenen Wünsche der Schüler gehen. Um die für das Zeichnen notwendige Bewegungsfreiheit zu sichern, die die Voraussetzung für einen individuell gestalteten Unterricht ist, sind keine festen Lehrpläne gegeben, die leicht starr und unbeweglich erscheinen. Der Lehrer ist vielmehr gehalten, auf Grund

der Richtlinien und seiner im Unterricht gemachten Erfahrungen einen Anstaltslehrplan zu erarbeiten. Er soll nach dem Grundsatz handeln: im großen — Einheitlichkeit, im einzelnen — Freiheit.

Als Ausdrucksmittel werden nach freiem Ermessen auf Grund der bei der Arbeit gemachten Erfahrungen und mit Rücksicht auf den darzustellenden Gegenstand im Berliner Zeichenunterricht verwandt: Holzkohle, weicher Bleistift, Pastellstift, Feder, Wasserfarbe, Buntpapier und Linolschnittgeräte.

Das Linearzeichnen wird in Berliner Volksschulen im 5. und 6. Schuljahr neben dem Freihandzeichnen, im 7. und 8. Schuljahre als selbständiger Lehrgegenstand in je 20 Jahresstunden erteilt. Es ist die Sprache des Technikers und fördert in hervorragendem Maße das räumliche Vorstellen. Im Linearzeichnen wird in Berliner Schulen Maßstabszeichnen und Projizieren wirklicher oder erdachter Gegenstände geübt. In Knabenschulen sind die Übungen mit dem Werk-, in Mädchenschulen mit dem Nadelarbeits-Unterricht in Verbindung zu bringen.

Die Übungen im Betrachten von Kunstwerken verfolgen den Zweck, die Freude an diesen zu erhöhen, die Kinder wie im Zeichenunterricht zum Sehen und Beobachten zu erziehen. Welcher Wertschätzung sich der Zeichenunterricht bei der Berliner Schulverwaltung erfreut, zeigt eine Einrichtung, die im Jahre 1925 getroffen wurde. Um nämlich zeichnerisch besonders begabten Schülern und Schülerinnen die Möglichkeit einer weiteren Ausbildung zu geben, errichtete die Schulverwaltung bis jetzt 6 „Freie Zeichenklassen“, deren Zahl allmählich erweitert werden soll. Der Unterricht ist unentgeltlich und erstreckt sich auf Freihandzeichnen, Malen, Kunstschrift, Modellieren und Linearzeichnen. Die Zeichenmaterialien werden seitens der Schulverwaltung kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Kinder sind nach dem Maße ihrer Veranlagung, den bei ihnen hervortretenden Neigungen und Wünschen und unter Berücksichtigung des später zu ergreifenden Berufs einzeln zu unterrichten. Es ist jedenfalls nicht beabsichtigt, das Zeichenpensum der Volksschule zu wiederholen. Wie sehr mit dieser Einrichtung einem



Aquarell einer 14-jährigen Schülerin
nach einer Mitschülerin.

Anmerkung: Die beiden Abbildungen auf Seite 377 und 378 sind dem Buch von Erna Dreiaek: „Ein Weg zum zeitgemäßen Zeichenunterricht“ (Verlag F. A. Lattmann, Goslar) entnommen. Ebenfalls aus den kunsterzieherischen Bestrebungen des Berliner Kunstunterrichts heraus ist das Buch derselben Verfasserin: „Der Linolschnitt für die Schule“ (Verlag Ashelm, Berlin) erwachsen.

allgemeinen Bedürfnis weiter Kreise entsprochen wurde, läßt sich aus dem starken Zudrang der Schüler zu diesem Unterricht und der Anteilnahme der Eltern an dieser Neueinrichtung er- messen. Die Fälle sind nicht selten, in denen die Eltern als gern gesehene Gäste dem Unterricht der „Freien Zeichenklasse“ beiwohnen, um sich von der Arbeit ihrer Kinder und den dabei erzielten Resultaten zu überzeugen. Das Bild, das die arbeitenden und schaffenden Schüler bieten, ist ebenso erfreulich wie mannigfaltig: der eine ist bestrebt, ein Transparent anzufer- tigen, ein anderer übt Kunstschrift, ein dritter schildert im Anschluß an den Besuch des Aquariums das Leben auf dem Meeresgrund oder stellt nach dem Besuch eines Zirkus oder des Zoologischen Gartens Tiger oder Elefanten dar, eine Schülerin bemüht sich um die Wiedergabe von Kakteen oder eines Gummibaumes.

Kinder mit hervorragender Begabung, dabei in besonders dürf- tigen Verhältnissen lebend, werden in besondere Obhut genommen. Die abgebildeten Arbeiten eines Schülers der „Freien Zeichenklasse“, der zuerst durch seine Zeichnungen auf Trottoirsteinen im Osten Berlins die Aufmerksamkeit der Schulverwaltung auf sich lenkte, zeigen, wie seine Anlagen durch den hier empfangenen Unterricht zur Entfaltung kommen.

Die Schulverwaltung legt Wert darauf, daß die Forderungen für die zu beschaffenden Zeichenmaterialien (Papier, Tuschkasten usw.), mit Rück- sicht auf die schwere wirtschaftliche Lage der meisten Eltern der Schul- kinder sich in mäßigen Grenzen bewegen.

Bedürftige Kinder der Volksschule werden durch die Schulverwaltung in weitherziger Weise mit Zeichenmateri- alien versehen, die sie in die Lage setzt, mit den anderen an dem edlen geistigen Wettkampf im Unterricht teilnehmen zu können. Die Schul- verwaltung wendet in den Schul- bezirken 1—6 jährlich gegen 100 000 Reichsmark für die an bedürftige Schüler abzugebenden Zeichenmateri- alien auf.

Um den Unterrichtsbetrieb im Zeichnen zu erleichtern, war die



Zeichnung eines Schülers der „Freien Zeichenklasse“. (Aus dem Gedächtnis)



Zeichnung eines Schülers der „Freien Zeichenklasse“. (Aus dem Gedächtnis.)

Schulverwaltung darauf bedacht, günstige Vorbedingungen für diesen Lehrgegenstand zu schaffen, die es den Lehrenden ermöglichen, mit dem Unterricht einsetzen zu können, ohne Zeit durch vorbereitende Arbeiten zu verlieren. Es wurden daher, wo andere Räume nicht vorhanden sind, in Volksschulen die Aulen als Zeichensäle verwandt — die höheren Lehranstalten verfügten von jeher über solche — und mit Zeichentischen, Stühlen und Modellschränken für das Freihandzeichnen ausgestattet. Die Beschaffung von Reißbrettschränken mit Reißbrettern, Reißschienen und Dreiecken nach dem in einer Berliner Volksschule bereits vorhandenen Muster ist für das Linearzeichnen in Aussicht genommen. In sämtlichen Neubauten von Volksschulen hat die Schulverwaltung Zeichensäle in genügender Größe und zweckentsprechender Ausstattung vorgesehen.

In Schulen mit Aquarien und Terrarien werden die in ihnen enthaltenen Lebewesen als Vorbild im Zeichnen benutzt. Da die Beschaffung ganzer Pflanzen und Pflanzenteile in der Großstadt aus naheliegenden Gründen mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden ist, sah sich die Schulverwaltung genötigt, in den einzigartigen, großen städtischen Schulgärten zu Blankenfelde bei Berlin für den Anbau von Pflanzen für den Schulzeichnenunterricht zu sorgen, und zwar in einem Umfang, daß sämtliche Berliner Schulen im Sommer mit frischen Pflanzen versorgt werden können. — Für das in allen Schulen betriebene Linearzeichnen werden die von der Schulverwaltung gelieferten Modelle architektonischer Art neben selbst angefertigten oder der Umgebung entlehnten oder erdachten Gegenstände benützt.

Die Lehrerschaft ist in anerkennenswertem Streben bemüht, den Forderungen, die der neuzeitliche Zeichenunterricht an sie stellt, gerecht zu werden. Die Übungen der Lehrenden auf zeichnerischem Gebiet, verbunden mit ernster Vertiefung des Unterrichts nach der psychologischen Seite, wie sie die Zeichenkurse an der Diesterweg-Hochschule bietet, gewährleisten eine Höherentwicklung des Zeichen- und Kunstunterrichts auch für die Zukunft.



Zeichenunterricht in der Chamissoschule.

Berlin-Schöneberg.

Museumsbesuche und Kunstaussstellungen.

Der moderne Zeichenunterricht lehnt es ab, lediglich der Ausbildung technischer Fertigkeiten zu dienen, er will auch nicht länger „Nebenfach“ sein, das allenfalls dadurch noch eine Berechtigung sich zu verschaffen sucht, daß es eine gewisse Geschicklichkeit den Schülern mitgibt, die dann dem geographischen, naturwissenschaftlichen oder mathematischen Unterricht zugute kommt. Es ist im vorhergehenden Abschnitt dargelegt worden, wie der Zeichenunterricht der Kunst-erziehung schlechthin dienen will und sich daher die Förderung und Leitung des Gestaltungswillens und der Gestaltungskraft im Kinde ebenso als Ziel gesetzt hat, wie die Erweckung und die Erziehung der Erlebnisfähigkeit der jugendlichen Seele.

Wie das Schöpferische im Kinde gepflegt wird, ist oben kurz gesagt worden. Die Erlebnisfähigkeit, ausgehend von der sinnlichen Anschauung, erweitert durch die Verknüpfung der Sinneseindrücke mit Kräften des Intellekts, mit ethischen und ähnlichen Werten, „bereitet auch in ausgezeichneter Weise den Boden für die rezeptive Auseinandersetzung mit den künstlerischen Werten der Vergangenheit und Gegenwart“.

Wie diese Auseinandersetzung zu gestalten ist, braucht heute kaum noch gesagt zu werden. Die Zeiten des „Kunstunterrichts“ der „höheren Töchter“ sind gottseidank verschwunden, in denen an die Stelle ehrfürchtigen Sicheinfühlens in das Kunstwerk vorschnelle fertige Urteile, umrahmt von Jahreszahlen und biographischen Daten des Künstlers traten. In einer Zeit, da die Pädagogik sich bemüht, die Vorherrschaft des Verstandes zu brechen und dem Empfinden und Fühlen einen weiteren Raum zu gewähren, wird auch die bildende Kunst in der Schule stärker betont werden müssen. Gibt sie doch ein treueres Bild von der Empfindungs- und Gefühlswelt einer Zeit, als gelehrte Abhandlungen es zu tun vermögen, und liegt doch in dem Sichhineinfühlen in ein Kunstwerk ein ungemein wichtiger Faktor für die Erziehung des jungen Menschen, dessen eigene Empfindungswelt ganz wesentlich durch die des Kunstwerkes gefördert werden kann.

Berlin besitzt in seinen Museen und Sammlungen einen reichen Schatz von Werken der großen Künstler aller Zeiten, und es ist mit Genugtuung festzustellen, daß in rasch steigendem Maße von den Schulen dieser Schatz zu heben unternommen wird. In welchem Umfange das geschieht, läßt sich statistisch natürlich kaum erfassen.

Als im Herbst 1927 die große Böcklin-Ausstellung der Nationalgalerie durch Bemühung der Schulverwaltung den Schülern und Schülerinnen der höheren Lehranstalten für 20 Pf. (statt 3 RM.) zugänglich gemacht werden konnte, da wurde von seiten der Schulen von dieser Vergünstigung ein über Erwarten starker Gebrauch gemacht. Der Besuch der Zille-Ausstellung im Märkischen Museum im Frühjahr 1928 war sogar so groß, daß die Verwaltung schließlich die Organisation der Besichtigung in die Hand nehmen mußte, weil der Andrang der Schulen aller Art jeden anderen Besuch unmöglich machte. Gleichen

Erfolg hatte — um nur einiges aus letzter Zeit zu nennen — die „Dürer-Ausstellung“ des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht (März 1928), eine Ausstellung „Alte Kulturwerte aus deutschen Landen“ durch den „Deutschen Lyceums-Club“ (März 1928), eine Spielzeugausstellung im Märkischen Museum „Berliner Kinderleben in der Vergangenheit“ (Dezember 1927) und vieles andere mehr. Es zeigt sich eben, daß das reiche Bildungsgut, das in solchen Ausstellungen zusammengetragen ist, von der Berliner Lehrerschaft immer stärker freudig und verständnisvoll für ihren Unterricht nutzbar gemacht wird.

Auch Führungen durch das Alte und Neue Berlin haben einen früher unmöglichen Umfang angenommen, und besonders im Zentrum der Stadt ist die mit ihrem Lehrer oder Lehrerin durch die Straßen ziehende Klasse, die dann vor irgendeinem bemerkenswerten Gebäude zu einer improvisierten Lehrstunde halt macht, zu einer aus dem Straßenbild kaum noch wegzudenkenden Erscheinung geworden. Nun mag gerade Alt-Berlin an künstlerischen Werten nicht allzu reich sein; die Schlichtheit Alt-Berliner Kirchen, die fast ärmliche Einfachheit alter Bürgerhäuser reden aber dennoch eine klare, eindrucksvolle Sprache und lassen die Zeit lebendig werden, in denen sie geschaffen wurden.

Diese Auseinandersetzungen mit den künstlerischen Schöpfungen anderer müssen naturgemäß am reizvollsten sein, wenn sie, befreit von der trennenden Schranke der Zeit, sich an Werken der Gegenwart üben.

Die Große Berliner Kunstausstellung wird von vielen Zeichenlehrern ebenso regelmäßig mit ihren Schülern besucht, wie die Ausstellungen der „Akademie der Künste“ oder Sonderausstellungen großer Kunstsalons, wie Cassirer und ähnliche. Ganz besonders ist es aber zu begrüßen, daß sich in Berlin eine Vereinigung von Lehrenden und Künstlern gebildet hat mit dem ausgesprochenen Zweck, zeitgenössische Kunst den Schülern aller Schularten nahe zu bringen. Diese Vereinigung, die nicht nur in wirtschaftlicher Beziehung durch geldliche Unterstützungen von seiten der Stadt mit dieser verbunden ist, sondern die auch in ihrer Arbeit in erfreulicher Weise mit der städtischen Schulverwaltung zusammengeht, hat sich im Rahmen der Kunsterziehung unserer Schüler einen so festen Platz erworben, daß es wohl angebracht erscheint, auch an dieser Stelle und in diesem Zusammenhang einiges Nähere über sie mitzuteilen. Daher sei an dieser Stelle ein uns zugegangener Bericht zum Abdruck gebracht:

Bund für Kunstausstellungen in Schulen E. V.

(Erzieher- und Künstlervereinigung.)

1. Die Gründung des Bundes erfolgte im Februar 1920. Die Werbekraft des Bundesgedankens zeigt der Zusammenschluß der großen Künstler- und Lehrerverbände — fast 50 Verbände mit über 200 000 Mitgliedern.

2. Das Ziel: Der Bund arbeitet mit an der Durchdringung unseres Erziehungs- und Volkslebens mit künstlerischem Geiste. Die kunsterzieherischen Absichten der Schulreform hat er schon früher vertreten und hilft bei ihrer Verwirklichung.

Es gilt unsere Jugend; es gilt, ihr Gefühl für die Eigenart ihrer Heimat und ihres Volkes zu beleben, ihr Einblick in die lebendigen Kräfte der zeitgenössischen bildenden Kunst zu geben, ihr den Weg zur Freude an der Natur und am künstlerischen Schaffen zu weisen und schöpferische Kräfte in ihr lebendig zu machen.

Es gilt die Kulturgemeinschaft: lebendige Beziehung zwischen Kunst und Volk, Austausch kennzeichnender Werke aus allen Gauen deutschen Geistes.

Es gilt die Volksgemeinschaft: gemeinsames Kunsterleben verbindet, Erziehung dazu fördert das „Verstehen“, schlägt Brücken und hilft so mit an Ausgleich und Minderung von Spannungen zwischen Richtungen und Klassen, Ständen und Stämmen im deutschen Volk.

Es gilt die Zukunft unseres Volkes: die alte deutsche Aufgabe: Sehenlernen vor der bildenden Kunst, Verschwisterung inneren Gedrängs mit ihren Formkräften, Innwerden der geheimnisvollen Gesetzlichkeitsbeziehung zwischen Subjekt und Objekt (Goethe) auch in der bildenden Kunst und ihre Beherrschung auch im eigenen künstlerischen Ausdruck.

Es gilt endlich Anbahnung des Verstehens fremder Völker auch durch ihre Kunst hindurch und somit eines fruchtbaren Kultur-austausches.

3. Der Weg:

a) Ausstellungen von 40—100 Eigenwerken deutscher Künstler der Gegenwart und von 15—30 Graphiken in Schulen oder anderen geeigneten öffentlichen Gebäuden dienen zunächst dem Ziel. Der Bund ist dabei, in den Provinzen Preußens und den Ländern des Reichs Bezirksgruppen zu gründen. Diese stellen Werke einheimischer Künstler zusammen, die Wesen des Stammes, Eigenart des Gaues, Sonderart schöpferischer Persönlichkeit zum Ausdruck bringen. Das gleiche tut die Hauptgruppe Berlin. Sie sorgt für den Austausch der Ausstellungen und für deren Auswertung in den Schulen.

Für später ist auch Austausch von Kunstausstellungen für Schulen mit den auslandsdeutschen Bezirken und den Nachbarstaaten geplant.

Von der Gründung des Bundes bis zum 31. März 1928 wurden folgende

54 Ausstellungen in Berlin		
veranstaltet, davon in der		
230. Gemeindeschule, Wehlauer Straße 8		2
285./295. Gemeindeschule, Tegeler Straße 18/20		1
Sophienschule, Weinmeisterstraße 15/16		1
54./131. Gemeindeschule, Ofener Straße 6/7		1
258./271. Gemeindeschule, Eckertstraße 16		1
Gemeindeschule, Waldenserstraße		1

135. Gemeindeschule, Friedenstraße 31	1
280. Gemeindeschule, Pettenkoferstraße	1
Jugendamt Berlin-Mitte	2
60. Volksschule, Bergmannstraße	1
30. Volksschule, Rüdersdorfer Straße	1
226. Volksschule, Naglerstraße	2
279. Volksschule, Pasteurstraße	2
3. Volksschule, Petersburger Straße	1
220. Gemeindeschule, Revaler Straße	2
Höhere Fachschule für Textil- und Bekleidungs- Industrie, Warschauer Platz 6/7	1
Kirschner-Oberrealschule, Zwinglistraße	1
Schulmuseum, Stallschreiberstraße	1
Charlottenlyzeum, Steglitzer Straße 29	1
Bezirksamt Kreuzberg	1
„ Treptow	5
„ Neukölln	4
„ Lichtenberg	3
„ Köpenick	2
„ Weißensee	1
„ Oberschöneweide	2
„ Spandau	2
„ Siemensstadt	2
„ Schöneberg	2
„ Wilmersdorf	1
„ Charlottenburg	1
„ Steglitz	1
„ Lankwitz	1
„ Lichterfelde	1
„ Tempelhof	1

Im gleichen Zeitraum wurden veranstaltet in den Ländern und Provinzen

77 Ausstellungen:

davon in: Brandenburg	7	Ostpreußen	14
Niederschlesien	20	Grenzmark-Posen-Westpr.	15
Rheinland-Westfalen	3	Provinz Sachsen	8
Pommern	3	Mecklenburg	5
Schleswig-Holstein	1	Württemberg	1

Bisher hat der Bund nahezu 10 000 Werke ausgestellt. Die ganz besonders umfangreichen und verantwortlichen Arbeiten für Vorbereitung und Durchführung dieser Ausstellungen wurden von dem Ausstellungsausschuß geleistet. Leiter: Kunstmaler Felix Krause.

Mitglieder des Ausschusses waren: Hans Baluschek, Erich Feyerabend, Albert Hennig, Professor August Kraus, Professor Hermann Sandkuhl, Arthur Segal, Karl Wendel.

Für Niederschlesien: Kunstmaler Dr. Grundmann, Carl Robert Pohl, van Ritschoten.

b) Die Gutachter werden von den angeschlossenen Verbänden gewählt und gestellt. Der Ausstellungsausschuß stellt für jede Ausstellungsreihe eine Gutachtergruppe zusammen, bestehend aus 3 Pädagogen (einem Studienrat, einem Volksschullehrer, einem Zeichenlehrer), 3 Künstlern verschiedener Richtungen und einem Vertreter der Kunstwissenschaft. Die Auswahl soll nicht nur nach künstlerischen, sondern mehr noch nach pädagogischen Gesichtspunkten geschehen.

c) Auswertung: Der Bund will kein neues Lehrfach einführen. Die Ausstellungen sollen Mittel zur Erziehung bieten im Sinne der genannten Ziele.

Nach vorher aufzustellendem Plan werden Kinder aller in der Nähe der Ausstellung liegenden Schulen — in der Provinz auch der nahen Dörfer — klassenweise von den Erziehern in die Ausstellung geführt. Der Bund regt dazu an, auf eine ungezwungene Besichtigung Übungen in der Kunstbetrachtung folgen zu lassen, zu denen die Werke von den Kindern selbst ausgewählt werden.

In Berlin wurden so in den Bundesausstellungen bis zum 31. 12. 27 2806 Klassen mit 84165 Kindern geführt und unterrichtet. Außerhalb Berlins: 4859 Klassen mit 145751 Kindern.

Außerhalb der Schulzeit und an Elternabenden, oft unter Mitwirkung der Elternbeiräte, wurden die Ausstellungen auch von Erwachsenen besucht, für die ebenfalls Vorträge, Führungen und Kunstwerk-betrachtungen veranstaltet wurden.

Besuch von Erwachsenen bis zum 31. 12. 1927:
in Berlin 31725, außerhalb 71195.

Zusammenstellung: Besuch bis zum 31. 12. 1927:

Kinder	Erwachsene	Insgesamt
229 916	102 920	332 836

d) Bildungsarbeit: Den Zielen des Bundes entspräche es nicht, sich auf die Ausstellungen zu beschränken. Es gilt auch, den Lehrern das Eindringen in das neue Arbeitsgebiet zu erleichtern und den Austausch kunsterzieherischer Erfahrungen anzuregen.

In die Bundesausstellungen werden die Lehrer in der Regel eingeführt durch Vorträge und Führungen von Künstlern und Pädagogen. Vor allem wird ihnen von Pädagogen praktische Arbeit gezeigt: Übungen in der Kunstbetrachtung mit Klassen. Aussprachen schließen sich an.

Diese Arbeit leisteten die Künstler des Ausstellungsausschusses. Außerdem: Fritz Gorsemann, Professor Bosselt, Kayser-Eichberg, Schmolling in Insterburg, Gotthard Sonnenfeld, Wilhelm Wilcke, Arthur Segal, Albert Hennig, Erich Feyerabend; die Pädagogen: Dr. Hilpert, Otto Landeck, Willy Manig, Geheimrat Professor Dr. Schmidt, W. Schmidt, Adolf Thie, Alfred Tschentscher, Karl Titzmann, Friedrich Wuttke, Rektor Winter, Rektor Luckau.

In Berlin hat der Bund den Lehrern weitere Bildungsmöglichkeiten nutzbar gemacht. Insbesondere sucht er hier persönliche Be-

ziehungen zwischen Künstlern und Lehrern anzubahnen. Dem dienen Führungen durch Künstlerwerkstätten. Hier führt der Künstler ein in sein besonderes Schaffen, seine Entwicklung, die Entstehung von Werken über Studie, Skizze, Entwurf und Varianten; und in die Eigenart von Material und Technik; der Lehrer kann die Sonderart des Künstlers tiefer erfassen, durch Fragen und im Meinungsaustausch sich über vieles klären, sein Kunsterleben bereichern und ordnen.

Geschlossene Gruppen für solche Besuche von Künstlerwerkstätten wurden gegründet in den Bezirken:

1. Mariendorf: Leiter Rektor Germann.
2. Lichtenberg: Leiter Lehrer Max Barzen.
3. Spandau: Leiter Lehrer Wilh. Faßhauer.
4. Weißensee: Leiter Studienrat Dr. Lindemann.
5. Friedrichshain: Leiter Zeichenlehrer Friedr. Wuttke.
6. Kreuzberg: Leiter Lehrer R. Kluge.
7. Pankow: Leiter Lehrer E. Kruschwitz.

Außerdem werden Führungen durch Museen und Ausstellungen, und Vorträge über Fragen der Kunst (mit Lichtbildern) veranstaltet.

Bisher fanden statt:

1. Museums- und Ausstellungsführungen: Akademieausstellung, Buch und Bild, alljährlich Große Berliner Kunstaussstellung und Juryfreie Kunstschau, Novembergruppe, Sturm, Nationalgalerie, Kronprinzenpalais, Kaiser-Friedrich-Museum, Thoma-Ausstellung, Kunstgewerbe-Museum, Keramische Sammlung der Porzellan-Manufactur, Porzellan-Manufactur, Meißbild-Anstalt, Berliner Schloß, Charlottenburger Schloß.

Teilnehmerzahl 20—300 je Führung.

2. Führungen in Künstlerwerkstätten: 62. Besuch jeweils 10—30.

3. Vorträge hielten: Otto Antoine, Direktor Professor Dr. Glaser, Hans Baluschek, Geheimrat Jessen, Dr. Hilpert, Geheimrat Justi, Dr. Kiebusch, Geheimrat von Lüpke, Professor Dr. Lewinstein, Dr. Osborn, Dr. Pieper, Reichskunstwart Dr. Redslob, Professor Schmutz-Baudis, Professor Sandkuhl, Gotthard Sonnenfeld, W. Straube, Karl Titzmann, Geheimrat Professor Dr. Wätzoldt, Oberstudien-direktor Dr. Werner, Direktor Würtz, Professor Dr. Wulff, Rektor Winter, W. Wilcke.

Leiter dieser Berliner Veranstaltungen: Studienrat Dr. Hilpert. Helferin: Lehrerin Herta Zabel.

Außerdem werden noch Übungen im Kunstwerkbetrachten mit Klassen in Museen veranstaltet.

Die pädagogische Arbeit des Bundes für die Vorbereitung zu ausgiebiger Auswertung seiner Kunstaussstellungen für Schulen erstreckte sich auf:

1. Vorträge:	Berlin 141	Außerhalb 243	Insgesamt 384
2. Führungen:	„ 162	„ 215	„ 377
3. Übungen im Kunstwerk- betrachten mit Klassen:	„ 216	„ 483	„ 699

Die pädagogischen Vertreter des Bundes veranlassen außerdem die weitere Auswertung der Ausstellungen durch Kunstbetrachtungen, Führungen und Vorträge durch die örtliche Lehrerschaft.

Die Bildungsarbeit ist Aufgabe des Bildungsausschusses: Leiter: Lehrer und Dozent Karl Titzmann; Vertreter: Studienrat Dr. Hilpert.

Besonderen Wert legt der Bund darauf, daß Kunstwerke dauernd in den Schulen bleiben. Er bestimmt vertraglich: Überschüsse der Ausstellungsträger sind zum Ankauf von Kunstwerken für die Schule zu verwenden. So, wie auch durch Sammlungen und Stiftungen, sind schon vielfach Werke für Schulen erworben worden.

Der Bund strebt weiter danach, in den Bezirksgruppen dauernd Kunstsammlungen zu schaffen, die den Schulen wechselnd längere Zeit zugeführt werden sollen. Bei den Schulbehörden wirkt er für die Bildung solcher Sammlungen.

Für die ästhetische Ausstattung von Schulräumen stellt der Bund den Schulbehörden kostenlos sachverständige Berater.

Um die Ergebnisse der Bundesarbeit festzustellen, erbittet der Bund für jede Ausstellung von den Ausstellungsleitern und den maßgebenden Schulbehörden Berichte und amtliche Gutachten. Diese wie auch die Tatsache, daß die Ausstellungsträger, Magistrate, Schulbehörden, Schulen und Kunstvereine, soweit es ihre Mittel gestatten, alljährlich neue Kunstaussstellungen beantragen, zeugen für den Erfolg der Bundesarbeit.

4. Wirtschaftliches: Der Bund fordert von den Künstlern das schwere Opfer, ihre Werke monate-, oft jahrelang dem Kunstmarkt zu entziehen. Er muß ihnen daher jede mögliche Sicherung und Erleichterung bieten.

a) Kosten: Vor allem muß er die sehr erheblichen Kosten der Versicherung tragen. Da er durch seine Grundsätze in der Auswahl der Werke sehr beschränkt ist, kann er nicht öffentlich zur Einlieferung auffordern, weil sonst die Zahl der Zurückweisungen und die Transportkosten zu groß würden. Vielmehr müssen Ausstellungs- und Bildungsausschuß gemeinsam die Auswahl vorher in den großen Ausstellungen und in den Künstlerwerkstätten treffen, und der Bund muß alle Kosten von Auswahl und Einlieferung (Fahrten und Beförderung) tragen. Nur so ist es möglich, ohne Härten und untragbare Kosten, den Ausstellungen Qualität und Zweckgemäßheit zu sichern. Trotz dieser großen Aufwendungen ist es, durch zweckmäßige Organisation und dank dem Opferwillen der Ausschußmitglieder, die alle ehrenamtlich arbeiten, dem Bund gelungen, die Kosten äußerst niedrig zu halten.

Für die in Berlin bis zum 31. 12. 27 veranstalteten 48 Ausstellungen wurden außer den Papiermark während der Inflationszeit 9500 M. aufgewendet.

Die Stadt Berlin stellt dem Bunde kostenlos die Geschäftsstelle zur Verfügung, entlastet die Leiter, soweit sie Beamte der Stadt sind, um wöchentlich 6 bzw. 4 Stunden, und bewilligte bisher Beihilfen von insgesamt 5000 M. außer den Papiermark während der Inflationszeit.

Die außerhalb Berlins bis zum 31. 12. 27 veranstalteten 73 Ausstellungen kosteten außer den Papiermark während der Inflationszeit insgesamt 30 295 M. Das Reichsministerium des Innern und das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung bewilligten bisher Beihilfen außer den Papiermark während der Inflationszeit von 24 200 M. Zum Ausgleich dienten die Aufwendungen der Ausstellungsträger, die sie meist durch Eintrittsgelder decken konnten. Die Rechnungsführung liegt dem Wirtschaftsausschuß ob. Leiter: Heinrich Lieck.

Die Geschäfte führt der Verwaltungsausschuß: Leiter: Gewerbeoberlehrer und Bildhauer Gotthard Sonnenfeld.

b) Verkäufe vermittelt der Bund, als reiner Kulturbund, selber nicht, doch muß er aus den angeführten Rücksichten auf die Künstler den Ausstellungsträgern solche Vermittlung gestatten. Vor allem verpflichtet er sie, wie schon erwähnt, Überschüsse zum Ankauf von Kunstwerken für die Schule zu verwenden. Auf diese Weise sind in den letzten Jahren rund 20% der ausgestellten Werke verkauft worden — zur großen Freude des Bundes, weil das nicht nur eine erhebliche Hilfe für die notleidende Künstlerschaft bedeutet, sondern zugleich damit Kunst in Schule und Haus getragen wird.

Der Werbeausschuß wird von Direktor Hans Würtz geleitet.

5. Förderer des Bundes sind namhafte Persönlichkeiten des öffentlichen und Schullebens aller Parteirichtungen: eine Anerkennung der Überparteilichkeit des Bundes. Zu ihnen gehören u. a. mehrere Minister, eine größere Zahl von Abgeordneten des Reichstags, des preuß. Landtags und der Berliner Stadtverordnetenversammlung, Oberschulräte und Schulräte.

Schlußwort: Das Ziel, das der Bund sich gesteckt hat, ist weit und groß. Das Erreichte im Verhältnis zum Ganzen noch sehr bescheiden — und dennoch eine Gewähr für weiteres Wachstum. Der Bund ist sich bewußt, daß hier nichts im Sturm zu erobern ist, daß es hier wie bei aller Erziehung, langsame, geduldige, nimmermüde Kleinarbeit von langer Spannung gilt. Um so mehr darf er sich freuen, die insbesondere für seine Wirtschaftsführung so gefährliche Inflationszeit so glücklich überstanden zu haben und in den 7 Jahren seines Bestehens seine Arbeit ständig wachsen zu sehen.

Zahl der Ausstellungen:

1920/24	1924/25	1925/26	Okt. 26 — 31. III. 27.	1927/28
durchschnittlich				
je 7	19	23	25 (1/2 J.)	35

Anteil und Unterstützung der Förderer und der Behörden wurde dem Bund dauernd reicher zuteil. Insbesondere hat die Stadt Berlin dem Bunde vom Tage seiner Gründung an tatkräftig geholfen, als Reichshauptstadt nicht nur auf die eigene Schuljugend, Lehrerschaft und Bevölkerung bedacht, sondern zugleich auf die des ganzen Reichs. Für all diese Teilnahme und Unterstützung sei auch an dieser Stelle der Dank des Bundes ausgesprochen.

Bei allem Dank aber darf der Bund nicht nachlassen in dem Ruf nach immer stärkerer Hilfe und Förderung. Das Ziel ist groß und gut, der Weg mühsam und weit, die Kosten wachsen mit der Arbeit: steigende Förderung ist not.

Berlin, den 20. Januar 1928.

Der Vorstand der Hauptgruppe Berlin
des Bundes für Kunstausstellungen in Schulen e. V.

Dr. Konstantin Hilpert.

Gotthard Sonnenfeld.

Vors.

Vors.

Moderne Schul-Musik-Pflege.

Seit 1922 hat sich eine grundlegende Umgestaltung des früher in den Schulen üblichen Musikbetriebes vollzogen, die äußerlich durch die Ausweitung der Gesangsstunde zur Musikstunde gekennzeichnet wird.

Wer sich aus den dahingehenden Bestimmungen klar macht, welche Aufgaben damit den Musiklehrern gestellt werden, der wird auch ohne weiteres die Notwendigkeit einer über das früher allgemein übliche Maß hinausreichenden Vorbildung dieser Lehrkräfte anerkennen und einsehen, daß deshalb die neue Prüfungsordnung von 1922 mit ihren entsprechend erweiterten Zielforderungen am Anfang aller Schulmusikreform stehen mußte.

Zur Zeit unterrichten an den höheren Schulen Berlins

- a) sogenannte „ungeprüfte Musiklehrer“, d. h. seminaristisch vorgebildete Volksschullehrer, die irgendwann Musiklehrer an höheren Schulen geworden sind;
- b) „akademisch gebildete Musiklehrer“, und zwar einmal solche, die nach verschiedenartigster Vorbildung die sogenannte „alte“ Gesanglehrerprüfung nach den Bestimmungen von 1911 beim Institut für Kirchenmusik abgelegt haben, und weiter solche, die nach mindestens 3 Semestern das Reifezeugnis des Instituts für Kirchenmusik erworben haben;
- c) Musiklehrerinnen, die mit Lyzeums-Reife nach privater Vorbildung die gleiche Prüfung nach den Bestimmungen von 1911 beim Institut für Kirchenmusik abgelegt haben, wie die Musiklehrer, und außerdem die Prüfung als wissenschaftliche Lehrerin gemacht oder die Lehrbefähigung in zwei technischen Fächern erworben haben;
- d) Musiklehrer(innen), die bereits die neue Ausbildung in achtsemestrigem Studium auf der Schulmusik-Akademie genossen haben und nun als Musik-Studienreferendare, -assessoren und -räte im Amt stehen.

Natürlich vermochte eine große Zahl der unter a), b) und c) genannten Lehrkräfte, die amtlich als „Oberschullehrer (innen)“ bezeichnet werden, ohne weiteres den neuen erweiterten Anforderungen gerecht zu werden, an deren Aufstellung und Formulierung überdies manche von ihnen mitgearbeitet hatten. Das ist denn auch äußerlich und amtlich dadurch anerkannt worden, daß sie soweit als möglich die Qualifikation als Obermusiklehrer bekamen und zum Teil in freie Studienratsstellen (mit dieser Amtsbezeichnung) befördert worden sind:

Daß für die Erfüllung der neuen Anforderungen nicht allein der Musikunterricht ausreichen kann, ergibt sich nicht nur aus der ihm zugewiesenen geringen Stundenzahl, sondern auch aus dem Wortlaut der Bestimmungen, die eine Verknüpfung mit den anderen Fächern fordern.

Seine Unterstützung, namentlich durch Deutsch, Geschichte, Religion setzt andererseits voraus, daß auch die Nichtmusiker an den Anstalten, die Philologen sich wenigstens mit den Haupttatsachen der Musikgeschichte hinlänglich vertraut machen, um sie in ihrem Unterricht eingliedern zu können, und daß sie gegebenenfalls die Hilfe des Musiklehrers nach Kräften mit in Anspruch nehmen, soweit es sich um die Behandlung von Dichtwerken und Persönlichkeiten handelt, die von Bedeutung für Musiker und Musik gewesen sind.

Die Tatsache, daß in den Mittel- und Volksschulen keine besonderen Fachleute den Musikunterricht erteilen, sondern durchweg solche Lehrkräfte, die auch anderen Unterricht zu geben haben und nur aus rein zufälliger Lage der Verhältnisse an ihren Schulen sich ganz dem Musikunterricht widmen können, ist vom Standpunkte des Musikunterrichts aus gewiß zu bedauern. Sie bringt aber auf der anderen Seite den nicht zu unterschätzenden Vorteil mit sich, daß die Vertrautheit mit den anderen Fächern diese Lehrkräfte zuweilen leichter instand setzt, jene Verknüpfung der Unterrichtsfächer vorzunehmen, die an höheren Schulen noch auf mancherlei Schwierigkeiten stößt. Richtungsgebend will für alle Volks- und Mittelschulen eine Bestimmung des Ministerialerlasses vom 26. März 1927 sein, wonach, „wenn irgend möglich, der Musikunterricht von musikalisch vorgebildeten und musikbegeisterten Lehrkräften zu erteilen ist. Wo es die Schulverhältnisse notwendig machen, ist die Musikerziehung an der Schule einer Lehrkraft zu übertragen. Läßt sich das nicht erreichen, dann ist mindestens dahin zu streben, daß der Musikunterricht in der Grundschule und der in den oberen vier Jahrgängen der Volksschule in je einer Hand vereinigt wird“.

Es schien unerläßlich, bei aller gebotenen Knappheit doch wenigstens soweit auf die für ganz Preußen in die Wege geleitete Neuregelung der Schulmusikpflege einzugehen, bevor erörtert werden kann, ob und in wie weit sie sich im besonderen an den Berliner Schulen ausgewirkt hat. Und dabei kann es nun wiederum nicht Aufgabe dieses Berichtes sein, im einzelnen auf die Methodik eines Faches einzugehen, dem schon in der Denkschrift von 1923 zugestanden worden ist, daß es sich jeder Methode bedienen kann, die der Lehrer für richtig

hält, sofern nur die Ergebnisse den Forderungen des Lehrplanes entsprechen. Nicht auf die so oder so benannte Methode also kommt es an, sondern „darauf, daß die Kinder zur Freude, zum Verständnis und zum Erleben der Musik erzogen werden“. Wohlgemerkt: die Kinder, alle Kinder, nicht nur die sogenannten „musikalischen“. Denn diese werden erfreulicherweise nun nicht mehr von den sogenannten „unmusikalischen“ geschieden; Befreiungen vom Musikunterricht sind nicht mehr zulässig, vielmehr haben auch die zum Singen weniger geeigneten oder wegen des Stimmwechsels zeitweise am Singen behinderten Schüler den Musikstunden beizuwohnen, die auch ihnen allen etwas zu geben haben: eben weil sie nicht mehr bloß die alten „Singestunden“ sind, sondern über praktische Ausübung einer musikalischen Tätigkeit hinausgehen, andere musikalische Fertigkeiten, instrumentales Können Einzelner, Zusammenspiel in Trio, Quartett, Orchester usw. mit nutzen und die nicht aktiv Beteiligten immerhin zum Kennenlernen wesentlicher Werke durch Anhören erziehen. Zum Anhören, das dann wieder nicht auf die von Schülern selbst ausführbaren Werke beschränkt bleibt, sondern sich selbstverständlich auch auf die Aufnahme größerer Kunstschöpfungen ausdehnen läßt. Dabei kann eine bei allen vorhandene (natürlich verschieden starke) Anlage durch solche planmäßige Befassung mit musikalischen Dingen entwickelt werden, kann bei vielen dann bis zum Wunsch nach eigener Betätigung führen, der ihnen früher aus Mangel an Hinweisung vielleicht nie gekommen wäre, und kann bei allen wenigstens eine Freude an guter Musik, ein Vermögen der Unterscheidung zwischen Gut und Böse, eine Abkehr vom Gassenhauer und Schlagerkitsch erzielen.

Eines aber erscheint wichtig: Zagenden Mut zu machen und auch den der Schularbeit nicht so nahe stehenden Kreisen zu zeigen, was im Sinne der neuen Schulmusikerklasse schon geleistet worden ist und dauernd weiter geleistet wird. Und dazu mögen die „methodischen Bemerkungen“ in den amtlichen „Richtlinien“ eine Art von Disposition geben, deren einzelne Punkte mit Zuhilfenahme des aus den Programmen musikalischer Darbietungen in den Schulen gewonnenen Materials behandelt werden sollen.

„Das sicherste Mittel der Erziehung zu innerem Erleben musikalischer Ausdruckswerte und musikalischen Geschehens ist die Anregung der Phantasie zu eigenem musikalischen Erfinden“. Wie leicht hin ist über die „Verstiegenheit“ eines solchen Satzes gespöttelt, wie gern besonders über den Gedanken gewitzelt worden, daß ein Kind selber schöpferisch tätig sein, selber kleine Melodien erfinden solle! Dabei haben schon die Teilnehmer an der ersten, vom Zentral-Institut für Erziehung und Unterricht veranstalteten Schulmusikwoche im Frühsommer 1921 mit erleben können, wie es einer bunt zusammengewürfelten Berliner Volksschuloberklasse von 50 Mädchen gelang, zu selbst gewählten Texten freie Melodien zu bilden, die zumeist etwas Volksliedartiges hatten. Natürlich waren sie nicht frei von „Anklängen“; natürlich hatten sie keinen besonderen Kunstwert. Aber sie zeigten, wie schöpferische Kräfte sich regten — und lediglich darauf kam es

ja an. Wie der Deutschlehrer wohl den Kindern ein Versmaß dadurch näher bringt und fester einprägt, daß er sie nicht nur eine Anzahl von jambischen, trochäischen, daktylischen Verszeilen auswendig lernen, sondern selber aufbauen läßt, und wie er das Ergebnis solcher methodischen Anregung nicht als „Dichten“ bezeichnen wird, sondern eben als „Verse machen“, so will auch der Musiklehrer die Kinder nicht zu „Komponisten“ erziehen, sondern einfach zum „Musikmachen“. — Quintaner einer Berliner Realschule gaben ähnliche Proben freier Melodiebildung wie die Volksschülerinnen und halfen so vier Jahre vor Veröffentlichung der „Richtlinien“, zu erweisen, daß nicht Unmögliches in den jetzt amtlichen Forderungen liegt.

Daß der besonders Begabte es auch zu besonderen Leistungen bringt, erweisen die Angaben dreier Berliner Schulprogramme: da wird einmal das Menuett eines Untersekundaners, dann eine für kleinen Chor und kleines Orchester geschriebene „Frühlingsfeier“ (nach Uhland) aufgeführt, die ein Oberprimaner komponiert hatte; ein andermal taten sich Primaner der gleichen — und wieder ein andermal Schüler zweier verschiedener Anstalten — zusammen, um ein dramatisches Spiel zu verfassen: der eine formte Handlung und Wortlaut, der andere gab die Musik dazu, die nun nicht etwa bloß „zusammengestellt“, sondern selbst geschaffen war.

„Die Arbeit am Liede ist in der Regel mit der Erlangung seiner textlichen und musikalischen Beherrschung nicht erschöpft. Oft wird auch die ursprüngliche Fassung einer Melodie zu zeigen, auf den Kulturkreis, dem sie entstammt, hinzuweisen, oder die Persönlichkeit ihres Schöpfers den Schülern nahezubringen sein. Solche Gelegenheiten zu zwanglosen kulturkundlichen und musikgeschichtlichen Anknüpfungen lasse sich der Lehrer niemals entgehen . . .“ Arbeitsunterrichtlichem Brauche entspricht es, wenn das einschlägige Material von den Kindern selber zusammengebracht wird; arbeitsunterrichtlicher Art gemäß ist es auch, wenn beziehungsreich Verwandtes unter bestimmten Gesichtspunkten geordnet wird und daraus Programmfolgen entstehen, die ein Stoffgebiet möglichst erschöpfend umfassen. Ein paar Beispiele aus Berliner Schulen zeigen, wie z. B. das Volkslied gut ausgewertet werden kann: einmal knüpft es an vertraute Spiele und Vorstellungen der frühen Jahre an: „*Ein Tag im Kinderland*“; ein andermal ist alles zusammengeholt, was vom Wandern sagt und singt: „*Wanderbilder in Volksliedern*“; die einzelnen Berufe werden dabei auseinandergehalten: Handwerksburschen haben einen anderen Liederschatz wie fahrende Schüler oder Landsknechte. Auch Ordnung nach zeitlichen Gesichtspunkten findet sich, etwa: „*Das Volkslied vor 1700*“, oder Landschaftliches wird zugrunde gelegt: „*In Wort und Lied durch deutsche Lande*“ oder „*Heimat und Fremde*“. — Verbindung von Musik und Tanz wird gern genutzt: „*Wie das Volk singt und tanzt*“ heißt eine solche Programmfolge.

Und die Erwähnung des Tanzes führt dann gleich weiter: zu rhythmischer Erfindung, zu rhythmisch-gymnastischen Übungen, denen erfreulich viel Aufmerksamkeit geschenkt wird. Die früher sehr mit Unrecht so beliebten „Reigen“ aller Art — Sternen-, Schneeflocken-,

Blumen-Reigen mit Gelegenheit zu allerhand Kostümierung! — verschwinden mehr und mehr; ganz anderer Art sind schon die „Reigenspiele“ nach Jacques Dalcroze („Die Zwerge“, die „Fleißigen Arbeiter“, die „Vögelchen“). Pflege findet in vielen Schulen besonders der Volkstanz, und zwar sowohl nach Wandervogelart, wie nach dem beachtlichen Vorbild der „Geestländer Tanzkreise“ um Anna Helms und Julius Blasche (in Hamburg), die auch ein paar feine Tanzspiele geschaffen haben: ihr „Marienkind“, ihr „Äschenbrödel“ ist wiederholt in Berliner Schulen aufgeführt worden. — Daß der „Tanz in der Musik“ gern zum Gegenstand einer Schul-Orchester-Darbietung gemacht wird, darf gleich hier erwähnt und zugleich ein Programm aus dem Beginn des Jahres 1928 genannt werden, das als „Tanzmusik aus vier Jahrhunderten“ eine Pavane, Galliarde, Intrade von Melchior Franck (17. Jahrhundert), eine Suite von Johann Sebastian Bach mit Rondeau, Sarabande, Bourée, Polonaise, Double, Menuett, Badinerie (18. Jahrhundert), einen Walzer von Johann Strauß („Rosen aus dem Süden“, 19. Jahrhundert) und einen Blues von Ernst Krenek (20. Jahrhundert) bringt.

Weitgehend ist naturgemäß auch die Verbindung zwischen Musik- und Deutsch-Unterricht bei der Behandlung kulturkundlicher Zusammenhänge. Wieviel dazu tagtäglich im Unterricht getan wird, können wir nur ahnen — nach außen hin tritt es wieder in Erscheinung, wenn aus solcher Schularbeit eine Schul-Festveranstaltung, ein Vortragsabend mit Musik und Rezitation sich entwickelt und die Programme uns künden, daß etwa das Werk Wolframs von Eschenbach im Zusammenhang mit Wagners „Parsifal“ vermittelt, die Meistersingerzeit aus Dichtungen des Hans Sachs und Fragmenten der Wagnerschen „Meistersinger von Nürnberg“ anschaulich gemacht oder ein Renaissance-Abend, eine Rokoko-Musik, ein „Abend bei Frau Rath Goethe“ oder ein „Konzert am Hofe Friedrichs des Großen“ geboten wird. Aber auch die neuere und neueste Zeit kommt dabei natürlich zu ihrem Recht: Zwei solcher Abende bringen „Moderne Dichtung in Wort und Ton“ oder „Arbeit und Großstadt“ in Dichtung und Musik.

„Das Verständnis für die großen Meister des Chorgesanges in Deutschland, wie Isaac und Senfl, Lasso und Gallus, Eccard und Haßler, Schütz und Schein, und vor allem Bach und Händel muß in den Schülern durch ihre lebendige Mitarbeit in den Chorstunden und durch geeignete stilistische und historische Hinweise des Lehrers geweckt werden. Daneben ist auch die Chorliteratur der Wiener Klassiker mit Einschluß Glucks und die der bedeutendsten Meister des 19. Jahrhunderts zu berücksichtigen.“ Es finden sich demgemäß Choraufführungen, die einen „Längsschnitt“ durch die Entwicklung des A-capella-Gesanges, durch die „Kirchenmusik von Ambrosius bis Händel“ geben; es finden sich alte Chorsätze geschickt zu einer Adventsfeier: „Vom Kommen des Herrn“ verbunden; Joh. Philipp Krieger ist mit einer Kantate für Chor, Streichorchester, Harmonium, Neefe mit dem „Großen Hallelujah“ berücksichtigt. Bach-Händel-Abende bringen vorwiegend In-



Schüler-Chor des Realgymnasiums in Berlin-Treptow.

strumentales; Händel selber aber ist mit dem „Alexanderfest“ (Arien und Chöre), dem „Judas Maccabäus“, dem „Saul“, dem „Samson“ und „Jephtha“ vertreten. Von Gluck wird der „Orpheus“ als Konzertaufführung geboten, von Haydn die „Schöpfung“, von Beethoven die „Chorfantasie“ und die „Ruinen von Athen“ (Chor, Soli, Orchester — verbindende Deklamation). Schumann ist nicht nur mit dem gern gesungenen „Zigeunerleben“, sondern auch mit „Der Rose Pilgerfahrt“ zu Gehör gekommen, Mendelssohn mit der „Ersten Walpurgisnacht“ für Chor, Soli, Orchester; Löwe mit dem Oratorium „Johann Huß“; Rombergs „Glocke“ wird noch immer gern aufgeführt; Reineckes Weihnachtskantate hat sicher die darauf verwendete Mühe und Arbeit ebenso gelohnt, wie Nils W. Gades Ballade für Soli, Chor und Orchester: „Erlkönigs Tochter“. Daß man sich's an diesen über jeder Kritik stehenden Werken nicht genügen läßt, beweisen noch eine Reihe anderer Aufführungen für Chor, Soli und Orchester, die hier nur aufgezählt werden sollen: „Die Zigeuner“, Rhapsodie in 7 Gesängen von Julius Becker; „Schönenellen“, Ballade von Bruch; Kantate von Grabert; „Die Geburt Christi“ von Herzogenberg; das „Märchen von der schönen Melusine“ von Heinrich Hofmann; „Rumpelstilzchen“ von Ferdinand Hummel; „Benedictus“ von Kiel; „Spielmannsleben“ von Werner Kuck; das Weihnachtsoratorium „Zug der Kinder zum Christkind“ von Leipold; Zlatorog (nach Baumbach) von Thierfelder; endlich die Harzmär von den „Zwergen am Hübichenstein“ von Klages.

Natürlich ist es nicht möglich, alle diese Werke nur mit Schülern zur Wiedergabe zu bringen; mindestens für die Solopartien sind in der Regel Berufskünstler herangezogen, teilweise auch Lehrkräfte mit

solchen größeren Aufgaben betraut worden. Es mag fraglich erscheinen, ob diese Verbindung von Fachmusikern mit Jugendlichen immer zu rechtem Einklang geführt werden konnte. Soviel aber ist gewiß, daß die Schüler und Schülerinnen bei solcher Arbeit in ganz anderer Weise mit den Musikwerken vertraut werden, als wenn sie nur die von ihnen selber ausführbaren Bruchstücke zu singen oder das Ganze in einem Konzert, bei dem sie nicht aktiv mitwirken, zu hören bekämen. Und deshalb ist jede aktive Mitarbeit von Schulhoren auch da freudig zu begrüßen, wo es sich nicht um eigentliche Schulerauffuh- rungen, sondern um Kirchenmusik oder Konzertauffuh- rungen bedeut- samer Werke, auch unter Leitung von Dirigenten wie Georg Schumann oder Siegfried Ochs, handelt; so sangen Berliner Schulkinder bei der Passionsmusik von Bach, bei einer Auffuh- rung des „Judas Maccabaus“ von Händel, beim 69. Psalm von Kaminski, beim „Jesus von Nazareth“ von Gerhard von Keuler, bei einer Messe in D-Moll von Rohrbach im Deutschen Dom u. a. mit.

Daß aber auch die eigenen Chorleistungen der Schulen oft genug auf einer Höhe stehen, die eine Vorfuh- rung in größerem Kreise als der Schulgemeinde rechtfertigt, darf man daraus schließen, daß Sonder- veranstaltungen im Hochschulsaal, in der Sing-Akademie („Heiterkeit in der Musik“), in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche (Abend- musik; Laudate dominum von Mozart und alte Weihnachtslieder), in der Klosterkirche (Passionsmusik), Nikolaikirche, Zionskirche (Weih- nachtsmusik), in den Kirchen zu Karlshorst (Musikalische Vesper), Lichtenberg (Abendfeier in der Glaubenskirche), Tegel usw. stattfanden.

Auch gemeinsame Veranstaltungen mehrerer Schulen eines Be- zirkes geben Gelegenheit zu besonderen Chordarbietungen: so haben sich z. B. sieben höhere Schulen des Bezirks Prenzlauer Berg zu- sammengetan und nach Einzelvorfuh- rungen der Anstaltschore auch ein paar Massenschore zum Vortrag gebracht.

Endlich kann als einer der in diesen Zusammenhang gehörenden Einrichtungen auch noch der Sangerfahrten gedacht werden, die Berliner Jungen zu Konzerten nach Baruth — Kalau — Jonsdorf (Lau- sitzer Gebirge), nach Beelitz und Wiesenburg, nach Buckow, Rheins- berg, Oderberg, Fürstenberg i. Mecklbg., nach Kremmen, Wilsnack, weiter nach Hameln, nach Schlesien (Schmiedeberg, Arnsberg, Fisch- bach) und sogar nach Ostpreußen (Marienburg, Mohrunen, Liebstadt) geführt haben.

* * *

Die Richtlinien schlagen vor, „neben dem großen Chor nach Möglichkeit aus den stimmbegabtesten und sichersten Sängern einen freiwilligen Auswahlchor zu bilden, der bei Wochenandachten, Eltern- abenden und Schulfesten den großen Chor entlasten kann“. Das ist vielfach geschehen. Die Erweiterung dieses Kreises durch Lehrer und Freunde der Anstalt, namentlich auch durch Angehörige der Schüler, ist besonders in den Volksschulen des öfteren geschehen, und unter

ihnen vor allem in den Sammel- und Lebensgemeinschaftsschulen zu einer ständigen Einrichtung geworden.

Mehrfach findet sich auch der Zusammenschluß von Eltern und Freunden der Anstalt zu einem Orchester, das entweder allein oder im Zusammenspiel mit den Schülern zur Gehör kommt.

Damit wendet sich die Betrachtung der durch die Neuordnung des Musikunterrichts besonders in den Bereich der Schule gestellten Pflege, der Instrumentalmusik zu.

* * *

Zunächst soll nach Kräften an jeder Anstalt eine Zusammenfassung der im Privatmusikunterricht auf irgendeinem Instrument vorgebildeten Schüler(innen) zu einem Schulorchester erfolgen, für dessen Übungen in allen Schulgattungen eine Stunde bereitgestellt



Schüler-Orchester an der Kaiser-Friedrich-Schule (Reform-Gymnasium).

werden kann. Blas-Instrumente sind an manchen Anstalten als Eigenbesitz der Schule vorhanden und können von den Schülern leihweise benutzt werden; reinem Zufall bleibt es überlassen, ob Holz-Instrumente überhaupt da sind, und welche; Streich-Instrumente waren früher häufig Eigenbesitz der Schüler, doch ist das mit der veränderten wirtschaftlichen Lage erheblich anders geworden; am ehesten finden sich noch Lauten in den Händen der Kinder. Nun ist es aber mißlich, wertvolle Musikwerke für die gerade vorhandenen Kräfte und Instrumente „einzurichten“, d. h. ihres Original-Charakters zu berauben und statt dessen in einer „Bearbeitung“ vorzuführen, die oft ganz andern Eindruck gibt, als der Komponist ihn wollte. Das beliebteste Aushilfsmittel, fehlende Orchesterstimmen auf dem Harmonium mitzuspielen (das übrigens auch noch nicht in jeder Schule vorhanden ist), kann auf die Dauer nicht befriedigen. Dagegen ließen sich wohl begabte Schüler zur Erlernung von Instrumenten anregen, die zur Vervollständigung des Orchesters nötig wären, wenn diese Durchführung einer entsprechenden Anregung in den ministeriellen Richtlinien nicht von den Zufälligkeiten der wirtschaftlichen Verhält-

nisse des Elternhauses abhängig bliebe. Es wäre also anzustreben, daß jede Anstalt in die Lage versetzt würde, die erforderlichen Instrumente anzuschaffen und den Schülern zur Verfügung zu stellen. Bis dahin wird man sich notgedrungen noch mit den schon in vielen Schulen bestehenden Geigenchören, Bläserchören, Lautenvereinigungen begnügen müssen, neben denen einmal auch ein Balaleika-Orchester erscheint. Der Versuch einzelner Volksschulen, ein Mundharmonika-Orchester aufzustellen, weil da der Anschaffungspreis der kleinen Instrumente relativ gering ist, bleibt immerhin beachtenswert, kann doch aber nur als Notbehelf für bessere Instrumentalübungsmöglichkeiten gelten. Natürlich fehlt auch die „zeitgemäße Jazzband“ nicht, ist aber nur als gelegentlicher Scherz zu bewerten.

In Anbetracht aller eben aufgezählten Schwierigkeiten ist es geradezu erstaunlich, was alles an Instrumentalwerken in Schulkonzerten geboten wird. Ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit — der schon deshalb nicht erhoben werden kann, weil nur das noch dazu unvollständige Programm-Material von rund 650 Schulen vorlag, also nur etwa $\frac{2}{3}$ aller Anstalten für diesen Bericht erfaßt werden konnten — seien als bemerkenswerte Aufführungen genannt: Scheins Orchestersuite Nr. 7; Bachs Suite 3 D-dur für Streichorchester, Oboe, Trompeten und Pauken, sowie das Es-dur-Konzert für zwei Violinen und Streichorchester; Händels Concerto Grosso 5 (D-moll) und 10 (G-moll); Glucks Ouvertüre zur „Iphigenie in Aulis“; Haydns Kindersymphonie, Symphonien in B-dur (Nr. 8), D-dur, G-dur (mit dem Paukenschlag) und Fis-moll (Abschiedssymphonie); Mozarts Jupiter-symphonie, Kleine Nachtmusik, Konzert A-dur (Nr. 23) für Klavier und Orchester und Quartett A-dur; Beethovens Jenaer Symphonie (C-dur), 1. Symphonie, Egmont-Musik und Violin-Konzert D-dur; Schuberts Forellenquintett und Streichquartett G-moll, Berlioz' Ungarischer Marsch und Sylphentanz aus „Fausts Verdammung“ und Wagners Vorspiel zu den „Meistersingern“!

Natürlich sind auch dabei nicht nur Schüler die Ausführenden gewesen; zuweilen sind die Beziehungen zwischen den mitwirkenden Berufskünstlern und den Schülern engerer Natur: es sind „Ehemalige“, auch wohl Angehörige von Mitgliedern der Kollegien; es werden aber auch Kammermusikvereinigungen und Solisten verpflichtet, weil man der Meinung ist, daß es eben in erster Linie darauf ankommt, ein geschlossenes Programm der Schulgemeinde vorzuführen und die Vermittlung der darin enthaltenen Werke nicht von allen Zufällen eines viel schwierigeren und teureren Konzertbesuchs in einem der großen Säle Berlins abhängig zu machen. Aus gleichem Grunde sind Instrumental- und Vokal-Künstler auch für andere Abende gewonnen worden, an denen es galt, das Schaffen eines einzelnen Meisters oder die Entwicklung der Musik durch eine genau umgrenzte Zeitspanne vorzuführen: so gab es Abende mit „Musik vom 14. bis 18. Jahrhundert“, oder solche, die das 13. bis 19. Jahrhundert umfaßten; Abende, die Johann Sebastian Bach gewidmet waren, neben solchen, die von Bach bis Brahms führten; Bach und Händel wurden zusammengestellt, „Haydn - Mozart - Beethoven“-Konzerte

standen neben dem entwicklungsgeschichtlich aufgebauten „Wiener Klassiker-Abend“ mit Werken von allen dreien oder nur von Mozart und Beethoven; die Romantiker erscheinen allein und gepaart: Weber-Schubert, Weber-Mendelssohn, Schubert-Schumann, Schumann-Mendelssohn, aber auch die Wiener Zeitgenossen Beethoven und Schubert wurden zusammengestellt; ein Löwe-Abend zeigte den Balladen-Komponisten (zu dessen Interpreten man freilich lieber einen Sänger machen sollte als eine Sängerin); Wagner-Abende führten in Liedschöpfungen und Musikdramen ein; auch die Verbindung Wagner-Liszt begegnet; von den Jüngeren ihrer Zeit wurden Cornelius, Brahms, Hugo Wolf mit besonderen Programmen bedacht. Mehr dem Zufall zuzuschreiben scheint die Bindung Beethoven-Schubert-Wagner oder die andere: Mozart-Brahms. Immerhin verrät sich auch darin der Wunsch nach einer gewissen Geschlossenheit des Programms oder wenigstens seiner einzelnen Teile: das ist ein wesentlicher Fortschritt gegenüber dem auch außerhalb der musikalischen Darbietungen noch immer viel zu beliebten „Bunten Programme“, dem etwa die „Lustige Schlittenpartie für Klavier und Kinderinstrumente“, die Zusammenkopplung des „Brautchores“ aus „Lohengrin“ mit der „Tyrolenne“ aus Donizettis „Regimentsföchter“ zu einer „Nummer“ für Violine und Klavier, oder das Piston- und das Xylophon-(!)Solo angehören. . . .

* * *

„Musikgeschichtliche Belehrungen sind in unmittelbarem Anschluß an den im Unterricht behandelten Stoff, an Solo-, Chorgesänge und Instrumentalwerke fortlaufend zu geben“. Daß die in der Schule selbst gebotenen Werke entsprechend ausgewertet werden, ist selbstverständlich. Vielfach ist den Schülern Gelegenheit gegeben, nach Einzelwerken oder an Hand des Quellenbuches „Von Musikern und Musik“ von Kühn und Lebede selber Referate über die Komponisten oder über die einzelnen Werke vorzubereiten; in einzelnen Bezirken wurden auch besondere „Einführungsvorträge“ veranstaltet, in denen Geh. Reg.-Rat Doblin, Dr. Leopold Hirschberg und Kapellmeister Eduard Möricke musikalische Meisterwerke behandelten und am Klavier erläuterten. Aufführungen dieser Werke — zum Teil in „musikalischen Jugendlachmittagen“, zum Teil in früher vom Provinzial-Schulkollegium geförderten „Jugendkonzerten“ — schlossen sich daran. Hierüber wird gleich noch ein weiteres Wort zu sagen sein. Vorerst aber noch einen Wunsch, der aus Musik-Lehrerkreisen geäußert wird: Zur Aufführung, aber auch zum mitverfolgenden Verständnis von Instrumentalwerken, die in der Schule vermittelt werden, ist die Beschaffung von Notenmaterial dringend vonnöten! Damit wird übrigens eine Forderung erhoben, die auch der reine Gesangunterricht stellen muß. Denn neben den in der Schule eingeföhrten Musiklehrbüchern noch ein besonderes, nach den neuen Richtlinien ausgearbeitetes Chorbuch anzuschaffen, wird man den Schülern kaum zumuten dürfen:

wieder müßte hier die Schule selber die nötigen Exemplare besitzen und den Kindern zur Verfügung stellen können.

Soweit es sich nur um die Aufnahme von Instrumentalwerken durch das Ohr, also um Anhören, handelt, nicht um das Selber-Spielen, kann immer größere Dienste die Verwendung von Musikapparat und Schallplatten tun, die sich in den letzten Jahren erfreulich weit durchgesetzt und neuerdings auch die Beachtung des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gefunden hat. Die Aufnahmetechnik ist so vervollkommenet und die Wiedergabemöglichkeit ein so vollwertiger Ersatz für wirklich vorgeführte Musik, daß Bedenken gegen die Verwendung dieser mechanischen Hilfsmittel nicht mehr zu Recht bestehen können. Die Deputation für das Schulwesen hat denn auch einer Anzahl von Schulen Mittel zur Anschaffung von Musikapparaten und Schallplatten bewilligt; andere benutzen die ursprünglich für den Unterricht in den neueren Sprachen beschafften Sprechapparate, so gut das eben geht. Die Empfehlung eines einzigen, allen anderen überlegenen Apparates ist genau so wenig möglich, wie die Nennung der „besten“ Aufnahmen von allen für den Schulmusik-Unterricht verwendbaren Musikwerken: täglich werden Fortschritte gemacht, die solche Empfehlungen schon binnen kurzem als überholt gelten lassen müssen. Darum muß jede Schule vor Anschaffung eines solchen Apparates und Auswahl der Platten bemüht sein, die verschiedenen Erzeugnisse der Industrie nebeneinander kennenzulernen und zu vergleichen. Eine Zusammenstellung des verwendbaren Plattenmaterials ohne Angabe der herstellenden Firmen ist auf S. 28—53 der im Sommer 1927 bei Vieweg in Lichterfelde erschienenen Schrift „Moderne Schul-Musik-Pflege, Musikapparate und Schallplatten“ von Dr. Hans Lebede enthalten.

Noch bleibt zu erwähnen, daß im Bezirk Pankow der interessante Versuch gemacht worden ist, ein Musikplatten-Archiv zu gemeinsamer Benutzung durch alle Schulen einzurichten: ein tragbarer Apparat wird je nach Bedarf der einen oder der anderen Anstalt zur Verfügung gestellt, die auch ihre Plattenwünsche vorher angibt. Es muß abgewartet werden, ob und wie sich dieses Verfahren bewährt — und ferner: welche Erfahrungen die anderen Schulen mit der Verwendung des Musikapparates und der Schallplatten im Unterricht machen, ehe an weitere Beschaffung von Apparaten gegangen werden kann. — Die gegebene Möglichkeit, ein- und dasselbe Stück zu jeder beliebigen Zeit, und ganz oder teilweise beliebig oft wiederholen zu können, sichert dem Musikapparat und der Schallplatte einen bedeutenden Vorrang vor dem Rundfunk, dessen Darbietungen sich nur schwer und selten in den eigentlichen Schulunterricht eingliedern lassen werden. Versuche dazu werden seit einiger Zeit durch den „Pädagogischen Rundfunk (Schulfunk)“ des Zentral-Instituts für Erziehung und Unterricht gemacht. Besonders eine Reihe von Veranstaltungen darf hier nicht unerwähnt bleiben: es sind die allsonnabendlich von 12—1 Uhr gebotenen „Künstlerischen Darbietungen für Schulen“, die namentlich solche Programme bringen, die aus dem Musikunterricht oder aus seiner Verbindung mit dem deutschen Unterricht

hervorgewachsen sind. Da die „Deutsche Welle“ in Berlin nur schwer und nur mit Hilfe größerer Empfangsanlagen zu hören ist, wie sie allerdings in einigen Schulen bestehen, so sind jeweils 500 Kinder aus den verschiedensten Schulen (und allen Schularten) Berlins in das Zentralinstitut geladen worden, um dort persönlich diese Darbietungen mitanzuhören. Sie gewannen so im September v. J. einen Eindruck von „Goethes Lyrik in Kompositionen seiner Zeitgenossen“ Reichardt, Kayser, Zelter, Beethoven, Schubert, sowie der jüngeren Meister des Liedes: Schumann, Löwe, Wolf und Strauß; im November wurde ihnen die Entwicklung der Ballade in Wort und Ton vorgeführt; der Dezember brachte Weihnachtsprogramme, zum Teil unter Mitwirkung des Chors der Akademie für Schul- und Kirchenmusik, dem Schüler von 5 Groß-Berliner Schulen angehören; im Februar wurde das Volkslied behandelt.

Ein anderes ist es um die Möglichkeit, Konzert- und Opern-Darbietungen durch den Rundfunk außerhalb der Schulzeit zu hören: kein Lehrer wird sich die Gelegenheit entgehen lassen, auf geeignete Programme hinzuweisen und die Ausnutzung solcher Möglichkeit dringend zu empfehlen, vielleicht auch sich davon zu überzeugen, wie weit seine Anregungen von Erfolg gewesen sind.

Wenn die Denkschrift von 1923 die gesamte Musikkpflege in Schule und Volk umfassen wollte, so darf auch daran erinnert werden, daß ein Schritt zur Verwirklichung dahingehender Forderungen schon mit Begründung zweier Volksmusik-Schulen in Neukölln und Charlottenburg gemacht worden ist. Sie sollen einen Sammel-punkt der aus dem Geiste einer neuen Jugend hervorgegangenen Musikaarbeit schaffen. Ziel ist die Überwindung der Kluft zwischen Volk und Kunst durch eine tätige Teilnahme jedes Einzelnen an der Musik-übung, ausgehend vom Singen des Volksliedes und von seiner instrumentalen Begleitung und hinführend zu der Gestaltung eines polyphonen Chorwerkes bzw. aller Arten instrumentaler Kammermusik. Die Leitung der „Volksmusikschulen der Musikantengilde“ haben die Herren Professor Jöde, Dr. Reichenbach und Dr. Reusch. Ein weiterer Ausbau dieser Volksmusik-Schulbewegung ist bereits erwogen worden.

Künstlerische Darbietungen in den Schulen.

Durch viele Jahrhunderte zurückzuverfolgen ist der Brauch, daß in den Schulen Komödien gespielt werden. In Vergessenheit geraten schien aber ein Satz zu sein, der diese frühesten Darbietungen thea-tralischer Art mit lediglich pädagogischem Zweck sehr gut und richtig kennzeichnete: „Scholastici non agunt propter spectatores, des propter se ipsos — die Schüler spielen nicht sowohl für die Zuschauer als für sich selber und zu ihrer eigenen Belehrung“. Freilich gilt dieser Satz heutzutage nicht so sehr im Sinne einer Belehrung durch die „Moral“ des Stückes, als vielmehr in dem anderen, daß die Jugend — wie auch damals schon — „fleißig im Reden geübt“, weiter gefaßt: zu

einem auch körperlichen „Ausdruck“ gebracht, von mancherlei Hemmungen befreit werden und vor allem dazu angehalten werden soll, die ihr gemäße eigene Spielweise zu betätigen, statt in eine bloße Nachahmung des Berufstheaters und des Berufsschauspielers zu verfallen.

Wer die Programme durchsieht, die von theatralischen Aufführungen in den Berliner Schulen während der Jahre 1920—1927 künden, gewahrt eine große Anzahl von „abendfüllenden“ Stücken, bei denen er sich fragen muß, ob ihre Einstudierung mit den modernen Gedanken über kunsterzieherische Arbeit zusammenpaßt.

Wenn Gymnasien die „Perser“ des Äschylos, den „Ajax“, die „Antigone“, den „König Ödipus“ und „Ödipus auf Kolonos“ des Sophokles, und die „Troerinnen“ oder den „Kyklopen“ des Euripides aufführen, wenn sie auch einmal auf die „Frösche“ oder die „Vögel“ des Aristophanes verfallen oder Plautus (mit „Mostellaria“, der Gespensterkomödie) und Terenz (mit dem „Phormio“) auf die Schulbühne bringen, so ist der Wunsch immerhin begreiflich, die Stoffe des Unterrichts in den sogenannten „toten“ Sprachen einmal wahrhaft lebendig zu machen — wobei die Aufführung in griechischer Sprache noch ein Übriges tut, um den Eindruck der Echtheit dieses Spiels zu verstärken. Und wenn in den Real-Anstalten auf Shakespeares „Julius Cäsar“ oder „Troilus und Cressida“, auf die „Komödie der Irrungen“ und der „Widerspenstigen Zählung“, „Was ihr wollt“ oder „Wie es euch gefällt“ oder auf Molières „Eingebildeten Kranken“, den „Geizigen“ oder den „Bürger als Edelmann“ zurückgegriffen, auch einmal der „Merchant of Venice“ (mit altenglischer Musik) in englischer und die „Précieuses ridicules“ oder des Beaumarchais „Barbier de Seville“ in französischer Sprache gegeben wird, so ist der Zusammenhang mit dem Unterricht wiederum so entscheidend für diese Stückwahl, wie etwa der Einfluß eines anregenden Deutschunterrichts in der Einstudierung dramatischer Werke Lessings, Goethes, Schillers sich aussprechen mag — die „Alte Jungfer“, der „Junge Gelehrte“, „Der Schatz“ und „Philotas“ fehlen so wenig wie „Minna von Barnhelm“; an der „Laune des Verliebten“ und den „Mitschuldigen“ werden die Kräfte so versucht wie an den „Geschwistern“, am „Satyros“ und am „Jahrmarktsfest von Plundersweiler“, wie weiter am „Götz von Berlichingen“ oder gar am „Faust“; und Schiller vollends lockt mit den „Räubern“ und „Kabale und Liebe“ nicht minder wie mit dem ersten Abend des „Wallenstein“, der „Maria Stuart“, dem „Tell“ (den u. a. eine Mädchenvolksschule spielte), dem „Demetrius“ und den Übertragungen aus dem französischen: „Parasit“ und „Neffe als Onkel“ (während „Don Carlos“ nur in einer Parodie aufgeführt wird!). Aber wenn man schon diesem „Spielplan“ nicht ganz und gar zustimmend gegenüber stehen mag, weil man an die zeitraubenden und mühevollen Vorbereitungen solcher Aufführungen denkt, so kommt man noch weit öfter zu Zweifeln, wenn man sieht, was weiter gegeben wird: Des Gryphius „Peter Squenz“ oder „Geliebte Dornrose“ (Volksschule!) — Lope de Vegas „Pastetenbäcker“, Moretos „Donna Diana“. Neben kleineren Stücken von Theodor Körner („Gouvernante“, „Nachtwäch-

ter“) die größeren Kotzebues („Deutsche Kleinstädter“, das „Haus an der Heerstraße“, „Der gerade Weg ist der beste“), Hölderlins „Tod des Empedokles“ und Kleists „Guiscard“-Fragment, sowie der „Zerbrochene Krug“. Tiecks „Weihe Shakespeares“ und „Gestiefelter Kater“ — und Platens „Berengar“ und „Schatz des Rhampsinit“. Zacharias Werners „24. Februar“ und Grillparzers „Sappho“, „Meeres und der Liebe Wellen“, „Weh dem, der lügt“. Grabbes „Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung“ — und Gutzkows „Uriel Acosta“, „Zopf und Schwert“, „Königsleutnant“. Ludwigs „Erbförster“ — und daneben Nestroys „Lumpazivagabundus“, die „Tannhäuser-Parodie“ und Raimunds „Alpenkönig und Menschenfeind“. Freytags „Journalisten“ und Geibels „Meister Andreä“, Heyses „Hans Lange“ und „Kolberg“ — und Uhlands „Ernst, Herzog von Schwaben“. Wildenbruchs „Väter und Söhne“ und die „Quitows“ — und l'Arronges „Dr. Klaus“, sowie Blumenthal-Kadelburgs „Weißes Röhl“, sowie des letzteren „Familie Schimek“. Fuldas „Jugendfreunde“ und „Schlaraffenland“ und Gerhart Hauptmanns Teile aus den „Webern“, „Florian Geyer“ auf einer Naturbühne zwischen Wald und See in Mellen und die „Versunkene Glocke“ einmal auch am Havelufer; „Hanneles Himmelfahrt“, der „Biberpelz“, selbst die „Jungfern vom Bischofsberg“. Hofmannsthals „Tor und Tod“, „Jedermann“, Eberhard Königs „Teukros“ und „Wie Liesel in des Herrgotts Apotheke kam“ und Lienhards „Luther auf der Wartburg“; Stuckens „Gawân“, Schmidt-Bonns „Verlorener Sohn“, Prechtls „Alkestis“ und Molos „Infant der Menschheit“, Max Mells „Apostelspiel“ und Müller-Guttenbrunns „Herr Gevatter“ — aber neben Harlans „Nürnbergisch Ey“ und Rosenows „Kater Lampe“ dann auch Meyer-Försters „Alt-Heidelberg“, Laufs' „Pension Schöllner“ und Schmasows „Erbtante“. Walter Flex' „Lothar“, „Bauernführer“, „Klaus Bismarck“ und Hermann Burtes „Der kranke König“ und „Katte“ — aber auch abgespielte Schwänke, wie „Othellos Erfolg“ von Lütner und das „Schwert des Damokles“ von Gustav zu Putlitz, neben denen Ecksteins „Besuch im Karzer“, Thomas „Medaille“ und „Lokalbahn“ immerhin erfrischend scheinen. Ausgedehnte Märchenstücke vom „Gestiefelten Kater“ (E. A. Herrmann), von „Peterchens Mondfahrt“ (Bassewitz-Schmalstich), von „Klein-Else, die das Christkind suchen ging“ (Lehmann-Haupt) und dem „Himmelschneider“ Jungnickels und „Jung-Siegfried“ (Römer) — und dann Russen: Tolstois „Licht leuchtet in der Finsternis“, „Wo Liebe ist, da ist auch Gott“ (von Feigel bearbeitet), Tschechows „Bär“ und „Heiratsantrag“ neben Gogols altem lustigen „Revisor“. Und — natürlich — auch Rabindranath Tagores „Postamt“ — —

Und wenn es köstlich gewesen ist nach aller Mühe und Arbeit, wenn die Anerkennung aller Verwandten und Bekannten in dem Lobe gipfelte: besser könne es im „richtigen“ Theater auch nicht sein — dann muß man in vielen, in den meisten Fällen leider, zu dem sicheren Schluß kommen, daß es Liebhaber- („Amateur“-) Theater war, aber nicht Jugendspiel. Daß die den einzelnen zugeteilten Aufgaben allzuoft weit über das Maß des ihnen eigenen Ausdrucks- und Darstellungs-

vermögens hinausgingen. Daß Un-Eigenes, Nachgemachtes, Angelerntes, Gedrilltes gegeben werden mußte. Und daß damit dann keine schöpferische Arbeit geleistet worden ist, wie sie denen vorschwebt, die dramatisches Spiel in der Schule gepflegt wissen wollen — und denen, die solche nicht ganz neue Forderung mit genaueren Angaben über Art und Umfang in die „Richtlinien für die Neuordnung des höheren Schulwesens“ aufnahmen.

„Propter se ipsos, non propter spectatores“ spielen die kleinen Kinder, längst ehe sie in die Schule kommen; sie gestalten „dramatische“, sie „dramatisieren“ ihre kleinen Alltagserlebnisse oder die Geschichten, die Mutter ihnen erzählt hat. Sie müssen dabei gelassen werden, wenn sie nun aus Spielkindern zu Schulkindern werden; sie müssen weiterhin die ihnen gewohnte Form und Art der Darstellung beibehalten dürfen: neue Stoffe werden ihnen Tag für Tag geliefert; mit ihrer Verarbeitung verbindet sich ganz von selber auch eine Vervollkommnung des Formalen; Sprache und Ausdruck werden gepflegter; der Inhalt wird im Anschluß an die immer gehaltvolleren Vorlägen bedeutender. Von der Improvisation, die übrigens auch am Puppentheater mit gutem Erfolg geübt werden kann, geht es zum schon geformten Spiel: Zehnjährige können bereits um die Weihnachtszeit ein kleines Krippenspiel darstellen und dabei immer noch mancherlei aus Eigenem hinzutun; Zwölfjährigen macht Hans Sachs schon rechten Spaß. Und allmählich ist dann die nötige Reife für das Verständnis des echten Kunstdramas da — als erstes wird in der Regel noch immer Schillers „Wilhelm Tell“ vermittelt werden —; doch dieses Verständnis für das Kunstdrama ist noch nicht gleichbedeutend mit der Fähigkeit, so ein Werk auch selber aufzuführen. Darum haben manche Schulen diese Aufführungen einem besonderen Ensemble von Berufsschauspielern überlassen, die in die Aula kamen und auf behelfsmäßig hergerichteter Bühne Stücke mit verhältnismäßig geringer Personenzahl spielten: den „Ödipus“ und „Iphigenie“, „Minna von Barnhelm“ und „Maria Magdalene“, die „Ahnfrau“ und „Weh dem, der lügt“ u. a. m. Die Direktoren zogen derlei Aufführungen (unter Leitung von Robert Aßmann) vielleicht deshalb vor, weil sie sich sagten: zu vieles an solchem Werke ist dem Schüler doch noch nicht mündgerecht, zu vieles hindert und hemmt seinen freien Ausdruck. Darum möge er höchstens einmal dazu angeleitet werden, einzelne Szenen daraus zu spielen, im übrigen aber seine darstellerischen Kräfte an solchen Stücken üben, die ihm und seinem Gefühls- und Gedankenkreise weit näher liegen oder weit eher verständlich werden — und die auch weniger umfänglich und darum in kürzerer Zeit vorzubereiten sind.

Es ist gut, gleich erweisen zu können, daß hiermit nicht nur theoretisiert wird, sondern daß die Praxis bereits dazu übergegangen ist, diese Forderungen zu erfüllen. Gewiß: hier und da finden sich noch, sehr vereinzelt freilich, unter der Fülle des vorliegenden Materials von rund 650 Schulen, jene früher einmal üblichen, schrecklich unkindlichen Machwerke aus der Feder sogenannter „Kinder-Bühnen“-Schreiber. Noch 1922 waren unter 2000 Spielen dieser Art nur ganz

wenige, 1923 bei milderer Beurteilung knapp 5% brauchbar! Dafür begegnen heute doch schon sehr vielfach die Namen von Leuten, die sich um das rechte Jugend- und Laien-Spiel unbezweifelbare Verdienste erworben haben*): G ü m b e l - S e i l i n g („Bruder Lustig“, „Die zertanzten Schuhe“, „Das Glückskind“, „Gevatter Tod“) und H a a ß - B e r k o w, Mirbt als Autor und als Herausgeber der „Münchener Laienspiele“ („Urner Tell-Spiel“, auch „Gevatter Tod“), L u s e r k e („Der kupferne Aladin“ und das parodistische Ritterschauerdrama „Blut und Liebe“), B l a c h e t t a („Schweinehirt“, „Zaubergeige“, „Verwünschtes Schloß“) und Anna Helms und Julius Blasche („Dornröschen“, „Aschenbrödel“, „Marienkind“) sind in Berliner Schulen keine Fremden mehr.

Und manches Erfreuliche wäre wohl noch auf dem Gebiete des Märchenspiels zu nennen, wenn nicht leider die Angaben oft ungenau wären und verschwiegen, wer jeweils diesen oder jenen Stoff „nach Grimm“ oder „nach Andersen“ gestaltet hat. Auf dieses „Wer?“ kommt es aber um so mehr an, als es meist gleichbedeutend mit dem „Wie“ ist. Und es ist gewiß nicht dasselbe, ob Lina Hilger, die man erfreulich oft mit ihrem „Krippenspiel“ aufgeführt findet, oder irgendein „Macher“ diese Dinge neu formt.

Vielleicht aber — und das wäre das Allerbeste! — fehlt der Name eines Bearbeiters auch einfach deshalb, weil noch öfter, als angegeben, die Spielform von den Kindern selber gefunden worden ist. Das wäre dann also Improvisation, selbstschöpferische Art, die nach dem Vorbild einer Gemeinschaftsschule in Niederschönhausen mittlerweile vielfach geübt wird. Die Kinder erhalten den Stoff — als Gedicht, als Geschichte, jedenfalls in episch erzählender Art — und finden nun selber die neue dramatische Gestalt. Sie spielen aus dem Stegreif. Sie reden, wie ihnen der Schnabel gewachsen ist — und die anderen sitzen dabei und passen auf und kritisieren. Was nicht ihren Beifall findet, muß nun aber nicht einfach abgelehnt, sondern gleich anders, und möglichst besser gemacht werden: das ist wahrhaft „produktive Kritik“. Und die bestgelungene Form wird dann festgelegt und schließlich auch wohl vor einem Häuflein von Zuschauern gespielt, die nicht der Klassengemeinschaft angehören. Nur wiederum: nicht „propter spectatores“, sondern „propter se ipsos“ müssen die Kinder auch in solchen Fällen spielen; das gelte namentlich auch als Grundsatz für die mancherlei „Kinder-“ und „Jugendbühnen“ an ein paar Groß-Berliner Schulen.

Die konsequenteste Forderung schiene nun vielleicht manchen dahin gehen zu müssen, daß die Zuschauer überhaupt ausgeschaltet würden und alle derartige künstlerisch bedeutsame Arbeit auf den engsten Kreis der Klasse beschränkt bliebe. Und wirklich wird solche Forderung gelegentlich auch erhoben und auf die knappe Schlußformel gebracht: „Öffentliche Schulaufführungen sind gänzlich überflüssig“; wirklich sind auch von einigen — ganz wenigen — Schulen

*) Ein verlässlicher, nur auch noch etwas nachgiebiger Wegweiser ist das von Pohle herausgegebene Verzeichnis empfehlenswerter Szenenstücke, das aus der Arbeitsgemeinschaft „Jugendbühne“ der Berliner Lehrer hervorgegangen und bei Zickfeldt in Osterwieck erschienen ist.

„Fehlanzeigen“ eingelaufen: „Hier sind keine öffentlichen Veranstaltungen kunsterziehlicher Art zu verzeichnen“. Indessen kommt man mit der bloßen Klassenarbeit doch auf die Dauer genau so wenig aus wie im Musikunterricht: hier wie dort tut sie ihr Wichtigstes und Wesentlichstes mit der Einführung in Kunstwerke und gleichzeitiger Anleitung zu ihrer Wiedergabe, die allein zu rechter Erfassung führen kann; hier wie dort wird zwischen bloßer Einführung und Anleitung und einer bis ins letzte gehenden sorgfältigen und wiedergabe-reifen Durcharbeitung zu scheiden sein, die von Zeit zu Zeit auch nicht fehlen darf. Gerade aus kunsterziehlichen Gründen nicht fehlen darf: denn nur so wird den jungen Menschen einmal klar, was zur relativ vollendeten Wiedergabe eines Kunstwerkes gehört; nur so begreifen sie einmal wirklich etwas von der Arbeit des Berufskünstlers und ahnen, wie weit sie selber von dessen Leistung doch immer entfernt bleiben müssen; nur so werden sie zu jenen echten „Dilettanten“ erzogen, die es im wahrsten Sinne des Wortes „dilettiert“, freut und entzückt, sich in große Werke zu versenken — und nur so kommen sie zu jener Demut und Bescheidenheit vor der fertigen Leistung Berufener, die diese „echten Dilettanten“ von den aufgeblasenen und sich selbst überschätzenden falschen unterscheidet. Gewiß werden auch solche aufführungsreif gemachten Darbietungen aus dem unterrichtlichen Zusammenhang erwachsen und größtenteils im Unterricht selber vorbereitet sein müssen; damit fällt eine allzu weitgehende zeitliche Belastung der Ausführenden an den eigentlich unterrichtsfreien Nachmittagen weg. Ganz ohne ein paar solcher Nachmittagsproben wird es freilich nicht abgehen können — schon deshalb nicht, weil ja oft Schüler verschiedener Klassen zusammenwirken müssen, die vormittags nicht ohne große Störung des gesamten Unterrichtsplanes aus den verschiedensten Stunden herausgeholt werden können. Darum wäre es falsch, derartige Sonderübungen ganz abzulehnen, wie es in allzu striktem Festhalten an der planmäßigen Inanspruchnahme der Kinder durch die Schule wohl hier und da geschehen sein mag. Auf der anderen Seite aber müssen diese Nachmittagsproben auf das notwendige Maß beschränkt bleiben; dann werden auch die Klagen der Eltern über allzu große Anstrengung der Kinder verstummen, die in einem Falle zu dem Ergebnis geführt haben, daß „künftig keine Aufführungen mehr stattfinden“ sollen.

Dabei ist gleich noch eines grundsätzlich wichtigen Punktes zu gedenken: die Schwierigkeit, alle an einem Spiel Beteiligten zu Proben zusammenzubringen, wächst naturgemäß mit der Buntscheckigkeit der Spielschar selber. Wird diese vollends nicht nur aus verschiedenen Jahrgängen derselben Anstalt zusammengesetzt, sondern aus Angehörigen verschiedener Schulen, so ist eine vorbereitende Arbeit aus dem Unterricht heraus ja fast ganz ausgeschlossen. Darum erwäge man, was auch aus anderen, künstlerischen Gründen immer zu erwägen bleibt: ob es zweckmäßig ist, Jungen und Mädchen zusammen spielen zu lassen, oder zweckmäßiger und im Eindruck viel einheitlicher, oft auch viel reizvoller, nur Jungen oder nur Mädchen. An Schulen, an denen beide zusammen unterrichtet werden, ist gegen

solche „gemischte“ Rollenbesetzung nichts einzuwenden — darum ist sie ja auch die Regel in Landerziehungsheimen mit Coëducation. Was aber dort selbstverständliche Folge des schulischen Prinzips ist, scheint für die Berliner Schulen, und besonders für die höheren Schulen Berlins, nur in sehr vereinzelt Fällen anwendbar. Und wenn nun Schüler und Schülerinnen aus Anstalten zusammengefaßt werden sollen, die noch dazu — um nur ein Beispiel zu nennen — so weit auseinanderliegen wie Mariendorf und Berlin N, so schafft man unnütze Erschwerung der Vorbereitungsarbeit und nimmt die Zeit der Mitwirkenden wahrlich über Gebühr in Anspruch. Daß hinterher der interessierte Zuschauerkreis größer ist, wenn die Eltern zweier oder gar noch mehrerer Schulen zu Aufführungen kommen, in denen ihre Kinder mitwirken — daß somit gegebenenfalls eine größere Anzahl von Wiederholungen möglich und eine für Zwecke der Schule dabei hereinkommende größere „Einnahme“ sicher ist, darf nicht das Entscheidende sein. Von kunsterziehlichem Gesichtspunkt aus ist oben drein eine öftere Wiederholung des gleichen Spiels eher zu verwerfen; mit jeder neuen Aufführung verliert die Darbietung an Unmittelbarkeit; es schwindet jene letzte Spannung, die alle Mitwirkenden erfüllen muß, und es kommt gar zu leicht dahin, daß nicht mehr das Stück, sondern „mit dem Stück“ gespielt wird, wenn man sich seiner Sache schon zu sicher fühlt und bereits wieder Gedanken für allerlei Anderes frei bekommt.

Wie bei allem kunsterziehlichen Tun läßt sich natürlich nicht ohne weiteres verallgemeinern, was der Entscheidung in jedem besonderen Einzelfall bedarf. Ein Shakespeare-Stück, eines seiner Verkleidungslustspiele namentlich, nur von Jungen spielen zu lassen, ist nicht nur möglich, sondern bringt die heutige Darbietung der Originalen aus der Zeit um 1600 um so viel näher, macht aus den verkleideten Mädchen, die ja in Wahrheit damals Jünglinge waren und sich erst in Weiberröcke gesteckt hatten, wieder diese richtigen Jünglinge, deren ganzes Gebaren erst die letzten Täuschungen möglich werden läßt, und nimmt der Darstellung jenes eigentlich Fremde, das auf dem Berufstheater der Gegenwart sich immer zeigt, wenn eine Rosalinde oder eine Viola zur „Hosenrolle“ wird. Auf der anderen Seite ist so ein Spiel aber auch sehr lustig und gewiß nicht minder wirksam, wenn dieses Fremde einmal dadurch ausgeschaltet wird, daß zwar alle Darsteller eines Geschlechts, aber nur einheitlich weiblichen Geschlechtes sind.

Indessen: was Shakespeare recht ist, darf anderen Dichtungen nicht ohne weiteres billig sein — und wenn man findet, daß ein Mädchen den Götz von Berlichingen oder den Wilhelm Tell spielt, dann kann man nur schwer an die Möglichkeit anderer als komischer Wirkungen glauben — die übrigens ebenso wenig ausbleiben, wenn Jünglinge sich für solche Rollen eine „Maske“ machen, einen Bart kleben lassen und Töne von sich geben, die sie sich nur mit Mühe angequält haben. Mit vollem Recht und stärkstem Nachdruck muß immer wieder ein Wort von Martin Luserke (als dem Schulleiter mit der größten Spielerfahrung) in Erinnerung gebracht werden, nach

dem stärkste künstlerische Möglichkeit in der Anmut liegt, welche jugendliche und unroutinierte Darsteller durch ihre volle Hingabe an das Spiel in die Aufführung bringen, sobald sie sich nicht „verstellen“ müssen. Wie das in der Wirklichkeit aussieht, und wie es ohne weiteres auf jede ihm und seiner sonstigen Art und Arbeit fremde Spielschar zu übertragen ist, hat Luserke eben erst (Frühjahr 1928) in Berlin zeigen können, als er mit den Schülern eines Reformrealgymnasiums, die vorher nur den Text ihrer Rollen gelernt hatten, in sechs Proben Shakespeares „Sturm“ als Bewegungsspiel aufführungsreif machte und mit allerstärkstem Eindruck zweimal zu öffentlicher Darstellung brachte.

Um der besonderen Eigenart willen, die ihn auszeichnete, mag hier gleich noch ein anderer, in die gleiche Woche fallender Versuch mit einem Shakespeare-Drama — dem „Macbeth“ — erwähnt werden; wieder machten ihn Realgymnasiasten, Primaner zumeist, denen eine lebendige Darstellung der Rollen nicht nur zu schwierig schien, sondern auch deshalb nicht möglich war, weil sie an Zahl zu gering waren, um alle Personen zu verkörpern. So kamen sie auf den Ausweg, in gemeinsamer Arbeit während der freien Stunden eines ganzen Halbjahres ein von allem Üblichen abweichendes und der technisch vollkommenen Gegenwartsbühne nachgebildetes Puppentheater zu bauen, Dekorationsstücke zu malen, die vor einen festen Rundhorizont gestellt wurden, die Figuren gleichfalls — zum Teil in mehrfacher Ausführung, verschiedenen Haltungen und verschiedener Gewandung — zu zeichnen und auszuschneiden und dann die Rollen derart untereinander zu verteilen, daß jeder mehrere zu lesen bekam und nun stimmlich möglichst scharf gegeneinander abzuheben hatte. Damit erfüllten sie, nach ihrer ganzen sonstigen Neigung ohnedies für Fragen der Sprechgestaltung und der Vortragskunst interessiert, zugleich eine sprecherziehliche Aufgabe, und brauchten doch nicht jene immer etwas gewaltsame Ummodlung ihrer Stimmen vorzunehmen, die nicht nur schädlich, sondern in der Wirkung auch oft komisch wird, wenn Jünglinge wie reife Männer oder Greise sprechen wollen. Und obendrein hatten sie nicht nötig, ihr Gedächtnis mit dem Auswendiglernen ganzer langer Rollen so stark zu belasten, da sie ja den Text hinter ihrer kleinen Bühne lesen konnten.

Was hier an selbstschöpferischer Arbeit für das natürlich auch mit allen Beleuchtungseffekten ausgestattete Puppentheater geleistet worden war, und wie es geleistet war, kann nun gleich zur Behandlung der „Ausstattungsfragen“ beim dramatischen Spiel Jugendlicher überhaupt führen. Alle Kostüme, alle Andeutungen des Schauplatzes, alle szenischen Behelfe sollten grundsätzlich von den Schülern selber gefertigt werden, woraus sich zugleich ergibt, daß sie nicht in Wettbewerb mit den Ausstattungskünsten der Berufstheater gebracht werden sollten. Was dem einzelnen gerade hinreichende Phantasiestütze bedeutet, um ihn sich wirklich als den fühlen zu lassen, den er darstellen soll — also vor allem die Benutzung typischer Attribute, die ihn als Angehörigen dieses oder jenes Standes, Ranges, Volkes kennzeichnen, dann leicht herstellbare Verkleidung, die

Jungen freilich am liebsten mit Hilfe von Mutter oder Schwester beibringen werden, während Mädchen sie ganz selbständig zurüsten können: das wird bei ausdrucksvollem Spiel und guter Behandlung des Wortes auch ausreichen, um in den Zuschauenden genau diejenigen Vorstellungen zu erwecken, die sie haben sollen. Und mit ähnlich andeutender Behandlung ist die Dekorationsfrage zu lösen: ein paar aus Pappe ausgeschnittene, angemalte und hinten mit Holzleisten versteifte „Tannen“ genügen völlig zur Erweckung des Eindrucks „Wald“, ein paar Möbel kennzeichnen durch ihre besondere Beschaffenheit diesen oder jenen Raum: rundum braucht der Spielplatz bei all dem nur von einem Vorhang umschlossen zu sein, durch dessen Öffnungen sich beliebige Auftrittsmöglichkeiten ergeben: es wird so eine andeutende Spielausstattung, so eine einfache Spielstätte weit besser zum jugendlichen Spiel passen als eine bis in alle Details naturalistisch hingepinselte Dekoration mit „Prospekt“ und „Kulissen“, die alle beabsichtigte Täuschung zumeist doch selbst wieder zerstört. Immer noch lieber aber wird man solche eigengefertigte Kulissenmalerei sehen als das Ausleihen fertiger Theaterdekorationen und das Beschaffen von Kostümen aus Maskenverleih-Instituten gutheißen, die denn doch wieder gar zu leicht das jugendgemäße Spiel zum unjugendlichen Liebhaberbühnen-Treiben werden lassen.

Daß malerische und zeichnerische Begabungen auch ohne „Kulissenzauber“ ein reiches Feld der Betätigung finden können, wenn Auführungen vorbereitet werden, sei gleich hier angemerkt — es gilt nicht nur für dramatische Darstellungen, sondern für alle Schulveranstaltungen kunsterziehlicher Art. Viele Beispiele zeigen, daß unendlich viel reizvoller als das in einer kleineren „Akzidenz“-Druckerei oder auch wohl in einem größeren Betriebe hergestellte Dutzendprogramm mit typographisch meist wenig befriedigender Satzanordnung die Zettel sind, die von Schülerhand schön gemalte Schrifttypen in geschmackvoller Anordnung und ansprechender Umrahmung oder mit beziehungsreicher Illustrierung durchsetzt aufweisen. Schon die Kleinen können für ihre Darbietungen derlei in Klebearbeit und einfacher Zeichnung herstellen; von Größeren liegen äußerst gelungene Pergamentbüchlein mit Liedertexten zu einem Krippenspiel, Personenverzeichnisse zu aufgeführten Stücken mit szenischen Bildern u. a. m. vor.

Dabei darf dann zum Punkt „Programm“ gleich noch auf eines hingewiesen werden, das bislang sehr verschieden behandelt wird: zum Teil werden nur die Stück-Titel und Personen genannt, nicht aber die Namen der Mitwirkenden; zum anderen Teile wird jeder Mitspieler samt Klassenangabe namentlich aufgeführt. Beides hat seine Berechtigung — wenngleich die Eitelkeit persönlichen Hervortretens nicht genährt, sondern vor allem die sachliche Arbeit gekennzeichnet und zu ihrer gerechteren Beurteilung, bei sonstiger Anonymität des Ausführenden, lediglich eine Klassenangabe als Maßstab für die Bewertung der Leistung gegeben zu werden brauchte.

Ebenso verschieden wie die Darsteller werden auch die „Autoren“ behandelt: häufig findet sich — bei Märchendramatisierungen, bei „Szenen aus dem Berliner Leben“, bei belehrenden Stücken — die

Angabe „Verfaßt von den Schülerinnen der Klasse . . .“ oder dgl., ebenso häufig aber auch volle Namensnennung desjenigen, der allein oder mit einem Kameraden zusammen einen „Josef in Ägypten“, einen „Bekehrten Stubenhocker“ oder ein neugierig machendes Spiel „Zucker, Zimt und Zelluloid“ verfertigt hat.

Daß übrigens auch die Zahl der Lehrer und Lehrerinnen gar nicht so ganz klein ist, die Stücke zur Aufführung durch ihre Schüler schreiben oder zumindest einrichten, darf gleich hier noch erwähnt werden: und mit nochmaligem Zitieren Luserkes darf vielleicht der Hinweis gegeben werden, daß Zusammenarbeit solcher Lehrkräfte mit ihren Schülern häufig zu sehr hübschen Ergebnissen führen dürfte, wie sie nach Beispielen aus der „Schule am Meer“ auf Juist in einem Vortrag „Über das handwerksmäßige Verfertigen von Stücken — als Beitrag zum deutschkundlichen Arbeitsunterricht der Oberstufe“ — mitgeteilt wurden.

Findet bei aller Vorbereitung des dramatischen Spieles naturgemäß eine enge Zusammenarbeit vornehmlich des Deutschlehrers (gelegentlich auch des Altsprachlers oder, für einige durch Programme bezeugte Fälle französischer und englischer Szenen-Spiele, des Neusprachlers) mit den Vertretern des Zeichen- und Werk-Unterrichts (neben denen der Physik für Beleuchtungsanlagen u. ä.) statt, so wird nicht minder eng die Verbindung mit dem Musiklehrer sein dürfen. Und zwar nicht nur insoweit, als es sich um die Ausstattung der Spiele mit einleitender oder begleitender Musik handelt, sondern auch namentlich dann, wenn die Aufführung kleiner Singspiele oder „Opern“ geplant wird, die den Kräften der Schüler und Schülerinnen angemessene, keineswegs übersteigerte Aufgaben stellen. Da bieten sich für die Weihnachtszeit Werke dar, deren Verfasser wohl wissen, was Kindern gemäß ist: Engelbert Humperdinck hat ja „Hänsel und Gretel“ ursprünglich für eine Kinderaufführung geschrieben und erst später zu der bekannten und vertrauten Fassung erweitert, in der diese Märchenoper jetzt nicht nur auf den Bühnen erscheint, sondern auch in so mancher Schule gespielt worden ist; und Humperdinck gibt auch in Gemeinschaft mit Gustav Falke noch ein zweites, gern von Kindern aufgeführtes Spiel „Bübchens Weihnachtstraum“. — „In Knecht Rupprechts Werkstatt“ führt ein Sing- und Tanzmärchenspiel von Wilhelm Kienzl. — Etwas in Vergessenheit geraten, hier und da aber doch sehr mit Recht hervorgeholt sind die Schöpfungen Carl Reineckes: „Der Schnitzelmann von Nürnberg“ und „Die Engelsreise“, vor allem aber die wiederholt in Berliner Schulen zur Aufführung gebrachte zweiaktige Kinderoper von den „Teufelchen auf der Himmelsreise“ (die Adolf Holst und Georg Winter zu einer textlichen und musikalischen Neuschöpfung angeregt hat) werden namentlich auch jüngeren Schülern viele Freude aus der Arbeit der Einübung erwachsen lassen.

Der Vermittlung von Melodien Bachs, Glucks, Haydns, Mozarts, Dittersdorfs, Webers dienen die mit wenigen Personen leicht aufzuführenden „Musikalischen Hauskomödien“ von Erich Fischer, zu denen denn auch gern und oft gegriffen wurde: „Die Überraschung“, die

„Brennschere“, der „Roman in der Waschküche“ wären aus dem vorliegenden Programm-Material zu nennen; neben das „Alte Lied“ aber mit Mozartschen Melodien tritt auch wohl einmal Mozart selber in einer Aufführung von „Bastien und Bastienne“. Stark nach dem Berufstheater hinüber neigen Einstudierungen von Weber-Wolffs „Preziosa“ oder Friedrichs lustigem „Guten Morgen, Herr Fischer“, dessen Wiedergabe ebenso wie die mancher Berliner Lokalstücke von Angely („Fest der Handwerker“ u. ä.) durch den famosen Alt-Berliner Abend des Staatlichen Schauspielhauses angeregt worden sein mag.

Erfreulich, daß auch auf diesem Gebiet selbstschöpferische Lehrkräfte sich betätigen. Vom Singspiel, das den „Wolf und die sieben Geißlein“ auftreten läßt, bis zu großen „Märchenopern“ in 3–5 Akten („Vogel Phönix“, „Das klagende Lied“) versuchen sie, geeignete Formen zu finden, bei denen nur wieder vor allzu großer Ausdehnung und damit verbundener allzu weitgehender Anspannung jugendlicher Stimmen und Kräfte zu warnen sein wird.

Die Aufführung von Singspielen ist nicht die einzige Veranlassung zu engerer Zusammenarbeit der Fächer Deutsch und Musik. Vielmehr gab Anlaß dazu auch eine ganze Reihe der besonderen Feiern, die im Laufe der Berichtszeit zu begehen waren: zum Gedächtnis Beethovens 1920 und 1927 (das an einem Groß-Berliner Lyzeum mit einer ganzen Beethoven-Woche geehrt wurde, deren einzelne Programme aus dem Arbeitspensum der verschiedenen Klassenstufen gewonnen waren), Carl Marias von Weber 1926, Klopstocks 1924, zur Tausendjahrfeier des Rheinlandes u. a. m. kam das Wort in Vers und Prosa genau so zur Geltung, wie die Vokal- und Instrumentalmusik. Und darüber hinaus ist die Verbindung von musikalischen und rezitatorischen Darbietungen zu einem einheitlich zusammengefaßten Ganzen allmählich die Regel für jene Programme geworden, die nicht nur Unterhaltung bieten, sondern zugleich wirklich geschmackbildend und auf eingänglichste Art belehrend wirken wollen. Freilich: allzu häufig findet sich als letzter Ausweg aus vielen Nöten immer noch der viel zu beliebte „Bunte Abend“ mit wahlloser Zusammenhäufung von allem, was gerade da ist. Und als Rechtfertigung wird vielfach der Wunsch bezeichnet, jedes Kind nach seinen Kräften etwas beisteuern zu lassen, es nicht zurückzuweisen, sondern zu ermutigen usw. Aber schon bei den Allerkleinsten und Kleinsten ist es sehr wohl möglich, den in der Klasse erarbeiteten Vortragsstoff unter bestimmten Gesichtspunkten zusammenzustellen, sogar von den Kindern selber (Arbeitsunterricht!) zusammenstellen zu lassen. Und in den mittleren und oberen Klassen geht das erst recht. Aus der großen Fülle solcher „geschlossenen“ Vortragsfolgen sollen nur eine Reihe von Beispielen genannt werden: den Kleinen ist der „Märchen-Abend“ zugeordnet; von ihnen handelt auch eine Vortragsfolge, die „Das Kind in der Dichtung“ behandelt. Allen Klassenstufen gemäß und jeweils in einer ihren immer weiter reichenden Kenntnissen entsprechenden Vielseitigkeit zu behandeln sind die an „Jahreszeiten“ angeschlossenen Programme: ein Abend „Frühling und Wandern“ wird in der Unterstufe oder in der Volksschule anders aussehen als in den Oberklassen, die den Frühling in Dichtungen des

Mittelalters oder in Gedichten aus dem 17. und 18. Jahrhundert besingen lassen oder auch durch die Jahrhunderte hindurch vom Minnengesang über das Zeitalter der Reformation und des Großen Krieges zu vorklassischen und klassischen Tagen und weiter bis in die Romantik hinein Frühlingsweisen und Frühlingsdichtungen herausuchen. — Landschaftlich bestimmt sind wieder andere Vortragsfolgen: da interessiert uns Berliner in erster Linie „Berliner Sprache und Humor“ oder „Die Mark und Berlin“; daneben aber lassen sich Große und Kinder auch gern vom „Deutschen Wald“ erzählen und von „Feierstimmung und Spuk im Walde“, oder sie werden in „Rübezahls Reich“, ein andermal in das „Steinerne Meer“ geführt; sie erfreuen sich an einem „Plattdeutschen Abend“ oder einem umfassenderen „Mundarten-Programm“, das durch alle Teile des Vaterlandes führt. Viele künden von „Deutscher Kultur im Osten“, sie geben einen „Oberschlesischen Abend“, oder sie führen „Deutsche Kultur am Rhein“ vor und ergänzen hierbei Gesprochenes und Gesungenes noch durch das Lichtbild. Aber sie gedenken auch der „Deutschen Brüder im Ausland“, des „Grenz- und Auslands-Deutschtums“. Zeitlich umgrenzt sind „Altdeutsche Abende“, „Mittelalterliche Volkskunst“, „Landsknecht-Leben“ oder solche, die bestimmte Perioden der deutschen Dichtung (und Musik) veranschaulichen wollen: Klassik, Romantik, Moderne. Einzelnen Dichterpersönlichkeiten gelten Vortragsfolgen, wie sie sich zum Teil regelmäßig wiederholen: wenigstens gibt eine Berliner Mittelschule als besonderen feststehenden Brauch an, daß sie regelmäßig am 10. November und 9. Mai Schillers, am 28. August und 22. März Goethes in besonderer Vortrags- und Feierstunde gedenkt. Sonst ist die Auswahl groß: Bonsels und Wilhelm Busch, Eichendorff und Fontane, Gorch Fock und Gerhart Hauptmann, Arno Holz und Liliencron, Löns und C. F. Meyer, Mörike, Fritz Reuter, Rosegger, Heinrich Seidel, Storm und Uhland werden ganze Abende gewidmet; auch Zusammenstellungen finden sich, wobei freilich „Goethe-Hofmannsthal“ und „Goethe-Shakespeare“ ersichtlicher Gemeinsames haben, als „Hauptmann-Hauff“. Literarische Gesichtspunkte bestimmen die Behandlung der „Ballade und ihrer Kompositionen“, oder auch einmal die Zusammenstellung von Bruchstücken verschiedenster Autoren zu einem „Russenabend“; soziale sind maßgebend für die Vortragsfolgen „Ehre der Arbeit“, „Arbeit und Großstadt“ usw. Das mag als Feststellung genügen.

Eines ist bei allen solchen musikalisch-deklamatorischen Darbietungen zu fordern: daß hier — abweichend von dem Brauch bei rein musikalischen Veranstaltungen (vgl. S. 394) grundsätzlich jede Mischung von Schulkräften und Berufskräften vermieden wird. In allererster Linie sollen gerade solche Programme aus dem Unterricht heraus entstehen: was in der Deutschstunde erarbeitet, was in Verbindung mit dem Musiklehrer ergänzend dazu gegeben ist — also extra Vertonungen von Gedichten Klopstocks, Goethes, Schillers, Eichendorffs usw., vielleicht sogar in besonders reizvoller und ergiebiger Zusammenstellung mehrerer musikalischer Fassungen desselben Gedichtes —, soll in bestmöglicher Ausführung durch Schüler zum

Vortrag gebracht werden. Wenn mit ihren Leistungen die von Berufssprechern und Berufsmusikern verbunden werden, so zeigt sich sofort ein Abstand, der für die Schüler im besten Falle entmutigend, im weniger günstigen Falle verwirrend sein muß. Seien wir ehrlich: nirgends wird so viel gesündigt, wie auf dem Gebiet des „Rezitierens“, nirgends melden sich so viel Unberufene zum Wort, wie gerade da; nirgends sind die Grenzbestimmungen so unklar wie hier. Es gibt eine große Menge von Schauspielern, die sich guten Glaubens einbilden, auch Rezitatoren zu sein, und doch keine Ahnung von den ganz anderen Anforderungen haben, die an den reinen „Sprecher“ gestellt werden. Sie machen jede Ballade zum gemimten Drama oder Dramolet; sie suchen jede Person in anderem Tonfall, in anderer Haltung, mit anderen Gesten „darzustellen“; sie haben dazu vielfach eine übertrieben pathetische Vortragsart, die an sich die Kritik und den Widerspruch der Schüler (mit Recht) herausfordert. Oder aber: sie sind wirkliche Könner auf sprachlich-rezitatorischem Sondergebiet — dann kommen sie kaum in die Schulen, weil es diesen an Mitteln fehlt, sie zu honorieren, und ihnen selber an Zeit, vielleicht manchmal auch nur an der zufälligen Beziehung, in Schulen hineinzugehen. Hier Wandel zu schaffen, ungeeignete Kräfte rücksichtslos und geeignete mit allen Mitteln in Schulen hineinzuführen, wird eine besonders wichtige Aufgabe sein. Unterstützen aber müssen die Schulleiter sie insofern, als sie nicht auf zufällige Empfehlungen hin „Vortragskünstler“ in ihren Aulen hineinlassen, sondern sich durch Rückfragen an maßgebender Stelle erst vergewissern, mit wem sie es zu tun haben.

Kommt nun einer der wenigen ausgezeichneten Sprecher in der Schule zu Wort, so soll auch unbedingt er allein das Wort haben, Bestes geben — und nicht dieses Beste von der Folie eines auch im günstigsten Falle doch nur sehr von ferne an den seinen heranreichenden Vortrags der Schüler sich abheben lassen. Also klar gesagt, noch einmal: nur Schüler — oder nur Berufssprecher an einem Abend!

Über Sonderveranstaltungen eigener Art wird aus manchen Schulen berichtet: sie ließen Dichter lesen: Börries Freiherrn von Münchhausen; Eberhard König, Walter von Molo, Wolfgang Goetz (Szenen aus „Gneisenau“), Bruno Goetz („Lobgesang“). Gewiß ist ein Eigenes um diese Art näherer persönlicher Berührung mit schöpferischen, nicht nur nachschöpferischen Künstlern (wobei freilich nicht jeder auch des Vortrages so mächtig ist wie der Feder, und nicht jeder ein so ausgezeichnete Interpret seines Schaffens, wie Börries v. Münchhausen oder wie Wolfgang Goetz). Nur darf die Anregung nicht dahin führen, den Begriff des „Dichters“ herabzuschrauben und auch Lokalgrößen mit schriftstellerischem Ehrgeiz als solche vorzuführen, die auf der Menschheit Höhen wandeln. —

Das Zusammenwirken des Deutsch-Unterrichts mit dem Musik-Unterricht war an den Anfang der Betrachtung dieser musikalisch-deklamatorischen Abende gestellt worden, insofern beide Fächer Inhalte dazu geben sollten und konnten. Aber auch formal müssen sie für die Vorbereitung solcher Programme zusammengehen, insofern

Sprecherziehung und Stimmbildung als Aufgabe beider Unterrichtsfächer, zuerst in den Bestimmungen über die Prüfung für das künstlerische Lehramt und in den Musikerlassen dem Musiklehrer, und dann in den allgemeinen Richtlinien auch dem Deutschlehrer zur Pflicht gemacht worden ist. Die Erfüllung dieser Pflicht setzt freilich eine Ergänzung der Lehrerbildung nach dieser Richtung voraus. Auf Universität und Schulmusik-Akademie wird Sorge dafür getragen, daß die Studierenden beim Lektor für Sprechkunde in Kursen und Übungen lernen können, wie sie ihre Sprachwerkzeuge zu gebrauchen, ihre Stimme zu behandeln und den ihnen anvertrauten Schülern beizubringen haben, daß „richtig sprechen“ die erste Voraussetzung für „gut sprechen“ ist. Aber die große Mehrzahl der im Amt stehenden Lehrkräfte hat solche Kurse noch nicht mitmachen können: Aufgabe der Schulverwaltung ist es, ihnen Gelegenheit zum Nachholen des Versäumten zu geben, Aufgabe jedes Einzelnen: diese Gelegenheit zu nützen.

Neben die Stimmschulung muß die Sprecherziehung im Sinne einer Erziehung zu rechter Art des Vortrages treten: eines Vortrags, der frei von allen deklamatorischen Unarten zu halten ist, und bei aller Schlichtheit doch tiefste Ausschöpfung des Gehalts und stärkste Wirkung auf den Hörer vereinen soll. Auch nach dieser Richtung hin Vorbildliches zu vermitteln, Sprecher von höchstem Können als Lehrer für Lehrer zu gewinnen, muß die Schulverwaltung in steigendem Maße bemüht sein.

Wer heute von Sprecherziehung redet, muß auch darauf gefaßt sein, daß er sehr bald nach Formen und Möglichkeiten des Sprechchors gefragt wird. Darauf ist zu sagen, daß alle Sprechchorarbeit noch in den Anfängen steckt. Ein Chor-Sprechen, ein Zusammensprechen vieler oder aller mit dem Ziel, Hemmungen des Einzelnen zu beseitigen, ihm Mut erst zur Mitarbeit unter vielen, dann zum Einzel-Hervortreten zu machen, und weiter: ihm den richtigen Klang richtiger im Ohre haften zu lassen, als wenn er noch so oft die gleichen Worte von einem einzelnen Sprecher vorgesagt hört und nachzusagen versucht — ein solches Chorsprechen also ist nichts Neues. Anderes aber will der Sprechchor, der zu vollster Wirkung von innen heraus nur da kommen kann, wo er die rechten Sprechstoffe findet: „Wir“-Dichtungen, die ohnehin Ausdruck eines Massengefühls sind und deshalb auch der Wiedergabe durch die Masse nicht widerstreben, ja, sie geradezu fordern. Die Zahl dazu geeigneter Dichtungen ist nicht allzu groß: das Rechte herauszufinden, ist nicht leicht, muß aber Voraussetzung für gedeihliche Arbeit mit Sprechchören sein, deren es an Berliner Anstalten schon eine ganze Anzahl gibt: an Grund- und Volksschulen so gut wie an höheren Lehranstalten, deren eine ihre dahingehende Arbeit in einer ausgezeichnet gelungenen Aufführung des „Lobgesang“ von Bruno Goetz gipfeln ließ, während eine andere nicht nur deutsche, sondern auch griechische und lateinische Dichtungen in den Bereich chorischer Wiedergabe zog. Wenn eine dritte Sprechchöre mit Musik und Tanz zusammenwirken ließ, um das Märchen vom „Marienkind“ zur eigengearteten Darstellung zu bringen, so führte sie

damit zu jener letzten Verbindung von Sprechausdruck und Körperausdruck, die im Abschnitt über Schulmusikpflege schon kurz gestreift werden mußte, als von rhythmisch-gymnastischen Vorführungen die Rede war (vgl. S. 392). Mit diesem Hinweis erübrigt sich hier ein weiteres Eingehen auf das dort schon Angedeutete ebenso wie eine ausführliche Behandlung der rein musikalisch-künstlerischen Darbietungen, in den Schulen, die im gleichen Abschnitt über Musikpflege in den Schulen bereits besprochen sind.

So bleibt als letztes eine kurze Betrachtung der Formen, in denen sich die bildende Kunst in Schularbietungen vertreten findet.

Es sind hierher nicht nur die Abende zu rechnen, an denen das Werk eines Matthias Grünewald, Dürer, Schwind, Richter, Spitzweg, eines Schinkel, Klinger und — Zille im Lichtbild vorgeführt betrachtet, erläutert, in Beziehung zur zeitgenössischen und gegenwärtigen Kunst und Kultur gesetzt wurde, oder andere Stunden, in denen ein bestimmtes Thema — die „Schöpfungsgeschichte“ oder „Weihnachten“ — durch die bildliche Darstellung mehrerer Jahrhunderte verfolgt und die ganze Darbietung mit entsprechend ausgewählten musikalischen Beigaben — Chören von Haydn, alten Weihnachtsgesängen usw. — durchsetzt war. Vielmehr gehören hierher auch alle Versuche, die Kinder an Kasperle-Figuren, Marionetten, Pappfiguren und Schattenspielen ihr eigenes gestaltendes Können erproben zu lassen — namentlich Schattenbilder erfreuen sich dabei großer Beliebtheit und alles Mögliche, von Märchengeschichten bis zur „Gudrun-Sage“, von der Volkslied-Szene bis zur Weihnachtsgeschichte von der Geburt Christi, von der „Lustigen Weltgeschichte zu Scheffel-Liedern“ bis zu Parodierungen alltäglicher Gegenwartsvorgänge (Meisterboxen, Telefongespräch, Zahnziehen), wird auf diese Art vorgestellt. Nicht immer ist klar, ob es sich um Verwendung ausgeschnittener Figuren handelt oder um ein Spiel von lebenden Personen hinter einer Leinwandfläche . . . also um schwarze „Lebende Bilder“, wie solche in farbigster Aufmachung und in Anlehnung an berühmte Meisterwerke auch sonst gern gestellt werden: Märchen-Szenen auch hier, Volkslieder, aber auch Madonnen-Darstellungen nach Filippo Lippi, Botticelli und van der Goes finden sich aufgeführt — und eine Volksschule läßt sogar von Schülern der Oberstufe „Marmorgruppen“ nach berühmten Vorbildern (Diskuswerfer usw.) vorführen.

Man sieht: an Versuchen aller Art fehlt es wahrlich nicht. Alle Formen der selbstschöpferischen Arbeit von der Vorführung einer „Indianer-Pantomime“ mit Überfall, Marterpfahl, Hochzeit, Lagerleben und Tanzfest (Obertertianer auf einem Sommerfest!) und der Wiedergabe von „Ernstem und Heiterem aus dem Schulleben“ bis zu Dramatisierungen von Volks- und Kunstepen („Reinecke Fuchs“ und „Hermann und Dorothea“), von der Gestaltung des sehr beliebten „Lebendigen Spielzeugs“ („Im Spielzeugladen“ u. a. m.) bis zur Umgestaltung der ganzen Schule bei „Jahresschlußfesten“ in Form eines „Jahrmarkts“ oder eines „Malerfestes“ in allen entsprechend hergerichteten Räumen,

von dem bescheidensten Kinderspiel bis zum mehraktigen Schauspiel sind vertreten. Neben Frühlings- und Weihnachtsfesten werden Fastnacht, Sonnenwende und Niklastag zuweilen für besondere Veranstaltungen genutzt. Nichts ist vor lustig zupackenden Händen derer sicher, die von der Litfaßsäule und dem modernen Plakat ihre Anregungen hernehmen: Kinder gestalten eine Schulrevue „Großmutter in Berlin“ mit Aufmarsch der Kochmädchen, Pfefferkuchenmänner, Schornsteinfeger usw.; Schüler der Mittel- und Oberklassen einer Realschule produzieren sich in einer Groteske als „Zingel-Girls“; Unterprimanerinnen lassen der „Fleißigen Leserin“ eines Kurfürstendamm-Theaters ihre eigene Revue „Die fleißige Schülerin“ folgen; anderwärts gibt es im Anschluß an die Eröffnung des Deutschen Museums eine technisiertere Revue „Auf nach München!“, und wieder an anderer Stelle verbinden sich Direktor und Musiklehrerin zu einer „Märchen-Revue“ mit Musik, Gesang und Pantomime: „Kinderspiel unterm Weihnachtsbaum, oder: die bezauberte Phantasie“.

Natürlich darf auch der Rundfunk nicht unverwertet bleiben. Spaßig berührt es, daß eine Anstalt, die vor 30 Jahren das Schulkino parodistisch vorwegahnte, nun gleich nach der Einbürgerung des Radio ein „neuzeitliches Krippenspiel: Der Ätherwelle Weihnachtsendung“ brachte, in der neben Engeln und Hirten die einigermaßen gegensätzlichen Gestalten „Ätherwelle“ und „Maria“ auftreten — mit oder ohne direkten Einfluß findet sich ein Jahr später in einer Groß-Berliner Oberrealschule noch einmal eine Weihnachts-Radio-Spielerei: „Knecht Ruprecht auf Welle 999“ mit allerlei beziehungsreichen Lied-einlagen „vom Mathematiker“, „vom arbeitsreichen Nachmittag“, „von Sexta bis Prima“ und „vom Kollegium“.

Aber auch ernstere Beziehungen verbinden Rundfunk und Schule: nicht nur künstlerische Darbietungen (vgl. S. 399) werden übernommen oder eine Kleist-Feier des Zentral-Instituts (mit Vortrag von Wolfgang Goetz), Rezitationen aus Kleists Werken und Musik zu „Käthchen von Heilbronn“ von Pfitzner und Hugo Wolfs „Penthesilea“ wird in einer Volksschule abgehört, sondern Schüler und Schülerinnen wirken auch selber verschiedentlich im Rundfunk mit: den Anfang machen Steglitzer mit dem „Redentiner Osterspiel“ und einer musikalisch-rezitatorischen Darbietung am Himmelfahrtstage 1926.

Und wie in diesem letzten Abschnitt Scherz und Ernst nebeneinander hergingen, so ist auch sonst neben mancher scherzhaften Ausgestaltung kunsterziehlich bedeutsamer Anregungen der Ernst nicht nur in der Reihe der aufgezählten Darbietungen zu finden. Vielmehr lehren ein paar beachtliche Angaben, daß neben solchen gelegentlichen künstlerischen Darbietungen in den Schulen eine sehr regelmäßige Befassung mit künstlerischen Dingen auf zweierlei Art stattfindet; an einer Stelle wird ein großes Teil der ersten Montagsstunden seit 1922 für allgemein interessierende Vorträge über künstlerische Themen benutzt, an einer anderen sind, entsprechend den „Studentagen“, mehrmals im Jahre schulfreie „Kunsttage“ angesetzt, an denen nach einem bestimmten Thema zusammengestellte Musik- und Dichtwerke vorgeführt werden. Hier ist also mit der Gleichstellung künstlerischer und

wissenschaftlicher Fächer Ernst gemacht worden . . . es wäre zu wünschen, daß solche Beispiele nicht vereinzelt blieben und die hier und da noch verbreitete Ansicht beseitigen helfen, als ob es sich bei künstlerischen Dingen um nutzlosen Kräfteaufwand, um Schädigung wissenschaftlicher Studien und — letzten Endes — um den Spaß Einzelner handele, nicht aber um eine kultur- und lebenswichtige Angelegenheit aller.

Theatervorstellungen und Konzerte der Abteilung für Schülervorstellungen.

Mit der Einrichtung städtischer Vorstellungen für Schüler wurde im Herbst 1926 der durch meist ehrwürdige Disziplinen bestimmte Lebenskreis des Schulkindes um ein freieres Element bereichert. Es entsprach dies der ganzen Richtungnahme der modernen Pädagogik aufs Konkrete und Anschauliche, auf die Lockerung des kindlichen Wesens und der in ihm gebundenen Kräfte. Fortschrittliche Geister in der Lehrerschaft hatten dem vorgearbeitet, im Jahrzehnt vor der Jahrhundertwende hatte der Hamburger Kreis um Hermann Wolgast in Schrift und frisch aufgenommenen Praxis den Gedanken gefördert, Berliner Lehrer nahmen ihn tätig auf. Denkwürdig bleiben die „Tell“-Aufführungen im alten Berliner Schiller-Theater (dem vorherigen und jetzigen Wallner-Theater), bei dessen Direktor Raphael Löwenfeld die neue Volksbildungsidee lebendige Teilnahme fand. Denkwürdig sind sie den Erwachsenen, die teilnehmen durften, durch das Erlebnis eines Begeisterungsturmes der Jugend ohnegleichen. Übersättigung war den Kindern jener Zeit noch fern, gläubig und entrückt folgte man dem Theaterspiel, und die Teilnahme steigerte sich zu solcher Lebendigkeit, daß es Geßler schwer gemacht wurde, die ihm diktierten Bosheiten programmäßig auszuführen. Wie Tell und seinem Knaben zugejubelt wurde und Geßler negative Ehrenbezeugungen zuteil wurden, das war von unbeschreiblicher Wirkung auf die als Schauspieler oder Beobachter beteiligten Erwachsenen. Daß dieses von der Lehrerschaft selbst ausgehende Bemühen genügend tatkräftige Unterstützung hätte finden können, daß der neugefundene Wirkungshebel benutzt wurde, dafür war jedoch die Zeit noch nicht gekommen. In der Folge, und besonders im letzten Jahrzehnt hat es dann nicht gefehlt an Bemühungen, den Schülern Vorstellungen zu bieten. Lehrergruppen fanden sich zu freier Arbeit zusammen, Theater — abgesehen von den nicht diskutierbaren Weihnachtsvorstellungen — boten den Schülern Vorstellungen an, desgleichen Pächter mit eigens zusammengestellten Ensembles; es fehlte nicht an idealen Bestrebungen, indes die weniger idealen überwogen und schädlich wirkten. Dankbar konnte manchem guten und uneigennütigen Bemühen quittiert werden, und die Stadt unterstützte auch durch angemessene Mittel, durch Empfehlung an die Schulen oder durch Indienststellung ihres Verteilungsapparates solches Bemühen. Aber das Werben um die Schulen

nahm doch mit immer weiterem Hinzukommen ungeeigneter und ohne Verantwortungsgefühl arbeitender Unternehmungen einen so großen Umfang an, daß ein unkontrollierbares Überangebot von vielen Schulleitungen als störend empfunden werden mußte, während ein nicht geringer Teil der Schulen irregeführt werden konnte, und die Schüler durch schlechte Leistungen, Nachzahlungsforderungen und sonstige üble Praktiken Schaden erlitten. Andererseits konnte auf die Einwirkung edler Kunst nicht verzichtet werden, sie war als Erziehungsmittel längst anerkannt, und zudem mußte den verheerenden Einflüssen gewehrt werden, die der Jugend von der so vielseitigen Schundproduktion der Großstadt drohen. Es lag daher nahe, daß die Schulverwaltung bei dem Überhandnehmen der „wilden“ Vorstellungen auf Abhilfe sann. Da das Recht des freien Wettbewerbs nicht angetastet werden konnte, Verbote auch nicht zu dem positiv Erwünschten geführt hätten, wurde die Eingliederung einer „Abteilung für Schülervorstellungen“ in die Deputation für das Schulwesen beschlossen. Ein Arbeitsausschuß, der aus Vertretern der Schuldeputation, des Provinzial-Schulkollegiums, des Landesjugendamts, der Stadtverordnetenversammlung, der Lehrerkammer und Beigeordneten aus der Generalintendanz der Staatlichen Schauspiele, des Verbandes Berliner Bühnenleiter und der Genossenschaft Deutscher Bühnengehörigen besteht, und dessen Vorsitz, zugleich als Vertreter des Magistrats, der Stadtschulrat führt, bestimmt den Geschäftsgang. Nach Berufung eines sacherfahrenen Geschäftsführers — des Herrn Wilhelm Spohr — als ausführenden Organs nahm die Abteilung für Schülervorstellungen ihre Tätigkeit auf, die zunächst in der Darbietung von Theatervorstellungen für die Schüler bestand und bald auch auf Marionettenvorstellungen und Konzerte ausgedehnt wurde. Die Stadtverordnetenversammlung hatte auf Antrag des Magistrats für das zweite Halbjahr des Wirtschaftsjahres 1926 einen Etat von 30 000 RM. bewilligt, der als Betriebskapital und zur Ermöglichung eines geringen Eintrittspreises, wie Freibesuchs bedürftiger Schüler dienen sollte.

Die Darbietung von Theatervorstellungen bedurfte vor den praktischen Schulmännern keiner programmatischen Begründung mehr, sie wurde von den Leitern und Lehrern mit Dank aufgenommen und fand vor allem den Beifall der Jugend selbst. Seit alters fordern ministerielle Bestimmungen und die Lehrpläne der Schulen Lesen und Behandlung bestimmter Hauptdramen unserer klassischen und nachklassischen Literatur. Deutlicher werden die Forderungen mit dem Neuaufbau des Reichs. Im Anschluß an den Erlaß des preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 1. Juni 1925 bringen die „Bestimmungen über die Mittelschulen in Preußen“ folgendes zum Ausdruck: „Besondere Sorgfalt wird der Einführung in die dramatische Dichtung zuzuwenden sein. Sie zu unmittelbarer und starker Wirkung zu bringen, ist die Schule nur in verhältnismäßig geringem Grade imstande... Der Besuch guter öffentlicher Aufführungen der für die Schule in Betracht kommenden Stücke ist nach Möglichkeit zu fördern.“ In demselben Jahre gingen voraus des Ministers „Richtlinien für die Lehrpläne der höheren Schulen Preußens“, in deren 1. Teil

„Grundsätzliches und Methodisches“ bezüglich unseres Gegenstandes angeführt wird: „Das Drama, bei dessen Behandlung stets zu bedenken ist, daß es erst auf der Bühne voll zur Geltung kommt, soll auf den Schüler als Ganzes und als Kunstwerk wirken.“ Der Lehrer wird angehalten: „Wo Gelegenheit ist, wird er die Schüler zum Besuch des Theaters anregen, das allein den vollen anschaulichen Eindruck des Kunstwerks gewähren kann.“ Die Lehrpläne mancher Schulen gehen ins einzelne; allgemein wird ein Vordringen bis zu Hauptmanns „Webern“ und „Biberpelz“ verlangt, und es gibt Arbeitsgemeinschaften bei den fortgeschrittenen Schultypen, für die es kein Halt gibt vor dem noch problematischen Drama der Gegenwart. Immer wird als wesentlich erklärt „der volle anschauliche Eindruck des Kunstwerks, den nur die Darstellung auf der Bühne gewährt“, die auch für den dramatischen Dichter selbst Voraussetzung für die Erfüllung seiner Mission ist.

Der Rahmen ist weit gespannt. In neueren Richtlinien und Lehrplänen wird als notwendige Ergänzung für den musikalischen Unterricht die Gelegenheit lebendigen Eindringens in das musikalische Kunstwerk gefordert, der Besuch von Vorstellungen der Hauptwerke der deutschen Oper von der „Zauberflöte“ bis mindestens zu den „Meistersingern“, und der Besuch von Konzerten, die ein Eindringen in die charakteristischen Werke der Hauptgattungen der Musik ermöglichen. Es wurde dargestellt, in welcher Weise die Schule vor Bildung der Abteilung für Schülervorstellungen mit Theatervorstellungen bedient wurde. Konzerte für die Berliner Schulen veranstalteten bis dahin das Brandenburgische Provinzial-Schulkollegium und das Landesjugendamt; sie wurden auf die neugegründete Abteilung von diesen Körperschaften übertragen, die durch Vertretung weiterhin an den Arbeiten der Abteilung beteiligt sind.

Die Abteilung für Schülervorstellungen erledigt ihre Aufgabe nach freiem künstlerischem und pädagogischem Ermessen, unter Anlehnung an die ministeriellen Forderungen und an die Wünsche der Schulpläne, sowie nach den künstlerischen und finanziellen Möglichkeiten. Es ist das Ziel, den Schülern künstlerisch Vollwertiges zu denkbar geringen Eintrittspreisen und selbst unentgeltlich zu bieten. Verbindungen und einsichtiges Entgegenkommen der künstlerischen Faktoren, die jährlich anzufordernden und von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung in ihrer Höhe endgültig zu bestimmenden Etatsmittel ermöglichen die Erreichung dieses Zieles oder die nach den Umständen mögliche Annäherung an das Ziel. Vollkommenheit auf künstlerischem Gebiet setzt eine günstige Konstellation des Augenblicks, ein glückliches Ineinandergreifen vielfältiger Einzelheiten voraus und ist ein Geschenk. Wachsam ist deshalb bei eigenen Einstudierungen vor allem die Auswahl der ausführenden Künstler zu betreiben. Besonders beim klassischen Schauspiel hängt die Besetzung der Hauptrollen durchaus davon ab, ob in einer der Gattung entfremdeten Zeit geeignete Kräfte in der Stadt vorhanden und verfügbar sind. Als ein Beispiel aus dem Theaterleben der Zeit ist anzuführen, daß 1927 die zufällig von mehreren großen Berliner Bühnen geplante „Egmont“-

Neueinstudierung aufgegeben werden mußte, weil unter der reichen Künstlerschar der Hauptstadt kein geeigneter Vertreter der Hauptrolle gefunden wurde und selbst keine Anleihe bei Städten wie Dresden, Leipzig, Hannover möglich war. Wenn auch auf „Prominente“ bei Schüleraufführungen kein Wert zu legen ist, so verlangen doch der Wunsch vollkommener Darstellung der Meisterwerke und die für gewisse Momente sehr wache Aufmerksamkeit der Jugend eine jeder Rolle gemäße Besetzung. Für die Inszenierung ist eine gewisse Mittelstellung zwischen der Schulforderung textlicher Gewissenhaftigkeit und modernem, lebendigem Stil zu fordern, für das Bühnenbild die Vermeidung der Ablenkung durch veralteten „Illusionskitsch“ wie durch snobistische Modernität. Kritik von dieser oder von jener Seite wird nie ausbleiben, je nach den Standpunkten der Beurteiler; unsere im Stil verschiedenen beiden Aufführungsreihen des „Tell“ haben temperamentvolle gegensätzliche Beurteilungen von Schulleitern und Lehrern gezeitigt. Die Jugend selbst scheint bei genügender allgemeiner Hinweisung auf das Wesentliche in ihrem ganzen Erfahrungskreis einem modernen Streben der Reinigung von Nebensächlichem, darum Ablenkendem, auch in der Bühnenkunst sehr wohl zugänglich.

Den Umfang des bisher von der Abteilung Gebotenen lasse ein zusammenfassender Bericht über das Endhalbjahr des Wirtschaftsjahres 1926, über das volle Wirtschaftsjahr 1927 und über das in Ablauf befindliche erste Halbjahr des Wirtschaftsjahres 1928 (also vom 1. 10. 26 bis 30. 9. 28) erkennen.

In den ersten anderthalb Jahren ihrer Wirksamkeit, bis zum 31. März 1928, bediente sich die Abteilung fast ausschließlich der Vorstellungen, die ihr die Genossenschaft Deutscher Bühnenangehörigen für ihre Zwecke darbot. Generalintendant Professor Leopold Jessner und Regisseur Emil Lind waren an der Spielleitung beteiligt. Die Vorstellungen konnten insoweit auch einem weiteren sozialen Zweck der Stadt dienen, als die Besetzung der Rollen in wesentlichem Maße aus den Reihen der engagementslosen Schauspieler bestritten wurde. So wurden bei der 1. Vorstellungsserie des „Tell“ über hundert engagementslose Schauspieler beschäftigt, und es folgten noch andere rollenreiche Stücke. Da indes Vollendung angestrebt wurde, blieb der künstlerische Gesichtspunkt bestimmend und erforderte so die Besetzung mancher führenden Rollen ausschließlich nach dem Gesichtspunkt der künstlerischen Eignung für die Rolle. Die Vorstellungen fanden in folgenden Theatern statt: Großes Schauspielhaus, Berliner Theater, Theater des Westens, Wallner-Theater, Thalia-Theater, Theater in der Königgrätzer Straße, jedesmal mit eigenem Ensemble, in der Staatsoper (Kroll) unter Beteiligung an öffentlichen Abend-Vorstellungen, im Staatlichen Schiller-Theater, Charlottenburg, an Nachmittagen in der Abendbesetzung des Staatstheaters, im Künstler-Theater Vorstellungen des Englischen Theaters Deutscher Schauspieler in englischer Sprache, Gartentheater des Volksparks Jungfernheide für Freilicht-Aufführungen.

In folgendem eine Übersicht über die bisherigen Darbietungen (Schauspiel-, Opern- und Marionetten-Vorstellungen, Konzerte) in der Zeit vom 1. Oktober 1926 bis zum 30. September 1928:

Verzeichnis der Darbietungen

1. Theater.

- 1926 (Halbjahr 1. 10. 26 bis 31. 3. 27):
Wilhelm Tell
Minna von Barnhelm
Lumpacivagabundus
Kabale und Liebe
- 1927 (1. 4. 27 bis 31. 3. 28):
Weh dem, der lügt
Das Käthchen von Heilbronn
Egmont
Das tapfere Schneiderlein (Römer)
Wilhelm Tell
Hanneles Himmelfahrt
(Staatsoper): Carmen
Tannhäuser
Tristan und Isolde
Hoffmanns Erzählungen
Boris Godunoff
- 1928 (Halbjahr 1. 4. 28 bis 30. 9. 28):
(Freilichtaufführungen): Der Verschwender
Ein Sommernachtstraum
Die versunkene Glocke
(In englischer Sprache): Bunbury (Wilde)
(Oper): Der Freischütz
(Staatsoper): Fidelio
Don Juan
Die Walküre
(Staatl. Schauspiel): Die Weber

2. Marionetten-Vorstellungen.

- 1926 (Branns Marionetten-Theater Münchener Künstler): Die Zaubergeige (Pocci)
Ein deutsches Krippenspiel

3. Konzerte.

- 1926 (Halbjahr 1. 10. 26 bis 31. 3. 27):
Missa solemnis (Beethoven)
- 1927 (1. 4. 27 bis 31. 3. 28):
Die Schöpfung (Haydn)
Acis und Galathea (Händel)
Historia der fröhlichen und siegreichen Auferstehung Jesu Christi (Schütz)
Messe und Te Deum (Bittner)
16 Kammermusik-Nachmittage
8 Orchesterkonzerte
5 Chor-Freikonzerte für Schulentlassene
- 1928 (1. 4. 28 bis 30. 9. 28):
3 Chor-Freikonzerte für Schulentlassene

Einige Vorstellungsserien verdienen Hervorhebung wegen bestimmter Besonderheiten. Die 24 Aufführungen von „Hanneles Himmelfahrt“ im Theater in der Königgrätzer Straße waren von ganz besonderer Wirkung auf die Kinder und Jugendlichen, sowohl durch den Zauber, der von der Zeichnung und Darstellung der kindlich reinen Vorstellungswelt ausging, wie durch den Bann, den der Ernst des Geschehens ausübte. Jede dieser Aufführungen hatte die Weihe des Religiösen, sie bildeten spürbar ein Erlebnis, das im Kindesgemüt haften wird. — Einen schönen Gegensatz boten in ihrer strahlenden Heiterkeit die Freilichtaufführungen des „Sommernachtstraums“ im Gartentheater des Volksparks Jungfernheide. Man empfand diese



Aufführung der „Messe mit Te Deum“ von Julius Bittner in der Philharmonie.

Aufführungen als etwas Einzigartiges, wohl durch die teilweise sehr glückliche Besetzung, doch gewiß noch mehr durch die Besonderheit des Spielortes, der das Leichte, Spielerische, Märchenhafte der Handlung, die volksmäßig derbe Drolligkeit der Rüpelzenen und die wahrhaften Duft der Natur verlangenden Elfenszenen zu einer vollkommenen Darstellung, gleichsam zu einer Naturgewachsenheit gedeihen ließ, wie dies in einem Bühnenhause nicht möglich ist. Diese Beschwingtheit teilte sich allen Zuschauern mit und wurde beglückend empfunden. — Von bedeutender darstellerischer Vollkommenheit waren die Vorstellungen in englischer Sprache des „Englischen Theaters Deutscher Schauspieler“ und durch den schwebenden Dialog des Wildeschen „Bunbury“ oder „The Importance of a being Earnest“ von unbedingtem Nutzen für Sprachbeflissene; das Stück wurde so lebendig gespielt, daß selbst ein nur wenig Sprachkundiger meist folgen konnte. Es werden nicht allein die englischen Vorstellungen fortgeführt werden, sondern es werden noch französische hinzukommen.

Das die Tätigkeit der Abteilung eröffnende Halbjahr 1926 (1. 10. 26 bis 31. 3. 27) brachte an Konzerten nur erst 4 Aufführungen zur Beethovenfeier, die die Stadt den Schülern und Lehrern in den großen Sälen der Philharmonie und des Saalbaus Friedrichshain bot, in den hervorragenden Wiedergaben des Philharmonischen Orchesters und

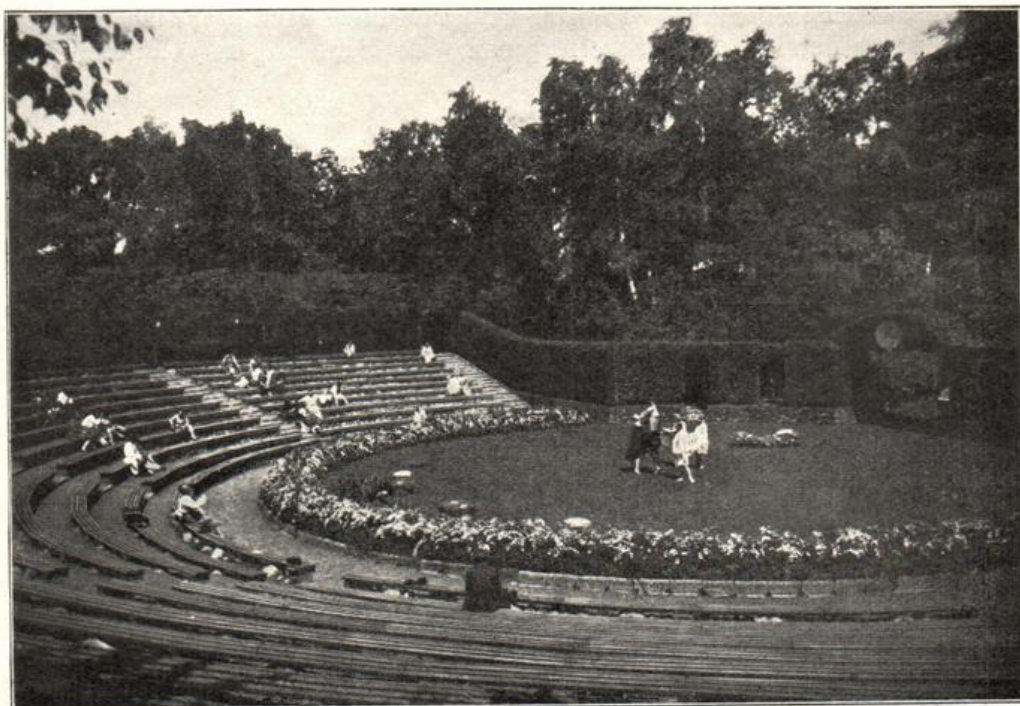
des Berliner Sinfonie-Orchesters, der Chöre der Staatlichen Akademischen Hochschule für Musik und der Singakademie zu Berlin unter der Stabführung von Professor Siegfried Ochs und Professor Georg Schumann. Außerdem wurde den Berliner Schülern zur Erinnerung an die Beethovenfeier der Stadt Berlin das „Lied an die Freude“, eingerichtet für eine Singstimme oder einstimmigen Chor mit Klavierbegleitung von Max Friedlaender, in 100 000 Stücken (für jede Schule 121 Stück) dargeboten, und jede Volks-, Sonder-, Mittel- und höhere Schule erhielt je 3 Stück der leichteren Werke Beethovens: alle Schulen eine Ausgabe 30 ausgewählter Lieder, in sinngemäßer Aufteilung Sinfonien vierhändig, Ouvertüren in Klavierübertragung, in Originalsatz Klaviersonaten und Violinsonaten, Trios und Quartette.

Das folgende Volljahr 1927 (1. 4. 1927 bis 31. 3. 1928) war schon reicher an Konzerten: je 4 Orchesterkonzerte des Berliner Philharmonischen Orchesters und des Berliner Sinfonie-Orchesters (Klassiker von Haydn an, folgend Romantiker, dann Wagner und Liszt); 1 Aufführung von Haydns „Schöpfung“ mit vereinigten Chören und dem Philharmonischen Orchester unter Stabführung Arnold Ebels; 2 Aufführungen von Händels „Acis und Galathea“ mit vereinigten Chören und dem Berliner Sinfonie-Orchester ebenfalls unter Arnold Ebel; 1 Aufführung von Bittners „Messe mit Te Deum“ mit großem Choraufwand und verstärktem Philharmonischen Orchester unter Stabführung von Prof. Felix Maria Gatz — alle diese Aufführungen mit hervorragenden Solisten; 1 Aufführung von des Bachvorgängers Heinrich Schütz „Historia von der fröhlichen und siegreichen Auferstehung Jesu Christi“ in der Gedächtniskirche mit Solisten, Chor und Orchester der Staatlichen Akademischen Hochschule für Musik unter Leitung von Prof. Martens; 16 Kammermusik-Aufführungen in Schulsälen der Innen- und Außenbezirke, geboten von der Gemeinnützigen Vereinigung zur Pflege Deutscher Kunst e. V. (klassische und romantische Musik vom Soloinstrument bis zum Quintett, Gesangssoli, Vorsprechen der Gesangstexte, einleitender Vortrag); 4 Chor-Freikonzerte für die zur Entlassung kommenden Volksschüler im September und März, zu denen sich dankenswerterweise der Berliner Lehrer-Gesangverein fortlaufend zur Verfügung gestellt hat, und ein gleiches Konzert im März für die Charlottenburger abgehenden Volksschüler, für das sich in dienstbereiter Weise der Charlottenburger Lehrer-Gesangverein zur Verfügung stellte, ebenfalls bereit zu dauerndem Dienst für diesen Zweck.

Ueber die Gestaltung im laufenden Geschäftsjahr 1928 wird weiter unten berichtet.

Besuchsstatistik.

Unsere statistischen Berechnungen lassen die Entwicklung des Besuchs durch die Berliner Schulen klar erkennen. Sie geben dem Eindringenden mancherlei Wertungen an die Hand.



Aufführung des „Sommernachtstraums“ im Freilichttheater (Generalprobe).



Konzert des Berliner Lehrergesangvereins für die abgehenden Volksschüler in der Philharmonie.

Besuchsstatistik

Zur Ermöglichung von Vergleichen hier zunächst die grundlegenden Zahlen der Besuchsfrequenz der Schulen der 20 Berliner Amtsbezirke (außer den Hilfsschulen):

582 Volksschulen	mit 279 762 Eingeschulten
31 Mittelschulen	mit 12 850 Eingeschulten
151 höhere Schulen	mit 78 394 Eingeschulten
75 Berufsschulen usw.	mit 111 699 Eingeschulten
<hr/>	
839 Schulen	mit 482 705 Eingeschulten

I. Winterhalbjahr 1926/27.

1. Besucheranzahl bei den 4 Vorstellungsreihen.

Vorstellungsreihen mit Anzahl d. Vorstellg.	Volks-	Mittel-	Höhere	Berufs- usw.	Schulen insgesamt
8 Tell	16 834	2 144	5 176	1 072	25 226
16 Minna	10 992	1 134	3 777	2 217	18 120
11 Lumpacivagabundus	9 175	1 623	4 915	1 847	17 560
10 Kabale	5 191	1 131	3 383	2 210	11 915
45 Vorstellungen	42 192	6 032	17 251	7 346	72 821

Von den 72 821 ausgeg. Karten waren: 64 795 bezahlte Karten
 6 000 Schülerfreikarten } = 12,39 %
 2 026 Lehrerfreikarten }
 72 821 ausgegebene Theaterkarten

2. Beteiligung der Schulgattungen bei den 4 Vorstellungsreihen.

	Volks-	Mittel-	Höhere	Berufs- usw.	Schulen insgesamt
Tell	366	24	66	18	474
Minna	292	22	73	24	411
Lumpacivagabundus	232	19	74	25	350
Kabale	151	13	61	23	248
	1 041	78	274	90	1 483

Beteiligt waren daran:

436 Volks- also 74,57 %	30 Mittel- also 96,77 %	102 höhere also 67,95 %	36 Berufs- usw. also 48,00 %	604 Schulen insges also 71,99 %
----------------------------	----------------------------	----------------------------	---------------------------------	------------------------------------

der bestehenden Schulen.

Besuchsstatistik

3. Schulgattungen und Besucheranzahl bei den 4 Vorstellungen des „Marionetten-Theaters Münchner Künstler“.

	Volks-	Mittel-	Höhere	Berufs- usw.	Insgesamt
Schulen:	32	3	11	3	49
Besucher:	1 015	86	269	30	1 000
				Waisen-Freibesucher	2 400

4. 2 Freikonzerte von Beethovens „Missa solemnis“ für Schüler, 2 für Lehrer.

4 Konzerte	582 Volks-	31 Mittel-	151 höhere	764 Schulen insgesamt
2 für Schüler	3 353	178	869	4 400 Schüler (pro Schule 5,76 Kart.)
2 für Lehrer	1 465	88	357	1 910 Lehrer (pro Schule 2,5 Kart.)
	4 818	266	1 226	6 310 Freikarten

5. Besucheranzahl bei den 45 Theatervorstellungen, 4 Marionettenvorstellungen und 4 Beethovenkonzerten insgesamt.

	Volks-	Mittel-	Höhere	Berufs- usw.	Insgesamt
45 Vorstellungen	42 192	6 032	17 251	7 346	72 821
4 Marionetten	1 015	86	269	30	2 400
(Waisen)	1 000				
4 Beethoven-Freik.	4 818	266	1 226	—	6 310
53 Veranstaltungen	49 025	6 384	18 746	7 376	81 531
				Gesamt-Besucherzahl	

6. Durchschnittliche Beteiligungsanzahl der besuchenden Schulen bei den 6 Veranstaltungsreihen.

	Volks-	Mittel-	Höhere	Berufs- usw.	
Tell	46,00	89,33	78,42	59,88	474 Schulen mit je 53,22 Besuchern
Minna	37,65	51,50	51,74	92,73	411 „ „ 44,09 „
Lumpacivag.	39,53	85,42	66,42	73,88	350 „ „ 50,17 „
Kabale	34,38	87,00	55,46	96,09	248 „ „ 48,04 „
Marionetten	31,72	28,66	24,25	10,00	49 „ „ 28,57 „
Freikonzerte	8,28	8,55	8,50	—	764 „ „ 8,26 „

Besucher pro Schule (außer 1000 Waisenkindern in Freibesuch):

Gesamtdurchschnitt: 800 Schulen mit je 101,91 Besuchern

nur Theater: 613 „ „ 122,72 „

7. Verhältnis der bezahlten Karten und der Freikarten.

Zahlende Besucher	65 983	}	15 548 Freikarten = 23,56 % des Gesamtbesuchs
Schülerfreikarten	11 564		
Lehrerfreikarten	3 984		
<hr/>			
81 531		<i>Gesamtbesucherzahl im Winterhalbjahr 1926/27.</i>	

II. Geschäftsjahr 1927.

(1. April 1927 bis 31. März 1928.)

1. Besucheranzahl bei den 7 Vorstellungsreihen, den Freikonzerten für Schulentlassene und Volksschüler und den 6 Konzertfreihen.

Vorstellungsreihen m. Anzahl d. Vorst.	Volks-	Mittel-	Höhere	Berufs- usw.	
12 Weh dem	5 030	1 182	3 425	1 981	11 618
13 Käthchen	9 926	2 410	4 852	3 131	20 319
8 Egmont	3 090	1 046	4 726	3 391	12 253
9 Schneiderlein	9 675	349	1 352	655	12 031
10 Tell	15 540	—	—	—	15 540
24 Hannele	7 819	1 089	2 312	5 320	16 540
5 Staatsoper	—	—	2 481	—	2 481
5 Freikonzerte f. Schulentlassene u. Volksschüler und Freibesuch bei 4 Konzert.	14 812	—	—	—	14 812
8 B. Philh.-Orch. und B. Sinf.-Orch.	3 090	1 128	6 398	306	10 922
16 Kammermusik	1 011	340	1 838	130	3 319
1 Schöpfung	—	228	1 810	—	2 038
2 Acis und Galathea	—	230	1 812	—	2 042
1 Christi Auferstehung von Schütz	319	20	245	6	590
1 Bittner-Messe	743	37	545	30	1 355
<hr/>					
115 Veranstaltungen	71 055	8 059	31 796	14 950	125 860

90 782 Theaterbes.		35 078 Konzertbes.	
dav.: 80 200 zahlende Bes.		dav.: 17 981 zahlende Bes.	
8 115 Schülerfreik.	10 582	1 684 Schülerfreik.	} = 17 097
2 467 Lehrerfreik.	= 11,656 %	14 812 Freikonzerte	
		601 Lehrerfreik.	= 48,739 %

90 782 Theaterbesucher
 35 078 Konzertbesucher

 125 860 *Besucher insgesamt*

davon: 98 181 zahlende Besucher
 24 611 Schülerfreikarten } = 27 679
 3 068 Lehrerfreikarten } = 21,197 %

Besuchsstatistik

2. Beteiligung der Schulgattungen bei den einzelnen Veranstaltungsreihen.

	Volks-	Mittel-	Höhere	Berufs- usw.	Schulen insges.	
Weh dem Käthchen	164	18	58	22	262	2026 Schulbesuche im Theater
Egmont	295	22	66	26	409	
(Theater 1404)	162	19	83	31	295	
Schneiderlein	157	9	43	19	228	
Tell	421	—	—	—	421	
Hannele Staatsoper	205	19	55	34	313	
	—	—	98	—	98	
Freikonzerte	879	—	—	—	879	1607 Schulbesuche in Konzerten
Orchester	175	21	87	11	294	
Kammermusik	65	8	53	6	132	
(Konzerte 1187)	—	9	81	—	90	
Schöpfung	—	10	72	—	82	
Acis u. Galathea	—	2	22	2	53	
Auferstehung	27	2	30	4	77	
Bittner-Messe	41	2	—	—	—	
	2 591	139	748	155	3 633	Schulbesuche in Theater u. Konzert.

Beteiligt waren im ganzen:

582 Volks- also 100 %	31 Mittel- also 100 %	148 höhere also 98 %	31 Berufs- usw. also 41,33 %	792 Schulen insges. also 94,4 %
der bestehenden Schulen.				

3. Durchschnittliche Beteiligung der besuchenden Schulen bei den Veranstaltungsreihen.

	Volks-	Mittel-	Höhere	Berufs- usw.	Schulen insg. m. Besuchern
Weh dem Käthchen	30,55	65,66	58,96	90,04	262 mit je 44,72 Besuchern
Egmont	33,98	109,55	73,51	120,43	409 „ „ 49,69 „
Schneiderlein	19,07	55,05	50,69	109,39	295 „ „ 41,69 „
Tell	61,62	38,77	31,44	34,47	228 „ „ 43,99 „
Hannele	36,91	—	—	—	421 „ „ 36,91 „
Staatsoper	38,09	57,31	42,03	155,71	313 „ „ 52,84 „
Freikonzerte	—	—	25,31	—	98 „ „ 25,32 „
Orchesterkonzerte	25,45	—	—	—	582 „ „ 25,45 „
Kammermusik	17,61	53,71	73,54	27,82	294 „ „ 37,12 „
Schöpfung	15,55	42,50	34,68	21,66	132 „ „ 25,99 „
Acis u. Galathea	—	32,00	22,34	—	90 „ „ 22,64 „
Auferstehung	—	23,00	25,14	—	82 „ „ 24,90 „
Bittner-Messe	11,81	10,00	20,23	3,00	53 „ „ 11,13 „
	18,12	18,50	18,17	7,50	77 „ „ 17,59 „

4. Gesamtübersicht über das Geschäftsjahr 1927.

Im Geschäftsjahr 1927 (1. 4. 1927 bis 31. 3. 1928) sandten

(Theater:)	{	von den 582 <i>Volksschulen</i>	mit 279 762 Schülern
		„ „ 31 <i>Mittelschulen</i>	„ 12 850 „
		„ „ 151 <i>höheren Schulen</i>	„ 78 394 „
		„ „ 75 <i>Berufsschulen usw.</i>	„ 111 699 „
(Konzerte:)	{	von den 839 <i>Schulen insgesamt</i>	mit 482 705 Schülern
		von den 839 <i>Schulen insgesamt</i>	mit 482 705 Schülern
(Freikonzerte:)	{	„ „ 582 <i>Volksschulen</i>	„ 279 762 „
Gesamtveranstaltungen:)	{	von den 839 <i>Schulen insgesamt</i>	mit 482 705 Schülern

545 Volksschulen	zu 6 Vorst.-Reihen	(76 Vorstellungen)	in 1404 Besuchen
31 Mittelschulen	„ 5 „ „	(66 „ „)	„ 87 „
148 höhere Schulen	„ 6 „ „	(71 „ „)	„ 403 „
31 Berufsschul. usw.	„ 5 „ „	(66 „ „)	„ 132 „
755 Schulen insges.	zu 7 Vorst.-Reihen	(81 Vorstellungen)	in 2026 Besuchen
342 der obig. Schulen	zu 6 Konzertreihen	(29 Konzerten)	in 728 Besuchen
582 Volksschulen	zu 4 d. ob. Konzerte u. zu 5 Freikonzerten		in 879 Freibes.
792 Schulen insges.	zu 14 Verant.-Reihen	(115 Veranstaltungen)	in 3633 Besuchen

51 080 Schüler und begleit. Lehrer, also jede dieser Schulen sandte durchschnittl.

6 076	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„
19 148	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„
14 478	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„

90 782 Schüler und begleit. Lehrer, also jede dieser Schulen sandte durchschnittl.

20 266	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„
14 812	abgehende Schüler kostenlos,	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„

125 860 Schüler und begleit. Lehrer, also jede dieser Schulen sandte durchschnittl.

zu jeder der 6 Vorstell.-Reihen	15,62 Bes. und im Jahresdurchschnitt	93,72 Bes.
„ „ „ 5 „ „	39,02 „ „ „	196,00 „
„ „ „ 6 „ „	21,56 „ „ „	129,39 „
„ „ „ 5 „ „	93,40 „ „ „	467,03 „
zu jeder der 7 Vorstell.-Reihen	17,18 Bes. und im Jahresdurchschnitt	120,24 Bes.
„ „ „ 6 Konzert- „ „	9,88 „ „ „	59,26 „
„ jedem „ 9 Freikonzerte	2,83 „ „ „	25,45 „
zu jeder der 14 Verant.-Reihen	11,35 Bes. und im Jahresdurchschnitt	158,91 Bes.

III. Besuchsergebnis in den ersten 1½ Jahren.

(1. Oktober 1926 bis 31. März 1928.)

Von den 839 Schulen der 20 Berliner Amtsbezirke sandten in den 1½ Jahren vom 1. Oktober 1926 bis 31. März 1928 die 800 teilnehmenden Schulen zu 12 Vorstellungssreihen (130 Vorstellungen) und 8 Konzertreihen (38 Konzerte) in 5929 Besuchen 207 391 Besucher, jede der 800 Schulen durchschnittlich im ganzen 259,24 Besucher.

IV. Hinweise zur Besuchsstatistik.

Auf die Frage: Wieviel Schüler, wieviel Schülerinnen besuchten die Veranstaltungen? — gibt unsere Besuchsstatistik keine direkte Antwort, weil die Bestellscheine der Schulen mit gemischtem Besuch keine Trennung angeben. Die Veranstaltungen selbst lassen sichtbar erkennen, daß der Mädchenbesuch überwiegt. Der Grund für die stärkere Beteiligung der weiblichen Schuljugend liegt auf der Hand; sie ist in der stärkeren Zugänglichkeit für die feineren Anregungen der Kunst zu suchen, während die männliche Jugend durch Sport, Technik und robustere Vergnügungen Abhaltung erfährt. Den Ausschlag in der höheren Inanspruchnahme der Einrichtung gaben besonders die Berufs- und Handelsschulen für weibliche Personen und die neun Mittelschulen der Bezirke 1—6, die Mädchenmittelschulen sind und durchgängig bei jeder Vorstellungsreihe stark vertreten waren. Die Beteiligung dieser ja im Vergleich zu anderen in der Schülerzahl schwächer gestellten Kategorien zeigt sich besonders hoch bei den vorgezogenen, „naheliegenden“ Stoffen: siehe II 1 „Hannele“ Berufsschulen: 5320 Besucher; II 3 durchschnittlicher Besuch pro beteiligte Berufsschule bei „Käthchen“, „Egmont“ (Klärchen!), „Hannele“: 120, 109 und 156 Besucher; ebenda Mittelschulen „Käthchen“ 110 Besucher; I 6 Berufsschulen „Minna“ und „Kabale“ 92 und 96 Besucher pro Schule. Besonders läßt die Gesamtübersicht über das Geschäftsjahr 1927 II 4 die starke Beteiligung dieser Schulgattungen erkennen: jede beteiligte Mittelschule sandte zu jeder ihrer 5 Vorstellungsreihen 196 Besucher, jede beteiligte Berufsschule zu jeder ihrer 6 Vorstellungsreihen sogar 476 Besucher.

Der Besuch ist bei den einzelnen Schulen wenig gleichmäßig. Die Höhe der Besucherzahl wird nicht bestimmt durch die Vielheit der Schulen, sondern durch den starken Besuch einer Minderzahl der interessierteren Schulen. Hierin liegt ein Hinweis, daß das Interesse der Lehrerschaft an manchen Stellen der Weckung bedarf.

Der Besuch des „Tell“ — als überall gelesen und traditionell begehrt — nimmt zahlenmäßig eine Sonderstellung ein. Er erreichte die höchste Besucherzahl: I. Aufführungsreihe 1926: 25 226 Besucher, II. Aufführungsreihe 1927: 15 540 Besucher, obwohl letztere nur den Volksschulen, und diesen auch nur „rationiert“ angeboten werden konnte. Es folgt „Käthchen“ mit 20 319 Besuchern. Der Besuch der laufenden „Weber“ im Staatstheater wird darüber hinausgehen. Hier sind wieder stark die Berufsschulen beteiligt, auch die für männliche Besucher. Die 4. Berufsschule für Mädchen forderte gleich in den ersten Tagen der Auflegung 1110 Karten an — die höchste Anforderung einer Schule überhaupt.

Die Fehlzeichen (—) besagen, daß die betreffende Veranstaltung dort nicht angeboten war, entweder weil für ein allgemeines Angebot zu wenig Plätze zur Verfügung standen oder weil sie für die betreffende Schulgattung geringeres Interesse hatte. Kammermusik, allgemein angeboten, fand naturgemäß bei den oberen Altersstufen der höheren Schulen erhöhte Teilnahme.

Das Besuchsergebnis in den ersten anderthalb Jahren ist: 207 391 Besucher aus 800 Schulen (Gesamtzahl 839). Wenn man den Wirkungsumfang in einer Überblick gewährenden verallgemeinern- den Formel ausdrücken will und die Frequenz der ersten beiden Klassen mit je 30 annimmt, so ergibt sich, daß bei 173 Besuchen aus jeder beteiligten Schule die Schüler der ersten Klasse das Jahr über 5- bis 6mal die Veranstaltungen besuchen, oder die Schüler der beiden Oberklassen 2- bis 3mal. Hierin dürfte ein Wertmesser erkannt werden.

Geschäftsjahr 1928

(1. April 1928 bis 31. März 1929.)

Im April, Mai und Juni des laufenden Geschäftsjahres 1928 fanden statt: 8 „Freischütz“-Aufführungen, geboten von der Gemeinnützigen Vereinigung zur Pflege Deutscher Kunst e. V., 5 Aufführungen von Raimunds „Verschwender“, geboten von der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehörigen, 3 Aufführungen in englischer Sprache von Oscar Wildes „Bunbury“ („The Importance of a being Earnest“), geboten vom Englischen Theater Deutscher Schauspieler, in der Staatsoper (Kroll) je 2 Aufführungen von „Don Juan“ und „Fidelio“, 1 Aufführung der „Walküre“, im Gartentheater des Volksparks Jungfernheide (Freilichttheater) 3 Aufführungen der „Versunkenen Glocke“ und 2 Aufführungen des „Sommernachtstraums“, denen im August noch 2 Aufführungen des Shakespeareschen Stückes folgten, geboten von der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehörigen. Bei Abschluß dieses Berichts im September laufen 15 Aufführungen der „Weber“ von Gerhart Hauptmann im Staatlichen Schiller-Theater Charlottenburg. An weiteren Aufführungen in diesem Theater werden folgen: „Wallensteins Lager“ mit „Die Piccolomini“, „Wallensteins Tod“, „Faust I.“, „Der zerbrochene Krug“, „Florian Geyer“, andere klassische und moderne Dramen stehen zur Verfügung. Für die Lessingfeier im Januar 1929 ist „Nathan der Weise“ in Aussicht genommen, geboten von der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehörigen, von der auch noch ein Stück von Ibsen („Die Stützen der Gesellschaft“) erwartet werden kann. Die Volksbühne kann mit ihrem Hause dienen wie auch mit geeigneten Stücken aus ihrem Repertoire. Für die Oper sind Staatsoper und Städtische Oper ausersehen. Im Spielplan sind des weiteren vorgesehen Aufführungen in englischer und in französischer Sprache. Für Konzerte dienen uns außer den vorgenannten Lehrer-Gesangsvereinen wiederum das Berliner Philharmonische Orchester und das Berliner Sinfonie-Orchester, mit denen vereinigt auch wieder große Chorkonzerte erscheinen werden; eine für uns neue Konzertantengruppe bietet sich im Prof. Felix Schmidtschen Doppelquartett des Berliner Lehrer-Gesangsvereins, andere neue Gruppen und Solisten sind vorgesehen; unsere Kammermusik-Nachmittage finden auch weiterhin statt, bestritten vom Lambinon-Quartett und Kammermusikkörpern der

Gemeinnützigen Vereinigung zur Pflege Deutscher Kunst e.V.; das Gedenken Schuberts wird einen Teil der Konzerte bestimmen. —

Die Abteilung für Schülervorstellungen ist bemüht, in aufbauender Weise, ohne Lehrhaftigkeit, den Schülern im reinen Genuß die Schätze der Kunst zu erschließen. Sie vermag ihre Aufgabe nur zu erfüllen durch entsprechende Aufwendungen der Stadt. Es ist selbstverständlich, daß bei einem Programmschrift, Kleiderablage und Freiplätze einschließenden Platzpreise von 1 RM. für Opernaufführungen, von 50 Pf. für Schauspielaufführungen und von 25 Pf. bei Konzerten, selbst bei großen Choraufführungen die Kosten für diese Veranstaltungen im allgemeinen das zwei- bis fünffache der Einnahmen — selbst bei unseren stets gefüllten Sälen — betragen müssen. Es mußten daher von der Stadt besondere Etatsmittel bereitgestellt werden, die 30 000 RM. für das Anfangsjahr 1926 betrugen und im laufenden Wirtschaftsjahr auf über 100 000 RM. gestiegen sind, während freilich die Einnahmen in den Stadtsäckel zurückfließen. Die Höhe der ganzen Leistung ist indes hiermit noch nicht ausgedrückt, da bei manchen Freiveranstaltungen und bei den wertvollen Opernaufführungen die leistenden Faktoren ihrerseits schon keine Politik der Deckung verfolgen. Die Stadt und alle hilfsbereiten Kräfte sehen ihr Opfer darin belohnt, daß durch die lebendige Fühlung mit der Kunst bei einem guten Teil der zahlreich erfaßten Kinder Geschmack, Gefühl und Gemüt in glücklicher Richtung beeinflußt werden.

Lehrerfortbildung.

Die Berliner Schulverwaltung hat ein Schulwesen zu betreuen, dem rund 14000 Lehrende angehören. Da die Ausbildung dieser Lehrenden eine Angelegenheit des Staates ist — Universitäts- und Staats-Examen einerseits, pädagogische Akademien und erste Lehrerprüfung andererseits — bleibt ihr in dieser Hinsicht nur noch die Pflege der Lehrerarbeitsgemeinschaften für die Junglehrer überlassen. Um so mehr aber hat es sich die städtische Schulverwaltung angelegen sein lassen, für die Lehrerfortbildung nach den verschiedensten Seiten hin Sorge zu tragen, war sie doch überzeugt, daß diese Aufgabe von den Städten gerade in einer Zeit selbst übernommen werden muß, die es dem Einzelnen einmal finanziell nicht möglich macht, in nennenswerter Weise für seine Fortbildung Mittel aufzuwenden, und die dann wiederum bei den Reformen aller Art von den Lehrenden vielfach eine ganz besondere Neueinstellung zu den Lehrgegenständen verlangt. Dazu kommt, daß bei vielen unter ihnen der Krieg doch eine Lücke in ihrer wissenschaftlichen Aus- und Weiterbildung entstehen ließ, die sie erst auszufüllen das Bedürfnis empfanden, um überhaupt auf dem Laufenden zu sein.

Wenn nun im folgenden von den Bestrebungen der Schulverwaltung auf dem Gebiete der Lehrerfortbildung die Rede sein soll, so muß zur Gewinnung der richtigen Einschätzung der Tätigkeit auf diesem Gebiet auf eins hingewiesen werden: Berlin hat als Millionenstadt eine fast unübersehbare Fülle von wissenschaftlichen Bildungsmöglichkeiten. Die Hochschulen stehen den Lehrenden ebenso zur Verfügung, wie die Staatsbibliotheken, der Geograph findet in der Gesellschaft für Erdkunde, der Historiker in der Gesellschaft für Geschichtswissenschaft und so fort Gelegenheit, seine Fachkenntnisse zu erweitern. Hochschulen vom Range der Lessing-Hochschule, Humboldt-Hochschule u. a. m. bieten dem Lehrenden jede gewünschte Gelegenheit der Fortbildung. Zu der Unzahl privater Veranstaltungen treten dann mit dem bestimmten Ziel der Lehrerfortbildung das Zentral-Institut für Erziehung und Unterricht, die Staatliche Hauptstelle

zur Förderung des naturwissenschaftlichen Unterrichts und die Staatliche Stelle für Naturdenkmalpflege, die sich besonders der Heimatkunde widmet. Wenn diese letztgenannten Institute auch der gesamten Lehrerschaft Preußens dienen sollen, so kommen sie naturgemäß in erster Linie der Berliner Lehrerschaft zugute, was auch zu engerer Zusammenarbeit zwischen der Schulverwaltung und dem Zentral-Institut bereits geführt hat.

Alle diese bisher angeführten Gelegenheiten zur Weiterbildung, deren Aufzählung sich noch beliebig vermehren ließe, haben aber die städtische Schulverwaltung nicht von der Verpflichtung entbinden können, selbst auch ihrerseits für die Fortbildung ihrer Lehrerschaft zu sorgen. Dabei hat sie sich, wo es irgend möglich war, bereits vorhandener Einrichtungen bedient und sich lediglich darauf beschränkt, unter Wahrung eines gewissen Einflusses durch finanzielle Unterstützung das Vorhandene zu fördern. Das ist der Fall bei den Lehrerarbeitsgemeinschaften und der Diesterweg-Hochschule mit ihren Erweiterungen, dem Werklehrer-Seminar und dem Heilpädagogischen Seminar. Andererseits hat sie aber auch von sich aus neue Einrichtungen zum Zwecke der Lehrerfortbildung geschaffen und zu diesem Zwecke die Städtischen Veranstaltungen und die Studienfahrten ins Leben gerufen. Von all' diesen Dingen sei im folgenden die Rede.

Lehrerarbeitsgemeinschaften von Groß-Berlin.

Nach dem Kriege schlossen sich wie in Preußen, so auch in Berlin die heimkehrenden jungen Lehrer in freien Arbeitsgemeinschaften zwecks Ablegung der zweiten Prüfung zusammen. So entstand bereits 1919 in Wilmersdorf eine der ersten preußischen Arbeitsgemeinschaften dieser Art unter Leitung des Rektors Ritter-Wilmersdorf, der nach und nach in den meisten Verwaltungsbezirken und Schulkreisen weitere Arbeitsgemeinschaften zur Lehrerfortbildung folgten. Durch Ministerialerlaß vom 30. November 1920 wurden diese Arbeitsgemeinschaften anerkannt, ihre Arbeitsgebiete erweitert und ihnen bestimmte Rechte und Pflichten zugewiesen. In diesem Erlaß wurde ferner bestimmt, daß die Arbeitsgemeinschaften sich von unten aufbauen sollen und auch die Kosten selbst aufbringen müssen. Staatsmittel konnten für diesen Zweck damals noch nicht bereitgestellt werden. In den nächsten Jahren wurde jedoch den Arbeitsgemeinschaften eine staatliche Unterstützung gewährt, die dann in den letzten drei Jahren für diese Zwecke leider auf die Hälfte herabgesetzt wurde. So standen im Jahre 1927 für sämtliche preußischen Arbeitsgemeinschaften nur 220 000 Mark zur Verfügung.

Die anerkannten Arbeitsgemeinschaften dienen allgemein der Lehrerfortbildung und sind in erster Linie für die noch nicht anstellungsfähigen Lehrer und Lehrerinnen und die noch nicht beschäftigten Schulamtsbewerber und Schulamtsbewerberinnen bestimmt. Zu

diesen gehören auch die technischen Lehrerinnen, sowie frühere Oberlyzealschülerinnen. Sämtliche Berliner Arbeitsgemeinschaften unterstehen der Aufsicht des Provinzial-Schulkollegiums zu Berlin. Fast alle Magistrats- und Kreisschulräte nehmen an der Arbeit in diesen Arbeitsgemeinschaften teil. Die Hauptarbeit wird jedoch von Rektoren und Lehrern geleistet, die sich in dankenswerter Weise ehrenamtlich zur Verfügung gestellt haben. Erst nach der Inflation war es möglich, den Lehrenden und Arbeitsleitern eine geringe Entschädigung zu gewähren.

Die in Berlin vorhandenen Arbeitsgemeinschaften — mit Ausnahme derjenigen des Bezirkes Neukölln — schlossen sich am 18. Oktober 1921 zu einer „Pflegschaft“ zusammen. Diese Pflegschaft bearbeitet gemeinsam mit der Lehrerkammer der Stadt Berlin alle Angelegenheiten, die die Groß-Berliner Arbeitsgemeinschaften betreffen. Für die besonderen Bedürfnisse der Arbeitsgemeinschaften wurde der Grundstock zu einer besonderen Bücherei gelegt. Durch Einführung von Sammelbestellungen, besonders auf Neuerscheinungen pädagogischen Inhalts, konnte die Bücherbeschaffung erheblich verbilligt werden. Bei Anerkennung von Arbeitsgemeinschaften wirken die Lehrerkammer und die Pflegschaft gutachtlich mit. Halbjährlich wird ein Verzeichnis sämtlicher Arbeitsgemeinschaften herausgegeben. Ein Verzeichnis der Lehrenden erscheint nach Bedarf. Mit dem Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht wurde ein Abkommen über die Abgrenzung der Arbeitsgebiete getroffen. Die Pflegschaft steht ferner mit der Diesterweg-Hochschule der Stadt Berlin in engster Fühlung.

Die Entwicklung der Arbeitsgemeinschaften zeigt ein wechselvolles Bild. So waren vorhanden:

1921	=	21	Arbeitsgemeinschaften	mit	532	Teilnehmer(innen)
1922	=	29	„ „ „	725	„ „	
1923	=	20	„ „ „	412	„ „	
1924	=	15	„ „ „	283	„ „	
1925	=	18	„ „ „	468	„ „	
1926	=	28	„ „ „	1360	„ „	
(47 Arbeitsgruppen)						
1927	=	32	Arbeitsgemeinschaften	mit	1624	Teilnehmer(innen)
(52 Arbeitsgruppen)						

Die Zentralschulverwaltung konnte aus den verschiedensten Gründen den Arbeitsgemeinschaften nur eine geringe Unterstützung zuteil werden lassen, die vor allem in der Gewährung einer unentgeltlichen Benutzung von Schulräumen bestand. Daneben haben eine Reihe von Bezirksämtern die Arbeitsgemeinschaften finanziell durch Bewilligung von Geldmitteln aus den Vorbehaltsmitteln unterstützt. In den letzten Jahren hat der Geldbedarf der Arbeitsgemeinschaften eine starke Steigerung erfahren, denn die Arbeitsgemeinschaften sahen sich verpflichtet, mehr und mehr dazu überzugehen, ihre Lehrenden nach den Sätzen der Diesterweg-Hochschule zu entschädigen. Diese

Notwendigkeit trifft besonders die Arbeitsgemeinschaften hart, die sehr viel Teilnehmer aufweisen, die noch nicht im Schuldienste beschäftigt sind. Die Zahl der nicht im Schuldienst beschäftigten Teilnehmer und Teilnehmerinnen ist ständig gestiegen. Ihre Zahl betrug:

1922 =	4	Stellungslose			
1923 =	30	"			
1924 =	81	"			
1925 =	207	"	und 60	Fortbildungszuschußempfänger	
1926 =	222	"	383	"	"
1927 =	276	"	392	"	"

Die Beitragslast kann naturgemäß nur von den Teilnehmern und Teilnehmerinnen getragen werden, die über ein eigenes ausreichendes Einkommen verfügen. Um hier eine Entlastung der Lehrenden zu ermöglichen, stellte die Zentralschulverwaltung für das Jahr 1928 13 000 RM. für die Arbeitsgemeinschaften ein.

Voraussichtlich werden — rein zahlenmäßig betrachtet — die Arbeitsgemeinschaften im Laufe der nächsten Jahre auf dieser Höhe stehen bleiben. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß ein weiterer Ausbau der Fortbildungszuschüsse und die Gewährung derselben an die nächstjüngeren Jahrgänge der Junglehrerschaft den Arbeitsgemeinschaften weitere Teilnehmer zuführen werden. Dieser Zugang dürfte aber durch den Abgang ausgeglichen werden.

An dieser Stelle darf betont werden, daß den Arbeitsgemeinschaften stets eine erhebliche Anzahl von anstellungsfähigen Lehrern angehört haben.

Dieser künftigen Entwicklung tragen die Arbeitsgemeinschaften schon heute Rechnung. Durch Schaffung von Aufbaugruppen, durch Schaffung von Rahmenplänen, sowie durch Zusammenarbeit mit der Diesterweg-Hochschule werden verschiedene Wege versucht, um auch an dieser Stelle die neue Lehrerfortbildung an die neue Lehrerausbildung auszugleichen.

Bei der großen Zahl der vorhandenen Arbeitsgruppen (52) ist es verständlich, daß die durchgearbeiteten Arbeitsgebiete zahlreich und so vielseitig sind, wie es der gegenwärtige Stand der pädagogischen Wissenschaft erfordert. Daneben bestehen für technische Lehrerinnen, für Turn- und Sportlehrer, sowie für berufsfremde Junglehrer und Junglehrerinnen noch besondere Arbeitsgemeinschaften. Die Teilnehmer lehnen in übergroßer Mehrzahl eine konfessionelle Gestaltung ihrer Berufsfortbildung ab. Ein kleiner Teil der katholischen Junglehrerschaft hat zwei Sonderarbeitsgemeinschaften gebildet.

Die Zentralschulverwaltung hat den Wert und die Bedeutung der Arbeitsgemeinschaften für die berufliche Fortbildung der im Berliner Schuldienst beschäftigten jüngeren Lehrerschaft erkannt. Sie beabsichtigt deshalb, künftig diese Arbeitsgemeinschaften im Rahmen der für die Diesterweg-Hochschule bewilligten Mittel finanziell zu unterstützen. Denn sie ist der Ansicht, daß eine wirksame Unterstützung der Arbeitsgemeinschaften auch eine wirksame Förderung des Großberliner Schulwesens bedeutet.

Diesterweg-Hochschule.

Schon vor dem Weltkriege entstand im Berliner Lehrerverein der Gedanke, die Bildungseinrichtungen des Vereins: Wissenschaftliche Vorlesungen, Freie Vereinigungen für einzelne Unterrichtsfächer und Deutsche Lehrer-Bücherei zu einer einheitlichen Anstalt für die Weiterbildung der Lehrerschaft zusammenzufassen. Erst nach dem Kriege konnte man an die teilweise Verwirklichung dieses Planes gehen, denn die wissenschaftlichen Vorlesungen wurden an das Zentral-Institut für Erziehung und Unterricht abgegeben, und auch die Deutsche Lehrer-Bücherei behielt ihre selbständige Stellung. Daher schlossen sich im Herbst 1919 lediglich die Vorsitzenden der Freien Vereinigungen zum Bildungsausschusse des Berliner Lehrervereins zusammen mit dem Auftrag, auch unter den veränderten Verhältnissen die Vorbereitungen für die Gründung einer Hochschule, für die der Name „Diesterweg-Hochschule“ gewählt wurde, fortzusetzen.

Sie sollte lediglich die unterrichtspraktische Fortbildung der Lehrer und Lehrerinnen als vornehmliche, aber gerade in der Nachkriegszeit und in der Zeit der sich drängenden Schulreformen nicht minder wichtige Aufgabe betrachten. Da an der Universität Einrichtungen für die pädagogische Wirklichkeit fehlen, so schien der Gedanke, eine Hauptstelle für angewandte Erziehungswissenschaft zu schaffen, wertvoll genug zu sein, um wenigstens den Anfang damit zu wagen. Für den weiteren Ausbau der Schulpraxis auf der Grundlage wissenschaftlicher Forschung war damit wenigstens ein Anstoß gegeben, wenn er auch zunächst noch der späteren Entwicklung überlassen bleiben mußte.

Bei der Bedeutung, die die neue Hochschule für die Fortbildung der Berliner Lehrerschaft haben würde, lag es nahe, daß bei ihr die städtische Schulverwaltung und die Lehrerschaft Hand in Hand arbeiten müßten. Daher fand der Antrag des Bildungsausschusses des Berliner Lehrer-Vereins am 3. März 1920 die Zustimmung der Deputation, nachdem als Vorarbeit für das gemeinsame Werk drei Schulinspektoren und drei Vertreter des Bildungsausschusses die folgende Satzung für die Hochschule aufgestellt hatten:

1. Die Diesterweg-Hochschule ist eine gemeinsame Einrichtung der Stadt Berlin und des Berliner Lehrer-Vereins.

Sie will Lehrern und Lehrerinnen Gelegenheit bieten, sich in ihrer erzieherischen und unterrichtlichen Tätigkeit weiterzubilden.

2. Diesem Zweck dienen:

- a) Arbeitsgemeinschaften für bestimmte Gebiete, Einzelforschungen und praktische Versuche in der Schule,
- b) Veröffentlichungen,
- c) Vorträge und Übungen mit Besprechungen, Lehrproben und Unterrichtsbeispiele, Führungen und Ausstellungen für weitere Kreise der Lehrerschaft.

Die Arbeitsstätten für Untersuchungen und Übungen stellt die Diesterweg-Hochschule zur Verfügung.

3. Die Hochschule wird unterhalten durch die Stadt Berlin und den Berliner-Lehrerverein, durch die Gebühren der Teilnehmer, durch die Unterstützungen von Behörden und Vereinen, anderen Körperschaften und von Einzelpersonen, sowie durch Zuwendungen aus Stiftungen und Vermächtnissen.
4. Die Verwaltung der Hochschule wird nach Maßgabe besonderer Geschäftsordnungen geführt durch einen Vorstand und einen Arbeitsausschuß.

- a) **Vorstand.** Der Vorstand beschließt über alle, die Hochschule betreffenden Angelegenheiten, insbesondere über die Verwaltung des Vermögens, sowie über Einrichtung, Erhaltung und Ausbau der Hochschule.

In den Vorstand entsenden die Stadt Berlin und der Berliner Lehrer-Verein je fünf Vertreter. Er besteht aus dem Vorsitzenden, dem Geschäftsführer, dem Schatzmeister und sieben Beisitzern.

Vertreter von unterstützenden Behörden, Vereinen und Körperschaften können an den Vorstandssitzungen teilnehmen, haben aber kein Stimmrecht.

Der Vorstand ist berechtigt, andere Personen zu seinen Beratungen zuzuziehen; doch haben diese ebenfalls kein Stimmrecht.

- b) **Arbeitsausschuß.** Der Arbeitsausschuß erledigt im Auftrage des Vorstandes alle Arbeiten, die sich aus der Tätigkeit der Hochschule ergeben.

Zum Ausschuß gehören der Geschäftsführer, der Bildungsausschuß des Berliner Lehrer-Vereins und die Leiter der Arbeitsgemeinschaften. Der Ausschuß hat das Recht der Zuwahl.

Der Vorstand und andere Personen können an den Verhandlungen des Arbeitsausschusses ohne Stimmrecht teilnehmen.

- c) **Besondere Ämter.** Den Vorsitzenden stellt die Stadt Berlin. Er vertritt den Vorstand nach außen und leitet seine Verhandlungen.

Der Geschäftsführer wird vom Berliner Lehrer-Verein bestimmt. Als Vorsitzender des Arbeitsausschusses leitet er die Arbeiten der Hochschule nach den Beschlüssen des Vorstandes.

Der Schatzmeister ist ein Mitglied des Berliner Lehrer-Vereins und verwaltet das Vermögen der Hochschule.

Als Aufsichtsräte bestellt die Stadt Berlin ein Mitglied des Magistrats, der Berliner Lehrer-Verein ein Mitglied seines Vorstandes. Sie nehmen an den Verhandlungen des Vorstandes ohne Stimmrecht teil, können aber gegen Beschlüsse Einspruch erheben.

5. Zur Teilnahme an den Arbeiten und Veranstaltungen der Hochschule sind alle Lehrer und Lehrerinnen berechtigt.

So hätte Ostern 1920 die Hochschule auf dieser neuen Grundlage erstehen können. Äußere Umstände traten aber hindernd in den Weg. Die Bildung der Stadtgemeinde Berlin im Jahre 1920 brachte auch eine Neuordnung und einen Wechsel in den leitenden Stellen der Schulverwaltung mit sich. In der Zeit des Überganges mußte die Diesterweg-Hochschule hinter anderen wichtigeren Aufgaben zurückstehen.

Um jedoch die neue Hochschule praktisch vorzubereiten, ließ der Berliner Lehrerverein durch seinen Bildungsausschuß von Ostern 1920 bis 1922 Übungslehrgänge einrichten. Dabei wurde er von der Stadt mit 1200 Mark und vom Reichsministerium des Innern durch eine einmalige Beihilfe von 5000 Mark unterstützt. In den Kursen wurden vorwiegend methodische Fragen behandelt. Die Arbeitsgebiete waren:

Seelenkunde, Anfangs- und Grundschulunterricht, Religion, Deutsch, Rechnen, Geschichte, Erdkunde (auch heimatkundliche Führungen), Biologie, (einschließlich Mikroskopieren), Physik, Chemie, Zeichnen, Kunstbetrachtung, Stimmbildung, Kurzschrift, Werkarbeit. Im ersten Jahre besuchten 627 Hörer 24 Lehrgänge, die Zahlen des zweiten Jahres sind 798 und 25.

Als später die Stelle des Stadtschulrats für das gesamte Berliner Schulwesen und die des Dezernenten für das Volksschulwesen besetzt waren, führten die Verhandlungen des Bildungsausschusses mit der Stadt wegen Errichtung der Diesterweg-Hochschule im Anfang des Jahres 1922 rasch zum Ziele. Die Deputation für Schulwesen genehmigte einstimmig die bereits früher erarbeitete Satzung, und so konnte endlich am 14. Februar 1922 die Gründung der Diesterweg-Hochschule vollzogen werden. In der ersten Vorstandssitzung am 24. Februar 1922 wurde zum Vorsitzenden Magistrats-Oberschulrat Nydahl, zum Geschäftsführer Rektor Rebhuhn gewählt, die ihre Ämter noch jetzt innehaben. Die Kassenverwaltung führte erst Rektor Kriegel, von Michaelis 1923 ab Lehrer Hauck. Beisitzer sind als Mitglieder der Deputation für Schulwesen vier Stadtverordnete und drei weitere Mitglieder des Berliner Lehrer-Vereins.

Wohl steht in der Satzung der Diesterweg-Hochschule die Forschungsarbeit an vorderster Stelle. In der ersten Zeit der Entwicklung, die sich unter mancherlei Schwierigkeiten vollzog, mußte sie aber zunächst noch zurücktreten zugunsten der Lehrtätigkeit als der dringlichsten Aufgabe, die zudem mit den vorhandenen Mitteln und Kräften am leichtesten gelöst werden konnte. Die Diesterweg-Hochschule führte in Vorlesungen und Übungen die schulpraktischen Kurse des Berliner Lehrer-Vereins weiter. Im ersten Halbjahr, Sommer 1922, wurden folgende Gebiete behandelt:

Deutsch (Arbeitsgrundsatz im Deutsch-Unterricht, freier Aufsatz),
Rechnen (3. bis 5. Schuljahr),
Naturkunde (anorganische Chemie, biologische Ausflüge),

Heimatkunde (Führungen in die nähere und weitere Umgebung Berlins),
Zeichnen (Grundschule und höhere Jahrgänge),
Betrachtung von Kunstwerken.

Die Zahl der Lehrgänge wuchs von Halbjahr zu Halbjahr. Nach und nach wurden alle Unterrichtsfächer des Volksschullehrplanes berücksichtigt, umfangreichere Gebiete, wie Deutsch und Naturkunde, auch mit ihren Unterabteilungen. Besondere Pflege erfuhr der Unterricht der Grundschule, namentlich der neuzeitliche Anfangsunterricht. Für den Musikunterricht wurde nach einigen vorangegangenen Halbjahrskursen, im Winterhalbjahr 1925/26, ein Jahreskursus eingerichtet, der durch allgemeine Grundlegung, theoretisch-praktische Vorbereitung (Melodielehre, Stil- und Formlehre, Stimmpflege und Instrumentalspiel) und methodische Unterweisung mit praktischen Übergängen eine gründlichere Behandlung des Gebietes ermöglicht. Ergänzend traten hinzu ein Lehrgang für Gesanglehrer der Grundschule, sowie Kurse für Tonikado-Lehre, rhythmisch-musikalische Erziehung (nach Dalcroze) für Volkstanz und ein Lehrersingkreis. Den Zeitbedürfnissen entsprechend wurde dem Unterricht in den Leibesübungen kräftige Förderung zuteil durch Kurse für Turnen und Spielen, Schwimmen, rhythmische Gymnastik, Eislauf und Schneeschuhlauf. Den pflichtmäßigen Schwimmunterricht in den Schulen übertrug die städtische Schulbehörde nur solchen Lehrern und Lehrerinnen, die die Eignung dazu in den Lehrgängen der Diesterweg-Hochschule nachgewiesen hatten (seit Ostern 1927 veranstaltet das Stadtamt für Leibesübungen die Lehrerkurse für die körperliche Ausbildung).

Außer den Lehrplanfächern wurden noch andere Gebiete behandelt, die der praktischen Unterrichtsarbeit dienen. Die angewandte Seelenkunde trat wiederholt auf mit Lehrgängen, die Anleitung zur psychologischen Schülerbeobachtung gaben. Ein Kursus mit Übungen führte mehrmals ein in die Frage der Begabungsauswahl mit besonderer Berücksichtigung des Überganges von der Grundschule zur höheren Schule. Ein anderer behandelte die Wesensschau des Schulkindes in Beziehung zum künftigen Beruf. Vier Vorträge über Biopsychologie der Leibesübungen beleuchteten den Zusammenhang zwischen Körper — Geist — Seele. Von weiteren Gebieten seien genannt:

Gartenschularbeit, Stimmbildung, Gesundheitslehre (auch Behandlung der Alkoholfrage), Säuglingspflege, Reichskurzschrift, Lichtbild- und Film-Unterricht.

Vom 6. Halbjahre ab wurden Lehrgänge für Englisch und Französisch eingerichtet. Einer theoretischen Einführung in das Jugendwohlfahrtsgesetz folgte später die Darbietung der Wirklichkeit durch Besichtigungen von Jugendwohlfahrtsanstalten in und bei Berlin. Pädagogische Tagesfragen wurden in Einzelvorträgen behandelt. Hier sind auch die 16 Vorträge zu erwähnen, die im Sommer 1924 und dem darauffolgenden Winter die Forderungen des neuen Lehrplanes im Lichte der neuzeitlichen Pädagogik herausstellten.

Zuerst wurden, wie gesagt, nur methodische Kurse abgehalten. Die ministeriellen Richtlinien zur Aufstellung von Lehrplänen für die Grundschule und die oberen Jahrgänge der Volksschule sowie der darauf fußende Lehrplan für die Volksschulen der Stadt Berlin vom Jahre 1924 stellen aber auch nach der Seite des Lehrgutes an den Lehrer hohe Anforderungen, die nur durch eingehende wissenschaftliche Vertiefung und Erweiterung zu erfüllen möglich sind. Hier mußte die Diesterweg-Hochschule helfend eingreifen. Zum ersten Male waren im Vorlesungs-Verzeichnis des 4. Halbjahres wissenschaftliche Vorlesungen angezeigt, und zwar über deutsche Kulturkunde des Mittelalters in ihren Beziehungen zur heutigen Sprache und Kultur, über Vorgeschichte der Mark, Tiere und Pflanzen der Vorzeit, Geologie der Mark. Im verstärkten Maße fanden diese fachwissenschaftlichen Vorlesungen und Übungen vom 6. Halbjahre ab Berücksichtigung, zunächst für einzelne Zweige der Naturwissenschaft, wie Botanik, Zoologie, Physik, Chemie und Physiologie, dann auch für Deutsch, Erdkunde, Geschichte, Mathematik. So liefen, um die Weiterbildung vollkommener zu gestalten, in einer Anzahl von Fächern theoretische und praktische fachwissenschaftliche und methodische Kurse nebeneinander. Nur in einigen Fällen, wo es angängig ist, wie etwa bei den künstlerischen Gebieten und bei den Techniken, wurden beide Arten der Einführung verbunden. Der Stundenplan ließ sich, wenn auch nicht immer, so gestalten, daß ein Hörer eine fachwissenschaftliche und eine methodische Vorlesung desselben Gebietes an einem Nachmittag besuchen konnte.

Die Lehrweise an der Diesterweg-Hochschule war im allgemeinen die vortragende. Doch haben sich mehr und mehr den Vorträgen auch Besprechungen angeschlossen. Wo das selbständige Mitun. unumgänglich notwendig ist, wie beim Mikroskopieren, bei der Anleitung zu Schulversuchen in Physik und Chemie, beim Zeichnen, hatten die Kurse natürlich die Form von Übungen. Eigentliche Arbeitsgemeinschaften nach dem Vorbilde der Seminar-Übungen an den Hochschulen sind trotz mehrfacher Versuche nur vereinzelt zustande gekommen. Selbstverständlich wird die Diesterweg-Hochschule in ihrem Bestreben nicht nachlassen, die Arbeitsgemeinschaft als eine wichtige Form gemeinsamer wissenschaftlicher Studien in wachsendem Umfange ihren Vorlesungen anzugliedern.

Bei den methodischen Kursen unterstützten die Dozenten ihre Vorträge recht wirksam dadurch, daß sie ihren Hörern durch Lehrbeispiele in der eigenen oder in einer fremden Klasse die pädagogische Praxis vorführten.

Als Dozenten kamen für die schulpraktischen Vorlesungen selbstverständlich anerkannte Fachleute aus der Volksschule in Betracht. Für die Einführung in die einzelnen Wissenschaftsgebiete wurden Wissenschaftler als Vortragende gewonnen, Lehrer von höheren Schulen und Hochschuldozenten. Es besteht die Aussicht, daß die mit der Universität und anderen Hochschulen angeknüpften Verbindungen sich erweitern und festigen.

Die Hörer der Diesterweg-Hochschule waren in erster Linie Groß-Berliner Volksschullehrer und -lehrerinnen. Lehrende von anderen Schularten besuchten ebenfalls die Veranstaltungen. Gasthörer aus der Provinz Brandenburg und aus anderen Teilen Deutschlands wie auch einige Ausländer wurden gern zugelassen. Zu Anfang belegten die Hörer meist nur je einen Kursus. Nach und nach besuchten aber immer mehr Teilnehmer (zuletzt gegen 500) zwei bis vier, vereinzelt sogar noch mehr Vorlesungen und Übungen in demselben Halbjahr. Das zunehmende Bedürfnis hat die Zahl der Kurse ständig gesteigert, und auch die Beteiligung zeigt eine ununterbrochene aufsteigende Linie. Das bringt die folgende Übersicht deutlich zum Ausdruck:

1. Jahr Ostern 1922/23:	35 Kurse	1070 mal belegt,
2. " " 1923/24:	77 " "	1612 " "
3. " " 1924/25:	135 " "	3492 " "
4. " " 1925/26:	160 " "	3613 " "
5. " " 1926/27:	192 " "	4742 " "

(Die Zahlen für 1927/28 stehen noch nicht endgültig fest.)

Dazu kommen noch rund 4000 Besucher von Einzelvorträgen.

Da die Zahl der Lehrenden an den Groß-Berliner Volksschulen etwa 10 000 beträgt, so haben im 5. Jahre (Ostern 1926/27) 42 v. H. in den Lehrgängen der Diesterweg-Hochschule ihre Weiterbildung gesucht.

Eigene Vortragsräume besitzt die Diesterweg-Hochschule nicht. Sie benutzte von Anfang an gastweise das Haus der 4. Berufsschule für Jünglinge, Georgenstraße 30/31 (am Bahnhof Friedrichstraße), das die Stadt unentgeltlich zur Verfügung stellte. Doch reichen die Räume in diesem Hause, besonders in der letzten Zeit, bei weitem nicht aus. Es mußten noch andere städtische Schulgebäude, Turn- und Schwimmhallen, Spielplätze, Universitäts-Institute, ja selbst Privateinrichtungen (Sportpalast, Badeanstalten) in ganz Groß-Berlin benutzt werden. Es sind nämlich von vornherein auch in den Außenbezirken Lehrgänge eingerichtet worden, wenn die Mindestzahl von 15 Teilnehmern für einen Kursus gegeben war. So wurden beispielsweise im Winterhalbjahr 1926/27 nicht weniger als 40 verschiedene Lehrstätten gebraucht. Selbstverständlich sind die Veranstaltungen in Berlin-Mitte wie in anderen Bezirken nicht bloß für die Teilnehmer aus diesen Gebieten bestimmt, sondern allen zugänglich.

Die Verwaltung der Hochschule, die der Deputation für Schulwesen untersteht, wurde satzungsgemäß vom Vorstände und vom Arbeitsausschuß geführt. Bei den Vorstandssitzungen war von Anfang an das Provinzial-Schulkollegium vertreten. Die Bezirksämter leisteten stets wertvolle Unterstützung durch Vorschläge für die Einrichtung von Kursen und durch unentgeltliche Hergabe von Räumen. Seit Juni 1926 nahmen von drei Außenbezirken die Dezernenten für das Schulwesen an den Beratungen des Vorstandes teil. In ähnlicher Weise wirkten die Lehrer- und Lehrerinnen-Vereine in den Bezirken 7–20 tatkräftig mit. Vertreter dieser Vereine wurden in

jedem Halbjahr vom Geschäftsführer zu gemeinsamer Besprechung eingeladen. In Verbindung mit den Bezirksämtern bereiteten sie Vorlesungen für ihre Bezirke vor und halfen bei ihrer Durchführung. Die Obleute in den Kursen vertraten die Hörschaft der Verwaltung gegenüber und unterstützten besonders den Schatzmeister. Um dem Vorstände und dem Arbeitsausschusse beim inneren Ausbau der Hochschule hilfreiche Hand zu leisten, wurden gegen Ende des Jahres 1927 Fachausschüsse für die einzelnen Arbeitsgebiete begründet, zunächst für Grundschularbeit, für Heimatkunde (einschließlich Erdkunde und Geschichte), für Naturkunde, für Zeichnen. Dieser Weg wird weiter verfolgt werden. Die Fachausschüsse sollen die vorläufigen Studienpläne unter Berücksichtigung der praktischen Erfahrungen endgültig aufstellen. Eine ihrer wichtigsten Aufgaben ist die Mitwirkung bei der Forschungsarbeit. Die Vorbereitungen dafür sind so weit gediehen, daß sie bald in Angriff genommen werden kann. An der praktischen Förderung des Schulwesens sollen sich die Ausschüsse unter anderem beteiligen durch Begutachtung von Büchern, Lehrmitteln und Lehrmaterial für das betreffende Fach und durch Herausgabe von entsprechenden Verzeichnissen.

Die Unterhaltung der Hochschule gestaltete sich in der ersten Zeit ihres Bestehens mitunter recht schwierig. Während der Inflationszeit mußten die Teilnehmergebühren nicht bloß von Halbjahr zu Halbjahr, sondern auch innerhalb des Semesters erhöht werden. Wegen ihrer eigenen bedrängten Lage konnte die Stadt anfangs nur Zuschüsse in mäßiger Höhe leisten, erhöhte sie aber von Jahr zu Jahr, nachdem die wirtschaftlichen Verhältnisse sich gebessert hatten. Nun erst war es möglich, die Hochschule im Innern besser auszubauen, so daß sie den schnelleren Aufstieg nehmen konnte, der vom dritten Jahre ab zu bemerken ist. Wegen des Währungsverfalles in der Inflationszeit läßt sich die Gesamtleistung der Stadt nicht angeben. Im Haushaltsjahr 1927 belaufen sich die städtischen Unterhaltungsbeiträge lediglich für die Kurse und Vorträge der Diesterweg-Hochschule auf 39 000 RM., die Teilnehmergebühren sind mit 12 000 RM. eingesetzt. Für das Jahr 1928 erhöht sich der städtische Zuschuß bereits auf rund 50 000 RM. Seit Ostern 1926 beträgt die Hörgebühr für einen Lehrgang von 15 Doppelstunden 7,50 RM., für jeden weiter noch belegten Kursus zwei Drittel dieses Betrages. Teilnehmer ohne Einkommen wird die Gebühr erlassen, berufsfremde Junglehrer und -lehrerinnen erhalten Ermäßigung. Vom Reichsminister des Innern und vom preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung wurde die Diesterweg-Hochschule im Laufe der Jahre mit einigen tausend Mark unterstützt.

Städtisches Werklehrer-Seminar, Abteilung der Diesterweg-Hochschule.

Das staatlich anerkannte Städtische Werklehrer-Seminar, Abteilung der Diesterweg-Hochschule zu Berlin, ist aus den städtischen Kursen zur Ausbildung von Lehrern für den Werkunterricht hervorgegangen.

Da diese Kurse indessen zur Ausbildung eigentlicher Werklehrer nicht genügen konnten, plante die Städtische Schulverwaltung im Jahre 1922 die Einrichtung eines Werklehrer-Seminars. Nach Vorschlägen des Vorsitzenden des Verbandes für werktätige Erziehung erhielten im April und Oktober 1923 die Kurse zur Ausbildung von Lehrern nach Stundenzahl, Lehrplan und Auswahl der Kursusleiter die entsprechende Gestalt, so daß die staatliche Anerkennung beantragt werden konnte. Nachdem noch einige Wünsche des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung erfüllt waren, konnte das Städtische Werklehrer-Seminar am 1. Mai 1924 als Abteilung der Diesterweg-Hochschule unter der Leitung von R. Frenkel eröffnet werden.

Da Berlin nur seine eigenen Werklehrer ausbildet, konnte es mit der Tradition der älteren Werklehrer-Seminare, wie Leipzig, Köln und Hildesheim, brechen und die Ausbildung für das Fach Werkunterricht und die Handbetätigung in den anderen Unterrichtsfächern streng voneinander scheiden. Dadurch war es möglich, die Ausbildung auf beiden Seiten möglichst tief anzulegen.

Die Ausbildung in der Werkstatt erfolgt in Jahreskursen und in zweijährigen Kursen.

Für den Jahreskursus sind folgende Unterrichtsfächer vorgesehen:

Holzarbeit	wöchentlich 12 Stunden
Papparbeit und Buchbinden	8 "
Metallarbeits	8 "
Kunstnadelarbeit (an Stelle der Metallarbeit)	(8) "
Schrift	4 "
Entwurfszeichnen	4 "
Dekoratives und plastisches Gestalten	4 "
Arbeitspädagogik	1 "
Werklehre	1 "
	<hr/> 42 Stunden

Seit Ostern 1927 sind von der Papparbeit versuchsweise mit gutem Erfolge 2 Stunden wöchentlich für angewandte Farbenlehre abgezweigt. Die zweijährigen Kurse haben die Hälfte der Stunden.

Die Damen können statt der Metallarbeit die Nadelarbeit wählen. Dazu kommt die Unterrichtspraxis in wöchentlich 2 Stunden ein halbes Jahr lang. Kursisten, die während ihrer Ausbildungszeit in ihrer Schule Werkunterricht erteilen, sind davon befreit.

In den letzten Jahren waren die Teilnehmer am Jahreskursus in wöchentlich 20 Stunden und die Teilnehmer am zweijährigen Kursus in wöchentlich 10 Stunden vom Schulunterricht befreit. Dies führte zu vielen Unzuträglichkeiten beim Aufstellen der Stundenpläne in den Schulen und erschwerte den Kursisten die Ausbildung, besonders denen der zweijährigen Kurse ungemein. Darum hat sich die Schulverwaltung entschlossen, die Lehrer und Lehrerinnen für die Ausbildung am Werklehrer-Seminar für ein Jahr vollständig zu beurlauben, so daß von Ostern 1928 ab nur noch Jahreskurse eingerichtet sind.

Es bestanden

im Jahre 1924/25:	1 Jahreskursus mit . .	10 Teilnehmern
	2 zweijährige Kurse mit	54 „
		64 Teilnehmer
im Jahre 1925/26:	1 Jahreskursus mit . .	15 Teilnehmern
	3 zweijährige Kurse mit	84 „
		99 Teilnehmer
im Jahre 1926/27:	1 Jahreskursus mit . .	19 Teilnehmern
	2 zweijährige Kurse mit	37 „
		56 Teilnehmer
im Jahre 1927/28:	3 Jahreskurse mit . .	44 Teilnehmern
	2 zweijährige Kurse mit	31 „
		75 Teilnehmer

In den ersten Jahren nahmen an den zweijährigen Kursen auch Lehrer und Lehrerinnen teil, die die Werklehrerprüfung nicht machen wollten.

Die Prüfung haben bestanden:

Ostern 1925: 11 Herren, 1 Dame = 12

Ostern 1926: 30 Herren, 6 Damen = 36

Ostern 1927: 26 Herren, 1 Dame = 27

Zur Prüfung 1928 haben sich 50 Herren und 8 Damen = 58 gemeldet.

Den Anordnungen des Herrn Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gemäß, daß die Leitung der technischen Kurse in den Händen von Meistern mit künstlerischer Begabung und pädagogischer Eignung liege, sind die Kurse mit tüchtigen Fachleuten besetzt worden, die sich wegen ihres Könnens eine geachtete Stellung erworben haben. Daß solche Männer ihre ganze Persönlichkeit in den Dienst der Werklehrerausbildung stellen, ist ein gutes Zeichen für die Wertschätzung des Werkunterrichtes in den Kreisen des Handwerks. Die pädagogische Ausbildung nach der arbeitspädagogischen und schulpraktischen Seite liegt in den Händen von Pädagogen, die auf diesem Gebiete wohl erfahren sind.

Ziel der Kurse ist, den Teilnehmern ein möglichst hohes Maß handwerklichen Könnens zu geben, um eine sichere Grundlage für die technisch richtige Bearbeitung und Gestaltung des Werkstoffes zu schaffen. Mit dieser praktischen Ausbildung geht die Schulung des Geschmackes Hand in Hand, um ein sicheres Gefühl für geschmackliche Güte anzubahnen. Die pädagogische Auswertung erfolgt theoretisch und praktisch.

Die handwerkliche Ausbildung erstreckt sich auf die Metall-, Holz-, Papp-, Papier-, Bast-, Peddigrohr- und Fadengestaltung, Kunstschrift und schmückendes und gestaltendes Zeichnen. Mit der Metall-, Holz- und Pappgestaltung ist die Werkzeichnung eng verbunden. Die Pädagogik beschäftigt sich mit der psychologischen Begründung, der geschichtlichen Entwicklung und der Methode des Arbeitsunterrichtes mit besonderer Bezugnahme auf den Werkunterricht. Der Anwendung dienen praktische Übungen in der Schülerwerkstatt. Die bei der

praktischen Arbeit erworbenen Kenntnisse in der Werkzeug- und Werkstoffkunde werden in der Werklehre zusammengefaßt und ergänzt. Anregungen geben Besuche von Werkstätten, Ausstellungen, Museen usw.

Der erfolgreiche Besuch ist Vorbedingung für die Meldung zur Werklehrerprüfung,



Städtisches Werklehrer-Seminar.

durch deren Bestehen die Befähigung zur Erteilung von Werkunterricht an Volks-, mittleren und höheren Schulen zuerkannt wird. Außerdem wird die Prüfung als Fach bei der Mittelschullehrerprüfung gewertet.

Seit Ostern 1927 ist ein Jahresbeitrag von 150,00 RM. und für die zweijährigen Kurse ein solcher von 75,00 RM. festgesetzt, in dem auch der Betrag für die Lieferung des Materials, außer Messing, Kupfer, Pergament, Leder, Glas, Scharnieren, Beschlägen und Stoffen für die Nadelarbeit einbegriffen ist.

Die Werkzeuge werden den Teilnehmern zum größten Teile zur Verfügung gestellt. Kleinere Werkzeuge müssen sie sich selbst halten.

Diese Kurse beginnen im April mit Anfang des Sommerhalbjahres und dauern bis Ende März des nächsten Jahres.

Außer diesen Kursen bestehen am Seminar noch die technischen Kurse, die in die Technik der Holz-, Metall-, Papier- und Pappgestaltung einführen. Die Teilnahme an ihnen berechtigt nicht zur Erteilung von Werkunterricht. Die Kurse werden von Lehrern geleitet, die sich eine gute Technik angeeignet und seit längerer Zeit im Werkunterricht bewährt haben. Es wird nach einem bestimmten Lehrplane gearbeitet, in dem die wichtigsten Techniken bei der Bearbeitung der betreffenden Werkstoffe vorkommen. Die Kurse dienen der Einführung der Handbetätigung in den übrigen Fächern der Schule. Darum folgen auf die technischen Kurse die methodischen Kurse für Physik, Heimatkunde, Geographie, Naturgeschichte und die Grundschule, in denen die erlernten Techniken zur Anwendung kommen.

Von den technischen Kursen bestanden im Winterhalbjahr 1927 bis 1928:

Für die Grundschule:

Papier-, Karton-, Bastelarbeit	7 Kurse
Zeichnen und Formen . . .	3 „
Sandkastenarbeit	8 „

Für die oberen Jahrgänge:

Holzarbeit	8 Kurse
Papparbeit	6 „
Metallarbeit	3 „
	<hr/> 35 Kurse.

Teilnehmerzahl 526.

Die Kurse für die Holzarbeit und die Papier-, Karton- und Bastelarbeit sind Jahreskurse mit 144 Stunden. Die Kurse für die Papp- und Metallarbeit sind Halbjahreskurse mit 72 Stunden. Die Kurse für Zeichnen und Formen dauern 14 Wochen, mit 56 Stunden, und die Arbeiten am Sandkasten 5 Wochen, mit 20 Stunden.

Das Werklehrer-Seminar wird vollständig von der Stadt Berlin unterhalten, die in den letzten Jahren jährlich 60 000 RM. für die Ausbildung der Werklehrer und 25 000 RM. für die technischen Kurse aufwandte, wobei wiederum die Vertretungskosten für die aus dem Schuldienst beurlaubten Teilnehmer von der Stadt übernommen werden (etwa 165 000 RM.). Darum nimmt das Werklehrer-Seminar auch keine Teilnehmer von außerhalb auf, sondern bildet nur die Berliner Lehrer und Lehrerinnen für den Werkunterricht aus.

Für eine Anstalt von der Größe und der Bedeutung des Werklehrer-Seminars, in der hochwertige Leistungen verlangt werden, die nur durch das Zusammenarbeiten der Lehrenden, gut eingerichtete Werkstätten und vorzügliche Lehrmittel erreicht werden können, ist ein eigenes Gebäude Lebensbedingung. Mit dem besten Willen hat sich dies aber noch nicht erreichen lassen, so daß das Werklehrer-Seminar immer noch an vier weit auseinanderliegenden Stellen zu Gaste sein muß. Es bedarf keiner Erörterungen, welche Mängel damit verbunden sind; bei der starken Entwicklung, die das Werklehrer-Seminar in den wenigen Jahren seines Bestehens bereits gezeigt, wird die Städtische Schulverwaltung dem Gedanken an ein eigenes Gebäude, zum mindesten an geeigneten Räumen nähertreten müssen.



Metallarbeiten aus dem Werklehrer-Seminar.

d) Städtische Veranstaltungen.

Die „Städtischen Veranstaltungen“ gehen in ihren Anfängen in die Zeit vor dem Kriege zurück. Schon damals stellte die Schulverwaltung zur Fortbildung der Lehrenden des altsprachlichen, neusprachlichen und naturkundlichen Unterrichts einige Summen zur Verfügung. Der Krieg hat, wie in so vielem, so auch hier eine Unterbrechung eintreten lassen und erst vom Jahre 1922 und dann seit 1925 in weiterem Ausmaß wurden die Bestrebungen zur Fortbildung der an den höheren Schulen Unterrichtenden wieder aufgenommen. Im Jahre 1925 trat die Gruppe für den Geschichtsunterricht, 1927 für Erdkunde und Deutsch hinzu. Im Etat der letzten Jahre waren die Veranstaltungen mit 10 000 RM. angesetzt, die 1927 so verteilt wurden, daß die Gruppen alte Sprachen, neue Sprachen, Geschichte und Deutsch je 1250 RM., Erdkunde 1750 RM., Naturwissenschaften 2250 RM. zugeteilt bekamen mit der Maßnahme, daß die für jede Gruppe bestellten Obmänner am Ende des Etatsjahres der Verwaltung eine Abrechnung einzusenden hätten.

Die städtischen Veranstaltungen haben im letzten Berichtsjahr dahin eine Erweiterung erfahren, daß Vorträge, die ihres Inhaltes wegen über den spezialwissenschaftlichen Charakter ihrer Gruppe hinausgingen, durch Einladung von seiten des Magistrats den Lehrenden aller Schulgattungen zugänglich gemacht wurden. Der Andrang, den daraufhin einige dieser Vorträge erfuhren, läßt den Wunsch begreiflich erscheinen, nach dieser Richtung hin die städtischen Veranstaltungen künftighin weiter auszubauen, sie also aus einer Fortbildung eines relativ kleinen Kreises zu einer Weiterbildungsmöglichkeit für die gesamte Lehrerschaft auszubauen. Über das bisher Geleistete sei in Kürze folgendes mitgeteilt:

1. Städtische Veranstaltungen

zur Förderung des naturwissenschaftlichen Unterrichts

betrachten als ihre Aufgaben:

1. Vorträge über dringende Gegenwartsfragen und Fortschritte der Mathematik, Naturwissenschaften und Technik,
2. Besichtigungen, Führungen,
3. Kurse und Arbeitsgemeinschaften,
4. Vermittlung von Vergünstigungen,
5. Behandlung aller einschlägigen Lichtbildfragen,
6. Beratung der städtischen Behörden in Fragen des naturwissenschaftlichen Unterrichts.

Somit stellen die „städtischen Veranstaltungen zur Förderung des naturwissenschaftlichen Unterrichts“ eine Sammelstelle für alle Bestrebungen dar, die auf innere und äußere Ausgestaltung des mathematischnaturwissenschaftlichen Unterrichts hinzielen.

Sie haben bisher veranstaltet:

1. Vorträge:

- 30. 4. 1926: Prof. v. Hanffstengel: Die Bedeutung der Technik für den Unterricht.
- 16. 11. 1926: Dr. Karl Hahn: Übungen und Übungsunterricht in Hamburg (mit Lehrmittelausstellung).
- 9. 12. 1926: Prof. Dr. Max Hartmann: Tod und Unsterblichkeit.
- 10. 3. 1927: Dr. W. Köhler: Die elektrische Glühlampe (Experimentalvortrag).
- 26. 3. 1927:
 - a) Prof. Dr. Georgii: Der Segelflug als Wissenschaft und Sport;
 - b) Dr. Krönke: Vorführung von Luftströmversuchen. Privatdozent Dr. Bela: Vererbungslehre.

2. Besichtigungen:

- 14. 10. 1926: Geschlossene Abteilung der Polizei-Ausstellung, Naturwissenschaft und Technik in der Kriminalistik.
- 9. 12. 1926: Kaiser-Wilhelm-Institut für Biologie (Dahlem).
- 12. 12. 1926: Planetarium der Stadt Berlin.
- 10. 3. 1927: Osram-Lichthaus.
- 19. 5. 1927: Ausstellung: „Werkunterricht in Verbindung mit Mathematik und Physik.“ 25. Gemeindeschule.

3. Organisatorisches:

- a) Inangriffnahme einer Besichtigungs-Kartei;
- b) Zusammenstellung der Berichte der Teilnehmer über die Münchener Studienfahrt.

4. Vergünstigungen:

- a) Vom Flugzeugmodell „Martens“ konnten jeder Schule auf Wunsch 10 Stück kostenlos überlassen werden;
- b) Eine beträchtliche Anzahl ausgemusterter Apparate (Meßinstrumente, Transformatoren, Schalttafeln) der BEWAG wurden interessierten Schulen auf Antrag übergeben.

II. Die Gruppe der Altphilologen.

Für die Studienräte des altsprachlichen Unterrichts fanden folgende Vorträge statt:

„Das griechische Epos“

von Sr. Exzellenz Prof. Dr. von Wilamowitz-Möllendorff im Frühjahr 1925.

„Werden und Wesen der griechischen Paideia“.

Untersuchungen über Form und Aufbau der griechischen Literatur. Fünf Vorlesungen von Prof. Dr. Werner Jäger im Frühjahr 1926.

„Entwicklung der griechischen Keramik“.

7 Vorlesungen des Direktors bei den Staatlichen Museen, Herrn Prof. Dr. Robert Zahn, im Frühjahr 1927. Fortsetzung dieser Vorlesung über die „Entwicklung der griechischen Keramik“ des Herrn Prof. Dr. Zahn in 8 Vorträgen im Frühjahr 1928.

III. Die Gruppe für den neusprachlichen Unterricht.

Die vor dem Kriege vom Magistrat bereitgestellten Mittel waren für fremdsprachliche Vorträge von Franzosen und Engländern bestimmt. Als seit 1925 wieder in weiterem Ausmaße Beihilfen gewährt wurden, dienten sie vorzugsweise der Einrichtung von Sprechzirkeln unter Leitung von gebildeten Ausländern. Die Zirkel bezwecken die Ausbildung der Lehrer der neueren Sprachen im mündlichen Gebrauch der Sprachen. Die Teilnehmer versammeln sich wöchentlich oder alle zwei Wochen in Schulgebäuden oder in ihren Wohnungen in Gruppen von etwa sechs bis acht Personen zur gemeinsamen Unterhaltung und zur Besprechung von Fragen ihres Fachs. Die Kosten werden zur Hälfte von den Teilnehmern selbst bestritten. Außerdem werden Vorträge veranstaltet, die von hervorragenden Vertretern des Französischen und Englischen an den Hochschulen und höheren Lehranstalten und von namhaften Ausländern (von diesen in ihrer Sprache) gehalten werden. Es sprachen unter anderem die

Universitäts-Professoren

V. Klemperer-Dresden: „Die neueste französische Literatur und die deutsche Schule“.

F. Neubert-Breslau: „Beziehungen zwischen französischer Literatur und Kunst“.

E. Lerch-München: „Der französische Konjunktiv“.

W. Friedmann-Leipzig: „Die philosophischen Grundlagen der französischen Literatur des 20. Jahrhunderts“.

Dr. L. Schücking-Leipzig: „Die Wurzeln des puritanischen Persönlichkeitsideals“.

Dr. E. Grautoff-Berlin: „Die Bedeutung Poussins für die französische Kultur“.

Oberstudiendirektor Ott-Karlsruhe: „Taines Napoleon Bonaparte als Beispiel der grundsätzlichen Bedeutung fremdsprachlichen Lesestoffs“.

Universitätsprofessor Dr. Gamillschag-Berlin: „Beziehungen zwischen Form und Inhalt bei der romanischen Wortbildung“.

Universitätsprofessor Dr. Dibelius-Heidelberg: „Die gegenwärtige Reichskonferenz in London“;

die französischen Schriftsteller

René Laurot aus Paris:

„Le théâtre français contemporain“.

Charles Robert-Dumas aus Paris:

„Une âme tourmentée“ (Guy de Maupassant).

Benjamin Crémieux.

Im Sommer 1928 hielt Herr Professor Dr. Gamillschag drei Vorträge über:

„Ausgewählte Kapitel der französischen Syntax“
und Herr Privatdozent Dr. Meißner ebenfalls drei Vorträge über:
„Der englische Roman der Gegenwart“.

Im letzten Jahre kamen noch Vorlesungen von Ausländern vor den Fachgenossen und in den Schulen hinzu,

englische von Miß Evelyn Heepe aus London:

„Ausgewählte Texte der englischen Literatur“,
französische von M. Verdelot.

IV. Die Gruppe für den Geschichtsunterricht.

1. 1925/26: Neun Vorträge von Geh. Rat Prof. D. Dr. Max Lenz über:

„Die französische Revolution“ (in der Universität).

2. 1926/27: Zehn Vorträge von Geh. Rat Archivdirektor Dr. Georg Schuster über:

„Die Vorgeschichte des Weltkrieges 1890 bis 1914“ (in der Universität).

3. 1927/28: Acht Vorträge von Geh. Rat Prof. Dr. Sombart über:
„Den Aufbau des modernen Kapitalismus“.

Sechs Vorträge von Oberregierungsrat Dr. Wilhelm Ziegler, dem Leiter der Zentrale für Heimatdienst, über:

„Die Weimarer Reichsverfassung und der Völkerbund“ (in der Augusta-Schule, Elsholzstraße).

V. Die Gruppe für den Deutsch-Unterricht.

1. Vortrag des Professors Studienrat Dickann-Berlin über:
„Wege und Ziele des Aufsatzunterrichtes“.
2. Professor J. G. Sprengel-Frankfurt a. M. über:
„Der Staatsgedanke bei Schiller und Kleist“.
3. Studienrat Dr. Kanning-Berlin über:
„Der Erlebnisaufsatz als Grundform des Aufsatzes auf der Unter- und Mittelstufe“.

VI. Die Gruppe für den Erdkundeunterricht.

Es sprachen:

1. Der Gouverneur a. D. Dr. Schnee, M. d. R., über:
„Nordamerikanische Probleme“ und

Dr. G. Wüst über:

„Die Forschungsergebnisse der deutsch-atlantischen Expedition mit dem Forschungsschiff „Meteor“ 1925/27“.

Dem Wesen dieses Unterrichtszweiges entsprechend lag es nahe, die städtischen Veranstaltungen für Erdkunde auch auf Studienfahrten auszudehnen, weil der Erdkundelehrer ja vor allen Dingen imstande sein muß, in der Landschaft selbst Beobachtungen anzustellen und seine Schüler zu derartigen Betrachtungen anregen zu können.

Zu diesem Zweck wurde Anfang Januar 1928 eine Fahrt ins Riesengebirge mit 30 Teilnehmern unternommen, die zur Hälfte aus Lehrern der höheren Schule und zur Hälfte aus solchen der Volksschule bestanden. Zweck der Fahrt war einmal, das Mittelgebirge im Winter als geographische Erscheinung kennen zu lernen, zum andern aber sollten die Teilnehmer auch als Wanderführer ausgebildet werden. Dem entsprach die Anlage der Fahrt. Es wurde grundsätzlich nur in Schülerherbergen übernachtet, des Abends wurden Vorträge über die Geologie, Flora und Siedelungskunde des Riesengebirges gehalten, die in Gruppen geteilten Teilnehmer waren zur Führung eines Gruppentagebuches verpflichtet, kurz: es wurde alles so gehandhabt, als wären die Teilnehmer Schüler. Die lebhaften Aussprachen, die des Abends bei der Besprechung der Tagesarbeiten stattfanden, zeigten, wie notwendig und nützlich eine derartige Führer-ausbildung gewesen war: es soll daher nach Möglichkeit versucht werden, ähnliche Veranstaltungen auch künftighin durch die Stadt zu unternehmen.

e) Städtische Studienfahrten.

a) Gemeinsame Fahrten.

In den letzten Jahren hat sich noch eine weitere Art der Lehrerfortbildung herausgebildet, die zwar noch in den ersten Anfängen steckt, von der aber schon jetzt gesagt werden kann, daß sie weiter ausgebaut zu werden verdient.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Jahre nach dem Krieg bringen es mit sich, daß Reisen nicht mehr in dem Maße von den einzelnen Mitgliedern der Lehrerschaft unternommen, wie das wohl früher der Fall war. Damit fällt aber eine der wichtigsten Vorbedingungen für jeden lebensnahen Unterricht, die aus lebendiger Anschauung gewonnene Kenntnis von Land und Leuten, von den wirtschaftlichen und sozialen Zuständen anderer Gegenden und anderes mehr. Dazu kommt, daß der einzelne selbst bei der Möglichkeit des Reisens selten Gelegenheit hat, Dinge zu sehen, die dem Magistrat Berlin als Bittsteller ohne weiteres zugänglich sind — Bergwerke, große Fabrikanlagen und anderes —. Aus diesem Gedanken heraus

entstanden die städtischen Studienfahrten, von denen die erste noch auf Veranlassung des stellvertretenden Stadtschulrats *Benecke* mit 100 Lehrenden im Januar 1926 nach München führte, um dort das Deutsche Museum und im Anschluß daran das Walchenseewerk zu besichtigen. Die Teilnehmer bestanden durchweg aus Physikern und Mathematikern.

Die zweite Studienfahrt führte im Juni 1927 100 Lehrende aller Schularten nach Staßfurt. Über diese Studienfahrt sei ein Bericht des Studienrats *Dr. Kiene* wiedergegeben, den dieser als Teilnehmer der Fahrt im Deutschen Philologenblatt, Nr. 39, vom 28. September 1927 erscheinen ließ:

„Berliner erdkundliche Studienfahrt.“

Nach den traurigen Jahren der Inflation, in denen die Schulen ganz besonders unter einem Mangel an Mitteln selbst für die notwendigsten Bedürfnisse litten, wenden viele Städte neuerdings wieder ihre Aufmerksamkeit dem Bildungswesen zu. So zeigte gerade Berlin in den letzten Jahren aber schon eine sichtbare Fürsorge für das Unterrichtswesen. Unter dem stellvertretenden Stadtschulrat *Benecke* wurden auf Grund einer von Studienrat *Dr. Erwin Kalischer**) getroffenen Auswahl sechs Meßtischblätter, die als Typenlandschaften gelten konnten, von der Wenschow-Relief-Gesellschaft in München als Kartenreliefs hergestellt und sämtlichen Berliner höheren und Volksschulen überwiesen. Bald darauf erhielten sämtliche Schulen ebenfalls einen neuen Plan von Groß-Berlin in Mehrfarbendruck, hergestellt vom Reichsamt für Landesaufnahme.

In der Fürsorge für den erdkundlichen Unterricht ist in diesem Jahre ein weiterer Fortschritt getan. In der Zeit vom 23. bis 25. Juni dieses Jahres fand die erste große Studienfahrt von Lehrern der Erdkunde und Naturwissenschaften statt, deren Leitung und Vorbereitung in Händen von Studienrat *Dr. Kalischer* lag. Aus allen Berliner Schulen waren die Teilnehmer ausgesucht worden.

Der leitende Gedanke war: die Lehrer der Erdkunde, die in dieser Zeit der Not nicht über genügend Mittel verfügen, um selbst Studienfahrten zu unternehmen, in eine besonders typische Landschaft unseres Vaterlandes wissenschaftlich einzuführen: und ferner: die Lehrer aller Schulgattungen durch gemeinsam verlebte Tage einander näherzubringen. Beides ist, das muß gesagt werden, gut gelungen.

Der Erfolg einer solchen Studienfahrt hängt ganz wesentlich von der gründlichen wissenschaftlichen und organisatorischen Vorbereitung ab. Die einmütige Überzeugung aller Teilnehmer, daß hier nichts versäumt war, daß alles klappte und alles programmäßig verlief, daß alle mit großem wissenschaftlichen Gewinn

*) Eine Erläuterung zu diesen in allen Schulen vorhandenen Reliefs erschien unter dem Titel: *Dr. Erwin Kalischer. Das Wenschow-Relief im Unterricht, nebst Erläuterungen der Berliner Typenreliefs.* Berlin 1927. Bildwart-Verlags-Genossenschaft G. m. b. H., 114 S mit Abb.

nach Berlin zurückkehrten, ist der beste Beweis dafür, daß die von der Stadt aufgewendeten Mittel reiche Früchte getragen haben.

Sehr gut war schon die wissenschaftliche Vorbereitung. An zwei Nachmittagen fanden vor der Reise in Berlin einleitende Vorträge für die Teilnehmer statt. Studienrat Dr. A. Frankfurth hielt einen klaren Vortrag über die „Chemie der Braunkohle“, dem ein Lehrfilm über Braunkohle folgte. Über die Geologie von Staßfurt sprach ein Geologe der Landesanstalt.

Den zweiten Nachmittag bestritten das Deutsche Kalisyndikat und das Kaliforschungsinstitut. Direktor Dr. Karau und Dr. Kasewitz sprachen in sehr ausführlicher Weise über den Kalibergbau, die Produktion, Absatzmöglichkeiten, die wirtschaftliche Lage des Kalibergbaues, das Syndikat und seinen Zweck usw. Salze waren ausgestellt, Tabellen ausgehängt, Drucksachen wurden verteilt, und ein lehrreicher Film veranschaulichte viel des Gesagten.

So traten wir, wohl vorbereitet, die Fahrt am Donnerstag, dem 23. Juni, an.

In Staßfurt empfing uns Lehrer Becker, seit Jahrzehnten Heimatforscher jener Gegend, und in den folgenden Tagen unser treuer Lehrer und Begleiter. Den ersten Vortrag hielt er uns sofort nach unserem Eintreffen in der Aula des beneidenswert schönen Realgymnasiums. Er machte uns mit der Vorgeschichte und Geschichte jener Gegend bekannt.

Am Nachmittag erfolgte die Einfahrt in den Berlepschschacht, der 400 Meter tief ist. Hier wie überall hörten wir fachmännische Belehrungen seitens der Assessoren und Beamten des Bergwerks. Einzelheiten kann ich mir an dieser Stelle ersparen. Die meisten sahen zum ersten Male überhaupt ein Bergwerk und nahmen, wie es nicht anders sein kann, einen tiefen Eindruck mit. Auch die Rentabilität eines solchen Werkes, die Anlagekosten, das Einkommen und die soziale Lage der Arbeiter wurden besprochen, alles Dinge, die für den Lehrenden sehr wichtig, durch Bücher allein aber nicht zu lernen sind. Hier zeigt sich besonders klar, daß das beste Lehrbuch des Geographen die Natur selbst ist.

Der Morgen des zweiten Tages gehörte der Besichtigung des Heimatmuseums, der ein erläuternder Vortrag des Herrn Becker vorausging. Die Historiker kamen hierbei besonders auf ihre Kosten. Darauf wurde die große Staatliche Aufbereitungsanstalt besichtigt, in der das ungefähr 12prozentige Kali in ein hochwertiges, versandfertiges Produkt umgewandelt wird. Hier war auch Gelegenheit, die Brombereitung, die mit diesem Zweige verknüpft ist, zu sehen und damit einen chemischen Großprozeß kennen zu lernen, der den meisten wohl bisher unbekannt war.

Am Nachmittag fuhren wir mit der Straßenbahn nach Löderburg in die Braunkohlengruben. Nach einer Führung seitens des Werkes, die durch die Erklärungen der Fachgeologen unter

uns ergänzt wurde, gingen wir zu Fuß nach Hecklingen, wo wir die romanische Kirche besichtigten.

Sonnabend früh ging es weiter nach Nachterstedt in die Concordiagrube, eine der größten Braunkohlengruben Deutschlands. Die Kohlschicht ist hier 50 Meter dick und liegt 50 Meter unter der Oberfläche. Die geologischen Verhältnisse sind hier außerordentlich günstig. Die Anlagen groß und modern, die Vorräte sehr stark. Auffällig war es, daß alle Anlagen fast menschenleer erschienen — eine Auswirkung der kürzlich durchgeführten Rationalisierung.

Über Aschersleben fuhren wir leider zu kurzem Aufenthalt weiter nach Hettstedt, dem Ausgangspunkt einer mehrstündigen sehr lehrreichen geologischen Wanderung nach Sandersleben, vom Devon des Harzes bis ins Eozän, mit zahlreichen guten Aufschlüssen. Der Führer war wieder Herr Becker, unter dessen Leitung man eine Landschaft wirklich geologisch erleben konnte. In der Nacht erfolgte die Rückkehr nach Berlin.

Diese kurzen Ausführungen über den äußeren Verlauf der Fahrt geben ein ungefähres Bild dessen, was der Lehrer für den Unterricht dabei gewonnen hat. Der solchen Dingen meist fernstehende Großstadtlehrer tat einen tiefen Einblick in zwei wichtige Gebiete der deutschen Wirtschaft, in die Förderung und Verarbeitung der Braunkohle und des Kalis. Dazu kam das Erlebnis einer Landschaft in all ihrem bunten Wechsel geologischer Vergangenheit, in ihrer Vorgeschichte und Geschichte in historischer Zeit, in siedlungskundlicher Hinsicht, Bebauung und Bewaldung, Bevölkerung; denn durch die zahlreichen Privatquartiere kamen wir auch mit den Bürgerfamilien der Provinzstadt in Berührung.

Wir wollen hoffen, daß der Erfolg dieser Fahrt die Stadt Berlin ermutigt (und andere vielleicht anregt), ähnliche Studienfahrten zu veranstalten. Der Unterricht in Erdkunde, Chemie und Geologie wird dadurch reich befruchtet, er wird mehr wirklichkeitsnah.“

Noch im September desselben Jahres wurde eine dritte, diesmal eintägige Studienfahrt nach Chorin-Oderberg unternommen, um ein für die Erkenntnis der Oberflächengestalt unserer engen Heimat wichtiges und lehrreiches Gebiet kennen zu lernen. Die Vorbereitung und Führung dieser Fahrt hatte Herr Universitäts-Professor Dr. Solger übernommen.

1928 führte eine Studienfahrt, gleichfalls unter der wissenschaftlichen Führung Professor Solgers, nach Sandau-Havelberg. Sie galt dem Studium der geologischen Wirkung der heimischen Flüsse, des Deichbaues, der Siedlungslage und -formen einer typischen märkischen Landschaft, der Stadtanlage von Havelberg, deren Dom u. a. m.

Unter der wissenschaftlichen Führung Dr. Kiekebuschs, des Direktors der vorgeschichtlichen Abteilung des Märkischen Museums, fand — gleichfalls im Jahre 1928 — zweimal mit drei großen Autos der ABOAG eine heimatkundliche Fahrt durch den Teltow statt, bei

der Dorfanlagen, Dorfkirchen u. a. besichtigt und bei der die großangelegte Ausgrabung eines wendischen Burgwalls — des Pennigberges bei Mittenwalde — eingehend durch den Leiter der Ausgrabungen, Herrn Dr. Kiekebusch, erläutert wurden.

Das Wesentliche dieser Studienfahrten, das auch allein die hohe Teilnehmerzahl rechtfertigte, war die allen Studienfahrten vorangehende gründliche Vorbereitung, an der jedesmal auf Einladung der Schulverwaltung auch die übrige Lehrerschaft nach Belieben teilnehmen konnte, so daß die nicht für die Fahrt Ausgewählten jedesmal wenigstens von berufenen Fachleuten in wichtige Gebiete des Unterrichts eingeführt wurden.

Die lebhafteste Anerkennung, die gerade diese neue Art der Lehrerfortbildung in der gesamten Lehrerschaft gefunden hat — siehe auch „Katholische Schulzeitung“, Nr. 34, vom 24. August 1927, und „Berliner Lehrerzeitung“, Nr. 27, vom 7. Juli 1927 — läßt die städtischen Studienfahrten als recht erweiterungsfähig erscheinen.

Nicht im eigentlichen Sinne der Lehrerfortbildung diente eine Studienfahrt, die die städtische Schulverwaltung im November 1927 mit 72 Teilnehmern nach Wien veranstaltete. Das Ziel war diesmal ein rein schulpolitisches, galt es doch, die Wiener Schulreform einmal den Berliner Lehrenden zu zeigen, die sich entweder theoretisch oder praktisch auch an der Berliner Reformarbeit beteiligt hatten. Es kann hier nicht ausführlich über diese Fahrt berichtet werden, zumal eine Denkschrift über die Reise von der Schulverwaltung gesondert herausgegeben worden ist. So viel aber muß hier gesagt werden, daß der Ertrag des achttägigen Wiener Aufenthalts von allen Teilnehmern als ungemein reichhaltig beurteilt wurde, was nicht zuletzt dem überaus herzlichen Entgegenkommen der Wiener Schulbehörde zu verdanken ist, die den Berliner Lehrern nicht nur ihr Schulwesen auf das Bereitwilligste zeigten, sondern die ihnen auch einen Einblick in die vom Wiener Schulwesen nicht zu trennenden sozialen Einrichtungen gewährte.

b) Einzelreisen.

Die bisher geschilderten Unternehmungen galten durchweg gemeinsamen Veranstaltungen. Die städtische Schulverwaltung hat aber auch das Bedürfnis der Lehrerschaft anerkannt dahingehend, daß dem Einzelnen Gelegenheit gegeben werden müßte, durch Studienreisen seine Kenntnisse zu erweitern. Der Natur der Sache nach trifft das in erster Linie auf die Neusprachler zu. Für sie bedeuteten die Kriegsjahre und noch viele Jahre der Nachkriegszeit ein Abschließen von denjenigen Ländern, deren Sprache und Kultur sie den Berliner Kindern übermitteln sollen. Und als die Grenzen unserer Kriegsgegner sich wieder für die Einreise Deutscher öffneten, da war begreiflicherweise das Bedürfnis unter ihnen stark, ihre Sprachkenntnisse und ihre Anschauungen von den Ländern dieser Sprachen zu vervollkommen. Aus diesem Grunde nehmen auch unter den Studien-

reisenden die Neuphilologen mit ihren Fahrten nach Frankreich, Belgien und England den weitaus größten Teil der mit städtischen Unterstützungen ins Ausland gereisten Lehrenden ein. Neben ihnen sind es vor allem die Geographen, denen daran lag, fremde Länder kennen zu lernen. Die städtische Schulverwaltung hat aber bei der Auswahl der sich für Auslandsreisen Meldenden nicht nur diese beiden Unterrichtsvertreter berücksichtigt, sondern sie hat nach dem Maße ihrer Mittel jedem eine Reiseunterstützung gewährt, der irgendwie nachweisen konnte, daß seine Reise ihm für seine wissenschaftliche Arbeit unerläßlich ist, und daß das Ergebnis dieser Reise letztlich auch seinem Unterricht und damit den Berliner Schülern zugute kommt. Über den Umfang der Reisen gibt die nachstehende Tabelle eine Übersicht:

Übersicht über die Studienreisen 1925—1927.

a) Altphilologen.

b) Neuphilologen.

Reiseziel	Lehr- personen	1925	1926	1927	Teil- summe	Summe
Schweden, Norwegen	a)	4	4	6 ¹⁾	14	14
	b)	—	—	—	—	—
England, Schottland und Irland	a)	—	—	—	—	—
	b)	36	42	48 ²⁾	126	126
Frankreich, Belgien und Fr. Schweiz	a)	—	—	—	—	—
	b)	30	65	67 ³⁾	162	162
Spanien, Portugal	a)	2	—	3	5	21
	b)	9	1	6	16	21
Italien	a)	5	1	9	15	16
	b)	—	—	1	1	16
Balkanländer	a)	1	—	1	2	2
	b)	—	—	—	—	—
Griechenland	a)	1	2	1	4	4
	b)	—	—	—	—	—
Österreich	a)	5	3	6	14	14
Deutschland, Holland	a)	4	4	9 ⁵⁾	17	17
Außereuropäische Länder	a)	—	—	4	4	8 ⁴⁾
	b)	1	—	3	4	8 ⁴⁾
Tagungen	a)	7	5	64	76	79
	b)	2	1	—	3	79
Summe:		107	128	228	463	463

a = Lehrende aller Disziplinen, b = Neuphilologen.

In einigen Fällen sind in den letzten Jahren Studiengelder auch Gruppen zugewiesen worden; so haben, neben vielen anderen, die Berliner Schulkinoleiter eine Fahrt mit 40 Teilnehmern nach Dessau, vierzehn Herren eine heilpädagogische Studienfahrt nach verschiedenen Städten Deutschlands und des Auslandes unternommen. Mehrfach sind auch zu pädagogischen oder schulpolitischen Tagungen Vertreter entsandt worden, so z. B. zu den Philologentagungen oder zu den alljährlich stattfindenden Bildwochen.

¹⁾ Davon 1 nach Finnland, 1 nach Dänemark. ²⁾ Davon 1 nach Schottland, 1 nach Irland
³⁾ Davon 1 nach Belgien, 10 nach der Schweiz. ⁴⁾ Davon 2 nach Asien, 4 nach Afrika, 2 nach
Amerika. ⁵⁾ Davon 2 nach Holland.

Lichtbild und Film.

Lichtbild.

Lichtbild und Film sind erst recht eigentlich in den Nachkriegsjahren zu einem Lehrmittel geworden, dem sich die moderne Schule nicht mehr verschließen kann. Die schnelle und zum Teil begeisterte Aufnahme, die besonders das Lichtbild in der Lehrerschaft gefunden, veranlaßte auch die Schulverwaltung, zur Verbreitung dieses Lehrmittels das ihrige beizutragen. Das geschah einmal dadurch, daß sie den Schulen Bildwerferapparate überwies. In welchem Maße das geschah, erhellt die Tatsache, daß allein im Etatsjahre 1926 für rund 20 000 RM. Apparate angeschafft wurden. Die Verteilung der Apparate hängt naturgemäß davon ab, ob in den Schulen elektrische Kraftquellen zur Verfügung standen oder nicht, während z. B. in Zehlendorf sämtliche Schulen einen Lichtbildapparat besitzen, scheitert die Anschaffung in dem alten Berlin daran, daß, wie an anderer Stelle ausgeführt worden ist, die Volksschulen der Bezirke 1—6 erst zu 23 % mit elektrischem Strom ausgerüstet sind, während das Verhältnis bei den höheren Schulen derselben Bezirke 57 % beträgt. In dem Maße, wie hier die Elektrifizierung der Schulen fortschreitet — sie soll bis 1930 völlig durchgeführt sein — wird die Beschaffung von Bildwerfern auch für diese Schulen vorzunehmen sein.

Neben der Bereitstellung von Apparaten ging zum andern die Sorge der Schulverwaltung aber auch dahin, für ein geeignetes und ausreichendes Diapositiv-Material Vorsorge zu treffen. Diesem Zwecke dient vor allem die Zentrale Lichtbildsammlung der Stadt Berlin.

Diese Lichtbild-Sammlung nahm bereits im Jahre 1912 ihre Tätigkeit auf, die sich zunächst nur auf die höheren Schulen beschränkte, weil das anfangs vorhandene Material nicht ausgereicht hätte, um die weitaus größere Zahl der Volks- und anderen Schulen versorgen zu können. Die Leitung der Bildstelle wurde dem Studienrat am Friedrichs-Werderschen-Gymnasium, Herrn Thiel, übertragen.

Von Anfang an hatte die Lichtbildsammlung einen eigenen Etat, der bis zum Beginn des Weltkrieges auf jährlich 3000 M bemessen

war. Eröffnet wurde sie mit einem Bilderbestande von 3000 Stück, der Jahr für Jahr vergrößert wurde. Ihr Heim fand sie zunächst im Sammlungsraum für Naturkunde des Friedrichs-Werderschen-Gymnasiums, siedelte aber bald in einen freigewordenen Klassenraum über; denn mit wachsender Benutzung mehrte sich Bildbestand, Mobiliar und Bedienungspersonal. Letzteres setzte sich im Anfang aus zwei Schülern des Gymnasiums zusammen, während heute neben einer ständigen Hilfskraft zehn Sekundaner und Primaner in uneigennütziger Weise ihre Kraft in den Dienst der Sammlung stellen. Heute verfügt die Lichtbildsammlung über etwa 20 000 Glasdiapositive, 300 Bildbänder mit etwa 8000 Bildern im Filmformat, eine reiche episkopische Sammlung und den Grundstock einer mikroskopischen Sammlung von ungefähr 120 Präparaten. Dazu kommen ein Bogenlicht-Projektionsapparat, ein Epidiaskop, ein Aulaapparat für Glasbild- und Bildbandprojektion, zwei Apparate für reine Bildbandprojektion, ein Apparat für Bildband- und Mikroprojektion, ein Apparat zur Wiedergabe von Glaskleinbildern.

Der Versorgungsbereich umfaßt jetzt die Berliner Schulen aller Arten, was auch äußerlich dadurch zum Ausdruck kommt, daß nunmehr das allgemeine Schulbüro der Stadt Berlin die Angelegenheiten der Lichtbildsammlung bearbeitet.

Um in der Benutzung der Sammlung allen Beteiligten möglichst freie Hand zu lassen, um den Unterrichtsbedürfnissen der verschiedenen Schulgattungen, der verschiedenen Altersstufen und nicht zuletzt der verschiedenen Lehrkräfte entgegenzukommen, ist die Lichtbildsammlung der Stadt Berlin nicht auf dem Serienprinzip aufgebaut, sondern stellt eine freie Sammlung dar, d. h. jeder kann jedes Bild einzeln entnehmen und sich die für seine Zwecke in Frage kommenden Reihen selbst zusammenstellen!

Es war dem Leiter natürlich von vornherein klar, daß mit der Betonung dieses Prinzipes eine ständige mühselige und zeitraubende Kleinarbeit verbunden ist; aber im Hinblick auf eine individuelle Auswertung der Sammlung muß dieser Nachteil völlig in den Hintergrund treten.

So sind denn die Bestände nach allgemeinen Sachgebieten geordnet, ein ausführliches Bilderverzeichnis, das jeder Berliner Schule zugestellt ist, ermöglicht jedem Benutzer — und das erleichtert wiederum den Betrieb — die für ihn notwendigen Bilder in Ruhe auszusuchen. Damit erreicht die Sammlung zugleich eine Vielseitigkeit, wie sie eine geschlossene, nach Serien geordnete Sammlung niemals aufweisen kann; denn erdkundliche Bilder können in kulturhistorische oder kunstgeschichtliche Gruppen eingereiht werden und umgekehrt; Bilder eines Fachgebietes können unter sich in der mannigfaltigsten Weise umgestellt und gruppiert werden, so daß man allen Verwendungszwecken gerecht zu werden vermag.

Für besondere Fälle wie Eltern- oder sonstige Vortragsabende stehen daneben etwa 150 Serien meist geographischen Charakters zur Verfügung, die Rücksicht nehmen wollen auf den Mangel an Zeit zur Vorbereitung, auf plötzlich eintretende Erfordernisse, ein

wenig auch auf eine gewisse Bequemlichkeit solcher Benutzer, die darauf angewiesen sein können, Dinge zu behandeln, die außerhalb ihres eigenen Fach- und Interessengebietes liegen.

Durch die Einführung des viel umstrittenen Bildbandes oder Filmbildstreifens glaubte sich die Leitung über den Kampf der Parteien stellen zu müssen: seine Benutzung bleibt ja jedem überlassen. Rege Nachfrage scheint die Einstellung der Leitung zu rechtfertigen. Natürlich wurde dafür gesorgt, daß auch die Apparate bereitstehen, die eine möglichst einwandfreie Wiedergabe der Bildstreifen gestatten, und der Sammlung ist es gelungen, diese Apparate stets auf dem neuesten Stande der Technik zu halten.

Dem Zuge der Zeit folgend, die das Episkop neuerdings stark heranzieht, hat die Lichtbildsammlung auch eine episkopische Abteilung eingerichtet, die ebenfalls dauernd erweitert und ausgebaut wird.

Endlich ist die Leitung — angeregt durch die Herstellung von sehr einfach zu bedienenden Apparaten — dazu übergegangen, eine Abteilung für Mikro-Präparate ins Leben zu rufen, so daß es in Zukunft möglich ist, Originalpräparate ohne Verwendung eines Mikroskopes zu projizieren. Auf diese Weise wird dem naturwissenschaftlichen Unterrichte eine immer als störend empfundene Unbequemlichkeit genommen: das Herantreten der einzelnen Schüler an das Mikroskop! Zeitersparnis, Konzentration der Aufmerksamkeit und damit des Unterrichtes sind nicht zu unterschätzende Auswirkungen.

Nicht nur das Bildmaterial, sondern auch die vorhandenen Apparate sind verleihbar, so daß jeder Schule die Möglichkeit gegeben ist, neben ihren eigenen, meist auf eine Art der Projektion zugeschnittenen Apparaten auch gelegentlich die Spezialinstrumente zu benutzen.

Abgesehen von der Kriegszeit hat die Sammlung eine stetig wachsende Benutzung erfahren, die in den letzten Jahren auf über 20 000 Glasbilder allein angestiegen ist, nicht gerechnet die Bildbänder und episkopischen Bilder. Die höchste Beanspruchung wird regelmäßig gegen Ende eines Halbjahres beobachtet. Der Grund ist leicht ersichtlich, da zum Schluß einer Unterrichtsperiode zusammenfassende Betrachtungen, Wiederholungen größerer Gebiete, gedrängte Ergänzungen des Lehrstoffes vorgenommen werden; und da leistet das Lichtbild wertvolle Dienste. Ferner ist stets vor Kirchen- und anderen Festen, Gedenktagen von Dichtern, Künstlern usw. ein Anstieg der Benutzungskurve festzustellen. Die Beteiligung der verschiedenen Schularten entspricht ihrem gegenseitigen Zahlenverhältnis. Eine genaue Buchführung ermöglicht jederzeit auch genaue Kontrolle des Leihverkehrs, der sich hauptsächlich an einem bestimmten Wochentage abwickelt, an den übrigen Tagen aber in letzter Zeit immer mehr zunimmt.

Es ist leicht einzusehen, daß diese Zentralstelle für das räumlich begrenzte alte Berlin ausreicht, daß sie aber bei dem Entstehen der neuen Stadtgemeinde bei weitem den Ansprüchen nicht genügen könnte. Es wird eine Aufgabe der nächsten Zukunft sein, sobald es die städtischen Finanzen nur irgend gestatten, neben der Zentrale

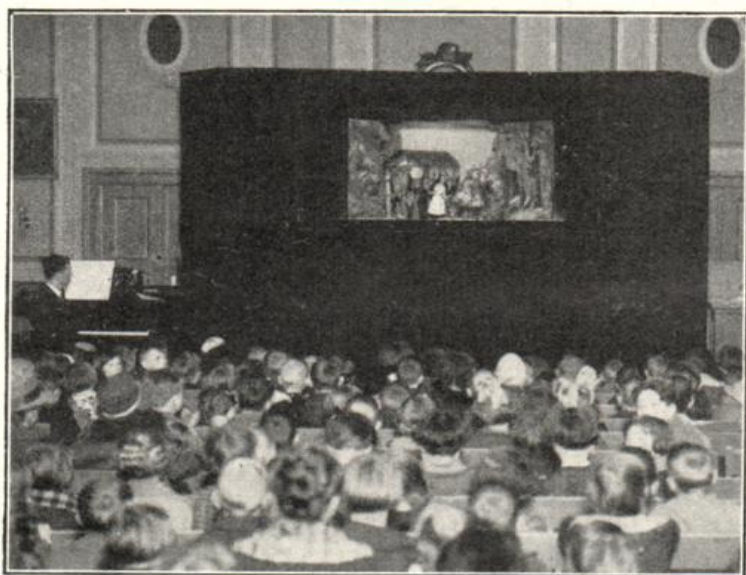
Bezirksbildstellen einzurichten. In einigen der Außenbezirke ist man zu der Einrichtung einer solchen bereits geschritten. So ist z. B. Neukölln im Herbst 1925 daran gegangen, den Schulen seines Bezirkes in einem Lichtbildarchiv geeignetes Material zur Verfügung zu stellen. Die Mittel wurden dem Lehrmittelfonds entnommen, und zwar wurden anstatt Anschaffung von Anschauungsbildern Unterlagen für die Beschaffung der Lichtbilder gegeben. Um eine gute Auswahl aus den bei den Firmen vorhandenen Beständen treffen zu können, ist eine Kommission aus Lehrenden gewählt. Aus deren Arbeit erwuchs in den ersten Monaten des Jahres 1926 ein Grundstock von etwa 20 Reihen, der jedoch schnell wuchs, da der Zustrom der Benutzer über Erwarten groß war. Daher wuchs der Bestand schon im ersten Jahre des Bestehens auf 80 Bilderreihen mit 1108 Diapositiven, 49 Mappen und Büchern für die episkopische Projektion und acht Bildbändern an. Im ersten Berichtsjahre fanden 713 Ausleihungen statt, an denen sich 41 Schulen des Bezirkes beteiligten. Seit dem 1. April 1927 hat sich der Bestand auf 131 Bildreihen mit 1709 Diapositiven, 54 Mappen und Büchern und neun Bildbändern erhöht. Seit dieser Zeit fanden bis Ende des Jahres 1927 748 Ausleihen statt.

Derselbe Bezirk hat auch eine Bildungsstätte geschaffen, die in ihrer Art in Groß-Berlin einzigartig ist, nämlich ein städtisches Welt-Panorama (nach Art des Fuhrmannschen Kaiser-Panoramas). Der Besuch dieses Panoramas ist für die Schulen unter Führung einer Lehrperson kostenlos und erfolgt in den Vormittagsstunden nach einem von der Verwaltung aufgestellten Plane. Im letzten Jahre ist es von rund 40 000 Schulkindern besucht worden.

Mit dieser Aufzählung von Lichtbildsammlungen und Apparatebesitz ist selbstverständlich die in Berlin gepflegte Lichtbildarbeit in der Schule nicht annähernd gekennzeichnet. Es muß an dieser Stelle mit Dank auf die ebenso eifrige wie uneigennützigte Arbeit vieler Schulen hingewiesen werden, die sich aus eigenen Mitteln (Ertrag aus Elternabenden usw.) Apparate angeschafft und einen kleinen Lichtbildstock zugelegt haben. Sogar in der Anfertigung von Lichtbildern hat die Berliner Lehrerschaft tätig selbst Hand angelegt, was um so mehr zu begrüßen ist, als besonders im Beginn unserer Berichtszeit das bei den Filmen vorhandene Lichtbildmaterial, von rühmlichen Ausnahmen abgesehen, den Anforderungen des Unterrichts nicht genügte. Wenn es jetzt auch bei den Firmen wesentlich besser geworden ist, so ist das auch ein Verdienst der Lehrerschaft und nicht zuletzt von Lehrenden der Berliner Schulen.

Film.

Der Film ist nicht nur das jüngere Lehrmittel, sondern es ist auch seiner ganzen Art nach viel schwieriger in den Unterricht einzubauen, ganz abgesehen davon, daß der Vorrat an für den Unterricht geeigneten Filmen ganz unverhältnismäßig viel geringer ist, als es bei dem Lichtbild der Fall ist.



Puppentheater im Schul kino.

Die Bühne.

Um so mehr ist es anzuerkennen, daß die Lehrerschaft an den Berliner Schulen aus eigenem Antriebe heraus, meist sogar neben ihren dienstlichen Verpflichtungen, sich auch der Filmarbeit gewidmet hat.

Berlin besitzt eine ganze Reihe — ungefähr einige 30 — Schulkinos, denen sich wiederum mehrere Schulen des

Umkreises, zwischen 6 und 28 schwankend, zu einer Lichtspielgemeinde angeschlossen haben, so daß eine größere Anzahl von Schulen heute schon ständig von der Filmarbeit erfaßt worden sind.

Neben diesen eigentlichen Schulkinos gibt es aber in der neuen Stadtgemeinde Berlin noch eine andere Art von Lehrfilmvorführungen, die sich besonders in einigen Außenbezirken durchgesetzt hat, nämlich die Lichtbildbühne des Bezirksamts, der dann zumeist sämtliche Schulen des Bezirkes gewissermaßen von Amts wegen angeschlossen sind. Eine solche Bezirksjugendbühne besteht in Lichtenberg, Neukölln, Tempelhof, Schöneberg, Wilmersdorf, Spandau und in dem Innenbezirk Kreuzberg.

Alle diese erwähnten Schulkinos führen in der Hauptsache Lehrfilme und belehrende Spielfilme neben dem Unterricht auf, indem des Nachmittags für einen sehr geringen Eintrittspreis (15 bis 25 Pf. mit den entsprechenden Freiplätzen) den Kindern diese Filme vorgeführt werden. In den letzten Jahren ist man aber hier und da schon dazu übergegangen, Filme nicht nur neben der Schule zu zeigen, sondern ihn direkt unterrichtlich zu benutzen. Daß das nicht eher und im größeren Maße geschah, lag daran, daß die Filmleihgebühr für die Schulkinoleiter noch so hoch ist, daß sie durch Eintrittsgelder einer größeren Menge von Besuchern gedeckt werden muß, wozu naturgemäß eine einzelne Klasse nicht ausreichen kann. Sollte der Film wirklich zum Lehrfilm werden, so mußte die Schulverwaltung helfend eingreifen. Hatte sie anfangs die Schulkinoarbeit nur dadurch unterstützt, daß sie Räumlichkeiten und elektrischen Strom zur Verfügung stellte, so ist sie im letzten Etatsjahre 1927 dazu übergegangen, nun auch die Filmarbeit im größeren Maße



Puppentheater im Schul kino.

Die Zuschauer.

finanziell zu unterstützen. 35 000 RM. standen zu diesem Zweck in diesem Jahre zur Verfügung, die so aufgeteilt wurden, daß

15 000 RM. auf Filmbeschaffung,

15 000 RM. auf Ausbildungskurse,

5 000 RM. auf Filmaufnahmen, Katalog usw.

entfielen. Für den neuen Etat 1928 ist bereits ein Vielfaches dieser Summe eingesetzt worden — rund 100 000 RM.

So ist diese Arbeit am Film aus den Reihen der Lehrerschaft selbst emporgewachsen und die Schulverwaltung hat sich lediglich ihrer finanziellen Lage nach bemüht, ihr die größten Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Diese Tatsache läßt es auch verstehen, daß der Kernpunkt eines großen Teiles dieser Arbeit in der Film- und Bildarbeitsgemeinschaft lag, einer freiwilligen Vereinigung von Lehrenden im Rahmen der Diesterweg-Hochschule. Sie hat nicht nur den größten Teil der Schulkinoleiter in sich vereinigt, durch diesen Zusammenschluß den einzelnen einen rationelleren Bezug der Filme ermöglicht, sondern sie hat auch anfangs von sich aus und dann im Auftrage der Stadt die Ausbildung der Lehrenden für den Film übernommen. Ihr soll daher eine besondere Darstellung gewidmet sein.

Film- und Bildarbeitsgemeinschaft Großberlin (Filmseminar) E. V.

Die Erkenntnis, daß die Lehrerschaft zumeist der Auffassung sei, daß das Mittel Lehrfilm für den unterrichtlichen Gebrauch gar nicht und für sonstige Schularbeit — Nachmittagsvorführungen, Elternabende u. ä. — nur sehr vorsichtig verwendet werden könnte, und

die weitere Einsicht, daß weder die psychologischen Grundlagen der Bild- und Filmwirkung, noch die methodischen Arbeiten bekannt seien, und schließlich die Erfahrung, daß bei der Herstellung von Lehrfilmen für den Schulunterricht die Lehrerschaft noch gänzlich ausgeschlossen sei: alles das zusammen führte im Jahre 1919 zu dem Vorschlage, eine Arbeitsgemeinschaft von Lehrenden zu bilden, die der Untersuchung der erwähnten Fragen sich widmen, zu einer Aufstellung des in Deutschland vorhandenen für Schulen in Frage kommenden Filmbestandes gelangen, und eine Auskunftsstelle einrichten sollte.

Im Sommer 1920 wurde mit dem Lehrplanausschuß Groß-Berlin und der Heimatkundlichen Vereinigung verabredet, daß in gemeinsamer Veranstaltung ein Bericht über die Lage auf dem Gebiete des Lehrfilms zu geben und, wenn möglich, die Gründung des Film-Seminars vorzunehmen sei.

Diese gemeinsame Veranstaltung fand unter Leitung von Wilhelm Ratthey am 8. September 1920 statt und führte nach Vorführung von geeigneten und ungeeigneten Filmen zur Gründung einer Gruppe von zunächst 15 Teilnehmern, die sich „Film-Arbeitsgemeinschaft Berliner Lehrer“ (Filmseminar) nannte.

Da sich die Diesterweg-Hochschule der kleinen Gruppe annahm, stellte die Schulverwaltung ihr in der Georgenstraße 19 einen Versammlungs- und Übungsraum zur Verfügung. Die Lehrfilmindustrie sah den immerhin möglichen wirtschaftlichen Nutzen ein und ließ ihre Filme kostenlos. Ebenso wurde Vorführungsgerät von den beteiligten Firmen leihweise hergegeben.

Die Gemeinschaft faßte die in Berlin bereits entstandenen oder eben neu beginnenden Schulkinogemeinden zusammen und bekam dadurch eine Reihe neuer praktischer Aufgaben gestellt, die die ursprünglich beabsichtigten ergänzten. Vermißt wurde z. B. allgemein die technische Ausbildung, die in staatlichen oder gemeindlichen Einrichtungen noch nicht zu erwerben war; nur Privateinrichtungen gaben sich mit ihr ab.

Aus dem Hinzutritt der Schulkinogemeinden ergab sich als wirtschaftliche Notwendigkeit die Einrichtung einer Bestellanstalt, die im Gemeinschaftsentleih die wirtschaftlichen Fragen der Schulfilmarbeit besser zu lösen versprach, als wenn jeder für sich die Arbeit versucht hätte. Die Vermehrung des an sich schon reichen Arbeitsprogramms um diese beiden Aufgaben ließ nach neuen Räumen suchen, bis schließlich durch das Entgegenkommen des Stadtschulrats Paulsen im Friedrichs-Werderschen-Gymnasium die Aula zu den Vorführungen, ein Teil des Gesangsaals als Vorführungsraum und ein Klassenzimmer als Geschäfts- und Ausbildungszimmer zur Verfügung standen. Seit Januar 1922 konnten die Vorführungen in der Bochumer Straße und seit dem 3. Mai 1922 auch die organisatorische Arbeit dort stattfinden.

Die feuer- und baupolizeilichen Überwachungen der Schulkinoveranstaltungen führten dazu, daß Schulkinoleiter und Schulleiter

des öfteren Schwierigkeiten mit den überwachenden Polizeibeamten insofern bekamen, als auch für Schulvorführungen die feuerpolizeilichen Vorschriften vom 6. Mai 1912, die für die öffentlichen Lichtspielhäuser erlassen worden waren, zugrunde gelegt wurden, so daß trotz der entgegenkommenden Sicherheitsbestimmungen des Preussischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 6. Oktober 1920 sowohl die Vorführerprüfung wie die Innehaltung der strengeren Bauvorschriften gefordert wurden. Andererseits wurde Lehrenden aber die Möglichkeit verweigert, sich das Zeugnis für öffentliche Vorführer zu erwerben, so daß im Januar 1922 der Vorschlag auf Erlaß einer besonderen Prüfungsordnung zusammen mit dem Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung eingereicht wurde.

Diese Prüfungsordnung ist am 23. Januar 1923 vom Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und vom Ministerium für Volkswohlfahrt erlassen worden und wurde zum Anlaß, daß Ausbildungseinrichtungen gleichen Zweckes wie das Film-Seminar in den verschiedenen Provinzen geschaffen wurden.

Auf der Grundlage der Prüfungsordnung konnte die Berliner Arbeitsgemeinschaft, zusammen mit dem Deutschen Bildspielbund, dessen Vorort sie ist, ferner in Zusammenarbeit mit der Bildstelle des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht als der Mitveranstalterin, an den ersten Lehrgang zur Ausbildung technischer Leiter von Lichtbildveranstaltungen an Schulen und in der Jugendpflege gehen. Er fand vom 23. Juli bis 12. August 1923 statt. Naturgemäß litt er unter den Erscheinungen der Inflation, so daß Leitung und Teilnehmer nur mit großen Sorgen Tag für Tag weiter arbeiteten.

Daß der Gedanke des Lehrganges richtig war, bewies die Teilnahme aus dem ganzen Reiche, aus Holland, Schweden und Österreich. Der Lehrgang führte in die physikalischen, besonders in die optischen und elektro-technischen Grundlagen der Filmarbeit ein, brachte Lehrproben, Bild- und Filmkunde, Literaturberichte, Vorträge über Rechtsgrundlagen, Organisation, Geschichtliches, Methodik, führte die Teilnehmer in die Filmwerkstätten verschiedensten Ausmaßes und beanspruchte alle Teilnehmer täglich von 8 Uhr bis in die späten Abendstunden, so daß es am Schlusse feststand, daß eine Verlängerung der Lehrgänge unumgänglich wurde, zumal damit eine größere Sicherheit im Technischen erreicht werden konnte.

Der nächste Lehrgang im Oktober dauerte bereits vier Wochen. Es sind dann im Laufe der Jahre zwei Formen entwickelt worden, die geschlossenen Lehrgänge von fünf Wochen mit einer Arbeitsleistung von rund 220 bis 240 Stunden, und die Halbjahrskurse, die sich über 28 bis 32 Wochen erstreckten, wöchentlich ein- bis zweimal 5 bis 6 Stunden, insgesamt 180 bis 200 Stunden, in Anspruch nahmen.

Dazu sind bei diesen Lehrgängen meist noch Besichtigungen und Übungen gekommen. Die geschlossenen Lehrgänge dienten in

der Hauptsache der Ausbildung Auswärtiger, die Halbjahrsurse wurden von Berliner Lehrenden besucht, oder auch von solchen, die im Verkehrsbereich von Berlin wohnten. Zwei Sonderlehrgänge fanden für Jugendpflege bzw. für in der Jugendpflege Tätige auf Veranlassung des Hauptausschusses für Leibesübungen und Jugendpflege statt.

In allen Lehrgängen wurde gleichmäßig Wert auf Lichtbild und Filmarbeit gelegt, auf Kennenlernen des Lehr- und des Spielfilms und auf Gewinnung eines unabhängigen Urteils über die Gesamtarbeit.

Der Versuch, neben den Lehrgängen für die Vorführung auch solche für die Aufnahme, zunächst von Stehbildern, zu veranstalten, und zu diesem Zwecke eine photographische Abteilung einzurichten, wurde bereits 1921 gemacht. Er mußte im Frühjahr 1922 aufgegeben und konnte erst 1927 erneut aufgenommen werden. Zunächst wurde einem geschlossenen Lehrgang als freiwillig zu besuchendem Nebenkursus ein Photo-Kursus versuchsweise angefügt. Ihm folgten seit Herbst 1927 zwei Parallellehrgänge.

Seit dem Herbst 1927 konnte der Mikroprojektion in allen Lehrgängen Raum gewährt werden.

Die Ausbildungsarbeit hat lange unter besonderen Schwierigkeiten gelitten. Raumnot, Mangel an elektrischem Strom, nicht immer freudwillig gewährter Einblick in technische Neuheiten, natürlich auch Geldnöte haben den Ausbau lange gehindert. Die Schulverwaltung half mit der Hergabe von Räumen im Freiherr vom Stein-Lyzeum in Wilmersdorf weiter. Dort gab es neue Hemmnisse in mehrfachem Umzug innerhalb des Hauses, so daß trotz fester Unterkunft des Film-Seminars Raumnot, Behelfsmäßigkeit, Unsicherheit jeden einzelnen Lehrgang hemmten und manche Summe Geldes der Neuinstallation geopfert werden mußte, die dem Ausbau dienen sollte. Der technische Leiter des Film-Seminars, Herr Lehrer Schäde, hat die Schwierigkeiten zu überwinden gewußt und trotz aller Nöte neben der Ausbildung hier noch die technische Beratung der Schulen und der Schuldeputation in allen Apparatefragen durchgeführt.

Die ständige Raumnot der Film- und Bildarbeitsgemeinschaft veranlaßte schließlich die städtische Schulverwaltung, dem Film-Seminar im Neubau des Kleist-Lyzeums ausreichenden Raum zu gewähren. Als Zwischenlösung überwies sie den Flügel des Schulgrundstücks Lütticher Straße 4, den bisher die 6. Gemeindeschule eingenommen hatte, so daß nun seit dem 1. April 1927 neun Klassen und vier kleinere Räume zur Verfügung stehen, die die besonders lebhafteste Ausbildungsarbeit des Jahres 1927 ermöglichten.

Die Sammlung der Nachrichten über in Deutschland befindliche Filme aller Art umfaßt zur Zeit rund 18000 Nachweiskarten, zugehörige Beurteilungen aus den verschiedensten Quellen, ferner Vorträge, Werbedrucke, Zensurkarten. Ein Teil der Sammelarbeit hat seinen Ausdruck im Gesamtverzeichnis deutscher Filme gefunden, von dem der erste Teil der Grundaussgabe „Lehrfilme“ mit 7000 Filmen vorgelegt wurde, zu denen weitere 1600 im ersten

Nachtrag kommen. Die Verzeichnisse der Spielfilme, der Jugendfilme und der Lichtbilder sind gleichfalls in Arbeit. Alle diese Arbeiten wären nicht möglich gewesen, wenn nicht die Schulverwaltung immer erneut erhebliche Summen zur Verfügung gestellt hätte.

Diese Sammlungen dienen naturgemäß nicht nur als Grundlage für regelmäßige Veröffentlichungen, sondern in der Hauptsache dem täglichen Bedarf an schriftlicher und mündlicher Beratung, die aus dem Ausbau des Berliner Schulkinowesens, der Schulkinogemeinden und des städtischen Filmarchivs sich ergibt.

Aus den oben erwähnten Versuchen haben sich inzwischen an 50 Arbeitsstellen verschiedensten Umfanges (von der Einzelschule bis zu Schulkinogemeinden mit 25 Schulen) in Berliner Schulen entwickelt. Sie unterscheiden sich untereinander in der Rechtsform — vom Privatbesitz über eingetragenen und nicht eingetragenen Verein G. m. b. H. zum Gemeindebesitz — im Zweck und in der unterschiedlichen Intensität in der Aufeinanderfolge der Vorführungen.

Die Film- und Bildarbeitsgemeinschaft, selbst eine Gruppe des Berliner Lehrervereins, hat auch die Zusammenarbeit mit den anderen Gemeinschaften des Berliner Lehrervereins stets gepflegt. Mit der Heimatkundlichen Vereinigung, mit der für Naturkunde, für werktätige Erziehung, für Zeichenunterricht sind seit Jahren gemeinsame Wege gegangen worden, besonders dann, wenn Lichtbild oder Film einer Gemeinschaft dienstbar zu machen waren. Nur ein Teil der Gemeinschaftsarbeit kann allen gleichzeitig und regelmäßig sichtbar gemacht werden, das ist die Pflege kritischer Bild- und Filmkunde. Seit Anfang der Tätigkeit ist darauf erheblicher Wert gelegt worden, einmal, um den Teilnehmern Gelegenheit zum Kennenlernen von Filmen, Bildreihen, technischen Erneuerungen, Vorträgen und Vortragenden zu geben, zum anderen, um eine gewisse Gleichmäßigkeit in möglichst ernstem Urteil zu erzielen. Beide Aufgaben waren nicht immer leicht zu erfüllen. Unsicherheit im Erreichen der Filme, dann wieder Überfülle des Angebotes, wirtschaftliche Absichten, Auswahlnotwendigkeiten für die Gestaltung der Schulkinoarbeitspläne auf der einen Seite, und auf der anderen Seite die Absicht, in größerem Zusammenhang gewisse Filmtypen in Übersichten kennen zu lernen: z. B. Geschichtsfilme, Spielfilme nach Dramen oder nach Romanen oder nach sonstigen Kunstwerken, lagen ständig im Widerstreit, so daß oft nur in sechs- bis siebenstündigen Sitzungen an den Versammlungstagen das Pensum erledigt werden konnte.

Aus beiden Tätigkeitsgebieten sind schließlich Archivanfänge erwachsen, das Filmarchiv der Stadt Berlin und eine kleine Ergänzungssammlung zum städtischen Lichtbildarchiv. Das Filmarchiv — Eigentum der Stadt — befindet sich in der Verwaltung der Gemeinschaft und hat die Aufgabe, den Schulkinoeinrichtungen solche Filme kostenlos zur Verfügung zu stellen, die dem Unterricht dienen sollen und können. Bis jetzt sind 33 000 Meter Filme angekauft worden. Die regelmäßigen Sitzungen der Schulkinoleiter sind zu einem Teil diesem Archiv gewidmet.

Die mehrfach erwähnten regelmäßigen Zusammenkünfte arbeiten ferner, wenigstens die Gruppe der Schulkinoleiter, an der Regelung organisatorischer und wirtschaftlicher Aufgaben, als deren Zentrale die Bestell-Anstalt dient.

Die Darstellung der Ergebnisse der Gesamtarbeit, Austausch der Berliner Erfahrungen mit denen anderer Stellen des gesamtdeutschen Arbeitsgebietes erfolgt im Bildwart, einer Zeitschrift, die ihre Entstehung auf die Tätigkeit der Berliner Arbeitsgemeinschaft zurückführen kann, in deren Auftrag sie zunächst als kleine Monatschrift unter dem Namen „Das Bildspiel“ erschien. Im Zusammengehen mit anderen Zeitschriften ähnlicher Zweckbestimmung entwickelte sie sich zum Bildwart, der schließlich aus dem Selbstverlag über den Münchener Verlag Kösel & Pustet in den Verlag der Bildwart-Verlags-Genossenschaft überging. Dort sind dann die Bildwart-Flugschriften und die Bildwart-Bücher begonnen worden, Erscheinungen mit dem Zweck, die Ergebnisse der Arbeit festzuhalten. Zur Zeit liegen neu Flugschriften und drei Bildwart-Bücher vor. Naturgemäß sind alle diese Arbeiten Zuschußunternehmungen gewesen, die nur durch ehrenamtliches Mittun sich haben tragen lassen.

Vertreter der Gemeinschaft sind seit langem an den Arbeiten der Filmprüfstelle Berlin und der Filmoberprüfstelle beteiligt, ebenso an der Tätigkeit der Gutachter-Ausschüsse der Bildstelle des Zentral-Institutes für Erziehung und Unterricht.

Die Arbeitsgemeinschaft, unter dem Vorsitz des Volksschullehrers Walter Günther, hat in den sieben Jahren ihres Bestehens sich bemüht, Beiträge zur Lösung des Lichtbild- und Filmunterrichts zu liefern. Sie ist dabei vom Selbstbelehren und Selbstfortbilden zur Erfüllung von Aufgaben gekommen, die zunächst nicht als dringlich angesehen wurden. Sie hat dabei ihre Mitglieder zu Mitarbeitern machen können. Sie hat bei ihrem Ausbau immer mit zwei Grundlagen rechnen können: mit der freudigen Mitarbeit ihrer Glieder und mit der Unterstützung der Schulverwaltung, die ihr Raum und Mittel gab und Hilfe dadurch gewährte, daß sie den Vorsitzenden und manche Mitarbeiter ganz, manche anderen mit 12 und 18 Stunden wöchentlich beurlaubte.

Vom April des Jahres 1928 ab hat die Schuldeputation das Filmseminar, das ja trotz seines privaten Charakters stets in nennenswerter Weise von der Stadt unterstützt worden war, als städtische Einrichtung mit einem erstmaligen Jahresetat von rund 100 000 RM. übernommen.

Zum Direktor wurde der langjährige Leiter der Film- und Bildarbeitsgemeinschaft, Herr Lehrer Günther, bestellt. Der Film-schule angegliedert ist das Filmarchiv der Stadt.

Über das Gebäude, das für dieses Filmseminar bereitgestellt werden soll, ist in dem Abschnitt über die Neubauten näheres berichtet.

Planetarium.

In etwas losem Zusammenhang mit den Lichtbild- und Filmvorführungen vor Berliner Schülern sei noch auf eine andere Bildungsmöglichkeit hingewiesen, die sich den städtischen Schulen durch die im November 1926 erfolgte Eröffnung des Planetariums der Stadt Berlin bot. Denn dieses herrliche Planetarium steht durch Magistratsbeschluß den Schulen zu geschlossenen Sondervorführungen an Werktagvormittagen unentgeltlich zur Verfügung. Es finden wochentäglich drei bis vier Vorführungen statt, an denen etwa 1200 bis 1600 Schüler teilnehmen.

Der Schulbesuch ist so geregelt, daß zu einer Vorführung nur Schüler eines bestimmten Alters und einer einheitlichen Vorbildung eingeladen werden, und zwar getrennt nach folgenden Bildungsstufen:

- a) Oberstufe der höheren Lehranstalten,
- b) Mittelstufe der höheren Lehranstalten und
- c) Obere 3 bzw. 4 Klassen der Volks-, Hilfs- und Sonderschulen.

Das Planetarium ist von den oberen Stufen aller höheren Lehranstalten im Durchschnitt zweimal jährlich, von den anderen Bildungsstufen einmal jährlich besucht worden.

Der Inhalt der Vorträge hat sich bisher an die für die Öffentlichkeit bestimmten Abendvorführungen angelehnt. Im Laufe des Jahres 1927 wurden folgende Themen behandelt:

- a) Der Sternhimmel der Heimat,
- b) Der Sternhimmel auf der Reise von Berlin nach dem Äquator und
- c) Im Reiche der Mitternachtssonne.

Die Themen für die Schulvorführungen sind dem Alter und Verständnis der Schüler entsprechend umgearbeitet worden, und zwar hat jeder dieser drei Vorträge für die obengenannten Bildungsstufen besondere Fassungen erhalten.

Neben den genannten geschlossenen Vorführungen hat das Planetarium im Rahmen der öffentlichen Nachmittagsvorführungen einen Kursus über die Einführung in die Astronomie abgehalten, der besonders auf das Verständnis der Schüler zugeschnitten war und auch erfreulicherweise so stark von Schülern besucht worden ist, daß sich bereits die Notwendigkeit einer Wiederholung ergeben hat.

Zu bemerken ist noch, daß der Schulbesuch zu den geschlossenen Vorführungen kostenlos erfolgt, jedoch auch im Rahmen der öffentlichen Vorführungen zu ganz ermäßigten Preisen — 30 Pfennig je Person — ermöglicht wird.

Schulgesundheitspflege und ihre Grenzgebiete.

Entwicklung der Schulgesundheitspflege in Berlin.

Die Schulgesundheitspflege bietet die einzigartige Möglichkeit, sämtliche Angehörige einer Altersgruppe mit wenigen Ausnahmen ärztlich zu untersuchen und laufend zu überwachen.

Die Schulgesundheitspflege kann hierdurch in vieler Hinsicht eine entscheidende Bedeutung für Grad und Dauer der gesundheitlichen Leistungsfähigkeit der Bevölkerung erhalten und wird infolgedessen heute als das Kernstück der praktischen sozialen Hygiene — der Gesundheitsfürsorge — betrachtet.

Im Laufe der letzten Jahrzehnte ist ferner die Schulgesundheitspflege auch von der Lehrerschaft, die ihr ursprünglich vielfach nicht ohne Mißtrauen, ja Ablehnung gegenüberstand, als bedeutungsvolle Grundlage für eine erfolgreiche Bildungsarbeit erkannt worden. Andererseits haben auch die Instanzen der Schulgesundheitspflege stärker erkannt, daß sie ihre gesundheitlichen Ziele nicht ohne Beteiligung der Lehrerschaft erreichen können. Endlich stellte die außerordentliche Kindernot der Nachkriegszeit die Öffentlichkeit vor Probleme, die ohne geordnete Schulgesundheitspflege nicht gelöst werden konnten. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit und dem Werte einer ausreichenden Schulgesundheitspflege hat sich nunmehr in weiten Kreisen durchgesetzt.

Da die Schulgesundheitspflege in Preußen — wie übrigens auch in den meisten Ländern des Deutschen Reiches — gesetzlich noch nicht fixiert ist, so konnte sie in Organisation und Arbeitsziel verhältnismäßig leicht dem Stande der Erkenntnis und den Bedürfnissen der sozialen Lage angepaßt werden.

Dementsprechend zeigte auch die Schulgesundheitspflege in dem letzten Jahrzehnt, besonders auch in Berlin, lebhafte Entwicklung, die dadurch noch besonders verstärkt wurde, daß nach der Bildung von Groß-Berlin die notwendige Vereinheitlichung der Schulgesundheitspflege der ehemaligen Einzelgemeinden vorgenommen werden mußte, die eine gründliche grundsätzliche Durcharbeitung aller Probleme der Schulgesundheitspflege und ihrer Grenzgebiete nötig machte.

Die Einrichtungen der Schulgesundheitspflege waren beim Inkrafttreten des Gesetzes „Groß-Berlin“ in den bisher selbständigen Ortsteilen außerordentlich verschieden.

Als Organe der Schulgesundheitspflege standen z. B. in Spandau, Schöneberg, Lichtenberg, Pankow und Reinickendorf hauptamtliche Schulärzte zur Verfügung. In Berlin, Charlottenburg und Wilmersdorf waren die Schulärzte nur im Nebenamte tätig, in Steglitz, Neukölln und Treptow waren sowohl hauptamtliche wie nebenamtliche Schulärzte vorhanden.

Auch dort, wo die Schulgesundheitspflege in der Hand von hauptamtlichen Ärzten lag, bestanden Unterschiede, da teilweise die betreffenden Ärzte neben der Schulgesundheitspflege noch andere Zweige der Gesundheitsfürsorge zu versehen hatten. Außerdem war die Versorgung der einzelnen Schularten ganz ungleich. Nur in wenigen Ortsteilen waren die höheren bzw. die Berufsschulen in die schulärztliche Tätigkeit einbezogen. Überwiegend beschränkte sich diese auf die Volksschulen. Schulgesundheitspflege für staatliche oder private Schulen bestand fast nirgends.

Auch die dem Schularzt gestellten Aufgaben waren völlig ungleich. Als besonders hoch entwickelt galt die Arbeit in Charlottenburg, wo sämtliche Schulbesucher alle Jahre mindestens einmal vom Schularzt untersucht wurden. Demgegenüber stand das Alt-Berliner System, wo man sich auf die Untersuchung der Schulanfänger und der zur Schulentlassung kommenden Kinder beschränkte. Die Arbeit in den übrigen Ortsteilen zeigte die verschiedenartigen Abstufungen. Gänzlich verschieden war auch das Aufgabengebiet der Schulärzte hinsichtlich der Überwachung gefährdeter Schulkinder und bei der Beseitigung bestehender Leiden. Auch die räumliche und instrumentale Ausstattung der Schulärzte zeigte die größten Abweichungen. Teilweise übten die Schulärzte ihre Tätigkeit völlig behelfsmäßig in Klassenzimmern, Zeichensälen, Aulen u. a. aus oder hielten ihre schulärztlichen Sprechstunden — fast patriarchalisch — in ihren Privatsprechstunden ab. In Gegensatz hierzu war in Charlottenburg für jede Doppelschule ein schulärztliches Arbeitszimmer vorhanden.

Den geschilderten Unterschieden entsprachen große Abweichungen in der Zahl der von einer schulärztlichen Arbeitseinheit zu versorgenden Schulkinder.

Auch Zahl, Vorbildung und Aufgabenkreis der Gehilfinnen des Schularztes, der Schulfürsorgerinnen (Schulschwestern), ohne die heute eine geordnete Schulgesundheitspflege undenkbar ist, waren völlig ungleich. Die Zahl der von einer Schulfürsorgerin zu betreuenden Schulkinder schwankte zwischen 2000 und mehr als 10 000. Vielfach waren den Schulfürsorgerinnen auch Aufgaben aus anderen Arbeitsgebieten zugewiesen, die sie ihrer Haupttätigkeit entzogen.

Dem Unterschied in der Organisation und in dem Aufgabenkreis entsprachen große und grundsätzlich bedeutungsvolle Unterschiede in der Eingliederung der Schulgesundheitspflege in die Ver-

waltung. Sie lag teils bei der Schulverwaltung, teils beim Jugendamt, teils beim Gesundheitsamt.

Die Verschiedenartigkeit auf dem Gebiete der Schulgesundheitspflege war also überraschend groß und dabei sowohl die Intensität wie die Technik der Arbeit zum Teil wesentlich unter dem Niveau fortgeschrittener Mittelstädte.

Eine Vereinheitlichung der Arbeit ist nur durch das Gesetz Groß-Berlin möglich geworden, das auf diesem Gebiete seine Notwendigkeit und seinen Nutzen erwiesen hat. Die Durchführung dieser Aufgabe ist freilich außerordentlich schwierig gewesen. Neben Fragen grundsätzlicher Art spielte hierbei auch die Abneigung der neuen Ortsteile, sich von vielleicht nicht vollwertigen, aber durch die Gewohnheit liebgewordenen Einrichtungen zu trennen, eine erhebliche Rolle. Hierzu kam die große Finanzkalamität. Endlich aber berührt die Schulgesundheitspflege in ihrer neuzeitlichen Entwicklung vielfach sehr stark die Interessensphären der freitätigen Ärzteschaft, die ihre Wünsche während der Neuorganisation in eindringlicher Weise zu Gehör brachte, was schwierige und langwierige Verhandlungen erforderlich machte. Die Vereinheitlichung der Schulgesundheitspflege konnte daher nur schrittweise durchgeführt werden.

Die Einleitung zur Umstellung brachte am 30. Juni 1921 einen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, durch den für Alt-Berlin über die Zahl der bisherigen nebenamtlichen Schulärzte hinaus acht hauptamtliche Schulärzte bewilligt wurden. In diesem Beschluß wurde festgelegt, daß in Zukunft allgemein an Stelle der nebenamtlichen Schulärzte hauptamtliche treten sollten. Nur mit Rücksicht auf die langjährigen Dienste und die teilweise bedrängte wirtschaftliche Lage der nebenamtlichen Ärzte wurde davon abgesehen, die Umstellung sofort restlos zu vollziehen. Wenn auch die Nöte der Inflationszeit die schnelle Durchführung dieses Beschlusses zunächst unmöglich machten, so hatte sich Berlin hiermit doch wenigstens eindeutig zu dem Grundsatz bekannt, daß die Schulgesundheitspflege — bei aller Anerkennung der jahrelangen Pionierarbeit der nebenamtlichen Ärzte — eine Spezialaufgabe geworden sei, die auf die Dauer nur von Ärzten erfüllt werden könne, die eine spezielle Vorbildung besitzen und diese durch ausschließliche oder überwiegende Beschäftigung mit der Schulgesundheitspflege ständig auf der Höhe halten. Endlich wurde als Vorteil für den geordneten Schulbetrieb angesehen, daß beim hauptamtlichen Schularztsystem auch zeitliche Kollisionen der Pflichten des freitätigen Arztes mit denen des Schularztes ausgeschlossen sind.

Die Zahl der von einem hauptamtlichen Schularzte zu betreuenden Kinder wurde in der genannten Vorlage auf 8000 bis 9000 festgesetzt.

Den zweiten grundsätzlichen Schritt zur Vereinheitlichung bedeutete die Satzung für das Gesundheitswesen der Stadt Berlin vom

28. Nov.

20. Dez. 1923.

Durch diese Satzung wurde endgültig entschieden, daß die Schulgesundheitspflege in Berlin zur Gesundheitsverwaltung gehört.

Es war außerordentlich bedeutungsvoll, daß dieser richtunggebende Beschluß in voller Übereinstimmung mit der Bezirksschuldeputation I—VI zustande kam, die nunmehr die bisher zu ihrem Amtsbereiche gehörenden Schulärzte und Schulschwestern Alt-Berlins an das Hauptgesundheitsamt abgab.

Hiermit war auch für Berlin anerkannt, daß die Schulgesundheitspflege ein integrierender Bestandteil des Gesundheitswesens ist, der nur im engen Zusammenhang mit den übrigen Zweigen des Gesundheitswesens erfolgreich betrieben werden kann.

Da hierbei die Ansichten des Hauptgesundheitsamtes und der Schulverwaltung erfreulicherweise völlig übereinstimmten, war es möglich, die Herauslösung der Schulgesundheitspflege aus der Schulverwaltung vorzunehmen, ohne daß der dringend nötige Kontakt der Schule auch nur vorübergehend gestört wurde.

Es war nur eine Konsequenz der grundsätzlichen Einstellung, daß die Schulgesundheitspflege erfolgreich nur im Zusammenhange mit übrigen Einrichtungen der sozialen Hygiene betrieben werden könne, daß das Hauptgesundheitsamt die übernommene Schulgesundheitspflege auf die Bezirksämter I—VI verteilte, da diesen bereits durch die Satzung die Durchführung der Schulgesundheitsfürsorge übertragen war.

Die Bestrebungen aber, zu einer wirklich einheitlichen Schulgesundheitspflege in Groß-Berlin zu kommen, scheiterten zunächst. Zwar wurden eingehende Richtlinien aufgestellt, aber es gelang aus Gründen, die in der Organisation Groß-Berlins überhaupt lagen, nicht, den Erlaß derselben als „Grundsätze“ zu erreichen.

So wurden diese Richtlinien wenigstens für den Bereich der Bezirksämter I—VI (noch vor der Dezentralisation der Schulgesundheitspflege auf diese Bezirksämter) mit dem 24. September 1923 eingeführt.

Für die übrigen Bezirksämter verblieb es bei einer „Empfehlung“ der Einführung.

Von grundsätzlicher Bedeutung war es, daß durch diese Richtlinien — wenigstens für ihren Geltungsbereich — die schulärztliche Versorgung aller städtischen höheren und Mittelschulen eingeführt wurde.

Die Maßnahmen zu einer Vereinheitlichung der Schulgesundheitspflege kamen damit zunächst zum Stillstand. Den einzigen Fortschritt stellte nur die gelegentlich hier und da freiwillig erfolgende Einführung der erwähnten Richtlinien bei einzelnen Bezirksämtern dar.

Besonders bedauerlich war, daß infolgedessen mangels gleichmäßiger Gewinnung des Materials eine einheitliche Berichterstattung über die Berliner Schulgesundheitspflege unmöglich war und infolgedessen bis in die neueste Zeit nur Ausschnitte gegeben werden konnten.

Die entscheidende Änderung in der Entwicklung führte erst der neue Stadtmedizinalrat Professor von Drigalski herbei.

Er machte am 30. April 1926 nach langen und schwierigen Verhandlungen mit den Bezirksämtern und der Berliner Ärzteschaft der Gesundheitsdeputation eine Vorlage, die die bestehende Uneinheitlichkeit mit einem Schlage beseitigen sollte.

Der Vorlage waren beigelegt:

- a) Grundsätze, betreffend die Durchführung der Schulgesundheitspflege in Berlin und für die Tätigkeit der Schulärzte,
- b) Richtlinien über die Einrichtung und Ausstattung von Schularztsprechzimmern.

Hierdurch wurde u. a. der sofortige Übergang zum reinen hauptamtlichen System für Groß-Berlin gefordert und den Schulärzten und Schulfürsorgerinnen einheitliche Aufgaben gestellt und einheitlich ausgestattete Diensträume für diese bereitgestellt.

- c) Bestimmungen für eine Entschädigung der durch die Umstellung plötzlich zum Ausscheiden kommenden nebenamtlichen Schulärzte.

Ferner waren beigelegt Muster für einheitliche Formulare und einheitliche Berichterstattung, durch die die nach Hunderten zählenden Vordrucke, die von den Bezirksämtern benutzt wurden, endlich beseitigt werden sollten. Die Durchbringung der Vorlage hat mancherlei Schwierigkeiten gemacht. Erst am 23. September 1926 bzw. 10. Februar 1927 sind die städtischen Körperschaften ihr endgültig beigetreten.

Die Ausschreibungen, Wahlen u. a. erforderten weitere Zeit, so daß die gesamte Umstellung erst jetzt als beendet bezeichnet werden kann. Seit dem 1. April 1928 besitzt also Groß-Berlin endlich die lange erstrebte einheitliche Schulgesundheitspflege.

Neuorganisation der Schulgesundheitspflege.

Ich gelange nunmehr zur Besprechung verschiedener Einzelheiten der Neuorganisation, denen meines Erachtens grundsätzliche Bedeutung zukommt.

Die Durchführung der Schulgesundheitspflege ist Sache der Verwaltungsbezirke. Verwaltungsmäßig gehört die Schulgesundheitspflege zum Gesundheitswesen — Gesundheitsämter —, die Organe der Schulgesundheitspflege unterstehen dem Stadtärzte.

Die Schulgesundheitspflege soll durch Überwachung aller Schulkinder und Einrichtungen der Schule dafür Sorge tragen, daß Gesundheitsschädigungen der Kinder vorgebeugt und vorhandene Gesundheitsschäden beseitigt werden. Außer der Schultätigkeit ist auch die häusliche Umgebung des Kindes zu berücksichtigen. Schulgesundheitspflege wird an sämtlichen städtischen Volks-, Mittel- und

höheren Schulen ausgeübt. Eine schulärztliche Versorgung der Fach- und Berufsschulen besteht zur Zeit noch nicht. Nur soweit die früheren Einzelgemeinden eine solche Versorgung hatten, wird sie weitergeführt. Die Schulgesundheitspflege wird grundsätzlich nur durch hauptamtliche Schulärzte betrieben. Die bisherigen nebenamtlichen Schulärzte sind bis zum 1. April 1928 durch hauptamtliche Schulärzte ersetzt. Nur in wenigen räumlich ausgedehnten und dünn bevölkerten Ortsteilen werden noch einige nebenamtliche Schulärzte verbleiben.

Die hauptamtlichen Schulärzte sollen sich ausschließlich oder doch überwiegend der Schulgesundheitspflege widmen. Berlin hat sich damit dem besonders in Rheinland-Westfalen weit verbreiteten System der Bezirksfürsorgeärzte, bei dem die Stadt in eine Reihe von Bezirken eingeteilt wird und für jeden Bezirk ein hauptamtlicher Arzt angestellt wird, der im wesentlichen alle Zweige der Gesundheitsfürsorge zu bearbeiten hat, nicht angeschlossen. Der beschrittene Weg der absoluten Spezialisierung bietet zweifellos die Gefahr der Einseitigkeit. Es wird deswegen in Zukunft die planmäßige amtliche Fortbildung der Schulärzte besonders gepflegt werden müssen. Hierbei wird unter Umständen auch das in anderen ärztlichen Berufszweigen bereits erprobte Verfahren der zeitweiligen Abordnung der Schulärzte in andere Arbeitsgebiete des Gesundheitswesens ernstlich in Betracht zu ziehen sein.

Als Spezialvorbildung für die Schulärzte wird besonders auf den Besuch einer sozialhygienischen Akademie und auf entsprechende Vorbildung in der Kinderheilkunde und in Fragen der Seuchenbekämpfung Wert gelegt. Vom Schularzt wird erwartet, daß er neben seinem Spezialfach sich auch über die Gesundheits- und Sozialpolitik laufend unterrichtet.

Jeder Schularzt soll ca. 6000 Schulkinder versorgen. Diese Versorgungszahl ist günstig. Sie stellt Berlin mit an die erste Stelle im Reich. Natürlich kann eine Versorgungszahl nur am Umfang der gestellten Aufgaben beurteilt werden, die anschließend besprochen werden sollen. Es kann aber hier schon vorweggesagt werden, daß sich, auch gemessen an den gestellten Aufgaben, an dem Urteil über die Versorgungszahl nichts ändern kann. Wenn also insbesondere in ausländischen Städten hier und da eine geringere Versorgungszahl besteht, so ist dies darauf zurückzuführen, daß dem Schularzt wesentlich weitergehende Aufgaben gestellt sind (z. B. Behandlungsaufgaben, für deren Erledigung bei uns andere Ärzte eingesetzt werden.)

Jedem hauptamtlichen Schularzt werden zwei Schulfürsorgerinnen zur Verfügung gestellt (den verbleibenden nebenamtlichen Schulärzten entsprechend). Diese sollen die Prüfung als Gesundheitsfürsorgerinnen (Wohlfahrtspflegerinnen mit Hauptfach Gesundheitsfürsorge) abgelegt haben. Die Fürsorgerinnen üben ihre Tätigkeit nur nach Anweisung des Schularztes aus. Für enge Zusammenarbeit mit den Organen der Jugendwohlfahrt und der allgemeinen Wohlfahrt ist Sorge getragen.

Berlin hat sich also bewußt zum System der gesundheitlichen Spezialfürsorge bekannt. Die an manchen Orten aufgetretenen Bestrebungen für entspezialisierende Zusammenfassung aller Fürsorgegebiete (allgemeine Wohlfahrt, Jugendwohlfahrt und Gesundheitspflege), und Ausübung derselben durch eine und dieselbe Fürsorgerin (die sogenannte Familienfürsorgerin), die nur auf Kosten der Arbeit auf sozialhygienischem Gebiete erfolgen kann, sind damit für Berlin erfreulicherweise abgelehnt.

Auch das rheinisch-westfälische System der Familiengesundheitsfürsorge (Beschränkung der Zusammenfassung nur auf die Zweige der Gesundheitsfürsorge und bezirksweise Ausübung derselben durch die gleiche Fürsorgerin) ist nicht gewählt worden, da es nur dann als zweckmäßig betrachtet werden kann, wenn gleichzeitig das System der Bezirksfürsorgeärzte (s. oben) besteht.

Die große Gefahr, daß zugunsten einer rein äußerlichen Einheitlichkeit die notwendige Einheit der ärztlichen und sozialhygienischen Betreuung zerrüttet wird, ist also in Berlin vermieden. Der Durchführung der schulärztlichen Aufgaben dienen zunächst die sogenannten Reihenuntersuchungen, bei denen die Insassen bestimmter Klassen sämtlich, ohne Rücksicht darauf, ob sie einer Krankheit verdächtig sind oder nicht, eingehend untersucht werden. Diese Reihenuntersuchungen sollen stattfinden in den Volksschulen bei der Einschulung, in der 6., 4. und 2. Klasse und bei der Entlassung.

In den Real- und Mädchenmittelschulen bei der Einschulung in die 6. Klasse, ferner in der 4. und 2. Klasse und bei der Entlassung.

In den Lyzeen bei der Einschulung in die 6. Klasse, ferner in der 4. und 2. Klasse und bei der Entlassung. In den Gymnasien,

Realgymnasien, und Oberrealschulen bei der Einschulung in die Sexta, ferner in der Untertertia, Untersekunda und bei der Entlassung. Die Reihenuntersuchungen werden demnach in etwa zweijährigen Abständen vorgenommen.

Das Charlottenburger System der einjährigen Wiederholung der Reihenuntersuchung ist also nicht zur allgemeinen Einführung gelangt. Grund hierfür war, daß der Effekt so häufiger Reihenuntersuchungen nach weit verbreiteter Anschauung, die neuerdings auch von Schnell-Halle



Beim Schularzt: Reihenuntersuchung

betont wird, in keinem Verhältnis zu den Kosten steht. Dafür wird nach den neuen Grundsätzen eine intensivere Überwachung der bei den Reihenuntersuchungen oder sonstigen Gelegenheiten als krank oder krankheitsverdächtig befundenen Schulkinder gefordert.



Beim Schularzt: Vorbereitung durch die Schulfürsorgerin.

Diese sollen so oft als nötig, mindestens aber halbjährlich nachuntersucht werden.

Besonderer Wert wird auf die schulärztlichen Sprechstunden gelegt. Hierbei ist als wichtige Neuerung zu erwähnen, daß die bisher in Berlin und auch heute noch in vielen Teilen Deutschlands geradezu als Dogma geltende Bestimmung, daß die Tätigkeit in

diesen Sprechstunden ausschließlich eine beratende sein solle, und jede Behandlung verboten sei, verlassen worden ist.

Zwar soll auch in Zukunft, zur Vermeidung einer Schädigung der Fürsorgeaufgaben, die Tätigkeit des Schularztes im allgemeinen eine beratende bleiben. Darüber hinaus soll aber der Schularzt berechtigt und verpflichtet sein, dann, soweit dies technisch möglich, die erforderlichen Behandlungsmaßnahmen selbst durchzuführen, wenn die Behandlung der Kinder anderweitig nicht sichergestellt ist. Durch die neuen Bestimmungen wird auf der einen Seite die Gefahr, daß die schulärztliche Sprechstunde zum Schaden der sozialhygienischen Aufgaben eine Art Poliklinik wird, vermieden. Andererseits aber wird der Schularzt von mancherlei Konflikten und Schwierigkeiten befreit, die sich zum Teil, aus der Flüssigkeit der Grenzen zwischen vorbeugender und Heilbehandlung ergeben und die Beseitigung vorgefundener Leiden (besonders auch in sogenannten Bagatellefällen) rationalisiert.

Die Neuerung ist in Lehrerkreisen vielfach mit großem Beifall aufgenommen worden. Gewisse Schwierigkeiten bestehen noch mit der allgemeinen Ärzteschaft. Es darf aber wohl auf eine baldige Überwindung derselben gerechnet werden, da die neue Bestimmung den Interessen der Volksgesundheit dient und nicht befürchtet zu werden braucht, daß die Behandlung durch Schulärzte einen Umfang annimmt, der die Erhaltung eines zahlenmäßig ausreichenden und leistungsfähigen Ärztestandes gefährdet.

Für die Niederlegung der Befunde ist ein einheitlicher Schulgesundheitschein eingeführt, der die Grundlage der schulärztlichen Arbeit und insbesondere auch der schulärztlichen Überwachung bilden soll. Die Aufbewahrung des Schulgesundheitscheines geschieht in den Diensträumen des Schularztes. Hierdurch wird erreicht, daß der Schulgesundheitschein, was sehr wesentlich ist, auch bei den Untersuchungen in den Sprechstunden zur Stelle ist. In dem Schulgesundheitschein werden auch in Zukunft die Ergebnisse der Ermittlungen der Schulfürsorgerinnen eingetragen.

Ärztliche und fürsorgerische Befunde sind also nunmehr in einem Schein vereinigt und dadurch die Erweiterung der medizinischen zur sozialhygienischen Diagnose wesentlich erleichtert.

Die Schulgesundheitscheine sind als Kartothekkarten gestaltet und werden in Kartotheken, die nach den Grundsätzen moderner Bureauorganisation aufgebaut sind, zusammengefaßt.

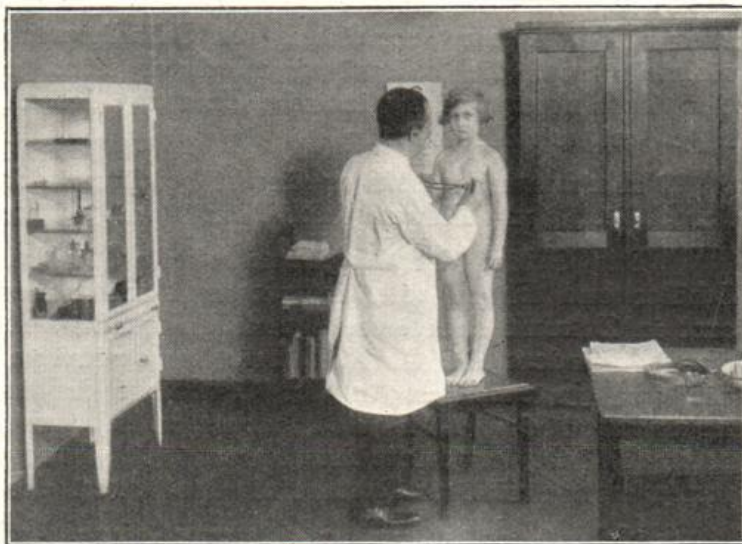
Durch Verwendung eines Reitersystems, wie es vielfach im Handel usw. — z. B. zu Kundenkontrollen verwandt wird — ersetzt die Kartothek den Terminkalender usw. und ermöglicht in einfacher und sicherer Weise die Kontrolle der jeweils fälligen Arbeiten.

Die Lehrerschaft hat die Tatsache, daß die Schulgesundheitscheine nicht mehr, wie es vielfach früher geschah, in den Schulklassen aufbewahrt werden, bedauert, weil sie hierin den Verlust eines auch für die pädagogische Beurteilung und Behandlung des Kindes wichtigen Materials sah.

Es ist deshalb ein sogenannter Befundschein geschaffen worden, der vom Schularzt bzw. der Schulfürsorgerin für jedes Kind angelegt werden soll, bei dem irgendwelche für die Arbeit des Lehrers wichtige Befunde gemacht worden sind.

Diese Befundscheine verbleiben in den Klassen.

Sie werden dem Lehrer weit bessere Dienste leisten können, als die bisherigen für ihn nicht immer ohne weiteres verständlichen Spezialnotizen des Schularztes im Schulgesundheitschein. Reihenuntersuchungen, Überwachungsmaßnahmen und



Beim Schularzt: Untersuchung durch den Schularzt

schulärztliche Sprechstunden sind die Grundlagen der Arbeit des Schularztes. Der Erfolg der Maßnahmen soll aber nicht gemessen werden an statistischen Feststellungen, wieviel Kinder hierbei als krank, krankheitsverdächtig oder gesund befunden worden sind. Die von der Öffentlichkeit geforderte und im Rahmen der Neuorganisation erstrebte Aufgabe der Schulgesundheitspflege ist erst dann geleistet, wenn die vorgefundenen Schäden der Gesundheit, soweit dies nach dem Stande unseres Wissens möglich ist, auch wirklich beseitigt sind oder drohenden Gesundheitsschäden vorgebeugt ist. Deswegen ist die Herbeiführung der notwendigen Behandlung usw. sowie die Kontrolle, daß sie auch wirklich bis zum Ende durchgeführt wird, oberste Pflicht des Schularztes und der hierfür besonders zu verwendenden Schulfürsorgerinnen. Durch die Erweiterung des Rechts des Schularztes, notfalls selbstbehandelnd einzugreifen (s. o.), wo die Behandlung materiell oder nach der Gesamteinstellung des Erziehungsverpflichteten nicht sichergestellt ist, muß es in Zukunft gelingen, das Optimum an Gesundheit der Schulkinder, soweit es durch ärztliches Können zu erreichen ist, nun auch wirklich zu schaffen. Die neuen Richtlinien tragen deshalb auch dafür Sorge, daß dem Schularzte die Verfügung über alle öffentlichen Maßnahmen, die der Erreichung des obigen Zieles dienen können, in die Hand gegeben wird. So hat der Schularzt die letzte Entscheidung bei der Auswahl der Kinder für Ernährungs-, Erholungs- und Kurfürsorge.

Endlich verlangen die neuen Grundsätze, daß der Schularzt sich besonders auch um die Leibesübungen zu kümmern hat, und zwar nicht nur zur Vermeidung von Schädigungen. Der Schularzt soll vielmehr auch die Leibesübungen durch ständige Fühlungnahme mit dem Turnlehrer und hygienische Beratung desselben, sowie auch sonstige geeignete Art fördern.

Hierzu wird es als erwünscht bezeichnet, daß der Schularzt die Berechtigung zur Führung der Bezeichnung „Sportarzt“ erwirbt.

Das Gebiet der hygienischen Aufklärung der Lehrer, Schüler und Eltern soll, entsprechend seiner Bedeutung, vom Schularzt in Zukunft energischer betrieben werden, als es bisher der Fall war. Besonders die Aufklärungsvorträge über die Gefahren, die dem Jugendlichen in der Großstadt drohen (Geschlechtskrankheiten, Alkoholismus u. a.) werden, wenn hoffentlich bald die lang erwartete Zustimmung des Provinzial-Schulkollegiums vorliegt, regelmäßiger Bestandteil der Arbeit des Schularztes werden.

Neben den gesundheitsfürsorgerischen Aufgaben aber ist der Schularzt nach wie vor in erster Linie dazu berufen, die Schulen vor der Ausbreitung der übertragbaren Krankheiten zu schützen, die leider wieder in den letzten Jahren — dies trifft besonders für die Diphtherie zu — eine erhöhte Bedeutung gefunden haben.

Der Einfluß des Schularztes auf diesem äußerst wichtigen Gebiet ist in Berlin erfreulicherweise größer, als in anderen Orten,

da der Schularzt das Recht hat, bei Gefahr im Verzuge im Benehmen mit dem Hauptgesundheitsamt zur sofortigen Klassenschließung zu schreiten. In den meisten anderen Kommunen ist dieses Recht noch völlig dem Kreisarzt vorbehalten.

Selbstverständlich hat sich der Schularzt auch nach wie vor um die Hygiene des Schulgebäudes und seiner Einrichtungen zu kümmern. Hierfür ist eine, im allgemeinen halbjährlich vorzunehmende Besichtigung aller Anstalten vorgesehen.

Die weit vorgeschrittene Spezialisierung des ärztlichen Fachs hat es mit sich gebracht, daß dem Schularzt Gelegenheit gegeben werden muß, in diagnostisch und prognostisch zweifelhaft bleibenden Fällen auf Schulfachärzte zurückzugreifen.

In Berlin gibt es zur Zeit Schulfachärzte für Augen-, Ohren- und Nervenkrankheiten, außerdem Fachbeiräte für Psychopathie. Endlich stehen dem Schularzte die verschiedenen Spezialfürsorgestellen (für Tuberkulose, Geschlechtskranke, Krüppel u. a.), sowie in manchen Verwaltungsbezirken auch die Ärzte der Krankenanstalten zur Verfügung. Die Facharztfrage ist freilich noch nicht einheitlich für Groß-Berlin geregelt, und infolgedessen die Versorgung der Verwaltungsbezirke noch sehr ungleichmäßig. Eine zu große Ausdehnung des Schulfacharztwesens bietet die Gefahr, daß das Niveau des Schularztes gedrückt wird. Deswegen hat man die Neuregelung des Schulfacharztwesens zunächst verschoben, bis Erfahrungen mit dem neuen hauptamtlichen System vorliegen.

Ein bemerkenswerter Fortschritt aber ist in der letzten Zeit auf diesem Gebiete erzielt worden. Durch Abkommen mit den Berliner Fachärzten für Augenkrankheiten gelang es, ohne erhebliche Kosten die Brillenverschreibung für alle Kinder, deren Eltern nicht in Kassen mit Familienversicherung und auch nicht selbst zahlungsfähig sind, ohne erhebliche Kosten für die Stadt im Wege der freien Wahl unter fast sämtlichen Berliner Fachärzten zu sichern.

Die Brillenversorgung der Berliner Schuljugend ist damit in einfacher und vollkommener Weise sichergestellt.

In diesem Zusammenhange verdient die Einrichtung des Ambulatoriums für knochen- und gelenkranke Kinder auf dem Exerzierplatz Eberswalder Straße besondere Erwähnung. In dieser Anstalt gelingt es den Leitern, Herren Geheimrat Professor Bier und Professor Kisch, inmitten der Großstadt auf einem alten Exerzierplatz Knochentuberkulose mit den einfachsten Mitteln zu heilen und so die hohen Kosten für die früher für nötig gehaltenen Hochgebirgskuren zu sparen. Näheres siehe im Abschnitt über das Sonderschulwesen (Seite 266).

Außerdem genießen die Kinder im Ambulatorium regelmäßigen Schulunterricht, werden also von den geistigen und sittlichen Nachteilen längerer Anstaltskuren bewahrt und erreichen infolge des vielen Aufenthalts in freier Luft, der möglichst auch beim Unterricht beibehalten wird, zumeist die Lehrziele ihrer gesunden Altersgenossen.

Abschluß der schulärztlichen Tätigkeit bilden die Untersuchungen zur Berufsberatung. Sie stellen gewissermaßen die Bilanz der schulärztlichen Arbeit dar, denn bei der Berufsberatungsbefragung zeigt es sich, ob es während der Schulzeit des Kindes ausreichend gelungen ist, die Wirkung schädigender Einflüsse soweit auszuschalten, daß ein möglichst großer Teil der Kinder die Schule voll berufsfähig verläßt.

Zu Anfang des Berichtszeitraumes beschränkte sich die Aufgabe des Schularztes auf diesem Gebiete in der Hauptsache auf die Abgabe eines allgemein gehaltenen Gutachtens über den Gesundheitszustand. Eine wesentliche Verbesserung stellte es dar, als man etwa vom Jahre 1923 ab dazu überging, den Schularzt damit zu beauftragen, sich neben dem allgemeinen Urteil über die Berufsfähigkeit auch darüber zu äußern, für welche Beschäftigungsarten das Kind nach seinem körperlichen — pp. — Zustande nicht in Frage käme (sogenannte negative Berufsberatung). Neuerdings geht man auch in Berlin, in Verfolg der Arbeiten von Cörper-Köln, dazu über, die ärztliche Berufsberatung zu einer positiven auszugestalten. Der Schularzt soll sich in Zukunft nicht nur darauf beschränken, zu sagen, für welchen Beruf das Kind ungeeignet ist, sondern soll unter Berücksichtigung des gesamten Körperzustandes, auch diejenigen Berufsarten angeben, für die er das Kind als besonders geeignet ansieht. Hierbei wird sich der Schularzt auf die — freilich noch recht ausbaubedürftigen — Ergebnisse der Berufstypenforschung zu stützen haben. Hier, wie insbesondere auf dem gesamten Gebiet der Konstitutions- und Rassenforschung sind große und praktisch höchst bedeutsame Fragen, die ohne die Mitarbeit der Schulärzte nicht gelöst werden können, noch unbeantwortet. Zu den durch Grundsätze zu fixierenden Dienstaufgaben gesellt sich hier die durch keine Dienstanweisung vorzuschreibende, aber darum besonders ernst zu nehmende freiwillige Aufgabe des Schularztes, das reiche Material, das die Schulgesundheitspflege biefet, auch wissenschaftlich zu werten — die Forschungsarbeit des Schularztes.

Sonderturnen für schwächliche Schulkinder.

Unter den mit der Schulgesundheitspflege im engen Zusammenhange stehenden gesundheitlichen Maßnahmen für Schulkinder soll hier zunächst auf die Durchführung des Sonderturnens für schwächliche Schulkinder eingegangen werden. Die Maßnahmen gehen davon aus, daß gewisse Kategorien von Kindern im normalen Turnunterricht nicht oder nicht ausreichend gefördert werden können. Ein Teil dieser Kinder bleibt infolgedessen dem Turnunterricht fern,

und zwar sehr häufig gerade diejenigen Kinder, die einen richtig dosierten Turnunterricht besonders nötig hätten. Für solche Kinder sind Sonderturnkurse erforderlich. Diese Sonderturnkurse bestehen vielerorts bereits für solche Kinder, bei denen das Entstehen einer Rückgratverkrümmung zu befürchten ist oder bereits eine Rückgratverkrümmung geringen Grades vorhanden ist.

Daneben ist aber, was u. E. noch viel zu wenig beachtet wird, auch die Einrichtung von Sonderturnkursen für solche Kinder erforderlich, die zwar infolge bestehender Leiden am normalen Turnunterricht nicht teilnehmen können, aber durch besondere, ihrem Körper angepaßte Übungen noch stark gefördert werden können.

Die Berliner Bestimmungen über die Durchführung des Sonderturnens beschränken dieses zunächst nur auf die Rückenschwächlinge im weiteren Sinne des Wortes. Die Stadt Berlin hat die Mittel bereit gestellt, um diese Kinder, soweit sie nicht im Normalunterricht ausreichend gefördert werden können, oder wegen des Grades ihres Leidens einer Spezialbehandlung durch den Arzt bedürfen, in Sonderturnkursen zu unterrichten. Das Sonderturnen soll 4 Kurzstunden wöchentlich betragen. Es tritt an Stelle des Normalunterrichtes, fällt also unter die Schulpflicht. Die Zahl der Teilnehmer soll 20 pro Kursus nicht übersteigen. Die Auswahl für die Turnkurse erfolgt durch Fachärzte, und zwar möglichst durch die Leiter der zuständigen Krüppelfürsorgestellen. Die Aufsicht führt neben der gesetzlichen Schulaufsicht das Bezirksgesundheitsamt, das zusammen mit dem zuständigen Facharzt und dem Lehrer für eine entsprechende Ausgestaltung des Unterrichts sorgt. Der Unterricht soll nur durch geprüfte Turnlehrer und -lehrerinnen erteilt werden, die eine entsprechende Vorbildung in vorbeugenden Leibesübungen aufweisen.

Die Einrichtung der Kurse ist auf mancherlei Schwierigkeiten gestoßen. Einerseits mangelte es an geeigneten Unterrichtsräumen, da Linoleumbelag oder Stabfußboden erforderlich ist. Andererseits bestand Unsicherheit über die zu fordernde Ausbildung der Lehrpersonen, da staatlicherseits nur zögernd an die Festlegung einer bestimmten Ausbildung herangetreten wurde, andererseits aber beispielsweise der von der Stadt Berlin zur Ausbildung derartiger Lehrpersonen abgehaltene Kursus bedauerlicherweise nicht die staatliche Anerkennung bekam. Infolgedessen war es außerordentlich schwer, die erforderlichen Lehrpersonen zu finden. Endlich aber zeigte es sich, daß, da aus schultechnischen Gründen in der Regel die Sonderturnkurse am Nachmittag abgehalten werden mußten, der doppelte Schulweg viele Eltern abhielt, ihre Kinder in den Sonderturnunterricht zu schicken. Es fand deswegen bei der Stadt Berlin größte Beachtung, als auf dem Kölner Orthopäden-Kongreß von maßgebender Seite die Auffassung vertreten wurde, daß das Sonderturnen für rückenschwache Kinder durch eine entsprechende Ausgestaltung des allgemeinen Turnunterrichts nach der gymnastikalen Seite überflüssig gemacht werden könne. Das Hauptgesundheitsamt veranstaltete zur gründlichen Klärung der ganzen Angelegenheit am 1. Dezember 1926 einen öffentlichen

Ausspracheabend, auf dem Medizinalrat Dr. Böhm, Leiter der Krüppelfürsorgestelle VII über das Thema „Reform des Schulturnens oder Schulsonderturnen“ referierte. Die Gegensätze prallten außerordentlich scharf aufeinander. Das Ergebnis des Abends ist dahin zusammenzufassen, daß zwar die Klärung der ganzen Frage noch nicht so weit vorgeschritten ist, daß man alle Sonderturnkurse aufgeben könnte, daß aber andererseits Versuche in der vom Referenten angeregten Richtung (gymnastische Ausgestaltung des Turnunterrichts) nötig sind. Die Stadt Berlin hat infolgedessen von einer Vermehrung der bestehenden Sonderturnkurse zunächst Abstand genommen. Das Bezirksamt Schöneberg wird unter Hinzuziehung von Reg.-Med.-Rat Böhm eingehende Versuche in der neuen Richtung durchführen.

In Zukunft dürfte wahrscheinlich die Frage des Sonderturnens für die anderen Kategorien — also nicht nur für die Rückenschwächlinge speziell — stärker im Vordergrund stehen.

Verschickungswesen.

Für die Auswahl zur Ernährungs-, Erholungs- und Kurfürsorge sind im Berichtszeitraum eingehende Richtlinien ausgearbeitet worden, die, wie oben bereits erwähnt, dem Schularzt die Entscheidung in die Hand geben. Hinsichtlich des Textes dieser Richtlinien verweise ich auf den ersten Verwaltungsbericht der neuen Stadtgemeinde Berlin, Heft 3 — Gesundheitswesen. — Seite 100 ff.

Eine besonders starke Entwicklung zeigte im Berichtszeitraum das Verschickungswesen. Der Zusammenschluß der Einzelgemeinden zu einem einheitlichen Groß-Berlin bot die wertvolle Möglichkeit, durch planmäßige Zusammenfassung die erforderliche Differenzierung in der Verschickung, die unter kleineren Verhältnissen kaum durchführbar ist, zu erreichen.

Es wird jetzt grundsätzlich zwischen Erholungs- und Kurfürsorge unterschieden.

Für die erstere kommen solche Kinder in Betracht, bei denen zur Beseitigung bestehender oder drohender Gesundheitsschäden nur die Verbringung in günstigere allgemeine Lebensbedingungen oder ein anderes Klima erforderlich ist.

Vielfach reichen zur Erzielung des gewünschten Erfolges örtliche Maßnahmen (Außenspielfläche u. a.) aus. Wo eine Verschickung erforderlich ist, — und dies wird besonders oft da der Fall sein, wo die Wohnungsverhältnisse den tagsüber gewonnenen Erfolg der Erholungsmaßnahme in Frage stellen —, kommen hierfür Anstalten in Frage, die gesunden Aufenthalt und gutes Essen bieten, und in denen die richtige Benutzung von Licht, Luft, Sonne und Bewegung gesichert

ist, die aber sonst jeden überflüssigen personellen und materiellen Komfort vermeiden, damit die Verpflegungssätze niedrig gehalten und infolgedessen viele Kinder verschickt werden können.

Die Erholungsfürsorge ist in Berlin Sache der Jugendämter.

Die Kurfürsorge ist für diejenigen Kinder bestimmt, die wegen eines Leidens Behandlung in einer Spezialanstalt brauchen. Hierfür kommen u. a. in ihrem Ernährungszustand und ihrer Leistungsfähigkeit schwer geschädigte, tuberkulöse, asthmatische und nierenleidende Kinder in Frage.

Die Kuranstalten müssen unter der Leitung von Ärzten stehen, geschultes Pflegepersonal haben und über spezielle Kurmittel verfügen. Für jedes Kind muß vom Anstaltsarzt ein Heilplan aufgestellt und seine Durchführung laufend überwacht werden. Dementsprechend sind die Verpflegungssätze der Anstalten naturgemäß höher, als in den Anstalten der Erholungsfürsorge.

Die Auswahl ist Sache des Schularztes. Sie stellt diesen vor eine schwere und verantwortungsvolle Aufgabe. Es wurden deswegen eingehende Richtlinien für die Auswahl der Kinder für die Bestimmung der Anstalt und der Kurdauer, die keiner schematischen Beschränkung unterliegt, ausgearbeitet.

Die Bereitstellung der erforderlichen Plätze stieß zunächst auf außerordentliche Schwierigkeiten. Die Stadt bzw. die früheren Einzelgemeinden verfügten nur in sehr geringem Umfange über eigene entsprechende Anstalten. Auch Verbindungen mit privaten Anstalten bestanden nur in durchaus unzureichendem Maße. Der bis heute auf diesem Spezialgebiete herrschende Bettenmangel und die lebhaftige Konkurrenz der Städte um die wenigen wirklich guten Anstalten brachte eine weitere Erschwerung.

Hier konnte nur ein für Groß-Berlin einheitliches Vorgehen Wandel schaffen. Das Hauptgesundheitsamt, dem die einheitliche Durchführung der Kurfürsorge übertragen ist, hat, nicht ohne große Mühe, nach und nach durch entsprechende Abschlüsse ein Netz von Anstalten für Berlin in den verschiedensten Teilen Deutschlands gesichert. Hierdurch ist nunmehr die Möglichkeit geschaffen, den Bedürfnissen des Einzelfalles schnell gerecht zu werden.

Die planmäßige Kontrolle der Anstalten und eine vernünftige Politik bei der Festsetzung der Verpflegungssätze haben die erfreuliche Nebenwirkung gehabt, daß sich auch das Niveau der einzelnen Anstalt mehr und mehr hebt. Berlin arbeitet gegenwärtig für die Verschickung von Kindern mit folgenden Anstalten:

Heilstätten für tuberkulosekranke Kinder.

Beetz-Sommerfeld: Waldhaus Charlottenburg

Belzig: Heilstätte Belzig

Davos: Deutsche Heilstätte und Krieger-Kurhaus

Görbersdorf: Dr. Weickers Lungenheilanstalt

Scheidegg im Allgäu: Prinz-Regent-Luitpold-Kinderheilstätte.

Heilstätten

Solbäder.

Camin: Solbad Kinderheim des Vaterländischen Frauenvereins vom
Roten Kreuz
Dürkheim: Pfälzische Kinderheilstätte
Kissingen: Christliche Kinderheilstätte E. V.
Kolberg: Siloah, Christliches Kur-Hospital
Kolberg: „Reinke“, Waldheilstätte Schülerbrink
Pyrmont: Kinderkuranstalt (Sonnenhof) am Königsberg (Samariteranstalt)
Raffelberg: Kindersolbad Raffelberg
Sulza: Kinderheilstätte des Deutschen Roten Kreuzes.

Kuranstalten mit anderen Mineralquellen.

Oeynhaus: Auguste-Viktoria-Kinderheim
Orb (Spessart): Kinderheilstätte (Dr. K. Behm)
Nauheim: Kinderheilstätte Nauheim
Wildungen: Kinderheilstätte des Kreises der Eder.

Moorbäder.

Polzin i. Pommern: Johanniter-Krankenhaus.

Seebäder.

Norderney: Seehospiz Kaiserin Friedrich
Südstrand (Föhr): Kinderheilstätte Schöneberg
Westerland: Kinderheilstätte Villa Anna
Zinnowitz: Kinderheilstätte des Deutschen Roten Kreuzes.

Klimatische Kurorte.

Kloster Lausnitz: Kinderheilstätte Kloster Lausnitz
Mittelschreiberhau (Lenzheim): Heilstätten-Verein B. A. Steglitz
Mittelschreiberhau (Katharinenheim): Katharinenheim Mittelschreiber-
hau
Rottleberode Südharz: Dr. Arndt's Kuranstalt für Kinder
Schönwald in Baden: Schwarzwaldheim Ludwig Frank
Rauen: Wilhelminenhof (Fürstenwalde, Spree).

Spezialanstalten.

Borgsdorf: Dr. H. Neumanns Kinderhaus
Gießen: Lupus-Heilstätte
Löbau: Kinderheilstätte Anna-Gertrud-Stift.

Sonstige Kuranstalten.

Lippspringe
Salzgitter
Borkum
Werl

Saarow
Weilmünster
Wolfarthshausen
Annaberg.

Schulzahnpflege.

Eine lebhafte Entwicklung hat im Berichtszeitraum auch die Schulzahnpflege durchgemacht.

Auch hier bestand eine große Verschiedenheit der Arbeit in den früheren Einzelgemeinden.

Im wesentlichen waren drei Haupttypen der schulzahnärztlichen Versorgung vorhanden: Bei der ersten wurde eine Zahnbehandlung nur bei solchen Kindern vorgenommen, die, sei es wegen Zahnschmerzen, sei es aus sonstigen Gründen, spontan die Klinik aufsuchten (natürlich zumeist auf Grund einer Überweisung durch den zuständigen Schulleiter).

Bei diesen Kindern wurde freilich dann nicht nur der schmerzende Zahn, sondern alle behandlungsbedürftigen Zähne (poliklinische Sanierung) behandelt.

In anderen Ortsteilen wurden sämtliche Kinder planmäßig durchuntersucht, statt einer Behandlung wurde aber den Eltern nur die Tatsache der Behandlungsbedürftigkeit mitgeteilt. In den fortgeschrittensten Ortsteilen endlich wurde an die planmäßige Durchuntersuchung sofort die Behandlung sämtlicher behandlungsbedürftigen Kinder angeschlossen (sogenannte systematische Sanierung).

Durch die Neuorganisation wird die systematische Sanierung allgemein eingeführt.

Alle zwei Jahre sollen sämtliche Schulkinder während der Schulzeit in die Schulzahnklinik geführt, untersucht und, wenn nötig, behandelt werden.

Die hier und da noch von der Lehrerschaft bekämpfte Zuführung aller Kinder zur Schulzahnklinik ist nötig, damit die Kinder auch für die Zukunft die Scheu vor dem Zahnarzt und seinen Behandlungseinrichtungen verlieren. Ein solcher Besuch der Schulzahnklinik trägt also seine Früchte für die Volksgesundheit auch dann, wenn im Einzelfalle keine Zahnbehandlung vorgenommen zu werden brauchte. Die Zuführung ganzer Klassen außerhalb der Schulzeit hat sich nicht bewährt, da zuviel Kinder fortblieben.

Die Behandlung findet in Schulzahnkliniken statt, die nach Möglichkeit so über das Stadtgebiet verteilt sind, daß ihr Versorgungsradius 2,5 km nicht überschreitet.

Um eine Störung des Unterrichts möglichst zu vermeiden, sind die Schulzahnkliniken personell und instrumentell so ausgestattet, daß sie an einem Vormittag eine oder zwei Klassen von durchschnittlicher Kinderzahl bewältigen können. Die Nachbehandlung derjenigen Kinder, die in einer Sitzung nicht erledigt werden konnten, soll an den Nachmittagen erfolgen.

Die schwierige Frage, wie die dünnbewohnten Gegenden, für die die Einrichtung einer Schulzahnklinik nicht in Frage kommt, versorgt werden, wird voraussichtlich größtenteils so gelöst werden, daß ein Schulzahnklinikwagen die in Frage kommenden Orte planmäßig abfährt.

Neben der systematischen Sanierung leisten die Schulzahnkliniken natürlich auch poliklinische Behandlung bei Zahnschmerzen und anderem.

Die personelle und instrumentelle Ausstattung der Schulzahnkliniken ist vereinheitlicht. Gerade bei der Schulzahnpflege können große Ersparnisse bei besserer Leistung durch modernste Ausstattung und planmäßige Arbeitsverteilung erzielt werden. Zum Studium der einschlägigen Fragen ist die Schulzahnklinik Brandenburgstraße (Leiter Direktor Dr. Kientopf) des Bezirksamts Kreuzberg als Versuchsklinik eingerichtet worden.

Aufgaben der Schulzahnkliniken sind die möglichste Erhaltung der Zähne und die Entfernung nicht mehr erhaltungsfähiger bzw. die Entwicklung des bleibenden Gebisses störender Zähne. Daneben tritt neuerdings auch die Behandlung falscher Zahnstellungen. Auf Schmerzverhütung bei allen Arbeiten wird besonderer Wert gelegt.

Die zur Verwendung kommenden Materialien sind vereinheitlicht und durchaus erstklassig.

So ist z. B. das Kupferamalgam, das bisher sowohl in der allgemeinen Praxis wie in der Schulzahnpflege in größtem Umfange als Füllungsmaterial Verwendung fand, sofort durch Silberamalgam ersetzt worden, das wesentlich teurer ist und sich auch schwerer verarbeiten läßt, als von wissenschaftlicher Seite Angaben veröffentlicht wurden, aus denen auch nur die Möglichkeit einer Schädigung der Patienten geschlossen werden konnte.

Die Schulzahnkliniken haben sich übrigens sofort in den Dienst der Aufklärung dieses praktisch sehr wichtigen Problems gestellt.

Sie leisten damit unter der Leitung des Abteilungsdirektors im Hauptgesundheitsamt Dr. Borinski eine höchst wichtige Forschungsarbeit.

Die Schulzahnpflege erstreckt sich zur Zeit nur auf die Behandlung der Volksschüler und der Frei- und Halbfreischüler der mittleren und höheren Schulen. Eine Erweiterung des Erfassungskreises im gleichen Sinne wie bei der Schulgesundheitspflege ist auch hier dringend nötig.

Besonders erfreulich ist, daß die gesamte Organisation der Schulzahnpflege in Übereinstimmung mit der Zahnärzteschaft sich vollzogen hat.

Die Ergebnisse der Berliner Schulzahnpflege wurden 1926 auf der Internationalen Ausstellung in Philadelphia gezeigt und fanden große Beachtung.

Kosten der Schulgesundheitspflege.

Die Kosten, die der Stadt aus der Durchführung der Schulgesundheitspflege und ihrer Grenzgebiete erwachsen, sind sehr erheblich, wie die nachstehende Aufstellung zeigt:

Kosten der Schulgesundheitspflege

Stand vom 1. IV. 1928.

Schulärzte, hauptamtliche (soweit diese noch andere Fürsorgetätigkeit auszuüben haben, anteilig berechnet): 61	rund	540 000 RM.
Nebenamtliche Schulärzte (11)	„	13 400 „
Schulfachärzte (18)	„	26 000 „
Schulfürsorgerinnen (134)	„	600 000 „
Schulärztliche Untersuchungsabteilungen: Die laufende Unterhaltung der schulärztlichen Untersuchungsabteilungen wird erfordern im Haushaltsjahre 1928	„	55 000 „
Für die erstmalige Einrichtung der schulärztlichen Untersuchungsabteilungen für die Beschaffung der Kartotheken und der Einheitsformulare wurden aufgewandt im Haushaltsjahre 1927 (einmalige Ausgaben)	„	165 000 „
Außerdem sind im Haushalt für Schulgesundheitspflege für ambulante Behandlung von Schulkindern mit übertragbaren Hautkrankheiten und Ungeziefer u. a. für 1928	„	20 000 „
Für das Schulsonderturnen sind im Haushalt 1928 eingesetzt	„	135 000 „
Für die Verschickung von Kindern in Kuranstalten und Heilstätten sind im Haushalt 1928 eingesetzt	„	1 547 820 „
Unterhaltung und Betrieb des Ambulatoriums Eberswalder Straße erfordern im Haushaltsjahre 1928	„	110 000 „
Schulzahnpflege:		
Am 1. April 1928 sind vorhanden:		
a) hauptamtliche Schulzahnärzte (24)		
b) nebenamtliche Schulzahnärzte (14)		
Schwestern (27)		
und sonstiges Hilfspersonal (5)	„	390 000 „
Es bestehen insgesamt 16 Schulzahnkliniken.		
Der laufende sächliche Aufwand für Schulzahn-		
pflege beläuft sich für 1928 auf (roh geschätzt)		90 000 „

Die Aufwendungen mögen hoch erscheinen. Man muß aber dagegen den außerordentlichen Schaden halten, den unsere Volkswirtschaft durch ungenügende Volksgesundheit u. a. erleidet.

Wenn die einleitend vertretene Auffassung, daß die Schulgesundheitspflege eine maßgebende Rolle für den Stand der Volksgesundheit spielt, zutrifft — und es spricht alles dafür — so wird die Schulgesundheitspflege neben ihrer hohen allgemeinen menschlichen Bedeutung sich auch als eine recht nützliche Kapitalsanlage erweisen.

Ich bin am Ende meiner Ausführungen, die, wie ich mir bewußt bin, keinen Anspruch darauf erheben können, vollständig zu sein.

Weite Gebiete, so besonders die für die Schulgesundheitspflege so bedeutungsvolle Schaffung neuartiger Unterrichtsformen, die den gesundheitlichen Notwendigkeiten besser Rechnung tragen — (Sonderschulen, Waldschulen, Schullandheime, Freiluftschulen) usw. habe ich nur gestreift, zumal sie an anderer Stelle bereits eingehendere Darstellung gefunden haben.

Ich hielt es aber in erster Linie für meine Aufgabe, darzustellen, was die Berliner Gesundheitsverwaltung im Rahmen der Schulgesundheitspflege für Aufgaben zu erfüllen hat.

Zusammenfassend läßt sich sagen: die ersten sieben Jahre Schulgesundheitspflege in Groß-Berlin stehen im Zeichen der Neuorganisation.

Diese ist jetzt größtenteils abgeschlossen oder nähert sich doch dem Abschluß.

In den nächsten Jahren wird die Neuorganisation ihre Berechtigung durch Leistung nachzuweisen haben.

Dr. Schwéers,

Direktor der sozial-hygienischen Abteilung
des Hauptgesundheitsamtes.

Die Verwaltung der Schulgebäude und Neubauten.

A. Verwaltung der Schulgebäude.

Die Errichtung von Schulgebäuden und deren Erhaltung ist wie die Ausstattung ihres Innern die vornehmste, zum mindesten aber die umfangreichste Verpflichtung der städtischen Behörden der Schule gegenüber. Man kann sagen, daß, solange irgendwelche Aufsichtsbefugnisse der städtischen Schulverwaltungen vom Staate vorenthalten werden, diese sogenannten „äußeren Angelegenheiten“ der Schulen unbeschadet der Wichtigkeit aller anderen bisher geschilderten Aufgaben dieser Verwaltung nicht nur in ihrem Jahresetat den ersten Platz einnehmen. Daher sei diesem Kapitel unseres Buches ein bei aller gebotenen Knappheit doch etwas größerer Umfang gewidmet, zumal auch gerade in ihm zu zeigen sein wird, welche Fülle neuer Aufgaben dem neuen Berlin in seinen Schulen erwuchs.

Die Eingemeindung von 94 Stadt- und Landgemeinden sowie Gutsbezirken in die Stadt Berlin machte es notwendig, für die Verwaltung der Schulgrundstücke der neuen Stadtgemeinde einheitliche Bestimmungen zu erlassen. Wenn auch in einem Teil der ehemaligen Städte schon lange Zeit nach bewährten Vorschriften gearbeitet wurde, so waren diese Bestimmungen doch sehr voneinander verschieden und konnten deshalb nicht auf längere Zeit nebeneinander bestehen bleiben. In anderen Gemeinden wieder gab es derartige Bestimmungen überhaupt nicht; dort wurde vielmehr nur nach einer gewissen Verwaltungspraxis gearbeitet oder von Fall zu Fall entschieden.

Wegen der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse innerhalb der neuen Stadt war es auch nicht möglich, etwa die für die ehemalige Stadt Berlin gegebenen Vorschriften oder die eines anderen Bezirkes auf die neue Stadtgemeinde auszudehnen. Eine einheitliche die gesamten Verhältnisse berücksichtigende Regelung war um so mehr nötig, als die städtischen Mittel durch den Haushalt oder durch besondere Zuwendungen nur dann nach einem gerechten Maßstab auf die einzelnen Bezirke verteilt werden können, wenn die Verwaltungen in allen Bezirken nach gewissen einheitlichen Richtlinien arbeiteten.

1. Reinigen und Ölen der Fußböden in den Schulen.

Die Reinigung der Schulgebäude wurde in den einzelnen ehemaligen Gemeinden verschieden gehandhabt. Während z. B. in Alt-Berlin die gesamte Reinigung der Schulräume dem Schulhausmeister übertragen war, der sich zu diesem Zwecke noch Arbeitskräfte (Reinigungsfrauen) annehmen konnte, wurden in anderen Bezirken die Reinigungsfrauen unmittelbar von der Verwaltung eingestellt und nach dem Tarif für Arbeiter entlohnt. In anderen Bezirken wieder wurde die Reinigung von einer der Schulverwaltung fernstehenden Verwaltung ausgeführt, so daß weder die Schulverwaltung noch der Schulleiter oder der Schulhausmeister für die Reinigung zu sorgen oder einen Einfluß darauf hatten. Die Kosten für die Reinigung waren dementsprechend auch verschieden hoch. So gab es Bezirke, die das Mehrfache des Betrages aufwendeten, den andere Bezirke für die Reinigung der gleichen Zahl von Schulräumen verbrauchten. Auch die Reinigung selbst wies in dem einen oder anderen Bezirke Mängel auf. Selbst in den Bezirken, in welchen den Schulhausmeistern die Reinigung übertragen war, wurde die dafür gewährte Entschädigung nach verschiedenen Grundsätzen bemessen, so daß oftmals die Schulhausmeister völlig gleichartiger Schulen die Reinigungsentschädigung in ganz verschiedener Höhe erhielten, was zu berechtigten Beschwerden Anlaß gab.

Das Ziel der Schulverwaltung nach der Eingemeindung war nun einerseits darauf gerichtet, eine völlige Staubfreiheit der Schulen zu erreichen und dabei doch möglichst sparsam zu wirtschaften, andererseits wurde erstrebt, die zur Verfügung stehenden Mittel dem Bedürfnis der einzelnen Schulen und Bezirke entsprechend, also unter Zugrundelegung eines gerechten Maßstabes zu verteilen.

Durch die Vorschriften über das Reinigen der Anstalten und Schulgebäude vom 31. Mai 1924, sowie über das Ölen der Fußböden in den Schulen vom 29. Dezember 1926 wurde eine einheitliche Regelung für alle Bezirke durchgeführt.

Grundsätzlich ist nunmehr die Reinigung und Ölung der Schulen dem Schulhausmeister übertragen, der dafür der Schulverwaltung verantwortlich ist. Zur Beschaffung von Reinigungsmaterial und, soweit die Schulhausmeister die Reinigung nicht selbst vornehmen müssen, zur Annahme von Arbeitshilfe wird ihnen eine Entschädigung gewährt.

Zum Zwecke der Berechnung der Reinigungsentschädigung sind sämtliche Schulgebäude nach ihrem Flächeninhalt vermessen worden. Die Höhe der Reinigungsentschädigung wird nach der Größe der zu reinigenden Fläche und nach der Zahl der Arbeitstage bemessen. Hierbei wird angenommen, daß eine Arbeitskraft in einer Stunde 200 qm reinigen kann und 312 Tage für das Jahr in Frage kommen. Auf die Schulferien wird dabei keine Rücksicht genommen, da die während der Schulferien ersparten Mittel für die jährlich zweimal

vorzunehmende Hauptreinigung sowie für die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung verwendet werden sollen.

Das Arbeitsmaterial ist vom Schulhausmeister zu beschaffen. Die Kosten werden ebenfalls unter Zugrundelegung der zu reinigenden Flächen berechnet und in die Reinigungsentschädigung einbezogen.

Dem Schulhausmeister selbst bleibt aber zur Reinigung ein gewisses Pflichtpensum vorbehalten, und zwar hat er in Schulen bis zu vier besetzten Klassen die gesamte Reinigung des Schulgebäudes, bei Schulen bis zu acht besetzten Klassen die Reinigung von zwei Klassen, mindestens aber täglich 200 qm ohne besondere Reinigungsentschädigung auszuführen. Zu den Pflichten der Schulhausmeister gehört ferner das Säubern der Böden, Keller und Zugänge und anderer wenig betretener Räume, wie Lehrmittel-, Karten-, Modellzimmer, im Bedarfsfalle; das Reinigen der Schulräume in dringenden Fällen, das Sprengen der Höfe und Turnplätze bei Hitze, Harken und Ebnen der Kiesflächen, das Streuen der Bürgersteige bei Glätte, nach jeder großen Pause das Spülen der Aborte und deren wöchentliche Desinfektion, das Abstauben und Reinigen der Instrumente, Globen, Apparate usw. in naturwissenschaftlichen Räumen, in Zeichensälen usf. in bestimmten Zeitabschnitten.

An Schulen mit Turnhallenaufsehern liegt die Reinigung der Turnhalle und des Turnhofes sowie der Nebenräume und der sämtlichen in der Turnhalle befindlichen Geräte dem Turnhallenaufseher ob, ohne Gewährung einer Entschädigung für Arbeitshilfe. Für die Beschaffung des Reinigungsmaterials wird ihm eine nach den allgemeinen Grundsätzen bemessene Vergütung gewährt.

Die Berechnung der Reinigungsentschädigung soll vom Schulhausmeister nach einem besonderen Vordruck aufgestellt und vom Schulleiter bescheinigt werden.

Der Geldbetrag wird monatlich im voraus an den Schulhausmeister oder an den Turnhallenaufseher gezahlt. Aus dieser Entschädigung sind auch die kleinen Hausbedürfnisse, wie Öl zum Schmieren der Türen, Streichhölzer, Dochte, Spiritus, Petroleum zum Anzünden der Gasflammen usw. zu bestreiten.

Die Reinigungsentschädigung darf nicht zu anderen Zwecken verwendet werden, auch darf dem Schulhausmeister Gewinn daraus nur dann verbleiben, wenn er persönlich über sein Pflichtpensum hinaus oder seine Familienmitglieder die Reinigung ausführen.

Über die Reinigungsentschädigung und den Materialverbrauch hat der Schulhausmeister Buch zu führen.

Die Überwachung für die richtige Verausgabung der Reinigungsentschädigung ist Sache des Schulleiters. Zu diesem Zwecke sollen ihm die Bücher nebst Belegen am Schlusse eines jeden Monats ohne Aufforderung vorgelegt werden.

Die als Arbeitshilfe angenommenen Personen stehen im Privatdienstverhältnis zum Schulhausmeister, der auch die Pflichten eines Arbeitgebers nach der sozialen Steuergesetzgebung zu erfüllen hat.

Die Reinigung findet statt: täglich in den Turnhallen, Aborten, täglich benutzten Unterrichtsräumen aller Art, Amts- und Lehrerzimmern, Fluren und Treppen; dreimal wöchentlich sind diejenigen Räume zu reinigen, die nicht täglich benutzt werden, wie Aulen, Zeichensäle, Gesangssäle usw., sowie die Aufgänge zu den Dienstwohnungen.

Nach Bedarf sollen gereinigt werden Lehrmittel-, Karten-, Modellzimmer und ähnliche Räume. Die Fenster sind viermal im Jahre zu putzen.

Die Holz-, Linoleum- und Terrazzofußböden der Schulen sollen gewöhnlich nur mit Sägespänen, die mit Stauböl, notfalls mit Wasser anzufeuchten sind, unter Verwendung von Piassava- oder Haarbesen abgekehrt werden. Staubentwicklung soll unter allen Umständen vermieden werden.

Wenn längere Zeit nach dem Ölen sich Staub entwickeln sollte, sind die Fußböden mit Linoleumbelag mit kaltem Wasser und bei stärkerer Verschmutzung mit lauwarmem Seifenwasser aufzuwischen.

Die steinernen Fußböden mit Belag aus Platten von natürlichen Steinen oder aus Tonfliesen sowie Asphaltfußböden sollen nur mit Wasser aufgewischt werden.

Um die Entwicklung von Staub zu verhindern, sind die Holz-, Linoleum- und Terrazzofußböden zu ölen, und zwar: Turnhallen und Klassenräume in den unteren Geschossen mindestens viermal jährlich, die oberen Geschosse dreimal jährlich und die Räume mit geringem Verkehr zweimal jährlich. Wenn dadurch eine dauernde Staubbefreiheit in den Schulen nicht erzielt werden kann, muß auch in der Zwischenzeit ein leichter Ölauftrag erfolgen.

Auf das Ölen soll besondere Sorgfalt verwendet werden. Das Stauböl darf erst nach vollständigem Auftrocknen des Linoleumfußbodens oder des Holzfußbodens aufgetragen werden. Es ist darauf zu sehen, daß das Öl in allen Fällen dünn und gleichmäßig aufgetragen und so eingerieben wird, daß auf dem Fußboden kein Öl mehr sichtbar ist, sondern nur ein leichter Ölglanz verbleibt. Wird das Stauböl zu dick aufgetragen und eine gründliche Reinigung des Fußbodens vor dem Auftragen versäumt, so verschmutzt nicht nur der Fußboden, sondern es entsteht auch eine gefährliche Glätte, die zu Unfällen führen kann. Zweckmäßig ist es, das Ölen so vorzunehmen, daß ein längerer Zwischenraum zwischen dem Ölen und dem Wiederbenutzen der Räume liegt.

Zum Ölen sollen folgende Mengen an Stauböl für das Jahr und den qm vorgesehen werden: für Fußböden mit Linoleumbelag 125 g, für Holz-, Stab- und Dielenfußböden 200 g, für Terrazzofußböden 75 g. Da je nach dem Zustand des Fußbodens in manchen Schulen ein stärkeres Ölen nötig sein kann als im allgemeinen üblich ist, sind der Gesamtsumme der Ölmenge zu Ausgleichszwecken 10% hinzuzusetzen.

Das Ölen soll durch die Schulhausmeister vorgenommen werden, wofür ihnen eine Entschädigung für ihre Mühewaltung in Höhe von 2 Pfg. für den qm und das Jahr zu zahlen ist. Bei größeren Schulen können mit Genehmigung der Bezirksschulverwaltungen die Reinigungsfrauen herangezogen werden.

2. Die Beheizung der Schulen.

Im Verein mit dem zentralen Heiz- und Maschinenamt wurde in den letzten Jahren versucht, die Heizbetriebe in den Schulen möglichst wirtschaftlich zu gestalten. Um eine technische Beaufsichtigung der Heizanlagen zu ermöglichen, wurde in den einzelnen Bezirken dem Hochbauamt eine besondere Abteilung für die städtischen Heizanlagen des Bezirks angegliedert, der in der Regel ein besonderer Heizingenieur vorsteht.

Bei allen größeren Instandsetzungsarbeiten und bei der Neueinrichtung von Heizanlagen überwacht das zentrale Heiz- und Maschinenamt die Ausführung der neuen Heizeinrichtungen.

Bei Änderungen oder Instandsetzungen der Heizanlagen wurde danach gestrebt, zur Ersparnis von Arbeitskräften bei der Bedienung der Schulheizungen und zur besseren Ausnutzung des Heizmaterials einzelne kleinere Heizstellen mit einer größeren zu vereinigen und zugleich die menschliche Arbeitskraft möglichst durch mechanische Vorrichtungen zu ersetzen.

Die noch mit Gas beheizten zentralen Warmwasserheizanlagen wurden in solche mit Koksfeuerung umgebaut, da bei diesen Anlagen die Beheizung mit Gas um das Mehrfache teurer wurde als die mit Koks.

Auch die Bestimmungen für die Beheizung der Schulen tragen nicht nur einer möglichst wirtschaftlichen Verwendung der Kohlen und einer sachgemäßen Bedienung der Heizanlagen Rechnung, sondern gewährleisten auch zugleich eine gewisse Einheitlichkeit in der Berechnung der Kohlenmenge und für die Zuteilung von Arbeitskräften.

Der Beginn der Heizung in den Schulen wird bei eintretender kalter Witterung vom Schulleiter angeregt und vom Heizamt des zuständigen Bezirks angeordnet. Die Heizer sollen in allen Bezirken am 1. Oktober eingestellt werden und bis zum Beginn der Heizung die Anlage in Ordnung bringen. Nach Ablauf der Heizperiode, am 31. März, werden die Heizer von anderen städtischen Verwaltungen übernommen. Für die Beheizung der Schulen nach dieser Zeit werden entweder die betreffenden Heizer zu einem Teil ihrer Arbeitsstunden herangezogen, oder die Schulhausmeister mit der Heizung beauftragt.

Die Heizung soll so betrieben werden, daß trotz Innehaltung der vorgeschriebenen Temperatur größte Sparsamkeit beim Verbrauch des Heizmaterials erzielt wird. Deshalb sollen auch unbenutzte Räume in den Schulgebäuden nicht beheizt werden. Während der Ferien im Winter kann je nach der Heizanlage die Heizung unterbrochen oder, um das Einfrieren zu vermeiden, mäßig betrieben werden.

Die Innentemperatur der Schulräume soll bei Unterrichtsbeginn 15–16 Grad Celsius und nach 1½ Stunden eine Temperatur von 17–19 Grad Celsius erreichen, die auch während des Unterrichts innezuhalten ist. Die Temperatur in den Turnhallen soll 15 Grad Celsius betragen.

Für die Innehaltung dieser Temperaturen sind die Heizer verantwortlich. Damit die im Heizsystem und die in den Wänden auf-

gespeicherte Wärme voll ausgenutzt werden kann, ist die Heizung rechtzeitig vor Schulschluß abzustellen. Die an den Heizkörpern vorhandenen Ventile und Hähne dürfen nur durch den Heizer gestellt werden.

Die täglich verbrauchte Menge an Brennstoff soll vom Heizer in ein Listenblatt eingetragen werden. Um den Betrieb möglichst wirtschaftlich zu gestalten, findet alljährlich vor Beginn der Schulheizung und später wiederholt, eine eingehende Belehrung der Schulheizer durch die heiztechnischen Abteilungen der Bezirksämter statt. Neu-eingestellte Heizer aber werden besonders unterwiesen und der ihnen übertragene Heizbetrieb möglichst allwöchentlich kontrolliert.

Die Aufsicht über sämtliche Heizbetriebe übt die Werkdeputation aus. Ihr ist auch am Schlusse der Heizabschnitte von den Bezirken alljährlich ein kurzer Bericht über die Betriebe der Heizanlagen vorzulegen.

Das Heizen der Öfen und die Reinigung der für die Zentralheizung benötigten Räume gehört grundsätzlich zu den Dienstobliegenheiten der Schulhausmeister. In Schulen ohne Heizer werden die Öfen durch die Schulhausmeister, in Turnhallen mit Aufsehern durch diese beheizt.

Dem Schulhausmeister und Schulheizer wird, sofern sie mehr als sechs Öfen zu beheizen haben, für die Heizung eines jeden weiteren Ofens in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. März eine Vergütung in sechs gleichen Monatsbeträgen im voraus gezahlt.

Das für die Schulen gelieferte Brennmaterial darf nur für diesen Zweck verwendet werden und ist sorgfältig getrennt von dem des Heizers bzw. Schulhausmeisters unter Verschuß zu halten.

Die Beleuchtung der Schulgrundstücke.

Die Beleuchtung der Schulen erfolgte bis zum Jahre 1920 in der Regel durch Gas. Die Zahl der Schulen, welche bereits damals mit elektrischem Licht versehen waren, war verhältnismäßig gering. Im Verlaufe der letzten Jahre konnte aber eine größere Anzahl von Schulen mit elektrischer Beleuchtung ausgestattet werden. Bereits im Jahre 1927 war ein erheblicher Teil der Schulen mit elektrischem Licht versehen, wie aus nachstehender Übersicht hervorgeht:

Bezirk	Zahl der Schulgrundstücke	Schulen mit		Prozentsatz der Schulen mit elektr. Strom
		Gas	Strom	
Höhere Schulen 1—6	51	22	29	57
Volksschulen 1—6	179	138	41	23
Charlottenburg	40	—	40	100
Spandau	23	12	11	48
Wilmerdorf	25	5	20	80
Zehlendorf	9	—	9	100
Schöneberg	16	8	8	50
Steglitz	27	—	27	100

Beleuchtung und Lüftung der Schulen

Bezirk	Zahl der Schul- grund- stücke	Schulen mit		Prozentsatz der Schulen mit elektr. Strom
		Gas	Strom	
Tempelhof	15	4	11	73
Neukölln	33	9	24	73
Treptow	19	7	12	63
Köpenick	16	4	12	75
Lichtenberg	26	15	11	42
Weißensee	10	3	7	70
Pankow	21	2	19	90
Reinickendorf	19	8	11	58
Berufsschule Alt-Berlin	27	1	26	96

Um einen sparsamen Verbrauch an Strom und Gas zu erzielen, wurden für die Beleuchtung der Schulen folgende Bestimmungen getroffen:

Zur Ersparung von Beleuchtung sollen die Haustüren der Schulen im allgemeinen bei Eintritt der Dunkelheit, im Sommer spätestens um 9 Uhr, geschlossen werden. Wenn die Gebäude oder Gebäudeteile während der Dunkelheit zu Schulzwecken benutzt oder Vereinen zur Benutzung überlassen werden, sollen die Treppen oder sonst benötigten Räume nur für die Dauer der Benutzung beleuchtet werden.

Die Treppen der Gebäude und Gebäudeteile, in welchen sich Wohnungen befinden, sind ohne Rücksicht auf den daselbst stattfindenden Verkehr nur bis 9 Uhr abends zu beleuchten; zum gleichen Zeitpunkt sind die Haustüren zu den Wohnungen zu schließen, die nicht im Schulgebäude liegen.

Die Reinigung soll nach Möglichkeit vor Einbruch der Dunkelheit durchgeführt werden. Wenn dies ausnahmsweise in den Abendstunden erfolgt, darf nur an der Stelle Licht verwendet werden, an der gearbeitet wird.

Lüftung der Schulräume.

Mit der Beheizung der Schulen ist die Belüftung der Räume eng verbunden. Schlechte Lüftung ist nicht nur der Gesundheit schädlich, durch unzuweckmäßige Zuführung von Frischluft kann auch eine wesentliche Erhöhung des Brennstoffverbrauches verursacht werden. Um den Schulen und den Schulheizern Anhaltspunkte über eine richtige Belüftung der Schulräume zu geben, wurden Bestimmungen im Dienstblatt erlassen. Danach sollen während der Heizperiode die Fenster vor Beginn der ersten Unterrichtsstunde geschlossen sein. In Räumen mit Frischlüftungskanälen sollen die Frischluftklappen stets offen gehalten werden, ebenso die untere Abluftklappe, dagegen ist die obere Abluftklappe geschlossen zu halten und nur dann zu öffnen, wenn die Temperatur auf 20° C steigt. In Klassen, die auch nachmittags oder abends zum Unterricht benutzt werden, darf während der Heizperiode nur kurze Zeit gelüftet werden, da im allgemeinen eine erneute Heizung nachmittags nicht stattfindet.

In den Unterrichtspausen soll ausgiebig gelüftet werden, jedoch soll die Temperatur nicht unter 15° C sinken.

Auch nach Schluß des Unterrichts sollen die Klassenräume durch Öffnen der Fenster gründlich gelüftet werden. Die Fenster sind im allgemeinen erst nach beendeter Klassenreinigung zu schließen.

Auch die Außentüren sollen stets gut verschlossen gehalten werden, damit die Zugluft im Innern der Gebäude vermieden wird. Während der Pausen sollen die Außentüren nicht lange Zeit, namentlich nicht bei Luft- und Windanfall, offenstehen.

Dienstanweisung für die städtischen Schulhausmeister.

Die Verwaltung der Schulgebäude liegt in Händen der Bezirksschuldeputationen und der Bezirksschulausschüsse, sowie der Deputation für das Berufs- und Fachschulwesen. Die örtliche Verwaltung der einzelnen Schulen ist einem der in dem betreffenden Gebäude amtierenden Schulleiter als Hausverwalter übertragen. Doch auch der Schulhausmeister trägt einen wesentlichen Teil der Verantwortung für das seiner Obhut anvertraute Schulgebäude. Durch Umsicht und Tatkraft wird gerade er manchen Schaden, der dem Gebäude oder seiner Einrichtung droht, abwenden und für gute Instandhaltung der Schulanlage und ihrer Einrichtung Sorge tragen können.

Um die Arbeiten des Schulhausmeisters und sein Dienstverhältnis in allen Bezirken einheitlicher zu gestalten, wurde im Jahre 1924 eine Dienstanweisung für die Schulhausmeister erlassen.

Danach steht der Schulhausmeister als städtischer Beamter oder Angestellter unter der Dienstaufsicht des Schulleiters. Er hat die Rechte und Pflichten des Beamten bzw. Angestellten.

Der Schulhausmeister ist für die Sicherheit des Grundstücks verantwortlich, wobei er den Anweisungen des Schulleiters zu folgen hat. Besonders soll er dem Schutz des Gebäudes gegen Feuer und Wassergefahr seine größte Aufmerksamkeit widmen und die Gas-, elektrischen Licht- und Wasseranlagen sorgfältig überwachen. Ihm liegt auch die ordnungsmäßige Lüftung und Reinigung der Schulgebäude ob, wozu ihm Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden. Er soll die Müll- und Schlackenabfuhr sowie die Brennstoffanfuhr beaufsichtigen, die auf dem Schulgrundstück auszuführenden Instandsetzungen überwachen, kleine Instandsetzungsarbeiten selbst ausführen und die Heizung mit versehen, sofern dafür kein besonderer Heizer bestellt ist.

Dem Schulhausmeister wird in der Regel eine Dienstwohnung zugewiesen; er darf aber in diese ohne Genehmigung der vorgesetzten Dienstbehörde weder Untermieter noch andere Personen dauernd aufnehmen. Er darf weder selbst ein Gewerbe betreiben noch ohne die Genehmigung der Schulverwaltung die Ausübung eines Handwerkes durch Mitglieder seines Hausstandes auf dem Schulgrundstück dulden.

Auch darf er Veranstaltern und Teilnehmern von Versammlungen weder alkoholische Getränke noch Tabakwaren verkaufen oder besorgen.

Der achtstündige Arbeitstag hat sich für ihn nicht einführen lassen, er muß vielmehr auch über die Unterrichtszeit hinaus für dienstliche Verrichtungen in der Schule zur Verfügung stehen. Es sollen ihm aber zwei dienstfreie Nachmittage nach vorherigem Einvernehmen mit dem Schulleiter gewährt werden, wobei er aber selbst für Vertretung zu sorgen hat.

Der Schulhausmeister erhält Urlaub nach der für die Beamten gültigen Urlaubsordnung, doch soll der Urlaub möglichst in die Ferien gelegt werden und gegenseitige Vertretung unter den Schulhausmeistern erfolgen.

Dienstverhältnis der Schulheizer.

Das Personal für die Beheizung der Schulen war bei der Eingemeindung sehr verschieden zusammengesetzt. Während in einigen Gemeinden die Schulheizer als Beamte angestellt wurden, standen sie in anderen Gemeinden im Arbeiterverhältnis zur Behörde. Wieder in einem anderen Teil der Gemeinden wurden die Heizer während des Sommers entlassen oder anderen städtischen Betrieben zugeführt oder auch im Sommer in den Schulen beschäftigt.

Manche Gemeinden verwendeten überhaupt keine besonderen Schulheizer, sondern sie übertrugen die Bedienung der Heizanlagen den Schulhausmeistern. Diese Verschiedenartigkeiten konnten bis heute noch nicht völlig beseitigt werden.

Das Bestreben der Schulverwaltung und des zentralen Heiz- und Maschinenamtes ging dahin, nicht nur eine gewisse Gleichmäßigkeit in die Beschäftigungsart der Schulheizer zu bringen, sondern es war vor allem darauf gerichtet, einen Stamm von tüchtigen Heizern heranzubilden, der geeignet war, die Heizanlagen in den Schulen möglichst wirtschaftlich zu bedienen. Es wurden deshalb besondere Bestimmungen über die Dienstverhältnisse der Schulheizer getroffen.

Die Schulheizer unterstehen grundsätzlich der Dienstaufsicht der Heizingenieure der Bezirksämter. Nur soweit Angelegenheiten der Schule in Frage kommen, sind die Heizer auch dem Leiter der Schule unterstellt, und zwar insbesondere dann, wenn es sich um Angelegenheiten handelt, die in das Gebiet der Hausverwaltung fallen.

Dem Heizer sollen sämtliche Räume, in denen sich Heizrohre befinden, zur Kontrolle der Heizrohre zugänglich gemacht werden. Er ist dem Schulleiter auch für die Innehaltung der vorgeschriebenen Innentemperaturen verantwortlich. Zu Verrichtungen, die ihn lange Zeit von der Heizanlage fernhalten, darf er deshalb nicht herangezogen werden.

Die Schulheizer werden nicht als Beamte eingestellt, sondern nur als Arbeiter beschäftigt. Sie werden vom 1. Oktober, vom Beginn der Heizperiode ab, in der Schule beschäftigt und nach Schluß der Heizperiode, am 31. März, entlassen. Während des Sommerhalbjahres

sollen sie aber in anderen städtischen Betrieben untergebracht werden, damit im Winter möglichst dieselben Heizer wieder die Heizung der ihnen zugewiesenen Schulen übernehmen können.

Die Schulheizer werden nach dem städtischen Lohn tariff entlohnt; dabei wird innerhalb des Winterhalbjahres eine Arbeitszeit von 48 Stunden für die Woche zugrunde gelegt. Darüber hinaus erhalten die Heizer Zuschläge und zwar:

- a) 12% für die längere Bedienung der Heizung an kalten Tagen, an Abenden und Sonntagen wegen der Einfriergefahr und die pflichtmäßige Beheizung bis zu 6 Räumen mit Lokalöfen,
- b) von je 10%
 - 1. für Schulen, die mindestens wöchentlich dreimal zum Schulunterricht noch in den Abendstunden zu heizen sind und für Schulen, die auch nachmittags, abends und des Sonntags wegen der Erwärmung von Dienstwohnungen geheizt werden müssen;
 - 2. für größere Heizbetriebe, wenn neben der Beheizung einer großen Schule noch eine getrennte Zentralheizung bedient werden muß.
- c) Für die Beheizung der Räume mit Öfen, sofern die Zahl der Räume mehr als 6 beträgt, erhalten sie monatlich:
 - 7,50 RM. für einen Raum mit Kohlenöfen,
 - 1,75 RM. für einen Raum mit Gasöfen,
 - 4—15 RM. für Turnhallen.

Neben dem Lohn erhalten die Heizer für die Beschaffung der kleinen Heizutensilien, wie Streichhölzer, Papier, Seife, Petroleum ein sogenanntes Ölgeld von 12 RM. für den Heizabschnitt.

Nach Schluß der Heizperiode wird die Heizung dadurch aufrecht erhalten, daß die Schulheizer für einzelne Dienststunden, besonders morgens zum Zwecke des Anheizens von ihrer Sommerdienststelle in die Schulen beurlaubt werden. Für diese Heizarbeit wird ihnen neben dem Lohn in der anderen Dienststelle eine Vergütung gewährt. Wo es möglich ist, bedient ein Schulheizer wohl auch zwei oder mehr benachbarte Heizanlagen, wofür ihm neben seinem gewöhnlichen Grundlohn ein Gesamtzuschlag von 18% des Lohnes gewährt wird.

Die Kosten für den Urlaub, der dem Heizer zusteht, trägt zur einen Hälfte die Schulverwaltung, zur anderen Hälfte die Dienststelle, die den Heizer während des Sommers beschäftigt.

Verwendung der Schulräume außerhalb der Schulzeit.

Besondere Beachtung wurde der Verwendung der Schulräumlichkeiten während der schulfreien Zeit zugewendet. Vereine, Parteien und einzelne Personen sind in steigendem Maße dazu übergegangen, für ihre Beratungen und Veranstaltungen Schulräume zu benutzen, weil damit die bei Benutzung von Räumen in Gastwirtschaften so kostspielige

und für den Charakter der Veranstaltung störende Verpflichtung, Getränke zu genießen, fortfällt, ganz abgesehen davon, daß die künstlerisch oft sehr schön ausgestalteten Schulaulen den Zusammenkünften einen ästhetisch schönen Rahmen bieten.

Der Schulverwaltung erwächst dadurch aber eine große Last, da die Räume und Einrichtungsgegenstände durch den stärkeren Verkehr in den Schulen in einem viel größeren Maße abgenutzt werden, als es bei der Benutzung durch die Schüler allein der Fall wäre. Auch die Gefahr der Diebstähle nimmt durch den Verkehr einer großen Anzahl von Menschen in den Schulen zu, zumal auch die Haustüren länger geöffnet bleiben, als es sonst in den Abendstunden bei unbenutzten Räumen der Fall ist. Außerdem wird das Verwaltungspersonal der Schule mehr angestrengt, als wenn es nur für Zwecke der Schule und des Unterrichts verwendet wird.

Trotz alledem glaubt die Schulverwaltung, ihre Räume dem Publikum nicht vorenthalten zu dürfen. Doch wurden zur Erzielung einer gewissen Gleichmäßigkeit innerhalb der ganzen Stadt für die Verwendung der Räume am 8. Januar 1925 besondere Richtlinien erlassen.

Danach können Räume an Vereine und einzelne Personen durch die Bezirksschuldeputation bzw. den Bezirksschulausschuß und die Deputation für das Berufs- und Fachschulwesen unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs und gegen eine Vergütung nach einem Tarif vergeben werden, sofern die Benutzung nicht zu Erwerbszwecken erfolgt. Das Recht, die Räume zu vergeben, kann auch in den Fällen, in denen die vollen Kosten für die Benutzung von den Vereinen usw. gezahlt werden, den Schulleitern übertragen werden. Sonn- und Feiertage soll in der Regel keine Benutzung erfolgen.

Der Schulverwaltung sind grundsätzlich alle Kosten, die ihr durch die Vergabe erwachsen (Abnutzung, Reinigung, Heizung, Beleuchtung, Beaufsichtigung) zu erstatten. Wenn der Verein nicht die sämtlichen Kosten aufbringt, die Stadt aber an den Arbeiten des betreffenden Vereins ein besonderes Interesse hat, kann ein Teil der Kosten oder der Gesamtbetrag aus städtischen Mitteln gedeckt werden. In all diesen Fällen muß aber die für eine Unterstützung des betreffenden Vereins zuständige Verwaltung ihre Zustimmung erteilen. Der Schulverwaltung sind auch dann sämtliche Kosten zu erstatten, wenn eine andere städtische oder staatliche Verwaltung die Schulräume für dienstliche Zwecke verwendet.

Sofern einzelne Räume oder Gebäudeteile anderen städtischen Verwaltungen zur dauernden und ausschließlichen Benutzung überlassen sind, ist der an die Schulverwaltung zu zahlende Betrag nicht für jeden Fall der Benutzung zu zahlen, sondern in jedem Jahre festzustellen und in einer Gesamtsumme an die Schulverwaltung abzuführen.

Die Benutzer müssen sich verpflichten, die Anordnungen der Schulverwaltung zu befolgen und der Stadt jeden an den Gebäuden oder ihren Einrichtungen bei der Benutzung angerichteten Schaden ohne Rücksicht auf die Nachweisbarkeit eines Verschuldens zu ersetzen. Die

Stadt haftet aber nicht für den Verlust oder die Beschädigung von Gegenständen, die aus Anlaß der Veranstaltung in das Schulhaus gebracht wurden. Sie haftet auch nicht für den Schaden, den ein Teilnehmer an der Veranstaltung, insbesondere durch Unfall beim Betreten der Treppen und Flure erleidet. Die Aufbewahrung der Garderobe übernimmt nicht die Stadt, sondern ist Sache des Leiters der Veranstaltung.

Die Benutzer haben ferner vor der Veranstaltung dem Schulleiter den schriftlichen Nachweis zu erbringen, daß sie die Veranstaltung bei der Steuerbehörde angemeldet haben, auch wenn die Erhebung einer Vergnügungssteuer nicht in Frage kommt. Die Veranstaltungen sind ferner bei der Polizeibehörde dann anzumelden, wenn sie in Schulräumen stattfinden, die mehr als 70 qm Grundfläche haben oder mehr als 100 Personen aufzunehmen vermögen und darin Theatervorstellungen, musikalische Darbietungen oder Tanzvorführungen, Ausstellungen, Schaustellungen oder ähnliche Darbietungen veranstaltet werden.

Die Schulräume werden dem Leiter der Veranstaltung vor der Benutzung durch den Schulhausmeister übergeben und in der Regel $\frac{1}{4}$ — $\frac{1}{2}$ Stunde vor Beginn der Veranstaltung geöffnet. Die Veranstaltung soll sich im allgemeinen nicht über 10 Uhr abends ausdehnen.

Getränke oder Genußmittel für die Besucher der Veranstaltung dürfen weder vom Schulhausmeister noch von anderen Personen feilgehalten oder verteilt werden. Auch das Rauchen in den Schulen ist verboten.

Die von den Vereinen zu entrichtenden Gebühren sind vom Schulhausmeister zu berechnen und sofort nach Schluß der Versammlung oder spätestens am Monatsende einzuziehen und monatlich an die zuständige Kasse abzuführen. Unbekannten Vereinen dürfen Räume nur nach Zahlung eines Vorschusses überlassen werden. Den Schulhausmeistern wird für die bei der Vergebung der Räume zu leistende Arbeit eine Entschädigung von der Stadt gewährt. Die von den Vereinen eingezogenen Gebühren sind restlos an die Stadt abzuführen.

Gebühren werden nicht erhoben von Vereinen, deren Tätigkeit auf dem Gebiete des Schulwesens liegt, und die mit der Schulverwaltung zusammen zur Erreichung eines Zieles arbeiten. Dazu gehören insbesondere Elternabende, Elternversammlungen, Unterrichtsveranstaltungen für schulpflichtige Kinder über den Rahmen des Lehrplanes hinaus, Beicht- und Konfirmandenunterricht usw.

Auch bei Benutzung der Räume durch Jugendliche (Jugendabteilungen der Turnvereine usw.) sind von diesen Gebühren nicht zu entrichten. In diesem Falle sind die Kosten von der Stadt (Jugendamt) zu tragen und an die Schulverwaltung zu erstatten.

Eine besondere ermäßigte Gebühr zahlen die Turnvereine bei Benutzung von Turnhallen zu turnerischen Übungen.

Auch Volksbildungsvereine, die keinen städtischen Zuschuß erhalten, Sanitäts- und Krankenpflegokolonnen vom Roten Kreuz usw., städtische Beamte, Lehrer und Angestellte, wenn sie Schulräume zu Sitzungen, Versammlungen und Fortbildungskursen benutzen, Gesang-

und Stenographenvereine ohne Erwerbszweck usw. zahlen nur etwa die Hälfte der vollen Gebühr.

Sind die Räume nach der Benutzung durch umherliegende Papierstücke usw. stark verschmutzt, so ist eine Sonderreinigungsgebühr zu entrichten. Für die Benutzung von Musikinstrumenten wird eine besondere Gebühr erhoben, desgleichen für die Benutzung von Lichtbildapparaten. An Sonn- und Feiertagen wird auf die Grundgebühr ein Zuschlag von 30% erhoben.

B. Die Berliner städtischen Schulneubauten.

1. Schulbaupflicht der Stadt.

Die Errichtung von öffentlichen Volksschulen liegt nach dem Gesetz vom 28. Juli 1906, betreffend die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen, den Gemeinden ob.

Für die Errichtung höherer und mittlerer Schulen, sowie von Fachschulen, ist ein solches Gesetz nicht ergangen. Die Errichtung derartiger Schulen ist vielmehr Sache des Staates, der aber dieses Recht vielfach den Gemeinden überlassen hat. Besonders die Städte haben für die Ausbildung ihrer Jugend durch Einrichtung guter höherer Schulen Sorge getragen.

Auch für die Errichtung von Berufsschulen bestehen gesetzliche Bestimmungen nicht. Die Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 gibt den Gemeinden das Recht, durch Ortsgesetz Gesellen und Lehrlinge unter 18 Jahren zum Besuch der Fortbildungsschule zu verpflichten, ohne jedoch selbst einen unmittelbaren Berufsschulzwang auszusprechen. An diesem Grundsatz halten alle späteren Novellen zur Gewerbeordnung fest. Auch das Preußische Gesetz vom 31. Juli 1923 bleibt diesem Grundsatz treu; es berechtigt die Gemeinden sogar, alle bisher von der Fortbildungsschulpflicht nicht berührten Jugendlichen unter 18 Jahren zum Besuch der Berufsschule heranzuziehen. Die Stadt Berlin hat durch das Ortsgesetz vom 30. März 1926 von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht.

Zur Beschulung dieser durch Ortsgesetz zum Berufsschulbesuch verpflichteten Jugendlichen hat die Stadt die Verpflichtung, Schulgebäude und Schulräume in genügender Zahl zur Verfügung zu stellen.

Die Stadt Berlin hat stets in hinreichendem Maße ihrer Jugend Schulen gebaut, die den pädagogischen Anforderungen der jeweiligen Zeit entsprachen. Im Verhältnis zum Wachstum der Bevölkerung entstanden daher alljährlich eine Reihe von Bauten für Volks- und höhere Schulen in allen Stadtteilen. Daneben besitzt der Staat in dem jetzigen Gebiete der Stadt Berlin ebenfalls 12 höhere Schulen.

Mit der Errichtung von höheren Schulen und Volksschulen hat der Neubau von Berufsschulen nicht gleichen Schritt gehalten. Der Grund hierfür ist darin zu suchen, daß die Ausdehnung der

Berufsschulpflicht auf einen weiteren Kreis Jugendlicher erst nach und nach erfolgte. Die Fortbildung der Jugendlichen in den auf der Volksschule gelehrtten Fächern konnte früher auch in den Volksschulgebäuden an den Nachmittagen, an welchen Unterricht an Volksschüler nicht mehr erteilt wird, erfolgen. Durch die gemeinsame Benutzung dieser Gebäude von Volks- und Fortbildungsschulen war es möglich, die Kosten für die Errichtung besonderer Fortbildungsschulgebäude zu ersparen. Das Unterrichtsziel der Berufsschule hat sich aber seit dem Kriege völlig geändert. Es ist — wie oben ausführlich dargelegt wurde — nicht mehr in der Hauptsache auf die Erweiterung der in der Volksschule erworbenen Kenntnisse gerichtet, sondern vor allem darauf, die Jugendlichen in ihren Berufskenntnissen zu fördern und so tüchtige Qualitätsarbeiter heranzubilden.

Das bedingte aber einmal die Verlegung des Unterrichts auf den Vormittag — womit die Mitbenutzung von Volksschulen erledigt war — verlangte zum anderen vor allen Dingen besonders eingerichtete Unterrichtsräume, wie sie die allgemein bildenden Tagesschulen nicht besaßen. Aus diesem Grunde nimmt die Zahl der neubewilligten Berufsschulbauten einen besonders großen Raum in den Neubauprojekten der Stadt Berlin ein. Damit ist bereits ein gewichtiger Grund für die Notwendigkeit der Errichtung neuer Schulbauten gegeben.

2. Die Notwendigkeit der Schulneubauten.

A. Zahl der Geburten und der Schulkinder.

Bei den Beratungen der städtischen Körperschaften über die Bereitstellung von Mitteln für Schulneubauten ist verschiedentlich die Frage aufgetaucht, wie sich ein Bedürfnis für die Errichtung neuer Schulgebäude erklärt, obwohl die Zahl der Geburten und der Schulkinder sich seit längerer Zeit in ständigem Rückgang befindet. Um diese Frage beantworten zu können, ist es zunächst nötig, sich einen Überblick über die Zahl der Schulkinder im Verhältnis zu den vorhandenen Schulen zu verschaffen.

1. Es entfallen an Lebendgeborenen auf 1000 Einwohner:

In Alt-Berlin:				Im jetzigen Berlin:	
1880	39,9	1915	16,5	1922	11,6
1890	31,9	1916	12,7	1923	9,6
1900	26,7	1917	10,7	1924	10,3
1910	21,5	1918	11,6	1925	11,7
1911	20,9	1919	14,6	1926	11,0
1912	20,4	1920	17,3	1927	10,2
1913	19,6	1921	14,1		
1914	18,5				

Der Rückgang von 1910 (21,5) bis 1925 (11,7) beträgt 46 %.
(NB! Die Ziffern der Jahre 1910 und 1925 werden nachstehend öfter

Notwendigkeit der Schulneubauten

deshalb verwendet, weil in diesen Jahren Volkszählungen stattgefunden haben.)

2. Die Zahl der Jugendlichen im Alter von 6—18 Jahren betrug in runden Ziffern:

In Alt-Berlin:	Im Gebiete des jetzigen Berlins:
1910 393 000	725 000
1925 288 000	619 000
1926 282 000	603 000
1927 276 000	582 000
Rückgang: von 1910—1927: 117 000 = 29 %	143 000 = 20 %.

3. Die Zahl der Volksschulkinder betrug:

In Alt-Berlin:	Im jetzigen Berlin:
1. Mai 1910 226 000	412 000 (geschätzt)
1. Mai 1919 205 000	380 000
1. Mai 1920 200 000	380 000
1. Mai 1921 197 000	376 000
1. Mai 1922 185 000	366 000
1. Mai 1923 170 000	338 000
1. Mai 1924 153 000	306 000
1. Mai 1925 142 000	283 000
1. Mai 1926 144 000	289 000
1. Mai 1927 141 000	289 000
Rückgang: von 1910—1927: 85 000 = 37, %	123 000 = 30 %.

4. Demgegenüber hat auf den mittleren und höheren Schulen (ohne Vorschulen) sowie auf den Berufsschulen eine Zunahme stattgefunden. Es betrug die Zahl der Kinder auf mittleren und höheren Schulen:

In Alt-Berlin:	Im jetzigen Berlin:
1910 20 000	60 000 (geschätzt)
1925 32 000	97 000
1926 31 000	94 000
1927 29 000	91 000
Zunahme: von 1910—1927: 9000 = 45 %	31 000 = 51 %.

5. Die Zahl der Berufsschüler betrug:

In Alt-Berlin:	Im jetzigen Berlin:
1910 34 000	42 000 (geschätzt)
1922 60 000	89 600
1923 56 000	91 000
1924 59 000	93 300
1925 65 000	98 000
1926 67 000	100 300
1927 73 000	110 300
Zunahme: von 1910—1927: 39 000 = 114 %	68 000 = 162 %.

6. Die Gesamtzahl aller Schüler (Ziffer 3—5) betrug:

In Alt-Berlin:		Im jetzigen Berlin:
1910	280 000	514 000 (geschätzt)
1925	239 000	478 000
1926	242 000	483 000
1927	243 000	490 000

Rückgang:

von 1910—1927: 37 000 = 13 % 24 000 = 4,6 %.

Der Rückgang der Gesamtzahl aller Schüler ist mithin bei weitem nicht so hoch, wie vielfach angenommen wird, und wie man nach dem Rückgang der Geburtenziffer sowie der Anzahl der Jugendlichen annehmen könnte. Die Erklärung für diese Tatsache liegt in erster Linie darin, daß die Zahl der Berufsschüler durch Ausdehnung der Berufsschulpflicht erheblich gewachsen ist und zum Teil darin, daß eine Anzahl von Kindern heute die öffentlichen Schulen besucht, welche früher in die Privatschulen gingen.

7. Das Statistische Amt der Stadt Berlin berechnet in seinen Mitteilungen Nr. 1 vom März 1925 und in den Berliner Wirtschaftsberichten, 4. Jahrgang, Nr. 5, die Einwirkung des Geburtenrückganges auf die zukünftige Zahl der schulpflichtigen Kinder (Kinder im Alter von 6—14 Jahren) wie folgt:

Alt-Berlin:		Die Stadt Berlin:
1919	auf 285 000	auf 603 000
1927	„ 165 000	„ 345 000
1928	„ 156 000	„ 323 000
1929	„ 148 000	„ 306 000
1930	„ 150 000	„ 308 000
1931	„ 162 000	„ 330 000
1932	„ 163 000	„ 329 000

Der Rückgang ist hiernach nicht nur für Alt-Berlin festzustellen, sondern macht sich auch in den Außenbezirken geltend.

B. Volksschulen.

Auch die Zahl der Volksschulkinder für sich allein betrachtet ist nicht so stark zurückgegangen, wie vielfach angenommen wird. Nach der oben aufgeführten Statistik hat sich die Zahl der Volksschulkinder seit 1910 um etwa 123 000 vermindert, d. i. rund 30 %. Die am 1. Mai 1927 festgestellte Zahl von 289 000 Volksschulkindern wird bis zum Jahre 1931 nur in geringerem Umfange zurückgehen, sogar wahrscheinlich durch den Zuzug Auswärtiger nahezu ausgeglichen werden.

Damit würde auch der Bedarf an Klassenräumen um etwa 30 % geringer werden. Es ist aber in dem der Volksschule gewidmeten Abschnitt des näheren erörtert worden, welche Faktoren die Wirkung des Rückgangs der Schulkinderzahl wieder aufgehoben haben: die Verringerung der Klassendurchschnittsbesetzung um etwa 20 %, erhöhte Ansprüche der neueren Schule an Sonderunterrichtsräumen aller Art,

Abgabe von Schulräumlichkeiten und ganzer Gebäude an die höhere und Berufsschule, an Verwaltungen, Aufgaben von Mieträumen.

Somit ergaben sich für die Volksschule diese Folgerungen:

a) Der Rückgang der Einschulungen um 30 % ist durch die Verminderung der Durchschnittsklassenbesetzung um etwa 20 % fast ausgeglichen. Immerhin entspricht dieser höhere Rückgang bei der Schulung einer Zahl von etwa 28 000 Kindern oder einer Anzahl von etwa 22 Schulen, die überflüssig geworden wären.

b) Dem steht aber gegenüber die Abgabe von Räumen an andere Verwaltungen und Aufgabe gemieteter Räume, und zwar

1. ganze Schulen 27 Schulen,
2. einzelne Gebäude und Räume in einem Umfange von etwa 15 Schulen,

so daß noch 20 Schulen mehr abgegeben wurden, als dem Rückgang der Einschulungsziffer entspricht.

c) Neubauten für Volksschüler müssen in den neuen Siedlungen errichtet werden, da diese vielfach außerhalb der geschlossenen Ortsteile errichtet worden sind. Aber auch innerhalb geschlossener Ortsteile ist vielfach infolge des Neubaus einer größeren Anzahl von Wohnungen die Errichtung von Neubauten notwendig geworden.

C. Mittlere und höhere Schulen.

a) In der alten Stadtgemeinde Berlin sind seit Oktober 1916 neun Mittelschulen aus privaten höheren Mädchenschulen entstanden, die sich bis auf drei Anstalten in Volksschulgebäuden und Baracken befinden. Auch in den früheren Vororten sind einige Mittelschulen errichtet worden, die in vorhandenen Schulgebäuden untergebracht werden konnten. Für Mittelschulzwecke brauchten deshalb bisher keine Gebäude errichtet zu werden.

b) Die Zahl der Schüler an höheren Schulen zeigt — wie oben gesagt — im Jahre 1927 im Verhältnis zur Zeit vor dem Kriege eine Zunahme von rund 50 %, für die Platz geschaffen werden muß. Aber ebenso wie bei den Volksschulen ist auch bei den höheren Schulen außerdem der Bedarf an Neben- und Sonderunterrichtsräumen durch die in der Schulreform begründeten neuzeitlichen Anforderungen des Unterrichts, besonders in den Naturwissenschaften erheblich gestiegen. Während noch kurz vor dem Kriege diese Räumlichkeiten gegenüber den gewöhnlichen Klassenräumen nur 50—75 % betrug, sind diese Anforderungen jetzt auf etwa 150 % gestiegen.

So ergibt sich auch für die höheren Schulen die dringende Forderung zahlreicher Neubauten, der bisher in den Jahren der finanziellen Not nur ungenügend hat entsprochen werden können, zumal ein Teil der höheren Lehranstalten heute noch in unzureichenden Mietshäusern, Volksschulen und Baracken untergebracht ist, so z. B.

1. Städt. Studienanstalt in der Volksschule Frankfurter Allee,
- V. Oberrealschule im Gebäude der ehemaligen 69. Volksschule, Kleine Frankfurter Straße,

16. Realschule bei der 257. Volksschule, Böttzowstraße,
VI. Oberrealschule bei der 262. Volksschule, Schöningstraße,
Sophien-Gymnasium bei der 306. Volksschule, Mandelstraße.

D. Berufsschulen.

Von der Notwendigkeit des Neubaus von Gebäuden für die Berufsschulen war schon die Rede. Zu dem oben angeführten Grund kommen jedoch noch andere nicht weniger gewichtige hinzu.

Infolge des Gesetzes über die Erweiterung der Berufsschulpflicht vom 21. Juli 1923 und des auf diesem Gesetz beruhenden Ortsgesetzes, betreffend die Berufsschulen in Berlin, vom 22. April 1926 (Gemeindeblatt 1926 S. 109) ist eine erhebliche Zahl von Schülern und Schülerinnen berufsschulpflichtig geworden, die früher der Berufsschulpflicht nicht unterworfen waren. Es handelt sich dabei vorwiegend um die Ausdehnung der Schulpflicht auf die nicht gewerblich tätigen Mädchen, insbesondere die Hausangestellten und auf die ungelernten und landwirtschaftlichen Arbeiter.

Die Zahl der Berufsschüler kann nach dem Umfang der einzelnen Jahrgänge der Volksschüler mit einer gewissen Sicherheit im voraus berechnet werden. Es ergeben sich folgende Ziffern:

Jahr	Zahl der Volksschüler	Berufsschulpflichtig sind folgende Volksschuljahrgänge	Die Zahl der Berufsschüler beträgt demnach
1919	380 000	—	—
1920	380 000	—	—
1921	376 000	—	—
1922	366 000	1912/14	89 600*)
1923	338 000	1913/15	91 000*)
1924	306 000	1914/16	93 300*)
1925	283 000	1915/17	97 000*)
1926	289 000	1916/18	100 300*)
1927	289 000	1917/18	110 300*)
1928	269 000**)	1918/20 etwa	123 800*)
1929	255 000**)	1919/21 „	142 000
1930	257 000**)	1920/22 „	140 000
1931	275 000**)	1921/23 „	135 000
1932	274 000**)	1922/24 „	126 000
1933	—	1923/25 „	115 000
1934	—	1924/26 „	109 000
1935	—	1925/26 „	107 000
1936	—	1926/28 „	106 000
1937	—	1927/29 „	102 000
1938	—	1928/30 „	98 000
1939	—	1929/31 „	98 000
1940	—	1930/32 „	100 000

*) Die Zahlen sind nach den Einschulungen festgestellt.

**) Nach den vom Statistischen Amt festgestellten Zahlen der Schulkinder (s. Abschn. A, Ziffer 7) entfällt 1/6 auf höhere Schüler, die bei Feststellung der Zahl der Volks- und Berufsschüler abgezogen werden müssen.

Hiernach kann mit Bestimmtheit darauf gerechnet werden, daß die jetzige Zahl der Berufsschüler nur für eine kurze Reihe von Jahren, also bis etwa 1932 überschritten wird, nachher aber unter die jetzt vorhandene Zahl der Berufsschüler sinkt. Die Zahl der Volksschüler aus den Jahrgängen 1918/20, die in diesem Jahr in die Berufsschulen noch nicht eingeschult sind, beläuft sich nach dieser Aufstellung auf rund 18000 Kinder*).

Bei der Berechnung des notwendigen Schulraumes für die Berufsschulen ist zu berücksichtigen, daß ein gewerblicher Berufsschüler wöchentlich sechs, ein kaufmännischer Berufsschüler wöchentlich acht Unterrichtsstunden sowie je eine Turnstunde erhalten soll und daß daneben ein erheblicher Teil der Schüler (etwa 75%) an den (freiwilligen) Wahlfortbildungskursen teilnimmt. Die Unterrichtsstunden der Berufsschulen liegen fast durchweg nur in den Vormittags- und Mittagsstunden (7—15 Uhr). Die Wahlfortbildungskurse finden im Anschluß an den Pflichtunterricht und in den Abendstunden statt.

Die Klassenzimmer der Berufsschulen sind deshalb fast durchweg von vormittags 7 bis abends 19 Uhr mit unbedeutenden Unterbrechungen besetzt.

Der Bedarf an Nebenraum ist je nach dem Beruf, dem die Schule gewidmet ist, sehr verschieden, z. B. bei den kaufmännischen Berufsschulen 50%, bei den Schulen für das Baugewerbe aber bis zu 300%.

E. Sonderschulen.

Neuer Raum für die sogenannten Sonderschulen (Schulen für Schwachsinnige, Schwerhörige usw.) ist bis jetzt nur vom Bezirk Spandau gefordert worden. Das erklärt sich daraus, daß diese Schulen meist nicht in besonderen Gebäuden, sondern bei den übrigen Volksschulen untergebracht sind. In der Stadt Berlin bestehen zur Zeit 60 Sonderschulen mit 8886 Schülern. Von diesen Schulen sind 55 in Volksschulgebäuden, eine Hilfsschule in Spandau in einem eigenen neuen Gebäude und vier in gemieteten Räumen untergebracht. Die Durchschnittsbesetzung der einzelnen Klassen beträgt zur Zeit 16, während sie 1923 18 betrug. Das Raumbedürfnis dieser Schulen wird sich voraussichtlich auch in Zukunft in mäßigen Grenzen halten und sich nur soweit geltend machen, als es sich um die Schaffung von Nebenräumen und Sonderunterrichtsräumen handelt.

F. Turnhallen.

a. Im Gebiet der jetzigen Stadt Berlin waren für die Volksschulen, die mittleren und höheren Lehranstalten im Jahre 1913 467 Turnhallen vorhanden. Im Jahre 1926 belief sich diese Zahl auf 486 Turnhallen.

*) Bei diesen Berechnungen ist der Zuzug auswärtiger Lehrlinge nicht berücksichtigt, der erfahrungsgemäß dann besonders stark ist, wenn die Zahl der Berliner Lehrlinge zurückgeht; ferner nicht die Anzahl der weiblichen Hausangestellten und Haustöchter, die zweifellos in den nächsten Jahren berufsschulpflichtig werden, deren Zahl sich aber schwer statistisch erfassen läßt.

Die Turnhallen sind in Alt-Berlin und auch in den meisten Vororten in der Regel nur mit geringen Ausmaßen gebaut. Nebenräume, wie Umkleideräume, Geräteräume und Lehrerzimmer fehlen fast gänzlich.

Bereits vor dem Kriege mußten oft mehrere Klassen gleichzeitig in einer Turnhalle, die zudem noch eine ungenügende Größe hatte, unterrichtet werden. Infolge Vermehrung der Turn- und Spielstunden von wöchentlich zwei auf wöchentlich fünf bei den Volksschulen, den mittleren und höheren Lehranstalten, ist schon dadurch der Raumbedarf auf das Zweieinhalbfache gestiegen.

Wenn der Turnunterricht aber Nutzen bringen soll, ist es nötig, daß jeweils nur eine Klasse in der Turnhalle übt. Deshalb muß auf je acht Klassen eine Turnhalle gefordert werden, wobei zu berücksichtigen ist, daß $8 \times 5 = 40$ Turn- und Spielstunden wöchentlich zu erteilen sind; dabei ist in Betracht zu ziehen, daß eine höhere Zahl von Turnstunden nicht gegeben werden kann, da die Stundenpläne Nachmittagsunterricht nicht vorsehen.

In der Stadt Berlin waren am 1. Mai 1927 bei den oben genannten Schulen rund 11300 Klassen vorhanden, das würde, wenn gleichzeitig stets nur eine Klasse Turnunterricht erhält und dieser nur vormittags erteilt wird, einen Bedarf von 1412 Turnhallen ergeben.

b. An den Berufsschulen soll wöchentlich eine Turnstunde erteilt werden. Berechnet man nur 124000 Berufsschüler (1928) und 35 Schüler auf eine Klasse, so würden wöchentlich 3540 Turnstunden zu erteilen sein. Die Turnstunde muß in zeitlichem Zusammenhange mit den übrigen Unterrichtsstunden, also in der Zeit von 7—15 Uhr gegeben werden, so daß in einer Turnhalle wöchentlich 48 Turnstunden erteilt werden können. Das ergibt einen Bedarf von 74 Turnhallen für die Berufsschulen. Tatsächlich sind aber nur 12 Turnhallen vorhanden.

Der Turnbetrieb wird wenigstens für einen Teil der Schüler dadurch ermöglicht, daß die Turnhallen benachbarter Volksschulen oder andere geeignete größere Räume behelfsmäßig als Turnhalle verwendet werden.

c. An den Sonderschulen sind 550 Klassen vorhanden. Bei fünf Turn- und Spielstunden wöchentlich würde ein Bedarf für die Sonderschulen von 68 Turnhallen bestehen.

d. An Turnhallenraum wäre demnach noch zu errichten:

bei den Volksschulen (1412 — 486) .	926
bei den Berufsschulen (74 — 12) : .	62
bei den Sonderschulen	68
Bedarf	1056 Turnhallen.

Da die Stadt im Verhältnis zu dem Raumbedarf der Schulverwaltung nur beschränkte Mittel zur Verfügung stellen kann, wird nichts anderes übrig bleiben, als wie bisher im Einzelfalle die Frage des Bedarfes zu prüfen und äußerste Sparsamkeit walten zu lassen, um mit den geringen zu Gebote stehenden Mitteln ein Höchstmaß an

Unterrichtsmöglichkeit zu schaffen. Es ist dabei dankbar zu begrüßen, daß die Stadt in den letzten Jahren bis einschließlich 1928 durch Bereitstellung von etwa 50000000 Reichsmark zu Schulneubauzwecken einen Anfang zur Beseitigung der größten Raumnot gemacht hat.

3. Normalbauprogramme neuer Schulen.

Zusammenfassende Richtlinien über den Bau von Schulhäusern hat die Stadt Berlin nicht erlassen. Vor der Bildung der neuen Stadtgemeinde Berlin errichtete jede Gemeinde ihre Schulhäuser unter Beachtung der Erfahrungen, die sie selbst gesammelt hatte und unter Berücksichtigung der Erfordernisse der damaligen Unterrichtsweise. Mit der Eingemeindung der Vororte nach Berlin ist die Finanzhoheit auf die Zentralverwaltung der Stadt Berlin übergegangen und damit die Verpflichtung, die Baupläne der einzelnen Bezirke nach Umfang und Ausstattung der Baulichkeiten zu prüfen und zu genehmigen.

Schulverwaltung und Hochbauverwaltung waren sich darüber einig, daß eine Vereinfachung der Vorarbeiten für die Errichtung neuer Schulgebäude oder die Einrichtung besonderer Räume in den bereits bestehenden Schulen erzielt wird, wenn dafür besondere Richtlinien erlassen werden. In ihnen könnten die Erfahrungen niedergelegt werden, die in den einzelnen Bezirken gemacht wurden, und die ohne den Weg über die Zentrale schwer allen Bezirken zugänglich zu machen sind.

Es sprachen aber auch manche Gründe gegen den Erlaß derartiger Vorschriften.

So hat das gesamte Schulwesen nach dem Kriege in der Methode und in den Lehrplänen und damit auch im Aufbau der Schulen eine völlige Erneuerung erfahren.

Bevor nach dieser Neuorganisation des Schulwesens bindende Bestimmungen erlassen werden konnten, mußte sich die Schulverwaltung selbst erst einmal einen Überblick über die baulichen Auswirkungen der neuen Lehrpläne verschaffen, mußte sich klar darüber werden, was bei Neubauten an Räumen und Einrichtungen unbedingt gefordert werden muß und was als nur wünschenswert unberücksichtigt bleiben konnte.

Die Zentralverwaltung wollte ferner den Baubeamten der Bezirke in der Auswirkung ihrer künstlerischen Persönlichkeit keinerlei Fesseln anlegen, um nicht mit dem Erlaß von Richtlinien eine Gleichförmigkeit der Schulgebäude und ihrer Einrichtungen auch da herbeizuführen, wo eine abweichende Behandlung möglich ist. Sie sollten sich in der Bearbeitung der Schulneubauten unter Beachtung der finanziellen und schultechnischen Erfordernisse frei entfalten können.

In Anbetracht dieser Umstände haben die zentrale Schulverwaltung und die Hochbauverwaltung von der Ausarbeitung zusammenfassender Richtlinien bisher Abstand genommen.

Auch die nachstehenden Programme bilden weder eine Vorschrift noch sonst eine feste Norm, die bei Neubauten unter allen Umständen zugrunde zu legen wäre, sondern sie wollen lediglich eine Uebersicht darüber bieten, wie die einzelnen Schulen zweckmäßig mit Räumen unter sparsamster Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel ausgestattet werden. Je nach der Art und Größe sowie nach der Lage der Schule werden Abweichungen im Einzelfalle erfolgen müssen.

Diese Programme zeigen auch am besten den Wandel, den das Schulhaus in der Nachkriegszeit erfahren hat, besonders wenn man sie mit den Grundrissen älterer Schulbauten, die weiter unten abgebildet sind, in Vergleich setzt. Dabei würde sich ergeben, daß, entsprechend der früheren Auffassung, die Schule vornehmlich als Lernschule zu betrachten, bei der Errichtung der Schulgebäude zumeist nur soviel Klassenräume geschaffen wurden als lehrplanmäßige Klassen vorhanden waren. Sonderunterrichtsräume, wie Schulküchen, Werk- und naturkundliche Räume, Zeichensäle und Aulen, wurden besonders in Volksschulen nicht nur als zu kostspielig abgelehnt, sondern es bestand dafür bei den Schulen selbst oft nicht das Bedürfnis. Auch besondere Räume für die Amtstätigkeit des Schulleiters oder zum Aufenthalt der Lehrer, sowie für Büchereien usw. wurden früher nicht, später zumeist nur in unzureichendem Maße vorgesehen.

Die Umgestaltung der früheren Lernschule zur Arbeitsschule, die Einführung neuer Unterrichtsgebiete in den Lehrplan hat es aber erforderlich gemacht, zur Erreichung des gesteckten Lehrzieles die Räume nicht nur ganz anders auszustatten, sondern den Schulen auch eine erhöhte Anzahl von Sonder-Unterrichtsräumen zur Verfügung zu stellen. Die nachfolgenden Raumnachweisungen zeigen das vorläufige Ergebnis dieser neuen Anforderungen.

Raumnachweisung für eine Volksdoppelschule.

A. Knabenschule.

13 Klassenräume je 54 qm	702 qm,
2 Klassenräume je 36 qm	72 qm,
1 Klassenraum	72 qm,

Erd- und Pflanzenkunde.

1 Zimmer für Erdkunde	1 Kl.	54 qm,
1 Sammlungszimmer hierzu	$\frac{2}{3}$ Kl.	36 qm,
1 Zimmer für Pflanzenzucht, Aquarien und Vivarien	1 Kl.	54 qm,
1 Vorraum hierzu		bis zu 18 qm,
1 Rundfunkanlage.		

Raumnachweisung für eine Volksschule

Zeichen- und Werkunterricht.

1 Zeichensaal	2 Kl. bis zu	108 qm,
1 Nebenraum hierzu (Modellraum) . . .	$\frac{1}{3}$ Kl.	18 qm,
1 Raum für Waschgelegenheit	$\frac{1}{3}$ Kl.	18 qm,
4 Räume für Werkunterricht		
1 Raum für Hobelbankarbeit	$1\frac{1}{3}$ Kl.	72 qm,
1 Raum für Papp- und Buchbinderarbeit .	1 Kl.	54 qm,
1 Materialienraum hierzu	$\frac{1}{3}$ Kl.	18 qm,
1 Raum für Metallarbeit	1 Kl.	54 qm.

Musik.

1 Gesangsaal		rund 100 qm,
1 Nebenraum hierzu	$\frac{1}{3}$ Kl.	18 qm.

Büchereien.

1 Lehrerbücherei	$\frac{2}{3}$ Kl.	46 qm,
1 Schülerbücherei	$\frac{2}{3}$ Kl.	36 qm,

Lehrer- und Amtszimmer

1 Lehrer- und Konferenzzimmer bis	$1\frac{1}{3}$ Kl.	72 qm,
1 Lehrerinnenzimmer	$\frac{2}{3}$ Kl.	36 qm,
1 Elternsprechzimmer	$\frac{1}{3}$ Kl.	18 qm,
1 Amtszimmer für den Schulleiter	$\frac{2}{3}$ Kl.	36 qm,
1 Wartezimmer für den Schulleiter, das zugleich als Dienstzimmer für den Schulhausmeister dient	$\frac{1}{3}$ Kl.	18 qm,

Sonstige Räume.

1 Lehrmittelzimmer	$\frac{1}{3}$ Kl.	18 qm,
1 Raum für den Jugendverein	1 Kl.	54 qm,
1 Nebenraum hierzu	$\frac{1}{3}$ Kl.	18 qm,
1 Abort hierzu, sofern sich nicht in unmittelbarer Nähe ein Schülerabort befindet . . .		bis zu 18 qm.

B. Mädchenschule.

13 Klassenräume je 54 qm		702 qm,
2 Klassenräume je 36 qm		72 qm,
1 Klassenraum		72 qm,

Erd- und Pflanzenkunde.

1 Zimmer für Erdkunde	1 Kl.	54 qm,
1 Sammlungszimmer hierzu	$\frac{2}{3}$ Kl.	36 qm,
1 Zimmer für Pflanzenzucht, Aquarien und Vivarien	1 Kl.	54 qm,
1 Vorraum hierzu		bis zu 18 qm,
1 Rundfunkanlage.		

Zeichen-, Werk- und Nadelarbeitsunterricht

1 Zeichensaal	2 Kl.	bis zu 108 qm,
1 Nebenraum hierzu	$\frac{1}{3}$ Kl.	18 qm,
1 Raum für Waschgelegenheit	$\frac{1}{3}$ Kl.	18 qm,
1 Raum für Werkunterricht (Papparbeit)	1 Kl.	54 qm,
1 Raum für Materialien	$\frac{1}{3}$ Kl.	18 qm,
2 Räume für Nadel und Handarbeit je	1 Kl.	108 qm,

Hauswirtschaft.

1 Schulküche	$1\frac{1}{3}$ Kl.	72 qm,
1 Vorratsraum hierzu		bis zu 36 qm,
1 Vorratskeller unter dem Vorratsraum	$\frac{2}{3}$ Kl.	36 qm,
In besonderen Fällen:		
1 Spülraum		bis zu 18 qm,
1 Lehrwaschküche mit Plätzraum		rund 54 qm.

Musik.

1 Gesangsaal		rund 100 qm.
1 Nebenraum hierzu	$\frac{1}{3}$ Kl.	18 qm.

Büchereien.

1 Lehrerinnenbücherei	$\frac{2}{3}$ Kl.	36 qm,
1 Schülerbücherei	$\frac{2}{3}$ Kl.	36 qm,

Lehrerinnen- und Amtszimmer.

1 Lehrerinnen- und Konferenzzimmer	$1\frac{1}{3}$ Kl.	72 qm,
1 Lehrerzimmer	$\frac{2}{3}$ Kl.	36 qm,
1 Elternsprechzimmer	$\frac{1}{3}$ Kl.	18 qm,
1 Amtszimmer für den Schulleiter	$\frac{2}{3}$ Kl.	36 qm,
1 Wartezimmer	$\frac{1}{3}$ Kl.	18 qm,

Sonstige Räume.

1 Lehrmittelzimmer	$\frac{1}{3}$ Kl.	18 qm,
1 Raum für den Jugendverein	1 Kl.	54 qm,
1 Nebenraum hierzu	$\frac{1}{3}$ Kl.	18 qm,
1 Abort hierzu, sofern sich nicht in unmittelbarer Nähe ein Schülerabort befindet . . .		bis zu 18 qm.

C. Für beide Schulen gemeinsam.

a. Naturwissenschaftliche Räume.

1 Hörsaal für Chemie, Physik, Tier- und Pflanzenkunde		66—72 qm,
1 Vorbereitungszimmer	$\frac{1}{3}$ — $\frac{2}{3}$ Kl.	18—36 qm,
1 Sammlungszimmer für Chemikalien und ausgestopfte Tiere	$\frac{2}{3}$ Kl.	36 qm,
1 Sammlungszimmer für Physik, pflanzen- tierkundliche Präparate	$\frac{2}{3}$ Kl.	36 qm,
2 Schülerübungszimmer, je 72 qm		144 qm,
1 Dunkelkammer	$\frac{1}{3}$ Kl.	18 qm,
1 meteorologische Beobachtungsstelle auf dem Dach		
1 Wettertafel		
1 Lichtbildzimmer für beide Schulen	$1\frac{1}{3}$ Kl.	72 qm,
1 Bildwerferraum bis zu	$\frac{1}{3}$ Kl.	18 qm.

Sonstige Räume.

1 Schulsaal		300 qm,
Vorräume usw. hierzu		bis zu 100 qm,
1 Zimmer für die Schülerspeisung, für beide Schulen gemeinsam, möglichst neben der Schulküche liegend		54—72 qm,
1 Aufbewahrungsraum für Räder im Keller- geschoß		54 qm,
1 Schularztzimmer	$\frac{1}{3}$ Kl.	18 qm,
1 Schularztvorzimmer	$\frac{2}{3}$ Kl.	36 qm,
Aborte für Lehrer, Schüler (pro Klasse 1 Sitz) und Schülerinnen (pro Klasse $1\frac{1}{2}$ Sitz).		

Brausebad.

1 Brauseraum	1 Kl.	54 qm,
1 Umkleideraum	1 Kl.	54 qm,
1 Trockenraum und Warmwasserbereitungs- anlage		18—36 qm.

Turnhallen.

Für eine Doppelschule sind vier Turnhallen nötig. Zunächst aber sollen nur zwei Turnhallen vorgesehen werden; für die Errichtung der beiden übrigen Turnhallen muß aber schon beim Neubau der Schule Raum bereitgestellt werden, damit die spätere Errichtung keine Schwierigkeiten macht und die neuen Turnhallen auch in das architektonische Bild leicht eingefügt werden können. Sofort sind auszuführen:

2 Turnsäle, je 240 qm (je 12×20 qm) . . .	480 qm,
Lichte Höhe 5,50 m,	
2 Umkleideräume mit Einrichtung zum Fußwaschen, je etwa 45 qm	90 qm,
2 Gerätezimmer, je etwa 40 qm	80 qm,
2 Lehrerzimmer, je 11–15 qm	22–30 qm,
in geeigneten Fällen noch 1–2 Brausräume, je 30–40 qm	60–80 qm.

Dienstwohnungen.

2 Rektordienstwohnungen, je bis zu 4 Zimmern, Küche, Bad mit Klosett, Mädchen-gefaß für eine Person, insgesamt je 125 bis 135 qm	250–270 qm,
1 Wohnung für den Schulhausmeister, 3 Zimmer, Küche, Bad mit Klosett	85–90 qm,
1 Wohnung für den Schulheizer, wie vor . .	85–90 qm,
1 Waschküche	20–30 qm.

In diesen Raummaßen sind die Flure, Austritte und die im Boden und Keller gelegenen Wirtschaftsräume nicht mitenthalten.

Allgemeines.

Die Flure sollen bei doppelhüftiger Anordnung der Räume 3,50 m, bei einhüftiger Anordnung 2,80 m breit sein. Wenn zur Aufbewahrung der Schüलगarderobe in die Wände der Flure besondere Schränke eingelassen sind, wird die Tiefe der Schränke in obige Maße nicht eingerechnet.

Sofern die beiden Doppelschulen miteinander in Verbindung stehen, sind für den Schularzt nur einmal Räume vorzusehen.

Raumnachweisung für eine Vollanstalt

15 Klassenzimmer 9×6 m = 54 qm	810 qm,
2 Klassenzimmer 6×6 m = 36 qm	72 qm,
1 Klassenzimmer 12×6 m	72 qm.

Naturwissenschaftliche Räume.

Physik.

1 Hörsaal (Auditorium, Lehrzimmer) bis zu	1 1/3 Kl.	66—72 qm,
1 Vorbereitungszimmer bis zu	2/3 Kl.	24—36 qm,
1 Sammlungszimmer, rund	1 Kl.	54—60 qm,
1 Schülerübungszimmer	1 1/3 Kl.	72 qm,
1 Arbeitszimmer für den Lehrer	1/3 Kl.	18 qm,
1 Werkstatt	1/3 Kl.	18 qm,
1 Rundfunkanlage.		

Chemie.

1 Hörsaal (Auditorium, Lehrzimmer) bis zu	1 1/3 Kl.	66—72 qm,
1 Vorbereitungszimmer, bis zu	2/3 Kl.	24—36 qm,
1 Sammlungszimmer, rund	1 Kl.	54—60 qm,
1 Schülerübungszimmer (Laboratorium) . .	1 1/3 Kl.	72 qm,
1 Arbeitszimmer für den Lehrer	1/3 Kl.	18 qm,
1 Dunkelkammer	1/3 Kl.	18 qm.

Pflanzen- und Tierkunde.

1 Hörsaal (Auditorium, Lehrzimmer) bis zu	1 1/3 Kl.	66—72 qm,
1 Sammlungszimmer, zugleich Vorbereitungs- zimmer und Werkstatt für den Samm- lungsleiter	2/3 Kl.	rund 36 qm,
1 größeres Sammlungszimmer	1 Kl.	54—60 qm,
1 Schülerübungszimmer	1 1/3 Kl.	72 qm,
1 Pflanzenzucht-, Aquarien- u. Vivarienraum	1 Kl.	54—60 qm,
1 Vorraum hierzu	1/3 Kl.	18 qm.

Erdkunde.

1 Hörsaal (Lehrzimmer, Auditorium) . .	1—1/3 Kl.	54—72 qm,
1 Sammlungszimmer	2/3—1 Kl.	36—54 qm,
1 meteorologische Beobachtungsstelle auf dem Dach,		

Zeichnen.

1 Zeichensaal	2 Kl.	108 qm,
1 Nebenraum hierzu	1/3 Kl.	18 qm,
1 Raum für Waschgelegenheit	1/3 Kl.	18 qm,
1 Lehratelier im Dachgeschoß	2/3 Kl.	36 qm.

Werkunterricht.

4 Räume für Werkunterricht		
1 Raum für Hobelbankarbeit	1 1/3 Kl.	72 qm,
1 Raum für Papp- und Buchbinderarbeit .	1 Kl.	54 qm,

Raumnachweisung für eine Vollanstalt

1 Materialienraum hierzu	$\frac{1}{3}$ Kl.	18 qm,
1 Raum für Metallarbeit	1 Kl.	54 qm.
Bei Mädchenschulen sind 2 der Werkräume für Nadelarbeit zu verwenden.		
2 Lehrmittelzimmer, je $\frac{1}{3}$ Kl.	$\frac{2}{3}$ Kl.	36 qm,
Aborte für Schüler (1 Sitz pro Klasse),		
Aborte für Schülerinnen ($1\frac{1}{2}$ Sitz pro Klasse).		

Musik.

1 Gesangsaal		120—150 qm,
1 Nebenraum für Noten	$\frac{1}{3}$ Kl.	18 qm,
1 Raum für Instrumente bis zu	$\frac{2}{3}$ Kl.	etwa 36 qm.

Büchereien.

1 Lehrerbücherei	1 Kl.	54 qm,
1 Schülerbücherei	1 Kl.	54 qm.

Lehrer- und Amtszimmer.

1 Lehrer(innen)- und Konferenzzimmer .	$1\frac{1}{3}$ Kl.	72 qm,
1 Lehrerinnenzimmer (Lehrerzimmer) . .	$\frac{2}{3}$ Kl.	36 qm,
1 Sprechzimmer für Eltern und Lehrer . .	$\frac{1}{3}$ Kl.	18 qm,
1 Wartezimmer, zugleich Amtszimmer des Schulhausmeisters		18 qm,
1 Amtszimmer für den Schulleiter	$\frac{2}{3}$ Kl.	36 qm,
1 Bürozimmer	$\frac{1}{3}$ Kl.	18 qm.
1 Zimmer für den Oberstudienrat	$\frac{1}{3}$ Kl.	18 qm,
Aborte für Lehrer.		

Besondere Räumlichkeiten.

a) Turnhallen.

2 Turnsäle, je 12×20 m = 240 qm	480 qm,
(Lichte Höhe des Turnsaales 5,50 m)	
2 Umkleideräume, je 40—45 qm	80—90 qm,
2 Geräteräume, je 40 qm	80 qm,
2 Lehrerzimmer, je 12—15 qm	24—30 qm.
(Zunächst soll in der Regel nur eine Turnhalle gebaut, und später erweitert oder aufgestockt werden.)	

b) Brausebad.

1 Brauseraum	1 Kl.	54 qm,
1 Trockenraum	$\frac{2}{3}$ Kl.	36 qm,
1 Umkleideraum	1 Kl.	54 qm.

c) Schulsaal.

1 Schulsaal in der Größe von etwa	300 qm,
Nebenräume wie Bühne, Garderobe, Aborte etwa	100 qm.

d) Schularztzimmer.

1 Zimmer für den Arzt	$\frac{1}{3}$ Kl.	18 qm,
1 Wartezimmer	$\frac{2}{3}$ Kl.	36 qm.

e) Jugendvereinszimmer.

1 Versammlungsraum	1 Kl.	54 qm,
1 Nebenraum	$\frac{1}{3}$ Kl.	18 qm,
1 Abort (wenn erforderlich)	$\frac{1}{3}$ Kl.	18 qm.

Dienstwohnungen.

1 Dienstwohnung für den Direktor, bestehend aus 5 Zimmern, Küche, Bad mit Klosett, Mädchengelaß für eine Person	150—160 qm,
1 Dienstwohnung für den Schulhausmeister, bestehend aus 3 Zimmern, Küche, Bad mit Klosett	85—90 qm,
1 Dienstwohnung für den Schulheizer, be- stehend aus 3 Zimmern, Küche, Bad mit Klosett	85—90 qm.

In diesen Raummaßen sind die Flure, Austritte und die im Boden und Keller gelegenen Wirtschaftsräume nicht mitenthalten.

Für die Dienstwohnungen ist eine gemeinsame Waschküche vorzusehen mit 36 qm.

Diese Raumnachweisungen für Volks- und höhere Schulen bedeuten zweifellos einen sichtlichen Fortschritt gegenüber den Ansprüchen, die die Vorkriegszeit an die Ausstattung für den Raumbedarf der Schulen stellte, man darf vielleicht sogar behaupten, daß sie besonders im Hinblick auf die gegenwärtigen finanziellen Verhältnisse einer gewissen Großzügigkeit nicht entbehren. Daß diese Programme nicht nur auf dem Papier stehen, zeigen die nachstehenden Bauzeichnungen der neuesten Schulbauten.

Trotzdem ist gerade die Schulverwaltung überzeugt, daß diese Raumnachweisungen nichts Endgültiges darstellen, daß sie vielmehr nur der Ausdruck eines Entwicklungsstadiums unserer Schulen sind. Denn sie ist der Ansicht, daß die geistige Umstellung, die die Schule erfahren, sich neue Formen nicht nur in ihrer Arbeitsweise schaffen muß, sondern auch in ihrer äußeren Gestaltung — im Schulbau. Wie die stärkere

Betonung der naturwissenschaftlichen Fächer, die arbeitsunterrichtliche Methode und die Einführung des Werk- und hauswirtschaftlichen Unterrichts sich in der in den Normalbauprogrammen zutage tretenden Vermehrung der Sonderunterrichtsräume auswirkte, so wird auch die werdende Schule, die Arbeits- und Gemeinschaftsschule, die sich ohne Gliederung nach Volks- und höherer Schule, ohne Gliederung nach diesem oder jenem Typ der höheren Schule als wahrhafte Einheitsschule entwickeln will, ihre eigenen Formen schaffen, die zu verwirklichen dann Aufgabe einer Schulverwaltung sind.

In dem Aufsatz über „Reformpläne und Versuche“ auf dem Gebiet der höheren Schule ist in dem Abschnitt, der dem Kaiser-Friedrich-Reformrealgymnasium, Neukölln, gewidmet worden ist, bereits gesagt worden, wie diese Schule Karsens in ihrem Abweichen von allem sonst im Berliner Schulwesen Üblichen nach einem Schulbau verlangt, der Ausdruck ihres neuen Lebens sein soll. Es ist bei dieser Gelegenheit der Entwurf erwähnt worden, den Taut und Karsen gemeinschaftlich für diesen Neubau entworfen haben. Wenn nun auch dieser Entwurf noch nicht genehmigt ist — er wird aber doch wohl in dieser oder ähnlicher Form Wirklichkeit werden —, so ist er doch so bezeichnend für die Entwicklung, der der Berliner Schulbau zusteuert, daß er als das Programm von morgen kurz geschildert werden muß. Wir geben daher eine Schilderung dieses Projektes aus der Feder Bruno Taufs in einem Aufsatz, der im Berliner Tageblatt am 14. April 1928 (Nr. 177) erschien.

Die Anlage am Dammweg.

Von Stadtbaurat a. D. Bruno Taut,

Vorstandsmitglied des Bundes deutscher Architekten.

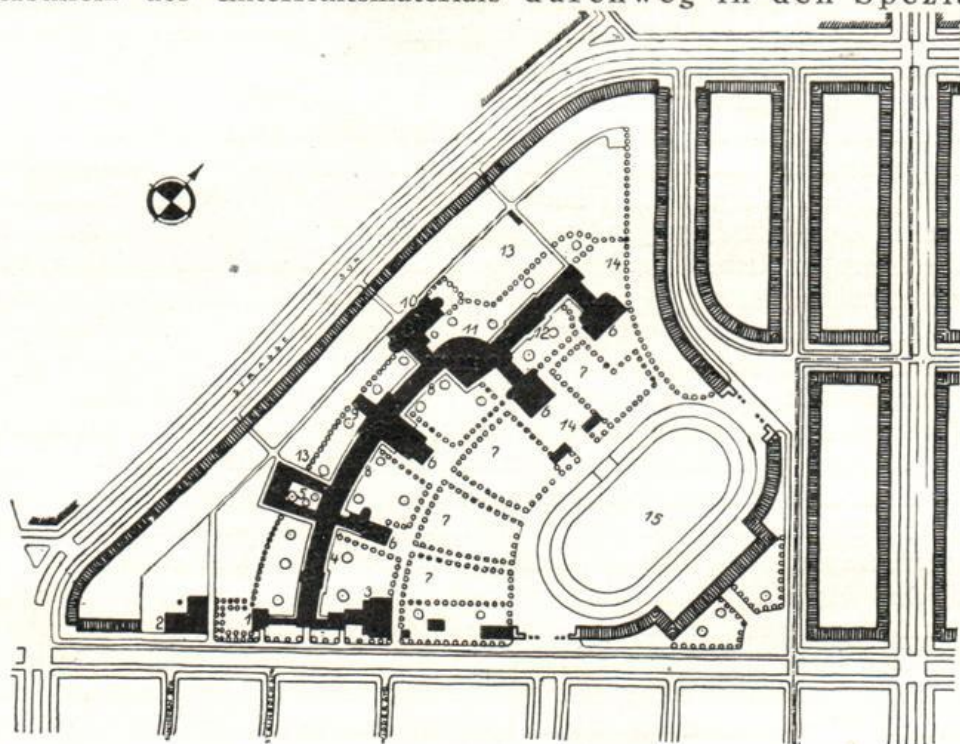
Der Entwurf der großen neuen Schulanlage in Neukölln soll nicht ein architektonisches Prunkstück darstellen, er ist vielmehr nichts anderes als die Niederschrift des pädagogischen Programms, das in seiner Fortschrittlichkeit allein die Ursache für die neuartige Gruppierung und architektonische Gestaltung des Baues ist.

Das gestellte pädagogische Programm, welches von den Vertretern des Bezirksamtes Neukölln (Bezirksamt mit Stadtrat Löwenstein als dem Dezernenten) getragen wird und von den Spitzen der Stadt und des Staates (Ministerium und Provinzialschulkollegium) anerkannt worden ist, ging von dem Oberstudiendirektor und Schulrat Dr. Karsen aus, welchem bisher schon die praktische Durchführung, soweit es in einem alten Bau möglich war, oblag und welcher die weitere Durchführung im neuen Bau übernehmen wird. Soweit sich dieses Programm auf die Gestaltung des neuen Baues auswirkt, liegen seine Hauptmomente im folgenden:

Die Schüler werden nach dem System der Arbeitsschule nicht an festen Bänken unterrichtet, sondern an Tischen und Stühlen, welche frei je nach Art des Unterrichts und der Schülerzahl im

Klassenraum gruppiert werden. Da sie also in keiner festen Richtung sitzen, sondern auch den Rücken gegen das Fenster und umgekehrt den Blick gegen das Fenster richten müssen, so ist ein Stockwerksbau mit seiner einseitigen Beleuchtung für diesen Zweck nicht brauchbar. Die bauliche Notwendigkeit liegt also darin, die Schulräume durchweg mit einem Oberlicht zu versehen, damit sie mit einem gleichmäßigen Licht erfüllt sind. Nach den sehr weitgehenden Versuchen wird ein dreiseitiger hoher Lichtkranz vorgesehen, wobei die Außenwand ein fünf Meter breites Fensterband erhält, durch welches man zu Gärten und Spielplätzen hinaussehen kann. Die Oberlichter erhalten Vorrichtungen gegen die Sonnenblendung; vor dem unteren Fensterband ist eine breite Vorhalle vorgelagert, welche durch die Öffnung der fünf Meter breiten Schiebetür, in der sich das untere Fenster befindet, im Sommer mit als Raumeinheit zur Klasse verwendet werden kann. Die Schüler sollen sich auch in den Pausen bei schlechtem Wetter je nach der Windrichtung in dieser Vorhalle aufhalten, so daß das Lärmen auf den Korridoren hier ausgeschaltet wird. Diese Voraussetzung gab dem Bau seine von Süden nach Norden langgestreckte Form, dessen Bogen sich zur Ostsonne öffnet.

Sodann soll der Unterricht mit Rücksicht auf den geringsten Verschleiß des Unterrichtsmaterials durchweg in den Spezial-



Die gesamte Schulanlage im Lageplan. — Innerhalb eines Baublocks mit Zugängen vom Dammweg
Vier Spielplätze und ein großer Sportplatz. Länge des Schulbaus etwa 450 Meter.

- 1 = Kindergarten, 2 = Heizwerk, 3 = Schwimmbad, 4 = Unterstufe, 5 = Werkhof, 6 = Turnhallen
7 = Spielplätze, 8 = Mittelstufe, 9 = Musik- und Vortragssäle, 10 = Kunstabteilung mit Speisesaal, 11 = Biologie, Chemie, Physik, Mathematik und Verwaltung mit Versammlungssaal, 12 = Oberstufe für Sprachen, Geschichte, Deutsch, Erdkunde, Religion, 13 = Schülergärten, 14 = Turnplätze, 15 = Sportplatz

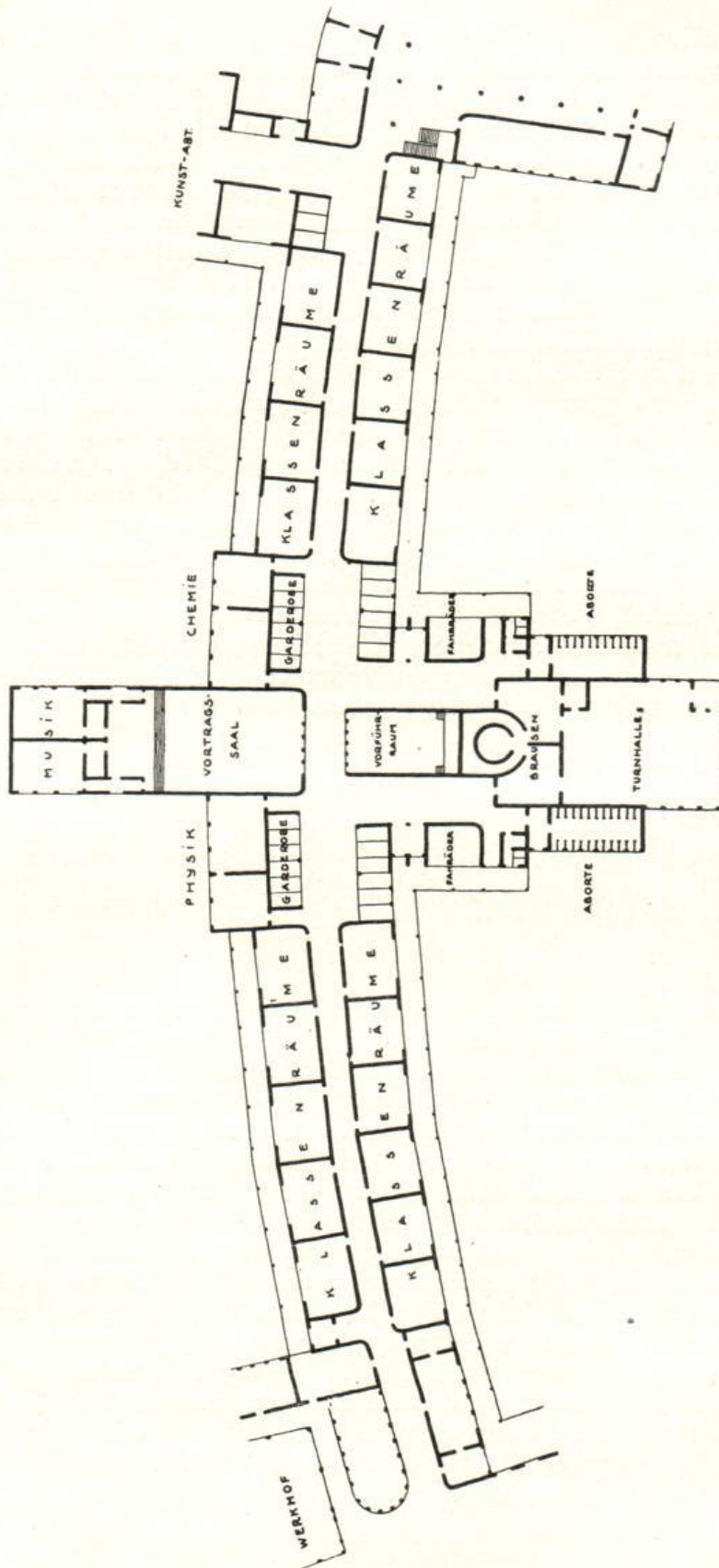
räumen stattfinden, in ähnlicher Weise, wie es bisher nur bei den naturwissenschaftlichen Räumen geschehen ist. Dieser Grundsatz wird für die Oberstufe strikt durchgeführt, die demnach also außer dem naturwissenschaftlichen, wegen der Leitungen und der festen Anordnung der Arbeitsplätze in vier Geschossen vorgesehenen Flügel einen weiteren für Sprachen, Geschichte, Erdkunde, Deutsch, Religion usw. enthält. Dieses System wird für die jüngeren Jahrgänge je nach der Voraussetzung des Alters besonders differenziert; es soll hier nur darauf hingewiesen werden, daß die Garderobenanlagen infolgedessen eine andere Gestaltung finden müssen als bisher, da die Klassen im Sinne von Arbeitsgemeinschaften der Schüler nun nicht mehr stationär sind.

Das Prinzip des geringsten Verschleißes, der geringsten Wege und damit einer weit durchgeführten Rationalisierung des Schulbetriebes ist in allen weiteren Einzelheiten der Leitgedanke gewesen. Mit ihm hängt auch die Anlage der Gemeinschaftsräume zusammen, welche an den Eingängen, Garderoben usw. die natürlichen Knotenpunkte bilden. Es gibt in der Unterstufe einen Spielraum, der mit Gesangsraum kombiniert und auch getrennt zu benutzen ist, in der Mittelstufe einen Saal für 300 bis 400 Plätze mit Bühne, der wiederum mit einem Vorführungsraum für Epidiaskope zusammen benutzt werden kann, und schließlich eine große Aula für 700 bis 800 Sitzplätze, welche durch die Gänge des vierstöckigen Flügels eine Erweiterung in einem unteren Umgang und zwei darüberliegenden Galerien erhält. Dieser Raum ist auf die beste Sicht zum Podium und die beste Akustik in Kreissektorform vorgesehen. An diese einzelnen Knotenpunkte und an die Enden des Baues sind die Turnhallen vorgelagert, zur Ersparung weiter Wege derart, daß die einzelnen Schulgruppen möglichst immer vor sich die Räume für Leibesübungen, zum Umkleiden und Säubern und anschließend die Aborte haben. Die Brausen werden in einem Brausegang angelegt und die Ankleideräume derart, daß die mit dem Turnen fertigen Schülergruppen nicht die eben kommenden stören, daß also kein geringster Zeitverlust eintritt.

Die langgestreckte und in der Hauptsache erdgeschossige Anlage wird dadurch auf ihren höchsten Nutzwert gebracht, so daß die bei sonstigen Schulgebäuden zugrunde gelegte und absolut feste Schülerzahl hier wesentlich erhöht werden kann (Minimum: 2100, Maximum: 3000 Schüler). Dadurch werden die Baukosten, bezogen auf den einzelnen Schüler, trotz größerer Aufwendungen für die Heizung, geringer als sonst.

Die gesamte Anlage bedeutet nicht eine Schule, sondern sie stellt drei bis vier Schulbetriebe dar, die in sich getrennt und doch verbunden sind, so daß eine Elastizität des Betriebes sich mit einer organisatorischen Gliederung verbindet und die notwendige Fluktuation möglich wird. Am Dammweg liegt links vom Eingang der Kindergarten, daran schließt sich die Unterstufe an, an sie die Mittelstufe und schließlich am Knotenpunkt mit der Aula und der Hauptverwaltung die Oberstufe. Zu beiden Seiten des bogenförmigen

Grundriß der Mittelstufe. Maßstab 1:1000



Links schließt sich die Unterstufe, rechts die Oberstufe an.

Traktes sollen zunächst Wandelgärten angelegt werden und, damit der Schulunterricht nicht leidet, erst weiter nach Westen die Schulgärten und nach Osten die Spielplätze, die auf einen großen sportgerechten Platz für Leibesübungen münden. Die Gliederung des ganzen Platzes und seine Einteilung in organische Einheiten geben die vorgestreckten Turnhallen und das Schulschwimmbad am Dammweg, das ständig im Gebrauch sein wird, wie überhaupt nach Möglichkeit jeder Raum der Anlage zu jeder Tageszeit benutzt sein soll. Gerade dieses Moment erklärt die vorherige Bemerkung über die Kostenfrage. Ein Werkhof für alle Zweige des werktätigen Unterrichts für Knaben und Mädchen, Speise- und Aufenthaltsräume, ein größerer Eßraum mit Speiseküche erstreckt sich in das Gebiet nach den Schulgärten hin und gibt dort die entsprechende Gliederung der Gärten.

Es dürfte hiermit zum erstenmal eine so weitgehende Gestaltung der modernen Pädagogik in einer großen Anlage geschehen. Und Berlin wird sich durch diesen wichtigen Schritt zur Heranbildung einer neuen Generation ein großes Verdienst erwerben. Sowohl der Bau wie sein Inhalt steht abseits aller romantischen, ästhetischen und sonstigen Nebengedanken; er ist also nur darauf gerichtet, die Kräfte der Jugend zum Leben stark zu machen und dem Kind vom Kindergarten bis zum Abiturium ein Heim zu geben, das ihm in leiblicher und geistiger Beziehung alles bietet, was wir ihm nur geben können.

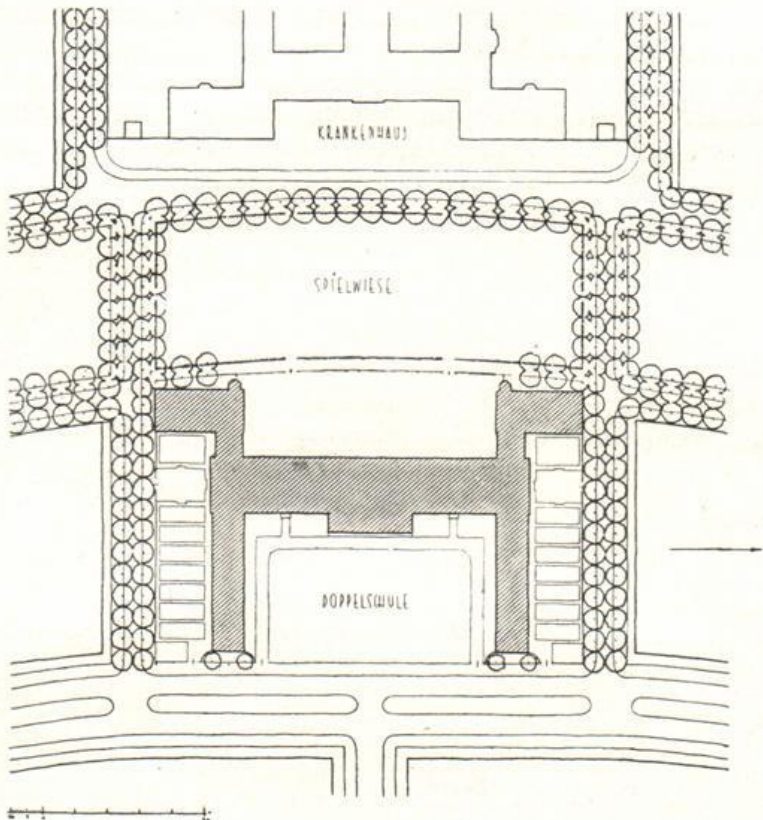
Die Abbildungen dieses Aufsatzes verdanken wir dem Verlag der Bauwelt. Sie entstammen dem 46. Heft des Jahrganges 1928.

4. Die einzelnen Schulneubauten.

Vorbemerkung:

Die seit dem Kriege errichteten neuen Schulgebäude weisen fast sämtlich die Merkmale des Überganges auf. Zum Teil entspricht die Zahl der Sonderunterrichtsräume, die den Schulen beigegeben sind, nicht den Anforderungen, welche heute gestellt werden; zum Teil sind die Schulhöfe zu klein oder die Schulen weisen andere kleinere Mängel auf. Die Ursache liegt vor allem darin, daß die neuen Unterrichtspläne für die höheren Schulen und für die Volksschulen erst zu einer Zeit fertiggestellt und in den Schulen eingeführt worden sind, zu welcher die betreffenden Baupläne abgeschlossen oder in Bearbeitung waren. Die neuen Unterrichtsziele und Methoden konnten auch erst allmählich ihren Einfluß auf die räumliche Gestaltung der Schulneubauten ausüben. So stellen die unten aufgeführten Neubauten wahrlich keine Musterbauten dar, aber es darf doch behauptet werden, daß sie der Zeit und ihrer Not entsprechend Zeugnisse einer starken Opferwilligkeit der städtischen Körperschaften und des entschiedenen Willens der Schulverwaltung sind, auch mit begrenzten Mitteln der kommenden Generation würdige und zweckentsprechende Bildungsstätten zu bieten.

Daher wurde auch bei allen Bauten Wert darauf gelegt, nicht sogenannte Schulpaläste, sondern einfache, hygienisch einwandfreie und sorgfältig eingerichtete Schulräume zu schaffen. Ebenso wurde versucht, Schulen nach Möglichkeit an Grünflächen zu legen, wie es z. B. bei dem Neubau der Schule auf dem Tempelhofer Felde geschehen ist. Desgleichen wurde bei der Bemessung der Größe des Schulhofes von dem Grundsatz ausgegangen, für jede höhere und jede Volksdoppelschule



Gymnasium und Volksschule auf dem Tempelhofer Felde.
(Wittelsbacher Korso, Bezirk Berlin-Tempelhof.)

auf dem Schulhof selbst einen eigenen genügend großen Spielplatz zu schaffen. Die Größe der für die Schule zu verwendenden Gesamt-Grundstücksfläche ist demnach von der Größe des Schulhofes abhängig. In der Regel soll außer den sonstigen Hofflächen und dem Schulgarten ein Spielfeld von 70—110 bzw. 120 m geschaffen werden. Bei einfachen Volksschulen (bis 20 lehrplanmäßigen Klassen) genügt ein Turn- und Spielhof von etwa 5000 qm Größe.

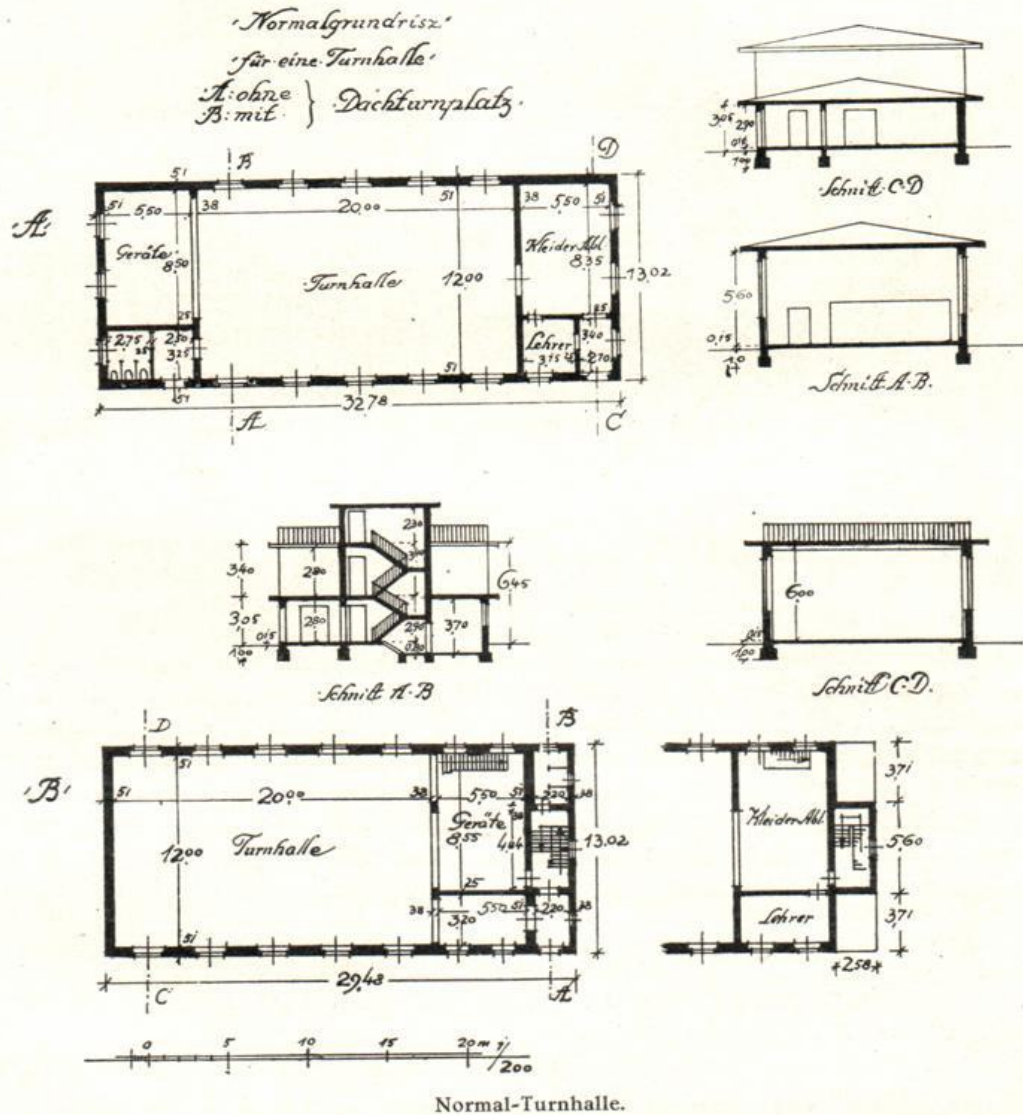
Aus der Beschreibung des Taut-Karsenschen Entwurfes ging schon hervor, daß in Zukunft, wo es irgend angeht, mehrere Schulen um einen gemeinsamen großen Platz gruppiert werden sollen. Die Gründe dafür sind an der gleichen Stelle angegeben. Diese Absicht ist außer in dem Neuköllner Projekt bereits in anderen großen Entwürfen der Stadt durchgeführt, so bei den in Aussicht genommenen

Normalturnhalle

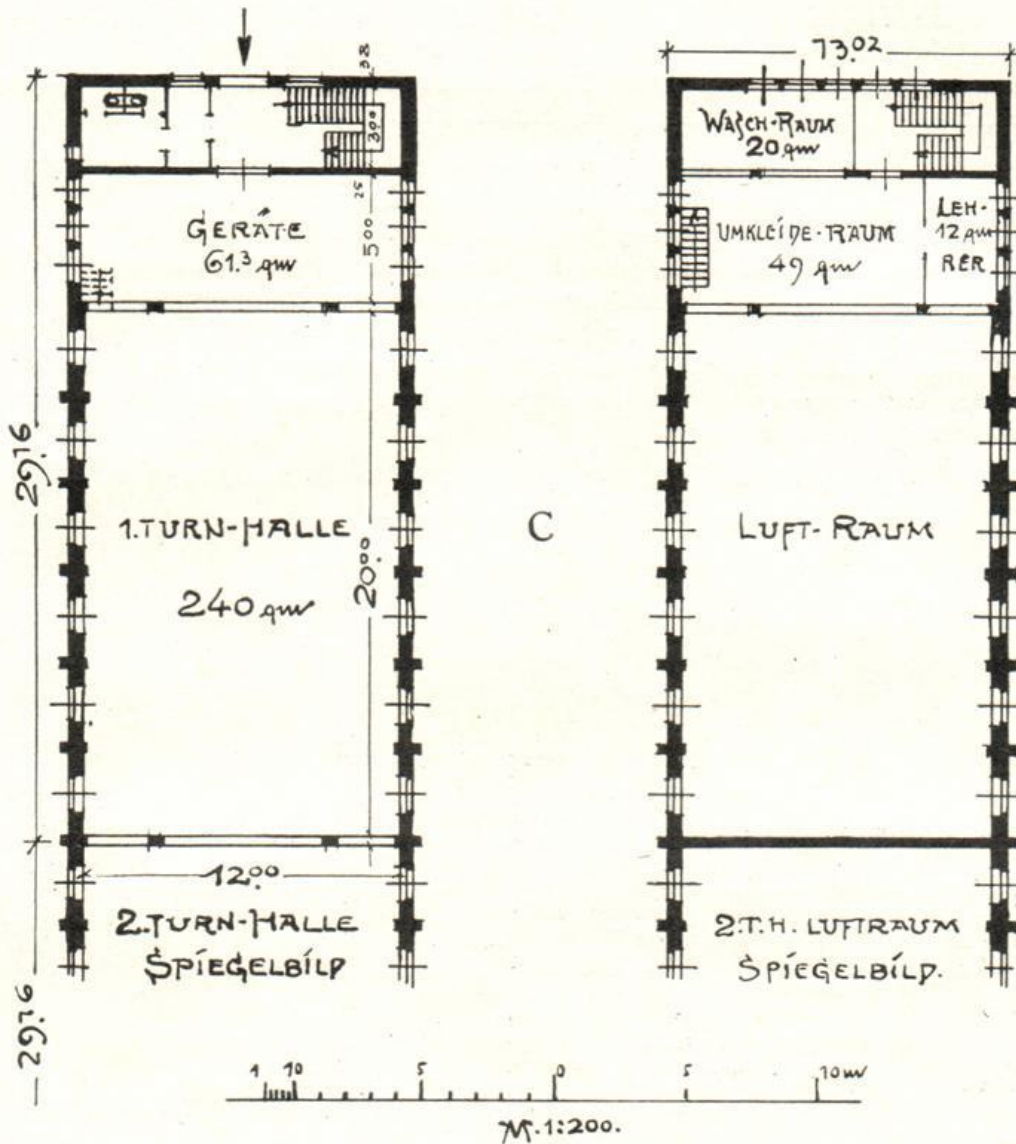
Schulneubauten im Afrikanischen Viertel (Bezirk Wedding) und den Neubauten an der Schlicht-Allee im Bezirk Lichtenberg.

Den gesundheitlichen Anforderungen wurde bei allen Neubauten besonders dadurch Rechnung getragen, daß stets Schulbrausebäder vorgesehen werden. Diese Brausebäder sollen so neben der Turnhalle liegen, daß sie von dieser aus leicht zugänglich sind und von den Schülern nach beendetem Turnen benutzt werden können.

Bei Turnhallenbauten wurden meistens übereinanderliegende Doppeltturnhallen errichtet. Die Schulverwaltung hat grundsätzlich daran festgehalten, die Turnsäle nicht größer als 240 qm zu machen. Die lichte Höhe der Turnsäle wurde auf 5,50 m, die Größe des Geräteraumes auf rund 40 qm, die des Umkleideraumes auf rund 45 qm, des Lehrerzimmers auf 12—15 qm bemessen. Besondere Brauseräume wurden nur dort vorgesehen, wo das Schulbrausebad von der Turnhalle zu weit



Normalturnhalle



Normal-Turnhalle (Volks- und Mittelschule in Steglitz).

entfernt liegt, als daß es nach dem Turnen leicht aufgesucht werden könnte. Eine solche Doppeltturnhalle stellt sich einschließlich Inventar auf 150 000—170 000 RM.

Die Anordnung und Größe der einzelnen Räume geht aus den obenstehenden Abbildungen hervor. Bei einer Doppeltturnhalle (übereinander) wiederholen sich die Grundrisse zu B. Die lichte Höhe des Turnsaales ist zwar mit 6 m angegeben, muß aber auf 5,50 m beschränkt werden; im gleichen Verhältnis ist die lichte Höhe des Geräte- und Umkleideraumes einzuschränken. Im Grundriß C ist ein besonderer Waschraum neben dem Umkleideraum vorgesehen.

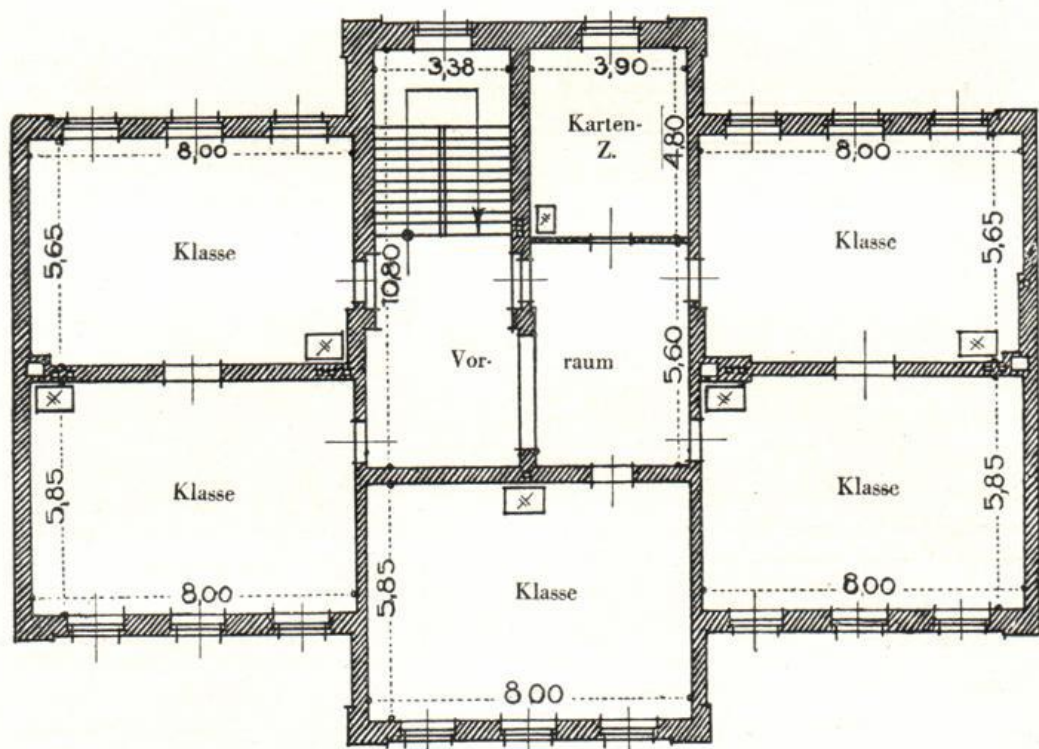
Im Nachfolgenden sind die Neubauten der letzten Jahre in ihren Grundrissen, zum Teil auch in Ansichten nebst einer kurzen Baubeschreibung aufgeführt. Diese stammen, ebenso wie die Bauzeichnungen, von den ausführenden Bezirksbauämtern.

Um den Fortschritt deutlich machen zu können, den unserer Meinung nach auch diese Schulen des Übergangs älteren Bauten gegenüber zweifellos haben, beginnen wir die Übersicht mit einer Schule aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts — 2. Volksschule in der Schmidstraße —, einer Doppelschule aus den Jahren 1875/76 — 83./97. Volksschule in der Dieffenbachstraße — und einer solchen aus den Jahren 1912/13 — Königstädt. Oberlyzeum in der Greifswalder Straße — ehe wir in dem Westend-Lyzeum einen Typ der neuesten Zeit darstellen.

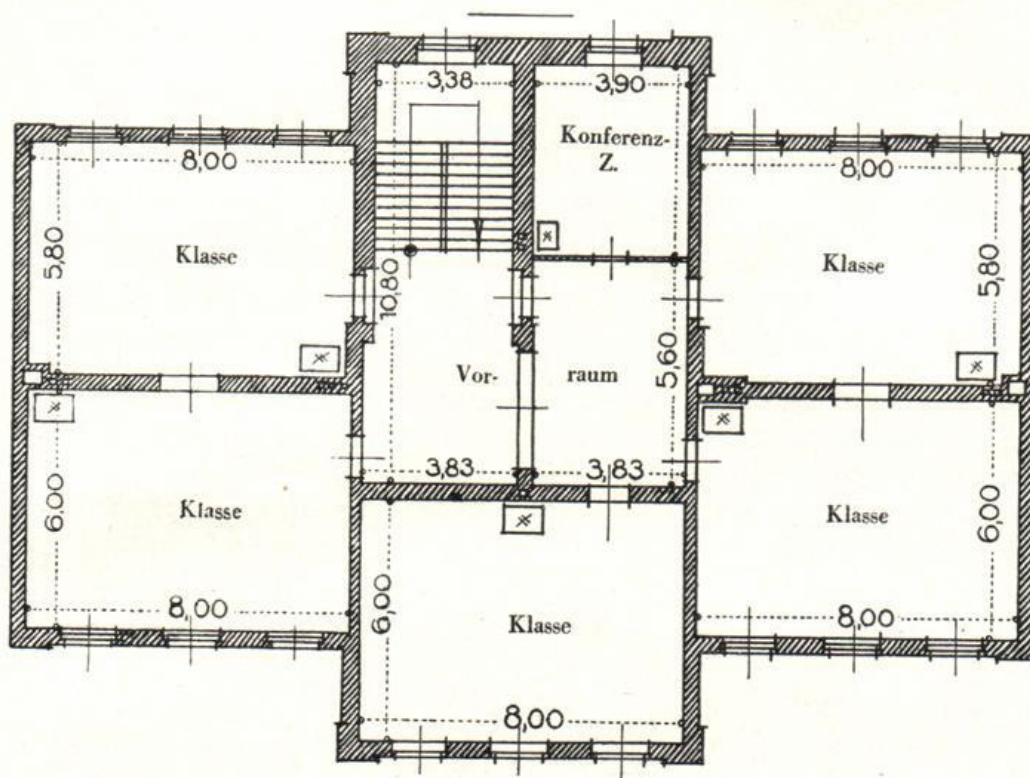
Wir glauben damit auch einen kleinen Beitrag zur Geschichte des Schulgebäudes an sich geben zu können.

a) Ältere Bauten.

II. Volksschule in der Schmidstraße 16.



I. Stockwerk



II. Stockwerk

Erbaut im Jahre 1846. Der jetzige Feuerkassenwert beträgt 176 000 M. Der umbaute Raum hat einen Umfang von 7683 qm, der Schulhof eine Größe von 627 qm.

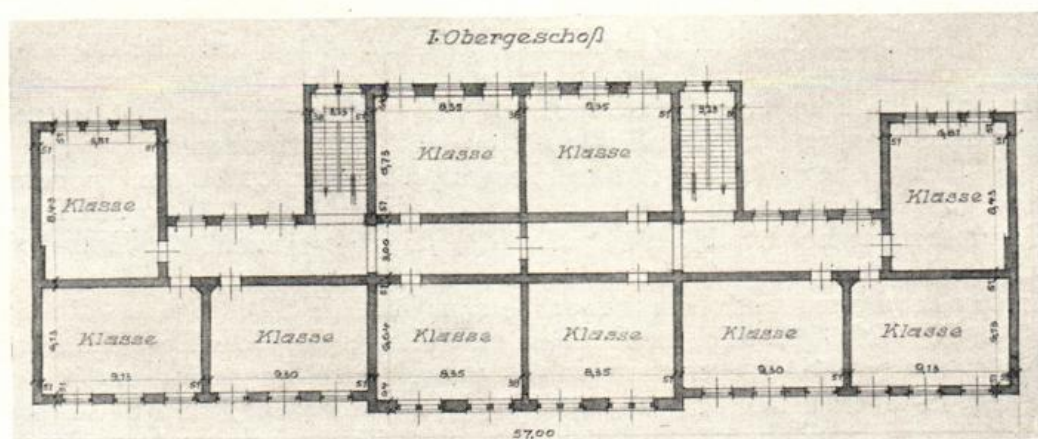
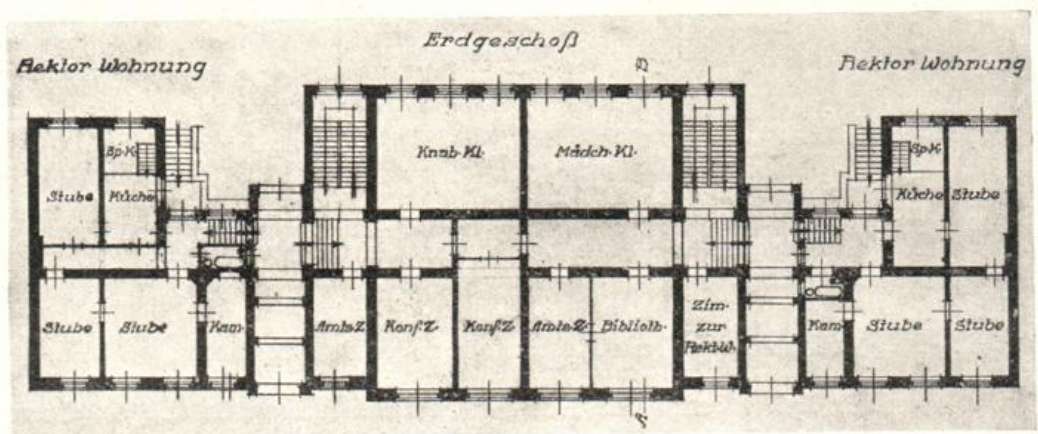
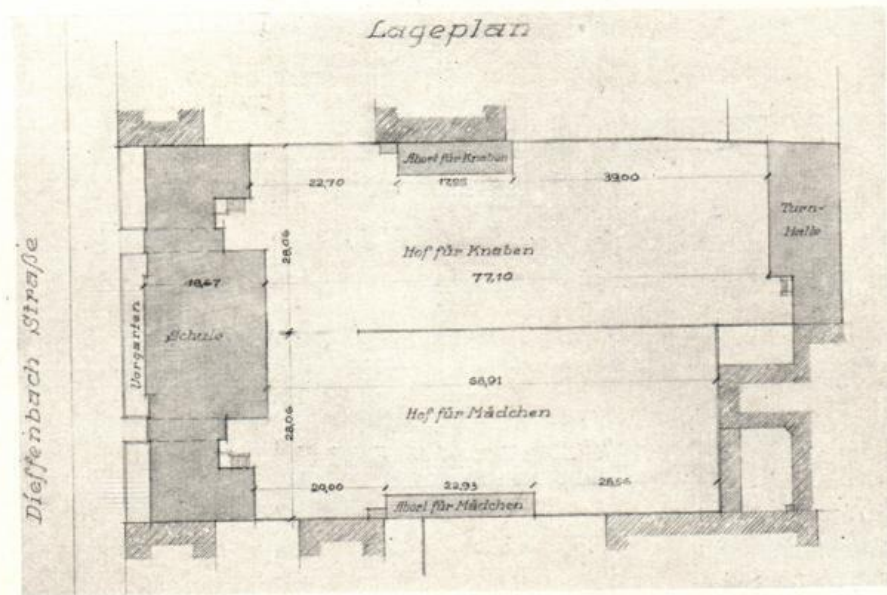
83/97. Volksschule in der Dieffenbachstraße 60/61.

Auch die später erbauten Schulen berücksichtigen im allgemeinen nur die Klassenräume. Ein gutes Beispiel hierfür bietet diese Schule aus den Jahren 1875/76. Das Schulgebäude befindet sich an der Straße, die Turnhalle und zwei Abortanlagen auf dem Hofe.

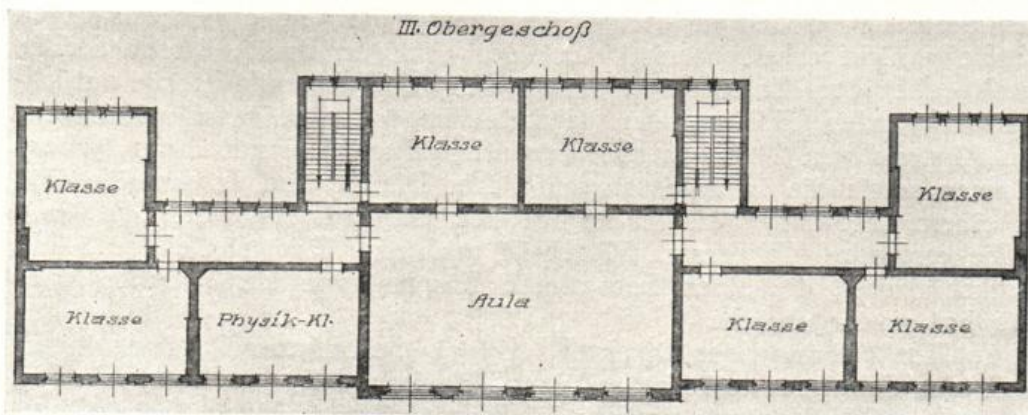
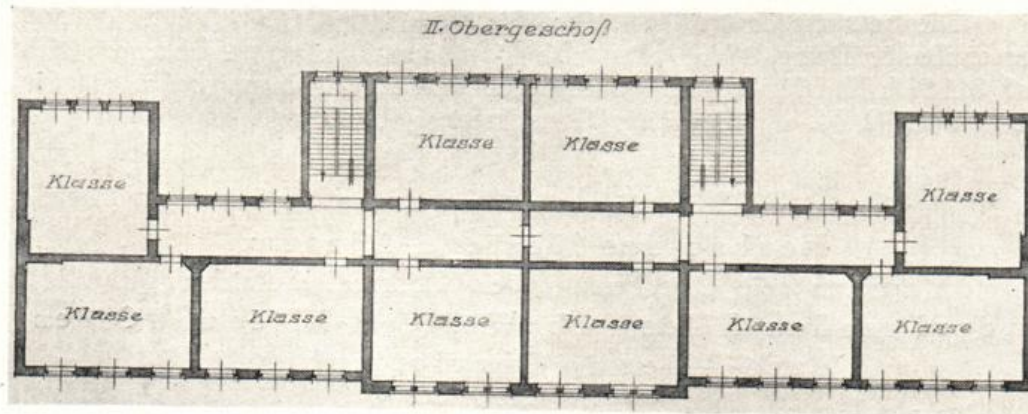
Ein besonderes Lehrerwohnhaus ist nicht vorhanden. Die Dienstwohnungen der beiden Direktoren liegen in den Flügelbauten. Im Erdgeschoß des Schulhauses und darunter mit halber Geschoßhöhe unter Straßenniveau je eine Schulhausmeister- und Heizerwohnung.

Das Grundstück hat eine Gesamtgröße von 5580 qm, wovon 1339 qm bebaut sind. Der umbaute Raum beträgt 22 924 qm. Die Gesamtbaukosten einschließlich aller Einrichtungsgegenstände, Heizung und Geländeregulierung betrugen 393 767 M. Auf den Kubikmeter umbauten Raum entfallen daher durchschnittlich 17,80 M.

Die Gebäude sind im Rohbau ausgeführt; das Schulhaus ist mit Schieferdach, die übrigen Baulichkeiten sind mit Pappbedachung versehen. Die ursprünglich vorgesehene Warmluftheizungsanlage wurde im letzten Jahre beseitigt und durch eine Zentralwarmwasseranlage ersetzt.



Gemeinde-Doppelschule in der Dieffenbachstr. 60-61



Einen erheblichen Fortschritt gegenüber den vor dem Jahre 1900 errichteten Bauten bilden die nach der Jahrhundertwende bis zum Kriegsausbruch aufgeführten Schulgebäude. In diesen Schulen sind bereits neben den Klassenräumen Zimmer für den naturwissenschaftlichen Unterricht, für Zeichnen, Nadelarbeit u. a. m. sowie für Verwaltungszwecke, Bibliotheken vorgesehen. Aber auch diese Schulen verfügen, wie die früheren Bauten, zumeist über völlig unzulängliche Schulhöfe, sie sind vielfach so zwischen Nachbargrundstücken eingebaut, daß die Belüftung der Schulräume zu wünschen übrig läßt.

Ein Beispiel einer solchen neuen Schule bildet das

Königstädtische Oberlyzeum in der Greifswalder
Straße 24/25.

Es wurde in den Jahren 1912/14 auf dem von dem verstorbenen Rentier, Bezirksvorsteher Wilhelm Wurst, der Stadt Berlin geschenkten Grundstück erbaut. Die gesamte Bauanlage umfaßt ein an der Straßenfront gelegenes Wohngebäude mit Turnhalle und das auf dem hinteren Teil des Grundstückes angeordnete, um drei Nebenhöfe gruppierte Schulgebäude, bestehend aus einem langgestreckten Seitenflügel und einem Quergebäude.

Die bebaute Grundfläche der gesamten Bauanlage beträgt 1854 qm, der umbaute Raum 42 679 cbm. Die gesamten Baukosten belaufen sich auf 811 817 M., für einen Kubikmeter umbauten Raum betragen die Kosten 19,02 M. — Siehe die Grundrisse im Anhang.

b) Neubauten.

Neubau des Westend-Lyzeum
(Lyzeum mit Oberlyzeum der Oberrealschulrichtung)
an der Preußen-Allee, Ecke Westend-Allee und Oldenburg-Allee in Charlottenburg.

Bei der Gesamtordnung der Gebäude wurde versucht, den Unterrichtsräumen möglichst Westlage zu verschaffen. Sie liegen deshalb nach der Seite der Oldenburg-Allee, die auch später einen nennenswerten Verkehr nicht erhalten wird. Bei der geringen Breite dieser Straße mußte aber der Klassenflügel soweit von der Straßenfluchtlinie zurückgerückt werden, daß von den gegenüberliegenden Häusern mindestens ein Abstand von 20 m gewahrt wird. Die Turnhalle mit ihren Nebenräumen sowie die naturwissenschaftlichen Räume und Zeichensäle sind in einem besonderen Flügel angeordnet, der sich längs der Westend-Allee erstreckt. In diesem Flügel ist auch eine Zweigstelle der Städt. Volksbücherei, die einen besonderen Eingang von der Preußen-Allee aus hat, untergebracht.

Als Wohnung des Direktors soll ein besonderes Gebäude innerhalb des Schulgrundstückes an der Oldenburg-Allee errichtet werden.

Das Schulgebäude umfaßt 21 Klassenräume, davon 15 im Obergeschoß, ferner

Amtszimmer für Direktor, Lehrer und Lehrerinnen und den Schularzt,

Aula, Gesangsaal und Zeichensaal,

Räume für Handfertigkeit und Werkunterricht, ferner

Übungs- und Sammlungsräume für Physik, Chemie, Biologie und Erdkunde und eine Plattform für meteorologische Beobachtungen.

Die Flure besitzen eine Breite von 2,50—2,89 m. Das Grundstück hat einen Flächeninhalt von 8834 qm, davon bedecken

das Schulhaus	2 295 qm,
das Direktorwohnhaus	173 qm,
der Vorgarten	888 qm,
der Garten für den Direktor	700 qm,
der Spielhof und Schulgarten	4 778 qm.

Der umbaute Raum beträgt für das Schulhaus . . .	42 252 qm,
für das Direktorwohnhaus	1 680 qm.

43 932 qm.

Die Kosten des Schulhausbaues betragen	1 550 400 RM.,
des Direktorwohnhauses	49 600 RM.

zusammen 1 600 000 RM.

Richard-Wagner-Lyzeum

Das Grundstück kostet einschließlich Umwehrung, Hofsbefestigung und Straßenbaukosten 300 000 RM.

Die Kosten für den Quadratmeter umbauten Raumes ausschließlich der vorgenannten Nebenkosten betragen 31,17 RM.

Siehe die Grundrisse im Anhang.

Neubau für das Richard-Wagner-Lyzeum
in Friedrichshagen, Bezirk Cöpenick.



Haupteingang.

Richard - Wagner - Lyzeum in Friedrichshagen.



Das Schulgebäude ist an der Bruno-Wille-Straße errichtet und nördlich von der Julius-Hart-Straße, südlich von einem Schmuckplatz begrenzt. Mit dem Bau wurde am 15. Juni 1925 begonnen; am 1. April 1927 wurde das Gebäude für den Unterricht übernommen und bis zum 1. Oktober 1927 in allen Einzelheiten fertiggestellt.

Es enthält ein Lyzeum mit Oberlyzeum sowie eine Frauenschule. An Räumen sind vorgesehen: 17 Klassen mit je 48 qm Flächeninhalt, 1 Zeichensaal, Physik- und Biologieklassen, Nadelarbeits- und Werkräume, 1 Musiksaal und neben den Amts- und Lehrerzimmern 1 Festsaal mit 315 qm Flächeninhalt sowie 1 Turnhalle.

Die behaute Fläche des Schulgebäudes beträgt 1664 qm, der umbaute Raum 33 572 cbm, wozu noch für das Direktorwohngebäude 164 qm sowie 1447 cbm umbauten Raumes treten.

Die Baukosten für das Schulgebäude betragen 1 068 000 M., für das Direktorwohngebäude 52 200 M., so daß sich 1 cbm umbauten Raumes stellt:

für das Schulgebäude auf 31,80 M.,

für das Direktorwohngebäude auf . 36,07 M.

Besonderer Erwähnung bei diesem Neubau verdient die reiche Verwendung keramischer Erzeugnisse, die zum Teil in Verbindung mit dem Rohbau, zum Teil als Architektur und Schmuckelement zur Putzflächenbelebung in Anwendung gekommen sind. Besonders die Portale und Beleuchtungspilone weisen eine reiche Verwendung derartigen Materials auf.

Neubau der 1. Hilfsschule in Spandau,
Falkenhagener Straße, Ecke Askaniering.

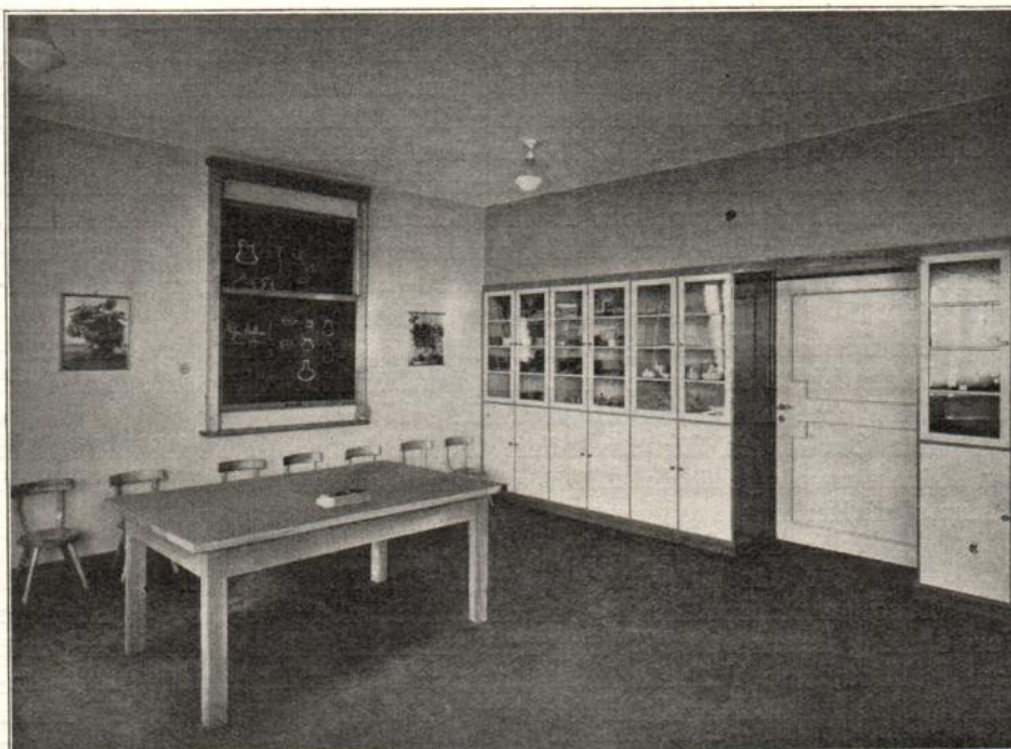
Die Hilfsschule am Askaniering ist nicht nur die erste Schule in der Stadt Berlin, welche als Neubau nach dem Kriege vollendet wurde, sondern auch die einzige Hilfsschule, welche in einem zu diesem besonderen Zwecke errichteten Gebäude untergebracht ist. Die Schule besteht aus einem Sockel, einem Erd- und zwei Obergeschossen.

Das Grundstück hat eine Südwestfront an der Falkenhagener Straße und im stumpfen Winkel anschließend eine Westfront am Askanier-Ring. Die Klassenräume sind hauptsächlich in dem Flügel an der Falkenhagener Straße untergebracht. Um den unschönen Brandgiebel der anstoßenden Privatwohngebäude möglichst zu verdecken, wurde das Schulgebäude bis zur Nachbargrenze geführt und ein Teil der Straßenfront hinter die Straßenflucht zurückverlegt.

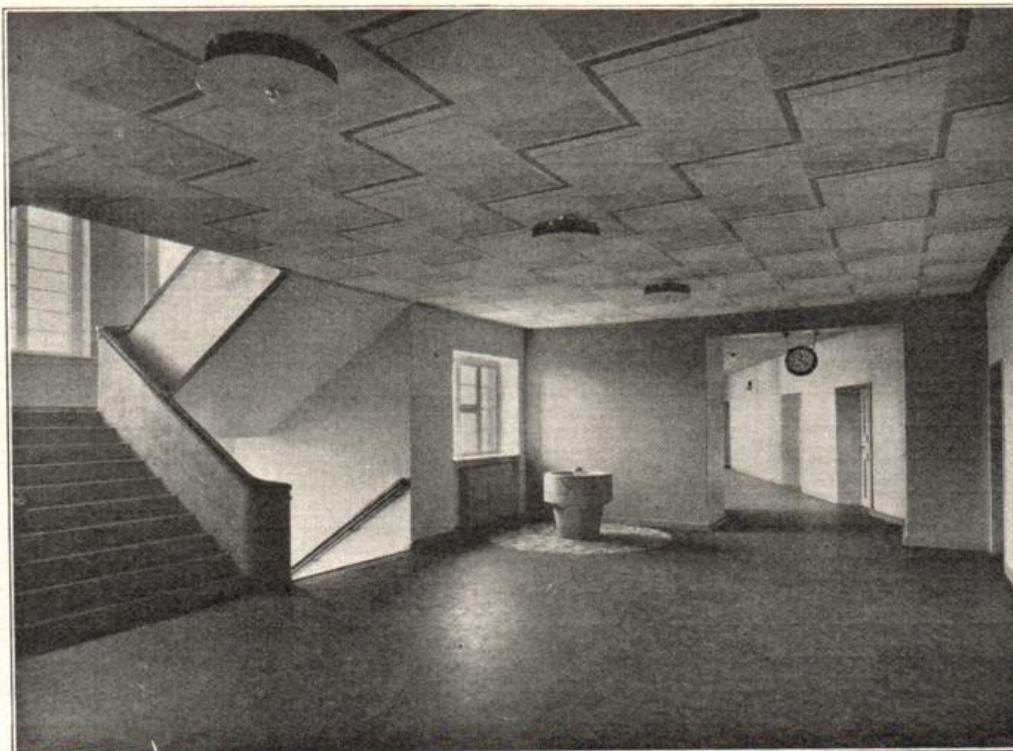
Der Haupteingang liegt in der winkelhalbierenden Gebäudeachse, wodurch die stumpfe Ecke architektonisch besonders betont wird. Die Stufen zum Erdgeschoß sind in einem gleichzeitig als Windfang dienenden Vorraum angeordnet, von dem aus das Haupttreppenhaus und die Flure zu erreichen sind.

Die Schule enthält 10 Klassenräume in der Größe von $7,50 \times 4,63$ Meter = 34,42 qm, 1 Turnhalle von 120 qm Größe mit den üblichen Nebenräumen, 1 Schulküche mit Abwasch- und Vorratsräumen, 1 Kinderhort mit Hortnerinnenzimmer und Speiseraum; ferner Werk- und

1. Hilfsschule in Berlin-Spandau

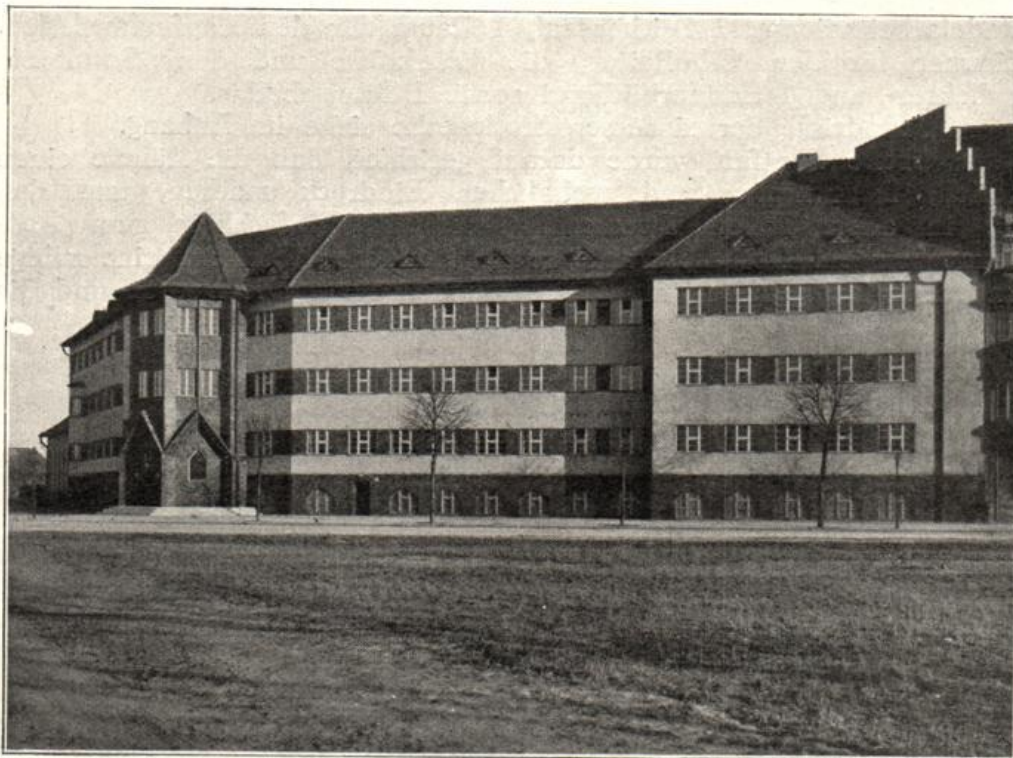


Werkraum mit Schaukästen für gearbeitete Gegenstände.

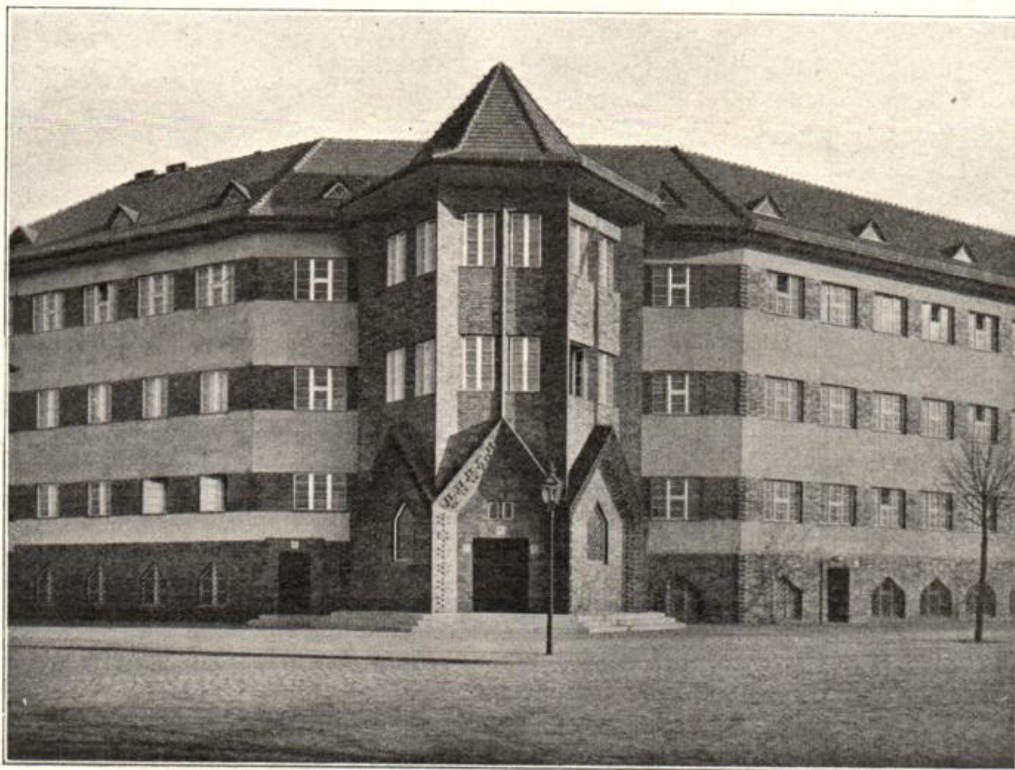


Flur mit Trinkbrunnen.

1. Hilfsschule in Berlin-Spandau



Ansicht von der Falkenhagener Straße aus.

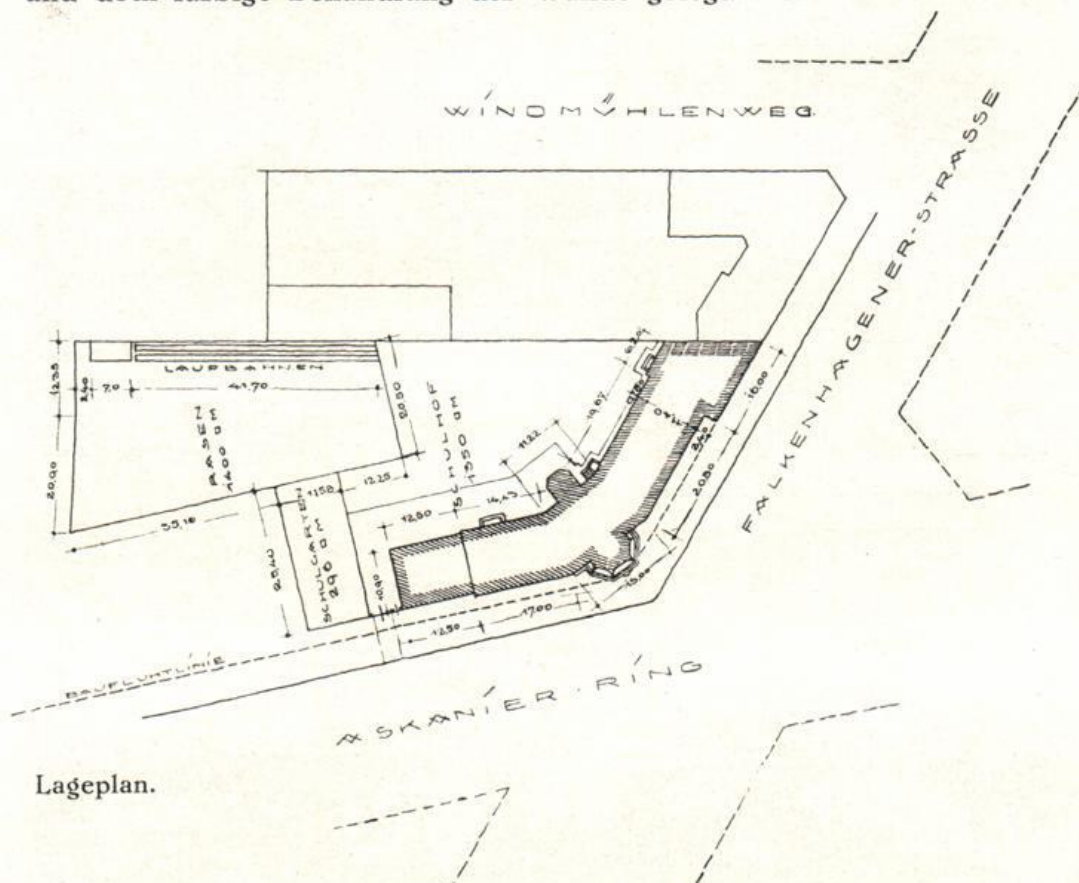


Haupteingang.

Nadelarbeitsräume, 1 Zeichensaal, 1 Raum für den Kaufmannsladen, Zimmer für den Schulleiter, die Lehrkräfte und den Schularzt, 1 Lehrer- und 1 Schülerbücherei sowie 1 Brausebad.

Grundrisse der einzelnen Stockwerke siehe im Anhang.

Große Sorgfalt wurde darauf gerichtet, daß die Räume einen hellen, freundlichen und wohnlichen Eindruck machen, und daß sie in allen Teilen Zweckmäßigkeit und Einfachheit zum Ausdruck bringen. Deshalb wurde auch besonderer Wert auf eine ruhige und doch farbige Behandlung der Wände gelegt. Die Decken und die

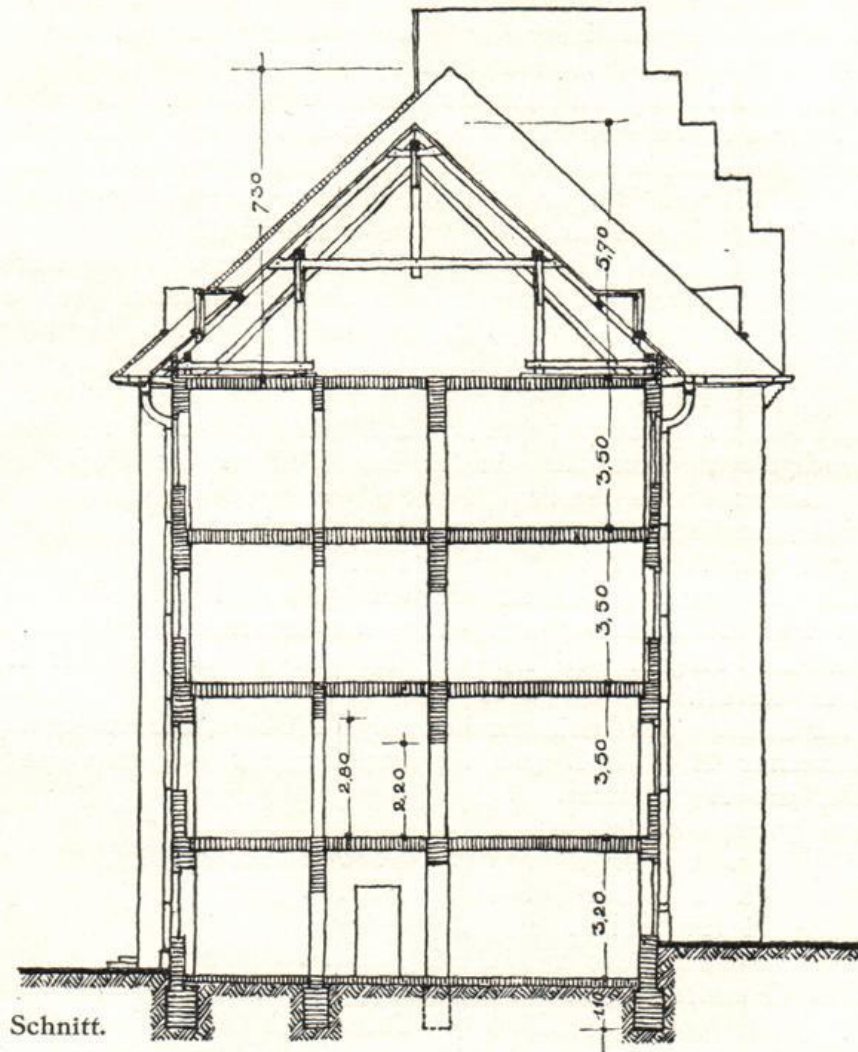


Lageplan.

Fensterleibungen sind weiß gestrichen, der mit Linoleum belegte Fußboden ist braun, die Fensterwand und die gegenüberliegende Wand sind in hellerem Ton gestrichen, damit das hereinströmende Licht voll zurückgeworfen wird.

Die Tafelwand, auf welche die Schüler blicken, und die Rückwand, welche der Lehrer vor sich hat, sind dunkler und farbiger gehalten. Jede raumbegrenzende Fläche ist in sich glatt mit abwaschbarer matter Ölfarbe gestrichen, wobei die bisher üblichen Paneele, die zumeist die Einheitlichkeit des Raumes störten, fortgelassen wurden. Die Farbigkeit des Raumes wird noch gesteigert durch die eingefärbten Zugvorhänge und den lebhaften Anstrich des verglasten Teiles des eingebauten Wandschranks.

Auch die Flure und Wandelhallen bei den Haupttreppen sind farbig gehalten. Die Treppen sind mit massiven Brüstungen aus Travertin-Kunststein versehen; mit dem gleichen Material sind die Türleibungen ausgestattet, um eine Beschädigung dieser besonders gefährdeten Teile möglichst zu verhindern.



Die Türen sind stockwerkweise abwechselnd rotbraun und blau gestrichen, wodurch den Hilfsschulkindern das Zurechtfinden erleichtert wird.

Als Fußbodenbelag ist Linoleum gewählt worden. Der Vorraum und der Windfang der Turnhalle hat ebenso wie eine Fläche bei dem im Flur aufgestellten Trinkbrunnen Marmorfliesenbelag erhalten. Das Brausebad, die Schulküche und die Nebenräume sind mit Fußboden- und Wandfliesen ausgestattet.

An Stelle von festen Schulbänken wurden bewegliche Tische und Stühle aufgestellt. Sie geben dem Lehrer der Hilfsschule die

Möglichkeit, eine bessere, dem jeweiligen Unterrichtsgegenstand entsprechende Verteilung der Kinder innerhalb des Klassenraumes vorzunehmen.

Um die Kinder in das praktische Leben einzuführen, wurde ein Raum als Kaufmannsladen ausgestattet. Auf einem Ladentisch sind alle jene Dinge aufgebaut, welche die Kinder beim Kaufmann sehen. Hier lernen sie an praktischen Beispielen Waren kennen, Rechnen, mit Gewichten umgehen usw. (s. Abbildung Seite 281).

Zur Ausbildung im Arbeitsunterricht sind Werkräume eingerichtet, in dem sich die Kinder an der Hobelbank und am Schraubstock, bei Flecht- und Klebearbeiten, mit Nähen, Stricken und Maschinennähen beschäftigen können. Verglaste Wandschränke geben in diesen Räumen Gelegenheit zur Ausstellung gut gelungener Arbeiten.

Der Zeichensaal dient gleichzeitig als Versammlungsraum für Elternversammlungen. Deshalb sind die Tische in diesem Raum so eingerichtet, daß sie nach Umklappen der vorderen halben Tischplatte als Bänke dienen können, so daß die doppelte Anzahl Sitze für die Eltern zur Verfügung steht.

Die Aborte haben unmittelbar belichtete und belüftete Vorräume mit Waschgelegenheiten für die Kinder. Weitere Waschgelegenheiten sind vorhanden im Zeichensaal, in den Werkunterrichtsräumen, in der Schulküche, im Umkleideraum der Turnhalle, in den Zimmern für die Schulleiter, den Arzt, die Lehrer und Lehrerinnen.

Die Erwärmung der Räume erfolgt durch eine Warmwasserheizung. Für die Dienstwohnungen ist eine besondere zentrale Warmwasserheizung eingerichtet, die zugleich das warme Wasser für das Brausebad liefert.

Der Umfang des Gebäudes beträgt 13 100 cbm, die Kosten betragen ohne Inventar 29,40 RM. pro Kubikmeter, für das Inventar allein 3,05 RM. pro Kubikmeter.

Im ganzen kostet:

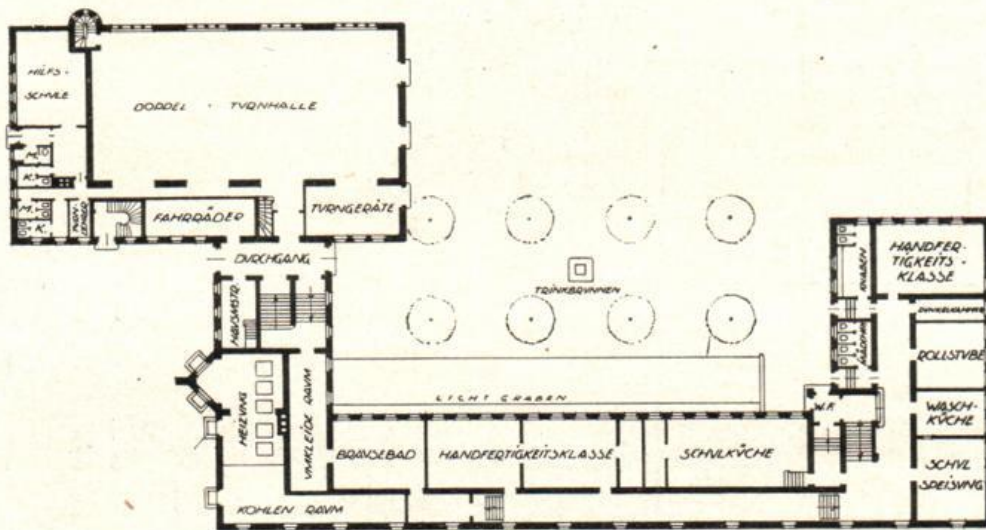
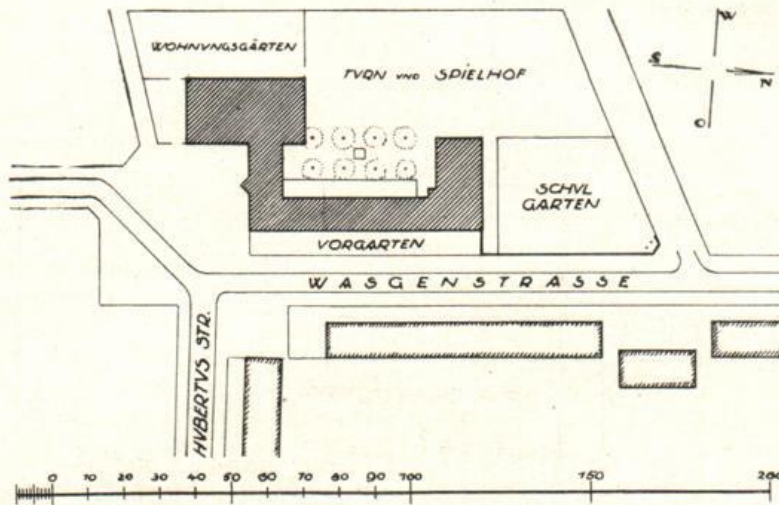
das Gebäude	370 000 RM.,
das Inventar	40 000 „
die Nebenanlagen, die Gelände- arbeiten, Umwehrung usw. .	38 000 „

Das Grundstück hat eine Gesamtgröße von rund 4250 qm, wovon 900 qm bebaut sind; 1350 qm dienen als Hoffläche, 300 qm als Schulgarten und 1400 qm finden für den Turnplatz Verwendung. Die Grundstückskosten belaufen sich einschließlich Anliegerbeiträge auf 85 000 RM. Die Gesamtkosten der Schule betragen 533 000 RM.

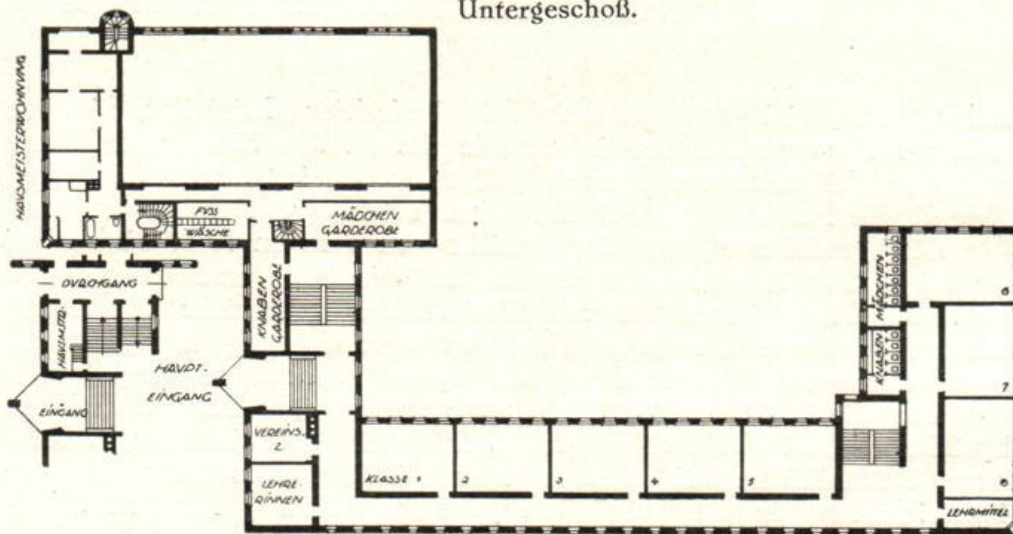
Neubau der Volksschule in Schlachtensee, Bezirk Zehlendorf, Wasgenstraße.

Der Neubau ist im Jahre 1926 begonnen und im Herbst 1927 zu Ende geführt worden. Für diese Schule wurde eine im Bebauungsplan vorgesehene platzartige Ausbildung der Straßenkreuzung benutzt, um mit der Hauptmasse des Gebäudes beiden Straßenzügen Blickpunkte zu geben. Mit Rücksicht auf die Eigenart des erst teilweise auf-

Volksschule in Schlachtensee

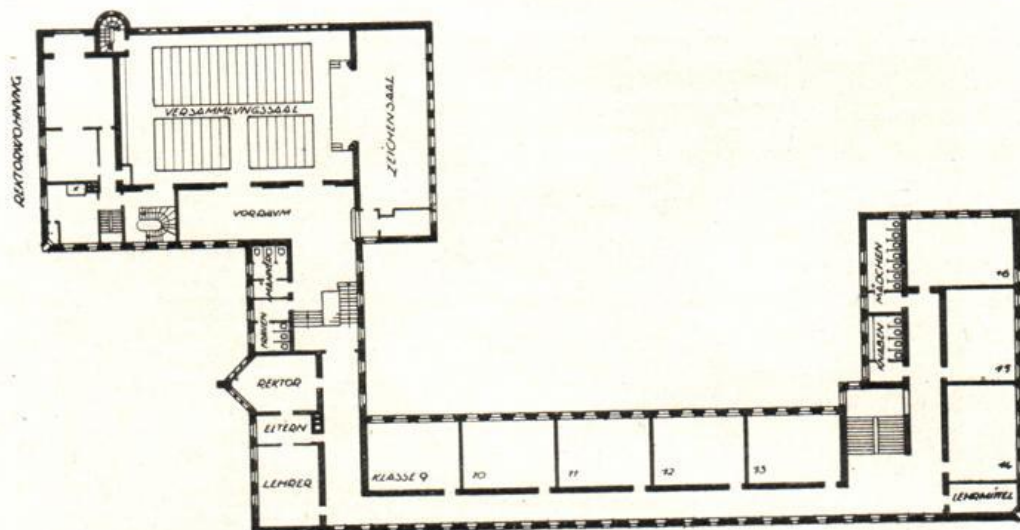


Untergeschoß.

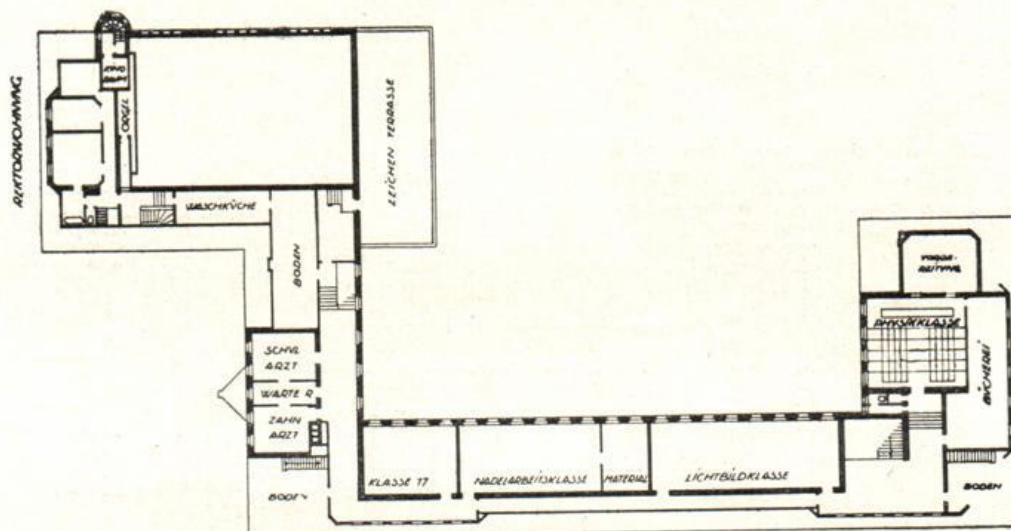


I. Geschoß.

Volksschule in Schlachtensee



II. Geschöß

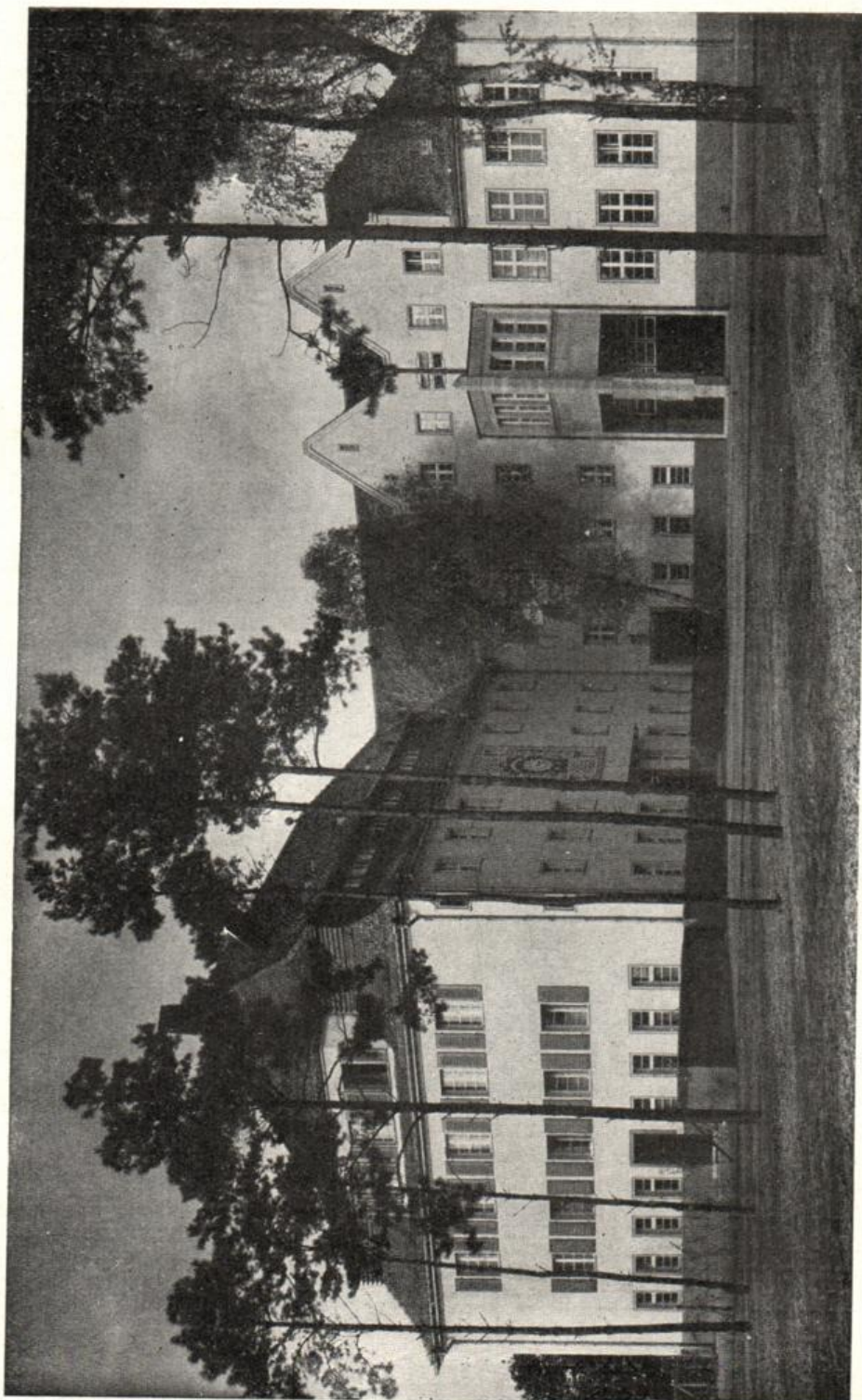


III. Geschöß.

geschlossenen, vielfach noch mit Wald bedeckten Ortsteiles, für den Bauklasse II vorgeschrieben ist, mußte die an den Straßen sichtbare Front der Volksschule auf zwei Vollgeschosse eingeschränkt werden, während die Hoffronten drei Geschosse zeigen.

Die Ausdehnung des Grundstücks von Norden nach Süden hat es ermöglicht, die Mehrzahl der Unterrichtsräume nach Westen zu legen. Die Dienstzimmer des Schulleiters, der Lehrkräfte, des Schularztes, ebenso wie die Turnhallen, der Versammlungsraum und die Dienstwohnungen liegen an der platzartigen Straßenerweiterung.

Das Gebäude enthält 18 Klassenräume, eine Hilfsschulklasse, Physikklasse mit Vorbereitungsraum, 3 Handfertigkeitssäle, 1 Nähklasse, 1 Schulküche mit Schulspeiseraum, 1 Festsaal sowie neben den Dienstzimmern für die Lehrkräfte je eine Wohnung für den Schul-



Ansicht des Haupteinganges

leiter und den Schulhausmeister. Ferner sind Räume für die Bücherei, den Schularzt, ein Brausebad und ein Fahrradraum vorgesehen.

Das gesamte Grundstück hat eine Größe von 9000 qm; davon entfallen auf den Turn- und Spielplatz 3480 qm und auf den Schulgarten 1250 qm. Die bebaute Fläche beträgt 1655 qm. Das Gebäude



Ansicht von der Wasgenstraße.

enthält 22 950 cbm umbauten Raumes. Die reinen Gebäudekosten betragen 30 RM. für den Kubikmeter umbauten Raumes. Die Gesamtkosten einschließlich Außenanlage und innerer Einrichtung betragen 37 RM. für den Kubikmeter umbauten Raumes.

Die Flure sind bei einseitiger Bebauung 1,80 m, bei doppelseitiger Bebauung 3,10 m breit,

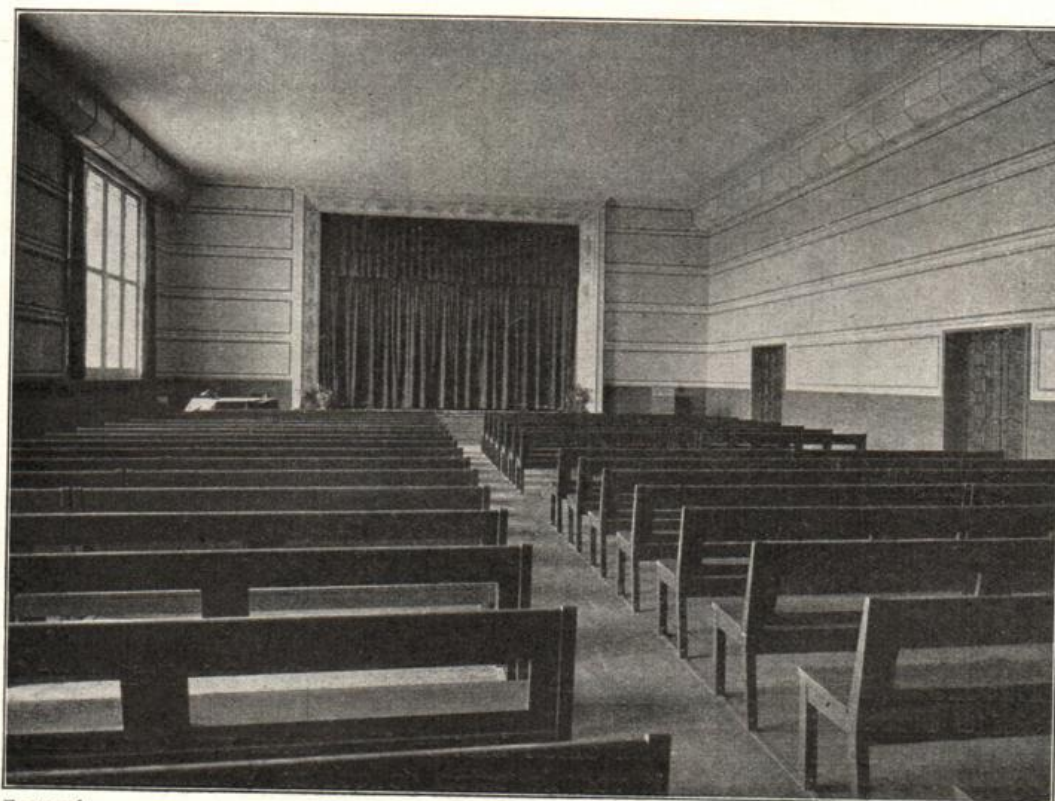
Die Grundstückskosten betragen 125 000 RM.

Die Abbildungen entnehmen wir mit gütiger Erlaubnis aus der „Baugilde“ Nr. 1, 1928.

Volksschule in Schlachtensee



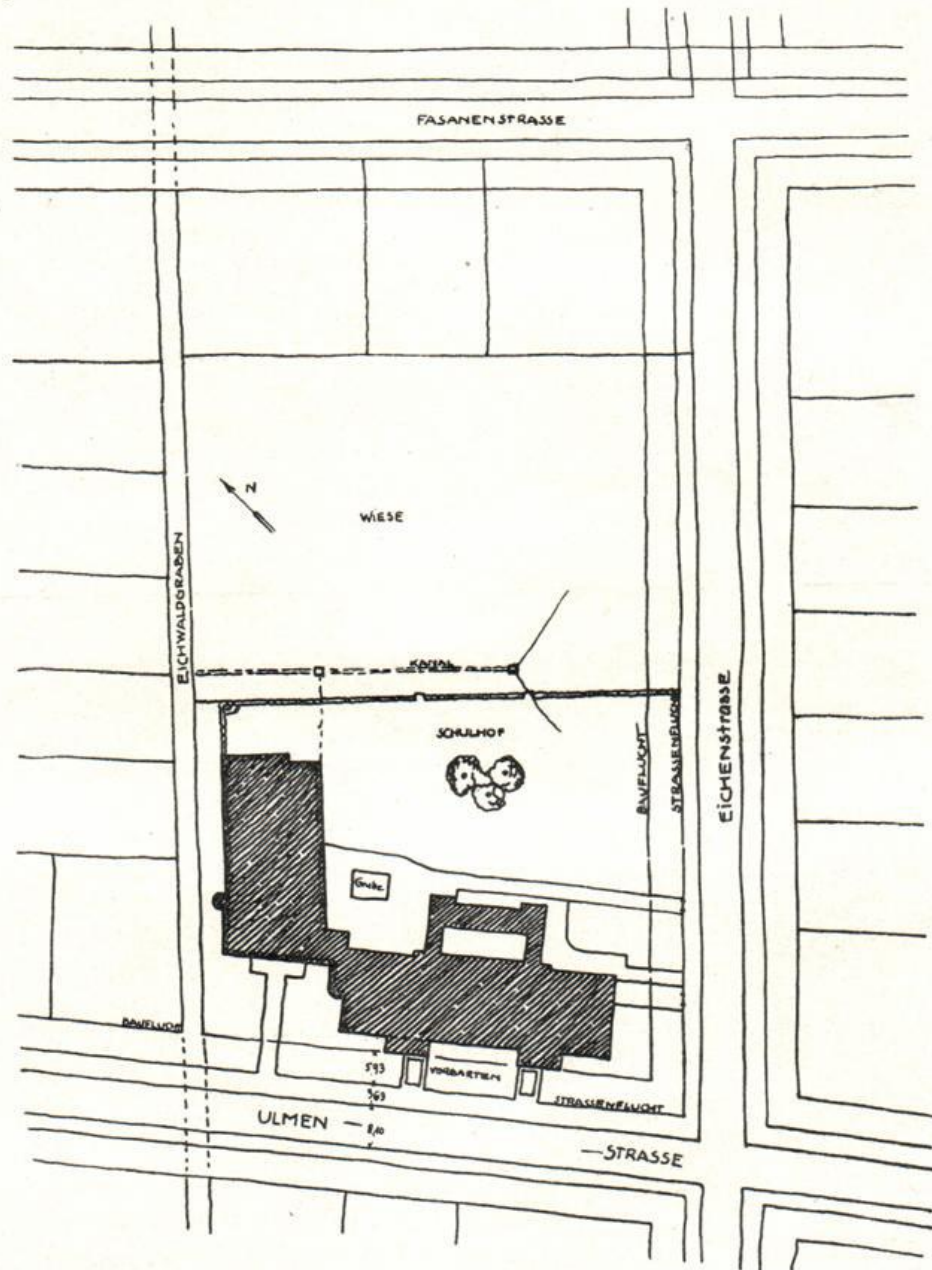
Turnhalle.



Festsaal.

Schulneubau Kaulsdorf-Süd, Bezirk Lichtenberg,
Ecke Eichen- und Ulmenstraße.

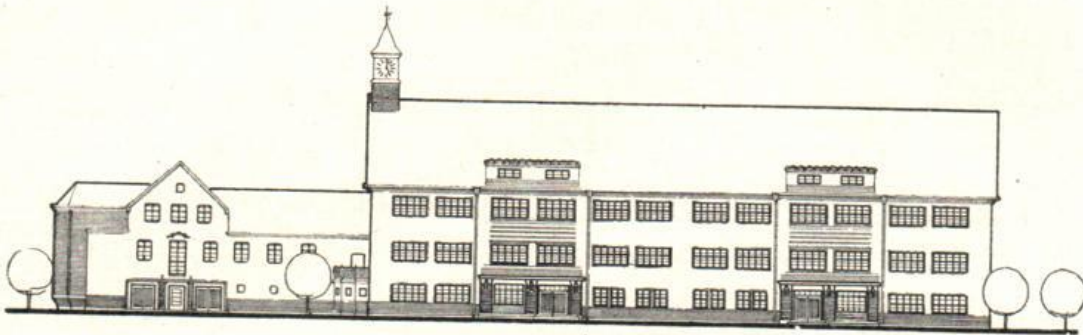
Die Anlage gliedert sich in das eigentliche Schulgebäude als Hauptbau, den Turnhallenbau und einen diese beiden Flügel ver-



bindenden Teil, in dem sich die Wohnung für den Schulleiter und einige Nebenräume befinden.

Das Gebäude ist durch einen breiten Vorgarten von der Straße getrennt. Zwei Portale mit vorgelagerten gedeckten Vorhallen führen

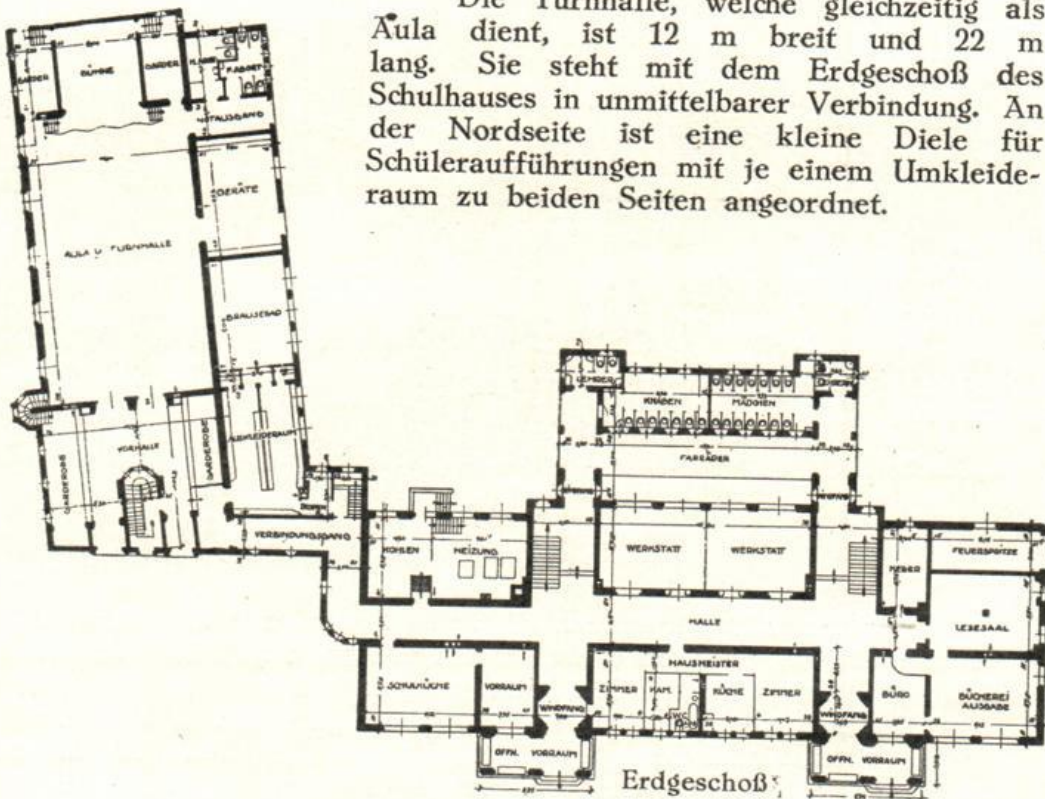
Volksschule in Kaulsdorf-Süd



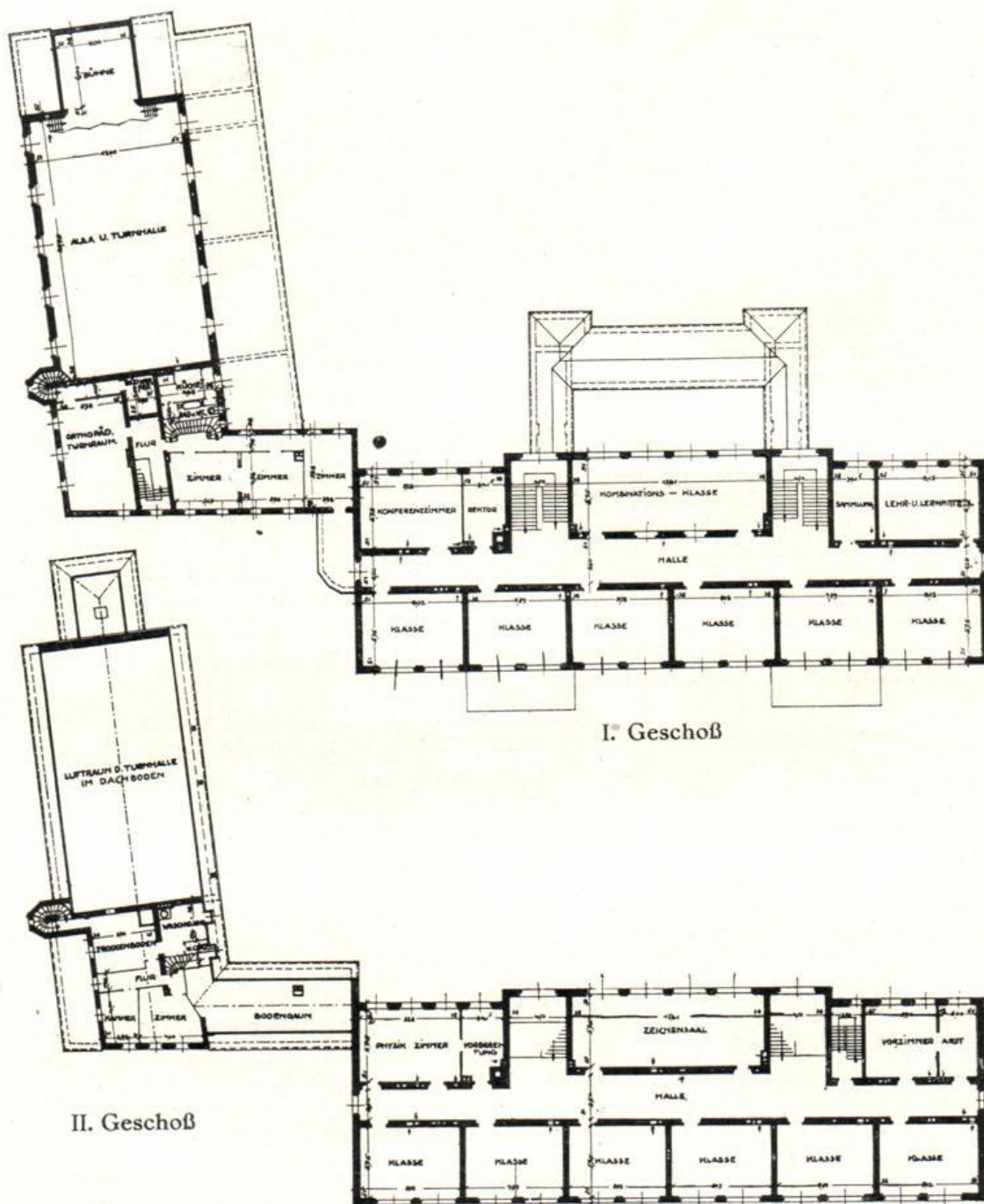
unmittelbar in das Erdgeschoß. In der Achse der Eingänge liegen die beiden Haupttreppen und die Ausgänge nach dem Schulhof. Im ersten Obergeschoß sind 7 Klassenräume, das Amtszimmer für den Schulleiter und das Beratungszimmer für die Lehrer sowie zwei Lehrmittelmräume, im 2. Obergeschoß 6 Klassenräume, der Zeichensaal, das Physikzimmer mit Nebenräumen sowie das Untersuchungszimmer des Arztes mit Warteraum untergebracht.

Da der Ortsteil Kaulsdorf noch nicht kanalisiert ist, liegen die Aborte für Mädchen und Knaben in einem besonderen Gebäude außerhalb des Schulhauses, jedoch mit diesem durch überdeckte Gänge verbunden und beheizt. In dem dadurch gewonnenen Binnenhof haben die Fahrradstände Unterkunft gefunden.

Die Turnhalle, welche gleichzeitig als Aula dient, ist 12 m breit und 22 m lang. Sie steht mit dem Erdgeschoß des Schulhauses in unmittelbarer Verbindung. An der Nordseite ist eine kleine Diele für Schüleraufführungen mit je einem Umkleideraum zu beiden Seiten angeordnet.



Volksschule in Kaulsdorf-Süd

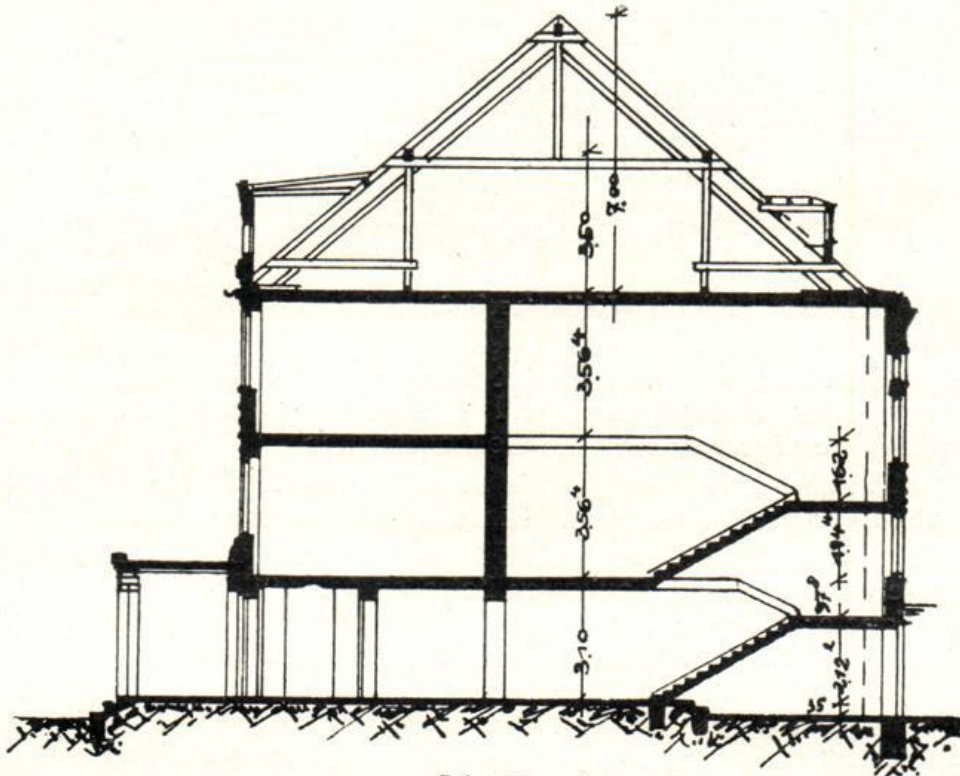


Der Turnhalle ist an der südlichen Schmalseite eine geräumige Vorhalle, die als Garderobe für Erwachsene bei Schulfeiern und Vorführungen Verwendung finden kann, vorgelagert.

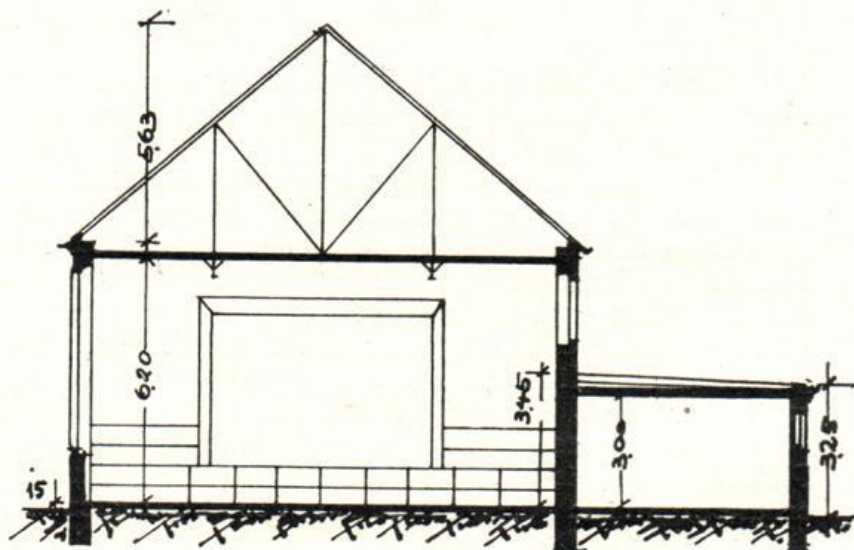
Die Klassen haben fast sämtlich Südwestlage, sie sind mit zweisitzigen Mittelholmbänken, Schiebewandtafeln, Katheder, Podium und Schrank ausgestattet. 3 Klassen haben zweisitzige Tische und Stühle

erhalten. Die den Fenstern gegenüberliegenden Längswände und zum Teil auch die Rückwände sind mit durchgehenden Wandtafeln versehen.

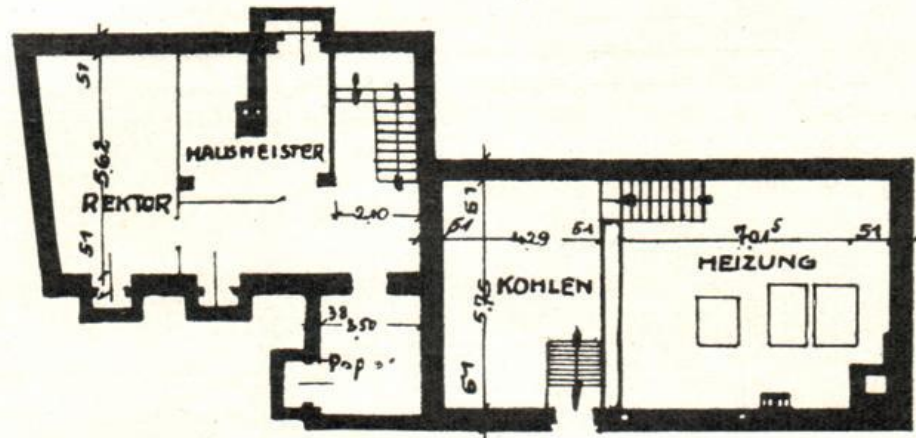
Das Gebäude ist als Putzbau mit rotem Ziegeldach ausgeführt. Der Sockel, die Eingänge sowie verschiedene Architekturteile haben rote Verblendung erhalten.



Schnitt a—b



Schnitt c—d



Kellergeschoß.

Mit dem Bau wurde im Herbst 1926 begonnen. Ungünstige Verhältnisse bei der Bauausführung und Schwierigkeiten mit einem Bauunternehmer verzögerten aber die Rohbauarbeiten.

Am 7. Februar 1928 konnte die neue Schule mit 150 Mahlsdorfer, 100 Kaulsdorfer und 27 Biesdorfer Kindern in 8 Klassen belegt werden.

Die bebaute Fläche beträgt 1850 qm, der umbaute Raum 14825 Kubikmeter, die gesamten Baukosten betragen 635 000 RM. oder 36 RM. pro Kubikmeter umbauten Raumes.

Die Flure sind im Hauptgebäude 2,50 m breit.

Neubau eines Lyzeums und Oberlyzeums mit
Mädchen-Mittelschule in Weißensee,
Pistoriusstraße 135/137.

Der Neubau liegt an drei Straßenfronten, und zwar mit der Hauptfront an der Pistoriusstraße und den anderen beiden Fronten an der Park- und Tassostraße.

Der Mädchenmittelschule ist der Gebäudeteil Ecke Pistorius- und Parkstraße zugewiesen, dem Lyzeum mit Oberlyzeum sind die Räume Ecke Pistorius- und Tassostraße zugeteilt. Beide Schulen haben je einen besonderen Zugang erhalten. Die Schulräume der beiden Schulen sind auf drei Stockwerke verteilt und liegen in sich geschlossen übereinander. Die von beiden Schulen gemeinsam zu benutzenden Räume liegen dergestalt in der Mitte der Bauanlage, daß sie von beiden Schulen leicht zugänglich sind.

Der Festsaal liegt in der Mitte des Haupttraktes an der Pistoriusstraße im Erdgeschoß. Um die erforderliche Raumhöhe zu erhalten, wurde der Fußboden des Festsaaes um drei Stufen tiefer gelegt.

Die Flure haben eine Breite von 2,60—3,22 m.

Die Architekturgliederung der Fassaden wurde in Kunststein vorgesehen (Fenster- und Türwände, Sockel, Gesimse, Säulen und Stufen), während die übrigen Teile in gekörntem Putz ausgeführt worden sind.

Flur und Klassenräume erhielten Linoleumbelag auf Zementestrich, Aborte und Brausebäder Fliesenbelag. Die Eingänge wurden in Kunststein ausgeführt. Der Fußboden in den Turnhallen erhielt starken Linoleumbelag auf Korkunterlage. Die Wände im Brausebad und im Waschraum sind mit einem 1,60 m hohen Fliesenpaneel versehen.

Die Erwärmung der Räume erfolgt durch eine Warmwasserheizungsanlage.

Die Dienstwohnungen sind in einem besonderen Bauteil untergebracht.

Für die Mädchenmittelschule sind vorgesehen: 7 Klassenräume, 1 Zeichenklasse, 2 Zimmer für Sammlungen und Lehrmittel, 1 Amtszimmer mit Vorzimmer sowie Zimmer für Lehrer und Lehrerinnen.

Das Lyzeum und Oberlyzeum hat 15 Klassenräume, 1 Zeichensaal, 1 Zimmer für naturwissenschaftliche Sammlungen, Zimmer für den Schulleiter und die Lehrkräfte, Räume für Büchereien und Lehrmittel.

Gemeinschaftlich sollen von beiden Schulen benutzt werden: der Festsaal, die beiden Turnhallen, die Brausebadanlage, die Fahrradräume, die Werk- und Handarbeitsunterrichtsräume, Physik- und Chemieräume mit den entsprechenden Nebenräumen.

Das Schulgrundstück ist 4480 qm groß, die bebaute Fläche beträgt 2417 qm, die Vorgärtenfläche 150 qm, der Hof 1930 qm.

Der umbaute Raum beträgt 40 600 cbm. Die Kosten belaufen sich auf 1 245 000 RM. Für einen Kubikmeter umbauten Raumes betragen die Kosten 32,80 RM. oder 26,25 M. reine Baukosten ohne Inventar, Umwehrung, Hoffestigung usw. Die Grundstückskosten betragen 90 000 Reichsmark.

Mit dem Bau ist im Jahre 1926 begonnen worden, die Einweihung fand am 11. April 1928 statt.

Realgymnasium in Niederschönhausen.

(An- und Umbau des Rathauses in Niederschönhausen.)

Die Raumschwierigkeiten im alten Realgymnasium zu Niederschönhausen zwangen dazu, neue Räume für diese Schule zu schaffen. Zu diesem Zweck wurde das im Jahre 1909 erbaute Rathaus der früheren Gemeinde Niederschönhausen gewählt, weil es eine für diese Schule günstige Lage hat, und die Möglichkeit bestand, den Umbau ohne einschneidende konstruktive Änderungen durchzuführen. Da das Rathaus allein für das Raumbedürfnis der Schule nicht ausreichte, mußten einige Anbauten vorgenommen werden.

Es gelang, die äußere Gestaltung des nunmehrigen Schulgebäudes im allgemeinen der Architektur des vorhandenen Rathauses anzupassen. Davon abweichend mußte aber wegen der Lichtverhältnisse von der vorhandenen Achsenteilung in den Anbauten abgewichen werden.



Um- und Anbau des Rathauses in Niederschönhausen zu einem Realgymnasium.

Das Gebäude enthält 18 Klassenräume zu durchschnittlich 54 qm, Zeichen- und Gesangssaal, Räume für den Physik- und Chemieunterricht, sowie für Erdkunde, einen Werkunterrichtsraum sowie 2 Sammlungsräume, eine Bücherei für die Lehrer und Schüler, Dienstzimmer für den Schulleiter und die Lehrkräfte, 1 Brausebad, 1 Turnhalle, 1 Festsaal, sowie je eine Wohnung für den Schulhausmeister und den Schulheizer. Die Flure haben eine Breite von 2,60 und 2,25 m.

Der Bau ist Anfang des Jahres 1927 begonnen und nach den Sommerferien des Jahres 1928 bezogen worden.

Der umbaute Raum beträgt in den Anbauten 17 412 cbm, im Altbau (Umbau) 10 626 cbm. Die Gesamtbaukosten betragen 729 000 RM. Auf ein Kubikmeter umbauten Raumes entfallen a) für die Neubauten 33,40 RM., b) für den Umbau 6,92 RM. Die Einrichtungskosten betragen 50 000 RM. Die Grunderwerbskosten für den Anbau betragen 24 000 RM.

Neubau des Realgymnasiums in Hermsdorf, Bezirk Reinickendorf.

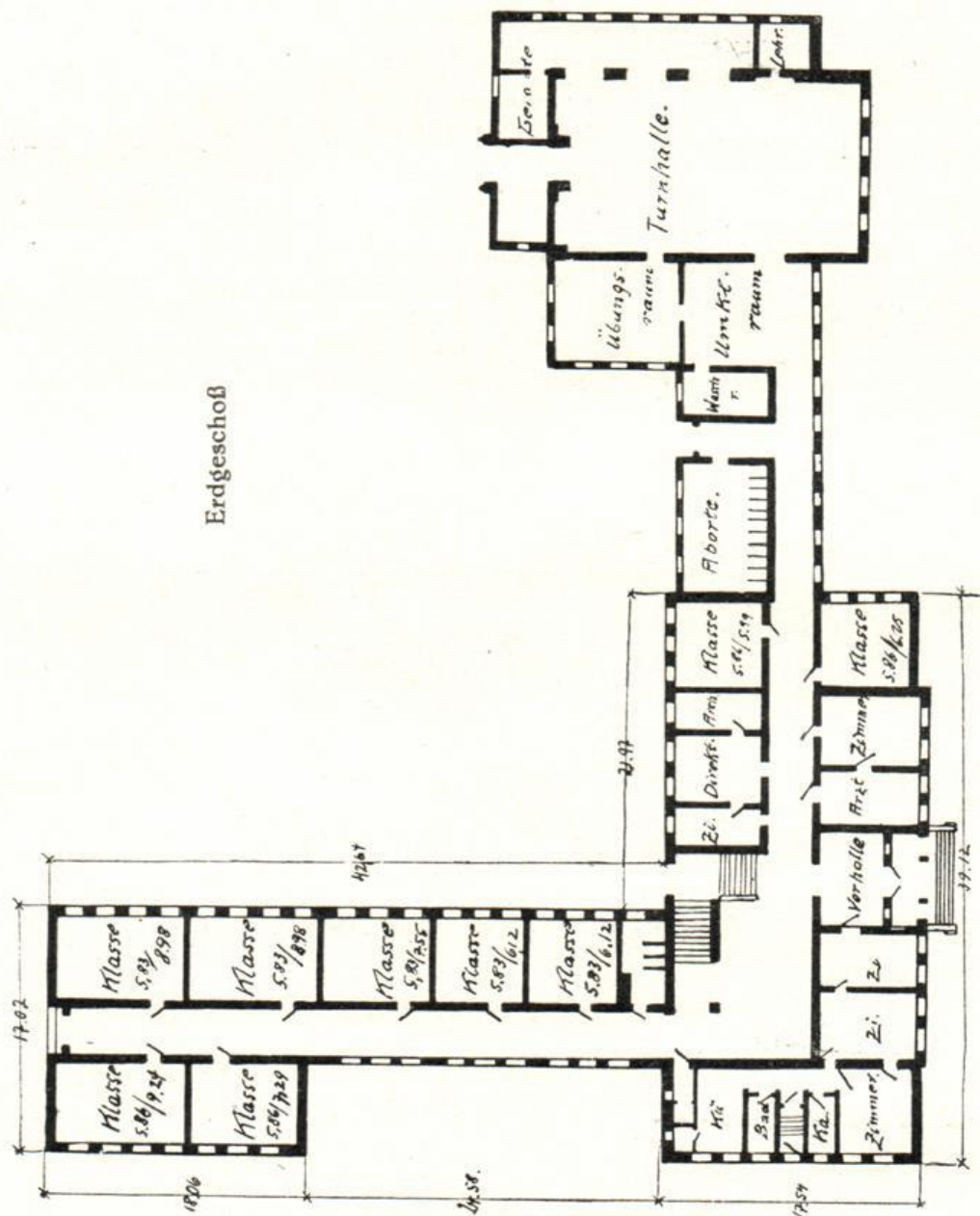
Auf dem früher mit dürftigen Kiefern bestandenen städtischen Grundstück erhebt sich jetzt an der Werder-, Kaiser- und Bismarckstraße der dreigeschossige Schulneubau mit seiner hellgelben Putzfassade, den roten Ziegeldächern und dem schlanken Kupferuhrturm über dem Haupteingang.

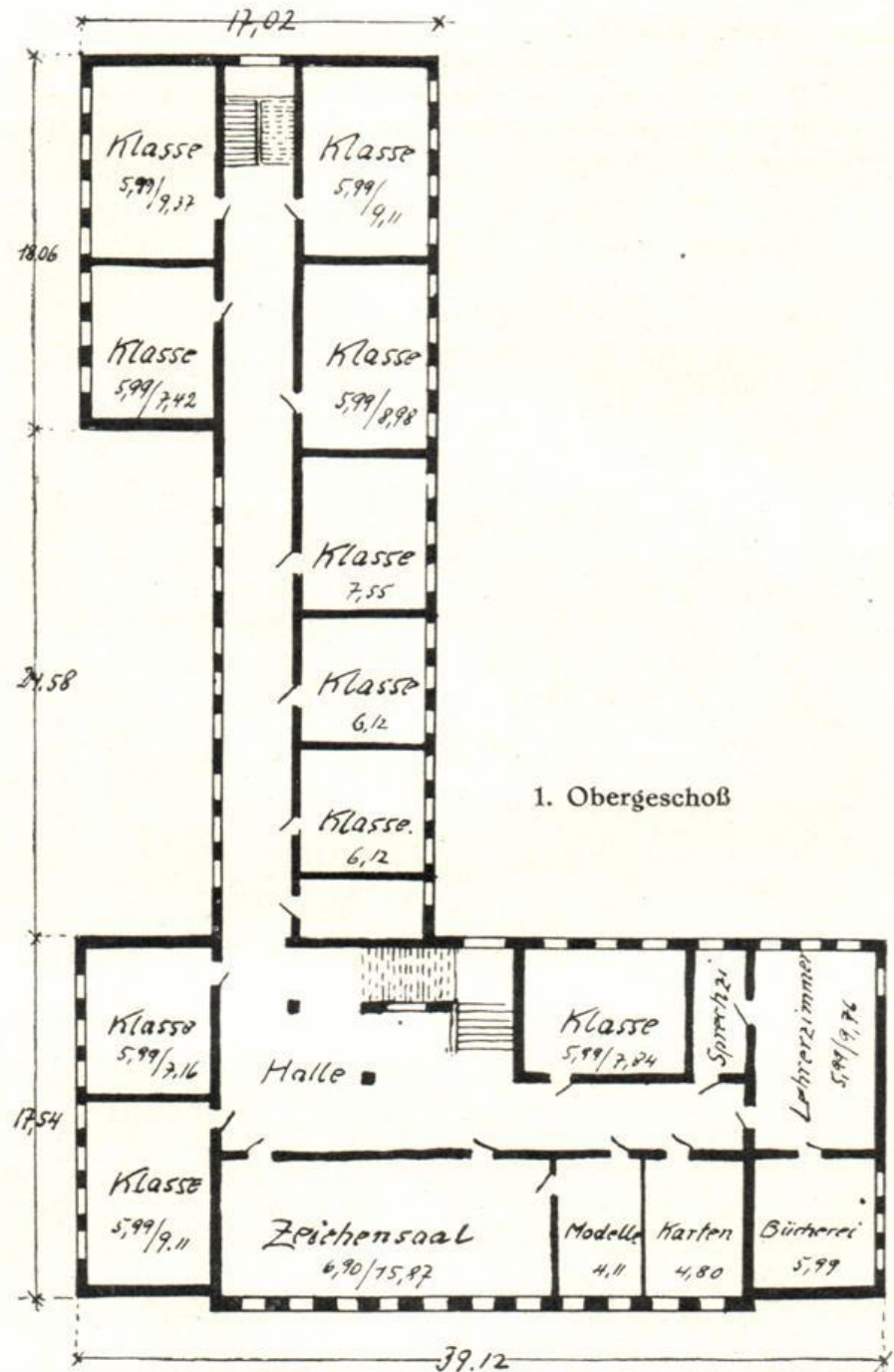
Die Bauarbeiten wurden im Sommer 1926 begonnen; das Gebäude wurde am 1. April 1928 eingeweiht und zum Schulunterricht übergeben.

Der Haupteingang hat einen plastischen Schmuck nach dem Modell des Bildhauers Isenbeck erhalten. Die innere Ausstattung

und Einrichtung gelangte in der gleichen Weise wie die der Volksschule zu Hermsdorf zur Ausführung. Die Aula hat eine etwas reichere Ausstattung durch Einbau von Holztäfelungen und einer Stuckdecke sowie durch die von der Elternschaft des Realgymnasiums Hermsdorf gestiftete Orgel erhalten.

Als Turn- und Spielhof ist eine zirka 5000 qm große Freifläche vorgesehen.





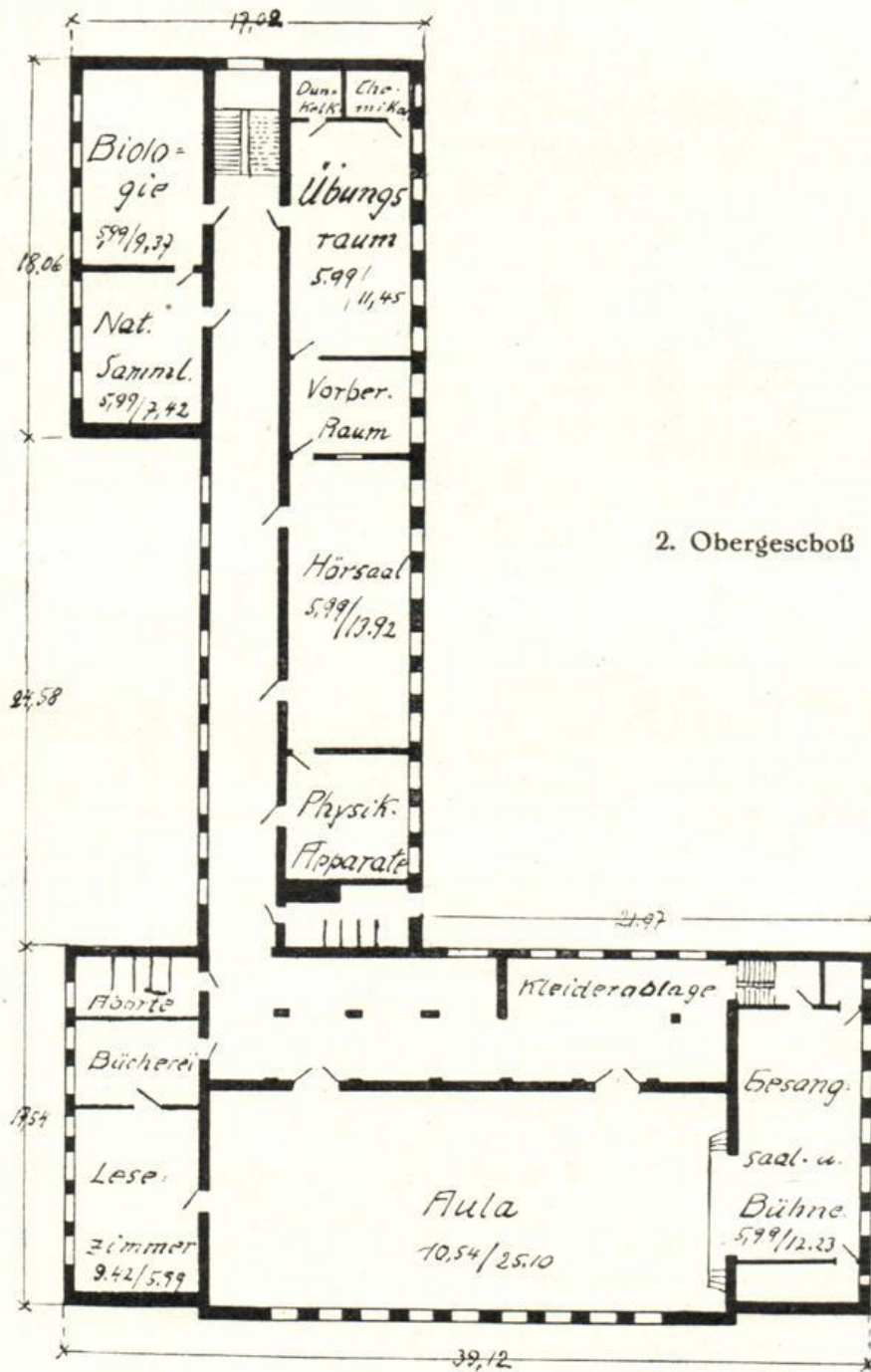
Ein Direktorwohngebäude ist zwar im Entwurf fertiggestellt und von den Gemeindebehörden bereits genehmigt, soll aber erst im Jahre 1929 ausgeführt werden.

Das Gebäude enthält 19 Klassenzimmer, Räume für Physik und Chemie, 1 Aula nebst Gesangsaal, der zugleich als Bühne zu benutzen ist, Zeichensaal, Werkraum, Lehrer- und Amtszimmer, Räume für

Realgymnasium in Hermsdorf

Büchereien und den Schularzt, 2 Turnhallen mit den üblichen Nebenräumen, wie eine Wohnung für den Schulhausmeister.

Die bebaute Fläche umfaßt rund 2000 qm, der umbaute Raum 31034 cbm, die Gesamtbaukosten betragen 850 000 RM., für 1 cbm also 28,85 RM.



Erdgeschoss

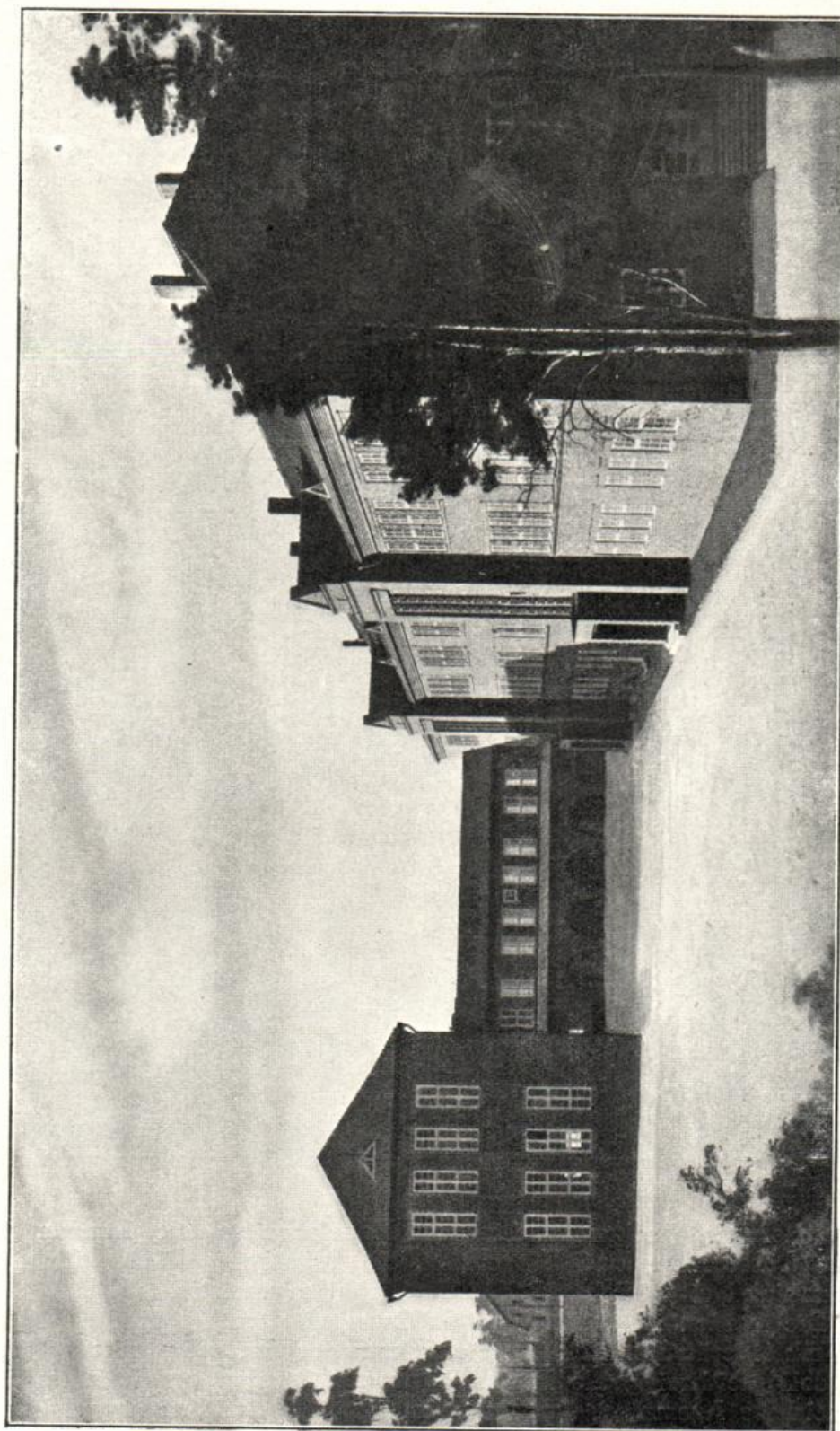
Rektordienstwohnung verwendet worden. Mit dem Bau wurde 1. Oktober 1926 begonnen. Er am 12. April 1928 eingeweiht den.

Zur Erlangung eines zusammengehenden Schulhofes wurde der d 80 m lange dreigeschossige essenflügel an die westliche chbargrenze gelegt und durch en niedrigeren Zwischenbau der Wachsmuthstraße mit der opeltturnhalle in Verbindung racht.

Das Gebäude enthält 20 Klaszimmer, 1 Zeichensaal, Räume Physik-, Chemie-, Gesang- und uswirtschaftsunterricht: ferner

Zur Erlangung eines zusammenhängenden Schulhofes wurde der rund 80 m lange dreigeschossige Klassenflügel an die westliche Nachbargrenze gelegt und durch einen niedrigeren Zwischenbau an der Wachsmuthstraße mit der Doppelturnhalle in Verbindung gebracht.

Das Gebäude enthält 20 Klassenzimmer, 1 Zeichensaal, Räume für Physik-, Chemie-, Gesang- und Hauswirtschaftsunterricht; ferner



Volksschule in Hermsdorf, Bezirk Reinickendorf.



Volksschule in Hermsdorf: Flur.

sind vorgesehen Werkunterrichts- und Nadelarbeitsräume, Zimmer für Lehrer, Lehrerinnen und Büchereien, ein Brausebad, Räume für den Schularzt und eine Wohnung für den Schulhausmeister.

Die beiden 12×30 m großen Turnhallen mit Geräte-, Wasch- und Umkleideräumen sind übereinander angeordnet. Die untere Turnhalle soll gleichzeitig als Festhalle benutzt werden und hat deshalb eine reichere Ausmalung und eine versenkbare, den Turnbetrieb nicht störende kleine Bühne erhalten.

Die Gebäude sind mit rotblauen Vormauerungsklinkern verblendet und mit flächigen Backsteinziernustern belebt. Das Dach wurde mit blauen schlesischen Biberschwänzen eingedeckt. Die Innenräume haben durch eine sorgsam erprobte Farbtönung ein freundliches und liches Gepräge erhalten.

Waschgelegenheit ist in den Aborten und auf den Fluren vorgesehen. Die Aborte haben Fliesenbekleidung.

Die Treppen sind als freitragende Kunststeintreppen mit gehärteter Trittlfläche ausgeführt.

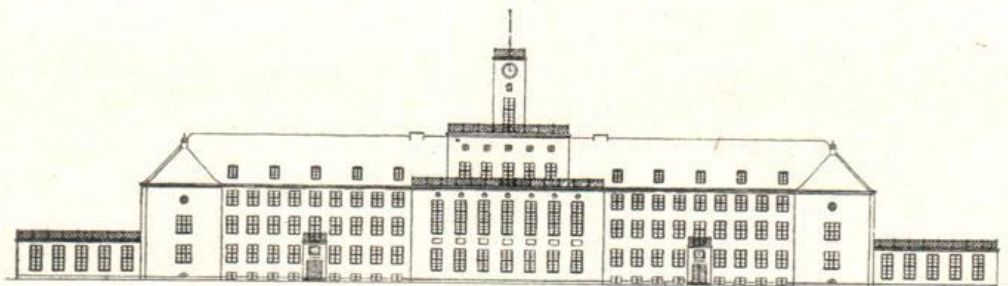
Die Fußböden haben, soweit nicht Plattenbelag verwendet wurde, einen 3,6 mm starken Linoleumbelag erhalten. Für die Turnhallen ist ein 5 mm starker Kautschukplattenbelag gewählt worden, der die für das Turnen erwünschte Elastizität und stumpfe Oberfläche besitzt.

Das Gebäude ist mit vollständig neuem Inventar ausgestattet worden. Die Klassenzimmer haben zweiseitige Schultische und Lehnstühle erhalten.

Die Erwärmung des Schulgebäudes erfolgt durch eine zentrale Warmwasserheizung, die des Turnhallenbaues durch eine Niederdruckdampfheizung.

Die bebaute Fläche der Schule beträgt 1929 qm, der umbaute Raum 27 372 cbm. Die Gesamtkosten des Baues betragen einschließlich Inventar 822 000 RM., also für einen Kubikmeter umbauten Raumes für das Schulgebäude 28,80 RM., für die Turnhalle 23,20 RM.

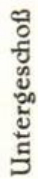
**Neubau eines Gymnasiums und einer Volksschule
auf dem Tempelhofer Felde, Bezirk Tempelhof.**



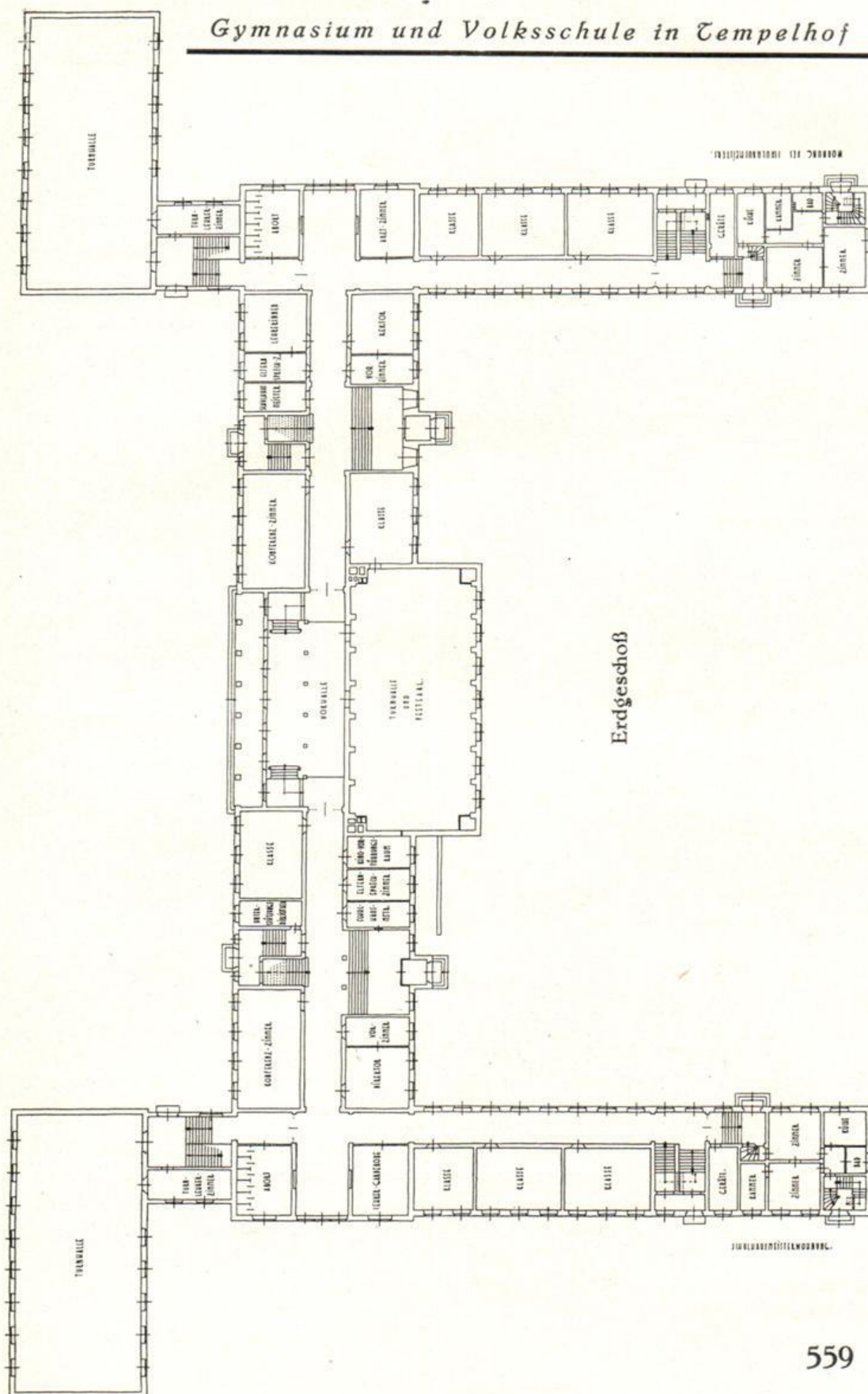
Das Schulgrundstück liegt am Wittelsbacher-Korso und stößt westlich an den Grüngürtel, der die Bebauung des Westfeldes in östlich geöffnetem Bogen durchzieht*). Der westlich des Schulgrundstückes liegende Teil dieses Grüngürtels wird als Spielwiese ausgebildet, so daß er von den Schulen zu Sport- und Spielzwecken benutzt werden kann. Darüber hinaus erhält jede Schule einen Turnhof mit Sprunggrubenanlagen. Die Unterrichtsräume sind um einen Mittelflur von 3,50 m Breite beiderseits angeordnet.

Der Bau wird in zwei Abschnitten errichtet. Mit dem ersten Bauabschnitt erhält das Gymnasium 9, die Volksschule 16 Klassenräume. Im Mittelteil des Gebäudes ist ein gemeinsamer Festsaal mit Bühneneinrichtung vorgesehen. Für den Turnunterricht stehen

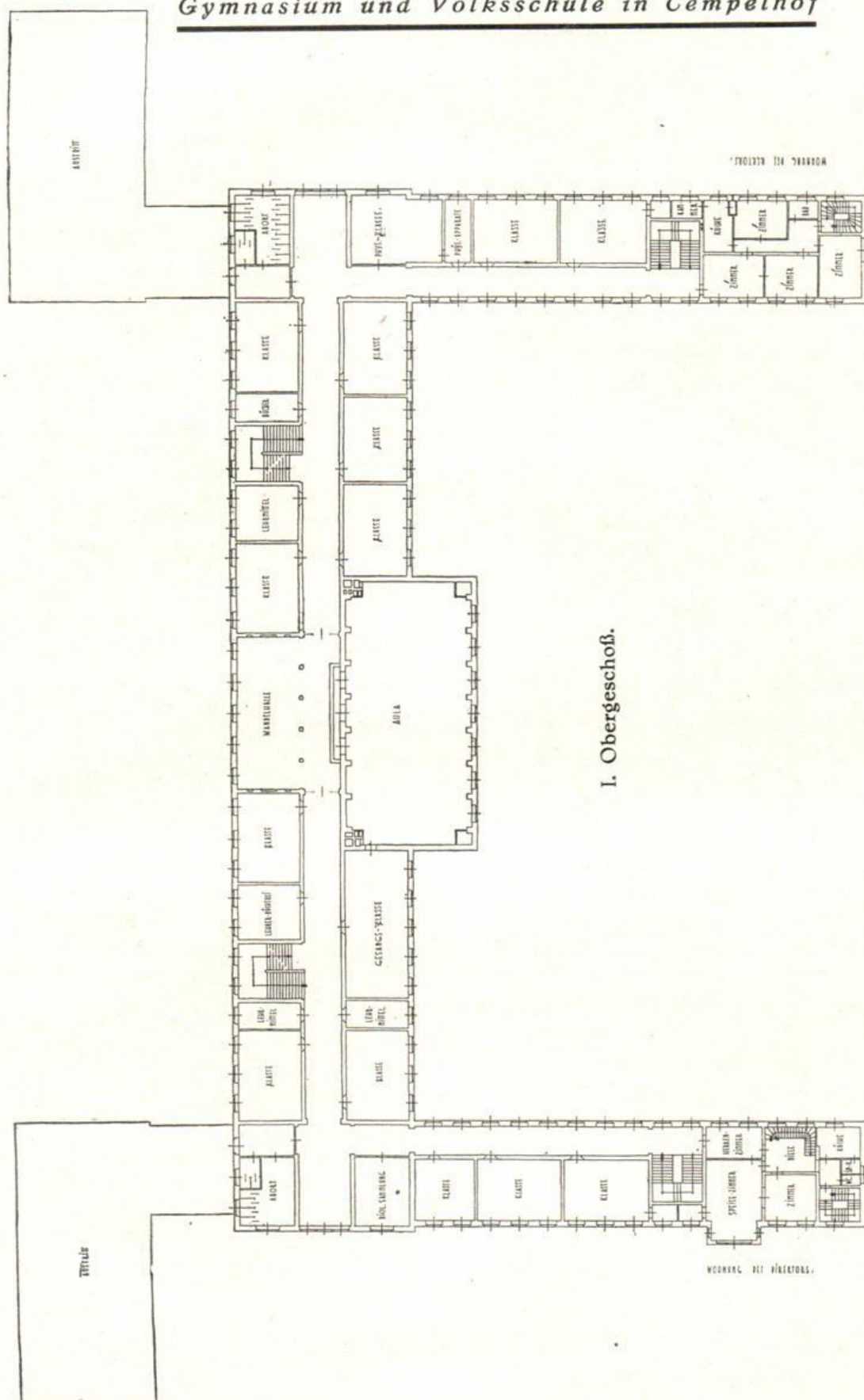
*) Den Lageplan siehe Seite 523.



Gymnasium und Volksschule in Tempelhof

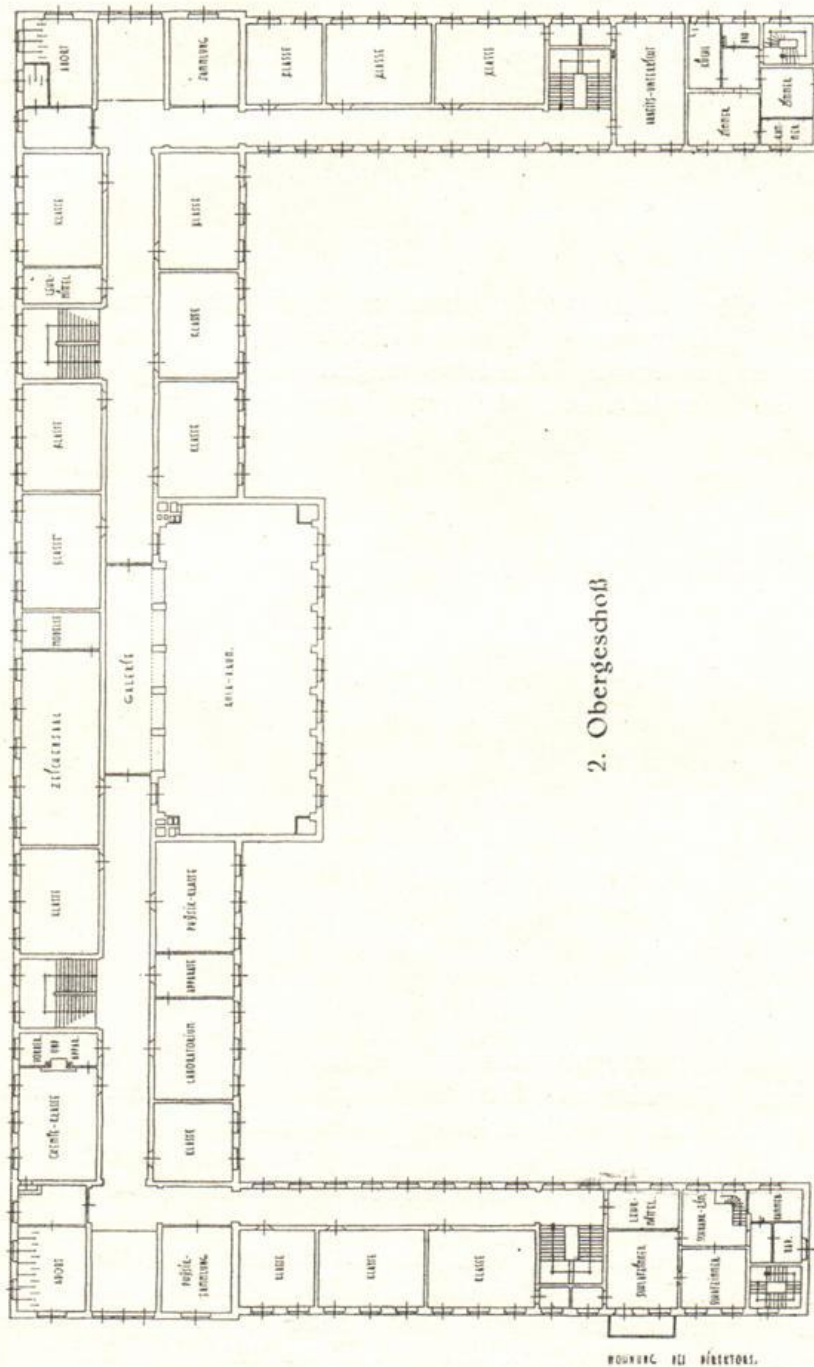


Gymnasium und Volksschule in Tempelhof



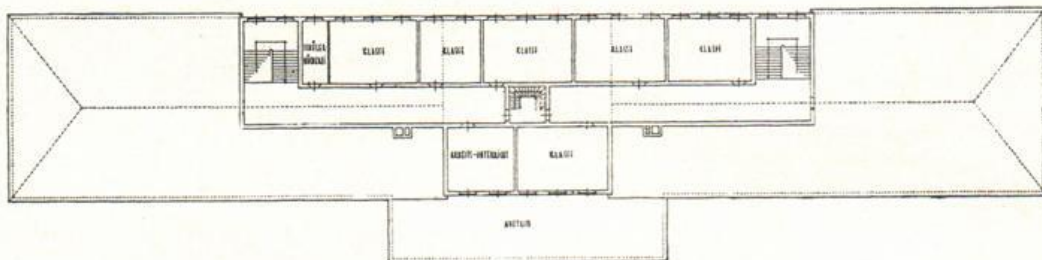
I. Obergeschoß.

dreier Turnhallen mit den erforderlichen Nebenräumen zur Verfügung. Die über den seitlichen Turnhallenflügeln liegenden Plattformen sind durch besondere Treppen zugänglich und können so als Turnfreifläche für gymnastische Übungen benutzt werden. Im Untergeschoß liegen Werkstättenräume, Fahrradraum und Lehrwaschküche, außerdem die Kessel- und Kohlenkeller für die Warmwasserheizungsanlage. Im Erd-

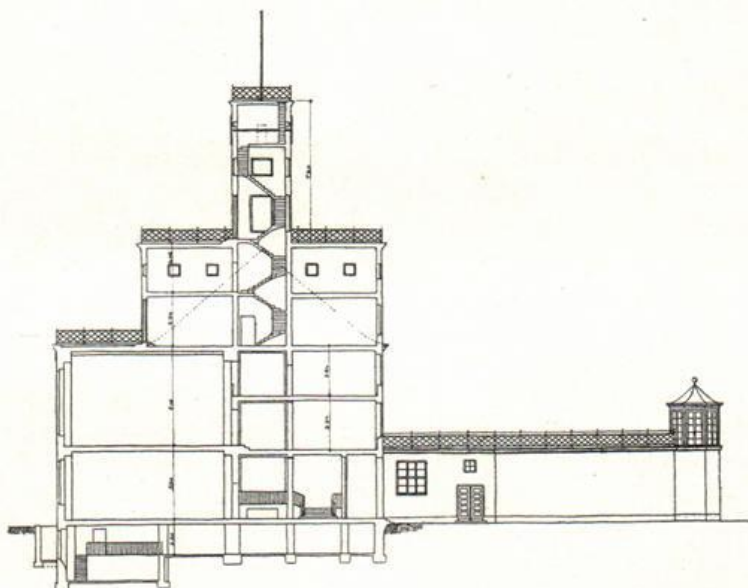


2. Obergeschoß

geschoß befinden sich Amtszimmer und Raum für den Schularzt. Für den naturwissenschaftlichen Unterricht erhält das Gymnasium Chemie- und Physikklasse mit den dazu gehörigen Nebenräumen. Im zweiten Obergeschoß liegt der Zeichensaal des Gymnasiums. Die Plattformen des im Mittelbau höher geführten Gebäudes sollen astronomischen Beobachtungen dienen.



Im zweiten Bauabschnitt erhalten Gymnasium und Volksschule je weitere 9 Klassenräume. In dem für das Gymnasium vorgesehenen Flügel werden ferner die Dienstwohnungen für den Schulleiter und den Hausmeister untergebracht, die durch eine besondere Anlage beheizt



werden. Im Untergeschoß dieses Bauteiles wird außerdem ein Ruderübungsraum eingerichtet. Der Volksschulflügel nimmt die Dienstwohnungen des Leiters dieser Schule, des Schulhausmeisters und des Heizers auf. Durch Ausbau des Dachgeschosses erhält die Volksschule den erforderlichen Zeichensaal, während die Schulküche im Untergeschoß bleibt.

Das Gebäude wird als Putzbau mit einem Doppeldach aus naturroten Biberschwänzen ausgeführt. Sämtliche Räume erhalten im allgemeinen Linoleumfußboden; die Wasch- und Brauseräume und die Aborte Fliesenfußboden. Hallen, Flure und Vorräume des Erd-

geschosses dagegen Solnhofener Platten. Der Turnhallenfußboden der unteren Turnhalle ist mit 6 mm starkem Linoleum auf Torfestrich, der Fußboden der oberen Turnhalle mit Preßkorkplattenfußboden auf Steinestrich belegt. Die Treppen sind massiv, die Klassenräume erhalten Ölfarbenanstrich bis unter die Decke; die Wände der beiden seitlichen Turnhallen sind in Verblendklinkern, die der Wasch- und Aborträume in Fliesenbelag ausgeführt. Die flachen Dächer der Turnhallen und Plattformen wurden als Massivdecken mit Palundrit-Asphaltplattenbelag hergestellt.

Der Bau ist im Jahre 1927 begonnen und im Frühjahr 1928 in seinem ersten Abschnitt beendet worden.

Die Gesamtfläche des Grundstücks beträgt 11922 qm, die bebaute Fläche 3607 qm, der umbaute Raum beträgt 50437 cbm. Die Kosten für den ersten Bauabschnitt belaufen sich auf 1180 000 RM., für den zweiten Bauabschnitt auf 320 000 RM., zusammen 1500 000 RM., ohne Inventar. Mithin 1 cbm umbauten Raumes 29,74 RM.

Kleist-Lyzeum und Filmschule Levetzowstraße 1-5.

Der Neubau ist im Sommer 1927 begonnen worden und wird voraussichtlich im Jahre 1929 fertiggestellt werden können. Er umfaßt ein Lyzeum mit Oberlyzeum und die Filmschule.

Im südöstlichen Teil des Gebäudes ist das Lyzeum mit Oberlyzeum, auf dem westlichen Teil die Filmschule untergebracht. Zwischen diesen beiden Flügeln liegt der Mittelbau, der zwei Turnhallen, eine Freiluftturnhalle und eine Aula enthält.

Die 19 Klassenräume des Lyzeums sind auf die vier Stockwerke verteilt. Die naturwissenschaftlichen Räume sowie der Zeichensaal liegen im dritten und vierten Stockwerk, das Amtszimmer des Direktors im Erdgeschoß.

Der der Filmschule zugewiesene Gebäudeteil dient auch zur Unterbringung von Verwaltungsabteilungen. Die Räume der Filmschule sind ebenfalls auf die vier Stockwerke verteilt. Sie bestehen aus Hörsaal, optischen Laboratorien, Umformer- und Transformatorenzimmer, Physik- und Chemieklassen, photographischen Lehrräumen und Werkstätten sowie Büchereien, Musterkopierraum, photographischem Aufnahmeraum, Filmarchiv nebst Kleberaum.

Die Größe des Grundstücks beträgt ohne Vorgarten 5693 qm. Das Gebäude umfaßt 62600 cbm umbauten Raumes. Die Kosten belaufen sich auf 2470 000 RM. oder rund 39 RM. für 1 cbm.

Die bebaute Fläche beträgt 2960 qm. Der Schulhof hat eine Größe von 1800 qm. Der Turnhof einschließlich des bebauten Teiles eine solche von 730 qm. Daneben besteht noch ein kleiner Hof in der Größe von 294 qm.

Schul- und Turnhof sind durch offene breite Verbindungsgänge unter dem Seitenflügel des Lyzeums verbunden. Der Hof der Filmschule steht mit dem Schulhof durch eine Durchfahrt in Verbindung.

Für die ganze Anlage ist eine Pumpenwarmwasserheizung mit einer Kesselanlage vorgesehen.

Anbau an die 14. Volksschule in Schmargendorf,
Bezirk Wilmersdorf.

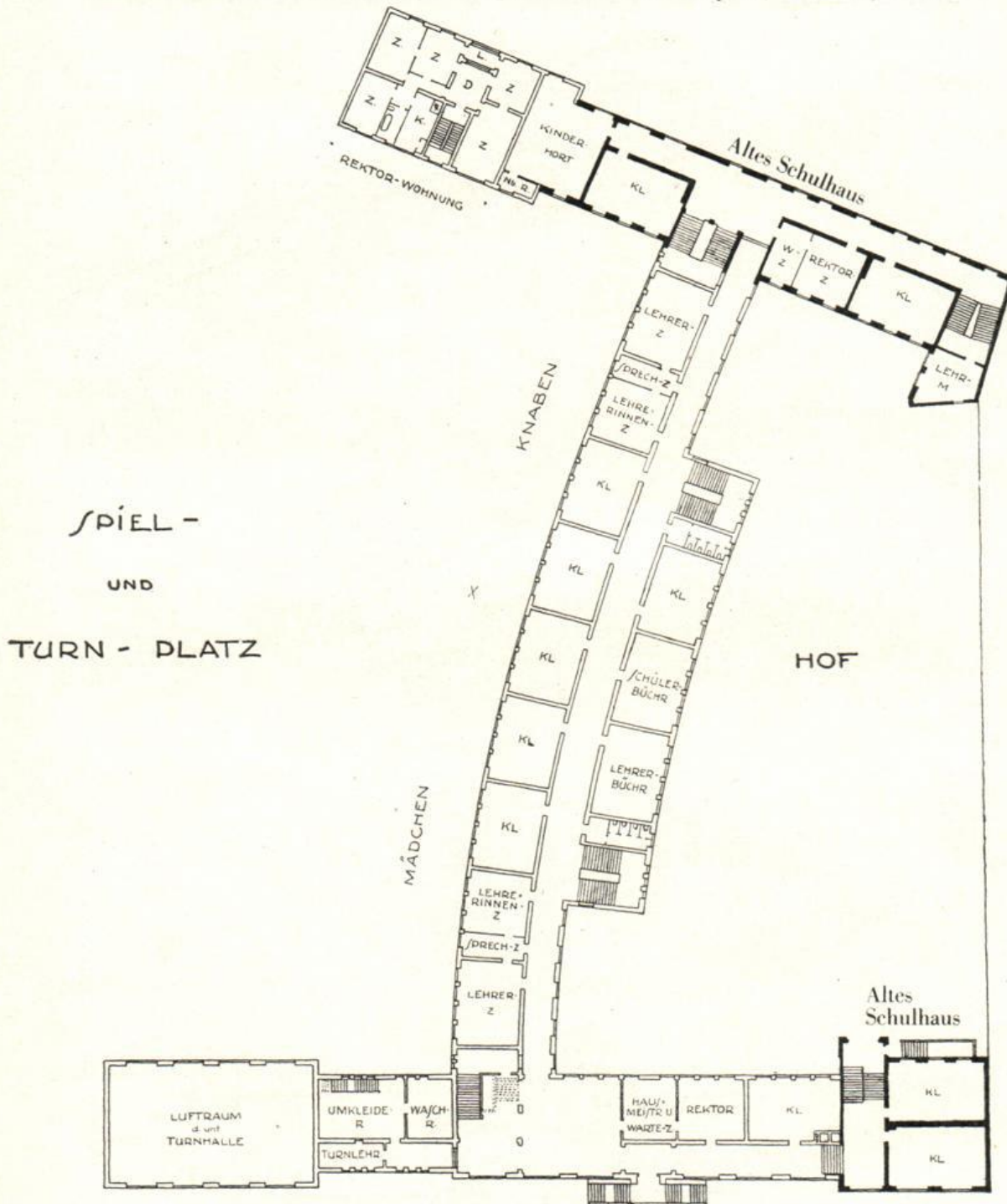
The floor plan shows a school building with the following rooms and areas:

- Top Left:** HEIZER, K, Z, FLUR, Z, Z, Z, K, K, Z.
- Top Right:** Altes Schulhaus, JUGEND-CLUB, FAHRRÄDER, JUGEND CLUB, DURCHFART.
- Center:** K. NABEN, WERK.-R., WERK.-R., MATERIAL, GARDER., /DE/E.-R., KÜCHE, /DUL.-K., NEBEN-R., MÄDCHEN, MÄDCHEN, K. NABEN.
- Bottom Left:** TURNHALLE, GERÄTE, WACH-KÜCHE, PLAT.-R., WERK.-R.
- Bottom Right:** Altes Schulhaus, AU/KL R., BRAU/E-BAD, HEIZUNG, TROCKEN.-R., DUMPEN, KOHLEN KELLER.
- Other Labels:** SPIEL - UND TURN - PLATZ, HOF.

14. Volksschule in Schmargendorf

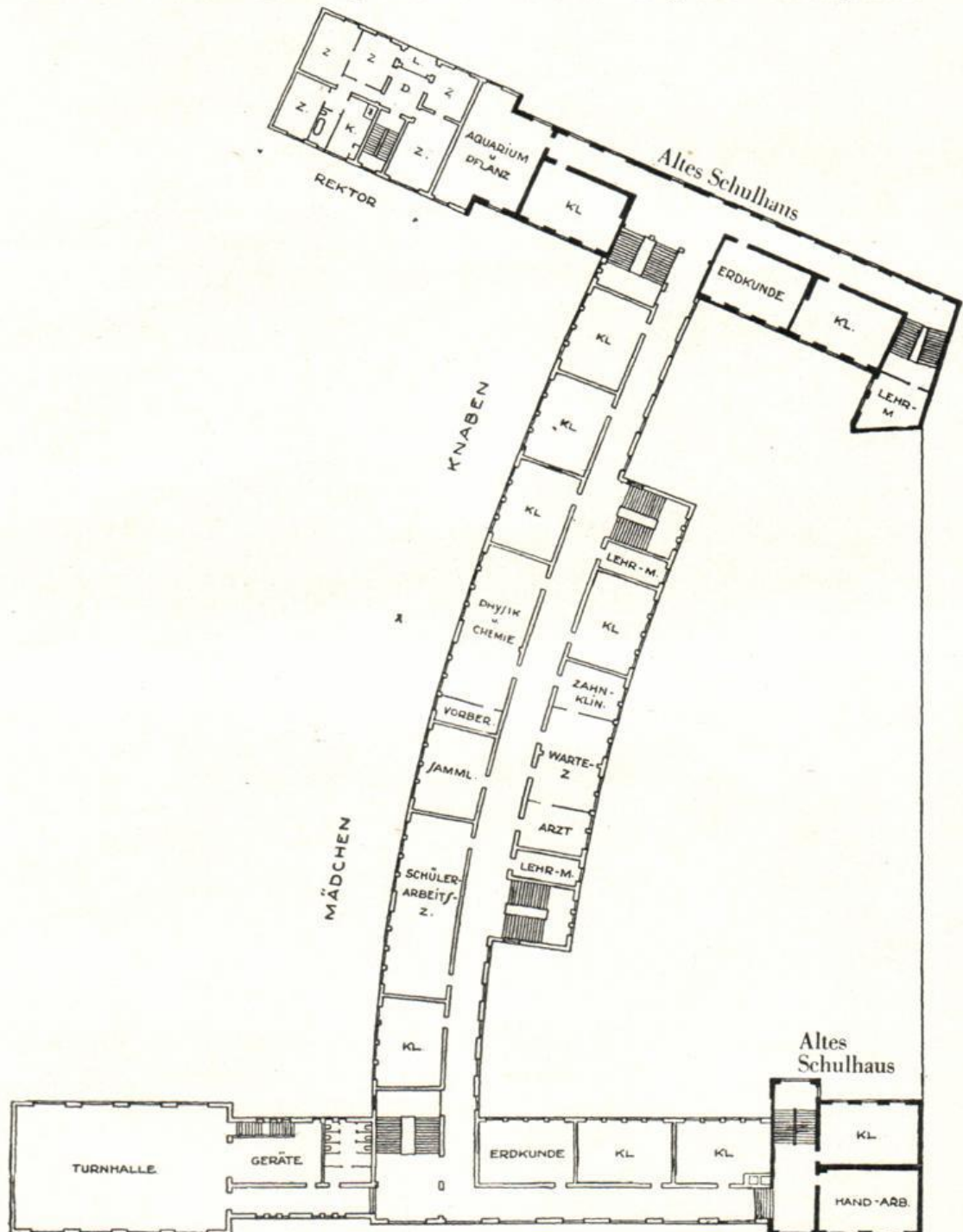
einfache Schule nicht mehr aus. Es ist deshalb ein größerer Anbau an die bereits bestehende Schule geplant und ein entsprechender Umbau der alten Räume in Aussicht genommen. Mit dem Bau ist im Frühjahr 1928 begonnen worden.

Zu den bereits vorhandenen Schulräumen sollen neu eingerichtet werden: 22 Klassenzimmer je 54 qm, Räume für Physik, Chemie, Erd-



14. Volksschule in Schmargendorf

und Pflanzenkunde, Diensträume für die Schulleiter und Lehrkräfte sowie den Schulhausmeister; Räume für die Lehrer- und Schülerbücherei, den Schularzt und den Schulzahnarzt, Räume für Werkunterricht, Koch-, Wasch- und Plättunterricht; ferner sind vorgesehen Räume für die Schulspeisung und den Kinderhort, ein Brausebad, zwei Turnhallen mit entsprechenden Nebenräumen, ein Festsaal, auch

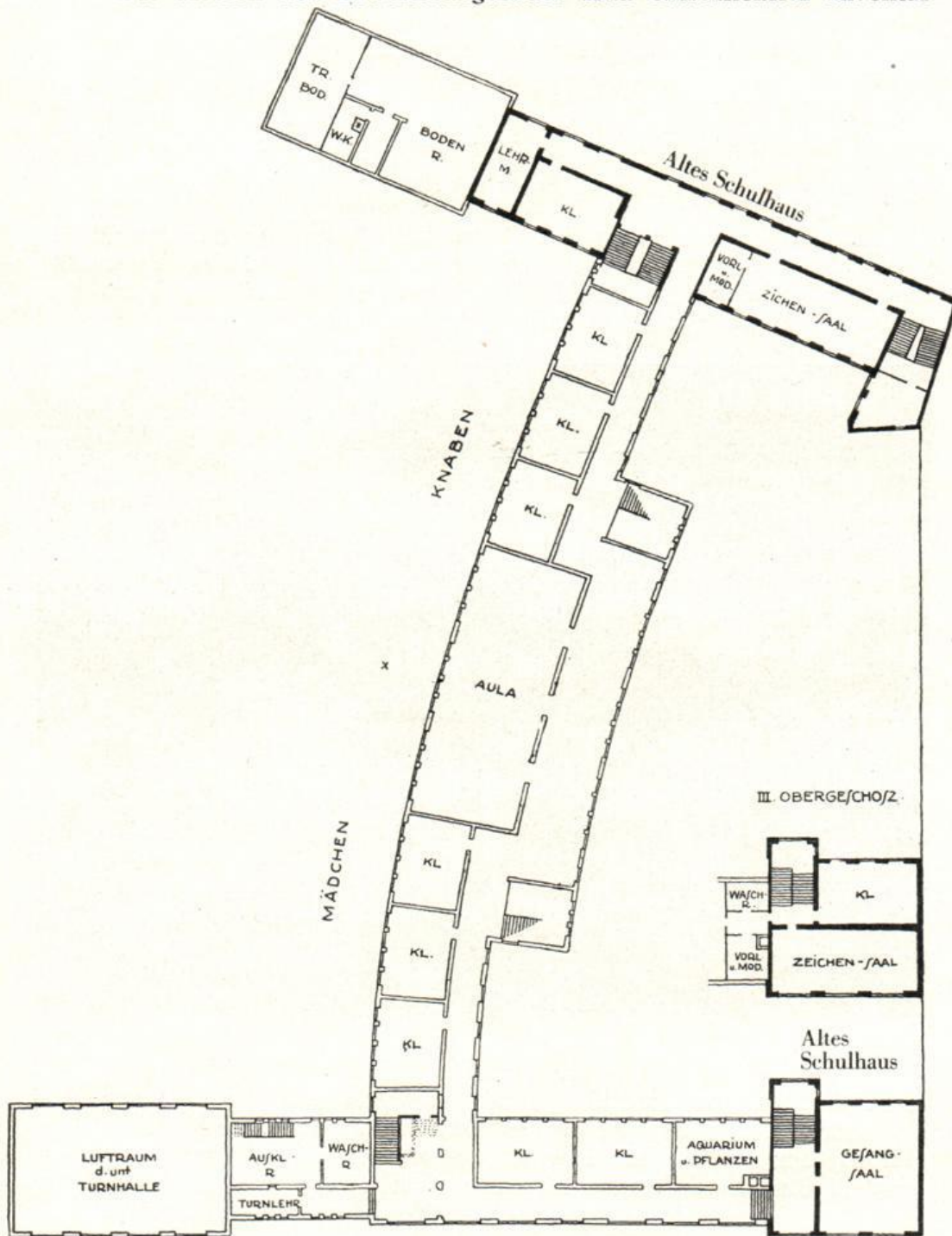


14. Volksschule in Schmargendorf

Dienstwohnungen für die Schulleiter, den Schulhausmeister und den Heizer sollen gebaut werden.

Der umbaute Raum des Klassengebäudes wird 36 000 cbm, der des Turnhallenflügels 3600 cbm und der des Wohnflügels 4100 cbm betragen.

Die Kosten des Erweiterungsbaues sind einschließlich Inventar



auf 1735 000 RM. berechnet. Die Kosten für den Grunderwerb, die Bürgersteigbefestigung und die Kanalisation belaufen sich auf 300 600 Reichsmark.

Die Kosten für den Kubikmeter umbauten Raumes werden voraussichtlich betragen: beim Schulhaus einschließlich Inventar 39,40 RM., bei dem Turnhallenflügel 26 RM. ausschließlich der Kosten für Inventar, beim Wohnflügel 32 RM.

Der Gesamtflächeninhalt des Erweiterungsbaues beträgt in vier Geschossen rund 7150 qm.

Schulfarm Scharfenberg: Schulwohnhaus und Werkhaus.
Baubeschreibung.

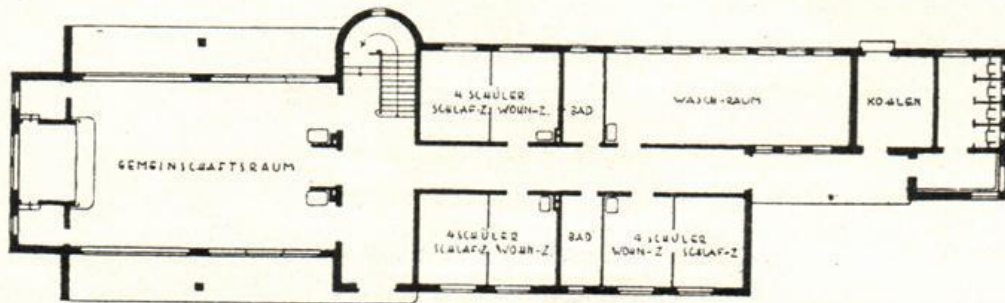
Die dringend notwendige Verbesserung der Unterkunftsverhältnisse auf der Insel Scharfenberg hatte die Farmschüler veranlaßt, unter sich Wettbewerbe für die Neubauten zu veranstalten; auch der Zeichenlehrer hatte Studien dafür gemacht. Wenn auch diese Versuche



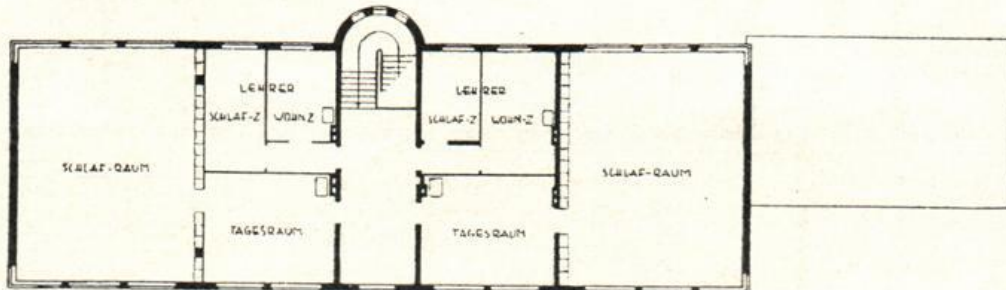
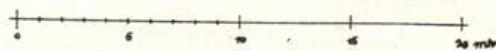
Schulwohnhaus

nicht ohne weiteres brauchbar waren, so zeigte doch der Geist, welcher aus diesen Arbeiten sprach, die Vorliebe für eine neuzeitliche Gestaltung der Bauten. In diesem Sinne sind diese nun auch geschaffen worden. Einfachste Form und freudige Farbgebung sind mit knappsten Mitteln durchgeführt worden. Die Erdgeschosse sind mit märkischen

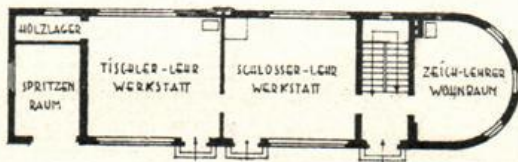
Schulfarm Scharfenberg



ERDGESCHOß



Obergeschoß



Erdgeschoß



Obergeschoß

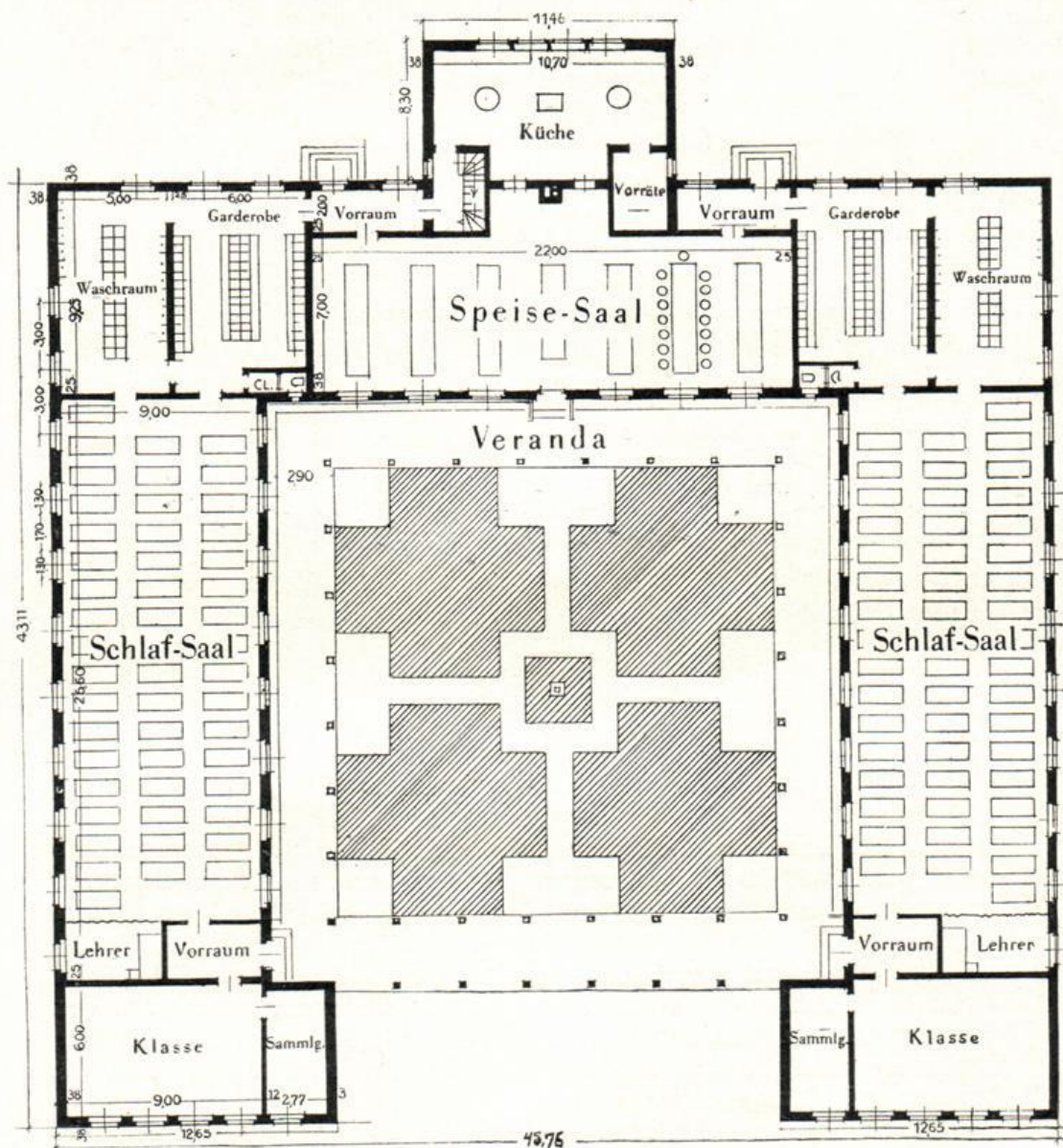
grün gefugten Handstrichklinkern verblendet, die Obergeschosse sind glatt geputzt und weiß gestrichen, Fenster gelb mit orangefarbenen Deckleisten. Dachüberstände gelb und weißgelb bzw. grün und weißgrün.

Das Werkhaus enthält im Erdgeschoß Lehrwerkstätten für Tischler und Schlosser, einen Raum für die Feuerspritze und den Wohnraum des Zeichenlehrers. Im Obergeschoß befinden sich der Buchbinder- und Zeichensaal mit Freilicht-Zeichenterrasse und die Fahrwarte mit Umgang.

Im Schulwohnhaus liegen im Erdgeschoß der große Unterrichtsraum mit kleiner Bühne und Nebenräumen; 3×2 Wohn- und Schlafräume für ältere Schüler, Bäder, Waschraum, Kohlenraum und Aborte. Das Obergeschoß enthält die Schlafräume mit den davorliegenden Tagesräumen und 2 Wohnungen für unverheiratete Lehrer. Abbildungen dieser Neubauten siehe auch im Aufsatz über die Schulfarm Scharfenberg. (Seite 182 ff.)

Schullandheim in Hermsdorf

(Pestalozzi-Heim)



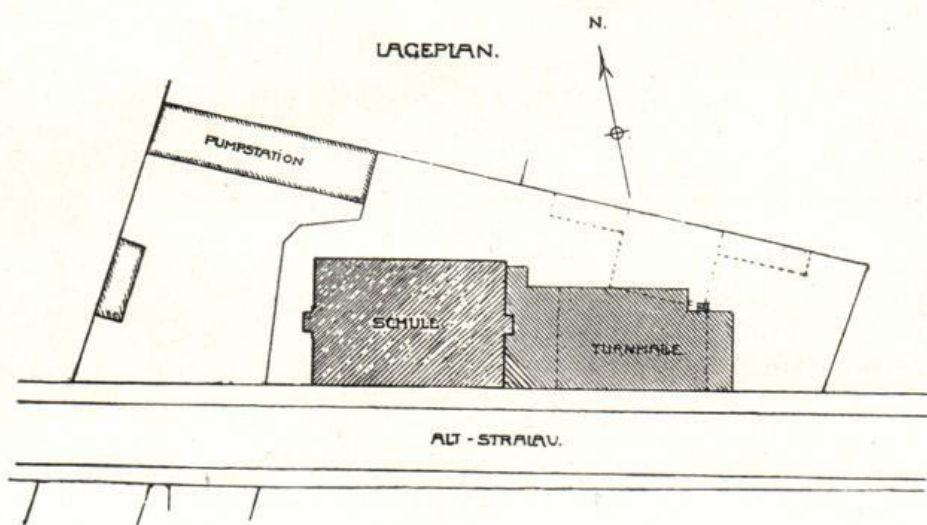
Eine Beschreibung dieses Baues befindet sich auf Seite 345.

Turnhalle in Alt-Stralau

Turnhallenneubau bei der 35. Volksschule,
Alt-Stralau 34/35, Bezirk Friedrichshain.

Der Hauptteil des Schulgebäudes nebst Turnhalle und Abortanbauten wurde in den Jahren 1892/93 errichtet. Das Schulgebäude enthielt seinerzeit bei 330 qm bebauter Fläche 5200 cbm umbauten Raumes.

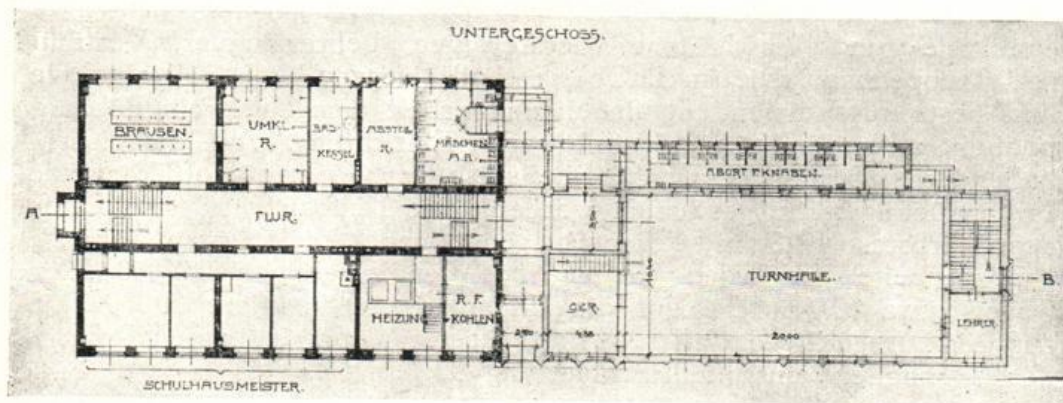
Die fortschreitende Entwicklung des Ortsteiles Alt-Stralau machte eine Vergrößerung des Schulgebäudes notwendig. In den Jahren 1913



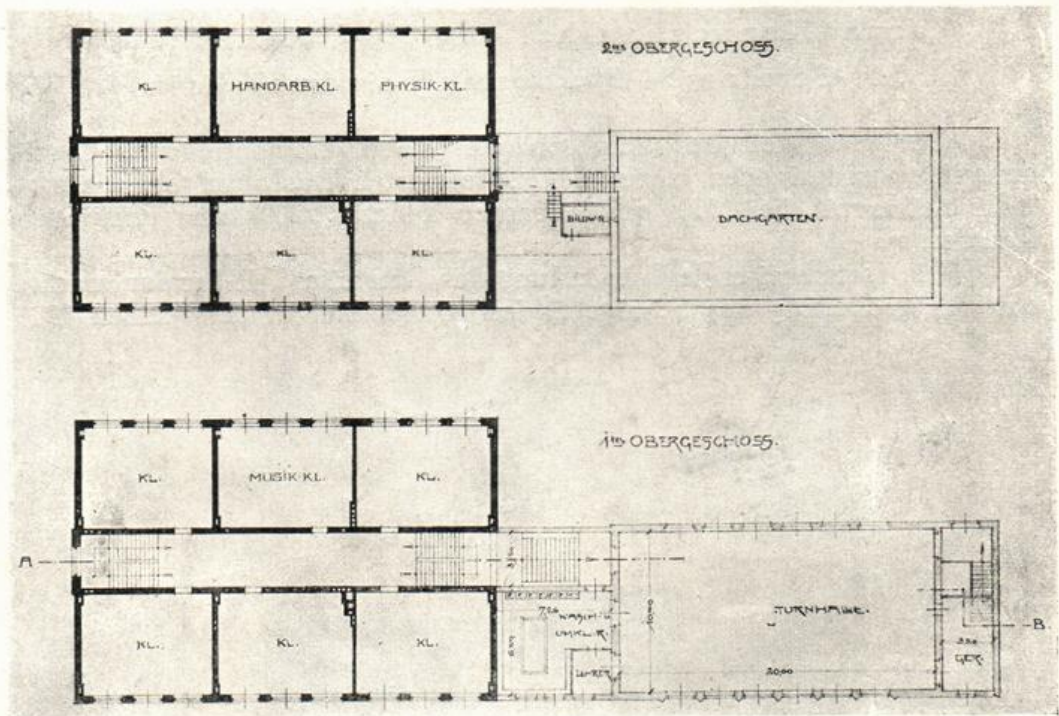
bis 1914 wurde ein umfassender Umbau der gesamten Anlagen unter gleichzeitiger Erweiterung des Schulgebäudes in westlicher Richtung um eine Klassenzimmertiefe vorgenommen.

In seiner seitherigen Gestalt umfaßt das Schulgebäude 5200 — 2500 — 1200 (für die Nebenanlagen) = 8900 cbm umbauten Raumes.

Mit der Vergrößerung der Schule verlangte die räumliche Ausstattung des Schulgebäudes eine gründliche Überholung und Anpassung an die Erfordernisse der Neuzeit. Es wurde deshalb in das Schul-



Turnhalle in Alt-Stralau



gebäude eine Warmwasserzentralheizung, elektrische Beleuchtung und eine Brausebadanlage mit 16 Brausen eingebaut und eine Verlegung verschiedener Räume vorgenommen.

Vor allem aber trat die Unzulänglichkeit der kleinen, für andere Schulverhältnisse gebauten Turnhalle immer mehr in Erscheinung, daher wurde mit dem Neubau einer Doppeltturnhalle nebst Anbauten in östlicher Verlängerung des Schulgebäudes begonnen. Die alte Turnhalle nebst Abortanbauten wurde abgerissen, der Mädchenabort wurde in der Nordostecke der Schule untergebracht, der Knabenabort liegt an der Nordseite der Turnhalle in vertieftem Anbau. Bei einer bebauten Fläche von etwa 450 qm und rund 4850 cbm umbauten Raumes enthält der Neubau zwei Turnhallen übereinander von je 207,20 qm Grundfläche bei einer Breite von 10,35 m und 20 m Länge, außerdem zwei Umkleide- und Waschräume, Geräteräume, Lehrerzimmer, Vestibül und Treppenhaus. Die im 1. Obergeschoß gelegene Halle soll als Aula und Festraum Verwendung finden und erhält demgemäß ein Bühnenpodium, außerdem eine Lichtbildwerfer-Einrichtung. Auf dem Turnhallendach ist zum Ersatz für die stark verkleinerte Hoffläche eine Freiluftübungsstätte geschaffen worden. Der Neubau wurde im Laufe des Herbstes 1928 in Gebrauch genommen. Die Kosten für die Umbauarbeiten und den Neubau betragen zusammen 243000 RM., wovon etwa 63000 RM. auf die Umbauarbeiten, weitere 20000 RM. auf die Turngeräte entfallen. Mithin kostet 1 cbm umbauten Raumes der Turnhallen einschließlich Heizung 37,10 RM.

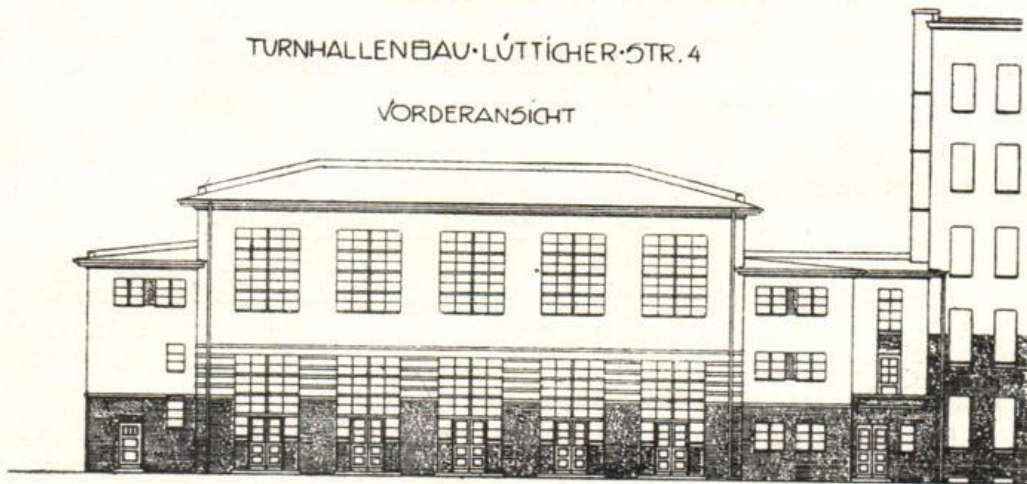
Doppelturnhalle in der Lütticher Straße

Neubau einer Doppelturnhalle in der 169/262. Volksschule,
Bezirk Wedding, Lütticher Straße 4.

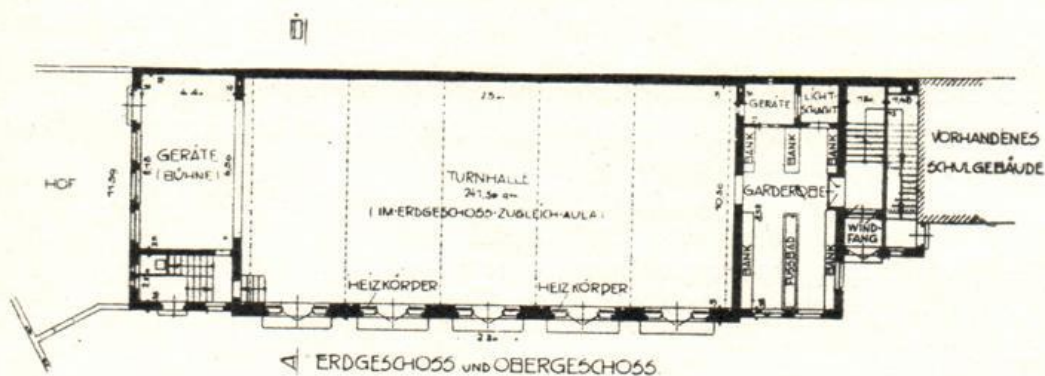
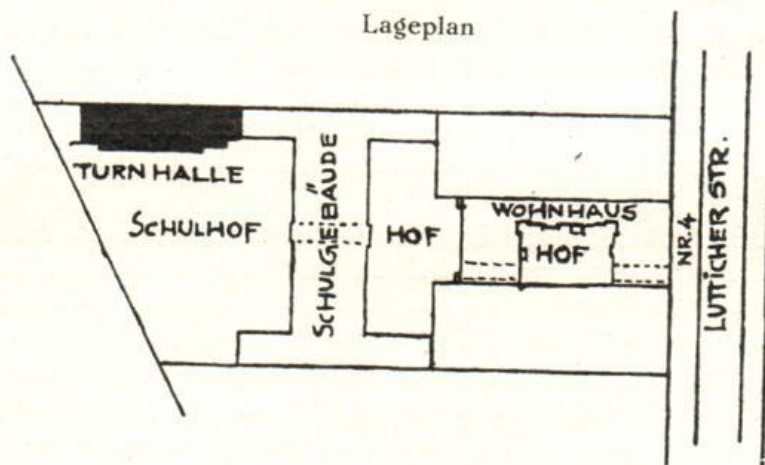
Der Bau der Turnhalle ist im Jahre 1927 begonnen und im
Sommer des Jahres 1928 vollendet worden.

TURNHALLENBAU LÜTTICHER STR. 4

VORDERANSICHT



Lageplan



Wegen des beschränkten Hofraumes wurden zwei Turnsäle übereinander angeordnet. Die Turnsäle haben eine Größe von 242 bzw. 244 qm erhalten. Für jede Turnhalle sind außerdem Nebenräume, wie Geräteräume, Garderobenräume und Lehrerzimmer vorgesehen.

Der umbaute Raum von Oberkante Kellerfußboden bis Oberkante Dachgeschoßbalkenlage beträgt 5134 cbm.

Die Kosten betragen 170 000 RM., von welchem Betrage 14 000 RM. auf die Pfahlrostfundamente entfallen; 1 cbm umbauten Raumes kostet demnach 30,30 RM.

Neubau der Doppeltturnhalle in Oberschöneweide, Bezirk Treptow, Kottmeierstraße.

Die Doppeltturnhalle ist auf dem städtischen Gelände an der Kottmeierstraße im Anschluß an das Lyzeum als Erweiterungsbau desselben in den Jahren 1926/27 errichtet worden. Sie wird durch das Lyzeum und die 9/10. Volksschule benutzt.

Im Hauptbau liegen die beiden Turnhallen übereinander mit den Geräteräumen und Lehrerzimmern. Im Verbindungsbau zwischen Lyzeum und Turnhalle sind die Wasch- und Umkleieräume auf drei Geschossen verteilt.

Die Außenfronten sind mit roten Verblendern verkleidet, die massiven Gesimse in Vorsatzbeton errichtet. Die Decken sind massiv hergestellt, jedoch ist die Decke der oberen Turnhalle in Red-Pine mit Wärmeschutz ausgeführt. Beide Turnhallen haben Holzpaneel erhalten. Die untere Turnhalle ist mit einer Empore aus Eisenbeton ausgestattet worden.

Die 2 m hohen Abortwände sind aus 6 cm starken beiderseitig glasierten Formsteinen hergestellt. In sämtlichen Waschräumen und Aborten haben die Wandflächen eine 1,50 m hohe Wandbekleidung aus weißen, glasierten Wandplatten erhalten.

Der Turnhallenfußboden ist in Eichenstäben auf Blendboden nach Art der Schiffböden senkrecht zu den Längswänden verlegt. Die Nebenräume und Flure haben massiven Fußboden erhalten, und zwar teils in Fliesen, teils in Klinker- und Xylolithplatten.

Die Waschräume sind mit zehn eisernen, innen emaillierten Reihenwaschbecken und mit sechs eingemauerten, mit Fliesen verkleideten eisernen, emaillierten Fußbadewannen ausgestattet.

Die Beheizung erfolgt durch eine Niederdruckdampfheizung vom Heizraum des Lyzeums aus.

Der Inhalt des umbauten Raumes beträgt 4967,34 cbm.

Die reinen Baukosten stellen sich auf 145 200 RM. Die Kosten des Kubikmeter umbauten Raumes betragen 29,25 RM.

Der Gesamtflächeninhalt des Gebäudes ist 441,87 qm groß.

Die Turnsäle haben eine Abmessung von 11×22 m, also rund 242 Quadratmeter.

Turnhallenneubau in Buchholz, Bezirk Pankow.

Der Bau wurde an der Westgrenze des Schulgrundstückes aufgeführt und im September des Jahres 1926 begonnen. Die Turnhalle besteht aus einem $19 \times 12,65 \text{ m} = 240 \text{ qm}$ großen Turnsaal mit zwei Umkleide- und Waschräumen für Knaben und Mädchen, einem Abort, einem Gerät- und einem Lehrerraum.

Die Außenseite ist mit lederfarbigen Ziegeln verblendet. Im Innern erhielten die Wandsockel glasierten Ziegelbelag.

Der Turnhallenboden ist mit 6 mm starkem Linoleum auf Korkasphaltbelag versehen. Die Beheizung erfolgt von der Heizzentrale des Hauptgebäudes aus.

Die Kosten betragen einschließlich Geräte 70 000 RM., das ist 27 RM. für den Kubikmeter umbauten Raumes.

Mittelschulturnhalle in Pankow, Görschstraße.

Bei der Turnhalle für die Mittelschule handelt es sich nicht um einen vollständigen Neubau, sondern um einen Aus- und Erweiterungsbau der ehemaligen Maschinenhalle des früheren Elektrizitätswerkes Pankow. Der neue Anbau ist dem bestehenden Renaissancebau (Terasit-Edelputz) angepaßt. Die Turnhalle enthält Holzpaneel, gewölbte Holzdecke und Linoleumbelag. Die übrigen Räume sind mit Badeanstaltssteinen bzw. Wandplatten bekleidet.

Die Beheizung erfolgt durch das Fernheizwerk.

Die Arbeiten sind am 1. Juni 1927 begonnen und am 1. Mai 1928 beendet worden.

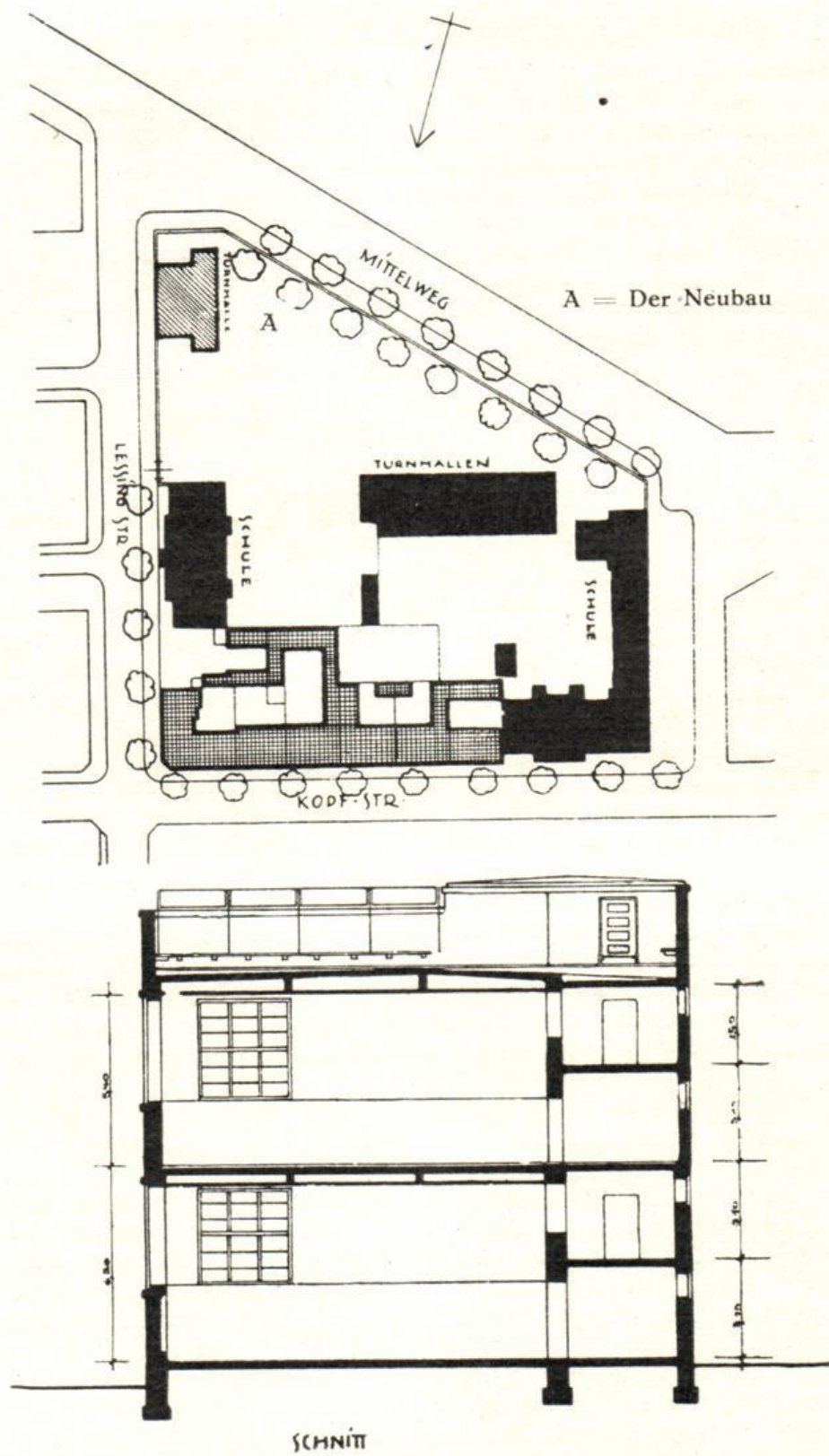
Der Anbau hat ein Ausmaß von $11,01 \times 12,95 \text{ m}$; der Turnsaal ist $22,50 \times 12,06 \text{ m} = 270 \text{ qm}$ groß. Die Gesamtbaukosten betragen 116 000 RM.

Außer dem Turnsaal sind vorhanden zwei Umkleide- und Waschräume für Knaben und Mädchen, sowie ein Lehrerzimmer, ein Geräte- und Abort. Im Untergeschoß ist eine Lehrküche, ein Brausebad für die Schüler und ein solches für städtische Arbeiter untergebracht.

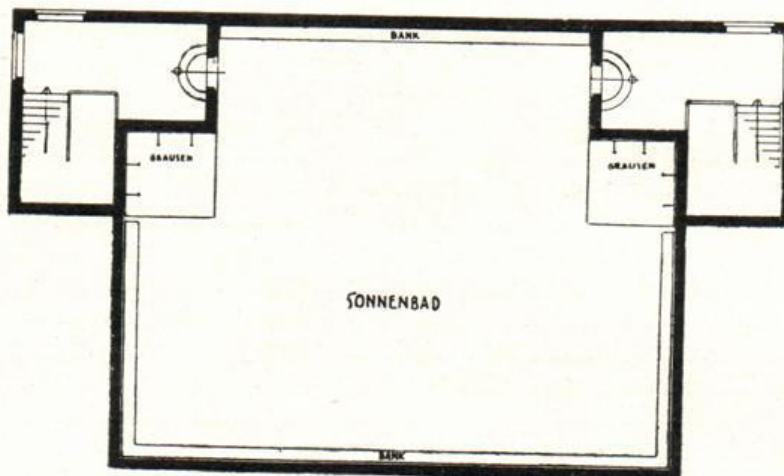
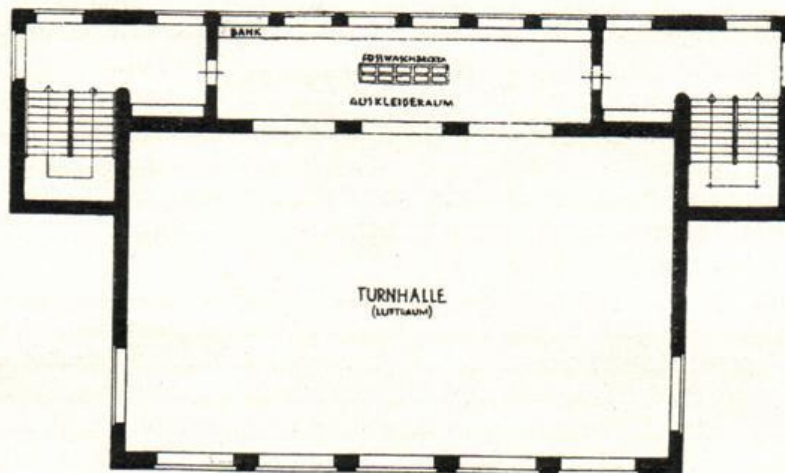
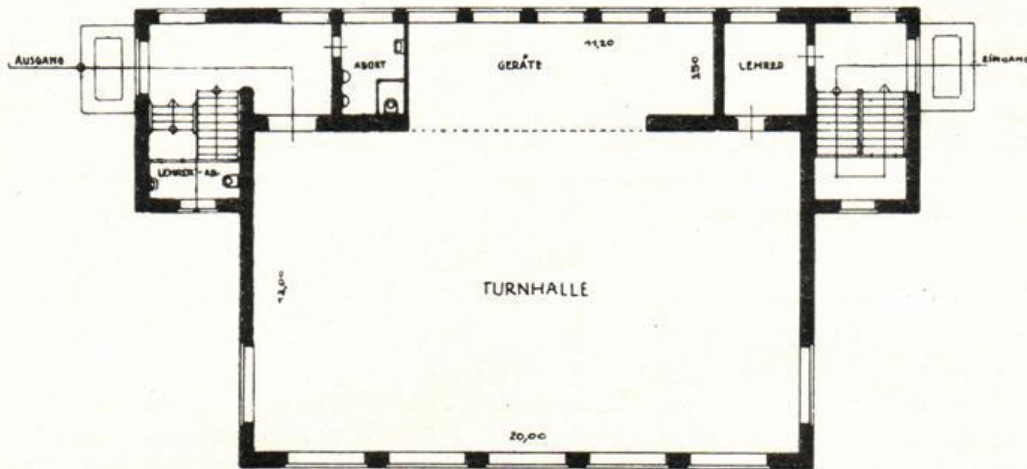
Turnhallenneubau zu Berlin-Neukölln, Lessingstraße.

Auf dem Schulgrundstück Kopf-, Neuwedeler Straße, Mittelweg und Lessingstraße in Neukölln ist außer den bereits darauf befindlichen Schulgebäuden, Turnhallen und Nebenbauten im Sommer 1927 mit dem Bau eines freistehenden Turnhallengebäudes an der Lessingstraße begonnen worden. Wegen der geringen Hofgröße wurden zwei Turnhallen übereinander angelegt. Um den Turnunterricht insbesondere nach der gesundheitlichen Seite hin ergiebiger auszugestalten, ist ein Dachturnplatz angeordnet worden. Die bebaute Fläche des Turnhallengebäudes beträgt 426 qm. Den Turnsälen von 240 bzw. 248 qm Größe ist

Turnhalle in Berlin-Neukölln



Turnhalle in Berlin-Neukölln



je ein Lehrerzimmer von 11 qm, ein Geräteraum von 42 qm, ein Umkleideraum von 50 qm und eine Abortanlage angegliedert. Der Dachturnplatz, der mit Brausen versehen ist, hat eine Größe von 306 qm. Der umbaute Raum beträgt 6164 cbm, so daß bei einer Gesamtkostensumme von 188 000 RM. 1 cbm des umbauten Raumes 30,50 RM., einschließlich der inneren Einrichtung, kostet. Die Turnhalle wurde im Frühjahr 1928 in Benutzung genommen.

Turnhallenaufstockung der 8. Volksschule in
Berlin-Schöneberg, Rubensstraße.

Die Turnhalle in der Rubensstraße wird von der 8. Volksschule und dem Fontanelyzeum mit zusammen 38 Klassen benutzt. In Anbetracht der großen Klassenzahl wurde bereits im Jahre 1925 die Erweiterung dieser Turnhalle beschlossen und im Jahre 1926 ausgeführt.

Da der Schulhof ziemlich klein ist, konnte die Erweiterung nicht nach der Seite hin, sondern nur durch Aufstockung der alten Halle durch Anordnung eines zweiten Turnsaaes über dem alten Turnsaal erfolgen. Gleichzeitig mußten sowohl für die alte Turnhalle, die keinerlei Nebenräume hatte, als auch die neue Turnhalle Nebenräume geschaffen werden. Jede Halle hat nunmehr nach der Schulhofseite hin vorgelagert einen zur Halle sich öffnenden Raum für die Turngeräte und einen Raum für die Lehrer; darüber in einer eingezogenen Empore einen Umkleideraum. Zu beiden Seiten dieser Räume führen Treppen bis zum Dachgeschoß.

Besondere Erwähnung verdient die Dachkonstruktion. Sie ist die erste Turnhalle in der Stadt Berlin, welche anstatt des spitzwinkligen Daches ein horizontales Dach erhielt. Die so geschaffene Fläche findet Verwendung zum Freiluftturnen und bildet somit eine wertvolle Erweiterung der Schulhoffläche. Nach außen hin ist der Dachturnplatz durch eine 1,30 m hohe Brüstung abgeschlossen, über die zur größeren Sicherheit noch ein Drahtgeflecht bis zur Höhe von 2,50 m angeordnet ist. Diese Freiluftturnhalle stellt eine Neuerung auf dem Gebiete des Turnwesens dar und wird sich besonders da als zweckmäßig erweisen, wo die Schulhöfe beengt sind, wie dies in den eng gebauten Stadtvierteln des alten Berlins zumeist der Fall ist.

Die Turnsäle haben eine Größe von $11,97 \times 24,19 \text{ m} = 290 \text{ qm}$. Die Freiluftturnhalle ist rund 370 qm groß.

Die Kosten für die Aufstockung der Turnhalle und den Anbau der Nebenräume betragen insgesamt 196 000 RM.

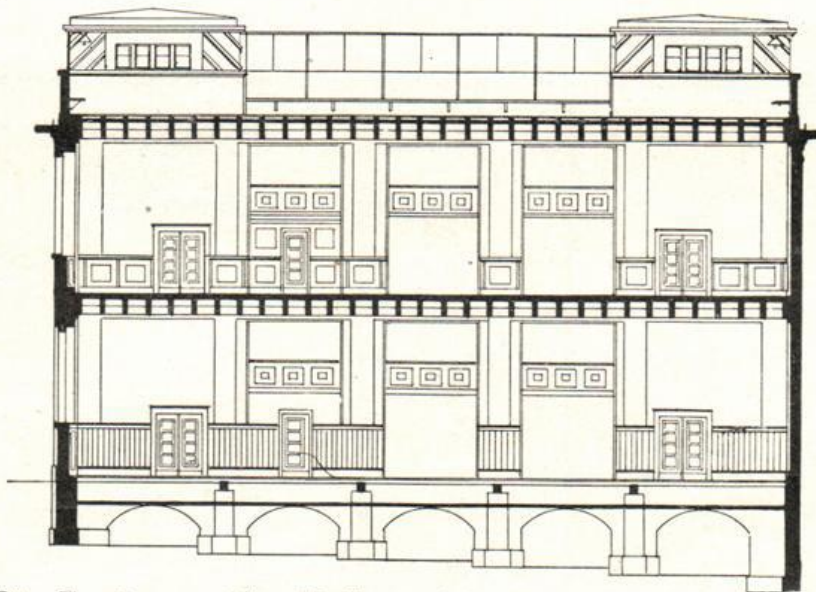
Die äußeren Ansichtsflächen der Turnhalle sind mit einem gelblich-braunen Stockputz versehen unter Betonung der Fenstereinfassungen und Gesimse durch einen helleren Putz. Die Turnsäle mit ihren Nebenräumen sind farbig behandelt. Bei der unteren Turnhalle, die von Knaben benutzt wird, sind die Wandtäfelungen und das übrige Holzwerk mit rotem Ölfarbenanstrich, die Putzflächen der Wände mit einem mattgelblichen und die Pilaster mit einem sepiabraunen Leimfarbenanstrich versehen, während bei der oberen Turnhalle (Mädchenturnhalle) das

Turnhalle in Berlin-Schöneberg

Holzwerk einen zarten stumpfblauen Anstrich erhalten hat. In den Geräteräumen sind die Wände aus praktischen Gründen mit Eisenklütern verblendet.



Die Auskleideräume haben in der Mitte der Raumfläche eine aus Kunststein hergestellte und von Holzplattenrosten umgebene Fußwaschwanne.

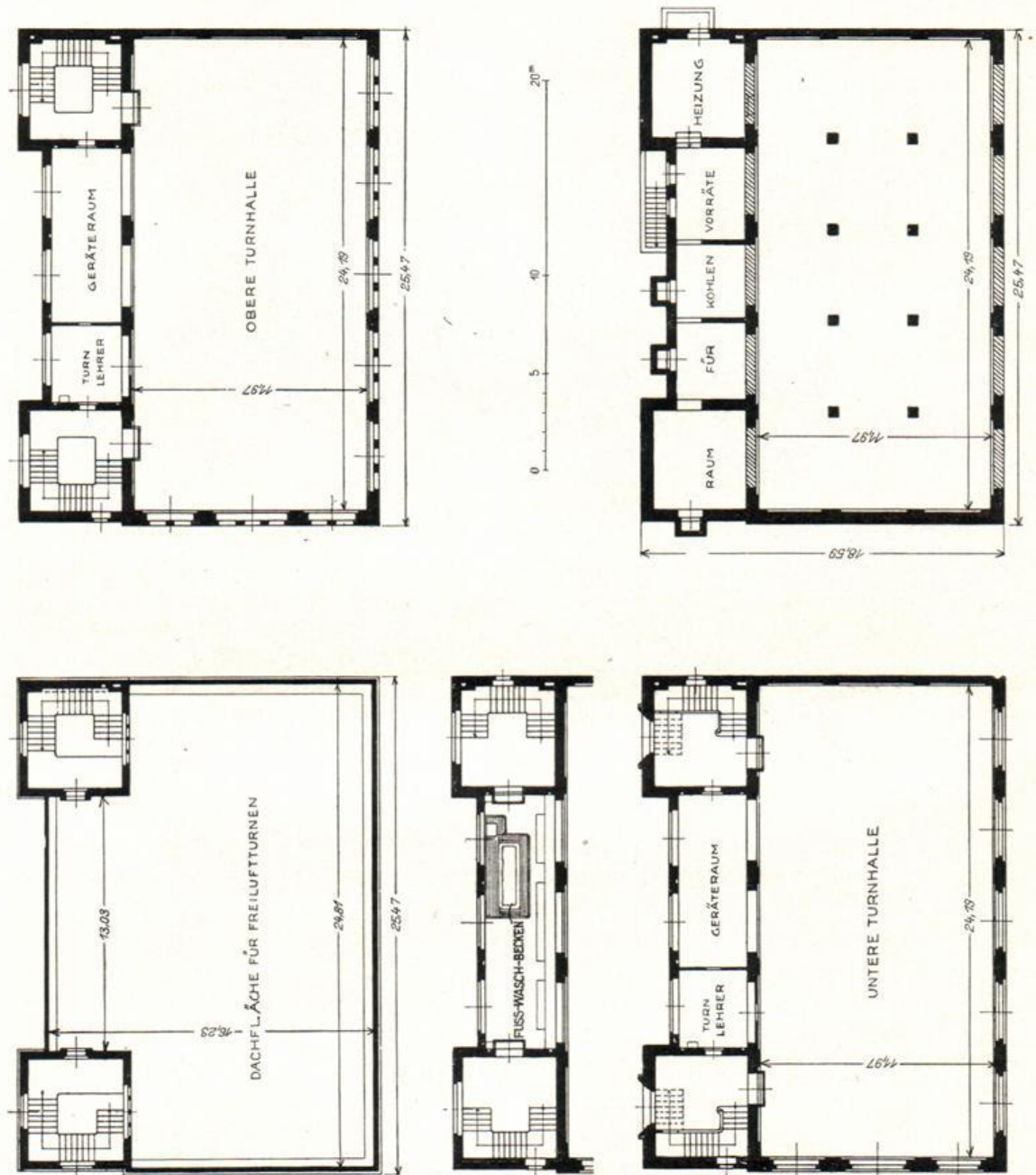


Die Erwärmung der Hallen erfolgt hier durch eine selbständige Niederdruckwarmwasserheizung, deren Kessel im Untergeschoß der Turnhalle untergebracht sind.

Um eine Uebertragung der Geräusche durch die Decke von der oberen Turnhalle auf die darunter gelegene Halle nach Möglichkeit zu vermeiden, wurde eine Eisenbetonhohldecke über beiden Turnsälen gewählt.

Turnhalle in Berlin-Schöneberg

Der alte Fußboden der unteren Turnhalle ist durch Stabfußboden aus Rotbuche ersetzt worden. Die obere Turnhalle hat 7 mm starkes Korklinoleum auf Estrich aus Kieselgur und Zement erhalten.



Der Fußboden der Freiluftturnhalle besteht aus amerikanischem Kiefernholz und die Eindeckung des Daches unter dem Holzfußboden aus Bitumitekt.

Die Abbildungen haben wir mit Genehmigung des Verlags der „Deutschen Bauzeitung“ aus deren Nummer 62, Jahrg. 1927, entnommen.

Übersicht über die neuerrichteten oder aufgestockten Turnhallen.

Bezirk	Ort	Größe der Turnhalle qm	Zahl der Nebenräume für Geräte	Umkleidekleide	Lehrer	Bebaute Gesamtfläche qm	Umbauter Raum cbm	Baukosten je cbm RM	Grundgesamtkosten RM	Bemerkungen
Wedding	39. Volksschule, Müllerstr. 158/159	264	1	1	1	416	5134	29,20	81,2	Aufstockung
"	169. Volksschule, Lütticher Str. 4	242 244	2	3	2	416	5134	30,32	170	Neubau auf Pfahlrosten
Prenzlauer Berg	303 49. Volksschule, Ibsenstr. 17	195	1	1	368	2747	3495*	103,9		Aufstockung. *) mit Inventar
Friedrichshain	35. Volksschule, Alt-Stralau	207 207	3	2	2	450	4850	41,22	180	30000 RM entfallen auf die Abortanlage, ein Turnsaal dient auch als Versammlungsraum
"	268/267. Volksschule, Frankfurter Allee 37	211	2	2	2	329	2300	38,34	88	Aufstockung
"	135/137. Volksschule, Friedenstr. 31	263	1	2	367	2700	25,18	74		"
Spandau	8/9. Volksschule	244 244	2	2	2	439	5922	28,54	198	Doppelturnhalle übereinander
Schöneberg	10. Volksschule	256	1	1	393	2870	31,41	102		Einfache Turnhalle
	8/9. Volksschule, Rubenstraße	290 290	2	2	455	4825	39,70	198	50,3	Aufstockung, Verteuerung durch Erneuerung d. Fußbodens d. unteren Turnhalle und durch Neuanstrich Dachgarten
Neukölln	Kaiser-Friedrich-Straße	270	1	2	1	451	3103	27,40	85	einschl. Einrichtung eines Brausebades für rund 30000 RM.
"	Knesebeckstraße	254 234	2	2	446	7566	26,95	204		Doppelturnhalle mit Dachturnplatz
"	Lessingstraße	240 248	2	2	426	6164	30,50	188		Neubau-Doppelturnhalle *) einschl. Geräte
Treptow, Oberschöneweide	Kottmeierstraße	242 242	3	3	1	442	4967	29,25	162,6*	Neubau. Billigkeit durch rationelle Grundrißanordnung erzielt
Cöpenick, Friedrichshagen	2. Volksschule	231 231	2	3	2	416	5760	27,60	160	Neubau mit Brausebad
Weissensee	Roelckestraße	278	2	2	2	424	6151	31,38	193	Neubau
Pankow	in Buchholz	240	2	2	1	468	2585	27,00	70	Umbau. Gesamtl. d. Anbaues 143qm.
	Mittelschule, Görschstr.	270	1	4	1	381	3463		166	Außer d. Turnhalle wurde eingebaut: Schulbrausebad, Schullehrküche mit Nebenräumen, Brausebad f. Arbeiter

Übersicht über die Schulneubauten

Art der Schule		Klassenräume	Natur- wissenschaft	Zeichensäle	Werkräume Handarbeiten	Musik	Hauswirtschaft	Büchereien Lehrmittel	Festsaal mit Nebenräumen qm	Lehrer- und Amtszimmer
Friedrichshagen, Bez. Cöpenick	Richard-Wagner-Ly- zeum m. Haushal- tungsschule	17	7	1	3	1	10	4	315	7
Schlachtensee, Bez. Zehlendorf	Volksschule	18	2	1	4	—	1	3	268	4
Spandau, Am Aska- nierring	Hilfsschule	10	—	1	4	—	1	1	—	4
Kaulsdorf-Mahlsdorf, Bez. Lichtenberg	Volksschule	13	2	1	2	—	1	4	—	3
Hermsdorf, Bez. Rei- nickendorf	Volksschule	20*) 1 $\frac{1}{2}$ *)	2*)	2*)	1 $\frac{1}{2}$ *)	3 $\frac{1}{2}$ *)	2*)	—	3*)	
Hermsdorf, Bez. Rei- nickendorf	Realgymnasium	19	7	1	1	—	—	2	262	3
Niederschönhausen, Bez. Pankow	Realgymnasium	18	7	1	1	1	—	4	198	4
Weißensee	Lyzeum und Mittel- schule	15	7	1	2	—	—	5	275	4
Tempelhof	Volksschule	21	2	1	2	—	1	2	275	2
	Gymnasium	21	7	1	2	—	—	5		7
Tiergarten	Kleistlyzeum m. Film- schule	19	5	1	2	1	—	2	357	3
Charlottenburg	Westendlyzeum	21*) 9 $\frac{1}{3}$ *)	4*)	3 $\frac{2}{3}$ *)	2*)	—	3 $\frac{1}{3}$ *)	590	4*)	
Schmargendorf, Bez. Wilmersdorf	Anbau an die 14. Volksschule	22	8	—	3	—	3 $\frac{3}{4}$	2 $\frac{1}{2}$	270	5

Übersicht über die Schulneubauten

Schularzt	Brausebad	Dienst- wohnungen	Turnhallen	Sonstige Räume	Kindergarten und -hort	Bebaute Fläche qm	Umbaut. Raum cbm	Baukosten für 1 cbm in RM	Baukosten im ganzen in 1000 RM.	Größe des Grundstücks qm	Kosten des Grundstücks in 1000 RM.	Bemerkungen
1	1	3	1	3	—	164*) 1664	1447*) 33372	36,07*) 31,8	52,2*) 1068	5140	40,5 *)	Direktorwohnhaus
3	1	2	1	5	—	1665	22950	30*)	850	9000	125	*) reine Gebäude- kosten
1	1	2	1	—	1	900	13100	29,4 34	488	4250	85	
2	1	2	1	3	—	1850	14825	36	635	12789	37,5	
1/2	1	2	2	—	—	1929	27372	23,20 28,80	822	12500	37,6 *)	Klasseneinheiten je 54 qm
2	—	1	2	1	—	2000	31043	28,85	850	12293	100	
—	1	2	1	3	—	—	17412*) 10626F	33,40*) 6,92F	705	—	24	*) Anbau F Alter Bau
—	1	4	2	2	—	2419	40600	26,25 32,80	1245	4480	90	
1	1	3	2	1	—	3607	50437	31,93*)	1180*)	—	—	*) Für den ersten Bau- abschnitt
—	1	2	2	1	3	2960	62600	39	2470	5693	324	
1/2	1	3	2	3F	—	2468	43932	30,15 33,50	1550 50†	9000	300	*) Klasseneinheit je 50 qm. F Volksbücherei † Für das Direktor- wohnhaus
2	1	4	2	1 1/2	1	1788	43700	31 39,4	1735	—	300	Die im alten Bau vorhande- nen Räume sind außer Betracht geblieben.

Übersicht

über die Zahl der höheren Schulen und Mittelschulen sowie der Gemeinde- und Sonderschulen und deren Klassen- und Kinderzahl nach dem Stande vom 1. November 1921.

Verw.- Bez. Nr.	Zahl der			Zahl der			Zahl der			Zahl der			Gesamtzahl der		
	höher. Schulen	Klassen	Kinder	Mittel- schulen	Klassen	Kinder	Gem.- Schulen	Klassen	Kinder	Sonder- schulen	Klassen	Kinder	Schulen	Klassen	Kinder
1	18	270	10 203	1	16	466	34	528	20 178	3	34	590	56	817	31 437
2	9	160	5 764	2	28	845	36	578	21 734	2	27	438	49	768	28 781
3	5	86	3 797	1	18	588	66	1039	41 052	6	56	948	78	1 149	46 385
4	6	104	3 952	—	—	—	60	947	35 694	5	51	858	71	1 056	40 504
5	4	40	1 997	1	21	678	61	950	36 288	6	56	988	72	1 017	39 951
6	9	104	4 446	2	27	823	54	835	32 187	4	44	723	69	970	38 179
Sa. 1—6	51	764	30 159	7	110	3 400	311	4877	187 133	26	268	4545	395	5 777	225 237
7	15	235	9 753	1	18	756	35	609	23 936	4	31	493	55	893	34 938
8	2	46	1 961	2	34	1 112	19	283	11 356	1	15	311	24	378	14 740
9	14	223	8 465	—	—	—	13	253	8 314	1	10	191	28	486	16 970
10	3	55	2 398	1	8	167	5	60	1 856	—	—	—	9	123	4 421
11	11	219	8 481	1	22	802	19	355	13 533	3	14	299	34	610	23 115
12	13	170	8 383	2	37	1 341	16	288	10 792	1	15	313	32	510	20 829
13	8	80	3 568	—	—	—	11	204	6 510	1	8	137	20	292	10 215
14	7	104	4 510	3	52	2 141	45	805	34 547	5	42	864	60	1 003	42 062
15	6	71	2 433	—	—	—	20	341	11 753	2	12	253	28	424	14 439
16	4	60	2 032	—	—	—	16	189	6 943	1	6	101	21	255	9 086
17	6	70	4 289	1	21	893	35	586	22 774	5	26	531	47	703	28 487
18	2	37	1 102	1	3	110	11	178	7 035	2	12	254	16	230	8 501
19	6	66	3 124	1	21	828	17	262	9 314	3	18	305	27	367	13 581
20	5	70	2 158	1	3	78	22	350	12 302	2	13	260	30	436	14 798
Sa. 7—20	102	1506	62 657	14	219	8 228	284	4763	180 965	31	222	4312	431	6 710	256 182
dazu															
Sa. 1—6	51	764	30 159	7	110	3 400	311	4877	187 133	26	268	4545	395	5 777	225 237
Sa. 1—20	153	2270	92 816	21	329	11 628	595	9640	368 098	57	490	8857	826	12 487	481 419

über die Zahl der höheren Schulen und Mittelschulen sowie der Gemeinde- und Sonderschulen und deren Klassen- und Kinderzahl nach dem Stande vom 1. Mai 1922.

Verw.- Bez. Nr.	Zahl der			Zahl der			Zahl der			Zahl der			Gesamtzahl der		
	höher. Schulen	Klassen	Kinder	Mittel- schulen	Klassen	Kinder	Gem.- Schulen	Klassen	Kinder	Sonder- schulen	Klassen	Kinder	Schulen	Klassen	Kinder
1	18	325	8 481	1	15	468	34	521	19 575	3	34	639	56	895	29 163
2	9	170	5 150	2	27	847	36	569	21 141	2	27	474	49	793	27 612
3	5	86	3 183	1	17	590	66	1023	39 342	6	59	1027	78	1 185	44 142
4	6	116	3 861	—	—	—	60	929	34 340	5	52	916	71	1 097	39 117
5	4	44	1 442	1	20	679	60	920	34 733	6	56	1026	71	1 040	37 880
6	9	130	3 913	2	26	825	54	826	30 958	4	42	730	69	1 024	36 426
Sa. 1—6	51	871	26 030	7	105	3 409	310	4788	180 089	26	270	4812	394	6 034	214 340
7	14	266	8 392	1	18	740	35	602	23 600	5	31	498	55	917	33 230
8	2	28	1 283	2	32	1 070	22	292	11 366	1	16	330	27	368	14 057
9	14	259	7 276	1	5	210	14	241	8 168	1	11	200	30	516	15 854
10	2	55	1 551	1	7	157	5	56	1 866	—	4	44	8	122	3 618
11	12	232	7 230	1	23	838	19	349	13 139	3	15	320	35	619	21 527
12	13	238	6 899	2	37	1 245	16	270	10 584	1	16	326	32	561	19 054
13	6	116	3 114	2	11	266	12	193	6 497	1	8	130	21	328	10 007
14	6	127	3 957	3	52	2 082	40	810	33 467	5	44	880	54	1 033	40 386
15	4	80	2 328	—	—	—	21	329	11 183	2	12	246	27	421	13 757
16	4	60	1 862	1	3	54	16	189	6 724	1	8	131	22	260	8 771
17	6	113	3 391	1	20	825	40	594	22 763	5	26	567	52	753	27 546
18	2	40	1 029	2	12	363	12	177	6 698	2	12	243	18	241	8 333
19	6	101	2 937	1	21	811	17	250	9 081	3	17	285	27	389	13 114
20	4	96	2 766	1	5	155	22	344	12 017	2	15	269	29	460	15 207
Sa. 7—20 dazu	95	1811	54 015	19	246	8 824	291	4696	177 153	32	235	4469	437	6 988	244 461
Sa. 1—6	51	871	26 030	7	105	3 409	310	4788	180 089	26	270	4812	394	6 034	214 340
Sa. 1—20	146	2682	80 045	26	351	12 233	601	9484	357 242	58	505	9281	831	13 022	458 801

Übersicht

über die Zahl der höheren Schulen und Mittelschulen sowie der Gemeinde- und Sonderschulen und deren Klassen- und Kinderzahl nach dem Stande vom 1. November 1922.

Verw.- Bez. Nr.	Zahl der			Zahl der			Zahl der			Zahl der			Gesamtzahl der		
	höher. Schulen	Klassen	Kinder	Mittel- schulen	Klassen	Kinder	Gem.- Schulen	Klassen	Kinder	Sonder- schulen	Klassen	Kinder	Schulen	Klassen	Kinder
1	18	324	8 377	1	15	468	34	515	19 013	3	34	600	56	888	28 458
2	9	170	5 001	2	27	848	36	554	20 513	2	26	444	49	777	26 806
3	5	86	3 083	1	17	590	65	996	37 897	6	59	977	77	1 158	42 547
4	6	116	3 711	—	—	—	60	909	33 065	5	54	997	71	1 079	37 773
5	4	44	1 342	1	20	680	60	898	33 373	6	55	948	71	1 017	36 343
6	9	130	3 813	2	26	826	54	805	29 922	4	42	687	69	1 003	35 248
Sa. 1—6	51	870	25 327	7	105	3 412	309	4 677	173 783	26	270	4 653	393	5 922	207 175
7	14	265	8 239	1	18	728	35	589	22 905	5	31	463	55	903	32 335
8	2	46	1 427	2	32	1 076	22	290	11 103	1	16	328	27	384	13 934
9	14	253	6 849	3	5	235	14	235	7 926	1	11	199	32	504	15 209
10	3	55	1 591	1	7	151	5	56	1 915	—	4	43	9	122	3 700
11	12	229	6 968	1	23	906	19	344	12 876	3	15	321	35	611	21 071
12	12	219	6 215	2	37	1 207	16	266	10 525	1	16	323	31	538	18 270
13	7	109	2 925	1	6	212	12	185	6 211	1	8	129	21	308	9 477
14	7	112	3 479	3	49	1 925	40	770	31 249	3	44	899	53	975	37 552
15	6	81	2 344	—	—	—	20	314	10 957	2	12	238	28	407	13 539
16	4	60	1 856	1	3	50	15	186	6 558	1	9	129	21	258	8 593
17	6	109	3 334	1	19	789	39	571	21 561	5	26	552	51	725	26 236
18	2	41	1 024	2	12	390	12	176	6 507	2	12	238	18	241	8 159
19	5	79	2 239	1	21	806	17	243	8 880	3	17	301	26	360	12 226
20	5	79	2 247	1	5	162	22	340	11 798	2	15	265	30	439	14 472
Sa. 7—20	99	1 737	50 737	20	237	8 637	288	4 565	170 971	30	236	4 428	437	6 775	234 773
dazu															
Sa. 1—6	51	870	25 327	7	105	3 412	309	4 677	173 783	26	270	4 653	393	5 922	207 175
Sa. 1—20	150	2 607	76 064	27	342	12 049	597	9 242	344 754	56	506	9 081	830	12 697	441 948

Übersicht

über die Zahl der höheren Schulen und Mittelschulen sowie der Gemeinde- und Sonderschulen und deren Klassen- und Kinderzahl nach dem Stande vom 1. Mai 1923.

Verw.- Bez. Nr.	Zahl der			Zahl der			Zahl der			Zahl der			Gesamtzahl der		
	höher. Schulen	Klassen	Kinder	Mittel- schulen	Klassen	Kinder	Gem.- Schulen	Klassen	Kinder	Sonder- schulen	Klassen	Kinder	Schulen	Klassen	Kinder
1	15	276	7 724	1	15	476	34	499	18 017	3	34	621	53	824	26 838
2	9	170	5 162	2	27	849	36	547	19 684	2	24	423	49	768	26 118
3	5	100	3 314	1	17	584	65	1 008	36 117	6	61	1 011	77	1 186	41 026
4	6	111	3 528	—	—	—	60	879	31 488	5	55	1 000	71	1 045	36 016
5	6	97	3 037	1	21	692	60	865	31 554	6	56	1 002	73	1 039	36 285
6	9	138	3 838	2	28	807	54	785	28 410	4	41	670	69	992	33 725
Sa. 1—6	50	892	26 603	7	108	3 408	309	4 583	165 270	26	271	4 727	392	5 854	200 008
7	14	270	8 516	1	19	771	35	583	21 797	5	31	487	55	903	31 571
8	2	43	1 515	2	31	1 113	22	282	10 599	1	18	347	27	374	13 574
9	16	262	7 248	3	13	452	14	221	7 489	1	11	208	34	507	15 397
10	3	52	1 524	1	6	139	5	57	1 866	—	4	41	9	119	3 570
11	11	229	7 187	1	26	1 033	19	331	12 219	3	18	362	34	604	20 801
12	13	222	6 768	2	38	1 245	16	256	9 878	1	18	337	32	534	18 228
13	7	110	3 140	1	10	265	12	179	5 934	1	9	161	21	308	9 500
14	7	134	4 337	3	50	2 047	42	772	30 339	3	52	1 145	55	1 008	37 868
15	6	78	2 455	—	—	—	20	301	10 332	2	14	250	28	393	13 037
16	4	60	1 992	1	3	81	15	185	6 151	1	8	133	21	256	8 357
17	6	104	3 362	2	21	864	38	563	20 800	4	28	561	50	716	25 587
18	2	37	1 081	2	14	463	12	174	6 210	2	12	238	18	237	7 992
19	6	103	3 005	1	21	824	17	242	8 357	3	17	300	27	383	12 486
20	5	84	2 433	1	7	240	23	337	11 216	2	15	256	31	443	14 145
Sa. 7—20	102	1 788	54 563	21	259	9 537	290	4 483	163 187	29	255	4 826	442	6 785	232 113
dazu															
Sa. 1—6	50	892	26 603	7	108	3 408	309	4 583	165 270	26	271	4 727	392	5 854	200 008
Sa. 1—20	152	2 680	81 166	28	367	12 945	599	9 066	328 457	55	526	9 553	834	12 639	432 121

über die Zahl der höheren Schulen und Mittelschulen sowie der Gemeinde- und Sonderschulen und deren Klassen- und Kinderzahl nach dem Stande vom 1. November 1923.

589

Übersicht

über die Zahl der höheren Schulen und Mittelschulen sowie der Volks- und Sonderschulen und deren Klassen- und Kinderzahl nach dem Stande vom 1. Mai 1924.

Verw.- Bez. Nr.	Zahl der			Zahl der			Zahl der			Zahl der			Gesamtzahl der		
	höher. Schulen	Klassen	Kinder	Mittel- schulen	Klassen	Kinder	Volks- schulen	Klassen	Kinder	Sonder- schulen	Klassen	Kinder	Schulen	Klassen	Kinder
1	17	317	8 932	1	17	533	32	442	16 040	3	34	627	53	810	26 132
2	9	177	5 301	2	26	830	35	514	18 135	2	22	385	48	739	24 651
3	5	110	3 636	1	18	593	62	916	32 630	7	65	1050	75	1 109	37 909
4	7	127	4 127	1	20	766	57	789	27 901	6	56	1047	71	992	33 841
5	3	45	1 518	1	21	680	58	783	28 393	6	55	928	68	904	31 519
6	9	144	4 251	2	27	834	54	727	25 515	4	39	641	69	937	31 241
Sa. 1—6	50	920	27 765	8	129	4 236	298	4171	148 614	28	271	4678	384	5 491	185 293
7	14	268	8 469	1	21	824	34	559	19 813	5	30	463	54	878	29 569
8	2	45	1 618	2	32	1 082	22	274	9 913	1	18	361	27	369	12 974
9	14	265	7 226	3	28	882	14	208	6 942	1	14	239	32	515	15 289
10	3	55	1 629	1	6	143	5	56	1 797	—	4	40	9	121	3 609
11	12	238	7 476	1	27	1 067	19	321	10 973	3	17	348	35	603	19 864
12	13	220	6 627	2	38	1 194	16	243	9 017	2	18	330	33	519	17 168
13	7	105	3 063	1	6	232	11	159	5 431	1	8	155	20	278	8 881
14	7	120	3 806	3	55	2 132	42	724	26 542	4	61	1225	56	960	33 705
15	6	80	2 449	—	—	—	19	264	9 235	3	15	257	28	359	11 941
16	4	63	2 068	1	3	92	15	172	5 593	1	8	132	21	246	7 885
17	6	108	3 450	2	31	1 295	38	525	18 858	4	29	532	50	693	24 135
18	2	39	1 118	2	11	366	12	162	5 608	2	12	226	18	224	7 318
19	6	97	2 901	1	21	803	16	220	7 623	3	15	275	26	353	11 602
20	5	87	2 578	1	9	303	23	322	10 133	2	15	232	31	433	13 246
Sa. 7—20 dazu	101	1790	54 478	21	288	10 415	286	4209	147 478	32	265	4815	440	6 551	217 186
Sa. 1—6	50	920	27 765	8	129	4 236	298	4171	148 614	28	271	4678	384	5 491	185 293
Sa. 1—20	151	2710	82 243	29	417	14 651	584	8380	296 092	60	535	9493	824	12 042	402 479

Übersicht

über die Zahl der höheren Schulen und Mittelschulen sowie der Volks- und Sonderschulen und deren Klassen- und Kinderzahl nach dem Stande vom 1. November 1924.

Verw.- Bez. Nr.	Zahl der			Zahl der			Zahl der			Zahl der			Gesamtzahl der		
	höher. Schulen	Klassen	Kinder	Mittel- schulen	Klassen	Kinder	Volks- schulen	Klassen	Kinder	Sonder- schulen	Klassen	Kinder	Schulen	Klassen	Kinder
1	17	311	8 570	1	16	494	32	421	14 860	3	37	652	53	785	24 576
2	9	173	5 118	2	25	796	35	486	16 727	2	32	516	48	716	23 157
3	5	105	3 429	2	31	964	62	867	30 317	7	73	1201	76	1 076	35 911
4	7	123	3 891	1	20	739	57	739	25 736	6	62	1159	71	944	31 525
5	3	44	1 427	1	18	622	58	730	26 236	6	60	991	68	852	29 276
6	9	139	4 078	2	26	762	53	685	23 771	4	43	685	68	893	29 296
Sa. 1—6	50	895	26 513	9	136	4 377	297	3928	137 647	28	307	5204	384	5 266	173 741
7	14	262	8 048	1	20	781	34	532	18 502	5	30	448	54	844	27 779
8	2	45	1 615	2	32	1 086	22	269	9 514	1	18	353	27	364	12 568
9	15	259	7 062	3	28	906	14	207	6 538	1	15	241	33	509	14 747
10	3	56	1 629	1	6	137	4	57	1 841	—	4	44	8	123	3 651
11	12	241	7 217	1	25	993	19	301	10 299	3	17	335	35	584	18 844
12	13	220	6 593	2	38	1 173	16	239	8 754	2	18	329	33	515	16 849
13	7	107	3 132	1	6	237	11	154	5 170	1	8	150	20	275	8 689
14	7	120	3 800	4	59	2 075	43	696	24 704	3	59	1141	57	934	31 720
15	6	79	2 389	—	—	—	19	247	8 646	2	15	245	27	341	11 280
16	4	61	1 997	1	3	92	15	168	5 301	1	10	160	21	242	7 550
17	6	111	3 535	2	31	1 270	38	508	17 650	5	29	512	51	679	22 967
18	2	40	1 105	2	11	351	12	149	5 212	2	12	212	18	212	6 880
19	5	95	2 976	1	21	789	17	211	7 171	3	16	265	26	343	11 201
20	5	87	2 520	1	9	316	24	309	9 555	1	14	224	31	419	12 615
Sa. 7—20	101	1783	53 618	22	289	10 206	288	4047	138 857	30	265	4659	441	6 384	207 340
dazu															
Sa. 1—6	50	895	26 513	9	136	4 377	297	3928	137 647	28	307	5204	384	5 266	173 741
Sa. 1—20	151	2678	80 131	31	425	14 583	585	7975	276 504	58	572	9863	825	11 650	381 081

Verw.- Bez. Nr.	Zahl der			Zahl der			Zahl der			Gesamtzahl der					
	höher. Schulen	Klassen	Kinder	Mittel- schulen	Klassen	Kinder	Volks- schulen	Klassen	Kinder	Sonder- schulen	Klassen	Kinder	Schulen	Klassen	Kinder
1	17	321	8 767	1	16	485	32	431	14 869	3	34	627	53	802	24 748
2	9	177	5 281	2	26	780	35	494	16 881	2	23	388	48	720	23 330
3	6	117	3 734	2	33	998	63	877	30 223	8	67	1146	79	1 094	36 101
4	7	139	4 071	1	20	767	57	733	25 420	6	55	1068	71	947	31 326
5	4	60	1 717	1	20	648	58	741	25 950	6	56	987	69	877	29 302
6	8	135	4 067	2	27	763	52	686	23 548	4	40	656	66	888	29 034
Sa. 1—6	51	949	27 637	9	142	4 441	297	3962	136 891	29	275	4872	386	5 328	173 841
7	14	275	8 173	1	22	843	34	549	18 571	5	31	520	54	877	28 107
8	2	49	1 586	2	32	1 075	22	273	9 487	1	18	340	27	372	12 488
9	15	267	6 896	3	33	1 013	14	200	6 567	1	14	221	33	514	14 697
10	3	57	1 574	1	6	119	5	58	1 820	—	4	46	9	125	3 559
11	12	242	7 102	1	26	1 006	19	307	10 268	3	18	361	35	593	18 737
12	13	222	6 541	3	44	1 300	16	248	8 478	2	19	349	34	533	16 668
13	7	106	3 042	1	6	262	11	148	5 048	1	8	158	20	268	8 510
14	6	133	3 997	4	63	2 202	44	702	23 833	3	61	1170	57	959	31 202
15	6	78	2 354	—	—	—	19	251	8 479	2	15	250	27	344	11 083
16	4	64	2 005	1	4	113	15	172	5 172	1	8	135	21	248	7 425
17	6	116	3 530	2	34	1 325	38	502	17 188	5	29	503	51	681	22 546
18	2	41	1 089	2	12	362	12	152	5 116	2	12	221	18	217	6 788
19	5	97	2 967	1	22	778	17	213	7 045	3	16	269	26	348	11 059
20	5	86	2 487	1	11	351	25	309	9 344	1	13	215	32	419	12 397
Sa. 7—20	100	1833	53 343	23	315	10 749	291	4084	136 416	30	266	4758	444	6 498	205 266
dazu															
Sa. 1—6	51	949	27 637	9	142	4 441	297	3962	136 891	29	275	4872	386	5 328	173 841
Sa. 1—20	151	2782	80 980	32	457	15 190	588	8046	273 307	59	541	9630	830	11 826	379 107

Übersicht

über die Zahl der höheren Schulen und Mittelschulen sowie der Volks- und Sonderschulen und deren Klassen- und Kinderzahl nach dem Stande vom 1. November 1925.

Verw.- Bez. Nr.	Zahl der			Zahl der			Zahl der			Zahl der			Gesamtzahl der		
	höher. Schulen	Klassen	Kinder	Mittel- schulen	Klassen	Kinder	Volks- schulen	Klassen	Kinder	Sonder- schulen	Klassen	Kinder	Schulen	Klassen	Kinder
1	17	315	8 288	1	15	479	32	404	13 890	3	34	588	53	768	23 245
2	9	172	4 978	2	23	699	35	465	15 830	2	23	377	48	683	21 884
3	6	112	3 500	2	27	797	63	817	28 015	8	71	1144	79	1 027	33 456
4	7	133	3 746	1	21	709	57	673	23 641	6	55	988	71	882	29 084
5	4	57	1 612	1	19	564	58	688	24 035	6	57	949	69	821	27 160
6	8	135	3 796	2	26	707	52	645	22 006	4	40	624	66	846	27 133
Sa. 1—6	51	924	25 920	9	131	3 955	297	3 692	127 417	29	280	4 670	386	5 027	161 962
7	14	266	7 860	1	21	774	34	520	17 332	5	31	506	54	838	26 472
8	2	49	1 573	2	32	1 038	22	272	9 240	1	18	329	27	371	12 180
9	15	262	6 697	3	33	1 020	14	195	6 284	1	14	217	33	504	14 218
10	3	57	1 620	1	6	125	5	59	1 825	—	4	49	9	126	3 619
11	12	237	6 877	1	24	835	19	288	9 658	3	18	328	35	567	17 758
12	13	217	6 431	3	44	1 305	16	238	8 273	2	17	325	34	516	16 334
13	7	106	3 043	1	6	259	11	145	4 811	1	8	147	20	265	8 260
14	6	127	3 764	4	62	1 976	44	675	22 190	3	60	1 103	57	924	29 033
15	6	78	2 293	—	—	—	19	235	8 136	2	15	234	27	328	10 663
16	4	67	2 071	1	4	108	15	170	4 941	1	8	130	21	249	7 250
17	6	115	3 413	2	34	1 293	38	463	16 130	5	30	486	51	642	21 322
18	2	41	1 099	2	12	358	12	146	4 774	2	12	201	18	211	6 432
19	5	96	2 875	1	22	765	17	203	6 686	3	16	272	26	337	10 598
20	5	86	2 436	1	11	354	25	302	9 004	1	13	216	32	412	12 010
Sa. 7—20	100	1 804	52 052	23	311	10 270	291	3 911	129 284	30	264	4 543	444	6 290	196 149
dazu															
Sa. 1—6	51	924	25 920	9	131	3 955	297	3 692	127 417	29	280	4 670	386	5 027	161 962
Sa. 1—20	151	2 728	77 972	32	442	14 225	588	7 603	256 701	59	544	9 213	830	11 317	358 111

Verw.- Bez. Nr.	Zahl der			Zahl der			Zahl der			Zahl der			Gesamtzahl der		
	höher. Schulen	Klassen	Kinder	Mittel- schulen	Klassen	Kinder	Volks- schulen	Klassen	Kinder	Sonder- schulen	Klassen	Kinder	Schulen	Klassen	Kinder
1	17	328	8 596	1	15	466	32	446	15 530	3	34	645	53	823	25 237
2	9	170	5 075	2	28	763	34	497	17 470	2	21	346	47	716	23 654
3	6	118	3 721	2	27	731	62	851	30 287	8	73	1220	78	1 069	35 959
4	7	137	3 852	1	21	663	57	711	25 531	6	55	1054	71	924	31 106
5	4	64	1 771	1	18	537	57	730	26 212	6	58	991	68	870	29 511
6	8	137	3 838	2	29	738	51	686	24 135	4	44	711	65	896	29 422
Sa. 1—6	51	954	26 853	9	138	3 898	293	3921	139 165	29	285	4967	382	5 298	174 883
7	15	282	8 312	1	23	814	34	548	19 058	5	32	534	55	885	28 718
8	2	48	1 564	2	30	965	21	276	10 027	1	17	325	26	371	12 881
9	15	258	6 839	3	32	1 060	14	207	7 077	1	14	224	33	511	15 200
10	3	60	1 629	1	6	133	7	64	2 030	—	4	40	11	134	3 832
11	12	245	7 006	1	24	848	19	311	10 951	3	18	325	35	598	19 130
12	13	220	6 643	3	43	1 221	15	251	8 961	2	18	320	33	532	17 145
13	7	111	3 023	1	8	280	11	150	5 169	1	8	154	20	277	8 626
14	6	133	3 978	4	60	2 005	44	680	23 804	4	63	1 138	58	936	30 925
15	6	79	2 285	—	—	—	19	254	8 641	1	14	227	26	347	11 153
16	4	69	2 112	1	3	73	15	171	5 452	1	8	133	21	251	7 770
17	6	111	3 244	2	37	1 286	37	487	17 450	5	30	466	50	665	22 446
18	2	32	851	2	12	391	12	152	5 261	2	12	199	18	208	6 702
19	5	96	2 912	1	25	853	16	212	7 266	2	15	243	24	348	11 274
20	5	86	2 414	1	13	357	25	308	9 629	1	13	208	32	420	12 608
Sa. 7—20 dazu	101	1830	52 812	23	316	10 286	289	4071	140 776	29	266	4536	442	6 483	208 410
Sa. 1—6	51	954	26 853	9	138	3 898	293	3921	139 165	29	285	4967	382	5 298	174 883
Sa. 1—20	152	2784	79 665	32	454	14 184	582	7992	279 941	58	551	9503	824	11 781	383 293

Übersicht

über die Zahl der höheren Schulen und Mittelschulen sowie der Volks- und Sonderschulen und deren Klassen- und Kinderzahl nach dem Stande vom 1. November 1926.

Verw.- Bez. Nr.	Zahl der			Zahl der			Zahl der			Zahl der			Gesamtzahl der		
	höher. Schulen	Klassen	Kinder	Mittel- schulen	Klassen	Kinder	Volks- schulen	Klassen	Kinder	Sonder- schulen	Klassen	Kinder	Schulen	Klassen	Kinder
1	17	316	8 324	1	14	434	32	424	14 487	3	34	617	53	788	23 862
2	9	165	4 901	2	27	727	34	480	16 259	2	21	341	47	693	22 228
3	6	114	3 531	2	23	630	62	814	27 940	8	75	1182	78	1 026	33 283
4	7	129	3 576	1	19	630	57	681	23 470	6	55	965	71	884	28 641
5	4	60	1 683	1	16	471	57	684	24 113	6	59	937	68	819	27 204
6	8	130	3 654	2	27	687	51	646	22 362	4	49	732	65	852	27 435
Sa. 1—6	51	914	25 669	9	126	3 579	293	3729	128 631	29	293	4774	382	5 062	162 653
7	15	271	8 002	1	21	719	34	519	17 788	5	32	515	55	843	27 024
8	2	48	1 534	2	29	950	21	276	9 717	1	17	314	26	370	12 515
9	15	255	6 714	3	32	1 058	14	206	6 861	1	14	219	33	507	14 852
10	3	58	1 621	1	6	134	7	65	2 058	—	4	40	11	133	3 853
11	12	231	6 753	1	24	720	19	297	10 397	3	18	300	35	570	18 170
12	13	215	6 471	3	43	1 188	15	247	8 742	2	19	350	33	524	16 751
13	7	110	3 018	1	8	273	11	149	4 961	1	8	143	20	275	8 395
14	6	124	3 812	4	59	1 799	44	667	22 351	4	62	1 068	58	912	29 030
15	7	79	2 270	—	—	—	19	241	8 111	2	14	217	28	334	10 598
16	4	68	2 070	1	3	65	15	169	5 177	1	9	124	21	249	7 436
17	6	112	3 216	2	37	1 255	37	473	16 338	5	30	426	50	652	21 235
18	2	32	851	2	12	391	12	146	4 920	2	12	181	18	202	6 343
19	5	93	2 823	1	25	836	16	206	7 023	2	15	230	24	339	10 912
20	5	86	2 383	1	13	353	25	304	9 272	1	13	196	32	416	12 204
Sa. 7—20	102	1782	51 538	23	312	9 741	289	3965	133 716	30	267	4323	444	6 326	199 318
dazu															
Sa. 1—6	51	914	25 669	9	126	3 579	293	3729	128 631	29	293	4774	382	5 062	162 653
Sa. 1—20	153	2696	77 207	32	438	13 320	582	7694	262 347	59	560	9097	826	11 388	361 971

Übersicht

über die Zahl der höheren Schulen und Mittelschulen sowie der Volks- und Sonderschulen und deren Klassen- und Kinderzahl nach dem Stande vom 1. Mai 1927.

Verw.- Bez. Nr.	Zahl der			Zahl der			Zahl der			Zahl der			Gesamtzahl der		
	höher. Schulen	Klassen	Kinder	Mittel- schulen	Klassen	Kinder	Volks- schulen	Klassen	Kinder	Sonder- schulen	Klassen	Kinder	Schulen	Klassen	Kinder
1	17	321	8 466	1	14	434	32	453	15 693	3	35	666	53	823	25 259
2	9	166	4 885	2	25	644	34	494	17 434	2	21	370	47	706	23 333
3	6	116	3 712	2	22	601	62	842	29 240	8	75	1258	78	1 055	34 811
4	7	132	3 502	1	19	601	56	722	24 779	6	57	1052	70	930	29 934
5	4	67	1 759	1	16	502	57	731	25 790	6	58	964	68	872	29 015
6	8	132	3 602	2	29	716	51	699	24 005	4	44	690	65	904	29 013
Sa. 1—6	51	934	25 926	9	125	3 498	292	3941	136 941	29	290	5000	381	5 290	171 365
7	16	294	8 483	1	21	737	34	556	19 306	5	32	532	56	903	29 058
8	2	49	1 574	2	29	904	21	285	10 060	1	16	288	26	379	12 826
9	14	256	6 888	3	30	1 030	14	219	7 613	1	13	206	32	518	15 737
10	3	60	1 629	1	6	144	7	72	2 275	—	4	46	11	142	4 094
11	12	238	6 810	1	21	638	19	326	11 509	3	17	294	35	602	19 251
12	13	223	6 458	3	40	1 149	15	262	9 383	2	18	334	33	543	17 324
13	7	112	3 007	1	9	280	11	158	5 339	1	8	151	20	287	8 777
14	6	138	4 084	4	55	1 753	45	694	23 708	5	60	1122	60	947	30 667
15	6	76	2 246	—	—	—	19	260	8 409	2	13	205	27	349	10 860
16	4	69	2 067	1	3	45	15	175	5 566	1	9	130	21	256	7 808
17	6	108	3 179	2	36	1 152	37	493	17 105	5	31	470	50	668	21 906
18	2	33	872	1	12	394	12	157	5 401	2	11	184	17	213	6 851
19	5	95	2 814	1	25	807	16	213	7 319	2	16	251	24	349	11 191
20	5	85	2 357	1	11	319	24	310	9 828	1	13	190	31	419	12 694
Sa. 7—20 dazu	101	1836	52 468	22	298	9 352	289	4180	142 821	31	261	4403	443	6 575	209 044
Sa. 1—6	51	934	25 926	9	125	3 498	292	3941	136 941	29	290	5000	381	5 290	171 365
Sa. 1—20	152	2770	78 394	31	423	12 850	581	8121	279 762	60	551	9403	824	11 865	380 409

Übersicht

über die Zahl der höheren Schulen und Mittelschulen sowie der Volks- und Sonderschulen und deren Klassen- und Kinderzahl nach dem Stande vom 1. November 1927.

Verw.- Bez. Nr.	Zahl der			Zahl der			Zahl der			Zahl der			Gesamtzahl der		
	höher. Schulen	Klassen	Kinder	Mittel- schulen	Klassen	Kinder	Volks- Schulen	Klassen	Kinder	Sonder- schulen	Klassen	Kinder	Schulen	Klassen	Kinder
1	17	307	8 082	1	13	352	32	447	14 728	3	35	621	53	802	23 783
2	9	160	4 561	2	25	628	34	479	16 323	2	21	360	47	685	21 872
3	6	112	3 418	2	19	567	62	821	27 137	8	77	1 191	78	1 029	32 313
4	7	124	3 319	1	18	562	55	693	22 796	6	58	966	69	893	27 643
5	4	64	1 695	1	14	438	57	704	23 865	6	58	918	68	840	26 916
6	8	125	3 430	2	27	651	51	667	22 299	4	44	656	65	863	27 036
Sa. 1—6	51	892	24 505	9	116	3 198	291	3811	127 148	29	293	4712	380	5 112	159 563
7	16	278	8 033	1	20	657	34	534	18 139	5	33	520	56	865	27 349
8	2	49	1 521	2	28	890	21	287	10 098	1	16	289	26	380	12 798
9	13	254	6 714	3	30	1 013	14	215	7 408	1	13	199	31	512	15 334
10	3	59	1 668	1	6	141	7	75	2 423	—	4	55	11	144	4 287
11	12	227	6 533	1	19	551	19	314	11 001	3	17	276	35	577	18 361
12	13	218	6 303	3	40	1 127	15	259	9 186	2	18	321	33	535	16 937
13	7	110	2 966	1	9	273	11	156	5 284	1	8	145	20	283	8 668
14	6	135	3 841	4	52	1 618	45	666	22 146	5	63	1 051	60	916	28 656
15	6	76	2 225	—	—	—	19	250	7 958	2	13	188	27	339	10 371
16	4	67	1 958	1	2	38	16	177	5 365	1	8	118	22	254	7 479
17	6	108	3 102	2	36	1 129	37	477	16 055	5	32	432	50	653	20 718
18	2	33	891	1	12	387	12	154	5 036	2	11	168	17	210	6 482
19	5	93	2 671	1	25	805	17	216	7 260	2	16	230	25	350	10 966
20	5	85	2 339	1	11	311	24	298	9 365	1	13	182	31	407	12 197
Sa. 7—20 dazu	100	1792	50 765	22	290	8 940	291	4078	136 724	31	265	4174	444	6 425	200 603
Sa. 1—6	51	892	24 505	9	116	3 198	291	3811	127 148	29	293	4712	380	5 112	159 563
Sa. 1—20	151	2684	75 270	31	406	12 138	582	7889	263 872	60	558	8886	824	11 537	360 166

über die Zahl der höheren Schulen und Mittelschulen sowie der Volks- und Sonderschulen und deren Klassen- und Kinderzahl nach dem Stande vom 1. Mai 1928.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Stichwörterverzeichnis.

(Die angegebenen Zahlen geben die Seiten an.)

- Abendgymnasium 194
Abend-Realschule 197
Abiturienten-Kurse, Arbeiter- 199
Abschlußklassen 274
Abschlußklassen für Schwachbegabte 274, 295
Abteilung für Schülervorstellungen 416 ff.
Andersson, Turnrat 375
Arbeiter-Abiturientenkurse 199
Arbeiterberufsschulen 216
Arbeitsschulgärten s. Schulgärten
Aufbau des Berl. Schulwesens 100 ff.
Aufbauschulen 116 ff.
— s. auch Scharfenberg
Aufnahme-Prüfung in die höhere Lehranstalt 99 ff. 119
Ausstellung: Die neuzeitl. deutsche Volksschule 33, 37, 40
Autodidakten-Vereinigung, s. Abend-Realschule
- * * *
- Baugewerkschule 235, 239, 241
Begabten-Schule 117, 199
Beiräte an den Berufsschulen 208
B-Klassen 272
B-Klassen in Berlin - Charlottenburg 272
Beleuchtung der Schulen 494
Benecke, Stadtrat 4, 8, 138, 149, 181, 452
Berliner Abendgymnasium 194
Berliner Kinderhort, Verein 299
Bertram, Stadtschulrat 99, 114
Berufsberatung, Untersuchung zur 480
Berufsschulen, gewerbliche, siehe Gewerbliches Schulwesen; kaufmännische, siehe Kaufmännisches Unterrichtswesen
- Berufsschule für Damenschneiderei 222
Berufstypenforschung 480
Besoldungsordnung der Lehrkräfte an Berufsschulen 206
Beuthschule 235, 238, 241
Bezirkslehrerrat 19
Bezirksschulausschüsse 1, 3, 4, 8
Bezirksschuldeputationen 1, 2, 3, 8
Bezirksschulverwaltung 4
Bier, Prof. 479
Bildungsausschuß des Berl. Lehrervereins 436
Blankenfelde, Zentralschulgarten 347, 380
Blindenschule 261, 286
Blume, Studienrat 135 ff., 186
Böhm, Dr. Medizinalrat 482
Bolle, Dr. Oberstudiendirektor 128
Bund für Kunstausstellungen 382
Bürgerdeputierte 4, 5
- * * *
- Casparius, Rektor 60
Cassel, Stadtverordneter 117
Cohn, Studienrat 137, 186
- * * *
- Dammweg, Anlage am 518
Deputation für das Berufs- und Fachschulwesen 1, 5, 205, 206
Deputation für das Gesundheitswesen 472
Deputation für das Schulwesen
— Gründung und Zusammensetzung 5, 6
— und der Zentralhaushalt 9
— Zentralstellennachweis 23
— Abteilung für Schülervorstellungen 416
Dezernenten der Zentralverwaltung 6

Diesterweghochschule 108, 367, 370, 380, 434, 435, 436 ff., 462, 463
 — Organisation 437
 — Arbeitsumfang 438
 — Arbeitsweise 440
 — Hörer 438, 441
 — Fachausschüsse 442
 — Kosten 442
 — Werklehrer-Seminar 442
 — Heilpädagog.-Seminar 301, 302, 304
 — Grundschulmethodik 31
 Drigalski, von, Stadtmedizinalrat 472
 Drogisten-Schule 246

* * *

E - Klassen (Erziehungskl.) 294
 Elternausschüsse 50, 54
 Englisches Theater 421
 Epileptische, Schule für — in Wuhlgarten 261, 283
 Erholungsfürsorge 482
 Ermisch, Magistratsbaurat 182
 Erwachsenen-Schulen 193
 Erziehungs- u. Fürsorge-Verein 299 bis 300

* * *

Fachausschüsse an den Berufsschulen 208
 Fachschule, höhere, gewerbl. 235
 — Kuratorien 207
 Fachschulen, niedere 214
 Fachschule für Textil- und Bekleidungsindustrie, höhere 236, 237, 242
 Fibelfrage 29
 Film, s. Lichtbild
 Filmschule 563
 Filmseminar 14, 462
 Fischer, Dr. Geheimrat Stadtschulrat 8
 Fischer, Dr. Magistratsoberschulrat 8
 Förderklassen 97, 115
 Fortbildungsmöglichkeiten für Erwachsene 193
 — Berliner Abendgymnasium 194
 — Abend-Realschule 197
 — Arbeiter-Abiturienten-Kurse 199
 Frauenoberschulen 186
 Frauenschulen 186
 Freie Schulgemeinde 48
 Freie Zeichenklassen 378
 Freiluftschule f. tuberkulöse Kinder 266, 295 ff., 365, 479, 487
 Frenkel, Konrektor, Leiter des Werklehrerseminars 62, 443
 Frenzel, Stadtinspektor 197

Fuchs, Arno, Magistrats-Schulrat 299, 300, 304, 315

* * *

Gabelung der Oberstufen 122 ff.
 — beim Grunewald-Gymnasium 122
 — bei der Kantschule in Karlsruhorst 128
 — beim Kaiser - Friedrich - Realgymnasium 132
 — auf der Insel Scharfenberg 167 ff.

Gaußschule 236, 238, 241
 Gemeinschaft, Erziehung zur 150 ff., 324, 334, 357, 363 ff.

Gemeinschaftsschulen,
 s. Lebensgemeinschaftsschulen

Gesamtunterricht 35, 54, 139, 160

Gesundheitsämter 472

Gewerbelehrer 217

Gewerbelehrerin, Ausbildung zur 187

Gewerbesaal 235, 238, 241

Gewerbeschule Charlottenburg 239, 241

Gewerbliche Schulwesen, Das 204 ff.

A. Berufsschulen

— Rechtliche Grundlagen für das Berufsschulwesen 204, 210

— 1. Gewerbliche Berufsschule für Jünglinge 210

— Berufsverteilung 212

— Innere Entwicklung 213

— Wahlfreier Unterricht 215

— Arbeiterberufsschulen 216

— Sonderschulen 216

— Gewerbelehrer 217

— Ausblick 217

— Schülerzahl 217

— 2. Gewerbliche Mädchenberufsschule 219

— Ziele und Wege der Bildungsarbeit 220

— Fachliche Gliederung 220

— Berufskurse für Damenschneiderei 222

— Kinderpflegerinnenschule 222

— Uebersicht über die gewerbl. Berufsschulen für Jünglinge und Mädchen 223

— 3. Hauswirtschaftlicher Unterricht 225

— Nähen und Ausbessern. Stofflehre 226

— Waschen und Plätten 226

— Kochen und Nahrungsmittel-lehre 227

— Kranken- und Säuglingspflege 228

— Berufsschule Berlin - Wilmersdorf 228

- Gewerbliche Schulwesen, Das
- Hauswirtschaftliche wahlfreie Kurse 232
 - Öffentliche Haushaltungsschule 233
 - B. Die gewerblichen höheren Fachschulen 235
- Grundschule
- Fibelfragen 29
 - Kurse über Methodik der Grundschule 31
 - Grundschule und Großstadt 33, 35
 - Unterrichtsbeispiel 33
 - Gesamtunterricht 35
 - Heimatkunde in der Grundschule 36
 - Grundschulklassenraum 37
 - Übergang zur höheren Schule 102
 - Zeichnen in der Grundschule 376
- Grunewald-Gymnasium 122 ff.
- Günther, Walter 467
- Gutachten für den Übergang zur höheren Schule 103
- Anhaltspunkte dazu 107
- * * *
- Haak, Oberschullehrer 357, 360
- Handelslehrer und -lehrerinnen 248
- Handelsschulen, s. kaufmännisches Unterrichtswesen
- Handwerkerschule 235, 240
- Harte, Stadttturnrat 375
- Hauck, Lehrer 438
- Hauer, Rektor 76
- Hauptgesundheitsamt 472, 479, 483, 486
- Hausfrauenschule 86
- Haushaltungsschule, Öffentliche 233
- Hausmütterliche Klasse 84
- Hauswirtschaftlicher Unterricht
- an Volksschulen 70 ff.
 - an Sonderschulen 74
 - in der Berufsschule 225
 - in der Hilfsberufsschule 216
 - Wahlfreie Kurse 232
 - Öffentliche Haushaltungsschule 233
- Hedwig-Heyl-Schule 224, 233, 254
- Heilpädagogische Sprechstunde 262, 299
- Heilpädagogisches Seminar 301, 433
- Finanzierung 302
- Heilpädagogische Woche in Berlin 315
- Heimathbücher 42
- Heimatkunde 31, 36, 433
- Heizer 493
- Dienstverhältnis 497
 - an Privatschulen 190, 193
- Heiz- und Maschinenamt 493
- Hermisdorf — Pestalozziheim 344
- Heyn, Magistratsoberschulrat
- Wahl 8
 - Planwirtschaft 113, 131
- Hildebrandt, Prof. Dr. Paul 146, 346
- Hilfsberufsschule 216, 262, 283
- Hilfspflichtfortbildungsschule, siehe Hilfsberufsschule
- Hilfsschule 69, 278, 295, 296
- in Spandau 34, 281, 299
- Höhere Schulen 109 ff.
- Zustand nach dem Kriege 109
 - Planwirtschaft 113
 - Realschulen 114
 - Aufbauschulen 116
 - Reformen und Versuche 122 ff.
 - Frauenschulen 186
 - Privatschulen 188
- * * *
- Industrie- und Handelskammer 209, 255
- Innungsfachschulen 208, 235
- Instrumental-Musik 396
- * * *
- Jaesrich, Rektor 330
- Jensen, Adolf, Rektor 58
- Jöde, Prof. 400
- Jugendamt 61, 62, 341, 417, 471, 483, 500
- Jugendspiele 403 ff.
- Junglehrerschaft 21, 24
- * * *
- Kaempff-Schule 116 ff.
- Kaiser - Friedrich - Realgymnasium in Neukölln
- als Aufbauschule 118 ff.
 - Selbstverwaltung der Schüler 120
 - Koedukation 120
 - Freie Gestaltung der Oberstufe 132
 - Arbeiter - Abiturienten - Kurse 202, 203
- Kalischer, Dr. 41, 452
- Kanalschwimmen 367, 368
- Kant - Schule in Karlshorst 128
- Karsen, Dr. 58, 132, 203, 317, 518
- Kaufmännische Unterrichtswesen, Das 242 ff.
- A. Die kaufmännischen Berufsschulen 242
- 1. Äußerer Aufbau 242
 - Entwicklung in Alt-Berlin 242
 - Gliederung nach Geschäftszweigen 243
 - Entwicklung in den Außenbezirken 243

- Kaufm. Unterrichtswesen, Das
 — Übersicht über die kaufmännischen Berufsschulen für Jünglinge 246
 — — für Mädchen 246
 — Ausblick 248
 — Lehrkörper 248
 — 2. Innerer Aufbau 250
 B. Die Handels- und Höheren Handelsschulen 252
 — Rechtliche Grundlage 252
 — Äußerer Aufbau 253
 — Innerer Aufbau 255
 — Wahlfreie Fächer 256
 — Leibesübungen 259
 Kiebusch, Dr., Direktor am Märk. Museum 42, 454
 Kientopf, Dr., Direktor 486
 Kinderpflegerinnenschule 222
 Kisch, Prof. 479
 Klassenfrequenz der Volksschule 27
 Kochunterricht, s. Hauswirtschaftlicher Unterricht
 Koedukation
 — in der höheren Waldschule 325
 — in der Gemeinde-Waldschule 336
 — am Kaiser-Friedrich-Realgymnasium 120
 — an Sammelschulen 52
 Köllnische Gymnasium als Aufbau-Schule 116 ff.
 Kongreß, internationaler, in Berlin 1928 33, 37, 40
 Konzerte für Schulen 416
 Kranken- und Säuglingspflege
 — in der Volksschule 75
 — in der Mittelschule 84 ff.
 — in der Berufsschule 228
 — in der Hilfsberufsschule 216
 Kreislehrerräte 24
 Kreuziger, Schulrat 60
 Kunst, bildende, in Schuldarbietungen 414
 Künstlerische Darbietungen in der Schule 144, 180, 400 ff.
 Künstlerische Erziehung
 — Kosten 14
 Kunstgewerbeschule 235, 236, 240
 Kunsttage 415
 Kuratorien der höheren Fachschulen 207
 Kurfürsorge 483
 * * *
- Landesschulkasse 10
 Lebede, Dr. Hans 398, 399
 Lebensgemeinschaftsschulen 49, 52 ff., 132, 404
 — s. auch Scharfenberg
- Lebenskunde 48
 Lehrende
 — Zahl der Lehrenden 10
 — Gehaltsaufwendungen für... 10
 — Pflichtstundenzahl 5
 — an Berufsschulen 209
 Lehrerarbeitgemeinschaften 433
 — für Schulgärten 362
 Lehrerfortbildung 432
 — Lehrerarbeitgemeinschaften 433
 — Diesterweg-Hochschule 436
 — Werklehrer-Seminare 442
 — Städt. Veranstaltungen 447
 — im Etat 15
 Lehrer-Gesangverein
 — Berliner 422, 423
 — Charlottenburger 422
 Lehrerkammer 19 ff.
 Lehrplan-Kommission 32
 Leibesübungen
 — 1. an Volks- und höheren Schulen 363 ff.
 — Schulschwimmen 366
 — Rudern 368
 — Wintersport 368
 — in der Waldschule 321
 — 2. an Berufs- und Fachschulen 221, 251, 259, 370
 — und Schularzt 478
 — Orthopädischer Turnunterricht 218, 480
 — Fortbildungskurse für die Lehrerschaft 370
 Lernmittel, freie 12, 13
 Lessing-Gymnasium als Aufbau-schule 118 ff.
 Lichtbild und Film 6, 457 ff.
 — Lichtbild 457
 — Lichtbildsammlung der Stadt 457
 — Bezirksbildstelle in Neukölln 460
 — Film 460
 — Schulkino 461
 — Film- und Bildarbeitsgemeinschaft 462
 — Filmseninar 462
 — Filmarchiv der Stadt 466
 — Bestell-Anstalt 467
 — Kosten 14
 Löwenstein, Dr. Stadtrat 203, 518
 Lyzeum II in Neukölln als Aufbau-schule 118
 * * *
- Mädchenschulwesen, höheres 114
 Magistratsoberschulräte 6, 8
 Magistratsschulräte 2, 3
 Märkisches Museum 381, 382, 454

- Mehlan, Rektor 358
 Metzner, Prof. Dr., Ministerialrat 142
 Mittelschule 81 ff.
 — Förderklassen 97
 — Lehrende, Gehälter 11
 Mittlere Reife 95
 Museumsbesuche 381, 386
 Musik, s. Schulmusik
 Musikantengilde 400
 Musikplatten-Archiv 399
 * * *
- Nadellarbeitsunterricht 74
 Nebenamtlicher Unterricht
 — Vergütung dafür 207
 Nest — Landheim 341
 Normalbauprogramme 509 ff.
 — für eine Volksschule 510
 — für eine Vollandstalt 514
 Nydahl, Stadtschulrat
 — Wahl 8
 — Vorsitzender der Diesterweg-Hochschule 438
 * * *
- Ölen der Fußböden 492
 Orthopädischer Turnunterricht 218, 480
 * * *
- Paulsen, Stadtschulrat 8, 49, 53, 58, 138, 463
 Pestalozzi-Heim in Hermsdorf 344
 Planetarium 468
 Planwirtschaft
 — bei den höheren Schulen 112
 — Denkschrift darüber 113, 131
 Pretzel, Reg.-Direktor 32
 Preuß, Stadtoberturnrat 375
 Privatschulen 188 ff.
 — Gewährung von Zuschüssen 188
 — Überführung in städtische Verwaltung 191
 Privatschul-Lehrkräfte 189 ff.
 — Gewährung von Ruhegeld 192
 Provinzial-Schulkollegium 6, 7, 20, 46, 205, 206, 249, 417, 434
 * * *
- Realschulen
 — Alt-Berliner 99, 114
 — Preußischer Typ 115
 — Förderklassen an 97
 — Abendrealschule 197
 Rebhuhn, Rektor 304, 438
 Reihenuntersuchungen 475
 Reimann, Dr. Stadtschulrat 8, 117
 Reinigen der Schulen 490
 Ritter, Rektor 433
- Rudern an den höheren Schulen 368
 Rundfunk 259, 331, 399, 415
 Rütli-Schule 58 ff.
 * * *
- Sammelklassen, heilpädagogische 262, 282
 Sammelschulen 46 ff.
 Sängerfahrten 395
 Säuglingspflege
 — in der Volksschule 75
 — in der Mittelschule 84
 — in der Berufsschule 228
 — in der Hilfsberufsschule 216
 Schade, Lehrer 465
 Schallplatten-Musik 399
 Scharfenberg, s. Schulfarm
 Scherler, Otto Dr. 197
 Scheuen-Landheim 341
 Schmidt, Studienrat 137
 Schularzt
 hauptamtlich 470, 471, 474 ff.
 nebenamtlich 470, 471, 474
 — in der Waldschule 335
 Schulaufsicht, staatliche
 s. Provinz. Schulkollegium
 Schulbaupflicht der Stadt 501 ff.
 Schuldezernenten der Bezirke 6
 Schüler-Orchester,
 s. Instrumental-Musik
 Schüler selbstverwaltung
 — an Berufs- und Fachschulen 209
 — an Aufbauschulen 120, 134
 — an Sammelschulen 52
 — auf Scharfenberg 172
 Schülervorstellungen, Abteilung für 416 ff.
 Schülerwanderungen,
 — Kostenzuschüsse 13
 Schülerzahlen 502 ff.
 — Volksschulen 503, 504
 — Höhere und Mittelschulen 503, 505
 — Berufsschulen 218, 503, 506
 — Gesamtzahlen 504
 Schulfacharzt 479
 Schulfarm Scharfenberg 135 ff.
 — I. Scharfenberg als Not- und Glücksgründung 135
 — II. Die Entfaltung der Schulfarm
 a) im Landwirtschaftlichen 147
 b) in der Gemeinschaftsarbeit 150
 c) im Schulorganisatorischen und Unterrichtlichen 157
 d) in den Selbstverwaltungsprovinzen 172
 e) im Baulichen 180

Schulfarm Scharfenberg

- III. Ausblick 184
- Neubauten 568

Schulfürsorgerin 470, 474

Schulgärten

- Zentralschulgarten in Blankenfelde 347
- Gartenarbeitsschulen 353
- Bedeutung, pädagogische und erziehlche, d. Gartenschulen 356
- Lehrerarbeitsgemeinschaft für Arbeitsschulgärten 362
- Schulgarten der Freiluftschule 268
- in der höh. Waldschule 323
- in der Gemeinde-Waldschule 329

Schulgebäude

- Kosten des Unterhaltes 11
- Verwaltung 489 ff.
- Reinigen 490
- Ölen der Fußböden 492
- Beheizung 493
- Beleuchtung 494
- Lüftung 495
- Verwendung außerhalb der Schulzeit 498
- Hygiene der Schule 479

Schulgeld 15 ff.

- in der höheren Waldschule 320
- an den Berufs- und Fachschulen 210
- Staffelung 16, 119
- für Ausländer 17
- Befreiung 16, 119

Schulgesundheitspflege 469

- Entwicklung der Sch. in Berlin 469
- Neuorganisation der Sch. 473
- Sondernturnen für schwächliche Kinder 480
- Verschickungswesen 482
- Schulzahnpflege 485
- Kosten der Sch. 486

Schulhaushalt 2, 5, 8 ff.

Schulhausmeister

- Reinigen der Schulen 490
- Ölen der Schulen 492
- Beheizung der Schulen 493
- Dienstanweisung 496, 500
- an Privatschulen 190, 193

Schulkindergarten 69, 275

Schulkino, s. Lichtbild

Schullandheime 5, 52, 338

- Schullandheime d. höh. Schulen 340
- Schullandheime des Jugendamtes: Scheuen, Nest, Zossen 341

Schullandheime

- Schullandheime der Stadt in Zerpenschleuse 343
- in Hermsdorf (Pestalozziheim) 345
- — Neubau 570
- in Birkenwerder 346
- als Sonderschuleinrichtung 278
- Kosten 14

Schulmusik-Pflege, moderne 389

- Musiklehrer und -lehrerinnen 389
- Richtlinien 391 ff.

Schulmusik-Woche im Zentral-Institut 391

Schulneubauten 501 ff.

- 1. Schulbaupflicht der Stadt 501
- 2. Notwendigkeit der Neubauten 502
- 3. Normalbauprogramme 509
- 4. Die einzelnen Neubauten 522
 - a) Ältere Bauten 526
 - b) Neubauten 530
 - 1. Westend-Lyzeum 530
 - 2. Richard-Wagner-Lyzeum 531
 - 3. I. Hilfsschule in Spandau 533
 - 4. Volksschule in Schlachtensee 538
 - 5. Volksschule in Kaulsdorf-Süd 544
 - 6. Oberlyzeum in Weißensee 548
 - 7. Realgymnas. in Niederschönhausen 549
 - 8. Realgymnasium in Hermsdorf 550
 - 9. Volksschule in Hermsdorf 554
 - 10. Gymnasium und Volksschule in Tempelhof 557
 - 11. Kleist-Lyzeum und Filmschule 563
 - 12. 14. Volksschule in Schmargendorf 564
 - 13. Schulfarm Scharfenberg 568
 - 14. Schullandheim i. Hermsdorf 570
 - 15. Turnhalle i. Alt-Stralau 571
 - 16. Doppeltturnhalle in der Lütticher Straße 573
 - 17. Doppeltturnhalle i. Oberschöneweide 574
 - 18. Turnhalle i. Buchholz 575
 - 19. Turnhalle i. Pankow 575

Schulneubauten

- 20. Turnhalle in Neukölln 575
- 21. Turnhalle in d. Rubensstraße 578
- Übersicht über alle Neubauten 581
- Schulräte, staatliche 3
- Schulschwester, s. Schulfürsorgerin
- Schulverkehrswacht 77
- Schulzahnpflege 485, 487
- Schweers, Dr. 488
- Schwerhörigenlehrer, Vereinigung der . . . 300
- Schwerhörigenschulen 69, 74, 216, 286, 295, 296, 297, 312
- Schwimmunterricht 12, 366
 - Lehrgänge für Lehrer und Lehrerinnen 367
 - an der Sammelschule 51
 - an der Handelsschule 259
 - an der höheren Waldschule 322
- Sehschwachenschule 289, 295, 296, 297
- Silbermann, Prof. Dr. 196
- Skikurse für Lehrer und Lehrerinnen 369
- Solger, Prof. Dr. 454
- Sonderschulen 261 ff.
 - Geschichte 261
 - Entwicklung seit Kriegsende 261

I.

- A. Sonderschuleinrichtungen für kranke Kinder 264
 1. Einzelunterricht 264
 2. Freiluftschule für tuberkulöse Kinder 266
- B. Sonderschulen für körperlich und geistig schwache Kinder 269
 1. Die Vorklasse 269
 2. B-Klassen 272
 3. Michaelis-Vorklassen 273
 4. Abschlußklasse 274
 5. Schulkindergarten 275
 6. Waldschule und Schullandheim 277
 7. Orthopädischer Turnunterricht 278
- C. Sonderschulen für geistig schwache Kinder
 1. Hilfsschule 60, 278
 2. Sammelklasse 282
 3. Hilfsfortbildungsschule 216, 283
 4. Anstalten für geistig Schwache und Epileptische, Wittenau und Wuhlgarten 283

Sonderschulen

- D. Sonderschulen für Seh- und Hörschwache und mit Sprachstörungen 286
 1. Taubstummen- und Blindenschule 286
 2. Schwerhörigen-Schulen 69, 286
 3. Sehschwachenschulen 69, 289
 4. Stotterererkurse und Sprachheilschulen 69, 290
 - E. Sonderschulen für schwer erziehbare Kinder 292
 - Erziehungsklassen (E-Klassen) 294
- II.
- Durchführung des Sonderschulwesens 294
- III.
- Aus- und Fortbildung der Sonderschullehrer
 - 1. Ausbildung der Sonderschullehrer 300
 - Vorlesungen 302
 - Seminare 305
 - Technische Ausbildung 306
 - 2. Fortbildung der Sonderschullehrer 309
 - a) Tagungen 309
 - b) Studiengemeinschaften 309
 - c) Archiv für Sonderschulwesen 311
- IV.
- Verbreitung heilpädagogischer Bestrebungen vor der Öffentlichkeit 312
 - Heilpädagogische Woche in Berlin 315
- Sonderturnen 278, 370, 480, 487
- Spiel- und Sportfest der Berufsschulen 370
- Spielstunden s. Leibesübungen
- Spohr, Wilhelm 417
- Sportarzt 478
- Sprachheilschulen 69, 74, 290, 295—297
- Sprechchor 51, 60, 413
- Sprecherziehung 51, 413
- Sprechstunden
 - heilpädagogische 262, 299
 - schulärztliche 476
- Staatsbürgerlicher Unterricht
 - in der Volksschule 44, 50
 - in der Berufsschule 213
 - in der Fachschule 250—251, 357
- Stadtamt für Leibesübungen 5, 366, 367

- Stadtarzt 473
 Stadtschulamt 7
 Stadtschulrat, Befugnisse des 5, 6
 Städtische Veranstaltungen 447
 — für den naturwissenschaftl. Unterricht 447
 — für den altphilolog. Unterricht 448
 — für den neusprachl. Unterricht 449
 — für den Geschichtsunterricht 450
 — für den Deutsch-Unterricht 450
 — für den Erdkunde-Unterricht 450
 Stimmbildung 413
 Stipendien für Studierende 18, 120
 Stotterer-Heilkurse 262, 290
 Studienanstalt, I. Städt., als Aufbauschule 118
 Studienfahrten, Städt. 6, 451
 a) Gemeinsame Fahrten 452
 Fahrt nach Staßfurt 452
 Fahrt nach Chorin 454
 Fahrt nach Havelberg 454
 Heimatkundl. Fahrt durch den Teltow 454
 Fahrt nach Wien 455
 b) Einzelreisen 455
 — Aufwendungen im Etat 15
 * * *
 Tag der Schulen 366
 Taubstummschule 216, 261, 286
 Taut, Bruno 518
 Thamm, Stadttturnrat 375
 Theatervorstellungen für Schüler 416
 Thiel, Studienrat 457
 Tischlerschule 235, 236, 241
 Turnhallen 374, 507, 514, 516, 524, 534, 570 bis 581
 Turnhallenaufseher 491, 494
 Turnunterricht, s. Leibesübungen
 * * *
 Übergangsmöglichkeiten von der Volksschule aus 97 ff.
 Unfallversicherungsvertrag 14
 * * *
 Veranstaltungen, s. städtische Veranstaltungen
 Verein der Freunde der Scharfbergidee 178
 Verein für Leibesübungen der Berl. Lehrerschaft 367
 Verkehrswesen, Unterricht im 76
 Verschickungswesen 482
 Versuchsschulen 52 ff.
 — 1. Entstehung 52
 — 2. Charakter 56

- Versuchsschulen
 — 3. die bestehend. Vers.-Sch. 58
 — Scharfenberg als V. 142
 Versuchsschulfond 14, 61
 Viktoria-Fachschule 233, 240, 242, 253, 254
 Vilmar, Dr. Oberstudiendirektor 122, 126, 132
 Volksmusikschulen 400
 Volksschule 26 ff.
 — Grundschule 29
 — Weiterführende Klassen 39
 — Sammelschulen 46
 — Lebensgemeinschaftsschulen 52
 Volksschulunterhaltungsgesetz 2
 Vorgeschichte als Lehrfach 42
 Vorklasse für geistig und körperlich schwache Kinder 269, 273, 296
 * * *
 Wahlfreier Unterricht
 — an den Berufsschulen 215, 221, 232, 246
 — an der Handelsschule 257
 Waldschule — Gemeinde
 — 1. Entstehung der Waldschule 326
 — 2. Gegenwärtige Einrichtung 328
 — 3. Leben in der Waldschulgemeinschaft 330
 — 4. Wirtschaftsbetrieb 334
 — 5. Ärztliche Überwachung der Waldschulen 335
 — 6. Winterwaldschulen 337
 — als Sonderschuleinrichtung 277
 Waldschule, höhere
 — 1. Entwicklung und Bedeutung 316
 — 2. Äußere Einrichtungen 317
 — 3. Tagesverlauf 318
 — 4. Die Kinder 319
 — 5. Geistige Ausbildung 320
 — 6. Körperliche Ausbildung 321
 — 7. Erziehung zum Gemeinschaftsleben 324
 — 8. Koedukation 325
 — 9. Zukunftsgedanken 326
 Wandertag 44, 370
 Wanderungen, s. Schülerwanderungen
 Webeschule 235
 Weiterführende Klassen der Volksschule 39
 — Heimatprinzip 39
 — Heimatkunde und Erdkunde 39, 40
 — Heimatbücher 42
 — Geschichte 42
 — Vorgeschichte 42

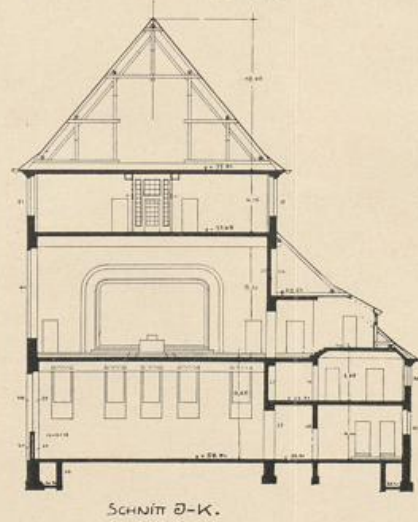
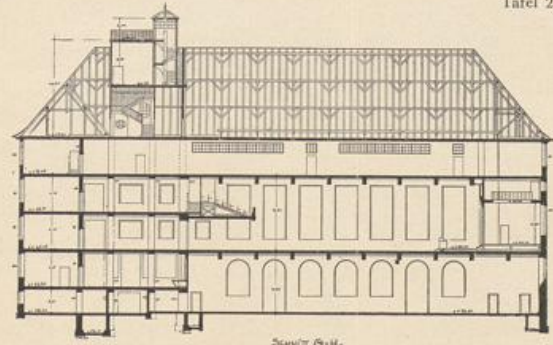
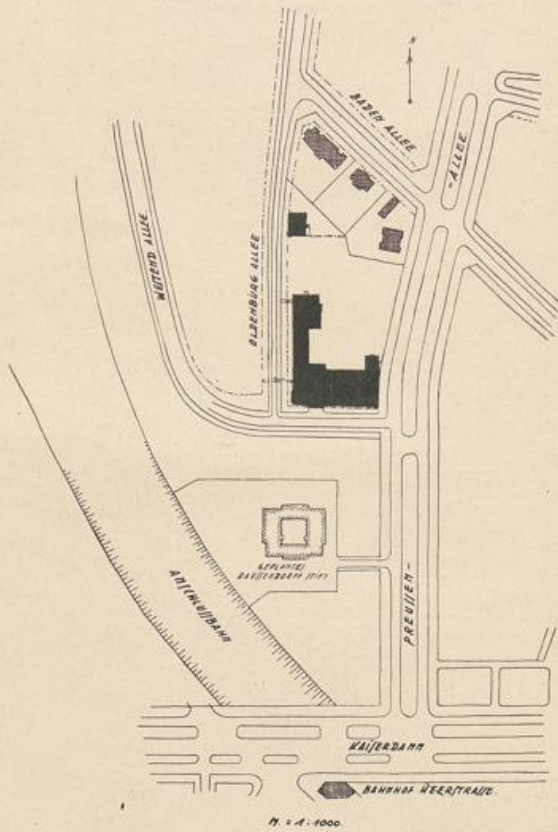
Weltliche Schulen,
s. Sammelschulen
Wenschow-Reliefs 41, 452
Werklehrerseminar 442
— Jahreskurse 443
— Technische Kurse 445
— Kosten 446
Werkunterricht 61 ff.
— in der höher. Waldschule 322
— in der Gemeinde-Waldschule
329
— in Sonderschulen 68
— im Kindergarten 69
Werth, Konrektor 30, 31, 33
Weyl, Stadträtin 136, 145
Wilmsdorfer Schulgärten 358, 361
Wintersport 260, 368
Wirtschaftsbeihilfen 18, 119

Wittbrodt, Rektor 59
Wittenau 283
Wuhlgarten 283

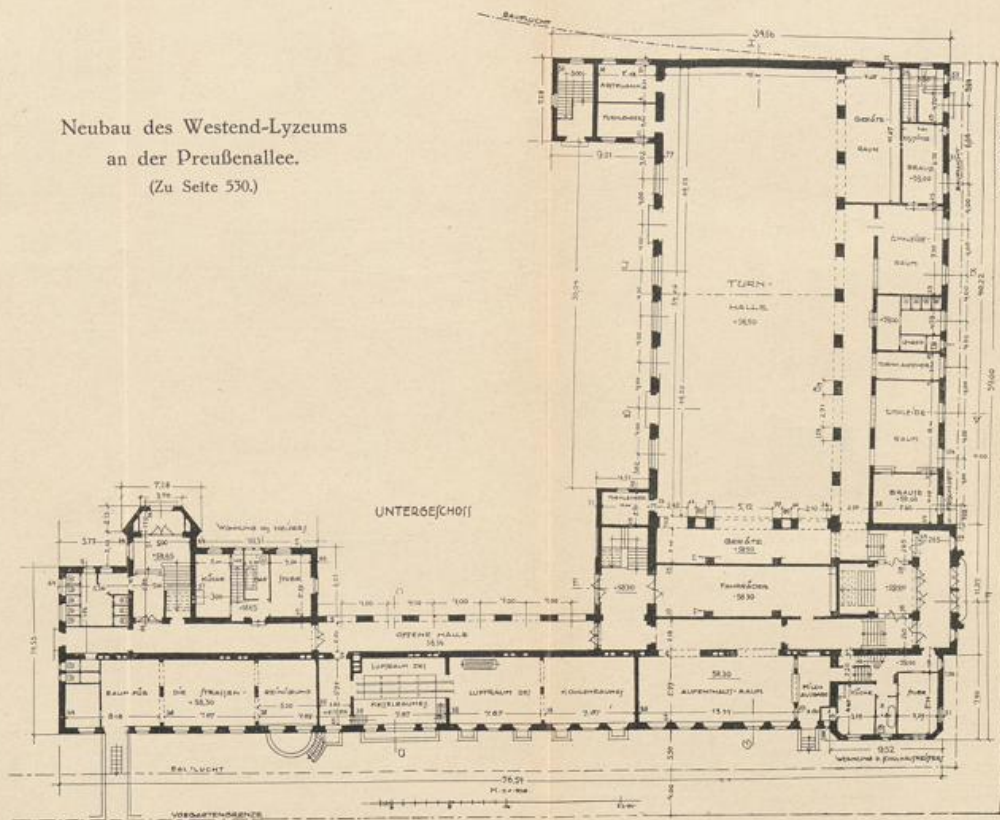
* * *

Zeichenunterricht, der moderne 376
— Freie Zeichenklassen 378
— Kunstaussstellungen 381
— Museumsbesuche 381
— an der Mädchenberufsschule 221
Zentralhaushalt 9
Zentralinstitut für Erziehung und
Unterricht 30, 382, 391, 399, 415,
432, 434, 464
Zentralstellennachweis 23
Zerpenschleuse — Landheim 343
Zossen — Landheim 341

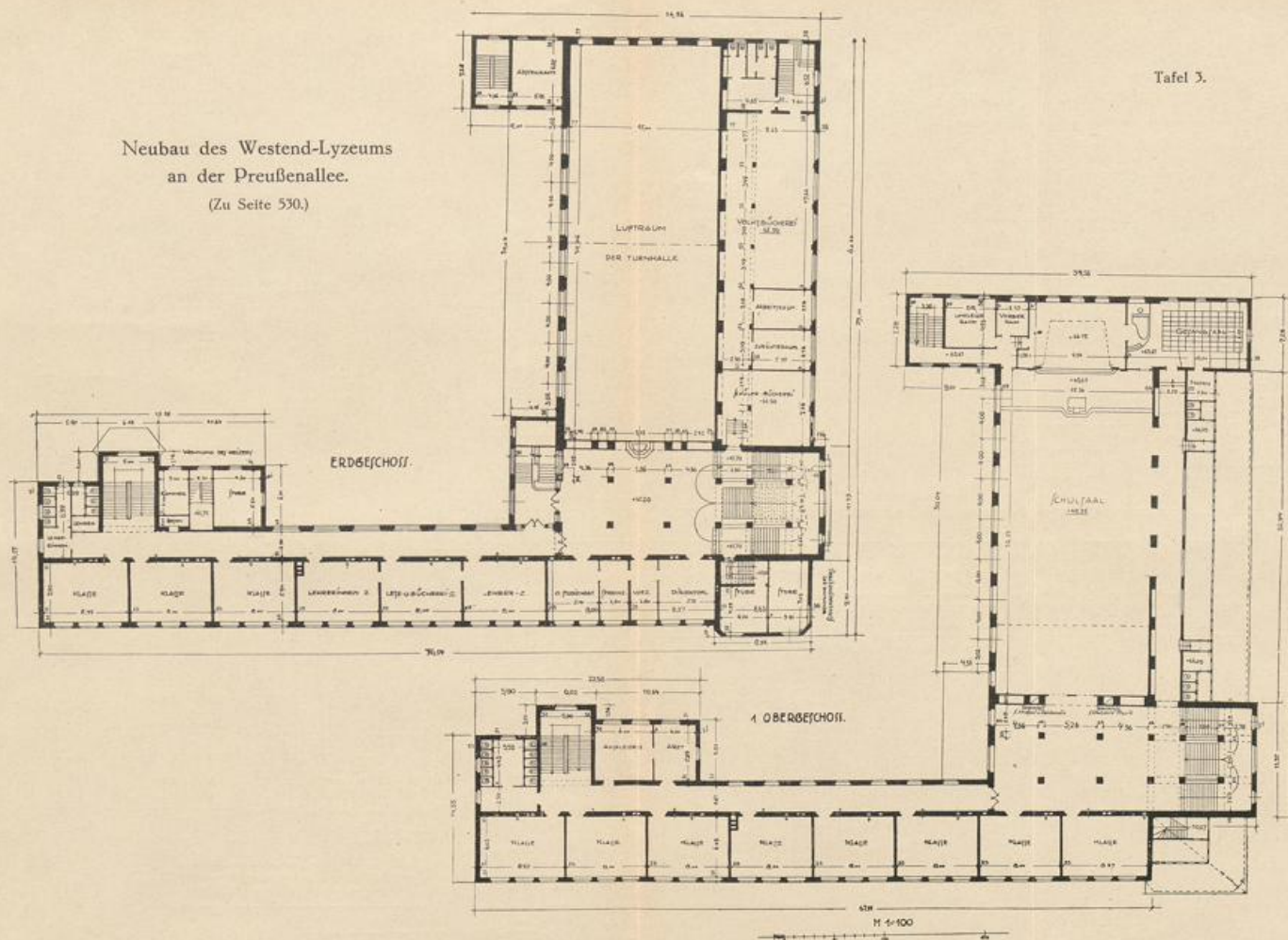




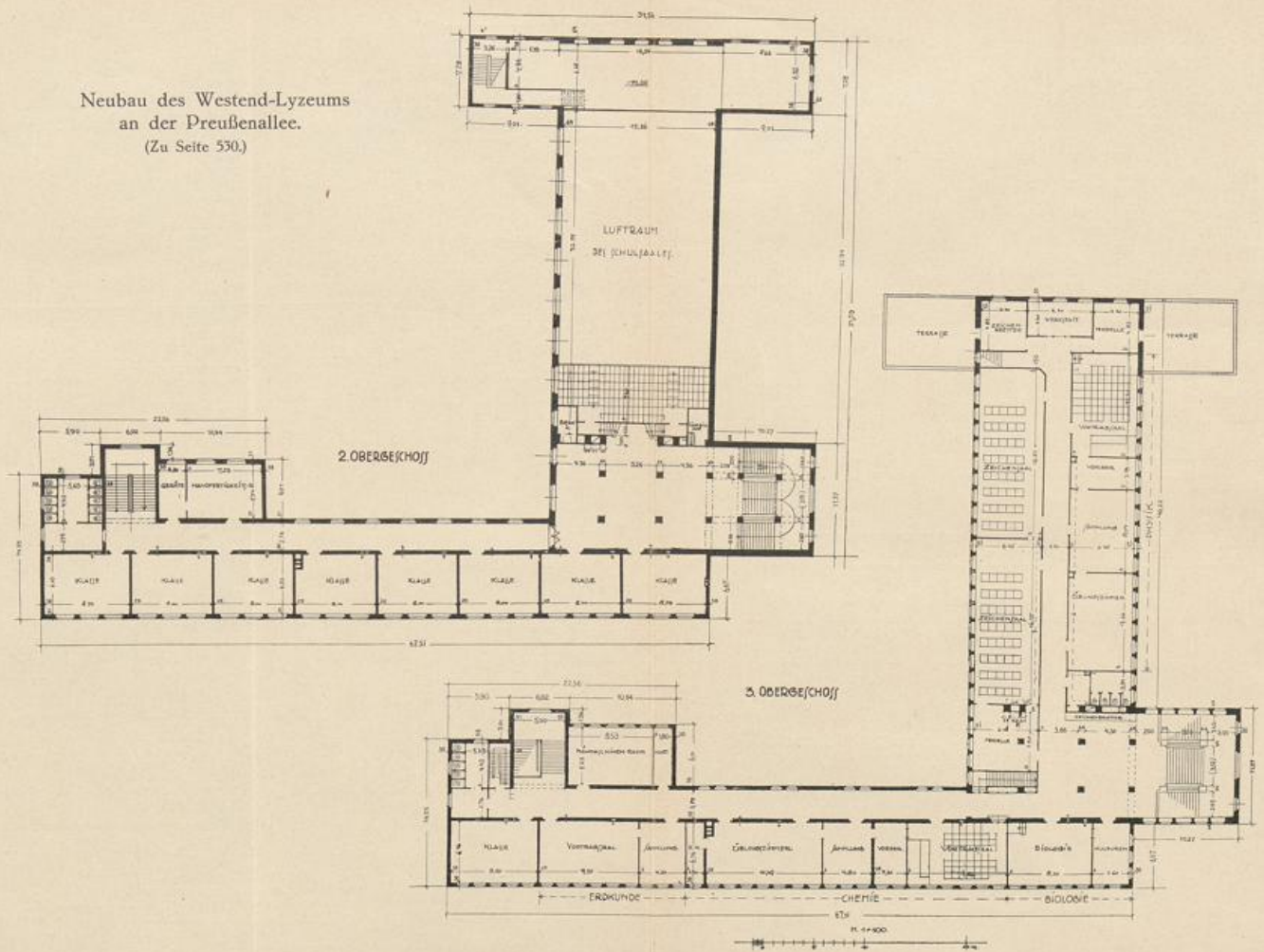
Neubau des Westend-Lyzeums
an der Preußenallee.
(Zu Seite 530.)



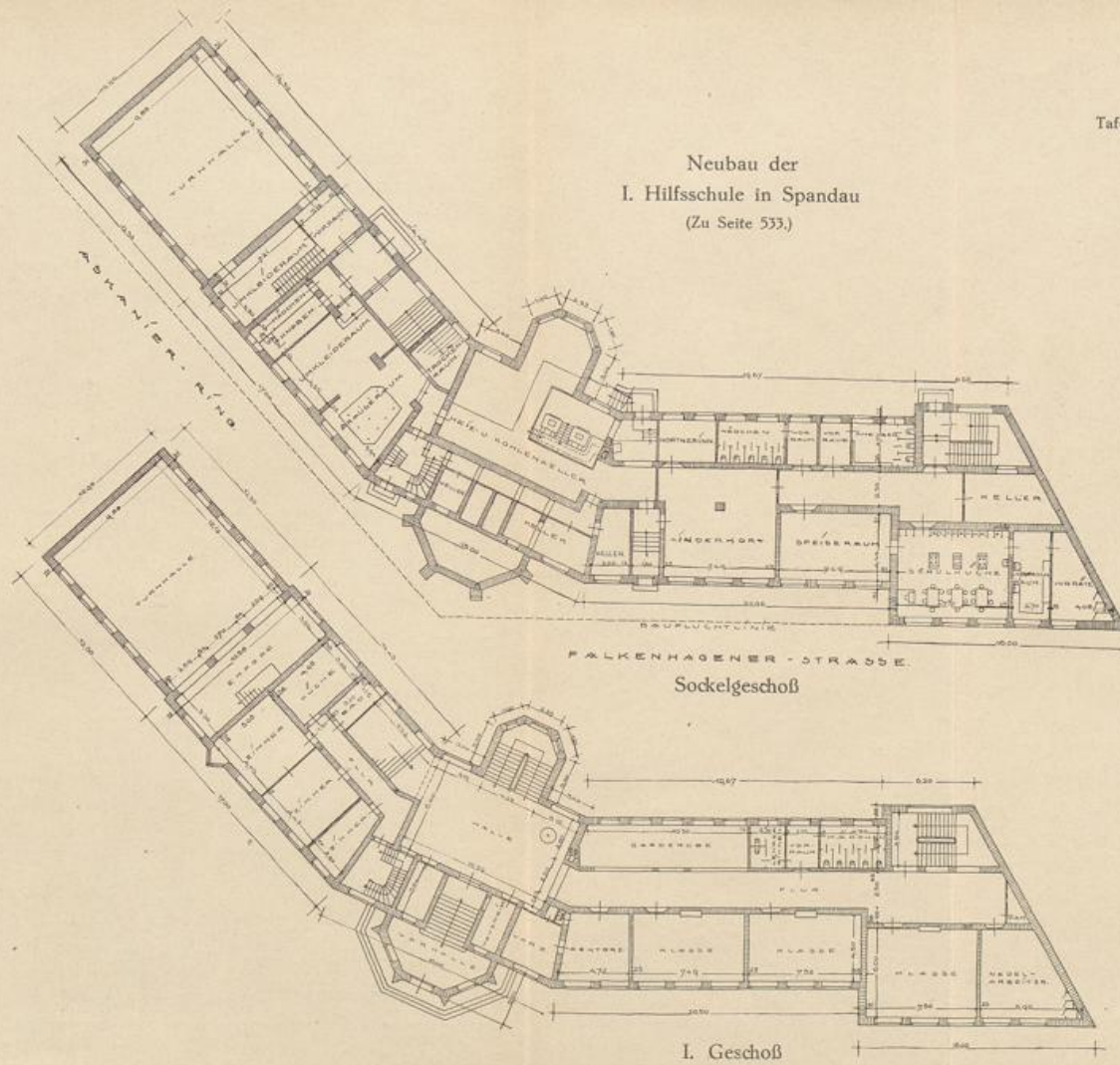
Neubau des Westend-Lyzeums
an der Preußenallee.
(Zu Seite 530.)



Neubau des Westend-Lyzeums
an der Preußenallee.
(Zu Seite 530.)



Neubau der
I. Hilfsschule in Spandau
(Zu Seite 533.)



The image displays two architectural floor plans of the I. Hilfsschule in Spandau. The top plan is labeled 'II. Obergeschoß' and the bottom plan is labeled 'III. Obergeschoß'. Both plans show a complex layout with various rooms and a central hall. The top plan includes rooms such as 'Küche', 'Speise', 'Klasse', 'Halle', 'Bibliothek', 'Korridor', 'Kloset', 'W.C.', 'Küche', 'Speise', 'Klasse', 'Halle', 'Bibliothek', 'Korridor', 'Kloset', 'W.C.', 'Küche', 'Speise', 'Klasse', 'Halle', 'Bibliothek', 'Korridor', 'Kloset', 'W.C.'. The bottom plan includes rooms such as 'Küche', 'Speise', 'Klasse', 'Halle', 'Bibliothek', 'Korridor', 'Kloset', 'W.C.', 'Küche', 'Speise', 'Klasse', 'Halle', 'Bibliothek', 'Korridor', 'Kloset', 'W.C.'. The plans are oriented with a north arrow pointing towards the top right. Dimensions are indicated in meters (m) and feet (ft).